

MODERNISIERUNG UND SOZIALE KONFLIKTE IN KOLUMBIEN

Untersuchung der Jahre 1951 bis 2011
zwischen Sozialstrukturwandel und Kontinuität des politischen Status quo

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Gloria Patricia Castrillón Arias

aus: Manizales, Kolumbien

2013

-
1. Gutachter/-in: Prof. em. Dr. Wolfgang Glatzer
 2. Gutachter/-in: Prof. Dr. Marianne Braig

Tag der mündlichen Prüfung: 27.05.2014

Erklärung:

Hiermit erkläre ich, dass ich die Dissertation selbständig verfasst und alle in Anspruch genommenen Hilfsmittel in der Dissertation angegeben habe, dass ich nicht die Hilfe einer kommerziellen Promotionsvermittlung in Anspruch genommen habe, dass meine Arbeit noch in keinem Prüfungsverfahren vorgelegen hat, dass ich nicht schon einmal einen Antrag auf Eröffnung eines Promotionsverfahrens gestellt habe und dass ich noch in keinem früheren Promotionsverfahren erfolglos geblieben bin, dass mir die Promotionsordnung bekannt ist, dass die Arbeit weder ganz, noch in Auszügen veröffentlicht ist.

Patricia Castellón A.

Frankfurt am Main, den 30.09.2013

Ort, Datum, Unterschrift

VORWORT

Mein Interesse für das Thema Modernisierung entstand während meines Soziologiestudiums an der Universität von Paris X-Nanterre, das die lokale ökonomische und soziale Entwicklung zum Vertiefungsthema hatte. Damals, Anfang der 1990er Jahre, stand Frankreich vor der schweren Aufgabe der Modernisierung des Staates und seiner öffentlichen Funktionen. Zurück in Kolumbien begann ich 1994 meine Tätigkeit am Zentrum für Umweltstudien der Autonomen Universität von Manizales – als Mitglied eines interdisziplinären Teams, das mit seinen Studien zu den Umweltauswirkungen zu den Pionieren dieser Forschung zählt.

Meine Beschäftigung galt immer den Menschen im Wissen, dass ihre Handeln sehr zerstörerisch auf die Umgebung und die Mitmenschen sein kann, wenn sie nicht lernen, die ihnen zum Überleben zur Verfügung stehenden materiellen Mittel rational, verantwortungsvoll und erfolgreich zu nutzen. Im Rahmen der Studien zu den Umweltauswirkungen spezialisierten wir uns auf die Durchführung sozioökonomischer Untersuchungen, in denen die Analyse der Sozialstrukturen auf der Grundlage des Zusammentragens und der Analyse statistischer Information durchgeführt wird. Diese Meta-Analyse ermöglicht es, das sozioökonomische Niveau der Personen und Familien zu bestimmen, was hauptsächlich den Planungsprozessen des öffentlichen Sektors dient. Die kolumbianische Realität sensibilisierte mich für die Themen Armut, Elend sowie soziale Ungleichheit. Als Soziologin interessierten mich immer Themen der ökonomischen und sozialen Entwicklung im Allgemeinen und insbesondere das Thema der Modernisierung.

Durch meine Arbeit zwischen 2004 und 2006 als Leiterin des sozialen Teils des Programms „Waldhüterfamilien“ in den Gemeinden Turbo und Necoli von Uraba/Antioquia lernte ich ein mir bisher unbekanntes Maß an Armut kennen, da ich in Manizales, einer Stadt der kolumbianischen Kaffezone, aufwuchs. Als ich die Realität der Bauern von Uraba kennen lernte – ihre Geschichten über die erlittene Gewalt, ihre harten Lebensbedingungen, den Druck, den die verschiedenen Gruppen des bewaffneten kolumbianischen Konflikts auf sie ausüben, die schmerzlichen Verluste von Ehepartnern, Kindern, Geschwistern – wuchs in mir das Interesse, die Bedingungen dieser beiden, von mir so sehr geliebten, Regionen strukturell zu vergleichen.

Zum Abschluss meiner Doktorarbeit möchte ich an erster Stelle Herrn Professor Wolfgang Glatzer dafür danken, dass er es akzeptierte, mein Prüfer zu sein, und es trotz mehrjähriger Unterbrechung aufgrund meiner Berufstätigkeit weiterhin blieb. An zweiter Stelle danke ich Frau Professor Marianne Braig, die einwilligte aufgrund ihrer profunden Kenntnisse der lateinamerikanischen Realität die zweite Prüferin der Arbeit zu sein. Ute Teske und Jörg Astheimer danke ich für ihre Unterstützung, mit der sie mir halfen, diesen Text auf Deutsch vorzulegen, und der Direktion der Autonomen Universität von Manizales, Colciencias sowie dem DAAD für ihre Unterstützung, damit ich mich für eineinhalb Jahre darauf konzentrieren konnte, das Doktorat zu beenden. Meinen Kollegen der Forschungsgruppe Nachhaltige Regionale Entwicklung und allen denjenigen, die Teil der interdisziplinären Arbeitsgruppen waren, an denen ich teilgenommen habe, meine Familie und Freunde sowohl in Kolumbien als auch in Deutschland, bin ich sehr dankbar für ihre Motivierung, ihre Unterstützung und ihr Vertrauen in mich.

Diese Arbeit widme ich meinen Eltern Gonzalo und Rosalba, die mich lehrten, die Werte der Modernität in meiner Familie zu leben.

INHALTSVERZEICHNIS

| | Seite |
|--|--------------|
| VORWORT | 1 |
| EINLEITUNG | 7 |
| 1. DIE MODERNE, EIN UNVOLLENDETES PROJEKT | 10 |
| 1.1 Die Ermächtigung des Subjekts als Voraussetzung der Modernisierungsprozess | 12 |
| 1.1.1 Die Verwerfungen der unvollständigen Modernität | 15 |
| 1.1.2 Säkularisierung als Bestandteil der Modernität | 18 |
| 1.1.3 Die Subjektivität als Ergänzung der Vernunft | 25 |
| 1.2 Die Konflikttheorie | 27 |
| 1.2.1 Das Modell der Konflikttheorie | 27 |
| 1.3 Die Modernisierungstheorie | 29 |
| 1.3.1 Basisinstitutionen der Modernisierung | 34 |
| 1.3.1.1 Konkurrenzdemokratie | 35 |
| 1.3.1.1.1 Akteure der Demokratie | 39 |
| 1.3.1.2 Marktwirtschaft | 41 |
| 1.3.1.2.1 Industrialisierung und Wirtschaftswachstum | 43 |
| 1.3.1.2.2 Der Handel | 47 |
| 1.3.1.2.3 Beziehung zwischen Marktwirtschaft, Staat und Gesellschaft | 48 |
| 1.3.1.3 Sozialer Wohlfahrtsstaat | 48 |
| 1.3.1.3.1 Wohlfahrtsstaat | 52 |
| 1.3.1.4 Massenkonsumgesellschaft | 65 |
| 1.3.2 Dimensionen und Mechanismen der Modernisierung | 66 |
| 1.3.2.1 Individualisierung | 66 |
| 1.3.2.2 Soziale Integration | 68 |
| 1.3.2.3 Wertegeneralisierung | 77 |
| 1.3.2.4 Soziale Mobilität oder Statusanhebung | 81 |
| 1.3.3 Die Herausforderungen der Modernisierung | 82 |
| 1.4 Die Globalisierung und die Krise der Institutionen der Modernisierung | 83 |
| 1.5 Die Kritiken der Modernisierungstheorie | 86 |
| 1.5.1 Der Postmodernismus | 87 |
| 1.5.2 Die Modernisierung als Ethnozentrismus, Developmentalismus, Imperialismus, Kolonialismus und Postkolonialismus | 92 |
| 1.5.3 Lateinamerikanische Kritiken der Modernität und der Modernisierung | 97 |
| 1.5.4 Die Modernisierung und das Problem der Grenzen der Umwelt und des ökonomischen Wachstums | 103 |
| 1.6 Das Bewusstsein der moderne Subjekte und die Bildung eigener Modernisierungswege in Kolumbien | 108 |
| 2. METHODIK UND FORSCHUNGSPROZESS | 113 |
| 2.1 Problemdefinition, Forschungsfragen und Hypothesen | 113 |
| 2.2 Theoretische Grundlagen | 113 |
| 2.2.1 Konflikttheorie | 113 |
| 2.2.2 Modernisierungstheorie | 115 |
| 2.3 Zum methodischen Vorgehen | 117 |
| 2.3.1 Literaturanalyse | 117 |

| | | Seite |
|-----------|---|--------------|
| 2.3.2 | Sozialstrukturanalyse von Kolumbien | 117 |
| 2.3.3 | Kontrastanalyse zwischen die Bananen- und der Kaffeeregion | 119 |
| 2.3.4 | Analyse der Ergebnisse | 119 |
| 3 | DER MODERNISIERUNGSPROZESS IN KOLUMBIEN IN DEN LETZTEN 60 JAHREN (1951-2011) | 120 |
| 3.1 | Historische Übersicht des Modernisierungsprozesses und der sozialen Konflikte in Kolumbien | 122 |
| 3.1.1 | Geografische Vielfalt | 122 |
| 3.1.2 | Bevölkerung | 124 |
| 3.1.2.1 | Die Indigenen oder Ureinwohner | 124 |
| 3.1.2.2 | Die spanischen Conquistadoren und Kolonisatoren | 126 |
| 3.1.2.3 | Die afrikanischen Sklaven | 128 |
| 3.1.3 | Die spanische Conquista und Kolonisierung (1500-1800) | 130 |
| 3.1.3.1 | Die Conquista | 130 |
| 3.1.3.2 | Drei Jahrhunderte spanische Kolonisierung: XVI. – XVIII. Jahrhundert | 136 |
| 3.1.3.2.1 | Die koloniale Stabilisierung: XVI. – XVII. Jahrhundert | 136 |
| 3.1.3.2.2 | Das Vizekönigreich und die Aufklärung im XVIII. Jahrhundert (1700-1810) | 148 |
| 3.1.4 | Zwei Jahrhunderte Unabhängigkeit (1810-2010) | 158 |
| 3.1.4.1 | Das XIX. Jahrhundert und der Sieg des politischen Zentralismus | 158 |
| 3.1.4.2 | Das XX. und das XXI. Jahrhundert sind von Gewalt, dem Zweiparteiensystem und dem Entstehen neuer politischer und sozialer Bewegungen gezeichnet | 171 |
| 3.2 | Der Modernisierungsprozess, seine Mechanismen und die Regulation von Konflikten in Kolumbien | 187 |
| 3.2.1 | Der Prozess der Modernisierung, eine Bewegung von oben nach unten | 187 |
| 3.2.2 | Die Institutionen der Modernität | 192 |
| 3.2.3 | Die Mechanismen der Modernisierung | 200 |
| 3.2.4 | Die Konflikte des Modernisierungsprozesses und ihre Regulation | 203 |
| 3.3 | Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in Kolumbien (1951-2011) | 208 |
| 3.3.1 | Räumliche Struktur, Infrastruktur | 208 |
| 3.3.1.1 | Räumliche Verteilung der Bevölkerung | 208 |
| 3.3.1.2 | Infrastruktur | 214 |
| 3.3.2 | Bevölkerung | 217 |
| 3.3.3 | Familien und Haushalte | 220 |
| 3.3.4 | Bildung und Ausbildung | 222 |
| 3.3.5 | Erwerbstätigkeit | 225 |
| 3.3.6 | Einkommen | 229 |
| 3.3.7 | Schichten | 235 |
| 3.3.8 | Haupttendenzen in der Sozialstruktur | 236 |
| 3.4 | Basisinstitutionen und Mechanismen des Modernisierungsprozesses (1951-2011) | 241 |
| 3.4.1 | Basisinstitutionen | 241 |
| 3.4.1.1 | Demokratie | 241 |
| 3.4.1.2 | Marktwirtschaft | 248 |
| 3.4.1.3 | Wohlfahrtsstaat | 251 |
| 3.4.1.4 | Massenkonsum | 254 |
| 3.4.2 | Mechanismen der Modernisierung | 258 |

| | Seite | |
|-----------|--|-----|
| 3.4.2.1 | Individualisierung | 258 |
| 3.4.2.2 | Soziale Integration | 259 |
| 3.4.2.3 | Wertegeneralisierung | 261 |
| 3.4.2.4 | Soziale Mobilität | 262 |
| 3.4.2.5 | Mechanismen der Modernisierung und gesellschaftliche normative und politische Ordnung | 266 |
| 3.4.2.5.1 | Die Modernisierungsmechanismen in den politischen Konstitutionen von 1886 und 1991 | 266 |
| 3.4.2.5.2 | Die Modernisierungsmechanismen der politischen Parteien – der Konservativen und der Liberalen Partei, der Partei der U, der Grünen Partei und des Alternativen Demokratischen Pols | 273 |
| 3.4.2.5.3 | Schlussfolgerungen | 282 |
| 3.5 | Kolumbien im lateinamerikanischen Kontext | 286 |
| 3.5.1 | Soziodemografische Struktur | 286 |
| 3.5.2 | Ökonomische Struktur | 292 |
| 3.5.3 | Umweltstruktur | 296 |
| 3.5.4 | Die Demokratie in Lateinamerika | 298 |
| 3.5.5 | Industrialisierung und Handel in Lateinamerika | 300 |
| 3.5.5.1 | Internationaler Handel von Waren und Dienstleistungen | 302 |
| 3.5.6 | Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika | 306 |
| 3.5.7 | Schlussfolgerungen | 311 |
| 3.5.7.1 | Haupttendenzen | 311 |
| 3.5.7.2 | Primär interne Konflikte | 312 |
| 3.5.7.3 | Primär externe Konflikte | 313 |
| 3.5.7.4 | Stärken und Möglichkeiten | 313 |
| 4 | ARMUT, UNGLEICHHEIT UND LEBENSQUALITÄT IN KOLUMBIEN | 315 |
| 4.1 | Die allgemeine regionale Lage | 315 |
| 4.1.1 | Nationales und departementsspezifisches Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 316 |
| 4.1.2 | Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse | 317 |
| 4.1.3 | Nationale Umfrage zur Lebensqualität (ENCV) | 319 |
| 4.1.4 | Finanzielle Armut in Kolumbien | 323 |
| 4.1.5 | Nationaler Index der Menschlichen Entwicklung | 327 |
| 4.1.6 | Zufriedenheit in Kolumbien | 339 |
| 4.2 | Kontrastanalyse zweier unterschiedlicher Regionen: Die zentrale Kaffeeregion und die Bananenregion von Uraba | 343 |
| 4.2.1 | Die Kaffeeregion von Caldas | 343 |
| 4.2.1.1 | Geschichte und soziodemografische Struktur | 343 |
| 4.2.1.2 | Wirtschaftsstruktur | 348 |
| 4.2.1.2.1 | Der Kaffee – Hauptagrar- und Exportprodukt | 350 |
| 4.2.1.3 | Demokratie | 355 |
| 4.2.1.4 | Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse, Index der Lebensqualität und Konsum | 363 |
| 4.2.1.5 | Öffentliche Finanzen | 366 |
| 4.2.2. | Bananenzone Uraba | 368 |
| 4.2.2.1 | Geschichte und soziodemografische Struktur | 368 |
| 4.2.2.2 | Wirtschaftsstruktur | 373 |

| | | Seite |
|-----------|---|--------------|
| 4.2.2.2.1 | Die Banane, Hauptexportprodukt von Uraba/Antioquia | 376 |
| 4.2.2.3 | Demokratie | 380 |
| 4.2.2.4 | Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse, Index der Lebensqualität und Konsum | 385 |
| 4.2.2.5 | Öffentliche Finanzen | 388 |
| 4.2.3 | Vergleichende Analyse der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Charakteristiken | 392 |
| 4.2.4 | Modernisierungsprozesse, soziale Konflikte und Regelungsmechanismen | 395 |
| 5 | SCHLUSSFOLGERUNGEN | 398 |
| 6 | FAZIT | 413 |
| 7 | LITERATURVERZEICHNIS | 416 |
| 8 | ANHANG (im angehängten Datei CD) | 431 |

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

| | | |
|--------|--|-----|
| Nr. 1 | Modell des Modernisierungsprozesses als System von Wandlungsprozessen | 34 |
| Nr. 2 | Entwicklungskrisen der politischen Staats- und Nationbildung | 50 |
| Nr. 3 | Statisches Modell der Wohlfahrtspositionen | 63 |
| Nr. 4 | Struktur der Einkommen der Haushalte – Gemeindezentren 2006-2007 | 233 |
| Nr. 5 | Struktur der Einkommen der Haushalte – Rest 2006-2007 | 233 |
| Nr. 6 | Prozentsatz der Wahlbeteiligung an den Präsidentschaftswahlen | 245 |
| Nr. 7 | Monatseinkommen in aktueller Währung, die den Haushalten in % zur Verfügung stehen, nach Dezilen | 255 |
| Nr. 8 | Prozentsatz der monatlichen Ausgaben in aktueller Währung nach Hauhaltsdezilen | 255 |
| Nr. 9 | Durchschnittliche persönliche Ausgaben nach Ausgabenkategorien | 256 |
| Nr. 10 | Soziale Mobilität Veränderungen in der Beschäftigungsposition der Bevölkerung | 263 |
| Nr. 11 | Armutsgrenze der Pazifikregion | 325 |
| Nr. 12 | Armutsgrenze in der Region des Ostens | 325 |
| Nr. 13 | Armutslinie in der Region des Zentrums | 325 |
| Nr. 14 | Armutsgrenze in der Atlantikregion | 326 |
| Nr. 15 | Häufigkeit von Armut in Bogota | 326 |
| Nr. 16 | Häufigkeit von extremer Armut in Bogota | 326 |
| Nr. 17 | Variation des externen Preises in US-Dollarcent pro Pfund von 453,6gr Excelso-Kaffee | 352 |
| Nr. 18 | Jahresdurchschnittspreise der Exportbanane in US-Cent pro Pfund | 378 |
| Nr. 19 | Umsatz Bananenexport 1970-2005 in Millionen US-Dollar | 379 |

LANDKARTENVERZEICHNIS

| | | |
|-------|--|-----|
| Nr. 1 | Kolumbien | 121 |
| Nr. 2 | Räumliche Verteilung der Bevölkerung 1964 | 211 |
| Nr. 3 | Räumliche Verteilung der Bevölkerung 1985 | 211 |
| Nr. 4 | Räumliche Verteilung der Bevölkerung 1993 | 211 |
| Nr. 5 | Räumliche Verteilung der Bevölkerung 2005 | 211 |
| Nr. 6 | Resguardos und Landbesitz der schwarzen Bevölkerung | 264 |
| Nr. 7 | Landwirtschaftlich genutztes Land nach landwirtschaftlicher (Anbau) und viehwirtschaftlicher (Weiden) Nutzung | 265 |
| Nr. 8 | Gemeinden des Departements Caldas | 343 |
| Nr. 9 | Gemeinden der Bananenzone von Uraba/Antioquia: Turbo, Apartado, Carepa und Chigorodo | 368 |

TABELLENVERZEICHNIS

| | | |
|-------|---|-----|
| Nr. 1 | Zusammenfassung der Ergebnisse der Volkszählungen von Jahren 1951, 1964, 1973, 1985, 1993 und 2005 | 236 |
| Nr. 2 | Präsidenten von Kolumbien 1946-2010 | 246 |
| Nr. 3 | Freedom in the World Country Ratings by Region 1972-2011 Lateinamerika (auf der Basis der Daten von Amerika erarbeitete Tabelle) | 299 |
| Nr. 4 | Klassifizierung der Wirtschaften nach dem Index für Wettbewerbsfähige Industrierentabilität revidiert 2005-2009. Lateinamerika und die Karibik | 301 |
| Nr. 5 | Klassifizierung der lateinamerikanischen Länder nach Warenhandel und Dienstleistungen | 303 |
| Nr. 6 | Übersichtstabelle über Kolumbien. World Trade Organization (WTO) | 305 |
| Nr. 7 | Kontrastanalyse Sozialestrukturen Bananenzone und Kaffeezone 1951- 2005 | 390 |

EINLEITUNG

“...Unsere Antworten sind zu spärlich, zu kurz und zu spät”¹
Kofi Annan

Im Jahr 2012 wurden die Zahlen zur finanziellen Armut in Kolumbien von 2002-2010 veröffentlicht, die mit der neuen von der *Misión para el Empalme de las Series de Empleo, Pobreza y Desigualdad (Mesepe)* Mission für die Verbindung von Serien von Beschäftigung, Armut und Ungleichheit – MESEP – entwickelten Methode gemessen wurde.

“Die neue Methode zur Messung der Armut in Kolumbien hat Änderungen sowohl in der Definition der Armutslinie als auch in der Mehrwertbildung der Haushaltseinkommen vorgenommen. Für das Jahr 2010 (neue Methode) betrug das Armutsniveau 37,2 %, 33 % und 50 % für die nationalen, urbanen bzw. ruralen Gebiete. Im gleichen Jahr betrug die extreme Armut 12,3 %, 8,1 % bzw. 25,5 % und die Ungleichheit der nationalen Einkommen (Gini-Koeffizient) betrug 0,56. Während des letzten Jahrzehnts, 2002 – 2010, nahm die Armut um 12,2 Prozentpunkte ab und die extreme Armut um 5,2 Prozentpunkte. Dessen ungeachtet blieb die Ungleichheit stabil und ist zurzeit die höchste im lateinamerikanischen Kontext.” (DNP-DANE 2012: 68)

Laut diesen Ergebnissen und berücksichtigend, dass es nach Schätzung des Nationalen Statistischen Amtes DANE im Jahre 2010 eine Bevölkerung von 45'509.584 Personen gab, lebten **16'929.565** Personen unter der Armutsgrenze, d. h., sie leben monatlich mit weniger als 187.079 Peso und täglich mit 6.236 Peso, was im Jahr 2010 ungefähr 3,23 US-Dollar (Dolar.wilkinsonpc 2010) entspricht. **5'597.679** Personen lebten unter der extremen Armutslinie, d. h. ohne Ressourcen sich mit einem Minimum an Nahrungsmitteln zu versorgen, um ihre Kalorienbedürfnisse zu decken. Dieser Einkaufskorb wird mit 83.581 Peso monatlich berechnet, was 2.786 Peso täglich bedeutet, d. h. ungefähr 1,4 US-Dollar täglich.

Wie die MESEP aufzeigte, ist Kolumbien zurzeit eines der Länder mit der höchsten Ungleichheit Lateinamerikas, sodass das Land neben der extrem armen Bevölkerung gleichzeitig eine extrem reiche Bevölkerung hat.

Die Fragestellung dieser wissenschaftlichen Arbeit betrifft das Verhältnis von Modernisierung und sozialen Konflikten in Kolumbien. Die Probleme von Armut, Elend und Ungleichheit als Begleiterscheinungen von Modernisierungsprozessen werden als Ausdruck sozialer Konflikte analysiert.

Kolumbien befindet sich auf dem konfliktreichen Weg zu einer modernen Gesellschaft. Die soziologische Konflikttheorie von Dahrendorf erklärt die Auseinandersetzungen zwischen Herrschenden und Beherrschten in gegebenen sozialen Strukturzusammenhängen. Sie wurde als grundlegende Theorie zur Analyse des Wandels in Kolumbien gewählt, weil sie von der Prämisse ausgeht, dass der Konflikt ein struktureller Teil sozialer Beziehungen und keine Ausnahme ist. Der soziale Konflikt charakterisiert die kolumbianische Gesellschaft ebenso wie die Unmöglichkeit, seiner friedlichen Beilegung, was aus mehr als 200 Jahren interner Auseinandersetzungen hervorgeht.

Die Theorie der Modernisierung von Zapf benennt vier grundlegende moderne Institutionen, durch die soziale Konflikte friedlich reguliert werden können. Dies sind Demokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum. Die Modernisierungstheorie erklärt die Merkmale und Me-

¹ Aus dem Spanischen ins Deutsche übersetzt. Alle Originalzitate befinden sich im Anhang.

chanismen, die diesen vier Institutionen ermöglichen gut zu funktionieren und sich miteinander zu verbinden und rückzukoppeln.

Die Modernisierungstheorie wurde gewählt, da es sich bei Kolumbien um ein Land handelt, das nach dem westlichen Modell gebildet wurde – als ein Staat mit dem politischen System einer liberalen Republik, der Demokratie als Regierungs- und der Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem.

Die Zeit der Moderne, in der wir uns befinden, wird unter Anderem durch eine revolutionäre Veränderung der Art, die Welt zu sehen und in ihr als Individuum zu agieren charakterisiert. Diese Transformation kann als ein Prozess der “Individualisierung” beschrieben werden, der Personen hervorbrachte, die fähig sind, die Welt zu beobachten, sie autonom zu denken, sich den einschränkenden Regeln und Normen zu widersetzen und in einigen Fällen offen mit den Regeln in Konflikt zu geraten, die die herrschende Ideologie dem Wissen gegenübergestellt hat. Sie wagen es, Lösungen der sich ihnen stellenden Probleme zu suchen, zu finden und anzuwenden. Diese veränderte Position der Individuen gegenüber der Welt ermöglichte die Entwicklung der Wissenschaft und der Technologie in einem in der Menschheitsgeschichte vorher nie da gewesenen Tempo.

Diese “modernen Individuen” konnten den außerordentlich ungleichen und autoritären feudalen Machtstrukturen gegenüberreten und sie in andere, einschließendere und egalitäre Machtstrukturen und -systeme verwandeln. Produkt dieses als “Modernisierung” bekannten Prozesses ist die Entstehung von Institutionen wie beispielsweise Staat, Demokratie und Marktwirtschaft, die Zapf (1994: 54) als Errungenschaften der Menschheit betrachtet. Nach Zapf sind die westlichen Länder, Pioniere dieses Prozesses, haben Armut, Hilfsbedürftigkeit und Ungleichheit signifikativ reduziert und zur gleichen Zeit hohe Wohlstandsniveaus in ihrer Bevölkerung erreicht, obwohl sie weder die Klassentrennung überwunden noch eine totale Gleichstellung ihrer Einwohner erreicht haben.

Die westlichen Länder haben bis heute erreicht, dass ihre Hauptinstitutionen zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Gleichgewichts der komplexen Beziehung Individuum/Gesellschaft beitragen, d. h. ein hohes Niveau an “sozialer Integration” von hoch “individualisierten” Personen. Ein Ergebnis der “Individualisierung” ist die Diversifizierung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen und ein Ergebnis der “sozialen Integration” ist die Bildung von Institutionen mit immer komplexerer Organisation, Kontrolle und Führung. Von besonderem Interesse für den kolumbianischen Fall ist die Analyse des Industrialisierungsprozesses, durch den den westlichen Gesellschaften die Steigerung der Einkommen und die Verringerung der Armut gelungen ist, was jedoch noch immer nicht befriedigend gelöst ist.

In der derzeitigen Globalisierungsphase, in der wir uns befinden, verlieren Staaten/ Nationen ihre Fähigkeit, zu handeln und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozesse ihrer Territorien zu leiten. Das Gleichgewicht in der Beziehung Individuum/Gesellschaft geht verloren und sogar die westlichen Länder weisen Verarmungs- und Ausschließungsprobleme auf, ein Phänomen, das Ulrich Beck (1998: 266) “Brasilianisierung” Europas nennt, um die hohen Niveaus von sozialer Ungleichheit zu beschreiben, die in den europäischen Ländern entstehen.

Die erste Hypothese dieser Arbeit ist, dass die Modernisierung in Kolumbien ein nicht konsolidierter Prozess ist, weil die Grundinstitutionen der Modernisierung – Demokratie, Staat und Wirtschaft – auf dem westlichen Modell aufgebaut wurden, ohne mit dem vollen Funktionieren der vier diese Institutionen stützenden sozialen Mechanismen rechnen zu können: 1) Mechanismen der Individualisierung und Differenzierung ihrer Strukturen, 2) Mechanismen der Integration und sozialer Inklusion, 3) Mechanismen der Generalisierung der Werte der Gesellschaft und 4) Mechanismen, die die zunehmende Beweglichkeit und das Wohlbefinden der Bevölkerung fördern.

Die zweite Hypothese ist, dass sich die Modernisierungsinstitutionen im Zuge der Globalisierung unter Anderem wegen der marginalen/abhängigen Position des Landes vom System der internationalen Beziehungen nicht nur nicht gestärkt, sondern geschwächt haben. Deswegen haben sich Armut und Hilfsbedürftigkeit nicht signifikativ reduziert, im Gegenteil hat die Ungleichheit sogar zugenommen.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, das Funktionieren der Modernisierungsmechanismen besser zu verstehen. Dabei werden die Prozesse identifiziert, die diese begünstigen, sowie diejenigen, welche die Mechanismen blockieren und den Status quo aufrechterhalten, indem sie die erforderlichen Veränderungen, Reformen und Erneuerungen zur Verbesserung der Situation der unter Exklusion und fehlenden Gelegenheiten leidende Bevölkerung verhindern.

Die Untersuchung beruht auf der langfristigen Beobachtung der Sozialstruktur in Kolumbien in den letzten 60 Jahren, auf der Identifikation von sozialen Gruppen und den Formen ihrer Auseinandersetzung sowie dem Wandel der Sozialstruktur, die sie bewirken. Es handelt sich um die Identifikation und Analyse von Strukturen, Institutionen und Mechanismen sowie deren externen Einfluss unter Beachtung der marginalen Position des Landes im System der internationalen Beziehungen.

Ein weiteres Ziel der Arbeit ist es, die sozialen Strukturen, das Funktionieren der Institutionen und Modernisierungsmechanismen beispielhaft zu untersuchen. Dazu werden zwei gegensätzliche Regionen herangezogen: Die zentrale Kaffeeregion, die wenig Armutsindizes, geringe Hilfsbedürftigkeit und eine bessere Lebensqualität ihrer Bevölkerung aufweist, und die Bananenregion, die im kolumbianischen Uraba liegt und deren Bevölkerung durch hohe Armuts-, Hilfsbedürftigkeits- und Ungleichheitsniveaus charakterisiert wird. Die Untersuchung gilt den Beziehungen zwischen Modernisierungsprozessen, sozialen Konflikten und Regelungsmechanismen, die in diesen beiden Regionen zu beobachten sind.

Es wird davon ausgegangen, dass die Ergebnisse dieser Arbeit einen Beitrag leisten, um Theorie und Forschungsverfahren der Forschungsgruppe *Desarrollo Regional Sostenible* (Nachhaltige Regionalentwicklung) der Autonomen Universität von Manizales fortzuentwickeln.

1. DIE MODERNE, EIN UNVOLLENDETES PROJEKT

„Ich meine, daß wir eher aus den Verirrungen, die das Projekt der Moderne begleitet haben, aus den Fehlern der verstiegenen Aufhebungsprogramme lernen, statt die Moderne und ihr Projekt selbst verloren geben sollten.“

Jürgen Habermas²

Wolfgang Zapf, einer der deutschen Autoren, die sich dem Studium der Modernisierungsprozesse widmeten, definiert sozialer Wandel als “Veränderungen sozialer Strukturen. Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung”. Gleichzeitig definiert er die sozialen Strukturen als “...die (relativ) stabilen Regelmässigkeiten des sozialen Lebens, die (relativ) stabile Ordnung der Gesellschaft vorstellen, die gegen Veränderungen widerständig sind.” (Zapf 1994: 11). In seinem Konzept sind Theorien des sozialen Wandels dazu vorgesehen, die Einheiten und die Niveaus zu bestimmen, in denen soziale Transformation erkennbar ist, wobei zu den **Dimensionen des sozialen Wandels**, Zeit, Tiefe, Richtung und Kontrollierbarkeit sowie **die internen und externen Kräfte des sozialen Wandels zählen**, die eine bestehende Ordnung verändern können. Das Konzept der Modernisierung wurde von Zapf zur Analyse einer der Dimensionen der sozialen Veränderung eingeführt, um ihre Richtung in komplexen Gesellschaften zu bestimmen.

In dieser Arbeit bildet die Theorie der Modernisierung den Referenzrahmen zur Analyse der Richtung des Veränderungsprozesses der kolumbianischen Gesellschaft, da Kolumbien seit seiner Entstehung als liberale Republik im Jahr 1819, das westliche Entwicklungsmodell und dessen Institutionen implementiert hat. Als makrotheoretische Referenz wiederum fungiert die von Ralf Dahrendorf entwickelte Konflikttheorie.

Begriffsdefinitionen

„**Konflikt, sozialer** universeller, d.h. in allen Gesellschaften vorfindbarer Prozess der Auseinandersetzung, der auf unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppierungen beruht, in unterschiedlicher Weise institutionalisiert ist und ausgetragen wird. Der s.K. hat vielfältige Erscheinungsformen: Krieg, Kampf, Streik, Aussperrungen, Verteilungs-, Macht-, Status- und Tarifaueinandersetzen. Als Auseinandersetzung, Spannung, Gegnerschaft, Gegensätzlichkeit kann der K. innerhalb und zwischen sozialen Rollen (Rollenk.), sozialen Gruppen, Organisationen, Gesellschaftsbereichen, Gesellschaften, Staaten, überstaatlichen Verbindungen (Bündnissysteme, Wirtschaftsblöcke etc.) und allen sozialen Assoziationen stattfinden. [...] Im Gegensatz dazu lehnt Ralf Dahrendorf (geb. 1929) nicht nur die strukturell-funktionale Sichtweise (Coser einbeziehend) ab, sondern auch den Marxschen Ansatz: Nicht das Eigentum an Produktionsmitteln sei der allgemeine Grund der K.e, sondern die *Herrschaft*, die in jedem Herrschaftsverband die an ihr teilhabende Minderheit mit der von ihr ausgeschlossenen Mehrheit konfrontiere (Dahrendorf 1957). Dahrendorf sieht in seiner K.theorie Gesellschaft als ein explosives Gefüge mit einem stets labilen Gleichgewicht, das nur durch Herrschafts- und Zwangsausübung zusammengehalten wird. Der K. ist nach Dahrendorf demnach unvermeidbar, die K.bewältigung ist nicht durch Unterdrückung oder `Lösung`, sondern nur durch K.regelung möglich. [...] Der moderne s.e K. speist sich nach Dahrendorf (1992) aus den Antagonismen von Anrecht und Angebot, Politik und Ökonomie, Bürgerrecht und Wirtschaftswachstum. Die Gefahr besteht u.a. darin, dass diese K.e nicht mehr in ihren herkömmlichen Formen ausgetragen werden, sondern den Charakter einer *Anomie* annehmen: Ein Zustand,

² Habermas 1990: 49.

der von Bindungslosigkeit, Vertrauenverlust der Gesellschaft in ihre eigenen Regeln und von resctsfreien Räumen gekennzeichnet ist.“ (Schäfers / Kopp 2006: 138)

„**Moderne** [1] ein schillernder Begriff, der allgemein auf eine Phase der `neuen Zeit`, auf das bislang letzte Stadium der Geschichte hinweist. Meist geht es um die Epoche seit der Industrialisierung. M. war seit dem späten 18. Jahrhundert ein Thema der Philosophie, insb. bei G.W.F. Hegel. Die Soziologie, selbst ein Kind der M., konnte ihre M. anfangs in der jeweiligen Gegenwartsgesellschaft finden. Doch nach einem Jahrhundert soziologischen Denkens wurde auch hier die M. historisiert. So werden heute Phasen und Epochen der M. unterschieden, und es wird z. B. eine Zweite Moderne (U. Beck) propagiert. Soziologisch ist die M. vielfach analysiert worden. Bei Max Weber entspricht sie dem okzidentalen Rationalismus; im Protestantismus findet Weber eine der geistigen Wurzeln für den Schub zur M. Im durch die Geldflüsse beschleunigten Tempo des Lebens erblickte G. Simmel einen Pfad zur M. Bei T. Parsons ist die funktionale Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Teilsystemen (Wirtschaft, Politik, Religion etc.) massgebend. Soweit keinem dieser Bereiche noch ein Primat zukommt, entstehen gleichrangige Rationalitäten, deren Vermittlung nicht länger unter Rekurs auf letzte Instanzen (→ Metaphysik), sondern allenfalls durch gesellschaftliche Aushandlungsprozesse möglich ist (J. Habermas). Seit den 1950er Jahren wird M. als Prozess diskutiert (→ Modernisierung). Insoweit M. in einem positiv-normativen Sinne verwendet wird (‘Fortschritt’) bzw. entstehen auch modernitätskritische Positionen. Dass die M. keineswegs mit sozialen Verbesserungen oder gar Humanisierung gleichgesetzt werden kann, wird an ihren barbarischen Auswüchsen gezeigt (M. Horkheimer/T.W. Adorno; Z. Bauman). Zur Prominenz des Begriffs M. gehört auch, dass immer wieder einmal deren Ende ausgerufen und ein Nachfolgezustand oder gar das Ende der Geschichte proklamiert wird. Voraussichtlich aber bleibt das Thema auf der soziologischen Agenda, zumal bei zunehmender Auseinandersetzung mit nichtwestlichen Kulturkonzepten. R.L.“ (Fluchs-Heinritz et al. 2011: 453)

„**Modernisierung**, Bezeichnung für den Entwicklungsprozess in Richtung auf Modernität. Die M. gilt als spezifische Form des zielgerichteten Wandels in der Gegenwart und wird im internationalen Vergleich an der Zunahme des Bruttosozialprodukts und an Veränderungen der sozialen Institutionen des Organisationssystems und an Phänomenen wie Bürokratisierung, Urbanisierung, Demokratisierung und sozialer Mobilität gemessen. O.R.“ (Fluchs-Heinritz et al. 2011: 453)

„**Modernisierung, nachholende**, beschreibt bei W. Zapf die Transformation der ehemaligen staatssozialistischen Länder als speziellen Modernisierungsprozess. Im Gegensatz zum offenen Modernisierungsprozess evolutionärer Innovation ist bei der nachholenden Modernisierung das Entwicklungsziel: demokratischer Wohlfahrtsstaat, bekannt. Das Konzept der nachholenden Modernisierung geht von einem Modernisierungsrückstand der ehemaligen staatssozialistischen Länder aus, der durch Nachhol- bzw. Aufholprozesse verringert werden und so eine Angleichung der Lebensverhältnisse bewirken soll. E.B.“ (Fluchs-Heinritz et al. 2011: 453)

„**Modernisierung, reflexive**, bezeichnet bei U. Beck u.a. (1996) soziale Transformationsprozesse, in denen der Wandel zur → Zweiten Moderne verarbeitet wird. Die r.M. stellt gesellschaftliche Institutionen, Wissenschaften und Individuen vor die Herausforderung, die überkommenen Selbstverständlichkeiten der Ersten Moderne in Frage zu stellen (zu reflektieren) und neue Konzepte zu entwickeln. Dieser Anspruch richtet sich auch an die Soziologie, die aufhören soll, mit veralteten Kategorien und Prämissen zu arbeiten und damit gegenwärtig Umbrüche zu verkennen: `Die Soziologie der Zweiten Moderne muss erst noch erfunden werden.‘ (Beck). D.Kl.“ (Fluchs-Heinritz et al. 2011: 454)

„**Modernität**, Kategorie zur Bezeichnung bestimmter charakteristischer Merkmale neuzeitlicher Gesellschaftsentwicklung. Im Unterschied zum Epochenbegriff `Moderne` (→ Moderne [1], zum

Systembegriff 'moderne Gesellschaft' sowie zur Norm eines allumfassenden Modernisierungsbegriffes (→ Modernisierung) benennt M. in formaler Hinsicht die Neuheit von kulturellen Tendenzen, Handlungsschemata und gesellschaftlichen Strukturen in Abgrenzung zum Tradierten als Überkommenen. Dementsprechend zeichnet sich M. inhaltlich dadurch aus, dass sie sich systematisch jeder endgültigen Fixierung entzieht (programmatische Offenheit). Eine nähere Bestimmung erfährt der Begriff durch einschneidende Entwicklungen wie →Säkularisierung, →Industrialisierung und → Demokratisierung, deren jeweilige Gewichtung und Irreversibilität allerdings kontrovers diskutiert werden. V.K./J.Mi.“ (Fluchs-Heinritz et al. 2011: 454)

1.1 Die Ermächtigung des Subjekts als Voraussetzung des Modernisierungsprozess

Die aktuelle Situation Kolumbiens kann, was die Modernität und den Modernisierungsprozess betrifft, nicht verstanden werden, wenn entscheidende historische Faktoren, wie die Tatsache, dass das Land während mehr als drei Jahrhunderten eine Kolonie des ehemaligen spanischen Reichs war, nicht berücksichtigt werden.

Nach der Entdeckung Amerikas im Jahre 1492 setzte die Eroberung des ganzen Kontinents seitens des spanischen Reichs ein, 1499 erreichte die erste Expedition Cabo de Vela, 1510 den Golf von Uraba, wo der erste *Santa Maria la Antigua del Darien* genannte Weiler gegründet wurde. 1525 begann Rodrigo de Bastidas, den Norden Kolumbiens zu erforschen, und gründete die Stadt Santa Marta. Von hier ging die Eroberung des Kontinents aus, die von 1528 bis 1538 dauerte, und dann die Kolonie, die bis zur Unabhängigkeitserklärung am 20. Juli 1810 bestand und mit der Schlacht von Boyaca am 7. August 1819, dem Sieg der Emanzipation, besiegelt wurde. Also unterlag das Territorium, das heute Republik Kolumbien heißt, der kolonialen Herrschaft des spanischen Imperiums, das im Feudalismus versunken und intellektuell vom restlichen Europa isoliert war.

“Das Paradox Spaniens bestand zu Beginn der Modernität darin, dass es zur gleichen Zeit, in der es durch die Konsolidierung des Weltmarkts anerkanntermaßen die Entwicklung des Kapitalismus förderte, selbst feudal blieb und in den von ihm eroberten Territorien die anachronistische herrschaftliche Struktur und den mittelalterlichen Geist projektierte...” (Jaramillo 1998: 8)

Im spanischen Reich, das Amerika eroberte, hatten die Adligen das städtische Bürgertum und seine kommunale Rebellion von 1520-1521 im Gegensatz zum restlichen Europa niedergeworfen und der herrschaftliche Großgrundbesitz machte weiterhin die vorherrschende Form der Bodenverteilung aus. Etwa 1,64% der Bevölkerung – Aristokraten, Adelige, Militäradelige, Stadtaristokratie, hohe Kirchenoberhäupter – bildeten die oberste Schicht, der Privilegien zustanden; 3,65% entsprachen der Mittelschicht – Geistliche, Bürger, reiche oder wohlhabende Bauern – und fast 95% der Bevölkerung waren einfache Leute, Handwerker, städtische Tagelöhner und Bauern ohne Privilegien. Die Juden waren ausgewiesen worden und nur Konvertierte blieben in Spanien und verfügten wie diejenigen mit jüdischen Vorfahren über einen eingeschränkten Stellenzugang und eine eingeschränkte "Ehrbarkeit", – inhärenter Wert eines Mannes und seiner Familie sowie ihrer Wertschätzung durch die Anderen und die Gesellschaft insgesamt –, die befleckt war. Ausländische sowie in Spanien veröffentlichten Bücher unterlagen einer strengen Zensur, um den Einfluss der Reform von Luther und Erasmus zu unterdrücken.

Das soziopolitische System, das in den eroberten Territorien eingeführt wurde, war ein auf drei Ständen beruhendes feudales System: die Adligen – große und kleine –, der Klerus – hoher und niedriger – und der Dritte Stand bzw. das Volk – Handwerker, Bauern und Kaufleute –. Die Landverteilung wurde nach dem auch in Spanien vorherrschenden herrschaftlichen System vorgenom-

men. Die errichteten Institutionen waren die Arbeitszuteilung, die Encomienda³ und die Mita⁴, die die indigene Bevölkerung zwangen, Tribute zu bezahlen und Zwangsarbeit zu leisten. Die Verpflichtung der Spanier war es, die indigene Bevölkerung zu christianisieren, sie zur katholischen Religion zu bekehren und ihnen auf Spanisch (Kastilisch) Lesen und Schreiben zu lehren. Da die indigene Bevölkerung wegen Kriegen und Krankheiten abnahm und ihre physische Körperkraft für die Schwerarbeit im Bergwerk begrenzt war, wurden afrikanische Sklaven als Arbeitskräfte geholt. Die Bildung wiederum lag in Händen der katholischen Kirche.

Während der Regierungszeit Carlos III. (1759-1788) wurden Reformen im Geiste der Aufklärung eingeleitet als sogenannte "aufgeklärte Despotie". Eine seiner Reformen war die Bildung, die in den wissenschaftlichen Disziplinen und der Forschung anzusiedeln war. In seiner Regierungszeit wurde die Botanische Expedition durchgeführt und Jose Celestino Mutis, der später als "der Weise" bekannt wurde, war der Erste, der das Werk Isaak Newtons in der Schule Colegio de Nuestra Señora del Rosario in Santa Fe de Bogota vorstellte.

Die Kreolen, die in Amerika geborenen Spanier, die wegen ihres Geburtsortes diskriminiert wurden, sahen in der Besetzung Spaniens durch die Truppen Napoleons ihre Gelegenheit zur Unabhängigkeit. Sie folgten dem Beispiel der Revolutionen, die 1776 die Vereinigten Staaten Amerikas und 1789 Frankreich zur Unabhängigkeit führten. Antonio Nariño, der die europäische Bewegung der Aufklärung kannte und von ihren Ideen fasziniert war, übersetzte und druckte 1794 in seiner Druckerei die Menschen und Bürgerrechte, was seine Gefangenschaft während der meisten Zeit seines Lebens nach sich zog. Aber es machte ihn auch zu einem der Hauptprotagonisten der Unabhängigkeit.

Nach Erreichen der Unabhängigkeit war eine der wichtigsten Aufgaben, der die Väter der Unabhängigkeit sich stellten, der heterogenen Mestizenbevölkerung ein Nationalbewusstsein zu vermitteln. Sie versuchten, über die Bildung das kulturelle Niveau der Bevölkerung zu erweitern, das seit 1599 auf der christlichen Religion und Moral in spanischer Version begrenzt war, die auf dem Katechismus der christlichen Lehre des Paters Gaspar Astete basierte.

"Hinter seiner einfachen Form zu fragen und zu antworten, hinter seinem 'rationalen' Augenschein verstecken sich Intoleranz und ihre dichotomische Denkweise (Ja oder nein, wie Christus uns lehrt, was natürlich das Ja vorschreibt und das Freund-Feind-Konzept hervorbringt, das später mit den Worten Christi 'Wer nicht mit mir ist, ist gegen mich!' im Lehrfach 'Heilige Geschichte' popularisiert wird). Für das Kind wird die historische Welt auf 'Ja-Sager', die Guten und Katholiken, und 'Nein-Sager', natürlich die schlechten Nicht-Katholiken, reduziert. Diese antagonistische Struktur wird im Laufe der Schulzeit noch vertieft, wenn dem Heranwachsenden sprichwörtlich das Hassen [...] derjenigen historischen Personen beigebracht wird, die Pater Astete und demjenigen, was er vertrat, nicht folgten, der Anderen, die die Bosheit verstärkend keine Spanier waren. Der Hass hatte Verketzerung und Deformierung und gleichzeitig Hypokrisie zur Folge..." (Gutierrez 1985: 69, zit. n. Jaramillo 1998: 17)

Es bestand unter den neuen Führern und Intellektuellen der unabhängigen Völker eine gewisse Einigkeit über die Bedeutung der Bildung für die Überwindung der vom Mutterland geerbten Probleme.

³ Die einem Statthalter zugewiesene Siedlung höriger Indianer.

⁴ Der von den Kolonisatoren geforderte Frondienst.

“Das Spanien und seine Nachkommen werden heute im modernen Welttheater aller Begabungen beraubt, die das Leben in unserer Zeit erfordert. Ihnen fehlen wegen des radikalen Fehlens an Kenntnissen in Natur- bzw. Physikwissenschaften die Aktionsmittel, die in den restlichen europäischen Ländern eine mächtige Industrie hervorbrachten, die allen Individuen der Gesellschaft Beschäftigung gibt. Die Produktion, Tochter der Arbeit, kann heute nicht in einem rentablen Maße stattfinden, wenn nicht die mechanischen Mittel eingeführt werden, die die Industrie anderer Länder eroberten, und wenn nicht die Bildung die kommenden Generationen für diese notwendige Anpassung der Arbeitsmittel vorbereitet werden. Die Folge werden Armut und nationale Dunkelheit inmitten der Entfaltung anderer Nationen sein, die mit Hilfe langer Wissenschaftstraditionen gemischt mit Industrietraditionen und aktueller Entfaltung funktionieren, die durch die öffentliche Bildung erzeugt wird, die ihnen Fortschritt und Entwicklung großer Produktionskräfte verspricht [...]. Unsere Anstrengungen für eine integrale Erziehung der kommenden Generationen müssen grösser werden, wenn andere von der spanischen Kolonialisierung hervorgebrachte negative Bedingungen mitberücksichtigt werden. Das Vermächtnis der intellektuellen und industriellen Unterentwicklung würde nicht genügen, das es uns überließ und das es in Europa selbst zu Unscheinbarkeit und Nichtigkeit herabsetzte, in der es sich heute befindet, wobei es nichts mehr als eine Kolonie im Schoße Europas ist, wohin alle anderen Nationen ihre Artefakte zum Konsum der Bevölkerung exportieren, die diese aus nationaler Unfähigkeit selbst nicht produzieren kann. Es genüge auch nicht, dass es uns die zivile Unfähigkeit vererbte, in die es selbst unter dem Gewicht der insolventen Auslandsschulden und der schrecklichsten im Innern Europas bekannten Verwaltungsunordnung verwickelt ist. Ausserdem stimmte es, dass von der Kolonisation selbst ein Nachteil für uns ausgeht, mit dem wir während Jahrhunderten zu kämpfen haben werden.” (Sarmiento 1857, zit. n. Jaramillo 1998: 19)

Seit der Unabhängigkeit existiert ein Streit unter den Führern des lateinamerikanischen Kontinents zwischen Fortschrittlichen, die die beschriebenen europäischen Gesellschaften mit Verweltlichung, totaler Trennung von Staat und Kirche und Bildung in Händen eines nicht kirchlichen Staates zu verbreiten und nachzuahmen suchen, und denjenigen, die das Modell der ererbten spanischen Gesellschaft der Kolonie mit ihren Institutionen und Privilegien sowie einer von der katholischen Kirche verantworteten religiösen Bildung verteidigen.

Der Philosoph und Lehrer Ruben Jaramillo stellt in seinem Buch “Kolumbien: die zurückgestellte Modernität” die These auf, die die Beziehung des Landes zur Modernität als “Zurückstellung” seiner vollen Erfahrung “aufgrund und als Folge von politischen Prozessen und Entscheidungen, die das Bewusstseins- und Kulturniveau der Bürger gegenüber den Anforderungen der Modernität unter uns bremsten“, definiert. (Jaramillo 1998: VII)

Dieser Autor sieht die, in der Mitte der achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts einsetzende, ideologische und politische Bewegung der “Regeneration” als Ausdruck der Festigung der nationalen Einheit nach einem starren zentralistischen Modell und einer autoritären Kultur, die von Anfang an mit einem ultramontanen antimodernen Katholizismus verbunden war, der die Bildung wichtiger Politiker und Schriftsteller der Epoche, wie Miguel Antonio Caro, Autor der Verfassung von 1886, 1892 Vizepräsident der Republik und 1894 Präsident, seit ihrer Jugend zutiefst beeinflusste.

Diese Bewegung gelang es, die liberale Partei zu schlagen, die am 16. Juli 1848 gegründet wurde und von 1863 bis 1886 ohne Unterbrechung regierte, einer unter dem Namen “Radikaler Olymp” bekannte Epoche, die durch einen extremen Säkularismus und Föderalismus in der Staatsverwaltung gekennzeichnet war. Die Regeneration eröffnete eine Periode der Ausgrenzung und konservativer Hegemonie zentralistischer, katholischer und nationalistischer Art, die die nationale Geschichte bis heute prägte.

Mit der Konstitution von 1886 wurde Kolumbien eine unitäre Republik und ein konfessioneller Staat, was 1887 mit der Unterschrift des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl ratifiziert wurde, womit die Bildung in die Hände der katholischen Kirche gelegt wurde.

“Während fast der ganzen Geschichte des Landes wurden Chemie, Mathematik, Physik mehr als Werkzeug für andere Zwecke als für das Interesse an sich selbst unterrichtet, vorgestellt und benutzt. Es wurde im Allgemeinen nicht erwartet, dass die wissenschaftliche Aktivität Fachwissen erzeugt, und das erhielt nur wenig oder keinerlei soziale Anerkennung für seinen intrinsischen Wert. Die wissenschaftlichen Kenntnisse wurden als fremde Konstrukte benutzt, die bei der Lösung irgendeines Problems nützlich waren und deshalb nicht angeeignet wurden. So war und ist der Wissenschaftsunterricht hauptsächlich die Lehre von Rezepten zur Lösung typischer Probleme, ohne Universalität, Anpassungsfähigkeit und die den Wissenschaftler der nördlichen Hemisphäre charakterisierende Fähigkeit kontinuierlichen Lernens zu suchen. Innerhalb dieses Utilitarismus durchliefen wenige in Kolumbien die ganze Unendlichkeit mit ihrem Geist und ihrer Seele, weshalb das Lernen der Wissenschaften für die Mehrheit nicht zu Unabhängigkeit des Subjekts, seiner Befreiung von transzendentalen und sich selbst fremden Systemen führte. Es wurde zwar gelernt, aber sie wurden nicht verstanden, und dienten dazu, typische Probleme zu lösen, – wie das Wissen der Bienen, das ihnen zum Bauen der typischen Waben dient –, aber ohne das zu realisieren, was Marx den Hauptunterschied zwischen Biene und Architekt nennt: dieser baut die Zelle zuerst in seinem Kopf, bevor er sie in der Wabe baut. Wir zögern nicht zu bestätigen: die utilitaristische Konzeption der Verhinderung oder Entmutigung der wirklichen Aneignung wissenschaftlichen Wissens erlaubte es nicht oder verzögerte es wenigstens, dass die Wissenschaften zur Modernität beitragen würden.” (Jaramillo 1998: 52)

Jaramillo Velez stellt fest, dass in Kolumbien anachronistische und den Modellen der Modernität sogar widersprechende Formen der Erfahrung und des Verhaltens bestehen, d. h. er legt dar, dass seiner Geschichte eine Spannung zwischen Vormodernem und Modernem existiert. Als Ergebnis “scheint sich diese nie in der Formulierung und Konkretisierung eines authentischen, organischen, nationalen Projekts gelöst zu haben, auf dem sich echte demokratische Prozesse, Teilnahme, die Erweiterung von Rechten, wirkliche Mündigkeit als Verantwortung des Volkes in der vollen Ausübung der Staatsbürgerschaft entwickelt hätte.” (Jaramillo 1998: VIII)

Wenn das Volk jedoch unmündig ist, wenn es keine Subjekte gibt, wie können dann die modernen Institutionen funktionieren, die sich aus diesem konstituieren?

Was bedeutet die umfassende Erfahrung der Modernität und warum ist sie wichtig für die Modernisierung?

1.1.1 Die Verwerfungen der unvollständigen Modernität

Von Modernität und Modernisierung zu sprechen, scheint für einige ein altmodisches Thema zu sein. Heutzutage ist von “post” oder “neo” die Rede: Postmodernismus, Poststrukturalismus, Postkommunismus, Neomarxismus, Neoliberalismus oder Neokolonialismus. Wie sich jedoch gezeigt hat, ist es zum Verstehen der kolumbianischen Gesellschaft wichtig, zu identifizieren, was diese nicht voll erreicht hat. Was kennzeichnet deren Modernität, die einige als unvollendet und andere als völlig hinfällig betrachten? Was sind die „Verwerfungen der unvollständigen Modernität“? (Dahrendorf 1992: 130)

Alain Touraine (2000) differenziert in seiner Verteidigung der Modernität zwei Konzeptionen: die ehrgeizigere Form der Modernitätsidee als dem Triumph der Vernunft, welche die Wissenschaft und ihre Anwendungen sowie die Anpassung des sozialen Lebens an die individuellen und kollekti-

ven Bedürfnisse anregt und die Willkür und die Gewalt des Rechtsstaates und des Markts ersetzt. Die Menschheit bewegt sich mit ihrem, an den Gesetzen der Vernunft orientiertem Handeln, auf Abundanz, Freiheit und Glück zu.

Neben dieser Idee identifiziert Touraine eine abgeschwächtere oder weichere Form der Modernität: als ein von Gesetz und Verträgen reguliertes Fließen, das auf Toleranz reduziert wird, die nur in Abwesenheit einer schweren sozialen Krise respektiert wird und vor allem denjenigen verfügbar ist, die über die üppigsten und vielfältigsten Ressourcen verfügen – die Privilegierten.

Touraine bemerkt, dass die Modernitätsidee von ihrer härtesten bis zu ihrer weichsten Form, wenn sie durch die Zerstörung der alten Ordnungen und den Triumph der objektiven oder instrumentellen Rationalität definiert wird, ihre Befreiungs- und Schöpfungskraft verliert. Es wird jedoch für untragbar befunden, zu Nationalismen, Partikularismen, religiösen oder nicht-religiösen Fundamentalismen zurückzukehren, die sowohl in den modernisiertesten Ländern wie in denjenigen, die von einer erzwungenen Modernisierung brutal gestört sind, fortschreiten. Der französische Soziologe ist mit der Notwendigkeit einer kritischen Befragung der Modernitätsidee einverstanden, wie sie sich im Westen entwickelte, aber er will auf keinen Fall ein Abrücken von den Ideen der Effizienz der instrumentellen Vernunft, der befreienden Kraft des kritischen Denkens und des Individualismus rechtfertigen.

Für Touraine beruht die Modernität nicht auf einem einzigen Prinzip und er trennt deshalb die Modernität von der historischen Tradition, die diese auf die Rationalisierung reduzierte, und führt das Thema des persönlichen Subjekts und der Subjektivierung ein.

Es wurde zu einem Allgemeinplatz, die Modernität mit dem Entstehen des Subjekts zu assoziieren, das nicht nur ein rationales Wesen mit Willen ist, sondern ein Wesen mit Subjektivität, d. h. ein Wesen mit einer individuellen Identität und deswegen einzig, mit einer Persönlichkeit, die seine Denk-, Fühl-, Verhaltens- und Realitätsauffassungen bestimmt. Freud wird als einer der bedeutendsten Kritiker der Modernität aufgefasst, da seine Entdeckung des Unbewusstseins der Idee einer objektiven Rationalität des Subjekts entgegen steht.

Wenn nun aber die Hauptkritik an der Modernität gerade auf der Erhöhung der Rationalität beruht und wir Menschen uns eben durch unsere Rationalisierungsfähigkeit auszeichnen und darin von den höheren Tieren unterscheiden, ist die Kritik an der Modernität dann nicht eine Kritik daran, was wir als menschliche Wesen sind und was uns einzigartig macht? Ist die Negation der Modernität nicht die Negation dessen, was wir als menschliche Wesen sind?

Norbert Elias (2001) stellt fest, dass wir als menschliche Wesen drei geistige Prozesse realisieren, die nicht getrennt werden können: Denken, Wissen und Sprechen. Gleichzeitig sagt er, dass kein isoliertes Individuum diese Prozesse realisiert, da es dabei auf die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe angewiesen ist. Die drei Prozesse werden demnach von der Gesellschaft bestimmt, in der die Individuen geboren werden, von der Sprache, die sie sprechen, und dem Wissensstand, über den sie verfügen. Der von den Vorfahren realisierte Sozialisierungsprozess ist das, was ein Individuum in ein menschliches Wesen verwandelt.

Dieser Denk- und Wissensprozess kann Rationalisierung genannt werden, aber Elias kritisiert die Benutzung des Begriffs "Vernunft", als ob sie eine gesonderte Realität wäre – etwas, das außerhalb des denkenden Individuums existiert und außerhalb der sozialen Gruppe, der es angehört. Denk-, Wissens- und Sprachprozesse haben sich in der Menschheitsgeschichte über Millionen von Jahren entwickelt. Alle Menschen können die Welt, in der sie leben, beobachten und sind in der Lage die beste Art, darin zu überleben, zu denken. Diese Fähigkeit hat sie dazu befähigt, verschiedene In-

strumente und Werkzeuge zu entwickeln, die ihnen helfen, Probleme und kritischen Situationen zu überwinden, wobei sie bis jetzt die Gattung mit der erfolgreichsten Anpassung an ihre Umweltbedingungen sind. Das Wissen, das von der menschlichen Art über Jahrhunderte gebildet wurde, konnte durch seine Überlieferung und Erhaltung durch die orale Sprache und vor allem durch die Entdeckung der schriftlichen Sprache und die Erfindung der Distributionsmedien – vom Buchdruck bis zum Internet – angereichert und vermehrt werden.

Was unterscheidet diesen Prozess der Wissensbildung vom Prozess der sogenannten “Rationalisierung” in der Modernität?

Immanuel Kant ist vielleicht einer, der die sogenannte Aufklärung als Prozess der Rationalisierung am besten erklärt: “Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliessung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ (Kant 1784, zit. n. Stollberg-Rilingeer 2010: 9)

Dieser Rationalisierungsprozess wird als Aufklärung beschrieben, d. h. als Erklärung von Rätseln und Problemen, wobei der Verstand selbst benutzt wird, eine unter allen Menschen gleichermaßen verteilte Fähigkeit, die von der großen Masse jedoch nicht frei genutzt wird, sondern unter der Führung und Bevormundung anderer zum Einsatz kommt. Für Kant waren Faulheit und Feigheit die Hauptgründe, warum der Verstand selbst nicht frei gebraucht wird. Aber er wies auch auf die Notwendigkeit der Freiheit hin, besonders hinsichtlich des Gebrauchs der Vernunft in der Öffentlichkeit sowie hinsichtlich der rationalen Anerkennung des eigenen Werts.

Er kritisiert die Anordnungen, die zum “Nicht-Denken” sondern einfach zum “Gehorchen” auffordern und gewöhnlich in autoritären Institutionen zu finden sind. Kant sah die Bedeutung der freien Nutzung der Vernunft besonders beim Argumentieren, Debattieren von Ideen, Diskutieren von Problemen und vor allem beim Finden praktischer Lösungen, die kontinuierliche Verbesserungen in allen Lebensbereichen ermöglichen.

Kant differenzierte die öffentliche und die private Verwendung der Vernunft. Bei der Ersten fand er, dass es keine Begrenzungen geben dürfe. Bei der Zweiten dachte er, dass, wenn die Menschen aufgrund irgendeines Dienstes gehorchen müssten, es ihnen nicht verboten sein sollte, im öffentlichen Bereich Anmerkungen und Kommentare auf persönlicher Ebene zu Fehlern zu machen oder Ideen vorzutragen, die es ermöglichen würden, diese durch Diskussion und Kritik zu verbessern. Kant sah es als einen Nutzen für die Gesellschaft im Allgemeinen und für die Regierungen im Besonderen, die Vernunft und die Kritik der Bürger frei zu gebrauchen – auch im Rahmen der Gesetzgebung, deren Kritik zu einer besseren Formulierung von Gesetzen beitragen könnte.

“Dieser Geist der Freiheit breitet sich auch ausserhalb aus, selbst da, wo er mit äusseren Hindernissen einer sich selbst missverstehenden Regierung zu ringen hat. Denn es leuchtet dieser doch ein Beispiel vor, dass bei Freiheit für die öffentliche Ruhe und Einigkeit des gemeinen Wesens nicht das mindeste zu besorgen sei. Die Menschen arbeiten sich von selbst nach und nach aus der Rohigkeit heraus, wenn man nur nicht absichtlich künstelt, um sie darin zu erhalten.“ (Kant 1784, zit. n. Stollberg-Rilingeer: 17)

Kant dachte nicht, dass er in aufgeklärten Zeiten leben würde, sondern in Zeiten der Aufklärung, d. h. in einem nicht ganz beendeten Prozess. Auch Habermas begreift die Moderne als ein unvollendetes Projekt: “Das Projekt der Moderne, das im 18. Jahrhundert von den Philosophen der Aufklärung

formuliert worden ist, besteht nun darin, die objektivierenden Wissenschaften, die universalistischen Grundlagen von Moral und Recht und die autonome Kunst unbeirrt in ihrem jeweiligen Eigensinn zu entwickeln, aber gleichzeitig auch die kognitiven Potentiale, die sich so ansammeln, aus ihren esoterischen Hochformen zu entbinden und für die Praxis, d. h. für eine vernünftige Gestaltung der Lebensverhältnisse zu nützen.“ (Habermas 1992: 41)

Charakteristiken der Modernität sind der Bruch mit dem Esoterismus, d. h., das Wissen bis zu einem von der Kirche kontrollierten Moment zu demokratisieren, die Wissenschaften von der Beobachtung der realen und objektiven Phänomene ausgehend zu entwickeln, die moralischen Prinzipien und Rechtsprinzipien an der Grenze zum religiösen Glauben der Bevölkerung zu verallgemeinern und der Kunst Selbstständigkeit einzuräumen, das alles, um der Vernunft eine praktische Nutzung zu geben, d. h., damit sie zur Verbesserung der Bedingungen des alltäglichen Lebens der Leute beiträgt.

„Die Ausdifferenzierung von Wissenschaft, Moral und Kunst, durch die Max Weber den Rationalismus der westlichen Kultur kennzeichnet, bedeutet *gleichzeitig* das Autonomwerden von spezialistisch bearbeiteten Sektoren *und* deren Abspaltung von einem Traditionsstrom, der sich in der Hermeneutik der Alltagspraxis naturwüchsig fortbildet. Diese Abspaltung ist das Problem, das sich aus der Eigengesetzlichkeit der ausdifferenzierten Weltsphären ergibt; sie hat auch die fehlgeschlagenden Versuche, die Expertenkulturen „aufzuheben“, hervorgerufen.“ (Habermas 1992: 43)

Eine der Charakteristiken der Modernität ist die Differenzierung der Bereiche Wissenschaft, Moral, Kunst, deren Autonomie und die Ausbildung von Experten in diesen Bereichen, die das Verständnis ihrer Praktiken seitens der Gesellschaft im Allgemeinen immer schwerer machen.

Die Hauptkritik, die an der Modernität laut wird, zielt auf die Überbewertung der Rationalität und der Experten, denn sie hat, obwohl Wissenschaft, Technologie und Industrie zur Verbesserung der Lebensbedingungen einer Minderheit der Bevölkerung der entwickelten westlichen Länder beigetragen haben, so schlimme Probleme wie Atomwaffen, Umweltverschmutzung und Genmanipulation hervorgebracht, um nur einige zu nennen, die das Leben der Gesamtheit der Menschen auf dem Planeten in Gefahr bringen.

Die Rationalisierung, die Wissenschaft und die Technologie haben die Probleme der Menschheit nicht gelöst und andere genauso schlimme bzw. noch schlimmere als vor der Modernität und der Rationalisierung erzeugt. Dieser Befund legitimiert die Kritiken an der Modernität und der Rationalisierung, aber einige Autoren stellen fest, dass es, statt auf die Modernität und die Rationalisierung zu verzichten, notwendig wäre, eine Modernität zu erreichen, die die volle Entfaltung der Fähigkeiten des Menschen ermöglicht, der nicht nur ein rationales, sondern auch ein emotionales Wesen ist sowie eines mit einem Gefühl für Transzendenz. Uns fehlt eine vollständigere Modernität, in der der Mensch frei die beiden Hemisphären seines Gehirns und nicht nur eine entwickeln kann. Aber wir müssen von der Modernität und dem sie anregenden Geist verlangen, die Menschen von allen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien, eine Befreiung von der Entfremdung im Sinne von Marx, die den Menschen verhindert, seine Potenziale frei zu entwickeln.

1.1.2 Säkularisierung als Bestandteil der Modernität

Eine Charakteristik der Modernität ist die Säkularisierung, ein Prozess, der zweifellos einen entscheidenden Einfluss auf die Institutionen, insbesondere die des Staates hat. Deshalb ist es wichtig, das Konzept der Säkularisierung und andere wie säkular, Säkularismus und Laizismus zu erklären, um deren Beziehung zu den Institutionen und den Modernisierungsmechanismen zu verstehen.

Casanova (2010) unterscheidet die drei Begriffe „säkular“, „Säkularisierung“ und „Säkularismus“, die im Zusammenhang miteinander stehen, aber je nach wissenschaftlichem, sozial-politischem oder kulturellem Kontext unterschiedlich verwendet werden.

„Säkular“ hat sich zu einer zentralen modernen Kategorie – theologisch-philosophischer, juristisch-politischer und kulturell-anthropologischer Provenienz – entwickelt, um einen vom `Religiösen` unterschiedenen Bereich der Wirklichkeit zu konstruieren, zu kodifizieren, zu erfassen und der Erfahrung zu erschließen. [...] Es lassen sich phänomenologisch die verschiedenen Arten von säkularen Erscheinungen (`secularities`) erforschen, wie sie sich in diesem oder jenem modernen Kontext kodifiziert, institutionalisiert und erfahrbar zeigen, parallel zu bzw. in Wechselwirkung mit transformierten Formen moderner Religiosität (`religiosities`) und Spiritualität (`spiritualities`).

Mit `Säkularisierung` dagegen werden in der Regel tatsächliche oder angebliche empirisch-historische Transformations- und Differenzierungsprozesse beim Übergang von den Gesellschaften der frühen Neuzeit zu den Gesellschaften unserer Tage bezeichnet, die sowohl die religiöse Sphäre (kirchliche Einrichtungen und Gemeinden) als auch die säkularen Institutionen (Staat, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Unterhaltung, Gesundheit, Sozialfürsorge usw.) betreffen. In den Sozialwissenschaften entwickelte man eine allgemeine Theorie der Säkularisierung, die diese zuerst für das neuzeitliche Europa typischen und später zunehmend an weltweiter Bedeutung gewinnenden historischen Veränderungen als integrierenden Bestandteil einer allgemeinen, ebenso teleologischen wie fortschrittlichen Entwicklung darstellte, durch die an die Stelle des `Sakralen` früherer Zeiten das `Säkulare` der Moderne trete.

[...] Im weit gefassten Sinne bezieht sich der Terminus Säkularismus auf eine ganze Palette moderner säkularer Weltanschauungen und Ideologien. Sie können Gegenstand bewusster Reflexion sein und die Form geschichtsphilosophischer Theorien bzw. normativ-ideologischer Staatsprogramme annehmen oder sich als Projekte artikulieren, die auf Modernität und Kultur zielen. Sie können aber auch eine Erkenntnis – und Wissensform bilden, die unreflektiert Geltung behauptet und als selbstverständliche Struktur der zeitgenössischen Wirklichkeit vorausgesetzt wird, als eine moderne *doxa*, ein `Ungedachtes`. Hinzu kommt, dass der moderne Säkularismus in vielfachen Erscheinungsformen auftritt, das heisst, in Gestalt verschiedener normativer Modelle der rechtlich-verfassungsmässigen Trennung von säkularem Staat und Religion oder in Gestalt verschiedener erkenntnistheoretischer Grenzziehungen zwischen Naturwissenschaft, Philosophie und Theologie oder schliesslich in Gestalt verschiedener Modelle der praktischen Differenzierung zwischen Recht, Moral und Religion usw.“ (Casanova 2010: 30)

Casanova versteht unter Säkularismus als staatspolitischem Prinzip, die Trennung zwischen religiöser und politischer Macht, sei es zu dem Zweck, die Neutralität des Staates gegenüber Religionen jedweder Art zu wahren, sei es mit dem Ziel, die Gewissensfreiheit des Individuums zu schützen, sei es in der Absicht, allen Staatsbürgern, den gläubigen wie den nichtgläubigen, die gleichberechtigte Teilhabe am demokratischen Prozess zu erleichtern. Sobald der Säkularismus eine Theorie darüber bildet, was „Religion“ ist oder tut, wird er zur Ideologie. Casanova unterscheidet zwei Grundtypen säkularistischer Ideologien. Den ersten Typ bilden säkularistische Theorien auf der Grundlage von Fortschrittstheorien, die Geschichte als eine Abfolge von Entwicklungsstufen betrachten, unter denen die Religion ein überholtes Stadium darstellt („philosophisch-historischer Säkularismus“). Den zweiten Typ bilden säkularistische politische Theorien, denen zufolge die Religion eine irrationale Macht bzw. eine nichtrationale Diskursform ist und deshalb im einen wie im anderen Fall aus der Sphäre der demokratischen Öffentlichkeit ausgeschlossen werden muss („politischer Säkularismus“).

Nach Casanova hegt der politische Säkularismus nicht unbedingt negative Vorstellungen von der Religion. Tatsächlich ist er vereinbar mit einem positiven Bild von der Religion als einem moralischen Gut, als von Gemeinsinn erfülltem Hort menschlicher Solidarität und republikanischer Tugend. Allerdings möchte der politische Säkularismus die Religion auf ihre eigene, besondere Sphäre beschränkt und einen säkularen, demokratischen, öffentlichen Raum von der Religion frei gehalten sehen. Grundlegend für jeden Säkularismus, der in Gestalt einer staatspolitischen Doktrin auftritt, ist die Forderung nach der Trennung zwischen „Kirche“ und „Staat“, zwischen „religiöser“ und „politischer“ Macht oder zwischen dem „Religiösen“ und dem „Politischen“.

Für Casanova ist das grundlegende Problem des Säkularismus als Ideologie die Essentialisierung „des Religiösen“ oder auch „des Säkularen“ oder „des Politischen“, die sich auf problematische Annahmen über das stützt, was Religion sei oder tue. Wenn das Politische einen absoluten, souveränen, quasisakralen, quasitranszendenten Charakter für sich in Anspruch nimmt oder wenn das Säkulare sich mit der Aura der Rationalität und Universalität umhüllt und „die Religion“ für wesentlich nichtrational, partikularistisch und intolerant bzw. illiberal erklärt, erkennt er in ihr, soweit sie in die Sphäre der Öffentlichkeit eindringt, eine Gefahr für die demokratische Politik.

Charles Taylor (2010) nimmt auch eine kritische Position gegenüber der Säkularisierung ein. Für ihn gilt Säkularisierung als unvermeidliche Begleiterscheinung der Modernisierung, sie wurde als Fortschritt wahrgenommen, der die Religion nach und nach durch Vernunft ersetzt, und Europa verstand sich als Avantgarde dieses Prozesses; zweifellos schreibt Taylor, ist Säkularisierung als politisches Prinzip eine Errungenschaft, ein Produkt bitterer Erfahrungen, Geschichte und Gegenwart zeigen, dass Religion die Gesellschaft spalten kann, oft mit verheerenden Folgen, deswegen bedeutet Säkularismus laut Taylor, die Trennung von Staat und Religion, nicht aber die Ausgrenzung der Religion.

Taylor assoziiert drei Werte mit dem Konzept der Säkularisierung, die in der Französischen Revolution entstanden sind: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Freiheit: Niemand darf im Bereich der Religion oder des Glaubens einem Zwang unterworfen werden. Dies wird gemeinhin als Religionsfreiheit definiert, die natürlich auch die Freiheit zum Unglauben einschließt. Gleichheit: Zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens oder unterschiedlicher Weltanschauung muss Gleichberechtigung herrschen; keine religiöse Sichtweise oder (religiöse oder nichtreligiöse) Weltanschauung hat Anspruch auf eine Vorzugsstellung, geschweige denn darauf, zur Staatsdoktrin erhoben zu werden. Brüderlichkeit (im weiteren Sinne): Alle spirituellen Richtungen müssen Gehör finden und in den Prozess eingebunden werden, in dem darüber entschieden wird, worum es der betreffenden Gesellschaft geht (worin ihre politische Identität besteht) und wie sie ihre Vorgaben in die Tat umsetzt (wie genau ihr System aus Rechten und Vorrechten beschaffen ist). Die Grundlage für diese Prinzipien sei in der bloßen Vernunft beziehungsweise in einer von aller Religion freien, uneingeschränkt „laizistischen“ Einstellung zu finden.

Aber für Taylor geht es im Säkularismus oder Laïcité nicht prinzipiell um das Verhältnis zwischen Staat und Religion, sondern es handelt sich tatsächlich um die richtige Antwort des demokratischen Staats auf Vielfalt. Er präzisiert, dass, wenn man die oben genannten drei Zielsetzungen anschaut, diese übereinstimmend darauf gerichtet sind, 1) die Menschen in ihrer Einstellung zur Welt zu schützen, für die sie sich entschieden haben bzw. mit der sie aufgewachsen sind, gleich, wie diese Einstellung beschaffen sein mag, 2) den Menschen eine von ihrer Einstellung unabhängige Gleichbehandlung angedeihen zu lassen und 3) ihnen allen Gehör zu verschaffen. Es gibt keinen Grund, der Religion eine von nichtreligiösen, „säkularen“ oder atheistischen Standpunkten abgehobene Sonderstellung zuzuweisen.

„Tatsächlich liegt der Sinn staatlicher Neutralität genau darin, jegliche Bevorzugung oder Benachteiligung nicht nur religiöser Bekenntnisse, sondern überhaupt jeder Weltanschauung, sei sie religiöser oder nichtreligiöser Natur, zu vermeiden. Wir dürfen die christliche Religion nicht gegenüber dem Islam begünstigen, ebenso wenig wie den religiösen Glauben gegenüber dem Unglauben oder umgekehrt.“ (Taylor 2010: 8)

Taylor erklärt, dass sich im Fall Frankreichs die *laïcité* aus dem Kampf *gegen* eine machtvolle Kirche entwickelte. Für den Staat selbst lag darin die große Versuchung, sich auf eine von der Religion unabhängige moralische Basis zu stellen. Der Staat müsse „moralisch und belehrend“ sein. Er habe „geradeso wie die gesamte Kirche oder Gemeinschaft eine seelsorgerische Aufgabe, nur mit universellerem Recht“ (Renouvier, zit. n. Taylor 2010:11). Moralität ist das entscheidende Kriterium. Um nicht der Kirche unterworfen zu sein, müsse der Staat über eine „von jeglicher Religion unabhängige Moral“ verfügen und eine „moralische Überlegenheit“ gegenüber sämtlichen Religionen geltend machen können. Grundlage dieser Moral sei die Freiheit. Um sich gegenüber der Religion behaupten zu können, müsse sich die dem Staat zugrunde liegende Moral auf mehr als nur Nützlichkeit oder Gefühle stützen; sie brauche eine wirkliche „Vernunfttheologie“ wie die Immanuel Kants.

Nach Taylor sind moderne demokratische Staaten auf eine starke politische Identität angewiesen, die sich als Volk konstituiert. Für diese Identität gibt es offensichtlich eine Reihe weiterer Gründe. Freie Gesellschaften erfordern ein höheres Maß an Engagement und Teilhabe als despotisch oder autoritär regierte. Hier müssen die Bürger für sich selbst leisten, was ihnen zuvor die Herrscher angedeihen ließen. Das aber geschieht nur, wenn die betreffenden Bürger sich mit ihrem politischen Gemeinwesen und also mit denen, die in diesem Punkt mit ihnen übereinstimmen, durch starke Bande verknüpft fühlen.

Freie Gesellschaften setzen auch deshalb ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen voraus, weil eine Situation unerträglich wäre, in der die einen die Last des gemeinsamen Engagements und der Solidarität tragen, während den anderen nur die Früchte in den Schoß fallen. Solche Gesellschaften sind mit anderen Worten dadurch gefährdet, dass die einen den anderen misstrauen, weil sie sie im Verdacht haben, ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen – also etwa ihre Steuern nicht zu zahlen, das Sozialamt zu hintergehen oder als Arbeitgeber von günstigen Arbeitsmarktbedingungen zu profitieren, ohne zu den sozialen Kosten beizutragen. Diese Art von Misstrauen kann große Spannungen erzeugen und den sozialen Moralkodex auflösen, mit dessen Funktionieren demokratische Gesellschaften stehen und fallen.

Das Verhältnis zwischen Nation und Staat wird häufig als eine einseitige Beziehung betrachtet, nämlich so, als wäre es stets die Nation, die sich einen Staat schafft. Es gibt indes auch den gegenteiligen Prozess. Um lebensfähig zu bleiben, müssen sich Staaten manchmal um die Erzeugung eines Zusammengehörigkeitsgefühls bemühen.

Diese politische Identität ist für moderne demokratische Staaten außerordentlich wichtig. Und gewöhnlich wird diese Identität einesteils durch gewisse Grundprinzipien wie Demokratie, Menschenrechte und Gleichheit definiert, andernteils an den historischen, sprachlichen oder auch religiösen Traditionen der betreffenden Gesellschaft festgemacht. Dass Bestandteile dieser Identität einen quasisakralen Charakter annehmen können, ist verständlich, weil ihre Veränderung oder Aushöhlung als gleichbedeutend mit einer Bedrohung jener Einheit betrachtet wird, ohne die ein demokratischer Staat seine Funktionsfähigkeit verliert.

Für Taylor besteht die entscheidende Entwicklung, die wir seit dem 17. Jahrhundert im neuzeitlichen Westen beobachten können und die uns den kosmisch-religiösen Ordnungsvorstellungen entrißt, in der Ausbildung einer neuen, von unten nach oben orientierten Sicht der Gesellschaft, der

zufolge diese zum Schutz und wechselseitigen Nutzen ihrer gleichgestellten Mitglieder existiert. Dieser Sicht haftet ein starkes normatives Moment an, weshalb er von einer „modernen moralischen Ordnung“ spricht. Diese Ordnung beruht im Wesentlichen auf drei Prinzipien: 1) den Rechten und Freiheiten ihrer Mitglieder, 2) deren Gleichheit (die natürlich unterschiedlich interpretiert worden ist und sich im Laufe der Zeit in Richtung radikalerer Vorstellungen gewandelt hat) und 3) einer auf Konsens basierenden Machtausübung (welches Prinzip ebenfalls in mehr oder minder radikaler Form vertreten worden ist).

Für Taylor ist die Tatsache, dass die Aufklärung direkt gegen die Religion gerichtet ist, ein Problem. Er nennt das den Mythos der Aufklärung: „Es gibt die verbreitete Vorstellung, der zufolge es sich bei der Aufklärung (*Lumières, Enlightenment*) um einen Übergang von der Finsternis zum Licht handelt, um einen absoluten, eindeutigen Weg aus einem von Irrtümern und Täuschungen erfüllten Bereich des Denkens in eine Sphäre, in der endlich die Wahrheit erfasst werden kann.“ (Taylor 2010: 23)

„Unsere Vernunftfähigkeit wird hier als selbstbestimmt und unabhängig begriffen. Wahre Vernunft lässt nichts, aber auch nichts „auf Treu und Glauben“ gelten. Das können wir als das Prinzip der „eigenständigen Vernunft“ bezeichnen. Die Geschichte ihres Aufstiegs und ihrer Emanzipation wird als eine Art Erwachsenwerden der Menschheit wahrgenommen. (...) Der erste entscheidende Schritt zum Aufklärungsmythos war also die Proklamierung einer eigenständigen Vernunft. Der zweite bestand darin, die Naturwissenschaft zum Modell für die Gesellschaftswissenschaft zu erheben, wie wir es etwa bei Hobbes sehen.“ (Taylor 2010: 26)

Taylor stellt das Problem vor, dass die heutigen Demokratien sich in dem Maß, wie sie an Vielfalt gewinnen, einer ebenso schmerzhaften wie weitreichenden Neubestimmung ihrer historischen Identität unterziehen müssen. „Mit den vorliegenden Überlegungen plädiere ich für eine Revision und Öffnung des `Säkularismus`-Konzepts. Wenn die Demokratie den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen sein soll, darf sie die säkularistische Ordnung nicht länger als Bollwerk gegen die Religion verstehen, sondern muss sie weiterentwickeln im Sinne der drei grundlegenden Zielsetzungen, die ich oben skizziert habe. Wir müssen uns von einigen geheiligten Traditionen verabschieden und unsere institutionellen Arrangements neu gestalten, so dass sie zwischen den verschiedenen Weltanschauungen ein Höchstmaß an Freiheit und Gleichheit garantieren.“ (Taylor 2010: 26)

Im Fall Kolumbiens ist es interessant, den französischen Säkularisierungsprozess zu verstehen, da es sich beim kolumbianischen Staat um eine Republik handelt, die bei ihrer Entstehung französische Strukturen kopiert hat. Deshalb soll der historische Prozess der Bildung dieser Institutionen in einem Land kennengelernt werden, um zu begreifen, warum sie nicht oder nur teilweise in einem anderen Land funktionieren.

Baubérot (2010) definiert Laizität als das Ergebnis eines Prozesses der Laizisierung, in dessen Verlauf sich die öffentliche Sphäre von der Macht der Religion befreit hat. Laizität ist ein französischer Begriff, der als Säkularismus verstanden werden kann. Dieser führt zum „laizistischen Staat, der gegenüber allen Religionen neutral und gegenüber allen Priestern frei ist“, um so „die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz“ zu verwirklichen, mit „Rechten ohne religiöse Bedingungen und Freiheit aller Religionen“.

Die französische Laizität war das Ergebnis dreier langwieriger Konflikte:

- 1) Im 16. Jahrhundert tobten vierzig Jahre lang Religionskriege zwischen Protestanten und Katholiken.

- 2) Die Französische Revolution hat die Privilegien des Klerus beschnitten und den Kirchenbesitz konfisziert. Sie proklamierte die Gewissensfreiheit und war bestrebt, die politische und die bürgerliche Gesellschaft der Dominanz der katholischen Kirche zu entziehen. Rasch trat jedoch eine absolutistische Republik an die Stelle der absolutistischen Monarchie. Die Kulte der Revolution (die ewige Vernunft, die heilige Freiheit oder die – etwas versöhnlichere – Verehrung des höchsten Wesens) bekämpften sämtliche Offenbarungsreligionen.
- 3) Napoleon Bonaparte erbte chaotische Verhältnisse und er fand einen Kompromiss. Ein Konkordat mit dem Papst proklamierte die katholische Kirche zur „Religion der überwiegenden Mehrheit des französischen Volkes“, ohne ihr jedoch den Status einer Staatsreligion zu verleihen. Es etablierte sich ein plurales „System anerkannter Religionen“ – katholische, presbyterianische Kirche, Judentum. Sie wurden in das Bildungssystem integriert, um als Grundlage der Sozialmoral zu dienen. Der Code civil aber enthielt keinerlei Bezug auf irgendeine Religion. Das war der erste Schritt der Laizisierung.

„Für die öffentliche Meinung Frankreichs stellt die Laizität ein Dreieck mit folgenden Eckpunkten dar: Gleichheit zwischen den verschiedenen Religionen (das wichtigste Problem gegenwärtig); Achtung der Gewissensfreiheit; Trennung von Religion(en) und Politik.“ (Bauberot 2010: 50)

Auf jeden Fall hat Frankreich, wie Calhoun kommentiert, den Säkularismus – unter dem Begriff „laïcité“ – zu einem Element seiner nationalen Identität gemacht.

Der Säkularismus der Vereinigten Staaten ist liberal. Die Religionsfreiheit herrscht vor und basiert auf ihrer eigenen Geschichte, sind doch viele Auswanderer vor der religiösen Verfolgung in Großbritannien geflohen. Der französische Säkularismus wird republikanisch und radikal genannt, aber er ist die Ausnahme und nicht die Regel in Westeuropa.

Bhargava (2010) präsentiert das indische Modell des Säkularismus als Alternative, die den Erfordernissen ausgeprägt multireligiöser Gesellschaften und auch den Prinzipien von Freiheit und Gleichheit gerecht wird, und definiert den indischen Säkularismus so: „Der Staat muss – um der gleichermassen bedeutsamen, zuweilen widerstreitenden Werte von Frieden, diesseitigen Gütern, Würde, Freiheit und Gleichheit willen (in all ihren komplizierten individualistischen und nicht-individualistischen Ausprägungen) eine prinzipiengeleitete Distanz zu allen öffentlichen oder privaten, auf Individuen oder Gemeinschaften ausgerichteten religiösen Institutionen halten. Der indische Säkularismus ist folglich eine ethisch abwägende, ausgehandelte Übereinkunft zwischen verschiedenen Gruppen und divergierenden Werten.“ (Bhargava 2010: 119)

Laut Bhargava muss der Säkularismus, wenn er als eine kulturübergreifende normative Perspektive überleben soll, entchristlicht, entwestlicht, entprivatisiert und entindividualisiert werden. Säkularismus sollte heute in der Lage sein, sich gegenüber anderen Kulturen und in der Gemeinschaft verwurzelten Rechten zu öffnen. Nur mit einem solchen Säkularismus und einem von ihm inspirierten Staat wird der Umgang mit tiefer religiöser Vielfalt gelingen.

In Lateinamerika und in Kolumbien gab es keine Religionskriege. Der, von der spanischen Kolonisation geerbte, katholische Religion gehört die Mehrheit der Bevölkerung an. Es existieren noch indigene Stämme, die ihre angestammte Religion – Animismus – aufrechterhalten und andere indigene und von Afrikanern abstammende Gruppen, die einen Synkretismus zwischen der katholischen Religion und den von ihren animistischen Kulturen geerbten Traditionen ausüben, wobei diese Gruppen in Kolumbien eine Minderheit darstellen. Man könnte jedoch sagen, dass die Ausübung der Wahrsagerei und das Tragen von Amuletten, von denen geglaubt wird, dass sie eine Kraft in

sich selbst haben, auf das Bestehen eines magischen, abergläubischen Denkens im Volksglauben hinweisen.

Die Relevanz der Säkularisierung ist möglicherweise dadurch begründet, dass den Religionen die metaphysischen Probleme der Beziehung zwischen den Menschen und Gott überlassen werden und sie sich der Bildung von Werten und Tugenden in den Personen widmen, die ihnen zueigen sind, und dass dem Staat die Lösung der Beziehungsprobleme der Menschen untereinander in der konkreten Welt zukommt. Dafür braucht dieser das Recht, das auf der rationalen Diskussion von Problemen basiert und nicht auf naturalistischen oder metaphysischen Vorstellungen und das vor allem die drei oben beschriebenen Werte zu realisieren sucht: die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit oder Solidarität der Personen miteinander, die derzeit unter anderem wegen der Individualisierungs-, Differenzierungs- und Globalisierungsprozesse sehr unterschiedlich ausgeprägt sind.

Die Beziehung zwischen Staat und Religion müsste statt einer gegensätzlichen Beziehung eher eine sich ergänzende Beziehung sein, in der eine Übereinstimmung zwischen den Werten besteht, die den Staat leiten, und den Werten, an denen sich die religiöse Praxis orientiert, womit das gebildet würde, was Zapf "Wertegeneralisierung" nennt, das heißt eine Übereinstimmung der Gesellschaft mit den Werten, die das soziale, wirtschaftliche und politische Leben ermöglichen.

Wenn die Religion ein Grundbestandteil der Kultur der Bevölkerung und ihrer individuellen und kollektiven Identität ist, darf diese nicht aus der politischen und öffentlichen Sphäre ausgeschlossen werden, da die Individuen, die sich für Politik und Gesetzgebung verantwortlich zeichnen, Personen sind, die von dieser Kultur geprägt sind und sie als Bezugspunkt gebrauchen, entweder um sie zu bestätigen oder abzulehnen. Die Demokratien und Staaten müssen Räume für Diskurse und Entscheidungen in Übereinstimmung mit den Normen und Werten schaffen, die die Gesellschaft ohne eine Vorherrschaft von einem Glaubensbekenntnis leiten und die Freiheit und Gleichheit der Individuen und der Gruppen, die sie bilden, jederzeit garantieren. Wie Taylor richtig feststellt, beschäftigt sich die Säkularisierung nicht nur mit der Frage der Beziehung von Staat und Religion, sondern mit der Frage nach dem modernen Menschen und der Bedeutung des Glaubens im Leben der modernen Individuen.

Universalismus: Die Anerkennung universeller Eigenschaften für alle Menschen wie der "Gleichheit" ist die Grundlage der Anerkennung gleicher Rechte für alle, die ebenso einen universellen Charakter annehmen. Gleichberechtigung schafft die Privilegien und die soziale Differenzierung ab, die mit der Geburt in einem Stand wie dem Adel verbunden sind. Der Universalismus ist somit eine Charakteristik der Modernität, die sich feudalen Privilegien widersetzt und sie tatsächlich abschafft.

Mit dem Konzept der Gleichheit bzw. der Gleichberechtigung aller ist das Konzept der "Würde" verbunden, ein Wert, der jedem Menschen unabhängig von seiner Farbe, seinem Glauben oder seiner sozialen Position zusteht. Die Verteidigung der menschlichen Würde, der Freiheit des Individuums und die Achtung seiner Rechte sind ein integraler Teil der Modernität und des Universalismus, der darin besteht, dass diese als dem menschlichen Sein innewohnende Attribute verstanden werden, d. h. "allen" innewohnend und nicht nur einigen Menschen, einschließlich Kindern, Jugendlichen, Frauen, Alten, Behinderten, d. h. allen menschlichen Wesen, die wegen ihrer Situation oder Position ein Objekt für Belästigung, Demütigung, Ausschließung oder Ausbeutung waren oder sind.

"Der Universalismus der modernen Gesellschaften ist keine Tatsache der Natur, sondern eine historische Realität und hat infolgedessen seine Grenzen. Aber das ist kein Grund, um den Universalismus gewisser Gesellschaften und die Beteuerung radikaler Unterschiede anderer und deren absoluter Überlegenheit als equivalent zu betrachten. Die Idee der interkulturellen Kommunikation

kann sich nur im Einflussbereich von Gesellschaften entwickeln, die den Universalismus der Vernunft und der Menschenrechte anerkennen.”⁵ (Touraine 2007: 255)

Rationalisierung: Die Rationalisierung ist eine Charakteristik der Modernität, die auf der Anerkennung, Bewertung und Verteidigung des Potenzials jedes Menschen zur Reflexion und zum Bewusstsein seiner Selbst, der Anderen und seiner Umgebung basiert. Es handelt sich um eine zentrale Eigenschaft, die als universell für das menschliche Wesen anerkannt wird und seine Fähigkeit zu beobachten, zu denken, zu sprechen, Dinge zu erschaffen und die zu Welt verändern betrifft. Dieser Prozess wurde Aufklärung genannt; er steht im Zusammenhang mit der Distanzierung des Menschen von herrschenden Normen und Auffassungen sowie der Gesellschaft, in der er lebt und deren Beschränkungen durch den freien Gebrauch seiner Vernunft.

Die Rationalisierung in der Modernität bedeutet einen Bruch mit der Macht, die hauptsächlich die Kirche, als einer der Stände der feudalen Ordnung ausübte. Ihr unterworfen waren Gläubige, die Glaubensbekenntnissen und -praktiken ausgesetzt waren, die die Kirche und ihre Repräsentanten ihnen vorschrieben. Eine historische Tatsache, die als charakteristisch für die Rationalisierung betrachtet werden kann, war die von Martin Luther ausgelöste Reformation, da er das Recht der Gläubigen einforderte, die biblischen Texte selbst zu lesen und zu analysieren, die kein Privileg des Klerus mehr sein sollten. Er stellte sich auch gegen die Vermittlung des Klerus bei der Erlösung und überließ sie der individuellen Verantwortung. So könnte Luther als Wegbereiter des Geistes der Modernität aufgefasst werden, weil er die Rationalisierung und Individualisierung in einem so komplexen Thema wie der religiösen Auffassung von der Erlösung verteidigte.

1.1.3 Die Subjektivität als Ergänzung der Vernunft

Nach Alain Touraine basiert das Leben einer Gesellschaft auf der Verinnerlichung der Normen, der Beziehung zwischen den Institutionen, die die Normen aufstellen und durchsetzen und den mit der Sozialisierung der Mitglieder der Gemeinschaft beauftragten Institutionen, besonders der neu dazugekommenen, wie Kinder oder Immigranten. Die Vernunft nimmt in der modernen Gesellschaft Form an und das normale Verhalten ist dasjenige, das zum guten Funktionieren der Gesellschaft beiträgt. Der Mensch ist vor allem Bürger, aber die Geschichte der Modernisierung ist auch und hauptsächlich die Geschichte des Subjektivierungsprozesses, der sich im Wesentlichen durch den Konflikt zwischen dem Subjekt und den sozialen Systemen, den von Freiheit und Macht auszeichnet.

“Das Subjekt stellt einen Gegensatz zur Logik des Systems dar. Das Subjekt und das System sind keine getrennten Universen, sondern antagonistische soziale Bewegungen, soziale und politische Akteure, die sich konfrontieren, selbst wenn die Bedürfnisse des Subjekts von den politischen Vertretern nicht beachtet werden und auch wenn die grossen Produktionssysteme viele im Glauben lassen, dass sie nur Vertreter der wirtschaftlichen Rationalität und sogar öffentliche Diener seien: die Gesellschaft kann nicht mehr als eine Einheit von Institutionen oder als die Auswirkung eines höheren Willens definiert werden. Die Gesellschaft ist weder die Schöpfung der Geschichte noch die Schöpfung eines Prinzen; sie ist ein Feld von Konflikten, Verhandlungen und Vermittlungen zwischen Rationalisierung und Subjektivierung, die die beiden sich ergänzenden und gegensätzlichen Seiten der Modernität sind.” (Touraine 2000: 350)

Nach Touraine wird derjenige zum Subjekt, der den Willen und die Fähigkeit hat, Akteur seines eigenen Lebens zu sein, derjenige, der gegen die vorherrschende Logik des Systems kämpft, das ihn

⁵ Eigene Übersetzung des französischen. Originale Zitate im Anhang.

auf die Bedingung eines Konsumenten reduziert, um seine eigenen Interessen in einem sich verändernden Umfeld zu verteidigen, derjenige, der fähig ist, über sich selbst nachzudenken, gegen die vorgegebenen Anordnungen, übermittelten Verbote und alle Formen der Konformität zu kämpfen.

Touraine sagt, ebenso wie Kant und Habermas, dass wir eine begrenzte und unvollständige Modernität leben. Für ihn hat die vollständige oder realisierte Modernität kein anderes Objekt, als das Glück, das Gefühl des Individuums, ein Subjekt zu sein und als eine Kreatur anerkannt zu werden, die fähig ist, soziale Handlungen auszuführen, die auf die Erhöhung seines Bewusstseins von Freiheit und Kreativität ausgerichtet sind. Diese persönliche Glückseligkeit kann nicht vom Wunsch getrennt werden, das Glück der Anderen herbeizusehnen, die von erlebtem Mitgefühl für das Unglücklichsein der Anderen begleitete Solidarität.

Auf den Menschen als ein modernes Subjekt bezieht sich Touraine mit seiner Vorstellung des Freiheitswillens und der als kritische Kraft verstandenen Vernunft. Er versteht, dass die Vernunft mit den Verwaltungsapparaten identifiziert wird, die Geldfluss, Entscheidungen und Informationen kontrollieren und das Subjekt bzw. den Sinn, den das Individuum seinen Handlungen zu geben sucht, zerstören können. Aber die Vernunft kann sich auch mit den sozialen Bewegungen verbünden, die die Verteidigung des Subjekts gegen eine Konzentration von Ressourcen übernehmen, die einer Machtlogik und nicht der Vernunftlogik entspricht.

Somit war es die Modernität, die es den Menschen ermöglichte, sich von den Fesseln zu befreien, die das Nachdenken und Wissen zur Veränderung der Welt verhinderten. Sie war es auch, die es erlaubte, dass dieses erreichte Wissen gleichzeitig Gefahren bisher nie gesehenen Ausmaßes erzeugte, was dazu führte, dass der Glaube an die Modernität und ihre Ergebnisse verloren gegangen sind. Jedoch nur die Modernität, d. h. nur eine Zeit, in der die Menschen frei sind, selbst zu denken, wird die Zeit sein, in der die Lösungen der Probleme gefunden werden können, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Als unbeendetes Projekt wird die bewusst gelebte Modernität es ermöglichen, dass die Menschen sich den neuen Anforderungen und Veränderungen stellen, denen sie ausgesetzt sind – klimatischen Risiken, Zunahme der Armut, einschließlich in den entwickelten Ländern, Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise – und dabei von ihren Fähigkeiten Gebrauch machen: Vernunft, Subjektivität und jene Institutionen, die als Räume gebildet wurden, in denen sich die modernen Menschen mit ihren Problemen auseinandersetzen und Lösungen für diese finden: die Demokratie, die Marktwirtschaft und der Staat.

Die Herausforderung für ein Land wie Kolumbien könnte sein, die Bedingungen herzustellen, damit die Individuen Bürger werden und damit Subjekte, die fähig sind, selbst den besten Weg zur Regelung der Probleme zu bestimmen, unter denen wir leiden, und zwar über die Aneignung und Neubestimmung der von der europäischen Modernität geerbten Institutionen.

Kant sprach von Faulheit, Feigheit und fehlender Freiheit als den Hauptproblemen zur Überwindung der Unmündigkeit und zum Erreichen von Autonomie. Gefordert ist der Mut für die Freiheit zu kämpfen und den Einsatz für ein gemeinsames Projekt zu erbringen, sodass die Menschen in einem Land leben und arbeiten, das integrativ ist und es erlaubt, Ungleichheiten und Privilegien abzubauen, einem Land, das Mindestbedingungen anbietet, damit die subjektivierten Individuen für sich selbst kämpfen können, um zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beizutragen.

Das Denken Kants war ein Ergebnis seiner Zeit; die sich heute stellende Frage lautet: Wie kann es erreicht werden, dass die kolumbianische Gesellschaft jene Institutionen in Besitz nimmt, die keine Produkte ihrer eigenen Geschichte sind?

Die Moderne war eine Epoche, die von einem beständigen Kampf für die Stärkung der Individuen und für die Befreiung von Tyrannei und Unterdrückung charakterisiert wird. Die ersten modernen Subjekte waren die Bewohner der Städte, kleiner feudaler Enklaven, in denen Handwerker, Kaufleute und Pfandleiher ihre Aktivitäten zur Produktion von Gütern und Diensten realisierten, die sie beim Adel und Klerus, den hauptsächlichen Käufern, vermarkteten. Sie waren freie Individuen und übten freie Aktivitäten aus, die es ihnen ermöglichten, frei zu denken und die besten Wege zur Verbesserung ihrer Aufgaben zu suchen. Das Kunsthandwerk ist die Mutter der Industrie, der Handel der Vater der Marktwirtschaft. Diese "Bürger" genannten Individuen waren die Vorfahren der Modernität und deren Geist, sie kämpften dafür, sich von der Tyrannei und der Unterdrückung zu befreien, die vom Adel und Klerus ausgeübt wurden, und stritten für die Veränderung der bestehenden sozialen Ordnung in eine andere, in der ihre Werte anerkannt, ihre Interessen vertreten und verteidigt und ihre Lebensbedingungen verbessert würden. Sie lehnten es ab, eine faule Klasse zu unterhalten, die die Handarbeit gering schätzte und diese als "Schande" betrachtete. Diese Bürger festigten die Demokratie, den Staat und die Marktwirtschaft als Institutionen, die es ihnen ermöglichte, das soziale Leben gerechter und freier zu organisieren.

Im Falle Kolumbiens ist zu identifizieren, in welchem Zustand sich das Machtgleichgewicht befindet. Wie ist das Gleichgewicht von Individuum und Gesellschaft? Wer sind die Subjekte, die den Fortgang unserer Institutionen bestimmen? Welche Rolle spielen die Institutionen der Modernisierung?

1.2 Die Konflikttheorie

Im Zentrum der Analyse der Konflikttheorie stehen die Macht und die in einer Gesellschaft existierenden Mechanismen, um daran zu kommen, sie zu erhalten und durchzusetzen. Da das Hauptinteresse dieser Arbeit darin besteht, den Fortbestand von Armut, Elend und extremer Ungleichheit in der kolumbianischen Gesellschaft zu erklären, wird davon ausgegangen, dass die Konflikttheorie ein Verständnismodell bietet, das auf der Untersuchung der Sozialstrukturen basiert und zum Be-leuchten dieser Problematik ein angemessenes Instrumentarium darstellt.

1.2.1 Das Modell der Konflikttheorie

Für Ralf Dahrendorf wird jede Gesellschaft durch Verhaltensnormen geregelt, die festgelegt sind und der ganzen Gruppe auferlegt werden. Für ihn ist das der Grund der Ungleichheit zwischen den Menschen, d. h., dass es soziale Gruppen gibt, die die Rolle der Steuerung bei der Festlegung und der Durchsetzung der Normen ausüben – positive Rolle – und andere, die die Rolle der Einhaltung und Unterordnung – negative Rolle – gegenüber diesen faktischen Mächten innehaben.

Diese dichotome Machtbeziehung, die in jeder Gesellschaft existiert, zu verstehen, bedeutet das Strukturproblem der Ungleichheit zu verstehen. „Die Dichotomie sozialer Rollen in Herrschaftsverbänden, ihre Teilung in positive und negative Herrschaftsrollen, ist eine soziale Strukturtatsache. Wenn und insofern soziale Konflikte sich auf diesen Tatbestand zurückführen lassen, sind sie strukturell erklärt.“ (Dahrendorf 1970: 116)

Dahrendorf entwickelte ein Modell zur empirischen Anwendung der Konflikttheorie, die in dieser Untersuchung angewandt wird.

„Das Modell zur Analyse des sozialen Konfliktes, das sich vor dem Hintergrund der Annahme einer Dichotomie der Herrschaftsrollen in Herrschaftsverbänden entwickeln lässt, involviert die folgenden Schritte:

1. In jedem Herrschaftsverband bilden die Träger der positiven und negativen Herrschaftsrollen zwei Quasigruppen, weil es sich hier um bloße Aggregate, nicht um organisierte Einheiten handelt; wir sprechen von latenten Interessen, weil die Gegensätzlichkeit der Orientierung auf dieser Ebene nicht notwendig bewusst sein muss, sondern zunächst nur als an bestimmte Positionen geknüpfte Erwartungen existiert. Gegensätzlichkeit heißt hier ganz formal, dass sich an positive Herrschaftsrollen die Erwartung eines Interesses an der Erhaltung des Status quo, an negative Herrschaftsrollen dagegen die eines Interesses zur Veränderung des Status quo knüpft.
2. Die Träger positiver und negativer Herrschaftsrollen, also die Mitglieder der gegensätzlichen Quasigruppen, organisieren sich zu Interessengruppen mit manifesten Interessen, wenn nicht bestimmte empirisch variable Bedingungen (die Bedingungen der Organisation) dazwischentreten. Interessengruppen sind im Gegensatz zu Quasigruppen organisierte Einheiten wie Parteien oder Gewerkschaften; manifeste Interessen sind formulierte Programme oder Ideologien.
3. Die solchermaßen entstehenden Interessengruppen stehen in ständigem Konflikt um die Erhaltung oder Veränderung des Status quo, dessen Formen und Intensität durch empirisch variable Bedingungen (die Bedingungen des Konfliktes) bestimmt werden.
4. Der Konflikt zwischen Interessengruppen im Sinne dieses Modells führt zu Veränderungen der Struktur der in Frage stehenden Sozialzusammenhänge durch Veränderungen ihrer Herrschaftsverhältnisse. Art und Weise, Schnelligkeit und Tiefgang dieser Einwirkung hängt von empirisch variablen Bedingungen (den Bedingungen des Strukturwandels) ab.

Es ist der Sinn eines solchen Modells, einen Problembereich abzugrenzen, die in ihm wirksamen Faktoren zu identifizieren und sie in eine Ordnung zu bringen, das heißt, fruchtbare Fragen nahezu legen und zugleich ihren analytischen Ort eindeutig zu fixieren. Wir haben unseren Problembereich abgegrenzt durch das Verständnis des sozialen Konflikts als Konflikt zwischen Gruppen, die aus der Herrschaftsstruktur sozialer Organisationen hervorgehen.“ (Dahrendorf 1970: 116)

Empirische Bedingungen des sozialen Konflikts nach Dahrendorf

Bedingungen der Organisation: Dazu zählen soziale Bedingungen wie die Möglichkeiten der Kommunikation zwischen den Mitgliedern einer Quasigruppe und eine gewisse Systematik in ihrer Rekrutierung. Politische Bedingungen als Voraussetzung zur Bildung von Interessengruppen sind Garantie der Koalitionsfreiheit, materielle Mittel, Gründer und Führer, eine Ideologie.

Bedingungen des Konflikts: Voraussetzung sind der Grad familien-individueller sozialer Mobilität und das Vorhandensein effektiver Mechanismen zur Regulierung sozialer Konflikte. Gibt es ein Kontinuum der Intensität sozialer Konflikte zwischen Interessengruppen, das vom demokratischen Streitgespräch bis zum Bürgerkrieg reicht, so scheint die Vermutung sinnvoll, dass das Vorhandensein oder Fehlen von sozialer Mobilität und Regulierungsmechanismen die Position bestimmter gegebener Konflikte auf diesem Kontinuum zumindest maßgeblich beeinflusst.

Bedingungen oder Variablen sozialen Strukturwandels die aus dem Konflikt von Interessengruppen hervorgehen: Wahrscheinlich besteht ein relativ enger Zusammenhang zwischen der Intensität des Konflikts und des Wandels, das heißt auch zwischen den Bedingungen des Konfliktes und des Strukturwandels. Hier kommen zusätzliche Faktoren ins Spiel wie das Beharrungsvermögen der Herrschenden beziehungsweise das Druckpotenzial der beherrschten Interessengruppe.

1.3 Die Modernisierungstheorie

Die Theorie, die zur Analyse der empirischen Daten angewandt wird, ist die Modernisierungstheorie; sie ist nämlich das Modell der westlichen Modernität und ihrer Institutionen, die Kolumbien seit seiner Gründung als liberale unabhängige Republik als Organisationsmodell eingeführt hat, d. h., die kolumbianische Gesellschaft definiert ihre Herrschaftsstrukturen im Rahmen der Institutionen der Modernität.

Zapf sagt: "Modernisierung, Wohlfahrtentwicklung und Transformation stehen in einem bestimmten theoretischen Zusammenhang". (Zapf 1994: 7) Deswegen soll zur Analyse der aktuellen Situation der kolumbianischen Gesellschaft von der Modernisierungstheorie ausgegangen werden, um die Transformationsprozesse und die Schwierigkeiten zur Herstellung einer Wohlfahrt der Mehrheit der Bevölkerung, das Hauptinteresse dieser Arbeit, zu verstehen.

Im Folgenden werden die Definitionen angeführt, mit denen Zapf die Konzepte Modernisierung, Wohlfahrtentwicklung und Transformation bestimmt, die die Grundlage der Theorie ausmachen.

Modernisierung: "Unter *Modernisierung* kann man erstens den säkularen Prozess seit der Industriellen Revolution verstehen, in dem sich die kleine Gruppe der heute modernen Gesellschaften entwickelt hat; zweitens, die vielfältigen Aufholprozesse unterentwickelter Gesellschaften; drittens, die Bemühungen der modernen Gesellschaften selbst, durch Innovationen und Reformen die Entwicklung in Gang zu halten und neue Herausforderungen zu bewältigen." (Zapf 1994: 7)

Von der vorstehenden Definition zu trennen ist der Umstand, dass es sich bei der Modernisierung um einen Prozess handelt, der nicht in allen Gesellschaften vor sich gegangen ist. Es gibt einige wenige initiale Gesellschaften Europas, die sich dank der Säkularisierung modernisiert und für ihre Bevölkerung Entwicklung und Wohlstand erreicht haben, und andere mit niedrigeren Entwicklungsniveaus als die Ersteren, die auf verschiedenste Art und Weise versuchen, sich zu modernisieren, wobei sie die Erfahrungen der Ersteren nachahmen, wie z. B. Kolumbien. Ebenso wird festgestellt, dass die Modernisierung ein Prozess ist, mit dem die modernen Gesellschaften selbst durch Innovationen und Reformen ihre Entwicklungsniveaus aufrechterhalten und den sich ihnen stellenden Herausforderungen gegenüberreten.

Es wird die Relevanz hervorgehoben, die der Autor dem Begriff **Säkularisierung** zuschreibt, den er als Schlüssel zum Verständnis der Transformationen definiert, die die modernen Gesellschaften seit der industriellen Revolution vollzogen haben. Die Säkularisierung bedeutet auf individueller Ebene ein Verlust der Bedeutung religiöser Bindung und das Vorherrschen der Verwendung der eigenen Vernunft zur Bestimmung der eigenen Biografie. Auf politischer Ebene bedeutet sie die Trennung und strukturelle Differenzierung von Staat und Kirche. Die modernen Staaten sind säkuläre Staaten und die Religiosität ist Teil des Privatlebens.

Der liberale Staat ist also ein nicht religionsgebundener Staat, der auf der Verfassung basiert, die die Bürger sich selbst geben, um Rechte zu garantieren und eine normative Ordnung zu definieren, was das Zusammenleben ermöglicht. Die Verfassung erklärt sich auf Grundlage der Legalität, der autonomen Organisation der Bürger, ihrer rationalen Anerkennung der Verfassungsgrundsätze für rechtmäßig und nicht auf Grundlage der Moral. Die verfassungsmäßigen Rechte sind für alle gleich, ob gläubig oder nicht. Die Säkularisierung bedeutet nicht das Verschwinden der Religiosität. In den modernen Gesellschaften bestehen weiterhin Religionen und Kirchen, aber ihr Wirkungsbereich beschränkt sich auf die private Sphäre und nicht auf die öffentliche, in der das Zivilrecht vorherrscht.

Habermas erklärt die Bedeutung der Säkularisierung und ihre Auswirkung auf den Prozess der Bildung des verfassungsmäßigen Staats: “Der politische Liberalismus (den ich in der speziellen Form eines Kantischen Republikanismus verteidige) versteht sich als eine nichtreligiöse und nachmetaphysische Rechtfertigung der normativen Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates. Diese Theorie steht in der Tradition eines Vernunftrechts, das auf die starken kosmologischen oder heilsgeschichtlichen Annahmen der klassischen und religiösen Naturrechtslehren verzichtet. Die Geschichte der christlichen Theologie im Mittelalter, insbesondere die spanische Spätscholastik gehören natürlich zur Genealogie der Menschenrechte. Aber die Legitimationsgrundlagen der weltanschaulich neutralen Staatsgewalt stammen am Ende aus den profanen Quellen der Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts.“ (Habermas / Ratzinger 2005: 18)

Zapf erweitert das Konzept der Modernisierung: “Unter Modernisierung werden die sich wechselseitig beeinflussenden Strukturveränderungen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (Subsystemen) verstanden: Staaten- und Nationenbildung, Demokratisierung und sodann wohlfahrtsstaatliche Sicherung und Umverteilung im politischen Bereich; Industrialisierung, selbsttragendes Wirtschaftswachstum und sodann Tertiarisierung, d. h. Ausbau der Dienstleistungen und ihr Einbezug in den Massenkonsum im wirtschaftlichen Bereich; Urbanisierung, Bildungsentwicklung, Massenkommunikation (soziale Mobilisierung) und sodann steigende Mobilität im engeren sozialen Bereich; Säkularisierung, Rationalismus und Universalismus, unter anderem mit der Folge des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, im kulturellen Bereich; Individualisierung und Leistungsorientierung im personalen Bereich. In systematischer Betrachtung gilt Modernisierung als Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Anpassungs- und Selbststeuerungskapazitäten, d. h. als positive Bilanz bei zugleich steigenden Ressourcen und Belastungen. In historischer Betrachtung gilt Modernisierung als die langfristige Folge der industriellen Revolution und der politischen Revolution des 18. Jahrhunderts, die einige Länder in internationale Führungsrollen gebracht und weltweite Nachahmungs- und Aufholprozesse in Gang gesetzt haben.” (Zapf 1994: 18)

Wie aus der obigen Definition der Modernisierung abgeleitet werden kann, ist sie ein endogener Prozess komplexer und mehrdimensionaler Veränderungen der sozialen, kulturellen, ökonomischen, politischen und persönlichen Subsysteme, die sich miteinander verbinden und rückkoppeln, wobei sie Schleifen von Veränderungen einfacher bis immer komplexeren Strukturen bilden, die größere Fähigkeiten an Selbstbewusstsein, Selbstkontrolle und allgemeiner Koordination des Systems als einem Ganzen erfordern.

Da Kolumbien ein Land ist, in dem die Modernisierung und ihre Institutionen ein Produkt der Nachahmung und nicht der eigenen Produktion ist, möchte diese Arbeit die Form identifizieren, in der die modernen Institutionen eingeführt wurden, ihr Veränderungsprozess in den letzten 50 Jahren (1960-2010) und ihre Hauptauswirkungen als Bedingungen der Wohlfahrt der Bevölkerung.

Wohlfahrtsentwicklung: “*Wohlfahrtsentwicklung* betrachte ich als einen wesentlichen Ertrag der Modernisierung und als eine ihrer wesentlichen Legitimationsgrundlagen. (...) wobei ich unter Wohlfahrt einerseits gute materielle Lebensbedingungen, andererseits das subjektive Wohlbefinden der Bürger verstehe.” (Zapf 1994: 7) Nach Zapf werden moderne Gesellschaften durch die Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft, des Wohlfahrtsstaates und des Massenkonsums charakterisiert; diese sind abstrakter ausgedrückt, die Inputstrukturen für die Outputs Freiheit, Wachstum und Wohlfahrt (gute materielle Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Bürger).

Für Zapf ist der *Massenkonsum* eine so grundlegende und wichtige Institution wie der Wohlfahrtsstaat, die Demokratie und der Markt, nicht nur wegen seiner natürlichen Beziehung zum Wirtschaftswachstum, sondern auch wegen seiner direkten Beziehung zur objektiven Wohlfahrt und

zum Befriedigungsniveau der Grundbedürfnisse der Bevölkerung. In diesem Sinne ist er eine wichtige Institution, macht er doch das Hauptprodukt der Modernisierung und die Grundlage seiner Legitimierung als von den Gesellschaften identifizierter, verstandener und nachgeahmter Prozess aus.

Von diesem Konzept geht für die praktischen Untersuchungsziele die Notwendigkeit aus, die vier Grundinstitutionen Kolumbiens zu charakterisieren: die Wettbewerbsdemokratie, die Marktwirtschaft, den Wohlfahrtsstaat und den Massenkonsum – nicht nur als Grundinstitutionen, die eine moderne Gesellschaft charakterisieren, sondern auch hinsichtlich ihres Beitrags zur objektiven und subjektiven Wohlfahrt der Bürger.

Transformation: “*Transformation* kann man nun die Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung nennen, die mit der Zielsetzung Freiheit, Wachstum und Wohlfahrt explizit auf die Übernahme der modernen Basisinstitutionen gerichtet sind. Die Ziele der Transformationsgesellschaften sind also prinzipiell bekannt, die Aufholprozesse haben eine klare Richtung. In diesem Sinn ist Transformation eine Teilmenge von Modernisierung bzw. ‘nachholender Modernisierung’“. (Zapf 1994: 7)

Das Konzept *Transformation* weist darauf hin, dass die Modernisierung kein Zustand ist, der erreicht wird, sie ist kein Ziel, sondern ein Prozess, ein Mittel zum Erreichen der Ziele, die die modernen Gesellschaften sich setzen und klar bestimmen: Freiheit, Wachstum und Wohlfahrt. In Verbindung mit dem Konzept der *Transformation* wird die Modernisierung als ein Prozess erwünschter, freiwilliger, klar definierter, sozusagen rationaler Veränderung verstanden, der über Innovation und Reformen die Fähigkeit der Institutionen zu verbessern sucht, um die Ziele zu erreichen, die eine Gesellschaft sich in einem bestimmten Moment ihrer Geschichte gesetzt hat. Die Transformation zieht sowohl greifbare oder materielle Veränderungen mit sich wie Wirtschaftswachstum und objektive Wohlfahrt als auch nicht greifbare wie Freiheit und subjektives Wohlbefinden der Bevölkerung.

In Beziehung zu dieser Analyse der kolumbianischen Gesellschaft weist das Konzept der Transformation auf die Notwendigkeit hin, zu identifizieren, ob sich diese im Prozess der Transformation befindet oder nicht. Die Reflexion darüber, ob die kolumbianische Gesellschaft ihre Ziele definiert und klar formuliert und festgelegt hat, wer sie wo vertritt, ist notwendig. Zweitens soll analysiert werden, was die Transformation der Grundinstitutionen – Demokratie, Wohlfahrtsstaat, Marktwirtschaft und Massenkonsum – blockiert, d. h., was sowohl die Innovation als auch die Reformen behindert, die zur Konsolidierung und größeren Wirksamkeit dieser Institutionen bei der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit notwendig sind.

Hinsichtlich der Modernisierung von Ländern wie Kolumbien, dessen Modernisierung verspätet bzw. unvollendet ist, sind die Präzisierungen hervorzuheben, die Zapf zur Transformation und Transition beim Erreichen der Modernisierung macht. Die Aufmerksamkeit gilt ebenso den drei häufig damit verbundenen Fehlern: “Zunächst ist der Großteil von Modernisierungsprozessen immer schon nachholend, weil es sich um die (vielleicht erfolglose) Imitation von Innovationen handelt. Des weiteren ist eine der zentralen Lehren aus der fehlgeschlagenen Modernisierungspolitik der sechziger Jahre, dass einfache Imitationen in der Regel nicht genügt, sondern dass Selbsterfindung und Nacherfindung von Institutionen und Verhaltensweisen, die Zeit brauchen, unabdingbar sind. Und schließlich kennen wir den schon von Veblen so genannten ‘Vorteil der Rückständigkeit’, der es nachholenden Akteuren unter bestimmten Voraussetzungen gestattet, nicht nur aufzuholen, sondern zu überholen, wie dies aus der Dynamik von Produktzyklen, von technologischen Entwicklungspfaden, von Branchen und selbst von Nationen bekannt ist.” (Zapf 1994: 138)

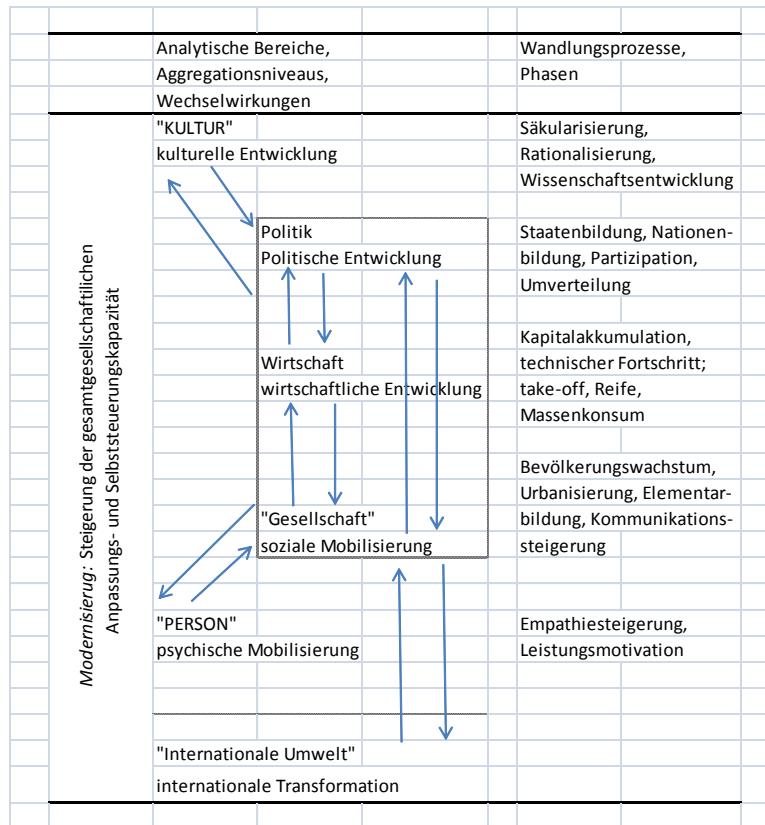
Es ist ersichtlich, dass jedes Land seinen eigenen und autonomen Modernisierungsweg finden muss, aber Zapf weist darauf hin, dass der aktuelle Diskussionsstand über die Modernisierungstheorie die folgenden Schlussfolgerungen ermöglicht:

- “1. Die **Transformationsgesellschaften** wählen die modernen westlichen Gesellschaften und ihre Basisinstitutionen als einziges Modell. Es gibt zwar Unterschiede in wichtigen Einzelaspekten (z.B. Präsidialsystem versus parlamentarische Regierung, diverse Wege der Privatisierung), aber keine grundlegende Alternative. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß sich Vorteile der Rückständigkeit herausstellen werden, z.B. die Umformung von informellen Sektoren oder die frischere Leistungsmotivation. Die Vielfalt institutioneller Lösungen wird jedenfalls nicht geringer, sondern größer werden.
2. Die Schwierigkeiten und Konflikte der Transformation sind kein Einwand gegen die Modernisierungstheorie. Diese Schwierigkeiten waren vorauszusehen und wurden vorausgesagt (von einigen naiven Projekten der sechziger Jahre und einigen ganz unsoziologischen ökonomischen Modellvorstellungen jüngst einmal abgesehen). Die spanische Transformation z. B. hat zehn Jahre gedauert und mußte eine Arbeitslosigkeit von fast 30 Prozent bewältigen. Die Modernisierungsgeschichte insgesamt ist immer auch eine Geschichte der Entwurzelung und der Leiden des Übergangs. Innovationen sind im geglückten Fall “schöpferische Zerstörung”; das zerstörerische Element kann man ihnen nicht nehmen.
3. Modernisierung ist nicht einfach *westernization*, nachdem es erfolgreiche Modernisierungsprozesse in Ost- und Südostasien gegeben hat. Der entscheidende Unterschied zum Westen liegt dort in der umgekehrten zeitlichen Abfolge: erst ökonomische, dann politische und zuletzt gesellschaftlich-kulturelle Modernisierung. Imitationen und Diffusion vom Westen haben dabei permanent eine Rolle gespielt und die Schocks durch Kriegsniederlagen und Besatzung sind die konkreten Formen der “schöpferischen Zerstörung” gewesen. Es gibt also wie in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart, bei gleichem Ziel mehrere Wege zur Moderne (Tominaga 1991) und der Weg der heutigen Transformationsgesellschaften wird nicht mit früheren Wegen einfach identisch sein.
4. Die “Zwiespältigkeit der Moderne” (Schimank 1991) wird anerkannt. Die Mechanismen der Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung bezeichnen die generelle Richtung der Problembearbeitung, enthalten aber keine Erfolgsgarantie. So hat es immer wieder schwerwiegende Exklusionsprozesse, Ideologisierungen, Regressionen und Statusverluste gegeben und es kann sie wieder geben. Die “Reflexivität” der Modernisierung (Ulrich Beck) wird anerkannt, in der realen Entwicklung und auf der theoretischen Ebene. Die modernen Gesellschaften sind keine durchgeplanten und keine zentralgesteuerten Gesellschaften. Die ungeplanten Modernisierungsfolgen können durchaus krisenhaftes Ausmaß annehmen. Die entscheidende Frage ist, ob die unbeabsichtigten Folgen und neuen Probleme irgendwo besser als in den Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft bearbeitet werden können und ob es ernsthafte Alternativen zu diesen Basisinstitutionen gibt.
5. In keiner Kritik der Modernisierungstheorie und der modernen Gesellschaften sind bisher überzeugende Alternativen vorgeschlagen worden. Am häufigsten werden die neuen sozialen Bewegungen als Hoffnungsträger angeführt. Sie sind in meiner Einschätzung soziale Innovationen, die voll mit Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft, speziell unter dem Modell des politischen Unternehmers, kompatibel sind. Das Gleiche gilt für Veränderungen in der Arbeitsorganisation, den Familienformen oder in den Geschlechterverhältnissen. Die sozialstrukturellen Veränderungen, um die in modernen Gesellschaften gekämpft wird, beinhalten

genau Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung für weitere gesellschaftliche Gruppen. Was die Modernisierungstheorie ablehnt, sind Entwicklungsstopp und Umverteilungskämpfe in einem Nullsummenspiel. Modernisierung bedeutet Wachstum von Optionen und von Sicherheit. Gleichheit wird als Ausbau von Grundrechten verstanden. Jenseits der Grundrechte gilt es, Innovationschancen offenzuhalten, nicht zuletzt deshalb, um selbstzerstörerische Entwicklungen auszusondern.

6. Es wird anerkannt, daß die ökologische Frage eine neue und weitgehend selbst produzierte Herausforderung für moderne Gesellschaften darstellt. Keine anderen außer den modernen Gesellschaften haben bisher jedoch nachhaltige Erfolge bei der Regulierung von Umweltproblemen erzielt (vgl. hierzu Fukuyama 1992, S. 131 f., S.167 f.). Sie allein scheinen in der Lage zu sein, durch Innovationen in ihren Institutionen die ökologische Frage so zu bearbeiten, wie die soziale Frage in früheren Jahrzehnten erfolgreich bearbeitet worden ist. Eine ökologische Marktwirtschaft kann dabei durchaus mehr als eine Parteiparole, nämlich eine neue Entwicklungsrichtung sein.
7. Staaten- und Nationenbildung waren eine zentrale Etappe der westlichen Modernisierung und spielen in den heutigen Transformationsprozessen eine unerwartete Hauptrolle, nachdem bereits der Übergang zu supranationalen Strukturen bevorzuzustehen schien. Was Edward Tiryakian (1991) "*neo-modernization*" oder "*modernization II*" nennt, setzt im Wesentlichen auf die transnationale Weiterentwicklung der modernen Basisinstitutionen. Diese Entwicklung mag sich durch die heutigen Transformationsaufgaben verzögern; gegenwärtig ist der Nationalstaat als Umverteilungsagentur offenbar nicht zu entbehren. Kritiker befürchten sogar den Rückfall von einem Europa ohne Grenzen zu einer Festung Europa. Die Transnationalisierung wird dennoch eine weitere neue Entwicklung sein.
8. Schließlich die Wohlstands- oder Überflußgesellschaft. Sie war und ist, so behaupte ich, der entscheidende Legitimationsmechanismus moderner Gesellschaften: Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Die Transformationsgesellschaften müssen ihrer Bevölkerung den Massenkonsum ermöglichen, und sie brauchen hierzu wohlfahrtsstaatliche Absicherung. Wenn sie dies nicht erreichen, werden sie scheitern. Verzeitlichung ist dabei zumutbar, und schrittweise Teilerfolge sind realistischerweise das Maximum dessen, was wir erwarten können. Aber Konsumverzicht ist – selbst in China – so wenig mehr legitimierbar wie die andauernde Vorenthaltung politischer Beteiligungsrechte. Dennoch wird es die Überflußgesellschaft im Weltmaßstab nicht geben können. Diese wäre eine Paradies-Vorstellung; hier gibt es klare Wachstumsgrenzen. Wir müssen uns also nach den Aufholprozessen der Transformationsgesellschaften weiterhin eine ungleiche Welt vorstellen, in der es im Süden zunächst um die elementaren Grundsicherungen und Grundrechte geht, während der Norden Wege zu einem intelligenteren Konsum und zu einem stärker partizipatorischen Wohlfahrtsstaat finden muß. Auch dies bezeichnet künftige Entwicklungslinien. Wie es in hundert Jahren aussehen wird, wissen wir nicht." (Zapf 1994: 141)

Abbildung Nr. 1 Modell des Modernisierungsprozesses als System von Wandlungsprozessen



Quelle: Zapf 1970: 23

1.3.1 Basisinstitutionen der Modernisierung

Zapf denkt, dass die modernen Gesellschaften sich auf den Basisinstitutionen Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlfahrtsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat definieren.

“In meiner Definition sind moderne Gesellschaften diejenigen, die in der Politik die Konkurrenzdemokratie, in der Wirtschaft die Marktwirtschaft und in der Gesellschaft den Massenkonsum und den Wohlfahrtsstaat realisiert haben. Modernisierung ist der Weg der Entwicklung dieser Basisinstitutionen und zugleich ihr Ausbau und Umbau.” (Zapf 1994: 181)

Die Modernisierung ist ein komplexer und mehrdimensionaler Prozess, der am Entwicklungsgrad seiner Basisinstitutionen gemessen wird, die konvergent funktionieren müssen, damit ausdrücklich formulierte Ziele erreicht werden. Diese sind: Die Freiheit der Bürger verwirklichen, das Wirtschaftswachstum erreichen und die allgemeine Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung herbeiführen.

Die Institutionen Demokratie, Marktwirtschaft und Staat sind keine Erfindungen der Moderne, da diese Institutionen in der Menschheitsgeschichte schon existierten, jedoch stets mit kontextspezifischen Charakteristiken und besonderen historischen Momenten, wie beispielsweise die Demokratie von Athen, die Marktwirtschaft der freien Städte im Mittelalter oder der Fürstenstaat zeigen. In der Moderne ist das Entstehen des liberalen, demokratischen Staats wichtig, der die Ideale und Ziele der

Gesellschaften verfolgt, die die großen Revolutionen hervorgebracht: England, Vereinigte Staaten von Amerika und Frankreich, die sich mit institutionellen Instrumenten ausrüsten wollten und konnten, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen, sobald sie ihre Souveränität erklärt hatten, d. h., sie bestimmten, dass der Ursprung von Herrschaft und Autorität im Volk und nicht bei "Fürsten" oder "Monarchen" liegt.

Diese Institutionen, die vom Geist der modernen und souveränen Völker vorangetrieben wurden, der diese festigte, sind weder unbeweglich oder für immer definiert noch statisch, sondern flexibel und dynamisch, denn sie sind das Ziel von Prozessen der Rationalisierung, Innovation und Reformierung, sollten diese für erforderlich befunden werden. Entsprechend seiner empirischen Beobachtungen und durchgeführten Studien kommt Zapf zu dem Schluss, dass "Gesellschaften, die diese Institutionen entwickeln, erfolgreicher, anpassungsfähiger, d. h. moderner sind als solche, die das nicht tun" (Zapf 1990: 17).

1.3.1.1 Konkurrenzdemokratie

Einer der wichtigsten Aspekte der von Zapf aufgestellten Modernisierungstheorie ist das Gewicht, das er der Demokratie als Schlüsselinstitution für die sozialen Transformationsprozesse beimisst, die den gleichen Stellenwert besitzt wie die Wirtschaft und der Staat.

Die Demokratie ist das System, mit dem legitim und legal die politische Macht in den modernen Gesellschaften erreicht wird, weshalb es so wichtig ist, die fundamentalen Eigenschaften zu analysieren, die ihr gutes Funktionieren garantieren.

In Übereinstimmung mit Croissant und Thiery (2000) ist die Demokratie eine Form der Herrschaftsorganisation. Sie sagen, dass "bestimmte historisch-strukturelle Parameter von Herrschaft universell und unhintergebar sind wie u.a. die Herausbildung des souveränen Territorialstaates, das Repräsentationsprinzip als Modus politischer Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft sowie, als tragfähiges Organisationsprinzip moderner Herrschaft, die Tendenz zu systematischer Differenzierung, das Verständnis von Individuen als Personen, d. h. als im Prinzip autonome Träger von Rechten, sowie die Entfaltung politischer Öffentlichkeit als Arena und Medium kollektiver und individueller Präferenzbildung." (Croissant / Thiery 2000: 20)

Nach beiden Autoren enthält die Demokratie Basiselemente wie: "die politische und private Selbstbestimmung ('Freiheit') aller BürgerInnen ('Gleichheit') derart zu ermöglichen, dass diese sich im Prinzip auch als Autoren jenes Rechts verstehen können, dessen Adressaten sie sind (Habermas 1996; Kelsen 1981). Dies erfordert neben gesicherten Freiheits- und Gleichheitsrechten grundsätzlich ein bestimmtes Maß an routinierter Kontrolle der – vom einzelnen Bürger gewöhnlich nicht selbst direkt autorisierten – Herrschaftsakte, und das heißt sowohl der faktischen Herrschaftsträger wie auch der Herrschaftsinhalte." (Croissant / Thiery 2000: 20)

Habermas (2005) seinerseits vertritt, „dass der demokratische Prozess in dem Maße, wie er Bedingungen einer inklusiven und diskursiven Meinungs- und Willensbildung erfüllt, eine Vermutung auf die rationale Akzeptabilität der Ergebnisse begründet, und dass die rechtliche Institutionalisierung eines solchen Verfahrens demokratischer Rechtsetzung die gleichzeitige Gewährleistung sowohl der liberalen wie der politischen Grundrechte erfordert.“ (Habermas 2005: 19) Habermas spricht der Rationalisierung im Prozess der Formulierung der Verfassung und Gesetze, die die Bürger bestimmen und auf sich selbst anwenden, was die öffentliche und offene Diskussion der verschiedenen Meinungen und Wünsche der Vorschlagenden erfordert, eine wichtige Rolle zu.

Die modernen Gesellschaften charakterisieren sich nicht nur durch die Rationalisierung in den Prozessen der Formulierung öffentlicher Politik, sondern durch die Eröffnung von Räumen für die Debatte und die Kritikausübung sowie die friedliche Konfrontation der Bürger mit gegensätzlichen Ideen. Eine rationale Diskussion der Probleme muss zur Wahl der Vorschläge führen, die am besten überzeugen und somit für die Mehrheit von Vorteil sind, die sie sonst nicht wählen würde.

Nach Croissant und Thiery (2000) ist eine Demokratie lebensfähig, wenn:

- “(1) die, vertikale` Dimension von Volkssouveränität und Autonomie verwirklicht ist, d. h. wenn periodische Wahlen als Partizipationsinstrument zur Bestimmung der Repräsentanten und Herrschaftsträger gegeben sind;
- (2) eine öffentliche Arena zur Beeinflussung der Repräsentanten und Entscheidungsträger sich ausbilden kann, wofür politische Freiheits- und Kommunikationsrechte erforderlich sind;
- (3) gewährleistet ist, dass die demokratisch gewählten Autoritäten auch tatsächlich die effektive Regierungsgewalt innehaben und darin nicht durch sich selbst legitimierende Machtgruppen beschnitten werden;
- (4) die horizontale Dimension der Herrschaftskontrolle ausgeprägt ist, die einer Verselbstständigung der arbeitsteilig organisierten Staatsgewalten entgegenwirkt und sie in ihrem Handeln an bestimmte Grundsätze bindet;
- (5) grundsätzliche inhaltliche Barrieren gegen den Herrschaftsanspruch des Staates in Form nicht-hintergebar, negativer` Freiheitsrechte errichtet und rechtlich auch durchsetzbar sind.

Mithin ist Demokratie von ihrer Logik her ein Kürzel für den demokratischen Rechtsstaat und in diesem Sinne liberale Demokratie. Für Croissant und Thiery ist eine Demokratie gut verankert, wenn die folgenden zehn Kriterien erfüllt sind:

„I. Vertikale Dimension der Herrschaftslegitimation und -kontrolle

A. *Wahlregime*

1. Aktives Wahlrecht
2. Passives Wahlrecht
3. Freie und faire Wahlen
4. Gewählte Mandatsträger

B. *Rechte politischer Organisation und Kommunikation (öffentliche Arena)*

5. Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit
6. Assoziationsfreiheit

II. Dimension der Agendakontrolle

C. *Gewählte Machsträger mit realer Gestaltungsmacht*

7. Effektive Regierungsgewalt

III. Dimension des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates

D. *Horizontale Verantwortlichkeit*

8. Horizontale Verantwortlichkeit (Gewaltenteilung)

E. *Bürgerliche Freiheitsrechte*

9. Individuelle Schutzrechte gegen staatliche und private Akteure
10. Recht auf (gleichen) Zugang zum Recht und Gleichbehandlung vor dem Gesetz.“
(Croissant / Thiery 2000: 22)

Für diejenigen Demokratien, die diese Kriterien nicht erfüllen, haben Croissant und Thiery das Konzept der Defekten Demokratien entwickelt: “Defekte Demokratien werden von uns demnach definiert als Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines bedeutsamen und wirkungsvollen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer

funktionierenden Demokratie zur notwendigen Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle notwendig sind.“ (Croissant / Thiery 2000: 24)

“In defekten Demokratien durchkreuzen autoritäre Praktiken und Herrschaftsmuster die Balance eines austarierten demokratischen Spiels und knacken so den Funktionscode, der in liberalen, rechtsstaatlich verfassten Demokratien die Herrschaftsorganisation anleitet.“ (Croissant / Thiery 2000: 27)

So wie Schmidt (2001) bemerkt, ist der Prozess der Befreiung und Demokratisierung der politischen Systeme eine allgemeine Tendenz in allen Kontinenten. Eine signifikative Anzahl von Ländern, die von Freedom House als teilweise frei beschrieben werden, sich in grauen Zonen zwischen Demokratie und Autokratie bewegen und sich dadurch auszeichnen, dass sie informelle Institutionen haben, die mit den formellen Institutionen der Demokratie wetteifern und diese manchmal ersetzen. Diese nicht gefestigten Demokratien werden von Schmidt als “Demokratie mit Adjektiven” definiert, d. h. dass ihnen beim Definieren Adjektive zugegeben werden müssen, die ihre Mängel beschreiben, wie: begrenzte Demokratie, kontrollierte Demokratie, elektorale Demokratie, nicht liberale Demokratie, delegative Demokratie, beaufsichtigte Demokratie und bevormundete Demokratie.

Schmidt stellt die These auf, dass die informellen Institutionen und die Regeln, die sich außerhalb der Konstitution und des Gesetzes befinden, dahin tendieren, die Entwicklungsgelegenheiten zu vermindern, da sie die demokratischen Systeme schwächen und delegitimieren: “Der Begriff der Legitimität wird hierbei in seiner einfachsten Form verwendet, als Akzeptanz eines Herrschaftssystems durch die Bevölkerung, die zu deren genereller ‘Folgebereitschaft’ gegenüber politischen Entscheidungen führt.“ (Schmidt 2001: 3)

Unter den von diesem Autor identifizierten Auswirkungen bezüglich der informellen Institutionen sind der Klientelismus, die Institutionalisierung der Korruption und das Sponsoring, sowie die Entscheidungsfällung ohne öffentliche Debatte im Rahmen der Verfassung und des Gesetzes, d. h. außerhalb des etablierten normativen Rahmens zum Beilegen von Interessenkonflikten, hervorzuheben.

Andere negative Auswirkungen der von Schmidt identifizierten informellen Institutionen sind: (1) die Emotionalisierung der politischen Kultur, die zu Apathie, Passivität und Vernachlässigung der formellen Regeln führt, sowie das Misstrauen und die Distanz in die formellen demokratischen Institutionen, die Stärkung von Netzen des Klientelismus und die diffuse Legitimität der demokratischen Institutionen; (2) die Schwächung der demokratischen Institutionen; (3) der Verlust des Vertrauens in die Zuverlässigkeit der staatlichen Institutionen; (4) die Marginalisierung von Teilen der Bevölkerung bei der Teilnahme an Entscheidungsfindungen.

Wie ersichtlich ist, begrenzen die beschädigten Demokratien die wirkliche Souveränitätsausübung seitens des Volkes und dessen Möglichkeiten der Herrschaftsausübung, was insbesondere die Staatskontrolle und die Formulierung von Gesetzen und Normen betrifft. Dadurch begünstigt der normative Rahmen nicht die Interessen der Mehrheit, sondern die der Eliten oder Gruppen, die die Macht ausüben und die Gesetze formulieren, womit sich die Volksweisheit bestätigt, dass die Gesetze demjenigen dienen, der sie formuliert.

In seinem Essai zum *Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen* stellt Dahrendorf (1966: 10) ganz klar fest, dass Ungleichheit keinen individuellen Hintergrund hat, sondern ein sozial strukturiertes Verhalten, das in einem Normativitäts- und infolgedessen Machtproblem begründet ist. Obschon der Autor hervorhebt, dass die Ungleichheit ein menschliches Problem ist, d. h. dass sie in

allen Gesellschaften auftritt und gleichzeitig Quelle des Guten und des Schlechten sein kann, geht er weiter in der Erklärung ihres Ursprungs und der Gründe, die zur sozialen Schichtung führen, was für diese Studie von besonderem Interesse ist.

Dahrendorf legt dar, dass die Frage nach der Ungleichheit unter den Menschen seit Jahrhunderten gestellt wird und eine der Hauptfragestellungen ist, die die Soziologie seit ihrem Ursprung formuliert hat. Aristoteles, wie viele andere altertümliche, christliche und moderne Autoren glauben, dass die sozialen Klassen auf der Basis natürlicher Unterschiede zwischen den Menschen erklärt werden, aber Dahrendorf zitiert Rousseau und erklärt, dass seine Interpretation der Ungleichheit eine politische und intellektuelle Revolution bedeutete. Es gilt zu "untersuchen, ob es nicht möglicherweise eine wesentliche Verbindung zwischen den beiden Ungleichheiten [den natürlichen und den sozialen] gibt; denn das hieße mit anderen Worten zu fragen, ob die Herrschenden notwendig mehr wert sind als die Untergebenen, und ob die Kraft des Körpers und des Geistes, die Weisheit oder die Tugend sich stets in denselben Individuen finden, und zwar in direktem Verhältnis zu ihrer Macht oder ihrem Reichtum: eine Frage, die zu erörtern gut sein mag für die Sklaven, die sich von ihren Herren belauscht glauben, die aber vernünftigen und freien Menschen, die die Wahrheit suchen, nicht zukommt" (Rousseau, zit. n. Dahrendorf 1966: 19).

Dahrendorf fragt sich, ob die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 festlegt, dass alle Menschen frei und gleich im Recht geboren werden, woraus zu entnehmen ist, dass es Reiche und Arme gibt, was bei Einigen sichtbar, bei Anderen nicht sichtbar ist, dass einige Macht haben und andere nur Untergebene sind.

Er analysiert die ersten soziologischen Erklärungen zum Ursprung der Ungleichheit, die auf das Entstehen von Privatbesitz zurückgehen – Lorenz, Stein, Marx. Diese Sicht trieb politische Vorschläge und Revolutionen voran, wie die kommunistische, die versuchte, den Privatbesitz auszurotten, um die natürliche Gleichheit wiederherzustellen. Die Erfahrung der kommunistischen Gesellschaften zeigt, dass dies falsch ist. Wenn einige Besitz haben und andere nicht, woran liegt das? Die Frage bleibt unbeantwortet. Eine andere Antwort auf die Frage zur Ungleichheit ist die Arbeitsteilung – Engels, Schmoller, Durkeim.

Die These Dahrendorfs ist, "daß die Sanktionierung menschlichen Verhaltens im Hinblick auf soziale Normen notwendig ein System der Ungleichheit des Ranges schafft, daß also die soziale Schichtung ein unmittelbares Resultat der Kontrolle sozialen Verhaltens durch positive und negative Sanktionen ist." (Dahrendorf 1966: 28)

Die Voraussetzungen für diese These findet der Autor schon in den realisierten Ansätzen des 18. Jahrhunderts im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsvertrag oder Assoziationspakt oder Herrschaftsvertrag, was bedeutet, dass (1) jede Gesellschaft eine moralische Gesellschaft ist, also Normen kennt, die das Verhalten ihrer Mitglieder regeln, sowie dass (2) mit solchen Normen stets bestimmte Sanktionen verknüpft sein müssen, die die Verbindlichkeit der Normen garantieren, indem sie als Belohnung für konformes und als Strafe für abweichendes Verhalten fungieren.

„Der Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen liegt weder in der menschlichen Natur noch in Faktoren von historisch möglicherweise begrenzter Wirklichkeit wie dem Eigentum. Er liegt vielmehr in gewissen notwendigen, oder doch als notwendig angenommenen Merkmalen aller menschlichen Gesellschaften. Obwohl die Differenzierung sozialer Positionen, als Teilung der Arbeit oder allgemeiner als Vielfalt der Rollen, ein solches universelles Merkmal von Gesellschaften sein mag, fehlt ihr das zur Erklärung der Rangunterschiede nötige Element der Wertung. Wertende Differenzierung, also die Anordnung sozialer Positionen und ihrer Träger auf den Skalen des Prestiges und des Einkommens, wird erst bewirkt durch die Sanktionierung sozialen Verhaltens am Maßstab

normativer Erwartungen. Weil es Normen gibt und Sanktionen nötig sind, um ihre Einhaltung erzwingen, muß es Ungleichheit des Ranges unter den Menschen geben.“ (Dahrendorf 1966: 29)

Dahrendorf stellt eine enge Beziehung zwischen der auf Sanktionen beruhenden Sozialkontrolle und den Herrschaftsstrukturen her. “Die Annahme, daß die jeweils – und nicht zufällig, sondern auf Grund der ihnen in einer gegebenen Struktur zugewiesenen Positionen – weniger gut weggekommenen Gruppen einer Gesellschaft danach trachten werden, ein Normensystem durchzusetzen, das ihnen einen ansehnlicheren Rang verspricht, weil es ihren Kräften und Wünschen näher steht, ist sicher plausibler und fruchtbarer als die, daß auch die an Ansehen und Reichtum Armen ihre Gesellschaft um deren Gerechtigkeit willen lieben werden. Weil das ‚Wertsystem‘ einer Gesellschaft nur im Sinne der Geltung gemeinsam, in Wirklichkeit aber herrschend ist, weil daher das System der sozialen Schichtung nur Maßstab für den Konformismus des Verhaltens sozialer Gruppen ist, wird die Ungleichheit zum Stachel, der soziale Strukturen in Bewegung hält: Immer bedeutet Ungleichheit den Gewinn der einen auf Kosten der anderen; jedes System sozialer Schichtung trägt daher den Protest gegen sein Prinzip und den Keim zu seiner Überwindung in sich.“ (Dahrendorf 1966: 36)

Wie zu sehen ist, haben Ungleichheit und Klassenbildung einer Gesellschaft mit den sozialen Normen und Herrschaftsstrukturen zu tun, die diese definieren, umsetzen und einhalten lassen. Für Dahrendorf ist das der bedeutendste Konflikt von Gesellschaften. In den modernen Gesellschaften sind die politischen Institutionen, die Normen und Herrschaftsstrukturen bestimmen, die Demokratie und der Staat.

1.3.1.1.1 Akteure der Demokratie

- **Politische Parteien**

Die politischen Parteien sind in den liberalen Demokratien die Hauptinteressenvertreter der Bürger. Der Parteibeitritt ist frei; sie werden aus verschiedenen Quellen finanziert: Beiträge von Wohltätern, Unternehmer- und Mitgliedsbeiträge. Zu den wichtigsten Funktionen der Parteien gehören die Definition ihrer Programme, die Art des Arbeitsansatzes und die Kandidaten.

Weber stellt fest, dass sogar bei sehr demokratischen Organisationsformen der Parteien die Masse der Mitglieder weder das Programm definiert noch den Kandidaten aufstellt, sondern nur als Wähler an den Entscheidungen teilnimmt. Auch sagt er, dass die Parteien in modernen Staaten auf zwei Prinzipien basieren: “ Sie haben sachlich-politische, durch die Tradition überlieferte und mit Rücksicht auf sie nur langsam modifizierbare Ziele, erstreben aber außerdem: Ämterpatronage. Und zwar in erster Linie die Besetzung der leitenden Ämter, derjenigen also, welche politischen Charakters sind, durch ihre Führer. Die Erreichung dieses Ziels durch sie im Wahlkampf ermöglicht dann den Führern und Betriebsinteressenten während der politischen Herrschaft der Partei, ihren Schützlingen Unterkunft in gesicherten Staatsstellungen zu verschaffen. Dies ist die Regel in parlamentarischen Staaten, und diesen Weg sind daher dort auch die Weltanschauungsparteien gegangen. In nicht-parlamentarischen Staaten steht den Parteien die Patronage der leitenden Ämter nicht zu. Dagegen pflegen dort die einflußreichsten von ihnen in der Lage zu sein, die herrschende Bürokratie wenigstens zu nötigen, ihren Schützlingen neben den durch Konnexion mit Beamten empfohlenen Anwärtern Unterkunft in unpolitischen Staatsstellungen zu gewähren, also Subalternpatronage auszuüben. Alle Parteikämpfe sind nicht nur Kämpfe um sachliche Ziele, sondern vor allem auch um Ämterpatronage.“ (Weber 1976: 839)

Die Schlussfolgerung Webers ist, dass in den politischen Parteien der modernen Gesellschaften ebenso wie in der Wirtschaft und der Staatsverwaltung die Tendenz einer zunehmenden Bürokrati-

sierung der Organisationsprozesse und Rationalisierung der Techniken festzustellen ist, wie es sich exemplarisch in den Wahlkämpfen zeigt. Für ihn hängt die Macht einer Partei von der Organisationsqualität seiner Bürokratie ab. Eine andere Charakteristik der modernen Parteien ist die Durchführung von Treffen oder "Parteitag", wo durch Abstimmung die Abgeordneten, Kandidaten und die Vertreter für Treffen auf höherer Ebene bestimmt werden.

Was das System von nur zwei politischen Parteien betrifft, betrachtet Weber es als nicht lebensfähig in den Industrieländern, da schon als Konsequenz der wirtschaftlichen Klassenteilung in Bürgertum und Proletariat und mit der Bedeutung des Sozialismus als Massenbewegung eine weitere Partei entsteht, zusätzlich gibt es religionsabhängige Parteien.

Aus diesem Argument Webers geht hervor, dass sich die politischen Parteien in den modernen Gesellschaften als Antwort auf die verschiedenen Interessen der Bevölkerung vervielfältigen. Die Differenzierung der politischen Parteien könnte also als ein Modernisierungsfaktor betrachtet werden.

Ein weiteres Zeichen der Parteienmodernisierung ist nach Weber die Abnahme des Einflusses von Standespersonen mit lokaler oder regionaler Macht und die Bedeutungszunahme des Parteiapparats an sich, vor allem außerhalb landwirtschaftlicher Regionen mit patriarchalischen, am Großgrundbesitz ausgerichteten Strukturen. Schließlich werden dank der modernen Massenpropaganda der politischen Parteien ihre Geschäftsführung, Disziplin, Finanzierung, Presse und Werbung rationaler. Sie bildet die Basis ihres Wahlerfolgs.

- **Soziale Bewegungen**

Nach Touraine sind die sozialen Bewegungen zurzeit mehr als die politischen Parteien diejenigen, die die Interessen der Bevölkerung vertreten und die Politik beleben. "Eine *soziale Bewegung* ist gleichzeitig ein sozialer Konflikt und ein kulturelles Projekt. Das trifft sowohl für die Führenden als auch für die Geführten zu. Eine soziale Bewegung will immer kulturelle Werte realisieren und zur gleichen Zeit einen sozialen Gegner besiegen." (Touraine 2000: 237)

- **Das Parlament**

In einer liberalen Demokratie wählen die Wähler mit ihrer Stimme ihre Repräsentanten in ein Parlament, den Ort, wo die Gesetze formuliert werden, d. h. der normative Rahmen, der die Gesellschaft regelt.

„Die modernen Parlamente sind in erster Linie Vertretungen der durch die Mittel der Bürokratie Beherrschten. Ein gewisses Minimum von innerer Zustimmung – mindestens der sozial gewichtigen Schichten – der Beherrschten ist Vorbedingung der Dauer einer jeden, auch der bestorganisierten Herrschaft. Die Parlamente sind heute das Mittel, dieses Minimum von Zustimmung äußerlich zu manifestieren.“ (Weber 1976: 851)

In der obigen Definition von Weber wird die Wichtigkeit betont, dass die verschiedenen sozialen Klassen ordnungsgemäß im Parlament vertreten sind, was eine minimale Bedingung seiner internen Zustimmung ist.

Die Quelle der Macht des Parlaments besteht in der Zustimmung zu Gesetzen und unter diesen sind auch diejenigen des Staatshaushalts, den es kontrolliert. Weber sagt: "ein arbeitendes Parlament aber ist ein solches, welches die Verwaltung fortlaufend mitarbeitend kontrolliert..." (Weber 1976: 854)

Das Parlament ist die Institution, die die Gesetze und Kontrolle der exekutiven Gewalt bestimmt.

- **Die Berufspolitiker**

Nach Max Weber ist die Professionalisierung und Spezialisierung der politischen Aktivität eine weitere Charakteristik der modernen Gesellschaften, die das Entstehen politischer Fachleute zur Folge hat, die dafür ausgebildet sind, auf die neuen Anforderungen der politischen Tätigkeit zu antworten, und mit denen die Parteien und die lokalen und zentralen Parlamente sich stärken.

Das Ergebnis der aktiven Demokratisierung der Massen ist, dass der politische Führer seine Legitimität nicht mehr aus seiner Anerkennung als Standesführer einer sozialen Klasse erhält, die ihn als Kandidaten proklamierte, sondern aus seiner Glaubwürdigkeit, dem Vertrauen und dem Glauben, den er durch die Anwendung der Mittel der Demagogie weckt, die nach Weber Hand in Hand mit der Politik und der Demokratie gehen. Der cäsarische Gebrauch der Demagogie laut Weber kann dazu führen, dass ein politischer Führer eher durch eine Volksabstimmung Beifall für seine Ideen sucht als durch eine Wahl oder Zustimmung, wodurch sich die Bedeutung der Parlamente als Gegenmächte und Garanten der Rechte der Bürger bestimmt.

- **Die Regierung**

Die Demokratie ist das System, mit dem die Zentralregierung und die Lokalregierungen gewählt werden, d. h. mittels Wahlstimmen werden diejenigen Personen gewählt, die die Leitung und Kontrolle des Staates während ihres Mandats übernehmen. Regierungen sind eine weitere wichtige Herrschaftsquelle in den modernen Gesellschaften, hauptsächlich deswegen, weil sie die öffentlichen Haushalte ausführen und durch ihre Regierungspläne die öffentliche Politik und ihre Investitionsprioritäten bestimmen.

Die Möglichkeiten echter Wahlalternativen, Regierungswechsel und freier Opposition sind Charakteristiken der liberalen Demokratien.

1.3.1.2 Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft ist ein wirtschaftliches System, das auf der rechtlichen Institution des Privateigentums und der Regulierung von Angebot und Nachfrage, sowohl in der Gewinnung als auch in der Produktion, dem Austausch, der Verteilung und dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen basiert, die die menschlichen Bedürfnisse befriedigen. Die Beziehung zwischen dem Angebot der Produzenten und der Nachfrage der Konsumenten wird im Allgemeinen durch die Handel treibenden Akteure des Marktes vermittelt.

“Rein `begrifflich` notwendig ist der `Staat` für die Wirtschaft also nirgends. Allerdings ist speziell eine Wirtschaftsordnung moderner Art ohne eine Rechtsordnung von sehr besonderen Eigenschaften, wie sie praktisch nur als `staatliche` Ordnung möglich ist, zweifellos nicht durchführbar. Die heutige Wirtschaft beruht auf durch Kontrakte erworbenen Chancen. Soweit auch das eigene Interesse an der `Vertragslegalität` und die gemeinsamen Interessen der Besitzenden am gegenseitigen Besitzschutz reichen und so stark Konvention und Sitte den Einzelnen infolge der Erschütterung der Tradition – einerseits der traditionsgeordneten Verhältnisse und andererseits des Glaubens an ihre Heiligkeit – auch außerordentlich an Bedeutung eingebüßt, auf der andern Seite sind die Interessen der Klassen so scharf wie je voneinander geschieden, verlangt die moderne Verkehrsgeschwindigkeit ein prompt und sicher funktionierendes, d. h. ein durch die stärkste Zwangsgewalt garantiertes Recht und hat, vor allem, die moderne Wirtschaft kraft ihrer Eigenart die andern Verbände, welche Träger von Recht und als Rechtsgarantie waren, vernichtet. Dies ist das Werk der Marktentwick-

lung. Die universelle Herrschaft der Marktvergesellschaftung verlangt einerseits ein nach rationalen Regeln kalkulierbares Funktionieren des Rechts. Und andererseits begünstigt die Marktverbreiterung, die wir als charakteristische Tendenz jener kennen lernen werden, kraft der ihr immanenten Konsequenzen die Monopolisierung und Reglementierung aller 'legitimen' Zwangsgewalt durch eine universalistische Zwangsanstalt, durch die Zersetzung partikulären, meist auf ökonomischen Monopolen ruhenden ständischen und anderen Zwangsgebilde.“ (Weber 1972: 198)

Der "freie" Markt ist auch ein charakteristisches Phänomen der modernen Gesellschaften, die versuchen, alle möglichen Barrieren und Lasten zu beseitigen, die in feudalen Epochen die freie Ausübung der Handelsaktivität einschränkten.

Da das Marktwirtschaftssystem auf dem Privateigentum basiert, auf den Produktionsmitteln, wie dem Kapital, ermöglichte es die Entstehung und Expansion des Kapitalismus, so wie er sich zurzeit entwickelt hat.

Das neoklassische Modell des Markts analysiert ihn als einen abstrakten Austauschort, der von der Gesellschaft, dem Staat und anderer Bedingungen getrennt ist. "Auf idealen Märkten haben alle Akteure, die am Markt teilnehmen wollen, Zugang zum Markt. Die Marktteilnehmer konkurrieren um knappe Güter. Der Wettbewerb ist dabei vollkommen, die Preise sind flexibel (also weder nach oben noch nach unten beschränkt), und alle Marktakteure haben vollständige Informationen über Angebot, Nachfrage und Preisstrukturen. Weiterhin unterstellt die Neoklassik das Modell des *homo oeconomicus*, d. h. sie nimmt an, dass Akteure in sich konsistent handeln, über eine klar definierte Präferenzstruktur verfügen und insofern zweckrational ihre eigenen Interessen verfolgen, als dass sie versuchen, als Verkäufer den bestmöglichen Preis für die größtmögliche Menge des verkauften Gutes zu erzielen, als Käufer möglichst viele Güter zum geringst möglichen Preis zu erwerben, ihnen ist dabei egal, an wen sie verkaufen bzw. Bei wem sie kaufen – entscheidend ist lediglich der Preis.“ (Baur 2008: 274)

Die wirtschaftliche Aktivität ist eine soziale Aktivität, die in enger Beziehung zum soziokulturellen und politischen System steht.

"Idealerweise fühlt sich das Individuum moralisch gebunden, Verträge einzuhalten. Diese affektive Bindung kommt jedoch nicht aus dem Nichts, sondern wird im Rahmen der Sozialisation erworben und ist damit gesellschaftlich vermittelt. Versagt sie bei einzelnen Marktteilnehmern, kann das Funktionieren von Märkten dennoch gesichert werden, und zwar durch äußeren Zwang, in der Regel durch das Rechtssystem. Wirtschaftliches Handeln ist folglich immer institutionell eingebettet (Polanyi et. al. 1957).“ (Baur 2008: 275)

Die Marktwirtschaft kann nicht im Leeren ausgeübt werden, sondern in einem bestimmten geografischen Raum und von Normen reguliert, sodass sie nicht von der Gesellschaft und der politischen Kultur, in der sie sich entwickelt, abstrahiert werden kann.

Im Rahmen der Modernisierungsprozesse ist der freien Marktwirtschaft eindeutig eine hohe Relevanz beizumessen. Indem historisch und empirisch gezeigt wurde, dass die Märkte nicht perfekt sind, wurde zugleich die Notwendigkeit einer Intervention oder Regulierung derselben durch den Staat ersichtlich.

Personen können aufgrund ihrer ethnischen Herkunft von den Märkten ausgeschlossen werden oder weil nicht genug Arbeitsplätze für alle zur Verfügung stehen oder weil sie nicht über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, um sich für einen Arbeitsplatz zu bewerben. Dies führt die Diskussion zu wichtigen und typisch modernen Themen wie der Konkretisierung von Gleichheit, Gerechtigkeit

und Freiheit, wenn der Bevölkerung Chancengleichheit beim Zugang zu den Märkten geboten wird und auch wenn man die wirkliche Freiheit hat, nicht am Markt teilnehmen zu müssen.

Zu den Akteuren der Marktwirtschaft zählen die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen, die Konsumenten, die Händler, die politischen Akteure, die Kommunikationsprofis und die Wissenschaftler.

1.3.1.2.1 Industrialisierung und Wirtschaftswachstum

Ein Hauptmerkmal der Modernität ist der Industrialisierungsprozess der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die durch die Rationalisierung der zuvor handwerklich hergestellten Prozesse sowie durch die Erfindung von Werkzeugen und neuen Technologien erreicht wird. Die Säkularisierung der Gesellschaft ermöglichte eine industrielle Revolution, die auf der Anwendung der Fortschritte in Wissenschaft und Technologie in den Produktionsprozessen basierte.

Rostow formulierte eine Theorie, die die industrielle Revolution wie folgt erklärt: "Unter industrieller Revolution wird eine relativ kurze Zeitspanne verstanden, zugleich aber umfassende Veränderungen der Produktionsfunktionen." (Rostow 1970:286). Diese Theorie, die sich auf die Analyse der Wachstumsraten während langer historischer Perioden der Industriegesellschaften wie England, Vereinigte Staaten und Schweden, u.a. stützt, unterscheidet drei Stadien des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses.

"Wir betrachten die Sequenz der ökonomischen Entwicklung so, als ob sie aus drei Perioden bestünde: eine lange Periode (ein Jahrhundert oder länger), in der die Voraussetzungen des Aufstiegs geschaffen wurden; die Aufstiegsphase selbst, die als ein Zeitraum von zwei oder drei Jahrzehnten definiert wird; und eine lange Periode, in der das Wachstum normal und relativ automatisch wird." (Rostow 1970:288)

Rostow unterscheidet in der zweiten Wachstumsphase zwei Typen von Gesellschaften: diejenigen, die die erste Phase der Vorbereitung überwunden und die erforderlichen soziokulturellen und politischen Veränderungen realisiert haben, und die Gesellschaften, die dank ihres natürlichen Reichtums in ihrem Territorium und dessen Ausbeutung hohe Niveaus an Wohlfahrt für ihre Bevölkerung erreicht haben.

Im ersten Fall werden die Entwicklungsbedingungen vor dem Wachstum so charakterisiert: "Wir beginnen mit einer einigermaßen stabilen, traditionellen Gesellschaft, deren Wirtschaft im Wesentlichen auf der Agrikultur beruht, die im Wesentlichen immer dieselben Produktionsmethoden anwendet und die kaum mehr spart und investiert, als daß sie gerade ihre Wertverluste ausgleichen kann. Gewöhnlich kommt die Idee, daß wirtschaftlicher Fortschritt möglich ist, von außen; in besonderen Fällen kann sie sich auch aus der inneren Dynamik der Gesellschaft entwickeln. Diese Idee findet in die herrschende Elite Eingang, häufiger noch in eine unterprivilegierte Gruppe, deren Statusverlust aber nicht so groß ist, daß ihre ökonomische Initiative blockiert wäre. [...] Wenigstens für einige Gruppen verbreitern sich die Bildungsmöglichkeiten und damit die Voraussetzungen für modernes wirtschaftliches Handeln. Es kommt eine neue Gruppe unternehmerischer Persönlichkeiten zum Zug, die willens ist, Ersparnisse produktiv einzusetzen und des Profits wegen Risiken zu übernehmen; zunächst vor allem im Handelssektor. Die Märkte für Agrarprodukte, einheimische Handwerkerzeugnisse und importierte Konsumgüter weiten sich aus. Es entstehen Institutionen zur Mobilisierung von Kapital; im Vergleich zu den primitiven Formen des Leihgeschäfts erhöhen sich Umfang; Sicherheit und Laufzeit der Anleihen. Das Sozialkapital vergrößert sich, vor allem die Transport- und Kommunikationsmittel; häufig deshalb, um Rohstoffe, für die sich andere Nationen interessieren, auf den Markt zu bringen; häufig werden sie mit ausländischem Kapital finanziert.

Hier und da entstehen moderne Fabrikunternehmen, zumeist um Substitutionsgüter für bestimmte Importe herzustellen.“ (Rostow 1970:288)

Der Autor weist darauf hin, dass es verschiedene Anreize für die wirtschaftliche Entfaltung geben kann: “Entscheidend ist aber nicht die Art des jeweiligen Stimulus, sondern die Tatsache, dass Gesellschaft und Wirtschaft aufgrund ihrer bisherigen Entwicklung in der Lage sind, die Herausforderung positiv, mit sich selbst erhaltenden und verstärkenden Maßnahmen zu beantworten: das Resultat ist keine einmalige Verschiebung der Produktionsfunktionen oder des Investitionsvolumens, sondern ein höherer Anteil realisierter Innovationen, und zwar in Form eines geregelten Innovationsflusses, sowie eine höhere Investitionsrate.“ (Rostow 1970: 290)

Die Bedingungen für das Wachstum sind laut Rostow:

1. Anstieg produktiver Investitionen von 5% oder weniger bis auf 10% oder mehr des Volkseinkommens oder Nettosozialprodukts.
2. Entwicklung eines oder mehrerer wesentlicher industrieller Sektoren mit einer hohen Wachstumsrate.
3. Vorhandensein oder schnelles Entstehen eines politischen, sozialen und institutionellen Rahmens, der die Impulse für eine Erweiterung im industriellen Sektor und die potenziellen externen Ökonomien der Aufstiegsphase ausnutzt und das Wachstum fortschreiten läßt.

1. **Das Angebot an Finanzierungsmitteln:** Für Rostow sind die Mittel, die zur Finanzierung des wirtschaftlichen Aufstiegs notwendig waren, aus zwei verschiedenen Quellen geflossen: a) Änderungen in der Kontrolle der Einkommensströme einschließlich der Einkommensverteilung und der Kapitalimporte und b) rückfließende Gewinne in bestimmten, schnell wachsenden Sektoren.

Bei diesem Punkt hebt Rostow hervor, dass eines der ältesten Instrumente der Wirtschaftspolitik die Restrukturierung der Einkommensverteilung ist, wobei der Transfer des Geldes aus den Händen derer, die es nicht produktiv nutzen, hauptsächlich Großgrundbesitzer oder feudale Landbesitzer, in die Hände derer, die es in produktive Aktivitäten investieren, stattfindet, wie Handels- und Industrieunternehmer. Die Instrumente, über die der Staat zur Förderung der produktive Investitionen begünstigende Wirtschaftspolitik verfügt, sind die Konfiskation, das Steuersystem und die Inflationskontrolle. In der Wachstumsphase spielen Banken und Kapitalmärkte eine wichtige Rolle, besonders zur Finanzierung langfristiger Investitionen über einen zentralen und organisierten Kapitalmarkt.

Aber Rostow hebt hervor, dass nicht der Staat und die Privatbanken die Hauptrolle in der Wachstumsphase spielen, sondern die Investitionsnachfrage in einem oder verschiedenen schnell wachsenden Sektoren, die sich entweder in Händen privater oder öffentlicher Unternehmer befinden.

Auch der internationale Handel spielte eine wichtige Rolle in den Anfangsprozessen des Wirtschaftswachstums, werden doch durch den Verkauf von Rohstoffen zum Beispiel Ressourcen gebildet, die in Kapitalgüter und in Zahlungen von Schulden investiert werden, die für produktive Investitionen gebraucht wurden. Dies zeigte sich anhand der Wachstumsprozesse infolge der Getreideexporte in den USA, Russland und Kanada, den Holz- und Papierexporten in Schweden oder den Seideexporten in Japan. Allerdings garantiert der Export von Rohstoffen keinen Anstieg der Kapitalbildung in jenen Fällen, in denen die Devisen in unproduktive Aktivitäten wie die Akkumulation oder der Konsum von Luxusgütern investiert werden.

Die Nachfrage nach internen Konsumgütern führt zu einem Druck auf die industrielle Kapazität der Unternehmer, die Rohstoffe, Zwischenhersteller und Fertigprodukte brauchen, die für ihren Produktionsprozess notwendig sind. Dafür ist im allgemeinen Auslandskapital erforderlich. Investitionen waren wichtig in Fällen wie den USA, Schweden, Russland oder Kanada, aber die Beispiele England und Japan zeigen, dass Kapitalimport nicht immer notwendig sein muss, um das Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen. Auslandskapital erwies sich als besonders nützlich zur Finanzierung von Infrastrukturen, wie Eisenbahnen oder Autobahnen, die die Industrie braucht, oder zur Finanzierung von Sozialkapital, wie bei der Finanzierung von Wohnungen.

2. **Die Ursprünge des Unternehmertums:** Es ist offensichtlich, dass der wirtschaftliche Aufstieg die Existenz und die erfolgreiche Aktivität einer gesellschaftlichen Gruppe voraussetzt, die sich durch ihre Bereitschaft innovativ tätig zu sein auszeichnet. Die Entwicklung des Unternehmertums im Zuge des wirtschaftlichen Aufstiegs stellte sich für die kleine Gruppe reicher landwirtschaftlicher Nationen, deren Bevölkerung hauptsächlich aus Nordwesteuropa einwanderte, als geringes Problem dar. Aufgrund spezifischer Motive muss sich eine Gruppe finden, die die Bildung von Kapital als möglich und gut ansieht. Damit ihre Anstrengungen einigermaßen erfolgreich sind, müssen sie rational überlegen, welche Art von Unternehmen sie wählen sollen.

Die Wirtschaftswissenschaftler führen uns über die Frage des Protestantismus hinaus in eine Welt, in der samuraische, persische, jüdische, norditalienische, türkische, russische, chinesische Beamte (ebenso wie Hugenotten, Schotten und Nordengländer) die Rolle der führenden Elite im Wirtschaftswachstum übernommen haben, sodass J. Calvin die Bürde nicht allein zu tragen habe. Was für das Heranwachsen solcher Eliten notwendig erscheint, ist nicht nur ein angemessenes Wertesystem, sondern zwei weitere Bedingungen: a) Die neue Elite muss die üblichen Wege zu Macht und Prestige aufgeben, die von der traditionellen Gesellschaft, von der sie ein Teil ist, verfolgt werden. b) Die traditionelle Gesellschaft muss genügend flexibel (oder schwach) sein und ihren Mitgliedern als Aufstiegsmöglichkeiten materielle Vorzüge (oder politische Macht) als Alternative zur Konformität gestatten. Welche Motive die Menschen veranlassen haben, konstruktive unternehmerische Entscheidungen zu fällen, wird anhand empirischer Untersuchungen deutlich: Diese Motive sind in jeder Gesellschaft sehr verschieden ausgeprägt, jedoch in der Regel auf materielle Inhalte bezogen.

3. **Führende Sektoren im wirtschaftlichen Aufstieg:** Die Sektoren einer Wirtschaft können in drei Kategorien differenziert werden:
 - a) Primäre Wachstumsektoren, in denen die Möglichkeiten zur Einführung von Innovationen oder zur Ausnutzung neuer oder bisher ungenutzter, aber sehr gewinnbringender Rohstoffquellen eine hohe Wachstumsrate bedingen und expansive Kräfte in der übrigen Wirtschaft in Bewegung setzen.
 - b) Sekundäre Wachstumsektoren, in denen ein schneller Fortschritt als direkte Folge oder als eine Notwendigkeit des Wachstums in den primären Sektoren erzielt wird, wie beispielsweise die Kohle- und Eisenindustrie und der Maschinenbau als Voraussetzung des Eisenbahnbaus. Diese Sektoren kann man über viele Wirtschaftsstadien zurückverfolgen.
 - c) Abhängige Wachstumsektoren, in denen ein Wachstum in einer ziemlich stetigen Relation zum Wachstum des realen Volkseinkommens, zur Bevölkerung, zur industriellen Produktion oder zu anderen weniger schnell steigenden Gesamtvariablen steht. Typische Wachstumsektoren dieser Art sind zum Beispiel die Nahrungsmittelproduktion als Abhängige des Bevölkerungswachstums oder der Wohnungsbau als Abhängige der Anzahl der Eheschließungen.

Das Wachstum ist eine endlose Wiederholung der Erfahrungen des wirtschaftlichen Aufstiegs, der sich in verschiedener Weise und in verschiedenen führenden Sektoren vollzieht. Langfristiges Wachstum verlangt ebenso wie der wirtschaftliche Aufstieg, dass die Gesellschaft nicht nur große Mengen an Kapital für Abschreibung und Ersatzbeschaffung sowie für Wohnungsbau, für gemeinnützige und andere soziale Zwecke zur Verfügung stellt, sondern auch eine Reihe von hochproduktiven primären Sektoren, die aufgrund neuer Produktionsfunktionen schnell wachsen. Nur so wird der gesamtwirtschaftliche marginale Kapitalkoeffizient niedrig gehalten.

Als Beispiele erwähnt Rostow die Baumwollindustrie in England ebenso wie den Eisenbahnbau, der als bedeutsamster Faktor des wirtschaftlichen Aufstiegs der USA, Frankreichs, Deutschlands, Kanadas und Russlands gilt und der im weiteren eine bedeutende Rolle in Schweden, Japan und in anderen Ländern spielte. Auch die Erweiterung und Modernisierung der militärischen Potenzials kann eine führende Rolle in der Aufstiegsperiode übernehmen. Abgesehen von ihrer Funktion als Devisenbringer für die Kapitalbildung können auch Rohstoffe und Nahrungsmittel eine führende Rolle im wirtschaftlichen Aufstieg übernehmen, wenn sie mit modernen Herstellungsmethoden erstellt werden.

Die strategischen Sektoren sind in jeder Gesellschaft verschieden. Es gibt kein nachzuahmendes oder zu kopierendes Modell. Nach Rostow müssen jedoch vier grundlegende Faktoren gegeben sein:

- a) Es muss eine wachsende effektive Nachfrage nach dem Produkt oder den Produkten von jenen Sektoren bestehen, die die Grundlage für eine schnelle Zuwachsrates der Produktion bieten. Historisch wurde dies durch eine Umschichtung der Einkommen aus der Konsum- oder Hortungssphäre in produktive Investitionen, durch Kapitalimporte, durch einen Anstieg des realen Konsumeinkommens für Inlandsgüter oder durch eine Kombination dieser Wege erreicht.
- b) Neue Produktionstechniken müssen in diese Sektoren eingeführt und eine Erweiterung der Kapazitäten muss vorgenommen werden.
- c) Die Gesellschaft muss fähig sein, das Anfangskapital für den wirtschaftlichen Aufstieg in diesen Schlüsselindustrien zur Verfügung zu stellen. Insbesondere müssen die Gewinne zu einem großen Teil durch die privaten oder staatlichen Unternehmer, die die Kapazität und die Technik in diesen Sektoren kontrollieren, in die sekundären Wachstumssektoren, die durch sie zu einem Ausbau angeregt werden, investiert werden.
- d) Schließlich müssen der führende oder die führenden Sektoren so beschaffen sein, dass ihr Ausbau und ihre Technisierung eine Kette von Nachfragen nach einer wachsenden Kapazität und der Möglichkeit zur Einführung neuer Produktionstechniken in anderen Sektoren, auf die die Gesellschaft tatsächlich in zunehmendem Maße reagiert, wachruft.

Der wirtschaftliche Aufstieg (Take-off) im Rückblick

Rostow stellt eine direkte positive Beziehung zwischen Industrialisierung und ökonomischem Wachstum her und präsentiert klar die Bedingungen, die für die Industrialisierung erforderlich sind und sich im Schoße einer Gesellschaft während langer Zeitperioden entwickeln, sind sie doch mit Veränderungen der Werte in der Gesellschaft und der Strukturen politischer Macht verbunden: „Der wirtschaftliche Aufstieg ist definiert als industrielle Revolution, die mit radikalen Änderungen in den Produktionsmethoden und ihren entscheidenden Wirkungen in relativ kurzer Zeit verbunden ist. Diese Betrachtung schließt nicht die Möglichkeit eines längeren, langsameren Wechsels im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Im Gegenteil, die Aufstiegsperiode verlangt eine Menge umfangreicher Voraussetzungen, die die wirtschaftliche Organisation einer Gesellschaft, ihre Politik und ihre Wertvorstellungen bis ins Innerste berühren“ (Rostow 1970: 307)

Nach Rostow ist die Modernisierung auch eine Voraussetzung für den Fortschritt der Industrie und des Handels und hat ein Wirtschaftswachstum zur Folge: „In nichtökonomischer Sprache formuliert, heißt es, daß der wirtschaftliche Aufstieg gewöhnlich ein entscheidender politischer, sozialer und kultureller Sieg derjenigen ist, die die Wirtschaft modernisieren wollen, über diejenigen, die an der traditionellen Gesellschaft hängen oder andere Ziele verfolgen. Da aber der Nationalismus sowohl eine soziale Lösung herbeiführen als auch eine desintegrierende Macht darstellen kann, kann der Sieg zu Formen gegenseitiger Anpassung führen und braucht nicht notwendig eine Zerstörung der traditionellen Gruppen durch die modernen zu bedeuten. (...) Im Großen und Ganzen wird die Gesellschaft bereit sein durchzuhalten, wenn für eine Generation das Wachstum aufrechterhalten wird, und sie wird ihre Anstrengungen auf die Einführung der modernen Technik in jenen Branchen konzentrieren, die während des wirtschaftlichen Aufstiegs nicht modernisiert worden sind.“ (Rostow 1970: 307)

1.3.1.2.2 Der Handel

Folge der Industrialisierung ist der Handel mit produzierten Gütern und Dienstleistungen. Er gilt als eine der ältesten Institutionen der Menschheit, dessen Modernisierung durch seine Ausweitung von lokaler auf nationale Ebene und von nationaler auf internationale Ebene sowie den Versuch charakterisiert ist, die Grenzen dieser Aktivität durch Liberalisierung zu reduzieren.

Die industrielle Produktion in großem Umfang und die technischen Möglichkeiten, die die Kommunikation zwischen den Ländern erleichtern, haben zu einer erheblichen Zunahme des internationalen Handels geführt, der eine Charakteristik der Globalisierung ist, so wie die Entstehung von übernationalen Organisationen, wie die Welthandelsorganisation – WTO (World Trade Organization) –, die damit beauftragt ist, weltweite Normen zu formulieren, die den Handel zwischen den Nationen regeln.

Um zu garantieren, dass der Handel gerecht und frei verläuft, verhandeln die Länder über Normen und halten sie ein. Frucht dieser Verhandlungen sind die allgemeinen Abkommen über Zolltarife und Handel – GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) –, das wichtigste Kompendium an Normen für den Warenhandel und das allgemeine Abkommen für Dienstleistungshandel – GATS (General Agreement on Trade in Services).

Andere wichtige Abkommen, die mit dem Handel in Zusammenhang stehen, sind diejenigen des geistigen bzw. intellektuellen Eigentums, das „grundsätzlich in einer Reihe von Normen besteht, die den Handel und die Investitionen im Ideen- und Kreativitätsbereich regieren. Diese Normen bestimmen, wie das Autorenrecht, die Patente, die Fabrik- oder Handelsmarken im Handelsaustausch, die geografischen Angaben zur Identifizierung der Produkte, die industriellen Zeichnungen und Modelle, die Designschemen der integrierten Kreisläufe und die nicht veröffentlichte Information, z. B. die Handelsgeheimnisse, alle diese Aspekte, die als ‚intellektuelles Eigentum‘ bekannt sind, geschützt werden müssen.“⁶

Eine wichtige Aktivität der Welthandelsorganisation - WTO ist die Lösung von Handelsdifferenzen zwischen den Ländern über die Fallberatung durch unabhängige Experten.

Heutzutage wird mehr von „gerechtem“ Handel als von „freiem“ Handel geredet, da die Liberalisierung der Märkte nicht immer die lokale Bevölkerung begünstigt, die nicht mit Produkten anderer Länder konkurrieren kann, die subventioniert werden oder anderen Produktionsbedingungen unter-

⁶ World Trade Organisation WTO, 2013. <http://www.wto.org> (Stand 15.01.2013)

liegen, wie beispielsweise der Zahlung niedrigerer Löhne oder der fehlenden sozialen Absicherung der Arbeiter. Derzeit konzentriert die Welthandelsorganisation (WTO) sich auf die Analyse von nicht-zolltariflichen Maßnahmen (NTM, Non-tariff measures) als Maßnahmen öffentlicher Politik, die sogenannten technischen Handelshindernisse (TBT, Technical barriers to trade) und die Anwendung sanitärer und phytosanitärer Maßnahmen (SPS, Sanitary and phytosanitary measures).

1.3.1.2.3 Beziehung zwischen Marktwirtschaft, Staat und Gesellschaft

Weber stellt eine Parallele zwischen dem Erscheinen des rationalen Staates und der rationalen Industrie her: "Das aber, was dem modernen Kapitalismus im Gegensatz zu jenen uralten Formen kapitalistischen Erwerbs spezifisch ist: die streng rationale Organisation der Arbeit auf dem Boden rationaler Technik, ist nirgends innerhalb derartig irrational konstruierter Staatswesen entstanden und konnte dort auch nie entstehen. Denn dazu sind diese modernen Betriebsformen mit ihrem stehenden Kapital und ihrer exakten Kalkulation gegen Irrationalitäten des Rechts und der Verwaltung viel zu empfindlich. Sie konnten nur dort entstehen, 1. wo entweder, wie in England, die praktische Gestaltung des Rechts tatsächlich in den Händen der Advokaten lag, welche im Dienste ihrer Kundschaft, der kapitalistischen Interessenten also, die geeigneten Geschäftsformen ersannen und aus deren Mitte dann die streng an 'Präzedenzfälle', also an berechenbare Schemata gebundenen Richter hervorgingen. 2. Oder wo der Richter, wie im bürokratischen Staat mit seinen rationalen Gesetzen, mehr oder minder ein Paragraphen-Automat ist, in welchen man oben die Akten nebst den Kosten und Gebühren hineinwirft, auf daß er unten das Urteil nebst den mehr oder minder stichhaltigen Gründen ausspeie: – dessen Funktionieren also jedenfalls im großen und ganzen kalkulierbar ist. –" (Weber 1976: 826)

Auch ermittelt er eine Beziehung zwischen dem Erscheinen der rationalen Wirtschaft und der rationalen Religiosität des Protestantismus, die Schule unter den Kulturosoziologen gemacht hat, was schon mit Hinweis auf Rostow in diesem Kapitel kritisiert und zitiert wurde.

Die Relevanz des Wirtschaftssystems ist dadurch gegeben, weil es die Güter, Dienstleistungen und Ressourcen für den Unterhalt des sozialen und des politischen Systems erzeugt. Die Art der **Lastenverteilung einer Gesellschaft**, ein wichtiges von Weber formuliertes Konzept, hängt von der Herrschafts- und der Wirtschaftsstruktur ab. Die Analyse der Lastenverteilung führt zur Reflexion über die Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse sowie über die Fortdauer und Zunahme der Differenz zwischen Armut und Reichtum im Innern und zwischen den Ländern und zur Antwort auf die umstrittene, gar nicht leicht zu beantwortende, Frage Glatzers, "inwieweit der Wohlstand der Stärkeren auf der Ausbeutung von Schwächeren beruht". (Glatzer 2002: 155)

1.3.1.3 Sozialer Wohlfahrtsstaat

Konsolidierung der modernen Nationsstaaten

Der Staat im Sinne eines rationalen Staates entsteht nach Weber (Weber 1976: 815) im Westen und beruht auf dem Fachbeamtentum und dem rationalen Recht. "Wirtschaftsgeschichtlich wurde diese Tatsache dadurch von Bedeutung, daß das Bündnis zwischen Staat und formaler Jurisprudenz indirekt dem Kapitalismus zugute kam. Eine staatliche Wirtschaftspolitik, die diesen Namen verdient, d. h. kontinuierlich und konsequent ist, entsteht erst in moderner Zeit. Das erste System, das sie hervorbringt, ist das des sogenannten Merkantilismus. Vor seiner Ausbildung gab es allerdings überall zweierlei: fiskalische Politik und Wohlfahrtspolitik, die letztere im Sinn der Sicherung des üblichen Nahrungsmaßes." (Weber 1976: 817)

Wie man sieht, hatte der moderne Staat einerseits mit seinen formellen Gesetzen, seinen Fachbeamten der staatlichen Verwaltung und seiner Steuerpolitik eine erste grundlegende Wohlfahrtspolitik, um eine ausreichende Lebensmittelproduktion für die Bevölkerung abzusichern. Das könnte als die erste und prinzipielle Wohlfahrtspolitik betrachtet werden, die ein moderner Staat haben sollte.

Laut Weber ist "Staat ... diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das "Gebiet", gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewalt-samkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht. Denn das in der Gegenwart Spezifische ist, daß man allen anderen Verbänden oder Einzelpersonen das Recht zur physischen Gewaltsamkeit nur soweit zu-schreibt, als der Staat sie von ihrer Seite zulässt: er gilt als alleinige Quelle des „Rechts“ auf Ge-waltsamkeit.“ (Weber 1976: 822)

Andererseits definiert Weber „Politik“ als die Suche der Macht oder des Einflusses auf die Macht-vertei-lung entweder zwischen Staaten, im Inneren eines Staates oder zwischen den Menschengrup-pen innerhalb eines Staates. "Wer Politik treibt, erstrebt Macht: Macht entweder als Mittel im Dienst anderer Ziele – idealer oder egoistischer – oder Macht "um ihrer selbst willen", um das Pres-tigegefühl, das sie gibt, zu genießen.“ (Weber 1976: 822)

Die drei Quellen der Legitimität, die Weber für die Machtausübung einiger Personen auf andere Personen identifiziert und typisiert hat, sind: "traditionelle" Herrschaft, wie sie der Patriarch und der Patrimonialfürst alten Schlages ausübten; "charismatische" Herrschaft, wie sie der Prophet oder – auf dem Gebiet des Politischen – der gekürte Kriegsfürst oder der plebiszitäre Herrscher, der gro-ße Demagoge oder der politische Parteiführer ausübten; sowie Herrschaft kraft „Legalität“, kraft des Glaubens an die Geltung legaler Satzung und der durch rational geschaffene Regeln begründeten sachlichen „Kompetenz“, also der Einstellung auf Gehorsam in der Erfüllung satzungsgemäßer Pflichten: eine Herrschaft, wie sie die modernen „Staatsdiener“ und jene Träger von Macht aus-üben, die ihm in dieser Hinsicht ähneln.

Ein wichtiger Faktor der Modernisierung war die Einstellung von Fachbeamten in der staatlichen Verwaltung, die zuerst Juristen und Rechtsanwälte waren. Man könnte denken, daß die Beamten im Zuge der Modernisierung und deren Mechanismen entsprechend ihren Funktionen immer speziali-sierter werden. Die Staatsbeamten werden in zwei Gruppen geteilt: die Fachbeamten und die politi-schen Beamten. Letztere pflegen zur Verfügung zu stehen und von ihren politischen Vorgesetzten, von denen sie abhängig sind, entlassen und gewechselt zu werden. Die Ersteren dagegen sind unab-hängig von Justizfunktionen. Die Disziplin wird als eine absolute Bedingung für ihren Erfolg gese-hen. "Der moderne Beamte ist entsprechend der rationalen Technik des modernen Lebens stetig und unvermeidlich, zunehmend fachgeschult und spezialisiert. Alle Bürokratien der Erde gehen diesen Weg.“ (Weber 1976: 835)

Weber unterscheidet Beamten von Leitern sowohl in Bezug auf die Art der Leistungen (Vorteile) als auch auf die Art der Verantwortung und der Voraussetzungen, die jeder erfüllen muss. "Ein Beamter – das sei hier wiederholt –, der einen nach seiner Ansicht verkehrten Befehl erhält, kann – und soll – Vorstellungen erheben. Beharrt die vorgesetzte Stelle bei ihrer Anweisung, so ist es nicht nur seine Pflicht, sondern seine Ehre, sie so auszuführen, als ob sie seiner eigensten Überzeugung entspräche, und dadurch zu zeigen, daß sein Amtspflichtgefühl über seiner Eigenwilligkeit steht. Ob die vorgesetzte Stelle eine „Behörde“ oder eine „Körperschaft“ oder „Versammlung“ ist, von der er ein imperatives Mandat hat, ist gleichgültig. So will es der Geist des Amtes. Ein politischer Leiter, der so handeln würde, verdiente Verachtung. Er wird oft genötigt sein, Kompromisse zu schließen, das heißt: Unwichtigeres dem Wichtigeren zu opfern. Bringt er es aber nicht fertig, seinem Herrn (er sei der Monarch oder der Demos) zu sagen: entweder ich erhalte jetzt diese Instruktion oder ich gehe, so ist er ein „Kleber“, wie Bismarck diesen Typus getauft hat, und kein Führer. „Über den

Parteien“, das heißt in Wahrheit: außerhalb des Kampfes um eigene Macht, soll der Beamte stehen. Kampf um eigene Macht und die aus dieser Macht folgende Eigenverantwortung für seine Sache ist das Lebenselement des Politikers wie des Unternehmers.“ (Weber 1976: 837)

Im Konsolidierungsprozeß des Nationsstaats haben Almond und Pye (Almond/ Pye, zit. n. Rokkan 1970: 233) ein Modell entwickelt, das von der folgenden Hypothese ausgeht: “Jede Elite, die ein politisches System stabilisieren will, sieht sich mit sechs ‚Entwicklungskrisen‘ konfrontiert, sechs Herausforderungen, die sich in verschiedener Sequenz und mit unterschiedlichem Gewicht geltend machen. Diese sechs ‚Krisen‘, ‚Herausforderungen‘ oder ‚systematischen Entwicklungsprobleme‘ können in folgender Reihenfolge schematisiert werden:

Abbildung Nr. 2 Entwicklungskrisen der politischen Staats- und Nationbildung

| | Krisen, Herausforderungen, Probleme | Institutionelle Lösungen, Beispiele |
|--|--|--|
| Nationbildung (<i>Nation-building</i>) | Identitätsbildung (<i>Identity</i>) | Entwicklung von Medien und Organisationen zur Sozialisierung der Staatsbürger in die nationale Gemeinschaft: Schulen, Kommunikationsmedien, institutionalisierte Riten und Symbole (Mythen, Flaggen, Hymnen) |
| | Legitimität (<i>Legitimacy</i>) | Bemühungen zur Schaffung von Loyalität und Vertrauen gegenüber den im betreffenden System errichteten politischen Institutionen; Bemühungen zur Sicherung der Einhaltung von Gesetzen und Regelungen, die von den dazu autorisierten Organisationen erlassen werden. |
| Konsolidierung des Systems* (<i>Consolidation of system</i>) | Politische Beteiligung (<i>Participation</i>) | Ausdehnung des Wahlrechts auf bisher unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen. Rechtsschutz für organisierte Oppositionsgruppen |
| * (Diese Formel findet sich bisher nicht explizit in den bereits veröffentlichten Arbeiten.) | Umverteilung (<i>Distribution</i>) | Errichtung von Institutionen zur sozialen Sicherung. Einkommensangleichung durch progressive Besteuerung und Umverteilung (Finanzausgleich) zwischen ärmeren und reicheren Gemeinden. |

Quelle: Almond und Pye. In: Rokkan. 1970. S. 233

Rokkan hat für die Analyse dieser Entwicklungskrisen die wichtigsten Variablengruppen spezifiziert:

1. Penetration: Zeitreihen zum Wachstum des öffentlichen Sektors
 - 1.1. Personal der Zentralregierung
 - 1.2. Personal der Regionalregierungen, nach Regionen und Gemeindetypen
 - 1.3. Rekrutierungskriterien: soziale und regionale Herkunft versus Ausbildung
 - 1.4. Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt: zentral, regional, lokal
 - 1.5. Grundlagen der staatlichen Ressourcenbildung; Übergang von externen Kontrollen (Zöllen) zu internen Kontrollen (Vermögens- und Einkommensteuer)

- 1.6. Staatliche Investitionen in der Industrie (vgl. 2.2.)
- 1.7. Höhe der öffentlichen Verschuldung und Abhängigkeit von ausländischer Finanzierung
- 1.8. Umfang der Militärausgaben und Mobilisierungsgrad der Streitkräfte

2. Integration: Zeitreihen über
 - 2.1. Rekrutierung der Elitegruppen (höhere Beamtenschaft, Abgeordnete, Intellektuelle) nach den wichtigsten regionalen/kulturellen/sozialen Gruppen eines Landes (zum Beispiel: Prozentsatz der Protestanten/Katholiken in der Bürokratie, Prozentsatz der Vertreter von Minderheiten, von peripheren Provinzen, usw.)
 - 2.2. Anteil der Investitionen in die Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Schulen) nach Regionen und Gemeindetypen
 - 2.3. In konfessionell gemischten Nationen: Regierungsausgaben pro Schüler
 - 2.4. Einkommensunterschiede nach Regionen und Gemeindetypen

3. Identität: Zeitreihen über
 - 3.1. Abbau des Analphabetismus nach Regionen und Gemeindetypen
 - 3.2. Ausdehnung der Sekundärbildung; Zahl der Schulen nach Regionen; Gemeindetypen und weltanschauliche Ausrichtungen der Schulen
 - 3.3. Typen der Lehrerbildung: Zahl der für die einzelnen Schultypen ausgebildeten Lehrer (konfessionell versus weltlich, Majoritäts-versus Minoritätssprache)
 - 3.4. Religiöse Bedingung und (wo Daten verfügbar) religiöse Beteiligung nach Regionen und Gemeindetyp (zum Beispiel Zahl der Mischehen)
 - 3.5. Sprachliche Spaltungen nach Regionen und Gemeindetyp

4. Legitimität: wenn möglich, Zeitreihen über
 - 4.1. Zahl der an Streiks und Aussperrungen, Demonstrationen und Unruhen Beteiligten
 - 4.2. Zahl der in regulären Wahlen für Parteien, die gegen das „System“ stehen, abgegebenen Stimmen

5. Partizipation: Zeitreihen über
 - 5.1. Prozentsatz der Wahlberechtigten nach Region und Gemeindetyp, wenn möglich auch (vgl. schwedische Daten) nach Berufsgruppen
 - 5.2. Prozentsatz der Wahlberechtigten nach Region, Gemeindetyp und Geschlecht
 - 5.3. Organisationsgrad: Mitgliedschaft in Parteien, Massenbewegungen, Gewerkschaften und anderen Interessengruppen
 - 5.4. „Kulturelle Teilnahme“: Auflage von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern; Filmbesucher, Rundfunk- und Fernsehteilnehmer

6. Distribution: Zeitreihen über
 - 6.1. Anteil der Staatsausgaben für Bildung, Sozialleistungen, Pensionen
 - 6.2. Typen, Mitgliedschaft und Ausmaß der Sozialleistungen
 - 6.3. Steuersätze nach Einkommensgruppen und, wenn möglich, nach den wichtigsten Berufsgruppen (Bauern, Arbeitgeber, Arbeitnehmer)

Jede dieser Variablen bezieht sich in der einen oder anderen Weise auf Regierungsmaßnahmen; deshalb müssen sie vor dem Hintergrund umfangreicher Strukturdaten untersucht werden: Daten über die demografische Entwicklung, Siedlungsstruktur und Klassenschichtung.

Rokkan erweitert die obige Liste mit fünf der vierzehn von Karl Deutsch vorgeschlagenen Variablen, die in der vorstehenden Liste nicht enthalten sind. Diese Variablen sind:

- Anteil der Bevölkerung in *städtischen* Wohngebieten
- Anteil der Beschäftigten im sekundären und tertiären Sektor der Wirtschaft
- Anteil der Beschäftigten (Lohnarbeiter) in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten
- Anteil der Bevölkerung, der regelmäßig Märkte besucht
- Anteil der Bevölkerung, der wenigstens einmal im Monat einen Brief abschickt oder empfängt

Es ist klar, dass mit dem Fortschritt der Informations- und Kommunikationsmedien andere Variablen berücksichtigt werden müssen:

- Anteil der Bevölkerung mit Computer
- Anteil der Bevölkerung mit Internet-Anschluss

Wenn der Staat schon gebildet ist, soll untersucht werden, ob es sich um einen Wohlfahrtsstaat handelt oder nicht. Im Folgenden werden die Charakteristiken des Wohlfahrtsstaats der modernen Gesellschaften analysiert.

1.3.1.3.1 Wohlfahrtsstaat

Nach Zapf kann die Wohlfahrt theoretisch als die Essenz der Modernisierung aufgefasst werden, aber nicht in dem Sinne, dass die Wohlfahrt das wichtigste Ziel ist, das über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Zugehörigkeit oder Selbstverwirklichung steht, sondern als das soziale Ergebnis, das am meisten materielles und fassbares Glück bringt und als eine zentrale Quelle der Legitimation der modernen Gesellschaften fungiert.

“Die sozialen Grundrechte, die Institutionen der Sozialpolitik, kurz: der Wohlfahrtsstaat, gelten in der Modernisierungstheorie als säkulare Errungenschaften, die inzwischen zum kulturellen und institutionellen Kapital der Bürger gehören.” (Zapf 1994: 54). Für Zapf ist einer der handgreiflichsten Indikatoren der Modernisierung die erreichte Wohlfahrtsentwicklung der breiten Bevölkerung.

Für Lessenich ist „der Wohlfahrtsstaat [...] – zugleich und gleichermaßen – eine Instanz der Ermöglichung gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse, der Normalisierung lohnarbeitsgesellschaftlicher Lebensverhältnisse, der Umverteilung sozialer Risiken und Lebenschancen, der Befriedigung individueller wie gesellschaftlicher Sicherheitsbedarfe, der materiellen und symbolischen Integration hochkomplexer und -differenzierter Sozialsysteme.“ (Lessenich 2008: 484)

Laut Zapf ist Wohlfahrt “ein Oberbegriff, den man sich als Summe oder Konstellation von objektiven Lebensbedingungen *und* subjektivem Wohlbefinden vorstellen kann [...]. Objektive Lebensbedingungen sind im Prinzip (von Außen) beobachtbar, obwohl sie praktischerweise durch Befragungen erhoben werden. Das subjektive Wohlbefinden allerdings, Zufriedenheit und Unzufriedenheit, Glück und Einsamkeit, Ängste und Sorgen, kann grundsätzlich nur durch Befragung festgestellt werden.“ (Zapf 1996: 11)

Zapf fasst die universelle Entwicklung des Wohlfahrtsstaates hauptsächlich in zwei Bewegungen zusammen:

- Die Forderungen, die mit der Auflösung der traditionellen Sicherheitssysteme entstehen, die die Industrialisierung erzeugt einschließlich der „Arbeiterfrage“ als einen „Unterfall“.
- Die Möglichkeiten, über die die Nationsstaaten verfügen.

Die Vielfältigkeit der bestehenden Wohlfahrtsstaaten wird nicht durch die ökonomische Entwicklung erklärt, sondern an erster Stelle durch den Penetrationsgrad des zentralen Staats auf anderen politischen Ebenen und auf den Bereich nicht-staatlicher Institutionen und an zweiter Stelle durch den sozialen Differenzierungsgrad, d. h. der Klassenstruktur im Moment der Entwicklung der großen sozio-politischen Reformen.

Die empirische Untersuchung Zapfs zur Pluralisierung der Lebensstile in Deutschland hebt die Bedeutung des Wohlfahrtsstaats und seiner Sozialpolitik für die soziale Integration hervor, um die aufsteigende soziale Mobilität zu erleichtern. "Ein Ergebnis dieser Untersuchungen ist, daß Sozialpolitik und der Wohlfahrtsstaat generell zu den Basisinstitutionen moderner Gesellschaften und zum 'institutionellen Kapital' der Bürger gehören – in der jeweiligen Gestalt, etwa des Sozialstaats der Bundesrepublik, die sich aus den historischen Entwicklungsbedingungen ergeben hat. Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat sind zugleich Ergebnis und fortwährende Bedingungen der Modernisierung. Sie schaffen zentrale Institutionen der sozialen Integration und der Systemintegration; zugleich ermöglichen sie neue Muster der sozialen Schichtung, neue Lebensstile und neue Lebensphasen" (Zapf 1994: 58)

Die Analyse des Wohlfahrtsstaats ist ein besonders wichtiges Thema dieser Arbeit, weil es sich um die Institution handelt, die gefordert ist, den sozialen Schutz derjenigen Bevölkerung zu ergänzen, die am gefährdetsten ist und die nicht durch Anstellung oder durch soziale Sicherungssysteme dem Wirtschaftssystem angehört. Die Institution des Wohlfahrtsstaats ist ebenso gefordert, die Chancen der am meisten benachteiligten Bevölkerung über soziale Investitionen in Bildung, Gesundheit, Wohnung, u.a. anzugleichen.

"Für die Entwicklungsländer bestehen die absehbaren Ziele der Wohlstandsentwicklung und Modernisierung in der Grundsicherung ihrer Bevölkerung: Ernährung, Gesundheit, Elementarbildung. Dabei muß sich die ‚Bevölkerungsweise‘ allmählich umstellen und eine Infrastruktur aufgebaut werden. [...] Die Transformationsgesellschaften Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas stehen vor dem Problem, dass sie die Inputstrukturen für die Wohlstandsentwicklung, die Basisinstitutionen Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft, erst noch aufbauen müssen. Dabei haben wir inzwischen gelernt, dass es keine Entwicklungslogik gibt, die nach der Beseitigung feudaler, kolonialer oder stalinistischer Strukturen automatisch einen Prozess der ‚nachholenden Modernisierung‘ in Gang setzt. Die Ökonomen sprechen inzwischen von den Engpässen Zeit und Geld, d. h. der Einsicht, daß jahrzehntelange Investitionsprozesse des Westens nicht einfach in Jahresfrist nachgeholt werden können. Sozialwissenschaftler sprechen von den Dilemmas, die verhindern, daß aus der politischen Freiheit rasch und quasi automatisch die Institutionen einer funktionierenden Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft hervorgehen. Womit wir nicht gerechnet haben, ist das Gewicht sozialstruktureller Hindernisse (Müller 1992: 119-131): Es gibt in manchen Transformationsgesellschaften bisher keine Eliten, die den Modernisierungsprozeß anführen könnten. Es gibt noch keinen Sozialkontrakt, der die divergierenden Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen zusammenbinden könnte – zu einer lebendigen ‚Zivilgesellschaft‘, wie man sie sich erträumt hat. Es gibt nicht einmal die Garantie für die nationale Einheit, d. h. der Staat selbst ist in Gefahr, seine integrierende Kraft zu verlieren. Dies ist ein schwerer Rückfall in die Entwicklungskrise der Nationen- und Staatenbildung, die der westlichen Wohlfahrtsentwicklung lange vorausgingen (Offe 1991; zum Problem der ‚stateness‘ vgl. Linz/Stepan 1992). So könnte also die ‚Zivilisation der Transformationsgesellschaften‘ für lange Zeit durch Partikularismus und Exklusiven gekennzeichnet sein, die zwar die nachholende Modernisierung nicht unmöglich machen, aber die Wohlfahrtsentwicklung stark verlangsamen." (Zapf 1994: 184)

Erklärungen zum Ursprung des Wohlfahrtsstaates

Lessenich (2008) differenziert mehrere Schulen, die den Ursprung des modernen Wohlfahrtsstaats erklären: funktionalistische, interessentheoretische, institutionalistische und kulturalistische Ansätze. Im Folgenden werden seine zentralen Ideen zu diesen Schulen präsentiert.

Funktionen. „Der Wohlfahrtsstaat erscheint hier als politische Reaktion auf veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten bzw. auf soziale Probleme und Verwerfungen, die sich im Zuge des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft einstellen. Dabei sind die sozioökonomischen Transformationen, die dem sozialstaatlichen Arrangement historisch zum Durchbruch verholfen haben sollen, wahlweise als Prozesse der Industrialisierung, der Modernisierung oder der Herausbildung einer kapitalistischen Gesellschaftsformation beschrieben und analysiert. In jedem der drei Fälle zeichnet sich die Erklärung jedoch durch ihren funktionalistischen Charakter aus: Der Wohlfahrtsstaat kam in die Welt, weil es seiner bedurfte. (Lessenich 2008: 486)

Interessen. „Interessen- bzw. konflikttheoretische Ansätze markieren die Abkehr von struktur- und systemfunktionalen und den Übergang zu akteursorientierten und politiksensibleren Erklärungsmustern des Wohlfahrtsstaats. Sie betonen die zentrale Rolle der Demokratisierung, also der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und/oder der Ausbreitung demokratischer Formen der Interessenorganisation, -repräsentation und -vermittlung für sozialstaatliche Institutionalisierungsprozesse. Dieser Interpretation zufolge war es die Mobilisierung der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft, die der Ausweitung staatlicher Lohnarbeitsregulierung und öffentlicher Daseinsvorsorge historisch zum Durchbruch verholfen hat. Alle unter das Interessen-Paradigma zu subsumierenden Erklärungen vertreten eine Variante der ‚Politics matters‘-These: Es sind wahlweise die im politischen Willensbildungsprozess zum Ausdruck gebrachten und zur Geltung gelangten Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die am Beginn der sozialstaatlichen Entwicklung stehen; der starke Arm der Arbeiterklasse bzw. ‚sozialen Bewegung‘ (Heimann 1929), der das – jeweils nationale – Sozialrecht erkämpft; oder die Konfliktmuster und Koalitionsbildungen zwischen unterschiedlichen sozialen Status- bzw. Risikogruppen, die sich für die Errichtung und Ausgestaltung der modernen Wohlfahrtsarchitektur verantwortlich zeichnen. [...] Die konkrete Entwicklungsgeschichte nationaler Wohlfahrtsstaaten sei dann in erster Linie ein Effekt der Stärke der gewerkschafts- und parteipolitisch organisierten Arbeiterbewegung (und ihrer Gelegenheiten und Strategien der klassenpolitischen Koalitionsbildung mit agrarischen, kleinbürgerlichen oder mittelständischen Interessen) einerseits, des Organisationsgrads und der politischen Gegenmacht von Arbeitgeberverbänden und bürgerlich-konservativen Parteien andererseits.“ (Lessenich 2008: 488)

Institutionen. „Institutionalistische Ansätze gehen davon aus, dass die Akteure im Feld der Sozialpolitik, sein dies nun soziale Bewegungen oder Eliten, Klassen oder Parteien, immer schon im Rahmen institutioneller Kontexte handeln, d.ha. in einer auf bestimmte Weise gesellschaftlich ‚eingerrichteten‘ Welt (vgl. Polanyi 1957). Dieses Handeln führt selbst wiederum zu Institutionenbildungen bzw. –umbildungen (neuen oder veränderten gesellschaftlichen ‚Einrichtungen‘), die ihrerseits neuartige Kontextbedingungen für das soziale Handeln darstellen (vgl. Giddens 1984). So wie die Erfüllung gesellschaftlicher Funktionserfordernisse nur von realen sozialen Akteuren vollzogen (oder verweigert) werden kann, so lassen sich deren (reproduktiv oder transformativ gearteten) Aktivitäten sinnvoll nur als gesellschaftlich ‚eingebettetes‘, institutionell gerahmtes Handeln denken.“ (Lessenich 2008: 489)

„In den Fokus gerät somit die ‚polity‘-Dimension der Politik: die besonderen Merkmale und historischen Wurzeln moderner Staatlichkeit, die administrativen Strukturen und Organisationskapazitäten des Staates, seine Funktion und Qualität auch als mächtige, selbstinteressierte und eigenlogisch

operierende Partei im Prozess der politischen Gestaltung von Gesellschaft. Es sind die staatlichen Funktions- und Positionseliten, die hier wesentlich für die Erklärung der wohlfahrtsstaatlichen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte in Anspruch genommen werden: Die Einführung und der Ausbau sozialpolitischer Einrichtungen und Programme diente demnach nicht zuletzt der Durchsetzung, Stabilisierung und Ausweitung staatlicher bzw. staatspolitischer Machtansprüche. Generell wird man in diesem Sinne sagen können, dass die Zentralisierung, Bürokratisierung und Professionalisierung der Staatsadministration eine entscheidende Voraussetzung (zugleich aber auch ein wesentlicher Effekt) sozialpolitischer Aufgabenübernahme und Funktionserfüllung seitens der öffentlichen Hand gewesen ist.“ (Lessenich 2008: 490)

Ideen. „Für Esping-Andersen sind es unterschiedliche – genauer: konkurrierende – normative politische Philosophien, die hinter der historischen Ausprägung eines ‚liberalen‘, ‚konservativen‘ und ‚sozialdemokratischen‘ Typus moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit stehen. Im Streit politischer Parteien und Positionen um den Wohlfahrtsstaat, dessen Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen, ging es demnach nicht allein (und nicht einmal vorrangig) um rein quantitative Fragen von, ‚mehr‘ oder, ‚weniger‘ Sozialpolitik, eines höheren oder niedrigeren öffentlichen Sozialhaushalts. Vielmehr kämpften die historisch relevanten Akteure, vorder- oder hintergründig, für die Realisierung je spezifischer sozialpolitischer Ordnungsideen, für die politische Umsetzung je eigener Vorstellungen von der Gestaltung der Gesellschaft: für (mehr) Freiheit, Gleichheit oder Sicherheit, für (oder eben gegen) Ideen wie die gesellschaftliche Herrschaft marktförmiger Allokationsmechanismen, die politische Aufrechterhaltung sozialer Statushierarchien oder die soziale Emanzipation und Autonomie des Individuums. [...] Auf die soziale Handlungswirksamkeit von Ideen hat nachhaltig Max Weber in seinem berühmten ‚Weichensteller-Zitat‘ hingewiesen. Sicher: Ideen allein verändern nicht die Welt, sie bedürfen dazu des – in der Weberschen Terminologie – wertbezogenen Handelns von zugleich und womöglich sogar primär interessen geleiteten Akteuren: ‚Ideen sind interessenbezogen, sie konkretisieren sich an Interessenlagen und erhalten durch diese Deutungsmacht‘ (Lepsius 1990:7). Anders ausgedrückt: Es ist schwer vorstellbar, dass irgendein politischer Akteur historisch für eine *Idee an sich* gekämpft haben sollte; der sozialpolitische Kampf für die Freiheit (Gleichheit, Sicherheit usw.) ist kein bloß ideelles Unterfangen, sondern immer auch interessenbestimmt. Aber umgekehrt gilt, dass Interessen in der realen sozialen Welt ebenso wenig *als solche*, gewissermaßen in reiner Form, durchgesetzt werden können: ‚Interessen sind ideenbezogen, sie bedürfen eines Wertbezuges für die Formulierung ihrer Ziele und für die Rechtfertigung der Mittel, mit denen dieses Ziele verfolgt werden‘ (ebd.). Jedenfalls in repräsentativ-demokratischen politischen Systemen gilt es, Machtinteressen mit einem Wertbezug auszustatten: Dann dient politisches Machtstreben und Herrschaftskalkül eben (auch und wahlweise) der Garantie politischer Stabilität, der Gewährleistung der Marktfreiheit, der Herstellung sozialer Gerechtigkeit oder der Durchsetzung irgendeiner anderen ‚Wertidee‘. [...] In Webers klassischen Worten: ‚Interessen (materielle und ideelle), nicht Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber die ‚Weltwilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte‘ (Weber 1915: 252).“ (Lessenich 2008: 491)

Modelle der Wohlfahrtsgesellschaften

Die Wohlfahrts- oder Sozialstaaten werden durch ihre Sozialpolitik als solche definiert, die Unterschiede in den entwickelten Ländern aufweist, seien es angelsächsische Länder, nordische Länder, katholische Länder des Südens, asiatische Länder, um nur einige Beispiele zu benennen. Diese Unterschiede hängen mit der politischen Geschichte jedes Landes zusammen, den Ideologien, die die Macht habenden politischen Parteien definieren, der sozialen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Struktur sowie dem internationalen Kontext.

Vereinigte Staaten: Leggewie (1996: 155) stellt den Wohlfahrtsstaat der Vereinigten Staaten dar und erklärt dessen Unterschiede im Vergleich mit dem europäischen System.

Die Vereinigten Staaten haben unter allen reichen Industriegesellschaften traditionell die größte Ungleichheit in der Vermögensverteilung und lassen zugleich die geringste staatliche Intervention zur Behebung dieses Zustands zu. An den amerikanischen *welfare state* darf man folglich nicht einfach europäische Maßstäbe anlegen. Dass Amerika „anders“ ist, zeigt sich besonders daran, dass zehn Tage Urlaub die Regel, Kindergeld, Pflichtversicherung und vieles andere hingegen Fremdwörter sind.

Soziale Sicherheit basiert in den Vereinigten Staaten weiterhin mehr auf privater Philanthropie und Selbsthilfe, wodurch der Anteil der Sozialausgaben der öffentlichen Haushalte wie beispielsweise am Bruttosozialprodukt beträchtlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt. Um diesen Unterschied zu verstehen, muss man die Besonderheit der amerikanischen Nation in Erinnerung rufen, die als Einwanderergesellschaft egalitärer und heterogener gebaut war als das alte Europa. Umverteilung, die Grundidee der europäischen Sozialpolitik, spiegelt alte feudale Standeshierarchien wieder, die man mittels redistributiver Staatseingriffe ausgleichen konnte. In den USA herrscht eine andere Staatsphilosophie, die individuelle Leistungen und Verdienste prämiert und jeder zentralen Autorität und Patronage misstraut. Daher rührt die in europäischen Augen engesuldige Hinnahme niedriger Löhne und extremer Vermögensunterschiede.

Das Leitmotiv der Sozialpolitik ist folglich nicht „equality of outcome“, sondern einzig „equality of opportunity“, die Gleichheit der Ausgangschancen. Umfragen diesseits und jenseits des Atlantiks während der letzten 30 Jahre zeigen, dass Europäer (und Kanadier) die Ursachen für soziale Disparitäten weit stärker systemischen Faktoren (zu schlechtes Ausbildungsangebot, zu niedrige Löhne, mangelndes Angebot an Jobs oder Rassendiskriminierung) anlasten, während US-Amerikaner individuelle Mängel (fehlendes Talent oder Fähigkeiten, zu geringe Initiative und Anstrengung des Einzelnen, schlechte Arbeitsmoral von Minderheiten, usw.) dafür geltend machen. Und während Amerikaner individuell-politische Rechte und Bürgerrechte akzentuiert haben, streben Europäer weit stärker soziale Bürgerrechte und kollektive Regelungen an.

Durchschnittsamerikaner haben mittlerweile mehr „sozialdemokratisches“ Bewusstsein und die Höhe der Bundesaussgaben hat sich in diesem Jahrhundert ständig erhöht und von den 1960er Jahren bis heute glatt verdoppelt. Hauptziel des konservativen Restaurationsprojekts ist die Korrektur dieser „unamerikanischen“ Entwicklung und die Wiederherstellung der alten, „natürlichen“ Proportionen und der ihnen zugrunde liegenden „Selbst ist der Mann“-Mentalität.

Der in Angriff genommene Abbau des Wohlfahrtsstaates hat drei Stoßrichtungen: die Stärkung des Marktes gegenüber dem Staat (Deregulierung), das Primat individueller Initiativen vor kollektiven Regelungen (Individualismus) und dort, wo ein Minimum öffentlicher Sozialausgaben unumgänglich ist, den Vorrang der Gebietskörperschaften und Einzelstaaten vor dem Bundesstaat (Dezentralisierung). Individuelle Rechte sollten nur im Austausch gegen soziale Verpflichtungen bestehen. Das hieße zum Beispiel: Beschäftigungslose erhalten Schecks nicht ohne (Bereitschaft zur) Gegenleistung in Form von Arbeit und Wohlfahrtsempfänger, die als Kriminelle oder Drogenkonsumenten auffallen, verirken ihren Anspruch auf Unterstützung. Ferner sollen Sozialtransfers zeitlich limitiert werden, also nicht dauerhafte Existenzgrundlage werden – eine „zweite Chance“ und kein *way of life*.

Die Zahl der Sozialhilfeklienten ist seit 1993 rückläufig und die an sie gezahlten Leistungen stehen in keinem Verhältnis zu den weit teureren *entitlements* der Mittelschicht, zu den Subventionen für

Großkonzerne und zu den Steuernachlässen für Großverdiener. Die Bekämpfung der Armut ist keine nationale Aufgabe und Priorität mehr.

Das Ergebnis dieser minimalistischen Sozialpolitik produziert in den Vereinigten Staaten unsichere Städte, endemische Ungleichheit und Ungerechtigkeit, d. h. eine „Lateinamerikanisierung“ der Gesellschaft.

Frankreich: Dick Howard (1996: 171-185) seinerseits präsentiert eine Beschreibung des französischen Wohlfahrtsstaats. Er stellt fest, dass wie überall in Westeuropa auch in Frankreich der Staat vor dem großen Problem steht, sein großzügiges System der sozialen Sicherheit aufrechtzuerhalten, steigende Kosten im Gesundheitswesen zu finanzieren und Arbeit für die Bevölkerung zu schaffen, dabei aber gleichzeitig das wachsende Haushaltsdefizit zu beschränken und staatliche Betriebe wie Post und Telekommunikation zu privatisieren, um den Auflagen der Europäischen Union zu genügen. Die Schwierigkeiten des Sozialstaats sind struktureller Art.

Am 15. November 1995 gab der Premierminister Juppé seinen Plan zur Reform der Sozialversicherungen und des Gesundheitswesens bekannt. Sofort begannen die Streiks, die das Land im November und Dezember mehr als drei Wochen lang lähmten und die Regierung zum Einlenken zwangen. Einige Kommentatoren behaupteten, Frankreich befinde sich in den „ersten Streiks gegen die Globalisierung“.

Die moderne französische Geschichte begann 1789, als die Revolution die Macht im Staat ergriff und die Menschen- und Bürgerrechte ausgerufen wurden. Im Gegensatz zur amerikanischen Revolution, in der die Rechte des Individuums über und gegen die Regierung gestellt sind, gewannen die Franzosen ihre Rechte, indem sie die Staatsmacht dazu benutzten, die Privilegien des Adels zu überwinden. Daraus erklärt sich die paradoxe Form des französischen Egalitarismus: Er beruht auf der Ablehnung jeder Art von Privileg und geht davon aus, dass der Staat eingreift, um jede Form von Willkür zu verhindern. Der Staat ist beauftragt, die Rechte des Individuums zu sichern. Diese Rechte werden also öffentlich bestätigt und verteidigt. Rechte in Frankreich sind, im Gegensatz zur anglo-amerikanischen Tradition, politisch. Sie beruhen nicht – ohne Burke zu nahe treten zu wollen – auf einer vopolitischen Abstraktion namens „Mensch“. Politische Rechte müssen erkämpft werden und sie müssen geschützt werden.

Die Franzosen erwidern darauf, dass staatliches Handeln den Einzelnen vor der Ausbeutung durch den Privilegierten (z. B. den Kapitalisten) schütze. Im staatlichen Handeln liege weniger Bedrohung als in partikulärer Willkür (z. B. der meines Arbeitgebers), weil es universell ist und jeden betrifft. Die Amerikaner glauben, das Individuum könne durch rechtlich bindende Verträge geschützt werden, die im gegenseitigen Einverständnis zwischen Einzelpersonen geschlossen werden, und die Aufgabe des Staats sei lediglich, für die Einhaltung solcher Verträge zu sorgen. Das Ergebnis ist nicht bloß eine prozesssüchtige Gesellschaft, in der die Rechte des Einzelnen in letzter Instanz von gerichtlichen Entscheidungen abhängen, (die möglicherweise Verträge zwischen ungleichen Partnern für gültig erklären). Diese Auffassung der privaten Rechte tendiert dazu, antipolitisch zu sein.

Die französische Form der politischen Rechte bedarf jedoch einer weiteren Stufe. Der Gedanke eines *service publique* wird eingeführt, um auf zweifache Weise zu garantieren, dass das Verhältnis des Staates zum Einzelnen allgemein und gleich ist. Zum einen umfasst der *service publique* öffentliche Bedienstete, deren Verpflichtung auf das Gemeinwohl durch verschiedene Mechanismen gesichert ist. Dazu gehören das meritokratische Auswahlverfahren, die Arbeitsplatzgarantie und die Ausführung der Aufgaben der *services publique* auf rational-bürokratische Weise gemäß den Gesetzen, die von den Vertretern des gesamten Volkes erlassen werden. Zum anderen umfasst der *service publique* die Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die alle Bürger angehen. Vereinfacht

heißt das, dass es Bereiche der „öffentlichen Versorgung“ gibt, deren Verwaltung dem Staat obliegt. So gesehen ist der *service publique* die Vollendung des republikanischen Systems in Frankreich, wie es sich seit den revolutionären Anfängen entwickelt hat.

Die sozialistische Regierung unter Michel Rocard war mit ihrem Recht auf ein staatliches Minimal-einkommen einen Schritt weiter gegangen – schon der Name des RMI (revenu minimum d'insertion; Minimaleinkommen zur sozialen Einbindung) deutet auf den Kern des Problems. Für die französische republikanische Tradition stellen die *exclus*, die Ausgeschlossenen, eine Herausforderung dar, die weit darüber hinausgeht, sie vor Hunger und Not zu bewahren: Es geht darum, dass jeder Bürger ein Recht darauf hat, der Gesellschaft als anerkanntes Mitglied anzugehören. Wenn sich die Ausgeschlossenen nicht mehr als vollwertige Bürger fühlen, werden sie zu einer Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt der Republik.

In der Tradition von 1789 behauptete eine streikende Gesellschaft die Souveränität der Nation gegenüber den politischen Eliten, die sich ihr entfremdet hatten. Es scheint, als sei der „erste Streik gegen die Globalisierung“ der letzte einer vergangenen Epoche der souveränen Nationalstaaten gewesen. Aber wir haben die Gefahr allzu großer Vereinfachung bereits gesehen. Die Gesellschaft kann den Staat nicht einfach ersetzen.

Japan-Deutschland: Nach Joschka Fischer (1996: 89-112) steht dem angelsächsischen Modell des Kapitalismus das Modell des deutsch-japanischen, des „rheinischen Kapitalismus“ gegenüber, wie Michel Albert es nennt, dessen eigentliches Ziel die soziale Integration der Gesellschaft ist. Dieser korporatistisch organisierte und sozialstaatlich verfasste Kapitalismus ist politisch und sozial in hohem Maße konsensorientiert, baut auf eine starke, wirtschaftlich und sozial gestaltende Rolle des Staates und setzt an die Stelle der gesellschaftlichen Konfrontation den Klassenausgleich in Gestalt von „Sozialpartnerschaft“ mit starken Gewerkschaften, die dadurch nicht nur den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet sind, sondern auch den Interessen der Unternehmen und der gesamten Volkswirtschaft. Dieses Modell, das man mit William Pfaff auch einen „sozialen Kapitalismus“ nennen könnte, gerät gegenwärtig massiv in die Krise und unter Druck.

Wohlfahrtsstaat als Sicherheit und Sozialintegration

Nach Ferge (1996: 62-80) hat der Wohlfahrts- oder Sozialstaat immer seine Gegner gehabt. Bis vor einigen Jahren richtete sich die Kritik des Wohlfahrtsstaates hauptsächlich gegen die angeblich negativen Auswirkungen der Sozialpolitik auf die Wirtschaft. Die Behauptungen sind: erstens, dass die paternalistische Fürsorge des Staates die Moral untergrabe und die Menschen ihrer Unabhängigkeit beraube; zweitens, die Verselbstständigung des Sozialstaats führe zur Herausbildung einer starren, undemokratischen Bürokratie, die die freie Entscheidung der Bürger unterbindet und Dienstleistungen entpersonalisiert; die Administration werde zum Selbstzweck, sie interessiere sich mehr für das Wohl ihrer eigenen Beamten als für das der Klienten. Und neuerdings ist das Argument hinzugekommen, dass Sicherheit mit demokratischer Freiheit unvereinbar sei.

Nach Ferge kommen die Kritiken, die sich auf Wirtschaftsargumente stützen, vom Neoliberalismus, der ein Minimum an Staat und ein Maximum an individueller Verantwortung sowie marktwirtschaftliche Lösungen sucht. Die Kritiken, die sich auf moralische Argumente stützen, sind Ideologien, die sich rational nicht widerlegen lassen.

Was das Argument betrifft, dass die Sicherheit die Freiheit einschränkt, definiert Ferge die Freiheit vor allem als die Abwesenheit von Sorgen und Ängsten, die sich auf unsere biologische Natur beziehen, die man essenzielle nennen könnte, und jenen existenziellen, die unserer sozialen Verfasstheit entspringen. Existenzielle Sicherheit mindert nicht nur die Angst vor Arbeitslosigkeit,

Krankheit und Alter, sondern bedeutet auch, dass man nicht ständig die existenziellen Zwänge des Augenblicks berücksichtigen muss – etwa bei der Wahl des Arbeitsplatzes, der Schule, der Wohnung oder der nächsten Mahlzeit. Existenzielle Sicherheit erlaubt auch, für Kinder den unter den gegebenen Bedingungen bestmöglichen Lebensweg vor auszuplanen. Durch die Möglichkeit, Lebensstil und Lebensweg selbst zu gestalten, wird die Autonomie der Individuen und der Familien gestärkt. Existenzielle Sicherheit – Sicherheit des Einkommens, der Wohnverhältnisse, der Gesundheitsvorsorge – fördert zweifellos Freiheit und Autonomie.

Wie jemand die positiven und negativen Seiten der existenziellen Sicherheit letztlich bewertet, hängt davon ab, für welche Werte er sich aufgrund seiner individuellen Situation und politischen Einstellung entscheidet. Letzten Endes geht es um die grundsätzliche Haltung zur Solidarität, zur sozialen Integration, zu den Folgen sozialer Polarisierung und Marginalisierung und um die Achtung vor der Würde und der Autonomie des Anderen.

Laut Joan Tronto (1996: 142-153) ist die wichtige Frage, die zu Themen des Wohlfahrtsstaates gestellt werden muss: „Welche menschlichen Bedürfnisse sollten wir als eine anständige und fürsorgliche Gesellschaft befriedigen?“ Sie plädiert für eine feministische Fürsorgeethik (*care ethic*), die aufmerksam gegenüber der tatsächlichen Aktivität der Fürsorge und Zuwendung ist und zu einem anderen Ausgangspunkt führt, um über Wohlfahrtspolitik nachzudenken. Sie kritisiert die Perspektive, die Staat als Versorger, als Anbieter wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen und den Staatsbürger als Klienten oder Konsumenten dieser Dienstleistungen begreift, und sie setzt sich für eine Debatte über eine Analyse unserer tatsächlichen Bedürfnisse als Menschen sowie für einen neuen Rahmen für das Verständnis des gesellschaftlichen und politischen Lebens ein. Einen solchen Rahmen bietet nach ihr die Fürsorgeethik.

„Fürsorglichkeit ist eine Tätigkeit der menschlichen Gattung, die alles beinhaltet, was wir unternehmen, um unsere Welt zu erhalten, sie fortbestehen zu lassen und sie wiederherzustellen, so daß wir in ihr so gut wie möglich leben können. Diese Welt umfaßt unseren Körper, unser Selbst und unsere Umwelt, die wir allesamt in ein komplexes und lebenserhaltendes Netz zu verweben suchen.“ (Tronto 1996: 147)

Die Fragen, die sich aus Elementen des Fürsorglichkeitsbegriffs ergeben, sind nach Tronto:

1. **Aufmerksamkeit:** Welche und wie viel Zuwendung ist notwendig? Welche Formen der Zuwendung gibt es und wie angemessen sind sie? Wer artikuliert die Bedürfnisse und wer stellt fest, welche Probleme wie behandelt werden sollen?
2. **Verantwortung:** Wer sollte dafür verantwortlich sein, die bestehenden Bedürfnisse an Zuwendung zu befriedigen? Wie kann und wie sollte so eine Verantwortlichkeit fixiert werden? Warum?
3. **Kompetenz:** Wer sind eigentlich die, die sich anderen zuwenden? Wie gut erledigen sie ihre Arbeit? Welche Konflikte gibt es zwischen ihnen und den Empfängern der Fürsorglichkeit? Auf welche Ressourcen müssen sie zurückgreifen können, um auf kompetente Weise fürsorglich sein zu können?
4. **Angemessenheit:** Wie reagieren die Empfänger auf die Zuwendung, die ihnen zuteilwird? Inwieweit befriedigt der Fürsorglichkeitsprozess, so wie er ist, ihre Bedürfnisse? Wer löst die Konflikte, wenn die Bedürfnisse einander widersprechen?

Tronto definiert die feministische Fürsorgeethik die Bürgerin nicht als Verbraucherin, sondern als Handelnde, und unterstreicht damit die Bedeutung von Fürsorglichkeit sowie die Notwendigkeit zur Revision des Modells, mit welchem der Staat für die Bereitstellung gleicher Bedingungen für menschliches Wohlergehen sorgt.

„Fürsorglichkeit heißt, Bedürfnisse zu befriedigen, und da wir häufig die Bedürfnisse anderer befriedigen müssen, ist dem Fürsorglichkeitsprozess ein Ungleichgewicht inhärent. Wir können unsere Fürsorglichkeit dahin lenken dieses Ungleichgewicht zu korrigieren oder aber es zu perpetuieren. Wenn Autonomie, Reziprozität und Gleichheit Ziele der Fürsorglichkeit sind, dann kann Fürsorge in ganz besonderer Weise unsere Fähigkeiten verbessern, demokratisch zu leben.“ (Tronto 1996: 152)

Einen ähnlichen Standpunkt wie diese feministische Fürsorgeethik vertritt Manfred Max-Neef (Max-Neef et al. 1996) in seinem Konzept der Entwicklung auf menschlicher Ebene, das an der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse orientiert ist und dessen Hauptforderung darin besteht, dass Entwicklung auf Personen und nicht auf Objekte zu beziehen ist.

Nach dieser Auffassung ist der beste Entwicklungsprozess derjenige, der die Lebensqualität der Personen erhöht, wobei diese Lebensqualität von den Möglichkeiten abhängig ist, die die Personen haben, um ihre fundamentalen menschlichen Bedürfnisse angemessen zu befriedigen.

Laut Max-Neef sind die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse in allen Kulturen und in allen historischen Epochen die Gleichen. Sie sind begrenzt, wenig und klassifizierbar. Was sich nach ihm mit der Zeit und in den Kulturen verändert, sind die Arten und Weisen bzw. die benutzten Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse.

Max-Neef entwickelte eine komplexe und komplette Matrix an Bedürfnissen und Befriedigern, in der die Bedürfnisse einerseits nach existenziellen Kategorien des Seins, Habens, Machens und Befindens und andererseits nach axiologischen Kategorien des Unterhalts, Schutzes, Zuneigung, Verstehens, Teilnahme, Freizeit, Gestaltung, Identität und Freiheit klassifiziert werden. Nach ihm kann jede Person oder Gruppe ihr Leben entsprechend ihrer Kultur, ihrer Zeit, ihrem Ort oder ihren Gegebenheiten bzw. ihren Begrenzungen oder Wünschen einrichten und ausfüllen.

Das Gemeinsame an den beiden Vorstellungen, der von Tronto und der von Max-Neef, ist, dass die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse im Zentrum der Aktion des Staates und seiner Entwicklungsziele steht. In dieser Bedeutung wird die Entwicklung nicht mit abstrakten philosophischen Konzepten definiert, wie der Freiheit, wie Sen (2002) es tut, oder der Gleichheit, sondern durch Wohlbefinden, d. h. Entwicklung als Wohlsein.

Diese Überlegung zur Wohlfahrt ist nicht nur westlich, vielmehr haben auch die indigenen amerikanischen Kulturen ein komplexes Konzept entwickelt, das sie z. B. sogar in die ecuadorianische Verfassung integrieren konnten. *Sumak Kawsay* wird mit „gutes Leben“ oder „gut leben“ übersetzt, obwohl es in Wirklichkeit viel weitreichender ist als das, es ist ein Lebenssystem.

„...in der Andenphilosophie ist *Sumak Kawsay* ein Lebenssystem, das die Harmonie der Natur ermöglicht. Die Natur ist alles, was uns umgibt, und alles, was um uns ist, ist lebendig. Der Mensch ist in diesem Sinne Teil der Natur. Folglich ist *Sumak Kawsay* eine Art Weltanschauung, die zu einer Lebensform führt und von gewissen Prinzipien geleitet wird.“ (Llasag 2009: 114)

Die Prinzipien des *Sumak Kawsay* werden von Llasag beschrieben:

Relationalität von allem oder holistisches Prinzip: Alles ist miteinander verknüpft, verbunden, eingeschlossen. In dieser Andenphilosophie ist die Relationalität alles andere als nur logisch, sie ist sui generis, was eine große Reihe von nicht-logischen Ideen nach sich zieht: Reziprozität, Komplementarität und Korrespondenz in affektiven, ökologischen, ethischen und produktiven Aspekten, die gleichzeitig als abgeleitete oder sekundäre Prinzipien auftreten.

Korrespondenz: Die verschiedenen Aspekte, Regionen oder Bereiche der Realität entsprechen sich auf harmonische Art und Weise.

Komplementarität: Keine Einheit, keinerlei Aktion existiert für sich allein auf individuelle Art, sondern immer nur zusammen mit ihrer spezifischen Ergänzung. Diese Ergänzung ist das, was ein Element "vollständig" oder "komplett macht". Das menschliche Wesen beispielsweise ist kein autonomes und getrenntes Individuum, weil es getrennt nichts bzw. unvollständig ist und erst in der Familie, in der Gemeinschaft oder in anderen Ergänzungen seine Vollständigkeit erreicht.

Dieses Prinzip betont auch die Einschließung der ergänzenden Gegenteile in einer kompletten und integrierten Einheit: Himmel und Erde, Sonne und Mond, hell und dunkel, Wahrheit und Falschheit, Tag und Nacht, gut und schlecht, männlich und weiblich. Für die Andenmenschen sind dies keine ausschließenden Gegenteile, sondern notwendige Ergänzungen zur Bestätigung einer höheren und integralen Einheit.

Reziprozität: Zu jeder Handlung gehört als ergänzender Beitrag eine reziproke Handlung. Es handelt sich um eine Gerechtigkeit des Güter-, Gefühls-, Personenaustausches und sogar des Austauschs von religiösen Werten, was offensichtlich das Gemeinschaftsleben stärkt. Die Reziprozität ist als eine Beziehungsregelung eine kosmische Kategorie und keine ökonomische.

Das Sumak Kawsay ist ein Lebenssystem, das als eine Gesamtheit von Prinzipien, Normen oder Regeln verstanden wird, das ein ökonomisches, soziales, politisches Gesellschaftsmodell ermöglicht. Das Sumak Kawsay erfordert eine grundlegende soziale Organisationsform, eine Gemeinschaft und eine politische Organisationsform, die als Hauptinstitution die Vollversammlung hat, in der alle Mitglieder der Gemeinschaft teilnehmen. Die Entscheidungen werden durch Konsens getroffen. Die Obrigkeiten sind im Allgemeinen die Älteren bzw. Alten, die Ehrlichkeit, Fähigkeit und uneigennützig Arbeit gezeigt haben. Diese Obrigkeiten erfüllen die Funktionen, mit denen die Vollversammlung sie beauftragt, der sie wiederum Rechenschaft von ihren Handlungen ablegen. Die Aktivität der Gemeinschaftsobrigkeiten ist unbezahlt. Das ökonomische Modell des Sumak Kawsay basiert nur auf der Befriedigung der Lebensnotwendigkeiten, um so ein Ungleichgewicht der Natur zu verhindern.

Lateinamerika besitzt offenbar eine Kosmologie, die statt als "traditionell" oder verzögert gesehen zu werden, als Alternative bei der Definition dessen dienen könnte oder dient, was der Staat sein sollte, wie es in Ecuador geschieht.

Wohlfahrtsproduktion – Wohlbefinden – Lebensqualität

Die Sicht der Wohlfahrt als Befriedigung der Bedürfnisse, die, wie die Definitionen von Max-Neef und Tronto gezeigt haben, nicht nur objektive oder materielle Notwendigkeiten sind, sondern affektive oder subjektive, führt uns zum Konzept der Lebensqualität und des Nachdenkens über die Verantwortung bei ihrer Herstellung.

Obgleich der Staat und der Markt eine wichtige Rolle bei der Herstellung der Wohlfahrt spielt, wird in der Theorie der Wohlfahrtsproduktion von Zapf eine Perspektive aufgezeigt, in der es nicht nur

private und öffentliche Güter gibt, sondern auch die Einbindung des Einzelnen in Organisationen und Assoziationen beleuchtet wird, die kollektive Güter als Ressourcen bereitstellen. Auch die Einbindung des Einzelnen in Familie, Haushalt und andere Primärgruppen zählt hierzu; man kann an dieser Stelle von der Herstellung personaler Güter sprechen. Auf konkreterer Ebene geht es um Komplementarität und Substitution von privaten, öffentlichen, kollektiven und personalen Gütern, um den „Wohlfahrtsmix“ und schließlich – als Endprodukt – um die *individuelle Wohlfahrt* als Konstellation von objektiven Lebensbedingungen *und* subjektivem Wohlbefinden.

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden sind nach Habisch (1996) die beiden Dimensionen für individuelle Wohlfahrt, die nach dessen Konzept beispielsweise als „allgemeine Lebenszufriedenheit“ operationalisiert werden können.

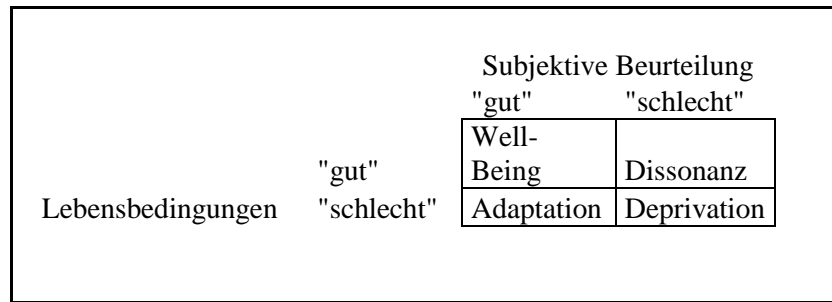
Zum Thema Messung der objektiven Wohlfahrt existieren Auseinandersetzungen und Traditionen, die mit der Geschichte der Gesellschaften zusammenhängen. „Die Subjektivisten in der Tradition der angelsächsischen `Mental Health- und Happiness-Forschung´ wollten ausschließlich die Befragten selbst zum Schiedsrichter ihrer Wohlfahrt machen: `Lebensqualität muß letztenendes von den Betroffenen wahrgenommen werden´.“ (Campbell 1972: 442).

„Die Objektivisten in der Tradition der skandinavischen Level-of-Living-Forschung bestanden darauf, den objektiven Lebensbedingungen die Priorität zu geben. Dabei wurde das Konzept der Lebensbedingungen z. B. um sozialstrukturelle Zugangschancen und verwertbare Kompetenzen erweitert. Der Grundgedanke war, daß nur die Lebensbedingungen politisch gestaltbar und langfristig zu verbessern sind, nicht aber das Wohlbefinden des Einzelnen. Die Politik soll sich um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen kümmern und ihnen ihr Glück selber überlassen. Gegen diese Position wurde dann aber mit Recht geltend gemacht, daß `Stimmungen´, ` Hoffnungen und Ängste´ und das allgemeine `Meinungsklima´ soziale Tatsachen *eigener* Art sind, die durchaus als Determinanten, Grenzen und Schwellen für politische Interventionen wirksam werden. Inzwischen herrscht weitgehende Einigkeit darüber, daß Wohlfahrt oder Lebensqualität sowohl auf den objektiven Lebensbedingungen wie auf ihrer subjektiven Wahrnehmung und Bewertung beruht (vgl. Habich/Noll 1994).“ (Zapf 1996: 12)

Zapf bearbeitete das Konzept des Wohlfahrtsstaats im Rahmen von zwei Theorien: der Theorie der Modernisierung und der der Produktion von Wohlfahrt. Die Ideen, die im Rahmen dieser beiden Theorien entwickelt wurden, waren Grundlage der Entwicklung der Sozialberichterstattung, die der Dauerbeobachtung des sozialen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung nachgeht. „Wohlfahrt ist dabei ein Oberbegriff, den man sich als Summe oder Konstellation von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden vorstellen kann. [...] Objektive Lebensbedingungen sind im Prinzip (von außen) beobachtbar, obwohl sie praktischerweise durch Befragungen erhoben werden. Das subjektive Wohlbefinden allerdings, Zufriedenheit und Unzufriedenheit, Glück und Einsamkeit, Ängste und Sorgen, kann grundsätzlich nur durch Befragung festgestellt werden.“ (Zapf 1996: 11)

Durch repräsentative Erhebungen mit standardisierten Instrumenten zur Erfassung subjektiver wie objektiver Indikatoren lassen sich dichotomisierte Dimensionen der Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens kombinieren, so dass als Ergebnis zu verschiedenen Lebensbereichen eine Vier-Felder-Tafel der Güte von Lebensqualität entsteht.

Abbildung Nr. 3 Statisches Modell der Wohlfahrtspositionen



Quelle: Habich/Zapf 1994:32.

Nach Zapf verdeutlicht die Abbildung dann die steigende Differenziertheit von Wohlfahrtsprozessen, wenn subjektive und objektive Veränderungen nicht gleichzeitig eintreten, sondern zeitlich verzögert. So gibt es offensichtlich auch eher ambivalente Wohlfahrtsentwicklungen, wenn z. B. objektive Verbesserungen mit subjektiven Verschlechterungen einhergehen. Mithilfe einer prospektiven Längsschnittdatenbasis können auch Fortschritte in der theoretischen Begründung einer mikroanalytischen Wohlfahrtsproduktion möglich werden. Die Längsschnittperspektive bezieht sich dabei nicht allein auf die historische Dimension von Zeit, sondern ermöglicht zugleich, die Dynamik von Wohlfahrt im biografischen Verlauf nachzuvollziehen. Weiterhin lassen sich Kumulationen anhand von Auf- wie Abstiegsprozessen analysieren, aber es können eben auch, um es extrem auszudrücken, Verharrungstendenzen sowohl in Wohlstand wie in Armut identifiziert werden und die damit einhergehenden sozio-ökonomischen Merkmale bestimmt werden.

Die Analyse sozialstruktureller Bewegungen eröffnet mit einem solchen methodischen Design eine Versachlichung der Diskussion, ob Mobilität eher ein Risiko oder eher eine Chance für die betroffenen Individuen darstellt.

„Unter Sozialstruktur kann man dabei auf der einfachsten Ebene die demographische Grundgliederung der Bevölkerung sowie ihre Gliederung bezüglich hochbewerteter, knapper Güter wie Erwerbspositionen, Einkommen, Prestige und Einfluß begreifen. Auf einer zweiten Ebene läßt sich die Sozialstruktur bestimmen als das System von sozialen Lagen und seinen gegenwärtigen Differenzierungstendenzen in Richtung auf eine Pluralisierung von sozialen Milieus, Lebensformen und Lebensstilen.“ (Zapf 1996: 29)

Ein solches analytisches Raster ist darüber hinaus in besonderer Weise geeignet, gesellschaftliche Transformationsprozesse zu analysieren und Erfolge sowie Fehlschläge der Entwicklungen aufzuzeigen.

Im Falle Kolumbiens interessiert es, die ambivalente Beziehung zu untersuchen, die zwischen der hohen Lebenszufriedenheit besteht, d. h. dem subjektiven "Glück" und den objektiven negativen oder unzureichenden Lebensbedingungen.

Krise und Perspektiven des Wohlfahrtsstaates

Die Finanzkrise des Jahres 2009 in den Vereinigten Staaten, deren Auswirkungen bald in Europa zu spüren waren, in Ländern wie Irland, Portugal, Griechenland und zurzeit in Spanien, Italien und wahrscheinlich Frankreich, weisen auf ein Strukturproblem bei der Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates hin. Viele dieser Länder bauen einfach das System des Sozialschutzes ab, das Jahre

und soziale Kämpfe gekostet hat. Die sich heute stellenden Fragen sind: Hat der Sozialstaat eine Zukunft? Und welche Perspektiven hat er?

Für Lessenich „Der moderne Wohlfahrtsstaat ein institutionelles Arrangement gesellschaftlicher Krisenbearbeitung – und er ist selbst Ausdruck und Symbol der institutionalisierten Krisenhaftigkeit moderner Gesellschaften. Was im ´golden age` wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweilig in den Hintergrund der Selbstwahrnehmung demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften gerückt war, drängt heute wieder mit Macht ins Zentrum ihrer soziologischen Beobachtung. Die spätindustriellen Ökonomien des Westens stehen gegenwärtig vor (bzw. stecken bereits mitten in) einer Krise, ‚des Sozialen‘, wie es im Zeichen der Prosperitätskonstellation der langen Nachkriegszeit durch den Wohlfahrtsstaat und dessen Wirken konstituiert und strukturiert worden ist.“ (Lessenich 2008: 494). Diese Krise des Sozialen beruht nach Lessenich auf zentralstrukturellen Konflikten: Der erste zentrale Konflikt ist durch strukturellen Arbeitsplatzmangel begründet, der Zweite betrifft das wohlfahrtsstaatliche Grenzregime, also die Frage der Grenzen von gesellschaftlicher Zugehörigkeit und sozialer Berechtigung der Ausländer.

Joschka Fischer weist auf Folgendes hin: „Die neokonservative Wirtschaftsrevolution hat die Frage nach der Produktivität einer demokratischen Marktgesellschaft aufgeworfen und verteilungspolitisch mit ihrem radikalen Individualismus beantwortet: Jeder sei fortan wieder seines eigenen Glückes Schmied, staatliche Daseinsvorsorge von Übel und der gesellschaftliche Reichtum gehöre den Erfolgreichen. Die neolinke oder besser die neue sozialreformerische Antwort ergibt sich aus der zweiten zentralen Frage, die die Entwicklung der demokratischen Marktgesellschaften des Westens aufwirft: Was hält eigentlich eine hochproduktive, extrem arbeitsteilige, individualisierte demokratische Gesellschaft friedlich zusammen? Exakt ist dies die „neue soziale Frage“ der westlichen Gesellschaften.“ (Fischer 1996: 90)

Die neue soziale Frage besteht nach Fischer in der drohenden sozialen Desintegration der modernen Marktgesellschaften. Sie vollzieht sich durch eine wachsende Individualisierung des Lebensstils, durch ausschließliche Leistungsorientierung und Höchstproduktivität, durch neue Massenmedien und Kommunikationsformen und durch die Durchkommerzialisierung der gesamten Lebenswelt der Menschen in den westlichen Industriegesellschaften. Und sie vollzieht sich auch durch die Ausgrenzung von Millionen abhängig Beschäftigten aus dieser Gesellschaft, durch den drohenden sozialen Abstieg in eine beständig wachsende Massenarbeitslosigkeit, durch Reallohnverluste, durch den Abbau sozialstaatlicher Sicherungen und durch wachsende Armut in den immer noch sehr reichen Gesellschaften des Westens.

Die Antwort auf diese Frage ist für Fischer klar: „Die volle gesellschaftliche Teilhabe eines jeden Individuums hängt in den demokratischen Gesellschaften des Westens an der Erwerbstätigkeit im Erwachsenenalter und an den staatlich garantierten sozialen Sicherheiten. Ein einigermaßen selbstbestimmtes Leben ist an Arbeit und das dadurch erzielte Einkommen und an die sozialstaatlich gewährleistete Sicherheit gebunden und Staat und Wirtschaft haben beides für die Mehrheit der Bevölkerung zu garantieren. Vermögen sie dies auf Dauer nicht oder für einen wachsenden Teil ihrer Bevölkerung immer weniger, so wird über kurz oder lang eine gefährliche Systemkrise unvermeidlich sein.“ (Fischer 1996: 91)

Wenn der Wohlfahrtsstaat, den die westlichen Gesellschaften kannten, wegen struktureller Probleme wie Arbeitslosigkeit und Konkurrenz anderer aufsteigender Regionen in Krise ist, wenn die Finanzkrise Länder wie Griechenland und Spanien dazu geführt hat, ihr System wegen fehlender Finanzierungsressourcen abzubauen, wenn in diesem Moment von der Lateinamerikanisierung der Vereinigten Staaten und der Brasilianisierung Europas gesprochen wird, welche Perspektiven hat dann Lateinamerika, wenn es voll in die neoliberale Reform eingestiegen ist, ohne das ökonomische

Problem gelöst zu haben, und wegen der Unfähigkeit, den Staat selbst zu finanzieren, immer mehr Auslandsschulden auf sich nimmt?

Wenn Europa seine derzeitigen Probleme nicht lösen kann, ist dann nicht der Moment gekommen, dass Lateinamerika seinen eigenen Weg geht und seine eigenen Lösungen der, von der Globalisierung produzierten, Probleme findet?

1.3.1.4 Massenkonsumgesellschaft

„In der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Massenkonsum ein spätes Stadium nach der Erreichung eines sich selbst erhaltenden Wachstums und nach der Entscheidung für eine breite Beteiligung der Bürger an diesem Wachstum (Rostow 1960). In der Doppelform von Wahlfreiheit und Absicherung sind Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat sozusagen die Outputs, die Erträge, die `process benefits´ von Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie, die in diesem Sinn als `Input, structure, stock´ begriffen werden können.“ (Zapf 1994: 181)

Der Güter- und Dienstleistungskonsum ist ein messbarer Indikator des Niveaus der Befriedigung der grundlegenden und nicht-grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung und stellt somit einen Bestandteil der Wohlfahrt dar, der direkt die Lebensbedingungen und -qualität beeinflusst.

Einer der Erfolge der modernen westlichen Länder ist die Teilhabe der gesamten Bevölkerung am Konsum, was man auch Demokratisierung des Konsums nennen könnte. Dieser trägt die Bezeichnung Massenkonsum, da er nicht auf bestimmte Eliten oder Stände wie im Feudalismus begrenzt ist, sondern der ganzen Bevölkerung zugänglich ist, besonders jener, die am untersten Ende der sozialen Skala steht.

Die Hauptkritik an dieser Institution, wie Zapf sie nennt, ist, dass der Konsum in den kapitalistischen Industriegesellschaften kein Mittel mehr ist, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern sich selbst zum Ziel geworden ist. Die Konsumgesellschaft, die prinzipiell als postmodern kritisiert wird, stellt die höchste Entfremdungsstufe der Individuen dar, die sich nicht dadurch bestimmen, was sie sind, sondern dadurch, was sie haben. Es sind Individuen, die von der Werbung und den Kommunikationsmedien manipuliert werden, die die kommerziellen Modelle zu Identitätsmodellen machen, die ihnen eindimensional mit dem Ziel dargeboten werden, zu konsumieren und damit das Funktionieren des ökonomischen Systems zu gewährleisten. Man könnte auch sagen, dass das Wirtschaftssystem einen utilitaristischen und manipulativen Gebrauch von den Grundbedürfnissen der Differenzierung und Anerkennung des Individuums macht.

Ein anderer derzeit kritizierter Aspekt der modernen Industriegesellschaft ist der des Hyperkonsums, verstanden als extremer Güter- und Dienstleistungskonsum, der keinen Bedürfnissen entspricht und die Verschwendungsgesellschaft hervorbringt, in der Kaufen und Wegwerfen Aktivitäten sind, die z. B. ausgeführt werden, ohne über deren Auswirkungen auf die Umwelt nachzudenken. Auch wird der Unterschied in den Konsumniveaus zwischen den Gesellschaften wie den Vereinigten Staaten und Afrika weder ethisch noch kritisch hinterfragt.

Der Konsum steht jedoch im Zentrum der derzeitigen Diskussion über die Entwicklung neuer Industrienächte wie China, Indien und Brasilien, deren Bevölkerungen die aktuellen Konsumniveaus der entwickelten Länder nicht erreichen können, weil es dazu einfach keine ausreichenden Ressourcen auf dem Planeten gibt. Das bedeutet, dass die Gesellschaften der entwickelten Länder notwendigerweise ihre Konsumniveaus reduzieren müssen, wenn ein größerer Ausgleich erreicht und vor allem der Planet erhalten werden soll.

In Zukunft muss überdacht werden, ob der Konsum nicht mehr zur Subjektivierung der Individuen und weniger zu ihrer Objektivierung beitragen sollte.

1.3.2 Dimensionen und Mechanismen der Modernisierung

Zapf unterscheidet zwei Konzepte: die Variationsdimensionen und die Mechanismen des sozialen Wandels bei der Modernisierung.

Die **Variationsdimensionen** in den modernen Gesellschaften sind: der Grad des politischen Zentralismus, die regionalen Unterschiede, der ethnisch-religiöse Konflikt, die Konkordanz der demokratischen Elemente, die Polarisierung der Klassen, der Grad der Wohlfahrt und die soziale Verflechtung, die die Marktwirtschaft aufzeigt sowie die internationale Position der betreffenden Gesellschaft.

Die **Mechanismen des sozialen Wandels** sind: Individualisierung, soziale Integration, die Wertbildung und die *Statusanhebung*.

Sowohl die Variationsdimensionen in den Modernisierungsniveaus so wie die Mechanismen des sozialen Wandels werden in dieser Arbeit für den Fall Kolumbiens untersucht.

Im Folgenden werden die Definition, die Charakteristiken und das Funktionieren der Mechanismen des sozialen Wandels wegen ihrer Bedeutung als Motoren der Modernisierungsprozesse präsentiert.

1.3.2.1 Individualisierung

Gemäß der Modernisierungstheorie von Zapf birgt Modernität aus der Sicht des Individuums zugleich Chancen wie Zwänge: steigende Individualisierung und Sicherheit, aber paradoxerweise auch Individualisierungsdruck und steigendes Sicherheitsbedürfnis.

Nach Zapf wird der Trend zunehmender Individualisierung in modernen Gesellschaften als Pluralisierung von „Lebensstilen“ interpretiert. Dieses Konzept wird in vielfältiger und experimenteller Weise benutzt, um neue oder neu in den Blick gekommene soziale Phänomene zu erfassen, die insbesondere zusammenhängen mit

- der Differenzierung von Lebensformen
- der gestiegenen Wahlfreiheit von Individuen und Haushalten in der Organisation ihres Alltags
- der reduzierten sozialen Kontrolle und der abnehmenden Verbindlichkeit von Traditionen
- der gestiegenen Selbstverantwortung und Entscheidungsnotwendigkeit
- der gestiegenen Mobilität und Lebenserwartung
- den gestiegenen materiellen und immateriellen Ressourcen der Individuen und Haushalte.

Lebensstil wird begriffen „als relativ stabiles Muster der Organisation des Alltags im Rahmen gegebener Lebenslagen, verfügbarer Ressourcen und getroffener Lebensplanung. Bestimmungsgründe der Lebensplanung sind Werteinstellungen und individuelle wie kollektive Lebenserfahrungen, Bestimmungsgründe der Ressourcen die vielfältigen Lebenschancen und -risiken. Die Lebenslage umfaßt die objektiven Lebensbedingungen sowie deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung. Lebensstile sind individuelle Gestaltungsleistungen (auf der Mikroebene) im Rahmen milieuspezifischer Wahlmöglichkeiten und Zwänge (mittlere Ebene) sowie gesamtgesellschaftlicher Niveaus und Erfahrungen (Makroebene).“ (Zapf 1987 b: 14)

Auf der empirischen Ebene gehören zu den wichtigsten Konstruktionselementen von Lebensstilen:

- die Familien- und Haushaltsstrukturen, insbesondere die Zusammensetzung der Haushalte und die Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder,
- die Muster des Konsums, insbesondere die Verwendung des nichtrestitutiven Einkommens,
- die Zeit- und Aktivitätsbudgets,
- die sozialen Beziehungen („Netzwerke“) der Haushalte und die Mitgliedschaften der Haushaltsangehörigen,
- die Wohnformen, Einrichtung und Ausstattung,
- die Werteinstellungen,
- die Lebensziele und Lebenspläne, z. B. Zeit- und Planungshorizonte.

Die These von der Pluralisierung der Lebensstile, die Zapf u.a. aufgestellt haben, beruht im wesentlichen auf folgenden Argumenten:

„Die Sozialstruktur unserer Gesellschaft differenziert sich sowohl auf der Makroebene der sozialen Schichtung als auch auf der Mikroebene der individuellen Lebensverläufe. Die soziale Schichtung war früher weitgehend durch den Berufsstatus und das Erwerbseinkommen des Haushaltsvorstands bestimmt. Zu dieser Schichtungslinie kommen heute mindestens drei weitere Schichtungslinien hinzu. Im Gefolge der Bildungsexpansion ergibt sich eine Differenzierung der Bildungsgänge und Ausbildungsabschlüsse, die nicht mehr automatisch mit bestimmten Berufsstatus verknüpft werden können. Im Gefolge der Expansion des Sozialstaates ergibt sich eine steigende Bedeutung der Transfereinkommen, die nicht nur die wesentlichen Einkommensquellen der Rentner und Pensionäre sind, sondern auch zusätzliche Einkommens- und Statusquelle für zahlreiche andere Gruppen. Im Gefolge des Zustroms von Gastarbeitern ergibt sich eine `Unterschichtung` der deutschen Bevölkerung, entstehen Ausländergettos in Wohnbereichen und Schulen, aber auch Ansätze zu multikulturellen Lebensformen. Diese Entwicklungen differenzieren Lebenslagen, Ressourcen und Lebensplanung und damit müssen neue Lebensstile als Ordnungsmuster ausgebildet werden.“ (Zapf 1987 b: 16)

Auch die individuellen Lebensverläufe differenzieren sich, diese Entwicklungen sind die zweite Quelle für die Differenzierung von Lebenslagen, Ressourcen und Lebensplanungen und damit Herausforderungen für die Ausbildung neuer Lebensstile.

Aufgrund dieser sozialstrukturellen Differenzierungen verlieren bisher vorherrschende Verhaltensmuster ihre Entlastungs- und Steuerungsfunktion. Immer mehr Menschen, immer mehr Familien und Haushalte finden sich in Lebensumständen, für die es keine klaren Verhaltensregelungen gibt. In mancher Hinsicht verringern sich dadurch traditionelle Konflikte und Spannungen. Die Wahlmöglichkeiten für die einzelnen Individuen und Haushalte steigen, und es entstehen neue Konflikte und neue Ungleichheiten.

Für Zapf hat der „Wertewandel“ sicher langfristige Ursachen, die im gestiegenen Wohlstand, in der säkularen Individualisierung und im damit konfligierenden Egalitarismus angelegt sind. Eine wesentliche Quelle des Wertewandels ist jedoch die skizzierte sozialstrukturelle Differenzierung, die neue Orientierungen und Kompetenzforderungen mit sich bringt. In diesem Sinn ist ein wesentlicher Teil des Wertewandels eine Wertedifferenzierung. Sie besteht darin, dass die früher dominanten Muster der Erwerbs- und Familiengeschichte durch zahlreiche neue Kombinationen ergänzt oder ersetzt werden.

In dieser Konstellation steigender sozialstruktureller Differenzierung und Wertedifferenzierung, neuer Wahlmöglichkeiten und neuer Entscheidungszwänge kommt es zu einer Pluralisierung der Lebensstile.

„Pluralisierung der Lebensstile heißt: Zunahme von gruppen-, milieu- und situationsspezifischen Ordnungsmustern zur Organisation von Lebenslage, Ressourcen und Lebensplanung.“ (Zapf 1987 b: 18)

Langfristige Entwicklungen der Pluralisierung der Lebensstile können nach Zapf mit quantitativen Daten der amtlichen Statistik belegt werden:

1. die Entwicklung der Bildungsbeteiligung
2. die Entwicklung der Größenstruktur privater Haushalte
3. die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit
4. die Entwicklung des durch lebensnotwendige Ausgaben gebundenen Anteils des Haushaltseinkommens.

Diesen vier Entwicklungen ist gemeinsam, dass sich durch sie individuelle Wahlmöglichkeiten in verschiedenen Lebensbereichen erhöht haben. Gestiegen sind damit aber auch die Notwendigkeiten, selbstverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Zum Teil zeigen diese Entwicklungen die langfristige Pluralisierung der Lebensstile direkt an, zum Teil weisen sie indirekt die notwendigen Voraussetzungen dafür aus.

Individualisierung und Sicherheit

Zapf zeigt auf, dass eine größere Individualisierung ein größeres Sicherheitsbedürfnis erfordert. „Die Menschen müssen heute durchschnittlich mehr Entscheidungen treffen, mehr Informationen verarbeiten und mehr Wandel bewältigen als zu früheren Zeiten, ob sie dies wollen oder nicht. In diesem Sinn ist Individualisierung eine notwendige Kompetenz für Modernität. Zugleich aber verlieren frühere soziale Sicherheiten in Familie und Gemeinde, Berufswelt und Kultur an Beständigkeit und Verlässlichkeit. Dadurch entsteht ein steigender Sicherheitsbedürfnisdruck, der sich sowohl an staatliche und andere öffentliche Einrichtungen als auch an die veränderten Familienformen und Freundeskreise richtet. In diesem Sinn ist Sicherheit eine institutionelle Voraussetzung von Modernität.“ (Zapf 1987 b: 138)

In diesem Sinne ist Sicherheit in den modernen Gesellschaften ein weites Konzept, das nicht auf dem eingeschränkten negativen Modell von Sicherheit als Abwesenheit von Risiken oder im feudalen Sinne als Schutz gegen Angriffe von Gewalttätigen oder Banditen, sondern auf dem Modell positiver Sicherheit beruht, wonach Sicherheit sich durch ein Schutz- und Hilfsnetz begründet, das einem in erforderlichen Momenten und Situationen wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Behinderungen zur Verfügung steht.

1.3.2.2 Soziale Integration

Die soziale Integration gilt in den modernen Gesellschaften als Mechanismus von größter Relevanz, ist sie doch die erforderliche Ergänzung im Individualisierungsprozess. Ebenso wie beim Wohlbefinden liegt ihre Herstellung nicht nur in der Verantwortung des Staates, sondern auch in der anderer privater und kollektiver Akteure. Die Rolle des Staates ist jedoch entscheidend für die Belebung dieses Mechanismus, der hauptsächlich von der Verteilung der materiellen Ressourcen und der Herstellung von Chancengleichheit der gesamten Bevölkerung ausgeht. Für die soziale Integra-

tion modernerer Gesellschaften sind die Entfaltung der individuellen Möglichkeiten und die Gleichheit der Chancen die zentralen Imperative.

Für Zapf bedeutet die soziale Integration die Eingliederung „von immer mehr Bevölkerungsgruppen in die Grundinstitutionen einer Gesellschaft.“ (Zapf 1994: 123)

Da in der kolumbianischen Gesellschaft die unvollständige und ungleiche soziale Integration der Individuen einer der Hauptgründe für deren Marginalisierung ist, widme ich mich besonders diesem Mechanismus, dessen theoretischer Entwurf auf den von Harmut Esser realisierten Arbeiten basiert, die in der Bibliografie zu finden sind. Esser interessierte sich besonders für die Prozesse der sozialen Integration von Zuwanderern in den europäischen Gesellschaften, weswegen eine seiner Forschungslinien die ethnische Diskriminierung betrifft. Seine Ergebnisse sind wertvoll für die vorliegende Untersuchung, weil in Kolumbien Armut und Ungleichheit auch mit der ethnischen Diskriminierung der afrostämmigen und indigenen Gemeinschaften assoziiert ist.

Um das soziale Integrationskonzept zu verstehen, werden auch die Konzepte der Integration, der Sozialsysteme und der Systemintegration definiert.

Esser bestimmt **Integration** – ganz allgemein – als den „*Zusammenhalt* von Teilen in einem ‚systemischen‘ Ganzen, gleichgültig zunächst worauf dieser Zusammenhalt beruht. Die Teile müssen ein nicht wegzudenkender, ein, wie man auch sagen könnte, ‚integraler‘ Bestandteil des Ganzen sein. Durch diesen Zusammenhalt der Teile grenzt sich das System dann auch von einer bestimmten ‚Umgebung‘ ab und wird in dieser Umgebung als ‚System‘ identifizierbar. Der Gegenbegriff zur Integration ist die Segmentation: Die Teile stehen beziehungslos nebeneinander und sie bilden insofern auch kein in einer Umgebung identifizierbares System. Die Integration eines Systems ist somit über die Existenz von bestimmten *Relationen* der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen den Einheiten und der Abgrenzung zur jeweiligen Umwelt definiert, durch ihre *Interdependenz*.“ (Esser 2001: 1)

Die vorstehende Definition ist generell und könnte auf jede Art von lebendigem System angewandt werden, weshalb es notwendig ist, das Konzept des Sozialsystems zu definieren.

“**Soziale Systeme**, und damit auch Gesellschaften, konstituieren sich über *soziale* Relationen. Das sind u.a. wechselseitig aufeinander bezogene Orientierungen und Akte, soziale Kontakte, Interaktionen, Kommunikationen, soziale Beziehungen oder Transaktionen aller Art, die man zusammenfassend auch als soziales Handeln bezeichnet. Sogar Konflikte können zu den integrierenden Relationen gehören – sofern sie nicht auf dauerhaften Spaltungen beruhen oder diese erzeugen – und zur Tendenz der ‚Unabhängigkeit‘ führen.“ (Esser 2001: 1)

Esser erklärt, dass hinter diesen Vorgängen drei Arten grundlegender gesellschaftlicher Strukturierung stehen: materielle Interdependenzen, institutionelle Regelungen und von den Akteuren geteilte kulturelle Orientierungen. „Die *materiellen Interdependenzen* ergeben sich daraus, dass die Akteure wechselseitig füreinander interessante Ressourcen kontrollieren und dann auch austauschen – etwa Bildung und Humankapital gegen Arbeitsplätze und Einkommen. Zu den, eine Gesellschaft ‚integrierenden‘, *institutionellen Regeln* gehört zuerst die ‚Verfassung‘ der jeweiligen Gesellschaft, die formellen und informellen Normen also, die die Beziehungen zwischen den ‚Positionen‘ in den sozialen Systemen wirksam regeln und die ggf. von Sanktionen unterstützt werden. Die Geltung der institutionellen Regeln ist dabei zu einem gewissen Grad auch von der ‚Legitimität‘ abhängig, die sie bei den Akteuren besitzen. Die empfundene Legitimität wiederum ist dadurch bestimmt, dass die Akteure auch im Alltag erleben, dass die Unterstützung der institutionellen Regeln ihren (materiellen) Interessen dient. Die *kulturellen Orientierungen* schließlich bestehen aus gemeinsam geteil-

ten gedanklichen Modellen über typische Abläufe in typischen Situationen und über legitimierende „Erklärungen“ der geltenden institutionellen Regelungen. Die wichtigste Form dieser kulturellen Orientierungen sind gewisse gesellschaftliche „Werte“ und (Leit-)„Ideen“, verbunden mit gewissen, auch emotional erlebten, Loyalitäten und Identifikationen, nicht selten verankert in inhaltlich bestimmten politischen Doktrinen oder religiösen Überzeugungen.“ (Esser 2001: 2)

Esser unterscheidet drei grundlegende Mechanismen der gesellschaftlichen Integration: „Die Integration über den Mechanismus des Marktes, über die geplante Organisation eines sozialen Gebildes bzw. durch die Ausübung von Herrschaft und über gewisse (Wert-)Orientierungen der Akteure. Die Integration über den *Markt* vollzieht sich allein über die materiellen Interdependenzen der Akteure. Eine Gesellschaft und ihre darin umschlossenen Teile können in dieser Hinsicht dann als um so integrierten gelten, je höher diese materiell begründeten Interdependenzen unter den Akteuren oder Gruppen sind; und die ist um so höher, je mehr die Akteure für die jeweils anderen wertvolles und verwertbares „Kapital“ kontrollieren. Die Integration in der Form der Organisation geschieht über die Etablierung, Durchsetzung und Legitimation *institutioneller* Regeln, meist vor dem Hintergrund einer staatlichen Autorität. Die Integration über die gemeinsam geteilten *kulturellen Orientierungen* der Akteure gibt es in verschiedenen Graden des dabei zum Ausdruck kommenden gedanklichen „Kollektivismus“. Die am wenigsten „kollektive“ Form der Integration über kulturelle Orientierungen ist das gemeinsam geteilte Repertoire gewisser kultureller Fertigkeiten, zu denen insbesondere die Sprache gehört, aber auch gemeinsam geteilte „soziale Drehbücher“ über die wichtigsten Typen alltäglicher Situationen, etwa am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit. Die wichtigste Funktion solcher kultureller Fertigkeiten ist die Senkung von Transaktionskosten bei den alltäglichen Abläufen.“ (Esser 2001: 2)

Bei der allgemeinen Definition des Begriffes der Integration wurde nach Esser deutlich, dass stets zwei Einheiten angesprochen sind: Das „System“ als Ganzheit und die „Teile“, die es bilden; entsprechend lassen sich zwei verschiedene Sichtweisen des Integrationsbegriffes unterscheiden: Systemintegration und Sozialintegration.

Die Systemintegration, nach Esser, bezieht sich „auf die Integration des Systems einer Gesellschaft als Ganzheit, die Sozialintegration dagegen auf die Integration der *Akteure* (bzw. der von ihnen gebildeten Gruppen) ‚in‘ das System hinein. Das eine Mal ist das System der Gesellschaft der Bezugspunkt der Betrachtung, das andere Mal sind es die Akteure bzw. die Bevölkerung und die verschiedenen Gruppen. Die Systemintegration ist damit, ganz allgemein gesagt, dann jene Form des Zusammenhalts der Teile eines sozialen Systems, die sich *unabhängig* von den speziellen Motiven und Beziehungen der individuellen Akteure und oft genug sogar auch gegen ihre Absichten und Interessen, sozusagen anonym und hinter ihrem Rücken, ergibt und durchsetzt, während die soziale Integration unmittelbar mit den Motiven, Orientierungen, Absichten und – insbesondere – den Beziehung der Akteure zu tun hat.“ (Esser 2001: 3)

Esser betont, dass es durchaus möglich sein, „dass eine Gesellschaft stark integriert ist, etwa über das Marktgeschehen oder die politische Ordnung, dass es aber Gruppen oder Personen gibt, die mehr oder weniger „in“ diese Gesellschaft hinein „integriert“ sind. Kurz: Es kann grundsätzlich eine Systemintegration auch *ohne* Sozialintegration geben.“ (Esser 2001: 4)

Für Esser „Die Systemintegration einer Gesellschaft und die Sozialintegration sind logisch und – in gewissen Grenzen wenigstens – empirisch und kausal unabhängig von einander.“ (Esser 2001: 6)

Mechanismen der System- und Sozialintegration. Esser unterscheidet die verschiedenen Mechanismen, die zur der einen oder anderen Form der Integration führen. „Die *Systemintegration* wird dabei insbesondere über anonyme, nicht an identifizierbare, einzelne ‚Personen‘ unmittelbar gebun-

dene Mechanismen gesichert. Drei solcher Mechanismen der Systemintegration sind zu unterscheiden: Markt, Organisation und Medien. [...] *Märkte* finden ihre „Ordnung“ über die Bedingungen der Interessen der einzelnen Akteure und im freien Spiel von Angebot und Nachfrage (auf verschiedensten Märkten, wie Waren-, Arbeits-, Wohnungs- oder Heiratsmärkten). Es ist eine „spontan“ entstehende (System-)Integration, die sich gerade auch dann ergibt, wenn niemand der beteiligten Akteure sie selbst im Auge hat oder beabsichtigt. Man spricht auch von horizontaler (System-) Integration. Ihre wichtigste Voraussetzung ist, dass die Akteure sich gegenseitig etwas anzubieten haben und dass die sog. Transaktionskosten klein sind, insbesondere diejenigen, die aus sozialen Distanzen und ‚Vorurteilen‘ bestehen. *Organisationen* sind demgegenüber Formen der vertikalen (System-)Integration. Hier wird die ‚Ordnung‘ bewusst geplant und in institutionelle Regeln überführt. Mit der Durchsetzung bzw. der Geltung der Regeln wird die (System-)Integration jedoch von den ‚Motiven‘ der Akteure unabhängig, insbesondere da die in den Organisationen tätigen Individuen für ihre Tätigkeit ein Einkommen beziehen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Mit *Medien* als Mechanismen der Systemintegration sind nicht die ‚Massenmedien‘ gemeint. Es handelt sich vielmehr um Vorgänge der ‚Vermittlung‘ zwischen gesellschaftlichen Bereichen, Gruppen und Akteuren, die ohne diese ‚Medien‘ nicht in Kontakt oder zu Kooperation finden könnten. Die Integration durch Medien ist somit auch eine Art der horizontalen (System-)Integration und hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Funktionieren der Märkte. Der einzige Unterschied ist, dass nun auch gewisse ‚Definitionen der Situation‘ das Geschehen bestimmen und das Handeln der Akteure fest ‚rahmen‘, so dass diese den Vorgaben der Jeweiligen Medien zwanglos und zuverlässig folgen. Zwei wichtige Formen solcher ‚medialer‘ Vermittlungen sind zu unterscheiden: der Mechanismus der Interpenetration und die symbolisch generalisierten Medien. Bei der systemischen Integration durch den Mechanismus der *Interpenetration* sind in den kulturellen Orientierungen, an denen sich die Akteure in ihrem Handeln in den jeweiligen funktionalen Teilsystemen orientieren, jeweils auch Elemente der Logik und Oberziele anderer Bereiche der Gesellschaft enthalten. [...] Die Voraussetzung dafür ist jedoch die Entstehung solcher ‚interpenetrierender‘ Orientierungen, und diese entstehen meist erst über gewisse ‚materielle‘ Interdependenzen und Erfahrungen wechselseitiger Beziehungen. Die symbolisch generalisierten Medien sind dagegen ‚Spezialsprachen‘ der jeweiligen Bereiche, mit denen bewirkt wird, dass die Akteure sofort den Vorgaben und ‚Logiken‘ der Bereiche folgen und unabhängig von ihren sonstigen Motiven, wie selbstverständlich ganz spezifische Handlungen ausführen, die dann das ‚Prozessieren‘ der Systeme und damit systemintegrativ ihren Zusammenhalt sichern.[...] Die Voraussetzung für diese Art der Systemintegration ist freilich die Fähigkeit zur Teilnahme an den wirtschaftlichen Prozessen und damit der Erwerb einer gewissen Marktmacht durch die Akteure.“ (Esser 2001: 6)

Alle Prozesse der Integration (System- und Sozialintegration) haben laut Esser etwas mit den Akteuren und ihren Eigenschaften, Dispositionen und Fertigkeiten zu tun. „Die Medien funktionieren auf der Grundlage gewisser kultureller Orientierungen, die die Akteure in bestimmten Situationen leiten und sie zu einem Handeln bewegen, dessen – meist unbeabsichtigtes – Ergebnis die Integration des jeweiligen sozialen Systems ist. Auch die Märkte und die Organisationen beruhen letztlich auf dem Tun und den Fertigkeiten der Akteure: Sie müssen wechselseitig etwas anzubieten haben und für die Ziele der Organisation geeignet sein. Und die Medien wiederum sind selbst letztlich in gewissen ‚materiellen‘ Interdependenzen eingelagert, in wechselseitig bestehenden ‚Interessen‘ an als ertragreich angesehen sozialen Beziehungen. Wenn diese (sozial-)integrativen Voraussetzungen, insbesondere aber die Verfügung über generell interessierende Fertigkeiten und Ressourcen, nicht erfüllt sind, kann es auch keine Systemintegration geben. Das ist der Grund für die hohe Bedeutung des Zugangs der *Akteure* zu den *zentralen* Ressourcen einer Gesellschaft – gerade auch schon für die Systemintegration.“ (Esser 2001: 8)

Formen der Sozialintegration: Nach Esser können vier Varianten der Sozialintegration – als Einbezug oder Inklusion der Akteure in eine Gesellschaft – unterschieden werden: Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation.

„Mit Kulturation ist gemeint, dass die Akteure das für ein sinnhaftes, verständiges und erfolgreiches Agieren und Interagieren nötige *Wissen* besitzen und über bestimmte *Kompetenzen* haben. Das Wissen und die Kompetenzen beziehen sich auf die Kenntnis der wichtigsten Regeln für typische Situationen und die Beherrschung der dafür nötigen (kulturellen) Fertigkeiten, insbesondere sprachlicher Art. Wissen, Kompetenzen und (sprachliche) Fertigkeiten sind dabei eine Art von (Human)Kapital, in das die Akteure auch investieren können oder müssen, wenn sie für andere Akteure interessant sein wollen und, etwa, an der Besetzung gesellschaftlich angesehener Positionen interessiert sind oder an für sie selbst interessanten Interaktionen und Transaktionen teilnehmen möchten. Die Sozialintegration als Kulturation ist dann insbesondere ein Prozess des Erwerbs des jeweiligen Wissens bzw. der jeweiligen Kompetenzen. Es ist ein Teil der *Sozialisierung* des Menschen in die jeweilige Gesellschaft, genauer: ein Teil der *kognitiven* Sozialisierung. Die Kulturation der Menschen zu Beginn ihres Lebens wird auch als *Enkulturation* bezeichnet, spätere Kulturationen an dann auch andere und neue gesellschaftliche Kontexte als *Akkulturation*. Mit der Enkulturation werden die grundlegenden Strukturen der ‚Person‘ geprägt, einschließlich ihrer emotionalen Beziehung zur jeweiligen sozialen Umgebung. Die später erfolgende Akkulturation an eine neue soziale Umgebung fällt um so schwerer, je später sie nach der Enkulturation erfolgt und je unterschiedlicher die Kulturen sind, auf die sich die Enkulturation und die Akkulturation beziehen. Die Kulturation ist ein Spezialfall des Lernens, und sie ist daher, wie alle Formen des Lernens, in besonderem Maße von gewissen Gelegenheitsstrukturen abhängig.“ (Esser 2001: 8)

Platzierung. Esser definiert Platzierung als „die Besetzung einer bestimmten gesellschaftlichen Position durch einen Akteur.“ (Esser 2001: 9). Es handelt sich um eine – möglicherweise die wichtigste – Form des „Einbezugs“ der Akteure in eine Gesellschaft. Die zentralen Formen der sozialen Integration durch Platzierung sind nach Esser die Verleihung bestimmter Rechte wie das Staatsbürgerschaftsrecht oder das Wahlrecht, die Übernahme beruflicher und anderer *Positionen*, meist in Abhängigkeit vom Durchlaufen einer gewissen Bildungskarriere und die Eröffnung von sozialen Gelegenheiten zur Anknüpfung und zum Unterhalt sozialer Beziehungen zu anderen Mitgliedern des sozialen Systems.

„Daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der sozialen Akzeptanz für die Sozialintegration durch Platzierung: Nicht-instrumentell begründete ‚Vorurteile‘, Diskriminierungen und andere Schließungen sind eine Barriere für die erfolgreiche Platzierung der Bewerber. Instrumentelle und nicht-instrumentelle Gründe konkurrieren freilich oft miteinander, und das besonders in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften. In hoch kompetitiven Märkten werden die nicht-instrumentellen Gründe immer stärker von den instrumentellen Folgen überlagert. ‚Ethnozentristische‘ soziale Distanzen ‚kosten‘ den ‚Nachfrager‘ schließlich immer mehr, so dass dieser, auch für den Fall stärkerer ‚privater‘ Distanzen gleichwohl nicht-ethnozentristisch handelt. Schließlich ist auch eine Änderung der ethnozentristischen Orientierungen zu erwarten. Nicht aus Zufall sind es gerade die marktwirtschaftlich verflochtenen Unternehmer, die immer schon für eine Liberalisierung gerade der Bildungs- und Arbeitsmärkte eingetreten sind.“ (Esser 2001: 10)

Für Esser ist die soziale Integration durch Platzierung die wichtigste Bedingung zum Erlangen von gesellschaftlich generell verwendbarem Kapital, insbesondere in der Form des ökonomischen Kapitals und des sog. Humankapitals. „Mit der erfolgreichen Platzierung werden aber auch andere Arten von Kapital erreichbar: institutionelles Kapital an noch weitergehenden Rechten und politisches Kapital an einer Vertretung der eigenen Interessen. Kurz: Die Platzierung auf den (möglichst auch: zentralen) Positionen einer Gesellschaft ist der Schlüssel für jede nachhaltige Sozialintegration. Und

wegen der engen Verbindung der Platzierung zum Vorgang der Kulturation, insbesondere durch die Platzierung in den Bildungsinstitutionen und den Erwerb generell verwertbarer Fertigkeiten und Kompetenzen, gewinnt auch die Kulturation eine hohe, wenngleich etwas indirektere Bedeutung.“ (Esser 2001: 10)

Interaktion. Laut Esser sind Interaktionen ein Spezialfall des sozialen Handelns, bei dem sich die Akteure wechselseitig über Wissen und Symbole aneinander orientieren und so, über ihre Orientierungen und ihr Handeln Beziehungen herstellen. Für Esser gibt es drei Spezialfälle der Interaktion: die gedankliche Koordinierung, die sog. symbolische Interaktion und die Kommunikation.

„Eine wichtige ´strukturelle` Bedingung für die Aufnahme von Interaktionen sind allein schon die objektiv gegebenen Gelegenheiten des Zusammentreffens. Auch darin zeigt sich die letztlich wieder zentrale ´materielle` Verankerung auch der Interaktion als Mechanismus der Sozialintegration: Bei starken ethnischen Segregationen, etwa in bestimmten Wohnvierteln oder Schulklassen, sind bereits die Chancen zur Entwicklung interethnischer Interaktionen nur klein. Zweitens gehören zu diesen technischen Bedingungen erfolgreicher Interaktionen die Beherrschung gewisser kultureller Fertigkeiten, allen voran die Sprache. Andererseits helfen entstandene Interaktionen beim Erwerb genau dieser Fertigkeiten wieder.“ (Esser 2001: 11)

Der Schlüssel für die Sozialintegration Esser nach, besteht in der Vermittlung von Kompetenzen und Chancen, für andere Akteure nachhaltig „interessant“ zu werden.

Identifikation. „Die Identifikation eines Akteurs mit einem sozialen System ist jene besondere Einstellung eines Akteurs, in der er sich und das soziale Gebilde als eine Einheit sieht und mit ihm „identisch“ wird. Es ist eine gedankliche und emotionale Beziehung zwischen dem einzelnen Akteur und dem sozialen System als ´Ganzheit` bzw. als ´Kollektiv`, die bei dem *einzelnen* Akteur als *Orientierung* mit einem *kollektiven* Inhalt besteht, etwa als Nationalstolz oder als Wir-Gefühl gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft oder Gruppe.“ (Esser 2001: 12)

Man kann laut Esser drei unterschiedlich intensive Formen sozialer Integration durch Identifikation unterscheiden: die emphatische Wertintegration, den Bürgersinn und die Hinnahme des Systems als Verkettungs- oder Defferenzintegration.

Werte. „Die Sozialintegration über die Wertintegration ist die ´Identifikation` eines Akteurs mit dem betreffenden sozialen System als ´Kollektiv`, sei das eine Gesellschaft, eine Gruppe oder eine Organisation. In diesem Fall werden die zentralen Institutionen durch eine besondere Form der ´Hingabe` an das Kollektiv auch emotional unterstützt. ´Individuelle` und ´egoistische` Motive treten zugunsten des Aufgehens in der jeweiligen ´Gemeinschaft` zurück. Es ist die Integration der Gesellschaft über ausgeprägte Gefühle der Solidarität, über unbedingte Werte und über die auch emotional erlebte Identifikation der Akteure mit dem System der Gesellschaft *insgesamt*.“ (Esser 2001: 12)

Bürgersinn. Es handelt sich laut Esser um eine spezielle Art der „Wertrationalität“. Die Bürger eines Landes unterstützen ihr Gemeinwesen gerade darin, dass es ihre individuelle Freiheit schützt und ihnen eben keine „kollektiven“ Zwänge auferlegt, außer den üblichen staatsbürgerlichen Pflichten.

Hinnahme: Form der „identikativen“ Sozialintegration, bei der zwei Arten der sozialen Integration durch Hinnahme nach Esser unterschieden werden: die Verkettungsintegration und die Diferenzintegration. „Das ist erstens die Hinnahme des „Systems“ durch die Akteure wegen der vielfachen Überkreuzung innerer Konfliktfronten in ihrer Identität, die aus der – inkonsistenten –

Kreuzung ihrer sozialen Kreise. Diese Kreuzung der sozialen Kreise entsteht aus der zunehmenden Mobilisierung der Akteure, der Auflösung traditionaler Grenzen, etwa des Standes oder der Klassenzugehörigkeit, aus der voranschreitenden ‚individualisierung‘ der (modernen) Gesellschaften, nicht zuletzt über das Marktgeschehen. Wegen dieser Überkreuzungen und Inkonsistenzen der Orientierungen lassen sich die Akteure nicht zu größeren Aggregaten gleicher Interessen und damit erst recht nicht zu einem systemdesintegrierenden Tun, etwa einer Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, zusammenschließen. Und alles bleibt – äußerlich – ruhig. Der Kampf findet im Innern der Akteure statt, und statt einer Revolution gibt es nun Millionen von Magedenschwüren. Diese Form der Sozialintegration sei als *Verkettungsintegration* bezeichnet. Sie ist typisch für die modernen, funktional differenzierten Gesellschaften.“ (Esser 2001: 14)

Esser bezeichnet die *Deferenzintegration* als die schwächste Form der sozialen Integration einer Gesellschaft. „Es gibt in den reichen funktional differenzierten Gesellschaften aber auch stets, und neuerdings wieder vermehrt, die Verdammten der Erde, die Ausgegrenzten aller Art und die Angehörigen der unteren und untersten Schichten. Auch die nehmen die „Gesellschaft“ meist hin, und zwar aus der erlebten oder wahrgenommenen Aussichtslosigkeit irgendeines Versuchs zur Änderung. Diese Form der hinnehemenden Sozialintegration sei als *Deferenzintegration* bezeichnet. Es ist die schwächste Form der sozialen ‚Integration‘. Für die ‚Gesellschaft‘ ist das aber nur selten eine gefährliche Angelegenheit. Elend und Aussichtslosigkeit machen bekanntlich apathisch.“ (Esser 2001: 14)

Als Folge der Sozialintegration durch die Identifikation findet nach Esser die Unterstützung des Systems statt, entweder direkt durch die emphatische Loyalität oder indirekt über den Verzicht auf „des“-integrative Handlungen: „Die systemintegrativen Mechanismen von Markt und Organisation müssen die ihr eigensinniges Prozessieren stets gefährdenden Akteure dann nicht fürchten. Die Akteure sind dann – in der Tat – so etwas wie eine mehr oder weniger freundliche, mindestens aber unschädliche ‚Umwelt‘ der sozialen Systeme. Und das bleiben sie auch, weil sich ihnen kein Anlass und kaum eine Möglichkeit haben, in das Geschehen einzugreifen.“ (Esser 2001: 15)

Marginalität

Wenn die soziale Integration wie dargelegt den Einbezug von Akteuren in ein gesellschaftliches System bezeichnet, dann ist es natürlich laut Esser, nicht ausgeschlossen, dass es Akteure gibt, die keinem gesellschaftlichen System zugehören, dieser Fall wird auch als „Totalexklusion“ bezeichnet und die damit verbundene Situation für den einzelnen Akteur nennt man „Marginalität“. Komplette Exklusion und Marginalität sind für Esser zwar selten, es gibt sie jedoch durchaus. „Es sieht sogar so aus, als würde dieser besondere Fall der (komplett) fehlenden Sozialintegration, etwa im Zuge der Globalisierung und der zunehmenden Kreuzung aller sozialen Kreise, zu einem neuen und zahlenmäßig ansteigenden ‚Typ‘ der Beziehung zwischen den Akteuren und den diversen Gesellschaften.“ (Esser 2001: 15)

Ethnische Schichtung

Nach Esser bezeichnet ethnische Schichtung „das Vorliegen systematischer vertikaler sozialer Ungleichheiten zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen gegenüber deren ‚Gleichheit‘ in sozialstruktureller Hinsicht [...], insbesondere in der Verfügung über besonders interessante Ressourcen und Markt- bzw. Organisationsmacht, etwa nach der durchschnittlichen Bildung, den ausgeübten Berufen, dem Einkommen, der Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere auch in Hinsicht auf die politische Partizipation und Repräsentation.“ (Esser 2001: 33)

Ethnische Schichtungen haben laut Esser eine gewisse Ähnlichkeit mit Feudal- bzw. Kastensystemen. Ihre Entstehung als Folge von Migrationen und anderen Prozessen von „Kulturkontakten“ beruht auf einer Reihe von nahezu unvermeidlichen Vorgängen. Die wichtigsten strukturellen Hintergründe sind regionale Disparitäten und Differenzierungen des Arbeitsmarktes. Zwei, gegenseitig verbundene, Mechanismen bestärken und verfestigen einmal entstandene ethnische Schichtungen: soziale Distanzierungen und die räumliche und soziale Segmentation von Gruppen.

Für Esser sind ethnische Schichtungen nicht unbedingt mit der Gefahr des Ausbrechens ethnischer Konflikte verbunden, „weil die unteren ‚Kasten‘ kaum die Möglichkeit zur Organisation oder Mobilisierung nachhaltiger Konflikte haben und weil die ethnischen Gemeinden ein durchaus selbstgenügsames Leben erlauben. Mit den Prinzipien *moderner* Gesellschaften sind sie als ‚neofeudale‘ Spaltungen einer Gesellschaft bzw. als ‚Quasi-Kasten‘-System *nicht* vereinbar. [...] Eine *ethnische Pluralisierung* der Aufnahmegesellschaft als Folge von Migration ist jedoch gerade unter den Vorgaben der modernen Gesellschaften möglich: Als freie und allseits tolerierte, im Rahmen der Regelung auch aller anderen öffentlichen Angelegenheiten praktizierte, Ausübung kultureller Lebensweisen oder religiöser Überzeugung, stets jedoch nur auf der Ebene der *individuellen* Lebensführung.“ (Esser 2001: 75)

„Sowohl die Systemintegration wie die Sozialintegration hängen in modernen Gesellschaften letztlich an der Verfügung über breit verwendbares und wertvolles „Kapital“ durch die individuellen Akteure. Der Königsweg dazu ist wiederum der Erwerb von Bildungsqualifikationen und die anschließende Einbezug in den Arbeitsmarkt bzw. dem Zugang zu den zentralen Institutionen, die *strukturelle* Assimilation also. Nach wie vor sind die Bildungssysteme aber an gewisse national, regional, teilweise auch sozial *spezifischen kulturellen* Vorgaben gebunden, die in aller Regel nicht die der fremdethnischen Migranten sind. Das wird sich auf absehbare Zeit auch unter den Vorgaben gewisser supra- oder transnationaler Entwicklungen nicht ändern. Auch können die Bildungseinrichtungen nicht gesondert und immer wieder neu auf jeweils andere Gruppen systematisch reagieren. Von daher wird – indirekt – auch eine gewisse *kulturelle* Assimilation der Migranten, spätestens bei den Folgegenerationen, zur Bedingung sowohl der Systemintegration der Aufnahmegesellschaft insgesamt, wie der nachhaltigen Sozialintegration der Akteure. Der Preis für die volle kulturelle Eigenständigkeit der Migranten wäre aus individueller Sicht ihr Verbleiben in der unteren Position, aus gesellschaftlicher Sicht die dauerhafte Etablierung einer „neofeudalen“ ethnischen Schichtung.“ (Esser 2001: 76)

„Vor diesem Hintergrund wäre jede kulturelle Pluralisierung selbstverständlich denkbar: als Möglichkeit der Pflege eines individuellen Lebensstils im Rahmen des gesamten Gemeinwesens. Diese „Individualisierung“ der Kultur bedeutet gleichzeitig eine Abkehr von allen Bestrebungen zur Institutionalisierung der kulturell-distinkten Gruppen als eigene kollektiven Einheiten, etwa als ethnoreligiöse Sub-Gesellschaften mit eigenen Rechten als Gruppe oder einer eigenen politischen Vertretung. Und für die Aufnahmegesellschaft bedeutet dies dann auch den weiteren Abbau der evtl. auch dort noch bestehenden „segmentären“ Spaltungen, sowie eine weitere konsequente Säkularisierung des öffentlichen und politischen Bereichs, insbesondere aber des Bildungssystems.“ (Esser 2001: 77)

Nach Esser lassen es sich im Wesentlichen zwei strukturelle Hintergründe der Entstehung und Verfestigung ethnischer Schichtungen benennen: regionale Disparitäten und Differenzierungen des Arbeitsmarktes.

„Bei den *regionalen Disparitäten* handelt es sich um systematische Benachteiligungen bestimmter Regionen eines Landes, sei es aus einem unterschiedlichen Tempo der internen Entwicklung heraus, sei es als Folge einer politischen Benachteiligung der Region gegenüber dem Zentrum des Landes.

Regionale Disparitäten sind vor allem in der Folge der Entkolonialisierung und der Bildung neuer Nationalstaaten entstanden, insbesondere in der sog. Dritten Welt, aber auch früher in Europa, und sie haben teilweise zur Entstehung eines Systems geschichteter Sub-Nationen geführt. Es gibt sie aber auch in der Form eines Systems des ´internen Kolonialismus` und der ´kulturellen Arbeitsteilung` zwischen den Regionen, bei dem ein ausgeprägtes politisches, administratives und wirtschaftliches Zentrum die peripheren Regionen dominiert und sogar ausbeutet.“ (Esser 2001: 37)

Unter der **Differenzierung des Arbeitsmarktes** wird für Esser die systematische Verteilung bestimmter Gruppen auf bestimmte Branchen und deren Einteilung in unterschiedliche Lohngruppen (bei gleicher Tätigkeit) verstanden, bei der ethnischen Differenzierung des Arbeitsmarktes sind wiederum zwei Fälle zu unterscheiden: die Spaltung und die Segmentation von Arbeitsmärkten. Spaltung eines Arbeitsmarktes bedeutet Unterschiede in der Entlohnung der gleichen Tätigkeit; Segmentation liegt dann vor, wenn sich die ethnischen Gruppen systematisch auf bestimmte Branchen und Tätigkeiten verteilen.

Mechanismen und Prozesse. „Ethnische Differenzierungen und ethnische Schichtungen sind keine irgendwie ´stabilen` Strukturen, sondern werden durch alltägliche Handlungen und Interaktionen im Alltag immer wieder neu ´konstituiert`. In einer groben Einteilung lassen sich zwei Mechanismen und Prozesse der Konstitution ethnischer Schichtungen benennen, die im Einzelfall auch zusammenspielen und sich wechselseitig verstärken können: soziale Differenzierungen der Gruppen untereinander und ihre Segmentation voneinander. *Soziale Distanzierungen* sind Prozesse der externen Grenzziehung. Es gibt sie in der Form distanzierender Einstellungen als ´Vorurteile`, und als diskriminierende Handlungen. *Vorurteile* sind dabei als mit anderen Einstellungen abgestimmte und in Konsonanz befindliche ´belief systems` anzusehen, die von den Akteuren in ihren jeweiligen Lebenswelten und primären Bezugsgruppen, durchaus auch an den ´Stammtischen` also, geteilt und durch Interaktionen immer wieder neu bekräftigt werden. Alleine deshalb sind sie durch externe ´Aufklärung` und Kampagnen für Toleranz kaum zu beeinflussen, zumal dann nicht, wenn sie ein fester Bestandteil der jeweiligen alltäglichen Lebensweisen sind. [...] *Diskriminierungen* sind demgegenüber nichtgerechtfertigte Ungleichbehandlungen von Personen unterschiedlicher Gruppenzugehörigkeit. Nicht jede Ungleichbehandlung ist freilich eine Diskriminierung. Stets müssen die Hintergründe mitbedacht werden, etwa der Grad der Schulbildung bei der Vergabe beruflicher Positionen.“ (Esser 2001: 38)

Die **Segmentation** ethnischer Gruppen ist nach Esser „ein Prozess der ´freiwilligen` Ausgrenzung von der umgebenen Gesellschaft durch einen Zusammenschluss nach *innen*. Sie gibt es in drei, in ihren segmentierenden Wirkungen jeweils gesteigerten Formen: als räumliche Segregation, als kulturelle Segmentation und als Institutionalisierung einer ethnischen Gemeinde. Die *räumliche Segregation* ist die Konzentration bestimmter ethnischer Gruppen auf bestimmte Regionen oder Stadtteile. [...] Mit *kultureller Segmentation* ist das Gegenteil der kulturellen, der sozialen und emotionalen ´Assimilation` gemeint.“ (Esser 2001: 38)

Institutionalisierung einer ethnischen Gemeinde bedeutet für Esser „institutionelle Vollständigkeit“, oft werden solche ethnischen Gemeinden oder Kolonien zu ethnischen Sub-Gesellschaften mit eigenen funktionalen Bereichen und einem eigenen Schichtungssystem ausgebaut.

„Gleichwohl handelt es sich nicht um Zusammenhänge, die der „Logik“ der Modernisierung sozusagen inhärent wären. Ethnische Schichtungen, ethnisch geschichtete Parallel-Gesellschaften, ethnisch gespaltene Identifikationen und auf der Gruppenebene ausgetragene Konflikte sind vielmehr mit den Konstruktionsprinzipien der modernen, demokratisch verfassten (Industrie-) Gesellschaften *nicht* vereinbar. Es sind Anachronismen in einer Welt, die zunehmend von ökonomischen und politischen Interdependenzen geprägt ist. Ethnische Differenzierungen und Schichtungen begründen

‘askriptive’ Ungleichheiten, Spaltungen, Statuskristallisationen und ‘kollektive’ Orientierungen und Institutionen, deren Überwindung ja gerade das Hauptziel und die Hauptleistung der modernen, funktional differenzierten Gesellschaften war und auf die hin ihre Grundprozesse weiter ausgerichtet sind, insbesondere die der Marktkonkurrenz und der gesellschaftlichen ‘Individualisierung’“. (Esser 2001: 44)

Zusammenfassend schreibt Esser: „Der Schlüssel zu jeder nachhaltigen Sozialintegration, auch in Hinsicht auf Interaktion und Identifikation, ist die Plazierung der Akteure auf möglichst zentrale und daher für im Prinzip alle Akteure interessanten Positionen *und* die damit in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis verbundene Kulturation. Da die Besetzung von Positionen und die Kontrolle von Kompetenzen ihrerseits die wichtigsten (sozialintegrativen) Bedingungen auch der Systemintegration (über Märkte, Organisation und Medien) sind, kann in ihnen sogar die Vorbedingung für *alle* Prozesse der Integration gesehen werden, für die System- wie für die Sozialintegration also. Mindestens gilt das für die modernen (Industrie-)Gesellschaften, die eben nicht mehr wie manche vormodernen Staats- oder Feudalgesellschaften über persönliche Gefolgschaft, zentrale Autorität, eine religiöse bzw. politische Ideologie oder nationale oder regionale ‘Leitkultur’ zusammengehalten werden und in denen die Akteure ihren Platz nur an festen Orten, in Ständen oder Klassen, finden konnten.“ (Esser 2001: 17)

1.3.2.3 Wertegeneralisierung

Zum Verstehen der Werte, die sich in der Moderne herausbilden, ist es erst mal wichtig zu definieren, welche Werte in Feudalzeiten, besonders im spanischen Feudalismus zur Zeit der Eroberungen vorherrschten, die noch heute die kolumbianische Gesellschaft prägen.

Spanische Werte feudaler Art:

- “Ansehen” und “Ehre”, die mit dem Prestige bzw. Ansehen verbunden sind, das auf die Zugehörigkeit zu einem Abstammungsstand wie dem hohen Adel oder dem Klerus zurückgeht.
- “Ansehen” und “Ehre”, die mit der Reinheit des Blutes verbunden sind. Rechte werden naturalisiert und die Macht auf die Blutlinie zurückgeführt – ein Gesetz das die Monarchien leitet.
- “Ansehen” und “Ehre”, die mit der Fähigkeit und der Pflicht einhergehen, den eigenen Reichtum zu zeigen. Der Luxus und seine Schaustellung fungieren als Zeichen der Macht, der Auszeichnung und der sozialen Differenzierung.
- “Ansehen” und “Ehre”, die mit dem Besitz und Genuss jener Privilegien verbunden sind, die den höheren Ständen eigen sind und als natürlich angesehen werden. Beispielsweise galt Land im Mittelalter als ein wichtiges Symbol von Macht innerhalb des Systems der Herrschaft, das in Spanien sowie in den amerikanischen Territorien angewandt wurde und das Großgrundbesitz sowie die auf Großgrundbesitzer konzentrierte wirtschaftliche und politische Macht erweckte und förderte. Zu den Privilegien gehörte ebenso das Nichtzahlen von Steuern. Die Finanzierung der feudalen Gesellschaft geschah durch den „Dritten Stand“: das Volk.
- “Ansehen” und “Ehre”, die mit der Zugehörigkeit zum Militärstand einhergeht, d. h. militärischen Dienst zu leisten, um die Monarchie und ihren Adel zu verteidigen, was mit Titeln, Prestige und Privilegien belohnt wird. Die feudale Gesellschaft war eine kriegerische Ge-

sellschaft. Die monarchischen Staaten festigten sich aufgrund der Bildung großer Heere, die kleinere Fürstentümer und Feudalherren unterjochten und unterwarfen.

- “Ansehen” und “Ehre”, die damit einhergehen, keine Arbeit auszuüben. Dies lässt sich auf die Abwertung und Unterbewertung der Arbeit, hauptsächlich der Handarbeit, zurückführen, denn für einen Adligen bedeutete Arbeiten, seine “Ehre” zu verlieren oder ernsthaft kompromittiert zu werden.
- “Ansehen” und “Ehre”, die mit der Ausübung der katholischen Religion verbunden waren. Diese zeichnete sich durch Intoleranz gegenüber irgendeiner anderen Religion oder irgendeinem anderen Glauben aus, die als “Feinde” des eigenen Glaubens und der guten Gewohnheiten gesehen wurden.

Werte der Modernität

Man könnte davon ausgehen, dass die Werte der Modernität und deren Folgen genau das Gegenteil der oben vorgestellten feudalen Werte sind.

Für Zapf bedeutet die Wertegeneralisierung eine hohe Flexibilität verschiedener kultureller Strömungen innerhalb gemeinsamer Grundwerte.

Nach Esser ist die kulturelle Orientierung eine Art grundlegende gesellschaftliche Strukturierung die als Mechanismus der gesellschaftlichen Integration dient, für die Integration der modernen, funktional differenzierten (Industrie-)Gesellschaften ist die Orientierung an einer Art verantwortungsethischer Moral bzw. an einem gewissen „Bürgersinn“ besonders bedeutsam, bei der bzw. bei dem sich die als „Individuen“ verstehenden Akteure bewusst und mit „wertrational“ durchdachten guten Gründen für die „Verfassung“ der jeweiligen Gesellschaft einsetzen und sie in ihrem Denken, Fühlen und Handeln unterstützen. Wegen der dafür typischen Mischung aus „Individualismus“, „Kollektivismus“ und „rationaler“ Begründung kann es laut Esser diese Art der „Bürgersinn“-Integration allerdings nur in Gesellschaften geben, die auf den Grundprinzipien der individuellen Freiheit und den Normen der Fairness bzw. der Demokratie basieren.

„Die Wertintegration ist die Art der ideologisch untermauerten und in den alltäglichen Interaktionen immer wieder neu bekräftigten Unterstützung des ‘Systems’, wie sie – zeitweise – in Feudal- oder Nationalgesellschaften vorgekommen ist und wie sie auch immer noch für den Bestand der modernen (Industrie-)Gesellschaften bzw. sogar für den bestimmter, neu geschaffener supranationaler Einheiten, wie die Europäische Union, als unerlässlich vorausgesetzt wird.“ (Esser 2001: 12)

Laut Esser bedürfen moderne Gesellschaften abstrakte „Prinzipien“, etwa demokratische Werte, Prinzipien der Freiheit und der Fairness. „Deren Besonderheit besteht gerade darin, dass sie auf – mehr oder weniger – ‘rationalen’ Begründungen beruhen und allein deshalb keinerlei ‘unbedingte’ Geltung mehr beanspruchen können, sowie dass ihr einziger Bezug zum „Kollektiv“ einer Gesellschaft die Unterstützung einer Verfassung ist, die gerade die *individuellen* Freiheiten sichern und jeden ‘kollektiven’ Anspruch wiederum den *individuellen* Entscheidungen der Akteure überlassen soll. Es handelt sich um Bürgersinn, eine spezielle Art der ‘Wertrationalität’: Die Bürger eines Landes unterstützen ihr Gemeinwesen gerade darin, dass es ihre individuelle Freiheit schützt und ihnen eben keine ‘kollektiven’ Zwänge auferlegt, außer denen der üblichen staatsbürgerlichen Pflichten natürlich. Die (wert-‘rationale’) ‘Gegenleistung’ dafür ist das Eintreten für diese spezielle Art der Verfassung (einer ‘freiheitlich-demokratischen Grundordnung’) gegen alle dagegen gerichteten oder ihr widersprechenden ‘fundamentalistischen’ Tendenzen.“ (Esser 2001: 13)

Ethnische Beziehungen

Es ist eine Tatsache in Kolumbien, dass die ärmste Bevölkerung aus Personen afrikanischer Herkunft und aus Indigenen besteht. Das allein zeigt schon, dass ein Problem der Chancungleichheit existiert und Armut auch ein Problem der ethnischen Diskriminierung ist, die das Fehlen eines Modernitätswertes aufzeigt, nämlich der "Gleichheit".

Laut Weber ist die ethnische Differenzierung oder "Rassenzugehörigkeit" eine weitreichende Problemquelle für die Gemeinschaftsinteraktion: "Sie führt zu einer 'Gemeinschaft' natürlich überhaupt nur dann, wenn sie subjektiv als gemeinsames Merkmal empfunden wird, und dies geschieht nur, wenn örtliche Nachbarschaft oder Verbundenheit Rassenverschiedener zu einem (meist politischen) gemeinsamen Handeln oder [wenn] umgekehrt: irgendwelche gemeinsamen Schicksale der rassengemäß Gleichartigen mit irgendeiner Gegensätzlichkeit der Gleichgearteten gegen auffällig Andersgeartete verbunden ist. Das dann entstehende Gemeinschaftshandeln pflegt sich generell nur rein negativ als Absonderung und Verachtung oder umgekehrt abergläubische Scheu gegenüber den in auffälliger Weise Andersgearteten zu äußern. Der seinem äußeren Habitus nach Andersartige wird, mag er 'leisten' und 'sein', was er wolle, schlechthin als solcher verachtet oder umgekehrt, wo er dauernd übermächtig bleibt, abergläubisch verehrt. Die Abstoßung ist dabei das Primäre und Normale." (Weber 1956: 234)

Nach Weber ist Diskriminierung nicht in den anthropologischen Unterschieden oder in der Abstammung begründet, sondern in den erkennbaren Differenzen der äußeren Gewohnheiten oder Bräuche. Das zeigt er durch den Nachweis, dass anhand der erwünschten oder unerwünschten sexuellen Beziehungen, anhand der Anziehung oder Ablehnung des Anderen, d. h. im Bestehen lang andauernder oder nur kurzfristiger oder unregelmäßiger Beziehungen geprüft werden könnte, ob die objektiven äußeren physischen Unterschiede der Diskriminierungsgrund wären. Die breite Rassensmischung, die z. B. in den Vereinigten Staaten stattgefunden hat, ist ein ausreichender Nachweis dafür, dass keine solche physische Abstoßung besteht. Bei der Emanzipation der Sklaven war deren Hauptanliegen bzw. -forderung die Gleichstellung als Bürger, d. h. die Unterbrechung der Monopolisierung der Weißen hinsichtlich Macht, Ansehen und Ehre.

"Neben dem zweifellos mitspielenden, ästhetisch gegenüber den Indianern noch fremdartigeren Gepräge der Vollblutneger wirkt dabei ohne alle Frage die Erinnerung mit, daß es sich bei den Negern im Gegensatz zu den Indianern um ein Sklavenvolk, also eine ständisch disqualifizierte Gruppe handelt. Ständische, also anerzogene Unterschiede und namentlich Unterschiede der 'Bildung' (im weitesten Sinn des Wortes) sind ein weit stärkeres Hemmnis des konventionellen Konubium als Unterschiede des anthropologischen Typus. Der bloße anthropologische Unterschied entscheidet, von den extremen Fällen ästhetischer Abstoßung abgesehen, durchweg nur in geringem Masse." (Weber 1956: 235)

Es bleibt paradox, dass die Schwarzen diskriminiert werden, weil sie ein Sklavenvolk waren, was die Beschuldigung impliziert, dass sie Opfer sind. Anhand dieser Paradoxie zeigt sich der Mechanismus, der doppelt ausschließt.

Nach Weber spielen die Gewohnheiten einer Gruppe eine wichtige Rolle als Signale zur Identifizierung der Zugehörigkeit eines Individuums zu ihr: „Alle Unterschiede der 'Sitten' können ein spezifisches 'Ehr-' und 'Würde-' Gefühl ihrer Träger speisen. Die ursprünglichen Motive der Entstehung von Verschiedenheiten der Lebensgepflogenheiten werden vergessen und die Kontraste bestehen als 'Konventionen' weiter.“ (Weber 1956: 236)

Weber erklärt, wie die Identitäts- und Zugehörigkeitsgefühle zu einer Gruppe entstehenden: „Fast jede Art von Gemeinsamkeit und Gegensätzlichkeit des Habitus und der Gepflogenheiten kann Anlaß zu dem subjektiven Glauben werden, daß zwischen den sich anziehenden oder abstoßenden Gruppen Stammverwandtschaft oder Stammfremdheit bestehe. Nicht jeder Stammverwandtschaftsglaube beruht zwar auf Gleichheit der Sitten und des Habitus. [...] Diese `künstliche´ Art der Entstehung eines ethnischen Gemeinsamkeitsglaubens entspricht ganz dem uns bekannten Schema der Umdeutung von rationalen Vergesellschaftungen in persönliche Gemeinschaftsbeziehungen. Unter Bedingungen geringer Verbreitung rational versachlichten Gesellschaftshandelns abstrahiert fast jede, auch eine rein rational geschaffene, Vergesellschaftung ein übergreifendes Gemeinschaftsbewußtsein in der Form einer persönlichen Verbrüderung auf der Basis `ethnischen´ Gemeinsamkeitsglaubens.“ (Weber 1956: 237)

Die Rationalität als Sozialisations- und Integrationsfaktor ist zur Überwindung der ethnischen Barrieren in den modernen Gesellschaften wichtig, denn sie bedeutet, das Handeln der Anderen zu erkennen und zu verstehen. Die „sinnhafte Verständlichkeit des Tuns des Anderen“ ist laut Weber die „elementarste Voraussetzung der Vergemeinschaftung“ (Weber 1956: 238).

„Der `ethnische´ Gemeinsamkeitsglaube ist sehr oft, aber nicht immer Schranke `sozialer Verkehrsgemeinschaften´; diese wiederum ist nicht immer identisch mit endogamer Konnubialgemeinschaft, denn die von jeder von beiden umfaßten Kreise können sehr verschieden groß sei. Ihre nahe Verwandtschaft beruht nur auf dem gleichartigen Fundament: dem Glauben an eine spezifische, von den Außenstehenden nicht geteilte `Ehre´ – der `ethnischen Ehre´ – des Zugehörigen, deren Verwandtschaft mit der `ständischen´ Ehre wir später erörtern werden.“ (Weber 1956: 238)

Man könnte sagen, dass der Mechanismus der ethnischen Ausschließung eine mittelalterliche Eigenschaft hat, die durch die Werte von Ehre und Ansehen gestützt wird, wie schon aufgezeigt wurde.

„In der Tat ist die Überzeugung von der Vortrefflichkeit der eigenen und der Minderwertigkeit fremder Sitten, durch welche die `ethnische Ehre´ gespeist wird, den `ständischen´ Ehrbegriffen durchaus analog. `Ethnische´ Ehre ist die spezifische Massenehre, weil sie jedem, der der subjektiv geglaubten Abstammungsgemeinschaft angehört, zugänglich ist.“ (Weber 1956: 239)

Den Mechanismus, mit dem Gewohnheiten zu Bräuchen und diese zu Normen werden, beschreibt Weber mit dem folgenden Ausdruck: “Gewöhnliches zum Gewohnten und deshalb Gesollten.”

Was sind die Grundlagen für die Bildung eines nationalen Bewusstseins, das einschließend ist, d. h. in dem die verschiedenen ethnischen Gruppen eingeschlossen sind? Nach Weber gibt es verschiedene Gründe. Er kennt die Relevanz der gemeinsamen Sprache an, obwohl das weder eine notwendige noch eine ausreichende Bedingung ist, wie die modernen Nationsstaaten gezeigt haben. Aber ein Faktor ist für ihn von großer Bedeutung: die politische Vereinigung oder Integration.

„Die realen Gründe des Glaubens an den Bestand einer `nationalen´ Gemeinsamkeit und des darauf sich aufbauenden Gemeinschaftshandelns sind sehr verschieden. Heute gilt vor allem `Sprachgemeinschaft´, im Zeitalter der Sprachenkämpfe, als ihre normale Basis. Was sie gegenüber der bloßen `Sprachgemeinschaft´ inhaltlich mehr besitzt, kann dann natürlich in dem spezifischen Erfolg, auf den ihr Gemeinschaftshandeln ausgerichtet ist, gesucht werden, und dies kann dann nur der gesonderte politische Verband sein.“ (Weber 1956: 242)

Nation ist für Weber ein Gemeinsamkeits- und Gemeinschaftsgefühl gegen etwas, das sich auch durch die Eigenart der Sitten definiert. Daher stammt die Relevanz, die er diesen Gewohnheiten und

Bräuchen als Differenzierungs- und Akzeptierungs- oder Ausschluss- und Ablehnungsfaktoren zu schreibt.

Aber müssen alle gleich sein und die gleichen Gewohnheiten haben, damit ein Gefühl von Nation, Solidarität und Einschließung entsteht? Gibt es keinen anderen Weg für die ethnischen Minderheiten als die Assimilation?

Laut Touraine kann eine Gesellschaft eine gewisse Vielfalt tolerieren, vor allem wenn diese Toleranz die Gefahr offener Konflikte beseitigt, was derzeit zu einem positiveren und sinnvolleren Konzept zur Analyse der zeitgenössischen Gesellschaften führt: die Idee der *kulturellen Rechte*, die definiert und genau so stark gewährleistet werden müssen wie die sozialen Rechte, für die im 19. Jahrhundert so viele Kämpfe geführt wurden. Diese kulturellen Rechte müssen auf der Grundlage eines elementaren Prinzips ausgehandelt werden, dass nämlich die Mehrheit die Rechte der Minderheit anerkennen muss, ebenso wie diese die Rechte der Mehrheit anerkennt. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt werden kann, entstehen Krisen die zu einem Bruch führen: als Unabhängigkeit und als Abspaltung.

Die Generalisierung der Werte in den modernen Gesellschaften – Rationalisierung in der Problemdiskussion und der Respekt vor den individuellen, als universell betrachteten Rechten – vereinfacht das Zusammenleben und die Toleranz der Multikulturalität, die mit der Zunahme des sporadischen und dauerhaften Austauschs zwischen verschiedenen Kulturen innerhalb der Nationalstaaten gewachsen sind.

Die kulturelle Differenzierung in den modernen Gesellschaften ist Quelle des Reichtums, der Vielfalt, der Diversifizierung und der Verteidigung der lokalen Kulturen und der Gruppenidentitäten. Sie ist als Antwort auf den Homogenisierungsfaktor Kultur eine Quelle permanenten Antriebs. Die Generalisierung der Werte, die in der Achtung vor dem Unterschied beruht, ermöglicht das friedliche Zusammenleben zwischen den verschiedenen Kulturen. Daraus leitet sich eine Herausforderung der Modernisierung ab: die Notwendigkeit der Verteidigung der kulturellen Rechte der verschiedenen Gruppen innerhalb eines Staates und zwischen den Staaten.

1.3.2.4 Soziale Mobilität oder Statusanhebung

Nach Zapf bedeutet Statusanhebung Wachstum des materiellen Wohlstands und der sozialen Kompetenzen für möglichst viele Bürger über ihre politischen und sozialen Grundrechte hinaus.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen wurde schon im Kapitel Wohlfahrtsstaat und die Bedeutung der individuellen Kompetenzen mit dem Thema der sozialen Integration behandelt. Wichtig ist in der Darstellung von Zapf, dass soziale Mobilität sich dann ergibt, wenn die politischen und sozialen Rechte der Bevölkerung gewährleistet werden. Zurzeit haben diese Rechte sich schon auf ökonomische und kulturelle erweitert.

Eines der Hauptprobleme Kolumbiens ist, dass in der Verfassung politische, soziale, ökonomische und kulturelle Rechte berücksichtigt werden, die jedoch in der Praxis nicht verwirklicht werden. Es ist also wichtig, die Wohlfahrt und die Lebensqualität als objektive Indikatoren für den Zugang zu diesen Rechten zu betrachten.

1.3.3 Die Herausforderungen der Modernisierung

Zapf identifiziert vier wichtige Argumente gegen das Modell der “weitergehenden Modernisierung”: Exklusion, epochaler Bruch, institutionelle Erosion und Weltprobleme. Im Folgenden werden seine Hauptideen im Hinblick auf jedes dieser Themen vorgestellt.

Exklusion: Dieses Argument hat mit den sozialen Grenzen des Wachstums westlicher Modernisierung zu tun, d. h. mit der Unfähigkeit der Einschließung und Erhöhung des Sozialstatus insbesondere der internationalen Zuwanderung wegen Armut, aber auch wegen der zunehmenden Ungleichheit, Exklusion und Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen innerhalb der westlichen Gesellschaften selbst.

Epochaler Bruch: Unter diesem Gesichtspunkt findet sich, was durch Institutions- und Verhaltensveränderungen hervorgerufen wird und so schwerwiegend ist, dass wir zur Jahrtausendwende eine “andere” soziale Formation haben.

Institutionelle Erosion: Wegen des zunehmenden Individualismus und des Verlusts der politischen Kontrollfähigkeit zerbrechen die Grundinstitutionen der westlichen Modernisierung.

Weltprobleme: Die globalen Risiken und Gefahren des Hungers in der Welt, der Weltfrieden, die Vergiftung des Planeten und die Klimakatastrophen verhindern, dass die modernen Gesellschaften des Westens die Armut im Ozean lange Zeit zurückhalten können.

Zapf erkennt alle diese Argumente als die zentralen Probleme und Herausforderungen an, mit der die Modernisierung konfrontiert ist, aber er sieht nicht, dass diese Probleme sich der Kontinuität der Modernisierung – als Kombination von Innovation und Reformen – widersetzen, auch sieht er unzureichend empirische oder theoretische Grundlagen, um an der Fähigkeit der grundlegenden Institutionen der westlichen Gesellschaften, sich diesen Problemen zu widersetzen oder sie zu lösen, zu zweifeln.

“Individualisierung ist eine Voraussetzung der Moderne; sie beruht auf der privaten und öffentlichen Sicherung. Die Sozialstruktur – soziale Schichtung wie Lebensläufe – differenziert sich, aber vor dem freien Fall in die Atomisierung und Anomie stehen neue Strukturbildungen: in meiner Interpretation die ‚Pluralisierung der Lebensstile‘. Die durchgeplante zentral gesteuerte Gesellschaft war nie das Modell einer modernen Gesellschaft; allerdings auch nicht die driftende, entscheidungsunfähige Politik. Am Kriterium, ob westliche Konkurrenzdemokratien Probleme lösen können, die ihnen aus anderen Subsystemen zuwachsen, ob sie längerfristige Projekte durchsetzen können, ergibt sich ein positiver Wert für die Steuerungs-, Lern- und Revisionsfähigkeit.” (Zapf 1990: 21)

Zapf erinnert uns daran, dass die soziale Veränderung und die Modernisierung weder frei von Konflikten war noch einer rationalen Planung gehorcht hat, im Gegenteil: “Entwicklung wird als der immer von Krisen begleitete Kampf um die Durchsetzung von Neuerungen reinterpretiert.” (Zapf 1994: 21)

Zapf identifiziert die Innovation als den Mechanismus, der es den modernen Gesellschaften ermöglichte und ermöglicht, Problemlösungen zu finden. Und diese Innovationen sind zum Beispiel technologischer Art, die es erlauben, neue Produkte und neue Produktionsformen zu entwickeln, auch sind sie sozialer Art, die es erlauben, neue Organisationsformen und neue Institutionen zu bilden. “Die gegenwärtige Krise des Nachkriegswachstums, des Massenkonsums und Wohlfahrtsstaates macht tiefgreifende technische und soziale Innovationen notwendig.” (Zapf 1994: 22)

“Die Innovationstheorie moderner Gesellschaften (vgl. Zapf 1983a; 1986a) unterstellt weitere Differenzierungen der Konkurrenzdemokratie, der Sozialen Marktwirtschaft, des Massenkonsums und des Wohlfahrtsstaats – aber sie hält an diesen Basisinstitutionen als evolutionären Errungenschaften fest. In diesem Sinne ist die postindustrielle Gesellschaft nicht zu denken als eine Gesellschaft mit roboterisierter Produktion und umfassender staatlicher Betreuung, sondern als eine aktivere und stärker partizipative Gesellschaft. Die mühsamen Strukturänderungen auf dem Weg dorthin und die Bewältigung der neuen Umweltherausforderungen und Reproduktionsprobleme bezeichnen den sozialen Wandel der Gegenwart und absehbaren Zukunft.” (Zapf 1994: 22)

Laut Zapf ist ein Lösungsschlüssel für diese ernstesten Probleme mehr Teilnahme, d. h. mehr Demokratie, eine soziale Marktwirtschaft und mehr Wohlfahrtsstaat, aber nicht alle Sozialtheoretiker teilen diese Anschauung mit ihm.

1.4 Die Globalisierung und die Krise der Institutionen der Modernisierung

Die Globalisierung ist ein zentrales Thema der Soziologie, Giddens ebenso wie Beck erkennen in diesem Moment eine andere Dynamik, die sich als eine radikalere, höhere und spätere Moderne darstellt.

Ulrich Beck seinerseits prägte die weltweit verbreitete Definitionen als „Zweite Moderne“, „reflexive Modernisierung“ und „Risikogesellschaft“. Die Bedeutung seiner Arbeit wurzelt in seiner Betonung der neuen sozialen, ökonomischen und politischen Realitäten, die sich bilden und der Globalisierung zugerechnet werden, weil ihr charakteristisches Prinzip darin besteht, dass neue soziale Beziehungen entstehen werden, die nicht nur den Raum der Nationalstaaten sprengen, sondern ihre Fähigkeit das Sozialsystem zu leiten und zu kontrollieren schwächen.

“Denn das gegenwärtig in jeder öffentlichen Äußerung unvermeidliche Schreckenswort ‘Globalisierung’ deutet gerade nicht auf das Ende der Politik hin, sondern auf einen *Ausbruch des Politischen* aus dem kategorialen Rahmen des Nationalstaates, sogar aus der Rollenschematik dessen, was als ‘politisches’ und ‘nicht-politisches’ Handeln gilt.” (Beck 1998: 13)

Nach Beck bedeutet „zweite Moderne“ eine radikale Veränderung hinsichtlich dessen, was er die Erste Moderne nennt. Alle Ziele und Sicherheiten der Ersten Moderne werden hinterfragt, denn Institutionen wie die Demokratie, der Staat und der Markt wurden konzipiert und gestärkt, um im Rahmen von Nationsstaaten zu handeln. Die Globalisierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen verdeutlichte die Unfähigkeit der Staaten, sich den Problemen, die dieser Prozess erzeugt, zu stellen und sie zu lösen.

Eine der Hauptkritiken Becks an der Modernisierung ist auf die großen Risiken gerichtet, die die instrumentelle Rationalisierung hervorbringt; die Fortschritte, die besonders auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Technologie erreicht wurden, haben eine „Risikogesellschaft“ hergestellt. Moderne Gesellschaften produzieren zunehmend Risiken in einem Ausmaß, dass es dagegen keine Versicherung mehr gibt: Atomkraft, viele chemische und gentechnische Produktionen sowie die laufenden und drohenden ökologischen Zerstörungen. Sie werden zu „Gefahren“, die sich nicht mehr raumzeitlich begrenzen lassen, die man nicht mehr einfach mit Geld kompensieren kann.

Für Beck ist eine „reflexive Modernisierung“ notwendig, eine demokratische, also politische Subversion gegen die Gefahren, die die Fortschritte der neuen Technologien produzieren, als Ausweg gegen unsere Selbstvernichtung. Diese Subversion geht mit der Infragestellung der „Experten“ einher, der „Wissenschaftler“. Eine der Realitäten, die wir als Gesellschaft akzeptieren müssen, ist

nämlich unsere Begrenzung hinsichtlich dessen, was wir "wissen", die Akzeptierung dessen, was wir nicht "wissen" und die Unkenntnis der unerwünschten oder unerwarteten sekundären Auswirkungen dessen, was wir tun.

Wenn die Risiken nicht ökonomisch versichert werden können, heißt das für Beck, dass die Diskussion dieser Risiken und ihrer Auswirkungen in einer politischen Sphäre stattfinden muss.

"Warum bedeutet Globalisierung Politisierung? Weil die Inszenierung der Globalisierung es den Unternehmern und ihren Verbänden erlaubt, die politisch und sozialstaatlich gezähmte Handlungsmacht des demokratisch organisierten Kapitalismus aufzuschnüren und zurückzuerobern. Globalisierung ermöglicht, was vielleicht im Kapitalismus latent immer galt, aber im Stadium seiner sozialstaatlich-demokratischen Bändigung verdeckt blieb: daß die Unternehmen, insbesondere die global agierenden, nicht nur eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft insgesamt innehaben – und sei es auch `nur´ dadurch, daß sie der Gesellschaft die materiellen Ressourcen (Kapital, Steuern, Arbeitsplätze) entziehen können." (Beck 1998: 14)

Nach Beck ist klar, dass die globale Wirtschaft die Grundsäulen der politischen Ökonomie und des Nationsstaates untergräbt, sodass deren aktuelle Situation und Krise nur in ihrer Beziehung zu den Forderungen und Zumutungen des globalen Systems analysiert und verstanden werden kann.

"Die politischen und gesellschaftlichen Paradoxien einer transnationalen Wirtschaft, die mit `Abbau von Investitionshindernissen´ (sprich: Abbau von ökologischen, gewerkschaftlichen, sozialstaatlichen, steuerlichen Regelungen) gelockt und belohnt werden muß, damit sie immer mehr Arbeit abschafft und auf diese Weise zugleich immer weiter die Produktion und Gewinne steigert, müssen noch wissenschaftlich aufgedeckt und politisch verkraftet werden." (Beck 1998: 15)

Aber ist die Globalisierung ein Problem oder nicht? Kann gegen die Globalisierung gekämpft werden? Es ist klar, dass die Antwort ein „Nein“ ist. Gegen die Globalisierung kämpfen kommt einem Kampf gegen die technologischen Errungenschaften gleich, es ist daher ein verlorener Kampf. Als Problem erweist sich nicht die Globalisierung an sich, d. h. die exponentielle Zunahme der sozialen, kommerziellen, industriellen, kulturellen und politischen Beziehungen, die dank der Fortschritte der Kommunikations- und Informationsmedien möglich wurden.

Das Problem findet sich woanders. Joschka Fischer stellt fest, dass sich der Sieg des Kapitalismus an drei Fronten vollzogen hat: der Sieg der konservativen (besser: radikal-wirtschaftsliberalen) Revolution zuerst in Großbritannien unter Margaret Thatcher und dann in den USA unter Ronald Reagan. Der Sieg des Westens über den Sowjetkommunismus 1989/90, das Ende des Kalten Kriegs und schließlich der Sieg über Saddam Hussein im Golfkrieg 1991.

Das Problem ist die neoliberale Ideologie, welche die neokonservativen Politiker in Großbritannien und den Vereinigten Staaten anwenden, die für den Rest der Welt wegweisend geworden ist. Die wesentlichen Charakteristiken dieser Ideologie werden durch die Schule von Chicago klar ausgedrückt, durch die "Chicago Boys", die von dem Nobelpreisträger für Ökonomie Morgan Freeman geführt werden und die die Befreiung der vom Markt dirigierten Wirtschaftssphäre (Deregulierung) und die Reduzierung der Intervention und der Größe des Staates (Minimalstaat) propagieren.

"Sozialer und ökologischer Minimalstaat, umfassende Privatisierung, radikale Einkommensumverteilung von unten nach oben, Steuerentlastung für die Wohlhabenden, weitgehende Individualisierung und Privatisierung der Lebensrisiken und ausschließliche Orientierung der Ökonomie am Gewinn auf das eingesetzte Kapital sind die Merkmale dieser wirtschaftsliberalen Revolution. Sozialer Konsens gilt als ein aufzubrechender Blockadefaktor der wirtschaftlichen Dynamik, als schlicht

zu teuer und ist deshalb als ein Investitionshemmnis zu beseitigen. Konfrontation geht vor Konsens und wird somit zum neuen gesellschaftlichen Organisationsprinzip. [...] Faktisch bedeutete die wirtschaftsliberale Revolution nichts weniger als eine gigantische Bereicherung der oberen und obersten Einkommen zu Lasten der Mittelschicht und der Unterschichten, ohne daß die versprochenen positiven Nebenwirkungen auf die da unten eingetreten wären.“ (Fischer 1996: 94)

Gibt es andere Möglichkeiten als den wilden Kapitalismus, der sich seit 1990 durchgesetzt hat? Hat der soziale Kapitalismus, der sich im kontinentalen Europa entwickelt hat, Chancen?

Nach Joschka Fischer liegt das eigentliche Problem für den europäischen Sozialstaat aber weniger im Bereich des Politischen, als vielmehr in der Neuordnung der globalen Ökonomie: Nationale Wirtschaftsräume verlieren endgültig ihr makroökonomisches Steuerungspotenzial zugunsten der internationalen Finanzmärkte, die allein nach Markt- und Renditekriterien global über ihre Investitionen entscheiden. Gegenwärtig findet eine neue regionale Aufteilung der Märkte und damit der Investitionsentscheidungen statt: Ostasien, Südostasien und Osteuropa verlagern die ökonomischen Gewichte zu Lasten der alten westeuropäischen und nordamerikanischen Standorte.

Die ökonomische Globalisierung verbunden mit ihrer desintegrativen Wirkung entsteht aus dieser postindustriellen Individualisierung, die eine echte Gefahr für den tradierten Sozialstaatskonsens darstellt, weil er seinen elementaren, gesellschaftlich getragenen Grundwert der Solidarität und die Akzeptanz der daraus entstehenden gesellschaftlichen Lastenverteilung zu verlieren droht. Wenn der Sozialstaat von der Mehrheit der Mittelschichten überwiegend nur noch als Lasten- und Steuerstaat wahrgenommen wird und nicht mehr als die notwendige Antwort auf die anhaltende Herausforderung der Integration der modernen Massengesellschaften, dann geht es dem Sozialstaat an den Kern seiner Legitimation und damit auch an seine Existenz.

Laut Dhawan hat „die ‚neue Weltordnung‘ der marktwirtschaftlichen Globalisierung zu einer systematischen Demontage der Verantwortlichkeit des Nationalstaates geführt, der lediglich eine geschäftsführende Rolle einnimmt. Internationale Unternehmen setzen postkoloniale Staaten unter Druck, günstige Bedingungen für die freie Bewegung des Kapitals zu schaffen. Beugen sich die Staaten diesem Druck nicht, folgen Handelsembargos und internationale Isolation.“ (Dhawan 2012: 36)

Der postkoloniale Staat ist für sie sowohl ein Akteur als auch ein Objekt neoliberaler Globalisierung; häufig ist er schwerer Kritik ausgesetzt, weil er größere Bevölkerungsgruppen von den staats-eigenen Schutzmaßnahmen ausschließt sowie deren Rechtsansprüche verwehrt. Weiterhin wird der postkoloniale Staat für seine Folgebereitschaft gegenüber Vertretern transnationalen Kapitals sowie internationalen Finanz- und Handelsorganisationen verurteilt. Enteignungen durch postkoloniale Staaten führten zu großen Verlusten der Armen sowie zur Zerstörung ihrer Lebensbedingungen.

Mit dem Legitimationsverlust des Nationsstaats wird nach Dhawan „die transnationale Zivilgesellschaft als hoffnungsvollster Akteur sozialer Transformation gesehen. [...] Die internationale Zivilgesellschaft entwickelt sich in zunehmendem Maße zu einem dominanten Akteur in Fragen globaler Gerechtigkeit, die sich als eine Form des kollektiven Handels zum Scheitern von Staaten verhält“ (Dhawan 2012: 37). Es wird angenommen, dass „eine ermächtigte Zivilgesellschaft unwillkürlich zu einer Stärkung von Demokratie beitragen wird“ (Dhawan 2012: 37).

Lateinamerikanische Autoren wie Coronil (2000) suggerieren, dass die Globalisierung kein neues Phänomen ist, sondern die intensivierete Demonstration eines alten Prozesses transnationalen Handels, kapitalistischer Expansion, Kolonisation, weltweiter Migrationen und transkulturellen Austauschs. In seiner aktuellen neoliberalen Modalität polarisiert er, schließt aus und differenziert,

obwohl er auch einige Konfigurationen translokaler Integration und kultureller Homogenisierung bildet. Die neoliberale Globalisierung ist für ihre Hauptkritiker implosiv statt expansiv, verbindet mächtige Zentren mit untergeordneten Peripherien. Ihre Integrationsart ist fragmentär statt ganzheitlich, baut Ähnlichkeiten auf asymmetrischer Grundlage, kurz: vereinigt teilend. Statt eines gestärkten Bildes des globalen Dorfs gibt es eine beunruhigende Vision einer von neuen Formen der Beherrschung zerbrochenen und geteilten Welt.

Coronil stellt fest, dass die aktuelle Phase der Globalisierung eine Neukonfiguration der kapitalistischen Weltordnung und eine gleichzeitige Neuorganisation der geopolitischen und kulturellen Kartografie der Modernität impliziert. Die neoliberale Globalisierung bedeutet für Coronil eine Neudefinition der Beziehung zwischen dem Westen und den anderen Ländern, was zu einer Verwandlung des Eurozentrismus in einen von ihm genannten "Globozentrismus" oder auch "Okzidentalismus" führt, als einer "Menge von repräsentativen Praktiken, die an der Produktion von Konzepten der Welt teilnehmen, die 1) die Komponenten der Welt in isolierte Einheiten teilen; 2) ihre Geschichten von Beziehungen zerlegen; 3) den Unterschied in Hierarchie verwandeln; 4) diese Repräsentationen naturalisieren; 5) wenn auch unbewusst in der Reproduktion der aktuellen asymmetrischen Machtbeziehungen intervenieren." (Coronil 2000: 123)

Nach Coronil verstecken diese Repräsentationsmodalitäten, die in den Begriffen "Europa" und seinen Kolonien und "Okzident" und seinen Postkolonien strukturiert sind, die Gewalt des Kolonialismus und des Imperialismus hinter dem verschönernden Mantel zivilisatorischen Missionen und Modernisierungsplänen. Der "Globozentrismus" der vorherrschenden Reden der neoliberalen Globalisierung versteckt seinerseits die Präsenz des Westens und die Form, in der dieser weiterhin von der Unterdrückung (Unterwerfung) sowohl der Anderen wie der Natur abhängt.

1.5 Die Kritiken der Modernisierungstheorie

Die Modernisierung als Theorie blieb nicht von Diskussionen ausgeschlossen, aber das muss nicht verwundern, da die Modernität selbst Objekt tiefer Auseinandersetzungen in den Sozialwissenschaften ist. Wie Berman feststellt, "könnten wir sogar sagen, dass ganz modern sein antimodern sein ist: Seit Marx und Dostojewskis Zeiten bis in unsere Zeit war es unmöglich, die Potentialitäten der modernen Welt zu erfassen und zu umfassen, ohne sie zu verabscheuen und gegen einige ihrer spürbarsten Realitäten zu kämpfen." (Berman 2006: xii)

Wie Zapf (Zapf 1990: 15) sagt, ist die Modernisierungstheorie im engeren Sinne eine amerikanische Erfindung der 1950er Jahre. Damals stellte sich die Aufgabe, an den westlichen Gesellschaften abzulesen, welche Bedingungen für ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum und eine demokratische politische Ordnung erforderlich sind und wie man diese Bedingungen auf die Gesellschaften der Dritten Welt mit Hilfe der Entwicklungspolitik übertragen kann.

Dieser Glaube an die Reproduzierbarkeit des Modernisierungsmodells der westlichen Gesellschaften steht schon seit den 1960er Jahren aus den folgenden Gründen in der Kritik:

1. Der Misserfolg der Entwicklungsprojekte, die schlicht versuchten, Modelle westlicher Gesellschaften wie industrielle Prozesse oder Wahlsysteme zu transferieren und aufgrund fehlender Akzeptanz, unerwarteten sekundären Auswirkungen, fehlender Infrastruktur und negativen Kettenreaktionen scheiterten.
2. Das Modell der westlichen Modernisierung hatte den schlechten Ruf der "Okzidentalismus" und der "Amerikanisierung", während gleichzeitig in der Sowjetuni-

on, in China und in Kuba Entwicklungsmodelle aufkamen, die eine ernsthafte Konkurrenz darstellten.

3. Im Westen selbst wurde das Modell der westlichen modernen Gesellschaften von den verschiedenen westlichen marxistischen Schulen stark angegriffen. Das Argument der Ausbeutung, das aus der Theorie des Imperialismus abgeleitet wurde, breitete sich auf die *Abhängigkeitstheorie* aus, die in Lateinamerika mit der These verbunden war, dass die Unterentwicklung der peripheren Länder auf die Ausbeutung der kapitalistischen Länder des Zentrums zurückzuführen sei, die Dank der Hilfe der reaktionären oberen Klasse der peripheren Länder eine große Wirkung zeigt. Der Theoretiker Immanuel Wallerstein proklamiert 1976 "Modernization: Requiescant in Pace".

Ironisch stellt Zapf fest, dass es nicht die Verbesserungen der soziologischen Theorie waren, die dazu führten, dass die Modernisierungstheorie wieder interessant wurde, sondern die realen Veränderungen der Gesellschaft: der Erfolg der "vier kleinen Dragone" des asiatischen Südwestens widerlegte die Abhängigkeitsschule und die Perestroika, die die wirtschaftliche und soziale Modernisierung der sozialistischen Gesellschaften der ehemaligen Sowjetunion suchten und schlussendlich die Marktwirtschaft forderten.

Die Argumentation Zapfs ist zutreffend, jedoch wandelte sich das Problem in ein noch größeres und der gegenwärtige Zustand ist das schlimmste, was seit dem Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus passierte, seit der Kapitalismus seinen Gegner verloren hatte und sich heute frei jeglicher Kontrolle auf dem gesamten Welt ausbreitet.

Die letzten 20 Jahre sind von einer Vorherrschaft der Institution der Marktwirtschaft über der Demokratie und vor allem über dem Staat gekennzeichnet, eine Vorherrschaft der "Freiheit" als höchstem Wert der Modernität über der "Gleichheit" und der "Solidarität" sowie einer Vorherrschaft des Individuums und seiner Interessen über der Gesellschaft, der es angehört. Die verheerenden Auswirkungen dieser institutionellen und sozialen Unausgeglichenheit führten zu einer neuen Welle der Kritik nicht nur am Kapitalismus, sondern an der Modernisierung und der Modernität selbst. Sehen wir uns daher die Fragestellungen dieser kritischen Bewegungen genauer an.

1.5.1 Der Postmodernismus

Zur Erklärung der Postulate der Theoretiker der Postmoderne wird die von Ritzer (Ritzer 2008: 616-632) realisierte Arbeit berücksichtigt, die als eine Einführung in das postmoderne Denken aufgefasst werden kann.

Die Arbeit von Ritzer hebt an erster Stelle die Notwendigkeit hervor, die Postmodernität als ernstzunehmende Sozialtheorie und nicht nur als Mode aufzufassen, um an zweiter Stelle die Schwierigkeit zu betonen, die Bedeutung des Begriffs Postmodernität zu definieren, da es eine enorme Mehrdeutigkeit und Kontroverse dazu gibt. Er differenziert drei Begriffe: Postmodernität, Postmodernismus und postmoderne Sozialtheorie.

"Die *Postmodernität* bezieht sich auf eine historische Epoche, die im Allgemeinen als diejenige gesehen wird, die auf die moderne Zeit folgt; *Postmodernismus als die kulturellen Produkte* (in Kunst, Film, Architektur, usw.), die sich von den kulturellen Produkten der Modernität unterscheiden (Taylor, 2007), und die *Sozialtheorie der Postmodernität* als einer Form zu denken, die sich von der modernen Sozialtheorie unterscheidet. Somit umfasst die Postmodernität *eine neue historische Epoche, neue kulturelle Produkte und eine neue Art über die soziale Welt zu theoretisieren*. Das alles schließt natürlich die Perspektive ein, dass in den letzten Jahren etwas Neues und Ande-

res vor sich gegangen ist, das nicht länger mit dem Begriff Modernität beschrieben werden kann und dass diese neuen Entwicklungen die modernen Realitäten ersetzen.“⁷ (Ritzer 2008 : 617)

Die Postmodernisten weisen auf den Misserfolg des “Projekts der Moderne” hin, einige wie Nietzsche und Foucault glauben nicht an die Fundamente der Gesellschaft und neigen dazu, Relativisten, Irrationale und Nihilisten zu sein, andere wie Lyotard glauben nicht an die Idee der großen Narrative oder Meta-Narrative. Das moderne wissenschaftliche Wissen betrachtet Lyotard als einen “Metadiskurs”. Er sagt ferner, dass durch die Reduktion der Postmodernität auf ihr wesentliches, die Ungläubigkeit gegenüber der Meta-Narrative zum Vorschein käme: die Dialektik des Geistes, die Hermeneutik des Sinns, die Emanzipation des nationalen Subjekts oder Arbeiters sowie die Bildung von Reichtum. Baudrillard seinerseits lehnt nicht nur die großen Narrativen in der Soziologie ab, sondern insgesamt die Idee des Sozialen. Das bedeutet, dass die Postmodernisten die Meta-Narrative im allgemeinen und die großen soziologischen Narrative im besonderen ablehnen.

Jameson, der von Ritz als ein gemäßigter postmodernistischer Sozialtheoretiker klassifiziert wird, stellt fest, dass es nicht nur bedeutende Unterschiede zwischen der Modernität und dem Postmodernismus gibt, sondern auch Kontinuitäten zwischen ihnen herrschen. Nach Jameson hat die postmoderne Gesellschaft fünf Eigenschaften:

1) Die Erste ist die Oberflächlichkeit und das Fehlen von Tiefe. Ihre kulturellen Produkte befriedigen sich mit oberflächlichen Bildern und vertiefen nicht die darunterliegenden Bedeutungen. Ein Beispiel dafür ist das Werk Andy Warhols. 2) Eine Verminderung der Emotion und des Affekts. In der postmodernen Welt wurde die Entfremdung durch die Fragmentierung ersetzt. 3) Der Verlust der Geschichtlichkeit: Wir können die Vergangenheit nicht kennen und haben nur Zugang zu Texten über die Vergangenheit und das Einzige, was wir tun können, ist heute andere Texte zu diesem Thema zu produzieren. Jameson prägt einen postmodernen Begriff, den des *pastiche*⁸. Da es für die Geschichtsschreiber unmöglich ist, die Wahrheit über die Vergangenheit zu finden oder sogar eine kohärente Geschichte darüber zusammensetzen, geben sie sich damit zufrieden, Pastiches über die Vergangenheit zu bilden, die manchmal widersprüchlich und verworren ausfallen. 4) Es gibt eine neue Technologie in der Postmodernität. Statt der produktiven Technologie wie derjenigen der Automobile beherrschen wir jetzt reproduktive Technologien, insbesondere die elektronischen Medien wie das Fernsehen und der Computer. 5) Es gibt einen späten multinationalen Kapitalismus, der eine dominante Kultur bedingt.

Jameson präsentiert ein bestimmtes Bild der Postmodernität, in dem die Menschen dahintreiben und das multinationale kapitalistische System oder das explosive Wachstum der Kultur, in der sie leben, nicht verstehen können. Zum Verständnis dieser neuen Situation werden neue mentale „Karten“ gebraucht, die sich von den alten unterscheiden. Die Metapher der Karte bedeutet für Jameson, dass wir von einer Welt, die hauptsächlich temporal definiert war, in eine wechseln, die räumlich definiert ist. So spiegelt die Idee des Hyperraums auch die Beherrschung des Raums in der postmodernen Welt. Nach Jameson ist das zentrale aktuelle Problem “der Verlust unserer Fähigkeit, uns innerhalb dieses Raums zu stellen und ihn kognitiv zu kartifizieren.”⁹ (Jameson, sit. N. Ritzer 2008: 624).

⁷ Aus dem Englischen übersetzt. Das vollständige Original-Zitat ist im Anhang zu lesen.

⁸ Aus dem Französischen *pastiche*, was Imitation oder Plagiat bedeutet. Bestimmte, charakteristische Elemente des Werks eines Künstlers werden genommen und neu kombiniert, wodurch der Eindruck einer unabhängigen Kreation entsteht.

⁹ Eigene Übersetzung aus dem Englischen. Alle Originalzitate befinden sich im Anhang.

Jean Baudrillard wird von Ritzer als ein extremer Postmodernist betrachtet. Er galt zuerst als Modernist, dann in den 1980er Jahren als Postmodernist und Marxist, um die marxistische Annäherung und den Strukturalismus schließlich zu kritisieren und zu verlassen. Für ihn war das Denken Marx' vom Virus des bürgerlichen Denkens verseucht, insbesondere beim Gebrauch konservativer Ideen wie "Arbeit" und "Wert", weshalb er zu einer neuen und radikalen Orientierung aufruft.

Baudrillard artikuliert die Idee des "symbolischen Austauschs" als eine Alternative oder eine radikale Negation des ökonomischen Austauschs. Der ökonomische Austausch findet in einen ununterbrochenen Zyklus von "nehmen und zurückgeben, geben und bekommen" statt, einem Zyklus von "Geschenken und Gegengeschenken". Baudrillards Idee fällt demgegenüber nicht in die Falle, in die Marx sich verwickelte, denn der symbolische Austausch ist klar außerhalb und gegen die Logik des Kapitalismus positioniert.

Baudrillard beschreibt diese Welt als eine der Hyperrealität. Er konzentriert sich auf die Kultur, die eine massive und katastrophale Revolution erlebt. Diese Revolution bezieht die Massen ein, die sich progressiv passiv verhalten, statt progressiv rebellisch wie die Marxisten. Gleichgültigkeit, Apathie und Bewegungslosigkeit sind gute Begriffe, um die von den Zeichen der Kommunikationsmittel, der Simulationen und der Hyperrealität gesättigten Massen zu beschreiben. Diese werden nicht als von den Medien manipuliert gesehen, aber die Medien sind gezwungen, die zunehmenden Bedürfnisse nach Objekten und Spektakeln zu befriedigen. Im gewissen Sinne implodiert die Gesellschaft selbst in ein schwarzes Loch, das die Masse ist. Schließlich bietet Baudrillard eine Schicksalstheorie an und konkretisiert sie in seiner letzten Arbeit "*Amerika*", in der er erklärt, dass er bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten die beschlossene Form der zukünftigen Katastrophe untersucht hat.

Das Denken **Michel Foucaults** (Ritzer 2008: 606-616) gehört vielleicht zu dem wichtigsten des Postmodernismus. Seine Arbeit wird ebenso wie die von Derrida dem Poststrukturalismus zugeschrieben, der aufgrund seiner Ideen der Dekonstruktion und Subversion die Grundlagen des Postmodernismus gelegt hat. Foucault interessiert sich für die "Mikropolitik der Macht", die im traditionellen Marxismus auf einem höheren sozialen Niveau analysiert wird. Er lehnt die Idee eines autonomen und sinngebenden Subjekts ab und schließt sich dem Interesse Nietzsches für die Beziehung zwischen Macht und Wissen an, wobei seine Analyse jedoch soziologischer ausfällt.

Zwei Ideen stehen im Zentrum der Methodik Foucaults: die Archäologie des Wissens und die Genealogie der Macht, wobei beide Prozesse in enger Beziehung zueinander stehen. Genealogie ist für ihn eine besondere Art geistiger Geschichte, die mit der Beziehung zwischen Wissen und Macht innerhalb der Geisteswissenschaften und deren Praxis der Regulierung der Körper, der Regierung des Verhaltens und der Ich-Bildung zu tun hat. Die Archäologie des Wissens steht in Zusammenhang mit der empirischen Analyse historischer Diskurse, während die Genealogie sich mit einer Serie von kritischen Analysen dieser historischen Diskurse und ihrer Beziehung zu den Problemen der zeitgenössischen Welt beschäftigt. Die Archäologie ist notwendige Voraussetzung der Genealogie.

Foucault versucht, die Gegenwart zu beleuchten, indem er historische Diskurse benutzt, um die Zufälligkeit, die Einzigartigkeit, die Beziehungen und die Möglichkeiten der verschiedenen Verbindungen der Elemente zu reflektieren, die gegenwärtig soziale Ordnungen und Erfahrungen kennzeichnen. Nach Foucault gibt es keinen Determinismus, sodass die Gegenwart nicht notwendigerweise das Ergebnis von vergangenen Ereignissen ist. Der französische Soziologe orientiert sich am kritischen Gebrauch der Geschichte, um die aktuellen Möglichkeiten verständlich zu machen.

In seiner Genealogie der Macht untersucht Foucault, wie die Menschen sich selbst und Andere über die Wissensproduktion regieren. Er setzt sich mit der Hierarchisierung des Wissens kritisch auseinander, insofern Wissen und Macht in Beziehung zueinander stehen, was sich darin äussert, dass wissenschaftliches Wissen zugleich den höchsten Rang und die größte Macht hat, aber von ernster Kritik verschont bleibt. Er interessiert sich für Techniken und Technologien, die vom wissenschaftlichen Wissen abgeleitet werden sowie deren Gebrauch in verschiedenen Institutionen als Mittel der Machtausübung. Diese Beziehung von Wissen und Macht ist es, die er beleuchtet.

Foucault erkennt keine Konspiration zwischen den Eliten der Gesellschaft in dem Sinne, dass die Akteure sich ihrer Macht bewusst wären und neigt stattdessen eher dazu, die strukturellen Beziehungen zwischen Wissen und Macht zu reflektieren. In der Geschichte sieht er keinen Prozess, der von einer primitiven Brutalität hin zu einer moderneren Menschlichkeit führt, die auf einem hoch entwickelten Wissenssystem basiert. Stattdessen betrachtet er sie als Kampf eines, auf dem Wissen basierenden, Systems der Beherrschung des Anderen. Foucault zeichnet damit ein dunkles Bild, aber er sieht den Widerstand als positiv, da er davon ausgeht, dass die wissensbedingte Macht immer widersprüchlich ist und Widerstand sich durch Kontinuität auszeichnet.

Foucault glaubt nicht an den wissenschaftlichen Fortschritt und sieht beispielsweise im Fall der Psychiatrie keinen wissenschaftlichen, medizinischen oder menschlichen Fortschritt in der Behandlung des Irrsinns, sondern eine zunehmende Kunstfertigkeit der Gesunden und ihrer Agenten – Psychologen, Psychiater – zur Unterdrückung und Beherrschung der Geisteskranken, die sich, was wir nicht vergessen dürfen, mit der Regelung im 17. Jahrhundert im Gleichheitszustand befand. Er entwickelte in seinem Buch *Wahnsinn und Gesellschaft* die These der herausragenden Rolle der Wissenschaften bei der moralischen Kontrolle der Menschen und stellt fest, dass die interiorisierte Kontrolle die repressivste Form der Kontrolle ist.

In seiner Untersuchung zum Überwachen und Strafen interessiert er sich für das Regelsystem der Gefängnisse und findet heraus, dass die modernen Systeme nicht entworfen wurden, weil sie menschlicher sind, sondern besser bestrafen, indem die Macht der Strafe tiefer in den sozialen Körper eindringt. Die neue disziplinäre Machttechnologie basiert auf dem militärischen Modell. Foucault beschreibt eine "Mikrophysik" der Macht mit unzählbaren Konfrontations- und Widerstandspunkten. Er identifiziert drei Instrumente disziplinärer Macht: das *hierarchische Beobachten* oder die Fähigkeit der Beamten, alles mit einem einzigen Blick zu überwachen; die *Fähigkeit, Urteile zu normalisieren*, um diejenigen zu strafen, die diese Normen übertreten; der Gebrauch der *Prüfung* zur Beobachtung der Subjekte und zum Fällen normativer Urteile über die Menschen, was die ersten beiden einschließt. Für ihn bedeutet der Übergang vom Folter- zum Gefängnisssystem ein Schritt von der körperlichen Strafe zur Strafe der Seele und des Willens.

Die modernen Geisteswissenschaften unterwerfen das menschliche Wesen in dem Moment, in dem sie es als Objekt des Wissens und eines wissenschaftlichen Diskurses definieren, weshalb Foucault dem wissenschaftlichen und disziplinären Wissen mißtraut.

In seinen letzten Werken untersucht Foucault das Thema der Sexualität und stellt fest, dass Sex die Erklärung für alles ist. Statt sich auf die Repression der Sexualität zu konzentrieren, schlägt er vor, dass die Sozialwissenschaften sich auf die Beziehung zwischen Sexualität und Macht einlassen müssten. Wieder befindet sich das Thema Macht nicht in einer zentralen Quelle, sondern existiert in einer Vielzahl von Mikro-Anpassungen. Es gibt immer Widerstände gegen die Machtauferlegung gegenüber der Sexualität; Macht und Widerstand gegen die Macht bestehen überall.

Foucault bezieht sich auf die Form, wie der Körper normiert wird, die Art und Weise, wie das Verhalten regiert wird, und die Art und Weise, wie das Ich gebildet wird, allgemeiner gesagt interes-

siert er sich für die Selbstbeherrschung, die Beherrschung der Anderen und die Beherrschung des Staates. Mit dem Tod Foucaults wurde der Poststrukturalismus beendet und von der postmodernen Theorie übertroffen, die als eine Ausweitung und Übertreibung des Poststrukturalismus betrachtet werden kann.

Kritik an den postmodernistischen Theorien (Ritzer 2008: 628-632):

1. Die postmoderne Theorie wird kritisiert, weil sie die modernen wissenschaftlichen Standards nicht erfüllt, die von den Theoretikern der Postmoderne in Gänze abgelehnt werden.
2. Da das, von den Postmodernisten produzierte, Wissen nicht als konstitutiv für den Korpus wissenschaftlicher Ideen gesehen werden kann, ist es eher als eine Ideologie zu betrachten. Bei der postmodernen Methodik spielt die Wahrheit wissenschaftlicher Konzepte keine Rolle, vielmehr wird schlicht an sie geglaubt, sodass die Logik des besseren Arguments entfällt.
3. Weil die postmodernen Theorien und Modelle nicht den Beschränkungen der Wissenschaft unterworfen sind, können die Postmodernisten frei agieren und mit ihren Ideen "spielen".
4. Die postmodernen Ideen sind normalerweise so vage und abstrakt, dass es schwer ist, wenn nicht unmöglich, sie mit der sozialen Welt zu verbinden. Auch verändern sich die Ideen der postmodernen Autoren im Laufe ihrer Arbeiten, ohne dass dies für den Leser immer ersichtlich ist.
5. Trotz der Kritik der großen Narrative der modernen Theorie bieten die Postmodernisten eine große Vielfalt derselben Narrative an.
6. In ihren Theorien kritisieren die postmodernen Sozialtheoretiker die moderne Gesellschaft, aber ihre Kritiken sind auf ihre Gültigkeit zu hinterfragen, da sie nicht über die normative Grundlage verfügen, auf der ein Urteil gefällt werden kann.
7. Mit der Ablehnung des Interesses am Subjekt und der Subjektivität fehlt den Postmodernisten der Aspekt der Vermittlung.
8. Die postmodernistischen Sozialtheoretiker sind die besten Gesellschaftskritiker. Ihnen fehlt jedoch eine Vision dessen, wie die Gesellschaft sein sollte.
9. Die postmoderne Sozialtheorie führt zu einem tiefen Pessimismus.
10. Da die postmodernen Sozialtheoretiker darüber streiten, was sie als die wichtigsten sozialen Probleme betrachten, ignorieren sie oft das, was viele als die Schlüsselprobleme unserer Zeit sehen.
11. Die postmodernistischen Sozialtheoretiker werden wegen ihrer Ablehnung des Subjekts, ihrer Opposition gegen das Konzept der Universalität und gegen die interkulturellen Kategorien wie beispielsweise Geschlecht, wegen ihrer Unterdrückung des Geschlechts, ihrer exzessiven Beschäftigung mit der Differenz, ihrer Ablehnung der Wahrheit und ihrer Unfähigkeit, ein kritisches politisches Programm zu entwickeln, besonders von den Feministinnen kritisiert.

Die vorstehende Liste zeigt ein Überblick der Kritik an der postmodernistischen Sozialtheorie. Die Postmodernisten haben jedoch ein Set interessanter und wichtiger Ideen produziert, die die Sozialtheorie beeinflussen und dies langfristig tun werden.

Einer der bedeutendsten Kritiker des Postmodernismus ist Jürgen Habermas, der nicht nur das Projekt der Moderne verteidigt, sondern davon überzeugt ist, dass dieses Projekt noch nicht vollständig realisiert wurde und wir uns deshalb noch weit von der Postmodernität entfernt befinden.

Nach Hinkelammert (Hinkelammert 2007: 12), einem der wichtigsten Theoretiker der Schule des kritischen lateinamerikanischen Denkens, muss man, obwohl sich die Modernität als ein Labyrinth

darstellt, immer wieder in dieses hineingehen und darin den Ausgang suchen, weil es keinen anderen Weg gibt, kurz: Für ihn gibt es keine Postmodernität!

1.5.2 Die Modernisierung als Ethnozentrismus, Developmentalismus, Imperialismus, Kolonialismus und Postkolonialismus

Das westliche Entwicklungsmodell an sich wurde und wird von den marxistischen und neomarxistischen Entwicklungstheoretikern in Frage gestellt. Für sie war die westliche Entwicklung nur aufgrund der Ausbeutung der Dritten Welt möglich, die einem klaren imperialistischen Modell folgte.

Eines der Hauptprobleme der Modernisierungstheorie ist, dass sie hauptsächlich in den Vereinigten Staaten erarbeitet wurde, und zwar als ein reproduzierbares Modell zur "Entwicklung" der "unterentwickelten" Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Jedoch zeigt ihr Misserfolg in der Anwendung, dass die Modernisierung ein komplizierter Prozess ist, der sich nicht nur durch das Kopieren oder Transferieren von Institutionen vollzieht.

"Erst nach dem Scheitern vieler optimistischer Entwicklungsprogramme trat wieder in den Blick, wie langwierig, unterschiedlich und mit welchen Kosten (Kriege, Verelendung, Unterdrückung von Minderheiten, Klassenkämpfe) die westliche Entwicklung selbst verlaufen ist (vgl. Moore 1966) und welche Rolle institutionelle Traditionen bei allen Konvergenzen spielen (vgl. Eisensadt/Rokkan 1973)." (Zapf 1994: 19)

Die Modernisierung verbunden mit dem Developmentalismus fand in der lateinamerikanischen Abhängigkeitstheorie ihre stärkste Kritik.

In der aktuellen Debatte gibt es zwei besonders wichtige Konzepte: dasjenige des Kolonialismus und dasjenige des Postkolonialismus. Conrad (2012) betont, dass koloniale Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung der modernen Welt gewesen sind, die Geschichte des Kapitalismus oder der Globalisierung waren eng mit der kolonialen Ordnung verknüpft. Die kolonialen Beziehungen sind auch in der Gegenwart nicht vollständig verschwunden, weswegen der Kolonialismus von hoher Aktualität ist.

Für Conrad ist Kolonialismus erstens ein territorial bestimmtes Herrschaftsverhältnis, wodurch sich der Terminus Kolonialismus von dem breiteren Begriff des Imperialismus unterscheidet, der auch Formen der informellen Steuerung ohne Ansprüche auf Gebiets Herrschaft mit einschließt; zweitens die Fremdherrschaft, die dadurch charakterisiert ist, dass kolonisierende und kolonisierte Gesellschaften unterschiedliche soziale Ordnungen aufweisen und auf eine je eigene Geschichte zurückblicken; drittens schließlich die Vorstellung seitens der Kolonisatoren, dass beide Gesellschaften durch einen unterschiedlichen Entwicklungsstand voneinander getrennt sind.

Die klassische Definition des Kolonialismus, die von den meisten aktuellen Theoretikern gebraucht wird, ist jedoch diejenige von Jürgen Osterhammel: "Kolonialismus ist eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungs-ideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen." (Conrad 2012: 4)

In Beziehung mit der Weltordnung war der Kolonialismus nach Conrad Bedingung und zentrale Ingredienz der politischen Ordnung, der rechtlichen und ideologischen Legitimierung dieser Ord-

nung und auch der kulturellen Ordnung der Welt – die Weltausstellungen, die Missionstätigkeit, die Vorstellung von Modernisierung und „Entwicklung“ waren kolonial konnotiert.

Die Epoche des neuzeitlichen Kolonialismus begann im Zeitalter der „Entdeckungen“ im 15. Jahrhundert, die Hochphase der kolonialen Weltordnung läuft zwischen etwa 1880 und 1960. Für Conrad zeichnete sich die moderne Epoche des Kolonialismus durch eine ideologische Legitimierung aus, die sich auf die mit universalem Anspruch formulierten Werte der Aufklärung sowie auf die vorgeblich objektiven Prinzipien der modernen Wissenschaften berief. Sie kulminierte in der Zivilisierungsmission, die in vielen Fällen auch unter führenden Vertretern der kolonialen Gesellschaften auf Anerkennung hoffen durfte. Das verlieh der kolonialen Herrschaft einen Anschein der Natürlichkeit, der die Formierung von Widerstand lange Zeit erschwerte.

Die Modernität und die Modernisierungsprozesse werden in Rahmen der *Postcolonial Studies* stark kritisiert. Allgemein gesprochen zeichnet sich der Ansatz durch eine dreifache Schwerpunktsetzung aus:

Erstens gehen postkoloniale Kritiker davon aus, dass die Geschichte des Kolonialismus mit der formalen Unabhängigkeitserklärung nicht vorbei war. Mit der politischen Dekolonisation waren koloniale Beziehungen jedoch nicht mit einem Schlag beendet. Viele Abhängigkeitsverhältnisse, etwa auf wirtschaftlichem Gebiet, dauerten an und wurden seit den 1960er Jahren unter dem Stichwort des Neokolonialismus diskutiert. Hinzu kam, dass auch die Eliten in vielen neuerdings unabhängigen Staaten auf eine Form der Politik setzten, die sich von der Kolonialzeit nur wenig unterschied. In vielen Ländern setzten die im Zeichen der Nationsbildung stehenden Programme der Modernisierung die koloniale Entwicklungspolitik in Grundzügen – wenn auch mit neuem Personal – fort.

Zweitens sind die kulturellen und auch epistemologischen Grundlagen des Kolonialismus fundamentale Dispositionen, die koloniale Expansion und Herrschaft attraktiv und akzeptabel – und noch grundlegender: denkbar – machten. In den Metropolen spielten koloniale Sehnsüchte und Begierden, Exotismus und Unterwerfungsfantasien eine wichtige Rolle. Noch wichtiger war jedoch in dieser Lesart der allgemeine Diskurs der Moderne, der in den Vorstellungen von Fortschritt und „Zivilisierung“ kulminiert. Dieser Diskurs beruhte auf der Annahme einer universalen Entwicklung menschlicher Gesellschaften und basierte auf einem linearen Zeitverständnis, das kulturelle Differenzen hierarchisierte, Gesellschaften in fort- und rückschrittlich einteilte und auf diese Weise koloniale Interventionen zum Zweck der „Hebung“ und „Zivilisierung“ geradezu unausweichlich erscheinen ließ. Postkoloniale Kritik zielte vor diesem Hintergrund darauf, die eurozentrischen Annahmen dieses Weltbilds zu hinterfragen und der angeblichen Universalität vieler Diskurselemente – wie etwa der Säkularisierung, der Rolle von Klassen oder Nationen, des historischen Entwicklungsdenkens, der Geschlechterordnung – den theoretischen Boden zu entziehen.

Drittens setzte diese Kritik methodisch auf die in der Folge sehr einflussreich gewordene Forderung, Kolonien und Metropolen innerhalb eines einheitlichen analytischen Feldes zu untersuchen. Die koloniale Interaktion hatte auch in den europäischen Gesellschaften ihren Niederschlag gefunden - und Spuren davon sind bis in die Gegenwart hinein nachvollziehbar. Die Forderung nach einem gemeinsamen analytischen Feld formulierte eine Kritik an der Vorstellung, die europäische/westliche Entwicklung sei abgekoppelt vom „Rest“ der Welt verlaufen und könne daher aus sich heraus verstanden werden.

Die kritische Perspektive der von den *Postcolonial Studies* beeinflussten Kolonialgeschichtsschreibung und die Aufmerksamkeit für die koloniale Prägung von politischen und diskursiven Strukturen

stellen wichtige Korrekturen gegen vorschnelle Annahmen über die Naturwüchsigkeit des Globalisierungsprozesses dar.

Zimmerer (2012: 10-16) unterscheidet zwischen drei verschiedenen Typen von Kolonien:

Stützpunktkolonien dienten vor allem strategischen Zwecken, das heißt als Basis für die ökonomische, politische oder militärische Durchdringung entfernter Regionen. Im Zuge weiträumiger Machtprojektion halfen sie auch zur informellen Kontrolle über andere Länder und Gegenden, das heißt ohne die Errichtung formaler Herrschaft, wie z. B. in Kapstadt im 17. Jahrhundert oder in Hongkong und Singapur bis ins 20. Jahrhundert.

Beherrschungskolonien sind der Typ, der die allgemeine Vorstellung von Kolonien wohl am stärksten geprägt hat. Angelegt zur wirtschaftlichen Ausbeutung von Ressourcen, zur Abschöpfung von Steuerleistung oder als Absatzmarkt für eigene Güter wurden die Beherrschungskolonien meist durch eine sehr kleine Zahl europäischer Beamter und Militärs verwaltet. Die lokale Elite war an der Regierung meist kaum beteiligt, wobei sie in die alltägliche Verwaltung in unterschiedlichem Maße eingebunden sein konnte. Einnahmen ergaben sich für den kolonialen Staat neben dem unmittelbaren wirtschaftlichen Gewinn durch den Zugang zu billigen Rohstoffen oder zu einem Absatzmarkt für überbewertete oder unnötige europäische Produkte vor allem durch die Besteuerung. Der Aufbau eines Steuersystems war deshalb meist auch durch die Einführung der Geldwirtschaft flankiert.

Siedlungskolonien waren dagegen durch den massenhaften Zuzug europäischer Einwanderer geprägt, die nicht nur die obersten Spitzen der Verwaltung, des Militärs und der Wirtschaft stellten, sondern sich das Land selbst aneigneten und bewirtschafteten, wenn auch oft unter Ausnutzung und Ausbeutung indigener Arbeitskraft oder eingeführter Sklaven. Die spanischen Kolonien Süd- und Mittelamerikas wären hier zu nennen, vor allem aber die USA, Kanada, Australien und Neuseeland, in denen es de facto zu einem weitgehenden „Bevölkerungsaustausch“ kam. Die unmittelbare Konkurrenz der europäischen Neusiedler und deren Nachkommen mit der ortsansässigen Bevölkerung führte teilweise zu extremer Gewalt und in deren Gefolge zur weitgehenden Verdrängung Letzterer. Teilweise dramatische Verarmung und eine soziale Desintegration indigener Gemeinschaften war die Folge. Vonseiten des kolonialen Staates und seiner „weißen“ Bürgerinnen und Bürger kam es vereinzelt sogar zu ethnischen Säuberungen und Fällen von Genozid. Siedlungskolonien erhielten aufgrund ihrer europäischen Bevölkerungsmehrheit vergleichsweise früh ein weitreichendes Maß an Unabhängigkeit beziehungsweise erkämpften sich diese, wie etwa die USA 1776, oder die meisten Staaten Lateinamerikas in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Neben den unterschiedlichen Formen formaler Herrschaft gab es jedoch auch informelle Arten der Einflussnahme. Die Fähigkeit zur militärischen Machtprojektion – basierend auf einem System globaler Stützpunkte – erlaubte die Kontrolle fremder Staaten ohne die formale Errichtung eines Kolonialstaates (z.B. China und Großbritannien im „Ersten Opiumkrieg“).

Eckert (Eckert 2012: 17-22) macht die Rechtfertigung und Legitimation von Mechanismen des Kolonialismus deutlicher. Die Idee von einer Zivilisierungsmission gehörte zur Legitimationsrhetorik aller europäischen Kolonialmächte in Afrika und anderen Kontinenten. Kolonialismus war geprägt durch die ambivalente Beziehung zwischen einem emanzipatorischen Diskurs und einer von Gewalt, Zwangsarbeit, Rassismus und der Missachtung von Rechten geprägten kolonialen Herrschaftspraxis.

Die Sphären der Rechte und des Rechts erhielten wichtige Elemente der Rechtfertigung kolonialer Herrschaft. Das Recht hat jedoch auch eine entscheidende Bedeutung in der Zivilisierungsmission:

Es eröffnete Kolonisierten Handlungsspielräume und stellte einen wichtigen Bezugspunkt für Beschwerden und Proteste sowie zur Durchsetzung ihrer Interessen dar.

Es ist klar, dass diese Zivilisationsmission eng mit der Modernisierung und deren Institutionen wie dem Staat und seinen logischen Folgen wie dem Recht verbunden ist.

Nach Ziai (2012: 23-30) ist die Vorstellung, dass einige Völker nicht in der Lage sind, sich selbst zu regieren und daher auf die Hilfe von „zivilisierten“ Völkern angewiesen sind, die für sie „freundlicherweise“ die Regierungsgeschäfte übernehmen, heutzutage ebenso absurd wie anachronistisch. Aber für ihn wird dennoch bisweilen auch Jahrzehnte, nachdem fast alle Kolonien ihre Unabhängigkeit erkämpft oder gewährt bekommen haben, immer noch der Vorwurf des Kolonialismus laut: Wir lebten auch nach der formalen Dekolonisation nicht in einer nachkolonialen, sondern in einer neokolonialen Weltordnung.

Ziai definiert Neokolonialismus wie folgt: „Trotz formaler Souveränität würde das wirtschaftliche und politische System mancher Staaten von außen gesteuert. Unter diesen Bedingungen würden Auslandsinvestitionen nicht zu `Entwicklung`, sondern zu `Ausbeutung` führen und die Kluft zwischen armen und reichen Ländern vergrößern. Neokolonial kontrollierte Staaten würden auch als Werkzeuge in Stellvertreterkriegen der Supermächte missbraucht. Somit sei Neokolonialismus die schlimmste Form des Imperialismus, da sich der dominante Staat durch die formale Souveränität der entsprechenden Staaten auch jeder Verantwortung und Rechenschaft entledigt habe.“ (Ziai 2012: 24)

Folge dieses Neokolonialismus ist die Kontrolle, vor allem als Kontrolle über Ressourcen, Wirtschaftspolitik und Absatzmärkte sowie die Abhängigkeit in Bereichen wie Kultur und Medien der Länder der „Dritten Welt“ durch solche der „Ersten Welt“. Ziai sieht klar: Erstens bestehen die Asymmetrien fort, denn viele Länder nehmen auch heute noch eine ähnliche Position im Weltsystem ein wie während der kolonialen Ära. Zweitens finden sich auch in der heutigen Weltordnungen stellenweise überraschend deutliche Phänomene quasi-kolonialer Kontrolle, vor allem in der Folge militärischer Interventionen, aber auch im Rahmen ökonomischer Strukturen und Prozesse. Deren Kontrolle wird jedoch meist nicht von einem Staat, sondern von einer internationalen Organisation, den Vereinten Nationen oder einem multilateralen Gremium ausgeübt. Drittens weist die Mehrzahl der als Neokolonialismus bezeichneten Phänomene keine Merkmale quasi-kolonialer Kontrolle auf, sondern bezieht sich auf eine als kolonial empfundene Kontrolle der Wirtschaft durch ausländische Akteure. Diese Phänomene sind oft nichts weiter als die „ganz normalen“ Auswüchse der aus einem globalisierten Kapitalismus und Staatensystem bestehenden Weltordnung. Die legitime marktwirtschaftliche und liberaldemokratische Normalität der Einen ist der Neokolonialismus der Anderen und meist gehören Erstere zum privilegierten Teil der Menschheit.

Lehmkuhl (2012: 44-50) interessiert sich für die Beziehungen zwischen Modernisierung und Kolonialismus, die im Zentrum der Interessen der postkolonialen Forschung stehen. Sie unterscheidet zwei Positionen und Perspektiven, unter denen das Thema „Modernisierung und Kolonialismus“ diskutiert wird: Zum einen untersucht die geschichtswissenschaftliche Forschung, inwiefern europäische Kolonialherrschaft tatsächlich zu einer Modernisierung der Kolonialgesellschaften beigetragen hat. Dabei stehen der Aufbau moderner politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen sowie die infrastrukturelle und technologische Entwicklung der Kolonien während der Kolonialherrschaft im Zentrum des Interesses. Zweitens wird aus eher politikwissenschaftlicher Perspektive die Frage aufgeworfen, wie nachhaltig solche Entwicklungen waren und welche Effekte die Modernisierungsanstrengungen des europäischen Kolonialismus auf die betroffenen Gesellschaften nach der Beendigung der Kolonialherrschaft hatten.

Die Fragen für die Forschung sind: Welcher Zusammenhang besteht zwischen struktureller Unterentwicklung und Kolonialherrschaft? Wie wirken koloniale wirtschaftliche Strukturen nach der Entkolonialisierung nach und was trägt zu ihrer Perpetuierung bei? Welche Rolle spielen postkoloniale Eliten? Dabei ist auch auf den Imperialismus der Dekolonisation hingewiesen worden. Im Zusammenhang mit der Debatte um gescheiterte Staaten wird schließlich die These einer möglichen Pfadabhängigkeit zwischen kolonialer Erfahrung und Staatsversagen diskutiert.

Für Lehmkuhl hat der Begriff Zivilisation im Rahmen des europäischen Kolonialismus im Imperialismus eine semantische Erweiterung und Neubewertung bekommen, er wird als Gegenbegriff zu Barbarei benutzt. So konnte sich die Vorstellung von „unzivilisierten außereuropäischen“ Gesellschaften, denen die „europäische zivilisierte“ Gesellschaft gegenübergestellt wurde, etablieren und verfestigen. In dieser semantischen Erweiterung bezeichnet Zivilisierung auch den Prozess der kulturellen Unterwerfung der Kolonien durch Christianisierung, Etablierung moderner Kommunikations- und Verkehrsmittel, Bürokratisierung, staatlicher Schulbildung, Rechtssetzung und Rechtsanwendung.

Lehmkuhl erklärt, dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Begriffe Zivilisation und Modernität konzeptuell deckungsgleich waren und Modernisierung entsprechend als Aneignung der Grundlagen westlichen Wohlstands und westlicher Macht verstanden wurde. Modernisierungstheorien gehen von der Annahme aus, dass Entwicklungshemmnisse nicht so sehr von wirtschaftlichen Defiziten verursacht würden, sondern Resultat der Eigenarten und Wertvorstellungen traditioneller Gesellschaften seien. Gründe für Unterentwicklung seien somit endogene Faktoren, wie etwa mangelnde Investitionsneigung, Korruption, Misswirtschaft, Mangel an *good governance*. Kern der Modernisierungstheorien ist somit der postulierte Gegensatz zwischen „moderner“ und „traditioneller“ Welt. Modernisierung bezeichnet hier den unumkehrbaren Prozess der Transformation traditioneller Gesellschaften durch technologische und wissenschaftliche Innovation. Zu den zentralen Merkmalen dieses Prozesses zählten unter anderem Zunahme der industriellen Produktion, anhaltendes wirtschaftliches Wachstum, zunehmende Einbindung in übernationale Zusammenhänge, Bürokratisierung, soziale und politische Mobilisierung, sozio-strukturelle Ausdifferenzierung und Spezialisierung, Erhöhung des Bildungsniveaus oder niedrigere Geburten- und Todesraten.

Nach Lehmkuhl wurde ausgehend von diesem positiven Verständnis von Modernisierung das Phänomen des Imperialismus lange Zeit als bedauerliche Begleiterscheinung des *a priori* positiven Wegs zur Modernisierung über den Kontakt mit dem Westen betrachtet; dies verstellte den analytischen Blick für die negativen Folgen der durch den Kolonialismus angestoßenen Transformationsprozesse, die häufig in chronischen Krisen mündeten und das Phänomen der „Modernisierung ohne Entwicklung“ bedingten. Denn unter den Kolonialsystemen wurde häufig eine sehr einseitige Wirtschaftsstruktur entwickelt, moderne Extraktions- und Exportwirtschaften wurden aufgebaut, ohne die Territorialwirtschaft als Ganzes zu modernisieren.

„Die Idee der Moderne beziehungsweise der Modernisierung und ihre Stellung in der soziologischen Theoriebildung ist im Rahmen der Debatten, die unter dem Stichwort des Postkolonialismus geführt werden, einer fundamentalen Kritik unterzogen worden. Sozialwissenschaftliche Theorien der Moderne beziehungsweise der Modernisierung seien fundamental eurozentrisch und beruhten auf mindestens zwei falschen Annahmen, nämlich des fundamentalen Bruchs der Moderne mit früheren, traditionellen Organisationsformen und der Differenz Europas zum Rest der Welt.“ (Lehmkuhl 2012: 47)

Nach Lehmkuhl: Während sich Forschungsarbeiten in den 1970er Jahren insbesondere auf die ökonomischen Folgen der Modernisierung von Industrie, Finanzwesen und Handel konzentrierten, widmeten sich die Forschungsbeiträge der 1990er und 2000er Jahre vor allem kulturellen Themen.

Die gegenwärtige kolonialgeschichtliche Forschung ist durch konkurrierende Vorstellungen von Modernität geprägt: Zum einen erscheint Modernität in traditioneller Weise als Ergebnis objektiver, universaler Prozesse. Demgegenüber hat sich insbesondere im Kontext der kulturwissenschaftlich geprägten Forschung ein Verständnis von Modernität etabliert, welches diese im Bereich des Imaginären ansiedelt. Ein solcher politik- und ökonomiefreier Begriff von Modernität läuft allerdings Gefahr, zentrale Aspekte der kolonialen Lebenswelt auszublenden. Gerade auch die auf Zivilisierung und Modernisierung zielenden Interventionen europäischer Kolonialmächte waren durchgezogen von Machtfragen, von Fragen des Rechts und der Verteilung materieller Lebenschancen in den kolonialen Gesellschaften.

Bis in die 1990er Jahre hinein stand die Frage nach dem weltweiten Export europäischer Kultur im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, danach wurde das exportorientierte Einbahnstraßen-Modell zunächst durch eine Perspektive des fremden Blicks auf Europa abgelöst. Heute weisen Arbeiten zu Prozessen kultureller Übersetzung den Weg für die historische Erforschung der komplexen globalen Interaktions- und Austauschprozesse, die zu historischem Wandel der sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Kontextbedingungen aller Beteiligten beigetragen haben. Dabei wird auch die machtpolitische Durchsetzung von Aneignungs- und Abwehrprozessen zwischen Gesellschaften und Kulturen in den Blick genommen.

„Die Verbreitung und der Transfer von Wissen (Ideen, Erfahrungen) zwischen unterschiedlichen räumlichen Einheiten bestimmt die Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Entwicklung und Innovation ist nur durch ständigen kulturellen Kontakt und Austausch denkbar. Innovation ist im Wesentlichen das Resultat von Transfer-, Disseminations- und Übersetzungsprozessen. Die Zirkulation von Ideen, die Konstituierung epistemischer Gemeinschaften, die internationale Verbreitung von Rechtsordnungen oder ideologischen Referenzsystemen, hierarchische oder horizontale, eher spontan organisierte Kommunikationslinien, Interpretationen, Re-Interpretationen, Missverständnisse und Mythen gehören zu den Mechanismen, die Wandel und Innovation auslösen und Gesellschaften transformieren.“ (Lehmkuhl 2012: 50)

Lehmkuhl unterstreicht, dass es zur Analyse der Komplexität dieser Bewegungen und der sie begleitenden Lern- und Transferprozesse gilt, die Perspektiven des interkulturellen Transfers und des interkulturellen Vergleichs sowie die der Diffusions- und Lerntheorien aufzugreifen und theoretisch weiterzuentwickeln. Anknüpfungspunkte hierfür bietet die Übersetzungsforschung, insbesondere deren Konzepte der kulturellen und konzeptuellen Übersetzung. Die Untersuchung der Ambivalenzen und der Dialektik von Kolonialismus und Fortschritt, von Zivilisation und Modernisierung bedürfen eines analytischen Zugangs der Machtasymmetrien, Missverständnisse, gescheiterter Kommunikation und fehlgeschlagener Transfers. Ebenso müssen die Reflexivität kulturellen Austausches und die Verflechtung von europäischer Geschichte und Kolonialgeschichte berücksichtigt werden, durch welche die koloniale Erfahrung zu einem unhintergehbaren Element westlicher Alltagswelt geworden ist.

1.5.3 Lateinamerikanische Kritiken der Modernität und der Modernisierung

Die wichtigste lateinamerikanische Kritik an der Modernisierung, die als Developmentalismus verstanden wird, ist unter dem Namen **Abhängigkeitstheorie** bekannt, die im Schoße der Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL während der Amtszeit von Raul Prebisch als Generalsekretär entstand. Von den 1950er Jahren bis 1973, dem Jahr des chilenischen Staatsstreiks, diskutierte eine Gruppe lateinamerikanischer Intellektueller, unter denen sich Theotonio Dos Santos, Ruy Mauro Marini, Celso Furtado, Enzo Faletto y Fernando Henrique Cardoso befinden, die Existenz einer Weltordnung, die von einer ungleichen Macht zwischen dem Zentrum und der Peripherie gekennzeichnet ist. Im Zentrum befinden sich die entwickelten Länder, die dem Rest

der Welt Bedingungen und Politiken zu ihrem eigenen Vorteil auferlegen und den Ländern der Peripherie eine untergeordnete Rolle als Rohstofflieferanten und Käufer der vom Zentrum produzierten Waren zuweisen.

Diese Gruppe der lateinamerikanischen Intellektuellen arbeitete nicht isoliert, sondern in Kontakt mit anderen europäischen Theoretikern, die ihren Beitrag zur Theorie leisteten, wie beispielsweise der Deutsche Andre Gunder Frank oder der Ägypter-Franzose Samir Amin, der später zum Globalisierungskritiker wurde.

Die Abhängigkeitstheorie trug zur Entwicklung eines Modells der inneren Industrialisierung der lateinamerikanischen Länder bei, das auf der Substitution der Importnationen ISI basiert, in dem der Staat eine große Rolle spielte. Das Modell schief jedoch u. a. wegen der Zensur sowie dem Exil einiger der Teilnehmer während der chilenischen und argentinischen Diktatur ein. Die Abhängigkeitstheorie führte zu Studien über die Auswirkungen des in Chile implementierten Neoliberalismus oder über den Anstieg sozialer Bewegungen als Motor und Generator sozialer Transformationen. Seit den 1990er Jahren und mit dem Fall des Ostblocks radikalisierten sich einige Theoretiker und schlossen sich Antiglobalisierungsbewegungen an, wie beispielsweise Theotonio Do Santos und Samir Amín, andere arbeiteten im akademischen Rahmen weiter, wieder andere strukturierten ihre Theorien neu, wie beispielsweise Cardoso, der während zwei Amtszeiten des Präsidenten in Brasilien eine neoliberale Politik implementierte.

Das kritische Denken begrenzt sich in Lateinamerika nicht auf die Abhängigkeitstheorie. Andere Sozialtheoretiker stellen die Frage nach den Beziehungen zwischen Modernität, Identität, Utopie, Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus insbesondere wegen der Notsituation eines großen Teils der lateinamerikanischen Bevölkerung, für den die Versprechen von Entwicklung und Wohlfahrt nicht realisiert wurden.

Diese kritische Fraktion der lateinamerikanischen Intellektuellen solidarisierte sich mit dem Protest der indigenen Organisationen des Kontinents und verhinderten die 500-Jahr-„Feier“ der Entdeckung Amerikas, indem sie hauptsächlich aus ethischen Gründen die Feier dessen verhinderten, was als Genozid betrachtet werden kann. Ebenso wurden beim Gedenken der 200-jährigen formalen Unabhängigkeit von den kolonialen Mächten in den meisten lateinamerikanischen Ländern starke Kritiken am Weiterbestehen feudaler Strukturen und der Unterordnung unter neue imperialistische Strukturen während der postkolonialen Zeit laut.

Im Folgenden werden die kritischen Ideen der prominentesten lateinamerikanischen Sozialtheoretiker präsentiert, die mit der Modernität und der Modernisierung in Zusammenhang stehen – dem Hauptthema dieser Arbeit.

Für Autoren wie Anibal Quijano ist die Frage der Macht und die daraus resultierenden Konflikte auf Weltebene zur Erklärung der Modernität zur berücksichtigen. Für ihn gelten Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie als die ursprünglichen Befreiungsversprechen von Rationalität und Modernität. Er hält fest, dass die Diskussion über die Modernität bedeutet, sich selbst von einem neuen Blickwinkel aus neu zu betrachten, aus dessen Perspektive unsere zweideutigen Beziehungen zu unserer eigenen Geschichte auf eine andere, eine nicht-koloniale Art und Weise, rekonstruiert werden könnten. Diese Vorgehensweise sei, „eine Methode, um sein zu lassen, was wir nie gewesen sind.“ (Quijano 1991: 28)

Quijano ist ein Kritiker des Kapitalismus und dessen Machtimperiums, einer Position, die sich in Lateinamerika unter verschiedenen Etiketten ausbreitete: „Postmodernismus“, „Antimodernismus“, „Neoliberalismus“ oder „Neokonservatismus“. Für ihn ist einer der Gründe dieser Verbreitung, das,

was er als den Sieg der Feinde der Vereinigung über Sozialbefreiung und Modernität bezeichnet, die Veränderungen, die in den Hauptzentren des "wirklich existierenden Sozialismus", China und Russland, vor sich gegangen sind. Diesen Sieg kennzeichnen die Erfolge an zwei „Fronten“: 1) Der Staat gibt beständig gegenüber den Privaten seine Kontrolle und Nutzung der Produktionsressourcen auf, wobei er zur bürokratischen Niederlegung der staatlichen Kontrolle gedrängt wird. Dies ermöglicht, dass sich das private Kapital als bewährte und akzeptierte Alternative darstellt – auch wenn dies nur teilweise in den Ökonomien des "wirklich existierenden Sozialismus" geschieht – und dass es die Kraft besitzt, einen Sieg über die "national-populären" Erfahrungen der "Dritten Welt" zu erringen. 2) Die Art und Weise, wie die bürgerliche Herrschaft die politische Demokratie definiert, d. h. die nominal gleiche staatliche Vertretung von Ungleichheiten der Machtausübung.

Aber für Quijano ist die Mystifizierung der stalinistischen Krise, die den Anschein des Sieges und der vollen Legitimation der Herrschaft des Kapitalismus sowie dessen Imperien erweckt, ein intellektueller und politischer „Schmuggel“. Er sieht die Verfassung als Ausdruck einer neuen, befreienden Rationalität derjenigen, die für das Aussterben der hierarchischen Beziehungen zwischen den Geschlechtern, den Altersgruppen, den Ethnien, den Kulturen, den Nationen kämpfen, und derjenigen, die für die Erhaltung des Lebens auf der Erde kämpfen, für ihre Ökologie und gegen die Aktivitäten, die sich an der Macht des Kapitals orientieren. Ihr Kampf gilt der Ausrottung der gesellschaftlichen Hierarchien, die auf den Beziehungen der Ausbeutung beruhen. Sie kämpfen für die „Mutation“ der sozialen und politischen Organisationen, die die „verdummenden“ Bürokratien produzieren oder „ausscheiden“, die um die Kontrolle der Macht wetteifern, um sie in Organisationen der Solidarität zu verwandeln, die von Mechanismen der direkten Demokratie geleitet werden. Sie kämpfen ebenso für die Auflösung der Grenzen zwischen dem Sozialen und dem Politischen, für eine organisierte Macht als Artikulation von sozialen Einheiten, die im Hinblick auf die direkte Demokratie gebildet wurden.

Nach Quijano manifestiert sich in der lateinamerikanischen Modernisierung der Druck, der von äußeren „Agenten“ ausgeübt wird und betrachtet sie als einen Vorschlag der vollen Aufnahme der Produktionsweisen, der Konsumstile, der Kultur sowie der sozialen Organisationssysteme und Politik der entwickelten kapitalistischen Länder. Aber in der Praxis geht es um Voraussetzungen der Veränderung und Anpassungen der Region an die Kapitalbedürfnisse in ihrer Reifungsphase ihrer Transnationalität.

Aber er stellt die Modernität und ihre ursprünglichen Errungenschaften als solche nicht in Frage, als deren Kern er die historische Rationalität sieht, sondern die geschwächte Modernität, die sich in einer Krise befindet, da sie von dunklen politischen Kräften unterdrückt wurde, die sich auf Irrationales, Vorurteile und Mythen berufen. Er kritisiert vor allem die Modernität, die von der instrumentalen Vernunft unterworfen wurde.

Zwei mit der Modernität in Lateinamerika verbundene Ideen werden von Quijano beantwortet: 1) Die Idee, dass Lateinamerika immer nur passive und späte Empfängerin der Modernität war, da der Produktionsprozess der Modernität eine direkte und tiefe Beziehung zur historischen Konstruktion Lateinamerikas hat. 2) Die begriffliche Unordnung zwischen Modernität und Modernisierung.

Quijano stellt fest, dass die Entdeckung Lateinamerikas eine tiefe Veränderung des (Selbst-)Bildes Europas und davon ausgehend der Vorstellung der europäisierten Welt bewirkt: Die Vergangenheit wird als Ort einer für immer verlorenen „goldenen Zeit“ von der Zukunft, als goldene zu erobernde und aufzubauende Epoche, verdrängt. Er legt auch nahe, dass im 18. Jahrhundert aufgrund der Aufklärung eine enge Beziehung zwischen Europa und Lateinamerika bestand. Überall wird der Reformgeist der Gesellschaft und ihrer Institutionen bestätigt, um den Weg der politischen Freiheit

und des Gewissens, die Kritik der Ungleichheiten und Widersprüche in den Beziehungen zwischen den Menschen zu glätten.

Das Paradox der Modernität in Lateinamerika ist nach Quijano, dass sie als Ideologie benutzt wurde, um antagonistische politische Praktiken zu "legitimieren", d. h. dass die Modernität mit einem ideologischen Gewicht belastet wurde, das die seltsame Beziehung zwischen den namentlich liberalen Institutionen und einer konservativen Macht ermöglichte, die mit der Unabhängigkeit errichtet wurde. Seit dem 19. Jahrhundert beginnt die Modernität in Lateinamerika als intellektuelles Bewusstsein zu leben, aber nicht als alltägliche soziale Erfahrung. Das erklärt nach ihm die Falle einer ganzen Generation lateinamerikanischen Liberalismus in diesem Jahrhundert, die verpflichtet war, die Chimäre der Modernität ohne Revolution zu kultivieren.

In Europa sieht Quijano zwei verschiedene Ausdeutungen der mit der Modernität verbundenen Idee der Rationalität. Eine ist die instrumentale Rationalität, die sich als eine Beziehung zwischen Zielen und Mitteln darstellt, die sich in den nördlichen oder sächsischen Ländern entwickelt hat. Das Rationale wird als das Nützliche definiert, wobei der Nutzen seinen Sinn von der dominierenden Perspektive aus, d. h. der Herrschaft, erfährt. In den südlichen Ländern spiegelt sich die vorherrschende Idee der Rationalität in dem Diskurs um die Gesellschaft, der mit den Ansprüchen der Befreiung von jeglicher Ungleichheit, Widersprüchlichkeit, Despotismus und Verdummung verbunden, d. h. der gegen die bestehende Herrschaft gerichtet ist. Die Modernität bildet sich hier als ein Versprechen einer rationalen sozialen Existenz, als das Versprechen von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und kontinuierlicher Verbesserung der materiellen Bedingungen, was von nun an als historische Vernunft verstanden werden soll.

Quijano zufolge besteht eines der aktuellen Probleme darin, dass die instrumentelle Rationalität Europas aufgrund der Vormachtstellung Großbritanniens bis zum zweiten Weltkrieg und danach durch die Hegemonie der Vereinigten Staaten über die historische Rationalität vorherrscht.

In Lateinamerika sieht Quijano Elemente des kulturellen Erbes, die als Träger eines historischen Sinns erkannt werden, die gleichwohl der Macht der instrumentellen Vernunft und einem verdummenden Kulturalismus entgegenstehen. Für ihn haben die sozialen Praktiken, die durch Reziprozität, Gerechtigkeit, Solidarität, individueller Freiheit, alltäglicher Demokratie konstituiert sind, trotz sehr negativer Faktoren ihre Fähigkeit gezeigt, Teil des neuen „Gewebes“ einer befreienden Rationalität zu sein.

“Wir haben deshalb kein Bedürfnis, die Ablehnung des Eurozentrismus in der Kultur und der instrumentellen Logik des Kapitals und des euro-nordamerikanischen Imperialismus oder anderer mit irgendeinem verdummenden Lockruf zu verwechseln, die ursprünglichen befreienden Versprechen der Modernität abzulehnen oder aufzugeben: vor allem die Entheiligung der Autorität im Denken und in der Gesellschaft, der sozialen Hierarchien, des Vorurteils und des darin begründeten Mythos, die Freiheit zu denken und zu wissen, zu zweifeln und zu fragen, auszudrücken und mitzuteilen, die vom Individualismus befreite individuelle Freiheit, die Idee der Gleichheit und der Brüderlichkeit aller Menschen und die Würde aller Personen. Nicht all das entstammte Europa. Auch wurde nicht alles erfüllt oder wenigstens respektiert. Aber mit ihr reiste all das nach Lateinamerika.” (Quijano 1990: 33)

Das kritische lateinamerikanische Denken hat seine Fragestellungen auf den “Neoliberalismus” und auf Autoren wie Vergara (Vergara 1991: 101-123) konzentriert. Sie stellen fest, dass die Neoliberalen eine negative Machtauffassung entwickelt haben, die ganz anders ist, als die des klassischen Liberalismus, und sie betrachten ihn als illegitimen Zwang, der die individuelle Freiheit bedroht oder begrenzt. Die neoliberale Kritik der Verhandlungsdemokratien richtet sich gegen die Bürokrati-

tisierung des sozialen Lebens und gegen die Demokratisierung als politische Integration der Massen über die Parteien, die es ihnen ermöglicht, die Entscheidungen über die materielle Reproduktion der Gesellschaft zu beeinflussen. Ihr Projekt, die Politik zu stürzen, will den ökonomischen Prozess atomisieren und die soziale Verantwortung beseitigen.

Nach Vergara verherrlichen die Neoliberalen die politische Freiheit und die individuellen Rechte, aber unter den Bedingungen der peripheren Wirtschaft führt die Anwendung dieser Theorie zur Unterdrückung der Freiheit und zur Vergewaltigung der besagten Rechte. Sie widersetzt sich den Erfahrungen der Demokratisierung in Lateinamerika, diejenigen, die wirklich ermöglichten, die Teilnahme der Lohnempfänger an der Verteilung des nationalen Einkommens zu erhalten und es in einigen Fällen zu erhöhen.

Lander sieht als "Grundherausforderung, mit der das kritische Denken im Kontinent konfrontiert ist, [...] die Entwicklung einer eigenen Vision der Welt und Lateinamerikas, alternativ zur eurozentrischen Vision, von außen mit universalistischen Ansprüchen, die in der Region vorherrschten – nicht erst jetzt mit der Hegemonie des Neoliberalismus, sondern seit soziales Denken über Lateinamerika existiert." (Lander 1991: 145). Dieser Blick von außen zeigt, dass es sich um eine Sicht handelt, die die eigene Realität nicht anerkennt, die in der Selbstverneinung und Selbstverachtung endet. Die Zukunftsprojekte der verschiedenen Eliten basieren eher auf einem abstrakten Sein-müssen mit Bezug auf externe Erfahrungen als auf der Gestaltung des Möglichen, das vom Bestehenden ausgeht.

"Somit liegt eine erste Herausforderung des kritischen Denkens in einem der Bereiche, die bisher am meisten vernachlässigt wurden, dem der Kultur, im Beitrag zur Anerkennung der lateinamerikanischen Subjektivität, zum Prozess der Wiederherstellung der kulturellen Identität. Es geht dabei nicht um die Wiedergewinnung eines mythischen ontologischen Wesens, das uns im historischen Werden verlorengegangen ist. Der indigenistische oder irgendein anderer Fundamentalismus ist Verneiner der Möglichkeit der Diversität und Option, d. h. der Freiheit. Es geht darum, sich den Problemen der Identität und der Wiederherstellung der eigenen Tradition von der Erfahrung der Modernität ausgehend zu stellen, einer Erfahrung, an der Lateinamerika seit seinen historischen Anfängen vor fünf-hundert Jahren teilnimmt. Es geht um die Möglichkeit der kritischen Distanz bezüglich der eigenen Tradition, die es ermöglicht, die Sachen zurückzugewinnen, die wir schätzen, und das zu hinterfragen, was wir glauben, ändern zu müssen." (Lander 1991: 161)

Nach Dussel (2000) wird die Ungerechtigkeit der Ausbeutung außerhalb Europas nur durch die Negierung des zivilisatorischen Mythos und der Unschuld der modernen Gewalt anerkannt. Indem diese Ungerechtigkeiten erkannt werden, kann die wesentliche Begrenzung der emanzipatorischen Vernunft überwunden werden. Die emanzipatorische Vernunft wird als befreiende Vernunft übertroffen, wenn der "Eurozentrismus" der aufgeklärten Vernunft entdeckt wird, wenn der "Entwicklungsstrugschluss" des hegemonischen Modernisierungsprozesses definiert wird. Das ist möglich, wenn die Würde des Anderen, der anderen Kultur, des anderen Geschlechts, usw. entdeckt wird, wenn die Opfer ausgehend von der Bestätigung ihres Andersseins als Personen anerkannt werden, was von der Modernität negiert wurde. So wird die Vernunft transzendiert, aber nicht als Negierung der Vernunft als solche, sondern der gewalttätigen eurozentrischen, entwicklungsorientierten, hegemonischen Vernunft.

Dussel definiert weder ein vormodernes Projekt als folkloristische Bestätigung der Vergangenheit noch ein antimodernes Projekt konservativer Gruppen, rechter, rechtsextremer, faschistischer oder populistischer Gruppen. Ebenso formuliert er kein postmodernes Projekt als Negation der Modernität bzw. als Kritik aller Vernunft, um nicht in einen nihilistischen Irrationalismus zu fallen. Stattdessen muss es für ihn ein "transmodernes" Projekt sein, wobei sich "Transmodernität" durch reale

Unterordnung des rationalen, emanzipatorischen Charakters der Modernität und ihres verneinten Andersseins, durch Verneinung ihres mythischen Charakters auszeichnet.

Mignolo seinerseits assoziiert das Auftauchen der Idee der “westlichen Hemisphäre” mit der radikalen Veränderung im Imaginären und in den Machtstrukturen der modernen/kolonialen Welt. Mignolo definiert das Imaginäre nach Glissant: “Das Imaginäre ist die symbolische Konstruktion, mit der eine Rassen-, National-, Imperial-, Geschlechter-, usw. -gemeinschaft sich selbst definiert.” (Mignolo 2000: 80)

Für Mignolo ist die Kolonialität die dunkle Seite, die andere Seite der Modernität und sie bestätigt, dass die Metapher des Systems der modernen Welt die Kolonialität der Macht und die koloniale Differenz in der Dunkelheit lässt. Demzufolge wird das System der modernen Welt von seinem eigenen Imaginären ausgehend begriffen, aber nicht vom konfliktiven Imaginären, das mit und durch den kolonialen Unterschied entsteht. Die Kolonialität der Macht ist unsichtbar und hat zur Folge, dass der Kapitalismus, ebenso wie die Modernität, als ein europäisches Phänomen und nicht als ein globales erscheint, an dem alle mit verschiedenen Machtpositionen teilhaben. Genau das ist es, worum es geht: Die Kolonialität der Macht bildet die Achse, die die koloniale Differenz, die Peripherie als Natur organisierte und organisiert.

Mignolo stellt außerdem fest, dass es ab dem Moment, in dem der Handel über den Atlantik entsteht und sich festigt, nicht mehr möglich ist, die Modernität ohne die Kolonialität aufzufassen, nicht mehr ohne jene vom reflexiven Bild zum Schweigen gebrachte Seite des Imaginären, die die Modernität, die Intellektuellen, der offizielle Diskurs des Staates von sich selbst konstruierte, wobei es der Verdienst des postmodernen Diskurses ist, ausgehend von der Innerlichkeit der Modernität, dies als Selbstbild der Macht zu kritisieren.

Nach Mignolo versteckt die Postmodernität, die in der einseitigen Linie der modernen Weltgeschichte auto-konzipiert ist, weiterhin die Kolonialität. Der kommerzielle Kreis des Atlantiks hatte die Besonderheit, dass er die schon bestehenden Handelskreisläufe in Asien, Afrika und Europa verband, ein Handelsnetz, in dem Europa eine Randposition hatte. Das Imaginäre der kolonialen modernen Welt ist laut Mignolo nicht das Gleiche, wenn man es von der Geschichte der Ideen in Europa aus betrachtet, als wenn man es von der kolonialen Differenz aus sieht: die von der Kolonialität der Macht in Nord- und Südamerika, Asien oder Afrika geprägten Geschichten.

Das von der kolonialen Differenz aus gelebte Bewusstsein ist doppelt, weil es untergeordnet ist. Die koloniale Unterordnung produziert nach Mignolo die Diversität doppelten Bewusstseins, nicht nur des afroamerikanischen, sondern auch des indigenen Bewusstsein oder des Mestizenbewusstsein. Du Bois, der von Mignolo zitiert wird, stellt das so dar: “Es ist ein eigenartiges Gefühl, dieses doppelte Bewusstsein, dieser Sinn, sich selbst zu beobachten, immer sich selbst mit den Augen der Anderen, die Seele mit dem Band einer Welt zu messen, die abwertend und unterhaltsam mitleidig zuschaut. Man spürt immer die Dualität – ein Amerikaner, ein Neger, zwei Seelen, zwei Denkweisen, zwei unvereinbare Sorgen, zwei Ideale in Konflikt in einem dunklen Körper. Die Geschichte des amerikanischen Schwarzen ist die Geschichte dieses Kampfes, dieser Herausforderung, die selbstbewusste Männlichkeit zu erreichen, um sein eigenes doppeltes Wesen in ein Besseres und Wahrhaftigeres zu vereinigen.”¹⁰ (Du Bois, zit. n. Mignolo 2000: 90)

Dieses doppelte Bewusstsein haben auch die Einheimischen, die von Europäern abstammen und in Amerika geboren sind. Das schwarze einheimische Bewusstsein war im Gegensatz zum iberischen

¹⁰ Eigene Übersetzung aus dem Englischen. Alle Originalzitate befinden sich im Anhang.

einheimischen Bewusstsein nicht ererbtes Bewusstsein der Kolonisatoren oder Auswanderer, sondern Erbe der Sklaverei. Deswegen war die Idee der westlichen Hemisphäre oder unseres Amerikas nicht unter ihnen verbreitet. "Westliche Hemisphäre" und "Unser Amerika" sind fundamentale Figuren des einheimischen Imaginären, des angelsächsischen und iberischen, aber nicht des amerikanisch-indianischen (des Nordens und des Südens) oder des afroamerikanischen Imaginären (sowohl in Lateinamerika wie in der Karibik und in Nordamerika). Das einheimische Bewusstsein wurde wie das rassische Bewusstsein im Unterschied zur afroamerikanischen und amerikanisch-indianischen Bevölkerung innerlich geprägt. Der koloniale Unterschied veränderte und reproduzierte sich in der nationalen Phase. Diese Transformation wurde "innerer Kolonialismus" genannt, es handelte sich dabei darum, Amerikaner zu sein und gleichzeitig noch Europäer, Amerikaner zu sein, aber anders als die indianischen Amerikaner oder die Afroamerikaner.

"Der innere Kolonialismus ist also der koloniale Unterschied, der von den Führern der nationalen Konstruktion ausgeübt wird. Dieser Aspekt der Ausbildung des weißen einheimischen Bewusstseins verwandelte das Imaginäre der modernen/kolonialen Welt und legte das Fundament des inneren Kolonialismus, der die ganze Periode der Nationalbildung durchzog, sowohl im iberischen Amerika als auch im angelsächsischen Amerika." (Mignolo 2000: 95)

Vielfältige Formen von doppeltem Bewusstsein waren nach Mignolo die Folgen und sind das Vermächtnis der modernen/kolonialen Welt.

1.5.4 Die Modernisierung und das Problem der Grenzen der Umwelt und des ökonomischen Wachstums

Seit den 1970er Jahren wird in den modernen Gesellschaften das Problem der Unhaltbarkeit ihres Entwicklungsmodells sowohl in den westlichen Ländern selbst als auch in denjenigen, die vorhaben, die Konsumniveaus jener zu erreichen, diskutiert. Diese Debatte besteht noch heute; der Planet verfügt nämlich nicht über ausreichende Ressourcen, um die Konsumniveaus, von denen die westlichen Gesellschaften geprägt sind, in den bevölkerungsreichen Staaten wie Brasilien, Indien oder China, um nur einige Beispiele zu zitieren, herzustellen.

In der derzeitigen Debatte, die hauptsächlich von Umweltschützern geführt und die ebenso wie die misslungene Gipfelkonferenz Rio-20 wenig gehört wird, wird über das Problem des Hyperkonsums bzw. der oberflächlichen Konsumgesellschaft sowie der Verschwendung gesprochen und es wird die Notwendigkeit festgestellt, den Kurs des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells zu ändern und nicht mehr von Wachstum, sondern von Verringerung zu sprechen. Die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung genießt heute Priorität, hat die Industrialisierung doch schwer zu lösende globale Probleme hergestellt – wie die globale Klimaerwärmung und die Umweltverschmutzung.

Das ist zweifellos eine Komponente, die die modernen Gesellschaften einbeziehen müssen, indem sie umweltfreundliche technologische Erneuerungen und institutionelle Reformen einführen, die es möglich machen, ihre Anwendung durchzusetzen. Die Kontrolle der Umweltrisiken müsste auch prioritär sein und im Zentrum des politischen Programms stehen.

Nach Capra (2010) ist eine **ökologische Alphabetisierung** notwendig, die es uns ermöglicht, die Verbindung mit dem Lebensablauf wiederherzustellen, nachhaltige Gemeinschaften/Ökosysteme zu rekonstruieren und zu erhalten, in denen wir unsere Bedürfnisse und Wünsche befriedigen können, ohne die Möglichkeiten der zukünftigen Generationen zu vernichten.

Ökologisch alphabetisiert zu sein, "Ökoalphabet" zu sein, bedeutet für Capra, die Organisationsprinzipien der Ökosysteme zu verstehen und diese zu benutzen, um nachhaltige menschliche Ge-

meinschaften zu bilden. Die Ausbildungs-, Handels- und Politik-Gemeinschaften müssen so wiederbelebt werden, dass die ökologischen Prinzipien als Prinzipien der Bildung, Unternehmen und Politik darin zur Wirkung kommen. Diese Prinzipien sind: die Unabhängigkeit aller Mitglieder der ökologischen Gemeinschaft, die zyklische Natur der ökologischen Prozesse, die Vereinigung bzw. der Austausch von Energie und Ressourcen, die Flexibilität und Diversität, die das Überleben und die Anpassung erleichtern. Capra glaubt, dass unser Überleben als menschliche Art von unserer Fähigkeit abhängt, uns umzuerziehen, ökologisch zu alphabetisieren, diese ökologischen Prinzipien zu kennen und anzuwenden und nach ihnen zu leben.

Es scheint paradox zu sein, dass es die sogenannten "barbarischen" Gemeinschaften sind, die diese Fähigkeit entwickelt haben, die komplexe Beziehung zwischen allen Elementen des Ökosystems besser zu verstehen. Das Ökosystem zu verstehen erfordert nämlich, die Fähigkeit zur Entwicklung komplexen Denkens und einer Sicht zu entwickeln, die die zu untersuchenden Einheiten verbindet, statt sie zu teilen.

Arturo Eichler (1991) stellt die *Öko-Kultur* als eine Notwendigkeit und Alternative zum "Ausbeutungscharakter" unserer Beziehung zur Natur dar. Er stellt fest, dass diese Notwendigkeit auf zwei Gründen beruht: 1) Die Produktionskräfte wurden in der Industriegesellschaft so groß und prägnant, dass die ungewollten Auswirkungen z. B. von bestimmten Technologien oft viel bedeutsamer sind, als die eigentlichen Ziele, die sie verfolgen. 2) Der aktuelle Lebensstil führt zu Überbelastung und Zerstörung der bioökologischen Zyklen.

Das zunehmende Wissen, das wir hinsichtlich unserer Zugehörigkeit und Abhängigkeit von den Naturzyklen haben, führt dazu, daß es immer mehr Beweggründe für eine Neuorientierung gibt, die nicht mehr auf der Vernunft als dem stärksten Argument basiert, sondern "als Motivation, unsere Kultur zu verändern, das Bestreben, die Entfremdung und 'Versachlichung' aufgrund sozialer Umstände zu beenden, zusammen mit dem starken Wunsch nach einer neuen geistigen Beziehung zur Welt und Natur." (Eichel 1991: 17)

Eichel bezieht sich auf die Bedeutung der Ergebnisse des Berichts von Bassau (1977) oder das Manifest über die politische Umweltsituation, in dem die deutschen Wissenschaftler klar erkennen lassen, dass die Größe der Umweltbedrohung keine Parallele in der menschlichen Geschichte hat. Die Umwelt befindet sich hauptsächlich wegen der Möglichkeit der Selbsterstörung und der Schwierigkeit, die aktuellen Probleme mit alten Paradigmen zu lösen, die einer Denk- und Handlungsweise folgen, die an sich der Ursprung der Krise sind, in Gefahr.

Die Autoren des Manifests stellen fest, dass eine fundamentale Revision unserer kompletten, heute lediglich quantitativ und ökonomisch orientierten Werteskala wirklich notwendig ist. Das grundlegende ökologische Prinzip, auf dessen Verschmähung die aktuelle Krise zurückzuführen ist, ist das der natürlichen Zyklen der Materie. "Die Wiederherstellung der natürlichen Zyklen, d. h. die Wiederbenutzung der sich ergebenden Abfälle der Produktionsprozesse müssen neu untersucht werden mit dem Ziel ihrer Rezirkulation oder Recycling. Dort wo das Recycling nicht in angemessener Form und zu gerechtfertigten Kosten realisiert werden kann, muß auf die entsprechenden Produkte und Produktionsmethoden verzichtet werden. [...] Die Übernahme des Recycling-Prinzips der Materie in der Industrie (mit der Landwirtschaft) wird einen bemerkenswerten Restriktionsprozeß zur Folge haben. Das wird die so notwendige Dezentralisierung und eine Rückkehr zu ökonomischen Aktivitäten innerhalb von kontrollierbaren Bereichen ermöglichen. Nur innerhalb des Gebiets der kontrollierbaren Bereiche kann persönliche und soziale Verantwortung erwartet werden, wenn der moralische Vorwand, der sich jetzt auf den Wirrwarr der anonymen Beziehungen stützt, nicht mehr möglich ist." (Manifesto, zit. n. Eichel 1991: 24).

Die Umweltproblematik erfordert eine neue Weltanschauung, nicht nur eine neue Produktions- und Konsumform, sondern die Definition anderer Prioritäten und Werte, die Notwendigkeit eines weiter entwickelten und einschließenden Bewusstseins, in dem nicht nur die menschlichen Wesen, sondern alle Lebewesen Platz haben müssen. An diesem Thema ist besonders paradox, dass die uralten sogenannten "primitiven" oder "barbarischen" Völker zu diesen Überlegungen einen Beitrag leisten.

Der Kapitalismus, die Akkumulation und die Bereicherung sind unvereinbar mit der Weltsicht der indigenen Völker, wo das Konzept "genug" eine große Bedeutung hat. Der menschliche Ehrgeiz hat keine Grenze, deshalb ist es notwendig, ihn sozial zu kontrollieren und zu regulieren, wie schon viele andere festgestellt haben. Die derzeitige Veränderung, die Modernisierung, die wir brauchen, ist genau genommen die Subjektivierung; sie erfordert mehr Bewusstsein von uns selbst und den Anderen, d. h. es werden kulturelle und moralische Veränderungen gebraucht.

Coronil (2000) stellt fest, dass sich die Erkenntnis der Rolle der Natur im Kapitalismus ausweitet und die temporalen und geografischen Bezüge verändert haben, welche die dominierenden Narrative der Modernität einrahmen. Bei der Konzentration auf die konstitutive Beziehung zwischen Kapitalismus und Kolonialismus hilft die Modifizierung des konventionellen Verständnisses der Dynamik und der Geschichte des Kapitalismus in zwei wesentlichen Aspekten: 1) Es wird ein größeres Verständnis der Natur im Bildungsprozess von Reichtum angeboten; 2) Die Agenten des Kapitalismus verbreitern sich nicht nur innerhalb von Europa sondern der ganzen Welt.

Die Erde in die Dialektik von Kapital und Arbeit einzuschließen, erlaubt nach Coronil, zu erkennen, dass der Prozess der Bildung von Reichtum einen verändernden Austausch zwischen Menschen und Natur bedingt, von der sie ein Teil sind. Aus dieser Perspektive kann man die Rolle der Natur klar als eine Reichtum und Modernität herstellende Kraft sehen, ohne sie, wie die konventionelle Ökonomie es tut, auf einen Produktionsfaktor zu reduzieren.

Von Coronils Standpunkt aus ist die Materialität der Waren nicht trennbar von ihrer Fähigkeit, Reichtum zu bilden und zu repräsentieren. Als Einheit des Reichtums stellt die Ware sowohl ihre natürliche Form als auch ihre Wertform dar. Trotz ihrer verschiedenen Modalitäten bedeutet die kapitalistische Ausbeutung die Gewinnung von überschüssiger Arbeit (Mehrwert) der Arbeiter sowie der Reichtümer der Erde. Die soziale Ausbeutung ist untrennbar von der Naturausbeutung in anderem Sinn, aber von fundamentaler Relevanz. So ist internationale Arbeitsteilung eine gleichzeitige Teilung der Natur. Seit kolonialen Zeiten ist die "Peripherie" eine Quelle natürlicher Reichtümer sowie billiger Arbeit.

Diese Auffassungen dezentriert die eurozentrischen Konzeptionen, die die Modernität mit Europa identifizieren und delegieren die Peripherie an einen vormodernen Primitivismus. Die "Erde" in die Beziehung Kapital/Arbeit zu integrieren hilft nach Coronil, die Prozesse zu verstehen, die die wechselseitige Beschaffenheit von Europa und seiner Kolonien formten. Statt einer Narrative der Geschichte, die in Begriffen einer Opposition zwischen einem modernen Europa, das aus eigener Kraft triumphiert hat, und einer Peripherie, die in einem kulturellen Rückschritt versunken ist, aufgebaut ist, ermöglicht uns dieser Perspektivenwechsel, die Rolle der neokolonialen Natur und der Arbeit in der wechselseitigen transkulturellen Bildung der Metropolenmodernitäten und untergeordneten Modernitäten zu sehen.

Coronil nimmt das auf, was der Kommandant Marcos den III. Weltkrieg nennt, den Kalten Krieg, der für die Dritte Welt in Wirklichkeit ein heißer Krieg war, der aus 149 lokalen Kriegen bestand und 23 Millionen Todesopfer forderte, und den IV. Weltkrieg, die derzeitige neoliberale Globalisierung, die wieder nach Marcos enorme Mengen an Leben von Menschen fordert, die einer zunehmenden Armut und Marginalisierung unterliegen. Während der III. Weltkrieg mit verschiedenen

Intensitäten zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf zerstreuten und lokalisierten Territorien der Dritten Welt ausgetragen wurde, bedeutet der IV. Weltkrieg einen Konflikt zwischen den Metropolenfinanzzentren und den Mehrheiten der Welt und findet mit konstanter Intensität auf Weltenebene in diffusen und wechselnden Räumen statt.

Laut Coronil setzt die Globalisierung wenn nicht das Verschwinden des Staates so doch seine Neudefinition aufs Spiel. Die Staaten, die gezwungen wurden, "Striptease" zu machen, können dazu getrieben werden, sich unter dem Druck der unzufriedenen Subjekte oder der Drohung einer politischen Niederlage neue Kleider anzulegen. "Der Zauber des zeitgenössischen Imperialismus besteht darin, sein eigenes Verschwinden abzuwehren, indem der Markt mit der Personifizierung der menschlichen Rationalität und des Glücksgefühls erscheint. Die vorherrschenden Diskurse der Globalisierung bieten die Illusion einer homogenen Welt an, die konstant auf den Fortschritt zugeht. Die Globalisierung intensiviert jedoch die Teilungen der Menschheit und beschleunigt die Zerstörung der Natur. Die postkolonialen Studien müssten sich den Verführungen und Versprechen der neoliberalen Globalisierung entgegenstellen. Diese Aufgabe ist untrennbar von der Suche nach einer alternativen Konstruktion des Fortschritts, der von der Hoffnung einer Zukunft angetrieben ist, in der alle Menschen einen würdigen Platz auf einem von uns allen vorübergehend geteilten Planeten haben." (Coronil 2000: 20)

Escobar (2000) stellt fest, dass die Hauptdynamik der Kultur und der Wirtschaft von unbekannt globalen Prozessen signifikativ verändert wurde, der Ort verschwand im Rausch der Globalisierung der letzten Jahre und die Verwischung des Raums hat nach Escobar tiefe Folgen in unserem Verständnis von Kultur, Wissen, Natur und Wirtschaft hinterlassen.

Nach Escobar ist die Bedeutung des "Ortes" als der Erfahrung einer spezifischen Örtlichkeit mit einem gewissen Grad der Verwurzelung, Abgrenzungen und Verbindungen mit dem Alltag, mit einer Identität, die aufgebaut wird und nie stabil ist, weiterhin im Leben der meisten Menschen, vielleicht aller, wichtig. Seine These lautet, dass die Theorien der nachhaltigen Entwicklung und der politischen Ökologie hoffnungsträchtige Räume darstellen, um eine Dimension wieder einzuführen, die auf dem Ort basiert und auf den Diskussionen über die Globalisierung, vielleicht sogar um eine Verteidigung des Orts zu formulieren. Eine Neubestätigung des Orts, der Nicht-Kapitalismus und die lokale Kultur gegenüber der Beherrschung des Raums, das Kapital und die Modernität, die im Diskurs der Globalisierung zentral sind, müssen in Theorien enthalten sein, die die Möglichkeit schaffen, die Welt aus der Perspektive von Praktiken, die auf einem Ort basieren, neu zu konzipieren und wiederherzustellen.

Escobar geht vom problematischen Charakter der Beziehung zwischen Ort und Kultur aus und hebt die Tatsache hervor, dass die Orte historische Kreationen sind, die erklärt und nicht übernommen werden müssen; diese Erklärungen müssen die Formen berücksichtigen, in denen der globale Kreislauf des Kapitals, des Wissens und der Medien die Erfahrung der Örtlichkeit konfigurieren. Der Ausgangspunkt wechselt deshalb zu den vielfältigen Verbindungen zwischen Identität, Ort und Macht – zwischen der Schaffung des Orts und der Schaffung der Menschen – ohne einzubürgern oder Orte als Quelle von authentischen und essenziellen Identitäten zu bauen. Der Ort und das in diesem Ort begründete Wissen sind weiterhin wesentlich, um die Globalisierung, die Postentwicklung und die ökologische Nachhaltigkeit in sozialer und politisch effektiver Form anzugehen.

Der Ort – wie die lokale Kultur – kann als "das Andere" der Globalisierung aufgefasst werden, sodass eine Diskussion des Orts eine neue wichtige Perspektive für das Neudenken der Globalisierung und die Frage der Alternativen zum Kapitalismus und zur Modernität anbieten müsste, schließt Escobar.

Kritik der instrumentellen Rationalität, der Hyperspezialisierung und der Technobürokratien. Verbunden mit der Umweltkrise, die das Misstrauen in die Technowissenschaft und in die Aktion derjenigen, die von Eichel "Wissenschaftler in ihren gefährlichen Manipulationen" genannt werden, hervorgerufen hat, wurde eine Kritik an der instrumentellen Rationalität und dem Utilitarismus, der Hyperspezialisierung und der Diktatur der Technobürokraten entwickelt.

Was Beck das "Nicht-Wissen" nannte, wobei er glaubt, das "wir wissen", ist das, was Morin als die Probleme des aktuellen Wissens beschreibt. Er stellt fest, dass wir die gelernten dualistischen und einlinigen Schemen überwinden müssen, sie verlernen müssen, um auf eine andere Art und Weise sehen und komplexe Beziehungen verstehen zu können; zu akzeptieren, dass wir nicht wissen, statt zu glauben, dass wir wissen und das wir uns im Moment der Anwendung wissenschaftlicher Entdeckungen und technologischer Erneuerungen vorsichtiger verhalten.

"Es ist so, dass das komplexe Denken von einer dauernden Spannung zwischen dem Streben nach einem nicht zerstückelten, ungeteilten, nicht reduktionistischen Wissen und dem Anerkennen des Unfertigen und Unvollständigen in allem Wissen angetrieben ist." (Morin 1990: 23)

Morin beschreibt das Problem so: "Wir leben unter dem Imperium der Prinzipien der Disjunktion, Reduktion und Abstraktion, deren Gesamtheit das ist, was ich das ‚Paradigma der Vereinfachung‘ nenne." (Morin 1990: 29)

Morin erklärt, dass unsere Unfähigkeit komplex zu denken aufs Engste mit der Geschichte der wissenschaftlichen Entwicklung verbunden ist. Descartes formulierte dieses Meisterparadigma des Westens, indem er das denkende Subjekt (*ego cogitans*) und die ausführliche Sache (*res extensa*) desartikulierte, d. h. Philosophie und Wissenschaft, und als Wahrheitsprinzip die "klaren und deutlichen" Ideen postulierte, d.h. das disjunktive Denken selbst. Dieses Paradigma, das das Abenteuer des westlichen Denkens seit dem 17. Jahrhundert kontrolliert, ermöglichte enorme Fortschritte des wissenschaftlichen Wissens und der philosophischen Reflexion. Seine späteren negativen Folgen werden bis zum 20. Jahrhundert nicht preisgegeben. Diese Trennung, die die Kommunikation zwischen dem wissenschaftlichen Denken und der philosophischen Reflexion selten machte, entzog schließlich der Wissenschaft jegliche Möglichkeit, sich zu kennen, über sich selbst nachzudenken und sogar sich selbst wissenschaftlich zu konzipieren. Das Trennungsprinzip isolierte die drei Bereiche des wissenschaftlichen Wissens radikal voneinander: die Physik, die Biologie und die Wissenschaft des Menschen.

Die einzige Art, diese Disjunktion zu überwinden, verläuft über die Simplifikation: die Reduzierung des Komplexen auf das Einfache. Eine Hyperspezialisierung musste den komplexen Stoff der Realitäten auseinanderreißen und zerstückeln, um glauben zu lassen, dass der willkürlich vorgenommene Schnitt des Realen das Reale selbst sei. Das Ideal des klassischen wissenschaftlichen Wissens war, hinter der scheinbaren Komplexität der Phänomene eine perfekte Ordnung zu entdecken, die die perfekte Maschine regelt (*el cosmos*), die selbst aus vielen Mikroelementen besteht (den Atomen), die vielfältig in Objekten und Systemen vereinigt sind.

Dieses Wissen begründet seine Strenge und seine Operationalität in der Messung und der Berechnung, aber die Mathematisierung und Formalisierung haben die Wesen und die Existierenden immer mehr desintegriert, da sie Realitäten nur für die Formeln und die Gleichungen halten, die die quantifizierten Einheiten regieren. Schließlich kann das vereinfachende Denken die Verbindung des Einen mit dem Vielfältigen konzipieren (*unitas multiplex*). Oder es vereinigt abstrakt, indem es die Diversität annulliert oder sie im Gegenteil nebeneinanderstellt, ohne die Einheit zu konzipieren.

So gelangen wir zu einer *blinden Intelligenz*, die die Gesamtheiten und Totalitäten zerstört und alle ihre Objekte aus ihrer Umgebung isoliert. Sie kann die unzertrennliche Bindung zwischen dem Beobachter und der beobachteten Sache nicht konzipieren. Die Schlüsselrealitäten sind desintegriert. Die dominierende Methodik produziert Verdummung, weil zwischen den getrennten Elementen des Wissens kein Zusammenschluss mehr besteht und deshalb auch keine Möglichkeit, in sie einzugreifen und über sie nachzudenken.

Leider wird die verstümmelnde und eindimensionale Vision grausam in den menschlichen Phänomenen bezahlt: die Unfähigkeit, die Komplexität der anthropo-sozialen Realität in ihrer Mikrodimension (das individuelle Wesen) und in ihrer Makrodimension (das planetarische Ganze der Menschheit) zu konzipieren, hat zu unendlichen Tragödien geführt und führte uns zur größten Tragödie: die vereinfachende und manichäische Politik. Die politische Strategie erfordert komplexes Wissen, weil die Strategie mit und gegen das Ungewisse, das Zufällige arbeitet, das vielfältige Spiel der Interaktionen und der Rückwirkung. Morin beabsichtigt, beim Verständnis zu helfen, dass ein verstümmelndes Denken notwendigerweise zu verstümmelnden Handlungen führt. Seine Absicht ist es, dass man sich der zeitgenössischen Pathologie des Denkens bewusst wird.

Diese von Morin definierte "blinde Intelligenz" bildet eine der Hauptkritiken des Rationalisierungsprozesses, der für die Modernität charakteristisch ist, aber so paradox es auch scheinen mag, statt weniger Rationalisierung, wird mehr und bessere Rationalisierung erfordert, man könnte sagen, dass die Rationalisierung wie die Modernität unbeendete Projekte sind. Als Menschheit sind wir noch weit davon entfernt, 100 Prozent unserer rationalen Fähigkeiten benutzen zu können und das logische Denken zum Lösen der Probleme anzuwenden. "Wir müssen pausenlos gegen die Vergötterung der Vernunft kämpfen, jedoch ist es unser einziges verlässliches Wissensinstrument, vorausgesetzt dass es nicht nur kritisch, sondern auch selbstkritisch ist." (Morin 1990: 103)

Morin stellt fest: "Die Komplexität ist effektiv das Gewebe von Ereignissen, interaktiven Aktionen, Rückkoppelungen, Determinationen, Zufälle, die unsere phänomenale Welt bestimmen." (Morin 1990: 32)

Wir werden versuchen, nicht vom Einfachen zum Komplexen zu gehen, sondern von der Komplexität zu noch größerer Komplexität. Die Linien, die Tendenzen der zunehmenden Komplexität werden uns erlauben sehr grob die Modelle niedriger Komplexität, mittlerer Komplexität, hoher Komplexität in ihrer Funktion zur Entwicklung der Selbstorganisation zu bestimmen (Autonomie, Individualität, Reichtum der Umweltbeziehung, Lernfähigkeiten, Einfallsreichtum, Kreativität, usw.). Aber schließlich kommen wir dazu, vom menschlichen Gehirn ausgehend die wirklich überraschenden Phänomene sehr hoher Komplexität zu betrachten und *Hyperkomplexität* als einen neuen und wesentlichen Begriff für die Betrachtung des menschlichen Problems vorzuschlagen.

1.6 Das Bewusstsein der moderne Subjekte und die Bildung eigener Modernisierungswege in Kolumbien

In dieser Arbeit wird das Projekt der Moderne sowie deren Gültigkeit und Bedeutung gekennzeichnet. Die Modernität wird verstanden als das Erscheinen eines Subjekts, das ankommt, um zu bleiben und sich voll und integral im Innern der Gesellschaft zu entwickeln, von der es ein Teil ist. Im Fall der kolumbianischen Gesellschaft ist es wichtig, das Bewusstsein für diese aufgeschobene und untergeordnete Modernität zu entwickeln, da es, wie Touraine feststellt, keine Modernität gibt ohne Bewusstsein der Modernität und ihrer Notwendigkeit, ohne universalistische Überzeugung und ohne Vertrauen in die Vernunft. Hinkelammert seinerseits charakterisiert die Modernität als den Moment, in dem im 15. und 16. Jahrhundert die Ideen der Humanisierung und der Emanzipation des Menschen in Europa erscheinen, das sind neue Kreationen von einer Welt, die ab diesem Mo-

ment immer mehr als säkulare und verfügbare Welt aufgefasst wird. Humanisierung und Emanzipation sind die beiden Ideen dieser Modernität, die in Kolumbien errichtet und realisiert werden müssen.

“Der Mensch hat Würde, auch wenn er in Ketten geboren wird. Die Ketten sind die Negation von etwas, das der Mensch ist. Humanisieren ist den Menschen von den Ketten zu befreien. Freiheit ist Freiheit der Ketten und das kritische Denken muss sagen und ableiten, was diese Ketten sind. Es muss danach gefragt werden, bis zum welchem Grad die versprochenen Freiheiten, die in der ideologischen Welt angeboten werden, selbst neue Ketten verstecken.” (Hinkelammert 2007: 279)

Die von Marx inspirierte lateinamerikanische Schule für kritisches Denken versucht als imperative Kategorie, alle Beziehungen zu zerstören, in denen der Mensch gedemütigt, unterjocht, verlassen und verächtlich wird. In diesem Sinne nähert sich dieses Denken den ursprünglichen Versprechen der Modernität, die Quijano erwähnt.

In dieser Arbeit wird an zweiter Stelle die Modernisierung als jener Prozess der Stärkung der Institutionen charakterisiert, die sozusagen als Erfolge der Humanität zu verbuchen sind, solange nichts Besseres sie verdrängt: die Demokratie, der Staat und die Marktwirtschaft. Die Verteidigung dieser Institutionen ist wichtig, da der Neoliberalismus sie zur Verteidigung seiner kapitalistischen Ideologie untergräbt, die, wie Touraine feststellt, den Diskurs der individuellen Freiheit auf die Vereinfachung reduziert, dass den Aktivsten und Begabtesten in der Gesellschaft Freiräume zu lassen sind.

Was die Marktwirtschaft betrifft, die vielleicht am meisten hinterfragte Institution, geht es darum, für eine “gerechte” und “ökologische” Marktwirtschaft zu arbeiten, in der wirkliche Bilanzen der Belastungen gemacht werden können, um Preise und Zugänge zum freien Markt zu bestimmen, um die Ausbeutung der Personen und der Umwelt derjenigen Länder zu verhindern, die nicht über ausreichende Macht verfügen, ihre eigenen Interessen in der globalisierten Welt zu verteidigen. In Bezug auf den Staat muss dieser gestärkt werden; man muss “ihn mit neuen Kleidern anziehen”, wie Coronil feststellt, und ihn höheren Zielen unterordnen, für die er gebildet wurde, und in ihm die Wirtschafts- und Medienherrschaft und deren Selbstreferenzierung bekämpfen. Dafür gilt es zu bedenken: Der Staat ist nicht das besondere Unternehmen der Fachleute der Politik.

Wenn auch die Postmodernisten tiefe Kritik an den Institutionen der Modernisierung wie dem Markt und dem Staat und deren Fähigkeit zur Unterdrückung anbringen, ist eine wichtige Kritik an dieser Theorie, dass nicht von Postmodernismus die Rede sein kann, solange die Institutionen der Modernität gültig sind. Diese Institutionen sind – wie bereits erwähnt – laut Zapf: die Demokratie, die Marktwirtschaft, der Wohlfahrtsstaat und der Massenkonsum. Auch Giddens nennt vier Modernitätsinstitutionen, aber andere als die vorstehenden: Kapitalismus, Industrialisierung, Kontrollfähigkeit und Kontrolle der Gewaltmedien. Ihnen gemeinsam ist, dass sie im Allgemeinen vom Staat ausgeübt werden. In der Definition der Modernitätsinstitutionen kann ein Unterschied zwischen dem englischen und dem deutschen Denken beobachtet werden.

Die Bedeutung einer Institution wie der Demokratie besteht in der Tatsache, dass die schweren Probleme, die die neoliberale Globalisierung verursacht, in der politischen Arena gestellt und gelöst werden müssen, wie Beck vorschlägt. Die Politisierung des Problems und seine Berücksichtigung im politischen Programm der Länder sind wichtig.

Das Dritte ist die Validierung der Modernisierungsmechanismen, um zu erreichen, dass die Institutionen funktionieren und die Fähigkeit haben, auf die wechselnden Forderungen der Gesellschaft zu antworten: die Individualisierung, die soziale Integration, die Generalisierung der Werte und der

soziale Aufstieg, die als Wohlfahrt und Garantie der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rechte gemessen werden.

Wohlbefinden der Bevölkerung, Lebensqualität, soziale Integration und Werte sind die Themen, die zur Untersuchung des Modernisierungsprozesses der letzten 60 Jahre in Kolumbien als relevant betrachtet werden.

Schließlich ist bei diesem Ziele- und Institutionsinventar wichtig, dass sich jede Gesellschaft, in diesem Fall die kolumbianische, autonom und partizipativ verhält, d. h. die Richtung, den Inhalt und die Form ihres sozialen Miteinanders in der Gesellschaft selbst definiert, d.h. ihren eigenen Pfad der Modernisierung bzw. ihren eigenen Weg, die Prinzipien der Modernität zu realisieren, wählt. Kurz: Weder ein anderes Modell noch irgendeine Kopie dient dazu als Vorlage. Die richtige Vorgehensweise wird das Ergebnis der eigenen Reflexion, sowohl der Individuen als auch der Gemeinschaft, über die Bedeutung der Beziehung von Subjekt und Gesellschaft sein, die dazu dient, die beste Art und Weise zu leben und zusammen zu sein herauszufinden.

Die Konstruktion muss auch auf dem Gelebten basieren, d. h. auf unserer Geschichte und auf dem, was wir sind und haben. Wir können die Gesellschaft nicht auf etwas aufbauen, das wir nicht haben oder auf der Negation dessen, was wir sind. Wir müssen den Traum, wie Andere zu sein, abrechnen und den Traum entdecken und verwirklichen, wie wir sind, was wir sein wollen und sein können. Eine wichtige Methode besteht darin, zu versuchen den "Ort" zu verstehen, wie von Escobar festgestellt. Das ist die Information, die die Analyse der empirischen Daten Kolumbiens erbringt.

Die "Subjektivierung", die Touraine auf der Ebene der Individuen vorschlägt, wird auf sozialer Ebene erforderlich, d. h. die Reflexion darüber, was wir sind und was wir sein wollen, ohne Einschränkungen, die von Ideologien aufgedrängt werden, oder äußeren Druck. Die Modernität weist auf die Notwendigkeit der Autonomie auf individueller und kollektiver Ebene hin. Die große Frage ist, ob Kolumbien autonom sein konnte oder nicht und ob es im gegenwärtigen Kontext der neoliberalen Globalisierung eines Tages werden kann.

Das Thema der Autonomie und der Selbstbestimmung ist jedoch nicht nur für die sogenannten Dritte-Welt-Länder von Interesse. In der Ersten Welt gibt es auch Theoretiker, wie Touraine, die die Frage der Unfähigkeit der Gesellschaften zu handeln und ihre gegenwärtigen Probleme zu regeln, aufwerfen. Für ihn ist gewiss, dass die okzidentale Modernität mit der Sklaverei, mit der Beherrschung einer Klasse, der Unterordnung der Frauen und der kolonialen Eroberung verbunden ist und auf der Herrschaft einer Klasse bzw. einer führenden Elite beruht. Aber: Die Idee der Modernität bildete sich auch gegen diese Art von Modernisierung aus.

Von diesem Standpunkt aus und dialogisch analysierend, wie Morin es vorschlägt, ist Modernität gleichzeitig das Gift und das Gegengift.

Touraine stellt dar, dass die Anerkennung des Subjekts als Träger universeller Rechte und der Genuss dieser Rechte nur über lange, kollektive Kämpfe erreicht wurden, wobei sich der Kampf dadurch auszeichnet, dass man sich vom dominanten Interpretativen Diskurs (DID) befreit: "Dominanter interpretativer Diskurs kann man diese Gesamtheit von Vorstellungen nennen, die eine Vermittlung darstellen, aber vor allem die Konstruktion eines Bildes der Gesamtheit von sozialem Leben und der individuellen Erfahrung." (Touraine 2007: 31) Es handelt sich um die Repräsentation von uns selbst und der Interpretation der gelebten Situationen. Laut Touraine waren wir in einer Sicht des sozialen Lebens eingeschlossen, die uns aller Freiheit und Kreativität beraubt – die Vision einer Gesellschaft ohne Akteure, äußeren Determinismen völlig untergeordnet. Diese Vision ist ein Hindernis, sowohl für das Handeln als auch für das Denken.

Etwas Wichtiges, das die Kritiker der Modernisierung beigetragen haben, ist die Kritik der Fortschrittsidee, wie Touraine festhält. Die Kriege der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verhindern, weiterhin an die Idee des Fortschritts der Gesellschaft als etwas Natürlichem oder Unvermeidlichem zu glauben. Im Gegenteil ist die Kritik der Rationalisierung ungerechtfertigt, liegt doch der Grund des Krieges in den Nationalismen und nicht in der Rationalisierung. Der Nationalismus in allen seinen Formen und in allen Gesellschaften zerstört den Universalismus der Modernität, auch wenn er den Fortschritt und die Freiheit anzupreisen vorgibt.

“Das Gefühl der Krise und der Ohnmacht, d. h. des Sinnverlusts, den wir zurzeit erleben, könnte geheilt werden, wenn wir in der Vergangenheit Aktions- und Denkweisen finden würden, die auf dem Glauben an ein mögliches Handeln, an die Bedeutung der sozialen Bewegungen und an die Notwendigkeit kultureller Werke basieren, die alle Aspekte des Lebens im Land vor allem zwischen denjenigen, die vor allem darunter leiden, dass sie sich die Theorie ihrer Ohnmacht, ihrer Abhängigkeit und ihrer Probleme zueigen gemacht haben.”¹¹ (Touraine 2007: 38).

Touraine sagt weiter: “Der Welttriumph einer kapitalistischen Ökonomie, die von jeglicher sozialen und politischen Kontrolle befreit ist, führt zu Brüchen, multipliziert die prekären Situationen, vergrößert die Ungleichheiten. Niemand ist versucht, zum blinden Vertrauen in den Fortschritt der Produktion, des Konsums und der Kommunikation zurückzukehren. Wir haben für immer die Illusionen verloren, die die “großen Potenzen” dazu führen, sich als die einzigen Treuhändler des Reiches der Vernunft und der Zukunft der Welt zu betrachten.”¹² (Touraine 2007: 39).

Touraine kritisiert die Praxis, den Anderen die Schuld dafür zu geben, was uns passiert: die Globalisierung der Wirtschaft, die amerikanische Hegemonie, die extreme Rechte oder die extreme Linke. Dies wirke, als ob wir nicht die Möglichkeit gehabt hätten, den Lauf der Dinge zu verändern, Entscheidungen zu treffen, die Kultur und die Politik umzuwandeln. Was wir die herrschende Ideologie oder den Geist der Zeit nennen, kann laut Touraine nicht nur von Außen verstanden werden, wir müssen die Vorstellung des sozialen Lebens und der persönlichen Erfahrung verlassen, die einen dominierenden Einfluss auf unsere jüngste Vergangenheit ausgeübt hat, wir müssen uns anstrengen, die ursprüngliche Form der neuen Denk-, Aktions- und Sprechweisen zu analysieren, um uns von unserem gegenwärtigen Ohnmachts- und Leeregefühl zu befreien.

“Es ist nicht zu spät, aus diesem Engpass zu kommen; es ist sogar vordringlich, die vergangenen Fehler zu kritisieren, die zum Teil noch gegenwärtig sind, wenn wir die Fähigkeit zu verstehen und zu handeln wiedergewinnen wollen.”¹³ (Touraine 2007: 26).

Touraine meint, dass das Wichtigste ist, dass die Verhaltensnorm nicht von der Besonderheit einer Kultur oder einer Gesellschaft vorgegeben wird, sondern von der Konstruktion jedes Einzelnen als Subjekt, Träger der universellen Rechte und der Individualität, das Recht, Subjekt zu sein, bedeutet nicht, kein Opfer mehr zu sein, sondern ein Akteur, der es vor allem versteht, eher eine unabhängige Beziehung zu sich selbst zu schaffen, als sich in eine Gemeinschaft zu integrieren.

Das besondere Augenmerk gilt nach Touraine den historischen Momenten von 1945 (der Fall der Nazis und des militärischen Japans), von 1989 (der Fall der Berliner Mauer und der sowjetischen Macht) und 2001 (der Angriff auf die Zwillingstürme und das Pentagongebäude durch terroristische Al-Quida-Gruppen), Touraine schreibt dazu: “Das ist eine erste Erklärung unserer Schwierigkeit, uns zu verstehen. Alles, was wir in der Mehrheit unserer Länder gemacht und gesagt haben, wurde

¹¹ Eigene Übersetzung aus dem Französischen. Alle Originalzitate befinden sich im Anhang.

¹² Eigene Übersetzung aus dem Französischen. Alle Originalzitate befinden sich im Anhang.

¹³ Eigene Übersetzung aus dem Französischen. Alle Originalzitate befinden sich im Anhang.

von der nächsten Erinnerung des Nazitotalitarismus und der noch näheren Präsenz des sowjetischen Totalitarismus auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs befohlen. Die Konfrontation zweier Imperien und zweier Ideologien ist beständig über unser Leben gezogen, wir haben immer an unserer Fähigkeit gezweifelt, unsere eigene Geschichte zu machen und uns ein Ziel zu wählen.”¹⁴ (Touraine 2007: 27).

Die Modernität bietet Ideen an, bildet Institutionen, die gebraucht und manipuliert werden können. Es hängt von der Überzeugung der Menschen ab, sie zu verteidigen. Sie können einfach Rhetorik sein oder Instrumente zur Befreiung: Jede Gesellschaft muss ihren Weg finden.

Eine Kritik an der Modernität bezieht sich auf deren Kritik an der Tradition. Aber es ist ein Fehler, ein dichotomisches Denken zu benutzen, da nichts von nichts ausgehend aufgebaut werden kann. Die Modernität wendet sich nicht gegen die Tradition im Allgemeinen, sondern gegen traditionelle Beherrschungsstrukturen, in diesem Fall der feudalen, die in dieser Zeit bestehen. In der Gegenwart bedeutet Modernität auch Befreiung von Strukturen, die die Individuen unterwerfen, unterjochen, in diesem Fall: der wilde Kapitalismus und der Neoliberalismus.

Modernität ist Selbstbewusstsein, Bewusstsein der Anderen und des Anderen und Kämpfen für die Würde, die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität. Solange wir nicht in einer Welt leben, wo all das möglich ist, dürfen wir nicht an eine überwundene Modernität denken. Wir sind noch auf dem Weg und legen den Weg zurück, während wir gehen.

¹⁴ Eigene Übersetzung aus dem Französischen. Alle Originalzitate befinden sich im Anhang.

2. METHODIK UND FORSCHUNGSPROZESS

„Das erste neue Problem hat es mit den Anfechtungen der Modernität zu tun. Man sollte meinen, daß das beinahe abgelaufene Jahrhundert uns eindringlich genug gelehrt hat, daß Geschichte nicht nur in eine Richtung verläuft.“

Dahrendorf

2.1 Problemdefinition, Forschungsfragen und Hypothesen

Armut, Elend und Ungleichheit in Kolumbien werden als Probleme definiert und mithilfe soziologischer Theorien untersucht und analysiert. Die Fragestellung dieser Arbeit betrifft das Verhältnis von Modernisierung und sozialen Konflikten in Kolumbien. Die Probleme von Armut, Elend und Ungleichheit als Begleiterscheinungen der Modernisierungsprozesse werden als Ausdrucksformen sozialer Konflikte analysiert.

Die erste Hypothese dieser Arbeit lautet, dass die Modernisierung in Kolumbien ein nicht konsolidierter Prozess ist, weil die Grundinstitutionen der Modernisierung – Demokratie, Staat und Wirtschaft – auf dem westlichen Modell aufgebaut wurden, ohne mit dem vollen Funktionieren der vier, diese Institutionen stützenden, sozialen Mechanismen rechnen zu können: 1) Mechanismen der Individualisierung und Differenzierung ihrer Strukturen, 2) Mechanismen der Integration und sozialer Inklusion, 3) Mechanismen der Wertegeneralisierung der Gesellschaft und 4) Mechanismen, die die zunehmende Beweglichkeit und das Wohlbefinden der Bevölkerung fördern.

Die zweite Hypothese ist, dass die Modernisierungsinstitutionen im Zuge der Globalisierung unter anderem wegen der marginalen und abhängigen Position des Landes vom System der internationalen Beziehungen nicht nur nicht gestärkt, sondern geschwächt wurden. Deswegen haben sich Armut und Hilfsbedürftigkeit nicht signifikant reduziert, im Gegenteil hat die Ungleichheit sogar zugenommen.

2.2 Theoretische Grundlagen

Armut, Elend und Ungleichheit in Kolumbien werden als soziale Konflikte erforscht und mithilfe der Konflikttheorie von Ralf Dahrendorf und der Modernisierungstheorie von Wolfgang Zapf analysiert. Sowohl die Konflikttheorie als auch die Modernisierungstheorie wurden wegen ihrer Angemessenheit zur Analyse der Realität der kolumbianischen Gesellschaft ausgewählt, die sich durch ein hohes soziales Konfliktniveau auszeichnet sowie durch eine Institutionsstruktur, die vom Modell der modernen westlichen Gesellschaften kopiert ist.

Für einen kritischen Hintergrund werden sowohl die von Ulrich Beck in Bezug auf die Globalisierung entwickelten Theorien der zweiten Moderne und der reflexiven Modernisierung, als auch die kritischen Theorien der Dependenz, der *Colonial Studies* und der *Postcolonial Studies* berücksichtigt.

2.2.1 Konflikttheorie

Für Ralf Dahrendorf wird jede Gesellschaft von bestimmten und der ganzen Gruppe auferlegten Verhaltensnormen geregelt. Für ihn besteht der Grund der Ungleichheit zwischen den Menschen

darin, dass es soziale Gruppen gibt, die die Rolle der Steuerung bei der Definition und der Durchsetzung der Normen (positive Rolle) ausführen und andere, denen die Rolle der Einhaltung und Unterordnung (negative Rolle) gegenüber diesen tatsächlichen Mächten zukommt.

Diese dichotome Machtbeziehung, die in jeder Gesellschaft existiert, zu verstehen, bedeutet das Strukturproblem der Ungleichheit zu verstehen. „Die Dichotomie sozialer Rollen in Herrschaftsverbänden, ihre Teilung in positive und negative Herrschaftsrollen, ist eine soziale Strukturtatsache. Wenn und insofern soziale Konflikte sich auf diesen Tatbestand zurückführen lassen, sind sie strukturell erklärt.“ (Dahrendorf 1970: 116)

Dahrendorf entwickelte ein Modell zur empirischen Anwendung der Konflikttheorie, das in dieser Untersuchung angewandt wird: „Das Modell zur Analyse des sozialen Konfliktes, das sich vor dem Hintergrund der Annahme einer Dichotomie der Herrschaftsrollen in Herrschaftsverbänden entwickeln lässt, involviert die folgenden Schritte:

1. In jedem Herrschaftsverband bilden die Träger der positiven und negativen Herrschaftsrollen zwei Quasigruppen, weil es sich hier um bloße Aggregate, nicht um organisierte Einheiten handelt; wir sprechen von latenten Interessen, weil die Gegensätzlichkeit der Orientierung auf dieser Ebene nicht notwendig bewusst sein muss, sondern zunächst nur als an bestimmte Positionen geknüpfte Erwartungen existiert. Gegensätzlichkeit heißt hier ganz formal, dass sich an positive Herrschaftsrollen die Erwartung eines Interesses an der Erhaltung des Status quo, an negative Herrschaftsrollen dagegen die eines Interesses zur Veränderung des Status quo knüpft.
2. Die Träger positiver und negativer Herrschaftsrollen, also die Mitglieder der gegensätzlichen Quasigruppen, organisieren sich zu Interessengruppen mit manifesten Interessen, wenn nicht bestimmte empirisch variable Bedingungen (die Bedingungen der Organisation) dazwischentreten. Interessengruppen sind im Gegensatz zu Quasigruppen organisierte Einheiten wie Parteien oder Gewerkschaften; manifeste Interessen sind formulierte Programme oder Ideologien.
3. Die solchermaßen entstehenden Interessengruppen stehen in ständigem Konflikt um die Erhaltung oder Veränderung des Status quo, dessen Formen und Intensität durch empirisch variable Bedingungen (die Bedingungen des Konfliktes) bestimmt werden.
4. Der Konflikt zwischen Interessengruppen im Sinne dieses Modells führt zu Veränderungen der Struktur der in Frage stehenden Sozialzusammenhänge durch Veränderungen ihrer Herrschaftsverhältnisse. Art und Weise, Schnelligkeit und Tiefgang dieser Einwirkung hängt von empirisch variablen Bedingungen (den Bedingungen des Strukturwandels) ab.

Es ist der Sinn eines solchen Modells, einen Problembereich abzugrenzen, die in ihm wirksamen Faktoren zu identifizieren und sie in eine Ordnung zu bringen, das heißt, fruchtbare Fragen nahelegen und zugleich ihren analytischen Ort eindeutig zu fixieren. Wir haben unseren Problembereich abgegrenzt durch das Verständnis des sozialen Konflikts als Konflikt zwischen Gruppen, die aus der Herrschaftsstruktur sozialer Organisationen hervor wachsen.“ (Dahrendorf 1970 : 116)

Empirische Bedingungen des sozialen Konflikts laut Dahrendorf

Bedingungen der Organisation: Dazu zählen die Möglichkeit der Kommunikation zwischen den Mitgliedern einer Quasigruppe und eine gewisse Systematik in der Rekrutierung der Quasigruppen. Politische Bedingungen als Voraussetzung der Bildung von Interessengruppen sind die Garantie der Koalitionsfreiheit, die materiellen Mittel, die Gründer und Führer und das Vorhandensein einer Ideologie.

Bedingungen des Konflikts: Zu den Voraussetzungen gehören der Grad familienpezifischer sozialer Mobilität und das Vorhandensein effektiver Mechanismen zur Regulierung sozialer Konflikte. Gibt es ein Kontinuum der Intensität sozialer Konflikte zwischen Interessengruppen, das vom demokratischen Streitgespräch bis zum Bürgerkrieg reicht, so scheint die Vermutung sinnvoll, dass das Vorhandensein oder Fehlen von sozialer Mobilität und Regulierungsmechanismen die Position bestimmter gegebener Konflikte auf diesem Kontinuum zumindest maßgeblich beeinflusst.

Bedingungen oder Variablen sozialer Strukturwandlungen, die aus dem Konflikt von Interessengruppen hervorgehen: Wahrscheinlich besteht ein relativ enger Zusammenhang zwischen der Intensität des Konflikts und des Wandels, das heißt, zwischen den Bedingungen des Konfliktes und des Strukturwandels. Hier kommen zusätzliche Faktoren ins Spiel wie das Beharrungsvermögen der herrschenden bzw. das Druckpotenzial der beherrschten Interessengruppe.

2.2.2 Modernisierungstheorie

In den modernen Staaten ist der hauptsächliche Sozialkonflikt der Machtkonflikt zur Definition und Institutionalisierung der Normen mit Pflichtcharakter für die ganze Gesellschaft. Er wird durch Beziehungen, Verhandlungen und politischen Wettbewerb zwischen den Akteuren gelöst und durch eine Institution reguliert wird: die Demokratie. Ihre Ausübung wird wiederum von einer Institution reguliert: dem Staat, der damit beauftragt ist, die Ökonomie zu regulieren, um die Wohlfahrt der Nation zu erreichen.

Die modernen Gesellschaften haben eine Reihe von strukturellen Veränderungen erlebt und Institutionen errichtet, deren Funktion es unter anderem ist, die sozialen Konflikte auf friedliche Art und Weise zu regeln. Dieser Prozess wird Modernisierung genannt. Jedoch existieren, wie im ersten Kapitel gezeigt wurde, verschiedene Konzepte und Theorien über diesen Prozess, der nicht frei von ideologischen Debatten ist.

Der Modernisierungsbegriff, der im Rahmen dieser Arbeit operationalisiert wird, stammt von dem deutschen Soziologen Zapf:

“Unter Modernisierung werden die sich wechselseitig beeinflussenden Strukturveränderungen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (Subsystemen) verstanden: Staaten- und Nationenbildung, Demokratisierung und sodann wohlfahrtsstaatliche Sicherung und Umverteilung im politischen Bereich; Industrialisierung, selbsttragendes Wirtschaftswachstum und sodann Tertiärisierung, d. h., Ausbau der Dienstleistungen und ihr Einbezug in den Massenkonsum im wirtschaftlichen Bereich; Urbanisierung, Bildungsentwicklung, Massenkommunikation (soziale Mobilisierung) und sodann steigende Mobilität im engeren sozialen Bereich; Säkularisierung, Rationalismus und Universalismus, unter anderem mit der Folge des wissenschaftlichen und technischen

Fortschritts, im kulturellen Bereich; Individualisierung und Leistungsorientierung im personalen Bereich. In systematischer Betrachtung gilt Modernisierung als Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Anpassungs- und Selbststeuerungskapazitäten, d. h. als positive Bilanz bei zugleich steigenden Ressourcen und Belastungen. In historischer Betrachtung gilt Modernisierung als die langfristige Folge der industriellen Revolution und der politischen Revolution des 18. Jahrhunderts, die einige Länder in internationale Führungsrollen gebracht und weltweite Nachahmungs- und Aufholprozesse in Gang gesetzt haben.” (Zapf 1994: 18)

Zur Analyse der Tendenzen der Modernisierung in Kolumbien werden die Variablen und Indikatoren, sowie die Hypothesen über die kausalen Beziehungen zwischen Veränderung der Sozialstrukturen und Veränderung der politischen Strukturen berücksichtigt, die Zapf auf der Grundlage seiner Untersuchung über die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 1989 formulierte.

“1. Änderungen in der demographischen Zusammensetzung und Ressourcenverteilung der Bevölkerung verändern die Wählerschaft, die Wahlergebnisse und führen zu Regierungswechseln.

2. Solche elementaren sozialstrukturellen Veränderungen kristallisieren sich in neuen Sozialmilieus und Lebensstilen, in einer ‚Veränderung des Lebensgefühls‘ und in ‚alternativen Lebensformen‘ (vgl. Baring 1982, S. 363-373).

3. Politische Unternehmer verändern sozialstrukturelle Merkmale – entweder aus kurzfristigem politischem Kalkül wie in der Gesetzgebung nach dem ‚Wahlzyklus‘ oder aufgrund langfristiger Steuerungsversuche, wie z. B. der Rentenreform; oder kraft der Eigenlogik der mit anderen Zielsetzung in Gang gesetzten Maßnahmen, wie z. B. der Bildungsreform.

4. Parteien und Koalitionen (der ‚CDU-Staat‘, die sozialliberale Koalition) erleben in einem S-förmigen Verlauf Aufstieg, Stagnation und Niedergang, weil sich die sozialstrukturellen Probleme, die sie zunächst erfolgreich bearbeitet haben, verändern oder weil sich sozialstrukturelle Probleme gegen die von ihnen im Aufstieg bearbeiten ideologischen und symbolischen Probleme wieder durchsetzen.

5. Die soziale und politische Ordnung wird nach einem verlorenen Krieg von den Siegern oder nach einer in einer schweren Krise erfolgten Revolution von Gegeneliten mit Hilfe von außen festgelegt, und sie bestimmt – unter der Bedingung relativer Leistungsfähigkeit – für Jahrzehnte die politische Entwicklung, die wiederum nur durch internationale Erschütterungen verändert werden kann.“ (Zapf 1994:100-102)

Zu untersuchende Sozialstrukturen und politische Veränderungen

“Unter Sozialstruktur kann man mindestens dreierlei verstehen: erstens die demographische Grundgliederung der Bevölkerung und die Verteilung zentraler Ressourcen wie Bildung, Beruf und Einkommen. Traditionellerweise wird dies im Querschnitt untersucht; neu ist die Längsschnittbetrachtung der sozialen Prägung des Lebenslaufs in der Abfolge der Generationen. Zweitens kann man unter Sozialstruktur – unter Einschluss von Werten und Mentalitäten – die Zusammenfassung dieser Gliederung in soziale Klassen und soziale Schichten verstehen. Neu ist hier die Perspektive, dass ‚flüssigere‘ Sozialmilieus und Lebensstile neben Klassen und Schichten betrachtet werden sollen. Drittens gibt es den anspruchsvolleren Begriff von Sozialstruktur als dem System gesellschaftlicher

Ordnungen und Basisinstitutionen, zu denen dann allerdings auch politische Ordnungen und Institutionen gehören. Veränderungen der Sozialstruktur kann man in ihrer Richtung am Maßstab der *Modernisierung* (funktionale Differenzierung, Interpenetration, Kapazitätssteigerung) und in ihrer Bedeutung für den einzelnen als *Wohlfahrtsentwicklung* bestimmen und messen [Hervorhebung im Original].

Politischen Wandel möchte ich hier in Regierungswechsel, Regimewechsel und Systemwechsel unterteilen. Systemwechsel greifen in das System gesellschaftlicher Ordnungen und Basisinstitutionen ein, wie in Deutschland 1918, 1933, 1945/49 und wie 1989 in der DDR. Unter Regimewechsel möchte ich den "Machtwechsel" von 1969 und die "Wende" von 1982 verstehen, also langfristige und tiefgreifende Kurswechsel der Politik, die sich in ihren Resultaten für Modernisierung und Wohlfahrtsentwicklung nachweisen lassen müssten." (Zapf 1994:100-101)

Die Analyse der Modernisierung in Kolumbien wird es ermöglichen, auf die von Zapf gestellte und von ihm beantwortete Frage zu antworten: "Gab es prinzipielle Alternativen für diese Grundentscheidungen und Basisinstitutionen? Am Anfang sicher in vielen institutionellen Details und natürlich in der Wirtschaftsordnung. Aber der Blick auf die entwickelten westlichen demokratischen Gesellschaften zeigt, daß sie sich – bei aller institutionellen Vielfalt – sämtlich innerhalb der Bandbreite von Konkurrenzdemokratien, Marktwirtschaften und Wohlstandsgesellschaften bewegen. Die wichtigsten Dimensionen der Variationen sind das Ausmaß des politischen Zentralismus, der regionalen Disparitäten, der ethnisch-regionalen Konflikte, der konkordanzdemokratischen Elemente, der Klassenspolarisierung, insbesondere die einer Underclass, sowie das Ausmaß des Wohlfahrtsstaats und der sozialen Bindungen der Marktwirtschaft." (Zapf 1994:103)

2.3 Zum methodischen Vorgehen

2.3.1 Literaturanalyse

Zunächst wurden die verschiedenen Autoren zum Thema Armut, Elend und Ungleichheit ausgewertet, die das Hauptproblem der Untersuchung betreffen. Zweitens wurden die Autoren ausgewählt, deren Theorien in dieser Untersuchung vertieft werden: Dahrendorf, Zapf, Beck und Kritiker der Modernisierungstheorie auf der Grundlage der Untersuchungen des Neokolonialismus und anderer Kritiker der Modernisierung mit Betonung auf Autoren der Lateinamerikanischen Schule des Kritischen Denkens.

Nach der Auswertung dieser Autoren wurden die in dieser Untersuchung zu operationalisierenden Konzepte, Variablen und Indikatoren ausgewählt, die vorher identifiziert wurden.

2.3.2 Sozialstrukturanalyse von Kolumbien

Die Analyse der Sozialstruktur als dem System gesellschaftlicher Ordnungen und Basisinstitutionen, zu denen politische Ordnungen und Institutionen, Staaten- und Nationenbildung, Demokratisierung und sodann wohlfahrtsstaatliche Sicherung und Umverteilung gehören, wurde auf der Grundlage der historischen Analyse vorgenommen, die die Zeit von der Eroberung bis heute umfaßt. Dabei wurden zwei Epochen analysiert: Die Kolonie unter der spanischen Monarchie und die Unabhängigkeit mit den verschiedenen Regierungssystemen bis heute, was es ermöglichte, die Veränderungen der politischen Systeme oder Staatsformen, die politischen Regimewechsel oder Füh-

rungsstrukturen des Staats, die Regierungswechsel oder Verwaltungswechsel des Staats und die Hauptinstitutionen, d. h. die sozialen, ökonomischen und politischen Meilensteine jeder Periode zu identifizieren.

Die betrachteten Autoren waren: Colmenares (1987), Fals (1982), Jaramillo (1987), Jaramillo (1998), König (2008), Martínez (2008), Melo (1987), Ocampo (1987; 1989) Ocampo et al. (1987) und Tovar 1987.

Diese historische Information wurde mit der Analyse der Präsidenten von Kolumbien seit der Unabhängigkeit und den Wahlergebnissen seit dem Jahr 1998 bis 2011 ergänzt, wofür Tabellen erarbeitet wurden, die Zusammenfassungen auf nationaler Ebene und auf regionaler Ebene für die Bananenzone und die Kaffeezone darstellen. Diese Tabellen befinden sich im Anhang Nr. 1 (Tabelle Nr. 1: Analyse der Präsidenten von Kolumbien und Tabelle Nr. 2: Wahlergebnisse).

Zum Schluss wurde eine qualitative Analyse dokumentarischer Art der Verfassungen von 1886 und 1991, des Konkordats von Kolumbien mit dem Heiligen Stuhl 1974 sowie der Satzungen der Parteien realisiert: Konservative und Liberale Partei, Bewegung Zuerst Kolumbien, Soziale Partei der Nationalen Integration Partei der U, Alternativer Demokratischer Pol und Grüne Partei, d. h., Parteien, denen die gewählten Präsidenten angehören oder diejenigen Kandidaten mit der zweithöchsten Stimmenzahl bei den untersuchten Wahlen. Diese Analyse erlaubte es, die Behandlung der Modernisierungsinstitutionen und -mechanismen in deren programmatischen Texten zu identifizieren. Diese Dokumente befinden sich im Anhang Nr. 2.

Die Analyse der Sozialstruktur als demografische Grundgliederung der Bevölkerung und Verteilung zentraler Ressourcen wurde zuerst auf der Grundlage der Zusammenstellung und Analyse der statistischen Information der letzten fünf Volkszählungen gemacht, die in den Jahren 1951, 1964, 1973, 1985, 1993 und 2005 in Kolumbien durchgeführt wurden. Diese Information wurde auf ökonomischer Ebene mit den Ergebnissen der Nationalen Umfrage zu Einkommen und Ausgaben ergänzt, die zwischen 2006-2007 durchgeführt wurde, auf regionaler Ebene mit der Analyse der Information der Steuerberichte der Gemeinden der Bananen- und der Kaffeezone.

Im Rahmen dieser Sekundäranalyse wurden anhand der statistischen Informationen die folgenden Tabellen erarbeitet: Tabelle Nr. 3: Sozialstrukturen 1951, Tabelle Nr. 4: Sozialstrukturen 1964, Tabelle Nr. 5: Sozialstrukturen 1973, Tabelle Nr. 6: Sozialstrukturen 1985, Tabelle Nr. 7: Sozialstrukturen 1993, Tabelle Nr. 8: Sozialstrukturen 2005, Tabelle Nr. 9: Sozialstrukturen, Überblick 1951-2005, Tabelle Nr. 10: Bevölkerung 1951-2005, Wachstumsraten, Tabelle Nr. 11: Nationalen Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007, Tabelle Nr. 12: Ethnische Landkarte, BIP, Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse, Tabelle Nr. 13: Lateinamerikanisches soziodemografisches Profil (CEPAL), Tabelle Nr. 14: Lateinamerikanisches ökonomisches Profil (CEPAL), Tabelle Nr. 15: Lateinamerikanisches Umweltprofil (CEPAL), Tabelle Nr. 16: Lateinamerikanische Ränge Welthandelsorganisation (WTO) 2012.

Die Sozialstruktur – unter Einschluss von Werten und Mentalitäten – als Gliederung in soziale Schichten

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Analyse der Sozialstruktur als demografische Grundgliederung der Bevölkerung und der Verteilung zentraler Ressourcen wurden einige Sozialschichten, Werte und damit verbundene Mentalitäten identifiziert.

2.3.3 Kontrastanalyse zwischen Sozialstrukturen und Modernisierungspfaden in der Bananenregion und der Kaffeeregion

Ein anderes Ziel dieser Doktorarbeit ist es, ein Kontrastanalyse zwischen zwei unterschiedliche Regionen Kolumbiens zu machen: Die Zentrale Kaffeeregion, die weniger Armutsindizes, Hilfsbedürftigkeit und eine bessere Lebensqualität ihrer Bevölkerung aufweist, und die Bananenregion, die im kolumbianischen Uraba liegt und deren Bevölkerung durch hohe Armuts-, Hilfsbedürftigkeits- und Ungleichheitsniveaus charakterisiert wird. Wie zu sehen ist, kennzeichnen sich die beiden Regionen durch ihren hohen Kontrast. Dies gilt insbesondere für die strukturellen Voraussetzung die mich interessieren: Armut, Elend und Ungleichheit.

Im Rahmen dieser Kontrastanalyse wurden anhand der sekundäre statistischen Informationen die folgenden Tabellen erarbeitet: Tabelle Nr. 17: Armut, Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse, Nationale Umfrage zur Lebensqualität Regionen, Kolumbien, Tabelle Nr. 18: Strukturen 1951-2005 Bananen- und Kaffezone, Tabelle Nr. 19: Volkszählung 2005 Strukturen Bananen- und Kaffezone, Tabelle Nr. 20: Volkszählung 2005 Gemeinschaftsbeteiligung Bananen- und Kaffezone, Tabelle Nr. 21: Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse, Index für Lebensqualität, Bananen- und Kaffezone, Tabelle Nr. 22: Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse 2012, Bananen- und Kaffezone, Tabelle Nr. 23: Anbaufläche Kaffee pro Produzent, Tabelle Nr. 24: Internationale Preise Kaffeeexport, Tabelle Nr. 25: Ruraler Grundbesitz Kaffezone und national, Tabelle Nr. 26: Internationale Preise Bananenexport, Tabelle Nr. 27: Ruraler Grundbesitz Bananenzone und national, Tabelle Nr. 28: Steuerleistung Bananen- und Kaffezone, Tabelle Nr. 29: Wahlergebnisse Bananen- und Kaffezone.

2.3.4 Analyse der Ergebnisse

Nach Analyse der erhaltenen Information wurden die Schlussfolgerungen des Forschungsvorhabens auf der Grundlage der Theorien der beiden Hauptautoren und der kritischen Theorien der Modernisierung abgefasst.

Schließlich wurden die Arbeitshypothesen beurteilt und neue Fragen für zukünftige Forschungsarbeiten formuliert.

3 DER MODERNISIERUNGSPROZESS IN KOLUMBIEN IN DEN LETZTEN 60 JAHREN (1951-2011)

„Von der Eroberung bis heute amerikanische Länder haben bei der Assimilation der westlichen Werte gerichtet gewesen, aber auf der anderen Seite, ist die Suche nach der Identität der Bevölkerung durch Inzucht, auch heute noch, ein wichtiges Ziel. Unsere Geschichte in den letzten zwei Jahrhunderten ist, zum Teil, die Summe der Schwierigkeiten und Erfolge, ein Projekt der nationalen Kultur zu festigen.“

Luz María Martínez Montiel

In diesem Kapitel wird erstens ein historischer Überblick von Kolumbien gegeben, indem die geschichtlichen Meilensteine identifiziert werden, die den Modernisierungsprozess des Landes beeinflusst haben.

Zweitens werden die soziodemografischen, ökonomischen und politischen Strukturen des Landes sowie die Hauptcharakteristiken seiner Entwicklung in den letzten 60 Jahren vorgestellt.

Drittens wird eine Analyse der demokratischen Prozesse der letzten 60 Jahre gemacht, wobei die Interessengruppen identifiziert werden, die sich politisch organisieren konnten, um auf illegalen oder legalen demokratischen Wegen an die Macht zu kommen, sowie die wichtigsten Charakteristiken der Regierungen, die den kolumbianischen Staat in den letzten 60 Jahren geführt haben. Diese Analyse soll es ermöglichen, die wesentlichen Konflikte zu identifizieren, die die kolumbianische Gesellschaft während der Untersuchungsperiode charakterisierten, sowie die Regelungsmechanismen, die im Rahmen der bestehenden Institutionen angewandt wurden, was es erlaubt, die Charakteristiken und Besonderheiten des kolumbianischen Modernisierungsprozesses aufzuzeigen.

Zum Schluss werden Informationen vorgestellt, die es ermöglichen, Kolumbien im weiten lateinamerikanischen Kontext einzuordnen. Diese Kontextualisierung geht von der Analyse aktualisierter Daten zu den soziodemografischen, ökonomischen und ökologischen Strukturen Lateinamerikas aus, wobei die Charakteristiken hervorgehoben werden, die Kolumbien im Vergleich mit den anderen Ländern der Region auszeichnen. Dazu werden die wichtigsten Eigenschaften der lateinamerikanischen Demokratien und Wohlfahrtsstaaten der Region herangezogen und beschrieben.

Karte Nr. 1 Kolumbien



<http://www.google.de/imgres?client=firefox-a&sa=X&rls=org>.

3.1 Historische Übersicht des Modernisierungsprozesses und der sozialen Konflikte in Kolumbien

Im Folgenden wird eine Zusammenfassung der wichtigsten historischen Etappen der kolumbianischen Gesellschaft vorgestellt, wobei der Modernisierungsprozess, die Konflikte, die dieser Prozess hervorgerufen hat, die Bildung und das Funktionieren der Institutionen der Modernität (Demokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum) sowie die Mechanismen der Modernisierung (Individualisierung, soziale Integration, Wertegeneralisierung und die soziale Mobilität) betont werden. Sie werden räumlich und zeitlich verortet – zwei zu berücksichtigende erklärende Variablen für das Verständnis der Komplexität und der Eigenartigkeit der kolumbianischen Gesellschaft.

3.1.1 Geografische Vielfalt

Die Geografie, d. h. die Beschreibung des physischen Raums, ist für das Verständnis der Modernisierungsprozesse in Kolumbien wichtig, da die Gesellschaften sich von den in ihrer Umgebung vorzufindenden Ressourcen ausgehend entwickeln. Beim Raum handelt es sich um eine unabhängige Variable, die die Entwicklungsmöglichkeiten und -beschränkungen einer Gesellschaft direkt beeinflusst, denn das Niveau der Kenntnisse und der Beherrschung der Umwelt kann als einer der erklärenden Faktoren für die verschiedenen Entwicklungsstufen der Völker angesehen werden.

König (2008) beschreibt die unterschiedlichen geografischen Bedingungen des kolumbianischen Territoriums und stellt den direkten Einfluss klar fest, den diese auf die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes ausgeübt haben. Im Folgenden werden die wichtigsten Ideen dargelegt, die der Autor in Bezug auf dieses Thema beigesteuert hat.

„Mit einer Fläche von fast 1,14 Millionen km² ist das heutige Kolumbien der viertgrößte Staat Lateinamerikas. Zwischen zwölf Grad nördlicher und vier Grad südlicher Breite gelegen, ist es das einzige südamerikanische Land mit Küsten am Pazifischen und am Atlantischen Ozean. Während die feuchtheiße Pazifikküste mit einer Länge von rund 1.500 km nur wenige Häfen aufweist, verfügt die atlantische, karibische Küste mit einer Ausdehnung von ca. 1.760 km über wichtige Häfen, wodurch sie wirtschaftlich bedeutender ist.

Für die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung aber hat vor allem die Großgliederung durch die Anden eine Rolle gespielt. Das im Westen des südamerikanischen Kontinents verlaufende, insgesamt 8.000 km lange Hochgebirge gliedert sich im Südwesten Kolumbiens im sogenannten „Knoten von Pasto“ (*Nudo de Pasto*) an der Grenze zu Ecuador in drei parallel von Südwest nach Nordost verlaufende Gebirgszüge, die sich zum Karibischen Meer hin auffächern: die Westkordillere, die Zentralkordillere mit den höchsten schneebedeckten vulkanischen Gipfeln des Landes (Nevado del Huila 5.439 m, Nevado del Tolima 5.215 m, Nevado del Ruiz 5.400 m) und die Ostkordillere. Diese verbreitert sich nördlich des 3.820 m hohen Páramo de Sumapaz auf 150 km und schließt hochgelegene Beckenlandschaften wie die Sabana de Bogotá ein. Bei acht Grad nördlicher Breite spaltet sich die Ostkordillere weiter auf: Während nördlich des 5.360 m hohen Nevado del Cocuy ein östlicher Ast nach Venezuela zur Kordillere von Merida schwenkt, setzt sich der westliche als schmaler, aber wenig erschlossener Grenzgebirgszug nach Norden fort.

In der pazifischen Küstenlandschaft von Choco liegt vor der Westkordillere als selbstständiger Gebirgszug die Serranía de Chocó mit rund 500 m Höhe. Aus der weitgehend ebenen karibischen Küstenlandschaft erhebt sich, isoliert vom übrigen Gebirgssystem, das mächtige Massiv der Sierra

Nevada von Santa Marta mit ihren bis zu 5.300 m hohen Schneegipfeln. Zwischen den Hauptgebirgszügen verlaufen drei wichtige Längstalsenken in Nord-Süd-Richtung: im Westen die Senke des Río Atrato, der zum Karibischen Meer entwässert, und die des Río San Juan, der zum Pazifik fließt; zwischen West- und Zentralkordillere das Cauca-Tal und zwischen Zentral- und Ostkordillere das Stromtal des etwa 1.540 km langen Río Magdalena. Dieser ist der wichtigste Fluss und die Lebensader des Landes; von der Hafenstadt Barranquilla aus ist er 950 km flussaufwärts bis Honda, wo Stromschnellen die Weiterfahrt behindern, schiffbar. Die Ostkordillere fällt steil zu den Llanos Orientales, einer Feuchtsavanne, ab, deren Hauptflüsse Guaviare und Meta in Richtung Orinoco entwässern. Zusammen mit dem kolumbianischen Anteil des Amazonas-Tieflands, das von dichtem Regenwald bedeckt und von den breiten Flusströmen Putumayo, Caqueta und Caguan durchzogen ist, machen die kaum besiedelten Llanos über die Hälfte des Staatsgebietes aus.

Dieser Blick auf die Topografie zeigt:

1. Dass die Längsgliederung der Andenketten das Land stark aufteilt und Kommunikation sowie Transport zwischen den einzelnen Regionen enorm behindert. So ist das Land zunächst in drei Hauptregionen gegliedert: die östliche der Ostkordillere mit dem oberen Magdalena-Tal, die westliche der Zentral- und Westkordillere inklusive Cauca-Tal und die Küstenregionen an der Karibik. Innerhalb dieser Bereiche ist die Kommunikation leichter, doch auch hier wechseln sich zusammenhängende Gebiete mit schwer zugänglichen Gebirgstälern, *Quebradas*, ab.
2. Die Flüsse ihrerseits sind mit ihrer Süd-Nord-Ausrichtung nicht geeignet, die Regionen miteinander zu vernetzen. Immerhin bildet der Magdalena eine wichtige Verbindung zur Außenwelt und war ein Einfallstor sowohl für die autochthonen Bevölkerungsgruppen als auch für die Eroberungszüge der Spanier im 16. Jahrhundert.
3. Das Hauptcharakteristikum Kolumbiens, die landschaftliche Fragmentierung und die daraus folgenden mangelnden interregionalen Verbindungen, haben im Laufe der Geschichte zu problematischen Regionalismen und interregionalen Rivalitäten geführt.
4. Wegen dieser schwierigen Kommunikationsmöglichkeiten zu Lande erlangte der Flugverkehr schon frühzeitig eine außergewöhnliche Bedeutung. So entstand die erste lateinamerikanische Luftfahrtgesellschaft in Kolumbien: 1919 gründeten Deutsche und Kolumbianer in Barranquilla die SCADTA (Sociedad Colombo-Alemana de Transporte Aéreo), die Vorgängerin der späteren AVIANCA; sie war weltweit die zweite Luftfahrtgesellschaft.
5. Aufgrund der geografischen Gegebenheiten finden sich auch differenzierte Klimatalagen und eine dadurch mögliche Vielfalt agrarischer Produkte. Kolumbien liegt in der innertropischen Klimazone. Ohne die Anden würde überall ein sehr heißes Klima herrschen. Doch durch diese Gebirgskette ist das Land mit seinen Höhenabstufungen klimatisch reich gegliedert. Das heiße Land, die sogenannte *tierra caliente*, mit Temperaturen im Jahresmittel höher als 24°C reicht bis zu etwa 1.000 m und umfasst ca. 83% des Landes. Hier gedeihen vor allem Reis, Mais, Bananen, Yuca, Achiote, Bohnen. Die gemäßigte Zone, die *tierra templada*, mit Temperaturen nicht niedriger als 17,5°C, dem sogenannten Kaffeeklima, liegt zwischen 1.000 und 2.000 m, mit Tendenz zu Kälte oder Hitze an den jeweiligen Grenzen, und macht rund 9% der Fläche aus. Sie ist zusammen mit der oberen Zone des heißen Landes besonders für den Kaffeeanbau (ab Ende des 18. Jahrhunderts) geeignet. Daneben wachsen hier auch Tabak, Mais, Yuca, Bananen und Bohnen. Die kalte Zone, die *tierra fría*, mit Temperaturen nicht niedriger als 12°C reicht

von 2.000 bis 3.000 m und umfasst ca. 6% des Landes. Hier befinden sich die Anbauflächen für Knollenfrüchte, wie die Kartoffel (*papa*) und die Arracacha, für Saubohne, Erbsen, Weizen und ebenfalls Mais. Die Stufe darüber bis ca. 4.500 m bildet die eiskalte Páramo-Region, die *tierra helada*, mit Durchschnittstemperaturen unter 12°C und einem Flächenanteil von 2%. Auch hier gedeihen noch Kartoffel und Saubohnen.

Kolumbiens Böden waren und sind für eine Vielzahl von Nutzpflanzen geeignet: von den Ureinwohnern wurde z. B. schon Mais, Yuca, Kartoffel, Kakaobohne und Tabak angebaut, während die Spanier aus Europa z. B. Banane, Reis und Zuckerrohr mitbrachten. Tabak, Kaffee und Banane wiederum wurden später zu wichtigen agrarischen Exportprodukten.

6. Der Hauptteil der Bevölkerung konzentrierte sich wegen des gemäßigten Klimas auf den Gebirgsregionen, während das feucht-tropische Tiefland dünn besiedelt war.
7. Zur naturräumlichen Ausstattung Kolumbiens gehören auch bedeutende Vorkommen wertvoller Bodenschätze wie Gold und Smaragde. Schon die vorspanische Bevölkerung schürfte Gold und verwandte es ebenso wie die Smaragde für Schmuck und Kultgegenstände. Gerade die Goldvorkommen in der westlichen Region, besonders im Gebiet der heutigen Departements Antioquia, Nariño, Choco, Cauca und Caldas sowie die Smaragdminen in Muzo, Cosquez, Chivor im Departement Boyaca begründeten die bedeutende Stellung, die Neugranada, wie Kolumbien in der Kolonialzeit hieß, im spanischen Kolonialreich einnahm. Noch heute ist Kolumbien der weltweit wichtigste Produzent von Smaragden. Außerdem ist es reich an abbaubaren Mineralien wie Kupfer und Eisen sowie Energieträgern wie Erdöl und Kohle, die neuerdings auch in größerem Stil abgebaut werden.“ (König 2008: 9)

3.1.2 Bevölkerung

Das Territorium, das die Republik Kolumbien ausmacht, wie sie heute genannt wird, wurde von Ethnien bevölkert, die aus drei verschiedenen Kontinenten stammen, die im metaphorischen Sinn, wie Martinez Montero (Martinez 2008) feststellt, seine drei “Wurzeln” bilden: die amerikanische, die die indigene Bevölkerung ausmacht, die es ursprünglich bewohnte, die europäische, die die Europäer beitrugen, die es eroberten und später kolonisierten, und die afrikanische Bevölkerung, die die Spanier als Sklavenarbeitskräfte mitbrachten.

3.1.2.1 Die Indigenen oder Ureinwohner.

Beim Ankommen der Spanier im Territorium der heutigen Republik Kolumbien war dieses von verschiedenen indigenen Gruppen mit verschiedenen Systemen der Sozialorganisation und Entwicklungsniveaus bevölkert. Diese Gruppen bewohnten das Territorium aus Asien und Ozeanien kommend seit etwa 12.000 Jahren v. C. (König 2008; Ocampo 1989). Martinez Montiel (2008) stellt fest, dass nach neueren, in Brasilien gemachten, Untersuchungen einige Menschengruppen schon länger dort lebten – zwischen 40.000 und 70.000 Jahren. Sie zeigt jedenfalls auf, dass seit 6.000 Jahren Pflanzen angebaut werden, was als die Grundlage des Zivilisationsprozesses in ganz Amerika angesehen wird.

Nach Fals Borda (1982) können die Entwicklungsstufen der vorspanischen indigenen Bevölkerung in zwei zusammengefasst werden, die auf den Produktionsformen basieren, die sie charakterisierten: die Gemeinschaftliche und die Tributpflichtige. Die **gemeinschaftliche** Form herrschte in den Nomadengruppen von Jägern und Sammlern mit niedrigen Niveaus an sozialer Organisation und Technologie vor, die es ihnen nicht erlaubten, Überschüsse anzusammeln. Im Gegensatz dazu entsprach die **tributpflichtige** Form ansässigen Stämmen, die Landwirtschaft und Holz- und Steinwerkzeuge entwickeln konnten, die es ihnen ermöglichten, Überschüsse zu

sammeln. Diese Stämme hatten ein komplexeres und differenzierteres soziales Organisationssystem, wobei nur vier Gruppen dieses Niveau erreichten: die Tairona, die Zenu, die Chibcha bzw. Muisca und die Agustiniانو.

“Der meist belegte Fall sind die Chibcha, die nicht nur ‘Könige’ (zipas und zaques) hatten, sondern auch Dorfkapitäne, eine ‘Kaste’ Krieger, eine andere Priester und ‘Vasallen’. Die ‘Könige’ erhielten Abgaben in Form von Spezies (Sachen) und verfügten über das ausschließliche Recht auf bestimmten Schmuck und Kleidung und für ihren Unterhalt – sowie den der Priester – widmeten sie sich der Feldarbeit im Dorf.” (Tovar, 1970, zit. n. Fals Borda 1982:15).

Laut Ocampo ging im ersten Jahrtausend n. C. die Stammesorganisation zum Häuptlingstum über. “Der indigene Stamm hatte die Menschengruppen zusammengeschlossen und in den Gemeinschaftsaufgaben zum Wohl der Gemeinschaft vereint. In einigen Fällen verwandelten sie sich mit der Vereinigung mehrerer Familien in Clangesellschaften. Als die neuen sozial-politischen Formen des Häuptlingstums oder der Herrschaft auftraten, erschienen auch die Probleme von Macht und sozialem Rang. Die Häuptlinge oder Stammesleiter führten ein innereres und äußeres Herrschaftssystem ein, um das sich die sozialen Hierarchien stärkten: die Familie des Haupthäuptlings (hoher Adel), die Familien der unterworfenen bzw. angegliederten Häuptlinge (niedriger Adel), die Schamanenpriester, die Kriegerführer, das Volk und die Sklaven oder beherrschten Bevölkerungen. Die politische, soziale und religiöse Organisation festigte sich für eine bessere Organisation der Häuptlingstümer. Die neue sozio-kulturelle Entwicklung der indigenen Bevölkerungen führte zur Stärkung einiger Häuptlingstümer und zur Suche von Ausbreitungsmöglichkeiten über Schwächere der Umgebung. Damit entsteht die sogenannte gemischte Gemeinschaft mit einem herrschenden und einem beherrschten Häuptlingstum, wobei neue soziale, wirtschaftliche und politische Beziehungen in die Gesellschaftsstruktur eingeführt werden.” (Ocampo 1989: 34)

Diese in Häuptlingstümern organisierten Stämme entwickelten eine gewisse Art von urbanen Strukturen: die indigenen Dörfer. “Mit der neuen Agrarstruktur wurden die Völker sesshaft und bildeten Ansätze indigener Siedlungen oder Städte, die aus der Häuptlingsresidenz, der Residenzen der Adelfamilien, der Priester oder Schamanen, der Krieger und Kapitäne der verschiedenen beherrschten Völker bestand. Es entstanden die indigenen Dörfer, womit sich eine Art urbaner Struktur festigte, deren hauptsächlichen Aktivitäten sich um religiöse Zeremonien und wirtschaftliche und soziale Aktivitäten drehten.” (Ocampo 1989: 34)

König stellt fest, dass die Muisca bei der Ankunft der Spanier eine Bevölkerung zwischen 800.000 und 1,2 Millionen Personen hatten. Sie war nach Colmenares (Colmenares 1987: 18) eine der größten Gemeinschaften, berücksichtigt man die Abgaben, die die Indigenen in den Encomiendas bezahlen mussten, und die entsprechende Berechnung des “Quinto Real” (das Königliche Fünftel) für die spanische Krone. Die Bevölkerung in der Anden-Hochebene von Santa Fe – Tunja, Pasto – Popayan, einigen Regionen der Zwischentäler der Anden und der atlantischen Küste betrug um drei Millionen Indigene.

Technologie: Nach Ocampo (Ocampo 1989) war bei der Ankunft der Spanier im kolumbianischen Territorium das Volk der Chibcha- oder Muisca Kultur der Hochebene von Cundinamarca und Boyaca am fortschrittlichsten. Diese und die Taironakultur der Sierra Nevada von Santa Marta waren die beiden am weitesten entwickelten Völker der nordöstlichen Zone Südamerikas. Technologisch hatten diese Stämme bemerkenswerte Fortschritte in der Landwirtschaft entwickelt, bauten Mais, Kartoffeln, Süßkartoffeln, Bohnen, Tomaten, Chinarinde, Baumwolle und Tabak an, planten die Landwirtschaft auf der Grundlage des Kalenders und ihrer meteorologischen und klimatischen Beobachtungen und benutzten für die Anpflanzungen Terrassen.

Auch die Töpferei stellte eine wichtige handwerkliche Tätigkeit dar. Es wurde Keramik von hoher Qualität und Vielfalt (anthropomorphe Figuren, Küchenutensilien, Tongeschirr, Schmuck, usw.) hergestellt. Eine andere Aktivität war die Goldschmiedekunst, die durch verschiedene und komplexe metallbearbeitende Techniken, etwa die Arbeiten in "Tombak" und das Wachsauerschmelzverfahren, perfektioniert wurde. Ebenso wurde Bronze, das in Moniquira und Sumapaz gewonnen wurde, zur Herstellung anthropomorpher Figuren und Zeremoniestäben, Nasenringen, Ohrringen, Brustschmuck und anderer Objekte benutzt. In der Textilindustrie wiederum wurde eine große Vielfalt pflanzlicher Fasern, zu denen hauptsächlich Baumwolle und Sisal gehörten, verarbeitet. Jede Familie besaß Webstuhl, Spindel und Quirle, um Garn herzustellen. Auch die Verarbeitung der Federn und Felle gejagter Tiere besaß einen großen Stellenwert.

Die Muisca trieben Tauschhandel. Sie hatten mehrere Märkte, wo sie Produkte wie Salz, Smaragde, Decken und Gold tauschten.

Glauben: Was ihre Glaubensvorstellungen betrifft, hebt Ocampo (1989) hervor, dass die Chibcha eine Religion hatten, die um eine Menge von Göttern, Tempeln und einer Gruppe von mit der Kultausübung beauftragten Priestern organisiert war. Ihre wichtigsten Götter waren die Sonne, der Mond und das Wasser. Sie glaubten an Chiminigagua, den Schöpfergott des Lichts. Der Sonnenkult wurde vor allem in Sogamoso, der Heiligen Stadt, gefeiert. Sie glaubten an Bachue, die Muttergöttin der Menschheit. Sie glaubten an den zivilisatorischen Gott Bochica, der ihnen die Künste und Handwerke beibrachte. Sie hatten ein paar mythische Legenden von Häuptlingen, wie die von Idacansas, Hunzahua, Tomaghata, Furatena, Gonranchcaha, den weiblichen Häuptling von Guatavita und andere. Die Chibcha verehrten innigst die Seen, die Berge und die Felsen. Sie glaubten, dass die Geister mit physischen Phänomenen in Verbindung ständen, den Flüssen, den Bergen, den Lagunen. Sie kannten Techniken der Einbalsamierung der Toten, hauptsächlich der Häuptlinge.

Die indigenen Bevölkerungen hatten nach Ocampo (1989) eine zyklische Sicht der Welt mit einer synchronen Wahrnehmung und nicht einer linearen wie die europäische, sondern in kreisförmigem Sinn. Es gibt einen Kreislauf, in dem alles immer wieder zu sich selbst zurückkommt. Wenn ein Zyklus endet, beginnt ein neuer. Sie hatten auch eine Sicht der engen Beziehung zwischen Mensch und Natur.

Die Situation der einheimischen Stämme bei Ankunft der spanischen Eroberer kann so laut Ocampo (1989) zusammengefasst werden: Es gab eine Vielfalt von Stämmen und Sprachfamilien und keine einheitliche Kultur. Die Jäger-Nomaden-Stämme, Sammler und beweglichere Jäger, traten den Eroberern mit größerem Widerstand entgegen, während die sesshaften landwirtschaftlichen Stämme, die in Häuptlingstümmern organisiert waren und sich in einer Phase der Bildung von Reichen mit Dörfern mit einer größeren Bevölkerungsdichte befanden, vor allem wegen der technischen Überlegenheit der Spanier leicht erobert wurden. Die einheimischen Stämme kannten weder Eisen noch Stahl, weder Räder noch Pferde. Nach Ocampo spielte auch die zyklische Vision der Welt bei der Beherrschung der indigenen Bevölkerung eine Rolle: "Die drohende Zerstörung eines Lebenszyklus der indigenen Bevölkerung flöbte eine Haltung der Niederlage und Toleranz ein, die im auf die Eroberung folgenden Akkulturationsprozess leicht nutzbar war." (Ocampo 1989: 49).

3.1.2.2 Die spanischen Conquistadoren und Kolonisatoren

Nach Jaramillo (1998) hatte das Spanien, das Amerika eroberte, eine Gesellschaft, in der 3% der Bevölkerung, die adeligen Großgrundbesitzer, 98% des Landes besaßen und nur 5% von ihnen

waren auf kleinen Grundstücken in der urbanen und ländlichen Mittelschicht verteilt. Es war ein Reich, in dem der hohe Klerus entscheidend dazu beitrug, die stark gefestigten Herrschaftsstrukturen zu erhalten. Der herrschaftliche Großgrundbesitz war die dominierende Form der Bodenverteilung.

“Ungefähr 115.000 Individuen, 1,64% der Bevölkerung, die aus hohen Kirchenwürdenträgern und Magnaten der Aristokratie, den Mitgliedern des Militäradels und der städtischen Aristokratie bestanden, machten den höchsten Stand aus, während nur 3,65% der Mittelschicht angehörten: etwa 70.000 Kleriker, etwa 160.000 Bürger, von denen 40.000 jüdischer Herkunft waren, und etwa 25.000 reiche oder wohlhabende Bauern (nur 0,35% der Globalbevölkerung), während fast 95% als gemeines Volk betrachtet wird: mehr als sechseinhalb Millionen Individuen, von denen etwa 850.000 Handwerker, Kunsthandwerker, städtische Tagelöhner sind und 5780.000 Bauern oder halbe Bauern, von denen 200.000 Mudejares von Aragon und etwa 400.000 Morisken von Kastilien im Süden sind.” (Jaramillo 1998: 12)

Diese Gesellschaft war nach Jaramillo von der Frage der Ehre besessen, die sich nicht nur auf den intrinsischen Wert einer Person und ihrer Familie bezog, sondern auch auf die Beurteilung seines Werts durch die Anderen und die Gesellschaft insgesamt; die Ehre schloss die Reinheit des Blutes ein, d. h., dass man über reine christliche Wurzeln verfügte und kein jüdisches Blut in sich trug; die Aristokratie hielt die spanische Halbinsel zu einem großen Teil von den Erneuerungseinflüssen des aufkommenden modernen europäischen Bewusstseins fern, was die Isolation Spaniens von progressiven Ideen am Ende des XVI. Jahrhunderts nach sich zog.

Fals Borda (1982) stellt fest, dass sich der eigentliche Feudalismus in Spanien im Moment der Eroberung im Zerfall befand. "So war die feudalste Festung Spaniens im Moment der Eroberung Amerikas in voller Dekadenz, wobei sich herrschaftliche Produktionsbeziehungen kastilischer Art und ein deutlicher Übergang zum Handelskapitalismus zeigten." (Fals Borda 1982: 28). Fals Borda weist darauf hin, dass die Pächter und nicht die Knechte die vorherrschende Klasse in den spanischen Gefilden waren, d. h. dass die Regierungsform wegen der Menge der Beziehungen zum Landesherrn nicht feudal, sondern herrschaftlich ausgeprägt war, die zwischen diesem und den Mietern, Pächtern, Lohnempfängern oder Tagelöhnern "frei" war. Außerdem gab es Handelsbeziehungen in Städten wie Barcelona oder Sevilla, in denen bereits Kapitalanhäufung mit einer Zunahme des Austausches von Überschüssen und den Geldgebrauch zu finden war.

Kennzeichen dieser Gesellschaft waren: feudale Stände, große Ungleichheit in der Güterverteilung, enge Beziehung zwischen Aristokratie und Klerus, Einfluss der katholischen Kirche und Glauben an den "Christianismus", Werte wie Ehre, Blutsreinheit und soziale Hierarchien. Kurz: Es war eine vormoderne Gesellschaft, die von den im restlichen kontinentalen Europa und England erlebten Modernisierungsprozessen isoliert war.

Diese spanische Gesellschaft war nach Jaramillo die Einzige, die es schaffte, den Comunerosaufstand der Handwerkermassen zwischen 1520-1521 zu zerschlagen, der von der Bourgeoisie des Nordens und des Zentrums von Kastilien geführt wurde, was die Überwältigung der Städte und nicht der Adligen bedeutete. "In keinem Teil Westeuropas geschah im entstehenden Absolutismus das Gleiche: das Hauptmodell war die Unterdrückung der aristokratischen Rebellionen, nicht der Bürger, einschließlich als diese eng miteinander vermischt waren. Der Sieg über die kastilischen Comuneros am Anfang ihrer Existenz sollte von nun an den Verlauf der spanischen Monarchie von ihren europäischen Äquivalenzen entfernen." (Anderson 1979: 63, zit. n. Jaramillo 1998: 11).

Technologie: Nach Martinez (2008) begann die Ausbreitung der Schifffahrt im XI. Jahrhundert mit dem Handel im Mittelmeerraum, der sich dann während mehrerer Jahrhunderte bis Kleinasien, Nordeuropa, England und das Baltikum erstreckte. Durch die intensive Kommunikation zwischen dem Westen und anderen Kulturen lernten die Europäer das Produkt der Erfahrung dieser Kulturen kennen und nutzen, deren Information, Entdeckungen und Erfindungen, worunter sich der Buchdruck und das Schießpulver befanden.

“Diese militärische Überlegenheit, und das ist wichtig zu verstehen, die auf Feuerwaffen basiert, erlaubte es den europäischen Heeren, die überfallenen Territorien zu besiegen und zu beherrschen. Die Benachteiligung dieser gegenüber den Eindringlingen war ein entscheidender Faktor, der die Entscheidung zu Gunsten des Westens fällte. Weder Amerika noch Afrika südlich der Sahara konnten den europäischen Mächten widerstehen, die die Landreiche vom Meer aus mit ihren Kanonenschiffen unterwarfen.” (Martínez 2008: 30)

Spanien war laut Martinez (2008) seit dem letzten Drittel des XV. Jahrhunderts eine Handelspotenz und breitete sich während des XVI. Jahrhunderts weiter aus, sobald der Handel mit der Küste von Guinea etabliert war, widmeten sich die Spanier dem Handel von afrikanischen Sklaven, die sich in “Ebenholzware” verwandelten, die eine billige Arbeitskraft darstellten und in den ersten Handelsunternehmen benutzt wurde, wie denen der Zuckerrohrproduktion, die zuerst auf den Inseln gegenüber der afrikanischen Küste und dann auf den Antilleninseln ausprobiert wurden. “Danach wurde auf den Antillen begonnen, vor allem Zucker zu produzieren, ein Produkt, das neben einer starken Nachfrage in Europa einen Präzedenzfall in den Kolonisierungs- und Ausbeutungssystemen der neuen Territorien bildete. Die beiden Pfeiler dieser Ökonomie waren der Sklavenhandel und die Benutzung ihrer Arbeitskraft. So entstanden die Zuckerplantagen und die Zuckermühlen, erster Ort und Zuhause der afrikanischen Sklaven in der Neuen Welt.” (Martínez 2008: 34)

Nach Martinez (2008) gewann diese spanische Expansion an Macht gegenüber Frankreich, England und Holland, indem ab dem XV. Jahrhundert neue Meeresstraßen geschaffen wurden, Portugal hatte schon Kap Verde, die Goldküste und Guinea an der Westküste Afrikas entdeckt und errichtete den Meeresweg nach Indien und Malaysia, wobei es die Gewürzstraße sicherstellte, währenddessen erreichte Spanien die Antillen und begann seine Ausdehnung im neuen Kontinent.

3.1.2.3 Die afrikanischen Sklaven

Nach Martinez (2008: 41-53) erreichten die großen westafrikanischen Reiche ihre Blüte in der Zeit zwischen dem IX. und XV. Jahrhundert. Unter ihnen befanden sich: Ghana, Shongay, Mali, Ife und Benin. Die letzten beiden gehörten zum Volk Yoruba. Zur gleichen Zeit lebten im Südosten Katangas, heute Zaire, die Luba oder Baluba, die sich seit dem X. Jahrhundert in der Region niedergelassen hatten. Sie bildeten u.a. das Reich von Congo, das sich in der Region des Flusses mit dem gleichen Namen entwickelte. Ihre Stoffe, ihre musikalischen Trommelinstrumente, ihre Tänze und ihre kunsthandwerklichen Arbeiten im Allgemeinen sind bis heute Grund der Bewunderung.

Die Städte wuchsen laut Martínez mit ihren Handelsbewegung und wurden zu Hauptstädten oder wichtigen Zentren der Reiche: Kounbi bildete die Hauptstadt des Reichs von Ghana, dessen Herrscher in Mali residierten; Toumbuctu und Djene entwickelten sich zu den Wissenszentren dieser Epoche; Daura, Kano, Gobir, Katzena, Biram, Rano und Zaria waren die sieben Städte der Houssa, einer Ethnie der Kanem, die den Chad bevölkerten. Gao war die Hauptstadt des Imperiums Shongay in Niger; dafür war der Treffpunkt der Karawanen der Sahara, die vom Nil und aus dem Chad kamen; in den meisten Städten gab es zur Handelsaktivität weitere Aktivitäten, die alle Bedürfnisse der Städter befriedigten und von Fachleuten, Handwerkern, Baumeistern, Verwaltern, Priestern, usw. ausgeübt wurden.

Im Süden Afrikas entwickelten sich nach Martínez auch urbane und kunstgewerbliche Gesellschaften, die mit dem Ausland handelten, den ökologischen Rahmen dieser Zentren der Waren- und Naturproduktkonzentration bildeten die Savannen in der Nähe des Meeres und die landwirtschaftlich genutzten Wälder, diese Zivilisationen waren als Stadtstaaten organisiert.

Martínez erklärt, daß die Afrikaner plastische Darstellungen ihrer Gesellschaften entwickelten, die heute "afrikanische Kunst" genannt werden; es gibt zahlreiche Darstellungen in den Bereichen der Malerei, der Skulptur (u.a. Statuen) und der ornamentalen Artefakte des alltäglichen Gebrauchs, die zum Gedenken der Vorfahren, zur Verehrung der Naturkräfte, zur Begünstigung der Ernten dienen, oft sind sie bedeutungsvoller Teil von Ritualen, Tänzen und religiösen Zeremonien. In den plastischen Werken werden alle kollektiven Ereignisse dargestellt; sie zeigen die Fertigkeiten der Künstler im Umgang mit Metallen, Holz, Muscheln, Steinen, usw. und sie drücken soziale Hierarchien aus. Einige Objekte sind Symbole der magisch-religiösen Macht, andere wiederum dienen der Verkörperung sozialen Prestiges.

Laut Martínez existierte Der Handel von Sklaven in Afrika in begrenztem Maße als ökonomische Aktivität, es handelte sich um Kriegsgefangene oder Überlebende von Katastrophen, die wie die Dienerschaft in der Gesellschaft integriert waren, die sie aufnahmen, ohne die bestehende Ordnung zu stören, seit dem XVI. Jahrhundert knüpften die afrikanischen Völker über ruchlose Sklavenhändler mit dem Atlantik Kontakt, womit eins der tragischsten Kapitel der Menschheit begann: der Sklavenhandel.

Technologie: Nach Martínez (2008: 41-53) beherrschte die Metallurgie von Eisen, Kupfer, Gold und Bronze seit dem ersten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung ganz Schwarzafrika, die Arbeitsteilung führte zu Spezialisierungen in den ersten fünfhundert Jahren unserer Ära, hinsichtlich der ökonomischen Strukturen lebten die afrikanischen Gesellschaften hauptsächlich von der Landwirtschaft, der Jagd, dem Fischfang und dem Weiden, ein Teil der Bevölkerung widmete sich dem Handwerk oder dem Handel, die Industrie, wenn man sie so nennen will, bewegte sich auf einer handwerklichen Ebene, in fast ganz Afrika gab es Mineralienvorkommen, die seit frühen Zeiten abgebaut wurden, als Kraftressource dienten nur die menschliche Kraft und einige Zugtiere.

Glauben: Martinez (2008: 41-53) stellt fest, dass der Animismus die Hauptreligion der Schwarzafrikaner war; sie glaubten an die Existenz eines obersten Gottes, dem sie sich über Vermittler näherten, die in Form von Wesen oder Geistern in der Natur leben, auch die Vorfahren waren Vermittler zwischen dem Göttlichen und dem Irdischen, diese Geister wurden in Symbolen materialisiert, die in Ritualen und religiösen Funktionen um Rat gebeten und genutzt wurden; in diesen Zeremonien findet eine Integration des Individuums mit seiner Gruppe und seinen Vorfahren statt, durch sie werden Schutz und Wohlstand der Bevölkerung erreicht, denn der Ausübende der politischen Macht ist der Repräsentant bzw. Priester der Kultdienste; sozial gesehen führen die Rituale zu Gemeinschaftskohäsion und -Solidarität, zur Konfliktlösung, zu Bildung von Zusammengehörigkeit und Bindungen und zu allen Sozialisierungsprozessen.

Martinez (Martinez 2008) zeigt auf, dass sich die Nachfolger von Mohammed wenige Jahre nach seinem Tod im VII. Jahrhundert zerstreuten, um ihren Glauben zu verbreiten, wobei sie in Afrika vom Osten nach Westen und vom Norden nach Süden eindringen und die Islamisierung der Völker Schwarzafrikas südlich der Sahara begannen; die Moslems, die Chroniken hinterließen, die das Bestehen sehr alter Kulturen im Westen hervorhoben, beeindruckten die mächtigen afrikanischen Reiche, mit dem Islamisierungsprozess brachten die Neuankömmlinge eine kulturelle Ausrüstung

mit, die sich zu derjenigen der bestehenden Völker hinzufügte, die neuen Kulturen dieses Teils des Kontinents sind das Ergebnis beider Komponenten.

In Anlehnung an das vorher gesagte waren nicht alle afrikanischen Sklaven Animisten, einige waren Islamisten.

3.1.3 Die spanische Conquista und Kolonisierung (1500-1800)

3.1.3.1 Die Conquista: Nach Ocampo (1989: 53-82) waren es vier Institutionen, die die Eroberung gewährleisteten: 1.) die Empresa Indiana, 2.) der Adelantado oder Caudillo de la Hueste, 3.) die gesetzliche Legalisierung durch Kapitulationen, Anweisungen und Vorschriften und 4.) die Gründungen, die Inbesitznahme und die Gründung von Städten.

1.)

“Die *Empresa Indiana* ist die Eroberungsinstitution, die die Entdeckungs- und Eroberungsexpeditionen des Königreichs von Neugranada organisierte und realisierte. Sie hatte verschiedene Organisations- und Finanzierungsformen. Das eigene oder private Unternehmen, das von Kaufleuten, Bankern oder speziellen Eroberern finanziert und vom König überwacht wurde, war das gewöhnlichere Entdeckungsunternehmen. Das staatliche Unternehmen, das direkt vom spanischen Staat finanziert wurde, war nicht sehr häufig. Und das gemischte Unternehmen, das zum Teil von der Krone und zum Teil vom Privatkapital finanziert wurde, war das am weitesten verbreitete Unternehmen der Kolonisierung.” (Ocampo 1989: 54)

Laut Ocampo realisierte Alonso de Ojeda zusammen mit Americo Vespuccio und Juan de la Cosa 1499 das erste Entdeckungsunternehmen im Territorium des heutigen Kolumbiens. 1500 finanzierte Rodrigo de Bastidas, Notar von Sevilla, mit seinem eigenen Geld die Entdeckungsreise des Rio Magdalena und der kolumbianischen atlantischen Küste bis zum Golf von Uraba; die Brüder Cristobal und Luis Guerra kamen nach Cartagena; 1501 lässt sich die Regierung von Coquibacoa in der Guajira nieder. Don Alonso de Ojeda wurde zum Gouverneur ernannt. Die Expedition hatte jedoch keinen Erfolg angesichts der unfruchtbaren und öden Erde, Vergara und Campo nahmen Ojeda 1502 gefangen und fuhren nach Santo Domingo.

“Die *Kolonisierungsunternehmen* sind diejenigen, die die Ziele hatten: den gesetzlichen Besitz der Territorien, der Bevölkerung, die Verteilung des Landes, die Gründung von Städten und die Einbindung des spanischen Volkes in die Kolonisierungsaufgabe. Diese Unternehmen wurden von der spanischen Krone und von Privatkapital finanziert, es waren gemischte Unternehmen.” (Ocampo 1989:56)

Laut Ocampo (1989) wurden 1510 zwei Regierungssitze auf dem Festland gegründet: derjenige von Uraba und der von Veraguas, Uraba, auf dem Boden des aktuellen Kolumbiens gelegen, wurde Alonso de Ojeda zugesprochen, Veraguas ging an Diego de Nicuesa, 1510 gründet Ojeda die erste Festung, die San Sebastian von Uraba genannt wurde, später gründete Martin Fernandez de Enciso die erste Stadt auf dem Festland, Santa Maria la Antigua del Darien, die als erste Kolonisierungsbasis im kontinentalen Amerika diente; neben zahlreichen Residenzen von Eroberern besaß sie ihre eigene Kathedrale und ihr Franziskanerkloster war Sitz der ersten Diözese. Hier wurde der erste “Cabildo Indiana” genannte Stadtrat auf dem Boden des aktuellen Kolumbiens abgehalten.

Am 25. September 1513 entdeckte Balboa den Pazifischen Ozean, diese Entdeckung trug nach Ocampo (1989) zur Idee der Notwendigkeit einer Verbindung oder eines Kanals bei, der die direkte Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik ermöglichen würde, am 27. Juli 1513 bildet die

spanische Krone die Regierung von Castilla del Oro in Panama und ernennet Pedro Arias Davila zum ersten Gouverneur, ihre Hauptstadt war Santa Maria la Antigua del Darien; 1519 wurde die Hauptstadt nach Panama verlegt und sie wurde zum Expansionszentrum für die Conquista und Kolonisierung in Richtung Süden und Zentralamerika sowie in Richtung Westen und Norden, von Castilla del Oro aus wurden die Regierungen von Santa Marta, Cartagena, San Juan, Popayan und die Provinzen des Königreiches von Neugranada gegründet.

Die Regierung von Santa Marta wurde 1525 von Rodrigo de Bastidas gegründet und entwickelte sich nach Ocampo (1989) zum Ausgangspunkt der Expeditionen in Richtung Süden des Landes, die 1533 gegründete und Pedro de Heredia zugesprochene Regierung von Cartagena wiederum wurde Ausgangsbasis für die Expeditionen in den Nordwesten, ins Land der Indios Zenu, Nutaba, Tahami und Catio, in die heutigen Territorien von Cordoba, Sucre und Antioquia.

Die Eroberung des Landesinnern hatte laut Ocampo (1989) die Suche des "El Dorado" zum Ziel, ein Mythos, der das merkantilistische Ideal der Renaissance und das Goldfieber widerspiegelt, die Expedition, die zusammen mit dem Conquistador Gonzalo Jimenez de Quesada von Santa Marta ausging, folgte der Route des Rio Magdalena bis zur Savanne von Bogota, wo er am 6. August 1538 Santa Fe de Bogota gründete; später kamen die Expeditionen von Sebastian de Belalcazar aus Quito und Nicolas de Federman aus Coro (Venezuela) an, die Spanier eroberten auch die Ländereien des Häuptlingstums von Zaque und das Tal von Neiva; die von Jimenez de Quesada entdeckten und eroberten Ländereien wurden nach dem Königreich von Granada, dem Herkunftsland von Jimenez de Quesada, Provinzen des Königreiches von Neugranada genannt.

2.)

"Der *Adelantado* war der Leiter der Entdeckungs- oder Eroberungsexpedition. Er war der Planer, Organisator und der Caudillo oder Führer, der mit der Hueste Indiana oder Expeditionsheer die Conquista der Bevölkerungen und Territorien realisierte. Er war gleichzeitig Gouverneur und Generalkapitän mit militärischer, politischer, administrativer und gesetzgeberischer Macht für die Anwendung der Justiz." (Ocampo 1989: 60)

Das menschliche Element der Eroberergesellschaft setzte sich laut Ocampo (1989) aus den Führern und der Gruppe der Expeditionssoldaten und -Seemänner zusammen. Der Adelantado ist der Hauptnutznießer eines einträglichen Handelsvertrags, der zusammen mit den Mitgliedern des Eroberungsheers, der "*Hueste Indiana*", abgeschlossen wird, die die ökonomischen Einkünfte der Expedition bekamen.

Ocampo definiert die Adelantados als charakteristische Männer einer Epoche der Krise, sie stehen für den dualistischen Menschen, der sich ideologisch in zwei Welten befindet: die theozentrische und herrschaftliche der mittelalterlichen Welt sowie die anthropozentrische und merkantilistische der Welt der Renaissance. "Der Erste repräsentiert eine religiöse Vorstellung des Lebens und spiegelt eine sozioökonomische Struktur mit feudalem oder herrschaftlichem Einfluss wider. Der zweite ist die individualistische und merkantilistische Vorstellung einer Welt, die am Anfang der Modernität steht." (Ocampo 1989:62)

Ein Beispiel von einem Adelantado war nach Ocampo, Gonzalo Jimenez de Quesada, Conquistador, Rechtsanwalt, Humanist, Encomendero, Kolonisator und polemischer Mensch; Vertreter einer Epoche, in der sich die Tradition und die Modernität kreuzen, die Ergebenheit mit dem König und die Rebellion, der Gerechtigkeitssinn und der Wunsch, die eigene Persönlichkeit zu festigen.

Laut Ocampo war die soziale Gruppe, aus der die Adelantados oder Führer der Conquista entsprangen, die der Edelmänner oder die des niedrigen Adels. Einige gehörten dem aufkeimenden Handelsbürgertum an, das sich hauptsächlich aus Kaufleuten und Rechtsanwälten zusammensetzte. Sowohl die Edelmänner als auch die Kaufleute und Anwälte suchten mit dem Anreiz des Goldes soziale Mobilität und Prestige in der Gesellschaft und wurden von ihren Idealen, Gefühlen und Überzeugungen zu ihren Entscheidungen und Handlungen bewegt. Einige handelten in unabhängiger Form und machten sich den Satz zur Norm: "Befehlen wird gehorcht, aber sie werden nicht befolgt."

Ocampo identifizierte unter den Adelantados zwei verschiedene Typen von Caudillos: Diejenigen die durch legale Autorität ernannt werden, deren Macht sich auf das Instrument der Kapitulationen oder Verträge zwischen Krone und der Empresa Indiana stützt, diese umgibt ein bürokratischer Führungscharakter, in dem die Führungsmacht auf einer gesetzlichen Autorität beruht, unter diesen befinden sich Alonso de Ojeda, Rodrigo de Bastidas, Pedro Arias Davila, Pedro Fernandez de Lugo, Pedro de Heredia, die die Geschäfte und Titel vor Beginn ihrer Eroberung durch gesetzliche Autorität und direkt von der Krone bekamen; der andere Führungstyp wurde durch die charismatischen Caudillos oder deren prestigeträchtige Eroberungshandlungen repräsentiert, zu diesem Typ gehören: Vasco Nuñez de Balboa in der Darienregion, der die Gemüter der Soldaten kanalisierte, um Martin Fernandez de Enciso zu verleugnen und die erste De-facto-Regierung auf dem Festland zu bilden; Gonzalo Jimenez de Quesada, der in seinen Eroberungen Prestige erwarb, seinen Platz im Zentrum der Macht im Königreich Neugranadas einnahm und sich in einen Verteidiger der alten Conquistadores und Encomenderos verwandelte.

Die *Hueste Indiana* waren nach Ocampo die freiwilligen Mitglieder des Expeditionsheers, die von verschiedenen Sektoren der spanischen Gesellschaft rekrutiert wurden: europäische Kriegsveteranen, Einheimische mit Erfahrung in Eroberungsexpeditionen, Seeleute, Landwirte, Handwerker, etc.

3.)

Die gesetzlichen Dokumente der Conquista waren laut Ocampo: die **Kapitulationen**, **Instruktionen** und **Requerimiento** oder **Vorschriften**.

"Eine Kapitulation ist ein bilateraler Vertrag zwischen der Krone und der Indiana-Unternehmung, die vom Leiter der Expedition repräsentiert wird. Das war ein rechtliches Instrument, das vor allen Indiana-Unternehmen eingesetzt wurde, mit dem der spanische Staat dem Indiana-Unternehmen seine politische Macht und die rechtssprechenden Fakultäten verlieh, wobei er als Gegenleistung an den Gewinnen der Entdeckung teilhatte. In den Kapitulationen fanden wir die Lizenz, die der König gab, um zu erobern oder zu entdecken, die Pflichten des Entdeckers und die Begünstigungen, die die Krone gewährte: Konzessionen öffentlicher Geschäfte, Besitz von Festungen, Landverteilung, Gewinne von Minenbeteiligungen und die Bergung und das Auffinden von Schätzen; in einigen Fällen Mobilientitel und das Recht darauf, Majorate zu gründen.." (Ocampo 1989: 67)

Ocampo unterscheidet verschiedene Arten von Kapitulationen: Entdeckungskapitulationen, die im Jahre 1500 Rodrigo de Bastidas gegeben wurden; diejenigen der Conquista, die Ojeda und Nicuesa zur Eroberung des Festlandes übergeben wurden; Siedlungskapitulationen, die mit Pedrarias Davila zur Kolonisierung der Region Castilla de Oro abgeschlossen wurden, und Gründungskapitulationen, wie diejenigen, die mit Bastidas und Heredia zur Gründung von Santa Marta und Cartagena verabredet wurden.

“Ein weiteres offizielles Dokument der spanischen Conquista waren die Instruktionen oder konkreten Anordnungen, wie die Eroberungs- und Kolonisierungs Expeditionen durchzuführen und die ersten Regierungsformen in den Kolonien zu organisieren waren.” (Ocampo 1989: 68)

Ein Beispiel von Instruktionen, die Fernandez de Lugo 1535 zur Regierung von Santa Marta gegeben wurden, lautet so: die Gesuchzeremonie veranstalten, die strafbaren Handlungen der Spanier gegen die Einheimischen untersuchen, den Indios, die Sklaven sind, die Freiheit zurückgeben, zwei Geistliche zur Evangelisierung mitnehmen. In anderen Instruktionen wurde z. B. befohlen, Arbeiter für die Landbearbeitung mitzunehmen.

“Zur Legalisierung der Conquista aus Sicht des spanischen Rechts gebrauchten die Konquistadoren den sogenannten Requerimiento als juristisches Dokument. Er wurde vom spanischen Juristen Juan Lopez de Palacios Rubio verfasst und musste vor den Indios zur Rechtfertigung der legitimen Rechte der Spanier vorgelesen werden und im Falle der Nichtbefolgung herrsche der gerechte Krieg. Der Requerimiento teilte den Indios mit, dass die spanischen Konquistadoren die amerikanischen Ländereien im Namen des Königs von Kastilien und gestützt auf die Schenkung von Papst Alexander VI. den Besitztümern dieses mächtigen Königs einverleibten und dieser ihnen als Belohnung Gnade tue und den christlichen Glauben lehre. Der indigenen Bevölkerung wurde auch mitgeteilt, dass die Spanier das Recht hätten, den gerechten Krieg gegen sie zu erklären, wenn sie informiert seien und sich nicht von Anfang an daran hielten.” (Ocampo 1989: 68)

Das Dokument des Requerimiento, erklärt Ocampo, zeigt die von Spanien angeführten Schriften, um die Territorien in Übersee zu halten die päpstliche Schenkung der amerikanischen Ländereien von Papst Alexander VI. für die Könige von Kastilien durch die Bulle “Inter Coetera” vom 3. Mai 1493, wobei er sich auf die mittelalterliche Theorie von Ostia stützt, dass die Päpste rechtmäßig Ländereien von Ungläubigen reklamieren und verschenken könnten, die vor den Christen keine Urkunden hätten; die Verbreitung des christlichen Glaubens; das Recht auf Entdeckung; die natürliche Unterlegenheit der Indios; die Tyrannei der Häuptlinge und die Notwendigkeit, die indigene Bevölkerung zu schützen.

Ocampo kommentiert, dass diese legitimierenden Schriften sowie die Annahme des gerechten Krieges Ursache von Auseinandersetzungen unter den Spaniern waren: Die Anhänger der Conquista beanspruchten für sich das Recht, ein Volk von hoher Kultur vor einem barbarisch geprägten zu verteidigen und einen christlichen Kreuzzug gegen die Ungläubigen zu führen, denen die Religion von Christus unbekannt ist. Die Verteidiger dieser sogenannten “Rosa Legende” waren unter anderen Martin Fernandez de Enciso, Juan Lopez de Palacios Rubio, Solarzano Pereira, Lopez de Gomara und die Vertreter des “Indigenismus”, die das Werk Spaniens in Amerika schützten und die kulturellen Elemente Hispanoamerikas überbewerteten.

Die Kritiker der spanischen Conquista lehnten laut Ocampo die sogenannten gerechten Titel, den gerechten Krieg gegen die indigene Bevölkerung, die natürlichen Besitzer dieser Territorien ab, sie gingen davon aus, dass die spanische Conquista die Vernichtung der indigenen Gesellschaft bedeutete, zu den Anhängern dieser sogenannten “Schwarzen Legende” gehörten unter anderem: Fray Bartolome de las Casas, Fray Antonio de Montesino, Pater Francisco de Vitoria und die Strömung des “Indigenismus”, die die einheimischen Kulturen vor der Vernichtung verteidigte, die von den Spaniern ausging.

4.)

Die vierte von Ocampo genannte Institution war die Inbesitznahme und **Gründung von Städten**.

“Ein wichtiger Aspekt der Conquista war die Feier der Landübernahme und die Gründung der Stadt. Laut den Spaniern wurde mit diesem feierlichen Akt rechtlich die Besitzurkunde übergeben. Das war ein wichtiger Schritt, der Zeugnis von besetztem Land gab und die Unmöglichkeit bestimmte, dass andere Kapitane an diese Besitztümer der Gründung kommen könnten. Die Inbesitznahme eines bestimmten Ortes im Namen des Königs hat einen mittelalterlichen Ursprung und basiert auf der Theorie der Besetzung durch Eroberung als Grundlage für den rechtmäßigen Titel. Die Feier musste feierlich sein: der Gründer steigt aufs Pferd, nimmt Besitz vom Land im Namen des Königs von Spanien, erhebt das Schwert und fordert diejenigen heraus, die sich der Inbesitznahme des Landes und der Stadtgründung entgegenstellen. Nach Beendigung der Zeremonie ernannte der Gründer gewöhnliche Bürgermeister und Mitglieder des “Cabildo”, der Ort für die Kirche wurde markiert und die Grundstücke für die ersten Gründer wurden verteilt. Bei jeder Gründung wurde auf dem Platz die Säule oder der Schandpfahl (*“Rollo y Picota”*) als Zeichen der königlichen Rechtssprechung oder Autorität angebracht. Das war eine Steinsäule oder Holzpfeiler, ein Symbol der Gerechtigkeit, vor dem die höchsten Strafsanktionen ausgeführt wurden. Der Schandpfahl bezeugte die Macht, die dem Expeditionsführer gegeben wurde, um die Gesetze des Öffentlichen Dienstes zu verabschieden und ihre Einhaltung zu garantieren.” (Ocampo 1989:71)

Ocampo bemerkt, dass das XVI. Jahrhundert das “urbane Jahrhundert” Westindiens (Amerikas) genannt wird, weil mehr als 120 Städte gegründet wurden. Einige wurden auf dem Boden alter indigener Dörfer gegründet, wie Santa Fe de Bogota oder Tunja im Königreich von Neugranada, andere auf Ruinen indigener Bevölkerungen wie Mexiko, Cuzco, Quito und Mendoza, andere an der Küste wie Santa Marta und Cartagena, andere in der Nähe von Goldminen wie Santa Fe de Antioquia, Popayan, Cali, Ibague, Anserma, Santiago de Arma und Pamplona, andere festigten sich als Dörfer rund um die Resguardos.

Ocampo (1989) erklärt die von den Spaniern eingeführten Unterschiede zwischen den verschiedenen Typen von Ortschaften:

- Eine **Stadt** war Provinz- oder Bezirkshauptstadt. Das war ein vorrangiger Titel, der von der spanischen Krone mit einer königlichen Urkunde, der Real Cedula, auf Ersuchen des Stadtrats und der Nachbarn verliehen wurde. Beispiele: Santa Maria la Antigua del Darien, Santa Marta, Cartagena de Indias, Popayan, Tunja, Santa Fe de Antioquia, Santa Fe de Bogota, Pamplona, Socorro, Cartago, Santiago de Cali, Pasto, Medellin, Rionegro, Marinilla, Mariquita, Tocaima und Toro.
- Die Kategorie **Villa**, die der Stadt untergeordnet war, wurde einer Ortschaft als Auszeichnung verliehen und war mit Privilegien in einer bestimmten Region verbunden. Beispiele: Santiago de Arma, Honda, San Gil, Cucuta, Piedecuesta und Villa de Leiva.
- In den Ortschaften etablierten sich je nach ethnischer Vorherrschaft Unterschiede. So wurde von **Spanier-Dörfern**, **Indianer-Dörfern** oder **Reduktionen** und später im XVII. Jahrhundert von den **Palenquen** bzw. freien Ortschaften der “Cimarrones”, der entflohenen schwarzen Sklaven, gesprochen.
- Viele kleine Ortschaften entstanden rund um die Katechesenkirchen und die indigenen Zentren oder Bevölkerungen. Die Katechesenpriester wählten die angemessenen Orte aus, um die Klausuren oder Kapellen zu errichten, um die herum sich Dörfer bildeten, die sich mit der Zeit in Pfarreizweigstellen und später in Pfarreien verwandelten. Wenn sie schon organisiert waren, wurden Bürgermeister und Ratsmitglieder des Gemeinderats ernannt.

Der Bau der spanischen Städte erfolgte laut Ocampo nach rasterförmigem System, aufgebaut wie das Dame-Spiel und rechtwinklig wie ein Schachbrett, mit Häuserreihen von vier Blöcken und einer Länge von ungefähr 100 Varas (80 m) pro Block. Dieses System vereinfachte die Verteilung von Grundstücken, die Anordnung und die Regulierung der Stadt. Der große Hauptplatz verwandelte sich in die zentrale Achse des urbanen Lebens und der bürgerlichen Aktivitäten. Am Platz geboren zu werden und zu leben war ein Symbol hoher sozialer Stellung, deshalb genossen die Conquistadoren und Gründer der Stadt und besonders die großen Encomenderos Vorrechte. Die Bewohner, die mehrere Blöcke vom Hauptplatz entfernt wohnten, hatten mittlere oder niedrige Sozialpositionen inne, sie wurden die sogenannten "Vecinos" (Nachbarn) oder "Moradores" (Einwohner) genannt.

"Ab der Stadtgründung wurden die Solare (Grundstücke) unter den ersten Bewohnern und Nachbarn aufgeteilt. Ein Solar ist das Land, das für den Bau eines Hauses oder einer Residenz für eine Familie bestimmt ist. Die kolonialen Gemeinderäte verteilten den Bewohnern die Grundstücke und Ländereien nach Verdiensten und sozialen Kategorien. Sie markierten die Gemeindeweiden oder Gemeinschaftsländereien der Gemeinde, die für Gemeinschaftsweiden und mögliche Ausbreitung in der urbanen Entwicklung bestimmt waren. Es gab auch Territorien, die sogenannten "Eigene", die verpachtet wurden und deren Pacht für die Gemeindeausgaben genutzt wurde. Die königlichen Ländereien oder der Krone waren auch für den Unterhalt der Gemeindeverwaltung bestimmt." (Ocampo 1989:75)

Die indigenen Kämpfe gegen die Spanier und das ungleiche Kraftverhältnis

Ocampo stellt fest, dass laut den Chronisten die indigene Bevölkerung die Conquistadoren anfänglich als fremde Wesen betrachteten, die gewisse Prophezeiungen erfüllten, sie identifizierten sie als "Söhne der Sonne" oder Götter, die die Aufgabe hatten, sie zu beherrschen, an verschiedenen Orten Amerikas wurden sie als Götter empfangen, die Indios Tumeque empfingen so die Truppe von Gonzalo Jimenez de Quesada, ebenso wie die Indios von Tabasco in Mexiko.

Die indigene Bevölkerung glaubte anfänglich nach Ocampo, dass Ross und Reiter eine Einheit bildeten und waren benommen, als sie sahen, wie diese sich zerteilte, auch hatten sie Angst vor den Hunden, die zur Einschüchterung benutzt wurden, so wird davon ausgegangen, dass diese Angst die Conquista der Muzoindios in der Smaragdregion erleichterte, zudem gab es die Feuerwaffen, die Schrotflinten, Musketen und Hakenbüchsen, die für die indigenen Menschen teuflische Elemente zu sein schienen; als der indigenen Bevölkerung bewusst wurde, dass die Conquistadoren Menschen aus Fleisch und Blut sind, die schliefen, aßen, sich betranken, sich mit Frauen vereinigten und starben wie sie, veränderte sich ihre Einstellung und sie setzten ihnen Widerstand entgegen; die Chronisten informieren, dass in Neugranada ein richtiges Widerstandsepos stattfand, wie das der Völker der Caribe an der atlantischen Küste, der Urabaece, Tahami und Nutaba in Antioquia, die ebenso wie die Chitarero und die Tunebo von Santander den kollektiven Selbstmord vorzogen.

Ocampo berichtet, dass es einigen indigenen Völkern gelang, spanische Festungen und Städte zu zerstören, wie diejenigen Völker von Darien mit San Sebastian de Uraba, die Pijao mit Ibague und die Timana und Andaqui mit Neiva, der unbezwingbare Häuptling Tundama galt als der höchste Held des indigenen Widerstands unter den Muisca; Häuptlinge des Widerstands der Chibcha gab es unter anderem in den Territorien der Indios Sativa.

"Bei der überwältigenden Kraft der spanischen Conquistadoren einschließlich der Hilfe verschiedener indigener Gruppen führte die Conquista jedoch zur Zerstörung der einheimischen Bevölkerung und zur demografischen Katastrophe. Zahlreiche indigenen Völker verschwanden;

andere wanderten weg und isolierten sich, wobei sie sich in "Grenzvölker" verwandelten; andere akzeptierten unter Zwang die Conquistabeherrschung und begannen einen Akkulturations- und Enkulturationsprozess. Für die akkulturierten indigenen Bevölkerungen wurden die Institutionen der kolonialen Beherrschung eingerichtet: die Encomienda, die Mita und die Resguardos." (Ocampo 1989:81)

In der Gegenwart überleben Ureinwohner in ihrer sowohl spirituellen als auch materiellen und kulturellen Entwicklung, trotz der Angriffe neuer Siedler auf der Suche nach Land und neuer Formen der Conquista.

"Unter den verschiedenen indigenen Kernen, die in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts noch überleben, befinden sich die Folgenden: die Guajiro der Sprachfamilie der Arawak auf der Halbinsel, der sie ihren Namen geben; die Kogi, Ika und Saka der Familie der Chibcha in der Sierra Nevada von Santa Marta; die Yukos, Motilones und Dobocubi der Familie der Caribe in der Sierra de Perija; die Chimila der Familie der Chibcha am südlichen Berghang der Sierra Nevada; die Choco, Embera, Cholo, Baudo, Noanama und Catio der Sprachfamilie der Caribe in der Zone von Choco und der Küste des Golfs von Uraba; die Cuna an der Grenze mit Panama; die Paez in Tierradentro, die Quillacinga, Coaiquer und Sibundoy der Familie der Chibcha im Departement Nariño; die Huitoto, Siona, Tikuna und Coreguaje in der südlichen Zone des Amazonas; die Macuna am Rio Apoporis und die verschiedenen Stämme der Tukano von Vaupes, Tariana, Carijona, Bare und Baniva, die zur Sprachfamilie der Arawak, Caribe, Tukano oder Maku gehören; die Guahibo am Ufer des Meta und Vichada; die Piapoco der Familie Arawak am Rio Guaviare und die Tunebo in der Region Tunebia zwischen den Departements Santander und Boyaca." (Ocampo 1989: 82)

3.1.3.2 Drei Jahrhunderte spanische Kolonisierung: XVI. – XVIII. Jahrhundert

Es ist wichtig, die Kolonisationsprozesse zu kennen, ihre sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen, um den Modernisierungsprozess in Kolumbien zu verstehen, da in dieser Periode politische, ökonomische und soziale Strukturen errichtet wurde, die im XIX. und XX. Jahrhundert noch gültig sind.

Die Kolonialzeit kann nach Ocampo (1989) in zwei Perioden geteilt werden: die der sogenannten "kolonialen Stabilisierung" zwischen dem XVI. und XVII. Jahrhundert und die Periode des Vizekönigreichs und der Aufklärung im XVIII. Jahrhundert.

3.1.3.2.1 Die koloniale Stabilisierung: XVI. – XVII. Jahrhundert

Während dieser Jahrhunderte wurden laut Ocampo neue Städte gegründet, koloniale Regierungen organisiert sowie ökonomische und soziale Institutionen kolonialer Beherrschung eingeführt.

Politik: Das XVI. und das XVII. Jahrhundert unterlagen nach Ocampo der Herrschaft des Hauses Habsburgs (oder Österreichs), im XVI. Jahrhundert förderten die älteren Habsburger Karl V. und Philipp II. den hegemonialen und entscheidenden Aufstieg Spaniens, dem Spanien des XVII. Jahrhunderts dagegen gebührte während der Regierungszeiten der jüngeren Habsburger Philipp III., Philipp IV. und Karl II. der Abstieg und die politische Dekadenz des spanischen Imperiums auf Weltniveau.

Das politisch-administrative System des spanischen Imperiums hatte laut Ocampo seine Hauptachse in der Monarchie, im Vertragshaus ("*Casa de la Contratación*") und im Rat von Indias ("*Consejo de las Indias*"), jenen metropolitanischen Institutionen zur Führung der amerikanischen Kolonien.

Ocampo erklärt, daß die spanische Krone das Zentrum der Einheit und der politischen Macht in einem absolutistischen System war, das 1503 in Sevilla gegründete Vertragshaus war die Organisation, die den Handel der amerikanischen Kolonien leitete; der 1519 geschaffene königliche Rat von Indias war die administrative Institution und das Schlichtungsorgan, das Gutachten ausgab und die die Kolonien betreffenden allgemeinen Normen vorbereitete, als oberer Gerichtshof sprach der Rat von Indias in letzter Instanz Urteile in Verwaltungsangelegenheiten privater und öffentlicher Art.

Wie aus dem Gründungsdatum zu ersehen ist, war zuerst der Handel wichtig und später erst seine rechtliche und administrative Organisation.

Die kolonialen Institutionen im Königreich von Neugranada: Diese wurden laut Ocampo durch zwei Arten von Organisationen repräsentiert:

- 1) **Schlichtungsorganisationen:** die Real Audiencia und die Cabildos bzw. Stadtverwaltungen.
- 2) **Ausführende Organisationen:** vertreten durch Adelantados und Gouverneure während der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts, ab 1564 durch Präsidenten des Neuen Königreichs von Granada und von 1739 bis 1810 Vizekönige. In den Provinzen hatten die Gouverneure und Landrichter die politische Macht, in den Gemeinden die gewöhnlichen Bürgermeister.

“Der Stadtrat (Cabildo) entstand in Amerika mit der Gründung von Städten. Zuerst ernannten die Gründer die Beamten für den Stadtrat. Die besagte Wahl fiel auf die prestigereichsten Bewohner der Städte und ihre Nachkommen. Seine Mitglieder hießen Regidores (Ratsherren), deren Anzahl variierte. Die wichtigeren Städte hatten 12 Ratsherren und die weniger wichtigen 6 Ratsherren. Um Regidor zu werden, musste man die folgenden Bedingungen erfüllen: von den spanischen Reichen abstammen und Bewohner der Ortschaften sein, wo man die Funktionen ausüben wird; ein Haus in der Ortschaft haben, keine Taverne mit Weinausschank besitzen, keine gemeinen Dienste benutzen, guten Ruf haben, nicht taubstumm sein und nicht unter 18 Jahren sein. Die Mitglieder der Stadträte hatten die folgenden Funktionen: Die gewöhnlichen Bürgermeister erster und zweiter Wahl hatten die Aufgabe der Zivil- und der Strafrechtssprechung. Der königliche Leutnant war damit beauftragt, das königliche Banner zu tragen. Der getreue Vollstrecker war Polizeibeauftragter für die Vorräte und die Festlegung der Marktpreise. Der Prokurator war der Vertreter der Interessen des Volks. Der Mayordomo oder Schatzmeister verwaltete die Fonds der Gemeinde. Der obere Alguacil war der Polizeichef und der Escribano des Stadtrats war der Beauftragte für die Vereinbarungen.” (Ocampo 1989: 95)

Die Stadträte hatten laut Ocampo unter anderem die folgenden Funktionen: die Verteilung von Grundstücken und Ländereien, die Verwaltung der eigenen und der Gemeindeweiden, die Sorge für Überfluss und gute Lebensmittel- und Getränkeproduktion, die Inspektion von Gewichten und Maßen, die Sauberhaltung und das Schmücken der Ortschaft, die Instandhaltung und Pflege der Wege, den Bau von Brücken; es gab zwei Arten von Stadträten: die der Spanier und die der Indios. Erstere wiesen eine ähnliche Zusammensetzung wie auf der spanischen Halbinsel auf; Letztere bestanden aus Gesetzeshütern der Evangelisierungszentren und Gouverneuren oder Indianerhäuptlingen; es existierten zwei Arten von Versammlungen: der geschlossene Stadtrat, an dem nur die Mitglieder der Korporationen teilnahmen, und der offene Stadtrat, an dem die Nachbarschaft teilnahm, um über Angelegenheiten der Gemeinschaft zu sprechen.

Laut Ocampo verteidigten die Stadträte während der Kolonialzeit die Gemeindefreirrechte und die Interessen des Volkes, verwandelten sich in Organe der Kritik der Miswirtschaft und in Orte

der Auseinandersetzung zwischen den Angehörigen der Halbinsel und den Kreolen, der Stadtrat von Tunja wird als der revolutionärste der Kolonie angesehen, denn er widersetzte sich der Ernennung des Landrichters durch den Präsidenten Venero de Leiva und zusammen mit dem Stadtrat von Santa Fe widersetzten sie sich den Steuern der Alcabala, da sie den Stadtrechten entgegenstanden; die Bürgerbewegung von 1781 ging von den Stadträten aus, die die Beschwerden des aufständischen Volks förderten und vertraten; ebenso war die politische Revolution von 1810 eine richtige "Stadtratsrevolution".

Andere Funktionäre der spanischen Verwaltung in den amerikanischen Kolonien waren nach Ocampo die Corregidores (Landrichter) und die Oberen Bürgermeister, die von der Krone direkt für die Zeit von fünf Jahren ernannt wurden; sie repräsentierten den König und sprachen Recht in den Ortschaften oder Territorien, die dem Rechtsbezirk zugeschrieben waren und die sie mindestens einmal während ihrer Amtszeit besuchen mussten. Zum Rechtsbezirk von Tunja gehörten Ende des XVI. Jahrhunderts die Provinzen von Socorro und Pamplona, Merida und Barinas bis zum See von Maracaibo.

Man kann festhalten, dass in den Schlichtungsorganismen, wie in den auf lokaler Ebene bestehenden Stadträten, in denen die wichtigsten Probleme der Ortschaften diskutiert und gelöst wurden, die Erfahrung der Demokratie beginnt, die auf die Spanier der Halbinsel und die Kreolen spanischer Abstammung begrenzt blieb. Im Gegensatz dazu repräsentierten die ausführenden Organe mit ihren direkt und einseitig von der Krone ernannten Würdenträgern die von der Monarchie legitimierte autoritäre Machtausübung. Wenn Konflikte zwischen beiden Organen auftraten, hatte die Autorität der ausführenden Organe Vorrang vor den Schlichtungsorganen, diese Überlegenheit der Exekutive hat sich in Kolumbien erhalten, was sich in der Machtkonzentration im Präsidenten der Republik widerspiegelt.

Die Institutionen der kolonialen Herrschaft: Diese Institutionen regelten nach Ocampo die Beziehungen zwischen den Spaniern und der indigenen Bevölkerung im Neuen Königreich von Granada: die **Encomienda**, die **Mita** und die **Resguardos**.

Die Encomienda: "...sozioökonomische Institution, mit der sich eine indigene Gruppe einem Encomendero übergab, um ihm zu Diensten zu arbeiten und seinen Schutz zu bekommen. Die indigenen Einwohner mussten auch evangelisiert werden und der Encomendero hatte seine Einheimischen zu verteidigen, Kirchen zu bauen, die Doktrin zu erhalten, den Indios Häuser zu bauen und Grundstücke zu verteilen. Der Encomendero übernahm seinerseits gegenüber der Krone eine militärische Verpflichtung zur Verteidigung und Befriedung im Falle von Aufständen der eingeborenen Bevölkerung oder Eindringen ausländischer Feinde." (Ocampo 1989:132)

Colmenares (1987) zeigt auf, daß die Encomienda eine komplexe Institution war, die gleichzeitig politische, juristische und ökonomische Aspekte betraf, als politisches Instrument ersetzte sie die Macht der Hierarchien der Ureinwohner durch diejenige der europäischen Conquistadoren, z. B. in Gestalt des Tributs, Symbol der Unterwerfung oder Anerkennung der Hierarchien, sodass beim Übergang von den Häuptlingen zu den Conquistadoren diese eine Form von Ehrenbezeugung empfangen, die den Führungskräften vorbehalten war. "Streng genommen musste die Anerkennung ausschließlich dem spanischen Staat bzw. seiner Monarchie zukommen, aber im Rahmen der Kapitulation der Krone vor den Konquistadores wurde diese Eigenschaft der Staatssouveränität privatisiert. Wenn die Privatisierung anfangs auch als eine Notwendigkeit zur Anregung der Besetzung ausgedehnter Territorien auferlegt wurde, die sich in Besitztümer der Krone verwandelten, war sie auf lange Sicht eine Quelle von Konflikten zwischen den Konquistadores bzw. ihren Nachkommen, die sich an ihre Privilegien klammerten, und der Krone, die um eine ihrer Errungenschaften kämpfte." (Colmenares 1987: 25)

Aus juristischer Sicht war die Encomienda laut Colmenares eine Institution, die sowohl den Indios wie den Encomenderos gegenseitige Verpflichtungen auferlegte. "Als Kompensation für den Schutz und die Evangelisierung, die der Encomendero den indigenen Bewohnern leisten musste, mussten diese ihm eine Abgabe anerkennen." (Colmenares 1987: 25). Insgesamt regelte die Encomienda die Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten; aus ökonomischer Sicht kann die Encomienda laut Colmenares als ein Mechanismus der Überschussverteilung gesehen werden, denn den Indios stand die Rolle des Unterhalts der Spanier zu.

"Laut den am 27. Dezember 1512 verabschiedeten Leyes de Burgos (den Burgos Gesetzen) waren die Indios theoretisch frei von der Sklaverei und dem persönlichen Dienst, den die Verteiler vorschrieben. Aber sie waren an einen Tribut gebunden, der einem Spanier abgegeben werden musste, der für ihr Geschick verantwortlich war. Dieser Spanier hieß Encomendero (Zavala, 1935)." (Fals Borda 1982: 121)

Fals Borda stellt fest, dass die Zahlung des Tributs die Zugehörigkeit zu einer unteren Sozialschicht bedeutete und die politische und ökonomische Macht in der ersten Periode der Kolonisierung der Ländereien von der Encomienda abgeleitet wurde. Als Gegenleistung für den Tribut waren die Encomenderos verantwortlich für: Kirchenbau für ihre Anvertrauten, Zahlung von Katechetenpriestern, Zahlung des Tagelohns für die Arbeit und Verpflichtung zur Unterhaltung der Kavallerie und Waffen zur Verteidigung der Städte vor Angriffen der Indigenen oder Piraten.

Wegen dem physischen Verschwinden und der rassischen und ökonomischen Veränderung der indigenen Gemeinschaften, sowie der Bildung ökonomischer Gruppen wie Kaufleuten, Landwirten und Bürokraten, die begannen, mit den Encomenderos in Wettstreit zu treten, verlor laut Fals Borda die Encomienda Bedeutung und Interesse, bis sie sich laut Urkunde von König Fernando V. vom 12. Juli 1720 einfach selbst auflöste. Sie hatte etwas mehr als 200 Jahre gedauert.

Die Mita: Ocampo (1989) schneidet an, dass das Problem der Arbeitskraft während der Jahrhunderte der spanischen Kolonisierung eins der am schwersten zu lösenden war, weswegen die Krone die Mita institutionalisierte, "mit der eine Gruppe, Klan oder indigener Stamm gezwungen wurde, während einer bestimmten Zeit eine Arbeit gegen einen Entlohnung bzw. Lohn auszuführen." (Ocampo 1989: 134)

Ocampo unterscheidet verschiedene Arten der Mita: Die landwirtschaftliche Mita für die Arbeit in den Haciendas, aufgrund derer von der indigenen Bevölkerung gefordert wird, während einer Periode, die gewöhnlich drei bis vier Monate dauerte, für einen bestimmten Lohn auf dem Land zu arbeiten. Diese Agrarabkommen wurden auch "*concierto agrario*" genannt. Die Bergbau-Mita war die obligatorische Arbeit, die von einer Gruppe von Indigenen für die Arbeit in den Minen zu einem bestimmten Lohn für die Dauer von 10 Monaten gefordert wurde. Die Anfertigungs-Mita war die Arbeit, die in den angehenden Textil- und Stofffabriken realisiert wurde. Ferner gab es die Hausarbeits-Mita, die Ruder-Mita auf dem Rio Magdalena, die Transport-Mita, die Mita für öffentliche Arbeiten und andere Formen der Mita.

Anfänglich realisierten die Indigenen die Arbeit der Mita, aber Mitte des XVI. Jahrhunderts verbot sie die Krone laut Ocampo aufgrund des Missbrauchs; es wurde jedoch später der persönliche Dienst angenommen, der bis zum Ende der Kolonie vorherrschte, die Arbeit in den Minen wurde durch schwarze Sklaven ersetzt; das Sklavenregime organisierte ihre Arbeit um ihre Herren und Vorsteher herum.

“Die Mita der Anfertigung handwerklicher textiler Arbeiten war weit verbreitet in den Gebieten größerer indigener Konzentration. Die Werkstätten von Duitama, Tunja, Villa de Leiva, Oicata, Soraca und andere der Provinz von Tunja waren sehr bekannt. Rund um die Werkstätten bildete sich die genossenschaftliche Arbeit, die indigene, Mischlings- und spanische Handwerker niedrigen sozialen Standes versammelte. Die Handwerkerghremien hatten eine Vorgeschichte im mittelalterlichen Europa, wo die Arbeiter des gleichen Berufs sich um eine Institution versammelten, die sie ausbildeten und schützten. Es gab die Schustergremien, Schneiderghremien, die Gremien der Sattler, Schreiner, usw. Um die Gremien herum entstanden die Zünfte, die Vereinigungen mit wohltätigen und religiösen Zwecken waren.” (Ocampo 1989: 137)

Die Resguardos: Das war laut Ocampo das Land, das einem indigenen Volk zugeschrieben wurde, das die Eigenschaft von einem Gemeinschaftsbesitz hatte und nicht veräußerlicht werden konnte, damit die indigene Bevölkerung vor dem Missbrauch der Spanier und Kreolen geschützt wurde. Die Territorien wurden gemäß der Agrarreform von 1591 mit Urkunden vergeben.

“Die Resguardos wurden in den Reduktionen oder Indianerdörfern errichtet, d. h. in denjenigen Zentren der einheimischen Bevölkerung, die nicht in den Encomiendas aufgeteilt waren. Das indigene Dorf oder die “Reduktion” hatte in der kolonialen Zeit seine eigene Organisation: Der Besitz des Landes dieser Reduktion bildete den Resguardo, der sich im Allgemeinen in drei Teile aufteilte: der erste Teil wurde mehreren indigenen Familien in Parzellen zugeteilt, damit sie sie nach ihren Bedürfnissen anbauten. Ein zweiter Teil war für die “Gemeinschaftsarbeit” vorgesehen und wurde gemeinsam von den indigenen Mitgliedern verschiedener Stämme einer Bevölkerung bearbeitet; das Produkt dieser Arbeit wurde für die Kassen der Gemeinschaftsgüter bestimmt und diente dem Unterhalt von Krankenhäusern oder der Unterstützung von Waisenkindern, Witwen und Armen. Der dritte Teil der Resguardos war als Gemeindeweiden oder Gemeinschaftsweideflächen zur Viehzucht bestimmt, im Allgemeinen Schafe, Ziegen, Schweine und Hühner.” (Ocampo 1989: 138)

Ocampo stellt fest, dass sich in der Umgebung der Resguardos die Indianerdörfer und Reduktionen festigten, in denen eine Autorität existierte, die sich im Indiostadtrat konzentrierte und aus einem Gouverneur bestand, im Allgemeinen ein alter Häuptling, zwei Bürgermeister, verschiedene Ratsherren, Polizisten und in einigen Fällen ein Schatzmeister für die Gemeinschaftsgüter und die Kasse der Anleihen für die Sozialhilfe. In einigen Indiobeölkerungen gab es die Kirche mit dem Katechetenpriester der Reduktion.

Mit dem Gesetz von 1680, mit dem das Leben der Indiobeölkerungen und der Territorien der Resguardos strukturiert wurde, wurde nach Ocampo das sogenannte Generelle Indiogericht eingeführt, das eine Art Gericht für indigene Angelegenheiten war und in der Umgebung der Real Audiencia stattfand, außerdem gab es das Amt des Indianerschützers, das im Allgemeinen ein Priester ausübte und dessen Aufgabe es war, Beschwerden und Klagen der Einheimischen zu bearbeiten und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Es existierten laut Ocampo zahlreiche Konflikte zwischen den indigenen und den spanischen Bewohnern in der Umgebung der Resguardos, die Indigenen verteidigten weiterhin die Resguardos als einzige Form des Schutzes vor der kolonialen Beherrschung; ihren Kampf um das Land setzten sie seit der Unabhängigkeit Kolumbiens fort, sodass die Institution der Resguardos im Unterschied zur Encomienda und der Mita in Kolumbien weiter besteht.

Ökonomische Charakterisierung der kolonialen Epoche: XVI. und XVII. Jahrhundert: Die merkantilistische Schule herrschte nach Ocampo vor, die die Erhaltung der Souveränität und die Machtstellung des Imperiums zum Ziel hatte, indem sie den nationalen Reichtum stärkte, das

Erreichen dieses Ziels hing von der Anhäufung von Gold und anderen Edelmetallen ab, weshalb der Bergbau eine der wesentlichen Produktionsquellen der amerikanischen Kolonien war. "Das amerikanische Gold und Silber zu jedem Preis erwerben, um es als Element der ökonomischen Beherrschung nach Europa zu transportieren, wurde zu einer Besessenheit nicht nur der Herrscher, sondern der emigrierenden Konquistadoren, die Prestige und sozialen Aufstieg erwarteten. Für die Staaten bedeutete das, die Kassen zu füllen, für die Einzelnen, persönlichen Reichtum zu erwerben." (Ocampo 1989:100).

Ocampo identifizierte drei Tendenzen, die den ökonomischen Geist während der drei Jahrhunderte der spanischen Kolonie kennzeichneten:

Die Phase der Encomiendas: Es setzte sich eine "Herrschaftsordnung" für die Repartimientos und die Encomiendas durch, die ein System von indigenem Lehnsdienst aufrechterhielt, das in der Zahlung repräsentiert war, die die Einheimischen den Encomenderos machten. Der Reichtum eines Encomendero des XVI. Jahrhunderts bestand in der Anzahl Indigene, die ihm für deren Schutz zugeschrieben waren.

Die Phase der Großgrundbesitzer: Eine "Großgrundbesitzerordnung" etablierte sich wegen der großen Landbesitzungen. Seit der Agrarreform von 1592 entstanden die großen Haciendas und das neue ökonomische Ideal, Reichtum über den Besitz von Territorien zu erhalten. Eine Person war so wichtig wie die Menge der Ländereien, die er besaß.

Die Reformphase: Bourbonische Reformen wurden im XVIII. Jahrhundert in der kolonialen Verwaltung durchgeführt, eine politische Zentralisierung, Steuerreformen, die Stärkung der kolonialen Bürokratie und die Versuche, die Wirtschaft zu diversifizieren, um die protektionistischen Einschränkungen zu zerschlagen, die der Merkantilismus in den wesentlichen europäischen Märkten geschaffen hatte.

Wesentliche ökonomische Aktivitäten nach Ocampo (1989):

Der Osten des Neuen Königreichs von Granada, das den Rio Magdalena zur Achse hatte, war eine der entwickeltsten Regionen und teilte sich geografisch in:

- a) die zentrale Zone der Hochebene von Cundinamarca und Boyaca, die Umgebung von Santa Fe de Bogota und Tunja und außerdem Bevölkerungen, die zu Cundinamarca und Boyaca gehörten und Spanier- und Chibchacharakter hatten, mit einem stark indigenen und Mestizenkern, solidem Encomenderostand und bürokratischem Haciendabesitzer, einer Struktur, die um die Landwirtschaft und um große und kleine Viehzucht organisiert war. Die Provinz von Tunja war die Produzentin von Kartoffeln, Weizen und Gerste.
- b) die nordöstliche Zone, in der Umgebung der ökonomischen Achse von Socorro, San Gil und Pamplona, Territorien der heutigen Departements Santander und Nordsantander. Sie wurde von Spaniern und Mestizen bewohnt und hob sich durch eine Manufakturindustrie besonders von Stoffen, Nahrungsmitteln und Landwirtschaft hervor; sie war eine urbane Handels- und Handwerksregion. Es wurde Tabak angebaut, die Textilmanufaktur und die Schnapsproduktion entwickelt. In der Goldregion zwischen Pamplona und Velez wurde Gold gewonnen, in Villa de Leyva Silber, in Muzo und Somondoco Smaragd und in Zipaquirá Salz.

Der Westen des Neuen Königreichs von Granada, der die Territorien der Regierung von Popayan, Antioquia, Choco und Valle del Cauca und den umliegenden Gebieten umfasste, war die Region,

die wirtschaftlich durch intensiven Bergbau, die Landwirtschaft und Viehzucht in großen Haciendas charakterisiert war, zu deren Ausbeutung aus Afrika stammende schwarze Sklaven angestellt wurden. Das Gebiet von Pasto im Süden charakterisierten landwirtschaftliche und handwerkliche Aktivitäten. Das Wirtschaftsleben der Atlantikküste konzentrierte sich auf den Handel, den Flusstransport auf dem Rio Magdalena und den Überseetransport, der den Außenhandel mit der spanischen Metropole ermöglichte.

Der Bergbau war die wichtigste ökonomische Aktivität im Neuen Königreich von Granada. Er entwickelte sich im XVII. Jahrhundert mit 40% zu dem Bereich mit der weltweit größten Produktion. Im XVIII. Jahrhundert trat er seinen ersten Platz an Brasilien und im XX. Jahrhundert an Kalifornien und Australien ab. Die Minen waren Eigentum der Krone von Spanien und wurden den Kolonisatoren in Form von Lizenzen zugeschrieben.

Das Handelsmonopol war charakteristisch während der Kolonie. Die Metropole schloss die Grenzen ihrer Kolonien, verbot den Austausch mit europäischen Potenzen und pflegte eine isolierte, halbgeschlossene koloniale Wirtschaft, die in direkter Handelsbeziehung mit der Metropole stand. In den amerikanischen Kolonien durfte keine Aktivität ohne die Genehmigung und die Kontrolle des Vertragshauses unternommen werden, das die Gewinne auf die Krone und hauptsächlich die Handelsgruppen von Sevilla und Cadix konzentrierte. Dieses Handelsmonopol wurde in allen Kolonien reproduziert, womit die Preise reguliert und die Knappheit der importierten Artikel gehandhabt wurden.

Das Neue Königreich von Granada schickte Gold nach Spanien und importierte hauptsächlich Konsumgüter: Tücher, Weine, Öle, Mehle und andere Produkte, die Spanien für den kolonialen Handel reservierte. Die angehende spanische Industrie war nicht fähig, mit den Manufakturen in England, Frankreich und Holland, die sich in beschleunigtem Industrialisierungsprozess befanden, zu konkurrieren. Diese nahmen den Halbinselmarkt in Besitz, um dann mit dem Ziel der amerikanischen Kolonien verschifft zu werden.

Im Binnenhandel des Neuen Königreichs von Granada handelte der Osten mit Textilien, Mehl, Zucker, Kakao, Tabak, Fleisch, Salz u.a. Die Provinz von Tunja hob sich durch ihre Manufaktur von Textilien hervor, die mit denen von Pasto, Quito und Kastilien konkurrierten. Der Binnenhandel des Neuen Reichs wurde von der Minenaktivität beeinflusst; als diese im XVIII. Jahrhundert abnahm, gab es eine Handelskrise und wirtschaftliche Unsicherheit.

Die Hauptprobleme des Binnenhandels waren: die Langsamkeit beim Kauf, die großen Distanzen für die Handelskommunikation, infolgedessen die Preiserhöhung. Eine Reise von Cartagena ins Landesinnere konnte wegen der häufigen indigenen Angriffe, die naturbedingten Schwierigkeiten des Geländes und der tropischen Vegetation 25 bis 30 Tage dauern.

Die Währung, die für die Handelstransaktionen benutzt wurde, war zuerst der kastilische Maravedi. Mitte des XVI. Jahrhunderts verbreitete sich der Gebrauch des Goldpesos, der 450 Maravedi entsprach. Es existierten auch der Goldescudo, der Silberreal, der Kastilische und die Macuquina oder Silbermünze. In Santa Fe und Popayan entstanden die Münzstätten.

Die Aneignung des Landes durch die Conquistadoren nach Ocampo (1989)

Die amerikanischen Territorien wurden von der Krone von Kastilien annektiert und durch die Bulle "Inter coetera" von Papst Alexander VI. als unveräußerlich betrachtet. Die Aneignung des Landes der indigenen Bevölkerung wurde durch die Kapitulationen realisiert, die es den Adelantados, allgemeinen Kapitänen oder Gouverneuren erlaubte, den Colonos Ländereien unter der Bedingung

zuzuschreiben, diese vier Jahre zu bewohnen und zu bearbeiten. Die Gründer der neuen Städte verteilten die Ländereien und Grundstücke, die für den Bau von Wohnungen und Gehöften bestimmt waren, in der Nähe der neuen Gründungen unter den Eroberungsheeren.

“Anfänglich wurde der Besitz von Land in den amerikanischen Kolonien als eine Lizenzgebühr der kastilischen Krone betrachtet. In der Folge wurde die private Beherrschung der Ländereien zwangsweise von der Gunst oder Gnade des Königs abgeleitet. Diese königliche Gnade wurde durch die Kapitulationen übertragen, die in Ursprungstitel privater Beherrschung des Landes verwandelt wurden. Der spanische Brauch bestand darin, den Conquistadoren einige Ländereien als Belohnungen für ihre persönliche Intervention und als Anreiz für die Kolonisierung zu geben. Den Conquistadoren mit höherem Prestige wurden *‘Caballerías’* gegeben, d. h. Ländereien mit Ausmaßen von durchschnittlich 6 – 43 Hektar. Den gemeinen Soldaten des Eroberungsheers wurden zur Belohnung *‘Peonías’* gegeben. Den ersten Bewohnern gab man Grundstücke, um ihren Wohnort festzulegen; im Allgemeinen gab es vier Grundstücke pro Block, die durch innere Tore miteinander verbunden waren.” (Ocampo 1989: 109)

Die Encomienda: Colmenares (Colmenares 1987) stellt fest, dass die Encomienda vom ökonomischen Standpunkt aus als ein Prinzip der Überflussverteilung betrachtet werden kann. "Die Abgabe, die die Indigenen ihren Encomenderos zahlten, diente nicht nur ihrem Unterhalt, sondern auch um Angehörige oder Kunden zu unterhalten, die ihr Prestige und ihre Macht ausmachten. Der vollbrachte Missbrauch gegen die Indios bestand in Forderungen der Encomenderos, dass sie viel mehr bezahlen sollten, als sie vernünftigerweise bei den Charakteristiken ihres Produktionssystems konnten." (Colmenares 1987:26)

Die Folge der Encomiendas war laut Colmenares die Zersplitterung des ökonomischen Raums, da jede Fraktion als Erbe einer Gruppe gesehen wurde, eine vom Streben der Conquistadoren nach Ehre erzwungene Situation, der Verwaltungsrat der Städte war die Institution, die den Zugang zu den Ressourcen kontrollierte, sie verteilten nicht nur Grundstücke und Gärten im urbanen Umkreis, sondern vollzogen auch Landschenkungen von zum Teil großen Ausmaßes. "Die ersten Generationen Encomenderos monopolisierten die Sitze im Stadtrat, was es ihnen ermöglichte, sich große Landkonzessionen oft in der Nähe ihrer Encomienda zuzuschreiben. In diesem Fall der Encomienda ist sehr klar zu sehen, wie von politischen Privilegien ökonomische Privilegien abgeleitet werden und nicht umgekehrt." (Colmenares 1987: 27)

Die Städte: Colmenares (1987) findet, dass Stadt ein pompöser Name für die Leere eines Hauptplatzes war, in dessen Rahmen die sichtbaren Symbole der spanischen Beherrschung errichtet wurden: die Häuser des Stadtrats, die Kirche, das Gefängnis und irgendein Lagerraum bei den Läden, die Kanzlei der Escribanos, um den Platz herum wurden auch die Häuser der Würdenträger des Heeres gebaut; die entfernteren Blöcke enthielten vier Grundstücke pro Block, damit der Rest der Stadt wie ein "bevölkertes Haus" anmutet, das war eine Forderung der spanischen Krone, die vermeiden wollte, dass in Amerika ein Feudalstand auf ländlicher Grundlage reproduziert würde. Am Rand des bewohnten Kerns befanden sich die Gärten zum Anbau von Gemüse und zur Viehzucht.

Der Begriff der Stadt schloss nach Colmenares die Territorien ein, die von den Indios genutzt wurden, sowie Ressourcen verschiedenster Art (Minen, Wasser, Wälder), die nicht von Stadträten angrenzender, urbaner Stadtkerne vereinnahmt werden konnten. "Die Stadt entstand so wie ein patrimoniales Konzept (abgeleitet vom Recht der Conquista), eher wie ein Markt oder ein Spezialisierungszentrum ökonomischer Funktionen. Es war grundsätzlich ein politisch-patrimoniales Konzept der Beherrschung, in dem ökonomische Privilegien von politischen Funktionen und nicht umgekehrt abgeleitet wurden." (Colmenares 1987:28)

Die Hacienda oder der Großgrundbesitz: Für Fals Borda (1982: 43) begründeten die Landkonzessionen durch Schenkungen den legalen Ursprung vom Großgrundbesitz in Kolumbien, den er noch heute als einen Ballast für die Entwicklung des Landes auffasst.

Mit der Dekadenz und dem Ende der Encomienda entsteht nach Fals Borda die Hacienda, die umgeben von großen Landausdehnungen gebildet wird, deren Besitzer Inhaber großer landwirtschaftlicher Güter oder Land besitzende Aristokraten waren, Nachkommen der Conquistadoren und der ersten Colonos, der Besitz wurde zum höchsten Wert ökonomischer Machtstellung und sozialen Prestiges. "Die Hacienda oder Großgrundbesitz ist eine ökonomische und sozial autonome Einheit, die auf dem landwirtschaftlichen Anbau und der Viehzucht basiert und von kleinen untergeordneten Industrien ergänzt wird. Sie waren im Allgemeinen autark, umgeben vom Gut bzw. Großgrundbesitz, mit einer eigenen sozialen Struktur, an der außer dem Gutsherrn seine Gutsverwalter und Vorsteher, die Arbeiter, die Mita-Indios und schwarze Sklaven für die landwirtschaftlichen Arbeiten und die Hausarbeit teilhatten." (Ocampo 1989: 111)

Ocampo unterscheidet verschiedene Arten von Haciendas im Neuen Reich von Granada: die Haciendas der Selbstversorgung, die sich der Produktion für den Unterhalt der Gutsbesitzer, ihrer Familien und ihrer Arbeiter widmeten und die am verbreitetsten waren. Die lukrative oder betriebliche Hacienda, die zur Produktion eines bestimmten Anbauprodukts oder zur Viehzucht bestimmt war, ähnlich wie beispielsweise die Fälle von Zuckerrohranbau in den Antillen und Brasilien. Die inaktive Hacienda ohne Produktion mit großen Ausdehnungen unberührten Lands war die häufigste Art an der Atlantikküste und in verschiedenen Gebieten Neugranadas.

"Die Krone hatte sich die Vergebung von Landschenkungen vorbehalten, so dass die Würdenträger der Conquista am Anfang über die Encomiendas verfügen konnten. Das Monopol der indigenen Arbeitskraft und die von den Encomenderos ausgeübte Kontrolle der Stadträte, d. h. ihre politische Macht machte es jedoch möglich, dass dieser Stand einen privilegierten Zugang zum Land hatte. Es bildeten sich dann einzigartige Ausbeutungseinheiten, die Haciendas. Deshalb muss in den Haciendas eine Verlängerung der urbanen politischen Herrschaft gesehen werden. Sie hatten nicht nur eine ökonomische Funktion, sondern sie waren ähnlich wie die Encomiendas ein ganzer sozialer und politischer Komplex. Es muss hinzugefügt werden, dass diese Produktionseinheiten, deren chronologisches Erscheinen sehr unterschiedlich war, eins der eigentümlichsten und dauerhaftesten Merkmale der hispanoamerikanischen Gesellschaft waren." (Colmenares 1987: 29)

Colmenares (1987) stellt fest, dass die Einführung von Groß- und Kleinvieh während der Kolonie um den Raum der indigenen Bevölkerung konkurrierte und sein ökologisches Gleichgewicht veränderte, das auf vegetarischen Proteinen basierte, die Substitution des Anbaus von Mais von hohem Ertrag pro Korn und Hektar durch andere Getreide wie Weizen, Gerste, Roggen, die der europäischen Kost zueigen waren, trug auch zur Reduzierung des indigenen Lebensraums bei. Colmenares (1987) argumentiert, dass die spanischen Kolonisatoren sich im gleichen Raum niederließen, der schon von der indigenen Bevölkerung urbar gemacht worden war, d. h. sowohl die Erde als auch die Arbeit im vorkapitalistischen kolonialen Agrarsystem, die Produkte wurden nicht in offenen Märkten angeboten, Transaktionen waren selten, weshalb Colmenares darauf schließt, dass die richtige Kolonisierung des kolumbianischen Territoriums erst Anfang des XIX. Jahrhunderts begann.

In der Kolonialzeit war laut Colmenares der Besitz der Kirche wichtig. Er wurde durch Seelsorge, Anleihen, Vermächtnisse oder direkten Kauf erworben. Auch in den ruralen Gebieten verstärkte sich um die Konvente herum der Besitz der Kirche.

Colmenares (1987) weist darauf hin, dass folgende Konflikte zu den wesentlichen ökonomischen Konflikten der ersten Jahre der Kolonisation gehörten: Die Krone versuchte Privilegien und Missbrauch der Encomenderos einzuschränken, Encomenderos und Nichtencomenderos stritten um das Monopol der Arbeitskraft, wie es beispielsweise in Villa de Leyva geschah, einem Ort, der von spanischen Arbeitern gegründet wurde und mit den Encomenderos um die immer knapper werdende Arbeitskraft kämpfte, der dritte Konflikt bestand zwischen den Mitgliedern einer gleichen Familie wegen des spanischen Erbrechts und desjenigen der Encomienda: Die Kinder eines Encomenderos hatten das Recht auf die Aufteilung des Landes, aber die Encomienda, die unsichtbar war, konnte nur vom ältesten Sohn übernommen werden, was aber eine Land ohne Arbeitskraft bedeutete.

Die koloniale Gesellschaft.

Ocampo (1989: 121-131) zeigt auf, dass die soziale Struktur in Neugranada in der kolonialen Epoche eine Gesellschaft ständischer Art und mit geringer sozialer Mobilität, d. h. eine starre Gesellschaft, präsentiert, die nach ethnischen Mustern aufgeschichtet ist: mit einem erobernden bzw. herrschenden Volk auf dem Gipfel der sozialen Pyramide und dem eroberten bzw. beherrschten Volk an der Basis.

Die oberste Schicht bildeten laut Ocampo die Spanier der Halbinsel bzw. die "Chapetones" und die "Kreolen", sie wirkten als leitende und privilegierte Klasse, deren Position sich aus der Conquista und der Zugehörigkeit zum Eroberervolk ableitete; es gab Unterschiede zwischen den hohen Sozialschichten: Diejenigen der höchsten Position waren die Conquistadoren, die ersten Bewohner, der Klerus und die königlichen Beamten oder Bürokraten, die in Spanien geboren waren, die sich als von "besserer Erde stammend" betrachteten, und die Kreolen, die wegen ihrer Geburt in Amerika weder den gleichen Sozialstatus noch die gleichen Privilegien genossen; die mittleren Schichten unter den Spaniern waren „die Nachbarn“, die Leute, die später gekommen waren und die Haus und Erbe in der Stadt erhielten, wo sie lebten, *los Moradores*, einfache Spanier, die keine hervorragenden Positionen erreichten, und diejenigen, die sich ihren Lebensunterhalt als kleine Kaufleute, Handwerker oder Bauern verdienten.

Der Klerus wurde nach Ocampo im XVI. Jahrhundert von Religionsgemeinschaften, hauptsächlich den Dominikanern, Franziskanern, Augustinern und später den Jesuiten repräsentiert. Die Kirche übte über die Missionen und die Katechese einen großen Einfluss auf die Indias aus, die Notwendigkeit, die indigene Bevölkerung zu gruppieren, um sie zu christianisieren, führte zu den *Reduktionen*, in denen evangelisiert wurde und landwirtschaftliche Techniken unterrichtet wurden. Die religiöse Mentalität trat der Mentalität der Encomenderos zur Verteidigung der indigenen Bevölkerung gegenüber.

Eine Gruppe Spanier höheren gesellschaftlichen Stands Neugranadas war nach Ocampo die Bürokratie, die aus Beamten des Königs bestand. Sie kontrollierten die Macht der ersten Conquistadoren-Gouverneure, vertraten die offizielle Gesinnung mit Befugnissen der sozialen Kontrolle. Sie traten den Conquistadoren entgegen und bremsten deren Habsucht und Härte gegen die indigene Bevölkerung; gegen Mitte des XVI. Jahrhunderts beschnitt diese Gruppe Bürokraten, die den Staatszentrismus vertraten, Vorrechte und Funktionen der Gruppe der Conquistadoren-Gouverneure; das war der Moment, in dem die *Audiencias* gegründet wurden, wie die von Santa Fe, die die Allmacht der Regierungen beendete, diese gehaltsempfangende Bürokratie, in der Rechtsanwälte und Aristokraten der spanischen Halbinsel eine große Rolle spielten, trat der Encomenderos-Aristokratie entgegen, die sich der Stadträte bemächtigt hat und das Leben der Region beträchtlich beeinflusste; es gab mehrere Auseinandersetzungen zwischen den Encomenderos und den Aristokraten der spanischen Halbinsel: die Rebellion der *Encomenderos* gegen die neuen Gesetze von 1542 und die Rebellion der *Alcabalas* von 1592.

Ein anderer Stand, der im XVII. Jahrhundert entstand, war laut Ocampo derjenige der Kaufleute oder Händler, die sich Reichtum über den Binnen- und Außenhandel aneigneten; die unteren Schichten setzten sich aus den indigenen Personen, schwarzen Sklaven und den Gruppen zusammen, die sich rassistisch mischten, der indigene Adel wurde größtenteils enthauptet, wer sich dem *Conquistador* unterwarf und akzeptierte, sich zu hispanisieren, wurde Aufseher der Indigenen der *Encomiendas*.

“Die großen Massen Indígenas wurden die Arbeiter in den Encomiendas und kolonialen Haciendas und unterlagen dem rechtlichen Rahmen der Encomiendas, der Resguardos und der Mita, in deren sozialen Dynamik wir die Ursprünge der kolumbianischen Bauern finden.” (Ocampo 1989:129).

In der niedrigsten Position der kolonialen Gesellschaft befand sich laut Ocampo die Gruppe der afrikanischen Schwarzen, die als Sklaven für die Arbeit in den Minen und den Haciendas, der Hausarbeit und im Fluss- und Meerestransport eingesetzt wurden. Es gab Aufstände der Schwarzen in den Bergwerken und Haciendas, einige flohen und bildeten “*Palenques*” im Urwald, um ihre Freiheit und ihre kulturellen Institutionen zu verteidigen. *Palenques*, wie dem von San Basilio in Cartagena, bildeten die ersten freien schwarzen Bevölkerungen im spanischen Amerika.

In den untersten Schichten der Gesellschaft befand sich nach Ocampo der größte Teil der Bevölkerung von Neugranada, der Produkt der Rassenmischung war: die Mestizen, Mulatten, Zambos, die sich landwirtschaftlichen und handwerklichen Arbeiten widmeten.

Die Evangelisierung und die Organisation der Kirche in Neugranada

Ocampo (1989) stellt fest, dass die Einheit zwischen dem spanischen Staat und der katholischen Kirche sich in den Zielen der Evangelisierung und der Kirchenorganisation in Hispanoamerika widerspiegelte, Spanien förderte die königliche Schirmherrschaft, durch die es die Leitung der Missionstätigkeit in der Neuen Welt übernahm und die Organisation der Heere der Conquista zentralisierte, die Krone forderte die Präsenz der Kirche und die Organisation von Katechese, Pfarreien, Konventen, Krankenhäusern, Bistümer und Erzbistümer sowie die Wahl der Würdenträger und kirchliche Dienste; alles, was mit dem religiösen Leben und der Kirchenorganisation zusammenhing, brauchte eine Lizenz der Monarchen, die kolonialen Behörden sprachen bei der Ernennung der Katecheten und Pfarrer, sowie bei der Verteilung des “*Diezmo*”, der Zahlungen während der religiösen Dienste und anderen Angelegenheiten kirchlicher Art mit.

“Ende des XVI. Jahrhunderts verbreitete sich die Idee des sogenannten regionalen Vikariats, nach dem der König und seine direkten Vertreter Vikariatsfunktionen bzw. Funktionen päpstlicher Abgeordneter für den ganzen Missionskomplex Hispanoamerikas ausübten.” (Ocampo 1989:142)

In Amerika wurde nach Ocampo die Evangelisierungstätigkeit den Religionsgemeinschaften, insbesondere den „Bettelorden“, übergeben: den Dominikanern, Franziskanern, Augustinern, Karmeliterinnen, Hieronymiten, Mercedariern und schließlich im XVII. Jahrhundert den Jesuiten; der Religionsplan sah vor: die Lehre der Religion und die Verbreitung der christlichen Moral, die Organisation der Katechese als Grundkern der Evangelisierung, den Bau von Kirchen in der Nähe der Katechesezentren, die Spende der Sakramente und die Förderung der charakteristischsten spanischen Andachten: Karwoche, Fronleichnam, Weihnachten, Marienkult, Schutzpatrone aller Ortschaften, Wallfahrten, usw.

Im XII. Jahrhundert festigte sich laut Ocampo die Kirchenorganisation durch die Pfarreien und den Klerus, das Konzil von Trient, das zwischen 1545 und 1563 in Italien stattfand, führte den

Pfarrdienst als Basis der Kirchenorganisation ein und konzentrierte die Macht der Kirche in den Bischöfen; König Philipp II. verordnete die Dekrete von Trient im spanischen Reich, über die die Pfarreireform eingeführt wurde, die Bischöfe ersetzten die Ordensgeistlichen der Religionsgemeinschaften durch Säkularpriester, was als "Säkularisierung der Pfarreien" bezeichnet wurde.

Seit der Gründung der ersten Städte wurden laut Ocampo die ersten Diözesen für die Kirchenregierung gebildet: Die Erste war 1514 die von Santa Maria la Antigua del Darien, der erste Bischof war der Franziskaner Fray Juan de Quevedo, 1534 gründete Papst Clemens VII. die Diözese von Santa Marta und die von Cartagena und 1546 die von Popayan, 1562 wurde die Erzdiözese von Santa Fe de Bogota gebildet und später zum Metropolitensitz erhöht; seit Mitte des XVI. Jahrhunderts wurde begonnen, die Kirchenorganisation entsprechend dem zivilen Verwaltungsbezirk zu errichten: In der Nähe der Audiencias wurden die Erzbistümer, zusammen mit den Regierungen und oberen Bürgermeisterämtern die Bistümer und in den Landbezirken und kleinen Bürgermeisterämtern die Pfarreien und Kuratorien organisiert.

1556 rief laut Ocampo Erzbischof Fray Juan de los Barrios die erste Synode von Santa Fe ein, die sich mit der Evangelisierung, der Organisierung der Katechesezentren und der Notwendigkeit beschäftigte, für die Gerechtigkeit der Indios zu kämpfen, weswegen ihnen eine starke Opposition seitens der Encomenderos und der Auditoren entgegengebracht wurde, 1610 wurde der Gerichtshof der Inquisition in Cartagena de Indias mit dem Ziel eingesetzt, das christliche Leben zu reinigen und die Apostasiedelikte, Hexerei und Zauberei zu unterdrücken. Die Inquisition blühte in wenigen Jahren auf, während denen weder Gewissens- noch Meinungsfreiheit akzeptiert wurden.

Mit der Intensivierung des Sklavenhandels über Cartagena de Indias im XVII. Jahrhundert interessierten sich nach Ocampo die Jesuiten für die Unterstützung und Evangelisierung der von Afrika hergebrachten schwarzen Sklaven, Pater Alonso de Sandoval und sein Schüler San Pedro Claver ragten durch ihre bedeutende Arbeit der sozialen Hilfe und der Evangelisierung der schwarzen Sklaven hervor.

Die Bildung

Hinsichtlich der Bildung stellt Ocampo (1989) fest, dass die Kultur in den Jahrhunderten der Kolonisierung nicht vom Handeln der katholischen Kirche getrennt werden kann, da die kulturelle Stimmung besonders mit der Wärme und Herzlichkeit der Evangelisierung in den Encomiendas entstand; die ersten offiziellen Schulen entstanden während der Präsidentschaft von Andres Diaz Venero de Leiva in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts, in diesen wurde Religion, Grundlagen der Grammatik, Theologie und Kunst unterrichtet und sie wurden von den Stadträten und den religiösen Gemeinschaften unterhalten.

Gegen 1580 wurde laut Ocampo vom Franziskanererbischof Fray Luis de Zapata das erste Priesterseminar in Santa Fe de Bogota mit dem Namen Colegio de San Luis gegründet, später, 1592, organisierte der Erzbischof Bartolome Lobo Guerrero die Schule Colegio de San Bartolome, die als älteste Schule Kolumbiens gilt, die Jesuiten gründeten 1622 die Universität "Javeriana", später gründeten die Dominikaner die Thomistische Universität, in der Geisteswissenschaften, Jura, Theologie und Kunst gelehrt wurden. 1653 gründete der Erzbischof Fray Cristobal de Torres die Hochschule Colegio Mayor de Nuestra Señora del Rosario, an der viele Kreolen ausgebildet wurden, die die Unabhängigkeitsrevolution realisierten, in Popayan wurde das Seminar San Francisco de Asis gegründet, das sich in ein Zentrum für höhere Kultur im Westen Neugranadas verwandelte. Andere Schulen wurden in Tunja, Cartagena, Pamplona, Popayan, Mompos, Antioquia und Honda gegründet.

“Eine traditionelle Bildung, die in der Scholastik begründet war und in der Theologie, Philosophie, Metaphysik, Jurisprudenz und Künste den zentralen Bildungskern darstellten, war die Bildungscharakteristik der höheren Bildung, die in Neugranada gelehrt wurde. Das war eine Ausbildung für die Eliten der spanischen Halbinsel und die kreolischen Eliten, da die niedrigeren Sektoren der Gesellschaft keinen Zugang dazu hatten.” (Ocampo 1989: 151)

Die hohe Kultur Neugranadas sowohl in der Bildung als auch in den Geisteswissenschaften und Künsten hing laut Ocampo direkt mit der katholischen Kirche zusammen, weswegen ihre Besonderheit darin bestand, religiös, theozentrisch und mystisch zu sein, die Gründung von Universitäten, höheren Schulen und Grundschulen und die Entscheidungen über die Lehrpläne, Unterrichtsmethoden und -organisation lagen direkt in den Händen der Kirche, diese religiöse Mentalität spiegelt sich auch in den Geisteswissenschaften, den Künsten und den verschiedenen Stilen der kolonialen Architektur wieder.

3.1.3.2.2 Das Vizekönigreich und die Aufklärung im XVIII. Jahrhundert (1700-1810)

Das XIII. Jahrhundert wird nach Ocampo (1989) das Jahrhundert der Aufklärung genannt, oder das „Jahrhundert der Lichter“ (*Siècle des Lumières*), es löste Veränderungen aus, die zur Unabhängigkeitsrevolution führten, so zeigten sich in ihm die Auswirkungen, die die Serie von politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen in Europa mit der Ankunft der bourbonischen Dynastie im spanischen Reich, der Industriellen Revolution und der Französischen Revolution auf Amerika hatten.

Als Karl II. von Spanien des Königshauses der Habsburger 1700 ohne Nachkommen stirbt, folgt ihm Philipp V. (1701-1746) des Königshauses der Bourbonen, ihm folgten Fernando VI. (1746-1759), Karl III. (1759-1788) und Karl IV. (1788-1808).

“Die Bourbonen verfochten eine Politik, die im spanischen Staat zentralisiert war, mit der Schaffung einer absoluten Monarchie, die im Wesentlichen reformistisch und progressiv war. Es war der aufgeklärte Despotismus in Spanien, der die Ideenfreiheit förderte, die Verwaltung des Reichs substanziell reformierte, die Handelsfreiheit förderte und mit der Abgrenzung neuer Demarkationen territoriale Reformen für eine größere Wirksamkeit der Verwaltung vornahm. Die Aufklärung führte Modernität in Spanien ein und kämpfte darum, Wege zu finden, um eine neue Etappe im Leben der spanischen Gesellschaft zu erreichen und mit der traditionellen Vergangenheit zu brechen. Die spanische Modernität geht jedoch mit der Dekadenz Spaniens in allen Aspekten einher: ökonomischen, sozialen, politischen, militärischen, etc.” (Ocampo 1989: 157)

König (2008) stellt fest, dass die Bemühungen der Bourbonen nicht auf das Mutterland beschränkt blieben, sondern die amerikanischen Gebiete mit einbezogen, denen sie eine besondere Rolle zuwiesen. „Durch eine stärkere und wirkungsvollere wirtschaftliche Ausbeutung Amerikas sollten die Einkünfte Spaniens erhöht werden. Nun wurden die überseeischen Besitzungen im wirklichen Sinn ‚Kolonien‘: Lieferanten von Rohstoffen aus dem Agrar- ebenso wie aus dem Bergbaubereich und Abnehmer von Fertigwaren aus dem Mutterland. Damit diese Neuauflage des merkantilistischen Prinzips funktionieren konnte, waren Verwaltungs- und Handelsreformen notwendig. Zu ihnen gehörten die Errichtung weiterer Vizekönigreiche und Audiencias, die Bestandsaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Situation vor Ort durch Generalvisitationen (*visitas generales*), die Verbesserung der Kommunikation, die Einrichtung eines Systems zur effizienteren Finanzverwaltung und Steuerhebung, die Schaffung von steuerlich lukrativen Staatsmonopolen wie z. B. für Tabak und Branntwein sowie die Erlaubnis des freien Handels innerhalb des spanischen Imperiums.“ (König 2008: 34)

König erklärt: „Die neue räumlich-administrative Gliederung des spanischen Kolonialreichs betraf Neugranada schon sehr früh. In einem ersten Anlauf 1717 und dann endgültig 1739 wurde Neugranada neben Peru und Neu-Spanien (Mexiko) als drittes Vizekönigreich im spanischen Imperium mit dem Ziel errichtet, die amerikanischen Besitzungen durch die verstärkte Repräsentanz des königlichen Willens effizienter zu durchgliedern, sie wirtschaftlich besser als bisher zu nutzen und sie gegenüber dem Zugriff des Rivalen England militärisch abzusichern. Das neue Vizekönigreich umfasste die Gebiete der Audiencias von Quito, Santafé de Bogotá und Panama sowie die Provinz Venezuela, die bisher der Audiencia von Santo Domingo unterstanden hatte. Es entsprach damit zum Zeitpunkt seiner Gründung weitgehend den heutigen Staaten Ecuador, Kolumbien, Panama und Venezuela. Die Grenzen änderten sich jedoch schon bald wieder. Denn u. a. wegen der Gefahr englischer Invasionen aus der Karibik erhielt die Provinz Caracas 1742 administrative Eigenständigkeit gegenüber dem Vizekönig in Santafé und wurde 1777 zusammen mit den wichtigen Küstenprovinzen Guayana, Maracaibo und Cumaná sowie den Inseln Trinidad und Margarita zum selbstständigen Generalkapitanie Venezuela erhoben, das vom Vizekönigreich vollständig getrennt war.“ (König 2008: 35)

Ocampo (1989) weist darauf hin, dass der Vizekönig mit der neuen politischen Struktur des Vizekönigreichs gleichzeitig Präsident der Königlichen Audiencia, Generaloberst und Gouverneur; Generalsuperintendent der Königlichen Audiencia und Vizepatron der Kirche war. König (2008) beschreibt das Profil der Vizekönige als „aufgeklärte Beamte, die entsprechend den Vorstellungen der spanischen Aufklärung darum bemüht waren, durch die Ausweitung des Verkehrsnetzes, die Förderung von Landwirtschaft, Manufakturen und Handel sowie durch neue Bildungseinrichtungen die ökonomische Situation des Territoriums zu verbessern. Besonders die Vizekönige Manuel de Guirior (1773-1776) und Antonio Caballero y Gongora waren bestrebt, die Bildungsmöglichkeiten zu verbessern. Dazu holten sie Naturwissenschaftler ins Land und förderten ihre Arbeit, errichteten eine öffentliche Bibliothek in Bogota, ließen neue Bildungs- und Studienpläne ausarbeiten und schlugen die Gründung einer öffentlichen, nicht von religiösen Orden geleiteten Universität vor. Zudem waren die Vizekönige aufgrund früherer Ämter oder durch ihren Militärdienst mit den Verhältnissen in Amerika vertraut. Einige von ihnen hatten sogar familiäre Bindungen zu den Kreolen, obwohl dies grundsätzlich verboten war, und zeigten wegen ihrer Kenntnisse und Beziehungen oft größeres Verständnis für deren Wünsche und Ansichten als die Regierung in Spanien.“ (König 2008: 35)

Ocampo (1989) stellt fest, dass das XVIII. Jahrhundert durch die Spannungen charakterisiert wird, die von den vielfältigen sozioökonomischen Problemen der Kolonie verursacht waren, darunter hoben sich die Interessen der Kreolen, Nachkommen der Spanier, die wegen ihrer Geburt in Amerika unterwertig waren, und die Spannungen mit den schwarzen Sklaven hervor.

Sozialstruktur und wesentliche Sozialkonflikte: Laut Ocampo (1989) ist die Sozialstruktur im XVIII. Jahrhundert ähnlich wie die während der beiden vorhergehenden Jahrhunderte mit dem Unterschied, dass sich die Konflikte verschärften, die zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen entstanden waren, er beschreibt die Hauptcharakteristiken dieser Konflikte: Es entsteht der „Kreolismus“, eine Bewegung der in Amerika geborenen Spanier, die den Rebellionsgeist gegen die Spanier der spanischen Halbinsel und gegen die „schlechte Regierung“ der kolonialen Behörden förderte.

„Die Kreolen sind zum größten Teil Haciendaeigentümer und Besitzer von Reichtum, Sklaven, gehaltsempfangenden Indígenas und Kultur, aber weit entfernt von politischer Macht, die sich in Händen der Spanier der Halbinsel befand, die von der „kolonialen Bürokratie“ vertreten wurden. Sehr wenige Kreolen hatten Zugang zu hohen politischen Stellen mit Ausnahme der Stadträte oder

einiger Stellen von weniger Transzendenz bezüglich Steuern, Justiz oder kolonialer Milizen. Die Rivalität zwischen den Kreolen und den Spaniern der Halbinsel vertiefte sich in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, als Handlungen der Unzufriedenheit und Rebellion von Seiten der Kreolen auftraten, die sich schon als die Besitzer dieses Landes oder 'Amerikaner' auffassten." (Ocampo 1989: 165)

Es entstand laut Ocampo eine neue soziale Gruppe, die aus Kaufleuten und Handwerkern bestand, die eine Art bürgerliche Mentalität in Bezug auf den Handel und die handwerkliche Industrie hervorrief, das granadinische Bürgertum erhielt während des gesamten Vizekönigreichs das Handelsmonopol; es gab Unterschiede zwischen großen und kleinen Kaufleuten, der Klerus entwickelte eine geistliche Mentalität, die die Pfarrarbeit der Kirche und die Evangelisierung in den Missionen verteidigte; 1767 bildete sich die "Pragmatische Sanktion", mit der die Jesuiten aus den spanischen Territorien ausgewiesen wurden, weil die populistischen Doktrinen der Volkssouveränität, die sie predigten, als gefährlich angesehen wurden, die Ausweisung der Jesuiten beeinflusste die Dekadenz der Missionen von Casanare und der von ihnen im Neuen Königreich gegründeten Schulen. Einige ausgewiesene Geistliche verwandelten sich in Verschwörer und Ideologen der Unabhängigkeit.

Die indigene Bevölkerung kämpfte nach Colmenares (1987) im XVIII. Jahrhundert für das Land und die Integrität ihrer Resguardos; Verwüstung, Krankheiten und andere Faktoren führten jedoch dazu, dass diese Bevölkerung schon zum Ende dieses Jahrhundert knapp wurde. Colmenares weist darauf hin, dass die Beamten in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts bewiesen, dass in den alten indigenen Völkern 80-90% der Bevölkerung Mestizen waren, die wenigen Indigenen, die übrig blieben, verpachteten der zunehmenden Mestizenbevölkerung das Land der Resguardos; zwischen 1775 und 1780 wurden die meisten Resguardos des alten Chibcha-Gebiets aufgelöst und versteigert, in einigen Fällen wuchsen die Resguardos zu Latifundien heran, in anderen Fällen wurden sie unter den Mestizeneinwohnern versteigert, womit die Entstehung bäuerlicher Bewirtschaftung von Minifundien eingeleitet war, diese Zahlen führen Colmenares zu dem Schluss, dass "der Prozess der Rassenmischung sich wahrscheinlich in keinem anderen Land Hispanoamerikas so vollständig realisiert hat wie in Neugranada." (Colmenares 1987: 32)

Nach Ocampo (1989) arbeiten die schwarzen Sklaven während des XVIII. Jahrhunderts weiterhin in den Haciendas, Minen, im Flussverkehr und im Haushalt, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts schafften ihre Kämpfe für die Aufhebung der Sklaverei eine Stimmung sozialer Spannung. Die Schwarzen, die aus den Bergwerken und den Haciendas fliehen können, gründen freie Dörfer oder Palenques; die Sklaven auf der Flucht werden "Maronen" (vom spanischen "*cimarrones*") oder "Buschneger" genannt.

"Die Selbst-Befreiung (*cimarronismo*) und Bildung-freier-Dörfer (*palenquismo*) der schwarzafrikanischen Sklaven stellte eins der sozialen Probleme dar, die in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts für das Neue Königreich am schwierigsten zu lösen waren, die sogar zur Stilllegung des Bergbaus führten, der wichtigsten ökonomische Aktivität Neugranadas. Der Sklavenhandel selbst verminderte sich im XVIII. Jahrhundert beträchtlich, so dass es notwendig wurde, das Zentrum der Schwarzenverteilung von Cartagena de Indias nach Jamaika zu verlegen." (Ocampo 1989: 167)

Laut Ocampo wird in Neugranada so wie in Spanien einige Jahrhunderte früher die Bewegung der Comuneros unterdrückt und bestraft, am 16. März 1781 begann auf dem Platz von Socorro, einem Dorf in der derzeitigen Provinz Tunja, wegen der neuen Regelung der Umsatzsteuer "*Alcabala*" und der Steuer der Flotte von Barlovento eine Protestbewegung gegen die spanischen Behörden. Massen von Comuneros marschierten unter dem Kommando des Kreolen Juan Francisco Berbeo nach Santa

Fe de Bogota, wobei sie ihre Unzufriedenheit mit der schlechten kolonialen Regierung ausdrückten. Eine von den spanischen Behörden, denen der Erzbischof Antonio Caballero y Gongora sich anschloss, ernannte Kommission verhandelte mit den Comuneros in Zipaquirá. In den "Capitulaciones" (Abkommen) befanden sich die Verteidigung der Rechtstraditionen der Bevölkerungen, die Beschwerde der Unterdrückung und die Steuersenkung, die Anbaufreiheit, freier Tabakhandel, Straßen- und Brückenverbesserung, der Zugang der Amerikaner zu den hohen Verwaltungsstellen, die Rückgabe der Resguardos an die indigene Bevölkerung, die Rückgabe der Salzminen an die Indios und andere Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Kirchenreformen.

Laut Ocampo wurden die "*Capitulaciones von Zipaquirá*" nach kurzer Zeit von den spanischen Behörden annulliert und die Bewegungsführer als Lektion für granadinische Aufständische bestraft, unter ihnen Jose Antonio Galán, Lorenzo Alcántuz, Isidro Molina und Manuel Ortiz, obwohl diese Bewegung versagte, bildet sie eine wichtige Vorgeschichte dessen, was im XIX. Jahrhundert die nationalistischen Aufstände sein werden.

Ökonomie

Das XVIII. Jahrhundert charakterisierte sich durch die wirtschaftlichen Reformen, die von den Bourbonen durchgeführt wurden, um die ökonomische Entwicklung zu fördern und mehr Ressourcen für die königlichen Kassen einzunehmen, indem die Minenreichtümer, die weiterhin die wichtigste wirtschaftliche Aktivität und Haupteinnahmequelle der Krone darstellten, die Naturreichtümer ausgebeutet und die Steuern erhöht wurden.

Bergbau: Jaramillo (1987) stellt fest, dass sich während des XVIII. Jahrhunderts der zweite Goldzyklus entwickelte, der zwei Gewinnungstypen aufwies: eigentliche Bergwerke, wo ein Minenunternehmer mit ausreichendem Kapital zur Haltung eines Trupps Sklaven ein Territorium in eigenem Besitz ausbeutete, eine oder mehrere Kolonnen bildeten die sogenannten Bergwerksköniglichen ("*Reales de Minas*"), Verwaltungseinheiten, die von den spanischen Behörden zur Kontrollausübung in der Goldproduktion und zur Durchsetzung der Steuerrechte der Krone geschaffen wurden; diese Art von Goldgewinnung wurde vor allem in Chocó entwickelt und mit der Arbeitskraft von den in Popayan erstandenen Sklaven ausgeführt.

Die andere Form war laut Jaramillo die freie Gewinnung, die von kleinen und mittleren Goldsuchern mit wenig Kapital, im Allgemeinen Familien, die sich dem Goldwaschen in Flüssen und Bächen oder der Ausbeutung von Goldseifen und Flusssseifen, den sogenannten goldhaltigen "Seifenlagerstätten", widmeten, die außerhalb der Gebiete großer Minen lagen, einschließlich der früher schon von großen Minenunternehmen ausgebeuteten Gebieten. Kleine Goldschürfer oder "*Mazamorreros*" waren besonders in Antioquia zahlreich. Ihr Werkzeug: die "*Almocafré*" genannte Handhacke, irgendein Pickel, eine Schaufel zum Bewegen des Materials, eine Schüssel zum Trennen des Goldes von seinem Gestein durch kreisförmige Bewegung.

"Im Gegensatz zum Minenunternehmen mit Sklaven, das in Cauca vorherrschte, trugen die "*Mazamorreros*" zur Bildung einer offeneren und dynamischeren Gesellschaft in Antioquia bei." (Jaramillo 1987:52)

Die Hauptprobleme des Bergbaus waren nach Jaramillo(1987): 1. scheinbares oder wirkliches Fehlen von Investitionskapital hauptsächlich zum Vermehren der Sklavenkolonnen. 1791 wurde der Zoll auf die Sklaveneinfuhr abgeschafft. 2. Das Fehlen adäquater Technologie und Kenntnisse über Minen und Bergbau.

Landwirtschaft: Auf landwirtschaftlicher Ebene war das Hauptprodukt Tabak. Ocampo (1989) weist darauf hin, dass 20% der Einnahmen des neuen Königreichs vom Tabak stammten, dessen Monopol zum Gewinn der offiziellen spanischen Ökonomie gestärkt wurde. Was die anderen Anpflanzungen betrifft, werden im XVIII. Jahrhundert keine großen Fortschritte gemacht.

"Trotz einiger Fortschritte in der Produktion gegen Ende der vizeköniglichen Epoche scheint die neugranadinische Landwirtschaft keine sehr signifikanten Fortschritte gemacht zu haben. Die technologischen Elemente, die knappen Kapitaler, die Steuerlasten, die Marktbegrenztheit, die schlechten und kostspieligen Transporte sowie einige Aspekte der spanischen Politik hielten ihren Fortschritt auf. Darunter können zwei genannt werden, die wir schon genannt haben und die die Weizen- und Zuckerrohrproduktion schwer beeinträchtigten: die Einfuhr von ausländischem Mehl zum Nachteil der Produktion von Santafe und Villa de Leyva und die Einführung von spanischen Branntweinen, die die Zuckerrohranbauer fast ruinierten, besonders an der Atlantikküste." (Jaramillo 1987: 60)

Jaramillo (1987) teilt die landwirtschaftliche Produktion des XVIII. Jahrhunderts in vier große Regionen ein:

1. Die Atlantikküste: Die Produktionseinheit war die große Farm mit in erster Linie Rinderzucht und Landwirtschaft, mit Zuckerrohr, das für die Herstellung von Branntwein benutzt wurde. Es wurden auch Mais, Yuca, Kochbananen und andere Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung und den Markt von Cartagena produziert, wo auch das Vieh und andere landwirtschaftliche Produkte wie Talg und Leder vermarktet wurden, das zu einem wichtigen Exportprodukt wurde. Die östliche Zone mit Santa Marta, Riohacha und La Guajira und die südöstliche Zone produzierten Vieh, exportierbare Produkte wie Baumwolle, Blauholz, Maultiere und Pferde in die englischen und holländischen Antillen, im Allgemeinen geschmuggelt.

2. Die Provinz von Popayan: Dazu gehörte Valle del Cauca, das den Bedarf ihrer Ortschaften und Städte deckte und Vieh und landwirtschaftliche Produkte zu ihren Bergwerken von Almaguer, Caloto und Barbacoas und in die Bergwergsdistrikte von Choco und Marmato schickte.

3. Die Andenprovinz der östlichen Region: Santafe, Tunja, Velez, Socorro und Pamplona. Sie wiesen einen gewissen Spezialisierungsgrad auf. Santafe und das in der Savanne produzierte Vieh, Kartoffeln, Weizen und Weizenmehl für die umliegenden Märkte und für den Markt von Cartagena, bevor ihr Mehl vom ausländischen verdrängt wurde. Velez und Socorro produzierten Zuckerrohr für die Produktion von Rohrzuckersaft für die Branntweinherstellung, Panela und Zucker für den lokalen Verbrauch und die Herstellung von Früchtekonserven, Baumwolle für die Manufakturbetriebe zur Herstellung von Leintuch. Cucuta und Pamplona produzierten Kakao für den Export nach Mexiko über Maracaibo.

4. Das Zentrum der Anden: Antioquia und die Provinzen Neiva und Mariquita. Neiva und Mariquita waren Sitze der reichsten und produktivsten Farmen für Viehzucht und Landwirtschaft von den Jesuiten. Sie produzierten Mastvieh, das sie in der Savanne von Bogota und in den Bergwerksdistrikten von Popayan und Choco und sogar in Quito verkauften, Kakao, Panela (Rohzucker), Zucker und Zuckersirup für die Branntweinherstellung, Artikel, die sie auf dem Markt in Honda verkauften. Antioquia, deren Ökonomie im Wesentlichen aus Bergwerken und Handel bestand, hatte eine landwirtschaftliche Entwicklung, die sich auf die Versorgung der lokalen Märkte von Medellin, Rionegro, Santafe de Antioquia und die Bergwerksgebiete der eigenen Umgebung beschränkte.

"Die Grundeinheit der neugranadinischen Landwirtschaft war im XVIII. Jahrhundert die Hacienda. Die Bedeutung dieser und des Großgrundbesitzers in der kolonialen Zeit war so erheblich – und bleibt es im Laufe unseres XIX. Jahrhunderts –, dass aus guten Gründen behauptet werden kann, dass sie die wichtigste Struktur der neugranadinischen Gesellschaft bildete, aber nicht ihrer Wirtschaft, auf diesem Gebiet musste sie ihre Bedeutung mit den Sektoren Bergbau und Handel teilen." (Jaramillo 1987: 62)

In den Haciendas waren laut Jaramillo die größten Investitionen das Vieh der Viehfarmen, die Anlagen der Zucker- und Kakaofarmen und die Arbeitskraft, die in den Sklavenhaciendas 50% betrug; die Investition in Wohnungen war niedrig, die Zimmer der Sklaven und Arbeiter waren Hütten von minimem Wert. Die Investition in Werkzeugen war auf Macheten, Hacken, Stangen und Spaten beschränkt. Nur in den Zuckerrohrfarmen, die Sirup, Panela und Zucker produzierten, stellten die Mühlen und Anlagen für die Herstellung der Melasse einen beträchtlichen Investitionsfaktor dar.

"Die landwirtschaftliche Technologie blieb im XVIII. Jahrhundert fast auf dem gleichen Niveau wie am Anfang der Conquista und der Kolonisierung, die sich, wie wir wissen, sehr nahe bei der Epoche der Jungsteinzeit befand. Pedro Fermin de Vargas beobachtet 1790, dass Düngungstechniken mit Ausnahme von Mist unbekannt und das metallische Pflügen fast unbekannt waren. Der Gebrauch der Wässerung war Ausnahme und begrenzte sich auf einige wenige Bewässerungsgräben in den Kakao- und Zuckerrohrhaciendas, besonders in den Jesuiten-Haciendafarmen." (Jaramillo 1987: 63)

Landbesitz: Die Landpolitik der kolonialen Regierung war während des XVIII. Jahrhunderts nicht sehr kohärent und laut Jaramillo (1987) in einigen Aspekten widersprüchlich. Theoretisch war sie von den Prinzipien der Gerechtigkeit und von einer gewissen Wirtschaftsrationalität inspiriert. In der Praxis erklärten die physischen Anforderungen und die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen den entgegengesetzten Interessen der kreolischen und spanischen Landbesitzer und der zunehmenden armen weißen Bevölkerung und Mestizen, die kein Land besaßen, oder derjenigen der Indigenas, die ihre Resguardos bedroht sahen, die Schwankungen und Widersprüche der Agrarpolitik der Krone. "Endgültig und trotz der Absichten der Krone waren die großen Besitze und die Konzentration von Land in Händen einer beschränkten Gruppe von Großgrundbesitzern und landbesitzenden Familien das, was in den amerikanischen Territorien und in Neugranada vorherrschte. Die Regionen der Küsten und der interandinen Täler waren par excellence Regionen mit großen Latifundien." (Jaramillo 1987: 61)

Formen der Arbeit und Löhne: Jaramillo (1987) weist darauf hin, dass seit der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts neue Formen der Anstellung der Arbeitskraft und neue Arbeitsbeziehungen ihre höchste Entwicklung erreichten, wie die freie Arbeiterschaft, der freiwillige Vertrag, die Pacht oder Miete, an der Küste die Teilpacht und die Vermietung; die Übereinkunft, eine Form von generalisierten Arbeitsbeziehungen in der östlichen Andenregion, war gründlich von den spanischen Behörden geregelt, sie musste nämlich schriftlich und für eine Dauer von 6 Monaten bis zu einem Jahr gemacht werden; das Gehalt musste in Geld bezahlt werden und der Besitzer musste Haus und religiöse Diener zur Verfügung stellen, jedoch wurden die Normen im Allgemeinen nicht erfüllt, wie der Auditor Arostegui bei seinem minutiösen Besuch der Haciendas der Provinz Santa Fe feststellen konnte.

"Auf jeden Fall zeigen die Beschreibungen der Epoche, dass die Lebensbedingungen der ruralen Lohnempfänger extrem elendig waren. Auf die Beschwerden der Großgrundbesitzer über die Faulheit und Unproduktivität der Arbeiter antwortend, bestätigte der Vizekönig, dass die Löhne

nach seiner Information die gleichen waren, wie vor 50 Jahren, und dass er von niemandem wüsste, der eine Erhöhung angeboten hätte, um die Produktivität anzutreiben." (Jaramillo 1987: 65)

Jaramillo (1987) analysiert die Gründe, warum sich der Anbau in der Landwirtschaft in Neugranada nicht entwickelt hat, wie in den Antillen oder in Venezuela, darunter befinden sich als äußere Faktoren die spanische Politik, die Produktion der Kolonien zu spezialisieren und Neugranada die Goldproduktion zuzuschreiben; als innere Faktoren: die Schwäche der Kapitaler der neugranadinischen Besitzer, ihre Routinentalität und geringe Entwicklung einer kapitalistischen Geschäftshaltung.

Handel: Das Handelsmonopol von Edelmetallen seitens Spanien verursachte laut Ocampo (1989) das Inflationsphänomen, die innere Vernachlässigung der Produktion und den Verfall der Industrie, Großbritannien, das sich in voller industrieller Revolution befand, war das Land, das den größten Vorteil aus dem Niedergang Spaniens gezogen hat, indem es hergestellte Waren über Zwischenhändler verkaufte und den Schmuggel in den Kolonien stärkte, die ihrerseits eine Freiheit des Handels und der Häfen anstrebten, daher das Interesse Großbritanniens an den spanischen Kolonien und seine entschiedene Unterstützung der Unabhängigkeit in den ersten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts.

"Die Handelspolitik, die die Bourbonen in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts einführten, hatte den Vorzug, dass sie die Handelsaktivität der amerikanischen Kolonien erweiterte, aber bei allen ihren Auswirkungen und Entwicklungen ist klar zu sehen, dass Spanien die Idee nicht aufgab, dass der Handel mit den Indias sein Monopol war und dass in diesem Aspekt wie in der Gesamtheit der neuen Wirtschaftspolitik der abhängige und ergänzende Charakter implizit war, den die amerikanischen Ökonomien in Hinsicht auf die Metropole einzuhalten hatten." (Jaramillo 1987: 73)

Die Politik der Metropole war laut Jaramillo dahin orientiert, die Kolonien von ihren Produkten abhängig zu halten, weshalb die Manufakturen des Neuen Königreichs nicht gefördert wurden. Es gab Konflikte zwischen den kreolischen und den spanischen Kaufleuten, zwischen den verschiedenen Handelszentren des Vizekönigreichs, der Austausch von Handelswaren und landwirtschaftlichen und Viehzuchtprodukten zwischen den Bergbauzonen, Manufaktur- und Agrarregionen im Land über ein ausgedehntes Netz von Land- und Wasserstraßen hatte eine gewisse Bedeutung, die Kaufleute von Cartagena kamen bis Santa Fe, Popayan oder Antioquia; die wesentlichsten Schwierigkeiten waren das Fehlen von Wegen, eine der Hauptschwächen der kolonialen Verwaltung, die Steuerlasten und die Kosten der Geldkredite.

Staatskasse: Die Steuerreform strebte schließlich laut Jaramillo die Steuererhöhung an, die ab 1777 mit drei spanischen Staatsbeamten durchgeführt wurde, die nach Südamerika geschickt worden waren: Francisco Gutierrez de Piñeres ins Neue Königreich von Granada, Jose de Areche nach Peru y Jose Garcia de Leon Pizarro nach Quito. Diese Reform führte zu einem großen Aufstand der südamerikanischen Bevölkerungen vom oberen Peru bis Socorro im Neuen Königreich, der als Revolution der Comuneros bekannt ist.

Jaramillo (1987) stellt dar, dass das Steuersystem des Vizekönigreichs von seinen Zeitgenossen einschließlich der Beamten der Krone als belastend für die verschiedenen produktiven Sektoren angesehen wurde und bildete die Motivationsquelle des Aufstands der Comuneros 1781 und dann der Unabhängigkeitsbewegung, dennoch wurde es von den republikanischen Regierungen in seinen wesentlichen Aspekten aufrechterhalten und erst ab 1850 ersetzt. Hauptcharakteristiken des Steuersystems waren: ein komplexes Netz indirekter Steuern und Steuermonopole wie die auf Branntwein, Tabak, Salz, Karten, Schiesspulver und andere wie Blauholz und Chinarinde. Trotz der

zusammengewürfelten Zahl an Steuern produzierte das System dem kolonialen Staat keine adäquaten Einkommen, um seine vielen Obligationen zu erfüllen.

Die wesentlichen **Steuern** waren laut Jaramillo: 1.) Alkohol- und Tabaksteuer, 2.) Quintos der Bergwerksproduktion (3%), 3.) die Diezmos, Steuern, die von der Krone für die Kirche eingezogen wurden, die die Agrarproduktion besteuerte (4,07% insgesamt), 4.) Zolleinnahmen vom Importhandel, 5.) die Alcabala, eine koloniale Gewerbesteuer, 6.) Steuern der Güter des Landes, d. h. die nationale Produktion, 2% des Verkaufswerts, und 7.) Steuern auf die Güter von Kastilien, 4% des Verkaufswerts.

"Eine andere Einnahme war die Alcabala, die alle Handelstransaktionen von Mobilien und Immobilien und Kreditoperationen sowie Anleihen oder Hypotheken besteuerte." (Jaramillo 1987: 79)

Verwaltung: Nach Jaramillo (1987) war die koloniale Verwaltung langsam, kompliziert und archaisch. Die Achse des Einzugs- und Kontrollsystems waren: Reichskassen und Rechnungshof mit Sitz in Santa Fe.

Die **Reichskassen** hatten laut Jaramillo: einen Schatzmeister, einen Buchhalter und einen Inspektor, letzterer hatte die Prüfungsfunktion über die Gesamtheit der Operationen, aber im Allgemeinen fehlte er in den Provinzen, wo nur ein Buchhalter und ein Schatzmeister waren; in Neugranada gab es 13 Reichskassen, die Operation dauerte 3 – 5 Jahre; die Buchhaltung war elementar mit einem Buch, in dem die Haupteinkünfte unter dem Namen *Cargo* und die Kosten bzw. Ausgaben unter *Data* eingetragen wurden; 1748 wurde im Rahmen der Politik der Verwaltungsmodernisierung, die die Bourbonen eingeleitet hatten, die doppelte Buchhaltung in drei Büchern: Journal, Kasse und Hauptbuch angeordnet, aber das System wurde nicht angewandt, Ende des XVIII. Jahrhunderts wurden die Abrechnungen weiterhin nach dem alten System mit *Cargo* und *Data* in anarchischer und defizienter Form präsentiert.

Der **Rechnungshof** war nach Jaramillo damit beauftragt, die Rechnungen und Berichte zu revidieren und abzuschließen, die aus den Provinzen über das Produkt der Erträge der Sektionen, die Einnahmen und die Ausgaben, geschickt wurden.

Hilfskörper des Vizekönigs und oberste Instanz für Klagen und Rechtsstreitigkeiten, die mit Steuersachen in Zusammenhang standen, war der **Vorstand der königlichen Finanzverwaltung**, der sich in Santa Fe befand und aus dem Vizekönig, dem ältesten Auditor der Audienz, dem Revisor und einem der königlichen Offiziere bestand, 1779 kam der Kontrollbeamte Gutierrez de Piñeres als Verwalter, um die öffentliche Finanzverwaltung produktiver zu machen. "Die Regentschaft war eine Institution, die geschaffen wurde, um die allgemeine Verwaltungsreform durchzuführen, die in anderen Vizekönigreichen den Intendanten aufgetragen wurde." (Jaramillo 1987: 83). Das Ergebnis dieser Reformen war laut Jaramillo aus der Sicht der Finanzinteressen der Krone wahrscheinlich positiv, aber der politische Preis war zu hoch, denn, war ihre Durchführung eins der direkten Motive für die Aufstände der *Comuneros* 1781, Vorbild der Unabhängigkeitsbewegung.

Bildung im Jahrhundert der Aufklärung

Ocampo (1989) identifiziert als kulturelle Tatsachen der kulturellen Strömung der Aufklärung im Neuen Königreich von Neugranada einige Beispiele: die Botanische Expedition, den Lehrplan von Moreno y Escandon, die Einführung der Druckerei, das Entstehen des Journalismus, die Errichtung

der Nationalen Bibliothek und die Gründung von Ober- und Grundschulen im ganzen Land. Im Folgenden werden die Argumente angebracht, auf die seine Beurteilung sich stützt:

“Die Idee der Struktur des Denkens als Funktion der Vernunft und des Experimentierens und nicht des Exkurses wurde generalisiert. Es wurde als wichtig angesehen, die Naturressourcen, die Eigenschaften der Pflanzen, die Mineralien, die neuen industriellen Prozesse, die Bräuche der Völker und alle diejenigen Elemente, die zu den Veränderungen der Gesellschaften über Kultur und Bildung führten, zu erforschen. (...) Diese neuen Ideen der Aufklärung erlaubten das Eindringen der Modernität und ermöglichten eine neue erzieherische Ausbildung der Generationen der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, die die Unabhängigkeitsrevolution durchführten. Sie bildeten auch die ideologischen Pfeiler für die Konsolidierung der amerikanischen Nationalitäten.” (Ocampo 1989: 175)

a) Die Botanische Expedition: Für Ocampo (1989) markiert die Ankunft des Naturwissenschaftlers Jose Celestino Mutis 1760 den Durchbruch des aufgeklärten Denkens in Neugranada, 1762 gründet er in der Hochschule Colegio Mayor de Nuestra Señora del Rosario in Santa Fe den ersten Lehrstuhl in Mathematik, von wo aus er die Physik von Newton und die Astronomie von Kopernikus lehrte; die Bildung der Botanischen Expedition 1783 durch den Erzbischof-Vizekönig Antonio Caballero y Gongora markierte den zweiten Meilenstein, da, so Ocampo, die sich repräsentativsten Männer des Neuen Königreichs von Neugranada in den Jahrzehnten des Übergangs vom XVIII. zum XIX. Jahrhundert in dem Ambiente der Botanischen Expedition ausbildeten, von denen einige direkt in der Unabhängigkeitsrevolution beteiligt waren, darunter waren: Don Eloy Valenzuela, der zum zweiten Direktor der Expedition ernannt war, Jorge Tadeo Lozano, Miguel Pombo, Joaquin Camacho, Francisco Jose de Caldas und Pedro Fermin de Vargas.

“Die Männer der Botanischen Expedition förderten das Interesse für die Untersuchung der neugranadinischen Länder und die beste Nutzung ihrer Ressourcen. Ihre Anstrengungen und Erkenntnisse führten zum Wachstum des Bewusstseins, dass diese Länder richtige pflanzliche und mineralische Schätze besitzen, die für die Stärkung einer Nation geeignet sind, mit der Kapazität, sich selbst mit eigenen Ressourcen zu versorgen. Durch diese Überlegungen wurde das Nationalitätsgefühl gestärkt, in dem die Menschen, die die Unabhängigkeit machten, sich bildeten.” (Ocampo 1989: 179)

b) Der Lehrplan von Moreno y Escandon in der Ausbildung in Kolumbien: Der Vizekönig Manuel Guirior förderte 1774 den Lehrplan, den Antonio Moreno y Escandon, Staatsanwalt der Audienz von Santa Fe de Bogota erarbeitet hatte, dieser Studienplan führte nach Ocampo die experimentellen und angewandten Wissenschaften im Land ein, betrachtete die Bildung als eine Funktion des Staates, verteidigte die Forschungsfreiheit und den Eklektizismus gegen den Parteiengeist, betrachtete das Studium der Mathematik, Algebra, Geometrie und Trigonometrie als wichtig, damit die Schüler sich an das exakte Denken gewöhnen, empfahl das Studium der modernen Physik zur Nutzung der neuen Entdeckungen, die traditionellen Disziplinen erschienen auch in dem neuen Lehrplan: die Theologie, die Kirchenstudien, die lateinische Sprache, Philosophie, kanonisches Recht und andere geisteswissenschaftliche Gebiete, die in der höheren Bildung empfohlen wurden.

Laut Ocampo war dieser neue Plan nur zwischen 1774 und 1778 gültig, da sich darin die Ideen der von der Scholastik vertretenen Tradition und die der vom Traditionalismus und der Aufklärung vertretenen Tradition gegenübertraten, der Bildungsvorstand kehrte 1778 zur Scholastik und kolonialen Ausbildung zurück, jedoch haben die Ideen des Plans von Moreno y Escandon die

granadinischen Generationen des XVIII. Jahrhunderts beeinflusst, die diese neuen Thesen als kulturellen Weg wählten, um das ersehnte Ziel der Modernität zu erreichen.

c) Die Verbreitung der Aufklärung im Neuen Königreich von Granada: Die Aufklärung wurde laut Ocampo durch die Druckerei, den Journalismus, die Bibliothek, die Literarischen Versammlungen und die Geheimen Gesellschaften verbreitet, die Druckerei wurde im Jahre 1737 von den Jesuiten eingeführt, später, 1782, organisierte der Vizekönig Florez die Königliche Druckerei, in der die ersten Zeitschriften, Flugblätter und Broschüren herausgegeben wurden; der Journalismus wurde zum Instrument für die Verbreitung der Kultur, der Wissenschaften, der Nachrichten und ein Element für die Bildung der öffentlichen Meinung. Die erste Zeitung war "Papel Periódico de Santa Fe de Bogotá", die Don Manuel del Socorro Rodriguez gegründet hatte, Eine andere Zeitung war "Corréo Curioso", die Jorge Tadeo Lozano und Jose Luis Azuola leiteten, für die wissenschaftliche und kaufmännische Information erschien 1808 unter der Leitung des Gelehrten Francisco Jose de Caldas die Wochenzeitung "Semanario de la Nueva Granada", die zum Ziel hatte, die Wissenschaft zu verbreiten, 1777 wurde die öffentliche Bibliothek mit 4.182 Bänden eröffnet, 1793 wurde das Kolosseum für Theaterstücke gebaut, in den literarischen Versammlungen wurden die Schriften der Enzyklopädisten und die Weltereignisse kennen gelernt, sowie die Werke von Montesquieu, Rousseau, Reynal, Saint Pierre und das Denken der spanischen Aufklärer wie Jovellanos, Feijoo, Floridablanca, Campomanes, unter anderen; vor der Tatsache, dass es Verbote zur Einführung von Büchern mit revolutionären und tendenziösen Ideen in Amerika gab, bildeten sich Geheime Gesellschaften und Freimaurerlogen in Amerika, die intellektuellen Schmuggel trieben.

Nach Ocampo sind die Freiheitsideen im Neuen Königreich von Granada direkt mit der von dem aus Santa Fe stammenden Antonio Nariño 1794 herausgegebenen und "El Precursor" ("der Wegbereiter") genannten Veröffentlichung der Menschen- und Bürgerrechte verbunden, sowie mit dem Essay von Don Pedro Fermin de Vargas "Memoria sobre la población del Nuevo Reino de Granada" ("Memoiren über die Bevölkerung vom Neuen Königreich von Granada"), das von großem soziologischen Tiefblick ist, und außerdem mit "Pensamientos políticos sobre la agricultura, el comercio y minas del Virreinato de Santa Fe" ("Politische Gedanken zur Landwirtschaft, Handel und Bergbau im Vizekönigreich von Santa Fe"); unter den Ideologen und Rechtsanwälten, die die Revolution juristisch planten und organisierten, befanden sich: Jose Felix de Restrepo und der Ideologe Camilo Torres, Autor von "*Memorial de Agravios*" ("Gedenkschrift der Missstände"), Sprecher der granadinischen kreolischen Bewegung in der politischen Revolution von 1810 und Vertreter des Föderalismus in der Ersten Granadinischen Republik. Andere juristische Ideologen waren der aus Cucuta stammende Frutos Joaquin Gutierrez, Autor von "*Las Cartas de Suba*", der aus Cali stammende Kreole Don Ignacio de Herrera, Autor von "*Reflexiones de un americano imparcial*" ("Gedanken eines unparteilichen Amerikaners"), wo eine scharfe und begründete Kritik an den Justizinstitutionen des spanischen Amerikas gemacht wird.

Ein weiterer aufgeklärter Bürger war laut Ocampo Francisco Jose de Caldas, kreolischer Vertreter der großen Naturforscherbewegung des XVIII. Jahrhunderts, der durch die Kenntnis der menschlichen und natürlichen Ressourcen die Höherschätzung des Amerikanischen anstrebte.

"Diese Vertreter der aufgeklärten Generationen der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts übernahmen die modernen Ideen der Aufklärung und kämpften mit der politischen Ideologie des Demoliberalismus, um einen neuen Nationalstaat zu skizzieren, einen demokratischen, republikanischen und frei von spanischer kolonialer Beherrschung." (Ocampo 1989:191)

3.1.4 Zwei Jahrhunderte Unabhängigkeit (1810-2010)

Am 20. Juli 1810 wurde die Unabhängigkeit von Neugranada proklamiert, die nach Ocampo folgende Vorgeschichte hatte: *erstens* die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten (1776), deren Anerkennung im Vertrag von Versailles (1783) sowie deren Verfassung (1787), die von den Prinzipien der Gleichheit und Freiheit inspiriert war, *zweitens* die Französische Revolution (1789), die das Fundament des monarchischen Systems untergrub, *drittens* die Unabhängigkeit von Haiti und *viertens* die Invasion Napoleons in Spanien und die Ernennung seines älteren Bruders Jose I. Bonaparte zum König von Spanien und Indias zwischen (1808-1813).

Laut Ocampo (1989) richtete sich die Revolution von 1810 anfänglich gegen die spanische Regierung, die die Monarchie repräsentierte und gegenüber der man autonom werden wollte, zunächst bestand die Absicht Neugranada als amerikanische Staatsdomäne König Fernandos VII. zu erhalten, dann radikalisierte sich die autonome Revolution und es kam zur Erklärung der Unabhängigkeit, was einen totalen Bruch mit dem spanischen Imperium bedeutete, diese Proklamation tätigte am 11. November 1811 zuerst Cartagena, gefolgt von den Provinzen Cundinamarca, Antioquia und Tunja.

Die Periode zwischen der Unabhängigkeitserklärung von 1810 und der Bildung der Republik Kolumbien 1886 wurde von Konflikten zwischen den Kreolen bestimmt sowie deren Schwierigkeiten die Form der politischen Regierungsorganisation Neugranadas festzulegen.

3.1.4.1 Das XIX. Jahrhundert und der Sieg des politischen Zentralismus

Während der Konflikte zwischen Zentralisten und Föderalisten nahm Neugranada in einer Periode von 76 Jahren sechs verschiedene Formen politischer Organisation ein:

1. Die Vereinigten Provinzen von Neugranada (Erste Republik): 25. Juli 1810 bis 16. September 1816
2. Großkolumbien: 7. Juli 1819 bis 22. November 1831
3. Republik Neugranada: 23. November 1831 bis 22. Mai 1858
4. Granadinische Konföderation: 22. Mai 1859 bis 10. Juni 1861
5. Vereinigte Staaten von Kolumbien: 18. Juli 1861 bis 1. April 1886
6. Die Republik Kolumbien: seit 1. April 1886

Im Folgenden werden die wesentlichen sozialen, ökonomischen und politischen Merkmale dieser Perioden vorgestellt, mit Betonung des Modernisierungsprozesses und den Konflikten, die dieser auslöste.

1. Die Vereinigten Provinzen von Neugranada (erste Republik) vom 25. Juli 1810 bis 16. September 1816

Ocampo (1989) weist darauf hin, dass zur Charakterisierung der historischen Periode der Ersten Republik Granadas, auch bekannt als "*Patria Boba*" („Dummes Vaterland“), folgende Aspekte hervorzuheben sind:

- Die verschiedenen Meinungen zur Organisation der zentralen Regierung führten zum internen Konflikt der Provinzen, insbesondere zum Streit zwischen dem Staat Cundinamarca und den Vereinigten Provinzen des Neuen Reichs.

- Die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der zentralistischen Idee des Staats und denen der föderalistischen Idee zur Organisation des Neuen Reichs.
- Formen von Regionalismen, Anführertum, Konstitutionalismus und internen Teilungen, die die politische Unentschlossenheit ausdrückten, die die neuen Staaten in den Jahren direkt nach der Revolution charakterisierten.

Dazu schreibt Ocampo: “Eine der politischen Theorien zur Definition der Staatsbildung in Neugranada war der Föderalismus, mit dem das Problem der Staatseinheit durch den Respekt und die Anerkennung der souveränen regionalen Autonomie gelöst werden sollte. Man stellt sich einen Staat vor, in dem die Souveränität geteilt ist, da diejenigen Souveränitätsattribute allgemeinen Charakters der zentralen Regierung zugeschrieben werden und die regionaler und lokaler Art unter den Bundesstaaten aufgeteilt werden.” (Ocampo 1989: 208)

Laut Ocampo waren die Föderalismusideologen Camilo Torres und Miguel de Pombo, das Vorbild war das politische System der Vereinigten Staaten von Amerika und die Argumente dafür waren die verwurzelte regionale Autonomie, die in den Kolonien institutionalisiert war, Probleme der geografischen Diversität und das Fehlen von Kommunikation zwischen den Provinzen, die enormen Distanzen, um eine einheitliche zentrale Verwaltung auszuüben, und die Notwendigkeit eines politischen Systems, das den Fortschritt der Provinzen anstrebt.

Diese föderalistischen Ideen wurden nach Ocampo im Konföderationsprotokoll der Vereinten Provinzen von Neugranada festgehalten, einem juristischen Dokument von 78 Artikeln, die auf denen der Konföderation basierten, die die dreizehn Staaten der Amerikanischen Union unterzeichnet hatten. Die Provinzen betrachteten sich als gleich und unabhängig, wobei sie ihre interne Verwaltung und gewisse Steuern beibehielten, sie übergaben dem Kongress die militärischen Funktionen zur gemeinsamen Verteidigung, die Auferlegung von Kriegsbeiträgen und die Ausführung internationaler Geschäfte, diese Konföderation der Ersten Granadinischen Republik förderte das Autonomie- und Regionalgefühl und motivierte einige Staaten, ihre eigene Konstitution zu verabschieden, wie die von Tunja, Cartagena de Indias, Antioquia und Cundinamarca.

“Die andere politische Idee zur Strukturierung der Staatsform im Neuen Reich von Granada war der Zentralismus, der als die politische Theorie definiert wurde, der die Annahme unterlag, dass die Souveränität eine Einzige und Unteilbare ist, die von der einzigen zentralen Macht im Vollbesitz ihrer Fakultäten ausgeübt wird. Diese einheitliche Regierungsform, die vom Vorläufer Antonio Nariño, den Ideologen des Staates Cundinamarca und den anderen zentralistischen Provinzen vertreten wurde, galt als das einzige Mittel zum Erreichen der Einheit und des Sieges im Kampf für die Unabhängigkeit.” (Ocampo 1989:209)

Laut Ocampo führten die Zentralisten zur Verteidigung eines einheitlichen Staates u. a. folgende Argumente auf:

- die Notwendigkeit mit einer starken Führungsperson auf eine eventuelle spanische Reaktion vorbereitet zu sein,
- die Nutzung der einheitlichen Erfahrung aufgrund der gemeinsamen Kolonisierung durch Spanien,
- der Irrtum, das föderale System der Vereinigten Staaten nachahmen zu wollen, das nichts mit den Gewohnheiten, Bräuchen und Notwendigkeiten Neugranadas zu tun hatte,

- das Risiko, dass ein föderales System regionale Rivalitäten und den persönlichen Egoismus fördern, die Macht regionaler Anführer begünstigen und die Dynamik der Regierungen und der Landeseinheit beeinträchtigen würde.

Nach Ocampo führte der ideologische Konflikt das Land 1812/1813 in den ersten Bürgerkrieg der Granadiner, die in die, von Antonio Nariño geführten, Zentralisten und die, von Camilo Torres geleiteten, Föderalisten geteilt waren; infolge der Einnahme von Santa Fe durch Simon Bolivar und das föderalistische Heer erkannte die Regierung von Cundinamarca die Regierung der Vereinigten Provinzen an, nach der Inthronisierung des spanischen Monarchen Fernando VII. und dessen Sieg über Frankreich (1814) begann die Befriedungsexpedition unter der Führung von Don Pablo Morillo, der im Juli 1815 in Santa Marta einschiffte, von wo aus er die Zurückeroberung und das sogenannte „Terrorregime“ startete; zur Friedensstiftung im Land wurden drei Gerichtshöfe eingerichtet: der permanente Kriegsrat, der die Patrioten zum Tode verurteilte, der Reinigungsrat, der diejenigen Aufständischen verurteilte, die die Todesstrafe nicht verdienten und der Beschlagnahmeverstand, der die Güter der Rebellen in Besitz nahm.

“Die granadinischen Königlichen, Anhänger der Verteidigung der Monarchie, und die vizeköniglichen Institutionen begünstigten die Rückkehr des hispanischen kolonialen Systems. Zahlreiche zivile und kirchliche Beamten der Halbinsel ebenso wie kreolische Traditionalisten und eine große Volksmenge aus der Gegend von Santa Marta, Popayan, Pasto und anderen granadinischen Regionen reagierten gegen die Patrioten und boten der spanischen Krone bei ihrer Zurückeroberungsanstrengung zur Wiederherstellung der Ordnung in ihren rebellischen Kolonien Unterstützung an. [...] Die Desillusion wegen des Bruderkriegs zwischen den Zentralisten und den Föderalisten, der Improvisation und Unentschlossenheit in der Regierung, der politischen Lokalismen der Regionen und des anführerischen Strebens nach Macht im sogenannten Dummen Vaterland bereitete eine Stimmung vor, die die Wiederherstellung der Monarchie und die Rückkehr des kolonialen Systems begünstigte.” (Ocampo 1989: 211-213)

Zwischen dem 25. Juli 1810 und dem 16. September 1816 hatten die Vereinigten Provinzen von Neugranada 14 Präsidenten, vier davon mit einer zweiten Regierungsperiode, alle aus spanischen Familien stammend, acht von ihnen waren Militärs (57%), die Anderen Zivilisten mit juristischer und humanistischer Ausbildung. Unter der Führung von Simon Bolivar und der Teilnahme von General Francisco de Paula Santander kam es zum finalen Befreiungskampf, der 77 Tage dauerte, vom 23. Mai bis 7. August 1819, dem Tag, an dem man mit der Schlacht der Brücke von Boyaca die Spanier bezwingen konnte.

Während des Unabhängigkeitskriegs wurden laut Ocampo die ökonomischen Aktivitäten, worunter die Minen- und Agraraktivitäten fielen, unterbrochen, der Binnenhandel litt besonders in den Gebieten intensiver Kriegsaktivität; die Handwerksindustrie ging wegen des Fehlens an Arbeitskräften und der Konkurrenz der deutlich billigeren englischen Stoffe zurück; um den Krieg zu finanzieren, wurden ausländische Anleihen getätigt, hauptsächlich englische, die mit hohen Zinsen verbunden waren. Kurz: Die neue Republik wurde mitten in einer wirtschaftlichen Krise geboren.

2. Großkolumbien vom 07. Juli 1819 bis 22. November 1831

Nach Ocampo verkörperte Großkolumbien den Traum des Befreiers Simon Bolivar einer regionaler Einheit, denn in den Kongressen von Angostura (1819) und Cucuta (1821) spiegelte sich der Sieg seiner Ideen wieder, sie führten mit der Vereinigung von Venezuela, Neugranada und Quito und der späteren Anexion Panamas (1821) zum Entstehen von Großkolumbien, das 11 Jahre währte, in denen 10 Präsidenten die Geschicke des Landes bestimmten. Ocampo (1989) weist darauf hin, dass

das in Großkolumbien etablierte System verschiedenen politischen, konstitutionellen und sozioökonomischen Problemen gegenüberstand: (1.) der Konflikt zwischen Militarismus und Zivilismus, (2.) die persönlichen Kämpfe der Bolivar- und Santanderanführer, (3.) der Kampf um die Verfassung, (4.) die Militärrebellionen von Paez, Cordoba, Padilla und Urdaneta, (5.) ökonomische Probleme des Unterhalts des großen Heers, (6.) das Fehlen von Lebensmitteln und die Begrenztheit des Transports.¹

“Als Vizepräsident von Kolumbien verwaltete der General Santander den integrierten Staat mit der größten Macht Hispanoamerikas in den zwanziger Jahren. Santander verwaltete die notwendigen Ressourcen, die die großen Triumphe des patriotischen Heers in Ecuador, Peru und Bolivien ermöglichten; er organisierte die öffentlichen Finanzen, die Außenpolitik und insgesamt war er es, der mit seinen Ideen und seinem Handeln den zivilen Weg Kolumbiens zur nationalen Konsolidierung kennzeichnete. Die kolumbianischen Zivilisten Großkolumbiens richteten ihre Ideen auf die Stärkung des republikanischen, demokratischen, legalistischen und freien Staates, der durch die Konstitution und die Gesetze organisiert war und von einer Gruppe von Personen mit einem legalistischen und zivilen Gewissen gegen den militärischen Autoritarismus verteidigt wurde. Der Respekt vor der Verfassung, den Gesetzen und der Verteidigung eines Rechtsstaats gestaltete den zivilen Stil der Kolumbianer im politischen Panorama Hispanoamerikas.” (Ocampo 1989: 231)

Das Ende Großkolumbiens war nach Ocampo schon bald besiegelt, 1826 fand der Aufstand von General Paez in Valencia statt, der die Auflösung Großkolumbiens zur Folge hatte, am 13. Mai 1830 trennten sich Quito und die anderen Provinzen von Ecuador ab, im September 1830 nahm der Kongress von Valencia in Venezuela die neue Konstitution an und wählte General Jose Antonio Paez zum ersten Präsidenten von Venezuela; in Ecuador wurde General Juan Jose Florez zum ersten Präsidenten gewählt, dazu schreibt Ocampo: “Am 17. Dezember 1830 starb der Libertador Simon Bolivar in Santa Marta, im gleichen Jahr wie der Auflösung Großkolumbiens, seinem ‚politischen Traum‘. Aus dem großen politischen Block entstanden die Staaten Venezuela, Neugranada und Ecuador.” (Ocampo 1989: 234)

König (2008) geht auf die Rolle der Bürger während der Zeit Großkolumbiens ein, als die Verfassungsväter den Staat als politisch verfassten Solidaritätsverband von Staatsbürgern errichteten, der nach dem Prinzip der verfassungsmäßig kontrollierten Volkssouveränität legitimiert war und nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung regiert wurde. „Das hinderte sie allerdings nicht daran, über die Wahlrechtsbestimmungen (Zensuswahlrecht), eine Klassifizierung in Bürger erster und zweiter Klasse vorzunehmen. Das bedeutet: Für das aktive Wahlrecht waren Bildung und Vermögen im Wert von 100 Pesos bzw. die einträgliche Ausübung eines Berufes oder einer Beschäftigung ohne ein Abhängigkeitsverhältnis erforderlich. Bei diesen Bestimmungen gingen die Abgeordneten von der Überlegung aus, dass nur ein Mensch mit Eigentum auch Verantwortung übernehmen könne. Nur dieser habe ein natürliches Interesse daran, das Vaterland, in dem er Besitz habe, auch zu verteidigen. Damit schlossen sie einen großen Teil der Bevölkerung von politischer Teilhabe aus.“ (König 2008: 63)

Nach König war Angesichts dieser freiheitlich-liberalen Grundhaltung es nur konsequent, dass sich der Kongress von Cucuta auch mit dem Status der bisher politisch und sozial Benachteiligten – der Indios und schwarzen Sklaven – beschäftigte. „Beide Gruppen stellten bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 2,5 bis 3 Millionen Einwohnern Minderheiten dar, die sich über die drei Gebiete unterschiedlich verteilten. In Venezuela betrug der Anteil der Indios mit 171 000

¹ In dieser Phase brachte der Abschluss eines Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrags mit den USA am 3. Oktober 1824 und mit Großbritannien am 1. April 1825 Kolumbien die völkerrechtliche Anerkennung.

Personen ca. 19%, derjenige der Neger-skaven mit 60 000 Personen ca. 6,6%; in Neu-Granada lag der Anteil der Indios mit 168.000 Personen bei 13%, derjenige der Neger-skaven mit 70 000 bei 5%; in Ecuador belief sich der Anteil der Indios dagegen mit 360 000 Personen auf immerhin ca. 60%, dafür der Anteil der schwarzen Sklaven mit 8000 Personen auf nur ca. 0,6%. Mit dem Gesetz vom 11. Oktober 1821 erklärte der Kongress die Indios, die bewusst mit dem weniger diskriminierenden Titel *indígenas* angesprochen wurden, zu gleichberechtigten Bürgern. Der Indianertribut wurde abgeschafft und die unentgeltliche indianische Zwangsarbeit verboten. Die Verleihung des Bürgerstatus und der dazugehörigen Gleichheits- und Freiheitsrechte mit ihren politischen und ökonomischen Implikationen bedeutete allerdings, dass die Indios nun auch den gleichen Pflichten wie die übrigen Bürger unterlagen.“ (König 2008: 64)

Um die Integration zwischen den Bevölkerungsgruppen zu fördern, waren laut König im Gegensatz zur spanischen Segregationspolitik jedem Bürger Aufenthalt und Ansiedlung in den Indianergemeinden gestattet, dem ist jedoch kritisch hinzuzufügen, dass die hehren Vorstellungen von bürgerlicher Gleichheit und Integration der Indios nicht in die Praxis umgesetzt wurden. „Häufig genug mussten die Indios weiterhin Zwangsarbeitsdienste leisten. Im Übrigen diente die vorgesehene Aufteilung der Resguardos eher den Wirtschaftsinteressen der Kreolen als denen der Indios, die eine andere Arbeits- und Sozialorganisation gewohnt waren.“ (König 2008: 65)

Nach König „Die liberalen Vorstellungen bürgerlicher Gleichheit erstreckten sich auch auf die schwarzen Sklaven, die in noch höherem Maße als die Indios diskriminiert und tatsächlich unfrei waren. [...] Nach langen Debatten leitete der Kongress mit dem Gesetz vom 21. Juli 1821 die notwendigen Maßnahmen für eine schrittweise Abschaffung der Sklaverei ein. Das Gesetz verbot den Sklavenhandel und sah die Freiheit der Neugeborenen vor. Diese sollten jedoch bis zum vollendeten 18. Lebensjahr bei den Herren ihrer Mütter leben, von diesen unterhalten und versorgt werden, als Gegenleistung bis zu diesem Zeitpunkt für die Sklavenbesitzer arbeiten. [...] In der Folgezeit kamen Freilassung und Freikauf von Sklaven nur langsam in Gang, sodass einige Historiker die Wirkung des Gesetzes weniger in der Abschaffung der Sklaverei als vielmehr in ihrer Neubegründung – zumindest für weitere 18 Jahre – sehen. Verbal hielt die Regierung jedoch am Prinzip der Emanzipation der Schwarzen von Sklaven zu Staatsbürgern fest, nicht zuletzt, um so die Spannung zwischen den verschiedenen Rassen abzubauen und die gesellschaftliche Integration zu fördern. Die wenn auch seltenen und zahlenmäßig geringen Sklavenfreilassungen wurden in den Zeitungen veröffentlicht und als vorbildliche staatsbürgerliche Haltung gelobt, Rassenunterscheidungen und damit Rassendiskriminierungen dagegen gerichtlich untersagt und gerügt.“ (König 2008: 66)

3. Die Republik Neugranada vom 23. November 1831 bis 22. Mai 1858

Ocampo (1989) stellt dar, dass das zentralistische Regime sich im Staat von Neugranada stärkte, die Nationale Versammlung von 1831 verabschiedete das Grundgesetz, das den neuen Staat Neugranada gründete, der die Provinzen des Zentrums von Großkolumbien auf dem Territorium des früheren Vizekönigreichs von Granada integrierte; 1832 wurde die Konstitution von Neugranada mit zentralistischem Charakter in einem Territorium bestätigt, das die Provinzen Bogota, Tunja, Socorro, Velez, Pamplona, Magdalena, Cartagena, Panama, Veraguas, Antioquia, Neiva, Popayan, Pasto und Barbacoas umfasst, diese Periode zeigte, dass der alte Konflikt zwischen Zentralisten und Föderalisten weiterhin gültig war, aber es wurde der Versuch unternommen, den Staat in zentralistischer Form zu reorganisieren, nachdem der anfängliche Versuch der Vereinigten Provinzen von Neugranada fehlgeschlagen war.

Tovar (1987) findet, dass auch die ökonomische Entwicklung zwischen zwei Modellen schwankte: Dasjenige, das für die Wiederherstellung der kolonialen Grundlagen der nationalen Ökonomie

stand, und dasjenige, mit dem eine Auflösung der zahlreichen Behinderungen herbeigesehnt wurde, die sich der modernen Entwicklung entgegenstellten. Dieser Autor beobachtet, dass die folgenden Jahre nach 1820 Anstrengungen zur Reorientierung der Ökonomie auf das eine oder andere Modell zeigten. Spätere Regierungen nach 1830 konnten das Entwicklungsmuster mit Parametern kolonialen Ursprungs aufrechterhalten. Ab der ersten Regierung von Tomas Cipriano de Mosquera (1845-1849) wurden die ersten Schritte zur Neuorientierung der Wirtschaft auf liberaler Grundlage gemacht. König (2008) erklärt, dass sich nach der Auflösung Großkolumbiens und der Wiedergründung Neugranadas (1831/32) die ersten Regierungen unter den Präsidenten General Francisco de Paula Santander (1833-1837) und Jose Ignacio Marquez (1837-1841), um eine stabile Ordnung bemühten, die nicht nur politische Konsolidierung auf ziviler Basis, sondern auch wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen sollte.

Laut König war nach der Verfassung von 1832 der neue Staat mit Bogota als Hauptstadt zentralistisch organisiert. „Das Bemühen der Zentralregierung, den Einfluss ehemaliger militärischer Führer aus den Unabhängigkeitskriegen zurückzudrängen, rief Ende 1839 die Reaktion alter Generäle (*Jefes Supremos*) hervor, die in den Provinzen noch über Macht und Ansehen verfügten. Diese Rebellion gegen die Zentralregierung verband sich mit der Kritik an ihrem angeblichen Antiklerikalismus. Zwar war die Republik katholisch geblieben, doch waren nach dem spanischen Patronatsrecht Regelungen getroffen, die den Unmut von Kirche und Klerus hervorriefen. Besonders der Versuch des Präsidenten Santander, im Erziehungs- und Bildungsbereich mit neuen Inhalten und Methoden den traditionellen Einfluss der Kirche zurückzudrängen und zu kleine Konvente aufzulösen und in Schulen umzuwandeln, mobilisierte betroffene Einrichtungen im Süden Neu-Granadas (Pasto), die 1839 zum bewaffneten Kampf übergingen.“ (König 2008: 74)

Gemäß König (2008) brachte der, über zwei Jahre dauernde, Krieg der Konvente („*la Guerra de los conventos*“ bzw. „*de los supremos*“) dem Land nicht nur neue Verwüstungen und Not, sondern förderte auch den Ruf nach Föderalismus; und er bestärkte sogar Separationsbestrebungen wie beispielsweise in der Provinz Panama (1840-1841).

König erklärt, dass die siegreiche Regierung mit der zentralistischen Verfassung von 1843 ein Instrument schuf, das ihre weitreichenden Kompetenzen einräumte, in die Verwaltung der einzelnen Regionen einzugreifen. „So konnte sie beispielsweise die hohen Staatsbeamten wie auch die Provinzgouverneure als ihre unmittelbaren Vertreter berufen und entlassen. Ein stehendes Heer von ca. 3 500 Mann gab ihr ein weiteres Machtinstrument. Die katholische Religion blieb Staatsreligion, so dass die Kirche mit ihrer Organisation, ihrem Landbesitz und ihren Privilegien erneut eine bevorzugte Stellung einnahm und weiterhin Einfluss auf Politik und Unterrichtswesen ausübte. Da die Verfassung von 1843 das ohnehin nur für Männer geltende passive und aktive Wahlrecht an Besitz und Bildung band, war die politische Beteiligung der Bevölkerung gering. Diese Regelung bedeutete, dass nur rund 10 bis maximal 20% der volljährigen bzw. verheirateten Männer wahlberechtigt waren. Für öffentliche Schulen, die den Bildungsstand der breiten Bevölkerung hätten anheben können, fehlte es jedoch wegen anderer Zahlungsverpflichtungen an Geld.“ (König 2008: 75)

Für König „Politische Parteien im modernen Sinne gab es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht, was angesichts der geringen Zahl von Wahlberechtigten nicht verwundert. Seit der Erlangung der Eigenstaatlichkeit und der Konstituierung als Republik sowie der Auseinandersetzungen zwischen Bolivar und Santander waren jedoch politische Gesinnungsgruppen entstanden. [...] Aus diesen Gruppierungen kristallisierten sich Ende der 1830er Jahre zwei große politische Richtungen heraus: die Liberalen und die Konservativen. Obwohl programmatische Äußerungen dieser Parteien erst in das Jahr 1848 für die Liberalen und 1849 für die Konservativen datieren, waren die Konturen

dieser antagonistischen Richtungen schon vorher deutlich erkennbar gewesen. Der Unterschied zwischen beiden Parteien bestand weniger in politischen als vielmehr in sozialen Fragen. Über die Form des Staates, die Republik, über den Sinn und die Stellung von Präsident und Parlament sowie über den Rechtsstaat als solchen gab es keinen grundsätzlichen Dissens. Wie jedoch die Gesellschaft strukturiert sein sollte, ob und welche Entfaltungsmöglichkeiten dem einzelnen bereitgestellt werden sollten, in diesen Fragen unterschieden sich die beiden Parteien.“ (König 2008: 76)

Laut König „Die *Liberalen* richteten ihre Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik an den für Neu-Granada neuen und ungewohnten Ideen von Gedankenfreiheit, individueller Fähigkeit und Selbstständigkeit, freiheitlicher Demokratie und politischer Beteiligung, freiem Handel und wirtschaftlicher Freizügigkeit aus – setzten also auf gesellschaftlichen Wandel. Dagegen hielten die Konservativen an den Werten der spanischen Tradition, an den aus der Kolonialzeit überkommenen Vorstellungen von einer hierarchisch gegliederten, auf Autorität beruhenden Gesellschaft fest, wie sie sich vor allem im Gefüge der Hacienda manifestierte, und wiesen der katholischen Kirche eine herausragende soziale Rolle zu. Bis zu einem gewissen Grad waren beide politischen Richtungen Ausdruck unterschiedlicher Interessen derselben neu-granadinischen Oberschicht. In der Gründungsphase der Parteien zählten zu den Konservativen vor allem Großgrundbesitzer, Sklavenhalter, Großkaufleute im Besitz staatlicher Monopole sowie Mitglieder alter privilegierter Familien, wohingegen sich bei den Liberalen insbesondere Kaufleute, Im- und Exporteure, Agrarunternehmer und städtische Intellektuelle sammelten, ohne dass jedoch diese Berufszugehörigkeit das ausschließliche Kriterium für die Parteizugehörigkeit gebildet hätte. Beiden Parteien gelang es schon damals und bis weit in das 20. Jahrhundert hinein auch ohne eine durchstrukturierte Organisation auf die Bevölkerung einzuwirken. Die ländliche Struktur mit dem Hacienda-System gab ihnen die Möglichkeit, gerade die ländlich-bäuerlichen Massen über den örtlichen Patron, den „*gamonal*“, in ihre jeweilige Partei einzugliedern. Diese intermediäre politische Ebene der „*gamonales*“ erlangte große Bedeutung für den weiteren politischen Prozess.“ (König 2008: 76)

Nach König regierten seit 1836/37 konservative Persönlichkeiten, deren Politik weder wirtschaftliches Wachstum noch gesellschaftliche Entwicklung mit sich brachte. „Hohe Einfuhrzölle sollten der Erhöhung der Staatseinnahmen, aber auch dem Schutz der nationalen Manufakturproduktion und des Handwerks dienen. Staatsmonopole für Salz und Tabak, Branntwein und Pulver wurden erneuert. Statt zu einer direkten Besteuerung überzugehen, die allerdings besonders die vermögenden Schichten betroffen hätte, behielten die Regierungen eben deshalb indirekte Steuern wie z. B. den Zehnten (*diezmos*) oder die Verbrauchssteuer (*alcabala*) bei, die einerseits wirtschaftliche Aktivitäten hemmten, andererseits die Finanzkraft des Staates nicht stärkten. Vom Protektionismus profitierten zwar die traditionellen, für den einheimischen Verbrauch bestimmten, Textilmanufakturen der östlichen Andenprovinzen, für deren Tuche und Kleidung aus Wolle und Baumwolle oder Lederwaren Neu-Granada durchaus Absatzmöglichkeiten bot. Noch in den 1860er Jahren trug nämlich schätzungsweise ein Drittel der Gesamtbevölkerung, also ca. eine Million Einwohner, Kleidung aus einheimischen Stoffen. Andererseits aber verhinderte die fehlende Infrastruktur – ausgebaute Straßen, schiffbare Flüsse – das Entstehen eines Binnenmarktes, sodass für die Manufakturen keine Anreize für Produktionserweiterungen bestanden. Deshalb war auch kein Kapital vorhanden, das in moderne Maschinen hätte investiert werden können, was angesichts veralteter Techniken mit Heim- und Handarbeit erforderlich gewesen wäre. [...] Trotz der Schutzzollpolitik gelang es daher nicht, den Niedergang dieser Wirtschaftszweige aufzuhalten oder gar Impulse zu geben für eine moderne industrielle Produktion.“ (König 2008: 77)

Die Regierungen versuchten nach König, eine einheimische Industrie aufzubauen, indem sie interessierten „Unternehmern“ die Exklusivrechte für die Produktion bestimmter Waren in einer Region für einen bestimmten Zeitraum gewährten. „So entstanden zwischen 1830 und 1845 zahlreiche Gewerbebetriebe zur Herstellung von Steingut, Porzellan, Papier, Glas und Kristall, Baumwollstoffen oder auch chemischer Produkte wie Blei und Schwefelsäure. Doch waren diese Erzeugnisse u.a. wegen ihrer groben Qualität selbst gegenüber teureren ausländischen Produkten auf die Dauer nicht konkurrenzfähig. Da Kapital für Reinvestitionen fehlte, ein kaufkräftiger Markt nicht vorhanden war, schlugen diese Ansätze einer modernen nationalen Industrie mit Ausnahme der Eisenverhüttung und -verarbeitung in Pacho (Cundinamarca) und Antioquia oder der Steingutfabrik in Bogota fehl. Aus diesem Grund plädierten schon zu Beginn der 1840er Jahre immer mehr Politiker wie z. B. der Konservative Mariano Ospina Rodríguez 1842 dafür, die wirtschaftliche Zukunft Neu-Granadas im Anbau tropischer Agrarprodukte sowie im Abbau der Bodenschätze zu suchen. Tatsächlich bildete in den 1830er und 1840er Jahren Gold, vor allem das aus Antioquia, dessen Förderung in den 1820er und 1830er Jahren durch neue Arbeitstechniken wieder gestiegen war, mit Anteilen von über 70% am Gesamtexportvolumen immer noch das Hauptausfuhrprodukt Neu-Granadas. Von seiner Ausfuhr, der legalen und vor allem illegalen, profitierten besonders antioqueñische Kaufleute, die – oft zugleich auch Minenbesitzer – auf dem Zwischenmarkt in Jamaika für englische Waren mit geschmuggeltem Gold bezahlten und dadurch andere Konkurrenten ausstechen konnten, so dass sie zu den reichsten Kaufleuten in Neu-Granada wurden.“ (König 2008: 78)

Nach König war die Produktion von exportfähigen Agrargütern hingegen trotz einer überwiegend ländlichen Bevölkerung noch schwach entwickelt, was mehrere Gründe hatte wie der indianische Gemeinschaftsbesitz in den Resguardos oder die „Ejidos“ als Gemeindeweideland rund um die Städte sowie der in den Händen religiöser Gemeinschaften (den sogenannten „Toten Händen“) konzentrierte und nur zum Teil genutzte Landbesitz hemmten die Agrarwirtschaft dadurch, dass sie die freie Verfügbarkeit über Grund und Boden und die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion unmöglich machten.

„Auch das Hacienda-System stellte ein ganz entscheidendes Hemmnis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dar. Denn es schränkte nicht nur die Mobilität der Menschen, sondern auch die Verfügbarkeit von Grund und Boden ein. Dieses System, wie es vor allem auf der Hochebene von Bogota, an der Atlantikküste und im Cauca-Tal zu finden war, bedeutete einerseits die Konzentration von Land, das mit primitiven Techniken und nur zum Teil produktions- und marktorientiert bewirtschaftet wurde, in den Händen von Großgrundbesitzern und andererseits die Unterdrückung von indianischen und mestizischen Arbeitskräften. Diese lebten als Landarbeiter direkt auf der Hacienda oder mussten als Pächter ihre Dienste für die Eigennutzung eines kleinen Stücks Land zur Verfügung stellen. So bildete die Hacienda in einer überwiegend ländlichen Bevölkerung eine geschlossene Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft, wobei die ökonomische Abhängigkeit zu einem quasi-feudalen, informellen Treue- und Schutzverhältnis stilisiert wurde, das bis heute als Grundhaltung zwischen Patron und Klient fortlebt.“ (König 2008: 80)

Jenseits dieser oberflächlichen Stilisierung bestimmt laut König die Frage der Macht die Struktur der Lebenswelt der Hacienda, denn durch das Verhältnis von Ausbeutung und Paternalismus konnte der Patron auch politisch Einfluss nehmen und seine Leute für seine Partei mobilisieren; wirtschaftliche Impulse für die Gesamtbevölkerung oder verbesserte Produktionstechniken gingen von der Hacienda nicht aus, ganz abgesehen davon, dass die Großgrundbesitzer an einer staatsbürgerlichen Befähigung ihrer Arbeiter nicht interessiert waren.

„Entscheidend aber war, dass in den 1830er und 1840er Jahren noch kein Exportprodukt in Neu-Granada vorhanden war, das die Gesamtwirtschaft getragen hätte. [...] Ende der 1840er Jahre war

der frühere Optimismus im Hinblick auf die politischen und ökonomischen Möglichkeiten Neu-Granadas geschwunden. Selbst ausländische Investoren, die anfangs vom Wirtschaftspotenzial Kolumbiens angezogen worden waren, verhielten sich zurückhaltend. Von der wirtschaftlichen Krise fühlten sich besonders diejenigen Bevölkerungsschichten betroffen, die nicht in das geschlossene System von sozialen, ökonomischen und auch politischen Beziehungen des traditionellen Großgrundbesitzes einbezogen waren, sondern ihre Basis hauptsächlich im lokalen Handel, im Außenhandel oder in den Handwerksbetrieben, also in den der Stadt eigenen Tätigkeitsfeldern, hatten.“ (König 2008: 81)

4. Granadinische Konföderation vom 22. Mai 1859 bis 10. Juni 1861

Laut Ocampo (1989) war die föderalistische Republik von kurzer Dauer und wurde mit der Konstitution von 1858 anerkannt, sie bestand aus den Staaten Antioquia, Bolivar, Boyaca, Cauca, Cundinamarca, Magdalena, Panama und Santander. Später, 1861, wurde der Staat Tolima gegründet; diese Konföderation hatte zum Ziel, die separatistischen Bewegungen der Staaten zu bremsen, besonders der am weitesten von der Hauptstadt entfernten, die mehr innere Autonomie reklamierten, wie Panama.

Nach König (2008) unterstützten auch Konservative die Umwandlung in eine Konföderation und stellten mit Mariano Ospina Rodriguez sogar deren ersten Präsidenten (1857-1861). Dieser Prozess endete schließlich in einem in der Verfassung von 1863 geregelten extremen Föderalismus, der u.a. auch die aufgetretenen Spannungen zwischen den Teilstaaten und der Zentralregierung zu relativieren suchte.

5. Vereinigte Staaten von Kolumbien vom 1. Juli 1861 bis 1. April 1886

Laut Ocampo (1989) tritt am 18. Juli 1861 General Tomas Cipriano de Mosquera triumphierend Santa Fe de Bogota, wo er sich zum vorübergehenden Präsidenten der Nation erklärt und das Land anfänglich Vereinigte Staaten von Neugranada nennt, um es später Vereinigte Staaten von Kolumbien zu heißen – ein Name, der bis 1886 erhalten blieb.

Politisch ist diese Periode als die des Radikalismus bekannt, da Kolumbien mehrheitlich von radikalen Liberalen regiert wurde², die, wie Ocampo (1989) feststellt, mit ihren revolutionären Impulsen den stärksten Ausdruck des Liberalismus im XIX. Jahrhundert repräsentierten. Programmatisch vertraten sie folgende Ziele: absolute Freiheit, menschliche Gerechtigkeit, Stärkung der zivilen Macht, Verteidigung des föderalistischen Systems, Säkularisierung/ Laisierung der öffentlichen Bildung, Freihandelslehre, Dezentralisierung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben, Abschaffung der Fueros (Foralrechte), Abschaffung der Sklaverei sowie Verteidigung der Denk-, Druck-, Gottesdienst-, Meinungs- und Lehrfreiheit.

Melo (1987) beschreibt die kolumbianische Bevölkerung in der Mitte des XIX. Jahrhunderts als mehrheitlich rural, was einer Wirtschaftsstruktur entspricht, in der die Hauptaktivität die Landwirtschaft ist, die bevölkerteste Stadt war Bogota, die von 30.000 Einwohnern in der Mitte des XIX. Jahrhunderts auf 100.000 Einwohner Ende des XIX. Jahrhunderts wuchs; es gab keine Anzeichen von Urbanisierung und die Bevölkerung, die lesen konnte, machte weniger als 30% aus. Melo präzisiert das Verhältnis von Bildung und Urbanität in dieser Epoche: „..die kolumbianische Bevölkerung charakterisierte sich in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts dadurch, dass ihr eine formale Bildung fehlte. Die Schulen funktionierten, was man bedenken muss, fast

² Während etwas mehr als 20 Jahren und 23 Präsidentschaftsperioden folgten insgesamt 18 Präsidenten aufeinander, von denen 12 (67%) Radikale waren, 5 unabhängige Liberale (28%) und einer gemäßiger Liberaler (5%).

ausschließlich in urbanen Zentren und ihr Einfluss konnte deshalb die große Mehrheit der Bevölkerung nicht erreichen." (Melo 1987: 124)

Jaramillo (1998) seinerseits weist bei seinen Überlegungen zur Verzögerung der Modernität in Kolumbien darauf hin, dass sich die hispanoamerikanischen Länder seit Beginn ihrer Geschichte als unabhängige Nationen "aktualisieren" mussten bzw. versuchen mussten das Niveau jener Länder zu erreichen, die die bürgerlichen Revolutionen entwickelt hatten, ohne jedoch wegen der Prekarität ihrer ökonomischen Aktivität und des Fehlens einer echten Bourgeoisie und eines Denkens, das auf der Höhe der zu lösenden Aufgaben wäre, die Ressourcen dafür zur Verfügung zu haben.

"Aber in diesen Ländern hatten sich nicht die gleichen Entwicklungen ergeben, es hatten sich weder die gleichen Sozialklassen gebildet, noch die entsprechenden Produktionsverhältnisse. Der Enthusiasmus der kreolischen Eliten für die Ideale der verfassungsgebenden und legislativen Versammlung oder für die Texte von Philadelphia entsprach natürlich dem "Zeitgeist", obwohl er weit davon entfernt war, von konkreten Tatsachen gestützt zu werden: von wirkungsvollen Prozessen und sozioökonomischen, kulturellen und idiosynkratischen Entwicklungen, die diesem Geist entsprächen. Es handelte sich eher um eine abstrakte Identifizierung einer Minderheit aufgeklärter Schichten, die vielleicht ohne zu übertreiben naiv genannt werden könnten." (Jaramillo 1989: 25)

Melo (Melo 1987) beschreibt die Bedingungen, die das Land während dieser Zeit aufwies und die wesentlichen Schwierigkeiten, mit denen die radikalen Liberalen bei der Modernisierung des Landes konfrontiert waren:

- Das Land bewahrte das gleiche koloniale Bevölkerungsmuster, das in der Hochebene von Cundinamarca und Boyaca, im Oberen Rio Suarez, Pasto, Tuquerres, Popayan und Cali, Antioquia und an der Küste in Santa Marta, Cartagena und Mompox konzentriert war. Diese Gebiete waren voneinander isoliert, getrennt durch große Urwälder und von schwer zu bereisenden Wegen durchkreuzt. Zwischen der Küste und dem Innern des Landes gab es keinen Landweg und das Haupttransportmittel, um Waren ins Innere zu bringen, war weiterhin wie während der Kolonialzeit der Rio Magdalena, dessen Dampfschiffahrt 1850 begann.
- Hohe Transportkosten verhinderten die Bewegung von Waren mit hohem Eigenwert wie Gold oder Textilien.
- In dieser Zeit sticht die Erweiterung der landwirtschaftlichen Grenzen über Kolonisierungsprozesse heraus, die den Norden und Süden des Departements Antioquia, das Departement Caldas, die Tabakregion von Bolivar, das Flachland von Sinu, die Tabakgebiete von Palmira und Ambalema, sowie die Regionen von Lebrija, Cucuta und Salazar zum Bestimmungsort hatten.
- Die Landkonzentration wird durch Staatskonzessionen erhöht, die Siedler können kleine Landteile erstehen.
- Die Wirtschaft der Siedler diente deren Lebensunterhalt. Sie produzierten und hielten Mais, Yuca, Kartoffeln, Kochbananen, Schweine, Hühner, womit sie die umliegenden lokalen Märkte versorgten. Diese Art der Wirtschaft wurde auch in den Gebieten der Resguardos in Cauca und Nariño und bei der indigenen Bevölkerung der Gebiete von Cundinamarca und Tunja angewandt, in denen die Resguardos aufgelöst worden waren. Die früheren Sklaven

wurden zu Bauern, die auf kleinen Höfen dem Anbau lebenswichtiger Produkte nachgingen.

- Große Haciendas waren mit der bäuerlichen Wirtschaft vermischt, einige behielten koloniale Strukturen bei, die neuen moderneren Strukturen widmeten sich dem Zuckerrohranbau und der Großviehzucht.
- Es bestanden Grenzen auf dem Binnenmarkt.
- Begrenzte Gelegenheitsstrukturen für den Außenhandel und für Auslandsinvestitionen. Hauptexportprodukte waren Tabak, Chinarinde und Hüte.
- Import von Textilien und Papier, mit dem die Druckereien den ideologischen Krieg der Parteien aufrechterhielten.
- Das Steuersystem erlaubte nur niedrige Einnahmen im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern.
- Es wurde mit der Einführung von Lohn- und Grundsteuersystemen begonnen.
- Die erfolgreichsten Steuern waren die indirekten, die im Laufe der Periode wuchsen.
- Der Schmuggel zerstörte das Monopol von Salz.
- Die verschiedenen Staaten schränkten den Wareneingang durch Zölle ein, womit die Entwicklung des Binnenhandels begrenzt wurde.

Nach König (2008) geben die Erhebungen des Zensus aus dem Jahr 1870 zur Beschäftigungsstruktur einen ungefähren Einblick in die überwiegend ländliche Struktur und damit auch in die soziale Situation; mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten waren über 52% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung beschäftigt, davon die Mehrzahl in abhängigen Stellen als Pächter oder Tagelöhner, während handwerkliche Tätigkeiten, die auch die Arbeit städtischer Tagelöhner einschlossen, sich nur auf knapp 23% beliefen.

„Die kräftezehrenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Parteien um die politische Führung dauerten an, doch verlagerte sich der Streit von der nationalen auf die regionale bzw. lokale Ebene. Vor allem aber konnten einige Teilstaaten ihre eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten ausschöpfen und so über die regionale Entwicklung zu Impulsgebern für den Nationalstaat werden. Dies traf besonders auf Antioquia zu, das ursprünglich das Zentrum des Bergbaus und der Goldgewinnung gewesen war, seine ökonomische Basis nun aber auch auf die Landwirtschaft umstellte. Schon am Ende des 18. Jahrhunderts war unter dem Eindruck rückläufiger Goldgewinnung in den alten Siedlungszentren Antioquia und Medellín ein Prozess der Landnahme von bisher nicht genutztem Boden und der Kolonisation in Richtung Süden in Gang gekommen, der sich besonders nach den 1860er und -70er Jahren intensivierte und bis in die heutigen Departements Quindío, nördliches Valle del Cauca und den westlichen Teil des Tolimas reichte. Träger dieser Kolonisation waren ärmere Familien, die ihr Land eigenhändig bestellten. Damit entwickelte sich in den Kolonisationsgebieten eine dynamische Gesellschaft mit Klein- und Mittelbesitz. Ihre ökonomische Basis war durch den Anbau von Kaffee gesichert, der in den neuen Regionen an den Berghängen bis ca. 1 500m Höhe besonders gut gedieh und gegen Ende des Jahrhunderts das Exportprodukt Tabak ablöste.“ (König 2008: 96)

Laut König fand sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts kein Exportprodukt, das die Gesamtwirtschaft anhaltend und positiv beeinflusst hätte. „Da die ungleichen Besitz- und Einkommensverhältnisse nicht verändert wurden, nahm auch die allgemeine Kaufkraft nicht zu. Und da die Exporte mit den Importen von Artikeln des täglichen Gebrauchs, aber auch von Luxusgütern für die Oberschicht, nicht Schritt halten konnten, war die Handelsbilanz zumeist negativ. Dennoch gingen von der exportorientierten Agrarwirtschaft nach 1864 auch längerfristig wirkende Impulse aus. Zum einen stabilisierte der Export die Dampfschiffahrt auf dem Magdalena und brachte den Eisenbahnbau in Gang. Zum anderen ergaben sich dadurch auch zaghafte Ansätze einer ansonsten vernachlässigten Industrialisierung. Auch das Bankwesen entwickelte sich seit 1870 im Sog der Exportwirtschaft, so dass institutionelle Voraussetzungen für die spätere Kapital- und Kreditbeschaffung gegeben waren.“ (König 2008: 97)

6. Die Republik Kolumbien seit dem 01. April 1886

In der Regenerationsbewegung (1880-1902), die gegen den Föderalismus und den radikalen Liberalismus entsteht, verbanden sich nach Ocampo die von Miguel Antonio Caro geführten Konservativen sowie die von Rafael Nuñez geführten gemäßigten Liberalen, die den Prinzipien Ordnung, Fortschritt, politische Zentralisierung und administrative Dezentralisierung folgten.

“Die politische Konstitution von 1886, Ziel der Regeneration, wurde am 6. August dieses Jahres verabschiedet, wobei sie den Richtungslinien ihrer Ideologen Miguel Antonio Caro und Rafael Nuñez folgte. Darin wurde bestimmt, dass die kolumbianische Nation mit dem Ziel der nationalen Einheit als unitarische Republik rekonstruiert würde. Die Prinzipien der politischen Zentralisation und der administrativen Dezentralisation wurden festgelegt; die Bundesstaaten wurden aufgehoben und Departements gebildet, die von den, von der nationalen Exekutive ernannten Gouverneuren, regiert werden.“ (Ocampo 1989: 241)

Laut Ocampo werde die neue Konstitution zentralistischer Art und die neue Ordnung des kolumbianischen Staats von den radikalen Liberalen nicht akzeptiert, die sich der Regierung im „Tausendtagekrieg“ entgegenstellen, der von 1899 bis 1902 dauert, dieser prägt dem Ende des XIX. Jahrhunderts und dem Anfang des XX. Jahrhunderts den Stempel der Gewalt auf – als Vorzeichen für deren Allgegenwart im Alltag der Kolumbianer bis in die Gegenwart.

König (2008) beschreibt die Beziehung zwischen der Bewegung der radikalen Liberalen, die darauf aus ist, strukturelle Veränderungen in der kolumbianischen Gesellschaft hervorzurufen, und den Konservativen, die sich zur Verteidigung des Status quo und der kolonialen Institutionen wie des Großgrundbesitzes und der Haciendas verschanzt haben. Da diese historische Etappe, in der sich die Institutionen bildeten, die Geschichte Kolumbiens auf maßgebliche Weise geprägt hat und daher von großer Bedeutung ist, werden die historischen Befunde von König (2008) ausführlich präsentiert:

„Schon in den 1870er Jahren begannen wichtige Gruppen der kolumbianischen Gesellschaft, die Dominanz des Föderalismus, die Konzentration auf den Agrarexport sowie die Abkehr von alten spanischen und katholischen Werten zunehmend kritischer zu beurteilen. Die Ausfuhrerfolge hatten die ökonomische Basis gebildet, auf der sich das liberale Modernisierungskonzept entwickeln konnte. Als aber aufgrund der Preisfluktuationen auf dem Weltmarkt die kolumbianischen Exporterlöse und damit die Staatseinnahmen Einbußen erlitten, schien das liberale Konzept nicht mehr tauglich zu sein. Über die Parteigrenzen hinweg wurde der Ruf nach einem starken zentralen Staat immer lauter, der in der Lage sein sollte, nicht nur die entstandene Krise zu meistern, sondern auch die während des Exportbooms gewachsenen Wirtschaftskräfte des Agrar-, Handels- und Kapitalsektors stärker zu koordinieren.“ (König 2008: 98)

Interventionismus und Wirtschaftswachstum laut König (2008): Während seiner dritten Amtszeit (1886-1888), förderte Nuñez ein Programm der Importsubstitution, wobei er argumentierte, dass das Freihandelskonzept zu einer fatalen Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten selbst für die einfachsten Gebrauchsartikel geführt habe. „Der Aufbau einer einheimischen Industrie sollte die Außenorientierung reduzieren und die verschiedenen Wirtschaftszweige integrieren. Neue Schutzzölle, Maßnahmen zum Aufbau eines bislang vernachlässigten nationalen Verkehrsnetzes zwischen den Teilstaaten, die Förderung eines effizienten Bankensystems sowie die Vermehrung des Geldumlaufs durch die Einführung von Papiergeld dienten diesem Ziel. Gleichwohl blieb die Wirtschaft auf den Agrarexport ausgerichtet, denn mit dem Kaffee als neuem Hauptausfuhrprodukt erlebte Kolumbien positive Effekte der Konzentration auf den Export. Zwischen 1887 und 1897 wurden mehr als 30 Millionen Kaffeebäume angepflanzt. Der Kaffee wurde einerseits zum Hauptdevisenbringer und andererseits zum wichtigsten Impulsgeber für Veränderungen der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landes. Da diese Pflanze im Unterschied zu den früheren Produkten nicht nur auf Großgrundbesitz wie besonders in Cundinamarca, sondern auch auf landwirtschaftlichem Kleinbesitz vor allem an den Andenhängen der Departemente Antioquia und Caldas angebaut wurde, die durch die Kultivierung im Zuge der antioqueñischen Kolonisation seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in die landwirtschaftliche Nutzfläche einbezogen waren, ergab sich in diesen Gebieten eine größere Einkommensverteilung. Auch entstand hier eine dem Kaffee nachgelagerte Kleinindustrie zur Verarbeitung des Agrarprodukts bzw. zu seinem Transport. In gewissem Sinn setzte die Regeneration die frühere Ausrichtung auf den Agrarexport fort – nur mit anderen Akzenten und im Rahmen eines starken, intervenierenden Staates.“ (König 2008: 99)

Zentralismus und Autoritarismus: „Unter der Federführung des Philologen Miguel Antonio Caro, eines Konservativen, wurde eine neue Verfassung erarbeitet und im August 1886 angenommen. Mit ihr wurde der Föderalismus der Verfassung von Rionegro abgeschafft und die kolumbianische Nation wieder als eine unitarische Republik konstituiert. [...] Kolumbien entwickelte sich zu einer autoritären Republik, in der die katholische Kirche ein neues Gewicht erhielt. Während die Verfassung von 1863 im Namen des Volkes erlassen worden war, bezog sich die neue Verfassung auf Gott als höchste Quelle aller Autorität. Sie wurde in seinem Namen erlassen und erklärte logischerweise die katholische Religion wieder zur Staatsreligion. Entsprechende Regelungen, die 1887 im Konkordat mit Rom formuliert worden waren und 1892 ergänzt wurden, sorgten für den finanziellen Ausgleich der enteigneten Kirchengüter und für eine Übereinstimmung des Bildungssystems mit den Dogmen und Moralvorstellungen der katholischen Religion. Der Religionsunterricht wurde obligatorisch, und die Kirche übernahm wieder ihre frühere bevorrechtigte Funktion bei Zivilstandsfragen wie Geburten, Eheschließungen, Sterbefällen. Die neue Verfassung schränkte die Pressefreiheit ein, indem sie keine absolute, sondern eine lediglich auf Friedenszeiten begrenzte Pressefreiheit vorsah.“ (König 2008: 100)

Nach König hatte Kolumbien mit der Verfassung von 1886 seine endgültige Regierungsform gefunden und mit dem Kaffee stand ihm ein Exportprodukt zur Verfügung, das für die nächsten Jahrzehnte zum entscheidenden Impulsgeber wurde. „Kolumbien hatte auf dem Weg zur innenpolitischen Konsolidierung einen wichtigen Schritt getan. Doch bezeugt die Handhabung der Verfassung von 1886, dass die kolumbianische Gesellschaft noch hierarchisch strukturiert und autoritär orientiert war und die politischen Führungsschichten vom Konzept eines demokratischen Staates noch weit entfernt waren. Eine Bevölkerungsgruppe allerdings profitierte von der neuen Politik: die Indígenas. Denn das Gesetz 89 aus dem Jahr 1890 schuf wieder Sonderrechte, die den Gemeinschaftsbesitz der noch verbliebenen Resguardos der indigenen Bevölkerung dadurch schützten, dass diese für unverkäuflich erklärt wurden. Gleichzeitig erhielten die Indios, die in den Resguardos lebten oder als homogene Ethnien innerhalb eines gemeinsamen Territoriums siedelten

(*parcialidades*), durch die Anerkennung ihrer lokalen Stadträte eine gewisse Teilautonomie. Allerdings blieben die vorgesehenen Mittel für Gesundheitsversorgung und Erziehungswesen meist leere versprechen, und das Verbot, Militär-, Verwaltungs- oder Polizeiaufgaben zu übernehmen, machte sie zu Bürgern zweiter Klasse.“ (König 2008: 101)

Der Verlust Panamas. Die Regeneration in Kolumbien versprach Ordnung und Sicherheit, doch statt Regeln des politischen Miteinanders zu entwerfen und die Opposition in den Willensbildungsprozess einzubeziehen, führte laut König die Politik der konservativen Regierung immer mehr zu einer ideologischen Polarisierung und zu Repressionen gegen die Liberalen. „Im Jahr 1895 erhoben sich die Liberalen zum ersten Mal – noch erfolglos – gegen die autoritäre Regierung des Präsidenten Miguel Antonio Caro. Im Oktober 1899 suchten sie erneut die Gewalt, um die Hegemonie der Konservativen zu brechen. Aus einem zunächst regionalen Aufstand in Santander entwickelte sich ein blutiger Krieg, der bald das ganze Land ergriff, weil sich in ihm liberale Ansprüche mit einer allgemeinen Unzufriedenheit über den wirtschaftlichen Rückgang verbanden, den Preiseinbrüche beim Kaffeexport verursacht hatten. Drei Jahre, bis zum Friedensschluss im Oktober 1902, dauerte dieser zum Teil mit Guerillataktik geführte ‚Krieg der Tausend Tage‘, ohne dass die Liberalen, die zeitweise von den Regierungen Ecuadors und Venezuelas unterstützt wurden, die Hegemonie der Konservativen brechen konnten. Der Krieg kostete nicht nur an die 100 000 Tote und verwüstete das ohnehin wirtschaftlich geschwächte Land. Er absorbierte auch die politischen und militärischen Kräfte, die notwendig gewesen wären, um die drohende Abspaltung Panamas von Kolumbien zu verhindern.“ (König 2008: 102)

Laut König, nach dem definitiven Scheitern des französischen Kanalbaus 1892/1893 übernahmen die USA die Panamakonzessionen, für die Kolumbien eine einmalige Zahlung von 10 Mio. US-Dollar sowie eine jährliche Summe von 250.000 US-Dollar erhalten sollte, nachdem der Vertrag vom kolumbianischen Senat nicht ratifiziert wurde, unterstützte Theodor Roosevelt die separatistische Bewegung Panamas, die am 04. November 1903 das Land zum souveränen Staat erklärt hat, der am 06. November von den USA anerkannt wurde; mit der Loslösung Panamas hatte Kolumbien neue Grenzen erhalten; nach den Auseinandersetzungen um Föderalismus und Zentralismus hatte das Land mit der Verfassung von 1886 zwar eine gewisse politische Konsolidierung erfahren, die Lösung gesellschaftlicher Probleme wie der politischen Beteiligung und ökonomischen Teilhabe stand Kolumbien indes noch bevor.

3.1.4.2 Das XX. und das XXI. Jahrhundert: Gewalt, Zweiparteiensystem und Entstehung neuer politischer und sozialer Bewegungen

Im XX. Jahrhundert ist Kolumbien weiterhin ein, von großen Konflikten sowie gewalttätigen und ideologischen Auseinandersetzungen gekennzeichnetes Land, das unter den Streits zwischen seinen beiden wichtigsten traditionellen Parteien in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts und zwischen der Regierung und der revolutionären Linken in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts bis in die Gegenwart leidet.

“Die Generationen zu Beginn des XX. Jahrhunderts suchten die Modernisierung, die als Erreichen einer modernen und industriellen Gesellschaft mit strukturellen und institutionellen Eigenschaften der entwickelten Nationen der westlichen Welt verstanden wurde. Jedoch wies die kolumbianische Realität Probleme der geografischen und ethnokulturellen Heterogenität sowie großer Distanzen zwischen beiden sozialen Schichten auf: dem archaischen oder traditionellen und dem industriellen oder modernen. Der traditionelle Sektor hat seine Verankerung in der kolonialen und gegen Transformationsanstöße widerstandsfähigen Lebens- und Denkweise. Der moderne oder industrielle Sektor versucht den Rhythmus der Entwicklung zu beschleunigen und Veränderungen der ruralen Struktur in Richtung einer industriellen Gesellschaftsart voranzutreiben.” (Ocampo 1989:264)

In diesem zweiten Jahrhundert der Unabhängigkeit werden die folgenden historischen Etappen unterschieden:

1. Die konservative Republik: 1900-1930
2. Die liberale Republik: 1930-1946
3. Die konservative Republik: 1946-1953
4. Die Militärdiktatur: 1953-1957
5. Die Nationale Front: 1958-1974
6. Die Zweiparteienhegemonie: 1974-2002
7. Die Krise der traditionellen Parteien und politischen Bewegungen: 2002-2010

Im Folgenden werden die wesentlichen sozioökonomischen und politischen Charakteristiken dieser Etappen vorgestellt, sowie der Modernisierungsprozess und die davon hervorgerufenen Hauptkonflikte.

1. Die konservative Republik von 1900 bis 1930

Während der ersten dreißig Jahre des XX. Jahrhunderts stand die Republik Kolumbien unter der Regierung der Konservativen. Diese Etappe ist unter den Bezeichnungen *Konservative Hegemonie* und *Nationale Eintracht* bekannt, deren konservativen Geist Ocampo wie folgt beschreibt: "Der Konservatismus perfektionierte sich in seinem Gedankengut mit der Assimilierung der Ideen des europäischen Traditionalismus. Es wurden die Werke von Jaime Balmes, Juan Donoso Cortes, Jose de Maistre und andere Repräsentanten der Neoscholastik und des Ultramontanen Traditionalismus gelesen. Der Konservatismus findet, dass die Ordnung die grundlegende Basis zur Aufrechterhaltung der Stabilität der Gesellschaft ist: politische Ordnung, soziale Ordnung, die familiäre Ordnung, usw. Er erwägt, dass die Moral die Essenz der Gesellschaft ist und die Religion, ein unentbehrliches Element für den Staat. Deshalb betrachtet er die Einheit zwischen Kirche und Staat als wichtig und kämpft für die Aufrechterhaltung des Konkordats. Der Konservatismus verteidigt das spanische Vermächtnis der katholischen Kirche in der Bildung der Kolumbianer als Symbol der Tradition und der Arbeit." (Ocampo 1989: 243)

Insbesondere während Präsidentschaft von Rafael Reyes wurde laut Ocampo die Modernisierung Kolumbiens propagiert, sein Regierungsprogramm der nationalen Restauration zielte auf den nationalen Frieden, die Verbesserung der nationalen Ökonomie und die Sanierung der öffentlichen Finanzen förderte, die öffentlichen Bauarbeiten antrieb, besonders Straßen, als die ersten Automobile importiert wurden, und Eisenbahnen (vgl. Ocampo 1989: 269). Mit protektionistischen Maßnahmen trieb Reyes die nationale Industrie an und förderte die Bildung neuer Industrien, von denen einige für ihre bessere Entwicklung subventioniert wurden, er kümmerte sich um die Regelung der Auslandsschulden, unterstützte die Bildung neuer Departements, modernisierte das Militär, gründete die Militärschule, förderte die öffentliche Schule und sorgte für die Verbesserung der Steuersituation des Landes; mit der Auflösung des Nationalen Kongresses und der Verlängerung seiner Präsidenzperiode verwandelt er sich in einen Diktator, was eine von Studenten und der Bevölkerung von Bogota gebildete Oppositionsbewegung hervorrief, die am 13. März 1909 zum Rücktritt von General Reyes führte, der Kongress ersetzte Reyes offiziell in der Präsidenz durch General Ramon Gonzalez Valencia, der die Periode bis 1910 übernahm.

Nach König (2008) kennzeichnete sich die konservative Hegemonie aus ökonomischer Sicht durch den Kaffeeboom und den Antrieb der ökonomischen Entwicklung, aber das Versagen der konservativen Regierungen in den 1920er Jahren, ihr Unvermögen, die sozialen Konflikte zu lösen, die Ressourcen gerecht zu verteilen und mit den Devisen aus dem Kaffeeboom und den

Dollaranleihen eine langfristige nationale Entwicklung in Gang zu setzen, boten den oppositionellen Liberalen und Sozialisten die besten Argumentationshilfen. „Dabei kam zunehmend ein Nationalismus ins Spiel, der sich vor allem an der Frage der Erdölkonzessionen an die USA und an der hohen Auslandsverschuldung entzündete und neben antiamerikanischen Elementen auch die Besinnung auf eigene Werte und ein eigenes Entwicklungspotenzial enthielt. Ende der 1920er Jahre befand sich Kolumbien in einer tiefgreifenden Krise, in der die bisherige Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur sowie die Rolle des Staates gleichermaßen in Frage gestellt wurden. Auf diese Krise traf die Weltwirtschaftskrise.“ (König 2008: 119)

2. Die liberale Republik von 1930 bis 1946

1930 beginnt eine 16-jährige liberale Hegemonie, die folgende Präsidentschaftsperioden umfasste:

| | |
|------------------------|-----------|
| Enrique Olaya Herrera | 1930-1934 |
| Alfonso Lopez Pumarejo | 1934-1938 |
| Eduardo Santos | 1938-1942 |
| Alfonso Lopez Pumarejo | 1942-1945 |
| Alberto Lleras Camargo | 1945-1946 |

Laut Ocampo weist das Jahrzehnt der Dreißiger Jahre als Folge des Auftretens der Volksschichten, hauptsächlich der Arbeiter, und der wirtschaftlichen Stagnation zwischen 1930-1944 als Produkt der Großen Depression von 1929, ein Panorama sozialer Erschütterungen auf; die ökonomischen Veränderungen dieser Jahre (Sinken der internationalen Kaffeepreise, Unterbrechung des internationalen Kapitalflusses, Verminderung von Exporten und Importen) werden zum Anlass eines Protektionismus, um die Industrie mit nationalem Kapital zu fördern; die Textil-, Nahrungsmittel-, Getränke- und Zementindustrie gehen gestärkt aus dieser staatlichen Förderung hervor. Die politischen Maßnahmen gingen noch weiter, insofern das Interesse der liberalen Führer den sozialen Probleme und Reformen galt: Arbeitergesetzen, öffentliche Unterstützungen, Agrarreform, Arbeiter- und Landarbeiterschutz, etc.

Auf der Grundlage des nationalen Markts und der internen Nachfrage wurde die Entwicklung Kolumbiens nach innen gefördert, die Probleme dieser Binnenorientierung skizziert Ocampo: „Jedoch erlaubte die knappe Produktionskapazität der kolumbianischen Industrie keine große Diversifikation der Produktion, um die Importe zu ersetzen, wie es in anderen lateinamerikanischen Ländern möglich war. Das führte zu einem nationalistischen Bewusstsein gegenüber dem ökonomischen Protektionismus. Die nationale Bourgeoisie wurde gestärkt, die jetzt entschlossen war, den Binnenmarkt gegen die ausländischen Handelsmonopole zu schützen, und bereit, bei sozioökonomischen Reformen in einem Land mitzuwirken, das schon Tendenzen zur Modernisierung zeigte. Die Leute begannen auf der Suche nach Möglichkeiten vom Land in die Städte abzuwandern, was die Beschleunigung des Organisationsrhythmus beeinflusste; das kolumbianische Proletariat nahm auf der einen Seite zu, die Macht der Bourgeoisie auf der anderen Seite ab.“ (Ocampo 1989: 284)

Ocampo (1989) hebt an dieser, mit dem Zweiten Weltkrieg zusammentreffenden, Periode das Aufkommen radikaler politischer Bewegungen hervor – besonders des Sozialismus und des Kommunismus; in diesen Bewegungen fand auch die Studentenbewegung ihren Platz, die für die Ideale der Universitätsreform, der sozialen Verbesserung, der nationalen Verteidigung gegen den Imperialismus und die hispanoamerikanische Einheit kämpfte. Über die Maßnahmen der Präsidenten lässt sich laut Ocampo folgendes sagen: Olaya Herreras Interesse galt den sozialen Probleme, denn er wandte sich dem Arbeiter-/ Landarbeiterschutz zu, führte den Acht-Stunden-Arbeitstag ein. Unter seiner Regie wurden die Unbeschlagbarkeit einiger Gehälter, die

Pensionierung der Eisenbahnangestellten/ -arbeiter, der bezahlte Urlaub für Staatsangestellte und der Kinder- und Gewerkschaftsschutz eingeführt. Seine Regierung kümmerte sich auch um die Ausweitung der "neuen Bildung" zur Ausbildung der jungen Generation.

Alfonso Lopez Pumarejo seinerseits realisierte während seiner ersten Präsidentschaftsperiode zwischen 1934 und 1938 die sogenannte "Revolution auf dem Marsch" ("*Revolución en Marcha*") mit einem bestimmten Ziel. Sein Bestreben war es, die Kolonie zu „liquidieren“ und dem Land auf dem Weg zur Modernisierung nachzuhelfen. Während seines vierjährigen Amtes stimulierte er nachhaltig die sozialen Reformen, besonders zum Vorteil der Bauern. Zu seinen Reformen, die der Modernisierung des Landes galten, gehörten die der Verfassung, der Steuern, der Justiz und der internationalen Politik Kolumbiens. Deren Grundzüge verdienen besondere Beachtung: Die Steuerreform machte die Verteilung der Steuern auf Einkommen und Ergänzungen gerechter und demokratischer. Im Zuge der Verfassungsreform von 1936 wurde das allgemeine direkte Wahlrecht eingeführt und die soziale Funktion des Eigentums verankert. Pumarejo organisierte im Weiteren den Interventionismus des Staates durch Gesetze zur Nutzung der Industrie mit dem Ziel, Reichtumsproduktion, -verteilung und -verbrauch zu rationalisieren. Die öffentliche Unterstützung wurde unter ihm zur Funktion des Staates erklärt. In arbeitspolitischer Hinsicht garantierte er das Streikrecht, gleichwohl öffentliche Dienste davon ausgenommen wurden, und führte die Lehrfreiheit ein. Er verbesserte die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, organisierte die öffentliche Unterstützung und ermöglichte 1936 die Union der Arbeiter Kolumbiens (CTC). Die soziale Ordnung stärkte er durch die Freiheit des Zusammenlebens und das Briefgeheimnis. Gleichzeitig wurde dem traditionellen Hacienda-System der Nährboden entzogen, denn seine Gesetze zum Brachland und der Begrenzung großer unkultivierter, jedoch nutzbarer Besitztümer führten zur Auflösung der großen Haciendas.

Der Präsident Eduardo Santos übte das Amt in der Periode von 1938 bis 1942 aus, die wegen ihres konterrevolutionären Charakters "Die Große Pause" genannt wird. Sie war von der Stimulierung der nationalen Kultur gekennzeichnet, wobei die Unterstützung von Wissenschaftlern aus Spanien, Frankreich und Deutschland genutzt wurde, die bei der Organisation von Institutionen hoher wissenschaftlicher Forschung, wie dem Nationalen Ethnologischen Institut, mitwirkten. Er kümmerte sich um die Einrichtung von Institutionen öffentlicher Dienste wie das Territoriale Kreditinstitut (zur Verbesserung der Wohnungen der Bauern), das Institut für Gemeindeentwicklung (zur Unterstützung der Gemeindebauarbeiten) und das Institut für Industrieentwicklung (zur Unterstützung grundlegender Industrien und der Verarbeitung von Rohstoffen).

Auf diesen Präsidenten folgte die zweite Regierungsperiode von Pumarejo zwischen 1942 und 1945, während einer weltweiten und nationalen ökonomischen Krise und einer starken Opposition der Anhänger der Gegenrevolution. Die politische Krise führte 1945, ein Jahr vor dem Ende der Amtsperiode, zum Rücktritt des Präsidenten Lopez, auf den Alberto Lleras Camargo (1945-1946) folgte.

3. Die konservative Republik von 1946 bis 1953

Die Zeit des Konservatismus begann 1946 und hatte folgende Präsidenten:

| | |
|---------------------------|-----------|
| Mariano Ospina Perez | 1946-1950 |
| Laureano Gomez | 1950-1951 |
| Roberto Urdaneta Arbelaez | 1951-1953 |

Die Präsidentschaft von Mariano Ospina Perez kennzeichnet laut Ocampo die Unterstützung der Kaffeebauern und der nationalen Industrie; in seine Amtszeit fiel der sogenannte "Bogotazo"-Aufstand nach der Ermordung des liberalen politischen Führers Jorge Eliecer Gaitan am 9. April 1948, nach ihm gewann Laureano Gomez die Wahlen von 1950, wobei er nach dem Rücktritt des liberalen Kandidaten wegen fehlender Wahlgarantien der einzige Kandidat war. Die Regierungszeit von Gomez war nach Ocampo geprägt durch die Zunahme sozialer und politischer Spannungen, die im ganzen Land ausbrachen, es bildeten sich zahlreiche Widerstandsgruppen in Tolima, Caldas, Valle, Boyaca, Cundinamarca, Santander und anderen Regionen. Ocampo beschreibt diesen Wandel wie folgt: "Die Intensität der Gewalt spiegelte sich in den tiefen Veränderungen, die die kolumbianische Gesellschaft erlebte, hauptsächlich in den ruralen Gebieten, wobei die Abwanderung vom Land in die Städte zunahm. In dieser *Violencia*-Zeit fielen die grundlegenden Institutionen aus den Angeln, geschahen Veränderungen in den Formen des Landbesitzes und die nationale Krise spitzte sich zu einer der schwierigsten der zeitgenössischen Geschichte Kolumbiens zu." (Ocampo 1989:294)

Nach König (2008) war die Machtübernahme der Konservativen 1946 Auslöser der Verschärfung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen, denn Ospina Perez, ein Angehöriger der Oberschicht, setzte immer weniger auf die Unterstützung durch Gewerkschaften und Arbeiter. Mehr noch: „Die Nachkriegssituation des ‚Kalten Krieges‘ mit der allgemeinen Furcht vor kommunistischer Unterwanderung gab ihm sogar die Möglichkeit, die auch von Kommunisten getragene CTC als subversiv abzuqualifizieren. Mithilfe der Jesuiten und klerikaler Kreise förderte seine Regierung die Bildung einer neuen Gewerkschaft, mit der sie die radikale Arbeiterbewegung schwächen konnte. So wurde 1946 die Union der Arbeiter Kolumbiens (*Unión de Trabajadores de Colombia*, UTC) gegründet. Damit entstand nicht nur eine Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern auch ein totaler Bruch zwischen der CTC und der konservativen Regierung, zumal da diese den im Mai 1947 von der CTC ausgerufenen Generalstreik als Verschwörung gegen Präsident Ospina Perez interpretiert und mit Repressionen beantwortet hatte. Daraufhin verband die CTC ihr Schicksal mit den Liberalen, was der Gewerkschaft umso leichter fiel, als Gaitán im Oktober 1947 die Führung der Liberalen Partei übernahm.“ (König 2008: 136)

Auslöser der Konfrontation war laut König auch die ungleiche Einkommensverteilung, so verfügte 1947 weniger als 1% der Bevölkerung über ein Drittel des nationalen Einkommens, die dadurch ausgelösten Proteste der Arbeiter wurde mit bislang unbekannter brutaler Härte von der Regierung beantwortet.

Die *Violencia*: Nach König verband sich Zunehmend mit diesen Auseinandersetzungen der Machtkampf zwischen Liberalen und Konservativen um die politische Vorherrschaft auf allen Ebenen; trauriger Höhepunkt war der Tod von ca. 14.000 Menschen während der Kongresswahlen 1946, für den die beiden Parteien jeweils die Gegenseite verantwortlich machten. „Eine Spirale der Gewalt, von der sich besonders die Liberalen bedroht fühlten, weil ihre Mehrheit im Parlament getroffen werden sollte, breitete sich im ganzen Land aus. Im Januar 1948 wurde die Situation in Boyacá und in den beiden Santanders derart dramatisch, dass Laureano Gómez schon von einem Bürgerkrieg sprach.“ (König 2008: 137)

Die Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien führte schließlich laut König zu offener Gewalt im Parlament, weshalb die liberale Partei 1949 auf einen Präsidentschaftskandidaten verzichtete, auf die Proteste reagierte die Regierung im gleichen Jahr durch die Verhängung des Ausnahmezustands, der über ein Jahrzehnt währen sollte. „Mit Laureano Gómez übernahm ein Vertreter der traditionellen Agraroligarchie die Macht, der nicht nur elitäre Vorstellungen von einer Höherwertigkeit der weißen Rasse formulierte, sondern auch korporatistische Ideen verfolgte und eine diktatorisch-autoritäre Regierungsform, wie sie schon Bolivar vorgeschlagen hatte, für sinnvoll

hielt. Die Präsidentschaft gab ihm nun die Möglichkeit, diese Ideen umzusetzen. Durch die Schwächung der Gewerkschaften war eine außerparlamentarische Opposition kaum vorhanden, und seine Gegner, besonders die Kommunisten und Liberalen, ließ Gomez mit Hilfe von Polizei und Militär brutal verfolgen. [...] Im Kommunismus und Laizismus sowie in der Zurückdrängung des Einflusses der katholischen Kirche glaubte Gomez die Ursachen, für die Probleme Kolumbiens zu sehen.“ (König 2008: 139)

Nach König verlor Gomez jedoch mehr und mehr an Zustimmung. „Überdies hatten seine drastischen Massnahmen die gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht entschärft, sondern eher noch verschärft. Die *violencia* hatte das ganze Land im Griff. Sie hatte sich von einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Traditionsparteien um politische Macht zu einer Auseinandersetzung um Grund und Boden auf dem Land ausgeweitet. In den Llanos Orientales hatten die Liberalen Tausende von Campesinos bewaffnet. Im Tolima, Antioquia und in Cundinamarca hatten sich ebenso wie in anderen Departements die Campesinos in bewaffneten Guerillagruppen organisiert und stellten eine Bedrohung für die Regierung, aber zunehmend auch für die Großgrundbesitzer dar, weil sie mit Gewalt ihre Ansprüche durchzusetzen versuchten. Eindeutig war die *violencia* dort besonders heftig, wo es schon während der 1930er Jahre zu Konflikten zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern bzw. Landarbeitern gekommen war: in den Kaffeeanbaugebieten, in den Zonen hoher Grundbesitzkonzentration und sozialer Disparitäten. Denn dort hatten die Kleinbauern unter der Abhängigkeit vom Weltmarkt mit seinen Preismechanismen besonders zu leiden.“ (König 2008: 140)

4. Die Militärdiktatur von 1953 bis 1957

Auf die *Violencia* folgte eine Militärdiktatur. Am 13. Juni 1953 rebellierte die Streitkräfte gegen die bestehende politische Ordnung und brachten den Generalleutnant Gustavo Rojas Pinilla an die Macht, der die Militärdiktatur zwischen 1953 und 1957 leitete. Ocampo rückt diesen in einen geopolitischen Kontext: „Der Aufstieg der Militärs hängt auf amerikanischer Seite mit der militaristischen Tendenz des Kalten Krieges und der Militärputsche und diktatorischen Regierungen in Lateinamerika zusammen.“ (Ocampo 1989:295)

König (2008) kommt zu folgender Analyse dieser Periode: „Angesichts der repressiven Politik von Gómez und der Unfähigkeit der beiden großen Parteien, der Gewalt Einhalt zu gebieten, die zwischen 1948 und 1953 schon ca. 150 000 Menschenleben gefordert hatte, entschloss sich der Oberkommandierende des kolumbianischen Militärs, General Gustavo Rojas Pinilla, mit Zustimmung führender liberaler und konservativer Politiker am 13. Juni 1953 zu einem Putsch. Selbst die katholische Kirche hatte sich gegen Gomez gewandt, weil ihr seine Ideologie letztlich doch zu extrem erschien und sie die politische Gewalt missbilligte. [...] Konservative und Liberale beauftragten Rojas, die verbliebene Amtszeit bis zum 7. August 1954 als Präsident zu regieren.“ (König 2008: 141)

Laut König gelang es Rojas, mithilfe der Armee eine Befriedung in Gang zu setzen und mit seinem Wirtschaftsprogramm durch die hohen Einnahmen aus dem Kaffee-Export und durch internationale Anleihen die Industrialisierung weiter voranzutreiben, die industrielle Produktion zu diversifizieren und auch die Inflation in den Griff zu bekommen. „Aus diesem Grund verlängerten Konservative und Liberale im August 1954 über die verfassunggebende Versammlung, nicht durch Wahlen, seine Amtszeit um vier Jahre bis 1958. Doch nach dieser Verlängerung begann Rojas, sich von den traditionellen Parteien zu lösen und eine eigene Machtbasis aufzubauen. Nach peronistischem Vorbild organisierte er die Bewegung der Nationalen Aktion (*Movimiento de Acción Nacional, MAN*) mit einer eigenen Gewerkschaft, der Nationalen Arbeitervereinigung (*Confederación Nacional de Trabajadores, CNT*).“ (König 2008: 142)

Laut König beschlossen die Liberalen im Jahr 1957, vertreten durch Alberto Lleras Camargo, und die Konservativen, diesmal vertreten durch Laureano Gomez und seinem Flügel, zur Überwindung der Militärdiktatur eine Nationale Front (*Frente Nacional*) zu bilden, und vereinbarten eine Art große Koalition; für vier Regierungsperioden, von 1958 bis 1974, sollte ein automatischer alternierender Regierungswechsel zwischen Liberalen und Konservativen auf allen administrativen Ebenen (*alternación*) erfolgen, und alle öffentlichen Organe im ganzen Land sollten unabhängig vom jeweiligen Wahlergebnis paritätisch (*paridad*) besetzt werden.

5. Die Nationale Front von 1958 bis 1974

Nach Ocampo nahm am 1. Dezember 1957 das kolumbianische Volk die Volksabstimmung an, die die Zweiparteienregierung mit der abwechselnden Regierung der beiden traditionellen Parteien, der Konservativen und der Liberalen, während 16 Jahren ab 1958 institutionalisierte; es gab ein Zweiparteienregierungssystem und eine Art kontrollierter Demokratie auf der Suche nach nationaler Ordnung, Frieden und Institutionalisierung. Das Land wurde zunächst von Alberto Lleras Camargo (1958-1962) und dann von Guillermo Leon Valencia (1962-1966) regiert. Lleras Camargo nahm sich der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung an und unterwarf das Land strengen Sparmaßnahmen, Valencia wiederum kümmerte sich nach der *Violencia* um das dringliche Problem der Pazifizierung des Landes.

In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts regierte der Präsident Carlos Lleras Restrepo, (1966-1970), seine Amtszeit kennzeichneten laut Ocampo ökonomische und soziale Entwicklungsimpulse als grundlegende Maßnahmen zur Herstellung der "Ordnung im Haus", seine Maßnahmen der fortschrittsmotivierten Technifizierung Kolumbiens, der Finanzorganisation, der Sanierung der Öffentlichen Verwaltung, der Stimulierung der ausländischen Kapitalinvestition, zur ökonomischen Unabhängigkeit durch Industrialisierung und zur Integration im lateinamerikanischen Kontext, bildeten die wesentlichen Regierungsaktionen dieser vierjährigen Regierungsperiode. „Mit Vehemenz verteidigte Restrepo die soziale Agrarreform, die Arbeitsgesetze als Anreiz für die Arbeiter, die Zunahme des Kooperativismus, den Schutz von hilfsbedürftigen Müttern und Minderjährigen, die Volksintegration, die kommunale Aktion, die Bauernorganisationen und den staatlichen Interventionismus. Der Entwicklungsnationalismus, den er mit seiner Regierung errichtete, stimulierte die Sozial- und Agrarreform und die Agrarproduktion; er regelte die Verwendung von Auslandskapital und den Anreiz für nationales Kapital. Die Verfassungsreform von 1968 wird vorgenommen, um mit einer Stärkung der Autorität des Präsidenten einen richtigen *Staat für die Entwicklung* zu bilden.“ (Ocampo 1989: 298; Hervorhebung im Original)

Ein außenpolitisches Ereignis von großer Bedeutung war laut Ocampo die kubanische Revolution, die eine revolutionäre Kraft kontinentaler Dimension einführte; ein weiteres Ereignis war das "*Aggiornamento*" der katholischen Kirche und ihr fester Entschluss, sich im Kampf um die soziale Entwicklung der lateinamerikanischen Völker und die der Dritten Welt zu engagieren, in der Folge entstand ein christlich-revolutionärer Nationalismus mit der Forderung eines Engagements der katholischen Kirche für dringende soziale Veränderungen in Lateinamerika.

Die Nationale Front endete mit der Präsidentschaft des Konservativen Misael Pastrana Borrero, 1970-1974. Seine Regierungszeit war nach Ocampo charakterisiert durch die Anregung des Außenhandels, die Einführung des UPAC-Systems für Sparen und Wohnungen, eine Modernisierung des Steuersystems, eine Regelung für Auslandsinvestitionen, als große infrastrukturelle Bauprojekte dieser Regierungszeit verdienen u. a. der Bau der Flughäfen von Cali und Pasto, die Versorgungszentrale von Bogota und die monumentale Brücke von Barranquilla Beachtung, der Energiekrise trotzte er durch Anregung eigener Rohölproduktion.

Die gesamte Epoche von 1946-1966 lässt sich mit König (2008) bilanzierend analysieren: Insgesamt forderte die „Violencia“ zwischen 1946 und 1966 fast 200.000 Tote, verursachte auf dem Land den Verlust von fast 400.000 landwirtschaftlichen Grundstücken und machte über 2 Millionen Menschen zu Flüchtlingen. Die Zeit der Nationale Front wiederum führte zu einem Rückgang demokratischer Mitbestimmung, da das Zweiparteiensystem eine kompetitive und partizipative Demokratie verhinderte – im Gegenteil: Die nationale Front praktizierte Exklusivität. Mit Blick auf die Geschichte des Landes waren Koalitionen zwischen den Traditionsparteien eigentlich nichts Neues, jedoch trug die Nationale Front eigene Züge. „Denn während frühere Koalitionen nur für kurze Dauer galten und meist jeweils einen Juniorpartner besaßen, war die Nationale Front auf einen langen Zeitraum ausgerichtet und untermauerte die Vorherrschaft beider Parteien gegenüber anderen; sie war also ausschließend. Es fanden zwar Wahlen statt, und die Liberalen nahmen wieder daran teil, aber die Vereinbarung, dass nur Liberale und Konservative gewählt werden durften, und dazu noch im gleichen Zahlenverhältnis, machte den Wahlvorgang zur Farce. Eine geringe Wahlbeteiligung von ca. 30% während dieser Jahre war die Folge.“ (König 2008: 145)

Exklusives Wirtschaftswachstum: „Während der Zeit der Nationalen Front haben besonders die liberalen Präsidenten Alberto Lleras Camargo (1958-1962) und Carlos Lleras Restrepo (1966-1970) mit Reformen versucht, die allgemeine Entwicklung und das wirtschaftliche Wachstum voranzutreiben. Dabei waren sie besonders darum bemüht, durch Agrarreformen den enormen Wanderungsstrom vom Land in die Städte aufzuhalten.“ (König 2008: 148)

Laut König gab es trotz der Agrarreform von 1936 und späterer Veränderungen 1958 immer noch eine extrem ungleiche Landverteilung. „Nach wie vor standen sich zwei Formen der Landnutzung gegenüber: Auf der eine Seite stand der Großgrundbesitzer mit einer Mindestgröße von 200 ha, der vor allem in den Ebenen der Küstenregion, in den fruchtbaren Hochtälern der Anden und im Cauca zu finden war. Hier wurde extensive Viehwirtschaft bzw. kapitalintensiver Anbau von Agrarprodukten für den Export betrieben. Auf der anderen Seite stand der Kleinbesitz mit einer Maximalgröße zwischen 3 und 5ha, der vorwiegend an den Andenhängen auf oft wenig fruchtbaren Böden lag, die der eigenen Versorgung dienten, oft aber so wenig hergaben, dass sich diese Kleinbauern für eine Zeit des Jahres anderweitig verdingen mussten, um ihre Familien ernähren zu können.“ (König 2008: 149)

König erklärt: „Unter der Regierung des Konservativen Misael Pastrana Borrero gab die Nationale Front ab 1970 ihre Agrarreformbestrebungen zur Bildung kleinerer ländlicher Betriebe nicht nur auf, sondern stellte sich angesichts der ANUC-Aktivitäten im Jahr 1972 dezidiert auf die Seite der Großbetriebe. Die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Eliten verurteilten gemeinsam die Landhunger und die Landbesetzungen und beschlossen die sofortige Einstellung der Reformmaßnahmen. Vertreter der Großgrundbesitzer, der traditionellen Parteien und der beteiligten Ministerien trafen sich in Chicoral, einem kleinen Dorf im Departement Tolima, und formulierten im sogenannten *Pacto de Chicoral* die Grundlagen einer neuen Agrarpolitik, besser gesagt einer Agrargegenreform, die von jeglicher Aufteilung des Großgrundbesitzes Abstand nehmen sollte.“ (König 2008: 152)

6. Die Zweiparteienhegemonie von 1974 bis 2002

Nach den 16 Jahren der Geltung der Nationalen Front in Kolumbien begann 1974 laut Ocampo ein neuer, „Demokratische Öffnung“ genannter, politischer Zyklus, mit dem der demokratische Kampf der traditionellen politischen Parteien und die Entstehung neuer Parteien belebt wurden. Diese Reihe zweiparteilicher Hegemonie bestand aus folgenden Regierungen:

| | |
|--|-----------|
| Liberaler Regierung, Dr. Alfonso Lopez Michelsen | 1974-1978 |
| Liberaler Regierung, Dr. Julio Cesar Turbay Ayala | 1978-1982 |
| Konservative Regierung, Dr. Belisario Betancur Cuartas | 1982-1986 |
| Liberaler Regierung, Dr. Virgilio Barco Vargas | 1986-1990 |
| Liberaler Regierung, Dr. Cesar Gaviria Trujillo | 1990-1994 |
| Liberaler Regierung, Dr. Ernesto Samper Pizano | 1994-1998 |
| Konservative Regierung, Dr. Andres Pastrana Arango | 1998-2002 |

König (2008) macht eine erklärende Analyse dieser Periode: „Die folgende Regierung des Liberalen Alfonso Lopez Michelsen setzte die Politik des Paktes von Chicoral mit dem neuen Plan der Integrierten Ländlichen Entwicklung (*Desarrollo Rural Integrado*, DRI) fort, wonach nur Betriebe mit mehr als 3 ha Größe staatliche Kredite zur weiteren Modernisierung erhalten sollten. Mit dem Gesetz 6 von 1975 über Teilpacht nahm sie schließlich den Großgrundbesitzern, die ihre Landarbeiter mit der Nutzung eines Stück Lands bezahlten, die Angst, dieses wegen der Bearbeitung in deren Besitz übergeben zu müssen. Damit wurde das alte System von Ausbeutung und Abhängigkeit bestärkt. Im Jahr 1988 verfügten nur 1,7% aller Landbesitzer über 40% des bebauten Bodens, während 62,3% lediglich 5,2% des bebauten Bodens besaßen. Allerdings gab es mit fast 30% der Landbesitzer auch eine bäuerliche Mittelschicht, die über ca. 26% des Bodens verfügte.“ (König 2008: 153)

Die revolutionäre Guerilla: Nach König entstanden ermuntert durch den Sieg der kubanischen Revolution (1959) im Kontext der einschränkenden Demokratie und eines ambivalenten Wirtschaftswachstums in den 1960er Jahren auch in Kolumbien revolutionäre Guerillas. „Anders als ihre Vorläufer in den 1940er und 1950er Jahren wollten sie das gesamte Gesellschaftssystem und die politische Ordnung verändern und verstanden sich als Ausgangspunkt und zugleich als Instrument des sozialen Wandels. Entsprechend der von Che Guevara entwickelten Fokus-Theorie, die in Kuba Erfolg gehabt hatte, wollten sie als bewaffnete revolutionäre Avantgarde aus den Städten eine breite Volksbewegung auf dem Land auslösen, betrachteten aber letzteres nur als Schauplatz des bewaffneten Kampfes. Nach diesem Muster schlossen sich in mehreren Städten Kolumbiens vor allem Studenten und junge Intellektuelle zunächst zu einer Stadtfront zusammen, bevor sie Feldlager auf dem Land gründeten. Während die meisten scheiterten, gelang es lediglich dem Nationalen Befreiungsheer (*Ejército de la Liberación Nacional*, ELN) und später dem Volksbefreiungsheer (*Ejército Popular de Liberación*, EPL, 1965/68) dauerhafte Feldlager aufzubauen, in denen sie die Landbevölkerung zu mobilisieren suchten. In dem 1962 gegründeten ELN waren auch Mitglieder der Jugend des MRL vertreten, wie z. B. Fabio Vasquez Castaño, der zur Ausbildung nach Kuba gegangen war und nach der Formierung der Internationalen Brigade Jose Antonio Galán nach Kolumbien zurückgekehrte und bald den ELN kontrollierte.“ (König 2008: 153)

Nach König diente die *Latin American Security Operation* (LASO) der Abwehr kommunistischer und sozialistischer Bedrohung Amerikas, deren Beteiligte militärisches Training genossen und mit Waffentechnik ausgerüstet waren. „1964 stand die Operation *Marquetalia* gegen die unabhängige Zone in Tolima an. Ende Mai rückte die kolumbianische Armee mit 16 000 Mann, unterstützt von Flugzeugen und Hubschraubern und ausgerüstet mit der neuesten militärischen Technik der Aufstandsbekämpfung, gegen das entlegene Gebiet vor, wo ca. 4000 *Campesinos* lebten. Mit Bombardements und kombinierten Boden- und Luftoperationen versuchte die Armee das Gebiet zu umzingeln und einzunehmen. Die *Campesinos* setzten sich heftig zur Wehr und lancierten Meldungen an die nationale und internationale Presse über den unverhältnismäßig harten und ihrer Meinung nach ungerechtfertigten Angriff gegen Frauen und Männer, die nur vor einem ungerechten und repressiven System geflohen waren. Für die Operation *Marquetalia* waren nur drei Wochen geplant gewesen, doch dauerten die Kämpfe über ein Jahr, bis die Verteidiger der Übermacht

weichen mussten und sich in ein anderes Gebiet nach Riochiquito-Tierradentro im Departement Cauca zurückzogen. Gleichzeitig bauten die Guerilleros von Marquetalia ein Netzwerk mit anderen Guerillakämpfern liberaler und kommunistischer Herkunft aus den Departementen Tolima, Huila, Valle del Cauca und Cauca auf. Ende 1965 vereinigten sich diese Gruppen zum Südlichen Block (*Bloque Sur*) und Ende 1966 schlossen sie sich als Reaktion auf die Militäraktionen des Staates zu den Bewaffneten Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*, FARC) zusammen und formulierten ein eigenes Agrarprogramm zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die ländliche Bevölkerung in den alten Kaffee- und Kolonisationsgebieten. (König 2008: 155)

Auch in den neuen Kolonisationsgebieten, die die Nationale Front im Zuge ihrer Agrarreform angeboten hatte, konnten nach König die FARC Anhänger gewinnen. „Die *colonos* waren weitab von öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Behörden sowie ohne Schutz, etwa von Polizeiposten, den Attacken von kriminellen Banden, aber auch Großgrundbesitzern ausgesetzt, die sich das urbar gemachte Land einverleiben wollten. Deshalb sympathisierten sie bald mit den FARC, die in diese Gebiete nachgerückt kamen. Denn die FARC traten an die Stelle des abwesenden Staates und sorgten für Gesetz und Ordnung, indem sie beispielsweise Schiedsstellen für Streitigkeiten errichteten und bei der Verbesserung rudimentärer Grundversorgung halfen.“ (König 2008: 156). Kurzum: das Vakuum in der öffentlichen Ordnung wurde durch die FARC besetzt.

Das Verhältnis der FARC zur kommunistischen Partei skizziert König wie folgt: „Lange Zeit bildeten die FARC sozusagen den bewaffneten Arm der Kommunistischen Partei, zumindest standen sie ihr nahe. Anfang der 1980er Jahre trennten sie sich und bildeten eine eigenständige Organisation mit eigener militärischer und politischer Doktrin. Bis heute sind sie die größte Guerillagruppe in Kolumbien. Die Entstehung der Bewegung des 19. April (Movimiento 19 de Abril, M-19), die von Anfang der 1970er Jahre bis 1990 aktiv war, macht besonders deutlich, wie fehlende politische Partizipation und außerparlamentarische bewaffnete Opposition ursächlich zusammenhängen.“ (König 2008: 156)

Der Kampf um den Frieden: Der politische Pakt zwischen den beiden Parteien im Rahmen der Nationalen Front hatte laut König auf allen Ebenen zu einem enormen Anwachsen der Bürokratie und des Dienstleistungssektors geführt, der im Zeitraum 1976 bis 1980 etwa die Hälfte der Beschäftigten ausmachte. Die ineffiziente Bürokratie belastete ebenso wie die bewährte Patronage-Klientel-Beziehung den Haushalt und das Unterbinden von Kontrollmechanismen/ -instanzen förderte Ämterhäufung, Nepotismus und Korruption. Selbst nach Ende der Parität innerhalb der Nationalen Front stieg die Zahl bürokratischer Organe von 112 (1986) auf 202 (1991), d. h., das alte Monopol staatlicher Macht, Ämter- und Ressourcenvergabe wirkte latent weiter. Es verwundert daher kaum, dass die soziale Ungleichheit während der Nationalen Front nicht abnahm: 1978 und 1995 lag der Anteil derjenigen unter der Armutsgrenze bei über 59%, worauf die Guerilla M-19 versuchte durch mehreren Aktionen aufmerksam zu machen.

„Die Zunahme der bewaffneten Konflikte führte ab 1982 zu Verhandlungsversuchen zwischen Staat und Guerilla. Besonders der konservative Präsident Belisario Betancur (1982-1986) bemühte sich um einen neuen Umgang mit den Guerillagruppen. Er tat sie nicht als kriminelle Gruppen ab, sondern akzeptierte, dass es soziale und politische Ursachen für die Gewalt im Land gab. Allerdings hatte die Regierung über den Waffenstillstand und die Demobilisierung hinaus weder einen konkreten Plan für ihr zukünftiges Vorgehen noch die Zustimmung des Militärs oder anderer Interessengruppen, und auch die Guerillas nahmen nur halbherzig an den Verhandlungen teil. So zeichnete sich trotz eines Waffenstillstands schon Ende des Jahres 1984 ab, dass der Friedensprozess scheitern würde. Das zeigte sich unter anderem daran, dass rechtsgerichtete Todesschwadronen und

paramilitärische Selbstverteidigungsgruppen, ja selbst Teile des Militärs in brutalste Weise gegen ehemalige Guerilleros, die ihre Waffen niedergelegt hatten, vorgingen und so die Gewalt erneut eskalieren ließen.“ (König 2008: 158)

Nach König formierten sich 1985 ehemalige Mitglieder der FARC zu einer neuen linken Oppositionspartei, der Vaterländischen Union (*Unión Patriótica*, UP). „Diese trat schon bei den Wahlen von 1986 mit einem eigenen Präsidentschaftskandidaten, Jaime Pardo Leal, an und konnte auch einige Sitze im Parlament erobern. Bezeichnenderweise lagen ihre Hochburgen dort, wo auch die FARC operierten, weshalb sie schnell ins Visier von Todesschwadronen und Paramilitärs gerieten. Tausende ihrer Mitglieder, vor allem auch Funktionäre, wurden in den folgenden Jahren ermordet, gefoltert oder verschwanden.“ (König 2008: 159)

Auch die Regierungen der liberalen Präsidenten Virgilio Barco (1986-1990) und Cesar Gaviria (1990-1994) setzten laut König die Friedensversuche fort, hatten aber zunächst wenig Erfolg, weil eine klare Strategie fehlte und die Verhandlungsbereitschaft mit militärischen Maßnahmen abwechselte. „Erst mit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems 1989, als das Argument des drohenden Kommunismus wegfiel, wurde ein neues Demobilisierungsprojekt gestartet, das sogar eine verfassunggebende Versammlung einschloss.“ (König 2008: 160)

Paramilitärs und Drogenmafia: „In den 1980er Jahren tauchten in Gestalt der Drogenmafia und der paramilitärischen Gruppen neue Akteure auf, die sowohl in Konkurrenz zu Großgrundbesitzern und Guerillas traten, als auch mit ihnen ganz unterschiedlich kooperierten, insgesamt aber die ohnehin schon instabile Lage noch einmal komplizierter machten. Kokaanbau und -produktion nahmen in diesen Jahren kontinuierlich zu. Obwohl in Peru und Bolivien eigentlich bessere Kokapflanzen wachsen und der Anbau schon seit Jahrhunderten von den dort lebenden Indios betrieben wird, siedelte sich die Hauptindustrie zur Verarbeitung der Kokapaste in Kolumbien an, trafen hier doch mehrere günstige Voraussetzungen zusammen. Zum einen war der Staat mit seinen Ordnungskräften aufgrund der geografischen Gegebenheiten nicht in der Lage, dem Drogenhandel und Kokaanbau Einhalt zu gebieten. Zum anderen konnten die Kokapflanzen in den schwer zugänglichen Regionen besonders im südöstlichen Kolumbien in den Departementen Cauca, Nariño, Putumayo, Caqueta, Meta, Guaviare, Vaupes, Vichada, Arauca angebaut werden, wo ausreichend *colonos* lebten oder neu zuzogen. Denn die ländliche Bevölkerung, die vorher andere Pflanzen angebaut hatte, setzte nun auf Koka. Landarbeiter, die ihren Job verloren hatten, weil sie von ihren Arbeitsstellen vertrieben oder von den Cafeteros angesichts des Preisverfalls von Kaffee entlassen worden waren, zogen in die Zonen des Kokaanbaus. Diese Binnenwanderung setzte sich in den 1990er Jahren fort, ja verstärkte sich noch, als mit der neoliberalistischen Wirtschaftspolitik Importbeschränkungen auf ausländische Agrarprodukte fortfielen und einheimische Erzeugnisse nicht mehr konkurrieren konnten. Verarbeitung und Vertrieb fanden in jenen Departements statt, in denen auch die beiden wichtigsten Kartelle ihren Sitz hatten: in Medellín und Cali.“ (König 2008: 161)

Den Drogenkrieg der Regierung, der laut König eine Erhöhung der Militärausgaben bewirkte, beantworteten die Drogenkartelle unterschiedlich. „Während das Cali-Kartell eine direkte Konfrontation mit dem Staat zu vermeiden suchte und eher auf Unterwanderung und Korruption setzte, ging das Medellin-Kartell mit brutaler Gewalt vor, um alle diejenigen staatlichen Repräsentanten zu eliminieren, die sich dem Drogengeschäft entgegenstellten. Dazu bediente es sich paramilitärischer Gruppen. Pablo Escobar unterhielt eine Privatarmee von etwa 3 000 Killern, *sicarios*, die für ein geringes Kopfgeld unliebsame Personen beseitigten. So wurden 1989 u. a. Carlos Valencia, Richter am obersten Gerichtshof in Bogotá, Valdemar Franklin Quintero, Polizeichef in Antioquia, und Luis Carlos Galán, Senator und Präsidentschaftskandidat der Liberalen Partei, während einer Wahlkampfveranstaltung ermordet. Besonders die Ermordung

Galán schockte die Nation, da er für einen neuen Liberalismus stand und der Hoffnungsträger großer Teile der Bevölkerung auf mehr politische Beteiligung und mehr soziale Gerechtigkeit war. Die finanziellen Mittel für ihr Vorgehen besaßen die Kartelle in ausreichendem Maße, denn der Drogenhandel war dank der hohen Nachfrage besonders aus den USA ein lukratives Geschäft. Illegale Drogen waren zu Kolumbiens wichtigstem Exportprodukt geworden und hatten die Bedeutung von Kaffee weit übertroffen. Im Zeitraum zwischen 1980 und 1994 brachte der Drogenhandel etwa 36 Billionen US-Dollar nach Kolumbien und machte damit einen wesentlichen Teil des Volkseinkommens aus. Noch heute werden die Drogeneinkünfte auf etwa 20-30% der Exporteinnahmen geschätzt.“ (König 2008: 162)

Nach König gingen so viele Ländereien in die Hände der Drogenmafia über, wodurch sich die ohnehin schon prekäre Besitzkonzentration auf dem Land weiter verschärfte. „Dies hatte zu Folge, dass sich zum einen mit der Drogenmafia eine neue Einflussgruppe entwickelte. Zum anderen wirkten sich die Narco-Dollars auch auf Wirtschaft und Gesellschaft aus. Sie erhöhten die Preise von Konsumgütern und Grundstücken, veränderten Kaufgewohnheiten und korrumpierten ganze gesellschaftliche Gruppen. Auch die Guerillas profitierten vom Drogenbau und -handel, da sie über Erpressungsgelder aus dem Drogenhandel oder durch Kooperation mit den Drogenbaronen nun ihren Unterhalt und ihre Waffen finanzieren konnten.“ (König 2008: 163)

Eine andere Fraktion im Kampf bildeten laut König die Paramilitärs: „Schon in den Zeiten der *Violencia* hatten Großgrundbesitzer Schutztruppen gegen Übergriffe der Landarbeiter und frühere Guerillas angeheuert. Aus diesen Selbstverteidigungsgruppen entwickelten sich paramilitärische Einheiten, die ihrem Selbstverständnis nach statt der nicht präsenten Armee den revolutionären Guerillaorganisationen Einhalt gebieten wollten. Sie rekrutierten sich häufig aus Mitgliedern von Polizei und Militär, zuweilen sogar aus ehemaligen enttäuschten Kommunisten und Guerilleros und versuchten, auf dem Land ihre Vorstellungen von Ruhe und Ordnung durchzusetzen. [...] Sie vertrieben kleine Bauern von ihren Parzellen, damit diese von den Narco-Großgrundbesitzern billig aufgekauft werden konnten. Gerade in den 1980er Jahren bildeten sich zahlreiche neue Gruppen im ganzen Land mit Hauptoperationsgebieten am Mittleren Magdalena um Puerto Boyacá sowie in einigen Regionen in Córdoba, Urabá, Meta und Putumayo. Ihr Hauptanliegen war, gegen offizielle Friedensinitiativen der Regierungen, die auf Anliegen der Guerillas eingegangen wären, zu opponieren. Dabei bemühten sie sich um die Zustimmung rechtsgerichteter Politiker und Organisationen. Insgesamt waren sie Bestandteil eines irregulären und schmutzigen Krieges. Allein schon ihr Vorhandensein und die ihnen zeitweise entgegengebrachte Sympathie belegten die Schwäche des Staates.“ (König 2008: 163)

Die Verfassung von 1991: „Angesichts der Gewaltsituation im Land sowie der damit verbundenen Legitimationskrise des Staates erkannten Ende der 1980er Jahre Politiker aller Gruppen, dass es erforderlich war, den Staat auf eine neue Verfassungsgrundlage mit mehr partizipativen und dezentralisierten Elementen zu stellen und ihn auf mehr soziale Gerechtigkeit auszurichten. Tatsächlich erarbeitete eine verfassunggebende Versammlung 1991 ein neues Grundgesetz, das die alte seit 1886 geltende Verfassung ablöste. Neben Vertretern der ehemaligen Guerilla M-19 nahmen auch drei Repräsentanten der Indios teil. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes war die autochthone Bevölkerung in den Prozess der Rechtsetzung einbezogen. Die am 2. Juli 1991 in Kraft getretene Verfassung sollte alle Übel beheben. Darin wird Kolumbien als unitarischer, dezentralisierter, demokratischer, partizipativer, pluralistischer und sozialer Rechtsstaat definiert, mit Autonomie seiner territorialen Gebietskörperschaften (Art. 1). Gerade durch die politische Dezentralisierung sollte die Präsenz des Staates in den abgelegenen, meist konfliktbeladenen Regionen des Landes gesteigert werden. Zahlreiche Artikel befassen sich mit dem Schutz der Menschenrechte sowie der Gewährung von Sonderrechten für ethnische Minderheiten und schaffen neue Instrumente zur politischen Beteiligung wie auch neue Rechtsmittel (Art. 2-94). Außerdem

unterwarf die neue Verfassung die Ausrufung des Ausnahmezustands stärkeren Beschränkungen (Art. 212-215); und als Konzession an die Drogenmafia schrieb sie das Prinzip der Nichtauslieferung kolumbianischer Bürger fest.“ (König 2008: 165)

Nach König haben zivilgesellschaftliche Gruppen die neuen Rechtsmittel und die Gesetze zur Besserstellung von ethnischen Minderheiten positiv aufgenommen, obwohl in Zonen, die von Guerillas oder Paramilitärs kontrolliert werden, der neue konstitutionelle Rahmen oft nur symbolischen Wert hat. „Tatsächlich hat die Verfassung die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung erweitert. Denn das Zwei-Parteien-System wurde aufgebrochen. Obwohl Liberale und Konservative noch immer dominieren, hat sich die Zusammensetzung des Parlaments verändert. Mehr als 60 kleinere Parteien, Bewegungen und Zusammenschlüsse, die in der Regel von persönlichen Interessen oder Wahlmotiven geleitet werden, waren bis 2006 im Kongress vertreten. Seit den Wahlen von 2006 sind aufgrund einer Wahlrechtsreform von 2003, die für den Einzug ins Parlament einen bestimmten Stimmenanteil erfordert, nur noch 11 Parteien vertreten. Als hoffnungsvolle dritte Kraft, deren politisches Überleben auch langfristig als gesichert gilt, konnte sich bisher jedoch nur der linksliberale Alternative Demokratische Pol (*Polo Democrático Alternativo*, PDA) etablieren. Diese 2005 gegründete Partei, ein Zusammenschluss des 2002 gegründeten *Polo Democrático Independiente*, zu dessen Gründern auch Navarro Wolff gehörte, und der *Alternativa Democrática* wirkt schon erfolgreich. So gelang es ihrem Kandidaten Luis Eduardo Garzon im Oktober 2003, das Bürgermeisteramt der Hauptstadt Bogota zu erobern. Und bei den Präsidentschaftswahlen von 2006 konnte der Kandidat des PDA, Carlos Gaviria Diaz, mit 22% der Stimmen ein gutes Ergebnis erzielen.“ (König 2008: 166)

Nach König, weil die Bevölkerung gegenüber den Traditionsparteien zunehmend misstrauischer wurde, traten Präsidentschaftskandidaten seit den 1990er Jahren häufig als „Unabhängige“ oder unter dem Deckmantel einer „neuen“ Wahlplattform an. „Sowohl Präsident Andres Pastrana Arango (1998-2002), der Sohn des ehemaligen Konservativen Misael Pastrana Borrero, mit seiner (*Nueva Fuerza Democrática*), als auch Alvaro Uribe Velez (seit 2002) mit dem *Primero Colombia* gaben sich als konservative bzw. liberale Abweichler zu erkennen. Obwohl Uribe von bedeutenden Teilen der Traditionsparteien unterstützt wird, haben sich in jüngster Zeit *Uribista*-Allianzen wie der *Partido de la U* oder *Cambio Radical* gebildet. Ihr Ziel ist es, dem Präsidenten eine eigenständige Basis zu verschaffen. Aus den Wahlen vom Mai 2006 gingen die *Uribistas* mit 61 Senatoren und 88 Abgeordneten als klare Sieger hervor.“ (König 2008: 166)

Nachdem in den 1980er und 1990er Jahren Justizbeamte wiederholt zum Ziel von Anschlägen wurden, modifizierte laut König der Staat den Verfahrensablauf im Strafrecht, indem er sogenannte „Richter ohne Gesicht“ (*jueces sin rostro*) gleichsam anonym Recht sprechen ließ, um ihnen spätere Racheakte zu ersparen. „Daneben wurde eine Kronzeugenregelung eingeführt. Eine große Herausforderung bleibt hingegen die De-facto-Autonomie der Militärgerichte, da diese in der Vergangenheit mehrmals Soldaten und Polizisten freigesprochen haben, denen gravierende Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt worden waren. Den *Fiscal General*, den *Defensor del Pueblo* und die *tutela* ausgenommen, hält die Mehrheit der Kolumbianer das Justizsystem noch immer für ineffizient und korrupt. Dies hängt mit der langen Verfahrensdauer in zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten, dem eingeschränkten Zugang zu Gerichten sowie der bestehenden Ungleichheit vor dem Gesetz zusammen. Zudem können in den meisten Fällen besser gestellte *white collar*-Delinquenten mit milden Strafen rechnen. Im Durchschnitt werden nur 10% aller Verbrechen aufgeklärt. Eine polarisierende Wirkung entfaltet überdies der Umgang mit ‚reintegrationswilligen‘ Paramilitärs, die im Rahmen des Demobilisierungsprogramms mit einer Maximalstrafe von acht Jahren Gefängnis zu rechnen haben. Angesichts schwerer Verbrechen wie Entführung und Mord sehen viele darin einen ‚Blankoscheck‘, sodass Kritik an der verbreiteten ‚Straflosigkeit‘ (*impunidad*) laut wird.“ (König 2008: 167)

Die Verfassung von 1991 gab nach König den indianischen und schwarzen Minderheiten Sonderrechte und garantierte den Vertretern der indigenen Bevölkerung mindestens zwei Senatorensitze im Kongress (Art. 17). „Den Indígenas wird die Verfügung über eigenes Land sowie die Bewahrung der noch vorhandenen *resguardos indígenas* versprochen. Dort dürfen sie entsprechend ihren alten Traditionen ein gewisses Maß an Autonomie wahren (Art. 330) und sogar Recht sprechen, sofern dies nationalem Recht nicht widerspricht (Art. 46). Die Schwarzen erreichten im Gesetz No. 70 vom August 1993 immerhin, dass schwarze Gemeinden (*comunidades negras*) als ethnische Gruppen anerkannt wurden und ihnen in der Pazifikregion Grundbesitzrechte zugestanden wurden. Mit diesen Regelungen traten Weiße bzw. Mestizen und Indios in eine neue Beziehung. Denn seitdem geht es – zumindest dem Wortlaut der Verfassung nach – nicht mehr darum, die ethnisch-kulturelle Identität der autochthonen Bevölkerung auszulöschen, sie durch Vermischung in die bisher dominante westlich-europäische Kultur zu integrieren, sondern vielmehr darum, sie zu bewahren. Damit ist in Kolumbien, wie auch in zahlreichen anderen lateinamerikanischen Staaten, die Tendenz zu erkennen, die Vorstellung von einem ethnisch und kulturell homogenen Nationalstaat als Fiktion aufzugeben und damit die Heterogenität ihrer Gesellschaften anzuerkennen. Allerdings klaffen bis heute Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit noch weit auseinander.“ (König 2008: 168)

Mit harter Hand: „Schon 1992 begegnete die Regierung Cesar Gaviria den Protesten der Indios gegen die Jubelfeiern zum 500. Jahrestag der ‚Entdeckung‘ Amerikas mit gewaltsamer Unterdrückung. Dann konnte Drogenbaron Pablo Escobar aus dem Gefängnis fliehen und nahm die Morde an bekannten Politikern wieder auf. Zwar endete die Zeit der großen Drogenkartelle nach der Zerschlagung des Medellin- (1993) und des Cali-Kartells (1995), und der Drogenmarkt begann sich aufzufächern. Doch der immense Einfluss der Drogenmafia schwand damit nicht, er hält bis heute an. Durch geschickte politische Strategie, systematische Korruption sowie Abkommen der Drogenbosse mit den bewaffneten Gruppen der Guerillas und der Paramilitärs nahm die staatliche Instabilität immer mehr zu. Auch die FARC und die ELN ließen nicht ab von der Gewalt. Sie konnten sich auf ein Heer von neuen Freiwilligen stützen, die von den neoliberalen Reformen dieser Zeit betroffen waren. 1997 bezogen die FARC ca. 70% ihrer Gelder aus dem Drogengeschäft, überwiegend aus der Besteuerung des Kokaanbaus in ihren Gebieten und nicht aus dem direkten Handel mit Drogen. Die ELN deckte hingegen lediglich 8% ihres Finanzbedarfs durch Drogengelder ab. So gestärkt begannen die Gruppen ihre Methode umzustellen, indem sie die klassische Guerillataktik durch direkte Attacken gegen Militärbasen ergänzten oder sich wie die ELN auf die Sabotage von Ölpipelines spezialisierten. Die Guerilla wandelte sich in ein urbanes Terrornetzwerk um und startete eine nicht mehr abreißende Kette von Entführungen und Morden in den Städten. Und in ihren Kernregionen verfolgten sie nun die Strategie einer systematischen Destabilisierung des politischen Systems. Drohungen gegen und Entführungen von Kommunalpolitikern wurden Alltag. Beide Guerillaorganisationen konnten in der Zeit von 1986 bis 1996 die Zahl ihrer Kämpfer erheblich erhöhen; so stieg die der FARC-Mitglieder von 3600 auf 7000 und die der ELN-Mitglieder von 800 auf 3000.“ (König 2008: 169)

Die Paramilitärs blieben laut König ebenfalls aktiv und im Jahr 1997 schlossen sich die bisher einzeln operierenden paramilitärischen Gruppen zu einem Dachverband mit dem hochtrabenden Namen Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens (*Autodefensas Unidas de Colombia*) zusammen und führten weiter Krieg gegen FARC und ELN. „Angesichts dieser Situation schwand der Optimismus, den die Bevölkerung nach 1991 gehabt hatte, und als im Zusammenhang mit einer Spendenaffäre nachgewiesen wurde, dass Präsident Ernesto Samper (1994-1998) für seinen Wahlkampf Gelder vom Drogenkartell Cali bezogen hatte, verlor die Bevölkerung ihre Zuversicht und ihr Vertrauen in die Politik. Zudem erlebte das Land eine schwere Wirtschaftskrise, die auf staatliche Misswirtschaft und klientelistische Zuteilungen an die Gegner der Regierung

zurückzuführen war. Zwischen 1997 und 1999 stieg die Zahl der in tiefster Armut (*indigencia*) lebenden Kolumbianer, d. h. derjenigen, die nicht einmal für ihre tägliche Nahrung sorgen können, um fast eine Million auf über 7,9 Millionen Menschen.“ (König 2008: 170)

Laut König gewann Pastrana die Wahl im zweiten Wahlgang und Anfang Januar 1999 begannen in der Stadt San Vicente del Caguan in der sogenannten Entspannungszone (*zona de distensión*) Friedensverhandlungen mit den FARC, deren Ergebnis darin bestand, dass diesen ein fast entmilitarisiertes Gebiet in der Größe der Schweiz zugestanden wurde, es handelte sich um eine Fläche von ca. 42.000 km² in einer dünn besiedelten Gegend im Grenzgebiet der Departemente Cauqueta und Meta, wo die Landbevölkerung vor allem vom Kokaanbau lebt.

„Parallel zu diesen Friedensverhandlungen entwickelte die Regierung Pastrana mit Unterstützung der USA den sogenannten *Plan Colombia*, der zwar als ‚Entwicklungsplan‘ vorgestellt wurde, aber eine klare Ausrichtung hin zu einer militärischen Lösung des Konflikts durch die Modernisierung der Streitkräfte hatte. Zudem beinhaltete er eine harte neoliberale Wirtschaftspolitik sowie eine gewaltsame Lösung des Drogenproblems durch die Vernichtung der Kokapflanzen in den Anbaugebieten mittels flächendeckender Besprühung mit Chemikalien aus der Luft. Über 7 Mrd. US-Dollar sollte der Finanzrahmen dieses Plans ausmachen, von denen mehr als die Hälfte, nämlich knapp 64%, für die nationale Verteidigung, etwa 22% für die Demokratisierung und die soziale Entwicklung des Landes, 14% für wirtschaftliche Maßnahmen und weniger als 1% für den Friedensprozess vorgesehen waren. [...] Nach dem 11. September 2001 wurde der *war on drugs* zunehmend zu einem *war on terrorism* stilisiert, was sich in der Benennung des Feindes widerspiegelte. Denn die vormaligen Guerilleros – zu Recht des Drogenhandels beschuldigt – hießen jetzt ‚Drogen-Terroristen‘ (*narco-terroristas*). Die Friedensverhandlungen gerieten ins Stocken, auch weil die Regierung sich weigerte, ernsthaft die soziale Frage zu verhandeln, und weil Anschläge vonseiten der Guerillas deren guten Willen infrage stellten. Darüber hinaus setzten auch die Paramilitärs ihre Terroranschläge weiter fort und übernahmen beispielsweise im April 2001 die Kontrolle über die Erdölförderstadt Barrancabermeja. Am 20. Februar 2002 erklärte Pastrana den Friedensprozess für beendet und mit einem Angriff auf die entmilitarisierte Zone am 21. Februar begann eine neue heiße Phase des Bürgerkriegs. Für die Guerillas hatte der *Plan Colombia* nicht nur negative Folgen. Denn die von den USA unterstützten Maßnahmen gegen den Kokaanbau gaben ihnen die Möglichkeit, sich erneut als Schutz der Koka- und Mohnbauern aufzuspielen, zum gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus aufzurufen und sich als politische Alternative zu gerieren. Sie setzten damit eine Praxis fort, die sie schon früher verfolgt hatten und die bis heute anhält: die Erhebung von Steuern bei Bauern und Händlern sowie die Erpressung von Schutzgeldern. Die jährlichen Einnahmen der FARC daraus werden auf rund 204 Mio. US-Dollar geschätzt. Daneben hatten sie seit den 1990er Jahren eine weitere Finanzierungsquelle entdeckt: das lukrative Geschäft mit Erpressungen (96 Mio. US-Dollar) und Entführungen (32 Mio. US-Dollar). Entführungen dienten überdies dazu, Druck auf die Regierung auszuüben und Gefangene auszutauschen.“ (König 2008: 171)

7. Die Krise der traditionellen Parteien und politischen Bewegungen von 2002 bis 2010

Laut König war die repräsentativste politische Figur des ersten Jahrzehnts des XXI. Jahrhunderts die von Alvaro Uribe Velez, der mit seiner von den traditionellen Parteien unabhängigen politischen Bewegung im Jahre 2002 mit einem Regierungsprogramm, das den bewaffneten Kampf gegen die Guerillero-Gruppen erlaubte, Präsident wird. Dieser Vorschlag wurde nach der vom Prozess 8.000 und der Beschuldigung der Finanzierung seiner Wahlkampagne mit Geldern aus dem Drogenhandel verursachten Legitimitätskrise der Regierung des Liberalen Ernesto Samper und dem Misserfolg der vom Konservativen Präsidenten Andres Pastrana Arango durchgeführten Friedensgespräche von der kolumbianischen Bevölkerung akzeptiert und mit offenen Armen entgegengenommen. Seine

wichtigsten Wahlversprechen waren die Herstellung der Sicherheit und die Wiederherstellung der Souveränität von Territorien, die sich in den Händen der Guerilleros befanden.

Auch er regierte laut König mit harter Hand, und setzte erfolgreich militärische Eskalation gegen die Guerilleros-Gruppen ein. „Präsident Alvaro Uribe griff tatsächlich durch. Schon die Dekrete 717 und 900 aus dem Jahre 1997 sowie das Anti-Terror-Gesetz vom 20. August 2001 hatten hinsichtlich der militärischen Befugnisse tiefgreifende Änderungen bewirkt. Seitdem war es Soldaten und der Polizei gestattet, in umkämpften Gebieten das Zuzugs- und Wohnrecht einzuschränken sowie Hausdurchsuchungen und Festnahmen ohne richterliche Genehmigung durchzuführen. Unter Uribe erreichte die fortschreitende Militarisierung ihren vorläufigen Höhepunkt. In staatsfernen Gebieten haben Militärs die Aufgaben der zivilen Verwaltung übernommen, während die gewählten Volksvertreter in `Abwesenheit` regieren. Es gilt als erwiesen, dass die Streitkräfte an zahlreichen Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren und gelegentlich Allianzen mit den Paramilitärs eingehen. Letztere wurden von der Regierung lange Zeit geduldet. Der Staat verfügt derzeit über 207000 Soldaten (Heer 178000, Luftwaffe 7000, Marine 22000), in deren Unterhalt im Jahr 2005 etwa 3,5% des BIP flossen (2000: 1,9%). Damit stellten die Militärausgaben den drittgrößten Haushaltsposten nach Sozial- und Erziehungsausgaben dar. Dennoch ist es Uribe bislang nicht gelungen, die Guerilla auszuschalten, auch nicht nach dem jüngsten Erfolg, als ein kolumbianisches Einsatzkommando Ende Februar 2008 ein führendes FARC-Mitglied mit dem Kampfnamen Raul Reyes jenseits des Grenzflusses auf ecuadorianischem Gebiet tötete.“ (König 2008: 172)

Immerhin aber hat es Uribe geschafft laut König, durch ein Gesetz vom Dezember 2002 die paramilitärischen Gruppen der AUC dazu zu bewegen, ihre Waffen niederzulegen und sich in die Gesellschaft zu reintegrieren. Die Todesschwadronen sollten sich bis Ende des Jahres 2005 auflösen. Dabei handelt es sich allerdings um eine zweifelhafte „Reintegration“, die hart an der Straflosigkeit vorbeigeht. „Um dem staatlichen Gewaltmonopol Geltung zu verschaffen, setzt Uribe auf die Rücknahme in der Verfassungsmäßiger Rechte, die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, die Militarisierung vormals ziviler Bereiche sowie die Intensivierung der Kämpfe gegen die Guerilla. Damit ist es ihm tatsächlich gelungen, die Gewalt in den Städten spürbar zu senken und den meisten Bürgern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln. Zudem wächst die Wirtschaft gegenwärtig um ca. 4%, die Drogenmafia hat an Boden verloren, der Prozess zur Demobilisierung der Paramilitärs ist im Gang. Und nach dem Tod von Marulanda und der Distanzierung internationaler Gönner wie Fidel Castro und Hugo Chavez werden bei den FARC Auflösungserscheinungen sichtbar. Allerdings argwöhnen Menschenrechtsgruppen, dass es sich bei der Demobilisierung in Wirklichkeit um eine schleichende `Legalisierung` handelt, denn Verbindungen zwischen Armee, Paramilitärs und Regierung sind seit Längerem bekannt. Doch die Popularität des Präsidenten ist außerordentlich hoch, immerhin liegt seit seinem Amtsantritt die Zustimmung konstant bei 70%, und im Mai 2006 wurde er nach einer Verfassungsreform mit über 62% der Stimmen wieder gewählt, sodass er der erste legale Präsident mit zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten in der Geschichte Kolumbiens ist. Ob seine Politik tatsächlich nachhaltig ist und die seit Jahrzehnten währende Gewaltsituation wirklich löst, ist fraglich. Zwar begann mit der Verfassung 1991 eine grundlegende Veränderung des politischen Systems. Doch kann die Ursache der Gewalt weder per Dekret noch mit weiterer Gewalt gelöst werden. Dazu sind grundlegende Veränderungen im sozioökonomischen Entwicklungsmodell erforderlich, die vor allem der ländlichen Bevölkerung ein Leben jenseits der Armutsgrenze und außerhalb der informellen oder illegalen Ökonomie, wie es der Kokaanbau ist, ermöglichen. Solche Reformen, die Landflucht in die Städte unnötig machen, die den fast 70% in Armut lebenden Kolumbianern ein menschenwürdiges Dasein sichern, die eine der ungleichsten Einkommensverteilungen der Erde aufbrechen, stehen bislang noch aus.“ (König 2008: 173)

3.2 Der Modernisierungsprozess, seine Mechanismen und die Regulation von Konflikten in Kolumbien

3.2.1 Der Prozess der Modernisierung, eine Bewegung von oben nach unten

Im Moment der Entdeckung Amerikas, der späteren Conquista und Kolonisierung hatte keine der drei ethnischen Gruppen, die das heutige kolumbianische Territorium bevölkern, die indigene einheimische Bevölkerung, die Spanier und die Afrikaner, die Modernität gelebt. Die drei ethnischen Gruppen könnten vor-modern genannt werden.

Im Moment der Konquista befanden sich die verschiedenen einheimischen Gruppen Amerikas in der Bronze- und Kupferzeit, sie kannten nicht das Eisen. Die Waffen der Indigenas waren der Bogen und Giftpfeile und die Schleuder. Auf soziopolitischer Ebene befanden sie sich in einer Phase der Konsolidierung ihrer Reiche, die nicht abgeschlossen werden konnte. Die Conquista wurde mit wenigen Männern durchgeführt, aber die technische Überlegenheit spielte dabei eine wichtige Rolle, die Spanier kannten das Eisen und den für ihre Schwerter benutzt Stahl. Außerdem brachten sie Pferde mit, die bei den Einheimischen bis dahin unbekannt waren. Später benutzen sie Feuerwaffen und Kanonen bei der Verteidigung der Territorien. Die afrikanischen Gesellschaften, aus denen die Sklaven stammten, befanden sich in der Eisenzeit und hatten ein komplexeres technologisches und soziokulturelles Entwicklungsniveau erreicht als die amerikanischen Einheimischen. Sie hatten etablierte Reiche, aber ihr technologisches Niveau war niedriger als das der Spanier, was die Beherrschung seitens der Spanier erleichterte.

Die Siedlung Kolumbiens basierte auf diesen drei ethnischen Gruppen: Indios, Schwarzen und weißen Spaniern. Die Indios stellten keine große Bevölkerung dar, da sie wegen der Krankheiten und der Ausbeutung in den Bergwerken in horrenden Zahlen, 70%, dezimiert wurden, jedoch mischten sich die Überlebenden, besonders diejenigen der Hochebene von Cundinamarca und Boyaca, mit den armen Weißen und mit dem Sklaven. Die weißen Spanier des niedrigen Adels vermischten sich auch mit der indigenen und Sklavenbevölkerung und bildeten Mestizen, die, obwohl sie illegal waren, einige Privilegien genossen, wie ein gewisses Bildungsniveau zu besitzen oder als Vorsteher in den Haciendas ihrer biologischen Eltern angestellt zu werden. Die Hauptcharakteristik der Bevölkerung Neugranadas, heute Kolumbien, ist der hohe Grad der ethnischen Mischung der Bevölkerung.

Politisch waren die Königreiche von Kastilien und Aragon, die mit der Union von Isabel der Katholischen und Fernando von Aragon konsolidiert waren, in Ausdehnung und im Kampf um die Conquista der Territorien im Süden, die in Händen der Araber waren, d. h. im offenen Kampf mit den Nachbarkönigreichen um die territoriale Vorherrschaft und die Konsolidierung des Königreichs von Spanien.

Die Kolonisierung wurde mit wenig administrativem Personal durchgeführt, nicht das ganze Territorium wurde abgedeckt und wegen der Zugangsschwierigkeiten wurde ungenügend Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze ausgeübt, die verkündet wurden, z. B. gute Behandlung und Freiheit der Indios. Es etablierte sich ein Bruch zwischen dem Gesetz, das Sein-Müssen, und der Realität, hauptsächlich in den isolierten Territorien, ohne Kontrolle der Behörden, wo die Encomenderos absoluten Gebrauch ihrer Macht ausübten.

Die Amerika erobernde und kolonisierende spanische Gesellschaft charakterisierte sich unter anderen Aspekten durch die eiserne Allianz zwischen den drei feudalen Ständen: der Monarchie, dem Klerus und der Miliz; durch die pyramidale und ungleiche Struktur ihrer sozialen Organisation; durch die Bildung der nationalen Identität auf der Basis der "Reinheit des Blutes" als Faktor der

Zugehörigkeit und des Prestiges, der fehlenden sozialen Mobilität und des Bekenntnisses des Christianismus verbunden mit dem Bekenntnis des Glaubens an die Katholische Kirche, sowie der Union dieser Ideen als Motor des Kampfes für die Zurückeroberung der spanischen Territorien in Händen der Araber, was mit der Ausweisung der Juden, dem Ausschluss des verschiedenen Anderen, der Mauren, der Juden, die verfolgt wurden, und im Falle von Konversion zum Christentum derjenigen, die auf der Halbinsel blieben, mit Misstrauen und Ausschluss von Stellungen und Privilegien einherging, die den "Blutsreinen" und den "Alten Christen" vorbehalten waren, um sie von den Neu-Konvertierten zu unterscheiden.

Die koloniale Gesellschaft in Amerika war wie in Spanien entsprechend den feudalen Ständen stark geschichtet. Ganz oben waren die in Spanien geborenen Weißen, die die wichtigsten Stellungen einnahmen. Dann die Kreolen, die Spanier, die in Amerika geboren und somit "von der Erde Befleckte" waren. Diese waren von den Stellen politischer Macht auf zentraler Ebene ausgeschlossen. Dann die armen Weißen, danach die Mestizen, die Indios und die schwarzen Sklaven. Ethnisch gab es eine große Heterogenität, sozial eine starke Sozialschichtung, in der die Ethnie, d. h. die Hautfarbe dem Schichtenmodell folgend die Position in der sozialen Skala bestimmte.

Seit dem Beginn der Conquista und der Kolonie war die Christianisierung ein Ziel und ein "zivilisatorisches" Kriterium für die indigene und die schwarze Bevölkerung, gleichzeitig war sie der Hauptfaktor der "Legitimierung" der Unterwerfung der Indigenen und der Invasion der entdeckten Territorien.

Im Unterschied zu den Nachbarländern erstickte das spanische Königreich die Kommunenrevolution, die im Falle von Erfolg zur Entstehung der Bürgertum, einer sozialen Gruppe von aus Handwerkern und unbedeutenden Industriellen bestehenden unabhängigen Arbeitern als wichtigen Trägern der Ideen der Modernität beigetragen hätte.

Das politische Modell war der monarchische Absolutismus, das ökonomische Modell der Merkantilismus.

Die Ideen der Modernität und das Interesse, Modernisierungsprozesse zu entwickeln, begannen 1700 mit dem Tod von Karl II. ohne Nachkommen in Spanien und mit dem Wechsel des Königshauses. Er war der letzte König der Dynastie der Habsburger. Als sein Nachfolger wurde König Philipp von Bourbon ernannt, Neffe und Enkel von Karl II. und Enkel des Königs von Frankreich Louis XIV.. Die Bourbonendynastie führte im XVIII. den aufgeklärten Despotismus sowohl in Spanien wie in Kolumbien ein.

Die Hauptcharakteristik dieses Prozesses ist, dass er ein eingeführter Prozess ist, der von den Ideen und der Weltanschauung der neuen Monarchen ausgeht, die die kulturelle Entwicklung vorantrieben, d. h. eine Bewegung theoretischer Art, sie bewegt sich nämlich hauptsächlich im Bereich der Ideen. Sie ist keine Bewegung, die von einer Veränderung in den ökonomischen Strukturen, in den Sozialbeziehungen und der Weltanschauung breiter sozialer Sektoren, wie der Bourgeoisie in anderen Ländern Nordeuropas, erzeugt und aufrechterhalten wird. Dies ist eine der Schwächen, die der Modernisierungsprozess sowohl in Spanien als auch in Kolumbien aufweist.

Eine zweite Schwäche des Modernisierungsprozesses ist, dass die Ideen der Aufklärung der in den Kolonien vorherrschenden sozioökonomischen Realität widersprechen, die von starker Hand durch ein absolutistisches monarchisches System verwaltet wird, durch eine merkantilistische Wirtschaft, durch die Implementation eines normativen und institutionellen Rahmens, der Privilegien festlegt und eine Kastengesellschaft bildet, in klarem Widerspruch zu den Ideen der Modernität. Das ist

vielleicht einer der charakteristischen Züge der Praktiken und Gewohnheiten, die sich in Kolumbien konsolidiert haben, das "Ja", aber "Nein", indem von einer Sache gesprochen, aber eine andere ausgeführt wird, z.B. Konzepte wie die der Freiheit und der Gleichheit, die formell in der Konstitution und den Gesetzen anerkannt, aber in den sozialen Beziehungen nicht voll realisiert sind.

Die Unabhängigkeitsbewegung nährte sich von den Modernitätsideen, den Menschen- und Bürgerrechten, sowie von den Erfolgen der nordamerikanischen, französischen und haitianischen Revolution. Diese Bewegung wurde von den kreolischen Eliten geleitet und organisiert, d.h. von den in Amerika geborenen Spaniern, die sich von Spanien unabhängig machen wollten, da sie weder die gleichen Privilegien wie die auf der spanischen Halbinsel geborenen Spanier, noch wie diese Zugang zu hohen politischen Leitungsposten hatten. Es war keine Bewegung sozialer Forderungen der benachteiligtesten Schichten – Indigene, Mestizen, Schwarze –, obwohl diese Gruppen an den für die Freiheit kämpfenden Heeren teilnahmen.

Sobald der Krieg der Unabhängigkeit von Spanien gewonnen ist, sind die Patrioten mit der Notwendigkeit konfrontiert, den Nations-Staat zu organisieren, ohne eine nationale Einheit zu haben, d. h. eine Gruppe von Personen mit einem Zugehörigkeitsgefühl und mit gemeinsamen Idealen. In Kolumbien ist es der Staat, der zur Aufgabe hat, die Nation von der Präsenz verschiedenster Gruppen im Territorium ausgehend aufzubauen, wie den gebliebenen weißen Halbinselspaniern, den Kreolen, den armen Weißen, den Indigenen, der großen Varietät von Mestizen als Produkt der Mischung von drei ethnischen Ursprungsgruppen und den befreiten Schwarzen.

Das Fehlen einer Einheit an Kriterien unter den Helden der Unabhängigkeit kam ans Licht, als sie sich nicht über eine Organisationsart einigen konnten, die der Staat annehmen sollte. Die unversöhnlichen Unterschiede zwischen Föderalisten und Zentralisten ermöglichte die blutige spanische Zurückeroberung und das Massaker eines Großteils der Generation, die die Unabhängigkeitsbewegung geleitet hatte.

Sobald die definitive Unabhängigkeit von Spanien abgesichert ist, ergreifen die Patrioten, die weißen in Amerika geborenen Spanier, die sogenannten "Kreolen" die Staatsmacht, geführt von Simon Bolivar als eindeutiger Kriegsheldenfigur. Sie treten erneut in politische Diskussionen über die Organisationsart und -leitung, die den Provinzen zu geben sind. Bolivar, Zentralist und mit den Tendenzen zu Autoritarismus und Militarismus, tritt in Widerspruch mit dem zweiten Führer der Unabhängigkeitsbewegung, dem General Francisco de Paula Santander, Föderalist, Zivilist und Verteidiger eines Staates, der als eine die Gesetze respektierende Republik konstituiert ist. In den Profilen der beiden Führer ist zu sehen, dass Santander moderner als Bolivar ist; es war jedoch Bolivar, der anfänglich seine Ideen durchsetzen konnte, die die Probe der von der Geografie und der Geschichte auferlegten realen Hindernisse nicht überwinden konnten.

Der Traum Bolivars von einem Großkolumbien wird mit der Abtrennung von Venezuela und Ecuador und später Panama zerstört. Im Innern dessen, was heute Kolumbien ist, gibt es den Kampf um die Einheit der Provinzen, die vorher in Imitation der föderalen Organisation der USA, einer komplett anderen Realität als der hiesigen als Bundesstaaten konzipiert waren. Dieses erste Experiment misslang und es wurde schlussendlich eine unitarische und zentralistische Republik gegründet, die bis heute überlebt.

Die verschiedenen Regierungen versuchen, die modernen Ideen, auf denen der neue Staat und seine Institutionen aufgebaut sind, mit den aus der Kolonialzeit ererbten Praktiken, Gewohnheiten und Institutionen in Einklang zu bringen und verhandeln mit den verschiedenen im Land existierenden

regionalen Interessen- und Machtgruppen, besonders mit den regionalen politischen Führern, die die politische und ökonomische Macht konzentrieren. Zwei entgegengesetzte Denkströmungen und Weltanschauungen werden im XIX. Jahrhundert konsolidiert, die beiden traditionellen Parteien, die während der beiden Jahrhunderte der Unabhängigkeit die Entwicklungsrichtung und -geschwindigkeit des Landes definieren: die Liberale Partei (1848) und die Konservative Partei (1849). Diese politischen Parteien werden organisiert und funktionieren mit sozialen Eliten wie die früheren Cabildos, in denen die armen Bevölkerungsgruppen wenig bzw. keine Teilnahme haben.

Die Eliten bestimmen durch zentralisierte, autoritäre und somit wenig demokratische Machtausübung, was für sie und das Volk am besten ist. Die andauernden bewaffneten Konflikte zwischen diesen beiden gegnerischen Gruppen während eineinhalb Jahrhunderten zeigen die Unfähigkeit ihrer Führer, einen Konsens zu verhandeln und aufzubauen. Es sind Führer, die unter dem kolonialen Regime gelebt haben und deshalb an den "Absolutismus" gewöhnt sind. In diesem Sinne versuchen sie, ihre Ideen, Politiken und Institutionen, wenn notwendig, mit Gewalt durchzusetzen, ohne mit der notwendigen sozialen Unterstützung zu zählen, ohne Debatte, ohne minimale Abkommen mit den Gegnern, die die institutionelle Stabilität garantieren.

Diese Führer waren nicht an eine freie auf der Vernunft basierenden Ideendebatte gewöhnt, wie es in anderen europäischen Ländern möglich und üblich war, die, wie Kant aufzeigt, eine der wesentlichen Charakteristiken des aufgeklärten Denkens ist.

Sowohl die liberalen wie die konservativen Regierungen werden von gebildeten und gut beabsichtigten Kreolengruppen gebildet, die ihre Politik entwickeln, man könnte sagen hinter "verschlossenen Türen", d. h. ohne mit der Teilnahme der sozialen Gruppen zu rechnen, für die die Gesetze erlassen werden bzw. die davon betroffen sind, und deshalb ohne eine angemessene Lektüre der sozialen, ökonomischen und politischen Realität des Landes. Es werden moderne Ideen gefördert, aber es wird weiterhin mit kolonialen Methoden gearbeitet. Auf diese Art und Weise werden Infrastrukturwerke durchgeführt, politische Strategien zur Stärkung der Staatsfinanzen definiert und die Wirtschaft gefördert. Aber jede Gruppe verwendet dabei verschiedene Strategien, die von einem staatlichen Verwaltungsmuster charakterisiert werden, die aus "Reformen" und "Gegenreformen" bestehen. Dieses Muster führt dazu, dass wichtige Fortschritte verloren gehen, eine große Unstabilität und das Fehlen von Glaubwürdigkeit in die Institutionen erzeugt werden.

Die Gewalt, mit der sich die Führer der beiden politischen Parteien und ihre Anhänger auseinandersetzen, führte zur Machtübernahme der Armee anfänglich unter der Führung von General Gustavo Rojas Pinilla und später einer Militärjunta. Diese Periode, die vom 13. Juni 1953 bis 7. August 1958 geht, ist von der Einführung von Modernisierungsmaßnahmen gekennzeichnet, die angesichts des populistischen Profils von General Rojas, wie dem von Peron in Argentinien, und dem Risiko seiner Permanenz die Führer der Liberalen und der Konservativen Partei dazu bringen, Verhandlungen aufzunehmen, die mit dem Abkommen über die Bildung einer Nationalen Front enden, die 16 Jahre dauert und die Abwechslung der beiden Parteien in der Macht und die gleiche Verteilung von öffentlichen Stellen auf allen Regierungsniveaus garantieren.

Man kann sagen, dass es bis zur Nationalen Front die Liberalen waren, die intensiver Modernisierungsprozesse geleitet haben, zuerst eine radikale Modernisierung mit Tomas Cipriano de Mosquera, Jose Hilario Lopez und den anderen Liberalen des radikalen Olympus und in einem zweiten Moment eine weniger radikale aber progressive Modernisierung wie diejenige, die Alfonso Lopez Pumarejo einleitete. Beide Momente waren durch die eiserne Opposition der Konservativen gekennzeichnet, die im ersten Fall eine Allianz mit den gemäßigten Liberalen erreichten, um die Regierung zu stürzen, die Konstitution von 1863 außer Kraft zu setzen und die Bewegung der Restauration zu bilden, in der eine tiefe Gegenreform des radikalliberalen Modells realisiert wird.

Ergebnis dieser Bewegung ist die politische Verfassung von 1886, die mit einigen hauptsächlich von liberalen Regierungen eingebrachten wichtigen Modifikationen bis zur heute gültigen Verfassung von 1991 in Kraft bleibt. Im zweiten Fall ist es die Opposition der Konservativen, Laureano Gomez, Radikaler, und Mariano Ospina Perez, Gemäßigter, die das Land in die "Violencia" genannte Epoche führen.

Während der Nationalen Front hebt sich die reformistische Politik des Liberalen Carlos Lleras Restrepo hervor, der unter anderem mit einer Agrarreform eine bessere Landverteilung anstrebt. Auf diese Reform wird während der Regierung seines Nachfolgers, dem Konservativen Misael Pastrana Borrero, mit einer Gegenreform geantwortet, der mit dem Abkommen von Chicoral mit den Landbesitzern und Großgrundbesitzern erreicht, die vorher angenommenen Gesetze rückgängig und unwirksam zu machen.

So bewegt sich das Land zwischen Anschauungen, Gesetzen und Institutionen, die entsprechend der Anschauung seiner verschiedenen Regierungen variieren, da das Land charakterisiert, dass es von kurzfristigen Regierungsstrategien orientiert wird, die normalerweise alle vier Jahre wechseln, und einvernehmliche Staatsstrategien, die das Schicksal des Landes langfristig in den für das Land vitalen Themen definieren und orientieren würden, abwesend sind.

Nach Beendigung der Nationalen Front begannen die traditionellen politischen Parteien, die Konservative und die Liberale, sich ideologisch wenig zu unterscheiden, sich durch Skandale der Finanzierung mit Geldern aus dem Drogenhandel zu delegitimieren, beide repressive Positionen gegenüber anderen ideologischen Optionen einzunehmen, besonders gegenüber linken Gruppen, die ihrerseits ideologisch radikalisiert sind und vom Erfolg der kubanischen Revolution aufrechterhalten werden.

Ein junger Politiker, Luis Carlos Galan Sarmiento, profiliert sich als ein neuer Reformierender der liberalen Linie, wird jedoch ermordet und von Cesar Gaviria Trujillo ersetzt, einem Politiker, der die Präsidentschaftswahlen gewinnt, da er die galanistischen Ideen aufnimmt, aber in Wirklichkeit entwickelt er eine Politik stark neoliberaler Orientierung. Er realisiert während seiner Regierung die ökonomische Öffnung. Jedoch können soziale Bewegungen, die anfänglich Galan unterstützt hatten, Studenten und ins Zivilleben integrierte und politisch aktive Exguerrilleros, eine Nationale Verfassungsgebende Versammlung einberufen, während der eine neue Konstitution formuliert wird, die mit der Realität und den Bedürfnissen des Landes besser übereinstimmt. Das ist die Verfassung von 1991, die große Reform- und Modernisierungshoffnungen für das Land eröffnet.

Seit ihrer Verabschiedung ist die Politische Konstitution von 1991, die als progressiv und modern betrachtet werden kann, Objekte von Reformen, die als Gegenreformen verstanden werden können. Einer der wichtigsten Akteure in diesem Prozess der Kontrareformen ist Alvaro Uribe Velez, anfänglich liberaler und später unabhängiger Politiker, der mit der Unterstützung derjenigen an die Präsidentschaft gelangt, die an seine in der Bewegung "Vamos Colombia" ausgedrückten Ideen und an die spätere politische Partei der Nationalen Union glauben, der auch der derzeitige Präsident Juan Manuel Santos angehört.

Bis zum Moment kann geschlossen werden, dass der Modernisierungsprozess in Kolumbien weiterhin ein Prozess ist, der sich zwischen Reformen und Gegenreformen bewegt, der von progressiven Gruppen dynamisiert wird, die ihre Ideen nicht durchsetzen konnten. Deshalb geht es an, eine detailliertere Analyse der sozialen und ökonomischen Strukturen und ihrer Evolution in den letzten 50 Jahren zu realisieren, um die Veränderungen, die Führung und die Perspektiven der Modernisierung des Landes besser zu verstehen.

3.2.2 Die Institutionen der Modernität

Der historische Überblick über die kolumbianische Gesellschaft ermöglicht die Realisierung der folgenden Analyse der Institutionen der Modernität:

Die Demokratie: Diese Institution ist beschränkt, erstens, weil die Ausübung der politischen Aktivität weiterhin ein Elitenprivileg ist, d. h. dass sie sich in den Händen von Minderheitsgruppen befindet, die auf regionalem Niveau von traditionellen und charismatischen Führern mit einem Profil und der Würde, die mit der Sozialposition zusammenhängt, beeinflusst werden. Es ist eine Elitenaufgabe, von der die großen Massen der Bevölkerung ausgeschlossen sind, die nur zum Wählen an die Urnen gehen, aber sie nehmen weder an der mit dem Prozess der sie betreffenden Normen- und Institutionsdefinition in Zusammenhang stehenden Entscheidungsfindung teil, noch beeinflussen sie sie.

Zweitens ist sie eine Institution, die seit Mitte des XX. Jahrhunderts grundsätzlich wegen der Doktrin der Nationalen Sicherheit und des Einflusses der großen Teilung in ideologische Blöcke, die den Kalten Krieg begleitete, sowie des Einflusses der USA und der unter anderem vom Erfolg der kubanischen Revolution beeinflussten Radikalisierung der kolumbianischen Linken die aktive politische Teilnahme der Linken nicht erlaubt und das ideologische Spektrum auf das Zentrum und die Rechte ohne den Ideenbeitrag der Gruppen der Linken Mitte und der Linken begrenzt hat.

Drittens ist sie eine Institution, der die direkte Vertretung der Interessen der sozialen Gruppen mit konkreten Nachfragen und Bedürfnissen fehlt, wie der der Frauen, der Bauern, der Handwerker, der Arbeitslosen, der Indigenen, der Schwarzen und anderer Minderheiten wie den Homosexuellen. In der Gegenwart treten die traditionellen politischen Parteien nicht als legitime Vertreter dieser Gruppen und Sektoren auf.

Viertens und im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern zeigten sich die traditionellen kolumbianischen politischen Parteien und die Regierungen, die an der Macht waren, beide dahin geneigt, den Normen und Politiken der großen internationalen und multilateralen Organismen nachzukommen, wobei die Politiken der strukturellen Angleichung und der ökonomischen Öffnung und Liberalisierung angewandt werden, die diese gefordert haben. Die extreme Polarisierung der kolumbianischen Gesellschaft in Reiche und Arme, die Ungleichheit in der Einkommensverteilung zeigen, dass die unter der Orientierung der multilateralen Organismen verfolgte Politik weiterhin nur einen Teil der kolumbianischen Bevölkerung und nicht die Mehrheit begünstigt.

Es könnte auch gesagt werden, dass die kolumbianische Demokratie in den Prozessen der Rationalisierung schwach ist, die bei der Formulierung der Normen wie der Verfassung und der Gesetze erforderlich ist. Es fehlt die öffentliche und offene Debatte der verschiedenen Ideen und Anschauungen. Man war nicht geneigt, Räume für die friedliche Diskussion und Auseinandersetzung der Bürger mit unterschiedlichen Ideen zu eröffnen. Die Konstitutionen des XIX. Jahrhunderts wurden in Verfassungsgebenden Versammlungen formuliert, die von dem ideologischen Aufdrängen einer Gruppe über die andere und der späteren Ablehnung und Veränderung der Konstitutionen in gleicher Form markiert waren. Die Konstitution von 1886 erhielt dank der gemeinsamen Formulierung von gemäßigten Liberalen und Konservativen eine gewisse Stabilität. Die Konstitution von 1991 ist das Ergebnis einer mehrheitlichen politischen Arbeit, bei der Vertreter der verschiedenen ethnischen Gruppen und der verschiedenen politischen Tendenzen des Landes beteiligt waren, einschließlich der Linken, die von in das politische Leben des Landes wiederingegliederten Exguerilleros vertreten war.

Die Freiheit des politischen Meinungsausdrucks war während der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts beschränkt und es gibt immer noch Verfolgung und Mord von Personen, die in Bewegungen engagiert sind, die Minderheiten, die Menschenrechte, unter anderen verteidigen. Die politische Bewegung der Patriotischen Union, die von Exmilitanten der Guerilla der FARC gebildet wird, wurde verfolgt und deren Mitglieder systematisch umgebracht. Dieser Fall ist Einer der Prozesse, in denen der Kolumbianische Staat für die Verbrechen gegen die Menschheit vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt ist.

Eine andere Schwäche der kolumbianischen Demokratie hat mit der Schwäche der Kommunikationsmedien zu tun, die sich in den Händen traditioneller Familien befinden, und es ist zweifelhaft, ob sie die Informationsmacht unabhängig ausüben. Sowohl die schriftliche Presse als auch das Fernsehen haben eine geringe Glaubwürdigkeit und unterliegen dem Verdacht, die Information je nach Interessen der Besitzer der Medien und ihrer politischen Ideologie zugunsten oder gegen politische Gruppen und die Regierung zu manipulieren. Es gibt nicht genug Massenmedien in der Presse und im Fernsehen, die gegenteilige Ideen ausdrücken und gegensätzlichen ideologischen Gruppen angehören und eine öffentliche Diskussion über Themen von nationalem Interesse ermöglichen. In diesem Sinne wäre das Hauptproblem die Beherrschung der Massenkommunikationsmedien durch eine einzige dominierende Schichte und Ideologie, diejenige der traditionellen politischen Parteien.

Die kolumbianische Demokratie hat weder die Freiheit, noch die Gleichheit, noch die Kontrolle der Ausübung der politischen Macht garantiert, deshalb charakterisieren sie autoritäre Praktiken bei der Machtausübung und geringe Teilnahme der Bevölkerung an der Diskussion und Definition der sie betreffenden Politiken. Die Aufrechterhaltung persönlicher Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den öffentlichen Beamten und den Politikern, die für die öffentlichen Stellen "ihr Klientel" ernennen, ermöglicht die Wirksamkeit informeller Institutionen und Loyalitätsregeln, die den Politikern, aber nicht dem Staat nützen, noch die Bedeutung der Werte legitimieren, die an die Ausübung öffentlicher Funktionen gebunden sind.

Der normative Rahmen und die je nach Ergebnissen analysierte öffentliche Politik bevorteilt die Gruppen, die an der Macht sind, wie die hohen Armuts- und Elendsniveaus zeigen, die in der kolumbianischen Bevölkerung weiter bestehen.

Was die Parteien betrifft, war eine der nicht vorgesehenen sekundären Auswirkungen der Nationalen Front, dass die beiden Parteien nach 16 jährigem Bestehen einander angeglichen werden konnten. Sie hatten die Attribute verloren, die sie unterschieden hatten, um sich in Parteien zu verwandeln, die von ihren Anhängern als ähnlich und als Verteidiger der gleichen Interessen der Eliten gesehen werden und unfähig sind, den Bevölkerungsgruppen, die am Rande de Gesellschaft leben, reale Lösungsalternativen anzubieten.

Die Freie Marktwirtschaft: Wie gesehen werden konnte, handhabte die Wirtschaft nach der Unabhängigkeit die gleichen merkantilistischen kolonialen Modelle des Staatsmonopols auf gewisse Produkte wie Tabak, Rohöl und Branntwein und der Handhabung von Zöllen, um die Importe zu fördern oder einzuschränken, je nach dem ob die Regierungen die Großkaufleute privilegieren oder die unbedeutende kolumbianische Industrie schützen möchten.

Das Land war nicht innovativ in Bezug auf die Wirtschaftspolitik und verfolgte die internationale Linie und Tendenzen, die den abhängigen Ländern sowohl an Kapital als auch an Technologie zugeschrieben werden. Das Land hat die gleiche Produktionsstruktur der Kolonie, ist Exporteur von Gold, Smaragden, Rohöl, Agrarprodukte wie Kaffee, Kochbananen und Blumen und Importeur von Manufakturprodukten und Produktionszwischengütern.

Unter den Schwächen, die die Wirtschaftsstruktur des Landes aufweist, befindet sich das geringe Gewicht der Industrie, die wenige formelle Stellen schafft, was ein großes Problem für die Städte ist, wo sich die arbeitslose und deshalb unproduktive Arbeitskraft befindet, die die informelle und illegale Krise des informellen Handels ernähren. Das Fehlen einer starken und nationalistischen Bürgertum ist eine der Schwächen des Modernisierungsprozesses, da diese soziale Gruppe nicht stark genug im Land war, um für die politische Macht, die die traditionellen politischen Gruppen der Grossgrundbesitzer und der sich der Importation und der Exportation widmenden Grosskaufleute hatten, zu kämpfen und sie zu erlangen

Der primäre Sektor hängt vom Minenwesen ab, das sich in Händen des Kapitals und der ausländischen Technologie befindet, wie der Vizekönig Mendinueta feststellte. Das Land hat keine eigene Technologie zur Nutzung der großen Bergwerksreichtümer entwickelt, die es besitzt. An zweiter Stelle präsentiert die Landwirtschaft zwei Arten von Strukturen: die moderne, die von den Machtgruppen realisiert wird, die die besten flachen Territorien erworben und eine moderne und industrialisierte Landwirtschaft mit großen Plantagen hauptsächlich für der Export entwickelt haben. Auf der anderen Seite befindet sich die Bauernwirtschaft, die die Bergregionen und entlegenen weniger produktiven und unmöglich zu mechanisierenden Zonen besitzen, die sich hauptsächlich der Produktion von lebenswichtigen Produkten widmen, die die lokalen Märkte versorgen. Eine Ausnahme ist die Kaffeeproduktion, der sich nicht nur Großbesitzer widmen, sondern auch Minifundisten und mittelgrosse Besitzer, die mit der Produktivität dieses Exportprodukts ökonomische Gewinne machen.

Der Sektor des Handels und der Dienstleistungen hat sich groß entwickelt, aber nicht auf der Grundlage von eine eigene nationale Industrie ergänzenden Gütern und Diensten, sondern auf der Basis vom Verkauf von importierten Produkten und Gütern und Diensten, die vorher dem Staat gehörten und durch Privatisierungsprozesse in die Hände von Kapital von nationalen und ausländischen Privatpersonen gerieten, wie die Öffentlichen Dienste von Wasser, Müllabfuhr, Elektrizität und Naturgas.

Was im ökonomischen Bereich am meisten beunruhigt, ist, dass das Land keine starken industriellen Sektoren mit der Kapazität der Entwicklung einer Kette von anderen produktiven Sektoren entwickeln konnte. Es wurde keine eigene Technologie entwickelt, die gebraucht wird, um die Nutzung der vielfältigen und reichen natürlichen Umgebung zu verbessern. Das Land hat es nicht erreicht, wirtschaftlich autonom zu sein, und die Abhängigkeit von ausländischem Kapital begrenzt die Investitionswahl und führt deshalb zu Abhängigkeit, d.h. die Anwendung des erhaltenen Kapitals in Sektoren vom Interesse der Investoren, die nicht notwendigerweise mit den gleichen Interessen und Bedürfnissen zusammentreffen, die das Land und seine Bevölkerung haben.

Der Wohlfahrtsstaat: Seit der Bildung der ersten Republik und bis heute war die Staatsmacht einerseits in den Händen der kreolischen Eliten, die die Unabhängigkeitsbewegung organisierten, besonders in den Händen der Militärs, die eine wichtige Rolle gespielt und mit ihren Heldentaten Ehre und Erfolg hatten, sowie der Intellektuellen, Juristen und Geisteswissenschaftler, die für die ideologische Bewegung wichtig waren; zweitens war sie in den Händen der gleichen Eliten, die in den traditionellen politischen Parteien, der Liberalen Partei und der Konservativen Partei, organisiert waren.

Bildung des kolumbianischen Staats

Während des XIX. Jahrhunderts bestand die Hauptsorge der kreolischen Eliten darin, einerseits die Unabhängigkeit von Spanien zu garantieren und zweitens, den Staat zu organisieren, wobei sie

anfänglich die Einheit der Vizekönigreiche in einer großen Republik und in Anbetracht dieser Unmöglichkeit und der Erklärung der Unabhängigkeit von Venezuela und Ecuador die Konsolidierung der Einheit der Provinzen, die Neugranada umfassten, und die Verhinderung von mehr Territoriaaufteilungen suchten.

Durchdringung des Staats: Allmählich wurde eine qualifizierte und in Themen der Politik erfahrene **öffentliche Bürokratie** gebildet. Die bürokratischen Hauptposten wurden von gut gebildeten aus den Eliten stammenden Politikern besetzt, die fähig waren zu erziehen, und während des XX. Jahrhunderts wurde die politische Bürokratie mit Technologien und Fachleuten aus verschiedenen Disziplinen konsolidiert. Das Land kann sagen, dass es mit genug qualifiziertem Personal ausgerüstet ist, um die Funktionen zu erfüllen, die die Bürokratie des Staates erfordert. Das Hauptproblem besteht nicht so sehr im Angebot, als in den Bedingungen der Nachfrage, da es nicht gelungen ist, die Öffentliche Funktion zu organisieren, weshalb ein Großteil der öffentlichen Stellen weiterhin in den Händen der Politiker ist, die ihr Klientel ernennen und Unterstützung für ihre Wahl garantieren.

Hinsichtlich der von der Steuerkraft des Staates abhängenden **Steuersituation** war seit seinem Ursprung die Schwierigkeit ersichtlich, die Quelle seiner Finanzressourcen oder Einnahmen zu stärken, die ihm Ausgaben und Investitionen erlauben würden, die die Entwicklung anregen und die materiellen Bedingungen dazu schaffen würden. Diese finanzielle Schwäche, die sich durch die während der Befreiungskampagne und der späteren dauernden Kriege, die das XIX. Jahrhundert charakterisieren, eingegangenen Schulden erhöhte, sowie die Erhöhung der Auslandsverschuldung während des XX. Jahrhunderts und die Militärausgaben, haben die Investitionskapazität und die öffentlichen Sozialausgaben des kolumbianischen Staates reduziert.

Die **öffentliche Ordnung** wurde nicht im ganzen Territorium garantiert, da einige Sektoren eingenommen wurden und sich weiterhin unter der Kontrolle von illegalen Streitkräften befinden. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung war mit einer negativen Sicht der nationalen Sicherheit verbunden, die als Fehlen von Delikten verstanden wurde, jedoch gab es keine integriertere Vision von Sicherheit, in der die öffentliche Ordnung das Ergebnis vom guten Leben der Bevölkerung ist und nicht die Unterdrückung der Manifestationen der Unzufriedenheit dieser mit ihrem schlechten Leben bzw. den schlechten Lebensbedingungen. Die Ordnung ist mit einer Bevölkerung verbunden, die über angemessene Medien zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse verfügt. Wenn das fehlt, wird Unordnung gebildet, d.h. das Ergebnis, dass die Menschen mit allen möglichen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihr Überleben suchen.

Mit Hinsicht auf die **kollektive Koordination von Aufgaben** zwischen den verschiedenen regionalen Niveaus hat das Land sich zwischen einem politischen Zentralismus und einem administrativen Dezentralismus und einem neuen Zentralismus bewegt. Der alte Konflikt zwischen Zentralismus und Föderalismus wurde nicht gelöst, jedoch ist seit 1986 die Anstrengung für den Dezentralismus, die Stärkung der Gemeinden klar, diese hängen jedoch weiterhin von den Transferenzen der Nation ab. Wenige haben erreicht, Quellen zu entwickeln, die ihnen die Ressourcen für ihr Funktionieren garantieren.

Integration des kolumbianischen Staates: Wenn der kolumbianische Staat auch über eine Legislation verfügt, die gleiche Rechte und Pflichten für alle Kolumbianer ohne irgendwelche Unterschiede garantiert, gibt es in der Praxis Probleme der Integration der verschiedenen ethnischen und sozialen Gruppen wegen der starren aus der Kolonialzeit geerbten Schichtenstruktur der kolumbianischen Gesellschaft. Diese Struktur begrenzt den Zugang der benachteiligtesten Schichten und Ethnien zu öffentlichen Posten und zu den Ressourcen.

Die allmähliche Entwicklung der öffentlichen Funktion mit öffentlichen Wettbewerben, um über eigene Verdienste an öffentliche Stellen zu kommen, eröffnet die Möglichkeit, dass Mitglieder der am benachteiligtesten Sektoren, die eine gute Ausbildung genossen haben, Zugang zu den Stellen finden; die große Mehrheit jedoch, die wegen der zwischen dem öffentlichen und der privaten Bildungssystem bestehenden großen Unterschiede keine Ausbildung oder keine gute Ausbildung machen konnte, ist weiterhin ausgeschlossen.

Bildung der kolumbianischen Nation

Der Prozess der Bildung der kolumbianischen Nation ist, wie schon weiter oben festgestellt wurde, ein Prozess, der nach der Staatsbildung kommt und noch nicht als gefestigt betrachtet werden kann.

Die **Legitimität**, die als Loyalität und Vertrauen in die politischen Institutionen des Staats verstanden wird, konnte unter anderen Faktoren wegen dem Vorherrschen von persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den Politikern und ihrer Klientel, die Loyalitätsfesseln gegenüber der Person und nicht gegenüber dem Staat schaffen, nicht gestärkt werden. Der gegenteilige Fall geschähe, wenn die Beamten auf unpersönliche Weise gewählt würden, indem ein gleiches Verfahren für alle angewandt und mit der Wahl des Fähigsten enden würde. Diese Verfahren schaffen Loyalität gegenüber dem institutionellen System, statt gegenüber individuellen Personen.

Eins der wichtigsten Vermächtnisse des Führers Francisco de Paula Santander waren der Zivilismus und der Respekt vor den Gesetzen. Er stand dem Autoritarismus und Militarismus von Bolivar entgegen und prägte das Land mit seinen Idealen, die trotz der Probleme der Konsolidierung der demokratischen Institutionen als Ziel und Utopie gültig sind. Das hat ermöglicht, dass es in der Geschichte des Landes nur wenige Staatsstrieche und Militärregime gab und dass in allen diesen Fällen die Legitimation mit Verfassungsgebenden Versammlungen gesucht wurde.

Während des XIX. Jahrhunderts gab es vier Staatsstrieche: den des Liberalen des "drakonischen" Sektors, General Jose Maria Melo im Jahre 1854 gegen den auch liberalen Jose Maria Obando; den des radikalen liberalen General Tomas Cipriano de Mosquera im Jahre 1861 nach dem Sieg des Bürgerkriegs gegen die Konservativen; den des radikalen liberalen General Santos Acosta im Jahre 1867 gegen den ebenfalls liberalen Tomas Cipriano de Mosquera und den des konservativen Jose Manuel Marroquin im Jahre 1900 gegen Manuel Antonio Sanclemente der Nationalen Partei.

Das ist das Jahrhundert, in dem sich die Eliten in zwei traditionellen politischen Parteien organisieren, der Liberalen und der Konservativen Partei, und in dem sich die beiden Parteien in einem gewaltsamen Kampf befinden, um an die Macht zu kommen und ihre Weltanschauung durchzusetzen. Die verschiedenen Regierungen werden durch die Ernennung in Verfassungsgebenden Versammlungen und mit der Formulierung entsprechender Konstitutionen legitimiert, die mit dem An-die-Macht-Kommen der Gegenpartei außer Kraft gesetzt werden, womit das Jahrhundert durch die politische und institutionelle Unstabilität gekennzeichnet ist.

Die erste Hälfte des XX. Jahrhunderts ist weiterhin von den ideologischen Unterschieden der beiden Parteien geprägt, vom Sektierertum ihrer politischen Führer und der Gewalttätigkeit zwischen ihren Anhängern. Nach einer Periode politischer Stabilität wegen der konservativen Vorherrschaft bis 1930, die von einer Periode liberaler Regierungen bis 1946 folgt, wird der konservative Mariano Ospina Perez dank der liberalen Teilung zum Präsidenten gewählt. Seine Regierung ist von der Ermordung des liberalen Expresidentschaftskandidaten Jorge Eliecer Gaitan am 9. April 1948 geprägt. Das Ereignis führt zu einem beispiellosen Volksaufstand auf nationaler Ebene. Der Präsident schlägt die Unruhen mit Polizeigewalt zurück, hunderte Personen werden umgebracht.

Bei der Ankündigung eines politischen Prozesses auf Initiative der Liberalen schließt der Kongress 1949. Die Wahlen gewinnt 1950 der einzige Kandidat, der sich präsentierte, der Konservative Laureano Gomez, da die Liberalen wegen fehlender Garantien nicht teilnahmen. Diese Regierung ist auch autoritär, radikal, verfolgt die Liberalen, die Kommunisten und intensiviert die Gewalt. Angesichts dieser gewalttätigen kritischen Situation macht der General Gustavo Rojas Pinilla einen Staatsstreich und errichtet eine Diktatur, die 5 Jahre, 1 Monat und 24 Tage dauert, vom 13. Juni 1953 bis 10. Mai 1957 und vom 10. Mai 1957 bis 7. August 1958 in Händen einer vorübergehenden Militärjunta, die von den traditionellen Parteien ernannt wurde, während die ersten Wahlen im Rahmen der Nationalen Front vorbereitet wurden.

Seit 1958 realisierte Kolumbien periodische Wahlen und wählte demokratisch die Präsidenten für eine Periode von vier Jahren. In dieser Periode gab es 14 Präsidenten, sieben liberale und vier konservative, einer gehörte einer eigenen politischen Bewegung an und wurde unter dieser gleichen Bewegung wiedergewählt und der letzte und derzeitige Präsident gehört der aktuellen Sozialen Partei der Nationalen Union "Partei der U" an. Die zweite Hälfte des XX. Jahrhunderts wird von der politischen Gewalttätigkeit der linken Guerrillagruppen gegen die verschiedenen traditionellen Zweiparteienregierungen, vom Anwachsen der Drogenhandelsmafia und von den Skandalen um die Finanzierung der politischen Kampagnen sowie von der Bildung paramilitärischer bewaffneter Gruppen charakterisiert, die sich für den Kampf gegen die Guerrilla organisiert haben und von denen angenommen wird, dass sie in Allianz mit Politikern und Institutionen des Staats arbeiten, ein Skandal, der als "Parapolitik" bekannt ist, in den mehrere Politiker in Justizprozessen verwickelt waren, die sowohl wegen dem Engagement mit der Mafia als auch mit den Paramilitärs geführt wurden.

Diese Tatsachen erlauben darauf zu schließen, dass weiterhin die aus der Kolonialzeit erlernte Praxis "des Ja, aber Nein" im Land vorherrscht, in der Gesetze und formelle Verhaltensregeln existieren, die das Sein müssen und eine demokratische und den Rechtsstaat respektierende Ethik festlegen, während in der Praxis nicht formelle Regeln angewandt werden, die weder die Rechte noch die mit einer liberalen Demokratie assoziierten Werte respektieren.

Ein bedeutendes Problem ist die Tatsache, dass die jeweilige Regierung dem Verdacht unterliegt, illegitime und illegale Staatsgewalt über die paramilitären Gruppen auszuüben, die von der Staatsarmee heimlich unterstützt wird. Beispiel ist die Regierung von Laureano Gomez, während der liberale und kommunistische Führer ermordet wurden, was Gruppen hervorrief, die sich später als Guerrilla organisierten. Weitere Beispiele sind der exzessive Gebrauch der Polizei und des Ausnahmezustands während der liberalen Regierungen von Turbay Ayala und Virgilio Barco. Während der letzteren Regierung fand die Vernichtung der Mitglieder der Patriotischen Union, Exguerrilleros der FARC, die an einem von Präsident Belisario Betancur durchgeführten Friedensprozess teilgenommen hatten. In letzteren Zeiten wurde die Aktivität der Paramilitärs mit Politikern, Mitgliedern der Regierung und der Armee, besonders der beiden Regierungen von Alvaro Uribe Velez assoziiert. In der Presse informiert der Justizteil über die kontinuierlichen offenen Untersuchungsprozesse gegen diese.

Die Nationale Identität: Wenn die Politische Konstitution von 1991 in Bezug auf die Anerkennung der multiethnischen und plurikulturellen Herkunft der kolumbianischen Nation auch Fortschritte gemacht hat und Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Solidarität aufweist, die auf generellen Rechten basieren, die für alle anerkannt sind und von der Justiz garantiert werden, kann in der Praxis behauptet werden, dass die Nationsbildung mit gemeinsamen Zielen noch weit davon entfernt ist, Realität zu sein.

Die Ausweitung der Grundschul- und Sekundarschulbildung spielen als Übertragungs- und Organisationsmittel der Sozialisierung der kolumbianischen Bürger eine wichtige Rolle.

Konsolidierung des Nationsstaats

Eine der Bedingungen für die Konsolidierung des Nationsstaats ist die **politische Teilnahme**. Das **Wahlrecht** haben alle Nationalen, Männer und Frauen (seit dem 1. Dezember 1957), aller ethnischen Gruppen, die volljährig sind, wobei das Volljährigkeitsalter zurzeit bei 18 Jahren liegt. Jedoch bestehen bei der politischen Teilnahme Einschränkungen, wie schon im Thema der Demokratie analysiert wurde. Sie stehen in direkter Beziehung zu den aus der kolonialen Zeit geerbten politischen Gewohnheiten und dem Ausschluss großer Sektoren der Bevölkerung bei der politischen Teilnahme wegen ihrer Ethnie oder ihrer niedrigen sozialen Position. Diese Bürger könnten in Anlehnung an den von Eduardo Galeano kritisch benutzten Begriff als "Niemande"³ des kolumbianischen politischen Lebens charakterisiert werden.

Das Fehlen der politischen Teilnahme ist mit der Gewohnheit verbunden, dass es eine Minderheitsgruppe ist, die zusammenkommt und die Probleme des Landes diskutiert und Entscheidungen trifft, ohne die Meinungen und die Ideen derjenigen Gruppen zu berücksichtigen, die diese Entscheidungen betreffen. Dieser Vorgehensweise unterliegt die Disqualifizierung des Anderen als Gesprächspartner und als Subjekt mit der Fähigkeit, Ideen und Lösungen für die Probleme beizubringen. Es ist die Unkenntnis des Anderen, seine Unsichtbarmachung als Akteur und politisches Subjekt.

Hinsichtlich der **Garantien für die Oppositionsgruppen** sind diese legal garantiert, jedoch führt die Dualität in der Praxis dazu, dass diese nicht für diejenigen abgesichert ist, die die Regierung kritisieren. Besonders verletzlich sind die Führer der sozialen Bewegungen, Gruppen von Opfern der Gewalt des Staats, von Vertriebenen, von Gewerkschaften, von Verteidigern der Menschenrechte, die weiterhin Opfer der Gewalt sind. Die Tatsache ist jedoch hervorzuheben, dass die Mitglieder des Alternativen Demokratischen Pols im Kongress, in den Departementsversammlungen und den Gemeinderäten Opposition machen können und dass Exguerrilleros durch Volkswahlen dazu gekommen sind, die Führung der Gemeinde zu übernehmen, ohne dass sie bis zum heutigen Tage Ziel von Attentaten gewesen wären oder ermordet worden wären.

Die zweite Bedingung für die Konsolidierung des Nationsstaats ist die Erfüllung seiner Funktion in der **Verteilung** der Ressourcen des Staats. In dieser Rubrik geht es um die Politiken der **sozialen Sicherheit** der Bürger. In Kolumbien herrscht, wie schon kommentiert wurde, eine negative und

³ **"Die Niemande:**

Die nicht sind, obwohl sie sein müssten.

Die keine Sprachen sprechen, sondern Dialekte.

Die keine Religionen bekennen, sondern Aberglauben.

Die keine Kunst hervorbringen, sondern Kunsthandwerk.

Die keine Kultur ihr Eigen nennen, sondern Folklore.

Die keine Menschen sind, sondern Ressourcen.

Die kein Gesicht haben, sondern Arme.

Die keinen Namen haben, sondern Nummern.

Die nicht in der Weltgeschichte zu finden sind, sondern in der roten Chronik der Lokalpresse.

Die Niemande, die weniger kosten als die Kugel, die sie tötet." Eduardo Galeano

eingeschränkte Sicht von Sicherheit vor, die als Fehlen von Gewalt oder bewaffnetem Konflikt verstanden wird, und nicht als eine positive und breite Sicht von Sicherheit, die als Befriedigung der Bedürfnisse der Individuen und ihr Schutz vor Arbeitslosigkeit, Krankheit und Behinderung verstanden wird. Kolumbien ist ein Land, das im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern in der Erweiterung und Deckung der sozialen Sicherheit hinterherhinkt. Im Moment werden die Angestellten sowohl im Öffentlichen Dienst als auch im Privatbereich abgedeckt, aber, wie herausgestellt werden konnte, ist diese Gruppe sowieso privilegiert, da sie über eine bezahlte Arbeit verfügt.

Die Regierung des Präsidenten Uribe hat direkte Unterstützungen für Familien in Armut- und Elendssituationen eingeführt, wie in anderen lateinamerikanischen Ländern, die mit dem Erfüllen von Pflichten einhergeht wie der Schulpflicht der Minderjährigen, jedoch wurde diese Politik hinterfragt, da eine sekundäre nicht programmierte Folge die Zunahme von Schwangerschaften bei jugendlichen und jungen Müttern mit knappen Ressourcen war, da die Beihilfen pro Kind vergeben werden.

Ein zweiter Faktor, in dem Kolumbien hinterherhinkt, ist bezüglich der **Gleichheit der Einkommensverteilung**. Gegenwärtig steht Kolumbien auf einem der ersten Plätze der Ungleichheit der Verteilung in Lateinamerika und in der Welt. Das **Mindesteinkommen** ist niedrig und seine Kaufkraft im Verhältnis zur Inflation und zu den Lebenshaltungskosten ging verloren. Die Unterbewertung der physischen Arbeit und die Überbewertung der politischen und intellektuellen Arbeit entsprechen auch einer kolonialen Tradition und der Abwesenheit der ökonomischen und politischen Entwicklung von Sektoren wie dem Handwerk und der kleinen und mittleren Industrie, die auf dem Handwerk aufbauen. Die Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit ist Teil dieses Bewertungsmusters bzw. der Unterbewertung der Arbeit.

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung in Kolumbien steht in direkter Beziehung zur Steuerpolitik, die weiterhin regressiv ist: höhere Einkommen – niedrigere Steuern. Die Steuerpolitik privilegiert die indirekten Steuern über den Verbrauch, wie die Mehrwertsteuern MWS, die zwar ein Gleichheitsprinzip, jedoch keins der Umverteilungsgerechtigkeit haben. Sie haben auch mit den öffentlichen Sozialausgaben zu tun, die sich unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt befinden.

Die niedrigen Einkommen oder deren Abwesenheit beschränken die Demokratisierung des **Konsums**, der vierten Institution der Modernität. In einer Gesellschaft mit hohen Ungleichheitsniveaus in der Einkommensverteilung gibt es proportional eine große Ungleichheit auf dem Konsumniveau. Die Unmöglichkeit, die Bedürfnisse, einschließlich der Grundbedürfnisse zum Leben zu befriedigen, führt dazu, dass Kolumbien so hohe Zahlen der Bevölkerung in Elends- und Armutssituation aufweist.

Der Güter- und Dienstleistungskonsum ist ein Indikator für den Grad der Bedürfnisbefriedigung, der zum objektiven Wohlstand, d.h. einem messbaren Wohlstand der Bevölkerung beiträgt.

Eine der wichtigsten Leistungen, die die moderne Modernisierungstheorie erreicht hat, ist die theoretische Entwicklung des Wohlfahrtsstaats und die späteren Arbeiten zum objektiven und subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung, Legitimationsaspekte der Regierungen, der Regime und der politischen Systeme.

Von dieser Sicht ausgehend haben das kolumbianische politische System und die verschiedenen Regierungen ihre Legitimation in den Zahlen zum ökonomischen Wachstum und des BIP gesucht, aber sie haben sich nicht ausgehend von den Ergebnissen zur Verbesserung der objektiven

Lebensbedingungen der Kolumbianer legitimiert, die zu Sozialgruppen gehören, die seit mehr als 500 Jahren ausgeschlossen, diskriminiert, besitzlos und ausgebeutet sind.

3.2.3 Die Mechanismen der Modernisierung

Im Folgenden wird die Analyse des Funktionierens der Modernisierungsmechanismen in Kolumbien präsentiert, deren gutes Funktionieren wiederum das gute Funktionieren der modernen Institutionen, mit denen sie eng zusammenhängen, erleichtert bzw. erschwert.

Individualisierung: Das Erste, was im Laufe der Geschichte identifiziert werden kann, ist, dass die drei von der spanischen Herrschaft unterdrückten ethnischen Gruppen von Anfang an für ihre Befreiung kämpften. Zuerst die einheimischen indigenen Gruppen, dann die afrikanischen und später die Kreolen, die Diskriminierung und ungleiche Behandlung von den Spaniern erlebten. Durch diese ungleiche und unvorteilhafte Beziehung sehen sich diese Gruppen wiederum gezwungen, darüber nachzudenken, was sie sind, was sie für sich wollen, und mit einer klaren Kampfhaltung zu reagieren oder sich in sich selbst zu verschließen, um zu überleben.

Diese Kämpfe für die Freiheit und für die Gleichheit zeigen, dass alle, wenn auch in unterschiedlichem Masse, der ungleichen und diskriminierenden Behandlung die Stirn boten bzw. sie erlitten und dass die Personen in der kolonialen Gesellschaft je nach Hautfarbe, dem Ort und der sozialen Position, in der sie geboren wurden, zu Privilegien Zugang hatten oder nicht.

Besonders die indigene und die schwarze Bevölkerung erlitten während drei Jahrhunderten systematische Diskrimination, die Verneinung ihrer Seinsbedingung als Personen. Die indigene Bevölkerung erhielt zuerst den Titel, Untertanen der spanischen Krone zu sein, und diese kümmerte sich jedoch erfolglos darum, den Missbrauch und die Ausbeutung einzuschränken.

Die Schwarzen dagegen brauchten noch bis nach der Unabhängigkeit, um ihre volle Freiheit und die Rechte zu erlangen, die im Gesetz niedergelegt waren, und sie werden ihnen wegen der Unmöglichkeit, über die notwendigen Bedingungen für ihre Realisierung zu verfügen, weiterhin wenig anerkannt. In Kolumbien werden die Gesetze teilweise gegeben, d.h. ohne die Mechanismen für ihre Anwendung zu entwickeln.

Man könnte sagen, dass, ausgehend von ganz anderen Erfahrungen als die der europäischen Gemeinschaften, die das individuelle Bewusstsein seit der Renaissance und der Reform erworben haben, die Gruppen in Kolumbien, die für die Freiheit zu kämpfen begannen und sich von den Conquistadoren differenzierten und für ihre Differenzierung kämpften, die Indigenen waren. Die Erfolgreichsten waren die Beweglichsten, die Nomaden, die noch keine Güter besaßen, an die sie gebunden waren. An zweiter Stelle befanden sich die Schwarzen, die Sklaven, die fliehen konnten, die sogenannten "Cimarrones", die "Palenques" bildeten, soziale Räume, in denen sie zu überleben lernten und bezüglich der spanischen kolonialen Gesellschaft ein hohes Autonomielevel erreichten.

Weder die Familie, noch die Gesellschaft, noch der Staat motivieren individualistische Verhaltensweisen in der Bevölkerung und gegenüber einer schwachen staatlichen Wohlfahrtsstruktur hängt der Wohlstand und die grundlegende Sicherheit der Personen weiterhin von ihren primären Zugehörigkeitsgruppen ab, in den Mestizengemeinschaften die Kern- und die erweiterte Familie, der sie angehören, in den indigenen Gemeinschaften der Stamm.

Auf dem Land überleben traditionelle Beziehungen und Sozialkontrolle; in den Städten, die ein Bild von Modernität präsentieren können, überleben starke Verwandtschaftsbeziehungen sowie

Beziehungen gegenseitiger Unterstützung und Hilfe unter den Nachbarn, besonders unter denjenigen der niedrigsten Schichten der Bevölkerung.

Die katholische Religion, die im Land vorherrscht, fördert im Gegensatz zu den reformierten Religionen nicht die Individualisierung der Personen, noch die Autonomie. Die Beziehungen zwischen den Gläubigen und Gott werden weiterhin von Priestern vermittelt, die anzeigen, was zu tun ist, um die Rettung zu erreichen. Das Vorherrschen der Scholastik, in der der Glaube über der Vernunft steht, scheint die konfessionelle Erziehung weiterhin zu beeinflussen und deshalb die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie zu beschränken. Dies ist ein Aspekt, der vertieft untersucht werden müsste.

Der Individualismus ist ein Luxus, den sich nur die leisten können, die die ökonomischen Mittel dafür haben. Der großen Mehrheit fehlen die materiellen und immateriellen Ressourcen, um autonom und unabhängig zu sein.

Die **Individualisierung**, die als Differenzierung der Lebensformen, Zunahme der Wahlfreiheit der Individuen oder Familien bei der Organisation ihres Alltags, Reduzierung der sozialen Kontrolle und der Bindung an Traditionen, Zunahme der persönlichen Verantwortung und der Erwartungen an das Leben, Zunahme der materiellen und immateriellen Ressourcen der Individuen verstanden wird, ist ein Prozess, der in Kolumbien in den Sektoren, die mehr Wahlfreiheit und bessere Realisierungsmöglichkeiten haben, besser entwickelt ist.

Politisch gesehen hat die Liberale Partei eine größere Individualisierung gefördert: "Der kolumbianische Liberalismus ist der politische Ausdruck einer individualistischen Konzeption der Welt, die von dem Konzept des absoluten Werts der menschlichen Person ausgeht, weshalb sie eine anthropozentrische Ideologie ist. Die Freiheit wird als ein Mittel verstanden, um die wesentlichen Eigenschaften einer Person geltend zu machen. Im XIX. Jahrhundert wies der Liberalismus auf sein Interesse hin, das menschliche Wohlbefinden maximal zu steigern und zu verbreiten und den Personen eine grosse Achtung der Bürger zu vermitteln. Die Liberalen verteidigten die Trennung von Kirche und Staat, verteidigten die Religions-, Meinungs- und Druckfreiheit und im Allgemeinen die Garantien zum Erfüllen der Menschenrechte." (Ocampo 1989:245)

Da die Individualität sich nicht am Rande der Gesellschaft bildet, an der man teilhat, sondern in enger Wechselbeziehung mit den sozialen Gruppen, zu denen man gehört und mit denen man interagiert, ist es diese Beziehung, über die nachgedacht werden muss, um im sozialen Rahmen dieser Beziehungen mehr Freiheit und Wahlmöglichkeiten zu erzielen, soziale Beziehungen, in denen der Andere als gleiches, vollwertiges Subjekt anerkannt wird und ihm die Bedingungen und Gelegenheiten geboten werden, um alle seine Fähigkeiten zu entwickeln.

Das Subjekt ist eine historische Figur, die nicht geboren wird, noch von allein entsteht, sondern in einer Abhängigkeitsbeziehung mit seinem sozialen Umfeld. Wenn die Individuen in Kolumbien keine autonomen, unabhängigen, kreativen und innovativen Subjekte sind, ist das nicht so, weil sie unfähig sind, sondern weil die sozialen Beziehungen der Diskrimination, der Negation, der Unkenntnis, des Ausschlusses des Anderen, der Ausbeutung es nicht erlauben, dass die kolumbianische Bevölkerung ihr ganzes Potential entwickelt. Das ist eine wesentliche menschliche Verschwendung, da die Quelle und das Ziel jeglichen Entwicklungsprozesses, der menschliche Faktor, eingeschränkt sind.

Die Angst und das Fehlen von Anerkennung und Achtung der Unterschiede führten in der Kolonie zu Homogenisierungs- und Akkulturationsprozessen der indigenen und der schwarzen Bevölkerung. Die Modernisierung dagegen sucht den Respekt, die Anerkennung der Unterschiede, die als Quelle

der Diversität und Innovation betrachtet wird, d.h. als einen positiven Prozess. Die volle Individualisierung, die Würdigung jedes Individuums als solches, einzigartig, Träger aller Rechte verlangt Freiheit. Der Autoritarismus ist eine erste Beschneidung dieser Entfaltung des Subjekts, weil er fremdbestimmte Abhängigkeitsbeziehungen und keine Autonomiebeziehungen herstellt.

Infolgedessen wäre in der Zukunft eine Forschungslinie wichtig, die den Autoritarismus und seine verschiedenen Ausdrucks- und Aktionsformen in der kolumbianischen Gesellschaft untersucht.

Soziale Integration: Wie schon kommentiert wurde, garantieren die Konstitution und die kolumbianischen Gesetze die Gleichheit der ganzen Bevölkerung und man könnte formell sagen, dass es in Kolumbien keinen sozialen Ausschluss geben dürfte.

Was die christlichen Werte betrifft, die in Kolumbien mehrheitlich die katholische Religion vermittelt, dürfte es auch keine Diskriminierung geben, sind wir doch vor Gott alle gleich.

Die Praxis jedoch zeigt, dass noch aus der Kolonie stammende Gewohnheiten und Werte erhalten sind, die dazu führen, dass die indigenen und die schwarzen Bevölkerungen, sowie die armen Mestizenbevölkerungen diskriminiert werden.

Wenn die **Formen der sozialen Integration** analysiert werden, findet man, dass die **Bildungsindikatoren** sich in Kolumbien systematisch verbessern. Der Zugang zur Primarschulbildung ist für alle garantiert. Die Indikatoren für die Sekundarschulbildung sind hoch. Das Problem liegt in der Qualität der Bildung, in der technischen Ausbildung, die Arbeitskompetenzen vermittelt, im Zugang zur Hochschulbildung. Die spanische Sprache wird von der ganzen Bevölkerung gesprochen, die indigene Bevölkerung hat das Recht auf die zweisprachige Ausbildung.

Die **soziale Stellung** ist direkt mit der sozialen Schichtung und dem Eigentum verbunden. Die Eliten besetzen die wichtigsten Stellungen in allen Sektoren. Freie Stellen besetzen die mittleren Schichten und die Armen ohne Ausbildung. Diese führen Arbeiten aus, die physische Kraft beanspruchen und im Allgemeinen sehr schlecht bezahlt werden oder sie werden zu Arbeitslosen, die den Elendsgürtel um die Städte herum nähren.

Die **Interaktion** zwischen den verschiedenen Sozialgruppen ist wegen der räumlichen Segmentierung ziemlich begrenzt. Die Stadtteile und Residenzen der Reichen befinden sich entfernt von den armen Sektoren; die reichen Kinder besuchen private Schulen, wo sie keinen Kontakt mit den Armen haben. Das Fehlen von Räumen für die Interaktion zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen ist ein entscheidender Faktor dafür, dass Vorurteile und Sichtweisen des Anderen bestehen, die nicht zwangsläufig einer realen Erfahrung von einem persönlichen Zusammentreffen mit dem Anderen entsprechen, sondern dem Überleben von alten Vorurteilen.

Die **Identifikation** der verschiedenen Sozialgruppen durch die Integration von Werten macht die Defiziten der Identifikation der Kolumbianer mit bürgerlichen Werten und der Akzeptierung der Grundnormen des Zusammenlebens sichtbar. Die Schwäche des Staats, allen seinen Mitgliedern Wohlbefinden zu produzieren, führt dazu, dass die Loyalität ihm gegenüber schwach ist und gewalttätige Gruppen der extremen Linken und der extremen Rechten weiterbestehen, was auf die Verwundbarkeit des kolumbianischen Staats hinweist.

Es kann geschlossen werden, dass die **Marginalität** weiterhin ein Problem der kolumbianischen Gesellschaft ist. Zweihundert Jahre Unabhängigkeit konnte den Spalt nicht schließen, den die spanische feudale Gesellschaft zwischen den ethnischen Gruppen und den sozialen Klassen oder

Ständen, die sie bildeten, geschafften hatte. Die Charakteristiken des Vorherrschens dieses Sozialschichten- oder Kastensystems sind die regionalen Ungleichheiten.

In Kolumbien sind die Regionen mit dem größten Armuts- und Elendsvorkommen diejenigen, wo die schwarzen und die indigenen Bevölkerungen konzentriert sind, die Departements, wohin diese Bevölkerungen seit der Kolonialzeit geflohen sind, um sich zu schützen, oder wo sie das Resguardos-System verteidigten, wie Choco, Cauca und Nariño.

Die Unterschiede des Arbeitsmarkts machen sichtbar, dass die in ungesunden und wenig produktiven Regionen untergebrachten schwarzen Bevölkerungen sich Aktivitäten zum Lebensunterhalt widmen, dem Minenwesen, einer uralten Arbeit, die ihnen zugewiesen wurde, der Arbeit des Landarbeiters in den Zuckerrohr-, Kochbananen- und Bananenplantagen der Atlantikküste.

Die indigenen Bevölkerungen widmen sich den Lebensunterhaltsaktivitäten wegen ihrer Überzeugungen und Weltanschauungen, aber im Allgemeinen widmen sich die benachteiligten Schichten am Grund der sozialen Pyramide den Arbeiten, die am wenigsten Prestige und Bezahlung haben. Die Hausarbeit ist eine davon, das Einsammeln von recycelbarem Müll, das Schuheputzen, der Strassenverkauf, unter anderen.

Ein Mechanismus, der diese Marginalisierung aufrechterhält, ist die räumliche und soziale Segmentierung. Die Städte sind Desintegrations-, Segmentations- und Marginalisierungsszenen.

Eine wichtige Forschungslinie ist die Arbeit, die das Sich-des-Anderen-Bewusstsein fördert, um ihn verstehen zu können und ihn vielleicht nicht mehr zu fürchten. Wie Esser (2001) vorschlägt, wird die Rationalisierung als Sozialisierungs- und Integrierungsfaktor immer wichtiger, um die Vorurteile und Überzeugungssysteme bewusst zu machen, die mit den von der eigenen Gruppe verschiedenen ethnischen Gruppen zusammenhängen.

Die **soziale Mobilität** bzw. Stuserhöhung ist ziemlich beschränkt. Die neuen Armengenerationen wiederholen die gleiche soziale Struktur ihrer Eltern und bleiben in Armuts- und Elendsteufelskreisen mit wenigen Erfolgsmöglichkeiten versunken. Die Armut und das Elend werden kriminalisiert und das deliktive Verhalten werden bestraft, aber die Gesamtgesellschaft stellt nicht die Überlegung darüber an, wie es möglich wäre, dass Personen, die in benachteiligten Umgebungen ohne irgendeine Art von materiellen und immateriellen Ressourcen geboren werden, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, nicht zum Verbrecher werden, um zu überleben.

Die objektiven Niveaus von Wohlbefinden und Konsum sind zweifellos Indikatoren von den Ungleichheiten, die in Kolumbien existieren.

3.2.4 Die Konflikte des Modernisierungsprozesses und ihre Regulation

Der erste Konflikt, den die von der spanischen Monarchie herbeigeführten modernisierende Bewegung in Zeiten des aufgeklärten Despotismus der Bourbonenepoche auslöste, war derjenige des Kampfs für die Gleichheit bei der diskriminierenen Behandlung der Kreolen im Vergleich mit den auf der Halbinsel geborenen Spaniern. Der Kontakt mit europäischen Denkern, Philosophen, Humanisten und Wissenschaftlern führte bei den Kreolen zur Bewusstmachung der ungerechten und ungleichen Behandlung, die sie erlitten, und nährte ihren anfänglich fordernden, an zweiter Stelle klar emanzipatorischen Wunsch. Die Botanische Expedition machte ihnen ihre Umgebung bekannt und weckte ihr Bewusstsein für den grossen Reichtum und die Diversität des Landes,

befähigte und familiarisierte sie mit den Ideen, die die Unabhängigkeit nährten, die mit einem grossen Krieg vollendet wurde, der schliesslich von den Kreolen gewonnen wurde.

Sobald die Unabhängigkeit gewonnen war, gab es weiterhin Konflikte, die ihren Ursprung in den sozialen, ökonomischen und politischen Beziehungen und Strukturen hatten, die aus der Kolonie stammen, und andere haben sich während des Modernisierungsprozesses selbst gebildet.

Politische Konflikte: Im Laufe von zweihundert Jahren Unabhängigkeit gab es 12 wichtige Zivilkriege, ohne kleinere bewaffnete Konflikte zu zählen, d.h. innere Konflikte, die ein Schema aufweisen, das sich bis zur Nationalen Front wiederholte. Das Schema ist: 1.) Uneinigkeit in einem Thema von für den Staat vitalem Interesse, 2.) Auferlegung der Meinung durch eine Gruppe, 3.) Ablehnung und Kampf der Gegenseite, 4.) Auferlegung der Idee, die den Streit gewaltsam gewinnen konnte, 5.) der Kampf der Besiegten geht weiter, bis sie die Veränderung gewaltsam erreichen.

Dieser Kreislauf wiederholt sich während eineinhalb Jahrhunderten Konflikten, Reformen und Gegenreformen, verfassungsgebenden Versammlungen, je radikaler die Maßnahmen desto radikaler die Antworten. Man kommt zu keinen noch so kleinen Abkommen, die eine Einheit anzeigen, und deshalb kann keine Kontinuität in der Konstitution, den Gesetzen oder den daraus abgeleiteten Institutionen hergestellt werden.

Dieses Schema wird mit der Nationalen Front unterbrochen, dem Zwei-Parteien-Abkommen, mit dem die Führer der liberalen und der konservativen Partei der Gewalt ein Ende zu bereiten versuchen, die dem Land so viele Opfer gekostet hat. Sie treffen grundlegende Abkommen zur Abwechslung der Macht und Gleichverteilung der öffentlichen Stellungen auf allen territorialen Niveaus auf einem System von liberalen und konservativen Anteilen, die streng um die Hälfte verteilt wurden.

Dieses wichtige Abkommen hatte unter anderen die folgenden nicht vorgesehenen Nebeneffekte:

- Während der 16jährigen Dauer bildete sich eine klientelistische Praxis bei der Verteilung öffentlicher Stellen heraus, die zur Vorstellung führte, dass das Ziel der Politik die Verteilung öffentlicher Stellen an die Wählerklientel ist.
- Die traditionellen Parteien verlieren ihre Identität. Nach der Nationalen Front sahen die Wähler keine klaren ideologischen und programmatischen Unterschiede mehr zwischen den beiden Parteien, die einen Delegitimierungsprozess begonnen hatten.
- Das Fehlen von Garantien für andere politische Tendenzen oder Bewegungen, an die Macht zu kommen, was zur Bildung radikaler Bewegungen des Kampfs gegen die Regierung führte.

Ökonomische Konflikte: Einer der wichtigsten bestehenden ökonomischen Konflikte in Kolumbien ist der des **Zugangs zu Land**. Die ungleiche Struktur der Landverteilung in der Kolonialzeit entsprechend der sozialen Stellungen der Stände führte zu Institutionen wie der Landschenkungen (*“Mercedes de Tierra”*), die Resguardos, die Encomiendas, wobei eine Produktionsstruktur wie diejenige der Herrschaftshacienda hervorgerufen wird. Die akkulturierte und assimilierte indigene Bevölkerung der Hochebene wurde in Zwangsarbeitsgruppen (Repartimientos) organisiert, die armen Weißen bekamen kleine Grundstücke in den Städten, die Mestizen und die Schwarzen hatten keinen Zugang zu Land. Die freie indigene Bevölkerung und

die schwarzen Cimarrones flohen vor den Colonizadores in die Urwälder und unwirtliche Regionen, die schwer zugänglich und wenig produktiv waren.

Nach der Unabhängigkeit erhielten die Kreolen, die sie realisiert hatten, die gleichen Privilegien, die die Spanier hatten, es gab z.B. keine soziale Revolution im Sinne einer Gleichverteilung der Ländereien unter den Kriegsteilnehmern. Die Schwarzen, die an der Befreiungskampagne teilgenommen hatten, mussten über dreißig Jahre warten, damit ihnen die volle Freiheit gegeben würde. Und das verursachte einen Krieg zwischen sklavenfreundlichen und radikalen Liberalen. Das zeigt, inwiefern die Befreiungskampagne zum Vorteil der kreolischen Eliten und nicht der ganzen Bevölkerung geführt wurde. Die Landkonzessionen und die Verteilungen, die nach der Unabhängigkeit stattfanden, folgten dem gleichen ungleichen Landverteilungsmuster, da die gleiche soziale Aufteilung der Kolonie aufrechterhalten blieb.

Dies ist der Ursprung der extremen Ungleichheit in Kolumbien, seit der Unabhängigkeit blieben nämlich die sozialen Schichten gleich wie während der Kolonie, die Kreolen blieben mit ihren Ländereien und Reichtümern, die sie während der Kolonie mit der Ausbeutung der indigenen, schwarzen und Mestizenarbeitskraft angehäuft hatten und womit sie genug Kapital schafften, um Handelsaktivitäten auf großer Ebene zu entwickeln und später in der Industrie zu investieren. Die späteren Gesetze der Gleichheit der Bürger wurden auf einer Situation der extremen Ungleichheit unter ihnen selbst erlassen. In diesem Fall wurde die Gleichheit ohne eine ergänzende soziale Gerechtigkeit, die notwendig gewesen wäre, statuiert.

Der zweite Konflikt entsteht zwischen dem **Kapital und der Arbeit**. Während der Kolonialzeit wurde die indigene Arbeitskraft am Anfang in kostenloser Form genutzt. Später suchte die indigene Mita eine Gegenleistung für die Indigenen, als diese als Untertanen der Krone assimiliert wurden, jedoch mit nachteiligen Bedingungen für die Indigenen. Was die Sklavenarbeitskraft betrifft, war diese komplett gratis, die einzige erforderliche Gegenleistung war ihre Ernährung, um ihre Arbeitskapazität zu erhalten. Die Schwarzen bekommen die Freiheit und haben nichts Anderes als ihre Arbeitskraft zum Überleben, die extrem schlecht bezahlt wird.

Das ist eine andere Charakteristik, die die Ungleichheit verewigt, die niedrigen Löhne für die nicht qualifizierte Arbeitskraft, für die manuelle und die technische Arbeit. Das heißt, die Unterbewertung des Faktors Arbeit in Beziehung zu den Faktoren Kapital und Produktionsgütern in Händen von privilegierten Gruppen. Der Faktor Arbeit wird nicht gewürdigt, weil die Personen, die sie ausführen, nicht gewürdigt werden. Es gibt eine Unterbewertung der Personen als Grundlage einer ungerechten Verteilung der Gewinne, die die Arbeit hervorbringt. Das ist eine tief verwurzelte Gewohnheit, die aus kolonialen Überzeugungen und Praktiken stammt, in denen die Arbeit im Allgemeinen eine Schande für den hohen Adel war, für den niedrigen Adel gab es würdige Arbeiten, das Volk erledigte "vile" Arbeiten. Diese Teilung in "würdige", "unwürdige" und "vile" Arbeiten besteht weiterhin, während die protestantische Ethik z.B. erachtet, dass der Mensch sich durch die Arbeit würdig macht und deshalb absolut jede Arbeit geschätzt wird, die das menschliche Wesen ausübt und als Dienst und Mittel zur Rettung betrachtet wird.

Auf ruraler Ebene gibt es einen Konflikt zwischen der **kommerziellen Landwirtschaft und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft**. Erstere wird von den Eliten geführt, die das beste flache Land besitzen, das man industriell nutzen kann und kommerziellen Monokulturen für der Export dient, während die kleinen Bauern sich damit befassen, Nahrungsmittel für die Subsistenz und den internen Verbrauch zu produzieren.

Ein weiterer Konflikt besteht zwischen dem **freien Handel und der nationalen Industrie und dem Handwerkssektor**. Bisher hat der Großhandel diesen Konflikt gewonnen, indem er die

Industrie in Mitleidenschaft zieht, die sich nicht in einen dynamischen Sektor verwandeln konnte, der fähig ist, zu einer erforderlichen Größe anzuwachsen, um hochwertige Stellen zu schaffen und die Arbeitslosigkeit in den großen Städten zu reduzieren. Ein anderer Konflikt existiert zwischen den von ausländischen Investitionen finanzierten Projekten, wie Minen-, Energie- und Agrarprojekten, und den Interessen der Nachbargemeinschaften daran.

Soziale Konflikte: Die sozialen Konflikte sind weiterhin die gleichen, die sich aus der Kolonie hergeleitet haben und zu denen andere Produkte der Modernisierung gekommen sind.

Der traditionelle **ethnische Konflikt** zwischen den indigenen Bevölkerungen, die für die Erhaltung ihrer Territorien, ihrer Kosmvision und ihre Kultur kämpfen. Die afrostämmigen Gemeinschaften, die ihre Identität wiederzuerstellen und zu stärken suchen. Beide suchen die Anerkennung und die Achtung seitens des Rests der kolumbianischen Gesellschaft, den Zugang zu entscheidenden Ressourcen, um eine ökonomische Integration, die Grundlage der sozialen Integration, herzustellen.

Der **Konflikt Land/Stadt**, in dem die Stadt der Ort ist, wo die Eliten und die wichtigsten Wirtschaftsgruppen residieren und wo der Sitz der politischen Macht auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ist. Er absorbiert einen Großteil der Investitionen zum Nachteil des Landes, das der Ort ist, wo die Bauern ihren Sitz haben und wo es weder das gleiche Niveau an Deckung noch an Qualität von grundlegenden Dienstleistungen wie Wasser, Grundsanierung, Gesundheit oder Bildung gibt. Die Infrastrukturen präsentieren ernstliche Unterschiede zwischen den beiden Zonen.

Die Stadt, ein moderner und Modernisierungsraum schlechthin, bewahrt in Lateinamerika und in Kolumbien die gleiche koloniale Struktur: charakteristisch ist ein Zentrum, um das herum die vermögenden Klassen der Gesellschaft angesiedelt sind, und eine Peripherie, die desto ärmer wird, je weiter sie vom Zentrum entfernt ist. Und wegen der räumlichen Trennung der verschiedenen sozialen Gruppen, in dem Masse, wie die Stadt wächst, von Divisionen wie Nord und Süd wie z.B. in Bogota, wo die Menschen leben können, ohne sich zu kennen und sich irgendwann einmal zu treffen, zeigen sie die Auswirkungen einer sozialen Distanzierung, die aus der Kolonie kommt.

Der **Konflikt zwischen der Säkularisierung/der Laisierung und der Religion** vor allem im Bildungsbereich weiterhin aktiv. Das Land ist nicht vollständig laisch, obwohl die Konstitution von 1991 das anstrebt.

Nach Ocampo (1989) trachtete der Staatsmann Francisco de Paula Santander in den ersten Jahren des nationalen Lebens des kolumbianischen Staates in der ersten Periode von Großkolumbien danach, eine Philosophie der zivilistischen Erziehung zur Konsolidierung der Nationalität anzuregen. Die Einführung des Lancasterianismus in der Bildung, der politische Benthamismus, die Organisation der ersten Lehrerseminare, die Formalisierung der Schulen und die Einführung neuer Lehrmethoden bildeten die Grundlage des Bildungsanliegens der neuen Regierungen. Die Popularisierung der Bildung wurde als unumgänglich für die demokratische Organisation des Staates betrachtet.

Die Katholische Kirche spielte jedoch über die Privaterziehung in allen Bildungsstufen von der Primarschulstufe bis zur Universitätsausbildung weiterhin eine maßgebende Rolle in der Bildung. Das führte dazu, dass ein Großteil der kolumbianischen Elite mit Werten und Weltanschauungen des katholischen Glaubens ausgebildet ist, der die Entwicklung einer kritischen und mannigfaltigen Weltanschauung einschränkt. Das kann auch die Verzögerung beeinflusst haben, die gegenüber der Bildung in exakten Wissenschaften und dem Wissenschafts- und Technologiefortschritt besteht. Es ist eine Bildung mit klarer scholastischer Orientierung, der dem Mittelalter eigenen theologisch-philosophischen Strömung, wo es eine klare Unterordnung der Vernunft unter den Glauben und das

Argument der Autorität und eine Abkehr bzw. niedrige Bewertung der Wissenschaft und des Empirismus gibt. Von den konservativen Regierungen privilegiert förderte sie die Entwicklung in Gebieten wie die Theologie, die Philosophie, das Recht, die Literatur, aber wahrscheinlich beeinflusste sie in begrenztem Umfang die exakten Wissenschaften wie die Physik, die Mathematik, die Chemie, die Biologie, unter anderen. Das ist ein Thema, das vertieft werden muss.

In der Gegenwart hat die Republik Kolumbien ein gültiges Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, das 1974 erneuert wurde, in dem es im Kapitel I heisst: Der kolumbianische Staat "betrachtet dem traditionellen katholischen Gefühl der kolumbianischen Nation nachkommend die Römisch-Katholische Apostolische Religion als grundlegendes Element des Allgemeinguts und der integralen Entwicklung der nationalen Gemeinschaft. Der Staat garantiert der Katholischen Kirche und denjenigen, die ihr angehören, die volle Befriedigung ihrer religiösen Rechte ohne Beeinträchtigung der gerechten religiösen Freiheit der anderen Bekenntnisse und deren Mitglieder sowie aller Bürger." In seinem Artikel X: Der Staat "garantiert der Katholischen Kirche die Freiheit, in Abhängigkeit von der Kirchenbehörde Schulen auf allen Stufen, Lehrspezialisierung und -fächer ohne Verminderung des dem Staat zukommenden Rechts auf Inspektion und Kontrolle zu gründen, zu organisieren und zu leiten. Die Katholische Kirche behält ihre Autonomie zur Einrichtung, Organisation und Leitung von Fakultäten, Instituten für Kirchenwissenschaften, Seminarien und Bildungshäuser für Geistliche. Die Anerkennung der Studien und von diesen Zentren verliehenen Titel durch den Staat wird Gegenstand einer späteren Regelung sein."

Wie gesehen werden kann, tritt die kolumbianische Gesellschaft mit modernen Institutionen wie der Demokratie, der Marktwirtschaft und des Staats ins XXI. Jahrhundert ein, die von heterogenen sozialen Gruppen belebt werden, die eine ähnliche Struktur wie in der Kolonie und mit diesen Strukturen verwandten Werten und Gewohnheiten aufrechterhalten. Die Modernisierungsmechanismen sind nicht voll entwickelt, jedoch werden die Modernitätsideen, wie ihre Institutionen und ihre Mechanismen vom Streben der Bevölkerung nach Freiheit, Gleichheit, Solidarität, sozialer Gerechtigkeit genährt. Der Kampf geht weiter, die Gesellschaft verfolgt ihr Ziel, das an den Versprechen einer noch nicht voll realisierten Modernität orientiert ist.

Die Analyse der sozialen und ökonomischen Strukturen der kolumbianischen Gesellschaft während der letzten 60 Jahre (1951-2011) werden es ermöglichen, den Rhythmus, die Richtung und die den Modernisierungsprozess Kolumbiens im XXI. Jahrhundert unterstützenden Gruppen zu identifizieren.

3.3 Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in Kolumbien (1951-2011)

Die Analyse der Sozialstrukturen und ihr Wandel in den letzten 60 Jahren wird auf der Grundlage offizieller Daten gemacht, die vom Nationalen Statistischen Amt *Departamento Administrativo Nacional de Estadística DANE* veröffentlicht wurden und das Ergebnis der Volkszählungen aus den Jahren 1951, 1964, 1973, 1985, 1993 und 2005 sind. (DANE 1951; 1964; 1973; 1985; 1993; 2005)

“Unter Sozialstruktur verstehen wir die demografische Grundgliederung der Bevölkerung, die Verteilung zentraler Ressourcen wie Bildung, Einkommen und Beruf, die Gliederung nach Klassen und Schichten, Sozialmilieus und Lebensstile, aber auch die soziale Prägung des Lebenslaufs in der Abfolge der Generationen.“ (Zapf 1989: 101)

Der soziale Wandel wird nach Zapf (1989) als das Problem der Modernisierung der Grundinstitutionen verstanden: Konkurrenzdemokratie, soziale Marktwirtschaft und Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat sowie als Wandel der Sozialstruktur.

3.3.1 Räumliche Struktur, Infrastruktur

3.3.1.1 Räumliche Verteilung der Bevölkerung

Volkszählung 1951: Die Bevölkerung ist räumlich weiterhin auf die Zonen der Kolonie konzentriert, hauptsächlich auf Cundinamarca und Antioquia, aber in Caldas gibt es gegenüber der Kolonialzeit einen Anstieg. Das ist eine Zone, die Ende des XIX. Jahrhunderts von Antioquia aus kolonisiert wurde, ebenso wie Valle del Cauca. Diese Zonen weisen mehr als eine Millionen Einwohner auf. Im Großen und Ganzen kann gesagt werden, dass das Land weiterhin entvölkert ist. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt auf $1.138.355 \text{ km}^2$ 10,14 Einwohner pro km^2 . Das Departement Atlantico hat jedoch mit 124,17 Personen pro km^2 die höchste Bevölkerungsdichte, der Archipel San Andres und Providencia hat 102,91, es folgen Caldas mit 80,21, Cundinamarca mit 69,12 und Valle del Cauca mit 53,25. Die Intendanten und Kommissariate verfügen über eine Bevölkerung von weniger als 1 Person pro km^2 , mit Ausnahme von La Guajira, das 4,28 Personen pro km^2 zählt.

Volkszählung 1964: Die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer ist weiterhin niedrig (15,35), jedoch werden signifikante Unterschiede in der regionalen Verteilung sichtbar. Die höchsten Dichten befinden sich in der Intendanz San Andres und Providencia (380,25) und den Departements Atlantico (219,39), Cundinamarca (117,68) und Caldas (111,39). Die bevölkertesten Departements sind Cundinamarca mit ungefähr drei Millionen Einwohnern und Antioquia mit etwa 2 1/2 Millionen. Es folgen die Departements Bolivar, Boyaca, Caldas, Santander und Valle del Cauca mit mehr als einer Million Personen.

Das Bevölkerungsmuster ist weiterhin das Gleiche wie während der Kolonie: Die Bevölkerung konzentriert sich in den Andenkordillern, -tälern und -hochebenen und an der atlantischen Küste. Die am wenigsten bevölkerten Zonen sind das Amazonasgebiet, die Llanos Orientales, Guajira und Choco.

98% der Bevölkerung konzentrieren sich in den 17 Departements, die eine Oberfläche von 590.545 km^2 haben. Im Hauptstadtdistrikt beträgt die Bevölkerungsdichte 28,95 Personen pro km^2 ; 1,67% der Bevölkerung befinden sich in den Intendanten mit 133.899 km^2 Fläche und einer Bevölkerungsdichte von 2,18 Personen pro km^2 . 0,55% der Bevölkerung leben in den Kommissariaten, die 414.470 km^2 ausmachen und eine Bevölkerungsdichte von 0,23 Personen pro

km² aufweisen. Wegen des großen Wachstums der Städte ging das Land dazu über, nicht mehr vorwiegend rural, sondern urban zu sein, 52% der Bevölkerung lebt in Gemeindezentren. 40,51% der Bevölkerung leben verstreut in ruralen Zonen, 6,64% leben in Orten mit weniger als 1.500 Einwohnern. Einer der Hauptgründe des Wachstums der Städte war die innere Zuwanderung der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, die 8,33% der Gesamtbevölkerung ausmachte.

Volkszählung 1973: Die Bevölkerungsdichte ist weiterhin niedrig (18,26). Das wichtigste Phänomen, das zwischen den Zählungen beobachtet wurde, ist der fortschreitende Urbanisierungsprozess: 61% der Bevölkerung leben in Gemeindezentren. Ein zweiter wichtiger Unterschied ist, dass sich die Unterschiede auf regionaler Ebene vertiefen. Die bevölkertesten Departements sind Antioquia, das 14,57% der Bevölkerung aufweist, die Hauptstadt Bogota mit 12,63% und das Departement Valle del Cauca, das 10,74% der Bevölkerung hat und mehr als zwei Millionen Personen zählt. Die Departements mit mehr als einer Million Einwohner sind Santander, Cundinamarca und Boyaca; die am wenigsten bevölkerten mit weniger als einer halben Million Einwohner sind La Guajira, Choco, Meta, Quindio, Cesar und Sucre.

Mit dem Urbanisierungsprozess der Bevölkerung ist das Wachstum der Hauptstädte der Departements verbunden, die beginnen, einen Großteil der Bevölkerung ihres Amtsbereichs aufzunehmen. Das Departement Atlantico weist das stärkste Urbanisierungsphänomen auf, da seine Hauptstadt Barranquilla 69% seiner Gesamtbevölkerung beherbergt. Ihr folgen Pereira mit 46%, Armenia mit 45%, Cali mit 42% und Cucuta mit 40%. Die größten Städte des Landes sind die Hauptstadt Bogota, Medellin, Cali und Barranquilla.

Die Bevölkerung konzentriert sich weiterhin in den Andenkordillern, den Cauca- und Magdalenatälern und an der Atlantikküste, wo auf einer Fläche von 46% die meisten Departements mit 98% der Bevölkerung angesiedelt sind. Die Intendanten und Kommissariate machen 54% des Territoriums und 2% der Bevölkerung aus, sind also weiterhin fast unbewohnt.

Volkszählung 1985: Die Bevölkerung umfasst ca. 28 Millionen Personen. Die Dichte beläuft sich auf 24,48 Personen pro Quadratkilometer. Mehr als die Hälfte des Territoriums ist weiterhin unbevölkert. Der Konzentrationsprozess in den großen Städten verstärkt sich, 67,79% der Bevölkerung sind städtisch.

Es gibt eine ungleiche Verteilung der Bevölkerung im Territorium: Die bevölkerteste Zone ist mit 14,52% der Gesamtbevölkerung die Hauptstadt Bogota, gefolgt vom Departement Antioquia, das 14,18% umfasst, und Valle del Cauca mit 10,38%. Die entvölkertesten Zonen sind die Departements Caqueta mit 0,78%, Choco mit 0,89% und La Guajira mit 0,93% der Gesamtbevölkerung. Diese Departements liegen außerhalb der Andenzone und weisen mehrheitlich eine indigene bzw. afrostämmige Bevölkerung auf.

In den Hauptstädten konzentriert sich weiterhin die Bevölkerung: Barranquilla umfasst 62,76% der Gesamtbevölkerung des Departements, Armenia 47,69%, Cali 46,50%, Cartagena 41,03%, Cucuta 40,39%, Villavicencio 39,09% und Medellin 36,48%.

Volkszählung 1993: Das Land zählt 33.109.840 Einwohner, die Bevölkerungsdichte beträgt 29,09 Personen pro Quadratkilometer. Der Urbanisierungsprozess verstärkt sich. Die Bevölkerung in den Gemeindezentren (Gemeindehauptstädte) erreicht 71% und in den Hauptstädten 44,28%. Das Land verliert in Kolumbien weiterhin an Bevölkerung, dort leben nur noch 29% der Bevölkerung.

Nach der Verabschiedung der politischen Konstitution von 1991, die, wie bereits gesagt, noch in der Gegenwart gültig ist, wurden alle Intendanten und Kommissariate in Departements verwandelt,

sodass das Land 32 Departements und die Hauptstadt Bogota als Sonderdistrikt besitzt. Bogota umfasst 15% der Gesamtbevölkerung, Antioquia 13,12% und Valle del Cauca 10,07%. Die Bevölkerung jedes dieser Departements überschreitet drei Millionen Einwohner. Die Departements mit mehr als einer Million Einwohnern sind Atlantico, Cundinamarca, Santander, Bolivar, Nariño, Boyaca, Tolima, Cordoba und Norte de Santander. Die Departements mit der niedrigsten Bevölkerung sind diejenigen, die im Amazonasgebiet, in den Llanos Orientales und im Archipel San Andres, Providencia und Santa Catalina liegen.

Die größten Städte des Landes sind die Hauptstadt Bogota mit ungefähr fünf Millionen Einwohnern, gefolgt von Cali und Medellin mit jeweils mehr als eineinhalb Millionen Einwohnern.

Die Bevölkerung ist weiterhin hauptsächlich in den Andenkordillern, den interandinen Tälern und an der atlantischen Küste konzentriert. Es wird eine langsame Besiedlung des Ostfußes der Andenkordillere und die Entvölkerung der Hälfte des Territoriums der Llanos Orientales beobachtet.

Volkszählung 2005: In dem Land leben 42.888.592 Personen bei einer Bevölkerungsdichte von 37,68 Personen pro Quadratkilometer. Die Bevölkerungskonzentration in den Gemeindezentren schreitet voran, aber in langsamerem Rhythmus als bisher. 75,99% der Bevölkerung wohnen in Gemeindezentren bzw. urbanen Zonen und 24,01% im restlichen Land bzw. in ruralen Zonen.

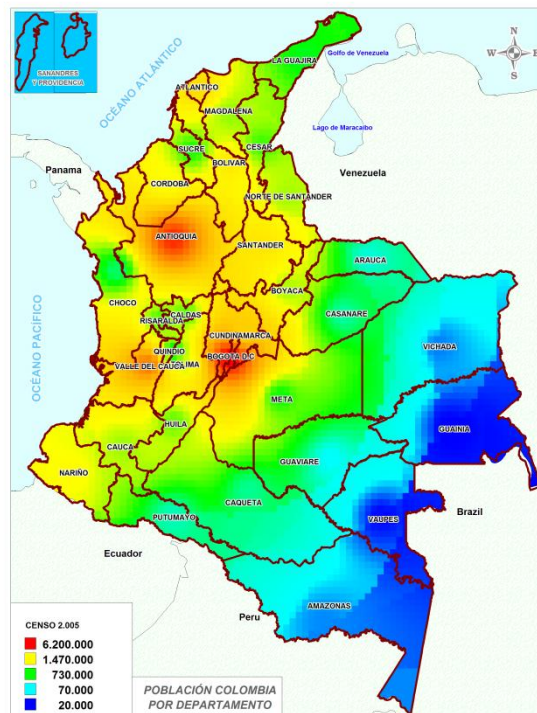
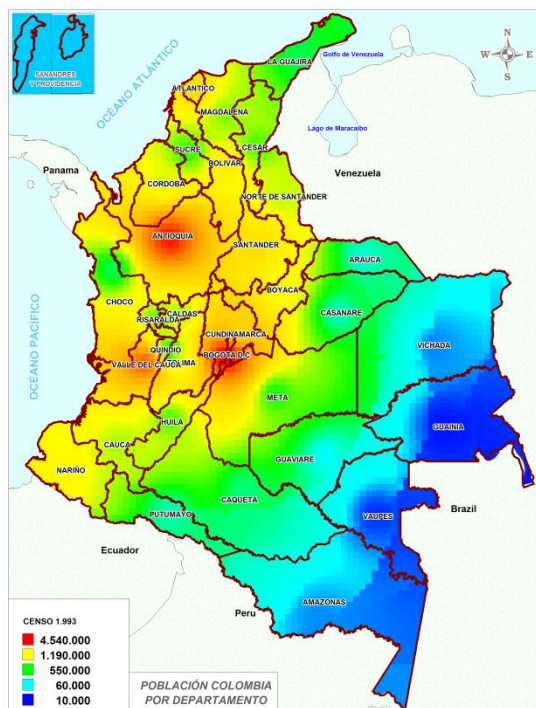
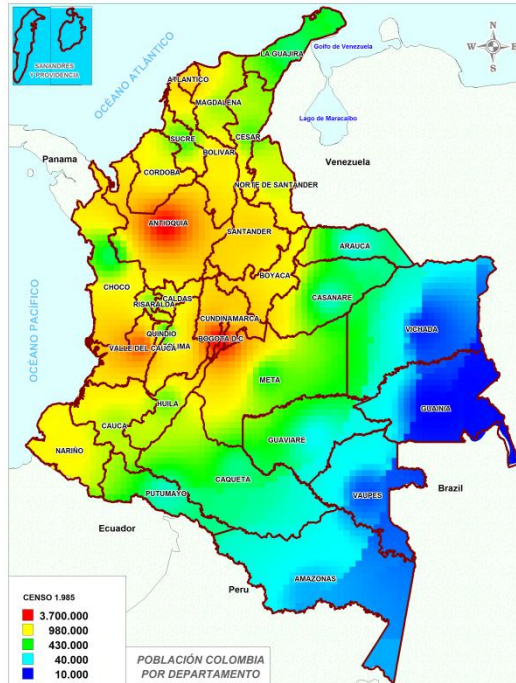
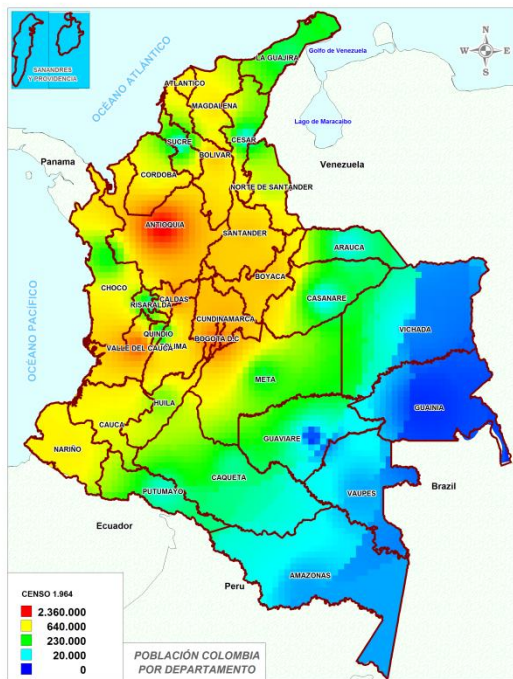
Die Bevölkerungsverteilung im Territorium ist weiterhin ungleich, sie konzentriert sich auf die Andenkordillern, auf die interandinen Täler und die Atlantikküste. Das restliche Land – vor allem die Urwälder von Choco und der Amazonazregion sowie die Feuchtsavannen der Llanos Orientales – bleibt weiterhin unbevölkert.

Bogota, die Hauptstadt, konzentriert mit 6.840.116 Einwohnern 16% der Gesamtbevölkerung und ist die territoriale Einheit mit der größten Bevölkerung. Es folgen nach Relevanz die Departements Antioquia (13,25%), Valle del Cauca (9,7%), Cundinamarca (5,32%) und Atlantico (5,05%). Die Departements mit der niedrigsten Bevölkerung sind Guainia (0,08%), Vaupes (0,09%), Vichada (0,13%), Amazonas, San Andres, Providencia und Santa Catalina (0,16%), Guaviare (0,22%), Arauca (0,54%), Casanare (0,69%), Putumayo (0,72%), Caqueta (0,98%) und Choco (1,06%).

Die Hauptstädte mit der größten Bevölkerung sind, nach Relevanz geordnet: Bogota, Medellín und Cali mit jeweils mehr als 2 Millionen Einwohnern und Barranquilla mit über einer Millionen Einwohnern. Es folgen eine Reihe mittlerer Städte mit einer Bevölkerung zwischen achthundert- und dreihunderttausend Einwohnern, wie Cartagena, Cúcuta, Bucaramanga, Ibague, Santa Marta, Pereira, Villavicencio, Manizales und Pasto, die das Land als eines mit besserer Bevölkerungsverteilung charakterisieren, indem die Regionen als Verwaltungszentren und Zentren ökonomischer Aktivität dynamisiert werden.

Die Departements mit der höchsten ruralen Bevölkerung sind, nach Relevanz geordnet, Nariño, Putumayo, Norte de Santander, Huila, Caldas, Valle del Cauca, Guainia, Amazonas, Boyaca, Vaupes und Choco, mit mehr als vierhunderttausend Personen. Die Departements mit den wenigsten ruralen Einwohnern sind Cordoba, Guaviare, Sucre, San Andres, Bogota, Antioquia, Cesar, Arauca, Cundinamarca y Tolima, mit weniger als hunderttausend Einwohnern.

Karten Nr. 2, 3, 4 und 5 Räumliche Verteilung der Bevölkerung 1964, 1985, 1993 und 2005



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an DANE Volkszählungen 1963, 1985, 1993 und 2005

Räumliche Verteilung der ethnische Minderheiten: Die Volkszählung des Jahres 2005 erbrachte wichtige Information zur ethnischen Zusammensetzung und Vielfalt des Landes. Darin wird nach der Selbsteinschätzung der Ethnie gefragt, der man angehört, wobei neben den physischen Merkmalen die gesprochene Sprache oder der Dialekt als Hauptindikatoren der kulturellen Differenzierung gebraucht werden. Die Ergebnisse zeigen, dass im Land fünf ethnische Minderheiten existieren, die indigene, die mit 1.387.641 Personen 3,37% der nationalen Gesamtbevölkerung ausmacht; die Roma, die mit 5.161 Personen 0,01% der Gesamtbevölkerung darstellen; die Raizales, die Bevölkerung von San Andres, Providencia und Santa Catalina repräsentieren mit 31.474 Personen 0,08% der Gesamtbevölkerung; die Palenqueros repräsentieren mit 7.604 Personen 0,02% der Gesamtbevölkerung; und die Schwarzen, Mulatten, Afrokolumbianer bzw. Afrostämmigen stellen mit 4.184.390 Personen 10,16% der Gesamtbevölkerung dar. Insgesamt repräsentieren die ethnischen Minderheiten 13,64% der nationalen Bevölkerung, während die restlichen 86,36% sich als Mestizen oder Weiße betrachten.

Nach dem Nationalen Statistischen Amt DANE (2007) leben im Land 87 identifizierte indigene Bevölkerungen. Sie sprechen 64 indigene Sprachen und eine Vielzahl an Dialekten, die in 13 Sprachfamilien gruppiert werden. Diese Völker sind in **Resguardos** organisiert, in "Territorien mit vom Gesetz bestimmten Grenzen, die von einer oder mehreren indigenen Bevölkerungen bewohnt werden, mit eigener sozialer Organisation und kollektiven unpfändbaren und unübertragbaren Besitzurkunden" (DANE 2007: 22), oder in **Indianerparzellen**, d. h. in "Gruppierungen amerikanisch-indianischer Herkunft, die sich ihrer Identität bewusst sind und kulturelle Werte, Merkmale, Bräuche und Gewohnheiten, Regierungsformen und eigene Ausbildungssysteme teilen, die sie von anderen Gemeinschaften unterscheiden, aber die nicht die Charakteristik der indigenen Resguardos haben, sondern individuelle oder Gemeinschaftsurkunden besitzen." (DANE 2007: 22); oder sie befinden sich in ruralen Zonen ohne legale Begrenzungen.

"In der Gegenwart existieren 710 beurkundete Resguardos, die in 27 Departements und in 228 Gemeinden des Landes liegen. Sie nehmen eine Landfläche von etwa 34 Millionen Hektar ein, 29,8% des nationalen Territoriums." (DANE 2007: 23).

Die **indigene** Bevölkerung befindet sich im ganzen nationalen Territorium, jedoch variiert die Anzahl der Individuen beträchtlich nach Departements. Nach zahlenmäßiger Bedeutung liegt das Departement La Guajira an erster Stelle. Es konzentriert mit 277.334 Indigenen die höchste Zahl indigener Bevölkerung, die 19,99% der nationalen indigenen Gesamtbevölkerung ausmachen. Es folgen Cauca mit 17,85%, Nariño mit 11,18%, Cordoba mit 10,49, Sucre mit 6,01% und Tolima mit 4,14%.

Die Departements, deren Mehrheit der Bevölkerung aus Indigenen besteht, sind: Guainia mit 61,80%, Vaupes mit 58,37%, La Guajira mit 42,83%, Amazonas mit 40,73%, Vichada mit 39,96%, Cauca mit 21,06%, Putumayo mit 19,07%, Choco mit 11,33%, Sucre mit 10,99 und Nariño mit 10,41%. Erkennbar ist der vorwiegend periphere räumliche Standort dieser Bevölkerung.

Die **schwarze Bevölkerung, Afrokolumbianer oder Afrostämmigen** von Kolumbien schließt die Gemeinschaften ein, die in San Andres und Providencia verwurzelt sind und die Gemeinschaft von San Basilio de Palenque. "Die Ersteren leben traditionellerweise in der westlichen Küstenregion, in Äquatorfeuchtwäldern, Flusseinzugsgebieten, Mündungsgebieten, Manglaren und Küstengebieten. Sie haben kulturellen Praktiken, die den afrikanischen Völkern, von denen sie abstammen, zu eigen sind, von denen sich die Musik, die religiösen Zeremonien und das Essen hervorheben; der Anbau des Landes hat grundsätzlich bäuerliche Wurzeln. In dieser Region befinden sich die 132 bis in die Gegenwart beurkundeten kollektiven Territorien der schwarzen Gemeinschaften, die ein

Territorium von 4.717.269 Hektar besitzen, was 4,13% des Bodens des Landes ausmacht..”. (DANE 2007: 23)

Die schwarze Bevölkerung lebt im ganzen nationalen Territorium zerstreut, jedoch gibt es bedeutende Konzentrationen bezüglich der Anzahl der Personen und diese sind nach Relevanz: Valle del Cauca mit 1.085.378 Personen, die 25,94% der gesamten schwarzen Bevölkerung repräsentieren und 26,94% der Bevölkerung des Departements; es handelt sich um das Departement mit dem höchsten schwarzen Bevölkerungsanteil Kolumbiens. Die Schwarzen stammen von den Sklaven ab, die hauptsächlich zur Arbeit in den Zuckerrohrhaciendas aus Afrika geholt worden waren; oder von jenen, die als Minensklaven aus den Nachbardepartements wie Cauca und Choco zuwanderten. Diese Bevölkerungsgruppe siedelte sich an der Pazifikküste an und wanderte später während der Phase des urbanen Wachstums und der industriellen Entwicklung der Städte in die Hauptstadt Cali ab, der drittgrößten Stadt des Landes. Dessen Departements folgt Antioquia mit 556.373 schwarzen Personen, die 13,30% der nationalen Gesamtbevölkerung ausmachen und 10% der Bevölkerung des Departements. Die schwarze Bevölkerung von Antioquia stammt von den Sklaven ab, die während der Kolonialzeit zur Minenarbeit geholt wurden. Das Departement Bolivar zählt 489.561 schwarze Personen, die 11,70% der nationalen Gesamtbevölkerung und 26,73% der Bevölkerung des Departements ausmachen; es steht an dritter Stelle hinsichtlich der Konzentration schwarzer Bevölkerung; ihre Herkunft hat damit zu tun, dass der Hafen der Hauptstadt Cartagena de Indias der wichtigste Sklavenhafen im nördlichen Südamerika war.

Auf Departementsniveau hat Choco mit 285.892 Personen 73,75% der Bevölkerung des Departements die größte schwarzen Bevölkerungszahl; es folgen Bolivar mit 26,73%, Valle del Cauca mit 26,94%, Cauca mit 21,45%, Nariño mit 18,06%, San Andrés mit 16,63%, Sucre mit 15,68% und Cordoba und La Guajira mit jeweils 12,82%.

Die **Palenqueros de San Basilio** bzw. **Cimarrones** haben eine kreolische Sprache auf spanischer Grundlage. Sie waren schwarze Sklaven, die geflohen waren und ihre eigenen Dörfer gebildet hatten. In der Gegenwart sind sie 7.604 Personen, die in den Departements der atlantischen Küste zu finden sind; 65,86% leben in Bolivar und 34,01% in Atlantico.

Die Ethnie **Raizal von San Andres, Providencia und Santa Catalina** hat eine kreolische Sprache, die auf Englisch basiert. Sie lebt im ganzen nationalen Territorium zerstreut, jedoch konzentrieren sich 75,73% der Raizale im Archipel; andere Orte der Konzentration sind Bogota mit 5,41%, Valle del Cauca mit 4,95%, Bolivar mit 3,58%, Atlantico mit 2,30% und Antioquia mit 1,86%. Man sieht, dass diese Bevölkerung hauptsächlich in die Departements mit größerer ökonomischer Dynamik, vor allem in deren Hauptstädte, abgewandert ist.

Die Ethnie **Roma oder Zigeuner** sprechen Romani oder Romanes und kamen mit Christoph Kolumbus auf seiner dritten Reise nach Amerika. Es ist eine ethnische Gruppe, die als letzte anerkannt wurde (Resolution Nr. 022 vom 2. September 1999). Die Roma befinden sich mehrheitlich im Departement Atlantico (48,98%), gefolgt vom Departement Valle del Cauca, das 23,52% umfasst, und der Hauptstadt Bogota in der 9,59% angesiedelt sind. Weitere 17,91% leben zerstreut in den Departements Bolivar, Boyaca, Cordoba, Nariño, Norte de Santander, Quindio, Santander, Sucre und Tolima.

Die Analyse der ethnischen Verteilung nach Departements ermöglicht es, zu identifizieren, dass Choco das einzige Departement ist, in dem die Bevölkerung mehrheitlich schwarz ist. Die Departements, deren Bevölkerung mehrheitlich indigen ist, sind La Guajira, Guainia und Vaupes. Die Departements, die eine signifikante Präsenz von zwei oder mehr Ethnien aufweisen, sind

Cauca, Nariño, Valle del Cauca, Putumayo, San Andres und Providencia, Amazonas und Vichada. Die anderen Departements weisen mehrheitlich eine weiße bzw. Mestizenbevölkerung auf.

3.3.1.2 Infrastruktur

Wohnungen und öffentliche Dienstleistungen: In der Volkszählung des Jahres 1973 erscheinen Informationen über die Wohnungen und die Infrastruktur der damit verbundenen öffentlichen Versorgungs-Dienstleistungen.

Die genutzten Wohnungen gehören in 53% der Fälle den Besitzern, von denen 79,41% ihre Wohnungen bereits ganz abbezahlt haben und 20,59% diese noch abzahlen. 29,08% der Haushalte sind Mieter und 10,94% Nutznießer. Auf urban-ruralem Niveau lassen sich hinsichtlich des Wohneigentums Unterschiede feststellen: 93,83% der Wohnungen der ruralen Haushalte befinden sich im Eigenbesitz, während nur 69% der Wohnungen der urbanen Haushalte Eigentum sind. Gleichzeitig gibt es auf ruraler Ebene weniger Mieter (11,7%) im Vergleich zur urbanen Ebene (39%). Auf dem Land gibt es mehr Nutznießer (20,76%) als in der Stadt (5,29%).

Der Haushaltsdurchschnitt pro Wohnung liegt bei 1,10, der Durchschnitt an Personen pro Wohnung liegt bei 6,50 Personen und der Durchschnitt an Personen pro Haushalt liegt bei 5,6 in urbane und bei 6 in ruralen Zonen.

Die Wohnungsqualität wird an der Qualität ihrer Baumaterialien gemessen. Die Wohnungen aus dauerhaften Materialien repräsentieren 46,15% der nationalen Gesamtzahl und davon befinden sich die meisten in den Gemeindezentren (63,17%). Die Wohnungen, deren Baumaterialien ganzheitlich aus nicht-dauerhaften Materialien bestehen, repräsentieren 14,37% des nationalen Gesamtwerts und die Mehrheit befindet sich in ruralen Zonen (27,54%), während sie in den urbanen Zonen nur 5,02% ausmachen.

Die Infrastruktur der öffentlichen Versorgung zeigt eine aufkeimende Entwicklung an, wobei auf nationaler Ebene nur 39,44% der Wohnungen Wasserversorgung, Kanalisation und Strom haben; 65,07% dieser Wohnungen befinden sich in den Gemeindezentren und nur 4,52% auf ruraler Ebene, was auf die Ungleichheit im Zugang zu der öffentlichen Versorgung in den beiden Zonen hinweist. Die Wohnungen mit keinerlei öffentlicher Versorgung repräsentieren 28,72% des nationalen Gesamtwerts, wovon die Mehrheit auf dem Land ist (59,22%).

Hinsichtlich der Wasserversorgung gibt es wegen der Einfachheit oder Schwierigkeit, mit der Wasserleitungsnetze gebaut werden können, große Unterschiede zwischen dem Land und der Stadt. Die Stadt hat 88,45% ihrer Wohnungen mit Leitungen verbunden, während auf dem Land nur 28,05% der Wohnungen mit Leitungen verbunden sind; auf ruraler Ebene wird mehrheitlich Fluss- oder Quellwasser (34,36%) und Brunnen- oder Zisternenwasser (28,93%) genutzt.

Eine gleiche Situation zeigt sich in Bezug auf die Sanitärversorgung, wonach 74,88% der urbanen Wohnungen mit der Kanalisation verbunden sind, während 73,32% der ruralen Wohnungen nicht verbunden sind; der Anschluss an Senkgruben macht 12,65% aus und an Klärgruben 5,62%; ans Kanalisationsnetz sind 8,41% der ruralen Wohnungen angeschlossen.

Die Versorgung mit elektrischem Strom hat auch eine viel größere Deckung in den Gemeindezentren (88,59%) als im Rest der Gemeinde (15,36%). Auf dem Land werden Wohnungen mit Petroleum oder Benzin (44,20%) oder mit Kerzen beleuchtet (40,44%).

68% der Haushalte haben 3 oder weniger Zimmer, die Haushalte mit 4 bis 5 Zimmern machen 21,67% aus, mit 6-9 Zimmern 9,19% und die Haushalte mit 10 und mehr Zimmern sind nicht sehr repräsentativ; im Durchschnitt haben die Haushalte 3 Zimmer. Die Verfügbarkeit eines, ausschließlich für die Küche bestimmten, Raumes ist etwas häufiger in der ruralen (83,39%) als in der urbanen Zone (74,13%), ebenso ist der Anteil der Haushalte ohne Küche auf ruraler Ebene häufiger (15,26%) als auf urbaner Ebene (12,75%). In den Städten verfügen 22% der Haushalte über einen Sanitäranschluss, während 8,69% gar keine Sanitärversorgung haben; auf dem Land verfügen 73,30% der Haushalte über keine über Sanitärversorgung.

Das bisher gesagte zeigt große Unterschiede in Bezug auf die Wohnungsqualität und den Zugang zu öffentlichen Versorgungsdienstleistungen zwischen den urbanen und den ruralen Zonen zugunsten der Ersten.

Volkszählung 1985: Die durchschnittliche Personenzahl pro Wohnung liegt bei 5,2. Die vorherrschende Wohnungsart ist das Haus (86,33%), die Appartements repräsentieren 13,10% der Wohnimmobilien und befinden sich hauptsächlich in den Gemeindezentren, wo sie etwa 20% ausmachen, d. h., dass eine von jeweils fünf Wohnungen in den Städten ein Appartement ist. In den ruralen Zonen gibt es weniger Appartements. Im Durchschnitt gibt es pro Wohnung 3,3 Zimmer, die Häuser sind mit durchschnittlich 3,4 Zimmern etwas größer, während die Appartements im Durchschnitt 2,9 Zimmer haben.

Hinsichtlich der Deckung mit öffentlichen Versorgungs-Dienstleistungen verfügen 56,80% der Wohnungen über Leitungswasser, Kanalisation und Energie, aber sie sind weiterhin in den Gemeindezentren konzentriert (78,31%), während die Wohnungen auf ruraler Ebene nur zu 8,13% mit den drei Grundleistungen versehen sind. Die Wohnungen, die über keinerlei öffentliche Haushaltsversorgung verfügen, liegen mehrheitlich in der ruralen Zone (51,15%) und stellen die Hälfte der Wohnungen dar, während in den urbanen Zonen nur 2,71% keinerlei öffentliche Dienstleistungen haben. Die an die Kanalisation angeschlossenen Wohnungen befinden sich mehrheitlich (80,75%) in den Gemeindezentren, während in den ruralen Zonen die Anschlüsse an Klär- und Jauchegruben vorherrschen oder keinerlei Sanitäranlage zur Verfügung steht (60,57%).

Das vorherrschende Baumaterial der Wände der Wohnungen sind Ziegelsteine, Blöcke oder Lehmziegel (75,59%); diese Materialien dominieren in den Gemeindezentren, während sich auf ruraler Ebene Bahareque (mit Lehm gefüllte Fachwerkstruktur) und Holz abwechseln. Überwiegend werden für die Böden Fliesen, Zement, Marmor, Kunststoff oder ähnliches verwendet, zu 78,22% in den Gemeindezentren, auf ruraler Ebene zu 40,90%, gefolgt von Häusern mit Wohnungen, die Böden aus festgestampfter Erde haben (40,76%).

In Kolumbien dominieren die Eigentumswohnungen, die 67,60% der Gesamtwohnungen darstellen, und diese Tendenz gibt es sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Mietwohnungen machen 23,60% der Gesamtwohnungen aus und befinden sich hauptsächlich in den Gemeindezentren (21,53%), während sie auf ruraler Ebene eher selten sind (2,06%).

Volkszählung 1993: Die V. Wohnungszählung brachte die folgenden Ergebnisse: Die vorherrschende Wohnungsart ist in Kolumbien weiterhin das Haus, das 80,71% ausmacht. Es folgen die Appartements, die 13,21% repräsentieren und in den Gemeindezentren dominieren (12,90%). Die traditionellen Indianerhäuser stellen 0,70% dar. 90,29% der Wohnungen beherbergen einen Haushalt, 6,52% zwei Haushalte. Die Wohnungen mit 3 oder mehr Haushalten sind wenig repräsentativ. Nach Zonen getrennt sieht man, dass auf dem Land ein Haushalt pro Wohnung dominiert, während es in den Gemeindezentren zwei oder mehr Haushalte pro Wohnung gibt.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit öffentlicher Haushaltsdienstleistungen verfügen 61,57% der erfassten Wohnungen über Energie, Wasserversorgung sowie Kanalisation und diese befinden sich mehrheitlich in den Gemeindezentren bzw. urbanen Zonen (58,08%), während nur 3,50% in ruralen Zonen sind, was auf den ungleichen Zugang zu diesen Grundversorgungen hinweist. Die Wohnungen ohne jegliche öffentliche Versorgung stellen 10,44% der Gesamtzahl dar und befinden sich in der ruralen Zone (9,15%).

Ein öffentlicher Dienst, der eine weite Reichweite aufweist, ist die Müllabfuhr, die 60,88% der urbanen Wohnungen erreicht. Die Wohnungen mit Telefonanschluss machen 33,39% aus und befinden sich in der urbanen Zone (32,55%). Die Deckung auf dem Land ist niedrig (0,83%), was auf eine Isolationssituation der ländlichen Bevölkerung hinweist.

Die vorherrschenden Baumaterialien der Wände der kolumbianischen Wohnungen sind unabhängig von Land oder Stadt Ziegelsteine, Blöcke oder Lehmziegel (72,44%), d. h. Materialien, die sich beim Wohnungsbau auf Kosten von anderen traditionellen Materialien wie Bahareque (10,42%), Stampflehm oder Lehmziegel (8,11%) und Rohholz (6,77%) durchgesetzt haben. Bei dem Boden gibt es kein dominierendes Material. Am häufigsten ist er aus Zement (39,27%), der auf eine unfertige Wohnung hinweist. Andere Materialien wie Fliesen, geschliffenes Holz, Teppich machen 38,26% aus und weisen auf die Fertigstellung der Wohnung hin; 14,57% entsprechen Erd- oder Sandböden und weisen auf prekäre Wohnungsbedingungen hin.

Die allgemeinste Wohnungsform ist in Kolumbien die komplett abgezahlte Eigentumswohnung (54,43%), eine Situation, die einer kulturellen Tradition entspricht, die, im Volksmund ausgedrückt, Folgendes bedeutet: "Ein eigenes Haus zu haben, ist kein Reichtum, aber kein Haus haben, ist große Armut." 9,07% der Wohnungen sind eigene Wohnungen, die aber von ihren Besitzern noch abbezahlt werden; 27,75% sind gemietete Wohnungen. Nach Zonen getrennt ist zu sehen, dass die völlig abgezahlten Wohnungen in den ruralen Zonen vorherrschen. Die Zimmerzahl wiederum verteilt sich zu 20% auf Wohnungen mit zwei Zimmern, zu 20% auf Dreizimmerwohnungen und zu 20% auf Vierzimmerwohnungen, ausschließlich Küche, Bad und Garage. 75,91% der Wohnungen haben vier oder weniger Zimmer. Die Einzimmerwohnungen machen 10% in den urbanen Zonen und nur 3,10% in den ländlichen Zonen aus.

In den urbanen Zonen ist die Toilette mit Wasserspülung die hauptsächliche Sanitäreanlage (66,55%), während in den ländlichen Zonen die Wohnungen ohne jegliche Sanitäreanlage vorherrschen (11,42%). Die Wohnungen verfügen zu 80,59% über einen Ort, der ausschließlich zum Kochen bestimmt ist, in 6,07% der Fälle wird im Hof, Gang oder an freier Luft gekocht, in 4,12% der Fälle wird im Schlafzimmer selbst gekocht, was hauptsächlich in urbanen Zonen (3,58%) der Fall ist. In den urbanen Zonen ist die wesentliche Energiequelle zum Kochen das Gas (34,91%), gefolgt von elektrischem Strom (27,64%) und Petroleum, Benzin, Kerosin oder Brennspiritus (7,84%). In ruralen Zonen ist die Hauptenergiequelle das Brennholz (17,52%), gefolgt von elektrischem Strom (2,83%). Der Hauptzugang zu Wasser zum Kochen ist in den urbanen Zonen der Wasserleitungsanschluss (70,25%), in den ruralen Zonen ist der Hauptwasserzugang nach Relevanz geordnet: die Wasserleitung (9,44%), der Fluss, der Bach oder die Quelle (8,14%) und der Brunnen oder die Zisterne (6,25%).

Volkszählung 2005: 69,70% der Wohnungen sind Häuser, 24,80% sind Appartements, 5,50% sind Zimmer oder andere. 93,60% der Wohnungen verfügen über die Versorgung mit elektrischem Strom, 83,40% über Wasserleitungsanschluss, 73,10% über Kanalisation, 40,40% über Naturgas und 53,70% über einen Telefonanschluss. Man sieht gegenüber den bisherigen Daten eine erweiterte Deckung mit Naturgas und Telefonanschluss.

Die großen Unterschiede in Bezug auf den Zugang zu den Dienstleistungen zwischen urbaner und ruraler Zone bestehen weiter: 67,77% der Wohnungen in den Gemeindezentren verfügen über die drei Grunddienstleistungen: elektrischen Strom, Leitungswasser und Kanalisation, dagegen nur 23,14% der Wohnungen in der ruralen Zone. Was das Leitungswasser betrifft, verfügen nur 10,90% der ruralen Wohnungen über diese Dienstleistung. Naturgas kommt nur zu 0,49% in die ruralen Wohnungen, da das eine Leistung ist, die auf die städtischen Zonen konzentriert ist. Telefon haben nur 2,06% der ruralen Wohnungen.

Der Durchschnitt der Haushalte pro Wohnung ist 1,02 und die durchschnittliche Personenzahl pro Wohnung ist 3,99. Die Wohnungen mit drei und mehr Haushalten sind wenig repräsentativ.

Kommunikationsinfrastruktur. Im Land fehlt eine Eisenbahn- und Straßennetz um die Verbindung zwischen den verschiedenen Regionen miteinander zu erleichtern.

3.3.2 Bevölkerung

Nach dem historischen Überblick des Statistischen Amtes DANE zur Entwicklung der administrativen politischen Aufgliederung des Landes zählte die Republik **im Jahr 1824** 2.583.799 Einwohner, darunter 203.831 Indigene, die 8% der Bevölkerung ausmachten, und 102.902 Sklaven, die 4% repräsentierten. Diese Zahlen bestätigen einerseits die aus drei Ethnien zusammengesetzte Basis der kolumbianischen Gesellschaft und andererseits den drastischen Prozess der Abnahme der indigenen Bevölkerung, der mit der Entdeckung einsetzte und der Conquista und später der Kolonisation des Territoriums Fortschritt.

In der **Volkszählung des Jahres 1951** zählte das Land 11.548.172 Einwohner; in eineinviertel Jahrhunderten nahm die Bevölkerung 4,5-mal zu, die 127.980 Indigenen repräsentierten jedoch nur 1% der Bevölkerung und befanden sich in den Departements Cauca, Choco, Nariño und Boyaca, sowie in den Intendanzen und Kommissariaten, in Urwaldzonen und den Zonen schwierigen Zugangs. Die afrostämmige Bevölkerung wird nicht erwähnt. Die Hauptstadt Bogota D. E. repräsentierte mit 648.324 Einwohnern 5,6% der Gesamtbevölkerung und kann im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Hauptstädten wie Mexico, Rio de Janeiro und Buenos Aires, die über zwei Millionen Einwohner hatten, als klein betrachtet werden.

Die Verteilung nach Geschlechtern war mit 50% pro Geschlecht ausgeglichen, jedoch werden kleine Unterschiede zwischen Stadt und Land beobachtet, da in den Gemeindezentren etwas mehr Frauen (54%) als Männer (46%) leben, während in den ruralen Zonen mehr Männer (52%) als Frauen (48%) leben. In der ruralen Zone der Intendanzen ist die Situation noch kritischer, wo 58% Männer und nur 42% Frauen angetroffen werden.

Die rural-urbane Verteilung weist darauf hin, dass Kolumbien in der Mitte des XX. Jahrhunderts mit 61% ruraler Bevölkerung noch ein rurales Land ist, besonders in den Intendanzen und den Kommissariaten sowie den Departements wie Boyaca (90,3%), Choco (86,8%), Cauca (82,7%), Nariño (80,4%), Huila (72,4%), Tolima (71,3%) und Santander (70,4%). Die Departements mit einem höheren Bevölkerungsanteil in urbanen Zonen sind Atlantico (90,7%), Cundinamarca (50,8%) und Valle del Cauca (50,1%).

Die Bevölkerungspyramide stellt die Figur eines demografischen Vor-Übergangs dar: ein großer Bevölkerungsanteil der unter 15-Jährigen, der 41% der Gesamtbevölkerung ausmacht, und ein geringer Bevölkerungsanteil der über 60- Jährigen, die nur 4,6% repräsentieren, was auf eine hohe Geburten- und eine hohe Sterberate hinweist.

Der Anteil der Kolumbianer, die im Ausland geboren sind, ist unbedeutend und macht weniger als 5% aus, ebenso der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Kolumbien, die nur 0,4% der Gesamtbevölkerung darstellt. Die Hauptherkunftsorte sind Europa (40%) mit Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich; Südamerika (38%) mit Venezuela und Ecuador. Aus Asien bilden die Libanesen die repräsentativste Gruppe. Nordamerikaner machen nur 7,5% der gesamten ausländischen Bevölkerung aus.

Die Ergebnisse der **Volkszählung des Jahres 1964** zeigen auf, dass das Land 17.484.508 Einwohner zählte. Die nationale Wachstumsrate betrug 31,96 im Vergleich mit dem Jahr 1951.

In dieser Periode fällt das schnelle Wachstum der Hauptstädte auf, die verglichen mit dem nationalen Wachstum höhere Wachstumsraten aufweisen. Die Hauptstadt Bogota D. E. hat mit 67,74 und einer Bevölkerung, die 9,71% der Gesamtbevölkerung ausmacht und sich in 13 Jahren verdoppelte, die höchste Wachstumsrate des Landes. Ebenso verdoppelte sich die Bevölkerung der Städte Cali, die eine Wachstumsrate von 63,25 präsentierte, Santa Marta, die mit einer Rate von 61,85 wuchs, Medellín, die eine Wachstumsrate von 60,07 aufwies, Bucaramanga mit einer Rate von 55,83 und Cucuta 54,15. Die anderen Hauptstädte hatten die folgenden Wachstumsraten: Cartagena (48,98), Barranquilla (44,80), Neiva (44,63), Manizales (43,74), Villavicencio (43,47), Popayan (41,47), Ibague (39,11) Monteria (38,21) und Tunja (34,16). Die einzigen Hauptstädte, die unter dem nationalen Durchschnitt wuchsen, waren Pasto (25,39) und Quibdo (22,41).

Auf der Ebene der Hauptstädte der Intendanzen war San Andres (108,53) die Stadt, die am meisten wuchs, gefolgt von Riohacha (70,03); unter dem nationalen Durchschnitt befanden sich Florencia (14,66) und Arauca (6,46). Die Hauptstädte der Kommissariate mit Wachstumsraten über dem nationalen Durchschnitt waren San Felipe und Mitu (47,97) und Mocoa (32,53). Unter dem nationalen Durchschnitt befanden sich Puerto Carreño (14,80) und Leticia (10,58).

Die Verteilung nach Geschlechtern ist ausgeglichen: 49% Männer und 51% Frauen. Es wird jedoch ein kleiner Unterschied in der Verteilung nach Orten festgestellt, denn in den Gemeindezentren repräsentieren die Frauen 53%, während sie im Rest der Gemeinden 48% ausmachen.

Die Bevölkerung unter 14 Jahren macht 46,64% der Bevölkerung aus, die Bevölkerung zwischen 15 und 59 Jahren 48,41% und die Bevölkerung über 60 Jahren 4,94%. Die Basis der Pyramide ist sehr breit und die Spitze sehr schmal, wobei eine Bevölkerung vor dem demografischen Wandel angedeutet wird.

In dieser Volkszählung gibt es keine Angaben zur indigenen Bevölkerung.

Die **Volkszählung des Jahres 1973** zeigt, dass die kolumbianische Bevölkerung weiter anwächst und 20.785.235 Einwohner erreicht hat.

Die indigene Bevölkerung repräsentiert mit 383.629 Personen 1,8% der Gesamtbevölkerung und konzentriert sich hauptsächlich in den Departements (71,98%). Die Departements mit den meisten Indigenen sind Cauca (23,36%), Nariño (23,22%) und La Guajira (22,89%); weitere Departements mit indigener Bevölkerung sind Antioquia, Boyaca, Caldas, Cesar, Choco, Magdalena, Meta und Norte de Santander. In den Intendanzen und Kommissariaten in der Amazonasregion und in den Llanos Orientales leben 28,02% der restlichen indigenen Bevölkerung, die in diesen Territorien den größten Bevölkerungsanteil ausmachen.

Über die afrostämmige Bevölkerung gibt es keine Angaben.

Die Geschlechterverteilung bleibt ausgeglichen, die Männer repräsentieren 49% und die Frauen 51%. 44,19% der Bevölkerung sind unter 15 Jahren, 50,79% zwischen 15 und 59 Jahren und 5,02% über 60 Jahren. Dies weist auf eine an der Basis breite Bevölkerungspyramide mit hohen Geburtenraten und geringer Bevölkerung an der Spitze, was auf eine hohe Sterberate und eine niedrige Lebenserwartung hinweist.

Volkszählung 1985: Das Land hat 27.867.326 Einwohner, 49% Männer und 51% Frauen; die Frauen bilden eine kleine Mehrheit in den Gemeindezentren (52,49%) gegenüber den ruralen Zonen (46,99%). Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau beträgt 3,2 – merklich unter den Werten von 1973, die 5,5 betragen.

Indigene Bevölkerung: Die indigene Bevölkerung repräsentiert mit 237.759 Personen etwa 1% der Gesamtbevölkerung und konzentriert sich hauptsächlich in den Resguardos in den Departements Cauca, Nariño, La Guajira und Caldas. Die restliche indigene Bevölkerung lebt zerstreut in den Indendancen und Kommissariaten in der Amazonasregion oder den Llanos Orientales.

Die wichtigsten Ethnien, in Zahlen gemessen, sind: die Paez, die Embera, die Quillacinga, die Guajira oder Wayuu und die Sinu oder Zenu; diese 5 Ethnien repräsentieren 63% der Gesamtbevölkerung der 78 Ethnien, die im Land leben.

Die Verteilung nach Geschlechtern beträgt 51% Männer und 49% Frauen. Die Bevölkerungspyramide ist an der Basis breit und schmal an der Spitze und beginnt, ab 30 Jahre abzunehmen.

36,86% der Bevölkerung sind ledig, 34,96% verheiratet, 7,04% leben in eheähnlicher Gemeinschaft, 4,5% sind verwitwet, 1,55% leben getrennt.

Die Familien bestehen aus dem Familienoberhaupt, seiner Ehefrau oder Partnerin, sowie seinen Kindern und Enkeln. Nur in 4,18% der Haushalte gibt es weitere Verwandte oder Familienangehörige, d. h., dass das Familienmodell nuklear und nicht größer ist. Das bestätigt die Wohnungsart, die mehrheitlich eine Einfamilienwohnung ist (92,78%), gegenüber der Mehrfamilienwohnung, die nur 7,22% ausmacht.

47,25% der indigenen Bevölkerung sind Analphabeten, 41,44% sind Analphabeten in der spanischen Sprache, 0,66% in der Indianersprache und 6,19% sind zweisprachige Analphabeten.

In der indigenen Bevölkerung herrscht die Primarschulbildung vor (44,84%), die Sekundarschulbildung macht 2,98% aus und die Hochschulbildung 0,10%. Diese Indikatoren liegen weit unter den nationalen Durchschnittswerten.

75,90% der Wohnungen der indigenen Bevölkerung haben keine Sanitärleistungen. Das vorherrschende Baumaterial der Wände der Wohnungen ist Bahareque, Guadua, Schilfrohr, Holz, die Baumaterialien der Dächer sind Stroh und Tonziegeln.

Volkszählung 1993: Das Land zählt 33.109.840 Personen, von denen 49% Männer und 51% Frauen sind. Der Anteil der Frauen ist leicht höher in den urbanen (52%) als in den ruralen Zonen (47%).

Indigene Bevölkerung: Die indigene Bevölkerung zählt 744.048 Einwohner, die 2,25% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Sie befinden sich hauptsächlich in den Departements Cauca, Putumayo, La Guajira, Nariño, Guaviare, Chocó, Caldas und Cordoba.

Volkszählung 2005: Die Gesamtbevölkerung beträgt 42.888.592 Personen, 49% Männer und 51% Frauen, je nach Gebiet variiert der Frauenanteil und ist etwas höher in den Gemeindezentren (52%) als in den ruralen Zonen (47%).

Diese Volkszählung fragt das erste Mal nach der ethnischen Zugehörigkeit auf der Basis der Selbsteinschätzung der Personen, wobei 3,4% sich als Indigene sehen, 10,5% erkennen sich als Schwarze, Mulatten, Afrokolumbianer oder Afrostämmige, 0,1% identifizieren sich als Raizale von San Andres, Providencia und Santa Catalina und 0,01% als Roma.

31,01% der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt, 60,09% befinden sich zwischen 15 und 59 Jahren und 8,90% sind über 60 Jahre alt. Die Bevölkerungspyramide beginnt an der Basis schmaler zu werden, was auf die Geburtenreduktion hindeutet, und zeigt eine Erweiterung der Spitze, was eine Erhöhung der Lebenserwartung bedeutet – Ergebnis der verbesserten Gesundheitsbedingungen.

Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau über 12 Jahren beträgt 2,09, was auf eine beträchtliche Reduktion der Kinderzahl hinweist, die sich auf 2 Kinder pro Familie standardisiert hat. Die Städte weisen einen Durchschnitt von 1,94 Kindern pro Frau auf; in den ruralen Zonen sind es 2,68 Kinder.

3.3.3 Familien und Haushalte

Volkszählung 1951: Hinsichtlich des Personenstandes sind 67,6% Personen ledig, 22,6% verheiratet, 3,5% verwitwet, 5,3% leben in freien Beziehungen und 1% getrennt. Diese Struktur zeigt sich sowohl in den Gemeindezentren wie in den restlichen Zonen und stellt eine traditionelle Gesellschaft mit einem geringen Anteil an freien Beziehungen und Trennungen dar.

Die Familien bestehen durchschnittlich aus 5,75 Personen, die meisten haben zwischen 6 und 8 Personen (28,94%), gefolgt von Familien mit 9 bis 12 Personen (14,03%) und denjenigen mit 5 Personen (13,08); d. h., dass 56% der gesamten Familien 5 oder mehr Personen haben. Die Familien mit 13 oder mehr Personen sind wenig signifikant (3,53%), ebenso wie die Einpersonenfamilien, die nur 6,44% darstellen.

3,35% der Bevölkerung leben in nicht-familiären Gruppen, d. h. als Personen, die in Gemeinschaften leben, die keine Verwandtschaftsbeziehung aufweisen, wie Kasernen, Konvente, Hotels, Schulen oder Krankenhäuser.

Volkszählung 1964: Der Personenstand weist die folgende Verteilung auf: 68,4% der Bevölkerung sind ledig, 23,2% verheiratet, 2,9% verwitwet, 4,7% leben in freier Lebensgemeinschaft und 0,7% sind getrennt. Dies deutet auf eine traditionelle Gesellschaft mit wenigen freien Lebensgemeinschaften und wenigen Trennungen hin. Die gleiche Struktur wiederholt sich auf urbaner wie auf ruraler Ebene; die Ausnahme ist eine kleine Zunahme der freien Lebensgemeinschaften im Rest der Gemeinden (5,7%) im Vergleich zu den Gemeindezentren (3,8%).

Die ausländische Bevölkerung repräsentiert 0,42% der Bevölkerung, was eine niedrige ausländische Präsenz und Einflussnahme im Land anzeigt. Die Länder, aus denen die meisten Einwanderer kommen, sind: Venezuela (16.224), Ecuador (10.126), USA (7.561), Spanien (7.424), Deutschland (3.893), Italien (2.893), Brasilien (2.267) und Panama (2.208). Die Präsenz von Personen aus Asien, Afrika und Ozeanien ist wenig repräsentativ, Ausnahme sind die Libanesen (1.146).

Das Bevölkerungswachstum ergibt sich aus der natürlichen Reproduktion und internen Migration, die externe Migration ist unbedeutend.

Die durchschnittliche Personenzahl pro Familie beträgt 5,85; die repräsentativste Personenzahl pro Familie liegt bei 5 Personen und macht 13,48% aus, gefolgt (nach Relevanz geordnet) von den Familien mit 6 Personen, die 13,11% betragen, die Familien mit 4 Personen, die 12,29% darstellen, und Familien mit 7 Personen, die 11,53% ausmachen. Die Einpersonenfamilien sind mit 4,51% weiterhin in der Minderheit.

6,8% der Bevölkerung leben in nicht-familiären Gruppen, d. h., wie bereits gesagt, dass sie keine Verwandtschaftsbeziehung miteinander haben, sondern der Bevölkerung angehören, die in Kasernen, Konventen, Gefängnissen und Krankenhäusern leben.

Volkszählung 1973: 67,1% der Bevölkerung sind ledig, 23,2% verheiratet, 5,2% lebt in freier Lebensgemeinschaft, 2,8% ist verwitwet und 1% getrennt oder geschieden. Nach Geschlecht gibt es eine Mehrheit von Witwen (2,2%) und getrennter bzw. geschiedener Frauen (0,7%), was auf alleinstehende Frauen als Familienoberhäupter hinweist. Dieser Anteil ist gleich in der urbanen wie in der ruralen Zone.

In dieser Volkszählung werden Tabellen mit besonderen Informationen zu Frauen über 15 Jahren dargestellt. Hinsichtlich der Kinderzahl kann gesagt werden, dass Frauen mit Kindern in der Mehrheit sind (59,38%), die Frauen ohne Kinder repräsentieren 22,11% und befinden sich häufiger in den Gemeindezentren (16,80%) als in der ruralen Zone (5,31%).

Beim Bildungsniveau und der Kinderzahl pro Frau im Alter von 15 und mehr Jahren ist zu sehen, dass die Anzahl der Kinder pro Frau mit dem Bildungsniveau abnimmt. Jedoch gibt es keinen Unterschied zwischen Frauen ohne Bildung und denjenigen, die eine Primarschulbildung haben, vielmehr besteht ein klarer Unterschied zwischen den Frauen mit Sekundarschulbildung und denen mit Hochschulbildung. Das könnte bedeuten, dass die Primarschulbildung nicht ausreichend dafür ist, dass eine Frau die Entscheidung trifft, weniger Kinder zu haben.

52% der Haushalte bestehen aus 5 oder weniger Personen. Die Einpersonenhaushalte machen 5,96% aus. Auf urban-ruraler Ebene ist zu beobachten, dass der Anteil Einpersonens- bis Vierpersonenhaushalte in den Gemeindezentren leicht höher ist als auf dem Land. Ab den Fünfpersonenhaushalten variiert der Anteil und steigt in der ruralen Zone leicht an.

Volkszählung 1985: In Bezug auf den Personenstand sind 46,30% Bevölkerung ledig, 32% verheiratet, 12,8% in freier Lebensgemeinschaft lebend, 4% verwitwet, 3,3% getrennt bzw. geschieden. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau beträgt 3,2, merklich unter 5,5 der Volkszählung von 1973, was auf den Beginn des demografischen Wandels hindeutet.

Volkszählung 1993: 40% der Bevölkerung sind ledig, 29,36% verheiratet, 20,58% leben in freier Lebensgemeinschaft, 4,63% geschieden, 4,38% verwitwet. Nach Geschlechtern gibt es weniger ledige Frauen (37%) als Männer (43%) und mehr getrennte bzw. geschiedene Frauen (6,39%) und Witwen (6,81%) als Männer (2,75% bzw. 1,04%). Im Vergleich zur Volkszählung von 1985 gibt es eine Zunahme der freien Lebensgemeinschaften (7,78%).

56% der Haushalte bestehen aus 4 oder weniger Personen. Der Durchschnitt der Personen pro Haushalt beträgt 4,62. Die durchschnittliche Kinderzahl der weiblichen Bevölkerung über 12 und mehr Jahren liegt bei 3,8.

Volkszählung 2005: Der Personendurchschnitt pro Haushalt beträgt 3,92, er ist leicht niedriger in den Gemeindezentren (3,84) und höher in den ruralen Zonen (4,22). 66,7% der Haushalte bestehen aus 4 oder weniger Personen.

63,10% der Bevölkerung sind in der gleichen Gemeinde geboren, 36,70% sind in einer anderen Gemeinde geboren, womit eine hohe interne Migration angezeigt wird, die hauptsächlich auf familiäre (46,8%) und ökonomische Gründe, wie Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche, zurückgeht (15,7%), aus Bildungsgründen migrieren 4,40% der Fälle und die Lebensbedrohung aufgrund der Probleme der öffentlichen Ordnung macht 4,20% aus.

Der Anteil der im Ausland geborenen Personen macht nur 0,3% aus. Nur 2,8% der Haushalte haben Mitglieder, die im Ausland leben. Das deutet auf den geringen äußeren Einfluss auf das Land hin, wohl wegen des Fehlens einer hohen ausländischen Migration oder wegen des Fehlens einer Bevölkerung mit Migrationserfahrung.

Nach dem Personenstand sind 44,90% der Bevölkerung ledig, 23% verheiratet, 21% sind nicht verheiratet, leben aber seit mehr als zwei Jahren in freier Lebensgemeinschaft, 2% leben nicht verheiratet in weniger als 2 Jahre dauernder freier Lebensgemeinschaft, 5% sind getrennt bzw. geschieden und 4,2% sind verwitwet.

Die Verwandtschaft der Haushaltsmitglieder zeigt auf, dass 17,99% der Familienoberhäupter Männer sind und 7,68% der Familienoberhäupter Frauen; die Kinder oder Stiefkinder repräsentieren 41,81% der Bevölkerung, 15,87% sind Eheleute, 6,41% Enkel, 3,16% weitere Verwandte. Das deutet auf das Vorherrschen der nuklearen Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kindern hin, die hohe Präsenz von Enkeln und die niedrige Präsenz von Schwiegersöhnen und -töchtern weist auf ledige Mütter oder Väter hin, die mit ihren Kindern in ihrem Elternhaus leben.

6,33% der Bevölkerung leiden an mindestens einer Behinderung. Die gewöhnlichste sind Sehbeschränkungen (2,73%), gefolgt von Bewegungs- bzw. Gehproblemen (1,87%) und Hörproblemen (1,10%). Die Behinderungen sind häufiger in den Gemeindezentren als in den restlichen Zonen und beeinträchtigen häufiger die Bevölkerung über 45 Jahre.

3.3.4 Bildung und Ausbildung

Volkszählung 1951: Im Jahre 1951 konnten 42,54% der Bevölkerung über 7 Jahre in Kolumbien weder lesen noch schreiben. In den Gemeindezentren (urbane Zonen) waren 75,14% der Bevölkerung Alphabeten und 24,86% Analphabeten, wobei Frauen mit 14,97% in der Gruppe der Analphabeten überrepräsentiert sind. Im Rest (ruraler Zone) sind 54,61% der Bevölkerung Analphabeten und 45,39% Alphabeten; es gibt 5% mehr männliche Analphabeten als weibliche; unter den Analphabeten sind die Anteile ähnlich für beide Geschlechter.

1951 hatten 42% der Bevölkerung irgendeine Bildung auf irgendeinem Niveau der formalen Bildung bekommen: Grundschule, Sekundarschule und Hochschule; von dieser Bevölkerung hatten 86,4% Personen irgendein Grundschulniveau erreicht, 11,04% irgendein Sekundarschulniveau und 1% irgendein Hochschulniveau. 98% der gebildeten Bevölkerung befinden sich in den Departements, 1% in den Intendanten und 0,6% in den Kommissariaten, wobei das Verhältnis gleich ist wie das der Bevölkerung. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung hatten 41% der Bevölkerung der Departements irgendein Bildungsniveau, 40% der Intendanten und 19% der Kommissariate.

Der Bevölkerungsanteil nach Geschlechtern, der irgendein formelles Bildungsniveau aufweist, zeigt schon in diesem Jahr die gleiche Bildung der Frauen (50%) und der Männer (50%) in den Niveaus der Grund- und Sekundarschulbildung. Auf dem Niveau der Hochschulbildung jedoch liegen die Frauen mit 15% weit unter den Werten der Männer, die 85% betragen.

Die Bevölkerung, die irgendeine Ausbildung hat, repräsentiert 0,6% der Gesamtbevölkerung, was auf eine niedrige Entwicklung technischer und technologischer Schulung hinweist. 99% der Bevölkerung mit irgendeinem Ausbildungsniveau befinden sich in den Departements, 0,7% in den Intendanten und 0,3% in den Kommissariaten.

Volkszählung 1964: Nach dieser Volkszählung waren 64,21% der Bevölkerung im Alter über 7 Jahren Alphabeten, das heißt, sie konnten lesen und schreiben, und 35,79% waren Analphabeten. Nach Geschlechtern ist der Anteil der Analphabeten und Alphabeten auf nationaler Ebene ausgeglichen, es gibt jedoch Unterschiede zwischen urbaner und ruraler Zone. In den Gemeindezentren liegt der Anteil der Frauen, die Alphabeten sind (53,10%), über dem der Männer (46,90%). Ähnlich ist der Anteil der Analphabeten (56,09%). In der restlichen Zone oder ruralen Zone gibt es einen größeren Anteil Männer, die Alphabeten sind (53,67%), als Frauen (46,33%), während der Analphabetismus zwischen den beiden Geschlechtern etwa gleich verteilt ist: Männer 50,43% und Frauen 49,57%.

Das Bildungsniveau der Primarschulstufe weist 84,59% der Bevölkerung auf, das Sekundarschulniveau 11,19% und Hochschulniveau 1,13%. Nach Geschlechtern sind die Anteile für das Primarschulniveau gleich verteilt, je höher jedoch das Bildungsniveau ist, Sekundarschulniveau und Hochschulniveau, desto mehr nimmt der Anteil der Frauen im Vergleich zu den Männern ab. Auf räumlicher Ebene weisen die Gemeindezentren einen größeren Anteil von Personen mit Sekundar- und Hochschulbildung als die restlichen bzw. ruralen Zonen auf. Nach Geschlechtern haben die Gemeindezentren einen höheren Anteil von Frauen auf allen Bildungsniveaus als die ruralen Zonen.

3,09% der Bevölkerung haben an anderen Ausbildungen nicht formeller Bildung teilgenommen, dabei repräsentieren die Frauen einen größeren Anteil als die Männer, sowohl auf nationaler Ebene als auch auf räumlicher Ebene in den Gemeindezentren und in den restlichen Zonen.

Im Jahre 1964 gab es im Land nur 52.070 Akademiker mit Universitätsabschluss; die repräsentativsten Berufe waren: Anwälte 21,51%, Ärzte 17,59%, Wirtschaftsprüfer 10,03%, Krankenpfleger 9,34%, Bauingenieure 8,01%, Zahnärzte 5,68%, Ökonomen 4,5%, Architekten 4,25%, Chemiker 2,37% und Chemieingenieure 2,31%. Die anderen Berufe waren weniger repräsentativ. Wie man sieht, fehlen im Land Humanressourcen, die befähigt sind, die wissenschaftliche und technologische Entwicklung des Landes zu fördern.

Volkszählung 1973: Der Rückgang des Analphabetismus schreitet fort. In diesem Jahr beträgt der Analphabetenanteil der Bevölkerung 24,90%, d. h. jede 4. Person. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind wenig relevant, was auf Geschlechtergleichheit bei der Alphabetisierung hindeutet. Die urban-ruralen Unterschiede sind bedeutend, der Analphabetismus ist nämlich in den ruralen Zonen viel höher (39,29%) als in den urbanen Zonen (16,11%).

In Bezug auf das Bildungsniveau haben 52,45% der Bevölkerung eine Primarschulbildung, nur 2,02% haben einen Sekundarschulabschluss, 1,07% haben eine 4-jährige oder kürzere Hochschulbildung und 0,58% eine 5-jährige oder längere Hochschulbildung. Das ist ein Hindernis für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung des Landes.

Der Anteil der Frauen mit einem, bis zur Sekundarschule reichenden Bildungsniveau, ist etwas höher als der der Männer, bei der Hochschulbildung liegen sie darunter (16,97%).

Die Gemeindezentren weisen eine größere Deckung in den verschiedenen Bildungsniveaus als die restlichen bzw. ruralen Zonen auf.

Volkzählung 1985: Der Analphabetismus ist in den Gemeindezentren auf 6,8% und in den ruralen Zonen auf 23,60% gesunken, jedoch hat der Unterschied zwischen urban-ruraler Zone nicht abgenommen.

Was die abgeschlossenen Bildungsniveaus betrifft, hat 10% der Bevölkerung keine formelle Bildung, 41,40% haben Primarschulbildung, 25,60% Sekundarschulbildung und 4,40% Hochschulbildung. Obwohl Fortschritte in der formellen Bildung zu sehen sind, sind die Niveaus weiterhin niedrig, um die wissenschaftliche und technologische Entwicklung des Landes voranzutreiben.

Volkzählung 1993: Was am meisten hervorsteicht, ist die Verminderung des Analphabetismus auf dem Land, denn er ist von 23,60% im Jahre 1985 auf 6,62% im Jahre 1993 gesunken.

Der Schulbesuch ist in den urbanen Zonen höher (23,74%) als in den ruralen (6,36%), nach Geschlechtern wird kein bemerkenswerter Unterschied festgestellt.

Das Bildungsniveau zeigt, dass 9,75% der Bevölkerung kein formelles Bildungsniveau aufweisen, 32,68% der Bevölkerung haben eine unvollständige Primarschulbildung und befinden sich sowohl in den Gemeindezentren (19,30%) als auch in den ruralen Zonen (13,38%). 22,68% der Bevölkerung haben eine unvollständige Sekundarschulbildung und befinden sich zu 19,90% in den urbanen Zonen und zu 2,78% in den ruralen Zonen. Die Bevölkerung mit kompletter Sekundarschulbildung repräsentiert nur 7,86% und befindet sich mehrheitlich in den urbanen Zonen (7,28%). Die Bevölkerung mit Hochschulbildung stellt 7,02% dar und befindet sich mehrheitlich in den Städten (6,81%).

In der Volkszählung von 1993 gibt es keine Information zu den nicht-formellen Ausbildungsniveaus.

Volkzählung 2005: Der Analphabetismus beträgt 8,9% für die Bevölkerung ab 5 Jahren und 8,4% für die Bevölkerung ab 15 Jahren. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind hoch, während der Analphabetismus in der Stadt bei 6% liegt, liegt er auf dem Land bei 18%.

Der Schulbesuch ist in den Gemeindezentren auch höher (66,70%) als in den restlichen Zonen (52,6%).

Hinsichtlich des, von der Bevölkerung erreichten, Bildungsniveaus ist zu sehen, dass 10,20% keinerlei Bildungsniveau haben, 4,7% haben Vorschulbildung, 37,20% Primarschulbildung, 31,8% Sekundarschulbildung, 3,9% eine mittlere technische Ausbildung, 0,20% Lehrerseminarausbildung und 11,90% Hochschulbildung oder einen Postgraduiertenabschluss.

Nach Gebieten hat die Bevölkerung der Gemeindezentren bessere Bildungsniveaus. Die Personen, die keine Bildung haben, machen 7,09% aus, während es in den ruralen Zonen 19,42% sind, in den Gemeindezentren leben 14,71% der Personen, die eine Hochschulbildung haben, während es in den ruralen Zonen nur 3,26% sind.

Nach Geschlechtern sind die Unterschiede nicht signifikant zwischen Männern und Frauen, die Frauen repräsentieren sogar eine leichte Mehrheit in den formellen Bildungsniveaus, besonders in der Hochschulbildung, bei der die Männer 5,29% und die Frauen 6,34% erreichen.

Nach Ethnien getrennt weist die indigene Bevölkerung im Vergleich mit dem nationalen Niveau, das bei 10% liegt, den größten Anteil an Personen ohne irgendein Bildungsniveau auf (28,76%). Ebenso weist sie niedrige Werte bei der Sekundarschulbildung, der mittleren technischen Bildung und der Hochschulbildung auf. Die Bevölkerung der Roma und der Raizales hat im Vergleich mit dem nationalen Durchschnitt höhere Werte beim Bildungsniveau, während die Palenqueros und die Schwarzen niedrigere Werte als den nationalen Durchschnitt haben.

3.3.5 Erwerbstätigkeit

Volkszählung von 1951: Nach der Volkszählung von 1951 machte die ökonomisch aktive Bevölkerung, die aus 3.755.609 Personen bestand, 33,4% der Gesamtbevölkerung aus, d. h. ein Drittel. Von dieser Bevölkerung waren 98,82% beschäftigt und 1,18% arbeitslos, d. h., dass es in dieser Zeit kein Arbeitslosenproblem gab.

Die ökonomisch aktive Bevölkerung bestand mehrheitlich aus Männern, die 81,3% ausmachten, während die Frauen 18,7% ausmachten.

Nach Aktivitätsbereich und nach Relevanz war die Bevölkerung beschäftigt in: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang (53,87%), Dienstleistungen (15,93%), Verarbeitungsindustrie (12,27%), Handel (5,43%), andere Aktivitäten (3,59%), Bau (3,54%), Transport, Kommunikationen und Lagerung (3,46%), extraktive Industrie (1,63%) sowie Elektrizität, Gas, Wasser und Sanitärdienstleistungen (0,28%).

Bezüglich der abhängigen Bevölkerung ist der Anteil nach ökonomischem Aktivitätenbereich ähnlich wie der Vorherige: An erster Stelle stehen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang – Aktivitäten, denen 55,08% der Bevölkerung nachgehen. Danach kommen, geordnet nach Relevanz: andere Aktivitäten (11,48%), Verarbeitungsindustrie (10,05%), Dienstleistungen (9,56%), Handel (5,35%), Bau (3,51%), Transport, Kommunikationen und Lagerung (3,38%), extraktive Industrie (1,30%) sowie Elektrizität, Gas, Wasser und Sanitärdienstleistungen (0,29%).

Nach der Beschäftigungsposition waren 32,99% Arbeiter, 23,69% unabhängig Arbeitenden, was in Anbetracht des niedrigen Bildungsniveaus der Bevölkerung handwerkliche Aktivitäten bedeutet und nicht die Ausübung freier Berufe, 19,51% Angestellte, 10,28% Arbeitgeber, 8,28% mithelfende Familienangehörige und 5,25% andere. Im Vergleich zu den Männern nimmt die Frau mehrheitlich die Beschäftigungsstellung der Hausangestellten ein (50,81%), gefolgt von der Position der unabhängig Arbeitenden (18,14%), der mithelfenden Familienangehörigen (10,93%), der Arbeiterin (7,13%) und der Arbeitgeberin (6,51%).

Die **ökonomisch inaktive Bevölkerung** besteht aus 7.472.900 Personen, die 66,6% der Gesamtbevölkerung repräsentieren. In dieser Gruppe sind mit 66,2% mehrheitlich Frauen, die sich dem Haushalt widmen, Minderjährige, Studentinnen, ältere oder behinderte Frauen. Die Männer machen 33,8% aus und sind hauptsächlich Minderjährige, Studenten oder ältere Männer.

Auf jede ökonomisch aktive Person kommen zwei abhängige, inaktive Personen.

Volkszählung 1964: Die Ergebnisse dieser Volkszählung zeigen, dass die Bevölkerung im Arbeitsalter aus Personen im Alter von 12 Jahren und mehr besteht und 60,95% der

Gesamtbevölkerung ausmacht. Die ökonomisch aktive Bevölkerung repräsentiert 48,18% der Gesamtbevölkerung und wird mehrheitlich von Männern (79,90%) und zu einem geringen Teil von Frauen (20,10%) gebildet. Die beschäftigten Personen sind in der gleichen Anzahl wie die ökonomisch aktive Bevölkerung, die beschäftigungs- bzw. arbeitslosen Personen (4,90%) sind zu 83,12% Männer und zu 16,88% Frauen.

Nach der Beschäftigungsposition sind 30,63% Arbeiter, 26,64% Angestellte, 24,99% unabhängig Arbeitende, 8,19% mithelfende Familienangehörige und 8,18% Arbeitgeber. Die Männer sind mehrheitlich Arbeiter und die Frauen Hausangestellte und unabhängig Arbeitende. Die Frauen sind als Arbeiterinnen (6,40%) und Arbeitgeberinnen (8%) unterrepräsentiert.

Die ökonomischen Hauptaktivitäten des Landes sind die Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang, die 47,27% der Gesamtaktivität ausmachen und von denen 46,20% der Gesamtbevölkerung abhängen. Die zweitwichtigsten ökonomischen Aktivitäten sind die Dienstleistungen, die 18,04% repräsentieren, es folgen die Verarbeitungsindustrie mit 12,78% und der Handel mit 8,58%.

Die Männer sind in allen ökonomischen Aktivitäten mit Ausnahme der Dienstleistungen, in denen der Anteil der Frauen 59,59% beträgt, mehrheitlich vertreten. Der Anteil der Frauen ist gering in Aktivitäten wie der Landwirtschaft (4,78%), im Bau (1,57%), in Transport, Kommunikationen und Lagerung (6,43) sowie in Elektrizität, Gas, Wasser und Sanitärdienstleistungen (7,74%).

Der Anteil der ökonomisch aktiven Bevölkerung nach ökonomischem Aktivitätsbereich präsentiert die folgenden Charakteristiken: Den ersten ökonomischen Aktivitätsbereich bilden Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang, wobei die Landwirtschaft mit 99,10% die wichtigste Aktivität ist und auf nationaler Ebene 46,85% repräsentiert. Im Bereich der extraktiven Industrien, die auf nationaler Ebene wenig repräsentativ sind (1,58%), ist die Extraktion von metallischen Mineralen mit 44,47% die Wichtigste.

Bei den Verarbeitungsindustrien, die auf nationaler Ebene 12,78% ausmachen, ist die Wichtigste die Produktion von Schuhen, Kleidung und anderen aus textilen Produkten hergestellten Artikeln (23,36%), es folgt die Manufakturindustrie von Nahrungsmitteln (11,26%), die Konstruktion von Transportmaterialien (10,13%), die Herstellung von Möbeln und Zubehör (9,67%) und die Textilindustrie (9,51%). Wie zu sehen ist, ist dies eine Grundindustrie.

Der Bau stellt 4,30% dar, die Elektrizität, Gas, Wasser und Sanitärdienstleistungen repräsentieren 0,26%, der Handel 8,58%, die Dienstleistungen 18,04%. Unter diesen ragen die Hausarbeit (52,76%), die öffentlichen Dienstleistungen (19,74%) und die Regierungsdienstleistungen (21,70%) hervor.

Die **ökonomisch inaktive Bevölkerung** (bzw. erwerbslose Bevölkerung) macht 51,82% der Gesamtbevölkerung aus und wird mehrheitlich von Frauen gebildet (80,96%) und zu 19,04% von Männern. Auf nationaler Ebene sind die Inaktiven hauptsächlich Minderjährige (44,77%), gefolgt von Personen, die sich dem Haushalt widmen (29,46%), Studenten (20,41%), älteren Menschen (1,85%), Behinderten und in Asylen Lebenden (0,82%) sowie Pensionäre bzw. Rentner (0,39%). Nach Geschlechtern sind die ökonomisch untätigen Männer vor allem Minderjährige, Studenten, Ältere und Behinderte. Kein einziger Mann widmet sich den Aktivitäten des Haushalts, denn das ist eine ausschließliche Aktivität von Frauen, die auch Minderjährige bzw. Schülerinnen oder Studentinnen sind.

Von jeder ökonomisch aktiven Person hängen 2,41 Personen ab.

Volkszählung 1973: In dieser Volkszählung nimmt die Bevölkerung im Arbeitsalter wegen der Herabsetzung des Mindestalters von 12 Jahren auf 10 Jahre zu und beträgt in diesem Jahr 69,18%. 86,83% sind beschäftigt und 13,17% unbeschäftigt.

Die ökonomisch aktive Bevölkerung besteht mehrheitlich aus Männern (73,88%), die Frauen repräsentieren 26,12%. Der Unterschied ist beträchtlich auf ruraler Ebene, wo nur 13,52% der Frauen ökonomisch aktiv sind, während es in den Gemeindezentren 33,74% sind.

Nach Aktivitätsbereich stellt die Landwirtschaft, in der 34,26% der Bevölkerung beschäftigt sind, den repräsentativsten dar, es folgen die Dienstleistungen mit 19,61%, die Industrie mit 13,49% und der Handel mit 11,89%.

3,06% der Haushalte haben Industrien in ihren Wohnungen, von denen sich die Mehrheit in urbanen Zonen befindet (74,82%). Diese Industrien beschäftigen durchschnittlich 2 Personen. Diese Industrien widmen sich hauptsächlich textilen Arbeiten und Lederarbeiten (34,64%), der Nahrungsmittelverarbeitung (22,50%) und der Holzverarbeitung und Möbelherstellung (9,54%).

Diese Volkszählung erbringt keine detaillierte Information zur Beschäftigung.

Volkszählung 1985: Die ökonomisch aktive Bevölkerung repräsentiert 49,40% der Gesamtbevölkerung. Davon sind 68,3% Männer und 31,6% Frauen.

Nach Beschäftigungsposition sind 3,70% Chefs bzw. Arbeitgeber, 5,9% mithelfende Familienangehörige ohne Lohn, 24,5% unabhängig Arbeitende, 25,50% Arbeiter, 30,60% Angestellte und 5,7% Hausangestellte.

Die ökonomisch inaktive Bevölkerung besteht mehrheitlich aus Frauen, die sich dem Haushalt widmen (22%), Studenten (14,10%), Inaktive (9,8%); Ruheständler bzw. Pensionäre (1,10%) und Rentner (0,6%).

Die nationale Arbeitslosenrate beträgt 4,3%, wobei diese in den Städten höher (5,46%) als auf dem Land (1,86%) ist. Nach Geschlechtern sind signifikante Unterschiede hinsichtlich der Arbeitslosenrate ersichtlich, die die Männer ebenso wie die Frauen erfasst, wobei die urban-ruralen Unterschiede signifikant sind.

Hinsichtlich des Bildungsniveaus der beschäftigten Bevölkerung haben 11,5% keinerlei Bildungsniveau, sie sind im Allgemeinen Männer, die auf dem Land arbeiten. 49,2% haben Primarschulbildung und sind Männer oder Frauen, die in der Stadt und auf dem Land arbeiten, 29,8% haben Sekundarschulbildung und sind Männer und Frauen, die in den Städten arbeiten, und 7,7% haben Hochschulbildung, die mehrheitlich Männer sind, die in den Städten arbeiten.

Volkszählung 1993: Etwas mehr als 11,5 Millionen Personen bilden die ökonomisch aktive Bevölkerung, die 49,86% der Gesamtbevölkerung repräsentiert. 74,13% dieser Bevölkerung leben in den Gemeindezentren bzw. urbanen Zonen und 25,87% in den ruralen Zonen. Nach Geschlechtern getrennt, besteht die wirtschaftlich aktive Bevölkerung aus 32,94% Männern und 14,20% Frauen.

Die beschäftigte Bevölkerung macht 45,07%, die nicht beschäftigte 2,6% der ökonomisch aktiven Bevölkerung aus.

Das Bildungsniveau der Bevölkerung im Arbeitsalter stellt sich, nach Bedeutung geordnet, wie folgt dar: unvollständige Sekundarschule (27,76%), unvollständige Primarschule (25,96%), Primarschule abgeschlossen (17,63%), Sekundarschule abgeschlossen (9,77%), keinerlei Bildung (8,03%), Hochschulbildung (8,74%).

Das Bildungsniveau der ökonomisch aktiven Bevölkerung stellt sich, nach Bedeutung geordnet, wie folgt dar: unvollständige Primarschule (12,46%), unvollständige Sekundarschule (11,61%), Primarschule abgeschlossen (8,81%), Sekundarschule abgeschlossen (6,28%), Hochschule (6,14%) und keinerlei Bildung (3,71%). Dies bedeutet, dass die Arbeiten, die die Mehrheit der Bevölkerung ausführt, keine technische oder höhere Ausbildung voraussetzen.

Je nach Beschäftigungsposition ist die ökonomisch aktive Bevölkerung nach Bedeutung wie folgt verteilt: Arbeiter oder Angestellte (56,60%), auf eigene Kosten Arbeitende (23,72%), Chefs oder Arbeitgeber (6,96%), Hausangestellte (3,88%) und unbezahlte mithelfende Familienangehörige (2,08%).

Die auf eigene Kosten Arbeitenden können als Personen betrachtet werden, die im informellen Wirtschaftssektor beschäftigt sind, da sie nicht über die notwendigen Ausbildungsniveaus verfügen, die für die freiberufliche Berufsausübung notwendig ist.

Nach Gebieten der wirtschaftlichen Aktivität ist die Bevölkerung nach Relevanz in den folgenden Sektoren verteilt: Dienstleistungen (22,6%), Landwirtschaft und Viehzucht (20,27%), Handel (16,35%), Manufakturindustrie (10,08%).

In den Gemeindezentren oder urbanen Zonen finden die wichtigsten ökonomischen Aktivitäten statt: die Dienstleistungen (28,29%), der Handel (20,92%) und die Manufakturindustrie (12,49%). Nach Geschlechtern sieht man, dass die Männer mehrheitlich in der Landwirtschaft und der Viehzucht (4,97%) tätig sind, das heißt, Tagelöhner, die in den Städten leben, aber sich aufs Land begeben, wenn es Arbeit gibt, im Bau (5,84%), in Transport und Lagerung (3,82%) und in Immobilienaktivitäten (3,21%). Die Frauen sind mehrheitlich in Aktivitäten tätig wie: Hotels und Restaurants (1,28%), Lehren (2,8%) und Hausarbeit (4,05%).

In den ruralen Zonen sind die ökonomischen Hauptaktivitäten: die Landwirtschaft und die Viehzucht (62,05%), die Dienstleistungen (6,5%), die Manufakturindustrie (3,26%), das Minenwesen (2,85%) und der Handel (3,4%). Nach Geschlechtern ist eine klare Arbeitsteilung festzustellen: die Männer widmen sich zu 60% der Landwirtschaft und der Viehzucht, die Frauen, die 12,51% der ökonomisch aktiven Bevölkerung repräsentieren, üben eine große Reihe von ökonomischen Aktivitäten aus.

Die wirtschaftlich inaktive Bevölkerung macht 50% der Bevölkerung im Arbeitsalter bzw. ab 12 Jahren aus und besteht zu 24,57% aus Frauen, die im Haushalt tätig sind, 19,69% Studenten, 1,34% behinderte Personen und 1,26% Rentner.

Volkzählung 2005: Die ökonomisch aktive Bevölkerung umfasst 39,52% der Gesamtbevölkerung und die inaktive 56,11%. Die ökonomisch aktive Bevölkerung besteht zum größten Teil aus Männern, die 25,42% repräsentieren, während die Frauen 14,10% repräsentieren. 36,56% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung sind beschäftigt, 2,96% sind nicht beschäftigt bzw. suchen Arbeit.

In den Gemeindezentren befinden sich 29,04%, der größte Teil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, auf dem Land 7,53%. In den ruralen Zonen gibt es größere Geschlechtsunterschiede

als in der urbanen Zone. Hier ist der Anteil der beschäftigten Frauen 11,73%, während die Männer 17,30% ausmachen, auf dem Land repräsentieren die beschäftigten Männer 6,23%, während die Frauen nur 1,29% darstellen.

87% der Wirtschaftseinheiten befinden sich in den Gemeindezentren und 12,68% auf dem Land. Diese Einheiten beschäftigen in 34,49% der Fälle nur 1 Angestellten, in 46,72% Fällen zwei Angestellte, womit es sich um die Repräsentativsten handelt. Die Einheiten mit 6-10 Angestellten machen 7,70% aus, die Einheiten mit 11-20 Angestellten weisen 3,26% auf und diejenigen mit 21-50 Angestellten 1,95%. Die Einheiten mit mehr als 50 Angestellten sind wenig repräsentativ und befinden sich vorwiegend in den Gemeindezentren.

Im Industriesektor sind 942.502 Personen beschäftigt, die in 159.930 Wirtschaftseinheiten verteilt sind. Dieser Sektor besitzt die Struktur kleiner Wirtschaftseinheiten, wobei die meisten die Größe von 10 Arbeitern und weniger haben (88,91%), die 37,96% der Bevölkerung dieses Sektors ausmachen; die Einheiten mit 11-50 Personen (5,21%) machen 18,77% der Bevölkerung aus, die mit 21-50 Arbeitern (1,95%) betragen 10,59%, die mit 51-200 (0,94%) machen 15,54% aus, die mit 201-500 (0,20%) betragen 10,44% und die mit mehr als 501 Arbeitern (0,10%) machen 17,30% aus.

Der Handel beschäftigt in 750.400 Wirtschaftseinheiten 1.870.291 Personen. Die Handelswirtschaftseinheiten haben mehrheitlich (96,86%) 10 oder weniger Arbeiter. In ihnen werden 69,80% der in diesem Sektor engagierten Bevölkerung beschäftigt.

Die Dienstleistungen beschäftigen in 490.817 Wirtschaftseinheiten 2.405.620 Personen. 85,47% dieser Einheiten haben 10 oder weniger Arbeiter und beschäftigen 40,58% der Menschen, 3,09% haben 11-21 Arbeiter und beschäftigen 9,28% der Menschen, 1,82% haben 21-50 Arbeiter und beschäftigen 11,83% der Menschen, 0,86% haben 51-200 Arbeiter und beschäftigen 16,34% der Menschen, 0,14% haben 201-500 Arbeiter und beschäftigen 8,57% der Menschen und 0,06% haben 501 oder mehr Arbeiter und beschäftigen 13,39% der Menschen.

Das Land hat 1.741.362 landwirtschaftliche Einheiten, die sich in 33,32% der Fälle gemischten Aktivitäten der Landwirtschaft und Tierhaltung widmen, 6,27% widmen sie sich nur landwirtschaftlichen Aktivitäten, 13,04% dieser Einheiten widmen sich nur der Tierhaltung und 20,06% realisieren keinerlei Aktivität.

3.3.6 Einkommen

In den offiziellen Berichten der Volkszählungen werden keine Informationen zum Einkommen präsentiert. Das Nationale Statistische Amt (DANE) führte jedoch eine Einkommens- und Ausgabenumfrage 2006-2007 mit Daten der Projizierung der Bevölkerung der Volkszählung von 2005 durch, deren Ergebnisse im Folgenden präsentiert werden.

Einkommensempfänger pro Haushalt: Die durchschnittliche Einkommensempfängerzahl pro Haushalt ist 1,67, dieser Durchschnitt nimmt in dem Maße zu, wie die Mitglieder der Haushalte zunehmen, so hat ein Zweipersonenhaushalt im Durchschnitt 1,34 Einkommensempfänger; ein Dreipersonenhaushalt 1,53, ein Vierpersonenhaushalt 1,71, ein Fünfpersonenhaushalt 1,86 und ein Haushalt, der aus sechs oder mehr Personen besteht 2,43. Diese Struktur ist auf urbaner wie ruraler Ebene gleich.

Einkommensverteilung nach Haushaltsdezilen: Die in den Haushalten zur Verfügung stehenden Monatseinkommen in laufender Währung, die nach dem, der Ausgabeneinheit zur Verfügung

stehenden Einkommen in laufender Währung, in Dezilen geordnet werden, zeigen eine ungleiche Verteilung dieser selbst, empfängt doch das 1. Dezil 0,4% der Einkünfte, das 2. Dezil 1,9%, das 3. Dezil 3,1%, das 4. Dezil 4,2%, das 5. Dezil 5,3%, das 6. Dezil 6,8%, das 7. Dezil 9%, das 8. Dezil 12%, das 9. Dezil 17,3% und das 10. Dezil 40% der verfügbaren Einkünfte.

Das Missverhältnis der Verteilung zwischen den extremen Dezilen ist offenkundig und altbekannt. Das Durchschnittseinkommen des 10. Dezils beträgt das 91,81-Fache des Durchschnittseinkommens des 1. Dezils. In Bezug zum Durchschnittseinkommen der restlichen Dezile stellt sich das des 10. Dezils wie folgt dar: Es beträgt das 20,81-Fache des 2., das 12,81-Fache des 3., das 9,59-Fache des 4., das 7,58-Fache des 5., das 5,87-Fache des 6., das 4,48-Fache des 7., das 3,33-Fache des 8. und das 2,32-Fache des 9. Dezils.

Das Hochsteinkommen des 1. Dezils betrug 133.333 Peso monatlich, während das Hochsteinkommen des 10. Dezils 46.614.167 Peso monatlich betrug, d. h. das 350-Fache des Einkommens des 1. Dezils.

Auf ruraler Ebene gibt es auch eine ungleiche Einkommensverteilung nach Dezilen. Das 1. Dezil empfängt 0,6% des Einkommens, das 2. Dezil empfängt 2,4%, das 3. Dezil empfängt 3,8%, das 4. Dezil empfängt 4,9%, das 5. Dezil empfängt 6,4%, das 6. Dezil empfängt 7,9%, das 7. Dezil empfängt 9,4%, das 8. Dezil empfängt 11,7%, das 9. Dezil empfängt 16% und das 10. Dezil empfängt 36,9% des Einkommens.

Es besteht eine ungleiche Einkommensverteilung auf urbaner und ruraler Ebene. Das Durchschnittseinkommen des 10. Dezils in den Gemeindezentren beträgt 2,69-mal das Durchschnittseinkommen des ruralen 10. Dezils; das Hochsteinkommen des 10. Dezils in den Gemeindezentren ist 4,91-mal das Hochsteinkommen des ruralen 10. Dezils. Im Allgemeinen sind die Durchschnittseinkommen der städtischen Dezile doppelt so hoch wie die der ländlichen Dezile.

Das durchschnittliche Monatseinkommen der ruralen Zone beträgt 457.659 Peso, das der urbanen Zone beträgt 1.182.675 Peso, also das 2,58-Fache des Ruralen. Das Hochsteinkommen beträgt in der ruralen Zone 9.497.673 Peso und in den Gemeindezentren 46.614.167 Peso, d. h. das 4,9-Fache des ruralen Einkommens.

Ausgabenverteilung nach Haushaltsdezilen: Die Verteilung der monatlichen Ausgaben der Haushalte in laufender Währung, die nach dem der Ausgabeneinheit zur Verfügung stehenden Einkommen in laufender Währung geordnet werden, zeigt die gleiche ungleiche Struktur wie bei den Einkommen. Die monatlichen Hochstausgaben in laufender Währung sind auf nationaler Ebene 18.127.910 Peso, die durchschnittlichen Ausgaben sind 998.804 Peso. In den Gemeindezentren betragen die Hochstausgaben 18.127.910 Peso, die Durchschnittsausgaben 1.153.928 Peso, in der restlichen Zone bzw. ruralen Zone betragen die Hochstausgaben 6.265.788 Peso, die Durchschnittsausgaben 417.780 Peso. Ebenso wie bei den Einkünften haben die Ausgaben in den Gemeindezentren mehr als doppelt so hohe Werte wie die ruralen Zonen.

Nach Dezilen werden in den Gemeindezentren im 1. Dezil 4,9% der Ausgaben getätigt, im 2. Dezil 4,4%, im 3. Dezil 5,2%, im 4. Dezil 6,5%, im 5. Dezil 7,4%, im 6. Dezil 8,5%, im 7. Dezil 9,8%, im 8. Dezil 12,4%, im 9. Dezil 15% und im 10. Dezil 25,9%.

In den restlichen bzw. ruralen Zonen sind es nach Dezilen im 1. Dezil 5,4% der Ausgaben, im 2. Dezil 6,7%, im 3. Dezil 7,8%, im 4. Dezil 7,9%, im 5. Dezil 8,2%, im 6. Dezil 8,9%, im 7. Dezil 9,9%, im 8. Dezil 11,1%, im 9. Dezil 13,7% und im 10. Dezil 20,5%.

Quelle der Monatseinkommen der Ausgabeneinheiten: 48,33% der Einkünfte entstehen aus der Hauptarbeit der Lohnempfänger, 23,33% entstehen aus der Hauptarbeit der Unabhängigen, 1,74% entstehen aus Nebenarbeit der Lohnempfänger und der Unabhängigen, 1,69% entstehen aus der Arbeit der Arbeitslosen, 0,05% entstehen aus der Arbeit der Inaktiven, 3,15% entstehen aus Kapitaleinkommen, 12,72% entstehen aus Einkommen durch Überweisungen und 8,98% entstehen aus Gelegenheitseinkommen.

Verhältnis von Einkommen und Bildungsniveau der Haushaltsoberhäupter: Bei der Analyse der Information zum Bildungsniveau des Haushaltsoberhauptes und den Einkommen ist ersichtlich, dass bei den niedrigen Einkommen eine klare Struktur unabhängig vom Bildungsniveau existiert. Andererseits stehen die höchsten Einkommen in einer direkt proportionalen Beziehung zum Bildungsniveau: je höher das Bildungsniveau, desto höher das Einkommen.

85,74% der Haushaltsoberhäupter ohne irgendein Bildungsniveau verdienen weniger als zwei Mindestlöhne, 61,90% verdienen weniger als einen Mindestmonatslohn. 87,45% der Haushaltsoberhäupter mit unvollständiger Primarschulbildung verdienen weniger als drei Mindestlöhne, 81,44% der Haushaltsoberhäupter mit Primarschulabschluss verdienen weniger als drei Mindestlöhne, 79,16% der Haushaltsoberhäupter mit unvollständiger Sekundarschulbildung verdienen weniger als drei Mindestlöhne, 68,59% der Haushaltsoberhäupter mit Sekundarschulabschluss verdienen weniger als drei Mindestlöhne und 35,53% der Haushaltsoberhäupter mit Hochschulbildung verdienen weniger als drei Mindestlöhne, 58,60% verdienen weniger als 5 Mindestlöhne.

Die Einkommen über 15 Mindestlöhnen konzentrieren sich auf 67% der Haushaltsoberhäupter mit Hochschulbildung, die Einkommen über 20 Mindestlöhnen konzentrieren sich auf 83% der Haushaltsoberhäupter mit Hochschulbildung. Diese Einkommenskategorie ist weniger repräsentativ in der Bevölkerung ohne jegliches Bildungsniveau mit unvollständiger Primarschulbildung und Primarschulabschluss und mit unvollständiger Sekundarschulbildung. Die Haushaltsoberhäupter mit Sekundarschulabschluss und Einkommen über 15 und weniger als 20 Mindestlöhnen repräsentieren 9%, diejenigen die über 20 Mindestlöhne verdienen, repräsentieren 12% der Haushaltsoberhäupter.

Die Verteilung der monatlichen monetären Arbeitseinkünfte der Beschäftigten nach Bildungsniveau zeigt eine direkt proportionale Beziehung zwischen dem Bildungsniveau und dem Einkommen: je höher das Bildungsniveau desto höher das Einkommen. Jedoch ist der Einkommensunterschied zwischen den verschiedenen formellen Bildungsniveaus (unvollständige Primarschulbildung, Primarschulabschluss, unvollständige Sekundarschulbildung, und Sekundarschulabschluss) wenig repräsentativ. Der signifikanteste Unterschied besteht zwischen den vorstehenden Niveaus und dem Niveau der Hochschulbildung oder dem Postgraduiertenstudium, welches das höchste Durchschnittseinkommen und die höchsten Einkommen aufweist.

Die Beziehung Land – Stadt zeigt, dass die Durchschnittseinkünfte in den Städten doppelt so hoch sind wie die auf dem Land; die höchsten Einkommen sind viermal so hoch wie in der Stadt.

Verhältnis von Einkommen und Beschäftigtenanzahl im Haushalt: 83,41% der Haushalte, in denen keine beschäftigte Person lebt, erhalten weniger als drei Mindestlöhne, wobei diese Einkünfte aus Mieten, Pensionen oder Ruhestandsgehältern stammen. 82,90% der Haushalte mit einer beschäftigten Person empfangen weniger als drei Mindestlöhne, 66,22% der Haushalte mit zwei beschäftigten Personen empfangen weniger als drei Mindestlöhne, 53% der Haushalte mit drei beschäftigten Personen empfangen weniger als drei Mindestlöhne, 47,92% der Haushalte mit vier beschäftigten Personen empfangen weniger als drei Mindestlöhne. Das weist auf die Existenz einer Niedriglohnstruktur hin, die unabhängig von der Beschäftigtenzahl ist, wo die Mehrheit unterhalb

von drei Mindestlöhnen liegt. Die höheren Löhne zeigen keine direkte Beziehung zur Beschäftigtenzahl im Haushalt.

Einkommen und Beschäftigung des Haushaltsoberhauptes: Auf nationaler Ebene verteilen sich die 11.144.850 Haushalte nach der Beschäftigung des Haushaltsoberhauptes zu 24,97% auf Unbeschäftigte oder Inaktive, zu 7,15% auf Akademiker oder Techniker, zu 1,65% auf Geschäftsführer oder öffentliche Beamte, zu 4,65% auf Verwaltungspersonal, zu 13,06% auf Geschäftsleute oder Verkäufer, zu 10,45% auf Arbeiter der Dienstleistungen, zu 15,07% auf Landwirtschafts- oder Forstarbeiter und zu 23% auf Fabrikarbeiter. In den Gemeindezentren konzentrieren sich 79% der Haushalte und die Mehrheit der Beschäftigten mit Ausnahme der Landwirtschafts- oder Forstarbeiter.

Die Beschäftigung, die auf nationaler Ebene die niedrigsten Einkünfte erzielt, ist die des Landwirtschafts- oder Forstarbeiters. 61,97% der Haushaltsoberhäupter, die dieser Beschäftigung nachgehen, verdienen monatlich weniger als einen Mindestlohn, 93,56% verdienen monatlich weniger als drei Mindestlöhne, der Anteil derjenigen, die monatlich mehr als 10 Mindestlöhne verdienen, beläuft sich auf 0,71%.

Weniger als einen Mindestlohn haben 37,98% der Unbeschäftigten oder Inaktiven, 30,14% der Dienstleistungsarbeiter, 27,90% der Handelsarbeiter und 24,52% der nicht-landwirtschaftlichen Arbeiter.

Weniger als drei Mindestlöhne haben 73,51% der Unbeschäftigten oder Inaktiven, 32,28% der Akademiker oder Techniker, 35,87% der Geschäftsführer oder öffentlichen Beamten, 59,54% des Verwaltungspersonals, 72,78% der Geschäftsleute oder Verkäufer, 78,64% der Dienstleistungsarbeiter, 93,56% der Landwirtschaftsarbeiter und 78,77% der nicht landwirtschaftlichen Arbeiter.

10 oder mehr Mindestlöhne monatlich haben 2,04% der Unbeschäftigten oder Inaktiven, 15,76% der Akademiker oder Techniker, 20,53% der Geschäftsführer oder öffentlichen Beamten, 3,87% des Verwaltungspersonals, 3,12% der Geschäftsleute oder Verkäufer, 1,54% der Dienstleistungsarbeiter, 0,71% der Landwirtschaftsarbeiter und 1,43% der nicht landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die Einkommensstruktur nach Beschäftigung des Haushaltsoberhauptes zeigt die Konzentration der Bevölkerung in der Kategorie unterhalb von drei Mindestlöhnen mit Ausnahme der Akademiker oder Techniker sowie der Geschäftsführer oder öffentlichen Beamten, die einen größeren Anteil auf der Einkommensskala über drei Mindestlöhnen monatlich und eine größere Konzentration in der Kategorie 10 oder mehr Mindestlöhne aufweisen. Diese Konzentration hoher Einkommen ist häufiger bei den Geschäftsführern oder öffentlichen Beamten.

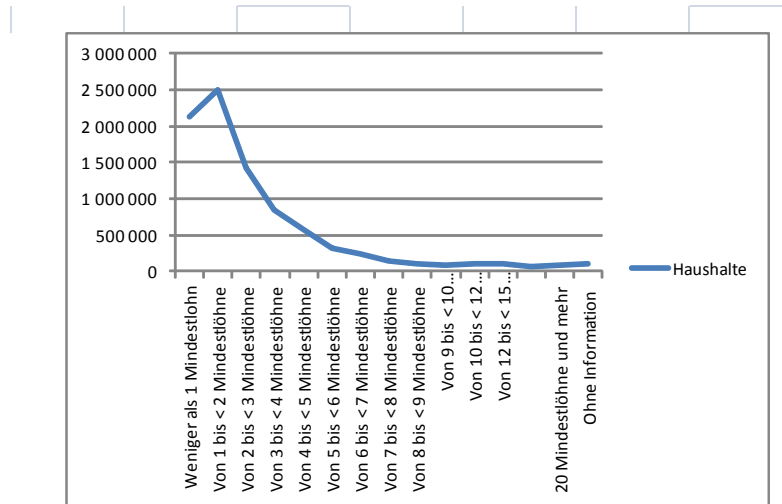
Nach geografischer Lage zeigen die Gemeindezentren die gleiche Konzentrationsstruktur der Einkommen unter drei Mindestlöhnen. Die Einkommen unter einem Mindestlohn sind repräsentativer bei Landwirtschafts- oder Forstarbeitern (47,30%), bei den Unbeschäftigten oder Inaktiven (31,96%), bei den Dienstleistungsarbeitern (27,74%) und bei den Handelsarbeitern (25,35%).

In den restlichen oder ruralen Zonen sieht man eine größere Konzentration an monatlichen Einkommen unter drei Mindestlöhnen in allen Beschäftigungskategorien. Weniger als einen Mindestlohn haben 72,50% der Unbeschäftigten oder Inaktiven, 11,39% der Akademiker oder Techniker, 38,95% der Geschäftsführer oder öffentlichen Beamten, 31,63% des

Verwaltungspersonals, 57,27% der Handelsarbeiter, 53,30% der Dienstleistungsarbeiter, 65,49% der nicht landwirtschaftlichen Operatoren. Einkommen über 10 Mindestlöhnen monatlich haben 6,59% der Akademiker oder Techniker, 15,22% der Geschäftsführer oder öffentlichen Beamten. Die anderen Beschäftigungen sind nicht repräsentativ in dieser Einkommenskategorie.

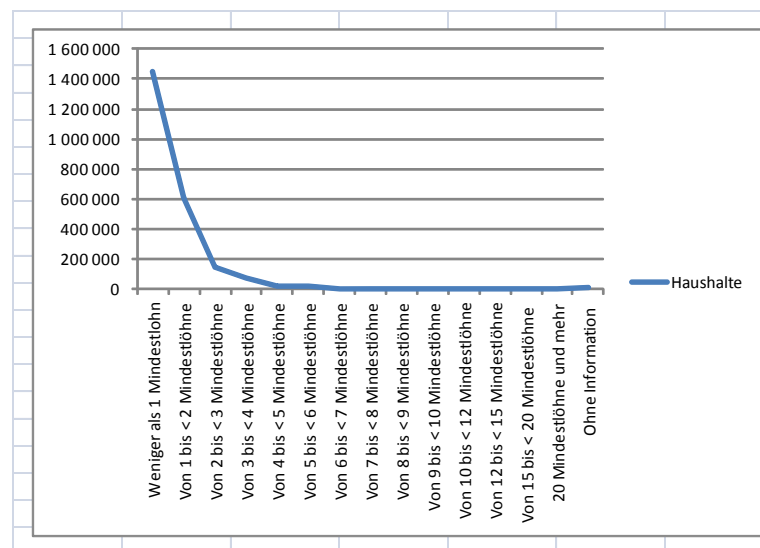
Einkommen und Beschäftigungskategorie des Haushaltsoberhauptes. Die Einkommensstruktur des Landes ist sowohl in der urbanen wie in der ruralen Zone auf weniger als drei Mindestlöhne monatlich – unabhängig von der Beschäftigung des Haushaltsoberhauptes – konzentriert.

Abbildung Nr. 4 Struktur der Einkommen der Haushalte – Gemeindezentren
2006-2007



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an DANE. Nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007

Abbildung Nr. 5 Struktur der Einkommen der Haushalte – Rest
2006-2007



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an DANE. Nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007

Der Anteil der Haushalte ist nach der Kategorie der Beschäftigung des Haushaltsoberhauptes und den Einkommen folgender: 25% sind Unbeschäftigte oder Inaktive. In dieser Gruppe verdienen 20,42% weniger als 4 Mindestlöhne 27% sind Arbeiter oder Angestellte eines Privatunternehmens, 23,31% verdienen weniger als fünf Mindestlöhne; 5,36% sind Arbeiter und Angestellte der Regierung, diese Gruppe zeigt den gleichen Anteil in der Einkommenskategorie, die von weniger als einem Mindestlohn bis 20 und mehr Mindestlöhnen reicht; 1,38% sind Hausangestellte, in dieser Gruppe verdient die Hälfte monatlich den Mindestlohn und die Mehrheit weniger als zwei Mindestlöhne (1,11%); 31,45% sind Angestellte auf eigene Kosten, 28,68% verdienen weniger als fünf Mindestlöhne; 4,71% sind Chefs oder Arbeitgeber, in dieser Gruppe verdienen 4,07% weniger als acht Mindestlöhne; 0,43% sind unbezahlte mithelfende Familienangehörige; 0,14% sind unbezahlte Arbeiter eines Unternehmens oder Geschäfts eines anderen Haushalts; 4,87% sind Tagelöhner oder Landarbeiter und 4,48% verdienen den Mindestlohn, 0,12% üben eine andere Beschäftigung aus.

Die Verteilung der monatlichen monetären Arbeitseinkünfte der Beschäftigten nach Beschäftigungskategorie ermöglicht es, zu sagen, dass die Durchschnittseinkommen in allen Kategorien niedrig sind, besonders für die Hausangestellten und die Tagelöhner oder Landarbeiter. Die Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten von Privatunternehmen liegen unter dem Durchschnitt der Arbeiter und Angestellten der Regierung. Dieser wiederum überschreitet den Einkommensdurchschnitt der Chefs oder Arbeitgeber. Die Einkommen der unabhängig Arbeitenden sind auch niedrig und zeigen bei niedrigen Bildungsniveaus die Verbindung zum informellen Sektor.

Die Analyse der Höchsteinkommen ermöglicht es festzustellen, dass Minderheitsgruppen diese erhalten, d. h. Personen, die auf eigene Kosten arbeiten, Chefs und Arbeitgeber, Regierungsangestellte und Angestellte von Privatunternehmen.

Klassifizierung der Haushaltsausgaben: Nach Relevanz geordnet sind 23,02% der Ausgaben für die Zahlung von Unterkunft, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe bestimmt, 19,15% sind für Nahrungsmittel und nicht alkoholische Getränke bestimmt, 9,14% für Restaurants und Hotels, 9,11% für Transport, 4,54% für Kleidung und Schuhwerk, 3,60% für Möbel und Haushaltsartikel sowie deren Erhaltung. Die Haushalte benutzen kleinere Einkommenssummen für alkoholische Getränke, Zigaretten und Ähnliches (0,78%), für die Gesundheit (1,82%), für Erholung und Kultur (3,01%), für Bildung (3,13%) und für Kommunikationen (3,13%).

Suffizienz der Einkommen für die Deckung der Haushaltsausgaben: Nur 0,9% der Haushaltsoberhäupter meinen, dass ihre Einkünfte **mehr als genug** sind, um die Grundaussgaben des Haushalts zu decken. Diese Haushaltsoberhäupter liegen im 3. Dezil und darüber, mehrheitlich im 9. und 10. Dezil. 21,4% meinen, dass ihre Einkommen **ausreichend** sind, um die Grundaussgaben des Haushalts zu decken. Diese Haushaltsoberhäupter liegen in allen Dezilen, aber in der Mehrheit ab dem 6. Dezil (16,4%). Und 77,3% meinen, dass ihre Einkommen **nicht ausreichend sind, um ihre Grundaussgaben des Haushalts zu decken**, diese Haushaltsoberhäupter machen über 8% des 1. bis 6. Dezils aus, 7% im 7. Dezil, 6% im 8. und 9. Dezil und 4% im 10. Dezil.

Die Wahrnehmung der ökonomischen Situation ist negativer auf dem Land als in den Gemeindezentren. In der ruralen Zone sind die Prozentsätze der Haushaltsoberhäupter, die meinen, dass ihre Einkommen **mehr als genug** sind, um die Grundaussgaben des Haushalts zu decken, niedriger (0,3%) als diejenigen der Gemeindezentren (1%). Der Prozentsatz der Haushaltsoberhäupter, die meinen, dass ihre Einkommen **ausreichend** sind, ist auch niedriger (10,9%) als in den Gemeindezentren (24,2%). Der Prozentsatz der Haushaltsoberhäupter, die

meinen, dass ihre Einkommen **nicht ausreichend sind, um ihre Grundaussgaben des Haushalts zu decken** (88,1%), liegt über demjenigen der Gemeindezentren (74,5%).

Wahrnehmung der Armut. 54,9% der Haushaltsoberhäupter sehen sich als arm, 44,7% finden sich nicht arm. Die Wahrnehmung der Armut nimmt in den unteren Dezilen zu, während die Wahrnehmung der Nicht-Armut in den höheren Dezilen zunimmt. In den Gemeindezentren sehen sich 47,8% der Haushaltsoberhäupter nicht als arm, 51,9% finden sich arm; in den ruralen Zonen betrachten sich 81,4% der Haushaltsoberhäupter als arm und 17,9% halten sich nicht für arm. In allen Dezilen gibt es beide Antworten, aber die Wahrnehmung von Armut ist größer in den unteren Dezilen, während die gegenteilige Wahrnehmung in den oberen Dezilen höher ist.

3.3.7 Schichten

Nach der Beschäftigung und der Beschäftigungsposition können Gruppen identifiziert werden, die sekundäre und offensichtliche gemeinsame Interessen haben.

In der **Volkszählung von 1951** ist die zahlreichste Interessengruppe mit ungefähr zwei Millionen Personen die der Landwirte, Fischer, Jäger, Waldarbeiter, die 53,11% der Bevölkerung ausmachen. Die zweitzahlreichste Gruppe ist die der Arbeiter, die mit 1.238.853 Personen 32,99% der ökonomisch aktiven Bevölkerung ausmacht und in der Gegenwart eine Gewerkschaft hat, die ihre Interessen vertritt. Diese beiden Gruppen können als niedrige Schichte der kolumbianischen Gesellschaft betrachtet werden. Die Mittelschicht bilden 732.875 Angestellte, die 19,51% der ökonomisch aktiven Bevölkerung ausmachen. Die Oberschicht besteht aus 385.943 Arbeitgebern, die 10,28% der ökonomisch aktiven Bevölkerung darstellen.

Volkszählung 1964: Hinsichtlich der Beschäftigung sind die Interessengruppen weiterhin die gleichen wie im Jahre 1951: An erster Stelle stehen die ungefähr 2 1/2 Millionen Landwirte, an Zweiter die über 1/2 Million Handwerker und Industriebeschäftigte, die zusammen mit den Minenarbeitern, Fahrern, anderen Handwerkern und Operatoren die Arbeiterklasse bzw. die Unterschicht bilden und 68,57% der ökonomisch aktiven Bevölkerung ausmachen.

An dritter Stelle befindet sich die aufkeimende Mittelschicht, die sich aus Akademikern, Technikern, Büroangestellten, Verkäufern und Arbeitern der persönlichen Dienstleistungen zusammensetzen und 25,35% ausmachen.

An vierter Stelle steht die Oberschicht, die sich aus Geschäftsführern, Betriebswirten und leitenden Beamten zusammensetzt und 2,62% ausmacht.

Volkszählung 1973: Wenn diese Volkszählung auch keine detaillierte Information zur Beschäftigung bringt, lassen die Bereiche der ökonomischen Aktivität erkennen, dass die Bevölkerung der Landwirte weiterhin die Mehrheit ausmacht, obwohl ihre Anzahl allmählich sinkt. In diesem Jahr sind es etwa 2 Millionen Personen. Es folgen die Industriearbeiter mit 740 Tausend Personen. Arbeiter und Landwirte, Minenarbeiter, Transporteure und Bauarbeiter bilden weiterhin die Unterschicht.

In den Dienstleistungen und im Handel sowie im Finanzwesen ist eine Mittelschicht beschäftigt, die weiterhin wächst.

Volkszählung 1985: Nach der Beschäftigungsposition könnte geschlossen werden, dass 3,70%, bestehend aus Chefs oder Arbeitgeber, der Oberschicht entsprechen, dass 30,60%, bestehend aus Angestellten, der Mittelschicht entsprechen und der Rest – die unbezahlt mithelfenden

Familienangehörigen (5,9%), die unabhängig Arbeitenden (24,5%), die Arbeiter (25,50%) und die Hausangestellten (5,7%) – der Unterschicht entsprechen und 61% der Bevölkerung repräsentieren.

Volkszählung 1993: In dieser Volkszählung werden die Arbeiter und Angestellten zusammengefasst und machen 56,60% aus. Jedoch könnte ausgehend von der Volkszählung von 1985 geschätzt werden, dass 30% den Angestellten und 26% den Arbeitern entsprechen. Die Arbeiter auf eigene Kosten machen 23,72% aus, Chefs und Arbeitgeber 6,96%, Hausangestellte 3,88% und unbezahlte mithelfende Familienangehörige 2,08%.

Das würde bedeuten, dass die gleiche Schichtstruktur, mit einer aus Chefs und Arbeitgebern bestehenden Oberschicht, erhalten geblieben ist und außerdem gewachsen ist und nun 6,96% umfasst, d. h. sie hat sich in der Zeit zwischen den Zählungen fast verdoppelt. Die Mittelschicht würde sich aus den Angestellten zusammensetzen, die sich dem Handel und den Dienstleistungen widmen und 48,29% der Bevölkerung in den Gemeindezentren und 9,90% in den ruralen Zonen ausmachen. Die Unterschicht bilden auf dem Land die Landwirte (62%) und in der Stadt die Personen, die sich der Landwirtschaft, dem Minenwesen, dem Fischfang widmen sowie die Industrie-, Bau-, Hotel-, Restaurant- und Transportarbeiter und die Hausangestellten (35%).

Nationale Umfrage Einkommen und Ausgaben 2006-2007: Diese Umfrage ermöglicht es, nach der Beschäftigungskategorie der Beschäftigten zu differenzieren: 38% Arbeiter und Angestellte von Privatunternehmen, 34,7% Arbeiter auf eigene Kosten, 6% Tagelöhner oder Landarbeiter, 4,2% Chefs oder Arbeitgeber sowie 6,1% Arbeiter und Angestellte der Regierung.

Die sozialen Schichten wären in den Städten die Unterschicht – die aus Arbeitern der öffentlichen und privaten Unternehmen (23,11% der Haushalte), der Hausangestellten, der größte Teil der unabhängig Arbeitenden gebildet ist –, die Mittelschicht – die aus Angestellten der privaten und öffentlichen Unternehmen, der unabhängigen Akademiker (7,15% der Haushalte) sowie der Geschäftsleute und der Dienstleistungsarbeiter mit mittleren Stellen gebildet ist – und die Oberschicht, die aus Chefs und Arbeitgebern (4% der Beschäftigten) sowie aus Geschäftsführer der öffentlichen und privaten Unternehmen (1,65% der Haushalte), besteht.

3.3.8 Haupttendenzen in der Sozialstruktur

Tabelle Nr. 1 Zusammenfassung der Ergebnisse der Volkszählungen von 1951, 1964, 1973, 1985, 1993 und 2005

| INDIKATOR | MAß-EINHEIT | VOLKS-ZÄHLU NG 1951 | VOLKS-ZÄHLU NG 1964 | VOLKS-ZÄHLU NG 1973 | VOLKS-ZÄHLU NG 1985 | VOLKS-ZÄHLU NG 1993 | VOLKS-ZÄHLU NG 2005 |
|---------------------------------------|------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Oberfläche | km ² | 1.138.355 | | | | | |
| Bevölkerung | Personen | 11.962.360 | 17.484.509 | 20.785.235 | 27.867.326 | 33.109.840 | 42.888.592 |
| Dichte | Personen pro km ² | 10,51 | 15,36 | 18,26 | 24,48 | 29,09 | 37,68 |
| Bevölkerung Gemeindezentrum | % | 42,64 | 52,01 | 61 | 67,79 | 71,02 | 75,99 |
| Restliche Bevölkerung | % | 57,36 | 47,99 | 39 | 32,21 | 28,98 | 24,01 |
| Bevölkerung BOGOTA | % | 5,61 | 9,71 | 12,37 | 14,29 | 14,94 | 15,95 |
| Indigene Bevölkerung | % | 1,11 | – | 1,84 | 0,96 | 2,25 | 3,36 |
| Afrostämmige Bevölkerung | % | – | – | – | – | – | 10,33 |
| BEVÖLKERUNG NACH ALTERSGRUPPEN | | | | | | | |
| Minderjährige unter 15 Jahren | % | 42,55 | 46,64 | 44,19 | 36,07 | 34,47 | 31,01 |

| INDIKATOR | MAß- EINHEIT | VOLKS- ZÄHLU NG 1951 | VOLKS- ZÄHLU NG 1964 | VOLKS- ZÄHLU NG 1973 | VOLKS- ZÄHLU NG 1985 | VOLKS- ZÄHLU NG 1993 | VOLKS- ZÄHLU NG 2005 |
|---|-------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| 15 – 59-Jährige | % | 52,32 | 48,41 | 50,79 | 57,93 | 58,60 | 60,09 |
| 60-Jährige und älter | % | 5,13 | 4,94 | 5,02 | 6,00 | 6,93 | 8,90 |
| FAMILIENSTAND | | | | | | | |
| Ledige | % | 67,58 | 68,4 | 67,12 | 46,30 | 40,11 | 44,90 |
| Verheiratete | % | 22,61 | 23,2 | 23,18 | 32,00 | 29,36 | 23,00 |
| Verwitwete | % | 3,55 | 2,86 | 2,78 | 4,00 | 4,38 | 4,20 |
| In freier Lebensgemeinschaft Lebende | % | 5,30 | 4,73 | 5,19 | 12,80 | 20,58 | 23,00 |
| Getrennte und Geschiedene | % | 0,97 | 0,74 | 0,97 | 3,30 | 4,63 | 5,00 |
| PERSONEN PRO FAMILIE/HAUSHALT | | | | | | | |
| 1-Personenhaushalt | % | 6,44 | 4,51 | 5,96 | 5,75 | 6,81 | 11,10 |
| 2-Personenhaushalt | % | 8,90 | 7,89 | 9,12 | 9,15 | 12,07 | 15,20 |
| 3-Personenhaushalt | % | 12,16 | 10,63 | 11,71 | 13,26 | 17,26 | 19,90 |
| 4-Personenhaushalt | % | 12,92 | 12,29 | 12,79 | 16,74 | 19,97 | 20,60 |
| 5-Personenhaushalt | % | 13,08 | 13,48 | 12,67 | 15,88 | 16,41 | 14,90 |
| 6 - 8-Personenhaushalt | % | 28,94 | 34,00 | 29,85 | 28,04 | 21,62 | 15,50 |
| 9 - 12-Personenhaushalt | % | 14,03 | 17,20 | 19,91 | 11,17 | 5,85 | 2,80 |
| 13 - 16-Personenhaushalt | % | 2,71 | – | – | – | – | – |
| 17-Personenhaushalt und mehr | % | 0,82 | – | – | – | – | – |
| Personen pro Familie/Haushalt | Durch- schnitt | 5,75 | 5,85 | 5,93 | 5,20 | 4,62 | 3,92 |
| Durchschnitt kinder pro frau | Durch- schnitt | 4,7 | 5,3 | 3,05 | 3,2 | 3,77 | 2,09 |
| Im Ausland geborene Bevölkerung | % | 0,44 | 0,42 | 0,40 | – | – | 0,30 |
| Ausländische Bevölkerung | % | 0,40 | 0,42 | – | – | – | – |
| Im Ausland lebende Bevölkerung | % | – | – | – | – | – | 0,49 |
| ANALPHABETISMUS | | | | | | | |
| Gemeindezentren | Rate | 22,50 | 14,90 | 9,90 | 6,80 | 8,49 | 5,50 |
| Rest (Land) | Rate | 53,00 | 42,10 | 31,30 | 23,60 | 23,44 | 18,50 |
| AB 5-JÄHRIGE UND ÄLTERE BEVÖLKERUNG MIT ABGESCHLOSSENEM BILDUNGSNIVEAU | | | | | | | |
| Keine Bildung | % | 42,54 | 35,79 | 25,49 | 10,00 | 9,75 | 10,5 |
| Primarschulbildung | % | 86,40 | 84,59 | 52,45 | 41,40 | 50,29 | 41,7 |
| Sekundarschulbildung | % | 11,04 | 11,19 | 14,88 | 25,60 | 30,54 | 35,9 |
| Universitätsbildung | % | 1,00 | 1,13 | 1,65 | 4,40 | 7,02 | 11,9 |
| Bildung anderer Art | % | 0,63 | 3,09 | 0,33 | – | – | – |
| ARBEITSMARKT | | | | | | | |
| Bevölkerung im Arbeitsalter | % | – | 60,95 | 69,18 | 69,39 | 70,48 | 79,46 |
| Ökonomisch aktive Bevölkerung | % | 33,4 | 48,18 | 44,19 | 49,40 | 49,86 | 43,32 |

| INDIKATOR | MAß- EINHEIT | VOLKS- ZÄHLU NG 1951 | VOLKS- ZÄHLU NG 1964 | VOLKS- ZÄHLU NG 1973 | VOLKS- ZÄHLU NG 1985 | VOLKS- ZÄHLU NG 1993 | VOLKS- ZÄHLU NG 2005 |
|---|---------------------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| Männer | % der ök. akt. Bev. | 81,3 | 79,9 | 76,31 | 68,30 | 69,88 | 64,33 |
| Frauen | % der ök. akt. Bev. | 18,7 | 20,1 | 23,69 | 31,60 | 30,12 | 35,67 |
| Beschäftigte | % der ök. akt. Bev. | 98,82 | 95,1 | 86,83 | 95,74 | 95,62 | 92,52 |
| Nicht Beschäftigte | % der ök. akt. Bev. | 1,18 | 4,9 | 13,17 | 4,25 | 4,38 | 7,48 |
| BESCHÄFTIGUNGSPOSITION | | | | | | | |
| Chef oder Arbeitgeber | % | 10,28 | 8,18 | – | 3,70 | 6,96 | 4,16 |
| Unabhängig Arbeitende | % | 23,69 | 24,99 | – | 24,50 | 23,72 | 37,43 |
| Angestellte | % | 19,51 | 26,64 | – | 30,60 | 56,6 | 50,09 |
| Arbeiter | % | 32,99 | 30,63 | – | 25,50 | | |
| Unbezahlte Familienangehörige | % | 8,28 | 8,19 | – | 5,90 | 2,08 | 4,93 |
| Hausangestellte | % | – | – | – | 5,70 | 3,88 | 2,77 |
| BEVÖLKERUNG NACH HAUPTKLASSEN ÖKONOMISCHER AKTIVITÄT | | | | | | | |
| Land-, Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang | % | 53,87 | 47,27 | 34,26 | – | 20,71 | |
| Extraktive Industrie | % | 1,63 | 1,58 | 0,79 | – | 1,23 | |
| Herstellungsindustrie | % | 12,27 | 12,78 | 13,49 | – | 10,08 | 10,6 |
| Bau | % | 3,54 | 4,3 | 4,39 | – | 4,92 | |
| Elektrizität, Gas, Wasser und Kanalisation | % | 0,28 | 0,26 | 0,46 | – | 0,27 | |
| Handel | % | 5,43 | 8,58 | 11,89 | – | 16,35 | 49,9 |
| Transport, Kommunikation und Lagerung | % | 3,46 | 3,74 | 3,88 | – | 3,39 | |
| Dienstleistungen | % | 15,93 | 18,04 | 19,61 | – | 18,21 | 32,6 |
| Andere Aktivitäten/ unklassifiziert | % | 3,59 | 3,46 | 3,48 | – | 23,82 | 6,8 |
| Finanzdienstleistungen | % | – | – | 1,92 | – | 0,99 | |
| ÖKONOMISCH INAKTIVE BEVÖLKERUNG | | | | | | | |
| National Total | % der Bev. im Ar- beitsalter | 66,6 | 51,82 | 55,59 | – | 51,13 | 61,61 |
| Männer | % der ök. inak. Bev. | 33,8 | 19,04 | 27,94 | – | 22,99 | 35,57 |
| Frauen | % der ök. inak. Bev. | 66,2 | 80,96 | 72,06 | – | 77,01 | 61,4 |
| BEDINGUNG DER INAKTIVITÄT | | | | | | | |
| Minderjährige | % der ök. inak. Bev. | 49,90 | 44,77 | – | – | – | – |
| Haushalt | % der ök. inak. Bev. | 34,20 | 29,46 | 48,66 | – | 31,73 | 19,27 |
| Studenten | % der ök. inak. Bev. | 12,70 | 20,41 | 39,48 | – | 15,39 | 23,86 |

| INDIKATOR | MAß- EINHEIT | VOLKS- ZÄHLU NG 1951 | VOLKS- ZÄHLU NG 1964 | VOLKS- ZÄHLU NG 1973 | VOLKS- ZÄHLU NG 1985 | VOLKS- ZÄHLU NG 1993 | VOLKS- ZÄHLU NG 2005 |
|-------------------------------------|-------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| Alte und Behinderte | % der ök. inak. Bev. | 2,20 | 2,66 | - | - | - | - |
| Asylbewohner | % der ök. inak. Bev. | 0,30 | | - | - | - | - |
| Pensionäre und Rentner | % der ök. inak. Bev. | - | 0,39 | 3,07 | - | 0,28 | 2,04 |
| Andere Bedingungen/Ohne Aktivität | % der ök. inak. Bev. | 0,70 | 2,31 | 8,79 | - | 2,03 | 12,66 |
| Arbeitsunfähigkeit | % der ök. inak. Bev. | | | | | 1,69 | 1,43 |
| WOHNUNG | | | | | | | |
| Mit Elektrizität | % | - | - | 61,87 | 78,45 | 85,79 | 93,6 |
| Mit Leitungswasser | % | - | - | 66,41 | 70,46 | 79,7 | 83,4 |
| Mit Kanalisierung | % | | | 50,63 | 58,09 | 63,02 | 73,1 |
| Keinerlei Dienstleistung | % | | | 28,72 | 17,56 | 10,44 | 5,24 |
| ART DES WOHNUNGSBESITZES | | | | | | | |
| Besitzer | % | - | - | 53,19 | 67,60 | 63,5 | 54,43 |
| Mieter | % | - | - | 29,08 | 23,50 | 27,75 | 31,28 |

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung DANE Volkszählungen 1951-1964-1973-1985-1993-2005
Information Volkszählung 2005 und Statistisches Amt DANE. Nationale Umfrage Einkommen und Ausgaben 2006-2007

Die Analyse der Information, die die letzten 6 Volkszählungen ergeben haben, lässt erkennen, dass sich die Bevölkerung Kolumbiens in der Zeit von 1951|bis 2005 verfünffacht hat. Das Wachstum war natürlich, da das Land keine bedeutende internationale Einwanderung aufweist. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau betrug im Jahre 1951 4,7 Kinder, stieg 1964 auf 5,3, womit die durchschnittlich höchste Zahl oder der *“baby boom”* erreicht wurde. Seit diesem gibt es eine klare Abnahmetendenz der Kinderzahl pro Frau, die im Jahre 2005 bei 2,09 Kindern lag.

Diese Reduzierung bedeutet, dass die Frau ihr reproduktives Verhalten radikal verändert hat. Zweifellos hat der Zugang zur empfängnisverhütenden Pille und später zu anderen Methoden der Geburtenkontrolle eine wichtige Rolle gespielt. Aber es muss die Entscheidung der Frau, diese auch zu nehmen, hervorgehoben werden, denn Kolumbien ist ein Land, dessen Bevölkerung zum größten Teil katholisch ist – ein Glaube, der die Anwendung empfängnisverhütender Methoden ablehnt. D. h., es braucht mehr als den Zugang zu diesen Methoden, es braucht die Entscheidung, die Geburten kontrollieren zu wollen. In diesem Sinne kann die Reduzierung der Kinderzahl pro Frau als Indikator der Individualisierung und Modernisierung der Frauen angesehen werden.

Räumlich konzentriert sich die Bevölkerung in den Städten. Es findet ein kontinuierlicher Urbanisierungsprozess statt. Dieser beschleunigte sich in den 1960er Jahren, in denen das Land von einem ruralen zu einem urbanen Staat überging, und geht bis heute weiter. Ein anderer wichtiger Prozess ist das Wachstum der großen Städte wie Bogota, Medellin, Cali und Barranquilla. Die gleichen Regionen, die die Spanier entwickelten, bleiben als die bevölkertesten und entwickeltesten erhalten: Cundinamarca-Boyaca mit der Hauptstadt Bogota, Antioquia mit der Hauptstadt Medellin, die Atlantikküste, wo Barranquilla Cartagena und Santa Marta an Bedeutung verdrängt hat, und die Region von Valle del Cauca, Cauca und Nariño, wo Cali Popayan verdrängt hat.

Die Städte wachsen nicht nur durch die Reproduktion ihrer Bevölkerung, sondern auch durch die Anziehung der ruralen Bevölkerung, die auf der Suche nach besseren Gelegenheiten vom Land in die Städte kommt. Wie in dem unausgeglichene Verhältnis zwischen Stadt-Land gesehen werden kann, konzentrieren die Städte die wirtschaftliche Aktivität, die öffentlichen Dienstleistungen, die Bildung und bieten höhere Lohnniveaus als das Land an. Dazu kommt, dass Gewalt und Unsicherheit weiterhin in höherem Masse mit den ruralen Zonen assoziiert werden.

Aber finden die Neuankömmlinge in den Städten die gesuchten Gelegenheiten? Sicherlich nicht, denn der Urbanisierungsprozess ging nicht mit der Entwicklung des Industriesektors einher, um für die Arbeitskräfte in den Städten ausreichende und formelle Stellen zu schaffen. Der Industriesektor erreichte sein höchstes Niveau im Jahre 1973, in dem 13,49% der ökonomisch aktiven Bevölkerung beschäftigt wurden. 1993 sank die Zahl der Beschäftigten im Industriesektor auf 10,08%, wahrscheinlich als Auswirkung der wirtschaftlichen Öffnung, die während der Regierung von Gaviria begann und weiterhin stattfindet. Im Jahre 2005 beschäftigte die Industrie 10,6% der ökonomisch aktiven Bevölkerung, wobei sie das niedrigste Niveau der Periode 1951-2005 erreichte, noch unter dem Niveau vom Jahr 1951, in dem die Industrie 12,27% der Bevölkerung beschäftigte.

Diese strukturelle Schwäche der kolumbianischen Wirtschaft hat große Auswirkungen, woraus zu schließen ist, dass sowohl der Handelssektor als auch der Dienstleistungssektor eine Dynamik besitzen, die nicht mit der nationalen Industrie verbunden ist. Das erklärt, dass das Land weiterhin Importeur von Manufakturprodukten und Exporteur von Rohstoffen ist, d. h. dass es dieselben Funktionen weiterführt, die es während der Kolonie in Beziehung zu Spanien erfüllte. Jetzt sind es andere Industrieländer, die das Land mit Waren versorgen, aber die Rolle ist gleich.

Die Auswirkungen sind für die, vom Land gekommene, Bevölkerung dramatisch, die sich an den Elendsgürteln der Städte ansiedelt. Sie findet keine formelle Arbeit und muss auf eigene Kosten für ihr Überleben kämpfen. Sie macht 26% der sogenannten unabhängig Arbeitenden und 37,43% der Gesamtbevölkerung aus, wobei von dieser Gruppe der unabhängig Arbeitenden wahrscheinlich 11% der Personen mit Hochschulbildung abgezogen werden müssen, die auf eigene Kosten freiberufliche Berufe ausüben könnten. Ungefähr 4½ Millionen Haushaltsoberhäupter leben von der Schwarzarbeit in den Städten, indem sie die wirtschaftliche Dynamik der Städte ausnutzen.

Die ethnische Selbstwahrnehmung zeigt, dass das Land eine 3,36% umfassende indigene Bevölkerung hat, die hauptsächlich in den Resguardos in Cauca, Nariño, Caldas, La Guajira und zerstreut in den Departements der Urwälder der Amazonasregion und der Llanos Orientales leben. Mit ungefähr 1½ Millionen Personen bilden die Indigenen eine ethnische Minderheit, die räumlich und sozial segmentiert ist. Demografisch gibt es Ethnien, die sich vermehrt haben und eine große Bevölkerung bilden. Andere Gruppen, im Allgemeinen die zerstreut Lebenden, haben eine so reduzierte Bevölkerung, dass man mit ihrem Aussterben rechnen muss.

Die schwarze bzw. afrostämmige, Afrokolumbianer genannte, Bevölkerung macht 10,33% der Bevölkerung aus, was zum ersten Mal in der Volkszählung von 2005 sichtbar wird, da sie in den früheren Zählungen nicht differenziert wurde. Diese Bevölkerung von 4½ Millionen Personen ist räumlich segmentiert und lebt vor allem an der Pazifikküste.

Die kolumbianische Bevölkerungsstruktur zeigt eine konstante Reduzierung in der Anzahl Minderjähriger unter 15 Jahren und eine Zunahme der Bevölkerung über 15 Jahre sowie der Bevölkerung über 60 Jahre, was darauf hindeutet, dass der erste demografische Wandel schon eingetreten ist.

Was den Personenstand betrifft, bemerkt man eine Tendenz zur Reduzierung der Verheirateten und eine bedeutende Zunahme der freien Beziehungen, die von 5,30% im Jahr 1951 auf 23% im Jahr 2005 gestiegen sind. Auch sieht man eine konstante Zunahme der Trennungen bzw. Scheidungen, jedoch in geringerem Ausmaß wie bei den freien Beziehungen. Das weist auf einen Individualisierungs- und Modernisierungsprozess der Gesellschaft hin und zwar in dem Maße, wie die traditionellen sozialen Kontrollen lockerer werden.

Wie schon kommentiert wurde, reduzierte sich die durchschnittliche Anzahl Kinder pro Frau, wodurch der Durchschnitt der Mitglieder der Haushalte konstant niedriger wurde und sich von 6 Personen im Jahr 1951 auf 4 im Jahr 2005 verminderte. Die modernen Familien bestehen aus Eltern und zwei Kindern. In Familien mit Müttern mit Hochschulbildung und Berufstätigkeit geht die Tendenz dahin, nur ein Kind zu haben.

Das Land registriert Fortschritte im Thema Bildung. Die Reduzierung des Analphabetismus verlief konstant, obwohl er in den ruralen Zonen mit 18,59% weiterhin hoch ist. Noch etwa jede fünfte Person ist davon betroffen. Die Niveaus der Sekundarschul- und Hochschulbildung haben progressiv zugenommen und im Jahre 2005 35,9% bzw. 11,9% erreicht. Auf dem Land haben 13,75% der Bevölkerung, d. h. mehr als 5 Millionen Personen, eine komplette mittlere technische Ausbildung und es gibt 4½ Millionen Akademiker, aber nur 4,16% Chefs und Arbeitgeber – absolut betrachtet etwas mehr als ½ Million Personen. Das deutet darauf hin, dass die Personen mit wären, neue Stellen zu schaffen.

Ein wichtiger Aspekt des Landes ist die Gleichheit, die bei den Frauen im Zugang zur Bildung zu sehen ist. Auch gibt es eine konstante Zunahme in der Teilnahme der Frauen am Arbeitsleben, denn sie stieg von 18,7% der ökonomisch aktiven Bevölkerung im Jahr 1951 auf 35,7% im Jahre 2005. Diese Teilnahme steht in direkter Beziehung zur Reduzierung der Anzahl Frauen, die sich den Hausarbeiten widmen. Diese Teilnahme wiederum sank von 34,20% im Jahr 1951 auf 19,27% im Jahr 2005.

Zweifellos sind die Frauen eine Bevölkerungsgruppe, die eine wichtige Rolle im Modernisierungsprozess des Landes spielt. Eine andere, Veränderungen tragende, Gruppe stellen die jungen Leute mit einer mittleren technischen Ausbildung und die Akademiker dar.

3.4 Basisinstitutionen und Mechanismen des Modernisierungsprozesses (1951-2011)

3.4.1 Basisinstitutionen

3.4.1.1 Demokratie

Seit der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts, während Europa das Ende des Zweiten Weltkriegs feierte und die Gesellschaft alle ihre Energien in den Aufbau demokratischer Institutionen steckte, die irgendwie verhindern sollten, dass eine Katastrophe wie der geschehene Krieg wiederholt würde, setzte in Kolumbien eine Periode parteiischer, politischen Gewalt, der Uneinigkeit, des Dogmatismus und des Sektierertums ein – Eigenschaften, die die Demokratie des Landes charakterisieren und dessen Entwicklung bis in die Gegenwart gebremst haben.

Die Spaltung der Liberalen Partei, die von 1930 bis 1946 ununterbrochen regierte, ermöglichte, dass die Konservative Partei an die Macht kam. Mariano Ospina Perez (7. August 1946 – 7. August 1950) war der erste Präsident dieser Periode; während seiner Regierungszeit wurde der liberale Führer Jorge Eliecer Gaitan am 9. April 1948 ermordet. Dieses Datum markiert die erneute Verschärfung der politischen Gewalt, der *Violencia*, zwischen den Liberalen und den

Konservativen. An den Wahlen im Jahre 1950 nahmen die Liberalen nicht teil, da sie fehlende Garantien vorgaben, weshalb der radikale konservative Kandidat Laureano Gomez Castro gewann. Seine Regierungsperiode (7. August 1950 – 5. November 1951) wurde nicht vollendet. Die Verschärfung der Gewalt gegen die Liberalen führte zur Kritik, die die innere Spaltung der Konservativen Partei und den Staatsstreich durch den General Gustavo Rojas Pinilla (progressiver Militär) zur Folge hatte, der wiederum das Land vom 13. Juni 1953 bis 10. Mai 1957 regierte. Am Anfang wurde er von Politikern beider traditionellen Parteien unterstützt, später verlor er wegen seines Interesses, an der Regierung zu bleiben, deren Unterstützung. Die politischen Führer der traditionellen Parteien schlossen angesichts der Gefahr, dass die Diktatur von Rojas Pinilla sich wie die anderer Militärs in Lateinamerika wenden würde, ein Abkommen zur Beendigung der politischen Gewalt und bildeten eine Nationale Front. Sie kamen – wie bereits gesagt – überein, dass die beiden Parteien sich in der Macht abwechseln und die öffentlichen Stellen zu gleichen Anteilen aufgeteilt werden.

Diese Nationale Front dauerte 16 Jahre, vom 7. August 1958 bis 7. August 1974, vier Präsidentschaftsperioden, in denen die Liberalen und die Konservativen sich in der Macht abwechselten und eine gerechte Aufteilung der Staatsbürokratie vornahmen. Charakteristikum dieser Periode war die Schwierigkeit anderer Parteien und Bewegungen, an die Macht zu kommen. Der Vorwurf des Fehlens von Garantien und des Wahlbetrugs während der Präsidentschaftswahlen vom 19. April 1970 radikalisierte den sozialistischen Sektor der von General Gustavo Rojas Pinilla gegründeten Partei *Alianza Nacional Popular ANAPO* und führte zur Bildung der Bewegung des 19. April M-19.

Ab 1974 beginnt nach dem Ende der Nationalen Front eine neue demokratische Periode, die sich wegen der Nationalen Front – die ein ausschließendes politisches Abkommen dargestellte und andere Parteien außer der liberalen und der konservativen von der Macht ausschloss – durch die Herrschaft der beiden traditionellen Parteien auszeichnet, sowie dem Fehlen von Garantien für die politische Aktivität der linken Parteien, deren Machtzugang durch die Doktrin der Nationalen Sicherheit nach dem Triumph der Kubanischen Revolution zudem einschränkt wurde. Diese radikalisierten sich und griffen in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts auf der Suche einer revolutionären Veränderung der Institutionen zu den Waffen.

Die traditionellen Parteien regierten von 1974 bis 2002. Die Liberale Partei regierte während fünf Perioden mit klarer Wahlmehrheit und die Konservative Partei während einer Periode, in der die Liberale Partei zerspalten an den Präsidentschaftswahlen teilnahm. Bei den Wahlen von 1998 hatte die Liberale Partei wegen des *Prozesses 8.000* – in dem der Präsident Ernesto Samper der vermutlichen Finanzierung seiner Wahlkampagne mit Geldern aus dem Drogenhandel des Kartells von Cali beschuldigt wurde – ein abgenutztes Image. Die bedingungslose Unterstützung Sampers durch den liberalen Präsidentschaftskandidaten Horacio Serpa strafte das Volk durch die Wahl von Andres Pastrana Arango, den Sohn des konservativen Expräsidenten Misael Pastrana Arango. Andres Pastrana war Kandidat der politischen Bewegung “Grosse Allianz für den Wechsel” gewesen, die von der Konservativen Partei und dem dissidenten Flügel des Liberalen Valdivieso geführt wurde.

Bei den Wahlen des Jahres 2002 ist das Parteienspektrum anders. Alvaro Uribe Velez führt die Bildung einer, “Zuerst Kolumbien” genannten, politischen Bewegung, mit der er am 7. August dieses Jahres an die Präsidentschaft kommt. Er erreicht in der ersten Wahlrunde die Mehrheit (53,04%). Seine Wahlkampagne basierte auf dem Versprechen der Bürgersicherheit mit militärischen Mitteln, was von einer desillusionierten Bevölkerung unterstützt wurde, die das Vertrauen in die Friedensmöglichkeit durch den Dialog mit der Guerrilla verloren hatte, nachdem die Friedensverhandlungen des Präsidenten Andres Pastrana gescheitert waren. Velez konnte die

Verfassung verändern, um für die Periode 2006-2010 wiedergewählt werden zu können, und wird mit 62,35% der Stimmen im ersten Wahlgang wiedergewählt. Der Alternative Demokratische Pol erhält in diesen Wahlen 22,02% der Stimmen und platziert sich auf dem zweiten Platz. Uribes Versuch einer dritten Wahlperiode blieb erfolglos. Er war Gründer der Sozialen Partei der Nationalen Einheit, die unter dem Namen Partei der "U" bekannt ist, die auch die Kandidatur des derzeitigen Präsidenten Juan Manuel Santos Calderon unterstützt hat. Diese Partei bildet die größte politische Kraft des Landes in der Gegenwart.

Das Aufgezeigte lässt klare Tendenzen erkennen, die die kolumbianische Demokratie seit der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts charakterisieren. Eine ist das Vorherrschen der zivilen politischen Regierung vor der militärischen. Im XX. Jahrhundert hatte Kolumbien nur eine 4-jährige progressive Militärdiktatur. Die politischen Führer der traditionellen Parteien taten sich zusammen, um sie dank eines Nationalstreiks friedlich zu beenden, der die Tendenz der Ablehnung der Militärregierungen im Land und ein klares zivilistisches Profil markiert, das tief in den Ideen von Francisco de Paula Santander, dem Mann der Gesetze, und in der Gruppe der Helden, die die Regierung der Gesetze und der Demokratie gegenüber dem Autoritarismus und Militarismus verteidigt hatten, verwurzelt ist. Das bedeutet nicht, dass die militärische Institution keine große Macht hat, sondern dass diese nicht offen und diktatorisch ausgeübt wird.

Das politische Zweiparteienabkommen der Nationalen Front könnte als eine institutionelle Erneuerung aufgefasst werden, die darauf zurückzuführen ist, dass man es schaffte, sich an den Gesprächstisch zu setzen und Abkommen zwischen den Führern und unversöhnlichen Feinden der Liberalen und der Konservativen Partei abzuschließen. Diese Institution erwies sich als fähig, die sektiererische Gewalt zwischen den Angehörigen der beiden traditionellen Parteien zu reduzieren und sogar zu beenden. Aber es war unangemessen, die Teilnahmemöglichkeit anderer Parteien zu versperren, wie die des Generals Rojas Pinilla und besonders der linken Parteien in einem Moment, als die Kubanische Revolution Erfolg hatte und ganz Lateinamerika dazu neigte, diese politische Strömung zu unterstützen. Das kennzeichnet das Land, das im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern keine zentral-linke demokratische Partei hatte, die ein Gegengewicht zu den traditionellen Parteien dargestellt hätte. Eine andere, sekundäre Auswirkung dieser Allianz war der Verlust der Differenzierung zwischen den beiden traditionellen Parteien. Nach der Nationalen Front sieht die Bevölkerung die beiden als gleich – mit gleichen bürokratischen Interessen – und kann sie ideologisch nicht mehr unterscheiden.

Eine dritte Charakteristik der kolumbianischen Demokratie ist, dass sich die Bereitschaft des Volkes zur Unterstützung von Rechtsregierungen nach dem Misserfolg der, von den beiden konservativen Regierungen von Belisario Betancour und Andres Pastrana – die den Guerillakrieg militärisch gewinnen wollten – geführten, Friedensgespräche erhöht hatte. Der aktuelle Friedensprozess wird sowohl vom Expräsidenten Alvaro Uribe Velez und seiner Bewegung "Zuerst Kolumbien" als auch von der Partei der "U" stark kritisiert.

Dank der Stärke, die die sozialen Bewegungen während der 70er und 80er Jahren erreicht haben – der Wiedereingliederung der Guerilla wie z. B. die M-19 ins zivile politische Leben und der Stärkung einer demokratischen Linkspartei wie z. B. des Alternativen Demokratischen Pols (PDA) – beginnt das kolumbianische politische Spektrum sich zu öffnen. Diese Gruppen sind Träger der Veränderung der nationalen politischen Tradition. Obwohl sie es noch nicht erreicht haben, auf nationaler Ebene an die Macht zu kommen, konnten sie wichtige Wahltriumphe auf der Ebene der Departements und Gemeinden verbuchen. Die Hauptstadt Bogota hat bei drei Gelegenheiten linke Führer gewählt, wie den gegenwärtigen Bürgermeister Gustavo Francisco Petro Urrego, Ex-Kämpfer der Bewegung des 19. April M-19.

Das Aufkommen anderer Parteien wie der Grünen Partei, die von Professoren wie Mockus und Politikern der Provinz Fajardo geleitet werden, eröffnen den kolumbianischen Wählern neue politische Alternativen.

Die Präsenz der indigenen und afrokolumbianischen ethnischen Minderheiten im Senat, sowie die Existenz eigener politischer Bewegungen ließ die Minderheiten auf lokaler Ebene und auf Departementsebene an die Macht kommen.

Die Demokratie hat Fortschritte gemacht. Bis 1936 konnten nur die Männer wählen, die über 21 Jahren waren und lesen und schreiben konnten oder die ein Jahreseinkommen von 300 Peso oder Grundbesitz im Wert von 1.000 Peso hatten. Danach durften alle Männer ohne Ausnahme wählen und seit dem Jahre 1954 dürfen alle Frauen wählen. Seit 1978 wird das Wahlrecht mit 18 Jahren erworben. Diese politischen Strategien haben die Wählerbasis erheblich erweitert, indem mehr Bürger das Recht erhalten haben, mit ihrer Stimme die legitim ausgeübte politische Macht mitzubestimmen; jedoch wählen und entscheiden nicht alle, die es dürfen.

Seit der Verabschiedung der neuen politischen Konstitution wird eine Zunahme der Präsidentschaftskandidaten festgestellt, während sich im Jahre 1950 nur ein Kandidat aufstellte, traten 18 Kandidaten im Jahre 1994 und 9 Kandidaten im Jahre 2010 an. Während es im Jahre 1946 nur zwei politische Parteien gab, traten zu den Wahlen im Jahre 2002 64 politische Parteien und Bewegungen an.

Die Resolution Nr. 1959 vom 26. August 2010 bestätigte die 12 Parteien und Bewegungen, die ihre Rechtsstatus behielten, d. h., die die dafür erforderlichen Mindestwählerstimmen erreicht hatten: 2% der auf nationalem Territorium erhaltenen gültigen Stimmen oder das Erhalten einer Vertretung im Kongress wie im Falle der ethnischen Minderheiten. Diese politischen Parteien und Bewegungen sind: die Kolumbianische Liberale Partei, die Kolumbianische Konservative Partei, die Partei der Nationalen Integration (PIN), die Partei der Radikalen Veränderung, die Grüne Partei, die Bewegung der Indigenen Autoritäten von Kolumbien (AICO), die Bewegung Indigene Soziale Allianz, die Unabhängige Bewegung der Absoluten Erneuerung (MIRA), die Soziale Partei der Nationalen Einheit (Partei der U), die Partei Alternativer Demokratischer Pol, die Bewegung Afrovides, die Hoffnung eines Volk und die Bewegung der Einschließung und Chancen (MIO).

Die Liberale und die Konservative Partei sind die beiden traditionellen Parteien Kolumbiens. Sie wurden seit ihrer Gründung Mitte des IX. Jahrhunderts von kreolischen Eliten geführt. Die Partei der Nationalen Integration (PIN), die Partei der Radikalen Veränderung, die Soziale Partei der Nationalen Einheit (Partei der U) und die Bewegung der Einschließung und Chancen (MIO) sind Parteien oder Bewegungen, die von dissidenten Politikern der traditionellen Parteien gegründet wurden. Diese waren von Untersuchungen oder Sanktionen gegen ihre Mitglieder wegen Verbindungen mit der Parapolitik oder dem Drogenhandel in Mitleidenschaft gezogen worden.

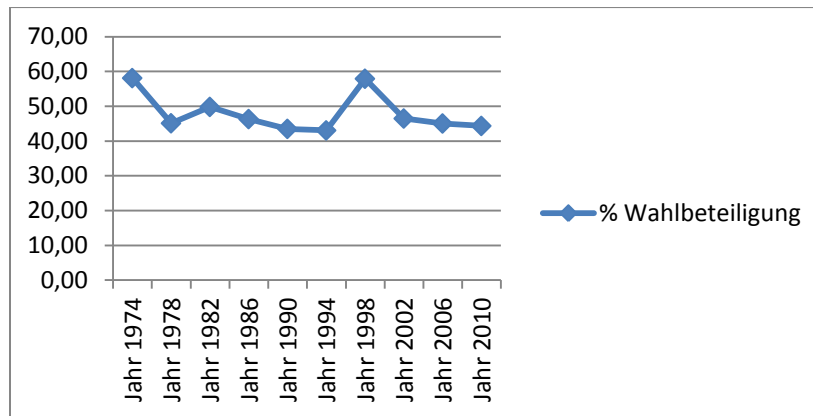
Es sind Parteien, die im politischen Spektrum rechts angesiedelt werden könnten. Die Grüne Partei ist eine Partei des Zentrums, die den Umweltschutz als ihre Kernthema versteht, von Intellektuellen und Umweltschützern geführt wird und darauf wartet, von der Rechten und der Linken losgelöst, eine neue Alternative in Kolumbien zu werden. Die Bewegung (MIRA) ist eine Bewegung der Christlichen Kirche Iglesia de Dios Ministerial de Jesucristo Internacional. Der Alternative Demokratische Pol ist eine linksdemokratische Partei. Die Bewegung Indigene Soziale Allianz und die Bewegung Indigene Autoritäten von Kolumbien (AICO) repräsentieren die indigenen Minderheiten des Landes und die Bewegung Afrovides Die Hoffnung eines Volks ist die einzige Bewegung der schwarzen Bevölkerung, die ihre politische Vertretung aufrechterhält. Wie zu sehen

ist, bieten diese Parteien der kolumbianischen Wählerschaft ein breiteres und vielfältigeres Spektrum an.

Auf der anderen Seite haben unabhängige Bürgergruppen, die mit ihren Unterschriften einen Kandidaten für einen Wahlkampf einschreiben und aufstellen, wichtige und signifikante Siege erreicht: die Wahl von 329 Bürgermeistern im Jahre 2007, 163 Bürgermeister im Jahre 2011, 3.775 Stadträte im Jahre 2007, 750 Stadträte im Jahre 2011; 7 Gouverneure im Jahre 2007, 14 Gouverneure im Jahre 2011, 85 Abgeordnete im Jahre 2007 und 17 Abgeordnete im Jahre 2011. Das sind Indikatoren für eine Diversifizierung, die ihrerseits Ausdruck einer Zunahme der Individualisierung der Gesellschaft ist.

Die Wahlteilnahme war immer niedrig, was charakteristisch für die kolumbianische Demokratie ist. Bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1974 betrug die Wahlbeteiligung 58,10% – die höchste seit der Nationalen Front. Es folgt im Jahre 1998 eine Beteiligung von 57,91%. Bei den anderen Präsidentschaftswahlen lag die Wahlbeteiligung immer unter 50% der Wählerschaft. Die gleiche Charakteristik haben die Senats- und Kammerwahlen.

Abbildung Nr. 6 Prozentsatz der Wahlbeteiligung an den Präsidentschaftswahlen



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an <http://www.registraduria.gov.co/-Historico-de-Resultados-.html>

Die Volkswahl der Bürgermeister durch Direktwahl, die seit dem Jahr 1986 möglich ist und seit dem Jahr 1988 ausgeführt wird, sowie die Wahl der Gouverneure durch Direktwahl seit dem Jahr 1992 haben die lokale Demokratisierung belebt: die Wahlbeteiligung liegt über der für nationale Ämter. Im Jahre 2011 betrug die Wahlbeteiligung bei den Bürgermeisterwahlen nach Daten der Nationalen Personenstandsregistratur 57,30%, bei den Gemeinderätewahlen 56,63%, bei den Gouverneurswahlen 58,81% und den Wahlen für die Abgeordneten der Departementsversammlung 58,03%, bei den Wahlen der lokalen Verwaltungsvorständen JAL 54,72%.

Das bedeutet, dass zwischen 40% und 50% der kolumbianischen Wahlbevölkerung nicht an den Wahlen teilnehmen. Das ist ein Indikator, der auf verschiedene Arten interpretiert werden kann: als Ausdruck der fehlenden Identifikation mit den politischen Parteien und Bewegungen oder der Unwissenheit um die Relevanz der politischen Beteiligung. Auf jeden Fall ist es ein Indikator der Schwäche der Demokratie und der Modernisierung, da es einen hohen Prozentsatz Personen anzeigt, die nicht an den Entscheidungen teilnehmen, die ihr Leben in Mitleidenschaft ziehen. Die

Beteiligung ist auf sozialer Ebene noch viel niedriger: So zeigt die Volkszählung von 2005, dass nur 6,45% der Haushalte an Gemeinschaftsorganisationen teilnehmen.

Das politische Organisationsvermögen und die Beteiligung am politischen Leben der Gemeinschaft sind vielleicht die wichtigsten Indikatoren des Modernisierungsgrads einer Gesellschaft, da sie den Bewusstseinsgrad der Individuen in Bezug auf den politischen Stand anzeigen, in dem die Normen bestimmt werden, die die Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft sowie die Verwaltung der, für die Entwicklung der Nation entscheidenden, öffentlichen Mittel regulieren.

Ohne Individuen, die sich ihrer Rolle als politische Subjekte bewusst sind, ist die Modernisierung der Institutionen schwierig, da diese gerade von modernen Subjekten geschaffen wurden, die die Institutionen wie die Demokratie, die Freie Marktwirtschaft und den Staat gestärkt haben, um darin eine neue Art von sozialen Beziehungen zu entwickeln, die sich von den despotischen und tyrannischen Beziehungen unterscheiden, welche die absolutistischen Monarchien der Feudalzeit charakterisierten.

Ohne moderne Subjekte, die ebenbürtige und autonome Beziehungen in den Institutionen suchen, können sich diese Institutionen nicht entwickeln, die wie in Kolumbien von europäischen Modellen kopiert, aber über Praktiken verwaltet werden, in denen persönliche und abhängige Beziehungen Herrschafts- und Unterordnungsverhältnisse bei der Machtausübung aufrechterhalten, die die Stärkung des Staates und der Nationsbildung blockieren.

Das ist eine politische Machtausübung vormoderner Art, bei der die Bürger nicht unabhängig und autonom sind, als souveräne Basis der politischen Macht, sondern von den Politikern abhängig sind, die auf persönliche Weise entscheiden, wer Zugang zu den Anstellungen hat, d. h. zur staatlichen Bürokratie, und somit eine Loyalität herstellen, die weiterhin persönlich auf den politischen Führer oder Caudillo bezogen ist und nicht auf den Staat und seinen Institutionen.

Wie "Loyalität" der Bürger gegenüber der abstrakten Einheit wie dem Staat entwickelt werden könnte, das ist vielleicht eine der wichtigsten Aufgaben zur Stärkung der Demokratie in Kolumbien.

Tabelle Nr. 2 Präsidenten von Kolumbien 1946-2010

| PRÄSIDENTSCHAFTS-PERIODEN | PRÄSIDENT | POLITISCHE PARTEI ODER BEWEGUNG |
|--------------------------------------|--|--|
| 7. August 1946 – 7. August 1950 | Mariano Ospina Perez | Kolumbianische Konservative Partei |
| 7. August 1950 – 5. November 1951 | Laureano Gomez Castro | Kolumbianische Konservative Partei |
| 5. November 1951 – 13. Juni 1953 | Roberto Urdaneta Arbelaez (E) | Kolumbianische Konservative Partei |
| 13. Juni 1953 – 10. Mai 1957 | Generalleutnant Gustavo Rojas Pinilla | Militärdiktatur |
| 10. Mai 1957 – 7. August 1958 | Generalmajor Gabriel Paris | Vorübergehende Militärjunta |
| | Generalmajor Deogracias Fonseca Espinosa | |
| | Admiral Ruben Piedrahita Arango | |
| | Brigadegeneral Rafael Navas Pardo | |

| PRÄSIDENTSCHAFTS-PERIODEN | PRÄSIDENT | POLITISCHE PARTEI ODER BEWEGUNG |
|--------------------------------------|--|--|
| | Brigadegeneral Luis Ernesto Ordoñez Castillo | |
| 7. August 1958 – 7. August 1962 | Alberto Lleras Camargo | Nationale Front - Kolumbianische Liberale Partei |
| 7. August 1962 – 7. August 1966 | Guillermo Leon Valencia | Nationale Front - Kolumbianische Konservative Partei |
| 7. August 1966 – 7. August 1970 | Carlos Lleras Restrepo | Nationale Front - Kolumbianische Liberale Partei |
| 7. August 1970 – 7. August 1974 | Misael Pastrana Borrero | Nationale Front - Kolumbianische Konservative Partei |
| 7. August 1974 – 7. August 1978 | Alfonso Lopez Michelsen | Kolumbianische Liberale Partei |
| 7. August 1978 – 7. August 1982 | Julio Cesar Turbay Ayala | Kolumbianische Liberale Partei |
| 7. August 1982 – 7. August 1986 | Belisario Betancur Cuartas | Kolumbianische Konservative Partei |
| 7. August 1986 – 7. August 1990 | Virgilio Barco Vargas | Kolumbianische Liberale Partei |
| 7. August 1990 – 7. August 1994 | Cesar Gaviria Trujillo | Kolumbianische Liberale Partei |
| 7. August 1994 – 7. August 1998 | Ernesto Samper Pizano | Kolumbianische Liberale Partei |
| 7. August 1998 – 7. August 2002 | Andres Pastrana Arango | Bewegung Große Allianz für die Veränderung |
| 7. August 2002 – 7. August 2006 | Alvaro Uribe Velez | Zuerst Kolumbien |
| 7. August 2006 – 7. August 2010 | Alvaro Uribe Velez | Zuerst Kolumbien |
| seit dem 7. August 2010 bis heute | Juan Manuel Santos Calderon | Soziale Partei der Nationalen Einheit |

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Nationale Personenstandsregistratur der Republik. Präsidenten der Republik. König 2008. Ocampo 1989.

Wie in der vorstehenden Tabelle zu sehen ist, gab es während der Periode 1946-2010 Regimewechsel von der Demokratie zur Militärdiktatur, aber es gab keine Veränderung des politischen Systems. Seit 1958 gab es Regierungswechsel, aber weder Regime- noch Systemwechsel.

Die politische Macht lag in Kolumbien seit der Unabhängigkeit in Händen der Eliten und war in den beiden traditionellen Parteien, der Liberalen und der Konservativen Partei, organisiert, die sich in der Macht abgewechselt haben. Die politischen Bewegungen, die seit 1998 an die Macht kamen und die derzeitige Soziale Partei der Nationalen Einheit (Partei der U) wurden von dissidenten Politikern der beiden traditionellen Parteien gebildet und nicht von Führern sozialer Bewegungen, die die Interessen der nicht-elitären Gruppen repräsentieren.

Diese traditionelle politische Elite kann als landbesitzend, latifundistisch und handeltreibend charakterisiert werden, die mit ihren Politiken einen landwirtschaftlichen Exportsektor und

Geschäftsleute begünstigt haben, die die Gewinne der Exporte im internationalen Handel investieren.

Es kann geschlussfolgert werden, dass in Kolumbien die Volksklassen, die Mittelschicht, das Industriebürgertum und die Linke noch nicht an die Macht gekommen sind.

Die fehlende Modernisierung in den sozialen und produktiven Strukturen hat die Veränderung und die Modernisierung der politischen Strukturen begrenzt, das hat seinerseits die Entwicklung eines nationalen Bürgertums gebremst, besonders seit der Billigung der liberalen ökonomischen Politiken im XIX. und XX. Jahrhundert, die seit den 90er Jahren des XX. Jahrhunderts neoliberal sind.

3.4.1.2 Marktwirtschaft

Die produktive Struktur des Landes in der Periode 1951-2010 zeigt eine konstante Schrumpfung des landwirtschaftlichen produktiven Sektors auf, der von 53,87% geschaffener Stellen im Jahre 1951 auf 26,14% Stellen im Jahre 2005 sank. Trotz dieser kontinuierlichen Reduzierung ist der Agrarsektor weiterhin ein bedeutender Erzeuger von Arbeitsstellen: Jede vierte Person in Kolumbien hängt von der Landwirtschaft ab. Dieser Sektor weist, wie schon gezeigt wurde, einen Unterschied zwischen der landwirtschaftlichen Exportwirtschaft mit einer Plantagenstruktur im Besitz von einem oder wenigen Latifundisten oder Grundbesitzern in Zonen hoher Produktivität und einfacher Mechanisierung bzw. Industrialisierung und der bäuerlichen Subsistenzproduktion in Händen kleiner Eigentümer von Land in Zonen mit niedriger Produktivität und schwieriger Mechanisierung auf.

Die extraktiven Industrien schafften weiterhin weniger Arbeitsplätze im Jahre 2005 (0,62%) als im Jahre 1951 (1,63%). Die Industrie verminderte ihren Beitrag zur Stellenschaffung und sank von 12,27% im Jahre 1951 auf 10,6% im Jahre 2005. Der Handel stieg von 5,43% der Arbeitsstellen im Jahre 1951 auf 49,9% der Stellen im Jahre 2005. Der Dienstleistungssektor wuchs von 15,93% geschaffener Stellen im Jahre 1951 auf 32,6% Stellen im Jahre 2005.

Diese Wirtschaftsstruktur zeigt, dass das Land kein industrielles Bürgertum gestärkt hat, das fähig ist, die Ressourcen der Umgebung industrieller Prozesse in Industrieprodukte zu verwandeln, was formelle, qualifizierte Stellen schaffen würde. In der Konsequenz wurde auch nicht die Arbeiterklasse gestärkt, die ein politisches Gegengewicht gegen die Bourgeoisie darstellen könnte.

In Europa war das Bürgertum die tragende Klasse der Modernität, jene Sozialklasse, die sich gegen die unproduktive Aristokratie der feudalen Zeiten auflehnte, wobei sie ein Klassenbewusstsein und eine Wirtschaftskraft entwickelte, die auf der Anwendung des wissenschaftlichen Wissens basierte, das technische Fortschritte, Produktivitätserhöhung und Reichtumsvermehrung ermöglichte, was wiederum die Beseitigung bzw. Neustrukturierung der Beziehungen zum Adel und die Stärkung neuer oder reformierter Institutionen möglich machte: die Demokratie, die Marktwirtschaft und den Staat, die in den Dienst der Wohlfahrt gestellt wurden.

Die massive Anstellung von Arbeitern in den Unternehmen führte zur Arbeiterklasse oder zum "Proletariat", das ein Klassenbewusstsein entwickelte und durch soziale Organisationen wie die Gewerkschaften und die Arbeiter- oder Linksparteien für seine (Arbeits-)Forderungen kämpfen konnte.

In Kolumbien hat die Wirtschaftsstruktur nicht die Stärkung der beiden Klassen zugelassen, die unter Druck stehen – die Eine durch eine traditionelle Agrar-Export-Importklasse und die Andere durch eine soziale Arbeitslosenklasse, die als "unabhängig Arbeitende" klassifiziert wird, die an den

Türen der bestehenden Industrien stehen, um einzutreten, ohne es zu können. Die "Proletariatsklasse" genießt, obwohl sie niedrige Einkommen hat, eine Arbeitsstabilität und Sozialsicherheit, d. h. sie verfügt über Arbeit, die im Land fehlt.

Der Handelssektor entwickelte sich überdimensional, besonders der Verkauf von im Ausland hergestellten Industrieprodukten, in den 1950er Jahren aus England und Frankreich, in den 1960er und 1970er Jahren aus den USA, dann aus Taiwan und Japan und heute aus China. Dank ihrer industriellen Produktion haben diese Länder Wachstum, Entwicklung und Vermehrung des Wohlstands ihrer Bevölkerung erreicht, während Kolumbien als Verbraucher von Industrieprodukten und Exporteur seiner Rohstoffe die Lebensbedingungen der Hälfte seiner Bevölkerung nicht verbessern konnte.

Die Entwicklung einer Industrieklasse, die Mehrwert schafft, indem sie Wissen in die Produktionsprozesse steckt, erklärt beispielsweise den Erfolg von Japan, das über niedrige Rohstoffe verfügt, und die Probleme Kolumbiens, das keine industriellen Sektoren entwickeln konnte, indem es Wissen zur Verarbeitung des großen Reichtums und der Vielfalt des unermesslichen Naturerbes anwendet, das ihm zur Verfügung steht.

Die kolumbianischen Industrien hohen Wissens, die nach dem Code CIU die Herstellung von chemischen Industrieprodukten, Ö raffinerien, Maschinenfabrikation, Apparate und elektrische Versorgung, Transportausrüstung und -material einschließen, stellten laut Statistischem Amt (DANE) im Jahre 1970 1,17% der Exporte und 4,33% der Importe dar und trugen einen Mehrwert von 3,58% zum nationalen BIP bei. Im Jahre 2005 machten diese Industrien nur 0,006% des nationalen BIP sowie 7,73% der Importe aus und trugen einen Mehrwert von 3,74% zum nationalen BIP bei. Ihre Arbeitsproduktivität hatte eine Wachstumsrate von 10,29% und der Indikator technologischer Intensität betrug 0,59.

Die Industrien mittleren Wissens, die nach dem CIU Nahrungsmittel, Getränke und Tabak, Textilien, Papier und seine Produkte sowie Kunststoffprodukte umfassen, machten im Jahre 1975 1,91% der Exporte und 1,06% der Importe aus. Sie schufen einen Mehrwert von 9,19% des nationalen BIP. Im Jahre 2005 stellten diese Industrien 0,57% der Exporte und 2,01% der Importe dar und schufen einen Mehrwert von 6,37% des BIP. Sie wiesen eine Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität von 4,05 und eine technologische Intensitätsrate von 1,03 auf, beträchtlich unter der im Jahre 2000 registrierten von 7,87.

Die Industrien niedrigen Wissens, die nach dem CIU Industrien wie Leder, Holzindustrie und Holzprodukte, Möbel und Zubehör aus Holz einschließen, umfassten im Jahre 1975 0,17% der Exporte und 0,01% der Importe und schufen einen Mehrwert von 0,49% des BIP. Im Jahre 2005 stellten sie 0,06% der Exporte und 0,10% der Importe dar und schufen einen Mehrwert von 0,31% zum nationalen BIP. Sie hatten eine Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität von 2,20 und eine technologische Intensitätsrate von 0,97.

Wie zu sehen ist, reduzierte sich die Beteiligung der Industrie in den letzten 30 Jahren in ihren drei Wissensniveaus an den Exporten, obwohl sie, besonders diejenige, die mittleres Wissen und hohes Wissen anwendet, weiterhin am meisten zum Mehrwert des nationalen BIP beiträgt.

Das Wissen ist, wie gezeigt wurde, eine maßgebliche Variable für die industrielle Entwicklung. Das Bürgertum ist es, das historisch dafür kämpfte, den Menschen von allen Behinderungen zu befreien, die die volle Entwicklung seiner intellektuellen Fähigkeiten und der Wissenschaft bremsen. Die Säkularisierung bzw. Laizierung des Staats und der Bildung sind die Prozesse, die die Rationalisierung, die Entwicklung der Wissenschaft und der Technologie ermöglichten. Mit Martin

Luther beginnt eine Reform, die zum Verlust der Kontrolle der katholischen Kirche über das Wissen und die Blockierung führen wird, was im Mittelalter noch ihre Verbreitung garantierte. Luther kämpfte und schaffte es, die Bibel allen Gläubigen zugänglich zu machen und deren Denkfähigkeit zum Urteilen über Gut und Böse zu fördern. Er personifizierte und individualisierte die Beziehung zwischen dem Menschen und seinem Schöpfer und befreite sie von Vermittlern, die sagen, was gut und böse ist. Daher kommt die Beziehung, die, wie Max Weber, zwischen dem protestantische Ethik und dem Kapitalismus besteht.

In Kolumbien ist die Säkularisierung ein neuerer Prozess, der seit der Konstitution von 1991 existiert. Theoretisch ist das Land säkular, jedoch ist eine Periode von etwas mehr als 20 Jahren eine kurze Zeit, um die Tradition einer religiösen Bildung zu verändern. Nach dem Statistischen Amt (DANE) besuchten im Jahre 2011 77% der, in den Bildungsstufen Vor-, Primar-, Sekundarschule und der mittleren Stufe eingeschriebenen, Schüler, junge Leute und Erwachsene, offizielle Schulen, d. h. öffentliche, staatliche Schulen und 17% besuchten nicht-offizielle bzw. private Schulen.

Das Bildungsniveau der Lehrer zeigt, dass im Jahre 2011 15,85% der Lehrer ein pädagogisches Abitur vom Lehrerseminar u.a. hatten, 7,86% hatten eine pädagogische Ausbildung auf technischem oder technologischem Niveau u.a., 55,64% waren pädagogische Akademiker u.a., 20,62% hatten Postgraduiertenabschlüsse, 0,06% Mastertitel, 0,0004% Doktorat und 0,14% andere Titel. Das Bildungsniveau der Lehrer nimmt mit der Bildungsstufe, in der sie arbeiten, zu. Es gibt in der Sekundarstufe und der mittleren Stufe mehr Lehrer mit Hochschulausbildung und Postgraduiertenstudien als auf der Primarstufe und in der Primarstufe mehr als in der Vorschulstufe. In der Sekundarstufe und der mittleren Stufe haben 4,86% der Lehrer nur das Abitur, 54,14% sind pädagogische Akademiker und 40,93% haben eine Ausbildung auf höherem Niveau.

Trotz des relativ guten Niveaus der Lehrer zeigt das Ergebnis in den Tests *Saber*, die vom Erziehungsministerium durchgeführt werden, dass im Jahre 2009 21% der Schüler des Fünften Schuljahrs der Primarschule ungenügende Kompetenzen in der Sprache aufwiesen, 43% hatten minimale Kenntnisse, 26% befriedigende Kenntnisse und nur 9% fortgeschrittene Kompetenzen. Die Schüler des neunten Schuljahrs zeigten die folgenden Niveaus sprachlicher Kompetenzen: 18% ungenügende, 43% minimale, 36% befriedigende und 4% fortgeschrittene Kompetenzen.

In Mathematik sind die Ergebnisse ziemlich negativ in beiden Schuljahren. Die Ergebnisse der Leistungsniveaus des Fünften Schuljahrs betragen: 44% ungenügende, 31% minimale, 17% befriedigende und 8% fortgeschrittene Leistungen. Die Ergebnisse der Leistungsniveaus des Neunten Schuljahrs waren: 26% ungenügende, 52% minimale, 19% befriedigende und 3% fortgeschrittene Leistungen.

In Naturwissenschaften waren die Ergebnisse der Leistungsniveaus im fünften Schuljahr zu 22% ungenügend, 52% minimal, 19% befriedigend und 7% fortgeschritten und im neunten Schuljahr zu 17% ungenügend, 53% minimal, 24% befriedigend und 6% fortgeschritten. Die Analyse der im Bericht erfassten sozioökonomischen Variablen der Prüfungen (*Saber* 2009) zeigen, dass die Jungen besser in Mathematik und Naturwissenschaften sind, während die Mädchen bessere Ergebnisse in der Sprache vorweisen.

Im Land existiert eine Kluft zwischen der privaten und der offiziellen Bildung und zwischen den urbanen und ruralen Zonen. "Es gibt signifikante Unterschiede in den Ergebnissen je nach Einrichtungsart, die die Schüler besuchen. In allen Gebieten und Schuljahren liegen die Durchschnitte der Schüler der Privatschulen statistisch höher als die der Schüler, die öffentliche Schulen besuchen. Bei den schulischen Leistungen Letzterer lassen sich die höchsten Streuungen in

den Punktzahlen beobachten. Im offiziellen Bereich wiederum ist die Leistung der Schüler der urbanen Zonen höher als die der ruralen Zonen und es gibt eine kleinere Streuung in den Letzteren.” (Saber 5° y 9° 2009: 24).

Der Bericht *Saber 2009* ratifiziert auch die Beziehung zwischen den sozioökonomischen Bedingungen der Schüler und ihrer Leistung. “Faktisch lässt sich für alle Gebiete und Schuljahre festhalten: je besser die sozioökonomische Situation, desto höher die Durchschnitte. Das offenbart erneut die großen Ungleichheiten im Lernen abhängig von der sozialen und ökonomischen Situation der Schüler.” (Saber 5° y 9° 2009: 27). Besonders die Unterschiede zwischen den Schülern der sozioökonomischen Schicht 3 und 4 sind signifikant, da die Schüler mehrheitlich urbane öffentliche Schulen besuchen, während diejenigen der sozioökonomischen Schicht 4 Privatschulen besuchen.

Ein anderer wichtiger Aspekt des Berichts *Saber 2009* war die Identifizierung des institutionellen Faktors, der die Leistung der Schüler in Mitleidenschaft zieht. “In einer großen Zahl von Untersuchungen zeigen die Schulen, die autonom und unabhängig in Bezug auf ihre pädagogischen Entscheidungen, ihr Personal und ihre Ausgaben verwalten, bessere akademische Ergebnisse (Vegas & Petrow, 2008).” (Saber 5° y 9° 2009: 22)

Die gleichen Tendenzen ergeben die Ergebnisse der Prüfungen *Saber 11* zwischen 2005 und 2009. Diese Prüfungen sind das Selektionskriterium für den Zugang zu den öffentlichen Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen der höheren Bildung. “Zusammenfassend: in den letzten Perioden beider Schuljahrskalender begünstigen die durchschnittlichen Punktezahlen in allen Fachgebieten die Schüler der Privatschulen, insbesondere in den ruralen Zonen des Schuljahrkalenders B. [...] Bei den Schülern der urbanen Schulen betrug der Vorteil derjenigen des privaten Sektors gegenüber den öffentlichen 3 bis 4 Punkte in allen Fachgebieten sowohl im Schuljahrskalender A wie B. [...] Die Schüler der öffentlichen ruralen Schulen haben in beiden Schuljahrskalendern und in allen Perioden niedrigere Punktzahlen, gefolgt von den öffentlichen urbanen Schulen.” (ICFES-SABER 11:38).

Das zuvor Gesagte weist darauf hin, dass die Bildung die Ungleichheitsbedingungen der Bevölkerung nicht signifikant modifiziert, sondern widerspiegelt und reproduziert. In diesem Sinn wäre es wichtig, die sozioökonomischen Bedingungen der Bevölkerung als einen entscheidenden Faktor zur Verminderung der Ungleichheit der Schulleistungen zu verbessern, die ihrerseits Bedingung des Zugangs zur Hochschulbildung und Arbeitswelt sind.

Ein nicht weniger wichtiger Faktor ist der Zusammenhang zwischen der Autonomie und Unabhängigkeit der Schule und der schulischen Leistung, denn in diesem Fall reproduzieren diese Eigenschaften sich im Verhalten der Schüler, die ihrerseits autonomer und leistungsfähiger sind. Dies sind die beiden Kriterien, die mit der Modernität zusammenhängen. Institutionen mit moderneren Verwaltungssystemen erreichen bessere Ergebnisse im Leistungsniveau ihrer Schüler.

Diese Bewertungen der Bildung sind zweifellos wichtig, aber der größte Bildungsnachweis im Land ist die Fähigkeit, Wissen zu schaffen und zu vermitteln, das sich in ein Werkzeug verwandelt, das es den Menschen ermöglicht, ihre Kapazitäten und Umgebung besser zu nutzen. Bis jetzt hat die Bildung in Kolumbien diese Probe nicht bestanden.

3.4.1.3 Wohlfahrtsstaat

Der Wohlfahrtsstaat in Kolumbien hinkt, wie am Anfang dieses Kapitels bemerkt wurde, anderen lateinamerikanischen Ländern hinterher.

Die Wohlfahrt ist mit der Sicherheit verbunden, einem Gefühl, das nicht nur mit der physischen Sicherheit zu tun hat, sondern mit der emotionalen Sicherheit der Bürger. Eins der wichtigsten Ereignisse, die mit dem Aufbau des Sozialversicherungssystem in Kolumbien zusammenhängen, war die Gründung des Kolumbianischen Instituts der Sozialversicherungen (ISS) am 26. Dezember 1946 während der Regierung des konservativen Präsidenten Mariano Ospina Perez. Diese Institution verwaltete für 66 Jahre die soziale Sicherheit in Kolumbien. Zurzeit wird sie per Dekret Nr. 2013 vom 28. September 2012 liquidiert. Die Regierung des Präsidenten Santos beendet einen Prozess, der vom Expräsidenten Uribe begonnen wurde, der 2008 die Gesundheitsverwaltung und die des Berufsrisikos getrennt hatte. Bis zum 28. September 2012 hatte sie die Pensionen des Systems Mittlere Prämie mit bestimmter Leistung verwaltet.

Während der Regierung des liberalen Präsidenten Cesar Gaviria Trujillo wurde das Gesetz Nr. 100 von 1993 verabschiedet, das das System der integrierten Sozialen Versicherung schuf und das staatlich garantierte Recht aller Kolumbianer auf Sozialversicherung anerkannte. Er richtete diese als eine obligatorische öffentliche Dienstleistung ein, erweiterte sie progressiv und ermöglichte die Privatisierung der verschiedenen Dienste des Systems.

Das System der Integrierten Sozialen Sicherheit hat zum Ziel, die ökonomischen und gesundheitlichen Leistungen zu garantieren, sowie die ergänzenden sozialen Dienstleistungen – sowohl für angestellte Personen, unabhängig Arbeitende und andere Personen, die die ökonomische Fähigkeit besitzen, dem System beizutreten, als auch für diejenigen ohne die ökonomischen Voraussetzungen wie Landarbeiter, Indigene, unabhängig Arbeitende, Künstler, Sportler, Gemeinschaftsmütter, indem für diese Personen die Deckung als Solidaritätsprinzip erweitert wird.

Das System der Integrierten Sozialen Sicherheit schließt ein: das Allgemeine Pensionssystem, das Allgemeine Berufsrisikosystem, der Obligatorische Gesundheitsplan im beitragszahlenden und im subventionierten System und die Soziale Gesundheitsförderung.

Das **Allgemeine Pensionssystem** garantiert der Bevölkerung den Schutz bei Eventualitäten, die sich aus dem Alter, der Invalidität oder dem Tod ableiten, durch die Anerkennung einer Pension und von Leistungen, die das Gesetz bestimmt. Das System hat auch den Schutz der, im Pensionssystem nicht eingeschlossenen, Bevölkerung zum expliziten und progressiven Ziel. Das allgemeine Pensionssystem integriert zwei Solidaritätssysteme: das Solidaritätssystem der Mittleren Prämie mit definierten Leistungen und das individuelle Sparsystem mit solidarischem Status. Dieses System ist Pflicht für alle Arbeiter, die einen Arbeitsvertrag sowohl im öffentlichen Sektor als auch im Privatsektor haben, mit Ausnahme der unabhängig Arbeitenden. Für die Bevölkerung, die über keine Mittel verfügt, wurde der Pensionssolidaritätsfond gegründet, der dem Arbeits- und Sozialschutzministerium zugeordnet und dazu bestimmt ist, die Deckung mit Zuwendungen für die verwundbarste Bevölkerung zu erweitern. Der Mindestsatz, auf dem der Beitrag festgesetzt ist, ist der gesetzlich gültige Mindestlohn und der maximale sind 20 Mindestlöhne. Für integrale Gehälter beträgt die Basis 70%.

Die Alterspension wird für die Personen eingerichtet, die über 20 Jahre gearbeitet haben und 62 Jahre alt sind oder älter (bei Männern) und 57 Jahre oder mehr (bei Frauen). Die Pension kann nicht unter dem monatlichen legalen gültigen Mindestlohn liegen und nicht über 85% der liquidierten Gehaltsbasis. Bei Pension wegen Invalidität ist mindestens ein 50-prozentiger Verlust der Arbeitsfähigkeit erforderlich. Die Hinterbliebenenpension erwirbt der hinterbliebene Ehepartner oder feste Lebenspartner auf Lebenszeit und die Kinder für die Zeit bis zum 18. Lebensjahr oder bis zum 25. Lebensjahr bei Studenten, die Eltern, wenn sie ökonomisch vom Versicherten abhängen, die invaliden Kinder oder Geschwister, die arbeitsunfähig sind und ökonomisch vom Versicherten abhängen.

Am 31. Juli 2010 endeten die Sonder- und Ausnahmesysteme für die Mitglieder der Streitkräfte und der Polizei, die Zivilpersonen, die beim Verteidigungsministerium, der Nationalen Polizei und Militärstrafjustiz oder beim öffentlichen Ministerium arbeiteten, die Mitglieder des Sozialen Leistungsfonds der Lehrerschaft und die unbezahlten Mitglieder der öffentlichen Korporationen.

Das allgemeine Berufsrisikosystem deckt den Schutz aller Arbeiter der großen, mittleren und kleinen Unternehmen ab dem Moment ihres Beitritts ab. Es schließt im Fall eines Arbeitsunfalls oder bei der Diagnose einer Arbeitskrankheit eine 100-prozentige Deckung der ökonomischen und der pflegerischen Leistungen ein. Unter diesen Leistungen sind die Entschädigung bei permanenter oder totaler Arbeitsunfähigkeit, die Invaliditätspension und die Überlebenden-Pension bei Tod des Versicherten, u.a.

Der **Obligatorische Gesundheitsplan (POS)** wurde ab dem 2. Juli 2012 für alle Kolumbianer vereinheitlicht, unabhängig vom System, dem man angehört: beitragend oder subventioniert. Das beitragende Regime ist für alle angestellten Personen vorgesehen, d. h. mit Zahlungsfähigkeit, wie die angestellt und die unabhängig Arbeitenden, die Pensionäre und ihre Familien.

Das subventionierte System ist das Regelungssystem, durch das die ärmste Bevölkerung des Landes ohne Zahlungsfähigkeit über eine Beihilfe vom Staat Zugang zum Gesundheitsdienst hat. Die Deckung der subventionierten Gesundheitsleistungen wurde signifikant erweitert. Nach Information des Ministeriums für Sozialschutz zählten die Versicherten im Jahre 2007 10.632.302 Personen und im Jahre 2011 22.142.143.

Nach dem Ministerium für Sozialschutz waren am 31. Dezember 2011 90% der kolumbianischen Bevölkerung krankenversichert: 19.620.393 Personen (46,89%) im beitragenden Regime und 22.219.303 Personen (53,11%) im Subventionierten. 10% der Bevölkerung sind nicht krankenversichert, was etwa 4.204.905 Personen entspricht.

Das Land hat die Entwicklung der sozialen Gesundheitsförderung vorgesehen, die als ein System der öffentlichen Maßnahmen zur Förderung der sozialen Mobilität von Personen und Kollektiven in prekären Lebensbedingungen (extreme Armut und sozialer Ausschluss) und zur Förderung des sozialen Schutzes verstanden werden. Es handelt sich um ein Paket öffentlicher Maßnahmen, die den Schutz und die Lebensqualität der Kolumbianer verbessern sollen, vor allem derjenigen, die am wenigsten gesichert sind, um mindestens das Recht auf Gesundheit, Pension und Arbeit zu gewährleisten. Bis heute ist die Entwicklung dieser Themen noch am Anfang und mit Ausnahme der Gesundheitsversicherung sind die sozialen Sicherungssysteme für die Bevölkerung wenig gegeben.

Bis 1994 war die Sozialversicherung in Kolumbien dem beitragenden System angeschlossen, d. h. es betraf alle Arbeiter sowohl des öffentlichen wie des privaten Sektors und die unabhängig Arbeitenden, die den Beitrag der Sozialversicherung zahlen konnten, der Pension bei Invalidität, Alter und Tod mit einschloss, sowie den Gesundheitsdienst und den Schutz bei Berufsrisiken.

Während der Regierung des Liberalen Ernesto Samper Pizano (1994-1998) wird das Informationssystem zur Identifizierung der Nutznießer der Sozialen Programme (SISBEN) geschaffen, das es ermöglichte, die Gesundheitsleistungen auf 23 Millionen Personen auszuweiten, die bis zu diesem Moment ausgeschlossen waren. Später konnten soziale Programme des Staates konzentriert werden und es wurde das soziale Solidaritätsnetz *Red de Solidaridad Social* gegründet, um die Bevölkerung in Armut- und Elendssituationen zu unterstützen, die schon mit dem SISBEN-System erfasst war.

Laut der Volkszählung von 2005 kamen 2,04% der ökonomisch inaktiven Bevölkerung in den Genuss eines Ruhestandsgelds, Pension oder Rente, um zu leben. Die Aufteilung nach Geschlechtern zeigt ein gleiches Verhältnis zwischen Männern und Frauen, die in Ruhestand treten konnten. Mit einer Bevölkerung unter 15 Jahren, die 31% der Gesamtbevölkerung darstellt, und einer Bevölkerung zwischen 15 und 59 Jahren, die 60% ausmacht, ist der Unterhalt der alten Menschen in Ruhestand kein Problem, wenn offizielle Stellen gebildet werden, die ökonomisch zum Pensionssystem beitragen.

In Kolumbien ist der Zugang zu sozialen Leistungen – bezahltem Urlaub, Pension oder Ruhestandsgeld – mit der Verknüpfung mit dem offiziellen Bereich der Wirtschaft verbunden. In diesen Genuss kommen 50,09% der ökonomisch aktiven Bevölkerung, die als Arbeiter oder Angestellte privater oder staatlicher Unternehmen arbeiten. Das ist ein Bereich, der von sich aus schon gegenüber den unabhängig Arbeitenden oder den unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, Landarbeitern oder Tagelöhnern auf dem Land privilegiert ist.

Die Wohlfahrt liegt in der Verantwortung der Personen – sowohl auf einer individuellen als auch familiären Ebene – der Gemeinschaften, der produktiven Bereiche und des Staats. Die hohen Wohlfahrtsniveaus, die die modernen Gesellschaften genießen, gibt es nicht wegen der, von den Staaten eingeführten Sozialversicherungssysteme, sondern, wie schon gesagt wurde, wegen des Gleichgewichts zwischen industrieller Entwicklung, Schaffung offizieller und qualitativer Arbeitsplätze sowie dem Wohlfahrtsstaat mit seiner Sozialversicherungspolitik.

Eine der Hauptkrisen, die die Industrienationen durchleben, ist das Ende der Vollbeschäftigung, die Erhöhung der industriellen Produktivität mit größerer Technifizierung und Reduzierung der direkten Stellen sowie die Standortverlagerung der Industrien in Länder mit geringeren Produktionskosten, vor allem in Asien.

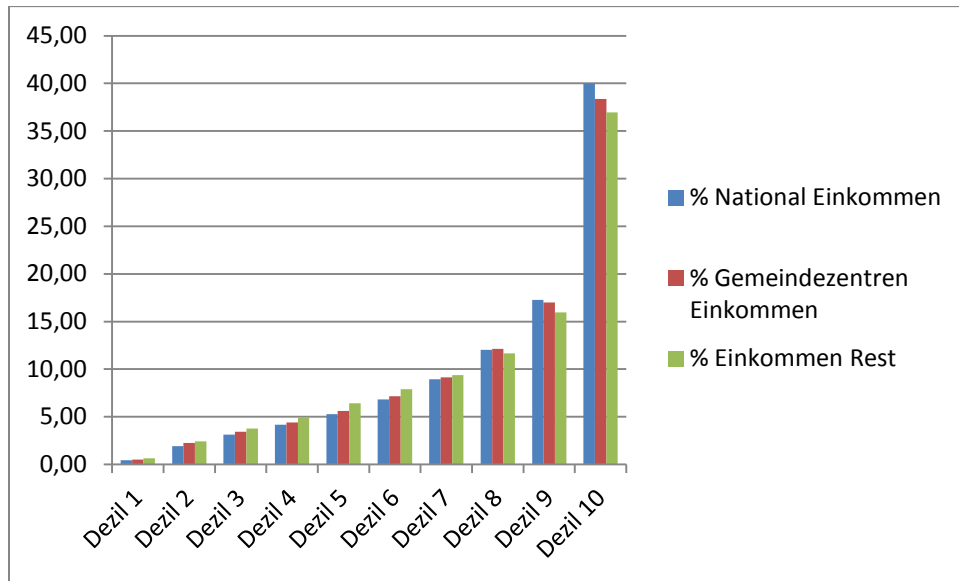
Die modernen Gesellschaften sind die, die es erreichen, dass die Wohlfahrt vor allem das Produkt der Entwicklung der produktiven und kreativen Fähigkeiten ihrer Mitglieder ist. Der soziale Schutz bei Arbeitsverlust, Krankheit und Älterwerden ist Ergänzung und Konsequenz der Vermehrung von Ressourcen der Länder dank des ökonomischen Wachstums und der vollen Nutzung der verschiedenen Faktoren der Produktion.

In Kolumbien besteht die Herausforderung nicht so sehr darin, über 22 Millionen Personen in Sozialhilfeprogrammen zu betreuen, die im Moment nicht finanzierbar sind und auf lange Sicht nicht haltbar sein werden, sondern die Unterstützung der produktiven, nationalen, hauptsächlich landwirtschaftlichen und industriellen Sektoren, damit sie die Qualitätsstellen schaffen können, die gebraucht werden, um die unbeschäftigte Bevölkerung zu beschäftigen. Ebenso muss das Wissen entwickelt werden, das gebraucht wird, damit die Unternehmer neue und wettbewerbsfähige Unternehmen entwickeln und schaffen können.

3.4.1.4 Massenkonsum

Das Konsumniveau sowohl der Haushalte wie der Individuen hängt direkt von ihrem Einkommensniveau ab. So wie schon kommentiert wurde, ermöglicht die, vom Nationalen Statistischen Amt (DANE) durchgeführte, nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007, die ungleiche Verteilung der Einkommen und Ausgaben der kolumbianischen Haushalte zu erkennen.

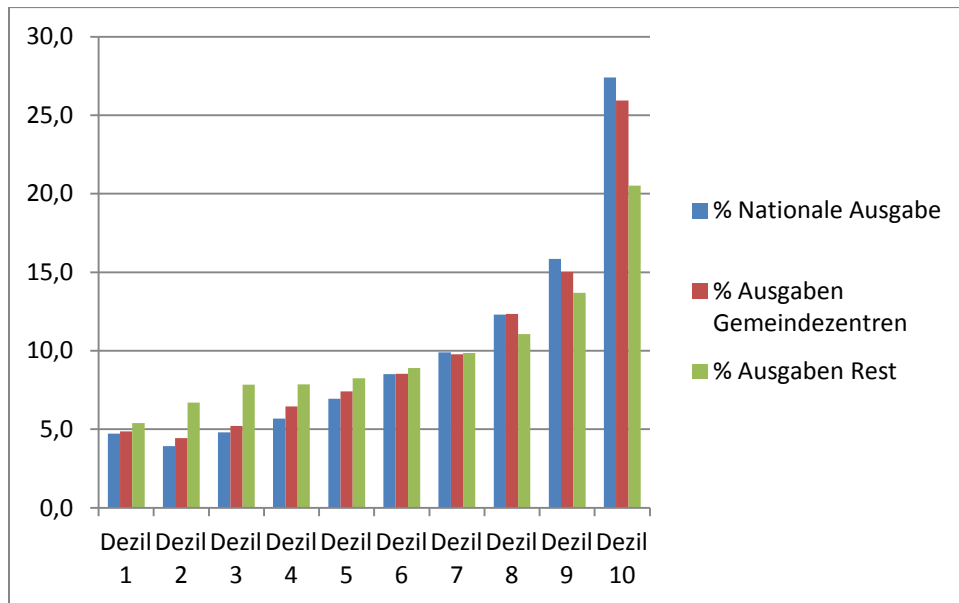
Abbildung Nr. 7 Monatseinkommen in aktueller Währung, die den Haushalten in % zur Verfügung stehen, nach Dezilen



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an der Zahlen des Nationalen Statistischen Amts (DANE); Nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007

Nach Dezilen geben 10% der ärmsten Bevölkerung 1,3% der Gesamtausgaben aus, während das reichste Dezil 34,9% ausgibt, das heißt, 27 Mal so viel wie das ärmste Dezil. Bis zum 8. Dezil, d. h., 80% der Haushalte geben 48,2% der Gesamtausgaben aus, während nur zwei Dezile die restlichen 51,8% ausgeben.

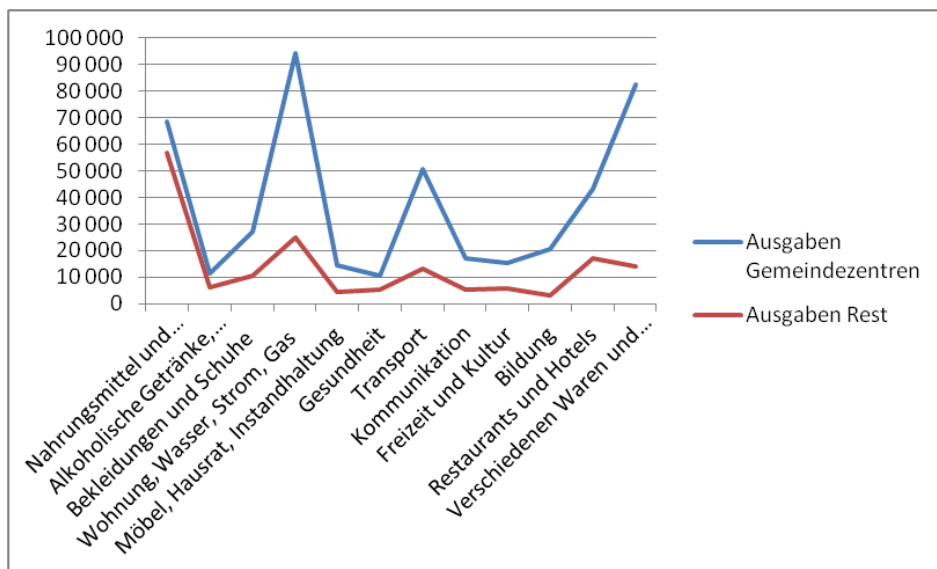
Abbildung Nr. 8 Prozentsatz der monatlichen Ausgaben in aktueller Währung nach Hauhaltsdezilen



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an der Zahlen des Nationalen Statistischen Amts (DANE); Nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007

Es existieren signifikante Unterschiede in den durchschnittlichen Monatsausgaben pro Person nach Zonen – die rurale Bevölkerung gibt weniger aus als die urbane –, die in allen Kategorien und der Ausgabenstruktur ähnlich sind. Die signifikantesten Unterschiede hinsichtlich der Ausgabensumme in den urbanen Zonen gibt es bei Unterkunft, Wasser, Elektrizität, Gas und anderen Brennstoffen sowie bei Transport, Restaurants, Hotels und anderen Gütern und Dienstleistungen.

Abbildung Nr. 9 Durchschnittliche persönliche Ausgaben nach Ausgabenkategorien



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an der Zahlen des Nationalen Statistischen Amtes (DANE); Nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007

77,3% der Haushaltsoberhäupter oder deren Ehepartner finden, dass die Haushaltseinkommen für die Deckung der Grundaussgaben ungenügend sind; 21,4% finden, dass die Einkommen ausreichen, um die Grundaussgaben des Haushalts zu decken und nur 0,9% finden, dass die Einkommen für die Deckung der grundlegenden Haushaltsausgaben mehr als ausreichend sind.

47,8% der Haushaltsoberhäupter in den Städten betrachten sich als arm, 51,9% verneinen dies; auf ruraler Ebene sehen sich 81,4% der Haushaltsoberhäupter als arm und 17,9% betrachten sich nicht als arm. Das weist auf die unterschiedliche Wahrnehmung der Armut in den beiden Sektoren hin.

Der Haushaltsgerätekonsum ist ein Indikator für die Lebensqualität, da gewisse Haushaltsgeräte gewisse Hausarbeiten erleichtern, wie das Wäschewaschen oder die Nahrungsmittelzubereitung. Andere Geräte ermöglichen den Zugang zu Abwechslung und Unterhaltung.

Auf nationaler Ebene werden die Konsumgüter und Ausstattungen mit dem größten Vorkommen in den Privathaushalten untersucht: An erster Stelle steht mit 74,15% der Farbfernseher, an zweiter Stelle steht mit 65,59% der Saftmixer, es folgen mit 64% der Kühlschränke, die Musikanlage 42,35%, das Fahrrad 35,77%. 23,93% haben eine Waschmaschine, 16,50% verfügen über einen Elektro- oder Gasherd, 16,25% haben einen Computer und 11,21% einen Mikrowellenherd.

Die seltensten oder exklusivsten Güter sind nach Relevanz: Die Schiffe, Boote oder Segelboote, die nur 0,46% der Haushalte besitzen, 8,30% der Haushalte verfügen über mindestens ein Motorrad und 10,41% haben mindestens ein Auto.

Es existieren merkbare Unterschiede in den Konsumniveaus zwischen den ruralen und den urbanen Haushalten. Im Allgemeinen genießen die Haushalte der Städte mehr Komfort als die ruralen Haushalte: Während 72,79% der urbanen Haushalte einen Kühlschrank haben, sind es auf ruraler Ebene nur 33,45%; während 36,96% der urbanen Haushalte eine Waschmaschine besitzen, haben nur 5,45% der ruralen Haushalte eine. Während 82,96% der urbanen Haushalte Farbfernseher haben, verfügen nur 43,49% der ruralen Haushalte über einen, wobei dieser Apparat der allgemeinste in den ruralen Haushalten ist. 20,33% der urbanen Haushalte haben einen Computer, aber nur 2,03% der ruralen Haushalte besitzen einen solchen.

Die niedrigen Einkommen und entsprechenden niedrigen Konsumniveaus spiegeln sich in so wichtigen Aspekten wie dem Zugang zu Büchern: 66,16% der Personen haben kein einziges Buch während des Volkszählungsjahrs gelesen, 11,24% lasen ein Buch, 7,82% zwei Bücher, 4,06% drei Bücher, 1,95% vier Bücher und die Personen, die fünf und mehr Bücher lasen, machten 8,77% der Bevölkerung aus. Wenn auch der Zugang zu Büchern nicht nur von den Einkommen garantiert wird – gibt es doch öffentliche Bibliotheken und Bibliotheken in den Bildungseinrichtungen – sind die niedrigen Leseniveaus besorgniserregend für eine Gesellschaft, die sich modernisieren muss. Bücher übertragen Kenntnisse, unterschiedliche Ideen, verschiedene Weisen, die Welt zu sehen. Ohne Zugang zu Büchern sind der Horizont der Ideen und das kulturelle Wissen der Personen wirklich begrenzt.

Das Dramatischste an den niedrigen Konsumniveaus in Kolumbien ist die Tatsache, dass 7,53% der Bevölkerung, d. h. mehr als 3 Millionen Personen "Fastentage" hatten, was bedeutet, dass sie während der Woche, in der die Volkszählung von 2005 durchgeführt wurde, nicht essen konnten. Das ist vielleicht der wichtigste Konsum, den ein demokratischer und moderner Staat allen Bürgern garantieren müsste: die notwendigen Nahrungsmittel, damit die Bevölkerung keinen Hunger leiden muss.

3.4.2 Mechanismen der Modernisierung

3.4.2.1 Individualisierung

Bezüglich der Mechanismen, die als Pluralisierung der Lebensstile verstanden, **Individualisierung** weist die Strukturanalyse auf, dass diese durch Prozesse wie die Zunahme der Urbanisierung (75,99%) Vorteile hat, da die in der Stadt lebenden Individuen wegen der reduzierten Sozialkontrolle, die in kleinen Ortschaften leichter ist, mehr Möglichkeiten haben, ihren Lebensstil frei zu wählen. Die Abnahme der Pflicht, den Traditionen nachzukommen, zeigt sich in der Zunahme freier Beziehungen (23%) und Scheidungen bzw. Trennungen (5%). Die Zunahme der Bildungsniveaus, besonders der Hochschulniveaus (11%), zeigt, dass die Individuen verschiedene Laufbahnen wählen können, ein Prozess, der in Kolumbien sowohl für Männer wie für Frauen möglich ist, die mit ihrem Eintritt in den produktiven Markt Teil der ökonomisch aktiven Bevölkerung geworden sind (35,67%) und damit über andere Lebensmöglichkeiten verfügen als die Hausfrauen. Die Reduzierung der Kinderzahl auf 2 ist ein weiterer Indikator der Individualisierung, die der Frau erlaubt, mehr Zeit für andere Aktivitäten anstelle der Kinderaufzucht zu haben. Ein weiterer Indikator der Individualisierung ist die konstante Zunahme von Einpersonenhaushalten (11,10%). Auch die Zunahme der Lebenserwartung ist in Kolumbien ein gefestigter Prozess. Die Personen über 60 Jahre machen 8,9% der Bevölkerung aus.

Die für die **Individualisierung** ungünstigen Prozesse sind das Fehlen der Zunahme materieller Ressourcen (ökonomisches Kapital) und nichtmaterieller Ressourcen (Human- und Sozialkapital) sowohl auf individueller als auch auf familiärer Ebene, das Fehlen sozialer Mobilität für etwa die Hälfte der Bevölkerung, die sich auf der Armut- und/oder Elendslinie außerhalb der Kreisläufe der formellen Wirtschaft befindet, was die Erhöhung der Niveaus der Selbstversorgung, Selbstverantwortung und Freiheit bei der Entscheidungsfindung verunmöglicht, da die Personen ökonomisch nicht autonom sind, sondern von anderen abhängen. Gleichmaßen sind sie auch beim Fällen von Entscheidungen abhängig oder untergeordnet, d. h. dass sie nicht machen können, was sie wollen, sondern tun müssen, was von denen, die sie unterhalten, gefordert wird.

Die hohe ökonomische Abhängigkeit der Haushaltsmitglieder ist einer der Indikatoren des Index der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse und einer der Hauptgründe für die mit diesem Indikator gemessene Armut. Das Fehlen ökonomischer Ressourcen begrenzt den Konsum und deshalb die Möglichkeit zwischen verschiedenen Optionen auszuwählen und sich von den Anderen dadurch zu unterscheiden. Die Bevölkerung ist darauf beschränkt, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, was nach der Selbstwahrnehmung der Haushalte in 68% der Fälle nicht gelingt. Nur 28% der Bevölkerung kann ihre Grundbedürfnisse befriedigen und 2% hat die Freiheit, über die Grundbedürfnisse hinaus zu konsumieren. Die schlechte Wohnungsqualität, die ein weiterer Indikator des Index der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse ist, und das niedrige Niveau ihrer Ausstattung mit Haushaltsgeräten weisen auf den geringen Wohlstand und Komfort im Lebensstil der Bevölkerung hin. Der Besitz von Autos, der gewöhnlich als Indikator für die Modernisierung genommen wird, zeigt, dass Kolumbien, wo 12% der Haushalte über mindestens ein Auto verfügen, weit von den Standards der modernen Länder entfernt ist, besonders wenn die fehlende Entwicklung bequemer und der Bevölkerung zugänglicher Massentransportmittel wie U-Bahnen, Straßenbahnen, Hochgeschwindigkeitszüge u. a. berücksichtigt wird.

Hinsichtlich der **Differenzierung** zeigt die Strukturanalyse eine geringe Differenzierung auf Makroebene, d. h. eine geringe Differenzierung auf der Ebene der sozialen Schichten, die im Wesentlichen weiterhin von der Beschäftigungsposition und dem Einkommen bestimmt wird. In Kolumbien ist der Wohlfahrtsstaat wenig entwickelt, jedoch können die neuerlichen sozialen Programme, die den armen Familien direkte Geldunterstützungen zukommen lassen, wie *Familien*

in Aktion oder *Waldhüterfamilien*, Konsumunterschiede zwischen denen, die diese Hilfen nutzen, und denen, die das nicht machen, produzieren. Die zeitliche Begrenzung dieser Angebote führt jedoch dazu, dass diese Unterschiede nicht von Dauer sind. Aufgrund der geringen Auslandsmigration gibt es in Kolumbien nicht das Konzept der Migranten- oder Arbeiterunterklasse. Die Ausländer gehören im Allgemeinen einer hohen Sozialschicht an und genießen in den Enklaven der ausländischen Unternehmen, wie der Rohölunternehmen, Privilegien und bessere Lebensbedingungen, die sie von den nationalen Arbeitern, besonders den Erfahrenen und den Technikern, unterscheiden.

Das Fehlen einer strukturellen Differenzierung der Gesellschaft hauptsächlich wegen der fehlenden Dynamik der Industrie, der Handwerkerschaft und einer größeren Zunahme der verschiedenen liberalen Berufe hat keine Differenzierung der Werte und demzufolge auch keine Werteveränderung ermöglicht, sodass die traditionellen Werte weiter bestehen, die logischerweise den Status Quo stützen. In Kolumbien sind die drei Bedingungen, die Zapf als notwendig für eine permanente Veränderung der Werte auf lange Sicht definiert, nicht erfüllt: die konstante Zunahme von Wohlstand und Wohlbefinden für die gesamte Bevölkerung, der sekuläre Individualismus und die Gleichheit.

Die Hauptcharakteristik moderner Individuen oder Subjekte ist die Ausübung autonomer produktiver Aktivitäten, die die volle Nutzung aller ihrer kognitiven Fähigkeiten erfordern, wobei ihre Denkfähigkeit erhöht wird, ihre Autonomie, ihr Wissen, das Selbstwertgefühl, das Gefühl der Selbstsicherheit und der eigenen Fähigkeiten. Das moderne Individuum ist ein Subjekt, das fähig ist, selbst die Bedingungen für seine Subsistenz aufzubauen, unabhängig und nicht untergeordnet, was es ihm ermöglicht, besser ein historisches und politisches Bewusstsein zu entwickeln, Rationalität in der politischen Debatte zu benutzen, um seine Interessen direkt zu vertreten, indem es seinen hohen Individualisierungs- und Differenzierungsgrad einbringt, mit seiner Fähigkeit zu kollektiver Aktion, um soziale Veränderungen durchzusetzen, die die Mobilität und die Sozialintegration und Werte, die sich generalisiert haben, zu ermöglichen, wodurch die Gleichheit, die Freiheit, die Solidarität und die soziale Gerechtigkeit ausreichend auf individueller Ebenen interiorisiert und auf sozialer Ebene akzeptiert sind.

3.4.2.2 Soziale Integration

Der Mechanismus der **sozialen Integration** ist für die Individualisierungs- und Differenzierungszunahme der Subjekte unerlässlich. Die Verantwortung für diesen Mechanismus haben nicht nur der Staat, sondern alle sozialen Institutionen, ausgehend von der Familie, der Gemeinschaft, dem Privatsektor wie dem öffentlichen Sektor und alle seine Mitglieder. Jedoch wird die Rolle des Staats als entscheidend angesehen, da er dafür verantwortlich ist, Mechanismen zur Umverteilung der materiellen Ressourcen und Chancen einzuführen, die die Bevölkerung gleichsetzen und die volle Entwicklung der Leistungsfähigkeiten, Fähigkeiten und Talente aller, die Gesellschaft integrierenden, Individuen ermöglichen.

Ausgehend von diesem Standpunkt, der von Zapf formulierten Modernisierungstheorie, beinhaltet die soziale Integration die Integration einer immer größeren Anzahl Personen in den grundlegenden Institutionen der Modernität. Es kann bestätigt werden, dass in Kolumbien die vier Grundinstitutionen der Modernität bei der Funktion ihrer sozialen Integrationsmechanismen Begrenzungen aufweisen. Die Demokratie integrierte immer mehr Personen, die Frauen, alle Ethnien, reduzierte das Wahlalter und die politischen Parteien sind nach dem neuen Statut, das gemäß der Konstitution von 1991 gefordert wird, unter Druck gesetzt, ihre soziale Basis zu demokratisieren und zu erweitern. Jedoch ist dieser Prozess, wie schon erwähnt wurde, neu und noch nicht voll gefestigt. Die Ausübung der politischen Aktivität ist weiterhin elitär und

ausschließend. Die kolumbianische Demokratie hat noch einen weiten Weg in ihrem Qualifikationsprozess vor sich.

Der Marktwirtschaft gelang es auch nicht, die gesamte Bevölkerung einzubeziehen. Die Industrialisierung konnte sich nicht festigen. Die Erweiterung der Handelssektoren befindet sich noch immer nicht in funktionaler Beziehung mit dem nationalen Produktionssektor, sondern dem internationalen, der begünstigt wird. Die Schwäche der Marktwirtschaft bei der Integration der Bevölkerung ist der Hauptgrund für die Vermehrung illegaler Aktivitäten, darunter der Drogenhandel und der Schmuggel.

Der Staat hat es nicht erreicht, die gesamte Bevölkerung im Versicherungs- und Sozialschutzsystem zu integrieren, obwohl wichtige Fortschritte im Gesundheitssystem und in den sozialen Programmen erreicht wurden, die im Sisben-Sozialnutznießersystem konzentriert sind. Das Hauptproblem der Ausweitung des Wohlfahrtsstaats ist das Fehlen von ökonomischer Belebung und Wachstum, da kein Staat die Wohlfahrt von 50% seiner Bevölkerung mit der produktiven Arbeit von 43% seiner Bevölkerung in Bereichen, die wenig zum nationalen und lokalen BIP beitragen, finanzieren kann.

Wenn die Konzepte von Esser über die systemische und soziale Integration berücksichtigt werden, sieht man, dass es in Kolumbien trotz der Probleme bei der Sozialintegration eine Systemintegration gibt. Auf der Ebene der Kulturation haben die Individuen keine Kenntnisse und Kompetenzen, die sie für andere Akteure interessant machen. Die niedrigen Niveaus der universitären und der technischen Ausbildung weisen darauf hin, dass die Bevölkerung über keine Kenntnisse verfügen, die sie voneinander unterscheiden, die sie auf dem Arbeitsmarkt interessanter oder notwendig machen. Die Chancenungleichheit auf der Bildungsebene wirkt sich negativ auf die soziale Integration auf der Grundlage der Stellung des Individuums in der Gesellschaft aus. Es wurde schon gezeigt, dass die Kinder und Jugendlichen aus den hohen sozioökonomischen Schichten die besseren akademischen Ergebnisse erreichen, die Zulassungsprüfungen zu den öffentlichen Universitäten bestehen und eine teurere Ausbildung an Privatuniversitäten bezahlen können. Schließlich ist die Sozialintegration, die von der Interaktion ausgeht, wegen der fehlenden Möglichkeiten der sozial integrierten Bevölkerung, sich mit der nicht integrierten Bevölkerung zu treffen, aufgrund der räumlichen Segmentierung der Bevölkerung sowohl innerhalb der Städte als auch in den Regionen des Landes begrenzt. Die Aufteilung der Städte in „reiche“ und „arme“ Stadtteile, in große Gebiete wie dem Norden und dem Süden von Bogota, die Trennung der Bildung in private und öffentliche Schulen, die räumliche Aussonderung und Institutionalisierung der Gemeinschaften der schwarzen und der indigenen Ethnien an den Randregionen des Landes erschweren das physische Zusammentreffen dieser Bevölkerungen, ihres Wissens und ihres Austauschs, der wiederum die Kenntnis, das Vertrauen und die Solidarität zwischen diesen verschiedenen sozialen Gruppen vermehren und die derzeit existierende soziale Distanz vermindern würde.

Für Esser liegt der Schlüssel der sozialen Integration in der Verteilung von Kompetenzen und Chancen, die die Individuen für andere interessant machen, deshalb sind die Bildungsinstitutionen unter anderem so wichtig. Prozesse, wie die antioquenesische Kolonisierung, beweisen die Vorteile der Umverteilung der Ressourcen wie beispielsweise dem Land. Die Unterstützung dieses Kolonisierungsprozesses seitens der Regierung ermöglichte eine Verteilung der Landflächen, die, obwohl sie an und für sich nicht die besten und nicht die am leichtesten zu bearbeitenden waren, einer bedeutenden Anzahl der Bevölkerung ermöglichten, eine Exportwirtschaft, wie die des Kaffees, zu entwickeln, dank der individuellen und kollektiven Anstrengung und Arbeit dieser Kolonisatoren.

Was die soziale Integration auf der Grundlage der Identifikation der Akteure mit dem Sozialsystem betrifft, fehlt in Kolumbien die geistige und die emotionale Integration der Individuen mit dem Kollektiv, um das zu bilden, was Nation genannt wird, worunter das Gefühl der Zugehörigkeit des Individuums zur sozialen Gruppe oder zum Kollektiv, dem es angehört, verstanden wird. Diese Identifikation ist nicht voll erreicht, weil noch keine Generalisierung der Werte stattgefunden hat, so dass sie einheitlich und von allen geteilt würden. Diese Werte sind, wie schon erwähnt wurde, die Gleichheit, die Freiheit, die Solidarität und die soziale Gerechtigkeit. In Kolumbien ist der Wert der Gleichheit aufgrund der Beharrlichkeit kolonialer Werte, die mit dem Glauben an die Überlegenheit der Reichen über die Armen, derjenigen, die haben, über diejenigen, die nicht haben, der Weißen über die Schwarzen oder die Indigenen noch nicht ausreichend entwickelt. Das hat die volle Entwicklung anderer Werte wie die Solidarität und die soziale Gerechtigkeit eingeschränkt.

Das Gefühl der Staatsbürgerschaft als rationalem auf der Unterstützung der Bürger der Gemeinschaft basierendem Wert, wobei die individuelle Freiheit geschützt, jegliche Art von kollektiver Einschränkung dieser Freiheiten verhindert, die Rechte verteidigt und die Pflichten eingehalten werden, muss in Kolumbien auch noch entwickelt werden. Die Integration auf der Grundlage der Akzeptanz des Sozialsystems als einem Ganzen durch das Individuum, auf der Grundlage der ausdrücklichen Loyalität mit diesem System oder wenigstens seines Rücktritts bei zersetzerischen Handlungen des Systems zeigen, dass es in Kolumbien Gruppen gibt, die das System nicht akzeptieren und auf gewalttätigen und das System desintegrierenden Handlungen beharren. Das Fortbestehen des Einsatzes von Gewalt seitens einiger sozialen Gruppen, wie Drogenhändler, Paramilitär und Guerilla, zeigen, dass diese Gruppen die Normen und Werte des sozialen Systems weder akzeptieren noch sich damit identifizieren oder ihm Loyalität entgegenbringen. Soziologisch wird dieses Problem mit dem Gesetz der Reziprozität bzw. Gegenseitigkeit der sozialen Beziehungen erklärt, nicht mit der inhärenten „Schlechtigkeit“ jedes einzelnen Individuums, sondern mit der sozialen Gewalt, die durch Exklusions- und Marginalisierungsprozesse, Prozesse fehlender Chancen der sozialen Mobilität auf sie ausgeübt wurde. Diese führen dazu, dass die Antwort dieser Individuen direkt proportional zur Behandlung und Antwort ist, die sie von der kolumbianischen Gesellschaft bekommen, die wiederum das bekommt, was sie gibt.

Die vorstehenden Probleme, die zur sozialen Integration in Kolumbien identifiziert wurden, machen die Existenz der ethnischen und sozialen Marginalisierung und Abtrennung eines großen Teils der kolumbianischen Bevölkerung deutlich.

3.4.2.3 Werte Generalisierung

In Bezug auf die **Generalisierung der Werte** haben Autoren wie Zapf, Esser und Weber die Bedeutung der kulturellen Orientierung als basale Sozialstruktur, die als Mechanismus der sozialen Integration dient, und den rationalen Charakter, den diese Werte in der modernen Gesellschaft annehmen, erklärt. Nach Zapf ist die „Staatsbürgerschaft“ eine Art rationaler Moral der Ethik und die Verantwortung der Individuen, die sich mit der Konstitution identifizieren und sie im Denken, Fühlen und Handeln verteidigen. Es gibt eine Moral, die generalisiert wird, um sie mit der Erfüllung der Konstitution und dem Gesetz kohärent zu machen. Nach Zapf kann diese Art von Bürgerwert sich nur in Gesellschaften entwickeln, deren Prinzipien von individueller Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie gut interiorisiert sind. Diese soziale Integration auf der Grundlage der Werte wird in einer Ideologie konkretisiert, die in jedem Prozess der sozialen Organisation auf allen Ebenen wichtig ist, sogar auf internationaler Ebene. Wie schon gesagt, ist die in Kolumbien vorherrschende Ideologie eine konservative, die stark von Werten der kolonialen Gesellschaft beeinflusst ist.

Nach Esser brauchen die modernen Gesellschaften die Unterstützung der Individuen und der abstrakten Werte, wie Freiheit und Rechtssicherheit. Diese Werte sind rational, kein Wert hat einen bedingungslosen Charakter an sich sondern ist der Konstitution untergeordnet. Als Garant der individuellen Freiheiten und jeglichen kollektiven Bestrebens ist sie der Wahl der Individuen untergeordnet. Hier werden die Bedeutung und die Überlegenheit des Individuums über dem Kollektiv hervorgehoben. Das Kriterium der Gültigkeit und der Güte eines Werts ist sein Beitrag zum Erreichen und Absichern der Freiheit und der Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen Individuen einer Gesellschaft. In Kolumbien konnte man sehen, dass die Verfassung von 1886 die Individuen der errichteten institutionellen Ordnung unterordnet und zum Gehorsam gegenüber den Autoritäten verpflichtet. Das Individuum steht im Dienst der Institutionen und nicht diese im Dienst des Individuums. Das ist vielleicht der größte Unterschied zwischen der Verfassung von 1886 und der von 1991, in der die Bürger souverän sind, um die normative Ordnung zu definieren und sich mit einer Institutionalität auszurüsten, die sie selbst entscheiden, wobei sie sie reformieren, erneuern und sogar beenden können, wenn sie es für richtig halten. Das ist es, was den modernen Gesellschaften die Dynamik gibt, eine zerstörerische Kreativität, die jeglichen Erneuerungsprozess begleitet.

Weber seinerseits hebt die Bedeutung der Rationalisierung als Sozialisations- und Integrationsfaktor hervor, um die ethnischen Grenzen in den modernen Gesellschaften zu überwinden. Diese Rationalisierung schließt die Identifizierung und das Verständnis der Handlungen der Anderen ein. Die Klarheit über die Handlungsbeweggründe des Anderen ist nach Weber eine Voraussetzung zur Bildung von Gesellschaften oder Gemeinschaften. Das Handeln des Anderen vernunftmäßig zu verstehen statt ihn zu verleugnen, zu desqualifizieren, zu diffamieren oder zu etikettieren, ist ein Prozess, der zur friedlichen Regulierung der sozialen Konflikte beiträgt, ein Prozess, der in der kolumbianischen Gesellschaft fehlt, die noch ideologisiert, dogmatisiert und polarisiert ist, eine Situation, die die friedliche Lösung der Konflikte zwischen den sozialen, im Streit liegenden, Gruppen erschweren.

Mit Blick auf die Werte kann gesagt werden, dass die Tatsache, dass die Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung katholisch ist, ein günstiger Faktor für das Abschließen von Abkommen sein kann, da es diese Werte sind, die in der kolumbianischen Gesellschaft verbreitet und respektiert werden müssen. Die Tatsache, dass die Anwendung der Gewalt in Kolumbien trotz der Zugehörigkeit zur katholischen Religion nicht eingeschränkt wurde, weist darauf hin, dass auf dem religiösen und moralischen Gebiet die Kirchen und besonders die katholische Kirche, die in der Mehrheit ist und somit eine größere Verantwortung hat, noch eine erzieherische Arbeit leisten müssen, die die christlichen Werte mit den bürgerlichen vereinbart, damit es eine Übereinstimmung mit dem, was man glaubt, und dem, was man in allen Bereichen des persönlichen Lebens sowohl auf privater wie auf öffentlicher Ebene ausübt, gibt.

3.4.2.4 Soziale Mobilität

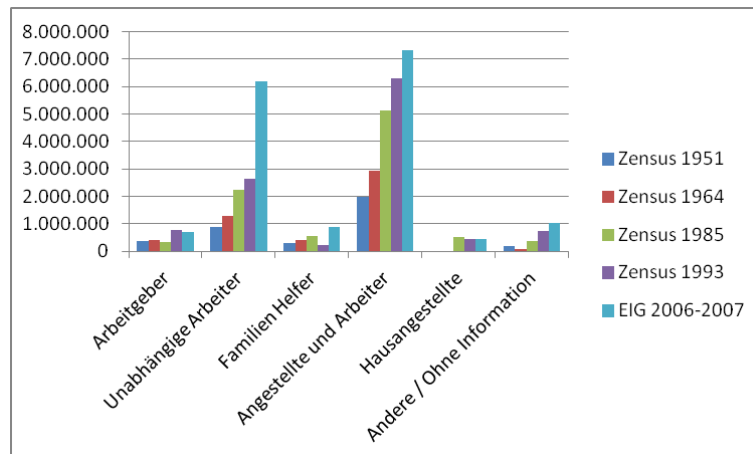
Der **Mechanismus der sozialen Mobilität** bedeutet für Zapf Statusanhebung, Wachstum des materiellen Wohlstands und der sozialen Kompetenzen für möglichst viele Bürger, über ihre politischen und sozialen Grundrechte hinaus.

Die Abbildung lässt erkennen, dass im **urbanen Sektor** bei den Angestellten eine leichte Zunahme in den Jahren 1993 und 2006-2007 besteht; sie sind von 385.943 Personen im Jahre 1951 auf 690.593 Personen im Jahre 2005 gestiegen.

Die unabhängigen Arbeiter haben zugenommen. In diesem Sektor werden zwei Kategorien unterschieden: diejenigen, die eine höhere Ausbildung haben und einen freien Beruf ausüben

können. Diese haben die größte Chance zur aufsteigenden sozialen Mobilität, da sie die Möglichkeit haben, ihren Beruf in unabhängiger Form auszuüben und Einkommen entsprechend ihrer Vorbereitungs- und Wissensniveaus zu beziehen. Diese Gruppe stieg von 8.898 Personen im Jahre 1951 auf 738.735 Personen im Jahre 2005.

Abbildung Nr. 10 Soziale Mobilität
Veränderungen in der Beschäftigungsposition der Bevölkerung



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Zahlen des Nationalen Statistischen Amtes DANE Nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007

Die Gruppe der informellen Arbeiter, die keine Ausbildung haben, ist die Verwundbarste des Landes. Sie widmet sich informellen ökonomischen Aktivitäten niedriger Produktivität, die es ihnen ermöglicht zu überleben. Wenn die Gesamtheit der Akademiker von dieser Gruppe abgezogen würden, blieben 5.469.122 Personen. Das bedeutet, dass die Gruppe größer ist, da nicht alle Akademiker unabhängige Arbeiter sind. Viele sind in Privatunternehmen oder öffentlichen Unternehmen angestellt, andere üben keine Beschäftigung aus. Das weist darauf hin, dass die Anzahl der unabhängig Arbeitenden mit niedrigem Bildungsniveau noch höher ist, d. h., dass es keine aufsteigende soziale Mobilität in dieser Gruppe gab.

Die aufsteigende soziale Mobilität besteht bei denen, die als Arbeiter oder Angestellte in öffentlichen oder privaten Unternehmen Arbeit gefunden haben. Diese Bevölkerung stieg von zwei Millionen Personen im Jahre 1951 auf mehr als 7 Millionen im Jahr 2005. Im Jahr 1951 zählten die Arbeiter 1.238.853 Personen, im Jahr 2005 waren es 2.813.193, was auf die geringe Dynamik der Industrie hinweist, die nur 1 ½ Millionen Stellen in einer Periode von 50 Jahren geschaffen hat.

Die Angestellten stiegen von 732.835 im Jahr 1951 auf 4.502.439 im Jahr 2005, was einen Anstieg von 3.769.604 bedeutet. Diese Stellen entstanden vor allem im Handel und in den Dienstleistungen.

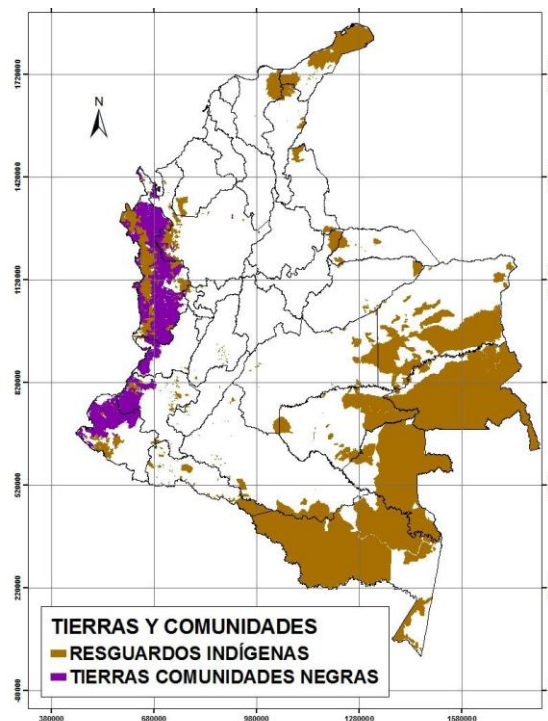
In Kolumbien ist der Zugang zu einer formellen, festen Arbeit, mit Sozialschutz trotz der Tendenz niedriger Einkommen sowohl für Akademiker wie für Nichtakademiker ein Faktor der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und umfasst eine Statusverbesserung der Personen.

Die soziale Mobilität ist im **ruralen Sektor** mit dem Zugang zu Land und Kapital für Investition verbunden. Im Laufe des Jahres 1951 widmeten sich 53,87% der beschäftigten Bevölkerung der Landwirtschaft. Ihr Anteil hat sich vermindert und sank im Jahre 1993 auf 20,71%. Für das Jahr 2005 gibt es für diesen Sektor keine differenzierte Information, jedoch lässt sich nach der nationalen Umfrage zu den Einkommen und Ausgaben 2006-2007 eine Bevölkerung von 991.242 Personen identifizieren, die 5,98% der beschäftigten Bevölkerung ausmachen, die als Landarbeiter oder Tagelöhner arbeiten.

Die Konzentration des Landbesitzes in Kolumbien, Produkt der Privilegien seitens der weißen Kreolen beim Zugang zu Land und der sozialen Schichten während der Kolonialzeit, hat sich durch neuere Prozesse der Gewalt auf dem Land durch illegale und/oder bewaffnete Gruppen verstärkt. Die Daten des Agrarministeriums zu Gründen der Vertreibung oder Enteignung des Landes nach Relevanz der Räumungszahlen geben folgendes wieder: die Guerilla und die Paramilitärs, gefolgt von den aufkeimenden kriminellen Gruppen der Bacrim.

Die Konstitution von 1991 schützt den kollektiven Bodenbesitz der indigenen Gemeinschaften und setzt in einem provisorischen Artikel Nr. 55 für eine Zeit von 2 Jahren fest, damit der Kongress ein Gesetz zur Anerkennung der schwarzen Gemeinschaften verabschiedet und ihnen das Recht auf kollektiven Grundbesitz dieses Landes anerkennt.

Karte Nr. 6 *Resguardos* und Landbesitz der schwarzen Bevölkerung

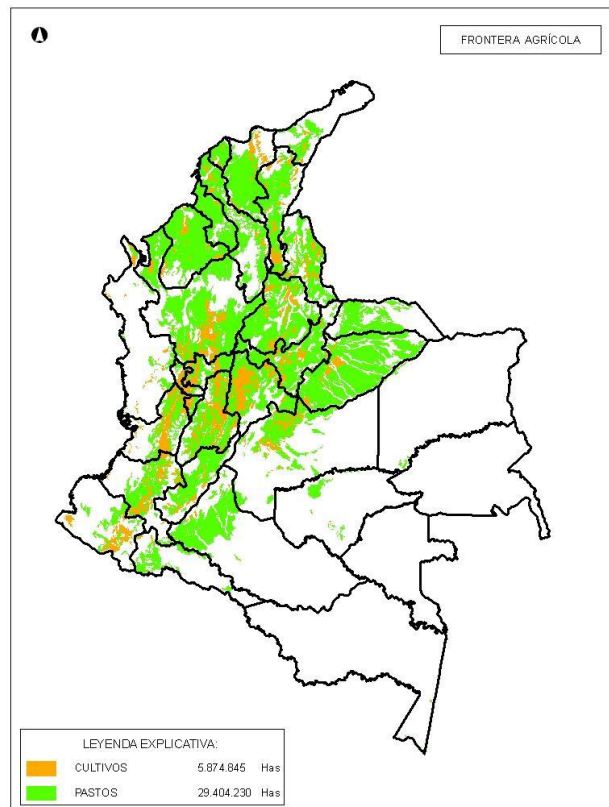


Quelle: Landwirtschaftsministerium. 2010. Eine integrierte Landpolitik für Kolumbien.

Nach dem Agrarministerium präsentieren die 30.554.254 Hektar der indigenen Resguardos und die 5.182.489 Hektar der schwarzen Gemeinschaften 31% des nationalen Territoriums. Sie befinden sich zu 70% in Zonen, die als Waldreserven gelten. Dies lässt erkennen, dass die ethnischen Minderheiten in die marginalen Randzonen abgedrängt wurden, die Urwälder, die größere

Schwierigkeiten bei der produktiven Nutzung bereiten und ungesündere Lebensbedingungen als die Andenregion bedingen, die dichter bevölkert ist.

Karte No. 7 Landwirtschaftlich genutztes Land
Nach landwirtschaftlicher (Anbau) und viehwirtschaftlicher (Weiden) Nutzung



Quelle: Landwirtschaftsministerium. 2010. Eine integrierte Landpolitik für Kolumbien.

Nach der Information des Statistischen Amtes DANE (2011) existiert neben anderen Problemen auf dem Land das der Konzentration des Landbesitzes. Der Gini-Index der Landkonzentration ist 0,85, wobei 1 die Gesamtkonzentration bedeutet. Ferner besteht das Problem des informellen Landbesitzes, da nämlich mehr als 40% der kolumbianischen ruralen Grundstücke keine registrierten Grundurkunden haben, die mit Gewissheit den Besitz sichern.

Diese Information verdeutlicht die Herausforderungen, die das Land noch vor sich hat, um die aufsteigende soziale Mobilität der ruralen Bevölkerung zu erreichen, die, obwohl sie nur 24% der Gesamtbevölkerung ausmacht, Quelle ökonomischer und wirtschaftlicher Instabilität ist. In ihren Zonen verstecken sich die illegal und am Rande des Gesetzes lebenden Gruppen. Diese bestehen hauptsächlich aus den Bauern der isoliertesten und verwundbarsten Regionen. Die Schwierigkeiten, rentable, zulässige Produkte zu produzieren, haben zur Expansion des Koka-Anbaus, seiner Verarbeitung und Verteilung geführt, wodurch Gruppen von Drogenhändlern gestärkt wurden, die seit etwa Anfang der 1980er Jahren einen weiteren Faktor der Destabilisierung und Gewalt darstellen.

3.4.2.5 Mechanismen der Modernisierung und gesellschaftliche normative und politische Ordnung

Mit dem Ziel, das Funktionieren der Modernisierungsmechanismen während der Zeit zwischen 1954 und 2011 zu analysieren und die quantitative Information zu ergänzen, die die sechs Volkszählungen dieser Periode (1951, 1964, 1973, 1985, 1993, 2005) erbracht haben, wurde eine Untersuchung der beiden, während dieser Periode gültigen, politischen Konstitutionen durchgeführt (der Konstitution von 1886 und der politischen Konstitution von 1991, die gegenwärtig im Land gültig ist) sowie eine Untersuchung der Ziele, Anliegen, Prinzipien, Werte sowie der ideologischen und programmatischen Erklärungen der politischen Parteien, die während dieser Periode an der Macht waren: die Kolumbianische Liberale Partei, die Kolumbianische Konservative Partei, die Bewegung Zuerst Kolumbien und die Soziale Partei der Nationalen Einheit (Partei der U).

Mit dem Vorhaben, die politischen Perspektiven des Landes zu analysieren, werden auch die Ziele, Anliegen, Prinzipien, Werte und ideologischen und programmatischen Erklärungen der neuen politischen Parteien analysiert: der Alternative Demokratische Pol und die Grüne Partei – Parteien, die aus den Präsidentschaftswahlen der Jahre 2006 und 2010 gestärkt hervorgingen und zur Diversifizierung des kolumbianischen politischen Spektrums beitragen.

Durch die Dokumentenanalyse wurde versucht, die Vorstellungen dieser Organisationen zur Beziehung von Individuum und Gesellschaft sowie die Werte und Ziele, an denen sich ihre politischen Maßnahmen orientieren, in Bezug zur aufsteigenden soziale Mobilität der Bevölkerung zu setzen.

3.4.2.5.1 Die Modernisierungsmechanismen in den politischen Konstitutionen von 1886 und 1991

• Individualisierung und Differenzierung

Die **politische Konstitution von Kolumbien von 1886** wird “Im Namen Gottes, höchste Quelle aller Autorität” erlassen, womit ein klarer religiöser Charakter derjenigen angezeigt wird, die sie erklärten. In mehreren Absätzen wird nicht von Personen oder Individuen sondern von “Seelen” gesprochen. Der Titel I in Artikel 1 stellt die kolumbianische Nation wieder in Form einer unitären Republik her, indem die vorherige Verfassung von 1863 aufgehoben wird, die die Vereinigten Staaten von Kolumbien konstituiert hatte und das Land föderalistisch nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika organisiert hatte. Die Souveränität und das Territorium mit allen seinen öffentlichen Gütern gehören ausschließlich der Nation. Konzept, das als existent und zweitens als einzig übernommen wird.

Im Titel III in Artikel 19 wird festgesetzt: “Die Behörden der Republik sind dazu bestimmt, alle in Kolumbien wohnenden Personen zu schützen, ihr Leben, Ehre und Güter und die gegenseitige Achtung der natürlichen Rechte zu garantieren, Delikten vorzubeugen und sie zu bestrafen.” Es sind nicht die Gesetze, die die Rechte garantieren, was eine unpersönliche Behandlung bedeuten würde, sondern die Obrigkeiten, was zu einer persönlichen Behandlung führt. Daher gibt es die Tradition von Einhaltung, Achtung und Gehorsam gegenüber den Personen, die als Obrigkeiten der Republik eingesetzt werden.

Im Artikel 21 gibt es eine Ausnahme, die denjenigen von seiner individuellen Verantwortung enthebt, der eine offensichtliche Verletzung eines konstitutionellen Gebots begeht. Es betrifft die diensthabenden Militärs, deren Verantwortung für eine offensichtliche Verletzung der Verfassung

auf den befehlenden Vorgesetzten zurück fällt, womit auf die Verpflichtung der Militärs hingewiesen wird, den ihnen gegebenen Befehlen zu gehorchen.

In dieser Konstitution kommen starke Tendenzen der Homogenisierung der Gesellschaft zum Ausdruck, z. B. wird in Artikel 38 der Status der römisch-katholischen und apostolischen Religion als Staatsreligion geregelt, sie legt außerdem fest, dass die öffentlichen Mächte sie schützen werden und dafür Sorge tragen, dass sie als wesentliches Element der sozialen Ordnung respektiert wird. Zugleich steht in Artikel 39 jedoch: "Niemand wird wegen seiner religiösen Meinungen belästigt, von den Obrigkeiten weder gezwungen, Religionen zu bekennen, noch seinem Gewissen entgegenstehende Praktiken zu beobachten." Das drückt explizit die Überlegenheit der katholischen Kirche gegenüber den anderen Religionen aus und die Tatsache, dass diese Staatsreligion ist, verleugnet andere Überzeugungen der ethnischen Minderheiten wie der indigenen oder der afrostämmigen.

Der Artikel 44 weist auf die Freiheit zur Ausübung jeglichen ehrbaren Berufs oder Beschäftigung, ohne die Notwendigkeit einem Verband von Meistern oder Doktoren anzugehören, hin. Das unterstützt zwar die Individualisierung, zieht jedoch die Integration und die Stärkung der Verbände in Mitleidenschaft.

In den Artikeln 45 bis 47 wird festgestellt, dass jede Person das Recht hat, entweder aus allgemeinem oder privatem Interesse bei den Behörden Anträge zu stellen und eine rasche Antwort zu bekommen. Es wird ferner festgestellt, dass das Volk sich friedlich treffen oder versammeln darf, aber dass die Obrigkeit sich vorbehält alle Versammlungen auflösen, die zu einem Aufruhr oder Tumult führen oder die die öffentlichen Wege behindern. Ebenso werden, obwohl es erlaubt ist, öffentliche oder private Firmen oder Assoziationen zu gründen, die nicht gegen die Moral und die rechtliche Ordnung verstoßen, die politischen Volksversammlungen permanenter Art verboten.

Diese Artikel skizzieren ein Verhalten des Individuums im Rahmen respektvoller Anträge. Moral und Ordnung werden privilegiert, Versammlungen werden gefürchtet und politische Organisation eingeschränkt. Es führt zur Verarmung des politischen Lebens des Landes aufgrund der Unmöglichkeit der Bevölkerung, Erfahrung in politischen Themen zu machen, sich zu organisieren, Forderungen zu artikulieren, die bestehende soziale Ordnung zu verändern oder zu erneuern, die *a priori* als gut und respektwürdig aufgefasst wird.

Die Bevölkerung blieb von der Teilnahme an der Gesetzesformulierung ausgeschlossen, die nur aus einer der Kammern auf Vorschlag ihrer ehrbaren Mitglieder oder der Minister hervorgehen konnte. Dies weist, aufgrund der Beschränkung der Mehrheit der Bevölkerung in die Kammern oder Ministerien zu gelangen, auf den elitären Charakter der Gesetzgebung hin. Um als Senator gewählt zu werden, "muss man durch Geburt Kolumbianer, nicht gescheitert und älter als 30 Jahre sein und mindestens über eintausenddreihundert Pesos Jahreseinkommen als Verdienst durch Eigentum oder als Frucht ehrbarer Beschäftigung verfügen." Die Senatoren wurden für sechs Jahre gewählt und konnten genauso wie die Repräsentanten der Kammern unbegrenzt neu gewählt werden, mit dem Unterschied, dass Letztere nur für Perioden von vier Jahren gewählt werden konnten.

In dieser Verfassung wird den Individuen, Personen oder Bürgern die Rolle zugewiesen, dem Gesetz und der Autorität zu gehorchen und nachzukommen. Sowohl die Formulierung der Gesetze sowie die Ausübung der autoritärer Macht, die grundsätzlich den Erhalt der Einheit der Republik, der öffentlichen Ordnung und der christliche Moral anstrebt, liegen in den Händen kleiner Eliten, die die oben genannten Voraussetzungen erfüllen können, um zu öffentlichen Stellungen und politischen Repräsentationen Zugang zu haben.

Dies kann als vormoderne Bestrebung betrachtet werden, da die feudalen und vormodernen Gesellschaften hierarchische und ausschließende Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern entwickeln, in denen die Oben die von Unten "steuern" und die von unten "gehören" und bestraft werden können, wenn sie es nicht tun. Die gemeinen Bürger entwickeln wegen fehlender Erfahrung der Teilnahme in diesen Prozessen der Staatsführung und der Politik keine Fähigkeiten und Kompetenzen, die in diesen Handlungsfeldern gebraucht werden, um positiv teilzunehmen und die Bürgerrolle ausüben zu können.

Die Verfassung von 1886 sieht eine wachsende Differenzierung, Unabhängigkeit und wechselseitige Kontrolle der öffentlichen Funktion vor. Darin werden Ämter eingerichtet, die detaillierte, vom Gesetz oder den Statuten definierte Aufgaben haben. Außerdem werden die Funktionen zwischen den verschiedenen Bereichen der öffentlichen Macht differenziert: die Legislative, mit der der Kongress der Republik beauftragt ist, der aus zwei Kammern besteht (Senat und Repräsentantenkammer); die Exekutive, die der Präsident, der Vizepräsident, die Minister, der Staatsrat und das öffentliche Ministerium zusammen ausführen, das aus dem Generalprokurator der Nation und den weiteren vom Gesetz bestimmten Beamten besteht; die Judikative beinhaltet den Obersten Justizhof und seine Staatsanwälte, die Obersten Gerichtshöfe des Distrikts und seine Mitglieder, die unteren Gerichte und seine Richter, die Handels- und Verwaltungsgerichtshöfe; die Polizei, die aus dem nationalen Heer besteht. Auf dem Niveau der Departements werden die Departementsversammlungen mit ihren Repräsentanten eingerichtet, in den Bürgermeisterämtern die Gemeinderäte, die Ratsherren integrieren.

In der **Konstitution von 1991** ist es das Volk von Kolumbien, das in Ausübung seiner höchsten Macht die Verfassung erlässt, sanktioniert und verkündet. Das Ziel der Konstitution ist, die Einheit der Nation zu stärken, ihren Angehörigen das Leben, das Zusammenleben, die Arbeit, die Gerechtigkeit, die Gleichheit, das Wissen, die Freiheit und den Frieden innerhalb eines rechtlichen, demokratischen und partizipativen Rahmens zu versichern, der eine politische, ökonomische und gerechte soziale Ordnung garantiert, und mit der Förderung der Integration der lateinamerikanischen Gemeinschaft beschäftigt ist.

Das Individuum als Bürger ist da Ziel und Mittel der Konstitution. 81 mal wird der Bürger erwähnt, als Träger und Garant der Rechte und Pflichten. Diese Konstitution erkennt die Rechte an, die den freien Ausdruck der Persönlichkeit fördern und ermöglichen, d. h. die Individualisierung sowie die Gewissensfreiheit, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Beitrittsfreiheit. Sowohl der Staat als auch die Institutionen und die Behörden sind dazu da, der Gemeinschaft zu dienen und die Wirksamkeit, der in der Verfassung geweihten Prinzipien, Rechte und Pflichten, zu garantieren.

• Soziale Integration

Die **Konstitution von 1886** privilegiert und priorisiert die territoriale Integration vor der sozialen Integration der Republik. Nach Artikel 15 werden die folgenden Personen als Bürger betrachtet: "die männlichen Kolumbianer über 21 Jahren, die einen Beruf, eine Fertigkeit oder Gewerbe ausüben oder eine legale Beschäftigung oder ein anderes legitimes und bekanntes Subsistenzmittel haben." Dieser Artikel schließt implizit die Frauen und die Männer unter 21 Jahren sowie diejenigen, die die berufs- und beschäftigungsmässigen Voraussetzungen nicht erfüllen, aus der Kategorie der Bürger aus.

In der **Konstitution von 1991** wird die Stärkung der Einheit der Nation als ein konstitutionelles Ziel explizit in der Präambel genannt und implizit mit der Erweiterung der Grundrechte auf soziale, ökonomische und kulturelle, kollektive und Umweltrechte und der Garantie ihres Schutzes und ihrer Anwendung auf alle Kolumbianer ohne Ausnahme bezogen. Die Konstitution stützt die

kolumbianische Gesellschaft mit einem normativen Rahmen aus, der die soziale Integration der Bevölkerung begünstigt.

Die Verfassung stellt in Artikel 46 explizit dar: Der Staat, die Gesellschaft und die Familie müssen die Integration der älteren Menschen in das aktive und gemeinschaftliche Leben fördern. Im Artikel 47 steht, dass der Staat eine soziale Integrationspolitik für die physisch, sensorisch und psychisch Behinderten vorantreibt, denen er die spezialisierte Betreuung gewährleistet, die sie brauchen.

• **Generalisierung von Werten**

Die **Konstitution von 1886** etabliert in ihrem Artikel 8, wer von Geburt her nationale Kolumbianer sind: “Die legitimen Kinder kolumbianischer Eltern, Vater und Mutter, die im Ausland geboren sind und sich später in der Republik niederlassen, werden für die Auswirkungen des Gesetzes, die diese Eigenschaft erfordern, als Kolumbianer von Geburt betrachtet.” Die Eigenschaft “legitim” hebt die Bedeutung hervor, die der Ehe beigemessen wird, wobei nach der Definition des Begriffs “legitim” der Spanischen Königlichen Sprachakademie betont wird, die die Übereinstimmung mit den Gesetzen, den rechtmäßigen, gerechten, genuine und wahren Charakter zeigt, d. h. dass diese Eigenschaften nur den ehelich geborenen Kindern zugeschrieben werden.

Gemäß Artikel 10 ist es Pflicht aller nationalen und ausländischen Personen in Kolumbien: “der Konstitution und den Gesetzen untergeordnet leben und die Obrigkeiten respektieren und ihr gehorchen.” In diesem Artikel sind zwei Werte zu sehen: der **Respekt** und der **Gehorsam** gegenüber den Obrigkeiten.

Der Artikel 13 legt fest, dass jeder Kolumbianer, “der im Krieg gegen Kolumbien bewaffnet gefasst würde, als Verräter beurteilt und bestraft würde.” Der Verrat ist eine verwerfliche Handlung, der Patriotismus wird hervorgehoben, die Liebe zum Vaterland, seine Verteidigung und die Pflicht, sogar sein Leben dafür zu opfern.

Der Artikel 16 definiert die Fälle, in denen die Staatsbürgerschaft verloren wird: sich in den Dienst einer, mit Kolumbien befeindeten, Nation stellen; einer Gruppierung anzugehören, die sich gegen die Regierung einer befreundeten Nation erhoben hat; zu einer schweren, belastenden Strafe verurteilt zu sein; durch Strafverfahren oder Verantwortung von der Ausübung öffentlicher Funktionen abgesetzt worden sein; Handlungen der Gewalt, Fälschung oder Korruption ausgeübt zu haben. In diesem Text ragen zwei gegensätzliche Konzepte hervor: “befreundete” und “feindlich” Nationen, was die Polarisierung der Wahrnehmung aufzeigt, wonach andere Nationen immer potenzielle Freunde oder Feinde sind. Abhängig ist dies von den Beziehungen, den Prozessen, den historischen Umständen, die im Laufe der Zeit Veränderungen unterliegen, sowie den historischen Umständen, die das Verhältnis zwischen zwei Nationen bestimmen.

Das Wort Freiheit kommt dreimal in der Konstitution vor: als generelles Gut, als Zivilrecht und als Wahlfreiheit. Der Artikel 22 der Verfassung von 1886 bestimmt einen wichtigen Stellenwert der Freiheit, indem eingeführt wird, dass es keine Sklaven in Kolumbien geben wird und alle Sklaven, die kolumbianischen Boden betreten, frei sind.

In der **Konstitution von 1886** erscheint 41 mal das Wort Nation, 54 mal das Wort Republik, 142 mal das Wort Gesetz bzw. Gesetze, 44 mal das Wort Recht bzw. Rechte. Das zeigt die Bedeutung und den Wert, den die Republik als Organisationsform des Staates im Gegensatz zur Monarchie hat sowie den Respekt der Verfasser vor dem Gesetz und dem Recht.

Die Artikel 23 bis 28 erheben das Gesetz, d. h. das Prinzip der "Legalität" zur Grundlage der Handlungen, die die Freiheit der Personen oder Familien beschränken. Jedoch etabliert der Artikel 27, dass es keine Strafe ohne vorherigen Prozess durch die Beamten, die Autorität oder die Rechtssprechung ausüben, geben kann, "die diejenigen mit Geldstrafe oder Arrest bestrafen können, die sie [...] beleidigen oder ihnen gegenüber respektlos sind. 2. Die Militärs, die unverzügliche Sanktionen durchführen können, um eine Nichtunterordnung oder eine Militärrevolte aufzuhalten oder die Ordnung zu erhalten; 3. Die Schiffskapitäne, die auf See die gleiche Befugnis haben, um an Bord verübte Delikte zu bestrafen.

Der Artikel 28 sieht vor, dass sogar in Friedenszeiten, "aber bei Annahme von schweren Motiven, die Störungen der öffentlichen Ordnung befürchten lassen, die Personen, gegen die schwerwiegende Indizien vorliegen, die ein Vorgehen gegen den öffentlichen Frieden nahelegen, auf Befehl der Regierung und vorherigem Gutachten der Minister, gefasst und gefangen gehalten werden können." Der öffentliche Frieden ist demnach ein absoluter Wert und es ist die Regierung anstelle des Staates und des Gesetzes, die die Durchführung dieser Maßnahme gegen die Bürger verordnen kann.

Der Artikel 29 führt die Todesstrafe ein zur Bestrafung von: "Verrat des Vaterlandes in ausländischem Krieg, Mord von Angehörigen, Mord, Überfall seitens einer Bande von Übeltätern, Piraterie und gewisse militärische Delikte, die in den Heeresgesetzen definiert sind." Der Artikel 30 bestimmt, dass es für politische Delikte keine Todesstrafe gibt.

Die Konstitution verteidigt außerdem den Privatbesitz. Artikel 31 besagt, dass "die nach dem Zivilrecht für natürliche Personen und Rechtspersonen mit rechtmäßigem Titel erworbenen Rechte von späteren Gesetzen weder unbeachtet noch verletzt werden dürfen." In den Fällen, in denen das öffentliche Interesse das Private überwiegt, muss der Wert des Besitzes vor Bestätigung der Enteignung entschädigt werden. Das schützt die Grundbesitzer und Latifundisten, die ihre Besitztümer durch Vererbung aus Zeiten der Kolonie erworben haben. Die Konstitution erklärt nicht, was ein "rechtmäßiger Titel" ist, sondern versteht darunter schlicht, dass die Titel rechtmäßig sind, die nach dem früheren Recht erworben wurden, ohne zu hinterfragen, ob diese Gesetze gerecht waren oder nicht. Das weist auf eine Schwäche des Wertes "Gerechtigkeit" hin.

Der Artikel 37 gibt vor, dass es in Kolumbien keinen Grundbesitz geben wird, der keine freie Beseitigung noch untilgbarer Verpflichtungen hat, was das Recht der indigenen Gemeinschaften in den Resguardos in Mitleidenschaft zog. D. h., dass diese Konstitutionen den individuellen Besitz über den Kollektiven stellte.

In Artikel 38 steht: "Die römisch-katholische und apostolische Religion ist die Religion der Nation. Die Behörden schützen sie und sorgen dafür, dass sie als wesentliches Element der sozialen Ordnung respektiert wird. Es wird festgelegt, dass die katholische Kirche nicht offiziell wird, sondern unabhängig bleibt."

Die Artikel 39 und 40 sehen die Erlaubnis zur Ausübung aller Religionen vor, wenn sie weder der "christlichen Moral" noch den Gesetzen entgegenstehen. In den beiden Artikeln werden die, der christlichen Moral entgegenstehenden, Aktionen mit den umstürzlerischen Handlungen der öffentlichen Ordnung gleichgesetzt, die dem allgemeinen Recht unterliegen, wenn sie anlässlich oder unter dem Vorzeichen einer Religion ausgeübt werden.

Im Artikel 41 steht, dass "die öffentliche Bildung in Konkordanz mit der katholischen Kirche organisiert und geleitet wird." Der Artikel institutionalisiert eine koloniale Tradition, die die Bildung im Land, die historisch in großem Maße von den katholischen Religionsgemeinschaften angeregt, entwickelt und durchgeführt wurde, während mehr als zwei Jahrhunderten

Unabhängigkeit charakterisiert. In der Gegenwart führen sowohl Religionsgemeinschaften als auch Laien die Privatbildung durch, jedoch gibt es eine große Tradition von Religionsgemeinschaften, die Schulen und Universitäten leiten, die ein großes Ansehen genießen und deshalb die Kinder und Jugendlichen der Eliten des Landes angezogen haben. Der Zugang zu diesen Bildungsinstitutionen bleibt weiterhin begrenzt und nur jenen Minderheiten der Bevölkerung vorbehalten, die sie bezahlen können. Der faktische Einfluss dieser privaten Erziehung konfessioneller katholischer Art zeigt, dass der Großteil der kolumbianischen Eliten unter der Vormundschaft der katholischen Kirche ausgebildet wird. Dies kann eine Erklärung für den dogmatischen Charakter der politischen Führer sein, und für ihre Unfähigkeit, rational über die Probleme des Landes zu diskutieren, Abkommen auf der Basis einer geistigen Offenheit in der Diskussion der verschiedenen Gesichtspunkte zu treffen, wo sich die besten Entscheidungen nach Überzeugungskraft und -macht der Vernunft durchsetzen.

Im Artikel 42 der Konstitution von 1886 steht, dass die Presse in Zeiten des Friedens frei ist, aber gemäß den Gesetzen zur Verantwortung gezogen wird, wenn sie gegen die Ehre der Personen, die soziale Ordnung oder die öffentliche Ruhe verstößt. Das bedeutet dass die Presse einer großen Begrenzung unterliegt und dass es unmöglich ist, auf friedlichem Wege die soziale Ordnung verändern zu wollen.

Die Konstitution von 1886 etabliert in ihrem Artikel IV die Parameter, die die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat bestimmen, die den konfessionellen Charakter dieser Institution und der Privilegien anzeigen, die ihr in Fortsetzung der Tradition und der Praktiken der Kolonie von der katholischen Kirche verliehen werden. Die Kirche ist frei, ihre Angelegenheiten zu verwalten und Handlungen spiritueller Autorität und des Kirchenrechts auszuüben, ohne die Notwendigkeit der Genehmigung durch die zivile Macht. Die Priester können in öffentlichen oder caritativen Einrichtungen angestellt werden. Die Gebäude der Kirche können weder besteuert noch besetzt werden, um sie für andere Dienste zu bestimmen. Auch wird die Möglichkeit eingeführt, Abkommen mit dem apostolischen heiligen Stuhl zu schließen, was 1887 mit der Unterschrift des Konkordats zwischen dem heiligen Stuhl und der Republik Kolumbien konkretisiert wurde. Zurzeit hat das Land ein neues Konkordat, das mit dem Gesetz Nr. 20 von 1974 erneuert wurde.

Die Trennung der Gewalten und die Einschränkung der öffentlichen Macht wurden mit der Konstitution von 1886 gesucht. Sie trennt die Ausübung der zivilen Autorität von der gerichtlichen und der militärischen. Die Beamten verpflichten sich durch ihren Eid, die Konstitution zu erhalten und zu verteidigen sowie die Pflichten zu erfüllen, die sie betreffen.

In dieser Konstitution erscheinen keine Wörter wie Demokratie, Gleichheit, Brüderlichkeit oder Solidarität, auch ist noch nicht von Ökonomie, Wohlfahrt oder Konsum die Rede.

Das Wort Freiheit wird in seiner Semantik als allgemeines Gut, als Zivilrecht und als Wahlfreiheit gebraucht. Das Wort Gerechtigkeit wiederum wird ebenso als allgemeines Gut und später verbunden mit der Justizverwaltung, den Justizgerichtshöfen und den Justizhelfern gebraucht.

Der Begriff Ordnung wird gesucht und betont. Das Wort kommt 18 mal vor – verbunden mit öffentlicher Ordnung, sozialer Ordnung, legaler Ordnung, Gerichtsordnung, Regierungsordnung, legitimer Autoritätsordnung, Beamtenordnung, Vorgesetztenordnung und Ordnungseinhaltung.

Das Wort Autorität kommt zusammen mit Konzepten wie dem des Gehorsams gegenüber den Autoritäten oder den Autoritäten der Republik 28 mal vor.

Die **Konstitution von 1991** erwähnt bei 201 Gelegenheiten das Wort Staat, 2 mal das Wort Demokratie und 1 mal das Wort Wohlfahrt.

Das Wort Freiheit erscheint bei 26 Gelegenheiten: in der Präambel als Ziel der Konstitution, als Pflicht der Obrigkeiten der Republik in Verbindung mit ihrem Schutz; im Artikel 13 steht, dass alle Personen die gleichen Freiheiten genießen, in Artikel 18 wird die Gewissensfreiheit aufgezeigt, in Artikel 19 die Religionsfreiheit, in Artikel 20 die Meinungsfreiheit, in Artikel 27 die Bildungs-, Unterrichts-, Lern-, Forschungs- und Lehrfreiheit, in Artikel 53 gibt es die Freiheit der Arbeiter, in Artikel 73 die Pressefreiheit, in Artikel 77 die Freiheit der Fernsehkommunikationsmedien, der Artikel 95 besagt, dass die Freiheitsausübung Verantwortung voraussetzt, der Artikel 107 gibt allen Personen die Freiheit, politische Parteien und Bewegungen zu gründen, Artikel 150 zeigt die ökonomische Freiheit und im Artikel 214 wird verboten, die Freiheiten während Ausnahmezuständen aufzuheben. Kurzum: Die **Freiheit** ist der Wert, der in der Konstitution von 1991 explizit verkündet und verteidigt wird.

In Zusammenhang mit der **Gleichheit** ist zu sagen, dass sie 12 mal erwähnt wird: In der Präambel wird sie als ein Ziel der Konstitution betrachtet, in Artikel 13 steht, dass der Staat die Bedingungen fördern müsse, damit die Gleichheit real und wirklich werde, und Maßnahmen zugunsten der diskriminierten Gruppen oder der Außenseitergruppen durchführen müsse. Artikel 42 etabliert die Gleichheit von Rechten und Pflichten der Paare, Artikel 53 Chancengleichheit für Arbeiter, Artikel 70 verpflichtet den Staat, den Zugang zur Kultur durch Chancengleichheit zu garantieren und zu fördern. Dieser Artikel erkennt die Gleichheit und die **Würde** aller Kulturen an, wobei als weiterer Wert, der der Würde, anerkannt wird, und zwar nicht nur der Personen, sondern der verschiedenen ethnischen Gruppen. Die Gleichheit definiert nicht nur die internen Beziehungen im Land, sondern auch die internationalen Beziehungen, indem die Unterzeichnung von Abkommen mit anderen Ländern auf der Basis der Gleichheit gesucht wird.

Die **Gerechtigkeit** wird als eine öffentliche Funktion definiert. Jenseits der öffentlichen Gewalt erscheint der Begriff noch im Zusammenhang mit der Justizverwaltung, dem Obersten Gerichtshof, dem Justizministerium und der gewöhnlichen Justiz, etc. Das weist darauf hin, dass die Gerechtigkeit ein Begriff von transzendentaler Bedeutung für das Land ist. Die Konstitution sucht, die Unabhängigkeit dieser Gewalt gegenüber den anderen beiden Gewalten – der Legislative und der Exekutive – zu stärken und sie mit Mitteln auszurüsten, um sie zugänglich und wirkungsvoll zu machen.

Die **Solidarität** wird 7 mal in der Konstitution erwähnt. Auch sie ist ein grundlegendes Prinzip: “Artikel 1 – Kolumbien ist ein sozialer Rechtsstaat, der in Form einer unitären Republik organisiert ist, dezentralisiert, mit Autonomie seiner territorialen Einheiten, demokratisch, partizipativ und pluralistisch, im Respekt der menschlichen Würde begründet, der Arbeit und der Solidarität der Personen, die ihr angehören und im Vorherrschen des Allgemeininteresses.”

Die **Solidarität**, so wie die **Menschenwürde**, die **Arbeit** und das **Allgemeininteresse** werden zu grundlegenden Prinzipien erhoben.

Die **Solidarität** ist ein Prinzip, das die Sozialversicherung, die öffentlichen Dienstleistungen und die Krankenversicherung leitet und eine Bürgerpflicht darstellt.

Die **Verantwortlichkeit** ist ein Begriff, der 17 mal erwähnt wird. Er erscheint explizit als Sozialverantwortung der Kommunikationsmedien, Zivilverantwortung, Verantwortung der öffentlichen Dienste. Der Begriff wird mit den Funktionen der höchsten Würdenträger des Staates, einschließlich des Präsidenten und der Institutionen verbunden.

Der **Gehorsam** wird nur 2 mal erwähnt: als Pflicht, die Autoritäten zu respektieren und ihnen zu gehorchen und in Zusammenhang mit der Pflicht des Präsidenten, den Gesetzen zu folgen.

Die **Achtung** wird 12 mal erwähnt. Sie wird mit der Pflicht, die Autoritäten zu respektieren verbunden. Der Artikel 15 spricht von der Pflicht des Staates, die Rechte der Bürger und die konstitutionellen Garantien zu achten und beachten zu lassen. Die Achtung erscheint vor allem mit den Rechten der Personen, der Arbeiter, dem internationalen Menschenrecht, u. a. verbunden.

• **Aufsteigende soziale Mobilität**

Das Thema der aufsteigenden sozialen Mobilität wird in den Konstitutionen von 1886 und 1991 nicht ausdrücklich erwähnt. Die **Konstitution von 1886** spricht nicht von Gleichheit, der Begriff wird nicht erwähnt.

Die **Konstitution von 1991** dagegen erkennt das Gleichheitsideal als ein Ziel der Verfassung an – als ein Grundrecht. Der Staat muss die Bedingungen fördern, damit die Gleichheit verwirklicht wird und Maßnahmen zugunsten von Diskriminierten- oder Außenseitergruppen treffen.

Es wird die Gleichheit zwischen Frau und Mann anerkannt, die Gleichheit und Würde aller Kulturen, was vom formal-juristischen Standpunkt aus die aufsteigende soziale Mobilität aller Personen fördert. Auch wird in Artikel 70 festgelegt, dass der Staat die Pflicht hat, den Zugang aller Kolumbianer zur Kultur durch Chancengleichheit zu fördern und zu entwickeln, durch die permanente Bildung und die wissenschaftliche, technische, künstlerische und berufliche Bildung in allen Stufen des Prozesses der Bildung einer nationalen Identität. Das fördert die aufsteigende soziale Mobilität, die die Zunahme der Bildungs- und Schulungsniveaus vorantreibt.

In Artikel 366 steht, dass “die allgemeine Wohlfahrt und die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung soziale Zwecke des Staates sind. Ein grundlegendes Ziel seiner Aktivität ist die Lösung der unbefriedigten Bedürfnisse der Gesundheit, Bildung, Umweltsanierung und Trinkwasser.”

In Kolumbien genießen alle Kolumbianer die gleichen Freiheiten, was auch die soziale Mobilität ermöglicht, indem es keine Einschränkungen für bestimmte Gruppen im Zugang zu Gütern, Dienstleistungen oder Produkten gibt, es gibt keine Einschränkungen der ökonomischen und unternehmerischen Freiheit.

3.4.2.5.2 Die Modernisierungsmechanismen der politischen Parteien – der Konservativen und der Liberalen Partei, der Partei der U, der Grünen Partei und des Alternativen Demokratischen Pols

Im Folgenden werden die Ansätze der politischen Hauptparteien des Landes präsentiert, die mit den Modernisierungsmechanismen zu tun haben.

• **Individualisierung und Differenzierung**

Die **Kolumbianische Konservative Partei**, die sich als Organisation des Zentrums definiert, erklärt in Artikel 3 ihrer Statuten zum obersten Prinzip: “Der Rechtsstaat und die politischen Institutionen von Kolumbien müssen die Entwicklung der Nation antreiben, um die Rechte zu garantieren und die Lebensqualität aller Kolumbianer und aller Regionen maximal zu verbessern.” Das dritte Prinzip lautet: “Kolumbien ist eine unitäre Republik, die dem Rechtsstaat verpflichtet ist,

der auf der Stärke der Institutionen und der Erfüllung des Gesetzes basiert, sowie auf der unveräußerlichen Ausübung der legitimen und permanenten Autorität des Staates an allen Orten seines nationalen Territoriums als einem unserer grundsätzlichen Elemente.” Das vierte Prinzip lautet: “Die politischen Institutionen und Ideen stehen über den Personen und müssen im politischen und im öffentlichen Programm zum Ausdruck kommen, das sich an den Interessen, Bedürfnissen und Forderungen der kolumbianischen Gesellschaft orientiert, wobei dafür Sorge zu tragen ist, dass die Minoritäten und die traditionell marginalen oder diskriminierten Gruppen eingeschlossen werden.”

Wie ersichtlich ist, werden dem Staat und den Institutionen mehr Bedeutung beigemessen, die über den Individuen stehen, was in einem Land verständlich ist, in dem der Staat vor der Nation besteht. Nach dieser Logik sind es die Individuen, die im Dienste des Staates und seiner Institutionen stehen, während in einem Land, in dem die Nation vor dem Staat existiert, dieser ebenso wie seine Institutionen im Dienst seines souveränen Volks stehen.

Die **Kolumbianische Liberale Partei**, die sich als demokratische Mitte definiert und Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, sagt im Absatz 1 ihrer ideologischen Deklaration, dass ihre Mission darin besteht, durch Intervention des Staates für die Lösung der strukturellen ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen, nationalen und regionalen Probleme zu arbeiten.

Der zweite Absatz stellt fest, dass für diese Partei der Staat und die Wirtschaft im Dienste der Menschen handeln. Im 3. Absatz wird die Überzeugung wiederholt, dass die regionale und lokale Autonomie die Demokratie begünstigen und die Einheit und die ausgeglichene Entwicklung des Landes garantieren. Im 7. Absatz steht, dass die Partei die Führerschaft der Jugend und die direkte Teilnahme der jungen Menschen in den politischen Prozessen fördert, die das Schicksal des Landes entscheiden, um zur Stärkung der Demokratie und der politischen Erneuerung beizutragen.

Im 17. Absatz wird festgestellt, dass die Liberale Partei die Partei der unabhängigen Kontrolle und der Toleranz ist und in ihren internen Beratungen Kritik und Selbstkritik übt.

Man kann sehen, dass in dieser Partei das Individuum wichtiger als die Institutionen wie der Staat und die Wirtschaft ist, die ihnen zur Verfügung stehen, und es werden Werte wie die Autonomie, die Demokratie, die Führerschaft, die unabhängige Kontrolle, die Kritik und die Selbstkritik hervorgehoben, was als eine Betonung der Subjektivierungs- und Bewusstmachungsprozesse der Individuen, die der Partei angehören, interpretiert werden kann.

Die **Assoziation Zuerst Kolumbien** ist ein nicht kommerzieller Verein, der im Dezember des Jahres 1996 von Alvaro Uribe Velez gegründet wurde. Er diente als politische Plattform für seine Kandidatur zum Präsidenten der Republik bei den Wahlen von 2002. Diese Assoziation stellt auf ihrer Webseite, auf der keine Statuten zu finden sind, fest, dass ihr Ziel ist: “die Entwicklung, Förderung, Verbreitung und Unterstützung jeder Art von zivilen, kulturellen, ideologischen, sozialen, forschenden Aktivitäten der Bürger- und Gemeinschaftsbeteiligung, die an der Förderung und Entwicklung öffentlicher Verwaltung ausgerichtet ist, die auf den richtungsweisenden Prinzipien der Demokratie basiert, wobei die legitim konstituierten Institutionen respektiert werden.” Ferner werden als Ziele festgehalten, “die Bildung, Schulung, Unterstützung und Förderung der Gemeinschaftsführer, die Verbesserung des Lebensniveaus der kolumbianischen Bevölkerung, wie auch die Entwicklung jeder Art von Assoziationen, Korporationen, Vereinigungen oder Gruppen von Personen und Arbeitsgruppen zur Förderung des ganzen vorher Gesagten.”

Diese Assoziation hebt die Rolle des Individuums als Führer einer Gemeinschaft hervor und die Notwendigkeit, dass es Kompetenzen und Fähigkeiten durch Ausbildung, Schulung, Förderung und Unterstützung erwirbt oder verbessert. Gleichzeitig betont sie die Wichtigkeit, dass die Führer sich organisieren und größere Gruppen bilden, was das Erreichen der gesetzten Ziele erleichtert.

Die **Soziale Partei der Nationalen Union, Partei der U**, definiert sich als eine politische Organisation des Zentrums. Ihr Ursprung ist mit der Absicht verbunden, ab 2003 die Regierung von Alvaro Uribe Velez und seine vorgeschlagene Wiederwahl für die direkt folgende Periode ab 2006 zu unterstützen. Im Artikel 3 ihres Statuts setzt diese Partei als ideologische Forderungen fest:

- “1. Die Achtung der Menschenwürde und der Familie als Grundlagen der Gesellschaft.
2. Die Einhaltung des sozialen Rechtsstaats.
3. Die reale und wirkliche Gleichheit aller Bürger.
4. Die Achtung der Freiheit, der freien Prüfung, des kulturellen, ethnischen, religiösen, Geschlechts- und Meinungspluralismus.
5. Die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit, der Solidarität, der sozialen Sicherheit und des Respekts zwischen den Kolumbianern.
6. Die Chancengleichheit im Zugang zum Wissen, der Wissenschaft und der Technologie.
7. Der Schutz der Vielfalt und der Umwelt und der ökologischen Integrität.”

Die Partei der U erkennt den Vorrang der unveräußerlichen Rechte der Person an und schützt die Familie als Keimzelle der Gesellschaft. “Die Familie bildet die Grundinstitution unserer Gesellschaft, der der Staat einen integralen Schutz in Begriffen der Sozialverantwortung bieten muss, wo die Beziehung Staat-Familie über ein beitragendes und solidarisches Modell errichtet wird, das dem gesamten menschlichen Konglomerat anbietet.”

Der **Alternative Demokratische Pol, PDA**, ist eine demokratische Partei, die für die Einheit der demokratischen Kräfte des Landes arbeitet. Die Idee der Einheit ist die programmatische Grundlage der Partei, in der die freie Entfaltung der Persönlichkeit anerkannt wird. Der Pol fördert die politische und soziale Mobilisierung der Bürger zur Erreichung der vollen Gültigkeit der Menschenrechte, der politischen und zivilen Garantien und der sozialen und menschlichen Emanzipierung. In diesem Sinne gibt die Partei dem Individuum im Rahmen der politischen Aktion den Vorrang und nicht den Institutionen.

Diese Partei stellt in ihrer Ideologie die Einheit der Bürgermobilisierung dar, unterstützt und regt die Bürgerproteste an, die Volksmobilisierungen, die zivilen Kämpfe und die verschiedenen Widerstands- und Unzufriedenheitsausdrücke mit den Politiken des internationalen Kapitalismus und der kolumbianischen oligarchischen Regierungen. Der Pol sagt, dass “er die Programme, Lebenspläne, Forderungen und Mandate berücksichtigt, die die sozialen Schichten in ihren Kämpfen gebildet haben, um ein neues Projekt Nation zu bauen.”

Die **Grüne Partei** ist eine politische Organisation, die am 2. Oktober 2009 gegründet wurde. In ihren Statuten erklärt sie nicht ihre Ausrichtung im politischen Spektrum, dessen ungeachtet definierte dies eine frühere Partei in ihrer Geschichte, die Partei Option Zentrum, wonach sie eine Partei der Mitte ist.

Im Artikel 3 ihrer Statuten beschreibt sie ihr Ziel: “Die Grüne Partei ist eine politische Organisation der Kolumbianer und Kolumbianerinnen, die fähig sind, Begehren zu klären, Ziele und Aktionen zu priorisieren und zu validieren. So basiert die Ausübung der Politik auf klaren und durchsichtigen Regeln, wertschätzt und respektiert die Unterschiede, sucht die Realisierung der vollen und lebendigen Demokratie, die Transformation der Kultur und der politischen Praktiken, die volle und

wirksame Ausübung der Menschen- und Grundrechte, verteidigt und fördert eine nachhaltige Entwicklung und nimmt die Prinzipien auf, die in der Charta der Globalen Grünen enthalten sind." Im Mittelpunkt der Grünen stehen die Individuen, die hier Kolumbianer und Kolumbianerinnen genannt werden. Eine der Prioritäten der Partei ist die Bürgerkultur und die Bildung der Kolumbianer und Kolumbianerinnen als Pfeiler der Entwicklung und Erweiterung ihrer Fähigkeiten und Chancen.

• Soziale Integration

Die **Kolumbianische Konservative Partei** stellt im Artikel 4 die richtungsweisenden Aktionen fest, unter denen u.a. sind: "2. Vertiefung der kolumbianischen Demokratie zur garantierten Öffnung von Räumen mit Chancengleichheit für alle Bürger..."; "4. Materialisierung der Chancengleichheit und des Zugangs durch Verdienste, um größtes Wachstum, Entwicklung und Wohlfahrt der kolumbianischen Bevölkerung zu erreichen."; "5. Konversion der politischen Institutionen, insbesondere der Konservativen Partei, in eine Bürgerorganisation mit nationalem Zweck ausgehend von der Sicht und der Bedürfnisse der Regionen, um die größte Entwicklung zu erreichen und ausschließende Lücken progressiv abzubauen."

In ihren Prinzipien garantiert die Konservative Partei die freie, freiwillige und spontane Zugehörigkeit zur Partei; die Teilnahme als einem Recht aller Mitglieder; die Gleichheit, die als Exklusion jeglicher Diskriminierung oder Privilegien aus ideologischen, ökonomischen, sozialen, geschlechtlichen oder ethnischen Gründen in den Teilnahmeprozessen am Parteileben verstanden wird; den Pluralismus, der als die Garantie zum Ausdruck der existierenden Tendenzen verstanden wird, besonders der Minoritäten, sowie die Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter.

Andererseits werden sowohl in den führenden Organen wie der Repräsentation konkrete Beiträge zugeteilt, die die Teilnahme der jungen Leute, der Frauen, der spezifischen Schichten der Bevölkerung wie Arbeiter, Unternehmer, Akademiker und Vertreter ethnischer Minderheiten garantieren.

Die **Kolumbianische Liberale Partei** formuliert im 4. Artikel der Statuten die Grundprinzipien der Gemeinschaft, in denen Ansätze festgestellt werden, die den Willen zur sozialen Integration der Gemeinschaft annehmen. Das Prinzip der Teilnahme wird als ein Recht aller Mitglieder verstanden, beim Treffen grundsätzlicher Entscheidungen der Gemeinschaft zu intervenieren, Teil der leitenden Organe, der Verwaltung und der Kontrolle zu sein, zu wählen und gewählt zu werden. Das Prinzip der Gleichheit garantiert, dass es keine Diskriminierung oder Privilegierung aus ideologischen, ökonomischen, sozialen, geschlechts-, religions- oder rassischen Gründen gibt. Das Prinzip des Pluralismus garantiert die Gestalt der bestehenden Strömungen in ihrem Innern, besonders der Minderheiten, ohne Benachteiligung bei der Anwendung der Prinzipien der Mehrheit und des Konsens; das Prinzip der Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter, in dem festgesetzt ist, dass Männer, Frauen und weitere geschlechtliche Möglichkeiten reale Rechts- und Chancengleichheit haben, um an den politischen Aktivitäten der Partei teilzunehmen.

Die **Assoziation Zuerst Kolumbien** betont in ihren Prinzipien ausdrücklich das des sozialen Zusammenhalts, womit ausgedrückt wird, dass dank der Fortschritte in Sicherheit und Investition soziale Kohäsion hergestellt werden konnte als Quelle des demokratischen Weiterbestehens.

"Früher schien der Kampf um die soziale Kohäsion ein exklusives Erbe der Linken, während der Kampf um die soziale Sicherheit ein ausschließliches Kapital der Rechten schien. Heute sind sie gegenseitig abhängig: Ohne Sicherheit gibt es keine Mittel für die Konstruktion der sozialen Kohäsion, ohne soziale Kohäsion gibt es keine Akzeptanz der Bürger für die Tragfähigkeit der Sicherheit. Wir haben uns vorgenommen, soziale Kohäsion von den Freiheiten ausgehend

herzustellen, weil diese der Sozialkritik helfen. Wie stellten ein paar sehr anspruchsvolle Ziele in der Gesundheit, der Bildung, der Staatsverschuldung, im Zugang zu öffentlichen Qualitätsdienstleistungen, im Aufbau eines Landes von Eigentümern, u.a. auf.”

Die **Partei der U** wirft nicht das Thema der sozialen Integration der Individuen auf, sondern der Regionen. In ihrer programmatischen Erklärung wird das Thema *Ein Gemeinschaftsstaat für die Bürger* erklärt, wo in Bezug auf die Dezentralisierung und die Territorialordnung steht, dass “die Partei zu einem gesunden Gleichgewicht in der Verteilung der Funktionen und Mittel unter den Regionen und der Nation neigt und die Dezentralisierung der Funktionen der zentralen Macht suchen wird. Mit dieser Absicht tritt sie für die Anwendung von Politiken ein, die die Niveaus der wichtigen Autonomie der regionalen und lokalen Regierungen hinsichtlich der zentralen Verwaltung bestimmen, indem ihnen Entscheidungsfähigkeit bezüglich der, ihre Entwicklung betreffenden, Angelegenheiten hergestellt wird und angemessene Mittel dafür vergeben werden, ohne die nationale Einheit und die Sicherheit, die Stabilität und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu beeinträchtigen. Auf der anderen Seite muss über diesen Mechanismus die Neuverteilung der Mittel der besser entwickelten Regionen auf die weniger Fortgeschrittenen gesichert werden, ebenso wie zwischen Stadt und Land, mit der Absicht, die in der Gegenwart bestehenden großen Ungleichgewichte auszurotten.”

Der **Alternative Demokratische Pol, PDA**, erwähnt in seinem ideologischen Programm der Einheit den Begriff der sozialen Integration nicht auf einem internen Niveau, sondern weist ausdrücklich auf die Bedeutung der lateinamerikanischen und karibischen Integration und Solidarität hin. Der Begriff soziale Einschließung erscheint im Thema der ökonomischen Demokratie: “Wir regen ein Entwicklungsmodell an, das auf einem gemischten Wirtschaftsregime basiert, das den Privatbesitz respektiert, wobei ein autonomes und souveränes, gedeihendes Wirtschaftswachstum innerhalb der ökologischen- und kulturellen Nachhaltigkeit zum Vorteil aller Kolumbianer garantiert wird, das dazu dient, die Ungleichheiten zu beseitigen. Wir sind für die Schaffung von Reichtum mit sozialer Inklusion.”

In ihrer Ideologie zur Einheit erklärt die Partei: “Wir bekämpfen jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, sozialer Exklusion, internationaler Aggression, Hegemonismus und räuberischer Ausbeutung der Naturressourcen und der Menschen.”

Die **Grüne Partei** stellt das Thema der sozialen Integration nicht ausdrücklich dar, erwähnt lediglich in Artikel 6 als Prioritäten: “die wirksame Suche der Gleichheit, der Gerechtigkeit, die Rechtsausübung und den Zugang zur Justiz.”, “Stärkung der Autonomie und Produktivität der Regionen”, “ökonomisches Wachstum mit Umverteilung”, “Eliminierung jeglicher Art von sexueller Diskriminierung bzw. Geschlechtsdiskriminierung.” In ihren Werten versteht sie die Gleichheit als Garantie für Gerechtigkeit und Inklusion.

● **Generalisierung der Werte**

Die **Kolumbianische Konservative Partei** unterstreicht im ersten Titel ihrer Statute: Ihr Charakter ist demokratisch, vom Volk ausgehend, einschließend, modern und fortschrittlich, den Prinzipien und Werten des sozialen Rechtsstaats verbunden, von der Konstitution und den Gesetzen der Republik geleitet sowie von der programmatischen Erklärung ihrer Gründer Jose Eusebio Caro und Mariano Ospina Rodriguez im Jahre 1849 inspiriert, deren Prinzipien sie aufnimmt und praktiziert.

Sie formuliert als Prinzipien der Organisation und des Funktionierens: die Transparenz, die Objektivität, die Moralität, die Geschlechtergleichheit und die Pflicht, ihre politischen Programme vorzustellen und zu verbreiten.

Die Konservative Partei entwickelt diese Prinzipien, indem sie in den Statuten die Definitionen der Inhalte einbezieht, unter denen sich die Teilnahme, die Gleichheit, der Pluralismus, die Gerechtigkeit und die Geschlechtergleichheit, die Transparenz und die Moralität befinden.

Die **Kolumbianische Liberale Partei** zählt, wie schon erwähnt wurde, zu ihren Grundprinzipien: die Teilnahme, die Gleichheit, den Pluralismus, die Gerechtigkeit und die Geschlechtergleichheit, die Transparenz, die Moralität, die Objektivität und die Demokratie. Im Absatz 8 des Artikels 3 der Statuten wird das Prinzip der Demokratie präzisiert: “Die Partei funktioniert nach den Prinzipien der internen, teilnehmenden Demokratie, dem sozialen Rechtsstaat, der Freiheit, der sozialen Justiz, der Solidarität, der Dezentralisierung und der Achtung der Menschenrechte. Sie garantiert die freie Prüfung, die Toleranz, die Meinungsverschiedenheit, die Bildung, das Recht auf Meinungspluralität und die Achtung der Hierarchien der Partei.“

Im Absatz 16 ihrer ideologischen Erklärung manifestiert die Partei mit Nachdruck, dass Kolumbien nur seine demokratische Reife und Frieden erlangt, wenn die ethischen Werte im Sozialverhalten der Individuen wiederhergestellt werden, wobei bei den Führern der politischen Parteien, den Privatunternehmen und den sozialen Organisationen begonnen werden muss. Sie sagt infolgedessen der Korruption den Kampf an.

Die **Assoziation Zuerst Kolumbien** erwähnt unter ihren Prinzipien außer der sozialen Kohäsion die demokratische Sicherheit, wobei sie erklärt, warum sie das Konzept der Sicherheit mit demokratischen Werten entwickelt: “In Kolumbien war es ziemlich schwierig, dass sie einen politischen Vorschlag der Sicherheit akzeptieren würden. Während der wenigen Gelegenheiten, in denen im Zuge eines politischen Aufruhrs das Thema aufgeworfen wurde, hatte es wenig Akzeptanz in der Gemeinschaft und wurde als eine ideologische, rechtsgerichtete, militaristische, faschistische Handlung der Rechten begriffen. Es wurde verachtet und disqualifiziert. Wir sind dazu gekommen, Zivilisation mit Schwäche zu verwechseln. Wir glaubten, dass die Sicherheit ein Folgeelement und kein Ursachenelement wäre; wir glaubten, dass sie spontan erscheinen würde und nicht als ein prioritärer Programmpunkt des Staats und der Regierung inkorporiert werden müsste. Wir hatten auch die Doktrin der nationalen Sicherheit, die Lateinamerika durchlief und schlechte Erinnerungen hinterlassen hatte, weil sie zur Verfolgung von Dissidenten da war, um autokratische Regierungen zu unterstützen, um den Dissens zu unterdrücken, um den Pluralismus zu beseitigen, um die Presse zu zensieren und die Freiheiten zu annullieren. Das brachte die Experten des Themas dazu, die Sicherheitsvorschläge mit den Wegen der Diktatur zu verwechseln. Wir brachten zum Ausdruck, dass die demokratische Sicherheit kein in sich selbst begründetes Ziel sei, sondern ein Mittel, damit die neuen Generationen der Kolumbianer in Frieden leben.”

Sie stellt das, mit dem Vorherigen verbundene, Prinzip des Kampfs gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität dar: “Die Herausforderung der Demokratien der Welt ist heute die Niederlage des Feindes der Gesellschaft. Das ist der Terrorismus und die organisierte Kriminalität, welches ideologische Gewand auch immer sie tragen. Kolumbien hat das so verstanden und das machte aus der Sicherheit eine Priorität des nationalen Lebens.”

Die **Partei der U** stellt in ihren ideologischen Postulaten Werte auf, die mit der Achtung der Menschenwürde, der Familie, der Freiheit, der freien Prüfung, dem kulturellen, ethischen, religiösen, Geschlechter- und Meinungspluralismus und mit der allgemeinen Achtung aller Kolumbianer zusammenhängen: die reale und wirksame Gleichheit aller Bürger; die soziale Gerechtigkeit, die Brüderlichkeit, die Solidarität, die soziale Sicherheit, der Schutz der Diversität und die ökologische Integrität.

Diese Partei "glaubt fest, dass es die erste Pflicht des Staats ist, das Leben und die Sicherheit der Bürger zu garantieren, als Grundgesetz und Bedingung aller anderen Gesetze, weshalb sie als unveräußerliches Prinzip definiert, dass der Staat das Monopol der Waffen und der legitimen Kraft im ganzen nationalen Territorium zurückhalte." Sie betrachtet die Sicherheit in Kolumbien als einen demokratischen Wert, der allen Kolumbianern garantiert werden muss.

Der **Alternative Demokratische Pol, PDA**, erwähnt in seinem ideologischen Programm der Einheit: "Im Bewusstsein der tiefen nationalen Krise und in der Überzeugung, dass wir den Weg der Veränderung der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen Kolumbiens nur mit der vollen Ausübung der nationalen Souveränität und der Erweiterung und Vertiefung der Demokratie finden, die heute immer ein eingeschränkter ist. Wir, die Mitglieder des Alternativen Demokratischen Pols, verpflichten uns, den Prozess der Einheit der Kräfte der demokratischen Linken unseres Landes auf der Grundlage dieser Ideologie der Einheit voranzutreiben, die wir den Kolumbianern und Kolumbianerinnen vorstellen."

Die Verteidigung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit sind die obersten Werte, die in der Ideologie der Einheit zu finden sind, wobei diese Partei die Werte der Demokratie und des Friedens hervorhebt: "Die Anwendung der Waffen zur Lösung der Konflikte widerspricht den Methoden und Vorsätzen, die unsere Partei vertritt. Wir widersetzen uns dem Krieg und der Ausübung von Gewalt als Instrument der politischen Aktion. Wir denken, dass der Weg der Veränderung heute der Kampf der demokratischen und pazifischen Massen ist."

Die lateinamerikanische Solidarität und Integration werden auch hervorgehoben, sowie ein politisches Regime, in dem der soziale Rechtsstaat als ein souveräner und pluralistischer Staat verstanden wird, der die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte respektiert und verwirklicht. Die Justiz wird als ein anderer Wert betrachtet. Als Institution und Gewalt muss sie unabhängig, kostenlos und wirksam sein. Die Partei ist gegen die Korruption, den Klientelismus und die Plünderung öffentlicher Gelder.

Die **Grüne Partei** beschreibt in Artikel 4 ihrer Statuten die fundamentalen Werte der Partei: "das ökologische Wissen, die Sozialjustiz, die Gewaltlosigkeit, die demokratische Teilnahme, die Nachhaltigkeit, die politische Ethik und die Wahlethik, das Vertrauen der Personen untereinander und in die Institutionen, in die Fähigkeit und die Ehrlichkeit und die Gleichheit, die die Gerechtigkeit und die Inklusion garantieren."

Die Lektüre der Prinzipien der Grünen Partei ermöglicht es, andere wichtige Werte zu identifizieren wie das Leben, die Legalität, die Ehrlichkeit bei der Handhabung der öffentlichen Mittel, die Umweltverantwortung und -vorsorge, die Differenz und die Pluralität, die Bürgerkultur, die Bildung, die Sicherheit, das Zusammenleben und die Autonomie.

● **Aufsteigende soziale Mobilität**

Obwohl die Statuten der **Konservativen Partei** das Thema der aufsteigenden sozialen Mobilität auch nicht ausdrücklich erwähnen, gibt es Artikel, in denen die Suche der Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlstands der ganzen Gesellschaft sowie die Bildung einer großen Mittelschicht explizit von dieser Partei angestrebt wird.

Im ersten Artikel der Statuten wird erklärt: "Aufgrund ihrer Tradition in der Geschichte Kolumbiens und wegen ihrer Führungsposition bestätigt die Konservative Partei ihre Mission im politischen Kontext des Landes und trachtet danach, ihre Ideen, Programme und Vorschläge, die durch die soziale Justiz gerechtfertigt und durch ihre Machtberufung motiviert sind, zu realisieren,

um eine transzendente und hochgesteckte Sicht für die Entwicklung und Verbesserung der Lebensqualität der ganzen kolumbianischen Gesellschaft zu bieten.“

In Artikel 3 der Statuten steht, dass die Grundlage der kolumbianischen Konservativen Partei auf der humanistischen und christlichen Auffassung basiert. Ihr Ziel ist es, die institutionelle Veränderung und die größere normative und kulturelle Stärke der kolumbianischen Gesellschaft, die permanente Achtung der Würde der Person, die volle Ausübung der Menschenrechte zu garantieren, die in der Erklärung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), in der Gründungscharta der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und in der politischen Konstitution von Kolumbien verwendet und definiert werden, sowie die Bedingungen eines sicheren, friedlichen, gerechten und gut gehenden Lebens für alle Kolumbianer zu verbessern, indem die Bildung einer großen Mittelschicht gefördert wird und permanente Bedingungen des Wachstums, der nachhaltigen Entwicklung und sozialen Entwicklung hergestellt werden.“

Die **Kolumbianische Liberale Partei** erwähnt das Thema der sozialen Mobilität nicht ausdrücklich, weist jedoch in ihrer ideologischen Erklärung im Absatz 2 auf die Suche einer sozialen Entwicklung hin, die grundsätzlich von der Bildung und der öffentlichen Gesundheit gestützt wird – als Komponenten der menschlichen Entwicklung. Und im Absatz 9 steht, dass die Partei die Rolle anerkannt hat und anerkennt, die die Marktwirtschaft im ökonomischen und sozialen Prozess spielt. Der Staat wird die besagte Marktwirtschaft anregen und fördern, indem er immer die Chancengleichheit für alle Personen garantiert. Im Absatz 15 wird erwähnt, dass die Partei zu einer Gesellschaft und einer Wirtschaft tendiert, die auf der Vollbeschäftigung und der Realisierung der integrierten sozialen Sicherheit für alle Einwohner beruht.

Die **Assoziation Zuerst Kolumbien** erwähnt den Begriff der sozialen Mobilität ausdrücklich: “Wir realisieren eine strukturelle Sozialpolitik, die auf lange Sicht eine gerechte Gesellschaft ohne Armut und mit Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung erreichen wird. Das signifikanteste Werkzeug war die permanente Bildungsrevolution, weil die Bildung die Investition mit der höchsten Gewinnrate ist. Sie stellt soziale Mobilität her und ist das Werkzeug, das dazu führt, dass die Kinder der Armen nicht dazu verurteilt sind, es ihr ganzes Leben zu sein. Wir waren eine, jeden Tag mit der Gemeinschaft engagiertere, Regierung, was in einem permanenten Prozess erfolgte – weder aus Snobismus noch aus Mode, sondern aus Engagement.“

Die **Partei der U** erwähnt den Begriff der sozialen Mobilität nicht ausdrücklich, aber in ihrer programmatischen Erklärung steht: “Die Parte der U zentriert ihren Kampf darauf, eine Gesellschaft aufzubauen, die die Armut beseitigt, die gerecht, solidarisch, mit vollem Sozialschutz, gebildet, gelehrt, partizipativ, tolerant, friedlich und kohäsiv ist. Besondere Betonung müsste auf dem Erreichen eines sozialen Wohlfahrtsstaats gelegt werden, in dem Vollbeschäftigung, Gesundheit, Bildung und die Möglichkeit einer würdigen Wohnung herrschen; gleiches gilt für die Entwicklung der verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen wie die Kunst, den Sport und die Erholung als wesentliche Teile der alltäglichen Aufgaben.“

Diese Partei verfolgt die Ziele des Jahrtausends zur Entwicklung gemäß ihrem Plan und weist ein aggressives legislatives Programm sowie Regierungsprojekte auf, die Folgendes einschließen müssen: die signifikante Reduzierung der Armut, wobei “die Partei für Politiken eintritt, die das Vertrauen der Investoren weiterhin stärkt, auf der Suche eines ökonomischen Wachstums, um feste und qualitative Stellen zu schaffen, indem die Arbeitslosenraten auf einstellige Ziffern reduziert werden, als ein Grundpfeiler der progressiven Reduktion der Armut.“

Der **Alternative Demokratische Pol, ADP**, definiert sich als demokratisch, zivilistisch, pluralistisch, multikulturell und pluriethnisch. Er engagiert sich für die Verteidigung des Lebens,

seines Territoriums, der Biodiversität, der nationalen Souveränität, der lateinamerikanischen und karibischen Einheit sowie für den Frieden des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens sowie für die Demokratie und die Wohlfahrt der Kolumbianerinnen.

Als Ziele der Partei werden u. a. genannt: “die Konstruktion einer realen, partizipativen Demokratie, in der die Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, die Verteidigung des demokratischen Geistes der politischen Konstitution von 1991 und der soziale Rechtsstaat vorherrschen; eines alternativen Modells der nachhaltigen und gerechten Entwicklung; die Suche der demokratischen Macht, um sie zum Vorteil der Nation auszuüben; die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte; die Toleranz und der Respekt vor dem Unterschied und dem ideologischen, kulturellen, ethnischen, politischen, geschlechtlichen und religiösen Pluralismus, die Geschlechtergleichheit; die Suche der Vertiefung des Friedens und Zusammenlebens unter allen Kolumbianerinnen und Kolumbianern.“

Um das zu erreichen, sieht die Ideologie der Einheit eine ökonomische Demokratie vor, die ein Entwicklungsmodell impliziert, das auf dem gemischten Wirtschaftsregime basiert, das den Privatbesitz respektiert, wobei ein gut gehendes, autonomes und souveränes ökonomisches Wachstum im Rahmen ökologischer- und kultureller Nachhaltigkeit zum Vorteil aller Kolumbianer und Kolumbianerinnen garantiert wird und dazu bestimmt ist, Ungleichheiten zu beseitigen. So heißt es: “Wir sind für die Schaffung von Reichtum mit sozialer Inklusion. Wir verteidigen das öffentliche Eigentum und die Stärkung des nationalen Produktionsapparats, den inneren Markt und die angemessene Eingliederung des Landes in die Weltwirtschaft.”

Der Pol weist auf die notwendige Intervention des Staates hin, um die industrielle, gewerbetreibende, handwerkliche, landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und wasserwirtschaftliche interne Produktion und die Dienstleistungen seitens der Kolumbianer durch staatliche Kreditpolitiken der Förderung, wissenschaftliche Forschung, technologischen Entwicklung, Investitionen und Straßeninfrastruktur zu stärken, wobei die Umweltzerstörung verhindert werden soll. Auf dem Land wird eine Agrarpolitik vorgesehen, die die Souveränität und Ernährungssicherheit sowie die Beseitigung der gegenwärtigen Landkonzentration und des unproduktiven Großgrundbesitzes garantiert. Es wird der individuelle oder kollektive Zugang der Landarbeiter zu Land garantiert und die notwendige staatliche Unterstützung für ein würdiges Familienleben geleistet. Es werden historische Rechte und ursprüngliche Bräuche der indigenen und afrostämmigen Bevölkerung respektiert. Es werden Vermietung, Konzession und Verkauf von Land an ausländische Monopole und Regierungen sowie territoriale Konzentration in den Händen großer, nationaler Besitzer und Monopole verhindert.

Hinsichtlich der sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Rechten sieht der Pol u. a. die Erhöhung der Gehälter und Löhne gemäß den realen Gewinnen der privaten oder staatlichen Unternehmen vor, so dass die Kaufkraft der Bevölkerung steigt, während die nationale Industrie gleichzeitig geschützt wird. Auch garantiert sie die Gleichheit der Frauen und der Männer, wobei ihnen ihre gleichen Chancen beim Zugang zu öffentlichen Stellen und zur Arbeitswelt gesichert werden, wobei das Prinzip “gleicher Lohn für gleiche Arbeit” verteidigt wird.

Die **Grüne Partei** erwähnt im Artikel 6 ihrer Statuten, geordnet nach Prioritäten: das ökonomische Wachstum mit Umverteilung, die Ausweitung der öffentlichen Kinder- und Jugendlichenpolitik, die Erweiterung der Potenziale und Möglichkeiten.

3.4.2.5.3 Schlussfolgerungen

Die Konstitution von 1991 markiert einen wichtigen Wendepunkt im politischen Leben des Landes und einen Fortschritt in seinem Modernisierungsprozess. Die Konstitution von 1886 erreichte zu ihrem Zeitpunkt das wichtige Ziel, die Republik zu einigen, als der Föderalismus eine beschleunigte Bewegung der Desintegration seiner Staaten hervorrief – vielleicht Produkt der komplexen politisch-administrativen Forderungen einer politische Elite ohne Erfahrung oder geringer administrativer Themen von nationalem Rang, von denen sie während der kolonialen Epoche ausgeschlossen waren. Die Konstitution von 1886 ist das Spiegelbild einer Gesellschaft im Wandel zwischen dem kolonialen Regime und der Republik, die sich politisch unabhängig macht, ohne gänzlich mit dreihundert Jahren Traditionen, Praktiken und Institutionen zu brechen.

In der Konstitution von 1886 kann klar die geringe Entwicklung der Individualisierung und der Differenzierung der Personen identifiziert werden, die den Institutionen untergeordnet werden und den Obrigkeiten gehorchen müssen. Die soziale Integration gibt es nicht als ein relevantes Ziel; die zu verteidigenden Werte sind die der bestehenden sozialen Ordnung und der öffentlichen Ruhe. Es werden keine Mechanismen der sozialen Mobilität aufgestellt, um die Gleichheit, die Gerechtigkeit und die soziale Justiz wirksam zu machen. In der Konstitution von 1886 wird das Weiterbestehen der engen Beziehung zwischen der Kirche und der politischen Macht gerechtfertigt, die das Land trotz der Verkündigung der laizistischen Konstitution von 1991 bis in die Gegenwart charakterisiert.

In Kolumbien, wo mehr als 90% der Bevölkerung katholisch sind, hat die kulturelle spanische Tradition von der Kirche und ihren Repräsentanten, den Katechesenpriestern bis zu den gegenwärtigen Pfarrern, bedeutende Institutionen und Führer geschaffen, die Räume oder Orte des Zusammentreffens, der Bildung und der sozialen Integration verwirklichen. Noch heute zählen die Kirchen zu den wenigen Orten, an denen man Personen verschiedener sozialer Schichten antrifft, vereinigt im gleichen Glauben, was somit ein Faktor der kulturellen Identität darstellt, die die soziale Integration erleichtern kann.

Die Modernisierung in Kolumbien, der Zugang zum Wissen, die Entwicklung einer weniger dogmatischen und gegenüber der friedlichen Konfrontation mit anderen Seh-, Denk- und Interpretationsweisen der Welt offeneren Mentalität, erforderten eine Modernisierung der katholischen Kirche selbst, die in ihrem Inneren interessante Diskussionen zwischen den verschiedenen Positionen und Denkweisen führt, die sie integriert. Man könnte sagen, dass die Modernisierung Kolumbiens eng mit der notwendigen und dringenden Modernisierung der katholischen Kirche verbunden ist, die von ihren progressiven Vertretern selbst gefordert wird.

Seit den Zeiten der Aufklärung gab die Kirche und insbesondere die katholische Kirche es auf, die Besitzerin der Wahrheit und der Geheimnisse der Wissenschaft zu sein. Sie wurde von den Laien verdrängt, die jetzt das wissenschaftliche und technologische Wissen haben, die die Welt fortschreiten lassen und die es, wie Ulrich Beck aufzeigt, gleichzeitig mit großem Risiko tun. Die Modernisierung bedeutet also, dass die Kirche, wenn sie die Bildung verwaltet, den freien Zugang ohne Einschränkungen oder Zensuren zum wissenschaftlichen Wissen garantiert, über das die Menschheit zurzeit verfügt.

Die Modernisierung nimmt nicht das Ende der Religion oder der Kirchen an, aber sie bildet eine wachsende Bewegung der Differenzierung und Spezialisierung der verschiedenen sozialen Subsysteme, bei denen die Religion direkt in den Bereich der privaten Handlungen der Individuen fällt und nur indirekt über diese auf die Subsysteme wirkt, indem eine klare Trennung in der direkten Beziehung zwischen dieser und den politischen und ökonomischen Systemen gebildet wird. Die Modernisierung hat ihre ethischen Wurzeln und dessen Werte im Christentum. Die

Geistigkeit und die integrale Entwicklung des Menschen, nicht nur seines materiellen Wohlstands, verschaffen den Religionen und Kirchen heute – wie immer schon – Gültigkeit und Relevanz. Der Mensch ist nicht nur ein integrales Wesen mit einer materiellen Körperlichkeit, sondern mit Vernunft, Willen und moralischer Urteilsfähigkeit über seine Taten ausgestattet, um zwischen Gut und Böse zu differenzieren, was ihn vom Tier unterscheidet und sein Nachdenken nicht nur über die Ethik und Moral gültig, sondern notwendig macht.

Die modernen Gesellschaften, insbesondere die protestantische, haben hoch individualisierte, aber gleichzeitig hoch moralisierte Personen mit tiefer Bewusstseinsentwicklung gebildet, da von ihnen gefordert wird, autonom und moralisch ihr Verhalten zu prüfen und zu entscheiden. Sie sind individuell verantwortlich für ihre Erlösung bzw. ihre Verdammung.

Mit einer kollektiveren Ausrichtung hat die katholische Kirche zur Moral des Westens beigetragen. In deren Zentrum stehen Gemeinschaft, Solidarität und Nächstenliebe, die die Grundlage der Werte der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit oder Solidarität und sozialer Justiz ausmachen, die die Modernität charakterisieren. Sie sind der Grund wieso für die Bildung von Beziehungen zwischen Menschen gekämpft wird, die gleich zueinander sind und sich nach dem Mandat von Christus wie Brüder, die gleiche göttliche Abstammung teilend, gegenseitig lieben und achten müssen. Diese Prinzipien machen die christliche Moral der Werte der Menschheit vereinbar und konvergent.

Ein zweiter Aspekt, der an der Konstitution von 1886 hervorzuheben ist, ist ihre Betonung der öffentlichen Ordnung, wobei das Befolgen, dem Respekt und dem Gehorchen des Volks gegenüber den Obrigkeiten dient, die wiederum dazu da sind, es zu steuern und im Falle des Ungehorsams zu bestrafen. Die Ordnung ist als das Resultat einer äußeren, das Volk einschränkenden, Aktion zu verstehen, als Ergebnis einer befohlenen und gehorsamen Aktion, die durch Zwang oder Angst vor Strafe erreicht wird. Historisch wurde dies von den regierenden Eliten als notwendig erachtet, da sie die Modernität nicht über Beziehungen der Gleichheit zwischen Mitgliedern der Gesellschaft erlebt hatten.

Sie waren im Gegenteil Personen, die in einer sklavereifreundlichen und ausschließenden Schichtengesellschaft sozialisiert wurden, die in ihrer Lebenserfahrung keine anderen Beziehungen zu Minoritäten gekannt haben, als die der Beherrschung, Steuerung und Autorität, die sich in der Verfassung widerspiegeln, obwohl sie auch von den Verfassungen der Gesellschaften inspiriert wurden, die die Modernität gelebt hatten wie Frankreich, England oder die USA und die Grundrechte anerkannten. Individualisierung ist ein Motor des sozialen Wandels, aber in Kolumbien sind die Menschen immer noch unter den Erwartungen von Gehorsam, Disziplin und Konformität sozialisiert.

In einer modernen Gesellschaft ist eine bestimmte rechtliche, institutionelle, soziale oder politische Ordnung immer vorübergehend und empfänglich für Veränderungen, da sie das Ergebnis der bewussten und freiwilligen Handlung der Bürger ist, die ihre Rechte und Pflichten kennen, die sich mit Normen ausrüsten und einen Gesellschaftsvertrag unterschreiben, dessen Einhaltung sie autonom und frei entscheiden wegen seiner Legitimität und intrinsischen Güte, d. h. weil er direkt zu ihrem individuellen, familiären und sozialen Wohlbefinden beiträgt. Die Institutionen sind die formellen Repräsentationen der sozialen Beziehungen, die sich in der Zeit und im Raum ändern können, um sich an die sich verändernden sozialen, ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den sozialen Akteuren eines Territoriums anzupassen. So wie Zapf feststellt, sind die mächtigsten Werkzeuge einer Gesellschaft ihre Innovationsfähigkeit, worin die institutionelle **Innovation** eingeschlossen ist, und ihre Fähigkeit, **Reformen** durchzuführen, die der soziale Wandel erfordert. Die Fähigkeit der Anpassung der Institutionen an die soziale Veränderung ist einer der Schlüssel für ihren Erfolg und ihre Kontinuität.

In Kolumbien muss sich die Modernität, d. h. die Zeit, in der freie Individuen autonom Normen und Institutionen bilden, die ihr gemeinsames Leben regulieren, von der reichen Vielfalt der Weltanschauungen seiner ursprünglichen Ethnien nähren, um gemeinsam und nicht nur durch einige wenige zu definieren und neu zu definieren, was man sein will und gegenseitig schaffen will sowie die Festlegung der Methoden und Weisen, es zu erreichen.

Die politische Konstitution von 1991 ist modern und modernisierend, da das Individuum, das zur Voraussetzung der Bürger aufgestiegen ist, Ziel und Mittel zum Erreichen der höchsten Ideale der menschlichen Entwicklung ist. Zweifellos verfügt das Land über einen normative Rahmen, in dem die grundlegenden Rechte und Pflichten der Bürger anerkannt werden und eine Institutionalität organisiert wird, deren Hauptziel es ist, in ihrem Dienst zu stehen, indem die festgelegten Rechte geschützt und angewandt werden.

Die Revision der Statute und programmatischen und ideologischen Erklärungen der Liberalen und der Konservativen Partei, der Partei der U und des Alternativen Demokratischen Pols ermöglicht es, in ihnen allen zentrale Affinitäten zu identifizieren wie: den Respekt vor der politischen Konstitution und den Gesetzen der Republik, das Interesse, die interne Demokratisierung zu vertiefen, die Integration der Frau, der jungen Menschen, der ethnischen Minoritäten, der sexuellen Freiheiten, u.a. Vor allem und aufgrund der Probleme der politischen und administrativen Korruption, die das Land gekennzeichnet haben – Beispiele sind der Prozess 8.000, der hauptsächlich die Liberale Partei in Mitleidenschaft gezogen hat, die “Parapolitik”, die hauptsächlich die Partei der U beeinträchtigte, das “Karussell der Vertragsabschlüsse in Bogota”, das den Alternativen Demokratischen Pol traf, u.a. – formulieren alle Parteien ihr Interesse und ihre Verpflichtung, die Transparenz zu stärken und gegen den Klientelismus und die Korruption zu kämpfen. Dies betrifft hauptsächlich die Finanzierung der Parteien und der Wahlkampagnen sowie das Verbot, bewaffnete Gruppen am Rande der Legalität zu bilden, sie zu unterstützen oder mit ihnen zu verhandeln.

Das ist alles wichtig für das Land, da es in der Gegenwart keine richtige Konvergenz zwischen der formellen institutionellen Rede und der sozialen Praktiken gibt, die weiterhin von einem Vorrang der Beziehungen “persönlicher” und nicht institutioneller Art gekennzeichnet sind. In Kolumbien war und ist der normative Rahmen ein Faktor der Modernisierung, der nicht unterschätzt werden kann und darf. Die Einheit der Kriterien der verschiedenen politischen Gruppen in der Gültigkeit und Legitimität des aktuellen konstitutionellen Rahmens zwingt zu einem besonderen Handeln, zu einer anderen Art von politischen Beziehungen zwischen Männern und Frauen, zwischen Weißen und ethnischen Minderheiten, zwischen heterosexuellen und Personen anderer sexueller Orientierungen, zwischen Alten und Jungen, um die “Einheit der Nation zu stärken und ihren Mitgliedern das Leben, das Zusammenleben, die Arbeit, die Justiz, die Gleichheit, das Wissen, die Freiheit und den Frieden innerhalb eines rechtlichen, demokratischen und partizipativen Rahmens zu versichern, der eine politische, ökonomische und sozial gerechte Ordnung garantiert und verpflichtet ist, die Integration der lateinamerikanischen Gemeinschaft zu fördern.” (Preámbulo Constitución Política 1991).

Die Untersuchung der ideologischen, programmatischen und satzungsmäßigen Erklärungen der analysierten politischen Parteien, macht grundlegende Übereinstimmungen in Bezug auf die nationale Einheit, die Anerkennung der kulturellen und ethnischen Vielfalt der Nation, die Werte wie Demokratie, Gleichheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit sichtbar. Es gibt Unterschiede hinsichtlich der Rolle, die dem Individuum im Prozess der Schaffung der normativen und institutionellen Ordnung gegeben wird, und hinsichtlich der Verfahren zum Erreichen der von allen aufgestellten Ziele der Wohlfahrt und der Entwicklung.

Man muss anerkennen, dass in Ländern wie Kolumbien eine andere Logik von sozialer Organisation existiert, wo der Staat vor der Nation besteht und eine Institution ist, die eine wichtige Rolle bei ihrer Konsolidierung spielt. Die Geschichte der Modernisierung in Kolumbien zeigt, dass sich ein Prozess entwickelt, in dem die Institutionen des Staats mit anfänglich großem Gewicht starre und unbewegliche Beziehungen widerspiegelt, um diese zugunsten der Bürger flexible zu machen, sodass diese immer individualisiertere und differenziertere Subjekte des Rechts werden.

Mit mehr als 20 Jahren seit ihrer Verabschiedung kann gesagt werden, dass das Land ein wichtiges Modernisierungswerkzeug hat, es fehlt nur, dass immer mehr Individuen sich in Bürger verwandeln, die sich ihrer Rechte bewusst sind, bereit sich politisch zu organisieren und sich zu beteiligen, um die Rechte auszuüben und zu verteidigen, d. h. in Subjekte mit einem Bewusstsein ihrer Bedeutung und ihrer politischen Macht.

Wie kann das erreicht werden? Das ist eine Frage, auf die die vergleichende Analyse von lateinamerikanischen Ländern und eine Kontrastanalyse zwei kolumbianischen Regionen mit gegenteiliger sozioökonomischer und politischer Entwicklung der zu berücksichtigenden Orientierungselemente beitragen kann.

3.5 Kolumbien im lateinamerikanischen Kontext

Lateinamerika ist eine Region, die im amerikanischen Kontinent liegt und Länder integriert, die romanische Sprachen sprechen: Es wird mehrheitlich Spanisch, Portugiesisch und Französisch gesprochen.

Die folgende soziale, ökonomische und Umweltcharakterisierung basiert auf statistischer Information der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL (CEPAL, 2012), die für die 20 Länder zur Verfügung steht, die nach den Kriterien der Kommission zu Lateinamerika gehören, diese Länder sind: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Ecuador (Plurinationaler Staat), El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Dominikanische Republik, Uruguay und Venezuela (Bolivarianische Republik).

3.5.1 Soziodemografische Struktur

Bevölkerung. Lateinamerika hat laut den aus den nationalen Profilen erhaltenen Informationen eine Bevölkerung von etwa 600 Millionen Einwohnern, d. h. es ist größer als die Europäische Union, deren Bevölkerung 2009 um die 500 Millionen Einwohner zählte (EUROPEAN COMMISSION, 2011), und doppelt so groß wie die Vereinigten Staaten.

Das am dichtesten bevölkerte Land ist mit 199 Millionen Einwohnern Brasilien, gefolgt von Mexiko mit 115 Millionen Einwohnern. Kolumbien liegt mit 48 Millionen Einwohnern an dritter Stelle und seine Bevölkerung befindet sich weit unter derjenigen der beiden anderen Länder. Die Länder mit der niedrigsten Bevölkerungsgröße sind Uruguay und Panama, die weniger als 4 Millionen Einwohner zählen.

Urbanisierung. Eine Charakteristik Lateinamerikas ist der hohe Urbanisierungsgrad der Bevölkerung und das Bestehen grosser urbaner Agglomerationen. Sechs lateinamerikanische Agglomerationen befinden sich unter den ersten 50 grössten der Welt: der Hauptstadtbezirk Mexiko-Stadt ist mit 27 Millionen Einwohnern nach Tokio die zweitgrösste Agglomeration der Welt. Sao Paulo nimmt mit mehr als 20 Millionen Einwohnern den 6. Platz auf Weltebene und den 2. Platz in Lateinamerika ein. Buenos Aires liegt mit ihren mehr als 14 Millionen Einwohnern an 18. Stelle auf Weltebene und an 3. Stelle in Lateinamerika. Mit mehr als 12 Millionen Einwohnern nimmt Rio de Janeiro den 23. Platz auf Weltebene und den 4. Platz in Lateinamerika ein. Bogota ist mit über 8,5 Millionen Einwohnern die fünftgrösste Agglomeration Lateinamerikas und steht an 34. Stelle auf Weltebene, während Lima mit mehr als 8 Millionen Einwohnern die 37. Position auf Weltebene einnimmt und die 6. in Lateinamerika.

Die Hauptstädte, die 20% oder mehr der Gesamtbevölkerung des Landes haben, sind nach ihrer Wichtigkeit: Montevideo (39%), Managua (35%), Santiago de Chile (31%), San Jose de Costa Rica (29%), San Salvador (27%), Tegucigalpa (23%), Lima (28%), Panama (22%) und Caracas (21%). Den Hauptstadtbezirk Bogotá bewohnen 15% der Gesamtbevölkerung Kolumbiens und ist die elftbevölkertste Hauptstadt Lateinamerikas. Dass Bogota nicht zu den grössten Hauptstädten gehört, liegt daran, dass Kolumbien über drei weitere grosse urbane Agglomerationen verfügt: Medellin, Cali und Barranquilla, und über ein wichtiges Netz mittelgrosser Städte, die über eine halbe Million Einwohner haben.

Die urbane Bevölkerung stellt in Lateinamerika 80% dar und es gibt Länder mit einem noch höheren Prozentsatz wie Venezuela (93,6%), Argentinien (93,1%), Uruguay (92,4%), Chile (87,5%) und Brasilien (85%). In Kolumbien leben 78,5% der Bevölkerung in urbanen Gebieten.

Die Länder mit der niedrigsten urbanen Bevölkerung sind: Haiti (45,3%), Honduras (50,5%) und Nicaragua (58,3%).

Die zu beobachtende Tendenz geht in Richtung Urbanisierung, wobei die jährliche Wachstumsrate der urbanen Zonen in allen Ländern positiv ist, während die Jahreswachstumsrate der ruralen Zonen in den meisten Ländern negativ ist, ausser in: Bolivien, Ecuador, El Salvador, Haiti, Honduras, Nicaragua, Paraguay, Peru und Venezuela, die positive Wachstumsraten ihrer ruralen Zonen, aber signifikant niedrigere als die urbanen Wachstumsraten verzeichnen.

Bevölkerungswachstum. Kuba ist das einzige Land mit einer negativen Wachstumsrate (-0,03) und Guatemala ist mit einer Wachstumsrate von 2,39 das einzige Land mit einer Wachstumsrate über 2, die anderen Länder haben niedrigere Wachstumsraten und die allgemeine Tendenz ist bis zum Jahr 2045 in allen Ländern eine Abnahme, das bedeutet, dass die Fertilitätsrate reduziert und der demografische Übergang konsolidiert wird.

Die für die fünfzehn Jahre von 2010-2015 berechnete Geburtenrate liegt für Lateinamerika bei 17,5, das Land mit der höchsten Geburtenrate ist Guatemala mit 30,5 und das Land mit der niedrigsten Rate ist Kuba mit 9,9. Kolumbien hat eine Geburtenrate von 19,4.

Die für die fünfzehn Jahre von 2010-2015 berechnete Sterblichkeitsrate liegt für Lateinamerika bei 6,1, die höchste Rate besteht mit 9,3 in Uruguay und die niedrigste gibt es mit 4,5 in Costa Rica. Kolumbien hat eine Sterblichkeit 5,6.

Die globale Fertilitätsrate ist unter 2,1 in: Brasilien, Chile, Costa Rica, Cuba und Uruguay. In Kolumbien beträgt die globale Fertilitätsrate 2,4, die allgemeine Tendenz ist jedoch für die ganze Region absteigend und bis zu den Jahren 2040-2045 wird kein Land mehr eine Rate gleich oder über 2,1 haben, was darauf hinweist, dass das Erneuerungsniveau der Bevölkerung nicht erhalten wird, sondern abnimmt.

Was die Migration betrifft, sind die einzigen Länder mit einer positiven Rate: Chile (0,3), Costa Rica (2,7), Panama (0,6) und Venezuela (0,3). Die Länder mit der höchsten negativen Rate sind: El Salvador (-7,3), Haiti (-4,2) und Nicaragua (-4,0). Kolumbiens Migrationsrate liegt bei -0,5.

Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt in Lateinamerika 74,2 Jahre, signifikant niedriger bei den Männern (71) als bei den Frauen (77,5). Die Länder mit den niedrigsten Lebenserwartungsdurchschnitten sind Haiti (62,1) und Bolivien (67), die Länder mit den höchsten Lebenserwartungsdurchschnitten sind Kuba (79,2) und Costa Rica (79,1). Kolumbiens durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 73,8 Jahren, bei den Männern ist die Lebenserwartung 70,2 Jahre und bei den Frauen 77,4 Jahre.

Gesundheit. Die Müttersterblichkeitsrate pro 100.000 Lebendgeburten liegt in Lateinamerika bei 99,4. Die Länder mit einer niedrigeren Müttermortalität sind je nach Wichtigkeit: Chile (25), Uruguay (29) und Costa Rica (40), die Länder mit einer Müttermortalität über dem Durchschnitt sind je nach Wichtigkeit: Haiti (350), Bolivien (190), die Dominikanische Republik (150), Guatemala (120), Ecuador (110) und Honduras (100). Kolumbien hat eine Mortalitätsrate von 92.

Die Länder, die eine 100-prozentige Deckung der Geburten durch qualifiziertes Fachpersonal aufweisen, sind Chile, Cuba und Uruguay. Die niedrigste Deckung gibt es in Haiti (26%) und Guatemala (51%). Kolumbien hat eine Deckung durch Fachpersonal von 98%.

Die Sterblichkeitsraten von Kindern unter 5 Jahren je 1.000 Lebendgeburten sind hoch in Haiti (70) und Bolivien (51). Die niedrigsten Raten gibt es in Kuba (6), Chile (9), Costa Rica (10) und Uruguay (11). Kolumbiens Kindermortalitätsrate liegt bei 18.

Die Länder mit einer Bevölkerung unter dem Mindestniveau an Nahrungsmittelkalorienkonsum, deren Anteil weniger als 5% der Bevölkerung ausmacht, sind: Argentinien, Chile, Cuba, Mexiko, Uruguay und Venezuela. Die Länder mit einem höheren Anteil sind Haiti (44,5%), Guatemala (30,4%), Paraguay (25,5%) und Bolivien (24,1). In Kolumbien präsentieren 12,6% der Bevölkerung einen Nahrungsmittelkonsum unter dem Minimalkalorienniveau.

Der Prozentsatz der gegen Masern geimpften Kinder ist in allen Ländern relativ hoch. Eine 99-prozentige Deckung weisen Argentinien, Brasilien, Kuba und Honduras auf. Die niedrigste Deckung gibt es in Haiti (59%), eine 79-prozentige Deckung haben Bolivien, die Dominikanische Republik und Venezuela. Kolumbiens Deckung liegt bei 88%.

Kein einziges lateinamerikanisches Land präsentiert Sterblichkeitsraten von Malaria. Die Raten der mit Tuberkulose zusammenhängenden Sterblichkeit sind hoch in Haiti (29) und Bolivien (20), die niedrigsten gibt es in Kuba (0,3), Mexiko (0,8) und El Salvador (0,9). Kolumbien weist eine Rate von 2,8 auf.

Kolumbien ist mit einer Deckung von nur 17% das lateinamerikanische Land mit dem niedrigsten Anteil der Bevölkerung mit HIV/Aids, die Zugang zu antiretroviralen Therapien hat. Kubas HIV/Aids-Patienten haben mit 95% die höchste Deckung im Zugang zu diesen Behandlungen.

Die öffentlichen Gesundheitsausgaben als Prozentsatz des BIP betrug 2010 10,9% in Costa Rica und 10,6% in Kuba, die höchsten Werte Lateinamerikas. Die niedrigsten hatten Bolivien mit 4,8% und Venezuela mit 4,9%. In Kolumbien lagen die öffentlichen Gesundheitsausgaben bei 7,6%.

Bildung. Die Alphabetisierungsrate bei Personen zwischen 15-24 Jahren ist in ganz Lateinamerika mit Ausnahme von Haiti (72,3%) hoch. Kuba ist das einzige Land mit einer 100-prozentigen Alphabetisierungsrate. Kolumbiens Rate liegt bei 98,1%.

Der Prozentsatz an auf dem Grundschulniveau eingeschriebenen Personen liegt in allen Ländern ausser Haiti (57%) über 80%. Die höchsten haben Uruguay und Argentinien mit über 99%. Kolumbiens Prozentsatz liegt bei 87,1%.

Der Prozentsatz der in der Sekundarschule eingeschriebenen zeigt signifikante Unterschiede pro Land. Die niedrigsten Werte liegen in Honduras (20,6%), gefolgt von Costa Rica (42,4%), Nicaragua (45,8%) und Guatemala (46,1%). Die höchsten Zahlen weisen Kuba (86,6%), Chile (84,2%) und Argentinien (82,2%) auf. Kolumbiens Wert liegt bei 86%,

Keine erheblichen Unterschiede zeigen die Einschreibungsraten nach Geschlechtern auf, was heisst, dass die Mädchen in Lateinamerika gleiche Chancen im Zugang zum Bildungssystem wie die Jungen haben.

Die niedrigste Anzahl Schüler pro Lehrer gibt es mit 9 Schülern in Kuba, sowohl auf dem Grundschul- wie auf dem Sekundarschulniveau. Die höchste Anzahl Schüler pro Lehrer auf dem Primarschulniveau hat Honduras mit 34 Schülern, gefolgt von Haiti mit 33 und El Salvador mit 30. Kolumbien hat auf dem Primarschulniveau 23 Schüler pro Lehrer und auf dem Sekundarschulniveau 22 Schüler pro Lehrer.

Die öffentlichen Ausgaben für Bildung als Prozentsatz des BIP zeigen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern auf. Die höchste Investition macht mit 12,9% Kuba, weniger als die Hälfte der kubanischen Investition leistet die Ländergruppe, die 6% investiert: Argentinien, Bolivien, Costa Rica und Nicaragua. Das Land, das am wenigsten investiert, ist Haiti mit 1,4%. Kolumbien investiert 4,5% seines BIP in Bildung.

Haushalte. Die mittlere Grösse der urbanen Haushalte zeigt nach ihren Einkommensquintilen eine Abnahme zwischen 1999 und 2011 an, ebenso eine konstante Verkleinerung der Haushaltsgrösse in dem Masse wie die Einkommen steigen. So gehören zum Beispiel in Argentinien zum ersten Quintil 4,9 Familienmitglieder, während ein Haushalt des 5. Quintils nur 2,6 Mitglieder zählt. In Kolumbien gab es 2011 in Haushalten des 1. Quintils 4,4 Personen, während zu Haushalten des 5. Quintils 2,6 Mitglieder gehörten.

Die Familienoberhäupter der Haushalte sind mehrheitlich Männer mit über 60%, aber zwischen 1999 und 2011 wird eine Verminderung dieses Anteils in allen Ländern beobachtet. Die Länder, die 2011 den höchsten Anteil an Frauen als Familienoberhaupt aufwiesen, waren Nicaragua mit 41,7%, Uruguay mit 41,1% und Chile mit 40,5%. Kolumbien zählte im Jahre 2011 35,5% Haushalte mit Frauen als Familienoberhaupt.

Anstellung und Löhne. Die höchsten Arbeitslosenquoten haben die Republikanische Republik mit 14,3% und Kolumbien mit 11,3%. Die niedrigsten gibt es in Guatemala mit 2,7%, Kuba mit 3,2%, Panama und Ecuador mit jeweils 4,8%.

Der Anteil der urbanen im informellen Sektor Beschäftigten ist auf dem Arbeitsmarkt in Lateinamerika hoch, in allen Ländern sind 30% und mehr ihrer Berufstätigen in diesem Sektor beschäftigt. Das Land mit dem höchsten Anteil ist Bolivien mit 61,4%, gefolgt von Kolumbien mit 59,6%, Nicaragua mit 57,5%, Guatemala mit 55,1%, El Salvador mit 55%, Ecuador mit 54,9% und Honduras mit 50,8%. Das Land mit dem niedrigsten Anteil ist Chile mit 30%, gefolgt von Panama mit 34,3%, Costa Rica mit 35,7% und Uruguay mit 38%. Haiti und Kuba stellen keine Information zu diesem Indikator zur Verfügung. Im Allgemeinen weisen die Frauen eine grössere Teilnahme am informellen urbanen Sektor des Arbeitsmarkts als die Männer auf.

Die Verteilung der urbanen arbeitstätigen Bevölkerung nach Beschäftigungskategorie zeigt auf, dass der Arbeitgeberanteil in allen Ländern unter 8% liegt. Mexiko ist das Land, das über den grössten Arbeitgeberanteil verfügt, und kommt auf 7,3%, gefolgt von Paraguay mit 6,2%, Peru mit 5,7%, Bolivien mit 5,5%, Guatemala mit 5,3% und Kolumbien mit 5%. Die Länder mit einem geringeren Anteil an Arbeitgebern sind Nicaragua mit 1% und Chile mit 1,9%. Das ist ein Indikator für die Reichtumskonzentration, die Lateinamerika charakterisiert.

Der Arbeitnehmeranteil zeigt auch signifikante Unterschiede zwischen den Ländern auf. Das Land mit dem grössten Angestelltenanteil ist Mexiko mit 75,2%, gefolgt von Panama mit 73%, Chile mit 72,4%, Argentinien und Costa Rica mit jeweils 70,5%. Das ist ein wichtiger Indikator, der eine Bevölkerung aufzeigt, die dem formellen Wirtschaftssektor zugehört und die Vorteile des Sozialschutzes geniesst, der in Lateinamerika eng mit diesem Sektor verbunden ist. Die Länder mit der niedrigsten Angestelltenteilnahme an ihrer urbanen Beschäftigungsstruktur sind nach Wichtigkeit: Kolumbien mit 45,5%, Peru und die Dominikanische Republik mit 50,6%, Honduras und Nicaragua mit 52,4%, Guatemala mit 56,6%, Ecuador mit 55,9%, El Salvador mit 57,5% und Paraguay mit 58,9%. Das Fehlen einer angestellten urbanen Bevölkerung weist auf die Schwierigkeit hin, formelle Sektoren zu entwickeln, besonders einen Industriesektor zur Beschäftigung der grossen urbanen Bevölkerung Lateinamerikas und der darausfolgenden

Verbindung dieser Bevölkerung mit informellen und manchmal illegalen Sektoren, die diese Region charakterisieren.

Der Anteil der selbstständig Arbeitenden differenziert klar zwei Gruppen, die Personen mit technischer, technologischer oder höherer Ausbildung, die freiberuflich arbeiten oder spezialisierte Dienstleistungen anbieten, und diejenige Bevölkerung, die über keine Ausbildung verfügt und sich dem informellen Handel und der Schwarzarbeit widmet. Diese Bevölkerung ist die gefährdetste und der Teilnahme an illegalen Aktivitäten am meisten ausgesetzt. Die Länder mit dem grössten Bevölkerungsanteil an Selbstständig arbeitenden sind nach Bedeutung: Kolumbien mit 42,4%, Venezuela mit 38,5%, die Dominikanische Republik mit 38,4%, Nicaragua mit 36,7% und Peru mit 34%. Die Länder mit dem niedrigsten Anteil an Selbstständig arbeitenden sind: Mexiko mit 10,7%, Costa Rica mit 17,2%, Argentinien mit 17,9% und Chile mit 19,7%.

Der Prozentsatz der beschäftigten Bevölkerung an Hauspersonal ist ein Indikator für die Anstellung nicht qualifizierter Personen, hauptsächlich Frauen. Die Länder mit dem grössten Hausangestelltenanteil sind: Brasilien mit 7,7%, Costa Rica mit 7,5, Paraguay mit 7,4% und Uruguay mit 7%. Die Länder mit einem niedrigeren Anteil sind: Venezuela mit 1,2% und Ecuador mit 2,7%. Kolumbien hat einen Anteil von 3,9%.

Die Verteilung der beschäftigten Bevölkerung nach Sektoren wirtschaftlicher Aktivität spiegelt die Wirtschaftsstruktur der Länder wieder, sowie die Dynamik und Kapazität der Sektoren zur Arbeitsstellenschaffung. Diese Struktur spiegelt auch ihren Modernisierungsgrad wieder, wobei der landwirtschaftliche Bereich als traditionell gilt, während der Industrie- und Dienstleistungssektor als modern angesehen wird. Argentinien, Kuba und Haiti präsentieren keine Information zu diesen Indikatoren.

Der landwirtschaftliche Sektor beschäftigt in Chile 9,7% der Bevölkerung, wobei er den niedrigsten Anteil ausmacht, während er in Honduras 36,4% der Bevölkerung einnimmt, d.h. der grösste Anteil Lateinamerikas. In Kolumbien macht der Landwirtschaftssektor 17,7% der Bevölkerung aus. Der Bergbau beschäftigt 2,7% der Bevölkerung in Chile, 1,2% in Kolumbien und Peru, 1,1% in Venezuela und 1% in Bolivien. In den anderen Ländern beschäftigt der Bergbau weniger als 1% der Bevölkerung.

Die Industrie weist keine hohen Beschäftigungsraten auf, das zeigt sich sogar in den industrialisierteren Ländern Lateinamerikas wie Brasilien oder Mexiko, wo die Beschäftigten in der Industrie jeweils 12,7% bzw. 15,88% ausmachen. Das Land mit dem niedrigsten Anteil an Beschäftigten in der Manufakturindustrie ist Panama mit 6,91%. Kolumbien weist eine Bevölkerung von 13% auf, die in diesem Sektor beschäftigt ist.

Das vorher Gesagte zeigt auf, dass die Sektoren mit der höchsten Beschäftigtenrate der Handel und die Dienstleistungen sind. Der Anteil der im Handel beschäftigten Personen bewegt sich zwischen 20 und 29%. Nur zwei Länder zeigen niedrigere Werte auf: der untypische Fall von Nicaragua mit 3,6% und Mexiko mit 18,98%. Kolumbien hat einen Anteil von 26,4%.

Mexiko weist mit 35,66% den grössten Anteil an anderen Diensten auf, gefolgt von Uruguay mit 32,33%, Venezuela mit 31,17% und Panama mit 30,23%. Die Länder mit einem niedrigeren Anteil Beschäftigter in anderen Diensten sind: Honduras mit 14,11% und Guatemala mit 15,8%. Kolumbien verfügt über einen Anteil von 19,2% Beschäftigten in diesem Sektor.

Das Land mit dem höchsten Anteil an Beschäftigten im Bau ist Nicaragua mit 22,8%, gefolgt von Panama mit 10,41%. In den anderen Ländern liegt der Anteil unter 10%. Die Länder mit dem

niedrigsten Anteil an im Bau Beschäftigten sind Honduras mit 5,31%, El Salvador mit 5,39% und Peru mit 5,51%. Kolumbien weist einen Anteil an Beschäftigten in der Konstruktion von 5,8% auf.

Das Land, das den höchsten Anteil an Beschäftigten im Transportwesen aufweist, ist Venezuela mit 9,29%. Das Land mit dem niedrigsten Anteil ist Guatemala mit 3,2%. Kolumbien beschäftigt in diesem Sektor 8,3% der Bevölkerung.

Im Sektor Finanzwesen sind die Länder, die am meisten Personen anstellen: Costa Rica mit 9,4%, Brasilien mit 8,80%, Uruguay mit 8,71% und Chile mit 8,60%. Kolumbien beschäftigt in diesem Sektor 7,8% der Bevölkerung.

Die Teilnahme der Bevölkerung an Aktivitäten, die mit dem Sektor Elektrizität, Gas und Wasser zusammenhängen, d.h. dem Sektor öffentliche Dienstleistungen, liegt bei den meisten Ländern unter 1 ausser in Costa Rica (1,70%) und Panama (1%).

Armut und Einkommensverteilung. Argentinien, Kuba und Haiti erbringen keine Angaben zu dieser Variable.

Die beiden Länder, die Armutsraten über 50% aufweisen, sind Nicaragua mit 58,3% und Guatemala mit 54,8%. Das Land mit dem niedrigsten Armutsvorkommen ist Uruguay mit 6,5%. Kolumbien präsentiert einen Prozentsatz von 34,2%. Das Auftreten von Armut ist signifikant niedriger auf urbaner Ebene als auf ruraler und das in allen Ländern der Region. Uruguay ist das Land, das sich dadurch hervorhebt, dass es Armut und Elend seit 2007 signifikant vermindert hat, wobei die Werte von 17,5% auf 6,5% gesunken sind.

Die höchste Obdachlosenzahl befindet sich in Honduras mit 42,8% der Bevölkerung, es folgen Guatemala mit 29,1%, Paraguay mit 28% und Bolivien mit 22,4%. Ebenso wie bei der Armut ist die Obdachlosenzahl in allen Fällen auf ruraler Ebene höher als auf urbaner Ebene.

Das Vorstehende zeigt auf, dass die Städte in Lateinamerika bessere Möglichkeiten bieten als das Land und es deshalb zu der hohen Urbanisationsrate der Region und der beständigen Abwanderung der ruralen Bevölkerung in die Stadt kommt.

Der Gini-Koeffizient zeigt, dass die Länder mit der ungleichsten Einkommensverteilung Guatemala (0,59), Honduras (0,57), Brasilien (0,56), Dominikanische Republik (0,56), Kolumbien (0,55) und Paraguay (0,55) sind. Die Länder mit der besten Einkommensverteilung sind Venezuela und Uruguay mit je 0,40.

Der Prozentsatz an Personen ohne eigenes Einkommen ist erheblich höher bei den Frauen als bei den Männern, was auf die Abhängigkeit der Frauen schliessen lässt. Der höchste Prozentsatz der Abhängigkeit der Frauen besteht in Nicaragua mit 59%, der niedrigste in Uruguay mit 15,7%. Was die Männer betrifft, befindet sich die höchste Anzahl ebenso in Nicaragua mit 26,7% und die niedrigste in Uruguay mit 5,8%.

Die öffentlichen Sozialausgaben als Prozentsatz des BIP bewegt sich zwischen 7 und 40%, das heisst, dass es grosse Unterschiede bei den Sozialinvestitionen zwischen den Ländern gibt. Das Land, das am meisten investiert, ist Kuba mit 39,9%, gefolgt von Argentinien, das 27,8% investiert, und Brasilien, das 27,1% investiert. Die am wenigsten sozial investierenden Länder sind die Dominikanische Republik 7,3%, Guatemala 8,1% und Ecuador 9,8%. Kolumbien investiert 13,6%.

Wohnung und Grunddienstleistungen. Das Land mit der höchsten Deckung der Bevölkerung mit Trinkwasserzugang ist Uruguay, das 100% seiner Bevölkerung mit dieser öffentlichen Dienstleistung versorgt. Die anderen Länder verfügen über eine Deckung von über 80% mit Ausnahme von Haiti, das nur 69% seiner Gesamtbevölkerung mit dem Zugang zu dieser Dienstleistung deckt. In allen Ländern ist die Deckung mit der Dienstleistung Trinkwasser höher auf urbaner Ebene als auf ruraler. So deckt Costa Rica 100% seiner urbanen Bevölkerung und 91% seiner ruralen Bevölkerung. Was den Zugang zu verbesserten sanitären Anlagen betrifft, sind die Zahlen unter der Deckung mit Trinkwasser. Haiti weist mit 17% und Unterschieden auf urbanem (27%) und ruralem Niveau (10%) die niedrigsten allgemeinen Indikatoren auf, gefolgt von Bolivien, das nur 27% seiner Bevölkerung mit sanitären Anlagen deckt, wobei es ebenso grosse Unterschiede zwischen urbaner (35%) und ruraler Ebene (10%) gibt. Kolumbien weist eine Deckung von 77% auf, sowie eine Deckung von 82% auf urbaner Ebene und von 63% auf ruraler Ebene.

3.5.2 Ökonomische Struktur

Bruttoinlandsprodukt BIP. Das PIB Lateinamerikas stieg im Jahre 2011 auf 5.628.851 Millionen US\$, ungefähr ein Drittel des BIP der Europäischen Union und des BIP der Vereinigten Staaten. Brasilien ist das Land, das am meisten zum BIP der Region beiträgt und die erste Wirtschaft Lateinamerikas darstellt. Mit einem BIP von 2.476.651 Millionen US\$ erbringt es 43,5% des regionalen BIP. Ihm folgt Mexiko, das mit einem BIP von 1.150.731 Millionen US\$, etwa der Hälfte des brasilianischen BIP, 20,2% des gesamten regionalen Werts beiträgt. Diese beiden Ökonomien, die 63,7% des regionalen BIP summieren, sind mit grossem Abstand zu den anderen Ländern die beiden wichtigsten Ökonomien Lateinamerikas. Die dritte Wirtschaft Lateinamerikas ist Argentinien, das ein BIP von 448.165 Millionen US\$ erwirtschaftet und 7,9% des gesamten regionalen BIP beiträgt, die vierte Ökonomie ist Kolumbien mit 333.170 Millionen US\$, wobei es 5,9% des regionalen BIP beiträgt, die fünfte Wirtschaft ist Venezuela, das 316.482 Millionen US\$ erbringt und 5,6% des regionalen BIP beibringt, die sechste lateinamerikanische Wirtschaft ist Chile mit einem BIP von 248.585 Millionen US\$ und einem Beitrag von 4,4% zum gesamten regionalen BIP und die siebte Ökonomie ist Peru mit 180.760 Millionen US\$, wobei es 3,2% des regionalen BIP erbringt.

Das niedrigste BIP der Region hat Haiti mit 7.346 Millionen US\$ und einem Beitrag von 0,1% zum gesamten regionalen BIP, gefolgt von Nicaragua mit einem BIP von 9.317 Millionen US\$ und einem Beitrag von 0,2% zum Gesamt-BIP der Region.

Das BIP pro Kopf in der Region beträgt durchschnittlich 6.895 Dollar. Das höchste BIP pro Kopf hat Chile mit 14.367 US\$, gefolgt von Uruguay mit 13.803 US\$, Brasilien mit 12.584 US\$, Argentinien mit 11.006 US\$, Venezuela mit 10.731 US\$ und Mexiko mit 10.130 US\$. Die Länder mit dem niedrigsten BIP pro Kopf sind: Haiti mit 734 US\$, Nicaragua mit 1.581 US\$, Honduras mit 2.246 US\$ und Bolivien mit 2.360 US\$. Kolumbien hat ein BIP pro Kopf von 7.075 US\$ und ist das neunthöchste der Region. Das BIP pro Kopf der Region befindet sich ziemlich weit entfernt vom BIP pro Kopf der Europäischen Union (30.136 US\$) oder der Vereinigten Staaten (46.715 US\$).

Die bedeutendste Charakteristik des Verhaltens des BIP in Lateinamerika ist die grosse Instabilität seiner Wachstumsraten. Eine detaillierte Analyse nach Ländern ermöglicht es, die Präsenz zyklischer Krisen wahrzunehmen, die auf das Fehlen einer allgemeinen Stabilität in der Region hinweisen.

Argentinien weist Variationen und Unregelmässigkeiten in seinem BIP auf. Es wird eine grosse Krise zwischen 1999 und 2004 festgestellt. Das niedrigste BIP der letzten 20 Jahre hatte das Land im Jahre 2002 mit -10.9%, in diesem selben Jahr erreichten die Auslandsschulden in % vom BIP 153,61%. Das grösste Wachstum des BIP hatte es im Jahre 1991 mit 10.6%.

Bolivien hatte in den letzten 21 Jahren kein negatives Wachstum des BIP, das niedrigste Wachstum betrug 0,4% im Jahre 1999 und das grösste Wachstum betrug 6.1% im Jahr 2008.

Das BIP von Brasilien weist eine wachsende Tendenz auf. Wenn auch mit Unregelmässigkeiten wuchs es von -4.4% im Jahre 1990 auf 7.5% im Jahre 2010. Während dieser 20 Jahre war das BIP negativ in den Jahren 1992 (-0.5%) und 2009 (-0.3%).

Chile wies negatives Wachstum seines BIP in den Jahren 1999 (-0,8%) und 2009 (-1,0%) auf, erreichte jedoch ein Wachstum von 12,3% im Jahr 1992, wobei das das höchste vom Land erreichte Wachstum in der Zeit von 1990-2011 war.

Das BIP von Kolumbien zeigte zwischen 1990 und 2011 nur für das Jahr 1999 eine Verringerung (-4,2%) auf. Das grösste Wachstum erreichte es 2007 (6,9%). Das Jahr 1999 wird auch von der grössten Arbeitslosenzahl charakterisiert (19,4%).

Zwischen 1990 und 2011 gab es in Costa Rica nur im Jahr 2009 eine Verringerung seines BIP (-1,0%). In den anderen Jahren verzeichnete es Variationen in seinem Wachstum, die von einem Minimum von 0,9% im Jahre 1996 bis zu einem Maximum von 9,2% im Jahre 1992 gehen.

Im Falle von Kuba ragt eine Krise zwischen den Jahren 1990 und 1993 hervor, die mit dem Fall der Mauer in Berlin und der Krise des Sowjetblocks einhergeht, in der das BIP von -2,9% auf -14,9% abfällt. Seit 1994 erlebt das BIP eine klare Wiederherstellung und erreicht im Jahre 2006 sein maximales Niveau (12,1%). Im Jahr 2011 wuchs das BIP um 2,7%. Diese Situation ist interessant, wenn beachtet wird, dass die Insel einer nordamerikanischen Handelssperre unterzogen worden war.

Ecuador weist in der Zeit von 2009-2011 nur im Jahr 1999 ein negatives Wachstum seines BIP auf. In den anderen Jahren markiert es ein positives Wachstum, das zwischen 1,0% und 8,2% schwankt. In Ecuador ragt seit dem Jahr 2004 die konstante Reduktion der Arbeitslosigkeit heraus, die Reduktion des Jahresdurchschnitts des Verbraucherpreisindex, sowie seit 1993 die konstante und signifikante Reduktion der Auslandsschulden: 1993 machten sie 72,01% des BIP aus und sanken bis 2011 auf 17,81%.

In El Salvador wird seit 1990 bis 2011 ein konstanter Abfall des BIP beobachtet. Das PIB fiel von einem Wachstum von 4,8% im Jahr 1990 auf 1,5% im Jahr 2011 ab, das Jahr mit dem niedrigsten BIP war 2009, wo das BIP -3,1% erreichte.

Im Jahr 1990 zählte Guatemala mit einem BIP-Wachstum von 3,1%, im Jahr 2011 betrug das Wachstum des BIP 3,9%. Das Land bewegt sich in einem Wachstumsrang zwischen 3 und 5%, wobei es im Jahr 2007 den höchsten Punkt 6,3% und im Jahr 2009 den niedrigsten Punkt 0,5% erreichte. Es wird hervorgehoben, dass Guatemala während der analysierten 21 Jahre kein negatives Wachstum seines BIP aufwies.

Haití hatte während 7 Jahren der analysierten 21 Jahre (1990-2011) ein negatives Wachstum. Das niedrigste Wachstum betrug im Jahr 1994 -11,9% und das höchste im folgenden Jahr 1995 9,9%.

Die Auslandsschulden von Haiti weisen eine eindeutige Verminderung auf, wobei sie von 46,55% im Jahr 2003 auf 7,48% im Jahr 2001 abfallen.

Honduras verzeichnete in den letzten 21 Jahren ein unregelmässiges Wachstum des BIP. Die Wachstumsrate variierten zwischen 0,1% im Jahr 1990 und 3,6% im Jahr 2011. Das niedrigste Wachstum gab es im Jahr 2009 (-2,1%) und das höchste im Jahr 2006 (6,6%).

Nach Information des BIP hatte Mexiko zwei Wachstumskrisen: eine im Jahre 1995, in der das BIP 6,2% abnahm, und eine im Jahre 2009, als es 6,0% zurückging. Die besten Jahre waren 1997 mit einem Wachstum von 6,8% und das Jahr 2000, in dem ein Wachstum des BIP von 6,6% registriert wurde. Die Arbeitslosenquoten übersteigen in den untersuchten 21 Jahren nicht 6,7%.

Nicaragua hat ein BIP, das zwischen 1990 und 1993 nicht wächst bzw. negativ ist. Ab diesem Jahr gibt es ein konstantes Wachstum, das seinen höchsten Punkt im Jahre 1999 mit 7,0% erreicht, und ab diesem Jahr beginnt ein erneuter Abfall des BIP und erreicht 2002 (0,8%) und 2009 (-1,4%), seine beiden niedrigsten Momente. In den Jahren 2010 und 2011 verzeichnet das BIP ein erneutes Wachstum. Der Saldo auf dem Bankkonto als Prozentsatz des BIP war nach der zur Verfügung stehenden Information während der 21 Jahre negativ. Zwischen 1980 und 1991 wird Null-Auslandsinvestition beobachtet. Diese beginnt 1992 und steigt seitdem an, wobei sie im Jahre 2011 997,9 Millionen Dollar erreicht. Beeindruckend war die Reduzierung der Auslandsschulden als Prozentsatz des BIP: im Jahre 1994 hatte Nicaragua 302,86% Auslandsschulden, die es permanent reduzieren konnte, bis sie im Jahre 2011 42,82% erreichten.

Panama hatte zwischen 1990 und 2011 ein BIP, das immer positiv war, wies aber während der ganzen Periode grosse Hochs und Tiefs auf. Seinen niedrigsten Wert erreichte es im Jahre 2001 mit 0,6% und den höchsten im Jahre 2007 mit einem Wachstum von 12,1%. Im Jahr 2011 wuchs das BIP 10,8%. Signifikant war die Reduktion der Arbeitslosigkeit, die von 21,1% im Jahr 1988 auf 4,8% im Jahr 2011 sank. Seit 1980 vermehrte sich die Auslandsinvestition beträchtlich und stieg von 218,5 Millionen Dollar im Jahre 1980 auf 2.789,8 Millionen Dollar im Jahre 2011. Auch die Verminderung der Auslandsschulden war signifikativ, sie wurde von 92,34% im Jahre 1990 auf 29% im Jahre 2011 reduziert.

Paraguay weist Schwankungen im Wachsen des BIP auf, negatives Wachstum während der Jahre 1999, 2000, 2001 und 2009, sowie positives Wachstum in den anderen Perioden, wobei es seinen höchsten Wachstumswert im Jahre 2010 mit 13,01% erreicht, der dann wieder auf 4,4% im Jahre 2011 absinkt. Ab 1999 nimmt die Auslandsinvestition zu und die Auslandsschulden werden von 45,85% im Jahre 2002 auf 14,05% im Jahr 2011 reduziert.

Zwischen 1990 und 2001 verzeichnet Peru Schwankungen in seinem BIP, das mit -5,4% im Jahr 1990 sein niedrigstes Wachstumsniveau und im Jahr 1994 mit 12,8% sein höchstes Niveau erreicht. Zwischen 2002 und 2008 ist das Wachstum konstant, bis es auf 9,8% kommt, im Jahr 2009 sinkt es auf 0,9%, um dann wieder auf 8,8% zu steigen. Die Auslandsinvestition ist minimal zwischen 1980 und 1992, ab diesem Jahr nimmt die Investition beständig zu, bis sie 8.119 Millionen Dollar im Jahre 2011 erreicht. Die Reduzierung der Auslandsschulden ist bedeutend und sinkt von 78,81% des BIP im Jahre 1993 auf 25,47% im Jahr 2011.

Die Dominikanische Republik charakterisiert das unregelmässige Wachstum ihres BIP, das von -5,5% im Jahr 1990 auf 10,5% im Jahr 1992 anwuchs, um dann wieder auf -0,3% im Jahr 2003 zu fallen und 2006 wieder auf 10,7% zu steigen, 2011 wuchs das BIP 4,5%. In diesem Land ragt die hohe Arbeitslosenrate hervor, die in der ganzen Periode von 1991 – 2012 zwischen 20,3% und 14,3% liegt. Seit 1997 gibt es in der Dominikanischen Republik eine konstante Auslandsinvestition,

die von 420 Millionen Dollar auf 2.371 Millionen Dollar im Jahre 2011 stieg. Die Auslandsschulden nahmen ab und sanken von 49,64% im Jahr 1990 auf 18,59% im Jahr 2011.

In Uruguay gibt es zwischen 1990 und 2011 Veränderungen im BIP und es kann im Jahre 2002 eine Krise beobachtet werden, in der das BIP auf -11% fiel. Ab diesem Jahr wird ein positives Wachstum verzeichnet, das mit 11,8% im Jahr 2004 sein höchstes Niveau erreicht und dann im Jahr 2011 5,7% beträgt. Uruguay wies während der Jahre 2001, 2002 und 2003 Arbeitslosenraten über 15% auf und leitete dann einen konstanten Reduktionsprozess ein, bis im Jahre 2012 6,2% erreicht wurden. Seit 2005 erhöht Uruguay die Auslandsinvestition von 811 Millionen Dollar auf 2.628 Millionen im Jahre 2011. 2003 betragen die uruguayischen Auslandsschulden 94,17% des BIP und 2011 33,37%. Obwohl das eine der höchsten Schulden Lateinamerikas ist, war ihre Reduktion in den letzten 9 Jahren signifikant.

Venezuela verzeichnet auch signifikante Wachstumsschwankungen seines BIP in der Periode von 1990 - 2011. Sein niedrigstes Niveau erreichte es 2002 mit einer Abnahme von -8,9%, 2003 erreicht es -7,8%, um dann 2004 auf 18,3% zu steigen, 2009 wieder auf -3,2% abzufallen und 2011 4,2% zu erreichen. Auch werden bedeutende Schwankungen in der Arbeitslosenrate beobachtet, die 2003 mit 18% der Bevölkerung ihren höchsten Wert erreicht, der dann auf 8% im Jahr 2012 sinkt. Die Auslandsinvestition weist seit 1990, dem Jahr der ökonomischen Öffnung Lateinamerikas, signifikante Variationen auf. Im Jahre 1997 erreicht sie mit 5.645 Millionen Dollar ihr höchstes Niveau und 2009 mit -4.374 Dollar ihr niedrigstes Niveau, um im Jahre 2011 wieder auf 4.875 Millionen zu steigen.

Beitrag zum BIP nach Wirtschaftsaktivität zu aktuellen Preisen. Die Aktivität, die am meisten zum BIP beiträgt, ist die persönliche und die kommunale Dienstleistung mit 19%, das deutet auf die Wichtigkeit des öffentlichen Konsums und der öffentlichen Investition im BIP in Lateinamerika hin. Der Landwirtschaftssektor trägt 8,32% bei, der Transport und die Kommunikationen 6,99%, die Konstruktion 5,97%, der Bergbau 4,34% und die Elektrizität, Gas und Wasser 1,77%.

Der Verbrauch der Regierung als % des BIP zu aktuellen Preisen macht in Kuba 34,8% aus, gefolgt von Brasilien mit 20,7%, Costa Rica mit 18,2%, Honduras mit 16,5%, Kolumbien mit 15,7% und Argentinien mit 15,1%. Die Länder mit dem geringsten Verbrauch der Regierung sind Nicaragua mit 7,1%, die Dominikanische Republik mit 7,4%, Haiti mit 8,4% und Peru mit 9,2%.

Alle Länder der Region weisen eine negative Bilanz ihres Aussenhandels auf, wobei ihre Importationen höher als ihre Exportationen sind.

Ausser Venezuela haben alle Länder bei der Stabilisierung des Jahresdurchschnitts des Verbraucherpreisindex Fortschritte gemacht.

Die höchste Arbeitslosenrate verzeichnet die Dominikanische Republik mit 14,30%, was in den letzten 20 Jahren hoch ist. Kolumbien ist mit 11,30% das Land mit der zweithöchsten Arbeitslosenrate in der Region und hat auch in den letzten 20 Jahren hohe Arbeitslosenraten. Die niedrigsten Arbeitslosenraten gibt es in Guatemala mit 2,75% und in Kuba mit 3,2%.

Auslandsinvestition und Auslandsschulden. Die Nettoauslandsinvestition betrug im Jahre 2011 122.944 Millionen US\$. Die grösste Investition gab es in Brasilien. Es ist mit 67.690 Millionen Dollar im Jahre 2001 das Land, das die grösste Auslandsinvestition in Lateinamerika erhält, mit grossem Abstand gefolgt von den anderen Ländern: Mexiko mit 8.684 Millionen, Peru mit 8.119 Millionen, Argentinien mit 7.182 Millionen und Kolumbien mit 5.545 Millionen Dollar.

In der Region ist seit 1990 in allen Ländern die konstante Tendenz zunehmender ausländischer Investition zu beobachten.

Mit Hinsicht auf die Auslandsschulden als % des BIP wird in der ganzen Region eine konstante Reduktion der Schulden verzeichnet und es scheint, dass die in den 80er Jahren beobachtete Schuldenkrise überwunden ist. 2011 betrug die Auslandsschulden im Durchschnitt 26% des regionalen BIP. Die zentralamerikanischen Länder haben die höchsten Auslandsschulden: El Salvador mit 42,59%, Nicaragua 42,82%, Argentinien 34,74%, Uruguay 33,37% und Chile 31,01%. Die niedrigsten Auslandsschulden haben: Haiti 7,48%, Guatemala 11,79% und Brasilien 11,78%.

Hauptexportartikel und Exportdiversifikation. In Lateinamerika sind die zu den 10 Hauptposten gehörenden Artikel die Landwirtschafts- bzw. Bergbaurohstoffe. Die Länder mit der grössten Teilnahme an Industrieelementen unter ihren 10 Hauptexportationsposten sind: Mexiko, Costa Rica, Kuba und Brasilien.

Ein wichtiger Faktor ist das Diversifizierungsniveau der Exportationen. Die Länder, die das höchste Diversifizierungsniveau aufweisen, sind: Venezuela mit nur 5,7% der Exportationen, die nicht unter den 10 Hauptposten sind. In diesem Fall ist die Abhängigkeit der Exportationen von Rohöl und seinen Derivaten mit insgesamt 87,5% bedeutend. Bolivien hat 18,30% Diversifikation und eine Erdgasabhängigkeit von 40,2% der Gesamtexportationen. Paraguay verzeichnet 17,40% Diversifikation und eine Abhängigkeit von Soja von 35,1%. Ecuador weist eine Diversifikation von 16,3% und eine Abhängigkeit von Rohöl von 51,2% seiner Exportationen auf.

Die Länder mit dem höchsten Diversifikationsniveau ihres Exportwarenkorbs sind: El Salvador (53%), Brasilien (52,20%), Mexiko (48,2%), Guatemala (47,5%), Argentinien (47,4%), Uruguay (45,8%) und Costa Rica (41,9%).

Kolumbiens Hauptexportprodukte sind Rohöl und deren Derivate (40,7%), Kohle (13,9%), Gold (5,4%), Kaffee (4,8%), Blumen (3,1%), andere Eisenlegierungen (2,4%) und Polymerisation (2,4%), Kochbananen (1,9%) und Koks bzw. Halbkoks (1,2%). Das Diversifikationsniveau der anderen Produkte beläuft sich auf 24,2% und es besteht die grosse Abhängigkeit von Öl und seinen Derivaten als Hauptexportposten.

Dieser Exportwarenkorbs Kolumbiens und im Allgemeinen Lateinamerikas weist darauf hin, dass die Region sich auf die Exportation von Mineralien und landwirtschaftlichen Produkten spezialisiert hat und ein grosses Defizit in der Exportation von eine hohe Technologie erfordernden industriellen Manufakturprodukten aufweist.

Bilanz von Einkommen und Ausgaben der Zentralregierung in % des BIP. Die Bilanz von Einkommen und Ausgaben der Zentralregierungen Lateinamerikas ist in allen Fällen mit Ausnahme von Chile (1,3%), Kuba (4%), Nicaragua (0,5%), Paraguay (0,7%) und Peru (0,9%) defizitär.

3.5.3 Umweltstruktur

Die Gesamtoberfläche Lateinamerikas beträgt 1.997.832.000 ha, wovon 1.982.695.000,00 ha kontinental und 25.136.000,00 ha Binnengewässer sind. Die Länder mit der grössten Waldoberfläche sind Brasilien mit 62,4%, Kolumbien mit 54,5%, Peru mit 53,10%, Bolivien mit 52,7%, Venezuela mit 52,5% und Costa Rica mit 51%. Die Länder mit der niedrigsten Waldoberfläche sind Haiti 3,7%, Uruguay 10% und Argentinien 10,7%.

Die landwirtschaftliche Gesamtnutzfläche beträgt 718.417.000,00 ha, wovon nur 148.738.000,00 ha Anbauland sind, 20,7% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Das ist hauptsächlich auf die Gegenwart hoher Andenberge im Süden und schroffer Berge in Zentralamerika zurückzuführen, was die landwirtschaftliche Nutzung erschwert. Permanentem Anbau werden 19.582.000,00 ha gewidmet und Weideland und Gras 550.097.000,00 ha, d.h. dass die intensive Viehwirtschaft vor der landwirtschaftlichen Produktion steht.

Insgesamt werden ungefähr 455t Dünger pro 1.000 ha Agrarland benutzt und der Gebrauch von Schädlingsbekämpfungsmitteln pro 1.000 ha Agrarland beträgt 52.717t pro Jahr. Verglichen mit der Gesamtanbaufläche beträgt die durchschnittliche Anbaufläche mit Mais 27%, Soya 13,27%, Reis 13,22%, Kaffee 12,69%, Zuckerrohr 9,99%, getrockneten Bohnen 7,78%, Weizen 7,12%, Hirse 4,04%, Maniok 3,16%, Baumwolle mit Samen 0,47%.

In Kolumbien ist das Hauptagrarprodukt Kaffee mit 29% der Ernteoberfläche, es folgen nach Wichtigkeit Mais und Reis mit 17,97% der Oberfläche für beide Produkte, dann Rohrzucker mit 14,69% und Maniok mit 8,62%. Als eine interessante Angabe betrachten wir, dass mit Ausnahme von Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay alle anderen Länder Lateinamerikas Kaffee anbauen, wobei er einen wichtigen Anteil in Costa Rica, Kolumbien, El Salvador, Honduras, Peru und der Dominikanischen Republik ausmacht.

Biota, Wasser, Meere. Der Anteil an geschütztem Kontinental- und Meeresgebiet ist ziemlich unterschiedlich, Venezuela hat den grössten Anteil geschützter Gebiete mit 50,2%, gefolgt von Ecuador mit 38%, Nicaragua mit 36,8%. In Kolumbien sind 20,5% seines Territoriums geschützte Gebiete.

Die Gesamtfläche an Feuchtgebieten beträgt nach dem Abkommen von Ramsar 41.368.913,00 ha.

Der Gesamtanteil an benutzten Wasserrekursen ist 19,8% in Kuba, 17,5% in Mexiko und 16,5% in der Dominikanischen Republik, in den anderen Ländern ist der Gesamtanteil an benutzten Wasserrekursen bedeutend niedriger. Kolumbien benutzt nur 0,6% seiner gesamten Wasserrekurse.

Die Fischereiproduktion beträgt 11.592.940,00t pro Jahr, die Agrarproduktion 1.923.312,00t pro Jahr.

Energie. Der Verbrauch elektrischer Energie in Gigawattstunden beträgt 1.131.597,00 GW und die in Megawatt zur Verfügung gestellte Energiekapazität beträgt 312.582,00 MW. Die unterschiedliche Energieproduktion der Region in Prozent und nach Energieart umfasst auf dem Niveau primärer Energien: Brennholz 28,96%, Erdöl (21,76%), Erdgas (15,06%), Wasserkraft (14,31%), Rohrzuckerprodukte (8,05%), Geothermische Energie (5,46%), andere primäre Energien (3,57%) und Steinkohle (2,63%). Auf dem Niveau sekundärer Energien gibt es: Elektrizität (42,59%), Dieselpetrol (13,42%), Heizöl (12,08%), Benzin/Alkohol (9,76%), Holzkohle (5,19%) und Flüssiggas (2,99%).

Luft und Atmosphäre. Der Verbrauch von die Ozonschicht beeinträchtigenden Substanzen umfasst ungefähr 4.771,5 t pro Jahr. In den letzten 20 Jahren präsentierten alle lateinamerikanischen Länder signifikante Senkungen der die Ozonschicht beeinträchtigenden Substanzen.

Brasilien präsentiert eine bedeutende Konsumverminderung von Substanzen, die die Ozonschicht beeinträchtigen. Im Jahre 1997 reduzierte es 6.396t Tetrachlorkohlenstoff, ebenso verminderte es zwischen 1989 und 2011 beträchtlich den Konsum von Fluorchlorkohlenwasserstoffen. Chile präsentierte auch erhebliche Reduktionen im Verbrauch von die Ozonschicht aufbrauchenden

Substanzen, zum Beispiel: Tetrachlorkohlenstoff, Fluorchlorkohlenwasserstoffe und Halone, die alle seit 1996 erhebliche Reduktionen vermerken.

Seit 1996 vermindert Kolumbien auch signifikativ den Verbrauch von Substanzen, die die Ozonschicht aufbrauchen, wobei der Verbrauch von Tetrachlorkohlenstoff im Jahr 2010 auf Null reduziert wurde. In Costa Rica ist die Verminderung von die Ozonschicht verbrauchenden Substanzen ebenso deutlich reduziert. Auch in Kuba ist die Reduktion von Stoffen, die die Ozonschicht aufbrauchen, deutlich und significant, ebenso wie in Ecuador und auch in El Salvador. Guatemala hat den Verbrauch von Methylbromid signifikant reduziert, es aber noch nicht ganz ausgerottet.

Honduras hat den Verbrauch von Substanzen, die die Ozonschicht beeinträchtigen, bemerkenswert reduziert, gebraucht aber noch Methylbromid, jedoch in geringerer Masse: Im Jahre 2011 sind es 86,8t, während es im Jahr 1996 254,9t die Ozonschicht abbauende Stoffe waren, ebenso ist es mit den Fluorchlorkohlenwasserstoffen. Auch Mexiko konnte erhebliche Reduktionen verzeichnen, ebenso wie Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela.

Naturkatastrophen. Zwischen 2002 und 2011 verzeichnete Lateinamerika 57.273.000 Naturkatastrophenopfer. Die am stärksten betroffenen Länder waren nach der Opferzahl: Mexiko (11 Millionen), Kuba (10 Millionen), Brasilien (9 Millionen), Kolumbien (8 Millionen) und Peru (7 Millionen).

Transportwesen. Die grösste Autozahl gemessen an der Anzahl Autos pro 100 Einwohner hat Argentinien mit 31,4; es folgen Mexiko mit 25,8; die Dominikanische Republik mit 23,9 und Brasilien mit 20. Kolumbien hat 5,8 Autos je 100 Einwohner, was die niedrigste Zahl in Lateinamerika ist.

Das Strassennetz hat in Lateinamerika eine Länge von etwa 3.124.248,00 km und das Eisenbahnnetz ist 99.995,00 km lang.

Alle lateinamerikanischen Länder haben die gegenseitigen Umweltabkommen unterschrieben, ratifiziert oder angenommen.

3.5.4 Die Demokratie in Lateinamerika

Die Demokratie ist die Institution, in der sowohl die Normen als auch die Sanktionen und die Träger der öffentlichen Macht definiert werden, die für ihre Einhaltung verantwortlich sind. Wenn diese Demokratie Adjektive enthält, d.h. nicht gefestigt ist, wird die negative Auswirkung gesehen, die die Tatsache darstellt, dass die Institution von einer Minderheit dominiert wird, da sowohl ihre Ziele wie ihre Mittel mit denjenigen der ausgeschlossenen sozialen Gruppen auseinandergehen. Diese leben ihr Leben unter der Kontrolle und Herrschaft anderer. Dahrendorf stellt fest, „dass die Ungleichheit des sozialen Status, innerhalb gewisser durch die Gleichheit des staatsbürgerlichen Status gesetzter Grenzen, als Medium menschlicher Entfaltung Bedingung einer freien Gesellschaft ist.“ (Dahrendorf 1966: 37)

Laut Freedom House¹ sind von 195 im Jahre 2011 untersuchten Ländern 87 Länder frei, die 45% repräsentieren. 60 Länder, die 31% darstellen, sind teilweise frei und 48 Länder, d.h. 24% sind nicht

¹ Freedom in the World, Freedom House's flagship publication, is the standard-setting comparative assessment of global political rights and civil liberties. Published annually since 1972, the survey ratings and narrative reports on 195 countries and 14 related and disputed territories are used by policymakers, the media, international corporations, civic activists, and

frei. Die in den seit 1972 geführten Statistiken widerspiegelten Tendenzen zeigen, dass der Anteil der unfreien Länder signifikant abnimmt (-22%), auch wenn berücksichtigt wird, dass die Anzahl der untersuchten Länder von 150 auf 195 gestiegen ist, d.h. um 30%. Die teilweise freien Länder zeigen ein stabileres Verhalten an und reduzieren sich nur um -6%, was darauf hinweist, dass es einfacher ist, ein demokratisches Regime einzuführen als es zu bewerten. Und die freien Länder nehmen während der untersuchten Periode um 16% zu, was auch auf eine günstige Tendenz zur Demokratie hinweist.

In der folgenden Tabelle werden die Ergebnisse in drei verschiedenen Perioden für 20 lateinamerikanische Länder gezeigt. Im Jahr 2011 war das einzige unfreie Land Kuba. Die anderen Länder verteilen sich so: 10 teilweise freie Länder: Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Paraguay und Venezuela und 9 freie Länder: Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Jamaica, Panama, Peru und Uruguay.

Tabelle Nr. 3 Freedom in the World Country Ratings by Region
1972- 2011
Lateinamerika (auf der Basis der Daten von Amerika erarbeitete Tabelle)

| Edition * | Jan.-Feb. 1973 | | | 1992-93 | | | 2012 | | |
|------------------------|-----------------------|-----------|---------------|----------------|-----------|---------------|-------------|-----------|---------------|
| Year(s) covered | 1972 | | | 1992 | | | 2011 | | |
| | PR | CL | Status | PR | CL | Status | PR | CL | Status |
| Argentina | 6 | 3 | PF | 2 | 3 | F | 2 | 2 | F |
| Bolivia | 5 | 4 | PF | 2 | 3 | F | 3 | 3 | PF |
| Brazil | 5 | 5 | PF | 2 | 3 | F | 2 | 2 | F |
| Chile | 1 | 2 | F | 2 | 2 | F | 1 | 1 | F |
| Colombia | 2 | 2 | F | 2 | 4 | PF | 3 | 4 | PF |
| Costa Rica | 1 | 1 | F | 1 | 1 | F | 1 | 1 | F |
| Cuba | 7 | 7 | NF | 7 | 7 | NF | 7 | 6 | NF |
| Dominican Republic | 3 | 2 | F | 2 | 3 | F | 2 | 2 | F |
| Ecuador | 7 | 3 | PF | 2 | 3 | F | 3 | 3 | PF |
| El Salvador | 2 | 3 | F | 3 | 3 | PF | 2 | 3 | F |
| Guatemala | 2 | 3 | F | 4 | 5 | PF | 3 | 4 | PF |
| Haiti | 7 | 6 | NF | 7 | 7 | NF | 4 | 5 | PF |
| Honduras | 7 | 3 | PF | 2 | 3 | F | 4 | 4 | PF |
| Mexico | 5 | 3 | PF | 4 | 3 | PF | 3 | 3 | PF |
| Nicaragua | 4 | 3 | PF | 4 | 3 | PF | 5 | 4 | PF |
| Panama | 7 | 6 | NF | 4 | 3 | PF | 1 | 1 | F |
| Paraguay | 4 | 6 | PF | 3 | 3 | PF | 3 | 3 | PF |
| Peru | 7 | 5 | NF | 6 | 5 | PF | 2 | 3 | F |
| Uruguay | 3 | 4 | PF | 1 | 2 | F | 1 | 1 | F |
| Venezuela | 2 | 2 | F | 3 | 3 | PF | 5 | 5 | PF |

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an der Daten von FreedomHouse persönliche Erarbeitung
Freedom in the World Comparative and Historical Data.
www.freedomhouse.org

Notes and Clarifications

The table above lists all country scores for the Americas region since the annual Freedom in the World survey was first compiled for the year 1972.

Methodological changes have been effected periodically.

For a full explanation of the current methodology, please consult the most recent edition of the survey.

"PR" stands for "Political Rights," "CL" stands for "Civil Liberties," and "Status" is the Freedom Status.

human rights defenders to monitor trends in democracy and track improvements and setbacks in freedom worldwide. The Freedom in the World data and reports are available in their entirety on the Freedom House website.

Political Rights and Civil Liberties are measured on a one-to-seven scale, with one representing the highest degree of Freedom and seven the lowest.

“F,” “PF,” and “NF,” respectively, stand for “Free,” “Partly Free,” and “Not Free.”

Until 2003, countries whose combined average ratings for Political Rights and for Civil Liberties fell between 1.0 and 2.5 were designated "Free"; between 3.0 and 5.5 "Partly Free," and between 5.5 and 7.0 "Not Free."

Beginning with the ratings for 2003, countries whose combined average ratings fall between 3.0 and 5.0 are "Partly Free," and those between 5.5 and 7.0 are "Not Free."

Ratings for territories are not included in this table.

Several countries became independent, split into two or more countries, or merged with a neighboring state. Scores for these countries are given only for the period of their existence as independent states.

* These refer to the various editions of Freedom in the World, except for Jan.-Feb. 1973 through Jan.-Feb. 1977, which are from the bimonthly journal Freedom at Issue.

The first Freedom in the World book-length survey was the 1978 edition.

In der analysierten Zeit werden nach der obigen Tabelle Fortschritte in Argentinien, Brasilien, Haiti, Panama, Peru und Uruguay identifiziert, Rückschritte in Kolumbien und in Venezuela, Stabilität in Costa Rica und der Dominikanischen Republik, Stagnation in Kuba, Mexiko, Nicaragua und Paraguay und Unbeständigkeit in Ecuador, El Salvador, Guatemala und Honduras.

Nach Freedom House liegt der amerikanische Kontinent an zweiter Stelle nur hinter Westeuropa bei den Niveaus an Freiheit und Menschenrechtsachtung. Jedoch führte eine Zunahme der Gewaltverbrechen und populistischer Regierungen mit autoritären Tendenzen zu einem Rückschritt in verschiedenen Ländern. Unter anderen schlimmen Menschenrechtsproblemen leiden Teile der Region an der Gefährdung der Pressefreiheit, einschliesslich Gewalt gegen Journalisten und Missachtung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.

Die allgemeine Schlussfolgerung im Bezug auf Lateinamerika ist, dass die Demokratie nicht entscheidend und definitiv gefestigt werden konnte. Das ist eine zu lösende Aufgabe, vor der die Region noch steht.

Was Kolumbien betrifft, muss geschlossen werden, dass es sich im Festigungsprozess der Demokratie nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

3.5.5 Industrialisierung und Handel in Lateinamerika

Die Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung – UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) erarbeitete im Jahre 2003 den Index für wettbewerbsfähige industrielle Rentabilität, um vergleichend die industrielle Leistung einer Wirtschaft zu analysieren, wobei Indikatoren für die Manufakturproduktion und –exportation im Vergleich benutzt werden.

Dieser Index besteht aus acht Indikatoren, die in die folgenden Dimensionen klassifiziert werden:

- Industrielle Kapazität: gemessen am Manufakturmehrwert pro Kopf.
- Exportkapazität von Betrieben: gemessen an den Exportationen von Fabrikaten pro Kopf.

- Einfluss auf den Weltmanufakturwert: gemessen am Verhältnis, das eine Wirtschaft am Weltmanufakturwert aufweist.
- Einfluss auf den Manufakturwelthandel: gemessen am Verhältnis, das eine Wirtschaft an den Weltmanfaktorexportationen hat.
- Industrialisierungsintensität: gemessen an der durchschnittlichen Teilnahme des Manufakturwertes am BIP und an den Aktivitäten, die mit Produkten mittlerer und hoher Technologie im Manufakturwert in Zusammenhang stehen.
- Exportationsqualität: gemessen an der durchschnittlichen Teilnahme der Manfaktorexportationen an den Gesamtexportationen und von mittleren und hohen technologischen Produkten an den Manfaktorexportationen.

Der Bericht der UNIDO 2011 informiert über den Index für wettbewerbsfähige industrielle Entwicklung für die Jahre 2005 und 2009 in 118 Ländern, die über neuere und vertrauenswürdige Information verfügten. Die Ergebnisse zeigen, dass Singapur, die Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland die ersten vier Plätze einnehmen, China lag im Jahr 2009 an fünfter Stelle. Die Länder, die 2009 die letzten Stellen einnahmen, waren: Sudan und Gabon in Afrika südlich der Sahara, Mongolei in Ostasien und der Pazifik, Panama in Lateinamerika und die Karibik, und Argelien, Azerbaijan und Yemen im Mittleren Osten und in Nordafrika.

Für Lateinamerika und die Karibik bringt die UNIDO Informationen von 15 Ländern, die in der folgenden Tabelle dargestellt werden sowie deren Ergebnisanalyse. Nicht einbegriffen sind die Länder: Nicaragua, Guatemala, Haiti, Dominikanische Republik und Kuba.

Tabelle Nr. 4 Klassifizierung der Wirtschaften nach dem Index für Wettbewerbsfähige Industrierentabilität revidiert 2005-2009

| LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK | | | | |
|--------------------------------------|-------------|---------------------------------------|--|-------------|
| Klassifizierung | | | Index für wettbewerbsfähige Industrierentabilität | |
| 2005 | 2009 | Wirtschaft | 2005 | 2009 |
| 29 | 30 (-1) | Mexiko | 0,286 | 0,286 |
| 39 | 41 (-2) | Costa Rica | 0,208 | 0,215 |
| 37 | 44 (-7) | Brasilien | 0,212 | 0,202 |
| 49 | 46 (+3) | Argentinien | 0,168 | 0,192 |
| 50 | 56 (-6) | El Salvador | 0,168 | 0,175 |
| 69 | 74 (-5) | Kolumbien | 0,14 | 0,135 |
| 71 | 77 (-6) | Bolivarianische Republik Venezuela | 0,138 | 0,131 |
| 80 | 79 (+1) | Uruguay | 0,123 | 0,129 |
| 70 | 81 (-11) | Chile | 0,139 | 0,128 |
| 92 | 89 (+3) | Honduras | 0,103 | 0,118 |
| 96 | 96 (=) | Peru | 0,094 | 0,106 |
| 108 | 104 (+4) | Ecuador | 0,069 | 0,079 |
| 104 | 105 (-1) | Paraguay | 0,075 | 0,076 |
| 117 | 107 (+10) | Plurinationaler Staat Bolivien | 0,063 | 0,073 |
| 113 | 113 (=) | Panama | 0,048 | 0,053 |

Quelle: Eigene Darstellung in anlehnung an das Bericht UNIDO 2011

In der obigen Tabelle ist ersichtlich, dass kein lateinamerikanisches Land eine hervorragende Position im Ranking der Industriewettbewerbsfähigkeit einnimmt.

Mexiko ist das Land, das an der 30. Stelle liegend die beste Position einnimmt.

Peru und Panama weisen in den beiden untersuchten Jahren keine Positionsänderungen auf. Die Länder, die Positionen verbessern, sind nach Wichtigkeit: Bolivien, das sich um 10 Positionen verbessert; Argentinien und Honduras verbessern sich um 3 Positionen und Uruguay verbessert sich um 1 Position. Die Länder, die Positionen, d.h. Wettbewerbsfähigkeit im Index der industriellen Entwicklung verlieren: Chile verliert 11 Positionen, Brasilien 7 Positionen, Venezuela und El Salvador verlieren je 6 Positionen, Kolumbien 5 Positionen, Costa Rica 2 Positionen und Mexiko und Paraguay verlieren je 1 Position.

Kolumbien nimmt die sechste Position unter den 15 lateinamerikanischen Ländern mit Information ein. In der Zeit von 2005-2009 präsentiert Kolumbien eine Verschlechterung im Index für wettbewerbsfähige industrielle Entwicklung und befindet sich hinter Costa Rica und El Salvador, Ländern mit kleineren Wirtschaften als die kolumbianische.

3.5.5.1 Internationaler Handel von Waren und Dienstleistungen

Die Welthandelsorganisation der Vereinten Nationen – WTO (World Trade Organisation) veröffentlicht online eine breite aktualisierte statistische Information, die es ermöglicht, die Situation der Länder in Hinsicht auf Indikatoren wie Welthandel zu verfolgen.

Der Rang der Länder nach Informationen zu Importation und Exportation von Gütern und Dienstleistungen, der im September 2012 veröffentlicht wurde, ermöglichte die Erarbeitung der folgenden Tabelle, die die Ergebnisse von 20 lateinamerikanischen und karibischen Ländern zusammenfasst.

Laut der zur Verfügung stehenden Information besetzen die lateinamerikanischen Länder in keiner analysierten Variable die ersten Positionen. Das erste Waren exportierende Land ist Mexiko, das auf dem 16. Platz liegt, gefolgt von Brasilien auf dem 22. Platz. In Bezug auf Dienstleistungsexportationen ist die Situation noch schlechter, Brasilien als erstes Exportland liegt an 31. Stelle, gefolgt von Mexiko an 43. Stelle.

Unter den lateinamerikanischen Ländern mit den besten Positionen im Warenexport sind nach ihrer Wichtigkeit: Mexiko, Brasilien, Venezuela, Argentinien und Chile; in Bezug auf die Warenimportation sind die bestgelegenen Länder nach ihrer Wichtigkeit: Mexiko, Brasilien, Chile, Argentinien und Kolumbien.

Bei den Dienstleistungsexportationen belegen die ersten Plätze: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile und Kuba; die ersten Plätze von Dienstleistungsimportationen fallen auf: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile und Venezuela.

Es kann darauf geschlossen werden, dass die Handelsdynamik nicht nur Exportieren bedeutet, sondern Importieren von Waren, die für den Produktionsprozess gebraucht werden. Das Gleiche gilt für die Dienstleistungen. Die Länder, die die meisten Dienstleistungen exportieren, sind gleichzeitig diejenigen, die am meisten Dienstleistungen aus dem Ausland brauchen. Die gefestigsten Länder auf Handelsebene sind: Mexiko, Brasilien, Argentinien und Chile.

Die Länder mit der schlechtesten Warenimport- und -exportsituation sind: Haiti, Nicaragua, El Salvador, Paraguay, Kuba und Honduras. Die Länder mit der schlechtesten Dienstleistungsexportation sind: Haiti, Nicaragua, Bolivien, El Salvador, Honduras und Ecuador. Die am schlechtesten situierten Länder in Bezug auf den Dienstleistungsimport sind: Nicaragua, Paraguay, Haiti, El Salvador, Honduras und Bolivien.

In Bezug auf die Länder, die auf kommerzieller Ebene am schlechtesten liegen, kann geschlossen werden, dass Haiti die ungünstigste Situation aufweist, gefolgt von den zentralamerikanischen Ländern mit Ausnahme von Mexiko und Costa Rica. Im südlichen Lateinamerika weist Paraguay die schlechteste Leistung auf.

Tabelle Nr. 5 Klassifizierung der lateinamerikanischen Länder nach Warenhandel und Dienstleistungen

| Country | Rank in world trade, 2011 | | | | | | | |
|----------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|
| | Merchandise | | | | Commercial services | | | |
| | <u>Expo</u> <u>rts</u> | <u>Ran</u> <u>k LA</u> | <u>Impo</u> <u>rts</u> | <u>Ran</u> <u>k LA</u> | <u>Expo</u> <u>rts</u> | <u>Ran</u> <u>k LA</u> | <u>Impo</u> <u>rts</u> | <u>Ran</u> <u>k LA</u> |
| ARGENTINIEN | 44 | 4 | 44 | 4 | 45 | 3 | 45 | 3 |
| BOLIVIEN | 98 | 13 | 104 | 18 | 130 | 18 | 113 | 15 |
| BRASILIEN | 22 | 2 | 21 | 2 | 31 | 1 | 17 | 1 |
| CHILE | 46 | 5 | 43 | 3 | 48 | 4 | 50 | 4 |
| KOLUMBIEN | 55 | 6 | 51 | 5 | 69 | 9 | 61 | 6 |
| COSTA RICA | 90 | 10 | 82 | 12 | 68 | 8 | 110 | 14 |
| KUBA | 103 | 16 | 86 | 13 | 50 | 5 | 98 | 11 |
| ECUADOR | 69 | 8 | 68 | 8 | 104 | 15 | 86 | 9 |
| EL SALVADOR | 112 | 18 | 94 | 17 | 119 | 17 | 127 | 17 |
| GUATEMALA | 91 | 11 | 80 | 11 | 94 | 12 | 94 | 10 |
| HAITÍ | 157 | 20 | 141 | 20 | 162 | 20 | 128 | 18 |
| HONDURAS | 101 | 15 | 92 | 16 | 116 | 16 | 116 | 16 |
| MEXICO | 16 | 1 | 16 | 1 | 43 | 2 | 34 | 2 |
| NICARAGUA | 130 | 19 | 124 | 19 | 136 | 19 | 138 | 20 |
| PANAMÁ | 76 | 9 | 73 | 9 | 60 | 6 | 83 | 8 |
| PARAGUAY | 110 | 17 | 88 | 14 | 99 | 13 | 134 | 19 |
| PERÚ | 58 | 7 | 58 | 7 | 71 | 10 | 66 | 7 |
| DOMINIKANISCHE REPÚBLIK | 96 | 12 | 79 | 10 | 66 | 7 | 104 | 12 |
| URUGUAY | 100 | 14 | 90 | 15 | 80 | 11 | 108 | 13 |
| VENEZUELA | 42 | 3 | 53 | 6 | 100 | 14 | 52 | 5 |

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Daten der Länder von www.wto.org.

TECHNICAL NOTES

MERCHANDISE TRADE (customs-based statistics)

The share in world total exports and imports of merchandise for individual economies is calculated using world trade including intra-EU (27) trade. For the EU (27) as one trading reporter the share is calculated on the basis of world trade excluding intra-EU (27) trade.

Breakdown by main commodity group according to the ITS (WTO International Trade Statistics) definitions: *Agricultural products* refer to food (SITC Rev. 3 sections 0, 1, 4 and division 22) and raw materials (SITC Rev. 3 divisions 21, 23, 24, 25 and 26). It differs from the Agricultural goods AOA definition (see above). *Fuels and mining products* include ores and other minerals; fuels and non-ferrous metals. *Manufactures* refer to iron and steel, chemicals, other semi-manufactures, machinery and transport equipment, textiles, clothing and other consumer goods. Please note that due to the products not classified in the three main product groups, the sum of shares may not add up to a 100.

Breakdown by main destination and origin: EU (27) members are grouped as one trading partner. Shares for unspecified destinations/origins are presented when at least one of the shares is greater than the share of the fifth main destination/origin. Re-imports are also included.

COMMERCIAL SERVICES (balance of payments based statistics)

The share in world total exports and imports of commercial services for individual economies is calculated using world trade including intra-EU (27) trade. For the EU (27) as one trading reporter the share is calculated on the basis of world trade excluding intra-EU (27) trade.

Breakdown by principal services items: Other commercial services refer to communication, construction, insurance, financial, computer, information, other business, and cultural and recreational services, and royalties and license fees.

Sources: Eurostat, *New Cronos* and *Comext* databases; IMF, *Balance of Payments Statistics* and *Government Finance Statistics*; UNCTAD, *TRAINS* database; UNSD, *Comtrade* database (for OECD members, UNSD-OECD Joint Trade Data Collection and Processing System); World Bank, *World Development Indicators*; WIPO, *Industrial Property Statistics*; WTO and national statistics.

Kolumbien liegt, wie aus der obigen Tabelle zu entnehmen ist, an fünfter Stelle bei Warenimportation, belegt aber weder wichtige Positionen bei der Waren- noch bei Dienstleistungsexportation.

In der folgenden Tabelle ist ersichtlich, dass die Warenexportationen von Kolumbien nur 0,31% des Weltgesamtwerts darstellen und die Importationen 0,30%. Bei Dienstleistungsexportationen liegt der Wert bei 0,12% des Weltgesamtwerts, bei Importationen 0,24%.

Der Hauptwaren des Exportsektors sind Brennstoffe und Bodenschätze, die 65,2% des Gesamtwerts ausmachen, was auf eine grosse Abhängigkeit vom Primärsektor der Wirtschaft hinweist, die Manufaktur stellt 17,5% und die Landwirtschaft 12,4% dar. Bei letzterer spielen Kaffee und Kochbananen eine bedeutende Rolle. Der Haupthandelspartner sind mit 38,5% die Vereinigten Staaten, gefolgt von der Europäischen Union mit 15,6%, mit grosser Distanz dazu liegt Chile mit 3,9% an dritter Stelle, gefolgt von China mit 3,5% und Panama mit 3,4%. Die Bilanz von Warenexportation/Importation ist mit US\$2.279 Millionen positiv.

Auf der Ebene der Importationen sind der Hauptsektor die Manufakturen, die 79,6% ausmachen, gefolgt von Nahrungsmittelimportationen mit 10,5% und schliesslich Brennstoffe und andere Bodenschätze mit 8,8%. Die wichtigsten Länder, aus denen importiert wird, sind: die Vereinigten Staaten mit 25%, China mit 15%, die Europäische Union mit 13,7%, Mexiko mit 11,1% und Brasilien mit 5%. Die Bilanz von Dienstleistungsexportation/Importation ist mit US\$4.623 Millionen negativ.

Die obigen Zahlen geben an, dass das Gleichgewicht des Landes zwischen Industrie und Handel negativ ist.

Tabelle Nr. 6 Übersichtstabelle über Kolumbien.
World Trade Organization (WTO)

| September 2012 | | | | | | |
|---|----------------------|--|---|-----------------------------|----------------|----------------|
| Colombia | | | | | | |
| BASIC INDICATORS | | | | | | |
| Population (thousands, 2011) | | 46 927 | Rank in world trade, 2011 | | Exports | Imports |
| GDP (million current US\$, 2011) | | 331 655 | Merchandise | | 55 | 51 |
| GDP (million current PPP US\$, 2011) | | 474 113 | excluding intra-EU trade | | 38 | 33 |
| Current account balance (million US\$, 2011) | | - 9 980 | Commercial services | | 69 | 61 |
| Trade per capita (US\$, 2009-2011) | | 2 107 | excluding intra-EU trade | | 45 | 43 |
| Trade to GDP ratio (2009-2011) | | 34,2 | | | | |
| <i>Annual percentage change</i> | | | | | | |
| | | 2011 | 2005-2011 | 2010 | 2011 | |
| Real GDP (2005=100) | | 132 | 5 | 4 | 6 | |
| Exports of goods and services (volume, 2005=100) | | 120 | 4 | 1 | ... | |
| Imports of goods and services (volume, 2005=100) | | 162 | 10 | 18 | ... | |
| TRADE POLICY | | | | | | |
| WTO accession | | 30 April 1995 | Contribution to WTO budget (% , 2012) | | 0,225 | |
| Trade Policy Review | | 26, 28 June 2012 | Import duties collected (% , 2008-2010) | | | |
| GPA accession | | Observer | in total tax revenue | | 6,4 | |
| Tariffs and duty free imports | | | to total imports | | 6,0 | |
| Tariff binding coverage (%) | | 100 | Number of notifications to WTO and measures in force | | | |
| MFN tariffs | | <u>Final bound</u> <u>Applied 2011</u> | Outstanding notifications in WTO Central Register | | | |
| Simple average of import duties | | | Goods RTAs - services EIAs notified to WTO | | | |
| All goods | 42,8 | 8,4 | Anti-dumping (30 June 2011) | | | |
| Agricultural goods (AOA) | 91,5 | 15,3 | Countervailing duties (30 June 2011) | | | |
| Non-agricultural goods | 35,4 | 7,3 | Safeguards (26 October 2011) | | | |
| Non <i>ad-valorem</i> duties (% total tariff) | 0,0 | 0,0 | Number of disputes (complainant - defendant) | | | |
| MFN duty free imports (% , 2010) | | | Requests for consultation | | | |
| in agricultural goods (AOA) | | 0,0 | Original panel / Appellate Body (AB) reports | | | |
| in non-agricultural goods | | 13,7 | Compliance panel / AB reports (Article 21.5 DSU) | | | |
| Services sectors with GATS commitments | | 57 | Arbitration awards (Article 22.6 DSU) | | | |
| | | | 0 - 0 | | | |
| MERCHANDISE TRADE | | | | | | |
| | | <i>Value</i> | <i>Annual percentage change</i> | | | |
| | | 2011 | 2005-2011 | 2010 | 2011 | |
| Merchandise exports , f.o.b. (million US\$) | | 56 954 | 18 | 21 | 43 | |
| Merchandise imports , c.i.f. (million US\$) | | 54 675 | 17 | 24 | 34 | |
| | | 2011 | | | | |
| Share in world total exports | | 0,31 | Share in world total imports | | | |
| Breakdown in economy's total exports | | | Breakdown in economy's total imports | | | |
| By main commodity group (ITS) | | | By main commodity group (ITS) | | | |
| Agricultural products | | 12,4 | Agricultural products | | | |
| Fuels and mining products | | 65,2 | Fuels and mining products | | | |
| Manufactures | | 17,4 | Manufactures | | | |
| By main destination | | | By main origin | | | |
| 1. United States | | 38,5 | 1. United States | | | |
| 2. European Union (27) | | 15,6 | 2. China | | | |
| 3. Chile | | 3,9 | 3. European Union (27) | | | |
| 4. China | | 3,5 | 4. Mexico | | | |
| 5. Panama | | 3,4 | 5. Brazil | | | |
| | | | | | | |
| | | | | | | |
| COMMERCIAL SERVICES TRADE | | | | | | |
| | | <i>Value</i> | <i>Annual percentage change</i> | | | |
| | | 2011 | 2005-2011 | 2010 | 2011 | |
| Commercial services exports (million US\$) | | 4 814 | 11 | 6 | 11 | |
| Commercial services imports (million US\$) | | 9 437 | 12 | 15 | 18 | |
| | | 2011 | | | | |
| Share in world total exports | | 0,12 | Share in world total imports | | | |
| Breakdown in economy's total exports | | | Breakdown in economy's total imports | | | |
| By principal services item | | | By principal services item | | | |
| Transportation | | 28,6 | Transportation | | | |
| Travel | | 45,7 | Travel | | | |
| Other commercial services | | 25,7 | Other commercial services | | | |
| | | | | | | |
| | | | | | | |
| INDUSTRIAL PROPERTY | | | | | | |
| Patent grants by patent office , 2010 | | | Trademark registrations by office , 2010 | | | |
| <u>Residents</u> | <u>Non-residents</u> | <u>Total</u> | <u>Direct residents</u> | <u>Direct non-residents</u> | <u>Madrid</u> | <u>Total</u> |
| 26 | 613 | 639 | 12 513 | 8 762 | ... | 21 275 |
| a Refers to 2010 and to the average annual percentage change for 2005-2010. | | | | | | |

Quelle: www.wto.org.

3.5.6 Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika

Eines der aktuellsten und vollständigsten Bücher über den Wohlfahrtsstaat ist das *Handbook of the Welfare State*, das im Jahre 2010 veröffentlicht wurde. Im Kapitel über Lateinamerika werden Ursprünge, Entwicklungen und vom sozialen Wohlfahrtsstaat in der Region erreichte Ziel vorgestellt. Im Folgenden werden die Schlussfolgerungen dieser Studie dargestellt.

Der Ursprung des Wohlfahrtsstaats: “The theoretical perspective offered by the pioneering works that sought to explain the formation of social security regimes was a combination of economic development and pressure group politics (Mesa-Lago 1978; Malloy 1979; Isuani 1985). Social stratification came to be reflected in the social security systems of Latin American countries because the most important pressure groups over time managed to extract from the state their own schemes of social protection. Typically, the military received the earliest and best social protection, accompanied or followed by the judiciary and other high-ranking civil servants, then professionals and other white-collar workers in the urban sector and on rural plantations (Mesa-Lago 1978). Only later and only in some countries did the bulk of the rural population become incorporated into social security. Extensions of social security protection were not always a response to direct pressure from organized groups; the alternative consisted of state incorporation attempts of groups that elites perceived to be potential threats or power basis, or concerns with state building and modernization (Mesa-Lago 1978; Spalding 1978; Papadópulos 1992).” (Castles u.a., 2010, S. 645)

Wie man sieht, spiegelt der Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika zwei Charakteristiken wieder, die seinen Gesellschaften zueigen sind: ein System sozialer Schichten und damit verbundener Privilegien, es zeigt ebenso an, dass seine Konstruktion nicht dem direkten Druck der organisierten sozialen Gruppen gehorchte, sondern den Interessen der politischen Eliten, die in den Programmen des Wohlfahrtsstaates Argumente gefunden haben, die zur Wahl genutzt wurden.

Nach Huber und Bogliaccini geht der Unterschied zwischen den Wohlfahrtsstaaten auf den ungleichen Rhythmus der Industrialisierung zurück, der zu einer ungleichen Entwicklung der Sozialversicherungsformen führte, den ersten in der Region eingeführten Wohlfahrtsprogrammen.

Die Pioniere des Wohlfahrtsstaats sind: Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Kuba, die in den 20er Jahren begannen und sich graduiert und fragmentiert entwickelten.

Eine zweite Gruppe von Ländern wird von Kolumbien, Costa Rica, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela gebildet, die in den 40er Jahren mit der Einrichtung von Programmen anfangen, die im Allgemeinen weniger fragmentiert wuchsen.

Die restlichen Länder, die ökonomisch weniger entwickelt sind, entwickelten später Wohlfahrtsprogramme.

Die fünf Pionierländer sowie Costa Rica erreichten in den 80er Jahren die höchsten Deckungen mit Krankenversicherung, wobei sie 60% der Bevölkerung einschlossen. Kolumbien, Guatemala, Mexiko, Panama, Peru und Venezuela deckten nur 30 - 60% ab und in den restlichen Ländern umfasste die Deckung weniger als 30%. Die Deckung der ökonomisch aktiven Bevölkerung mit Renten folgt dem gleichen Entwicklungsmuster.

Mängel im Sozialversicherungssystem. “The studies of the deficiencies of the social security systems as they developed by the early 1980s emphasize the large fiscal deficits faced by the social security schemes in the more advanced countries. These schemes had matured and the ratio of active to inactive affiliates had deteriorated; the surplus in the social security funds had been poorly

invested or spent on other purposes altogether; life expectancy rose; expenses for costly curative healthcare escalated; employers evaded or greatly delayed contributions, particularly during periods of high inflation; and administrative cost were exorbitant (Mesa-Lago 1994). The debt crisis and the ensuing austerity and structural adjustment policies aggravated these problems. Rising unemployment and growing informalization caused declines in social security contributions; the fiscal crisis of the state reduced state subsidies; high inflation eroded the value of benefits or put great strain on the systems and created a debt to beneficiaries. The deficits of the social security systems aggravated the general fiscal crisis of the state and attracted the attention of the International Financial Institutions (IFIs), particularly the International Monetary Fund (IMF).” (Castles u.a. 2010, S. 646)

Die oben beschriebenen strukturellen Probleme sollten von den Regierungen durch die Anwendung neoliberaler Strategien gelöst werden, die ihre grösste Wirksamkeit in dieser Zeit erreichten. Linke Denker kritisierten diese Methoden und schlugen andere vor, zählten jedoch nicht mit der erforderlichen politischen und finanziellen Unterstützung.

“The policy prescriptions issued by the IFIs and the United States Agency for International Development (US AID) applied neoliberal principles to both economic and social policies. Essentially, these agencies pushed for cuts in government expenditures, liberalization of trade and capital flows, privatization of state enterprises, relaxation of economic regulations, and incentives for foreign direct investment, along with a reduction of the role of the state in financing social policy and in providing social services in favour of greater involvement of the private sector in financing and providing social insurance and social services (Williamson 1990; World Bank 1994b). These prescriptions, however, were differentially implemented, dependent on the balance of power between the IFIs and international advocates of neoliberalism on the one hand, and stake holders in the existing systems and advocates of more state-oriented reforms on the other hand (Huber 2005).” (Castles u.a. 2010, S. 646)

Die neoliberalen Reformen wurden hauptsächlich im Bereich der Renten angewandt, die massiv im Privatsektor eröffnet wurden, jedoch konnten nicht alle Sektoren Ziel der Anwendung radikaler neoliberaler Strategien sein.

“Reform in other social policy areas, particularly health and education, were more varied than in pensions. There was no neoliberal blueprint out there similar to the pension privatization model, though the World Bank exerted general pressures towards decentralization of service delivery and greater involvement of the private sector. As Kaurman and Nelson (2004) and the various contributors to their volume argue, reforms in health and education had to deal with more stakeholders than pension reforms, particularly among the providers of the services. Typically, these stakeholders were well organized, from doctors and hospital associations to teachers unions, and thus had the capacity to exercise effective resistance. Administratively, it is more difficult to design functioning systems to deliver quality health and education than transfers. Accordingly, reforms and their implementation were heavily shaped by the interaction between coalitional alignments, executive involvement and follow-up, and policy legacies that manifested themselves in domestic institutional arrangements and interest groups.” (Castles u.a. 2010, S. 647)

Nach mehr als zwei Jahrzehnten Enttäuschung über die Auswirkungen der neoliberalen sozialpolitischen Reformen stellte die Interamerikanische Entwicklungsbank IDB eine alternative Sicht vor, die für das XXI. Jahrhundert von Interesse war und auf einer integrierten Sozialpolitik basiert und an Gerechtigkeit orientiert ist. Einige Regierungen mit sozialdemokratischer Orientierung, wie die chilenische von Bachelet, versuchten, die Auswirkungen der neoliberalen Politik zu analysieren, um ihre Regierungsführung neu zu orientieren.

“Studies of the outcomes of pension reforms found that they were disappointing in terms of the expected expansion of coverage, the burden of administrative costs, and competition among pension funds, along with equity, solidarity, and gendered impacts (Cruz-Saco and Mesa-Lago 1998; Ewig 2008; Dion 2006; Huber and Stephens 200b; Kay and SinHa 2008 and contributors to their volume). The report commissioned by President Bachelet in Chile highlighted these shortcomings and gave rise to a significant re-reform of the Chilean pension system, expanding coverage for those not covered or having accumulated insufficient funds in the private system (Consejo de Reforma Previsional 2006). Useful review essays are Dion (2008) and Mesa-Lago (2008).” (Castles u.a. 2010, S. 648)

Die Ergebnisse der Untersuchung der sozialpolitischen Reformen sind interessant und zeigen die grosse Geschlechterwirkung, die die Schmälerung und Reduzierung der Wohlfahrt haben.

“Some studies have looked specifically at social policy reforms and evaluated their gendered impact. In general, they have found that greater reliance on the market and the private sector intensified the disadvantage of women. Women in general are in a weaker position in the market because they have more breaks in their works lives, they are more likely to work in the informal sector, and they are earning less than men in both the formal and informal sectors. In addition, their reproductive role and their social role as caregivers means that they require more healthcare both for themselves and their children and more support services to be able to combine family responsibilities and paid work (Castiglioni 2005; Dion 2006; Ewig and Bello 2009; Martinez Franzoni, 2008).” (Castles 2010: 648)

Aktuelle Wirkung der sozialpolitischen Strategien. “Effective social policy regimes should result in low levels of poverty and inequality and high levels of human capital, or at least in significant and sustained movement toward lowering levels of poverty and inequality and improving the human capital base. Of course, the policy regimes should demonstrate their contribution to such an outcome in the form of social spending as a percentage of GDP and the allocation of spending in a progressive manner. By these standards, there are no fully successful social policy regimes in Latin America. To begin with, social expenditures are comparatively low. Total social expenditures (for social security and welfare, health, and education) in 2002-3 surpassed 15% per cent of GDP only in Argentina, Brazil, Costa Rica, Panama and Uruguay; Chile, Bolivia, Colombia, Venezuela and Mexico spent between 11 and 15 per cent; the remaining countries spent less than 10 per cent of GDP.” (Castles u.a. 2010, S. 648)

Die Wirkung der Sozialpolitik ist mit der Investition verbunden, die, wie gezeigt wird, im Vergleich mit den Standards der entwickelten Länder niedrig ist. Diese niedrige Investition ist direkt mit dem Verlust der Steuerkraft der Länder verbunden, besonders nach der Einführung neoliberaler Strategien.

“Low spending is intimately related to the weakness of the tax base. As a consequence of trade liberalization, revenue from trade taxes fell; the share of total tax revenue coming from taxes on foreign trade fell from 18 per cent in 1980 to 14 per cent in the mid – 1990s. Tax reforms reduced marginal tax rates on personal income and taxes on corporate profits, and they increased reliance on value added taxes. However, collection rates have remained lower than the statutory rates (Lora 2001), and average tax revenue has remained low compared not only to OECD countries but also to East Asian countries at similar levels of development. Average tax revenue in Latin America, including social security contributions, in 2002 was 16 per cent of GDP, compared to 36 per cent for OECD countries in general and 26 per cent for the US and Japan, the two advanced industrial

countries with the lowest tax burdens (Centrngolo and Gmez Sabaini 2007:53).” (Castles u.a. 2010, S. 649)

Die Länder, die die wirkungsvollste Sozialpolitik eingeführt haben, sind: Argentinien, Chile, Costa Rica und Uruguay. Brasilien zählt auf höhere Sozialausgaben aber nach den sozialen Indikatoren mit niedrigeren Ergebnissen. Der Erfolg dieser drei Länder hat drei Charakteristiken:

1. Eine signifikante Industrialisierung, die unter der Schutzherrschaft der populistischen-autoritären Regime wie in Argentinien entwickelt wurde,
2. oder unter demokratischen Regimen mit signifikanter Industrialisierung wie in Chile und Uruguay,
3. oder unter demokratischen Regimen ohne signifikante Industrialisierung wie in Costa Rica, aber mit einer mächtigen Koalition der linken Mitte. Nach Huber bestätigen quantitative Untersuchungen die Beziehung zwischen der Mitgliederzahl der Linksparteien in den Legislaturen und der Reduktion der Armut und der Ungleichheit in Lateinamerika.

Reformen und distributive Ergebnisse der sozialpolitischen Strategien. “A large number of studies have looked at the distributive impact of specific social policies (e.g. De Ferranti et al. 2004; CEPAL; Social Panorama, various years) and a few studies have tried to construct a synthetic view of the distributive impact of the totality of transfer policies in several countries (Lindert et al. 2006). They have uniformly found that social security is highly regressive and social assistance highly progressive, but that social security by far outweighs social assistance and thus gives a highly regressive profile to the totality of social transfers, in stark contrast to the impact of transfers advanced industrial countries. In education and health, programmes focusing on basic education and primary and preventive healthcare, programmes focusing on basic education and primary and preventive healthcare are progressive, whereas expenditures for tertiary education and expensive curative medicine are regressive. Overall and on average, health expenditures are distributively neutral and education expenditures slightly progressive. However, there is considerable variation between countries.” (Castles 2010: 650)

Huber stellt fest, dass die öffentlichen Ausgaben in einem demokratischen Kontext die Einkommensungleichheit reduzieren, was weltweit gilt (Lee 2005), auch für die Ausgaben für soziale Hilfen in Lateinamerika (Huber et al 2006.). In Lateinamerika hängt die Dauer der demokratischen Geschichte eng mit der Kraft der Linksparteien zusammen. Das geht auf die Tatsache zurück, dass die Hauptalternative zur Demokratie der Autoritarismus der Rechten und nicht der Linken war. Die autoritären Rechtsregime unterdrücken die organisierten Arbeiter- und Linksparteien, während demokratische Regime gefestigt werden, wenn Gewerkschaften und Parteien aller Tendenzen gebildet werden können. Die Parteien der zentralen Linken produzieren eine Neuverteilung nicht so sehr, weil die Gesamtausgaben höher sind (kein statistischer Effekt auf die Sozialausgaben), sondern wegen der Zweckbestimmung dieser Ausgaben. Die Ausgaben für beitragsfreie Programme für diejenigen, die ausserhalb des formellen Arbeitsmarkts stehen, sind von besonderer Bedeutung, einschliesslich beitragsfreier Renten, sowie Einkommenszuschusse für Familien im Arbeitsalter, Familienbeihilfen und Programme mit bedingten Beihilfen in Bargeld.

Im Jahre 2005 waren die Programme der bedingten Bargeldbeihilfen in Lateinamerika populär. In diesem Jahr hatten mindestens neun Länder Programme, die den armen Familien Bargeld gaben, vor allem den Müttern, um die Permanenz der Kinder in der Schule oder den regelmässigen Besuch ärztlicher Kontrollen zu garantisieren. Nicht alle diese Programme wurden von linken Regierungen eingeführt: ‘*Oportunidades*’ wurde im Jahr 2002 von Präsident Fox in Mexiko eingeführt. Das umfangreichste Programm dieser Art wurde jedoch im Jahr 2006 von Präsident Lula da Silva in Brasilien eingeführt: ‘*Bolsa Familia*’ hatte 11 Millionen Familien betroffen, mehr als 20% der

Bevölkerung des Landes, und dieses Programm spielte eine wichtige Rolle für die Wiederwahl von Lula in diesem gleichen Jahr.

Neuere Auswertungen dieser Programme zeigen ihre Wirksamkeit nicht nur in der Reduzierung der Armut, sondern in der Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitsindikatoren.

Andere wichtige in Lateinamerika eingeführte Sozialprogramme sind:

Argentinien: Notprogramm für arbeitslose Familienoberhäupter: *‘Plan Jefes y Jefas de Hogar Desocupados’*. Dieses Programm deckte im Jahr 2002 1,5 Millionen Personen, aber obwohl es eine wichtige Rolle bei der Erleichterung der Armut spielte, wurde es stark kritisiert, da es zu einem politischen Instrument und Objekt von Wahlallianzen mit lokalen Politikern wurde.

Uruguay: Die Regierung der Linkspartei *Frente Amplio* (FA) startete im Jahr 2007 ein besonderes integriertes Programm gegen die Armut. Der neue *‘Plan Equidad’* richtet sich an Haushalte mit niedrigem Einkommen und schliesst bedingte Familienbeihilfen zum Schulbesuch der Kinder ein, Sozialhilfepensionen für 65-jährige oder ältere Personen, Anreize für den Sekundarschulbesuch, Ausweitung der Vorschulerziehung, Arbeitsunterstützung, Ernährungskarten und Subventionen für Elektrizitäts- und Wasserkosten. Dieses Programm deckt etwa eine Million Bürger.

Chile: Die Regierung des sozialistischen Präsidenten Lagos führte ein ähnliches integriertes Programm gegen die Armut ein, das sich an Familien in extremer Armut richtete und ungefähr 6% der Bevölkerung abdeckte. Die Präsidentin Bachelet erweiterte dieses Programm, indem sie neue Gruppen einbezog, zunächst diejenigen ohne Familie.

Fortschritte in Lateinamerika. Die Untersuchung über den Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika zeigt an, dass es signifikante Fortschritte in den folgenden Gebieten gibt:

- Zunahme der Deckung der Vorschulerziehung. Der Fortschritt war signifikant in Uruguay.
- Fortschritte in der Gesundheitsversorgung, besonders bei der älteren Bevölkerung.
- Neue Reformen zur Verbesserung der Qualität der Gesundheitsdienste, besonders in Costa Rica und Uruguay.
- Erhöhung des Mindestlohns zum Erhalt der Kaufkraft, hauptsächlich in Costa Rica, Uruguay und Chile. Die Beziehung zwischen Mindestlohn und dem Durchschnitt anderer Löhne ist 2,8:1 in Chile und 2,2:1 in Costa Rica. In Uruguay verdoppelte die Regierung der FA-Partei den Mindestlohn mit der Bildung eines Dreiparteienrats. Unter dieser Regierung wurde zum ersten Mal Landarbeiter und Arbeiter des öffentlichen Sektors in die kollektiven Verhandlungen einbezogen und die Löhne in realen Werten erhöht.

Globalisierung und Sozialpolitik. Wie Huber y Bogliaccini dokumentieren, hat die Diskussion zur Globalisierung und Sozialpolitik erste extreme Positionen überwunden, sowohl was die fortgeschrittenen Industrieländer als auch diejenigen Länder auf dem Wege der Entwicklung betrifft. Als Ergebnis vieler Forschungen hat eine Zwischenposition zugenommen, die vertritt, dass die Globalisierung keine direkten Auswirkungen auf die Sozialausgaben hat, weder positive noch negative, sondern eher dass die nationalen Kräfte und Institutionen als Vermittlungsfaktoren dienen (siehe zum Beispiel die Beiträge zu Glatzer und Rueschemeyer 2005).

In den statistischen Analysen finden Garret (2001) in einer Gruppe von entwickelten Ländern und Ländern auf dem Wege der Entwicklung und Kaufman und Segura-Ubiergo (2001) in einer Gruppe lateinamerikanischer Länder negative Auswirkungen der Handelsintegration (d.h. Veränderungen in der Handelsöffnung) auf die Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung, den Konsum und die

Sozialausgaben. Kaufman und Segura-Ubiergo finden auch negative Auswirkungen auf das Niveau der Handelsöffnung und der Handelsinteraktion und die Kapitalmarktöffnung bei den Veränderungen in den Sozialausgaben. Avelino et al. (2005) finden zwischen 1980 und 1999 eine negative Auswirkung der Handelsöffnung und eine positive Auswirkung der Finanzöffnung auf die Niveaus der Sozialausgaben in 19 Ländern Lateinamerikas. Kaufman und Segura-Ubiergo (2001) finden un stabile Auswirkungen der Niveaus der Kapitalkontrollen auf die Veränderungen in den Sozialausgaben und leicht positive Auswirkungen der Veränderungen in den Kapitalkontrollen. Rudra (2004) findet eine positive Auswirkung der Kapitalflüsse auf das Niveau der Sozialausgaben in einer Probe von Ländern der ganzen Welt. Und Garret (2001) findet eine signifikante Auswirkung der Niveaus und Veränderungen im Kapitalfluss auf die Verbrauchsniveaus der Regierung.

Die Inkonsequenz der Befunde hat verschiedene Erklärungen, wie die besonderen analysierten Fälle und Zeitperioden, verschiedene Gruppen von Kontrollvariablen, verschiedene Operationalisierungen der abhängigen Variablen und der verschiedenen analytischen Techniken. Es könnte gesagt werden, dass der schwerwiegendste Grund der Gebrauch verschiedener Kontrollvariablen ist, im Besonderen das Weglassen nationaler politischer Variablen

Die Ergebnisse der statistischen Analysen, die die Urbanisierung, die Demokratie und den langfristigen Widerstand der verschiedenen politischen Tendenzen in der Gesetzgebung und Ausführung zeigen auf, dass die Handelsöffnung und die direkte Auslandsinvestition keine Auswirkungen auf die Sozialausgaben, noch auf Sicherheitsausgaben und soziale Wohlfahrt, noch auf Gesundheit oder Bildung hat (Huber et al. 2008).

3.5.7 Schlussfolgerungen

3.5.7.1 Haupttendenzen

Lateinamerika weist trotz seiner Unterschiede zwischen den Ländern klare Modernisierungstendenzen in seiner soziodemografischen Dynamik auf. Dazu zählen die hohen Urbanisierungsniveaus, die Verminderung des Bevölkerungswachstums, der Rückgang der Fertilitätsraten, die Erhöhung der Lebenserwartung, die Erhöhung der Bildungsniveaus, die Gesundheitsverbesserung, die Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit, die Zunahme des Frauenbildungsniveaus und der Frauenbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, die Verminderung der Niveaus von Armut, Elend und Ungleichheit, die Zunahme der Versorgung mit Trinkwasser und grundlegenden Sanierungsdiensten.

Die ökonomische Struktur weist große Unterschiede zwischen dem Bruttoinlandprodukt BIP und dem BIP pro Kopf auf. Eine allgemeine Charakteristik ist das instabile Wachstum des BIP, das in der Zeit von 1990-2011 in allen lateinamerikanischen Ländern großen Schwankungen unterliegt. Auch werden in allen Ländern eine Zunahme der direkten Auslandsinvestition und eine Abnahme der Auslandsschulden beobachtet. Bei der Analyse des Beitrags zum BIP nach ökonomischer Aktivität sind die Abhängigkeit der öffentlichen Ausgaben im Bereich der Gemeindedienste und die allgemeine niedrige industrielle Entwicklung der Region zu beobachten. Die zehn Hauptexporte der Länder spiegeln die hohe Abhängigkeit von Mineralien, Brennstoffen und landwirtschaftlichen Rohstoffen wieder. Die meisten Länder weisen niedrige Diversifizierungsniveaus ihres Exportwarenkorbs auf. Die Handelsbilanz zeigt an, dass die Region verlustbringend ist und mehr Produkte importiert als exportiert.

Die Umweltstruktur zeigt eine Region mit einem großen und vielfältigen Naturerbe, mit der ganzen Vielfalt an Klimazonen, mit kontinentaler Landfläche und Meeren, mit der Möglichkeit

verschiedener primärer und sekundärer Energiequellen sowie einem zunehmenden Umweltbewusstsein, was sich in der bedeutenden Abnahme des Verbrauchs von Substanzen, die die Ozonschicht zerstören, und in der Unterstützung aller Länder mit multilateralen Abkommen zum Umweltschutz widerspiegelt.

Obwohl die Region Fortschritte in ihrem Demokratisierungsprozess aufzeigt, steht die Aufgabe der Festigung der Demokratie als einen Raum für die Diskussion und Beratung von Konflikten zwischen ihren verschiedenen sozialen Gruppen noch aus. Die Gewährleistung der politischen Teilnahme der Oppositionsgruppen, besonders der zentral-linken und linken Parteien ist ein Indikator guten Funktionierens der Demokratie.

Nur vier Länder (Uruguay, Argentinien, Chile und Costa Rica) zeigen Fortschritte im Aufbau und der Festigung des Wohlfahrtsstaates. In den anderen Ländern ist die Festigung des Wohlfahrtsstaates auch mit der Notwendigkeit verbunden, die Effizienz der Wirtschaftsstruktur zu verbessern und die Demokratie in Anbetracht der engen Beziehung zwischen der Teilnahme der Linken in der Legislative und der Reduzierung von Armut und Ungleichheit zu qualifizieren.

Obgleich Kolumbien die drittgrößte Bevölkerung und die viertgrößte Ökonomie ist und das fünftgrößte Territorium hat, weist es einen Rückstand in seinen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Indikatoren im Vergleich zu den dynamischeren Ländern der Region auf: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Uruguay, Chile und Costa Rica. Die Demokratie, die Marktwirtschaft und der Wohlfahrtsstaat sind in Kolumbien Institutionen mit einem bedeutenden sozialen Defizit, dessen Ursprung in der historischen Übersicht erklärt wurde.

3.5.7.2 Primär interne Konflikte

In allen lateinamerikanischen Ländern besteht ein urban-ruraler Konflikt, der bis heute von den urbanen Regionen gewonnen wurde. Diese genießen eine bessere Infrastruktur und ökonomische Dynamik, sind Anziehungspunkte der Bevölkerung und deswegen zeigt die Bilanz rurale Zonen, die immer mehr an Dynamik verlieren und sich entvölkern. Im Innern der urbanen Zonen selbst gibt es auch Konflikte zwischen Städten und großen Agglomerationen, die über eine größere Dynamik, Wachstum und Bevölkerungsanziehungskraft verfügen.

Ein charakteristischer urbaner Sozialkonflikt der großen lateinamerikanischen Städte ist die Existenz großer Elendsgürtel, die von Einwohnern gebildet werden, denen es nicht gelingt, sich als Lohnempfänger in die formelle Wirtschaftsdynamik zu integrieren. Diese sind die sogenannten Unabhängigen bzw. auf eigene Rechnung Arbeitenden mit niedrigem Bildungsniveau oder ohne Bildung, die im Allgemeinen im informellen Wirtschaftssektor tätig sind und Aktivitäten zum Lebensunterhalt ausüben. Dieser Sektor ist am anfälligsten für illegale Aktivitäten. In diesem Sektor ergibt sich eine Frage, die Lateinamerika noch nicht beantwortet: Wie können Mindestbedingungen zum Lebensunterhalt dieser großen Außenseitersektoren in den großen lateinamerikanischen Städten gewährleistet werden?

Es gibt einen Geschlechterkonflikt. Obgleich Frauen im Bildungssektor ebenso repräsentiert sind, ist ihre Stellung im Wirtschaftssektor nicht gleich. Die Frau ist im formellen Sektor unter-, im informellen Bereich überrepräsentiert und von der Armut stärker betroffen, besonders wenn sie Alleinerziehende ist und keinen Lebenspartner hat. Auch im politischen Bereich ist sie unterrepräsentiert. Lateinamerika ist weit davon entfernt, das Ziel von 30% weiblicher Vertretung in den Kongressen zu erreichen.

Es existiert ein Verteilungskonflikt. Das reichste Dezil verfügt in ganz Lateinamerika über mehr als

30% des gesamten Einkommens. In einigen Ländern wird der Prozentsatz von 52,8% wie im Falle Brasiliens im Jahre 2011 erreicht. Das ärmste Dezil erhält nicht mal 3% des gesamten Einkommens. Die ungleiche Verteilung der Einkommen ist einer der charakteristischen sozialen Konflikte Lateinamerikas.

Es existiert ferner ein Konflikt zwischen der Weltanschauung der indigenen und der nichtindigenen Bevölkerung, denn das ökonomische Entwicklungsmodell Lateinamerikas, das noch stark vom Abbau von Mineralien und Rohstoffen bestimmt wird, liegt im Widerstreit zu dem Weltbild der angestammten traditionellen Gemeinschaften.

3.5.7.3 Primär externe Konflikte

Lateinamerika weist eine defizitäre Handelsbilanz auf: Es importiert mehr Produkte, als es ausführt. Es exportiert hauptsächlich mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe ohne Mehrwertbildung und importiert Investitionsgüter, Vorleistungsgüter und Konsumgüter mit hohem dazugegebenem Mehrwert. Das bedeutet, dass Lateinamerika technologisch abhängig ist und es nicht erreicht hat, seinen Industriesektor zu stärken.

Ein Konflikt ist durch den Preis der Rohstoffe begründet, der der Willkür des Markts ausgesetzt ist. Die Preisschwankungen ziehen hauptsächlich die Gemeinschaften kleiner Agrarproduzenten in Mitleidenschaft. Mehr als vom Freihandel oder von der Gleichheit im Zugang zu den Märkten wird von der Notwendigkeit gesprochen, dass Lateinamerika Zugang zu gerechten Märkten bekommt, indem die Produktionsbedingungen der bäuerlichen Gemeinschaften berücksichtigt und ihnen gerechte Preise für ihre Produkte bezahlt werden.

Es bestehen Interessenkonflikte zwischen den ausländischen Investitionen zur Mitfinanzierung großer Megaprojekte, besonders der Bergbau-Energieprojekte, und den traditionellen indigenen Gemeinschaften.

Der wichtigste externe Konflikt Lateinamerikas ist die Bestimmung, ob seine Situation der Unterentwicklung auf seine untergeordnete Position im Weltwirtschaftssystem zurückzuführen ist. Die große Frage ist, ob Lateinamerika von den westlichen Ländern ausgebeutet wird und ob das der Hauptgrund der Armut der Bevölkerung ist. Diese einseitige, auf einen Grund zurückgeführte, vereinfachende Sicht delegiert die Verantwortung der eigenen Entwicklung an Andere: Die "Schuld" haben die Anderen. Das verunmöglicht es, die politisch-ökonomischen Interessengruppen zu identifizieren, die im Innern des Landes existieren und direkt an einer gewissen Art von Beziehungen zu einer gewissen Art von politisch-ökonomischen Interessengruppen der Ersten Welt profitieren. Deshalb können die Verantwortungen und Veränderungsmöglichkeiten im Innern der Länder nicht identifiziert werden, um die derzeitigen defizitären bzw. nachteiligen Situationen zu verändern oder zurückzunehmen.

3.5.7.4 Stärken und Möglichkeiten

Es ist eindeutig, dass Lateinamerika mit einem Markt von 600 Millionen Einwohnern eine große Wirtschaft mit Wachstum und Naturerbe ist, die an sich schon ein großer interner Markt sein könnte.

In Zeiten der Globalisierung scheint der regionale Zusammenhalt eine der Stärkungsmöglichkeiten der Staaten zu sein, um ihre Verhandlungsfähigkeiten gegenüber dem großen Bankwesen, multilateralen Organisationen und multinationalen Korporationen zu verbessern. Die verschiedenen Abmachungen, Abkommen und Freihandelsverträge zwischen lateinamerikanischen Ländern zeigen

einen konstanten Prozess der Stärkung der Beziehungen und des Austauschs zwischen den lateinamerikanischen Ländern selbst. Dieser Prozess müsste sich in näherer Zukunft vertiefen können.

Der Erfolg, den ein paar Länder in konkreten Themen verzeichnen, wie u. a. die Armutszureduzierung in Uruguay, die Ungleichheitsverminderung in Venezuela, das Wirtschaftswachstum in Mexiko und Brasilien, die Auslandsschuldenzureduzierung, macht die Notwendigkeit sichtbar, die Kenntnis eigener lateinamerikanischer sozialer Erfahrungen und Erneuerungen zu vertiefen.

4 ARMUT, UNGLEICHHEIT UND LEBENSQUALITÄT IN KOLUMBIEN

„hilf dir selbst, so hilft dir Gott“
Redewendung Kaffezone

Kolumbien weist, wie schon erwähnt wurde, eine ungleiche Verteilung der Güter und ungleiche Niveaus der Lebensqualität in den verschiedenen Regionen auf, wobei es ein Zentrum-Peripherie-Modell reproduziert, in dem das Zentrum des Landes am reichsten ist und die peripheren Regionen am ärmsten sind; ebenso sind die Zentren innerhalb dieser Regionen reicher und die Peripherien ärmer.

In diesem Kapitel wird zuerst die Situation der Departements laut Ergebnissen offizieller Untersuchungen dargestellt, die im Land zum BIP, den unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnissen, der Lebensqualität, der menschlichen Entwicklung und der Armutslinie durchgeführt wurden, wobei die regionalen Unterschiede hervorgehoben werden sollen. An zweiter Stelle wird eine mikroregionale, vergleichende Analyse zweier Gebiete gemacht, die verschiedene Entwicklungs- und Wohlstandsniveaus aufweisen, d. h. gegensätzliche Niveaus, um die Faktoren zu identifizieren, die dazu beitragen, den Modernisierungsprozess auf regionaler Ebene zu beleben bzw. zu blockieren. Es handelt sich um die Bananenregion von Uraba/Antioquia und die zentrale Kaffeeregion, von der Gemeinden des Departements Caldas ausgewählt werden, die bei der bestehenden Disproportion zwischen der Größe der zentralen Kaffeeregion und der Bananenregion eine vergleichbare Fläche wie die der Bananenregion umfassen.

4.1 Die allgemeine regionale Lage

Kolumbien weist Regionen auf, die sich wegen der Verbindungsschwierigkeiten, die sich aus der Geografie ergeben, insbesondere die der drei Andenkordilleren, die das Zentrum des Landes in Süd-Nord-Richtung durchziehen, relativ isoliert entwickelt haben.

Dieses physische Phänomen wurde vom Besetzungsmodell, das die Spanier bei der Kolonisierung anwandten, verstärkt, wie in vorherigen Kapiteln erwähnt wurde. Es charakterisierte sich durch die punktuelle Lage der Städte. Die *Encomenderos* mussten Städte gründen und darin leben. Diese bildeten **Zentren** sozialer, ökonomischer und politischer Aktivität sowie der Investitionen, wobei den ruralen Gebieten, in denen die unteren sozialen Schichten, die indigene Bevölkerung und die Sklaven lebten und arbeiteten, im Gegensatz dazu wenig Bedeutung und Aufmerksamkeit gegeben wurde. Die Investitionen, die in diesen Zonen gemacht wurden, waren die Notwendigsten, um die Bedingungen herzustellen, die zum Erlangen des größtmöglichen Reichtums nötig waren, der in den Zentren verwaltet und zum Teil nach Spanien verschickt wurde. Als humanitäre Investitionen wurden nur die Notwendigsten getätigt, um die physische Kraft und Arbeitskraft der Menschen zu erhalten.

Dieses Modell der territorialen Besetzung besteht weiterhin, was die aktuelle Situation der Städte und der Regionen, die signifikante Unterschiede aufweisen, zeigt, je nachdem, ob sie sich im Zentrum oder der Peripherie befinden, ob sie von ethnischen Minderheiten bewohnt werden oder nicht, ob sie einen hohen Urbanisierungs- und Industrialisierungsgrad aufweisen oder nicht.

Nach der Weltbank und dem Nationalen Planungsdepartement (DNP) (2012) befinden sich etwa 25% des nationalen Bruttoinlandsprodukts in drei Städten: in der Hauptstadt Bogota, in Medellin und in Cali, wobei das industrielle BIP von Bogota 50% größer als das der beiden anderen Städte ist. Die gleiche Situation gibt es bei den Dienstleistungen, bei denen der Mehrwert von Bogota doppelt so hoch ist wie der von Medellin und Cali und derjenige dieser beiden Städte wiederum

doppelt so hoch wie der der Region Atlantico und der beiden Regionen von Santander. Diese Reichtumskonzentration in der Hauptstadt ist auf die institutionelle Präsenz der Verwaltungen, Universitäten, Finanz- und Immobilienfirmen zurückzuführen, weshalb Bogota die Produktion in allen Bereichen leitet.

Im Folgenden wird die Verteilung des Reichtums, der Armut und der Niveaus der Lebensqualität sowie der menschlichen Entwicklung auf Departementebene vorgestellt.

4.1.1 Nationales und departementsspezifisches Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt Kolumbiens von 2010 beträgt 424.900 Milliarden Peso, von denen die Hauptstadt Bogota 26,34% und die Departements Antioquia 13,68%, Valle del Cauca 10,05%, Santander 6,93%, Cundinamarca 6,93%, Atlantico 4,18%, Bolivar 3,89% und Meta 3,75% erzeugen. Die restlichen Departements tragen weniger als 3% bei. Zu den Departements, die am wenigsten produzieren, zählen: Vaupes mit 0,02%, Guainia 0,03%, Amazonas 0,06%, Guaviare 0,09%, Vichada 0,14%, San Andres, Providencia und Santa Catalina 0,18%, Choco 0,44%, Putumayo 0,45%, Caqueta 0,46% und Arauca 0,85%.

Die Zonen, die den größten Reichtum herstellen, sind die Zentren, die in der Kolonialzeit gegründet wurden. Es sind die Orte, an denen dank der Ausbeutung der indigenen und der versklavten Arbeitskraft der Prozess der Kapitalanhäufung begann. Anfänglich wurden Überschüsse im Handel erzeugt, was auf eine Phase der Entwicklung des Handelskapitalismus hindeutet, der auf der Gewinnung und Kommerzialisierung von Gold und den Tabakplantagen basiert, später auf weiteren landwirtschaftlichen Exportprodukten wie der Chinarinde. Diese Zentren verwandelten sich im Laufe der Zeit zu Mittelpunkten der industriellen Entwicklung. Bogota, Cundinamarca und Santander entsprechen der zentralen Bevölkerungszone, die die Spanier auf der Hochebene von Cundinamarca und Boyaca etablierten, wo sie das Klima, das Land und die Entwicklung der indigenen Landwirtschaft ausnutzten, um die *Conquistadores* zu unterhalten. Diese erste Zone reichte bis Boyaca und den beiden Departements von Santander.

Das zweite Zentrum entspricht Antioquia, anfänglich eine Bergbauzone, später eine landwirtschaftliche Zone und schließlich eine Zone großer industrieller Entwicklung. Das dritte Zentrum umfasst die Departements Valle del Cauca und Cauca, wo anfänglich Popayan die Vorherrschaft innehatte und wo der Sitz des Vizekönigreichs und Bergbau- und Sklavenhandelszentrum war. Mit dem Verfall des Bergbaus verdrängte Cali Popayan und entwickelte sich dank der Rohrzuckerplantagen weiter, die Sklaven als Arbeitskräfte anstellten und eine Kapitalanhäufung ermöglichten, die später die industrielle Entwicklung begünstigte. Die vierte Zone umfasst die atlantische Küste, die Departements Bolivar mit der Hauptstadt Cartagena und Atlantico mit der Hauptstadt Baranquilla, die erstere als Hafen und Wirtschafts- und Industriezentrum verdrängte.

Die Zonen, die den geringsten Reichtum produzieren, befinden sich in den peripheren Departements, die in den Urwäldern des Amazonas und von Choco liegen, in den Savannen der Llanos Orientales oder in der Karibik, Territorien, die sich alle in großer Entfernung vom Zentrum Bogota befinden, Zugangs- und klimatische Schwierigkeiten aufweisen und größtenteils von ethnischen Minderheiten indigener, schwarzer und raizaler Bevölkerungen bewohnt werden. Diese Gemeinschaften bildeten sich aus der Bevölkerung, die vor Knechtschaft oder Sklaverei geflohen war, oder aus freigelassenen oder siedelnden Bauern, einer Bevölkerung, die wegen der ungleichen Bedingungen der Produktion in der Feudal- und der anschließenden Unabhängigkeitszeit kein Kapital anhäufen konnte.

4.1.2 Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse

Der Index für unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse *“Necesidades Básicas Insatisfechas”* NBI ist eine Methode, die es ermöglicht, auf der Grundlage von fünf einfachen Indikatoren zu bestimmen, ob die Grundbedürfnisse der Bevölkerung gedeckt werden oder nicht.

Die fünf Indikatoren sind:

- Personen, die in unangemessenen Wohnungen leben, mit Böden aus Erde bzw. ungeeigneten Materialien.
- Personen, die in Wohnungen mit unangemessenen Dienstleistungen leben, mit unangemessener Trinkwasserversorgung und ohne grundlegende Abwasserentsorgung.
- Personen, die in Wohnungen mit kritischer Überbelegung leben, d. h. mehr als 3 Personen pro Zimmer; Küche, Badezimmer bzw. Toilette und Garage liegen außerhalb.
- Personen in Haushalten, in denen gemeinsam mit dem Haushaltoberhaupt verwandte Kinder zwischen 7 und 11 Jahren wohnen, die keine Schule besuchen.
- Personen in Haushalten mit hoher ökonomischer Abhängigkeit, d. h. mehr als drei Personen pro beschäftigtem Mitglied und das Haushaltoberhaupt hat höchstens 2 formelle Schuljahre erfolgreich abgeschlossen.

Die ersten drei Indikatoren hängen direkt mit der, in den Haushalten zur Verfügung stehenden, physischen Infrastruktur zusammen, d. h. einerseits mit der Wohnung und andererseits mit dem damit zusammenhängenden Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Die letzten beiden Indikatoren haben mit der Bildung der Haushalte zu tun – dem Schulbesuch der Kinder und dem Zugang zu Anstellungsmöglichkeiten, die die notwendigen Einkommen zum Erstellen eines ausreichenden Warenkorbs mit Nahrungsmitteln, Gütern und Dienstleistungen garantieren. Wenn ein Haushalt mindestens einen Indikator aufweist, wird er als arm klassifiziert; weist er zwei oder mehr auf, befindet er sich in einer Elendssituation.

Das Nationale Statistische Amt DANE entwickelte diese Methode und wendet sie seit dem Jahr 1973 an. Die Ergebnisse dieser Analyse zeigen auf, dass das Land seit 1973 den Index für unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse der Bevölkerung ununterbrochen reduziert. Auf der Ebene der Armut, d. h. bei Haushalten, die mindestens einen Indikator des NBI-Indexes aufwiesen, betrug der Wert 70,5% im Jahr 1973 und sank 1985 auf 54,4%, im Jahr 1993 auf 35,8% und 2005 auf 27,7%.

Auch hinsichtlich der Bevölkerung, die sich in einer Elendssituation befand, d. h. die zwei oder mehr Indikatoren des NBI-Index aufwies, sank der Index-Wert von 44,9% 1993 auf 22,8% 1985, auf 14,9% 1993 und auf 10,6% 2005.

Die Analyse der einfachen Indikatoren erlaubt es, die Entwicklung derselben zu verfolgen. Die Personen, die in **unangemessenen Wohnungen** bzw. in, als menschliche Unterkunft ungeeigneten, Wohnungen lebten, betrug 1973 31,2%, 1985 13,8%, 1993 11,6% und 2005 10,4%. Dieser Indikator schließt Personen ein, die in natürlichen Zufluchtsorten, unter Brücken oder in Wohnungen aus Abfallmaterial oder in urbanen Wohnungen mit Böden aus Erde wohnen. Auf ruraler Ebene werden zwei Charakteristiken gezählt: Böden aus Erde und Wände aus halbbeständigen bzw. leicht vergänglichen Materialien.

Als **Wohnungen mit unangemessenen Versorgungs** werden diejenigen betrachtet, die sich in den Gemeindezentren befinden und nicht über Toiletten verfügen, die an die Kanalisation angeschlossen sind, oder solche, deren Bewohner sich bei mangelnder Wasserversorgung mit

Regenwasser, Quellwasser oder Tankwagen behelfen. In ruralen Gebieten fallen die Wohnungen darunter, die weder Toiletten noch Wasserleitungen haben, d. h. die sich mit Flusswasser, Quellwasser, Tankwagen oder Regenwasser versorgen. Die Bevölkerung, die unter einer unangemessenen Versorgung litt, betrug im Jahr 1973 30,3% und sank 1985 auf 21,8%, 1993 auf 10,5% und 2005 auf 7,4%.

Der Prozentsatz der Personen, die in Haushalten mit **kritischer Überbelegung** lebten, sank von 34,3% im Jahr 1973 auf 19,4% 1985, auf 15,4% 1993 und auf 11,1% 2005.

Der Prozentsatz der Personen in **Haushalten ohne Schulbesuch**, in denen Kinder zwischen 7 und 11 Jahren keine formelle Schule besuchten, betrug 1973 31% und sank 1985 auf 11,5%, 1993 auf 8% und betrug im Jahr 2005 3,6%.

Der Prozentsatz der Personen in **Haushalten mit hoher ökonomischer Abhängigkeit** sank von 29% im Jahr 1973 auf 15,9% im Jahr 1985, auf 12,8% im Jahr 1993 und betrug 11,2% im Jahr 2005.

Die Indikatoren, die in der Periode den größten Rückgang aufwiesen, waren derjenige der Haushalte ohne Schulbesuch und derjenige der Wohnungen mit unangemessener Versorgung, was auf öffentliche Investitionen in diesen beiden Bereichen hindeutet und zeigt, dass der öffentlichen Politik der allgemeinen Beteiligung „*Sistema General de Participaciones*“ nachgekommen wird, die die Gemeinden verpflichtet, Transferleistungen in Bildung und grundlegende Sanierungen zu zahlen.

Die Indikatoren für unangemessene Wohnungen und Wohnungen mit kritischer Überbelegung ihrerseits liegen bei über 10% und weisen auf den Mangel an Investitionen in Sozialwohnungen hin, die mit eigenen Ressourcen der Gemeinden finanziert werden müssen und nicht mit Geldern der Nation.

Der Indikator der ökonomischen Abhängigkeit liegt bei 11,2% und ist der höchste der fünf Indikatoren. Er drückt die Schwierigkeit der Bevölkerung aus, eine Anstellung zu finden, entweder wegen des Mangels an Angeboten und wirtschaftlicher Dynamik in den Regionen oder wegen mangelnden Humankapitals für qualifizierte Stellen.

Der Index der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse NBI des Jahres 2005 zeigt auf nationaler Ebene eine ungleiche Beziehung auf: In den Gemeindezentren befinden sich zu 19,66% der Bevölkerung in dieser Situation, d. h. jede fünfte Person, und auf ruraler Ebene ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung (53,51%). Dies weist darauf hin, dass die Armut in den urbanen Zentren geringer als in den ruralen Peripherien ist.

Nach Departements weisen die folgenden den größten Bevölkerungsanteil in Armutssituation nach dem NBI-Index auf: Choco (79,19%), Vichada (66,95%), La Guajira (65,23%), Guainia (60,62%), Cordoba (59,09%), Sucre (54,86%) und Vaupes (54,77%). Die Departements mit der niedrigsten Armutshäufigkeit nach dem NBI-Index sind Bogota (9,20%), Valle del Cauca (15,68%), Quindio (16,20%), Risaralda (17,47%), Caldas (17,76%), Cundinamarca (21,30%), Santander (21,93%), Antioquia (22,96%) und Atlantico (24,74%). Man sieht, dass es eine negative Korrelation zwischen dem BIP und dem NBI-Armutssindex gibt. Die Departements mit dem höchsten BIP haben nach dem NBI-Armutssindex das niedrigste Armutsvorkommen. Es ist jedoch interessant hervorzuheben, dass es nicht unbedingt die Departements mit dem höchsten BIP sind, die eine geringere Armut aufweisen, denn obwohl Bogota und Valle del Cauca die Liste der Departements mit den niedrigsten NBI-Werten anführen und die umgekehrte Beziehung zwischen BIP und NBI bestätigen, folgen drei

Departements der Kolonialisierungszone von Antioquia in der zentralen Kaffeeregion: Quindio, Risaralda und Caldas, die nach dem BIP die Plätze 23, 18 und 17 einnehmen. Das heißt, dass diese drei Departements es erreicht haben, die Armut zu vermindern, ohne die reichsten zu sein. Die Gründe, die dies erklären, werden im nächsten Kapitel vertieft.

Die Departements, die in ihren Gemeindezentren eine große Bevölkerung mit unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnissen (NBI) aufzeigen, sind u.a. Choco (81,94%), San Andres (50,83%), Sucre (46,60%), Guainia (45,66%), Cordoba (42,68%), Vichada (41,94%), La Guajira (40,47%), die über dem nationalen Durchschnitt von 19,96% liegen. Die Departements, deren Gemeindezentren eine Bevölkerung mit unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse (NBI) unter dem nationalen Durchschnitt aufweisen, sind Bogota (9,16%), Risaralda (13,06%), Caldas (13,29%), Santander (13,54%), Valle del Cauca (14,06%), Boyaca (14,10%), Quindio (15,28%), Cundinamarca (15,42%) und Antioquia (15,90%).

Die Departements, die in ihren ruralen Zonen den größten Bevölkerungsanteil mit Armut (NBI) haben, sind La Guajira (91,92%), Vaupes (88,18%), Vichada (84,40%), Guainia (81,17%), Cordoba (76,60%), Choco (76,11%) und Sucre (69,48%). Die Departements, die in ihren ruralen Zonen den niedrigsten Bevölkerungsanteil mit Armut (NBI) haben, sind San Andres (15,34%), Quindio (22,23%), Valle del Cauca (26,22%), Bogota (27,84%), Caldas (29,18%), Risaralda (32,06%) und Cundinamarca (32,22%).

Die Departements der „Eje Cafetero“ genannten zentralen Kaffeeregion Caldas, Quindio und Risaralda befinden sich unter den Departements, die ein geringes Armutsvorkommen (NBI) sowohl in ihren Gemeindezentren als auch in ihren ruralen Zonen aufweisen. Eine Erklärung dafür kann die Investition sein, die der Nationale Kaffeebauernbund „Federación Nacional de Cafeteros“ mit seinem Gremium in Infrastrukturen wie Wohnungen, grundlegende Sanitärversorgung und Bildung im ruralen Sektor tätigte.

4.1.3 Nationale Umfrage zur Lebensqualität (ENCV)

Das Nationale Statistische Amt (DANE) realisiert seit 1997 die Nationale Umfrage zur Lebensqualität „Encuesta Nacional de Calidad de Vida“ (ENCV), die die Lebensbedingungen der Kolumbianer misst und damit Armut- und Ungleichheitsindikatoren erhält. Ihre Ergebnisse stellen wichtige Hinweise für die Planung, Durchführung und Auswertung der öffentlichen Maßnahmen des Landes dar. Die analysierten Variablen der Umfrage sind: Wohnungsart und physische Merkmale, Zugang zu öffentlichen, privaten oder kommunalen Versorgung; demografische Variablen wie Geschlecht, Alter, Verwandtschaft, Personenstand, Gesundheit, Pflege der Kinder unter 5 Jahren, Tätigkeit, Besitz und Finanzierung der Wohnung und Lebensbedingungen des Haushalts. Diese Umfrage wird bei einer repräsentativen Bevölkerung durchgeführt und die Daten werden durch Bevölkerungsprojektionen auf der Grundlage der Volkszählung von 2005 erweitert. Die neueste Nationale Umfrage zur Lebensqualität wurde im Jahr 2012 durchgeführt und ihre Ergebnisse werden im Folgenden vorgestellt.

Ergebnisse 2012. Die durchschnittliche Anzahl an Haushalten pro Wohnung ist 1 sowohl in den Gemeindezentren als auch in den restlichen Zonen. Die Anzahl der Personen pro Haushalt ist auf nationaler Ebene und in den Gemeindezentren 3,5 und in den ruralen oder restlichen Zonen 3,7. Als Wohnungsart herrscht das Haus vor, das 61,5% der Wohnimmobilien ausmacht, gefolgt von 35% Appartements und 3,4% Zimmer. Die indigene Wohnung und sonstige Wohnungen machen 0,15% aus.

Die vorherrschende Form der Wohnung ist auf nationaler Ebene die Eigentumswohnung. 3,3% der Haushalte haben eine vollständig abgezahlte Wohnung, 4,8% zahlen noch ab, 34,4% wohnen zur Miete, 15,2% wohnen als Nutznießer, d. h. sie wohnen mit Erlaubnis des Besitzers, ohne etwas zu bezahlen, und 2,4% sind Besetzer, d. h. sie verfügen über keinerlei Besitzurkunde zur Wohnung. Das Wohnverhalten weist signifikante Unterschiede zwischen urbaner und ruraler Zone auf. Auf urbaner Ebene machen die Mieter 40,7% aus, während es auf ruraler Ebene nur 12,2% sind, wobei der Prozentsatz an Haushalten, die mit Erlaubnis der Eigentümer als Nutznießer in Häusern wohnen, im Allgemeinen gegen eine Gegenleistung in Gütern oder Arbeit, höher ist und 30,2% beträgt.

Bezüglich der öffentlichen Versorgungsdienstleistungen verfügen 97,6% der Haushalte über elektrischen Strom, 87,4% über Wasserleitungen, 80,4% über Müllabfuhr, 75,3% über Kanalisation, 57,3% über Naturgas und 35,6% über Telefonanschluss. 1,9% der Haushalte stehen keinerlei Dienstleistungen zur Verfügung. In den Gemeindezentren liegt die Deckung mit öffentlichen Dienstleistungen über dem nationalen Durchschnitt. Auf dem Land liegen die Durchschnittswerte darunter. In dieser Zone ist die öffentliche Dienstleistung mit der höchsten Deckung der elektrische Strom, der 90% der Wohnungen erreicht, gefolgt von Wasserleitungen mit 53,3%, Kanalisation mit 15,6%, Müllabfuhr mit 21,7%, Naturgas mit 8% und Telefonanschluss mit nur 3,8%. 8,4% der Haushalte verfügen über keinerlei Versorgungsdienstleistungen.

34,3% der Haushalte trennen den Müll nach der Art der Materialien: Papier und Karton, Plastik, Restmüll und organischer Abfall, Glas und Metall.

Die Haushalte mit Mobiltelefon betragen auf nationaler Ebene 94,2%. In den Gemeindezentren liegt der Anteil mit 96% noch höher und im Rest bzw. der ruralen Zone sind es 87,9%.

Der Analphabetismus der 15-jährigen und älteren Personen liegt bei 5,9% auf nationaler Ebene bei 3,8% in den Gemeindezentren und bei 13,3% in den ruralen Zonen.

Der Schulbesuch der Bevölkerung der 5-Jährigen und älteren Personen zeigt, dass es bei höherem Alter einen geringeren Schulbesuch gibt. So besuchen in der Altersgruppe von 5-11 Jahren 96,1% eine Schule, 91,5% der Altersgruppe von 12-15 Jahren, 72,2% der Altersgruppe von 16-17 Jahren, 30,1% der Altersgruppe von 18-25 Jahren und 3,9% der Bevölkerung von 26 und mehr Jahren. Das deutet darauf hin, dass das Fernbleiben von der Schule sich ab 15 Jahren verstärkt. Der Durchschnitt der Schuljahre der 5-jährigen und älteren Personen zeigt, dass in der Altersgruppe der 5- bis 14-Jährigen der Schulbesuch 2,9 Jahre beträgt, in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen sind es durchschnittlich 9,6 Bildungsjahre, in der Gruppe der 25-34-Jährigen 10,2 Bildungsjahre, in der Gruppe der 35-Jährigen und älter durchschnittlich 7,4 Bildungsjahre. Der Durchschnitt der Bildungsjahre ist in allen Altersgruppen in den Gemeindezentren höher als im Rest des Landes.

90,6% der Bevölkerung sind im Allgemeinen System der Krankenversicherung versichert, 9,2% sind in keinerlei System der Sozialversicherung versichert. Von den versicherten Personen gehören 47,5% zum beitragenden und 52,2% zum subventionierten System, 0,3% geben keine Auskunft. In den urbanen Zonen gehören 56,8% dem beitragenden System und 42,8% dem subventionierten System an. Auf ruraler Ebene ist die Beziehung umgekehrt: 16,5% sind im beitragenden und 83,4% im subventionierten System eingeschrieben. Die Kosten der Gesundheitsversorgung werden hauptsächlich von der Versicherungsgesellschaft gedeckt, bei der 63,2% versichert sind; trotzdem geben 16,2% der Familien an, dass sie die Gesundheitskosten aus eigenen Mitteln zahlen.

50,9% der Kinder unter 5 Jahren bleiben unter der Obhut des Vaters oder der Mutter Zuhause; in der ruralen Zone beträgt dieser Anteil 68,3%. In einer Kindertagesstätte, einer Kinderkrippe oder einem

Kindergarten sind 34%, in der Betreuung eines über 18-jährigen Verwandten sind 11%, bei Vater oder Mutter in der Arbeit sind 1,5% oder unter Betreuung einer anderen Person, Angestellten, Kindermädchen, Verwandten unter 18 Jahren oder allein Zuhause sind 2,6%.

Die von der beschäftigten Bevölkerung benutzten Transportmittel sind zu 18,7% der Stadtbus, 16,5% benutzen das Motorrad oder Fahrrad, 6,2% das Privatauto, 3% den Schnellbus mit mehreren Wagen wie den sogenannten „Transmilenio“, 0,5% die S-Bahn. 34,6% gehen zu Fuß zur Arbeit und 12,4% arbeiten Zuhause in ihrer Wohnung. Die Unterschiede nach Zonen sind signifikant: Auf urbaner Ebene benutzen 23,1% den Stadtbus, 17,6% das Motorrad oder das Fahrrad, 7,6% das Privatauto, 2% das Firmentransportmittel. Auf ruraler Ebene bewegen sich 61,3% zu Fuß zur Arbeitsstätte, 12,2% benutzen das Motorrad oder Fahrrad und 7,7% benutzen andere Transportmittel wie Regionalbus, Taxi, Boot, Fähre, Kanu und Pferd.

Hinsichtlich der Güter und Dienstleistungen, die der Haushalt besitzt, haben 91% einen Fernseher, davon sind 75,5% konventionelle Farbfernseher, 9,7% LCD-, Plasma- oder LED-Fernseher, 14,8% haben beide Fernseherarten, 78,7% haben Kühlschrank, 56,2% haben abonniertes Fernsehen, 51,8% Waschmaschine, 47,9% Musikanlage, 44,4% haben DVD Blue-ray, 23,5% Elektrobackofen, 20,6% Motorrad, 20% Mikrowelle, 13,7% Privatauto. 38,5% der Haushalte haben einen Computer und 32,2% einen Internetanschluss.

Die Nutzung des Handytelefons hat sich in der Mehrheit durchgesetzt: Auf nationaler Ebene besitzen 67% der 5-jährigen und älteren Personen ein Handytelefon, in den urbanen Zonen besitzen 70,9% eins und in den ruralen Zonen 53,7%. Auch der Gebrauch des Computers hat sich in der Mehrheit durchgesetzt: 51,7% der 5-jährigen und älteren Personen nutzt ihn – bei Unterschieden zwischen den Zonen: In den urbanen Zonen wird er von 58,4% der Bevölkerung benutzt, während ihn auf ruraler Ebene nur 28,5% benutzen. Die Internetnutzung weist eine ähnliche Struktur auf: Auf nationaler Ebene nutzt 48,8% der Bevölkerung es, in den Gemeindezentren 56,2% und in den ruralen Zonen 23,4%. Die Hauptaktivitäten, die online realisiert werden, sind E-Mails und Messenger Services (62,4%), Informationssuche (56,5%), soziale Netzwerke (55,6%), Ausbildung und Lernen (42%), Unterhaltungsaktivitäten (39,5%), elektronisches Banking und andere Finanzaktivitäten (5,8%), Kommunikation mit Behörden (5,5%), Kauf von Produkten und Dienstleistungen (4,9%) sowie andere Dienste (3%).

In 34,4% der Haushalte sind Frauen die Oberhäupter: in den Gemeindezentren sind es 37,4%, während es in den Restzonen 23,6% sind. Diese Frauenführung liegt zu 78,9% der Fälle in Händen alleinstehender Frauen, die keinen Ehemann oder festen Lebensgefährten haben. In 38,2% dieser Haushalte gibt es Kinder unter 18 Jahren, was sie zu den verwundbarsten Haushalten macht.

28,3% der Haushaltsoberhäupter oder ihrer Ehepartner meinen, dass die Haushaltseinkünfte nicht ausreichen, um die Mindestausgaben zu decken, 57% denken, dass die Einkünfte nur für die Mindestausgaben reichen und 14,8% meinen, dass sie mehr als die Mindestausgaben decken. Es sind Unterschiede zwischen den Meinungen in den urbanen und den ruralen Zonen festzustellen. Auf urbaner Ebene denken 58,4% der Haushaltsoberhäupter bzw. ihrer Ehepartner, dass die Einkommen nur zur Deckung der Mindestausgaben reichen und 17,7% denken, dass die Einkünfte mehr als die Mindestausgaben decken. Auf ruraler Ebene meinen 44%, dass die Einkünfte nicht zur Deckung der Minimalausgaben reichen, 51,8% sagen, dass die Einkünfte nur die Minimalausgaben decken und 4,2% denken, dass die Einkommen mehr als die Minimalausgaben decken.

45,5% der Haushaltsoberhäupter bzw. ihrer Ehepartner meinen, dass ihr derzeitiges Lebensniveau besser als das vor 5 Jahren ist, 41,3% denken, dass es gleich ist und 13,2% sagen, dass es schlechter

ist. Auf ruraler Ebene sagen 37,6%, dass die Situation besser ist, 47,3% meinen, dass sie gleich und 15%, dass sie schlechter ist.

Auf nationaler Ebene fühlen 57,6% der Haushaltsoberhäupter oder deren Ehepartner sich nicht arm. In der urbanen Zone ist der Prozentsatz höher und liegt bei 64,7%, während er in der ruralen niedriger ist und bei 67,7% der Bevölkerung liegt. Das zeigt einen klaren Unterschied in der Selbsteinschätzung der Armut zwischen beiden Zonen auf.

Regionale Situation

Das Nationale Statistische Amt DANE präsentiert die Ergebnisse der Nationalen Umfrage zur Lebensqualität getrennt nach Regionen, was eine räumliche Analyse der Verteilung der Güter und Dienstleistungen im Land ermöglicht.

Die **Atlantikregion** umfasst die Departements La Guajira, Cesar, Magdalena, Atlantico, Bolivar, Sucre und Cordoba, alle mit Küsten am Atlantischen Ozean. Zur **Pazifikregion** gehören die Departements Choco, Cauca und Nariño, alle mit Küsten am Pazifischen Ozean. Von dieser Region ist das Departement Valle del Cauca ausgeschlossen, von dem getrennte Daten angegeben werden. Die **Region des Ostens** umfasst die Departements Norte de Santander, Santander, Boyaca, Cundinamarca und Meta; die **Region des Zentrums** besteht aus den Departements Caldas, Quindio, Risaralda, Tolima, Huila und Caqueta; die **Region Orinoco-Amazonas** schließt die Departements Arauca, Casanare, Vichada, Guainia, Guaviare, Vaupes, Amazonas und Putumayo ein. Zu beachten ist: Die Daten von San Andres, den Departements Antioquia und Valle del Cauca sowie der Hauptstadt Bogota werden getrennt vorgestellt, um die Ergebnisse des Rests des Departements aufgrund der bestehenden Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen der Bevölkerung dieser Departements und der Bevölkerungen des Rests des Landes nicht zu verzerren.

Die Analphabetismusraten der 15-Jährigen zeigen große regionale Unterschiede auf. Die Atlantikregion weist mit 10,4% die höchste Rate auf, gefolgt von der Pazifikregion mit 9,3%, dem Zentrum mit einer Rate von 6,4%, die im Vergleich mit dem Jahr 2011 1,1 Prozentpunkte zunahm, der Osten weist 5,5% auf, Antioquia 4,6%, Valle del Cauca 3,5%, Orinoco-Amazonas 3,2% – wobei diese Region im Vergleich mit dem Jahr 2011 eine signifikante Reduktion von 1,9 Prozentpunkten aufweist –, Bogota 1,7% und San Andres 0,7%.

Die prozentuale Verteilung der **Bevölkerung, die im Allgemeinen System der Sozialversicherung der Gesundheit versichert ist**, zeigt auf, dass 7 der 9 Zonen eine Deckung über 90% aufweisen. Diejenigen mit einer niedrigeren Deckung sind Atlantik 88,5%, Valle del Cauca 88,7% und Orinoco-Amazonas 89,9%. Wie zu sehen ist, haben die Regionen hohe Deckungen, die Hauptunterschiede bestehen in der Versicherungsart. Bogota hat den höchsten Anteil an Personen, die beitragsversichert sind (77%), gefolgt von San Andres (68,2%), Valle del Cauca (60,2%) und Antioquia (53,4%). Den höchsten Anteil an subventionierter Versicherung hat die Pazifikregion mit 81,2%, gefolgt von der Atlantikregion mit 67,3%, Orinoco-Amazonas 63,4%, das Zentrum mit 58,8% und der Osten mit 55,4%.

Die **Haushalte mit Frauen als Oberhäupter** weisen in allen Regionen einen Anteil von über 30% und unter 40% auf. Der höchste Anteil an Frauen als Haushaltsoberhäupter gibt es mit 38,2% in der Region Orinoco-Amazonas, den niedrigsten Anteil gibt es mit 31,3% in San Andres.

Der Prozentsatz der **Haushalte, die einen Computer besitzen**, weist große regionale Unterschiede auf. Bogota hat mit 59,4% den größten Anteil an Haushalten mit Computer, gefolgt von Antioquia mit 47%, Valle del Cauca 45,8%, San Andres 37,8%, Orinoco-Amazonas 37%, Zentrum 33%,

Osten 34,1%, Atlantik 25,2% und Pazifik 17,8%. Der Besitz eines Computers nahm im Vergleich zum Jahr 2011 in allen Regionen zu.

Die **Internetverbindung** hat die gleichen regionalen Unterschiede. Bogota weist mit 52,2% den höchsten Anteil von Haushalten mit Internetverbindung auf, gefolgt von Antioquia mit 39,6%, Valle del Cauca 39,2%, San Andres 27,9%, dem Osten 26,8%, dem Zentrum 26,1%, Orinoco-Amazonas 23,7%, Atlantik 22% und Pazifik 12%. Auch der Internetzugang zeigt in allen Regionen eine Zunahme. Die signifikanteste hat San Andres, die von 13,4% im Jahr 2011 auf 27,9% im Jahr 2012 stieg, und Orinoco-Amazonas, die von 12,5% auf 23,7% stieg.

Die **Wahrnehmung der Haushaltsoberhäupter bzw. ihrer Ehepartner der Einkünfte** zeigt, dass sich die höchste Wahrnehmung, dass die Einkünfte nicht reichen, um die Minimalausgaben zu decken, mit 41,7% der Haushalte in der Pazifikregion befindet, gefolgt von der Atlantikregion mit 36,8%, dem Osten mit 28,4% und dem Zentrum mit 28%. Die Haushaltsoberhäupter bzw. ihre Ehepartner, die meinen, dass die Einkünfte mehr als die Minimalausgaben decken, befinden sich hauptsächlich in Bogota (19,8%), Orinoco-Amazonas (19,7%) Antioquia (18,4%) und Valle del Cauca (17,8%).

Die Wahrnehmung, sich in einer Armutssituation zu befinden, entspricht der Meinung, dass die Haushaltseinkünfte zur Deckung der Minimalausgaben reichen oder nicht. Die Regionen, die den größten Anteil an Haushaltsoberhäuptern oder Ehepartnern aufweisen, die denken, dass sie arm sind, sind mit 63,4% die Pazifikregion, die Atlantikregion mit 56,8%, das Zentrum 48,1%, die Region Orinoco-Amazonas 44,1%, der Osten 43,3%, San Andres 42,4%, Antioquia 37%, Valle del Cauca 31,1% und Bogota 23,8%.

4.1.4 Finanzielle Armut in Kolumbien

Die Mission für die Verbindung von Serien von Stellen, Armut und Ungleichheit "*Misión para el Empalme de las Series de Empleo, Pobreza y Desigualdad*" (MESEP) ist eine Expertengruppe, die sich Fachleuten des Nationalen Planungsdepartements, des Nationalen Statistischen Amtes (DANE), der Nationalen Universität, der Universität del Rosario, des Entwicklungsbunds Fedesarrollo, der Weltbank und der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) zusammensetzt, veröffentlicht im Jahr 2012 Zahlen über die Armut in Kolumbien, wobei die Periode von 2002-2010 analysiert und eine neue Messmethode angewandt wird. Die Mission hebt vier Merkmale der angewandten neuen Methode hervor: erstens benutzt sie die neueste statistische Grundlage zum Konsumverhalten der Kolumbianer, die Nationale Umfrage zu Einkommen und Ausgaben „*Encuesta Nacional de Ingresos y Gastos*“ (INIG) 2006-2007, integriert neue methodologische Ansätze, die von internationalen Fachleuten weitgehend akzeptiert werden, benutzt eine präzisere Messung des Mehrwerts des Einkommens und kommt den gültigen Methoden der anderen lateinamerikanischen Länder näher, was die Vergleichbarkeit im regionalen Kontext erleichtert.

Die finanzielle Armut wird auf der Grundlage zweier Variablen gemessen: dem Wert der Armuts- und der extremen Armutslinien sowie dem verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der Ausgabeneinheiten, d. h. der Haushalte. Das ist eine indirekte Messmethode der Armut, da sie ein minimal notwendiges Einkommen definiert, um eine bestimmte Menge an Grundbedürfnissen befriedigen zu können. Diese Grundbedürfnisse können mit zwei Methoden gemessen werden: Die eine ist die Berechnung des Kalorienkonsums oder des Mindestnährstoffbedarfs, die die Linie der extremen Armut bestimmt, und die andere ist diejenige der Kosten der Grundbedürfnisse bzw. der Kosten eines Warenkorb an Lebensmitteln und nicht Lebensmitteln, der die Armutsgrenze

bestimmt. Die Zusammensetzung eines grundlegenden Warenkorbs erlaubt, das Konsummuster der Bevölkerung zu identifizieren, das die Anforderungen befriedigt.

Die neue Armutslinie Kolumbiens beträgt nach Daten der Mission (MESEP-2012) 4,42 PPP-Dollar (Kaufkraftparität) pro Person pro Tag.

Armutsvorkommen in 13 Metropolenregionen. Das Land hat verschiedene Metropolenregionen: Barranquilla, Bucaramanga, Bogota, Manizales, Medellin, Cali, Pasto, Villavicencio, Pereira, Cucuta, Cartagena, Ibague und Monteria. Diese dicht urbanisierten Gebiete weisen im Vergleich zum Rest des Landes eine größere ökonomische Aktivität auf, eine größere Bildung von Reichtum und ein geringeres Vorkommen von Armut und Elend.

Während der Periode 2002-2010 wurde das Armutsvorkommen in allen Metropolenregionen reduziert. Das niedrigste Auftreten von Armut wies im Jahr 2010 mit 10,8% der Bevölkerung Bucaramanga auf, gefolgt von Bogota mit 15,5%, das höchste Vorkommen wiesen Pasto mit 42,6% sowie Barranquilla und Monteria mit jeweils 39,5% auf. In einigen Metropolenregionen war die Armutsverminderung signifikanter als in anderen: In Bucaramanga wurde die Armut um 22,7% reduziert – in der Hauptstadt Bogota um 15,8%, in Medellin um 14,1%, in Cucuta 13,7%, in Cartagena 13,7% und in Manizales 13,1% – während die Abnahme in anderen Metropolenregionen viel niedriger war, wie in Pasto 2,1%, Barranquilla 3,6%, Pereira 5,5%, Cali 7%, Villavicencio 8,5% und Montería 9,2%.

Hinsichtlich der extremen Armut oder Bedürftigkeit zeigen die Zahlen, dass die Metropolengebiete größere Schwierigkeiten aufweisen, um diese zu reduzieren. Keine einzige Region erreichte es, die Bedürftigkeit mehr als 5% zu vermindern. Im Jahr 2010 hatten Bucaramanga (1,2%), Bogota (2,6%), Pereira (3,8%) und Ibague (4,3%) die niedrigsten Bedürftigkeitsvorkommen und die höchsten Vorkommen hatte mit 11,3% Pasto, wobei die Bedürftigkeit nicht nur nicht abnahm, sondern um 0,5% während der Periode 2002-2010 zunahm. Ein anderes Metropolengebiet, wo die Bedürftigkeit zunahm, war in dieser Periode Cali (0,3%).

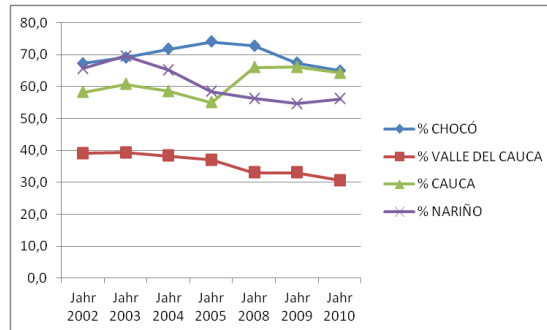
Auf der Ebene der Departements ist das Auftreten größer. Die Departements, die eine Armutsquote (LP) über 60% ihrer Bevölkerung aufzeigen, sind: Cauca (64,3%), Cordoba (63,7%), Choco (64,9%), La Guajira (64,3%) und Sucre (63,7%). Das einzige Departement, das seine Armut nicht reduzieren konnte, sondern erhöhte, war Cauca (+6,1%). Die Departements, die eine größere Reduktion der Armut erreichen konnten, waren Cundinamarca (-24,6%), Santander (-23%), Boyaca (-20,6%), Huila (-16,6%), Antioquia (-16,2%) und Bolivar (-16,1%). Das niedrigste Armutsvorkommen gab es im Jahr 2010 mit 15,6% in Bogota, die anderen Departements lagen über 20%.

In Bezug auf die Bedürftigkeitslinie zeigen die Departements auch, dass die Reduzierung mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist. Während der Periode 2002-2010 vermehrte sich in drei Departements die Bedürftigkeit: Cauca (+11,4%), La Guajira (+9,5%) und Choco (+1,4%). Die größte Bedürftigkeitsreduktion erreichten wiederum Boyaca (-20,1%), Bolivar (-15,7%), Nariño (-14,7%), Caqueta (-11,5%) und Santander (-11,3%).

Auf regionaler Ebene sind die Unterschiede leicht zu erkennen. Die folgenden Abbildungen zeigen, dass es im Land Regionen gibt, in denen sich die Armut und das Elend progressiv und kontinuierlich vermindern, während andere Regionen mehr Schwierigkeiten dabei haben. Innerhalb der Regionen gibt es Departements mit größeren Schwierigkeiten als andere: In der Pazifikregion weist das Departements Choco das größte Vorkommen und sogar eine Zunahmen während dieser Periode auf – das gleiche gilt für das Departement Cauca –, während Nariño und Valle eine

konstante Reduzierung vorweisen, wobei das Armutsvorkommen in Valle viel niedriger als im Rest der Departements ist.

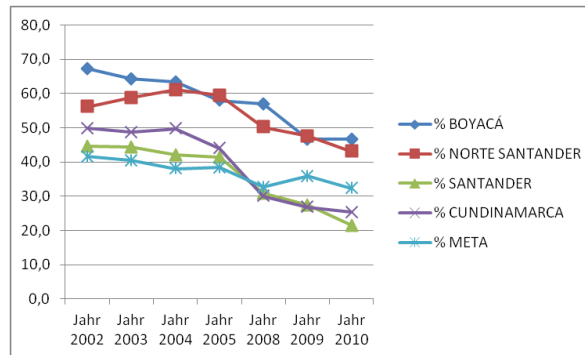
Abbildung Nr. 11 Armutsgrenze der Pazifikregion



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MESEP 2012

Die Region des Ostens zeigt die größten Armutsabnahmen und die größte Kontinuität in diesem Prozess auf.

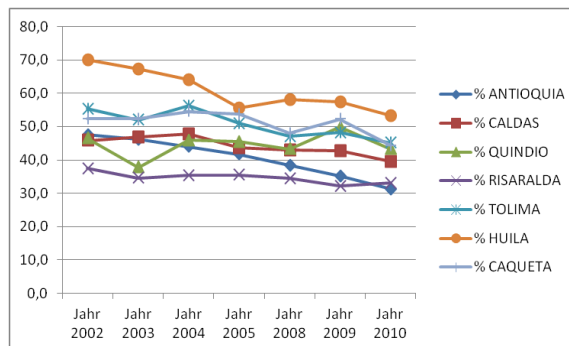
Abbildung Nr. 12 Armutsgrenze in der Region des Ostens



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MESEP 2012

Die Region des Zentrums weist eine kontinuierliche und beständige Abnahme der Armut auf, aber mit geringerer Geschwindigkeit als die Region des Ostens.

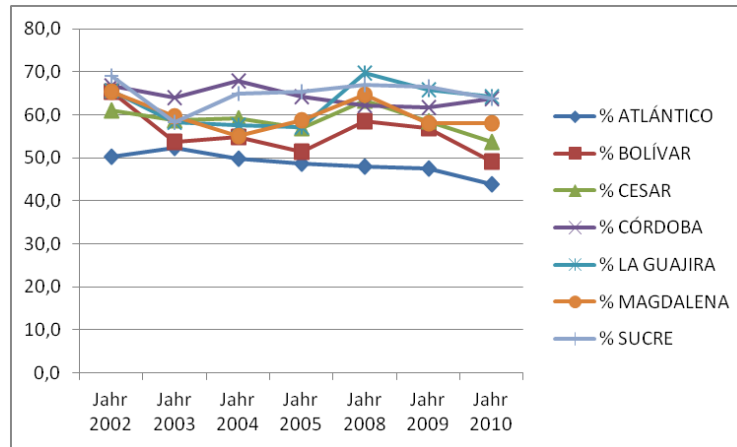
Abbildung Nr. 13 Armutslinie in der Region des Zentrums



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MESEP 2012

Die Atlantikregion hat im Vergleich mit den anderen Regionen höhere Armutsvorkommen, größere Diskontinuität und Departements, in denen sich die Armut in der untersuchten Periode erhöht hat.

Abbildung Nr. 14 Armutsgrenze in der Atlantikregion



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MESEP 2012

Der Hauptstadtbezirk Bogota weist bedeutende und konstante Abnahmen sowohl der Armuts- als auch der Elendsgrenze bzw. extremer Armut auf.

Abbildung Nr. 15 Häufigkeit von Armut in Bogota

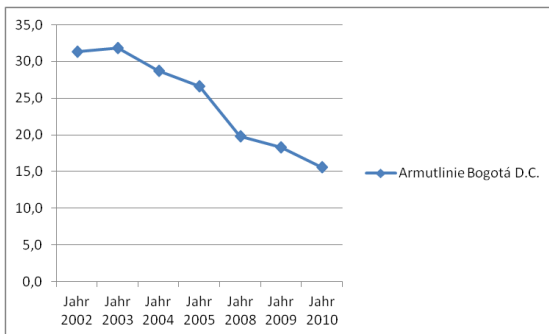
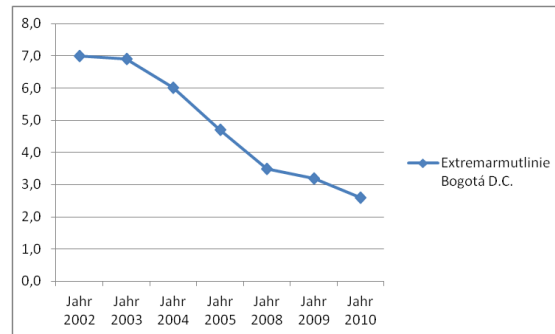


Abbildung Nr. 16 Häufigkeit von extremer Armut in Bogota



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MESEP 2012

Im neuesten Bericht der Nationalregierung zur finanziellen Armut „Reduktion der Armut in Kolumbien: die Grundlage zur Schaffung eines gerechteren Landes. 2010-2012“ (*“Reducción de la pobreza en Colombia: la base para lograr un país más justo. 2010-2012”*), der von einem Expertenteam des Nationalen Statistischen Amtes (DANE) und dem Nationalen Planungsdepartement herausgegeben wurde, steht, dass die Armut seit 2010 um 4,5% abgenommen hat und von 37,2% im Jahr 2010 auf 32,7% im Jahr 2012 gesunken ist. Die wichtigsten Abnahmen gab es in den 13 Metropolenregionen, die die Armut von 25,6% im Jahr 2009 auf 18,9% im Jahr 2012 reduzierten. In diesem Bericht wird auch auf die Reduzierung der extremen Armut hingewiesen, die von 12,3% im Jahr 2010 auf 10,4% im Jahr 2012 sank. Die Armut verminderte sich um 2,2% in der ruralen Zone und 1,3% in den Metropolengebieten.

Was in diesem Bericht am meisten hervorsteicht, ist die Reduzierung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Kolumbien kam nach den Daten der Mission CEPAL von einem Gini-Koeffizient von 0,560 im Jahr 2010, womit es den dritten Platz der Ungleichheit in Lateinamerika hinter Brasilien und Guatemala einnahm, auf einen Gini-Koeffizient von 0,539 im Jahr 2012, der das Land auf dem siebten Platz nach Guatemala, Honduras, Bolivien, Brasilien, der Dominikanischen Republik und Paraguay platziert.

Diese Reduzierung wird durch die Zunahme des realen Pro-Kopf-Einkommens der ärmsten Perzentile erklärt, das um 13,2% zunahm, während die Zunahme der Einkommen der reichsten 20% der Bevölkerung 2,3% betrug.

4.1.5 Nationaler Index der Menschlichen Entwicklung

(Índice Nacional de Desarrollo Humano INDH)

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP, eine Vertretung der UNO, veröffentlicht seit **1990 den Bericht zur Menschlichen Entwicklung**. Dieser Bericht betrifft die Menschen und misst die Art, wie die Entwicklung ihre Möglichkeiten und Chancen erweitert. Das Konzept der menschlichen Entwicklung entsteht in dieser Zeit zur notwendigen Überwindung der reduktionistischen Sicht der Entwicklung als ein rein ökonomisches Wachstum, das als Bruttoinlandprodukt (BIP) auf nationaler Ebene und pro Kopf gemessen wird.

Die Definition der Vereinten Nationen, was menschliche Entwicklung ist, bestimmt die Untersuchungsvariablen und -indikatoren, die seit dem Jahr 1990 auf internationaler Ebene in Angriff genommen wurden. "Human development is a process of enlarging people's choices. The most critical of these wide-ranging choices are to live a long and healthy life, to be educated and to have access to resources needed for a decent standard of living. Additional choices include political freedom, guaranteed human rights and personal self-respect." (ONU 1990: 1)

Nach den Vereinten Nationen kann niemand den Menschen das Glück garantieren, was heute subjektive Lebensqualität genannt wird. Die Entscheidungen, die die Menschen treffen, sind persönlich, aber die Entwicklung muss ein Umfeld schaffen, das die Menschen auf individueller und auf kollektiver Ebene dazu führt, ihre Möglichkeiten voll zu entfalten und eine vernünftige Chance zu haben, um ein produktives und kreatives Leben entsprechend ihrer Bedürfnisse und Interessen zu führen.

Im ersten Bericht über die menschliche Entwicklung, der 1990 veröffentlicht wurde, wird die Notwendigkeit hervorgehoben, dass die Fähigkeiten der Menschen nicht nur durch Gesundheits- und Bildungsverbesserungen erweitert werden, vielmehr muss auch begünstigt werden, dass die Menschen ihre Fähigkeiten mit voller Freiheit in verschiedenen Bereichen des persönlichen und sozialen Lebens nutzen können. Wenn es kein Gleichgewicht zwischen der Zunahme der Fähigkeiten und der Zunahme der Verwendungsmöglichkeiten gibt, wird das menschliche Potenzial zunichte gemacht. Die menschliche Freiheit wird als vital für die menschliche Entwicklung betrachtet, d. h. die Menschen müssen die Freiheit haben, ihre Möglichkeiten auf den gut gehenden Märkten auszuwählen und müssen eine entscheidende Stimme bei der Bildung der politischen Rahmen besitzen können.

Aus dieser Perspektive entwickelten die Vereinten Nationen den Index der menschlichen Entwicklung (englisch: „Human Development Index“, HDI), der die Lebenserwartung bei der Geburt widerspiegelt, ein künstlicher Indikator der Lebensbedingungen, insbesondere der Ernährung und Gesundheit, der von der Bevölkerung erreichten Bildung und dem Zugang zu Ressourcen, die es ihr ermöglichen, ein menschenwürdigen Lebensstandard zu erreichen. Der Index

ist mehrdimensional und seine Anwendung ermöglicht, obwohl er zur Messung der regionalen und lokalen Diskrepanzen der Chancengleichheit defizient ist und über keine angemessene Messung der Freiheit verfügt, die Entwicklung dreier Grunddimensionen der menschlichen Entwicklung zu messen und zu vergleichen.

In diesem ersten Bericht des Jahres 1990 werden die letzten 3 Jahrzehnte 1960-1990 und die Strategien von 14 Ländern bezüglich ihres wirtschaftlichen Wachstums und ihrer menschenwürdigen Entwicklung analysiert. Die Schlussfolgerungen dieses Berichts zeigen, dass die Entwicklungsländer in den letzten drei Jahrzehnten wichtige Fortschritte bezüglich dieser Entwicklung gemacht haben: Die Lebenserwartung stieg von 46 Jahren im Jahr 1960 auf 62 im Jahr 1990, die Sterblichkeit der Kinder unter 5 Jahren verminderte sich um die Hälfte, die primäre Gesundheitsversorgung erreichte 60% der Bevölkerung und Trinkwasser 55%, die Lebensmittelproduktion übertraf das Bevölkerungswachstum um 20%.

Diese Fortschritte dürfen die weiter bestehenden Probleme wie die Millionen von Menschen, die in absoluter Armut leben, nicht unberücksichtigt lassen, die 900 Millionen Menschen, die weder lesen noch schreiben können, und die 1,75 Millionen Menschen, die keinen Zugang zu Trinkwasser haben. Es gibt etwa 100 Millionen obdachlose Menschen, 800 Millionen, die täglich hungern, 150 Millionen unterernährte Kinder unter 5 Jahren und 14 Millionen Kinder, die vor ihrem dritten Geburtstag sterben.

Die Kluft zwischen Nord-Süd reduzierte sich in der analysierten Periode, jedoch nahm der Einkommensunterschied zu. In den Entwicklungsländern gibt es weiterhin Abstände zwischen den ruralen und den urbanen Zonen, zwischen Männern und Frauen und zwischen Reichen und Armen. Die Regierungen intervenieren mehr in Sozialinvestitionen als in die Neuverteilung der Einkünfte. Das Wichtigste ist jedoch, zu analysieren, wie das wirtschaftliche Wachstum zum Gewinn der Menschen verwaltet wird; dies kann durch die kontrastive Analyse von Bruttoinlandprodukt und menschlicher Entwicklung geschehen. Dieser Vergleich zeigt, dass es möglich ist, menschliche Entwicklungsniveaus ohne die Notwendigkeit der Erhöhung des BIP oder ohne einen hohen BIP zu erreichen, was an Sri Lanka, Chile, Costa Rica, Jamaica, Tansania und Thailand zu sehen ist. Im Gegensatz dazu zeigen Länder wie Oman, Gabon, Saudi-Arabien, Algerien, Mauretanien, Senegal, Kamerun und die Vereinigten Arabischen Emirate, dass es ein hohes BIP ohne Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung geben kann, was andeutet, dass die Beziehung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und menschlicher Entwicklung nicht universell ist.

Das Beispiel Südkorea zeigt, dass ein Wachstum des BIP, das von einer gerechten Verteilung der Einkünfte begleitet ist, menschliche Entwicklung ermöglicht. Wenn aber die Verteilung der Einkünfte ungleich und die Sozialinvestition niedrig sind, wie in Pakistan und Nigeria, oder wenn die Einkommensverteilung ungleich ist, wie in Brasilien, ist keine menschliche Entwicklung festzustellen, auch wenn ein Wachstum des BIP gegeben ist.

Ein entscheidender Faktor für die menschliche Entwicklung ist die gut strukturierte öffentliche Investition. Wie Sri Lanka, Botswana, Malaysia, Costa Rica und Chile zeigen, ist es nämlich möglich, eine beträchtliche Zunahme in der menschlichen Entwicklung zu erreichen, sogar bei niedrigen BIP-Wachstumsniveaus. Die Verteilungsmaßnahmen kompensieren das niedrige Wachstum des BIP nur kurz- und mittelfristig. Damit die menschliche Entwicklung langfristig nachhaltig ist, ist auch ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum notwendig, sonst können die Fortschritte in der menschlichen Entwicklung aussetzen oder zurückgehen, wie im Fall von Chile, Kolumbien, Jamaica, Kenia und Zimbabwe.

Die Subventionen erweisen sich als absolut wichtig für die benachteiligteste Bevölkerungsgruppe, da sich die Einkommensverteilung in allen Drittweltländern als sehr ungleich darstellt und die Früchte des wirtschaftlichen Wachstums selten auf die ärmsten Schichten verteilt wurden. Die Mechanismen des freien Markts erweisen sich als vital für die allokativen Effizienz, garantieren aber keine Verteilungsgerechtigkeit. Deshalb ist die Politik der Sozialinvestition notwendig, um ökonomische Einkünfte auf die Ärmsten zu übertragen und ihnen Chancen zu ermöglichen. Die Ernährungs- und Gesundheitssubventionen dienen diesem Ziel, solange sie gut auf die Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen konzentriert sind und ebenfalls gut verwaltet werden.

Die sozialen Subventionen haben sich als wirksam erwiesen. Sie kosten weniger als 3% des BIP und ihre Einstellung verursacht höhere soziale und politische Kosten als die Subvention selbst. Sie sind ein wichtiges Werkzeug der Umverteilung, müssen aber von einer Planung begleitet sein, die die Zuteilung der Ressourcen wirksam macht.

Kein Land ist so arm, dass es nicht in seine menschliche Entwicklung investieren kann. Die Dualität zwischen ökonomischem Wachstum und menschlicher Entwicklung existiert nicht, da diese falsche Polarität die Rückführung der sozialen Investition in Gesundheit und in Bildung unterschätzt, die sich als besonders hoch erweist, wenn sie in die Frauen investiert wird, was es ermöglicht, die Geburtenrate, die Kindersterblichkeit und schulisches Fernbleiben zu reduzieren und die Hygieneniveaus in den Haushalten zu verbessern.

Viele Länder investierten mehr in Militärausgaben, Schuldenzahlung, unnötige staatliche Kontrollen und schlecht konzentrierte Subventionen. Priorität der öffentlichen Agenda nach dem Bericht zur menschlichen Entwicklung von 1990 war, das Budget der staatlichen Investition neu zu strukturieren, wobei ein besseres ökonomisches und soziales Gleichgewicht von Ausgaben und Investitionen hergestellt wurde. Man bedenke: Die Länder der Dritten Welt investieren mehr in Militärausgaben als in Bildung und Gesundheit. Auf jeden Physiker kommen acht Soldaten.

Unter den Empfehlungen der öffentlichen Politik befinden sich als Produkt von 30 Jahren Datenanalyse die folgenden Empfehlungen:

- mehr in vorbeugende als in heilende Medizin investieren
- mehr in die Ausbildung paramedizinischen Personals investieren
- mehr in rurale als in urbane Programme investieren
- mehr in Berufsausbildung investieren
- mehr die Grund- und Sekundarschulbildung als die Hochschulbildung subventionieren
- mehr in Programme und Dienstleistungen für die ärmste Bevölkerung investieren als in Programme und Dienstleistungen für die reichste Bevölkerung
- von Zuschüssen für die Reichen zu Zuschüssen für die Schwächsten und Ausgeschlossenen übergehen
- mehr in den informellen Sektor und in die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten investieren

Die menschliche Entwicklung braucht auch ein günstiges Umfeld. Die Situation ist kritisch, da sich die Bedingungen des wirtschaftlichen Austauschs u. a. wegen den Auslandsschulden verändert haben, die 1,3 Billionen Dollar erreicht haben. Der Austausch ging von einem positiven Ressourcenfluss von 42,6 Milliarden in den 1980er Jahren auf einen negativen Fluss von 32,5 Milliarden im Jahr 1988 über, d. h., dass die Entwicklungsländer den reichen Ländern ihre Ressourcen schicken, um die Schuldendienste zu decken. Die Preise der Rohstoffe erreichten so niedrige Werte, dass sie mit denen der ersten großen Depression von 1930 äquivalent sind.

In diesem Bericht von 1990 wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Länder Afrikas südlich der Sahara durch internationale Kooperationen zu unterstützen und die internationale technische Zusammenarbeit an der Entwicklung der Fähigkeiten der Bevölkerung und der institutionellen Stärkung der Empfangsländer zu orientieren. Das erfordert eine teilnehmende Annäherung und eine größere Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen, in denen die Bevölkerung ihre eigenen Ziele definieren, ihre eigenen Vorgehensweisen entwickeln und ihre eigenen Entscheidungen treffen. Bei dieser Arbeitsform wird die menschliche Kreativität frei gesetzt und die Fähigkeiten zur Problemlösung werden erhöht. Nur so wird die Entwicklung langfristig selbsttragend.

Da das Bevölkerungswachstum sich in den Städten verstärkt hat, wurden für die öffentliche Planung vier kritische Themen dargelegt: Macht und Ressourcen von der Zentralregierung auf die Gemeinden dezentralisieren, Förderung der Gemeindeeinkünfte durch die Teilnahme des Privat- und des Gemeinschaftssektors, Entwicklung von Strategien zur Unterstützung für Wohnungen und Infrastrukturen für die verwundbarsten Schichten und die Verbesserung des urbanen Umfelds, besonders in den marginalen Stadtteilen und den illegalen Siedlungen. Es wird davon ausgegangen, dass die Effektivität der Reaktion der Regierungen auf diese Herausforderungen die Bedingungen der zukünftigen menschlichen Entwicklung bestimmen wird.

Zu guter Letzt ist die Notwendigkeit, eine nachhaltige menschliche Entwicklung aufzubauen, ein wichtiger Faktor, um die Lebensniveaus der heutigen Bevölkerung zu verbessern, ohne die Möglichkeiten und Alternativen der kommenden Generationen in Mitleidenschaft zu ziehen. Jegliche Art von Schulden, sei es finanzieller, ökologischer oder sozialer Art, sind Anleihen, die die zukünftigen Generationen bezahlen müssen. Diese Schulden einzuschränken ist das Ziel nachhaltiger Entwicklung.

Die Armut ist eine der Hauptbedrohungen der Umwelt. Viele Umweltschäden werden von der Bevölkerung verursacht, die von dem unmittelbaren Drang zu überleben geleitet wird und nicht von mangelndem Engagement für die Zukunft. Deshalb muss jegliches Umweltprogramm die Reduzierung der Armut einschließen. Die globale ökologische Sicherheit ist eine vereinigende Verbindung zwischen Nord und Süd. Die zusätzlichen Kosten der Umweltschutzprogramme müssen von den entwickelten Ländern kommen, da sie die Hauptverursacher der Umweltverschlechterung sind.

In diesem ersten Bericht zur menschlichen Entwicklung werden Fragen aufgeworfen, an denen sich die Themen der folgenden Berichte der menschlichen Entwicklung orientieren:

- Was sind die wesentlichen Elemente der Planungs-, Verwaltungs- und Finanzierungsstrategien der menschlichen Entwicklung?
- Was sind die Voraussetzungen eines praktischen Rahmens für die teilnehmende Entwicklung?
- Was ist ein günstiges äußeres Umfeld für die menschliche Entwicklung?

Laut den Ergebnissen des Index der menschlichen Entwicklung des Jahres 1990 lag Kolumbien mit 0,801 an 86. Stelle und gehörte zu den Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung und besetzte nach Pro-Kopf-BIP den 72. Platz. Unter den lateinamerikanischen Ländern, die mittlere oder niedrige Entwicklungsniveaus aufwiesen, war Haiti mit 0,356 das einzige Land, das eine niedrige menschliche Entwicklung aufwies. Eine mittlere Entwicklung gab es in Bolivien 0,548, Honduras 0,563, Guatemala 0,592, El Salvador 0,651, der Dominikanischen Republik 0,699, Nicaragua 0,743, Peru 0,753, Ecuador 0,758, Paraguay 0,784 und Brasilien 0,784. Die lateinamerikanischen Länder und die Länder der Karibik, die einen höheren Entwicklungsindex als Kolumbien hatten, waren Jamaica 0,824, Venezuela 0,861, Mexico 0,876, Kuba 0,877, Panama

0,883, Trinidad und Tobago 0,885, Argentinien 0,910, Uruguay 0,916, Costa Rica 0,916 und Chile 0,931.

Bericht der menschlichen Entwicklung 2013: Im Jahr 2012 hatte Kolumbien einen Index für menschliche Entwicklung von 0,719, der angibt, dass das Land statt fortzuschreiten einen Rückschritt in Bezug auf den Entwicklungsindex von 1990 hatte, der bei 0,801 lag. Trotzdem gehört das Land weiterhin zu der Gruppe von Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung und fiel leicht vom 86. auf den 91. Platz. Es muss angemerkt werden, dass die Zahlen des Entwicklungsindex für Kolumbien nicht ganz gleich in den verschiedenen Jahren sind – je nachdem, ob es sich um globale, regionale oder nationale Berichte handelt.

Die lateinamerikanischen Länder, die sich in einem hohen Rang beim Index der menschlichen Entwicklung befinden, sind Chile auf Platz 40/47 und Argentinien auf Platz 45/47. Die lateinamerikanischen Länder, die sich in einem höheren Rang der menschlichen Entwicklung als Kolumbien befinden, sind Uruguay auf Platz 51, Kuba 59, Panama 59, Mexico 61, Costa Rica 62, Venezuela 71, Peru 77, Brasilien 85 und Ecuador 89.

Die Kolumbianer haben bei der Geburt eine Lebenserwartung von 73,9 Jahren, die unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 74,7 Jahren liegt. Die durchschnittlichen Schuljahre betragen 7,3 Jahre, was unter den durchschnittlichen Schuljahren der Länder mit hohem Entwicklungsniveau von 8,8 Schuljahren und unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 7,8 liegt. Das nationale Bruttoeinkommen pro Kopf beträgt US\$ 8.711, unter dem Durchschnitt der Länder mit hohem Entwicklungsniveau, das bei US\$ 11.501 und unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt, der bei US\$ 10.300 liegt. Der Index der menschlichen Entwicklung, der nicht auf Einkommen bezogen ist, erhöht leicht die kolumbianische Punktzahl 0,751, hält sich aber unter dem Durchschnitt der hohen Länder 0,781 und der lateinamerikanischen Länder 0,770. In Bezug auf den globalen Durchschnitt liegt Kolumbien über dem Index der menschlichen Entwicklung, Lebenserwartung, zu erwartende Schuljahre und Index der menschlichen Entwicklung ohne Berücksichtigung der Einkommen, befindet sich jedoch darunter bei durchschnittlichen Schuljahren und nationalem Bruttoeinkommen pro Kopf.

Der Bericht von 2013, der Daten zum Index der menschlichen Entwicklung von 1980 bis 2012 beinhaltet, zeigt ein konstantes und andauerndes Wachstum des Entwicklungsindex in allen Regionen, obwohl die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in dieser Periode in den Ländern mit mittlerer und niedriger Entwicklung höher waren als in den Ländern mit hoher und sehr hoher. Kolumbiens Index der menschlichen Entwicklung stieg von 0,556 im Jahr 1980 auf 0,719 im Jahr 2012, wobei es in jedem Zeitabschnitt einen höheren Entwicklungsindex als den globalen Durchschnitt erreichte, aber einen niedrigeren als den Durchschnitt der lateinamerikanischen Länder und die Länder der Karibik. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Index der menschlichen Entwicklung lag in der Periode 1980-1990 unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt, war in der Periode 1990-2000 identisch mit dem lateinamerikanischen Durchschnitt und liegt seit dem Jahr 2000 darüber.

Der Index der menschlichen Entwicklung von Kolumbien, der wegen sozialer Ungleichheit angepasst wird, reduziert sich auf 0,519, ähnlich wie der Index von Kenia. Der gesamte Verlust beträgt in Prozenten 27,8 – ein Absinken um 11 Plätze. Der wegen Ungleichheit angepasste Lebenserwartungsindex beträgt 0,732, der wegen Ungleichheit angepasste Bildungsindex liegt bei 0,523 und der wegen Ungleichheit angepasste Einkommensindex bei 0,366. Das Verhältnis des Quintils der höchsten Einkommen zum niedrigsten Quintil beträgt 20,1 – eines der höchsten der Welt. Der Einkommens-Gini-Koeffizient liegt bei 55,9. Der größte potenzielle Verlust wegen

Ungleichheit liegt auf der Ebene der Einkommen, die 44,5% verlieren, der Verlust in der Bildung beträgt 21,5% und in der Lebenserwartung 13,7%.

Die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ist in der Gruppe der Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung ziemlich reduziert. Die höchsten Unterschiede zwischen den Einkommen der 20% Reichsten und der 20% Ärmsten gibt es in Qatar 13,3, Chile 13,5, Argentinien 11,3 und Seychelles 18,8 – Länder, die sich am Ende der Gruppe befinden. Den höchsten Gini-Koeffizient unter den ersten zehn Ländern der Gruppe mit einer sehr hohen menschlichen Entwicklung haben die Vereinigten Staaten von Amerika mit 40,8.

In der Gruppe der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung ist Brasilien das einzige Land mit einer ungleicheren Einkommensverteilung als der von Kolumbien. Brasiliens Einkommen des reichsten Quintils sind das 20,6-Fache derjenigen des ärmsten Quintils. Der Gini-Koeffizient ist jedoch in Brasilien (54,7) leicht unter dem kolumbianischen (55,9), der der höchste dieser Gruppe ist. Das zeigt, dass die soziale Ungleichheit als eins der Hauptprobleme der kolumbianischen Gesellschaft betrachtet werden kann. Diese Eigenschaft wird mit anderen lateinamerikanischen Ländern geteilt und hat ihre Ursache im Vorherrschen von Beziehungen und Werten kolonialer Herkunft, die nach mehr als 200 Jahren Unabhängigkeit nicht überwunden wurden.

Index für Geschlechterungleichheit: Beim Index für Geschlechterungleichheit nimmt Kolumbien im Jahr 2012 den 88. Platz ein und erhielt einen Wert von 0,459, wobei es sich über dem Durchschnitt der Ländergruppe mit einer hohen und mittleren Entwicklung befindet. Die Müttersterblichkeitsrate betrug 92 und lag über dem Durchschnitt der Gruppe, der 47 betrug. Die Geburtsrate bei Jugendlichen betrug 68,1 und lag weit über dem Durchschnitt der Gruppen mit hoher menschlicher Entwicklung (45,9) und mittlerer Entwicklung (44,7). Der Anteil der Sitze von Frauen im Parlament betrug 13,6% und lag sogar unter den Durchschnitten von Ländern mit niedriger menschlicher Entwicklung, deren Frauenbeteiligung im Parlament bei 19,2% liegt. Die Bevölkerung der 25-Jährigen und älter mit umfassender Sekundarschulbildung betrug 43,8% Frauen und 42,4% Männer. Obwohl in Bezug auf das Bildungsniveau zwischen den Geschlechtern keine signifikanten Unterschiede bestehen, liegt der Prozentsatz unter dem Durchschnitt der Länder mit hoher Entwicklung, die für beide Geschlechter 60% überschreiten. Der Anteil der Arbeitskräfte in Prozenten der Bevölkerung der 15-Jährigen und älter betrug bei Frauen 55,8% und bei Männern 79,7%. Der Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt überstieg die Durchschnittswerte der Länder mit sehr hoher, hoher und mittlerer Entwicklung und befindet sich 2,1% über dem lateinamerikanischen und karibischen Durchschnitt von 53,7%.

Das weist darauf hin, dass Kolumbien die Gesundheitsversorgung der schwangeren Mütter noch verbessern, das Niveau der Sekundarschulbildung der Frauen erhöhen und ihre Teilnahme in der Politik vermehren muss.

Index für mehrdimensionale Armut: Im Jahr 2010 betrug der Index der mehrdimensionalen Armut 0,022. Die Bevölkerung, die unter der Bedingung der mehrdimensionalen Armut lebte, betrug 5,4%. In Zahlen ausgedrückt: 2.500.000 Personen. Die Intensität des Mangels betrug 40,9%. Die Bevölkerung in Armutsrisiko betrug 6,9%, die Bevölkerung in der Situation extremer Armut machte 1,1% aus. Die gesamte Armut zeichnete sich durch folgende Mängel aus: 31,8% in der Bildung, 33,5% in der Gesundheit, 34,7% im Lebensniveau. Für die Bevölkerung sank die Armutsgrenze der Einkommen oder Elendsgrenze, US\$1,25 pro Tag PPA, sie betrug 8,2%, die nationale Armutsgrenze betrug 37,2%.

Kontrolle der Ressourcen: In Bezug auf die Wirtschaft betrug das BIP 415,8 Milliarden US\$ (Währung von 2005) im Jahr 2011 und lag weit unter dem Durchschnitt der Ländergruppe mit

hoher menschlicher Entwicklung, der bei 11.740,8 lag. Das Pro-Kopf-BIP betrug 8.861 US\$ (Währung von 2005) im Jahr 2011, es lag unter dem Durchschnitt der Ländergruppe mit hoher menschlicher Entwicklung, der bei 11.572 lag. Die Bruttobildung festen Kapitals in Prozent vom BIP betrug 21,9%. Der Verbraucherpreisindex war 126. Hinsichtlich der öffentlichen Ausgaben betragen die generellen Regierungsausgaben gemessen in Prozent des BIP 16,7% im Jahr 2000 und 10,6% im Jahr 2011, sie befanden sich unter dem globalen und dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Die öffentlichen Gesundheitsausgaben in Prozent des BIP betragen 5,5% im Jahr 2000 und 5,5% im Jahr 2010, sie befanden sich über dem Durchschnitt der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung und über dem lateinamerikanischen und karibischen Durchschnitt. Die öffentlichen Bildungsausgaben betragen 3,5% im Jahr 2000 und 4,8% in der Periode 2005-2010, sie befanden sich unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Die öffentlichen Verteidigungsausgaben betragen 3,0% im Jahr 2000 und 3,6% im Jahr 2010, wobei sie höher als die aller Länder- und Regionsgruppen mit Ausnahme der arabischen Länder waren, die im Jahr 2010 Verteidigungsausgaben von 5,5% des BIP aufwiesen.

Die Länder mit höheren Verteidigungsausgaben als denjenigen von Kolumbien sind, geordnet nach ihrem Rang innerhalb der Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung: USA 4,8%, Israel 6,5%, Singapur 3,7% und die Vereinigten Arabischen Emirate 6,9%. In der Gruppe der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung sind es die Russische Föderation 3,9%, Georgien 3,9%, Libanon 4,2%, Oman 8,5% und Armenien 4,2%. In der Ländergruppe mit mittlerer menschlicher Entwicklung befinden sich Jordanien 5%, die Arabische Republik Syrien 4,1%, Kirgistan 4,4%, Namibia 3,9% und Osttimor 4,9%. In der Ländergruppe mit niedriger menschlicher Entwicklung sind es Angola 4,2%, Mauretanien 3,8%, Yemen 3,9%, Dschibuti 3,7%, Afghanistan 3,8% und Burundi 3,8%. Die Länder mit der niedrigsten Verteidigungsinvestition, d. h. mit weniger als 1% des BIP sind Irland 0,6%, Schweiz 0,8%, Island 0,1%, Österreich 0,9%, Luxemburg 0,6%, Malta 0,7%, Argentinien 0,9%, Panama 0,0%, Costa Rica 0,0%, Venezuela 0,9%, Mauritius 0,1%, Jamaica 0,8%, Dominikanische Republik 0,7%, Gabon 0,9%, Paraguay 0,9%, Republik Moldau 0,3%, Indonesien 0,7%, Nicaragua 0,7%, Kap Verde 0,5%, Guatemala 0,4%, Ghana 0,4%, Demokratische Volksrepublik Laos 0,3%, Madagaskar 0,7%, Papua-Neuguinea 0,4%, Haiti 0,0%, Gambia 0,6%, Äthiopien 0,9%, Liberia 0,9%, Mozambique 0,9% und Niger 0,9%.

Der Gesamtschuldendienst betrug 5,1% des BIP im Jahr 2000 und lag unter dem Durchschnitt der Länder mit hoher Entwicklung und dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Im Jahr 2009 betrug er 3,4% und lag unter dem Durchschnitt der Länder mit hoher Entwicklung und über dem lateinamerikanischen Durchschnitt, der 2,8% des BIP ausmachte.

Gesundheit. In Kolumbien sind 96% der Kinder unter einem Jahr gegen Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus geimpft, 88% gegen Masern. Diese Deckung liegt unter dem Durchschnitt der Länder mit hoher Entwicklung, der bei 95% liegt. Das Auftreten von HIV beträgt 0,1% bei Frauen und 0,2% bei Männern. Nicht alle Personen lassen sich testen, sodass es möglich ist, dass mehr Personen angesteckt sind, als in den Statistiken erscheinen. Die Kindersterblichkeitsraten befinden sich einen Prozentpunkt über denen der Länder mit hoher Entwicklung und unter den lateinamerikanischen Durchschnitten. Die Erwachsenensterblichkeitsraten befinden sich unter den Durchschnitten sowohl der Länder mit hoher Entwicklung als auch der lateinamerikanischen Länder. Die Toten durch Malaria betragen 0,3%, in Lateinamerika sind es insgesamt 0,2%. Es werden keine Cholerafälle genannt. Die Toten durch Herz-Kreislaufkrankungen und Diabetes liegen unter dem Durchschnitt der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung und unter dem der lateinamerikanischen Länder. Es gibt 1,4 Ärzte für je Tausend Personen, was unter dem Durchschnitt der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung liegt, der 2,3 beträgt. Die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung liegt bei 63%, was über dem Wert der lateinamerikanischen Länder (57%) liegt.

Bildung: Die Alphabetisierungsrate der 15-jährigen und älteren Personen liegt bei 93,4%, d. h. über dem Durchschnitt der Länder mit hoher Entwicklung, der 92,7% beträgt. Die Bevölkerung, die mindestens eine Sekundarschulbildung hat, beträgt 43%, womit sie unter dem Durchschnitt der Länder mit hoher Entwicklung liegt, der 64% beträgt. In den Ländern mit hoher Entwicklung macht dieser Indikator 86% aus, in den lateinamerikanischen Ländern 50%. Die Durchschnitte der Ländergruppen könnten als Indikatoren für Grenzwerte genommen werden, auf deren Grundlage qualitative Veränderungen eingeleitet werden. In diesem Sinn müsste Kolumbien das Bildungsniveau der Bevölkerung auf dem formalen Niveau der Sekundarschulbildung erhöhen.

Die Bruttoeinschreibungsgebühren für die Primar- und Sekundarschule liegen im Rang der Durchschnitte der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung und der lateinamerikanischen Länder. Auf Hochschulebene jedoch hat Kolumbien Gebühren von 39,1%, die unter den Durchschnitten der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung (48,7%) und der lateinamerikanischen (32,5) Länder liegen. Die Länder mit hoher Entwicklung haben Gebühren von 75,8%. Die positive Beziehung zwischen menschlicher Entwicklung und Bildungsniveau ist klar. Wenn auch nicht von einer kausalen Beziehung gesprochen werden kann, ist es offensichtlich, dass das Bildungsniveau die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Personen erhöht.

Der Prozentsatz der Zufriedenheit mit der Bildung ist hoch: 71,7%. Er befindet sich über den Durchschnitten der Länder mit sehr hoher und hoher menschlicher Entwicklung. Der Anteil des Fernbleibens von der Primarschule beträgt 15,5%, d. h. doppelt so hoch wie der Durchschnitt der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung von 7,3% und etwas über dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 14,3%. Das weist darauf hin, dass die Kinder in Lateinamerika Probleme haben, die Primarschule abzuschließen. Die Volkszählung von 2005 identifizierte folgende Gründe für das Fernbleiben von der Schule: 36,06% wegen der hohen Kosten der Bildung, 36,50% wegen der Notwendigkeit zu arbeiten, 6,63% wegen mangelnder Plätze, 7,98% wegen der Entfernungen, 2,02% wegen Krankheit, 8,32% wegen Schwangerschaft, 49,24% aus anderen Gründen. Nach dieser Information verfügt das Land über eine Bildungsinfrastruktur, aber die sozioökonomische Situation der Kinder führt dazu, dass der Druck zu arbeiten hoch ist. Und die mangelnden Ressourcen führen dazu, dass die Motivation zum Schulbesuch verloren geht, wenn es z. B. an didaktischen Materialien, Kleidung oder einfach an Geld für Transport oder Nahrungsmittel mangelt.

Soziale Integration: 68,3% der 25-jährigen und älteren Bevölkerung hat eine Anstellung. Dieser Prozentsatz ist hoch und übersteigt die Durchschnitte der Länder mit sehr hoher und hoher Entwicklung sowie den lateinamerikanischen Durchschnitt. Die Jugendarbeitslosigkeit übersteigt jedoch mit 29,9% die Durchschnitte der Referenzgruppen für Kolumbien. Die Kinderarbeit beträgt 9%. Der Verlust des wegen der Ungleichheit angepassten Index der menschlichen Entwicklung beträgt 27,8%. Die Zufriedenheit mit dem Leben liegt bei 6,4%, über den Zufriedenheitsniveaus der Länder mit hoher Entwicklung (5,9%), leicht unter den Ländern mit sehr hoher Entwicklung, deren Wert 6,7% beträgt und fast mit dem lateinamerikanischen und karibischen Durchschnitt von 6,5% gleich ist. Somit lassen sich als Ursachen der Zufriedenheit mit dem Leben in Kolumbien und in dem Rest der lateinamerikanischen Länder und der Karibik gemeinsame und geteilte Bedingungen feststellen: Eine dieser Bedingungen könnte Religiosität sein. Lateinamerika ist katholisch, was mit der niedrigen Selbstmordquote in Verbindung steht. In den lateinamerikanischen Ländern leben die Individuen in einer ähnlichen Situation aufgrund des sehr schwachen Wohlfahrtsstaats mit geringer Risikendeckung. Garant der Sicherheit ist die Familie, weshalb die Beziehung zwischen den Familienmitgliedern in Lateinamerika eng und affektiv ist, was dazu beiträgt, dass die Individuen sich nicht allein und isoliert fühlen, auch wenn sie sich in einer Situation der Armut befinden.

In Kolumbien ist die Zufriedenheit mit der Wahlfreiheit (80%) und der Arbeit (81%) hoch, sie übersteigt die Durchschnitte der Referenzgruppen für das Land. Das Vertrauen in Personen ist niedrig (14%), in die Gemeinschaft dagegen hoch (82,9%). Das Vertrauen in die Zentralregierung beträgt 55%. Im Allgemeinen und in allen Ländergruppen ist das Vertrauen in die einzelnen Personen niedriger als in die Gemeinschaft, was zeigt, dass die Gruppen eine positive soziale Kontrolle auf das individuelle Handeln ausüben: Die Individuen verhalten sich in der Gemeinschaft besser als allein.

Die Sicherheitswahrnehmung, die 43% beträgt – in Lateinamerika und der Karibik sind es 42% – ist die niedrigste im Vergleich mit allen anderen Ländergruppen und Regionen. Das spiegelt die Probleme wieder, die Lateinamerika zur Herstellung positiver Sicherheit in seinen Gemeinschaften hat, was eine der Hauptschwächen der Region darstellt. Sie steht mit der Ungleichheit und der Armut in direktem Zusammenhang. Die Mordrate Kolumbiens ist mit 33,4 je 100.000 Personen die höchste im Vergleich mit den globalen Durchschnitten, den verschiedenen Ländergruppen nach ihren Niveaus menschlicher Entwicklung und den Regionen. Ihr folgt die Rate Lateinamerikas und der Karibik mit 22,2 Morden je 100.000 Personen. Das zeigt die Gewalt, die das Land ebenso wie Lateinamerika und die Karibik in Mitleidenschaft zieht, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß. Zurückzuführen ist dies darauf, dass Kolumbien derzeit das einzige lateinamerikanische Land ist, das noch in einen Binnenkonflikt verwickelt ist, in dem die radikale revolutionäre Linke, Paramilitärs und Militärs um die territoriale Kontrolle kämpfen – ein Konflikt, der durch den Drogenhandel noch verschärft ist. Die Paradoxie Kolumbiens ist, dass die Selbstmordrate sowohl bei Frauen (2%) als auch bei Männern (7,9%) trotz der im Land herrschenden schlimmen Gewaltsituation unter den Durchschnittswerten der Referenzgruppen liegt. Die geringe Zahl der Suizide zeigt: Die Menschen schätzen das Leben. Vielleicht spielt es dabei eine Rolle, dass die Menschen mehr Bewusstsein für ihre Verletzbarkeit haben und dafür, wie leicht sie ihr Leben verlieren können, weil sie in einem so lange andauernden und so gewalttätigen bewaffneten Konflikt, wie dem kolumbianischen, leben.

Die hohen Selbstmordraten, besonders der Männer, in den Ländern mit sehr hoher menschlicher Entwicklung (20,6%), in Europa und Zentralasien (35,4%), wo sich die meisten Länder der OECD (*Organisation for Economic Co-operation and Development*) befinden, erregen die Aufmerksamkeit. Das deutet darauf hin, dass es keine direkte Beziehung zwischen Wohlfahrtsniveau, Sicherheit und subjektiver Zufriedenheit mit dem Leben gibt. Vielleicht entwickeln die Menschen, die in Ländern mit weniger menschlicher Entwicklung, mehr Gewalt und mehr Armut leben, mehr Kompetenzen, um den Problemen des Lebens entgegenzutreten, als die Personen, deren Lebensprobleme mehrheitlich gelöst sind. Das zeigt, dass der materielle Wohlstand nicht unbedingt die mit der Subjektivität zusammenhängenden Probleme löst – mit den Emotionen, mit dem Innenleben der Individuen und mit dem Sinn, den sie ihrem Leben zu geben suchen. Das Paradoxe ist, dass das intersubjektive Leben, die Gemeinschaft, die Freundschaft, das Familienleben in Ländern mit niedrigen Niveaus materiellen Wohlstands intensiver gelebt werden und die zwischenmenschlichen Beziehungen stärker sind, da sie im Gegensatz zu den entwickelten Ländern, in denen der Staat seinen Bürgern durch die unpersönlichen Beziehungen der Institutionen die Sicherheit garantiert, die Grundlage des Zusammenlebens ist.

Güter- und Dienstleistungsfluss im internationalen Handel: Im Güter- und Dienstleistungshandel befindet sich Kolumbien sowohl hinsichtlich des Imports als auch des Exports unter den Weltdurchschnitten, den lateinamerikanischen Durchschnitten und denjenigen der Referenzgruppen mit hoher und sehr hoher menschlicher Entwicklung. Das zeigt, dass der ökonomische Sektor in Kolumbien weit davon entfernt ist, ein Entwicklungsniveau zu erreichen, das erlaubt, zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung beizutragen. Das Land hängt noch vom Agrarexport ab, der 14,6% der Güterexporte ausmacht. Dieser Wert entspricht etwa

demjenigen von Afrika südlich der Sahara (15,7%). Der Industrieexport macht 21% der Exporte aus und liegt weit unter dem Weltdurchschnitt (66,5%), den Durchschnitten der Länder mit sehr hoher Entwicklung (70,1%), mit hoher Entwicklung (37,4%) und Lateinamerikas und der Karibik (42%). Was den Import betrifft, belaufen sich die Agrarimporte auf 11,1% der Gesamtimporte und die Industrieimporte betragen 80,9%. Beide Durchschnitte liegen über den Durchschnitten der Referenzgruppen, auf Weltebene betragen die Lebensmittelimporte 9%, die Industrieimporte 66,6%. Das zeigt, dass das Land seine industrielle Fertigung nicht entwickelt hat, Agrarprodukte mit niedrigem Mehrwert und abhängig von den Preisschwankungen mit sinkender Tendenz ausführt und Industrieprodukte einführt, womit es zum Wohlstand der Produktionsländer beiträgt und seine eigene Wohlfahrt opfert.

Der Prozentsatz der Exporte der verarbeitenden Industrie, das sind Teile oder Komponenten, die als Bestandteile in der industriellen Produktion der Endverbraucher benutzte Zwischenprodukte darstellen, machte 8,4% im Jahr 2010 aus, Lateinamerika exportierte 31,5%. Die Importe der verarbeitenden Industrie des gleichen Jahres betrugen 17,3%, in Lateinamerika erreichten sie 32,3%. Der Vergleichswert der Länder mit hoher Entwicklung liegt bei 30% für Exporte und bei 30,4% für Importe, was im Industriesektor, der der Hauptproduzent und Verbraucher von Zwischenprodukten ist, auf eine Wirtschaftsdynamik hindeutet. Im Gegensatz dazu weisen die kolumbianischen Daten auf eine geringe Dynamik im Industriesektor.

Internationaler Kapitalfluss und Migration: Die direkte ausländische Investition betrug 4% des BIP im Jahr 2010 – die höchste im Vergleich mit dem Weltdurchschnitt von 2,7% und dem Rest der analysierten Ländergruppen und Regionen. Die Entwicklungshilfe machte 0,3% des BIP aus und befand sich innerhalb der Durchschnitte der Referenzgruppen. Die privaten Kapitalflüsse, die 3,7% des BIP ausmachen, entsprechen dem lateinamerikanischen Durchschnitt, was anzeigt, dass die Region im Vergleich zu anderen Regionen der Welt, in denen diese Art von Investition niedrig ist, attraktiv ist, um private Investitionen anzuziehen.

In Bezug auf seine Reserven, ohne das Gold mitzuzählen, befindet sich Kolumbien mit 9,5% des BIP unterhalb der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung (23,2%), Lateinamerikas und der Karibik (13,1%) sowie des Weltdurchschnitts (14,7%).

Die Eingänge von Heimatüberweisungen machten 1,41% des BIP aus und liegen leicht über den lateinamerikanischen Durchschnittswerten und denen der Länder mit hoher Entwicklung. Die Ausgänge von Überweisungen betragen 0,04% des BIP und befinden sich unter den Durchschnitten der Referenzgruppen, was zeigt, dass Kolumbien kein Land ist, das Migranten als Gastarbeiter anzieht. Der Anteil an Auswanderern belief sich im Jahr 2010 auf 4,6% und der Einwanderer auf 0,2%. Das bedeutet, dass Kolumbien keine Anreize für Ausländer bietet und die Eigenschaft aufweist, in geringem Migrationskontakt mit der Welt zu stehen, da sowohl der Anteil der Auswanderer als auch der Einwanderer niedrig ist. Die Nettomigrationsrate beträgt -0,5%, was zum Ausdruck bringt, dass im Land die Auswanderung größer als die Einwanderung ist.

Der internationale Tourismus ist auch ein Sektor, der in Kolumbien im Vergleich mit anderen Referenzgruppen unterentwickelt ist, obwohl das Land über landschaftliche Vielfalt und Biodiversität verfügt, die mit den anderen lateinamerikanischen Ländern wettstreiten könnte. Die innere Unsicherheit spielt eine entscheidende Rolle für diese Situation. Im Jahr 2010 reisten 2.1 Mio. Menschen nach Kolumbien. Auch hier spricht der Ländervergleich Bände: Der Durchschnitt Lateinamerikas betrug 66.3 Mio. Personen, der Weltdurchschnitt belief sich auf 917 Mio. Personen und in den Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung waren es 199 Mio. Personen.

Innovation und Technologie: Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen 0,2% des BIP in der Periode von 2005-2010. Das ist ein niedriger Wert im Vergleich zu dem Investitionsprozentsatz der Länder mit sehr hoher Entwicklung von 2,5% oder der Länder mit hoher Entwicklung, die 0,8% investierten. Die Anzahl der Forscher betrug 157 pro Million Personen während der Periode von 2002-2010, während es in den Ländern mit sehr hoher Entwicklung 3,854 pro Millionen Personen waren. Die in den Wissenschaften oder im Ingenieurwesen Graduierten machten 23,2% der Gesamtzahl in der Periode von 2002-2011 aus, ähnlich wie in den Ländern mit höchster Entwicklung. Die Erhebung von Gebühren für Rechte und Lizenzen belief sich auf 1,3 US\$ pro Kopf, während es in den Ländern mit sehr hoher Entwicklung 210,9 US\$ pro Kopf waren. In Bezug auf Stromversorgung, Computer-, Internet- und Telefonnutzung ist keine sehr große Distanz zu den Welt- und Regionsdurchschnitten zu verzeichnen.

Allgemein besteht eine direkte Beziehung zwischen Wissenschaft, Technologie, industrieller Entwicklung, wirtschaftlichem Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das stellt eines der strukturellen Probleme Kolumbiens dar, das es nicht ermöglicht, dass das Land die Armut überwindet und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert. Einer der Gründe dafür ist das Vorherrschen der Agrar-Export-Import-Elite in der Politik, die traditionell stärker war als die nationale Bürgertum, die sich nicht stärken konnte, um eine Mehrheit zu erreichen, die es ihr erlauben würde, ihre eigenen Interessen im Parlament und der Regierung zu vertreten.

Umwelt: 75% der primären Energie stammen von fossilen Brennstoffen, 25% aus nachhaltigen Quellen. Diese Durchschnitte sind ähnlich wie die im lateinamerikanischen Kontext. Hinsichtlich der Gesamt- und der Pro-Kopf-Kohlendioxidabgabe befindet sich das Land signifikant unter den Weltdurchschnitten, den regionalen und denjenigen der verschiedenen Gruppen menschlicher Entwicklung. Auch der Ausstoß von Treibhausgasen befindet sich unter den Gruppen- und Regionaldurchschnitten. Die Ausschöpfung der Naturressourcen machte 7,8% des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2010 aus, wobei sie eine der höchsten war und nur von den Ländern mit niedriger menschlicher Entwicklung übertroffen wurde, in denen sie 9,5% des Bruttonationaleinkommens betrug. Kolumbien hat eine Waldfläche von 54,5% – eine der größten der Welt, wenn die Weltdurchschnitte nach Gruppen der menschlichen Entwicklung und Regionen berücksichtigt werden. Der lateinamerikanische Durchschnitt beträgt 47,2%. Der Variationsprozentsatz liegt bei <3,2% in der Periode 1990-2010, was darauf hinweist, dass Kolumbien Waldfläche verliert. Der Gesamtprozentsatz der erneuerbaren Wasserressourcen beträgt 0,6%. Kolumbien hat im Weiteren 11,5% der bedrohten Arten, 38,3% landwirtschaftliches Nutzland, einen Jahresdurchschnitt von 4 Toten je Million Personen und 2% der Bevölkerung lebt in Zonen mit unwirtschaftlichem Land.

Das bisher Gesagte zeigt, dass Kolumbien ein Land mit einem großen Naturerbe ist, das jedoch bedroht ist, wenn die Bedingungen der extremen Armut der Bevölkerung nicht überwunden werden. Wie schon aufgezeigt wurde, stellt die extreme Armut eine Ursache hoher Umweltzerstörung dar, was die Vergleichsdaten der Länder mit niedriger menschlicher Entwicklung, wie die der Region Afrikas südlich der Sahara verdeutlichen.

Bevölkerungstendenzen: Kolumbien wird im Jahr 2030 ungefähr 57 Millionen Einwohner haben, das jährliche Wachstum wird 1,3% für die Periode 2010-2015 ausmachen und die Geburten pro Frau werden 2,3 betragen – so die Prognose. Das Nationale Planungsdepartement (2012) sieht vorher, dass im Jahr 2050 etwa 54,5 Millionen Kolumbianer in urbanen Zonen leben werden, was 85% der Gesamtbevölkerung entsprechen wird und bedeutet, dass 20 Millionen Einwohner in den nächsten vier Jahrzehnten in die Städte ziehen. Das weist darauf hin, dass das sich die städtischen Probleme verstärken werden, wenn das Land nicht den Weg zum industriellen Wachstum findet, um Arbeitsplätze zu schaffen, die die urbane Bevölkerung braucht. Der Urbanisierungsprozess scheint

irreversibel zu sein, was bedeutet, dass urbane Lösungen für die sich in dieser Zone bildenden Probleme der Arbeitslosigkeit und der Armut gefunden werden und die Beziehungen der Stadt mit ihren peri-ruralen Zonen verbessert werden müssen, um dort Arbeitsstellen zu schaffen und vielleicht auch Wohnungen für die Bevölkerung, die bislang in den Städten konzentriert ist. Die Herausforderung ist sehr groß und die Lösung scheint keine andere als die nationale industrielle Entwicklung zu sein.

Regionen und Departements: Die Analyse des Index der menschlichen Entwicklung von 1994 bis 2010 ermöglicht es, die Regionen- und Departementsunterschiede zu erfassen. Im Jahr 1994 war die Pazifikregion mit 0,672 die Region, die den niedrigsten Index menschlicher Entwicklung aufwies. Auf der Ebene der Departements gibt es große Disparitäten, beispielsweise hat das Departement Choco mit 0,602 den niedrigsten und Valle del Cauca mit 0,767 den höchsten Index. Die Region mit dem zweittiefsten Index der menschlichen Entwicklung ist die Atlantikregion, die im Jahr 1994 einen durchschnittlichen Entwicklungsindex von 0,710 und im Jahr 2010 einen von 0,788 aufwies – im übrigen ein ähnlicher Index wie die Russische Föderation. In dieser Region herrschen große Disparitäten auf der Ebene der Departements: Im Jahr 2010 hatte La Guajira mit 0,691 den niedrigsten Entwicklungsindex, Magdalena, Sucre und Cordoba lagen unter 0,8 und Atlantico, Bolivar und Cesar hatten Entwicklungsindices über 0,8, wobei das Departement Atlantico mit 0,835 Punkten den höchsten Index erreichte.

Die Region, die in dieser Periode den höchsten Index menschlicher Entwicklung hatte, war die Hauptstadt Bogota: er betrug 0,820 im Jahr 1994 als höchster Index des Landes und 2010 übertraf er wiederum die Indices der restlichen Landesteile mit 0,904 – einem ähnlichen Index wie dem von Dänemark.

Die Region mit dem zweithöchsten Entwicklungsindex war die Region des Ostens, die im Jahr 1994 einen Index von 0,734 hatte und im Jahr 2010 einen von 0,835, einem ähnlichen wie dem von Qatar. Auf der Ebene der Departements gibt es keine großen Unterschiede. Sie haben alle außer Norte de Santander (0,796) einen Entwicklungsindex über 0,8. Es folgt die Region des Zentrums, dessen Wert 1994 0,720 und 2010 von 0,816 betrug, gleich wie Portugal. Auf der Ebene der Departements weist diese Region auch keine großen Unterschiede auf, denn alle Landesteile befinden sich über 0,8 Punkten außer Caqueta, das im Jahr 2010 0,752 Punkte aufwies. Es muss indessen hinzugefügt werden, dass das Departement im Amazonasgebiet und nicht in der Andenkordillere liegt.

Die genannten Zahlen lassen den Schluss zu, dass der Index der menschlichen Entwicklung in Kolumbien die Ergebnisse der Analysen bestätigt, die in methodischer Hinsicht mit anderen Indikatoren für Lebensqualität und unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse durchgeführt wurden. Demnach ist die Hauptstadt Bogota die am meisten entwickelte Region des Landes, gefolgt von der Region des Zentrums mit den von den Departements des Hochlands von Cundinamarca und Boyaca gebildeten Einflussgebieten, die eine gute geografische Lage und gute klimatische Bedingungen aufweisen. Diese Departements sind: Cundinamarca, Boyaca, Santander und Norte de Santander. Letzteres weist eine geringere menschliche Entwicklung als der Rest auf. Ein Teil seines Territoriums liegt auch nicht in den Bergen der Anden, sondern am Fuß der Anden.

Die Region des Zentrums liegt in der zentralen und der westlichen Kordillere und steht hinsichtlich ihrer menschlichen Entwicklung mit der ähnlich bewerteten Region des Ostens an dritter Stelle. Zu ihr gehören die Departements Antioquia, Caldas, Quindio, Risaralda, Huila und Tolima. In dieser Region liegt der Hauptteil der Kaffeezone des Landes.

Die Region mit der niedrigsten menschlichen Entwicklung ist die Pazifikregion, in der das Departement Choco den niedrigsten Index aufweist, der während der ganzen Periode bis 2006 der niedrigste des Landes war. Ab diesem Jahr ist es das Departement La Guajira, eine Region, die mehrheitlich von schwarzer Bevölkerung bewohnt wird und in der ein Großteil der indigenen Bevölkerung des Landes lebt. Ihr folgt die Atlantikregion, die auch zu einem Großteil von schwarzer, indigener und Mulattenbevölkerung bewohnt wird. Das Departement La Guajira, das eine mehrheitlich indigene Bevölkerung hat, wies im 2010 mit 0,691 den niedrigsten Entwicklungsindex des Landes auf, der ähnlich wie derjenige von Thailand ist.

4.1.6 Zufriedenheit in Kolumbien

Kolumbien ist eines der Länder, in dem die Bevölkerung bekundet, zufrieden zu sein, was zu einer Diskussion führte, da es paradox erscheint, dass ein Land, das so hohe Niveaus an Ungleichheit, Armut, extremer Armut und Gewalt aufweist, so zufriedene Menschen haben kann.

Happy-Planet-Index: Nach dem Happy-Planet-Index von 2012 – das von Nic Marks geschaffene globale Maß für nachhaltiges Wohlbefinden – handelt es sich bei Kolumbien nach Costa Rica und Vietnam um das drittglücklichste Land der Welt. Passt man dieses Ergebnis aufgrund der Ungleichheit an, kommt Kolumbien nach Jamaica, Belice, Indonesien und El Salvador auf den 7. Platz.

Dieser Index misst die Lebenserwartung bei der Geburt, das von den Personen empfundene oder erlebte Wohlbefinden und den ökologischen Fußabdruck. Bei den Bewertungen dieser Indikatoren erreichte Kolumbien eine hohe Punktzahl im empfundenen Wohlbefinden (6,4) sowie eine mittlere bei der Lebenserwartung (73,7) und beim ökologischen Fußabdruck (1,8) und eine Gesamtpunktzahl von 59,8 Punkten.

Gemäß der Indikatoren sind die Länder mit dem höchsten empfundenen Zufriedenheitsniveau Dänemark, Kanada, Norwegen, Schweiz, Holland, Schweden und Venezuela. Diejenigen mit dem niedrigsten empfundenen Zufriedenheitsniveau sind: Botswana, Tansania und Togo. Das zeigt, dass man gute Niveaus an objektivem Wohlstand und Sicherheit braucht, um sich wohlzufühlen, wie im Falle von Venezuela, wo die Sozialmaßnahmen des Ex-Präsidenten Chavez die Reduzierung der Ungleichheit erreichten und der verletzlichsten Bevölkerung halfen.

Beim Indikator Lebenserwartung sind die Länder mit den höchsten Punktzahlen Japan, Hongkong, Schweiz, Australien, Italien, Island und Israel. Die Länder mit der niedrigsten Lebenserwartung sind die Demokratische Republik Kongo, die Republik Zentralafrika und Sierra Leona.

Nach ökologischem Fußabdruck sind die Länder mit dem kleinsten ökologischen Fußabdruck pro Kopf Afghanistan, Haiti und Bangladesch. Die Länder mit dem größten ökologischen Fußabdruck pro Person sind Qatar, Luxemburg, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Dänemark, Trinidad und Tobago sowie die Vereinigten Staaten.

Es muss hervorgehoben werden, dass in diesem Zufriedenheitsranking unter den 10 ersten Ländern 9 Länder Lateinamerikas und der Karibik sind: Costa Rica, Belize, El Salvador, Jamaica, Panama, Nicaragua, Venezuela und Guatemala. Unter den ersten 25 glücklichen Ländern befinden sich 17 Länder Lateinamerikas und der Karibik. Nach Regionen ist diese die weltweit Glücklichste. Es handelt sich somit nicht um eine kolumbianische Ausnahme, sondern um eine Regel, die mit Lateinamerika und der Karibik als Region zu tun hat. Nur zwei lateinamerikanische Länder weisen niedrige Niveaus an gefühltem Wohlbefinden auf: die Dominikanische Republik und Haiti. Und nur zwei Länder hatten eine arme ökologische Fußspur: Uruguay und Trinidad und Tobago.

Die Länder, die sich die ersten 25 Plätze mit den lateinamerikanischen und karibischen Ländern teilen, sind Vietnam, Bangladesch, Indonesien, Israel, Pakistan, Albanien, Thailand und Philippinen. Von diesen 8 Ländern sind 4 aus der Äquatorzone Südostasiens, 2 aus Südasiens, 1 aus Südwestasiens und 1 aus Osteuropa. Nach Lateinamerika und der Karibik ist Asien die zufriedenste Region. Die am wenigsten zufriedene Region ist Afrika südlich der Sahara.

Alle lateinamerikanischen Länder haben nach diesem Index hohe Niveaus, was in direkter Beziehung mit der niedrigen ökologischen Fußspur steht, die Produkt der niedrigen Konsumniveaus, der hohen Lebenserwartung dank der Fortschritte in Gesundheit und Ernährung ist. Dazu kommt ein in diesen Ländern gemeinsamer kultureller Grund hinsichtlich des gefühlten Wohlbefindens hinzu: Eine geteilte kulturelle Charakteristik ist die in Lateinamerika mehrheitliche katholische Religion. Der Untersuchung Durkheims zufolge ist in diesem Glauben der Gemeinschaftssinn höher und die Rate an Selbstmorden als dem höchsten Ausdruck des Unglücklichseins mit dem Leben geringer. Wirft man nochmals einen Blick auf die Statistik zeigt sich: Die besten Positionen besetzen die zentralamerikanischen Länder, die karibischen Inseln und die Länder, die am Äquator liegen. Das weist darauf hin, dass das gute Klima auch das Gefühl der Zufriedenheit beeinflussen kann.

Unter den 25 glücklichsten Ländern haben die Menschen in Kolumbien, Pakistan, Israel und El Salvador einen Krieg erlebt, was dafür sprechen könnte, dass die extremen Gewalt- und Unsicherheitssituationen dazu führen können, dass die Bevölkerung das Leben mehr schätzt und genießt, da es als bedroht empfunden wird. Das sind jedoch nur Hypothesen, die durch empirische Untersuchungen bestätigt werden müssen.

Zweifellos sind die Menschen in Kolumbien jedoch zufrieden, haben einen guten Sinn für Humor, lachen gerne, machen gern Spaß und unterhalten sich gerne. Dies hängt mit dem afrikanischen Erbe zusammen, ebenso wie das Singen und Tanzen, um die Gefühle des Schmerzes, der Frustration und der Ohnmacht zu ertragen. Die niedrigen Niveaus der Deckung durch das Sozialversicherungssystem, das hauptsächlich die Bevölkerung mit formellen Arbeitsverhältnissen schützt, führen dazu, dass die Sicherheit der Bevölkerung weiterhin von den primären Gruppen garantiert wird. Die Bedeutung der Familie, sowohl der Kernfamilie wie der erweiterten Familie, hat mit dem indigenen und dem afrikanischen Erbe zu tun, den Vorfahren der Klans und Stämme, die Überlebenseinheiten bildeten. Das führt dazu, dass die persönlichen Beziehungen und die affektiven Bindungen in Lateinamerika sehr stark sind und der Reichtum der persönlichen Beziehungen ein entscheidender Faktor für die Zufriedenheit der Personen darstellt.

Metaanalyse des Wohlbefindens: Globale Untersuchung der Beziehungen zwischen den fünf Komponenten des Wohlbefindens und der Beurteilung des Lebens, der Alltagserfahrungen, der Gesundheit und der Großzügigkeit

Im April 2011 veröffentlichte Gallup die Ergebnisse der Metaanalyse der Beziehung zwischen fünf Komponenten des Wohlbefindens – der Werdegang verstanden als „Ich mag, was ich jeden Tag tue“, soziale Beziehungen verstanden als „Es gibt viel Zuneigung in meinem Leben“, Gesundheit verstanden als „Ich bin körperlich fast ganz gesund“ und Gemeinschaft verstanden als „Ich kann mir keine bessere Gemeinschaft vorstellen“ – und der Auswertung von sechs Ergebnisvariablen: die Beurteilung des gegenwärtigen Lebens, die Beurteilung des Lebens in der Zukunft, das tägliche Wohlbefinden, die Krankheitstage, die Gesundheitsprobleme und die Großzügigkeit. Die Untersuchung wurde in den Ländern und Regionen der ganzen Welt durchgeführt.

Ziel der Untersuchung sollte ebenso die Analyse der praktischen Bedeutung der Beziehung zwischen den Elementen des Wohlbefindens und der Ergebnisvariablen sein sowie die Analyse der Auswirkung des BIP (auf Landes- und Regionsebene) auf die fünf Wohlbefindenskomponenten und die sechs Ergebnisvariablen.

Mit insgesamt 120.239 durchgeführten Befragungen in der Zeit zwischen Februar 2009 und März 2010 von 15-jährigen und älteren Personen in 117 Ländern, wobei telefonische oder direkte Interviews gemacht wurden, berechnete Gallup statistisch die Beziehung auf individueller Ebene zwischen den fünf Wohlbefindenselementen und den sechs Ergebnisvariablen. Es wurde die Moderierung der oben erwähnten Beziehungen durch das BIP auf Landesebene und die Kategorisierung der Länder nach regionaler Lage analysiert.

Die Analyse ergab, dass jedes einzelne der fünf Wohlbefindenselemente eine signifikante Variation in jeder der sechs untersuchten Ergebnisvariablen erklärt. Die Ergebnisse zeigen eine hohe Verallgemeinerungsmöglichkeit, was bedeutet, dass die Korrelationen in den verschiedenen Ländern und Regionen in hohem Maße konsistent waren, nachdem die demografischen Unterschiede kontrolliert waren. Die Befragten mit größerem Wohlbefinden in den fünf Bereichen bekundeten ein besseres derzeitiges Leben, bessere Beurteilungen des künftigen Lebens, bessere Alltagserfahrungen, weniger Krankheitstage und Gesundheitsprobleme und eine größere Großzügigkeitswahrscheinlichkeit.

Die Personen mit hoher Zufriedenheit mit dem Werdegang wiesen weniger als halb so viele Krankheitstage auf und waren zu 39% weniger anfällig für die Meldung chronischer Gesundheitsprobleme als die Personen mit niedriger Zufriedenheit. Die Personen mit hoher sozialer Zufriedenheit waren zu 17% geneigter, großzügig zu sein, als die Personen mit einem niedrigen sozialen Wohlempfinden. Die Personen mit hohem finanziellen Wohlergehen nannten eine höhere Zufriedenheit mit dem Leben als diejenigen mit niedrigem finanziellen Wohlergehen, auch wenn die Einkommen und die demografischen Daten wie Alter, Geschlecht, Personenstand und Bildung und die verschiedenen regionalen Unterschiede kontrolliert wurden.

Die in dieser Untersuchung enthaltene Schlussfolgerung ist, dass die Beziehungen zwischen den fünf Wohlbefindenselementen und den sechs Ergebnisvariablen auf individueller Ebene wichtig und für die Länder und Regionen verallgemeinerbar sind. Diese Beziehung ist ein weiterer Beweis für die Universalität der fünf grundlegenden Wohlbefindenselemente.

Positive Gefühle: Gallup untersuchte während des Jahres 2011 die positiven Gefühle in 148 Ländern, wobei er fünf Fragen stellte:

Haben Sie sich gestern gut ausgeruht gefühlt?

Wurden Sie gestern den ganzen Tag über respektvoll behandelt?

Haben Sie gestern viel gelächelt oder gelacht?

Haben Sie gestern etwas Interessantes gelernt oder gemacht?

Haben Sie während des gestrigen Tages Gefühle der Freude empfunden?

Gallup meinte, dass diejenigen, die auf diese fünf Fragen mit einem "Ja" antworten, eine relativ optimistische Welt widerspiegeln. Er fand, dass 85% der Erwachsenen sich in der ganzen Welt den ganzen Tag über respektvoll behandelt fühlten, 72% lächelten oder lachten viel, 73% fanden, dass sie den Tag sehr genossen hätten, und 72% fühlten sich gut ausgeruht. Die einzige Aussage, die mit 43% weniger als die Hälfte der Personen in der ganzen Welt bestätigten, war, etwas Interessantes am Vortag gelernt oder gemacht zu haben. Kurzum: Trotz vieler globaler Herausforderungen erleben die Menschen in der ganzen Welt viele positive Emotionen.

Diese Untersuchung führt zu dem Ergebnis, dass die Lateinamerikaner die positivsten Personen der Welt sind. Acht Länder gehören zu den 10 positivsten der Welt. Panama führt die Liste mit 85% positiver Antworten auf die gestellten Fragen an, gefolgt von Paraguay, El Salvador, Venezuela, Trinidad und Tobago, Guatemala, Ecuador und Costa Rica. Kolumbien liegt mit 80% bestätigender Antworten hinter Kanada auf dem 12. Platz.

Die Länder mit dem niedrigsten Anteil positiver Antworten, der bei 55% oder weniger lag, waren: Singapur, Armenien, Irak, Georgien, Yemen, Serbien, Weißrussland, Litauen, Madagaskar, Afghanistan, Aserbaidschan, Haiti, Togo und Mazedonien.

In seiner Analyse der Ergebnisse hebt Gallup hervor, dass keine direkte Beziehung zwischen dem Pro-Kopf-BIP und den positiven Gefühlen der Bevölkerung besteht. Die Einwohner Panamas, die in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP auf dem 90. Platz in der Welt liegen, nannten eine große Neigung, positive Gefühle zu empfinden. Die Einwohner von Singapur, die in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP den 5. Platz in der Welt einnehmen, sind am wenigsten zu positiven Gefühlen geneigt. Somit bedeuten höhere Einkommen nicht unbedingt höheres Wohlbefinden.

Gallup kommentiert die Untersuchungsergebnisse des Ökonomen und Nobelpreisträgers Daniel Kahneman und des Ökonomen Princeton Angus Deaton, die in den Vereinigten Staaten herausgefunden haben, dass die Einkommen nur eine signifikante Auswirkung auf die alltäglichen positiven Gefühle haben, wenn bis zu 75.000 Dollar pro Jahr verdient werden. Bei einem höheren Einkommen hat das zusätzliche Einkommen keinen so großen Einfluss mehr. Deshalb kommt Gallup zu dem Schluss, dass die Führer, die Art und Weisen suchen, um die Lebensbedingung ihrer Länder noch zu verbessern – besonders in Gesellschaften wie der von Singapur, die hinsichtlich der traditionellen ökonomischen Indikatoren gute Ergebnisse widerspiegeln, jedoch nicht auf der Ebene der Verhaltensindikatoren und daher mehr das Wohlbefinden in ihren Führungsstrategien berücksichtigen müssten.

Sicherheitsgefühl: Gallup realisierte im Jahr 2011 eine Umfrage über das Gefühl der Sicherheit, indem er danach fragte, ob die Leute sich sicher fühlen, nachts durch ihren Stadtteil oder ihr Wohngebiet zu gehen. Die Befragung hatte zum Ergebnis, dass das Gebiet von Lateinamerika und der Karibik die Region der Welt ist, in der die Bevölkerung sich am unsichersten fühlte (53%), der Südosten Asiens ist die Region, in der sich die wenigsten Menschen unsicher fühlten (20%).

Es ist paradox, dass die Kolumbianer sich auch im lateinamerikanischen Kontext angesichts des hohen im Land erlebten Gewaltniveaus nicht unsicherer fühlen und sich im Vergleich mit ihren Nachbarländern an 12. Stelle befinden. An erster Stelle befindet sich mit 63% Venezuela, gefolgt von: Dominikanische Republik 62%, Paraguay 59%, Costa Rica 57%, El Salvador 57%, Guatemala 56%, Bolivien 56%, Peru 55%, Honduras 54%, Haiti 53%, Kolumbien 53%, Brasilien 51%, Panama 50%, Ecuador 50%, Nicaragua 48%, Argentinien 48%, Chile 44%, Uruguay 43%, Jamaica 38% und Trinidad und Tobago 30%.

4.2 Kontrastanalyse zweier unterschiedlicher Regionen: Die zentrale Kaffeeregion und die Bananenregion von Uraba

Wie im ersten Teil dieses Kapitels zu sehen war, sind die regionalen Unterschiede in Kolumbien beträchtlich. Es gibt Regionen mit hohen und andere mit niedrigen Wohlfahrtsniveaus. Im Folgenden werden zwei, in Bezug auf die Niveaus der menschlichen Entwicklung gegensätzliche, geografische Gebiete Kolumbiens analysiert: die Kaffe- und die Bananenzone. Das Ziel ist es, die Haupteigenschaften des Modernisierungsprozesses in den beiden Zonen sowie die, diesen Prozess und die Erhöhung der Wohlfahrtsniveaus verzögernden bzw. fördernden, Tendenzen zu identifizieren. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass ein Lernen aus den Erfahrungen des Landes dazu dienen kann, eigene kontextspezifische Wege der Modernisierung zu finden.

Die in der Bananenzone untersuchten Gemeinden sind die 4 Exportbananen produzierenden Gemeinden Chigorodo, Carepa, Apartado und Turbo, die im Department Antioquia liegen, eine Ausdehnung von 4.643 km² haben und eine Bevölkerung von 422.711 Einwohnern aufweisen.

Die untersuchten Gemeinden der Kaffezone wurden im Departement Caldas nach dem Kriterium ausgewählt, dass sie Kaffeeproduzenten sind und ihre Ausdehnung etwa die gleiche Größe wie die der Bananengemeinden umfasst. Das sind die 15 Gemeinden Chinchina, Manizales, Neira, Palestina, Villamaria, Filadelfia, La Merced, Aranzazu, Salamina, Pacora, Aguadas, Marulanda, Manzanares, Marquetalia und Pensilvania. Diese haben eine Ausdehnung von 4.602 km² und eine Bevölkerung von 804.698 Einwohnern.

4.2.1 Die Kaffeeregion von Caldas

Karte Nr. 8 Gemeinden des Departements Caldas



Quelle: <http://www.gobernaciondecaldas.gov.co/images/mapas/municipios.pdf>

4.2.1.1 Geschichte und soziodemografische Struktur

Bevölkerung: Die 15 Kaffeegemeinden von Caldas, die in dieser Arbeit untersucht werden, wurden zwischen 1808 und 1877 im Zuge des als „Kolonisierung von Antioquia“ bekannten Prozesses gegründet, in einer Zeit, in der Bauern und Bergarbeiter aus Antioquia, die wegen der Bergbaukrise und dem Mangel an Land verarmten, von Santa Fe de Antioquia Richtung Süden auswanderten und

anfänglich Ortschaften an der westlichen Flanke der zentralen Kordillere und später an der östlichen Seite dieser Andenberge gründeten.

In der ersten Kolonisierungsphase zwischen 1785 und 1810 wurde Aguadas (1808) gegründet. In einer zweiten, von 1820 bis 1860 gehenden, Phase wurden Pacora (1817), Salamina (1825), Neira (1842), Manizales (1849), Filadelfia (1850), Villamaria (1852), Aranzazu (1853), Palestina (1855) und Chinchina (1857) gegründet. In der dritten Phase, die 1860 mit der Kolonisierung der östlichen Flanke der zentralen Kordillere begann, wurden Manzares (1860), Pensilvania (1866), Marulanda (1877), Victoria (gegründet 1525 und neugegründet 1879), Marquetalia (1880), Samana (1884) und La Dorada (1886) gegründet.

Nach den Informationen der offiziellen historischen Beschreibungen dieser Gemeinden waren die verschiedenen Kolonisierungsphasen nicht homogen. Die Erste war ungeordneter und wurde von verarmten Bauern getragen, die ihre Situation verändern wollten. Die zweite Etappe war besser und genossenschaftlich organisiert, die Bevölkerung hatte mehr Kapital und bessere Erfolge. Die dritte Phase wurde mit größerem Kapital aus Antioquia durchgeführt.

Die Bevölkerung, die die Antioquienische Kolonisierung realisierte, war am Anfang mit dem Kampf um den, sich in Händen zweier Landkonzessionen befindenden, Landbesitz konfrontiert, eine im Besitz von Felipe Villegas y Cordoba, Spanier aus Burgos, wohnhaft in Rionegro, der die Konzession 1763 erhalten hatte. Der Titel wurde 1790 angefochten, da das Land weder gerodet noch verbessert wurde. Die Streitsache wurde von Joaquin Ruiz y Zapata entschieden, der das Land aufkaufte und es unter den Bauern verteilte.

Die zweite Phase der Kolonisierung von Antioquia war mit der Konzession von Aranzazu konfrontiert, die 1801 durch königliche Kapitulation von Carlos III. verliehen wurde. Die Ländereien der Erben Aranzazu wurden von der Kompanie Gonzalez y Salazar verwaltet. Diesen Konflikt entschied die Regierung, die den Bauern der Regierung gehörende Brachflächen gab, 10 Fanegadas pro Einwohner und 12.000 Fanegadas für die Gründung der Ortschaften. Einige *Colonos* wie Fermin Lopez zogen es vor, Land außerhalb der Konzession weiterzusuchen, da es eins ihrer Ziele war, Land zu bekommen, das makellos, völlig im Eigenbesitz zum Bevölkern, Besitzen und Anbauen sein konnte, kurz: Sie suchten "freies" Land für "freie" Menschen.

Diese Siedler verhalfen der kolumbianischen Wirtschaft zu einer Wende. Dank ihrer Arbeit rodeten sie das Land und machten es fruchtbar auf der Grundlage mittlerer und kleiner eigener bäuerlicher Fincas, in denen die Arbeitskraft der Familienangehörigen eingesetzt wurde. Diese antioquienischen Siedler bildeten eine katholische, hinsichtlich der familiären und sozialen Bräuche homogene Bevölkerung mit einem hohen Grad sozialer Gleichheit untereinander.

Die landwirtschaftliche Subsistenzproduktion bestand aus Mais und Bohnen, die die Hauptnahrungsmittel der Ernährung darstellten. In sogenannten *Sementeras* wurden Kochbananen, Maniok und Zuckerrohr angepflanzt und die Frauen pflanzten in den Gärten Gemüse an, Zwiebeln, Tomaten, Grünkohl, Weißkohl, Kürbis, Vitoriakürbis, Chilipaprika, Koriander und Safran. Im Heilpflanzengarten gab es Basilikum, Sellerie, Cidron, Fenchel, Zitronengras, Malve, Kamille, Paico und Holunder. Es wurden Hühner und Schweine gehalten, um die Ernährung durch Fleisch und Eier zu ergänzen. Mit der Zuckerrohmühle wurde Rohrzuckermelasse und Panela genannter Rohrzucker gewonnen.

Unter den ökonomischen Aktivitäten befand sich der Transport mit Ochsenkaravanen. In der ganzen Kolonisierungszone gab es einen intensiven Handel mit aus Antioquia kommenden Manufakturprodukten und landwirtschaftlichen Produkten der Fincas. Es wurden Wege angelegt,

wie dem Weg nach Norden, der Neira mit Salamina, Aguadas und Abejorral im Departement Antioquia verband, der Weg des Ruiz, der Manizales mit den Thermalquellen von Guali, mit Murillo, Libano und Ambalema im Departement Tolima verband; der Weg von Aguacatal oder La Elvira, der Manizales mit La Elvira, dem Paramo von Aguacatal, Soledad, Mariquita, Honda und dem Río Magdalena verband. Die familiären *Posadas* und die kommerziellen Fondas waren Orte für die Unterkunft von Ochsentreibern und Reisenden. Andere wirtschaftliche Aktivitäten waren der Bergbau und die Gräber- und Schatzsuche.

Der Kaffeeanbau entwickelt sich als das wichtigste Exportprodukt, das dank der Anpassung an die Bodenbedingungen, der Höhe der bäuerlichen Fincas, die zwischen 1.378m und 1.820m über dem Meer liegen, des Klimas, das zwischen 17° und 22° C schwankt, der Möglichkeit, von familiärer und lokaler Arbeitskraft bearbeitet zu werden, und der Stabilität der ausländischen Nachfrage zu einem rentablen Geschäft für die Bauern wird und zur Verbesserung ihrer Einkommen und der Lebensbedingungen der Bevölkerung beiträgt.

Soziodemografische Charakteristiken: Eine der wesentlichsten demografischen Charakteristiken der antioqueñischen Colonos war, dass sie große Familien bildeten, von denen einige bis zu 20 Kindern hatten, die, sobald sie verheiratet waren, wegzogen, um neues Land zu kolonisieren und mit ihren eigenen Familien zu bevölkern. Besiedlung und Bevölkerungswachstum wurden durch diese Familien und nicht durch äußere Migration garantiert.

In der Volkszählung von 1951 betrug die Bevölkerung der 15 untersuchten Kaffeegemeinden 369.757 Einwohner, die 34,62% der Gesamtbevölkerung des Departements Caldas ausmachten, das seinerseits mit einer Bevölkerung von 1.068.180 Einwohnern 9,25% der nationalen Gesamtbevölkerung darstellte. Die Bevölkerung war zu 39% urban und 61% rural, in der Hauptstadt Manizales lebten 11,81% der Gesamtbevölkerung des Departements. Manizales ist in dieser Zeit die einzige Gemeinde des Departements mit einer mehrheitlich urbanen Bevölkerung (70,44%).

In der Volkszählung von 1964 betrug die Bevölkerung der 15 Gemeinden 504.335 Einwohner, 34,64% der Gesamtbevölkerung des Departements. 55,74% dieser Bevölkerung war urban und 44,26% rural. Während dieser 13 Jahre gab es eine Wende, im Zuge derer nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung rural sondern urban wurde, aber dieser Prozess ereignete sich nicht in allen Gemeinden, sondern nur in Manizales (85,63) und in Chinchina (60,61%). Da die größte Bevölkerung jedoch in Manizales lebte, 221.916 Einwohner, und 26.306 Einwohner in Chinchina, der viertbevölkertsten Gemeinde, beeinflussten beide die „Bevölkerungswaage“ zugunsten der urbanen Zone. Die restlichen 13 Gemeinden besitzen weiterhin eine mehrheitlich rurale Bevölkerung.

Laut der Volkszählung von 1973 nimmt die Bevölkerung in der untersuchten Kaffeezone ab, ebenso wie die Gesamtbevölkerung von Caldas. Das Departement ist durch den Bevölkerungsverlust gekennzeichnet und der ursprüngliche Anteil von 8,33% der nationalen Gesamtbevölkerung im Jahr 1964 sinkt auf 3,36% im Jahr 1973. Die 15 untersuchten Gemeinden zählen 497.121 Einwohner, was 71,22% des gesamten Departements ist. Das verdeutlicht, dass eine Migration von anderen Gemeinden besonders in die Hauptstadt Manizales besteht, die 229.095 Einwohner hat, sowie nach Chinchina, Neira und Palestina – Gemeinden, die ihre Bevölkerungszahl in dieser Periode erhöhen. Sie gehören zum Großraum der Gemeinde Manizales. Die Gemeinden, deren Bevölkerung in der Periode zwischen beiden Volkszählungen abnimmt, sind Villamaria – einzige Gemeinde des Großraums Manizales, die an Bevölkerung verliert – Filadelfia, Aranzazu, Salamina, Pacora, Aguadas, Marulanda, Pensilvania, Manzanares und Marquetalia, die im Norden und Osten des Departements liegen. Laut dieser Volkszählung sind 60,67% der Bevölkerung urban und 39,33%

rural. Jedoch sind weiterhin nur Manizales und Chinchina urban, die Bevölkerung der anderen Gemeinden ist weiterhin mehrheitlich rural, in einige Gemeinden signifikant wie beispielsweise in La Merced (76,97%), Palestina (74,79%), Filadelfia (74%), Pacora (69,29%) und Aguadas (68,24%).

In der Volkszählung von 1985 hatte das Departement Caldas 838.094 Einwohner, was 3,01% der nationalen Gesamtbevölkerung darstellt. Die 15 Kaffeegemeinden machen mit einer Bevölkerung von 621.614 Einwohnern 74,14% der Bevölkerung des Departements aus. 67,01% befindet sich in den Gemeindezentren. Diese Situation wird von den Gemeinden Manizales (91,30%), Chinchina (76,48%) und Villamaría (65,91%) vorangetrieben. Letztere hat Wohnungspläne entwickelt, die von Einwohnern und Arbeitern von Manizales gekauft werden, die die Möglichkeit ergreifen, Besitzer von billigeren Wohnungen zu werden als den in Manizales angebotenen. Gleichzeitig nutzen sie die Nähe und die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den beiden Gemeinden, die das Metropolengebiet von Manizales bilden. Die restlichen 12 Gemeinden sind mehrheitlich rural.

In der Volkszählung von 1993 betrug die Gesamtbevölkerung von Caldas 925.358 Einwohner, was 2,79% der nationalen Gesamtbevölkerung ausmachte. Die untersuchte Zone hatte 660.895 Einwohner, 71,42% der Gesamtbevölkerung des Departements. 69,98% der Bevölkerung waren urban. Zu Manizales, Chinchina und Villamaria kommt Salamina mit einer mehrheitlich urbanen Bevölkerung.

In der Volkszählung von 2005 hat Caldas 898.490 Einwohner und 2,17% der nationalen Gesamtbevölkerung und verliert weiterhin an Bevölkerung, womit der Bevölkerungsschwund des Departements bestätigt wird. Mit einer Bevölkerung von 653.408 Einwohnern stellen die 15 untersuchten Gemeinden 72,72% der Gesamtbevölkerung des Departements dar – zu 77,18% sind sie urban und zu 22,86% rural. Die 4 urbanen Gemeinden sind weiterhin Manizales, Chinchina, Villamaria und Salamina, der Rest bleibt weiterhin mehrheitlich rural. Bei Manizales handelt es sich um die Gemeinde, die in der Periode von 1951 bis 2005 ein konstantes Bevölkerungswachstum aufweist. Weitere Gemeinden, die in dieser Periode an Bevölkerung zunehmen, sind Neira, Villamaria und Marquetalia. Die Bevölkerung der anderen Gemeinden nimmt ab, insbesondere heben sich dabei La Merced, Aguadas, Marulanda und Manzanares hervor.

Die Bevölkerungsverteilung nach **Geschlecht** wies im Jahr 1951 ein Verhältnis von 51,16% Männern und 48,84% Frauen auf. 2005 kehrte sich dies um, sodass den 48,80% Männern 51,20% Frauen gegenüber standen, was einen Verlust an Männern in dieser Periode bedeutet, der hauptsächlich auf Migration und Gewalt zurückzuführen ist, die mehr die Männer als Frauen betreffen.

Hinsichtlich des **Personenstandes** weisen die untersuchten Gemeinden 1964 die folgende Verteilung auf: 69,44% der Bevölkerung sind ledig, 26,34% verheiratet, 2,78% verwitwet, 0,97% leben in freier Beziehung und 0,47% getrennt. Im Jahr 1993 zeigen die Daten von Caldas, dass 42,09% der Bevölkerung ledig, 34,79% verheiratet und 5,07% verwitwet sind, 13,27% leben in freier Beziehung, 4,12% sind getrennt oder geschieden und 0,67% geben keine Auskunft. Im Jahr 2005 sind 44,30% der Bevölkerung von Caldas ledig, 27,65% verheiratet, 16,87% leben in freier Beziehung, 5,29% sind verwitwet und 5,21% getrennt oder geschieden.

Diese Verteilung zeigt, dass von 1964-2005 vor allem die freien Beziehungen, sowie die Trennungen und Scheidungen zugenommen haben.

In Bezug auf den **Geburtsort** wurden 78,13% der Bevölkerung im Jahr 1951 im Departement Caldas selbst geboren, 10,06% in Antioquia, 3,73% in Tolima, 3,49% in Valle und 2,21% in

Cundinamarca. Im Jahr 1964 liegen Informationen von allen Gemeinden vor: 65,67% der Bevölkerung sind in der Gemeinde selbst geboren, 26,42% in einer anderen Gemeinde des gleichen Departements und 11,77% in einem anderen Departement. Die Zahlen zeigen, dass 92,09% im Departement selbst geboren sind und dass es eine geringe Migration gibt. Im Ausland sind nur 0,10% geboren. Antioquia, Valle del Cauca und Tolima sind weiterhin die drei Departements mit dem größten Migrationsanteil. Laut der Volkszählung von 1973 sind 78% der Bevölkerung im Departement selbst geboren, 4,89% kommen aus Antioquia, 3,28% aus Tolima, 2,29% aus Valle und 3,68% aus Risaralda. Die im Ausland geborene Bevölkerung beträgt 0,06%. Im Jahr 1993 wurden 85,16% der Bevölkerung im Departement geboren, 14,20% in einem anderen Departement und 0,11% in einem anderen Land. Im Jahr 2005 wurden 81,96% der Bevölkerung im Departement selbst geboren, 3,61% in Antioquia, 3,12% in Risaralda, 2,85% in Tolima, 2,18% in Valle und 0,11% in einem anderen Land.

Der diachrone Vergleich zeigt, dass die Bevölkerung wenig Migranten aufgenommen hat. Die meisten kommen aus Antioquia, was die Kontinuität der Gewohnheiten der Einheimischen, der sogenannten *Paisas* garantiert. Die anderen beiden, für die Migration bedeutenden, Departements sind das angrenzende Tolima und Valle. Die im Ausland geborene Bevölkerung ist wenig repräsentativ, was auf wenig Kontakt der Bevölkerung mit dem Ausland hinweist.

In der Volkszählung des Jahres 2005 wird nach den Gründen für den Wohnsitzwechsel gefragt, dabei zeigt sich, dass 44,87% der Migranten aus familiären Gründen migrieren und 16,55% wegen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche. Das sind die beiden wesentlichsten Gründe.

In der Volkszählung von 1951 lag die Anzahl Personen pro Familie im Departement Caldas bei 6,40, im Jahr 1964 war der Durchschnitt 6,34. Von 1973 an wird die Abnahme der Lebendgeburten pro Frau deutlich. Betrug die Anzahl zunächst 3,35 sank sie 1993 auf 1,64, was eine drastische Veränderung im Reproduktionsmodell der Frau anzeigt, die im Laufe von zwei Generationen die Anzahl der Kinder signifikant reduziert hat, was eine größere Geburtenkontrolle anzeigt.

Die Volkszählung von 2005 enthält Informationen zur Struktur der Haushalte im Departement Caldas zur Verwandtschaft mit dem Haushaltsoberhaupt. Es stellt sich heraus, dass die Haushalte zu 27,51% von einem Haushaltsoberhaupt gebildet werden, zu 16,26% von Ehepartnern oder Paaren, 39,28% sind Kinder, 0,92% Schwiegersöhne und -töchter, 6,45% Enkel, 1,58% Eltern oder Schwiegereltern, 2,17% Geschwister oder Halbgeschwister, 2,97% andere Verwandte, 0,23% Haushaltsangestellte und 2,63% andere Personen.

Das Vorherstehende zeigt, dass die Haushalte hauptsächlich aus Paaren mit Kindern und eventuell Enkeln zusammengesetzt sind.

In Bezug auf die **Alphabetisierung** sank in der Kaffeezone die Anzahl der Bevölkerung der 7-Jährigen und Älteren mit Analphabetismus von 27,58% im Jahr 1951 auf 9,37% im Jahr 2005, worin sich eine beträchtliche Reduzierung innerhalb des Zeitabschnitts manifestiert.

Bezüglich des **Bildungsniveaus** wiesen 90,46% der gebildeten Gesamtbevölkerung des Departements Caldas im Jahr 1951 irgendein Primarschulniveau auf, 8,45% irgendein Sekundar-, 0,38% irgendein Hochschul- und 0,70% irgendein informelles Bildungsniveau. 2005 hatte 3,67% der gezählten Bevölkerung der 3-Jährigen und Älteren eine Vorschulbildung, 41,22% irgendeine Primarschul-, 18,17% irgendeine Sekundar-, 16,78% irgendeine technische Bildung, 0,34% hatte Lehrerseminar- und 10,05% Hochschulbildung. Im Departement Caldas sind die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Geschlechtern nicht signifikant, es gibt sogar Niveaus wie die Hochschulbildung, in denen die Frauen zahlreicher als die Männer sind. Die Unterschiede sind

signifikanter zwischen den urbanen und den ruralen Zonen, wie etwa im höheren Bildungsniveau, dem 96,35% der Bevölkerung der Gemeindezentren zuzurechnen sind, während es in den ruralen Zonen nur 3,65% sind. Das bedeutet eine Begrenzung der Entwicklung von Produktionsprozessen, die die Anwendung von wissenschaftlichen Kenntnissen oder technologischen Fortschritten mit sich ziehen.

Die erweiterte Volkszählung von 2005 griff die Frage auf, ob die Bevölkerung lesen und schreiben konnte. Auf diese Frage antworteten 89,27% der Bevölkerung des Departements Caldas zustimmend, während 10,73% dies verneinten. In den untersuchten 15 Gemeinden beträgt der Durchschnitt der Personen, die weder lesen noch schreiben können 12,86%, diejenigen, die lesen und schreiben können machen 87,14% aus. Diese Frage wurde von einer anderen begleitet: Wie viele Bücher, außer den die Arbeit oder das Studium betreffenden, haben Sie in den letzten zwölf Monaten gelesen? 78,55% der Personen der Kaffeezone haben kein Buch gelesen. Getrennt nach Gemeinden ist Manizales der Ort, der mit 37,74% den höchsten Anteil an Personen hatte, die ein Buch oder mehrere Bücher gelesen hatten. Pacora ist mit 13,74% die Gemeinde mit dem besten Prozentsatz an Personen, die eins oder mehrere Bücher gelesen hatten.

4.2.1.2 Wirtschaftsstruktur

Ökonomie: In der Umfrage des Jahres 1951 machte die ökonomisch aktive Bevölkerung des Departements Caldas 32,46% aus, von denen 28,72% Männer und 3,74% Frauen waren. Nach Beschäftigungsposition der Beschäftigten gefragt, waren es 43,34% Arbeiter, 21,15% Selbstständige, 15,59% Angestellte und 8,47% Arbeitgeber. Die Frauen sind hauptsächlich als Angestellte tätig, die Männer als Arbeiter, Selbstständige oder als Arbeitgeber. In diesem Jahr zeigte die Verteilung nach ökonomischen Arbeitsfeldern, dass 61,49% von Landwirtschaft, Jagd, Fischfang und Forstwirtschaft abhingen, 12,80% vom Dienstleistungssektor, 9,34% von der verarbeitenden Industrie, 5,27% vom Handel, 3,37% von Transport und Telekommunikation, 1,93% vom Bau, 1,06% von der Extraktindustrie und 4,34% von Elektrizität, Gas, Wasser und Sanitärleistungen.

In der Volkszählung von 1964 beträgt die ökonomisch aktive Bevölkerung des Departements Caldas 28,09%, davon sind 4,08% Frauen, womit deutlich wird, dass sie weiterhin wenig an der produktiven Arbeit teilhaben. In den 15 untersuchten Gemeinden beträgt die ökonomisch aktive Bevölkerung 27,22% und die Frauen stellen 4,03% davon dar. Getrennt nach Beschäftigungsposition sind 8,19% Arbeitgeber, 16,72% Selbstständige, 5,69% unbezahlt helfende Familienangehörige, 26,79% Angestellte, 41,51% Arbeiter, 1,10% geben keine Auskunft. Diese Struktur ist in Caldas und in den 15 untersuchten Gemeinden gleich. Von der ökonomisch aktiven Bevölkerung sind 95,03% beschäftigt, 4,97% unbeschäftigt. Es gibt bemerkenswerte Unterschiede bei den Geschlechtern. Die Zuordnung nach ökonomischen Arbeitsfeldern ergibt, dass 52,60% vom Primärsektor der Wirtschaft Landwirtschaft, Jagd, Fischfang und Forstwirtschaft abhängig sind, 16,57% von Dienstleistungen, 10,29% von der Industrie, 9,94% vom Handel, 3,79% von Transport und Telekommunikation. Die ökonomisch inaktive Bevölkerung besteht aus 42,68% Minderjährigen, 30,58% im Haushalt Tätigen, 21,94% Studenten und aus 1,57% alten Menschen.

Im Jahr 1973 machte die ökonomisch aktive Bevölkerung 43,25% der Gesamtbevölkerung aus, worunter sich 8,82% befanden, woraus ersichtlich wird, dass sich deren Anteil in dieser Periode verdoppelte. Die unbeschäftigte Bevölkerung macht 4,64% der ökonomisch aktiven Bevölkerung aus. Die ökonomisch inaktive Bevölkerung umfasst 56,55% der Gesamtbevölkerung und besteht aus 42,19% Frauen, 14,36% Männern; 29,51% widmen sich der Hausarbeit, 21,76% sind Studenten, 0,27% sind Rentenempfänger und Pensionäre. Nach Arbeitsfeldern unterschieden hängen 44,80% von der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang ab, 17,35% von

Dienstleistungen, 10,61% vom Handel, 7,60% von der verarbeitenden Industrie, 3,22% vom Transport und 2,57% vom Bau.

Laut der Volkszählung von 1985 betrug die ökonomisch aktive Bevölkerung 48,7%, von denen die Frauen einen Anteil von 12,89% hatten. Die Unbeschäftigten machten 2,1% aus. Die ökonomisch inaktive Bevölkerung betrug 49,3% der Bevölkerung im Arbeitsalter und bestand aus 26,5% Frauen, die sich dem Haushalt widmeten, 13,1% davon waren Studenten.

Gemäß der Volkszählung des Jahres 1993 beträgt die ökonomisch aktive Bevölkerung 46,08%, bei einem Frauenanteil von 11,06%. Die unbeschäftigte Bevölkerung macht 3,17% der ökonomisch aktiven Bevölkerung aus. Die ökonomisch inaktive Bevölkerung beträgt 51,93% und besteht aus 28,13% Personen, die sich dem Haushalt widmen, 18,58% sind Studenten, 1,39% arbeitsunfähig, 1,33% Rentner, Pensionäre oder Rentenempfänger. Nach Geschlechtern getrennt, zeigt die Verteilung der ökonomisch inaktiven Bevölkerung, dass 8,75% der Männer Studenten sind, 1,05% sind Rentner, Pensionäre oder Rentenempfänger und 27,47% sind Frauen, die sich dem Haushalt widmen und 9,83% dem Studium.

Hinsichtlich ihrer Beschäftigungsposition sind 63,39% als Arbeiter, 18,63% als Selbstständige, 6,96% als Geschäftsführer oder Arbeitgeber und 2,88% als Hausangestellte tätig. Nach Geschlechtern getrennt sind die Männer mehrheitlich Arbeiter oder Angestellte und selbstständig Arbeitende; auch die Mehrheit der Arbeitgeber ist männlich. Die Frauen sind mehrheitlich Arbeiterinnen oder Angestellte; die Mehrheit der Hausangestellten sind Frauen. Nach Arbeitsfeldern getrennt widmen sich 34,20% Landwirtschaft, Viehzucht und Fischfang, 6,90% der Industrie, 13,53% dem Handel, 18% den Dienstleistungen, 4,85% dem Bau und 2,71% dem Transport.

In der Volkszählung von 2005 beträgt die ökonomisch aktive Bevölkerung 39,26% der Gesamtbevölkerung der 5-Jährigen und älter. Von ihnen sind 2,45% unbeschäftigt, der inaktive Teil der Bevölkerung macht 59,74% aus, davon sind 23,45% Studenten, 21,73% widmen sich der Hausarbeit, 2,73% sind Pensionäre, Rentner bzw. Ruheständler, 1,66% Arbeitsunfähige und 10,17% weisen eine andere Situation auf.

In dieser Volkszählung wird keine Verteilung der Bevölkerung nach ökonomischem Aktivitätenbereich aufgeführt, aber es gibt die Verteilung der Selbstständigen und mit dem Haushalt verbundenen Wirtschaftseinheiten getrennt nach Arbeitsfeldern. Im Departement Caldas widmen sich 11,34% der Wirtschaftseinheiten der Industrie, 46,35% dem Handel und 31,21% den Dienstleistungen. Die vom Nationalen Statistischen Amt DANE auf der Basis der Volkszählung von 2005 erarbeiteten Gemeindeprofile zeigen, dass sich die ökonomischen Aktivitäten in den 15 Gemeinden zu 13,14% der Industrie, 47,85% dem Handel, 31,27% den Dienstleistungen und 7,7% anderen Aktivitäten widmen. 97,70% der produktiven Betriebe haben zwischen 1 und 10 Angestellten, 2,07% zwischen 11 und 50, 0,15% zwischen 51 und 200 und 0,05% mehr als 200 Arbeiter. Die großen Unternehmen befinden sich in Manizales, Chinchina, Villamaria und Neira, d. h. in Gemeinden der Region Zentrum-Süden des Departements im Großraum Manizales.

Die Verteilung der Unternehmen nach Aktivitätenskala und ökonomischer Aktivität zeigt, dass sich die Betriebe mit mehr als 200 Arbeitern zu 12,96% der Industrie, zu 10,37% den Dienstleistungen und zu 3,33% dem Handel widmen. Bei 51-200 Mitarbeitern sind es 44,99% Dienstleistungen, 5,82% Industrie und 2,53% Handel, bei 11-50 61,23% Dienstleistungen, 25,69% Industrie und 13,08% Handel, bei 1-10 Mitarbeitern 54,21% Handel, 31,27% und 14,19% in der Industrie. In Bezug auf die Wirtschaftseinheiten üben 31,62% der 49.859 zerstreut liegenden Einheiten

Landwirtschaft und Tierzucht aus, 6,84% nur Landwirtschaft und 16,42% nur Tierzucht, 26,08% weder Landwirtschaft noch Tierzucht und 19,04% geben keine Auskunft.

Bezogen auf den ruralen Besitz gibt es in der Kaffeezone laut Information des Vermessungsamts *Instituto Geográfico Agustín Codazzi (IGAC)*, das in Kolumbien für die amtliche Vermessung zuständig ist, einen Hektardurchschnitt pro Besitzer, der jährlich abnimmt. Im Jahr 2000 betrug dieser pro Privateigentümer 9,15ha, im Jahr 2009 waren es 8,5ha, im Jahr 2012 waren es 5,54ha. Diese Besitzverkleinerung ist ein Problem der Kaffeezone, in der das Land unter den Kindern aufgeteilt wird und die Minifundien sich in Mikrofundien verwandeln, d. h. in so kleine Grundbesitze, die das Überleben der Familie nicht mehr garantieren können.

Die Verteilung der ruralen Grundstücke ist in der Kaffeezone ähnlich wie auf nationaler Ebene, sodass sie die ungleiche Verteilung des Landbesitzes in Kolumbien widerspiegelt. Je kleiner dieser ist, desto größer die Anzahl der Besitzer, je größer der Grundbesitz, desto weniger Besitzer. Die Größe der familie landwirtschaftliche Einheit *Unidad Agrícola Familiar UAF*, befindet sich zwischen 4 und 12 Hektar, Mindestgröße, um sicherzustellen, die Produktivität der bauerlichen Betriebe. In der Kaffeezone umfassen 35,83% der Grundstücke weniger als ein Hektar Land, 22,31% betragen zwischen 1 und weniger als 3 Hektar, 9,92% zwischen 3 und weniger als 5, 11,24% zwischen 5 und weniger als 10, 4,83% zwischen 10 und weniger als 15, 2,89% zwischen 15 und weniger als 20, 6,30% zwischen 20 und weniger als 50 und 6,69% mehr als 50 Hektar. In der Kaffeezone haben 58,27% der Besitzer weniger als 3 Hektar, 87,04% weniger als 20. Die Umfrage bestätigt, dass in dieser Zone ein Grundbesitz von über 100 Hektar selten ist. Grundstücke von 1.000 und mehr Hektar befinden sich in Filadelfia, Marulanda, Pensilvania, Salamina und Villamaria und sind keine Kaffeelandbesitze, sondern hauptsächlich Grundbesitze in kalter Klimazone, die der Viehzucht oder dem Kartoffelanbau dienen.

4.2.1.2.1 Der Kaffee – Hauptagrar und -exportprodukt

Geschichte: Der Kaffee ist kein Produkt, das aus Amerika stammt, sondern aus Afrika. Laut Information des Nationalen Kaffeebauernbundes „*Federación Nacional de Cafeteros*“ zur Geschichte des Kaffees in Kolumbien, ist nicht ganz sicher unter welchen Bedingungen der Kaffee ins Land gekommen ist. Historische Anhaltspunkte weisen darauf hin, dass die Jesuiten im Jahr 1730 die Kaffeeseamen nach Neugranada mitbrachten. Die ersten Pflanzen wuchsen in der östlichen Zone des Landes und 1835 gab es die erste kommerzielle Produktion, 2.560 Säcke, die von der Zollbehörde von Cucuta aus exportiert wurden.

Der Kaffeebauernbund weist darauf hin, dass die Festigung des Kaffees als Exportprodukt ab der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts stattfand, dank der weltwirtschaftlichen Ausbreitung in dieser Periode, die die Großgrundbesitzer zur Ausfuhr von Produkten wie Tabak, Chinarinde, Leder und Vieh nutzten. Diese Exporte waren instabil, da deren Rentabilität von den internationalen Preisen abhing. Nach dem Ende der sogenannten Preisbonanza fielen die Preise und verhinderten die Festigung der Unternehmen. Die spekulativen Preise betrafen auch den Kaffee zwischen dem Ende der 1970er Jahre des XIX. Jahrhunderts und dem Anfang des XX. Jahrhunderts. Mit dem internationalen Fall der registrierten Preise beim Übergang vom XIX. ins XX. Jahrhundert ging die Rentabilität der großen Kaffeehazienden zurück. Zudem trafen Tausendtagekrieg und Auslandsverschuldung die Großgrundbesitzer, was sie ruinierte. Die Kaffeehazienden in Santander und Norte de Santander gerieten in die Krise und diejenigen in Cundinamarca und Antioquia blieben in ihrer Entwicklung stecken.

Die Krise der großen Hazienden brachte laut Kaffeebauernbund eine der signifikantesten Veränderungen des kolumbianischen Kaffeeanbaus: Seit 1875 begann die Anzahl kleiner

Kaffeebauern in Santander, Antioquia und in Viejo Caldas zuzunehmen, Anfang des XX. Jahrhunderts hatte sich ein neues Kaffeexportsystem gefestigt, das auf der bäuerlichen Ökonomie basierte und von der Binnenmigration und der Kolonisierung neuer Ländereien im Zentrum und Westen des Landes, in den Departements Antioquia, Caldas, Valle und Norte del Tolima, angetrieben wurde. Die Ausdehnung dieses Kaffeeanbaus führte zusammen mit der Krise der Hacienden dazu, dass Anfang des XX. Jahrhunderts der Westen Kolumbiens die Führung in der Entwicklung des Kaffeeanbaus im Land übernahm.

Anbau: Der Kaffee ist eine dauerhafte Pflanze, die 3 bis 4 Jahre nach ihrer Pflanzung Früchte trägt, was über 40 Jahre anhalten kann. Sie trägt im Allgemeinen einmal pro Jahr Kaffeekirschen, kann jedoch je nach Blütezeit zwei bis vier Schnitte oder Ernten haben. In Kolumbien wird zu 100% Kaffe der Sorte Arabica gepflanzt, die ein mildes Getränk produziert. Die in Kolumbien gepflanzten Arten heißen Tipica, Borbon, Maragogipe, Tabi, Caturra sowie Castillo oder Colombia. Die Auswahl des Pflanzenmaterials unterliegt der Verantwortung des Forschungszentrums "*Centro Nacional de Investigación en Café CENICAFE*", das am weitesten entwickelte Kaffeeforschungszentrum der Welt. Der Kaffee Kolumbiens ist ein Hochlandkaffee, der in Höhen bis zu 2.000m über dem Meeresspiegel in den drei Andenkordillern und der Sierra Nevada von Santa Marta angepflanzt wird. Er wird auf einer Fläche von 850.000 bis 900.000 Hektar angebaut bei Durchschnittstemperaturen, die zwischen 18° und 24° variieren. Die wesentliche Charakteristik der Böden ist, dass sie mehrheitlich aus vulkanischer Asche hervorgehen und einen hohen Gehalt an organischem Material und gute physische Eigenschaften aufweisen, was die Anwendung von Düngern reduziert.

Um ein Pfund kolumbianischen Kaffee zu produzieren, werden etwa 1.900 Kaffeekirschen bzw. reife Kaffeefrüchte gebraucht, die von einem Baum während eines Jahres produziert werden, oder zwei, wenn es ein Schattenanbau ist. Deren Ernte und Verarbeitung, wozu Fruchtfleischtrennung, Waschen und Trocknen gehören, erfordert die harte Arbeit der Kaffeebauern. Eine Familie produziert etwa 1.400kg grünen Kaffee pro Jahr, d. h. 2.360 Pfund, was 5,2 Millionen Kaffeekirschen entspricht, die gepflückt, gewaschen und getrocknet werden müssen, um ein Qualitätsprodukt zu erhalten. Dieser getrocknete Kaffee heißt Pergamentkaffee und wird innerhalb des Landes verkauft. Die getrocknete Pergamentbohne wird bearbeitet, um die gelbe Pergamenthaut zu entfernen, die sie umgibt, und die grünen Kaffeebohnen zu erhalten, die sorgfältig ausgewählt und sortiert werden, wobei Größe, Gewicht, Farbe und physische Gestalt berücksichtigt werden. Diese Kaffeebohne ist der Rohstoff zur Herstellung des gerösteten Kaffees, des löslichen Kaffees und der Kaffeextrakte für industrielle Prozesse. Die grüne Kaffeebohne hat eine durchschnittliche Feuchtigkeit von 10 bis 12%.

Für den Export muss die Kaffeebohne verschiedenen Qualitätsbedingungen entsprechend den in Kolumbien gültigen Regelungen erfüllen, die in allen Häfen, von wo aus der Kaffee exportiert wird, kontrolliert werden. Diese Arbeit wird von den Kaffeelagerhäusern „*Almacenes de Depósito de Café Almacafé*“ durchgeführt.

Produktion: Nach der historischen statistischen Information des Nationalen Kaffeebauernbundes befinden sich in Kolumbien gemäß der 2012 veröffentlichten Daten die größten mit Kaffee angebauten Gebiete im Departement Huila (14,94%), Antioquia (14,35%), Tolima (12,15%), Cauca (9,03%) und Caldas (8,44%). Die größte Anzahl Kaffeebauern befinden sich im Departement Cauca (16,98%), Antioquia (16,11%), Huila (13,84%) und Tolima (10,71%). Die größte Anzahl an bepflanzten Hektaren pro Bauer gibt es im Departement Quindío mit 5,34 Hektar, gefolgt von Magdalena mit 4,48 Hektar, Cesar 3,55 Hektar, Guajira 3,43 Hektar und Valle 3,07 Hektar.

Die Produktion von Kaffeesäcken von 60kg grünem Kaffee, die seit 1956 registriert werden, zeigen, dass Kolumbien in 56 Jahren einen Durchschnitt von 48.086.000 Säcken produziert hat, einen Jahresdurchschnitt von 858.679 Säcken von 60 kg. Zwischen 1956 und 2012 registriert das Land drei Produktionsperioden, in denen über eine Million Säcke im Jahr produziert wurden, und zwar in den Jahren 1980-1983, 1990-1995 und 2006-2007.

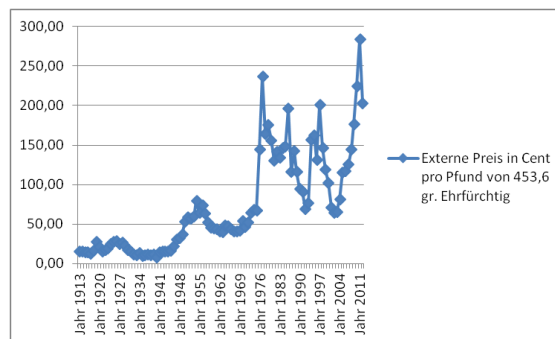
Die mit Kaffee **angebaute Fläche** wies in den letzten 10 Jahren im Departement Caldas eine abnehmende Tendenz auf, wobei sie von 88.000ha im Jahr 2002 und 10,26% der nationalen Fläche auf 78.600ha im Jahr 2012 und 8,44% der nationalen Fläche sank. Die **Zahl der Kaffeebauern** nahm in Kolumbien zu. Im Jahr 2007 waren es 511.933 und 2012 560.035, jedoch ist die Tendenz im Departement Caldas rückläufig und sank von 38.406 im Jahr 2007 bzw. 7,5% der nationalen Kaffeebauern auf 35.701 bzw. 6,37% 2012. Wie zu sehen ist, wird der Kaffee in kleinen Produktionseinheiten angebaut, die über durchschnittlich 2,2ha Anbauland verfügen, was über dem nationalen Durchschnitt liegt, der von 1,71ha 2007 auf 1,66ha 2012 gesunken ist.

In Bezug auf das **Technifizierungsniveau** verfügte das Departement nach Information des Nationalen Kaffeebauernbundes des Jahres 2012 über 1.240ha, die 1,57% des Anbaus darstellten, mit traditioneller Technologie angebautem Kaffee, d. h. ohne Linie und mit einer Dichte von unter 2.500 Bäumen; 13.530ha, die 17,21% ausmachen, mit veralteter Technologie angebautem Kaffee, d. h. mit Sonnenanbau über 9 Jahre und Schattenanbau über 12 Jahre, und 63.800ha mit technifiziertem Anbau, der 81,19% ausmacht, d. h. Sonnenanbau unter 9 Jahren oder Schattenanbau unter 12 Jahren. Der Gesamtwert aller Anbauflächen beträgt 78.580 Hektar.

Preise: Der Erntewert des Kalenderjahres 2012 betrug 3.404.701 Millionen Peso, die gemäß des durchschnittlichen Wertes des Wechselkurses des Dollars von 1.802,71 Peso pro Dollar im Jahr 2012 laut der Finanzsuperintendanz Kolumbiens ungefähr 1.888 Millionen US\$ entsprachen. Der zugrunde liegende Kaufpreis des kolumbianischen Kaffees – Durchschnitt des Jahres 2012 – war 660.528 Kolumbianische Peso pro *Carga* von 125kg trockenen Pergamentkaffee, was US\$ 366 entspricht, d. h. 1,46 Dollar pro Pfund getrockneten Pergamentkaffees.

Der zivile durchschnittliche externe Jahrespreis des kolumbianischen Kaffees in US-Dollarcent pro Pfund von 453,6 Gramm Excelso-Kaffee betrug im Jahr 1913 15,63 US-Dollarcent, im Jahr 2012 betrug der Wert 203,03 US-Dollarcent, jedoch gab es in dieser Periode von 99 Jahren im externen Preis Variationen, wie in der folgenden Abbildung ersichtlich ist. Die drastischsten Preisstürze wurden in den Jahren 1990-1993 registriert, als der Preisdurchschnitt kurz nach dem Auflösen des Kaffeepakts, der die internationalen Preise regulierte, 82,92 US-Dollarcent betrug, und in der Periode von 2001-2004, als der Durchschnitt 70,50 US-Dollarcent betrug.

Abbildung Nr. 17 Variation des externen Preises in US-Dollarcent pro Pfund von 453,6gr Excelso-Kaffee



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an des Kaffeebauernbundes „Federación Nacional de Cafeteros“

Der Nationale Kaffeebauernbund operiert als interner Vermarkter, womit er den Kauf des Produkts im ganzen Land garantiert. Er machte Abkommen mit der nationalen Regierung zur Entwicklung von Programmen wie das Programm zum Einkommensschutz der Kaffeebauern „*Protección del Ingreso Cafetero*“ PIC, das eine wirtschaftliche Unterstützung zahlt, wenn der interne Preis unter 700.000 Peso pro Carga Kaffee liegt.

Auf internationaler Ebene trieb der Bund im Jahr 1963 die Bildung der internationalen Kaffeorganisation „*International Coffee Organization ICO*“ voran, die die wichtigste multilaterale Kaffeorganisation ist und 38 Exportländer und 6 Importländer (die EU und deren 28 Mitgliedsstaaten, Norwegen, Schweiz, Tunesien, Türkei und die USA) vereinigt.

Zu den Zielen der ICO gehören Maßnahmen zur Entwicklung eines nachhaltigen Weltkaffeesektors und zur Armutsreduzierung in den Entwicklungsländern durch den Meinungsaustausch zwischen den Regierungen und dem Privatsektor über Kaffee, Marktbedingungen und -tendenzen. Dazu gehört auch die Koordination der Maßnahmen, die Finanzierungssuche für Projekte, die die Kaffeeweltwirtschaft begünstigen, die Kaffeequalitätsförderung über ein Kaffeequalitäts-Verbesserungsprogramm sowie die Förderung der Markttransparenz, indem ein weitgehendes statistisches Spektrum über den Weltkaffeesektor zur Verfügung gestellt wird.

Die ICO verwaltet das internationale Kaffee-Abkommen „*International Coffee Agreement*“ (ICA), ein wichtiges Instrument zur Entwicklungskooperation. Das letzte Abkommen von 2007 trat am 2. Februar 2011 in Kraft.

Unter den neuen Bedingungen des Welthandels heben sich die Firmen gerechten Handels und diejenigen, die umweltfreundliche Produkte unterstützen hervor. Der Nationale Kaffeebauernbund unternimmt derzeit die folgenden Programme zertifizierten Kaffees *Coffee Rainforest Alliance*, *Coffee UTZ Certified* und gerecht gehandelter Kaffee bzw. *Fairtrade Coffee*.

Exporte: Die Exporte kolumbianischen Kaffees werden vom Nationalen Kaffeebauernbund, dem Gremium der Kaffeebauern, und von Privatpersonen durchgeführt. Das Exportvolumen grünen Kaffees betrug 189.578.000 Säcke von 60kg zwischen den Kaffeejahren 1991/92 und 2007/08, von denen 34% (63.856.000) vom Kaffeebauernbund und 66% (125.722.000) von Privatpersonen exportiert wurden.

Kolumbien exportiert Kaffee in die folgenden Länder: Albanien, Deutschland, Antigua/Barbuda, Niederländische Antillen, Saudi-Arabien, Argentinien, Aruba, Australien, Österreich, Barbados, Belgien, Belize, Bolivien, Brasilien, Bermudas, Kanada, Chile, China, Südkorea, Costa Rica, Kroatien, Kuba, Dänemark, Dominica, Ecuador, USA, Ägypten, El Salvador, Slowenien, Spanien, Estland, Russische Föderation, Finnland, Frankreich, Georgien, Granada, Griechenland, Guatemala, Hongkong, Indonesien, Irland, Cayman Islands, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Lettland, Libanon, Libyen, Macao, Malaysia, Marokko, Mexiko, Norwegen, Neuseeland, Niederlande, Panama, Peru, Polen, Portugal, Puerto Rico, Großbritannien, Dominikanische Republik, Tschechische Republik, Rumänien, San Vicente, St. Lucia, Singapur, Syrien, Südafrika, Schweden, Schweiz, Surinam, Taiwan, Trinidad und Tobago, Türkei, Uruguay, Venezuela, Thailand und Ukraine. Nach Exportvolumen sind die wichtigsten Zielländer gemessen an ihrer Bedeutung: USA (40,66%), Japan (10,83%), Belgien (7,72%), Kanada (6,72%), Deutschland (5,78%) und Großbritannien (4,27%). Andere wichtige Länder sind Australien, Südkorea, Spanien, die Russische Föderation und die skandinavischen Länder Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland.

Gremiumsorganisation: Im Jahr 1927 versammelten sich die Kaffeebauern, um eine Organisation zu gründen, die sie auf nationaler und internationaler Ebene vertritt und ihre Wohlfahrt und die

Verbesserung ihrer Lebensqualität gewährleistet. So wurde der Nationale Kaffeebauernbund „*Federación Nacional de Cafeteros FNC*“ geboren, eine der größten ruralen NGOs der Welt. Er vertritt über eine demokratische Struktur und eine Gremiumsvertretung 563.000 Kaffee produzierende Familien, um Entscheidungen über Prioritäten der Kaffeebauern und ihrer Familien zu treffen.

Bei den Wahlen der Kaffeebauern, die die Legitimitätsgrundlage der Organisationsvertretung darstellen, werden die Gremiumsführer der Gremiumsorganisationen gewählt: der Nationale Kaffeebauernkongress, die Kaffeebauernkomitees der Departements und die Kaffeebauerngemeindekomitees.

Der Nationale Kaffeebauernkongress ist die höchste Gremiumsautorität. Er setzt sich aus den Abgeordneten der Departements zusammen, in denen die Departements-Kaffeebauernkomitees sind. Sie werden im Zuge der Kaffeebauernwahlen in Direktwahl von den verbündeten Kaffeebauern für eine Periode von fünf Jahren gewählt und versammeln sich jedes Jahr im November. Es werden die Geschäftsführungsberichte der Verwaltung des Verbands präsentiert, die Probleme des Kaffeeanbaus analysiert und Lösungsmaßnahmen bestimmt. Der Kongress entwickelt auch Initiativen zur Verbesserung der Leistung der Institutionen und der Kaffeebauernorganisation und genehmigt die Maßnahmen und Budgets für ihre Ausführung.

Die Verwaltung des Bundes üben ein Generalgeschäftsführer, die Unterstützungseinheit und die strategischen Geschäftseinheiten aus.

Das Nationale Kaffeebauernkomitee, das mehrmals im Jahr zusammentritt, setzt sich aus Vertretern der Nationalregierung und des Kaffeebauerndepartements zusammen. Seitens der Regierung nehmen der Finanz-, der Landwirtschafts- und der Außenhandelsminister sowie der Direktor der Nationalplanung teil, seitens der Kaffeebauern ein Vertreter jedes der 15 Kaffeebauerndepartements, die von jedem Departementskomitee gewählt und vom Kaffeebauernkongress anerkannt werden. Dieses Komitee handelt als eine Beratungsorganisation für die Kaffeepolitik des Landes, vermittelt zwischen Bund und Regierung und vertritt die Interessen der Branche im internationalen Handel. Außerdem definiert es die Maßnahmen und Programme, die vom Nationalen Kaffeefonds finanziert werden.

Der Nationale Kaffeefonds wurde durch Dekret 2078 von 1940 geschaffen. Er ist ein steuerähnliches Konto, auf das die kolumbianischen Kaffeebauern beim Kaffee-Export einen Pflichtbeitrag zahlen. Der Bund verwaltet als Vertreter der Kaffeebauern die Ressourcen dieses Fonds, die zum Vorteil der Kaffeebauern selbst benutzt werden müssen. Die kolumbianische Regierung und der Bund beschließen in einem Verwaltungsvertrag die grundlegenden Parameter für den Gebrauch dieser Ressourcen. Die Durchsetzung der übernommenen Maßnahmen und Programme kommt dem Nationalen Kaffeebauernkomitee zu. Eins der prioritären Ziele des Fonds ist es, durch Reduzierung der Auswirkungen der Preisschwankungen zur Stabilisierung der Kaffee-Einkünfte beizutragen; außerdem will er einen wirksamen, nachhaltigen und weltweit wettbewerbsfähigen Kaffeeanbau fördern.

Das leitende Komitee setzt sich aus einem Vertreter von jedem der 15 Komitees der Kaffeebauerndepartements zusammen. Es kümmert sich um die Erledigung der Gremiums- und Verwaltungsangelegenheiten des Bundes und delegiert ihre Ausführung an die Verwaltung des Bundes. Es kommt regelmäßig vierzehntägig zusammen.

Das leitende Komitee genehmigt die Programme und übernimmt die notwendigen Maßnahmen zur Absicherung der Entwicklung sowie der Verteidigung des Kaffeeanbaus und seiner Industrie, indem es deren angemessene Erfüllung gewährleistet.

Die Kaffeebauernkomitees der Departements gibt es in allen Departements, deren Produktion 2% über dem nationalen Durchschnitt liegt, sodass derzeit 15 Departementskomitees existieren: Antioquia, Boyaca, Caldas, Cauca, Cesar-Guajira, Cundinamarca, Huila, Magdalena, Nariño, Norte de Santander, Quindio, Risaralda, Santander, Tolima und Valle. Die Mitglieder werden in den Kaffeewahlen in vier Bezirken durch Direktwahl von den Kaffeebauern gewählt. Sie vertreten die diese in ihren Herkunftsregionen und übermitteln dem Gremium ihre Besorgnisse, Prioritäten und Bedürfnisse. Diese Komitees verfügen über eine Verwaltung, die an der Verwaltung des Bundes teilhat. Sie wird von einem ausführenden Direktor geleitet und ist damit betraut, die verschiedenen Pläne und Programme auszuführen und die Aktivitäten des Beratungsdienstes auf der Ebene des Departements zu koordinieren.

Die Gemeindegremien der Kaffeebauern werden in den Gemeinden gebildet, die mindestens 440 ausgewiesene Kaffeebauern haben und deren Jahreskaffeeproduktion 60.000 Arroba (1 Arroba = 12,5kg) oder mehr Pergamentkaffee beträgt. Derzeit gibt es 366 Gemeindegremien, die mit der Organisation und Vertretung der Kaffeebauern auf lokaler Ebene betraut sind. Ihre Mitglieder werden von den Kaffeebauern in den Kaffeewahlen der entsprechenden Gemeinde gewählt. Sie kommen zusammen, um die Stärken und Schwächen der Gemeinschaft zu identifizieren, Projekte mit dem Ziel, Ressourcen für ihre Ausführung beim entsprechenden Departementskomitee vorzulegen.

Den teilnehmenden Produzenten wird ihre Mitgliedschaft durch einen sogenannten intelligenten Ausweis „*Cédula Cafetera Inteligente*“ akkreditiert, den man beim Nachweis erhält, dass man aufgrund der Nutzung einer Grundfläche von 0,5ha oder mehr und mit mindestens 1.500 gepflanzten Kaffeebäumen als dauerhafter Kaffeebauer tätig ist. Diejenigen, die diese Voraussetzungen erfüllen, bekommen den Kaffeebauerausweis, um damit in den Genuss der Dienste des Bundes zu kommen. Der Bund aktualisiert permanent über seinen Beratungsdienst und seine Datenbank des Kaffeebauerninformationssystems (SICA) die Informationen über die Kaffeeparzellen aller Produzenten des Landes.

Alle ausgewiesenen Mitglieder können bei den Kaffeewahlen wählen und gewählt werden.

4.2.1.3 Demokratie

Gemeinschaftsbeteiligung: In der Volkszählung von 2005 wurde nach der Beteiligung an Gemeinschaftsorganisationen gefragt. Im Departement von Caldas nahmen 7% der Bevölkerung teil. In der Zone der 15 untersuchten Gemeinden wies Marquetalia mit 20% der Bevölkerung den höchsten Teilnahmeanteil auf. Diese Gemeinde charakterisierte sich durch ein hohes Niveau an Gemeinschafts- und Bürgerteilnahme, was dazu führte, dass die Bevölkerung Bürgermeister mit einem demokratischen Profil wählte, die partizipative Budgets und eine Geschäftsführung realisierten, die nationale Auszeichnungen erhielten, wie den Preis „Kolumbien Führer“ für den besten Bürgermeister in der Kategorie weniger als 20.000 Einwohner, den Luis Alberto Giraldo, Bürgermeister der Periode 2004-2008 hauptsächlich für seinen erfolgreichen Kampf der manuellen Cocausröschung erhielt.

Die Gemeinde mit der zweithöchsten Teilnahme war Aranzazu, in der 10% der Bevölkerung teilnahm, gefolgt von Marulanda mit 9%, Aguadas und Villamaria mit 7%, Manizales, La Merced, Neira, Pacora und Salamina mit je 6%, Manzanares und Pensilvania mit 5% sowie Chinchina,

Filadelfia und Palestina mit 4%. Die Gemeinde in der die höchste Anzahl an Personen an Gemeinschaftsorganisationen teilnahm war Manizales mit 55,41%, gefolgt von Marquetalia mit 7,09%, Villamaria mit 7,71%, Chinchina mit 4,92% und Aguadas mit 4,01%.

Politische Beteiligung: Laut der Analyse der seit 1998 verfügbaren historischen Information über die Wahlen gab es bei den Departementswahlen der Abgeordneten der *Asamblea* und des Gouverneurs von 2007 die höchste Beteiligung, die 57% erreichte, während es bei den Wahlen zum Senat und zur Abgeordnetenversammlung im Jahr 2006 mit jeweils 46,19% und 45,72% die niedrigste Wahlbeteiligung gab. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrug 53% bei Wahlen der Präsidentschaft der Republik, Regierung und Asamblea des Departements zwischen den Jahren 2002 und 2012.

Die Beteiligung der 15 Gemeinden bei den Wahlen der gleichen Periode zeigt die Charakteristik, dass die Wahlbeteiligung bei den lokalen „näheren“ Wahlen wie Bürgermeister und Stadträte höher war: 57,75% Bürgermeister 2004, 57,95% Stadträte 2004, 59,25% Bürgermeister 2007, 59,03% Stadträte 2007, 60,97% Bürgermeister 2011, 60,74% Stadträte 2011. Es ist auch eine schrittweise Zunahme der Wahlbeteiligung während der ganzen Periode zu erkennen. Durch eine Wahlbeteiligung von über 67% ragen die Gemeinden Marulanda, La Merced und Filadelfia hervor.

Die durchschnittliche Beteiligung der 15 Gemeinden betrug 60,87% bei den regionalen Gouverneurswahlen im Jahr 2011 und 60,60% bei der Wahl der Asamblea im gleichen Jahr. Marulanda und La Merced heben sich erneut hervor und erreichen eine Wahlbeteiligung von über 67%. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der 15 Gemeinden bei den Wahlen zum Senat betrug 44,46% im Jahr 2006, 44,20% bei der Wahl der Abgeordnetenversammlung 2006, 51,60% bei der Präsidentschaftswahl von 2010 beim ersten Wahldurchgang, 48,89% bei der Präsidentschaftswahl 2010 beim zweiten Wahldurchgang.

Das Vorstehende zeigt, dass im näheren politischen Umkreis eine größere Beteiligung besteht und bei größerer Distanz eine niedrigere. Im Allgemeinen sinkt eine Wahlbeteiligung, wenn die Bedeutung der politischen Entscheidungen in allen Wahlbereichen berücksichtigt wird, besonders auf nationaler Ebene bei Wahlen von Senat und Kammer. Das ist die Ebene, auf der die Gesetze und die Normen entschieden werden, mit denen der Präsident das Land regiert, der aufgrund des Präsidentschaftssystems des Landes die größte politische Macht hat, um die Geschicke des Landes zu führen.

In Hinsicht auf die politischen Parteien und Bewegungen waren die Wahlen von Abgeordnetenversammlung und Senat der Republik im Jahr 1998 von der Überlegenheit der beiden traditionellen Parteien, der liberalen und der konservativen, geprägt. Von der Gesamtstimmenzahl, die im Departement Caldas erhalten wurden, waren 41,35% für die konservative Partei und konservative Bewegungen, 35,29% für die liberale Partei (insgesamt 76,65%). Die restlichen 23,35% verteilten sich auf 7 politische Bewegungen und eine Koalition, worunter sich eine lokale und eine religiöse Bewegung hervorhoben. Von insgesamt 15 Kandidaten waren 2 Frauen, die 13% vertraten, sie erhielten 20,71% der Stimmen, eine von beiden kam in die Abgeordnetenversammlung.

Für den Senat bekamen 308 Kandidaten von 54 politischen Parteien und Bewegungen im Jahr 1998 Stimmen im Departement Caldas. Eine Auswirkung der Verfassung von 1991 war die Vermehrung von politischen Parteien und Bewegungen in der politischen Arena, die bisher hauptsächlich von den beiden traditionellen Parteien und von deren abgetrennten Bewegungen beherrscht war. Bei den Wahlen von 1998 führten die traditionellen Parteien weiterhin, obwohl es ein politisches Überangebot gab. Die liberale Partei erhielt 31,09% der Stimmen und die konservative Partei 19,79%, d. h. insgesamt 50,88%, was die Bedeutung dieser beiden Gruppierungen anzeigt. 8,76%

der Kandidaten waren Frauen, die 1,3% der Gesamtstimmen erhielten. Das bedeutet eine geringe Beteiligung der Frauen in der Politik.

In Caldas erhielten die regionalen Führer der traditionellen Parteien die meisten Stimmen: der Senator Omar Yepes von der Konservativen Partei (18,68%) und der Senator Victor Renan Barco (14,86%), gefolgt von Enrique Emilio Angel von anderen Parteien (10,38%), Guillermo Ocampo Ospina von der Nationalen Konservativen Bewegung (9,08%), Luis Alfonso Hoyos Aristizabal von der von ihm selbst auf lokaler Ebene gegründeten Bewegung Erneuernde Haltung „*Movimiento Actitud Renovadora*“ (7,39%). Letzterer ist ein junger Politiker, der sich als Erneuerer hervortut und dem eine große politische Zukunft nachgesagt wird. Marco Aurelio Giraldo Hurtado vertritt die Liberale Partei (7,28%) und ist Bruder eines liberalen Exsenators. Luis Emilio Sierra Grajales (5,49%), junger Politiker der Bewegung der Nationalen Rettung „*Movimiento de Salvacion Nacional*“ mit konservativer Grundhaltung, ist Teil der politischen Erneuerung. Guillermo Alfonso Rojas Quiceno (4,14%) und Jorge Enrique Robledo (2,85%) bilden eine Koalition. Jorge Enrique Robledo ist Mitglied der der Unabhängigen Revolutionären Arbeiterpartei „*Movimiento Obrero Independiente y Revolucionario*“ (MOIR), vereinigte sich später mit dem Alternativen Demokratischen Pol und gilt als eine der bedeutendsten politischen Figuren dieser Linkspartei.

Bei den Senatswahlen des Jahres 2002 bekommen 321 Kandidaten von 67 politischen Parteien und Bewegungen in Caldas Stimmen. Es gibt 29 Kandidatinnen, die 9,06% repräsentieren und eine Abstimmung von 4,4% erhalten. Die höchste Stimmenzahl bekommen erneut die politischen Führer der traditionellen Parteien: Victor Renan Barco bekommt 18,09% der Stimmen, Omar Yepes Alzate 16,55%. Jedoch rivalisieren neue Figuren mit ihnen und erreichen politische Mandate, wie der aus Pensilvania stammende Oscar Ivan Zuluaga Escobar (14,50%), der den jungen Politiker Luis Alfonso Hoyos Aristizabal ersetzt, der aus dem Senat abgesetzt wurde, als er mit seiner Bewegung Erneuernde Haltung einen Sitz im Senat bekam. Luis Emilio Sierra Grajales erhält 7,87% der Stimmen in Koalition mit Jorge Enrique Robledo (3,9%), der seine erfolgreiche Laufbahn als Senator verfolgt, jedoch direkt für die Bewegung MOIR. Bei diesen Wahlen bekommen die Kandidaten der Liberalen Partei mit 25,78% der Stimmen die meisten Stimmen, gefolgt von der Koalitionsbewegung mit 22,88% und der Konservativen Partei mit 17,83%. Diese drei Parteien und Bewegungen erhalten insgesamt 66,49% der allgemeinen Stimmen, die restlichen Stimmen verteilen sich auf 64 politische Parteien und Bewegungen.

Bei den Wahlen in die Abgeordnetenversammlung bekommen in Caldas 18 Kandidaten von 11 politischen Parteien und Bewegungen Stimmen der Wähler. 35,18% der Stimmen gehen an die Koalition, die 2 Sitze in der Abgeordnetenversammlung erhält, 19,58% der Stimmen bekommt die Liberale Partei, die 2 Sitze erreicht, die drittgrößte Zahl erhält die Republikanische Bewegung, die mit 10,11% der Stimmen 1 Sitz bekommt. Es gibt 3 Kandidatinnen, die 16,66% der Stimmen erhalten und 36,96% der Gesamtstimmen erreichen. Adriana Gutierrez Jaramillo erhält 21,51% der Stimmen, wobei sie die Erste der Liste ist. Sie ist die Ehefrau des verstorbenen Exgouverneurs Fortunato Gaviria, der entführt und dann ermordet wurde, Cousin des Expräsidenten Cesar Gaviria. Sie erreichte die besten Abstimmungsergebnisse.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 2002 erhielt der Kandidat Alvaro Uribe Velez 67,98% der Stimmen, Horacio Serpa Uribe der Liberalen Partei 16,87%, Noemi Sanin der Bewegung „Ja, Kolumbien“ 7,22%, Luis Eduardo Garzon der Front Sozialer und Politischer Alternativer Weg (UD-ANAPO-PSD-ASI-PSOC) 4,64%, Ingrid Betancourt der Grünen Partei Sauerstoff 0,57%, die anderen fünf Kandidaten erreichten jeweils weniger als 0,5%. Diese eindeutigen Ergebnisse machten keine zweite Wahlrunde erforderlich und bestätigten Alvaro Uribe Velez als politische Figur mit großer Anerkennung seitens der kolumbianischen Wähler, die frustriert über den Misserfolg der vom Expräsidenten Andres Pastrana versuchten Friedensverhandlungen den von

Uribe gemachten Regierungsvorschlag der Demokratischen Sicherheit wählten, um die Guerrilla zu besiegen und die Regierbarkeit und Sicherheit des Landes wieder herzustellen.

Bei den Wahlen des Gouverneurs des Departements Caldas von 2004, bei denen es eine Wahlbeteiligung von 53,50% der Wahlberechtigten gab, wurde der im Kaffeesektor des Departements Caldas engagierte Kandidat der Bewegung für die Nationale Rettung, Emilio Echeverri Mejia, von 47,98% der Wähler gewählt. Der Kandidat der Neuen Partei Marco Aurelio Zuluaga Giraldo erhielt 38,91% der Stimmen und der Kandidat der Bewegung "Vamos Kolumbien", Gustavo Robledo Isaza, erreichte 4,54%.

Bei den Wahlen der Abgeordneten für die Asamblea von Caldas im Jahr 2004 stellten sich 61 Kandidaten auf, darunter 8 Frauen, die 13% ausmachten und 13 politische Parteien und Bewegungen vertraten. Diese Anzahl verminderte sich aufgrund der Wahlgesetzreform von 2003, die die Parteien intern auf demokratische Weise zu reformieren und den gleichzeitigen Einsatz in mehreren Parteien zu verbieten suchte. Das Gesetz erhöhte die Grenze für die Anerkennung der Parteien auf 2% der Stimmen bei den Senats- oder Kammernwahlen und schreibt einzige Listen und Kandidaturen, ein „Bänkegesetz“, die Anwendung der optionalen Vorzugsstimme, eine Verteilungszahl und neue Forderungen für die Aufstellung der Kandidaten vor.

Die erhaltene Gesamtstimmenzahl verleiht der kolumbianischen Liberalen Partei 4 Sitze, der Neuen Partei 4 Sitze, der Konservativen Partei 3 Sitze, der Bewegung der Nationalen Rettung 2 und der MOIR 1 Sitz. Die höchste Abstimmung mit Vorzugsstimme erhält eine Frau, Adriana Franco Castaño, von der Liberalen Partei.

Bei den Bürgermeisterwahlen von 2004 gibt es Daten von 13 der 15 untersuchten Gemeinden. An diesen Wahlen nahmen 41 Kandidaten teil, von denen 6 Frauen waren, was 14,63% entspricht, von denen keine gewählt wurde. Die Parteien der Bürgermeister, die gewählt wurden, waren: Liberale Partei Kolumbiens mit 6 Bürgermeisterämtern (Aguadas, La Merced, Pacora, Palestina, Salamina und Villamaría), Neue Partei mit 3 Bürgermeisterämtern (Marquetalia, Neira und Pensilvania), Konservative Partei Kolumbiens mit 3 Bürgermeisterämtern (Aranzazu, Chinchina und Manzañares) und die Kommunale und Gemeinschaftliche Politische Bewegung von Kolumbien mit 1 Bürgermeisteramt (Marulanda). Die Neue Partei ist die Erbin der Bewegung Erneuernde Haltung, die sich später der Partei der U anschließt.

Bei den Gemeinderatswahlen von 2004 stellten sich 822 Kandidaten in Vorzugs- und Nicht-Vorzugslisten auf, von denen 114, 13,87%, Frauen sind, die in der Abstimmung 24.222 Stimmen erhalten, die 10,77% der erhaltenen Gesamtstimmen in den 15 Gemeinden ausmachen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kandidaten hebt sich Palestina mit 24,14% weiblichen Kandidaten hervor, gefolgt von Villamaría mit 21,05%, Chinchina mit 20,65% und Aguadas mit 18,75%. Die Gemeinden mit der geringsten Frauenbeteiligung sind La Merced mit 5,41%, Marquetalia mit 5,88% und Manzañares mit 6,38%. Die höchste Stimmenzahl erhielten die Kandidatinnen in Filadelfia mit 17,56% und die niedrigste die in Manizales mit 0,12%. Trotzdem erreichten die 30 Kandidatinnen für den Gemeinderat in Manizales in absoluten Zahlen die höchste Kandidatinnenzahl und die besten Abstimmungsergebnisse.

In Bezug auf die Parteien mit Sitzen, d. h. mit Repräsentanten im Stadtrat, gibt es 191 Sitze, von denen 30,37% von der Liberalen Partei Kolumbiens eingenommen werden, 24,08% von der Konservativen Partei Kolumbiens, 24,08% von der Neuen Partei, 7,85% von der Bewegung der Nationalen Rettung, 4,71% von der Republikanischen Bewegung. Die anderen 9 Parteien und Bewegungen erreichen eine Repräsentation von weniger als 4%. Das bedeutet, dass die beiden traditionellen Parteien vorherrschen, und dass die Neue Partei, vorher Bewegung der Erneuernden

Haltung und lokaler Herkunft, der Konservativen Partei gleichkommt. Die Liberale Partei erhält in 6 Gemeinden die absolute Mehrheit (40%), in Aguadas, La Merced, Pacora, Palestina, Salamina und Villamaria, während die Neue Partei in Marquetalia und Pensilvania die absolute Mehrheit erreicht und die Konservative Partei in Marulanda.

Für die Präsidentschaftswahlen von 2006 konnte der ausübende Präsident Alvaro Uribe Velez die Verfassung verändern, sodass eine Wiederwahl für eine weitere Periode möglich wurde. Er stellte sich als Präsidentschaftskandidat für die Bewegung Zuerst Kolumbien auf und erhielt 70,40% der Stimmen, womit ein zweiter Wahlgang nicht notwendig und das politische Phänomen dieses charismatischen Führers demokratisch ratifiziert wurde. Die anderen 6 Kandidaten waren Carlos Gaviria Diaz für den Alternativen Demokratischen Pol, der 16,93% der Stimmen erhielt – ein hervorragendes Abstimmungsergebnis, da diese Partei eine Linkspartei ist. Es folgten Horacio Serpa von der Liberalen Partei, der 8,31% der Stimmen erhielt, Antanas Mockus von der Bewegung Indigene Soziale Allianz mit 1,20% der Stimmen, Enrique Parejo Gonzalez der Bewegung Nationaler Demokratischer Wiederaufbau mit 0,35% der Stimmen, Alvaro Leyva Duran von der Nationalen Bewegung zur Aussöhnung mit 0,15% der Stimmen und Carlos Arturo Rincon Barreto von der Kommunalen und Gemeinschaftlichen Bewegung von Kolumbien mit 0,14% der Stimmen.

Die Abstimmung für die Präsidentschaft von 2006 in den 15 untersuchten Gemeinden der Kaffeezone zeigt im Allgemeinen die gleichen Ergebnisse wie auf der Ebene des Departements. Die Gemeinden, in denen Uribe eine Stimmzahl über 80% erreichte, waren Aranzazu (84,80%), Filadelfia (80,35%), Manzanares (88,37%), Marquetalia (81,75%), Marulanda (82%), Pacora (80,62%) und Pensilvania (89,63%). Die Gemeinden, in denen er die wenigsten Stimmen erhielt, waren Palestina (61,77%), Manizales (69,10%) und Villamaria (69,87%). Die Gemeinden, in denen Gaviria die höchste Stimmzahl bekam, waren Manizales (20,52%), Villamaria (15,20%), Neira (14,24%) und Chinchina (13,59%). Die niedrigsten erhielt er in Manzanares (5,95%) und in Pensilvania (6%). Horacio Serpa seinerseits erhielt den höchsten Prozentsatz in Palestina (25,03%) und Antanas Mockus in Manizales (2,04%) und in Villamaría (1,29%). Bei dieser Präsidentschaftswahl ist die Unterstützung der Neuen Partei (früher Bewegung der Erneuernden Haltung) des Exsenators Luis Alfonso Hoyos und des neuen Führers Oscar Ivan Zuluaga Escobar bei der zweiten Kandidatur von Uribe hervorzuheben, denn beide Führer unterstützen dessen wiederholte Kandidatur. Sie unterstützen ebenso die Gründung der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U), die später die Kandidatur des derzeitigen Präsidenten Juan Manuel Santos mitträgt. Luis Alfonso Hoyos seinerseits wird die Fähigkeit politischer Ausübung abgesprochen und er übernimmt ein hohes Amt in der Verwaltung von Uribe.

Bei den Senatswahlen von 2006 erhält die Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) im Departement Caldas 26,71% der Stimmen. An zweiter Stelle kommt die Konservative Partei mit 23,46%, die Liberale Partei erhält 20,22%, die Partei Radikale Veränderung bekommt 7,90%, der Alternative Demokratische Pol 7,61% und die Christliche Bewegung MIRA 3,16%. Andere 14 Bewegungen teilen die restlichen 10,94% Stimmen. Die gewählten Senatoren im Department Caldas waren nach Stimmzahl: Jorge Enrique Robledo, Adriana Gutierrez, Victor Renan Barco, Omar Yepes Alzate und Luis Emilio Sierra. Adriana Gutierrez gehört zu den 12 Frauen, die als Senatorinnen für diese Periode gewählt wurden, was 12% der Gesamtheit ausmacht. Sie erhalten bei der Abstimmung 9,5% der Gesamtstimmen, was auf eine niedrige weibliche Beteiligung in der Politik hinweist.

Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung von 2006 erhielt die Liberale Partei 44,65% der Stimmen, die Soziale Partei der Nationalen Union Partei der U erhielt 27,15%, die Bewegung Nationale Rettung 7,12%, die Nationale Bewegung 3,91%, die Republikanische Bewegung 3,73%, die Bewegung MIRA 3,28%, der Demokratische Pol 2,56% und 10 weitere Bewegungen teilten sich

die restlichen 7,6% der Stimmen. Die gewählten Abgeordneten für das Departements Caldas waren laut Pressemitteilungsblatt Nr. 010 der Nationalen Personenstandsregistratur: für die Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) Oscar Mauricio Lizcano Arango und Jaime Zuluaga Aristizabal; für die Liberale Partei Kolumbiens Dixon Ferney Tapasco Triviño und Enrique Emilio Angel Barco und für die Bewegung Nationale Rettung Jorge E. Gonzales.

Die Politik des Departements Caldas wurde aufgrund der Untersuchungen gegen Mitglieder des Senats wegen Parapolitik in Mitleidenschaft gezogen. Die Senatorin Adriana Gutierrez trat von ihrem Sitz zurück und die Untersuchung wurde später ausgeschlossen. Der Senator Victor Renan Barco war gerade in Untersuchung, als er im Januar 2009 starb. In der Kammer wurden Dixon Ferney Tapasco und Enrique Emilio Angel Barco untersucht und verurteilt. Ihre Verteter Jairo Llano und Juan Pablo Sanchez traf das gleiche Schicksal. Oscar Mauricio Lizcano wurde untersucht und später wurde die Untersuchung ausgeschlossen.

Bei den Gouverneurswahlen von Caldas 2007 wurde Mario Aristizabal Muñoz von der Liberalen Partei Kolumbiens mit 38,80% gewählt, Francisco Jose Prada Kandidat der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U) erhielt 35,64% der Stimmen, die Kandidaten Ricardo Alberto Castaño vom Alternativen Demokratischen Pol und Angelo Quintero der Bewegung Indigene Soziale Allianz erhielten je 3,63% und 3,27% Stimmen.

Bei den Wahlen zur Departementsversammlung, der *Asamblea*, von 2007 erhielt die Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) mit 21,19% die höchste Stimmenzahl, die ihr 5 Sitze verschaffte. Die Liberale Partei Kolumbiens erhielt 17,96% der Stimmen und erreichte 4 Sitze. Den dritten Platz erzielte die Konservative Partei Kolumbiens mit 11,70% der Stimmen und bekam 2 Sitze, die Bewegung der Nationalen Rettung erhielt mit 9,61% der Stimmen 2 Sitze und der Alternative Demokratische Pol 3,94% der Stimmen und 1 Sitz. Die Partei Radikale Veränderung, die Bewegung MIRA, die Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbien, die Partei Bürgerkonvergenz und die Bewegung Indigene Soziale Allianz erhielten zwar Stimmen, aber keinen Sitz in der Versammlung.

Von den 14 zur Verfügung stehenden Sitzen wurden 4, die 28,57% ausmachen, von Frauen besetzt, die 24,10% der Stimmen bekamen. Eine der Kandidatinnen gehört der Konservativen Partei an, zwei der Liberalen. Adriana Franco der Liberalen erhielt das zweithöchste Abstimmungsergebnis nach Carlos Arturo Agudelo von der Partei der U.

Bei den Bürgermeisterwahlen von 2007 stellten sich 51 Kandidaten auf, unter ihnen 4 Frauen, die 4% ausmachten. Zwei von ihnen wurden zur Bürgermeisterin gewählt, was einer Repräsentation von 13,33% der 15 gewählten Bürgermeister entspricht. Nach Parteien betrachtet, gewinnt die Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) 5 Bürgermeisterämter, 3 in ihrer Herkunftsregion (im Osten von Caldas, in Pensilvania, Manzanares und Marquetalia), in Aguadas und in Chinchina, wo eine Frau Bürgermeisterin wird. Die Konservative Partei gewinnt 5 Bürgermeisterämter in Aranzazu, Filadelfia, La Merced, Marulanda und Neira; die Liberale Partei 3 Bürgermeisterämter in Salamina, Villamaria und Pacora, wo eine Frau gewählt wird. Die Bewegung der Nationalen Rettung gewinnt das Bürgermeisteramt von Manizales und die lokale Bewegung Alle für Palestina bekommt das Bürgermeisteramt dieser Gemeinde.

Bei den Gemeinderatswahlen von 2007 erhalten die Frauen 30 von 183 Sitzen, was 16,39% entspricht. Die Partei der U erhält 30,05% der Stimmen und wird zur führenden politischen Kraft im Departement. Sie hat die absolute Mehrheit in Pensilvania, Manzanares und Marquetalia. Die zweite Partei nach Sitzzahl ist die Liberale Partei, die 25,14% der Sitze bekommt und die absolute Mehrheit in Pacora, Palestina und Salamina hat. Die Konservative Partei bekommt 23,50% der

Sitze und die absolute Mehrheit in Marulanda. Die vierte politische Macht ist die Bewegung Nationale Rettung, die 9,29% der Stimmen erhält. Der Demokratische Pol erhält nur einen Sitz in der Stadt Manizales, was 1,09% ausmacht. Es gibt zwei lokale Bürgerbewegungen – eine in Palestina, von der der Bürgermeister gewählt wird, und die andere in Aranzazu.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 2010 erhält Juan Manuel Santos, Kandidat der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U) 44,07% der Stimmen, Antanas Mockus der Grünen Partei erhält 19,35%, Noemi Sanin der Konservativen Partei 12,59%, German Vargas Lleras der Partei Radikale Veränderung 12,15%, Rafael Pardo der Liberalen Partei 5,08%, Gustavo Petro 3,99% und die Kandidaten der restlichen drei politischen Bewegungen erhalten 1%.

Diese Tendenz setzt sich in den Gemeinden fort. In 14 Gemeinden bekommt Santos die Stimmenmehrheit, außer in La Merced, wo die Kandidatin von der Konservativen Partei mit 46,68% gewinnt, gefolgt von Santos mit 28,84%. Die Gemeinden, in denen Santos die meisten Stimmen erhält, sind Manzanares mit 71,62% und Pensilvania mit 76,31%. Die Gemeinden, in denen Antanas Mockus die meisten Stimmen erhält, sind Manizales mit 28,96% und Villamaría mit 23,99%.

In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl nehmen nur zwei Kandidaten teil: Juan Manuel Santos von der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U) und Antanas Mockus von der Grünen Partei, wobei Ersterer 71,32% der Stimmen und sein Rivale 24,75% bekommt. Diese gleichen Ergebnisse gibt es auch auf Gemeindeebene, wo Santos in allen Gemeinden gewinnt, davon in 11 mit über 80% der Stimmen. Die Gemeinden, wo Mockus die meisten Stimmen bekommt, sind Manizales mit 36,56%, Chinchina 18,84%, Neira 21,87% und Villamaria 28,75%.

Bei den Gouverneurswahlen in Caldas von 2011 betrug die Wahlbeteiligung 56,14% der Wahlberechtigten. Der Kandidat Guido Echeverri Piedrahita der Bewegung Allianz Regierung von allen und für alle erhält 42,82% der Abstimmung, sein Hauptgegner Gabriel Vallejo Lopez von der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U) bekommt 40,5% der Stimmen und der dritte Kandidat der Bewegung MIRA 6,02%. Nach Gemeinden getrennt sind die Ergebnisse nicht gleich wie im Departement: Der Kandidat der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U) erhält die Mehrheit in Manizales, Aguadas, Aranzazu, Chinchina, La Merced, Marulanda, Pacora, Pensilvania und Salamina. In den anderen Gemeinden bekommt Echeverri die Mehrheit.

Die Ergebnisse der Wahlen für die Asamblea von Caldas von 2011, an denen 55,75% der Wahlberechtigten teilnehmen, zeigen, dass die Mehrheitspartei und wichtigste politische Macht des Departements die Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) ist, die 26,36% der Stimmen erhält und 5 der 14 Sitze bekommt. Die Konservative Partei erreichte 22,48% der Stimmen und 4 Sitze, die Liberale Partei erhält 16,34% und 3 Sitze, die Partei der Radikalen Veränderung bekommt 7,64% und 1 Sitz, die Bewegung MIRA erhält 5,26% und 1 Sitz. Der Alternative Demokratische Pol, die Grüne Partei und die Partei Unabhängige Soziale Allianz erreichen keinen Sitz, obwohl sie Stimmen haben

Nach Gemeinden zeigen die Wahlen für die Asamblea, dass die drei Hauptparteien die Partei der U, die Liberale Partei Kolumbiens und die Konservativen Partei Kolumbiens sind. Mehrheitlich liberal vertreten sind Aguadas mit 35,71%, Palestina mit 40,72% und Villamaría mit 32,20%. Die Gemeinden mit einer Mehrheit der Konservativen sind Manizales 20,17%, Aranzazu 57,82%, Chinchina 34,63%, Filadelfia 44,36%, La Merced 54,23%, Manzanares 46,30% und Salamina 25,40%. Die Gemeinden mit einer Mehrheit der Partei der U sind Marquetalia 47,58%, Marulanda 39,11%, Neira 34,61%, Pacora 39,35% und Pensilvania 61,67%.

Bei den Bürgermeisterwahlen von 2011 gab es insgesamt 52 Kandidaten und Kandidatinnen, von denen 8 Frauen waren, was 15,38% entspricht. Von diesen wurden 3 zur Bürgermeisterin gewählt, also 20%, in den Gemeinden Aguadas und Neira als Kandidatinnen der Konservativen Partei Kolumbiens und in Salamina, stellvertretend für die lokale Bewegung *Zusammen schaffen wir es*. In Aranzazu wurde auch ein Bürgermeister als Repräsentant dieser Bewegung gewählt. Nach Parteizugehörigkeit betrachtet, gewann die Konservative Partei Kolumbiens 6 der 15 Bürgermeisterämter und 2 zusätzliche Bürgermeisterämter durch die Allianz mit der Partei der U in Manizales und Chinchina. Die Partei der Radikalen Veränderung erhielt 1 Bürgermeisteramt, die Partei der U bekam 3 Bürgermeisterämter, die Bewegung Inklusion und Chancen erreichte 1 Bürgermeisteramt. In den Gemeinden Aguadas, Pensilvania, Marquetalia und Manzanares ist eine politische Veränderung zu beobachten, da dort die Konservative Partei über die Partei der U siegt, in Marulanda und Neira behält die Konservative Partei das Bürgermeisteramt. In Pacora, Palestina und Villamaria gewinnt die Partei der U die Bürgermeisterämter durch Unterstützung der Liberalen Partei und einer Bürgerbewegung.

Bei den Gemeinderatswahlen von 2011 gibt es die folgenden Ergebnisse: Die höchsten Stimmenanteile und meisten Sitze bekommt die Konservative Partei mit 35,29%, es folgt die Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) mit 32,94%, die Liberale Partei mit 12,35%, die sich weiterhin unter den drei ersten Parteien befindet, aber im Vergleich zu den Wahlen von 2007 (25,14%) Stimmen verliert, was mit den Korruptions- und Parapolitikskandalen zusammenhängt, die die Partei und die Reputation ihrer Hauptsensoren und Repräsentanten der Kammer in Mitleidenschaft gezogen haben, die wegen der Parapolitik verurteilt wurden. Die Partei der Radikalen Veränderung erhält 6,47% der Sitze, die Bewegung Inklusion und Chancen bekommt 4,71% und die Bewegung Einheit für Aranzazu bekommt 2,35%.

Die Parteien, die die absolute Mehrheit im Gemeinderat erreichen, sind in Marquetalia die Partei der U, wo der Bürgermeister konservativ ist, in Marulanda die Partei der U, wo der Bürgermeister konservativ ist, in Pacora die Partei der U, wo der Bürgermeister auch dieser Partei angehört, in Pensilvania die Partei der U, wo der Bürgermeister konservativ ist.

Wie zu sehen ist, ist eine zentrale Eigenschaft der Politik im Departement Caldas die Gegenwart von Personen und Bewegungen, die aus der Provinz und nicht aus der Hauptstadt Manizales stammen. Dazu gehören Omar Yepes, Führer der Konservativen Partei, der in Pijao geboren wurde, früher Caldas, heute Departement Quindío, Víctor Renan Barco, der die Liberale Partei bis zu seinem Tod leitete und in Aguadas geboren wurde, Luis Alfonso Hoyos und Oscar Ivan Zuluaga, die aus Pensilvania stammen. Beide Politiker sind die Begründer der Bewegung der Erneuernden Haltung, die als Gegensatz zum politischen Stil der beiden traditionellen Parteien geschaffen wurde, später Neue Partei genannt wurde und sich schließlich mit der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U) zusammenschloss (von der Hoyos und Zuluaga Mitbegründer sind), die sich in die wichtigste politische Kraft des Departements verwandelt hat – gefolgt von der Konservativen Partei.

Mit dem Tod des liberalen Führers Víctor Renan Barco und den Skandalen seiner Nachfolger hat die Liberale Partei an Führerschaft verloren.

Die Teilnahme der Frauen ist auf allen Ebenen niedrig.

Die Stimmenthaltung ist hoch, besonders bei den nationalen Wahlen für Präsidentschaft, Senat und Kammer, aber auch bei Departementswahlen. Die höchste Wahlbeteiligung gibt es bei Gemeindewahlen für Bürgermeister und Gemeinderäte.

Die Entstehung neuer lokaler politischer Bewegungen ist hervorzuheben. Ihnen gelang es, Bürgermeister und Stadträte zu wählen wie diejenigen in Aranzazu, Palestina und Salamina.

In der Hauptstadt Manizales sind weder neue politische Führer noch Bewegungen zu beobachten, die die traditionellen politischen Parteien oder die politische Arena beleben und erneuern. Eine Erklärung könnte die hegemoniale und traditionelle Form sein, mit der die Führer die traditionellen Parteien führen. Es ist der Klientelismus und der Nepotismus, der deren Führungsstil charakterisiert – sowohl der Konservativen als auch der Liberalen und deren gemeinsame Koalition. Bezeichnend dafür ist die grausame Verfolgung ihrer Gegner, wie des jungen vielversprechenden Luis Alfonso Hoyos, dessen politische Laufbahn beendet wurde. Die konservativ-liberale Koalition war außerdem Ziel von Kritik und Angriffen, denen die Justiz nachgegangen ist.

4.2.1.4 Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse, Index der Lebensqualität und Konsum

Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse: Im Jahr 1993 betrug der Index der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse des Departements Caldas 28,90%, die 15 untersuchten Gemeinden der Kaffeezone erreichten einen Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse von 32,03%. Die Gemeinden mit einem Index über dem Departementsdurchschnitt waren Aguadas (39,59%), Aranzazu (30,19%), Filadelfia (32,95%), La Merced (40,46%), Manzanares (37,89%), Marquetalia (37,33%), Marulanda (34,81%), Neira (30,96%), Pacora (32,31%), Palestina (36,60%), und Pensilvania (36,56%). Die Gemeinde mit dem niedrigsten Index war Manizales mit (15,58%).

Im Jahr 2005 reduzierte sich der Index der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse in Caldas auf 17,76%, jedoch sind die Unterschiede zwischen ruralen und urbanen Zonen groß. So beträgt der Index der unbefriedigten Bedürfnisse in den Gemeindezentren, die urbane Zonen assimilieren können, 13,29% und im Rest der Gemeinden bzw. in den ruralen Zonen mehr als das Doppelte, d. h. 29,18%.

In den 15 untersuchten Gemeinden beträgt der Indexdurchschnitt 21,93%. Nur zwei Gemeinden liegen unter dem Durchschnittsindex des Departements, nämlich Manizales mit 10,03%, wo auch die Unterschiede zwischen den ruralen Zonen (23,59%) und der urbanen (9%) signifikant sind. Die andere Gemeinde ist Villamaria mit 12,50%, ihre urbane Zone hat einen Index unbefriedigter Bedürfnisse von 9,26% und ihre rurale Zone von 24,99%. Die Gemeinden mit den höchsten Indices unbefriedigter Bedürfnisse sind Marquetalia 26,90% und Filadelfia 26,57%. Manzanares ist die Gemeinde, die mit 34,59% den höchsten Index unbefriedigter menschlicher Bedürfnisse auf ruraler Ebene aufweist, während Marulanda mit 22,32% den höchsten Index auf der Ebene der Gemeindezentren hat.

Im Jahr 2011 betrug der Index für unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse 24,33%, in der ruralen Zone 30,26% und in der urbanen Zone 19,83%. Zwischen 2005 und 2011 sieht man eine Verschlechterung der Lebensqualität, da der Index statt abzunehmen um 6,57% gestiegen ist. Einen Elend-Status, d. h. mit mehr als zwei oder mehr unbefriedigten Grundbedürfnissen wiesen in Caldas 4,91% auf, in den ruralen Zonen 7% und in den urbanen Zonen 3,28%.

Nach Gemeinden betrachtet, ist die Gemeinde Manizales mit 10,03% die Einzige, deren Index unter dem Durchschnitt der untersuchten Zone liegt, der 12,18% beträgt. Die anderen Gemeinden liegen darüber. Die Gemeinde, die mit 28,13% den höchsten Index hat, ist Manzanares. Die Gemeinde, die die größte Anzahl Personen aufweist, die in Elend leben, ist mit einem Index von 5,80% Filadelfia. Die beiden Komponenten, die den Index unbefriedigte Bedürfnisse am meisten beeinflussen, sind die kritische Überbelegung (5,98%), die einen hohen Anteil in den urbanen Zonen zeigt, womit die Schwierigkeiten der Bevölkerung deutlich werden, eine Wohnung zu haben, die groß genug ist, um

die Familienmitglieder aufzunehmen, und die ökonomische Abhängigkeit (15,09%), die in ruralen Zonen größer ist, was die Schwierigkeiten der Bevölkerung im Arbeitsalter dokumentiert, ökonomischen Aktivitäten nachzugehen.

Die Variablen, die bessere Resultate aufweisen, sind die Materialien der Wohnung (0,65%), die mit der Wohnung zusammenhängenden öffentlichen Dienstleistungen wie Trinkwasser und Kanalisierung (1,54%) sowie das Fernbleiben vom Schulbesuch (2,56%).

Index der Lebensqualität: Dieser Index wurde von dem Team der sozialen Mission von Kolumbien zur Dezentralisierung und Zentrierung der sozialen öffentlichen Ausgaben entwickelt, die vom Nationalen Planungsdepartement (DNP) und dem Programm der UNO zur Entwicklung (PNUD) geschaffen wurde. Er unterliegt einer multidimensionalen Sicht der Lebensqualität und integriert 4 Dimensionen von Reichtum und 12 Variablen: 2 Variablen messen das **individuelle physische Kapital** wie die Charakteristiken der Wohnung auf der Ebene des vorherrschenden Materials von Böden und Wänden. 4 Variablen messen das **kollektive physische Material** wie die Infrastruktur und die öffentlichen Versorgungsdienstleistungen (Sanitär-, Wasser-, Brennstoff- und Müllversorgung). 4 Variablen messen das **individuelle Humankapital** wie maximale Schulbildung des Haushaltsoberhauptes, durchschnittliche Schulbildung der Personen von 12 Jahren und älter, Anteil Jugendlicher zwischen 12 und 18 Jahren, die formelle Bildungseinrichtungen besuchen und Anteil Kinder von 5 bis 11 Jahren, die eine Bildungseinrichtung besuchen. Zwei Variablen messen das **grundlegende Sozialkapital** wie den Anteil der Kinder unter 6 Jahren im Haushalt und die Überbelegung im Haushalt, ausgehend von der Anzahl Personen pro Zimmer.

Der Index der Lebensbedingungen wird mit Punkten gemessen, die von 0 bis 100 reichen, d. h. je mehr Punkte, desto bessere Lebensbedingungen. Das gesetzliche Minimum, das von der kolumbianischen Verfassung garantiert wird, beträgt 67 Punkte. Dieser Index versucht, Kriterien für Umverteilung bzw. Transfer der laufenden Einkünfte der Nation in die Gemeinden zu definieren, gemäß dem in der Verfassung bestimmten Mandat von 1991 und dem Gesetz, wonach Armut und Gerechtigkeit als Grundkriterien festgelegt wurden, die bei dieser Verteilung zu berücksichtigen sind.

Nach den Ergebnissen des Index der Lebensqualität des Jahres 1993 hatte Caldas einen Wert von 71,8 Punkten. Die von den 15 untersuchten Gemeinden gebildete Zone befand sich mit 63,5 Punkten unter dem Durchschnitt des Departements, wobei es signifikante Unterschiede zwischen der Hauptstadt Manizales (81,6 Punkte), Chinchina (77 Punkte) und Villamaría (74,5 Punkte) und dem Rest der Gemeinden gibt, die unter dem verfassungsmäßigen minimalen Index liegen. Im Jahr 2005 sank der Index des Departements auf 70,4 Punkte, aber alle Gemeinden der untersuchten Zone verbesserten ihre Indices. Bemerkenswerte Verbesserungen realisieren Marulanda, die ihren Index um 12,34 Punkte verbesserte, Aguadas steigerte sich um 11,41 und La Merced um 11,40. Neira wies mit 2,40 Punkten die niedrigste Zunahme des Index auf. 2005 befanden sich 7 Gemeinden noch unter dem verfassungsmäßigen Mindestindex für Lebensqualität. Diese sind Aranzazu, Filadelfia, La Merced, Manzanares, Marquetalia und Pensilvania, Gemeinden im Zentrum und Osten des Departements Caldas.

Es muss hinzugefügt werden, dass beide Indexe der Lebensqualität in den Jahren 1993 und 2005 erarbeitet wurden – beides Krisenjahre für die Kaffeepreise, in denen der Kaffee niedrige externe Preise aufwies. In der Periode 1990-1993, nach der Aufhebung des Quotenpaktes, und in der Periode 2001-2004 reagierte die Zone empfindlich auf die Reduzierung des externen Preises, der indirekt die Armuts- und Wohlstandsniveaus der Bevölkerung beeinflusste, die mit diesem Index gemessen wurden und die hauptsächlich die Variable der Bildung und des Humankapitals in

Mitleidenschaft zogen, da Kinder und Jugendliche die Schule verlassen mussten, um zu arbeiten und Einkommen für die Familien zu erwerben.

Konsum: Die erweiterte Volkszählung von 2005 schließt eine Serie von Fragen ein, die es ermöglichten, die Ausstattung der Haushalte zu messen, die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit den Einkommen und den Hunger. Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser Befragung für die 15 untersuchten Gemeinden vorgestellt.

Hunger: Die Volkszählung stellt die folgende Frage: Haben Sie wegen mangelnden Geldes an einem oder mehreren Tagen der letzten Woche keine der drei Grundmahlzeiten (Frühstück, Mittagessen, Abendessen) gegessen?

Im Departement Caldas antworteten 45.813 Personen zustimmend, das sind 5% der Gesamtbevölkerung, dass sie kein Geld hatten, um sich zu ernähren. In den 15 untersuchten Gemeinden beantworteten 30.757 Personen diese Frage zustimmend, das sind 4,73% der Bevölkerung dieser Gemeinden. In absoluten Zahlen gemessen, befindet sich mit 17.585 Personen die größte Anzahl Hunger leidender Personen in Manizales, gefolgt von Chinchina mit 2.891 Personen, Salamina mit 1.751, Neira mit 1.555, Palestina mit 1.365 und Manzanares mit 1.320 Personen. Die Gemeinden mit einer geringeren Anzahl Hunger leidender Personen sind Marulanda mit 84 Personen, La Merced mit 243 Personen und Pacora mit 307 Personen.

Ausreichende Einkommen zur Deckung der Haushaltsausgaben: In der Volkszählung von 2005 wurde gefragt, ob man glaube, dass die Monatseinkommen der Haushalte ausreichend, mehr als ausreichend oder unzureichend sind, um die Grundaussgaben der Haushalte zu decken. Im Departement Caldas erachteten 31% der Haushalte, dass die Monatseinkommen zur Deckung der Grundaussgaben der Haushalte ausreichten, 2% fanden, dass die Monatseinkommen zur Deckung der Grundaussgaben der Haushalte mehr als ausreichten, und 65% dachten, dass die Monatseinkommen zur Deckung der Grundaussgaben der Haushalte nicht ausreichten.

Auf der Ebene der 15 untersuchten Gemeinden erachteten 28% der Haushalte, dass ihre Monatseinkommen zur Deckung ihrer Grundaussgaben ausreichte, 0,94% fanden, dass die Monatseinkommen zur Deckung der Grundaussgaben mehr als ausreichend seien und 109.701 Familien erachteten, das sind 69,13% der Haushalte, dass die Monatseinkommen zur Deckung ihrer Grundaussgaben nicht ausreichten. Den höchsten Prozentsatz an Haushalten, die fanden, dass ihre Monatseinkommen zur Deckung ihrer Grundaussgaben ausreichten, gab es mit 40% in Manizales, den niedrigsten wies La Merced mit 16% auf. Dabei handelte es sich auch um die Gemeinde, in der die meisten Haushalte erachteten, dass die Monatseinkommen zur Deckung ihrer Grundaussgaben unzureichend seien (83%).

Haushaltsausstattung: In der Volkszählung von 2005 wurde nach den Haushaltsapparaten gefragt, die im Haushalt zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse für die 15 untersuchten Gemeinden zeigen, dass die Zone bei allen Haushaltsapparaten unter dem Durchschnitt des Departements liegt. Im Einzelnen bedeutet das: Der Farbfernseher ist der verbreitetste Apparat, der in durchschnittlich 68,13% der Haushalte zur Verfügung steht. Ihm folgt der Saftmixer, über den 62,40% der Haushalte verfügen, der Kühlschrank (58,27%), die Musikanlage (39,73%), die Waschmaschine (17,13%) und die elektrische Dusche (16,13%). Die Apparate, die in geringerer Zahl vorhanden sind, sind der Elektro- oder Gasbackofen (10,07%), der Computer (7%), der Wasseraufheber (4,73%) und der Mikrowellenofen (4,80%). Manizales ist die Gemeinde, die Prozentsätze über dem Durchschnitt des Departements aufweist, gefolgt von Chinchina, Palestina und Villamaría, Gemeinden der Zentrum-Süd-Region des Departements, die unter dem direkten Einfluss von Manizales stehen. Die anderen Gemeinden haben Werte unter den Durchschnitten des Departements und der untersuchten Zone.

Besonders signifikant ist der niedrige Anteil der Waschmaschine in den Haushalten. Die Wäsche ist eine Arbeit, die die Frau ausführt, und zwar von Hand. Auch der niedrige Anteil elektrischer Duschen und Wasseraufheizer in Marulanda, der kältesten Gemeinde von Caldas, verdient besondere Beachtung.

Verfügbarkeit von Fahrzeugen: Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 2005 ist das Fahrrad das meistverbreitetste Fahrzeug. Im Durchschnitt haben 34% der Haushalte in Caldas und 27,61% in den 15 untersuchten Gemeinden ein oder mehrere Fahrräder. Die Gemeinden mit den meisten Fahrrädern sind mit 47% der Haushalte Chinchina und mit 39,44% Villamaria. Die Gemeinden Pensilvania 17,32% und La Merced 18,38% verfügen über die geringste Anzahl Fahrräder. In Caldas haben durchschnittlich 11,73% der Haushalte ein Motorrad, in der Zone der 15 untersuchten Gemeinden haben 7,88% der Haushalte eins. Die höchsten Zahlen gibt es in Chinchina mit 17,32%, gefolgt von Palestina mit 11,95%, Villamaria mit 11,12% und Manizales mit 10,29%. Diese Gemeinden sind Teil der Zentrum-Süd-Region des Departements und des Einflussgebiets bzw. Großraums Manizales.

In Caldas besitzen 10,94% der Haushalte ein Auto, in den 15 untersuchten Gemeinden verfügen 5,94% der Haushalte über ein Auto, in Manizales 17,82% und in Villamaría 10,20%. Sie sind die beiden Gemeinden, in denen es die meisten Haushalte mit Auto gibt. Die Gemeinden mit der geringsten Anzahl an Autos sind mit 2,52% Marquetalia und Manzanares, Marulanda, Neira und Pensilvania mit 3%.

In Bezug auf den Besitz von Schiffen, Booten oder Segelbooten liegt der Anteil der Haushalte bei 0,32% auf Departementsebene, auf der Ebene der 15 untersuchten Gemeinden liegt bei 0,16%, und sind damit irrelevant.

4.2.1.5 Öffentliche Finanzen

Die Gemeinden in Kolumbien werden nach der Bevölkerung und den laufenden, frei bestimmbar Einkünften in 6 Kategorien differenziert, wobei die niedrigste Kategorie die größte Bevölkerung und die höchsten Einkommen aufweist. Die 15 untersuchten Gemeinden der Kaffezone befinden sich in den folgenden Gemeindecategorien: Manizales in Kategorie 1, Chinchina in Kategorie 5 und die restlichen Gemeinden in Kategorie 6.

Die Analyse der öffentlichen Finanzen der 15 untersuchten Gemeinden der Kaffezone zeigt, dass diese ein Gesamteinkommen von 394.112 Millionen Peso aufweisen, wovon 34,19% laufende Einkommen sind, die zu 28,61% aus Steuereinnahmen bestehen, zu 13,62% aus Grundsteuern, 7,54% Industrie- und Handelssteuern, 3,73% Treibstoffzuschlag und 3,74% anderen Einnahmen. 2,66% sind keine Steuereinnahmen und 2,92% sind Überweisungen. Manizales ist mit 267.521 Millionen Peso die Gemeinde mit den größten Einkünften, die 67,88% des Gesamteinkommens ausmachen. Ihr folgen Chinchina mit 23.465 Millionen Peso (5,95%), Villamaria mit 13.591 Millionen Peso (3,45%), Aguadas mit 11.414 Millionen Peso (2,90%) und Palestina mit 10.193 Millionen Peso (2,59%).

Die Gesamtausgaben betragen 401.759 Millionen Peso, wovon 16,07% laufende Ausgaben sind, die für den Betrieb (15,09%) und die Zinszahlung der öffentlichen Schulden (0,97%) bestimmt sind. Die Kapitaleinkünfte betragen 259.347 Millionen Peso, wovon 0,48% Lizenzgebühren sind, 84,64% sind staatliche Überweisungen aus dem Allgemeinen Anteilssystem, die für Gesundheit, Bildung, Wasser und grundlegende Sanierung, Erholung, Sport sowie für andere Sozialinvestitionen und für Ausgaben freier Nutzung bestimmt sind. 4,43% stammen aus der Mitfinanzierung von

verwalteten Projekten und 10,45% aus anderen Quellen. Die Kapitalausgaben bzw. -investitionen betragen 337.208 Millionen Peso und das Defizit beläuft sich auf insgesamt 7.645 Millionen Peso.

In der untersuchten Kaffezone ist der durchschnittliche Prozentsatz an laufenden Einkommen zu 56,78% für die Betriebskosten bestimmt, 6,09% ist die Höhe der Schulden, 69,80% beträgt der den Transfers entsprechende Einkommensanteil, 66,11% sind eigene Ressourcen, 82,90% der Ausgaben sind Investitionen, 33,85% ist die Sparkapazität und 69,15% ist der Indikator der Steuerleistung. Manizales belegt nach der Auswertung der Steuerlage den 1. Platz im Departement und den 23. auf nationaler Ebene unter den Gemeinden.

Öffentliche Ordnung: Die Kaffezone ist eine Region, die man im Vergleich zu anderen Regionen des Landes und besonders zur Bananenzzone von Uraba in Antioquia als friedlich bezeichnen könnte. Die Zahlen der Nationalen Polizei informieren in der Periode 1976-2000 über Straßenpiraterie – ein Delikt gegen das Privateigentum. Sie zeigen große Unterschiede zwischen den Departements Antioquia und Caldas auf, ersteres hat einen Jahresdurchschnitt von 47,36 Delikten und letzteres von 18,52 Delikten. Auf regionaler Ebene verzeichneten die Gemeinden der Kaffezone im Jahr 2009 eine Mordrate von 25 pro 100.000 Einwohner (49 in der Bananenzzone).

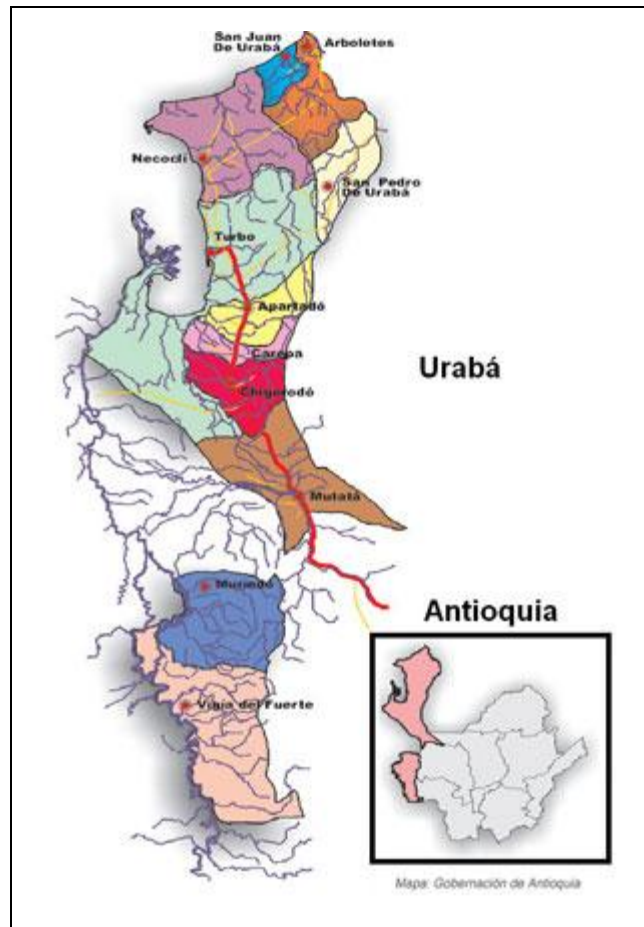
Die Mordrate pro 100.000 Einwohner liegt bei durchschnittlich 25 Morden, wobei Chinchina mit 101 Morden die Gemeinde mit der höchsten Mordrate ist, gefolgt von Palestina mit 89, Manzanares mit 62, Manizales mit 40, Aguadas mit 34, Villamaría mit 28, Aranzazu mit 8, Neira mit 7 und Salamina mit 5. Die anderen Gemeinden weisen keinen Mord auf.

Die Kaffezone ist nicht frei von den großen Problemen der öffentlichen Ordnung, die das Land im Lauf seiner jüngeren Geschichte beschäftigten. In dem Departement sind vor allem in den abgelegenen und schwer zugänglichen Regionen des Ostens illegale Anpflanzungen zu finden. Außerdem sind verschiedene illegale Gruppen aktiv. In dem 2004 realisierten Bericht zur menschlichen Entwicklung in der zentralen Kaffeeregion wird eine Beziehung zwischen der Kaffeekrise (besonders derjenigen von 1990 nach der Auflösung des Kaffeepakts), dem Sinken der internationalen Kaffeepreise und der Zunahme illegaler Aktivitäten wie dem Drogenhandels und dem Paramilitarismus hergestellt. Dazu schreibt Castrillon: “Seit den Neunzigerjahren und auf dem Nährboden der wirtschaftlichen und sozialen Krise fanden die bewaffneten Akteure ausreichend Kraft zum Kampf um die Kontrolle des Golddreiecks, von dem aus es möglich ist, die kolumbianische Wirtschaft als Ganzes in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Guerillagruppe ‚Fuerza Armada Revolucionaria de Colombia‘ (FARC) wirkt in den drei Departements mit der Eigenschaft, dass sie in Quindio über Choco die Kontrolle zum Pazifik und der wichtigsten Durchquerungsstraße des Landes, vor allem den Pass von La Linea an der Grenze mit Tolima suchen. Die Guerillagruppe ‚Ejército de Liberación Nacional‘ (ELN) will ihre Präsenz in den drei Departements erhöhen. Während sie eine urbane Gruppe in Pereira hat, sind die Guerillagruppen ‚Ejército Revolucionario Guevarista‘ (ERG) und ‚Ejército Popular de Liberación‘ (EPL) im Westen von Risaralda und Caldas sehr aktiv.” (Castrillon 2004: 43, zit. n. PNUD Colombia 2004).

4.2.2 Die Bananenzone Uraba

Die Bananenregion Uraba besteht aus den Gemeinden Apartado, Carepa, Chigorodo und Turbo in der Region von Uraba, die zum Departement Antioquia gehört. Diese Gemeinden haben eine Fläche von 4.643 km², liegen auf einer Höhe von 2m-34m über dem Meeresspiegel bei einer Durchschnittstemperatur von 25° und einer Entfernung von 306km-376km von der Hauptstadt Medellin.

Karte Nr. 9 Gemeinden der Bananenzone von Uraba/Antioquia: Turbo, Apartado, Carepa und Chigorodo



Quelle: <http://antioquia.gov.co/index.php/sobre-antioquia/desde-la-region/desde-uraba>

4.2.2.1 Geschichte und soziodemografische Struktur

Bevölkerung: Uraba ist eine Region des Departements Antioquia. Wegen ihres Meereszugangs war sie eine der ersten, von den Spaniern entdeckten, Region, die diese erobern wollten. Wegen der klimatischen Schwierigkeiten und des erbitterten Widerstands der indigenen Bevölkerung mussten sie die Zone nach zwei fehlgeschlagenen Versuchen von Dorfgründungen und -erhaltungen verlassen: San Sebastian de Uraba wurde 1509 gegründet und ist heute die Gemeinde Necoclí und Santa Maria la Antigua del Darien wurde 1510 in dem Teil von Uraba in Choco gegründet und 1524 niedergebrannt. Der Verkehr im Golf von Uraba und auf den Flüssen Leon und Atrato wurde von den Spaniern von 1540 bis 1787 eingestellt, bis der Häuptling Bernardo Mundigalla in Cartagena

vor dem Erzbischof Caballero y Gongora die Kapitulation unterschrieb, womit der König anerkannt wurde und die Waffen niedergelegt wurden.

Wichtige Meilensteine der Geschichte Urabas sind die Öffnung des Handelsweges auf dem Fluss Atrato im Jahr 1789, die Einrichtung eines Zollamts, zuerst in Bahia Candelaria im Jahr 1835, dann seine Neuerrichtung auf der Insel de los Muertos (heute Matuntugo) und seine endgültige Errichtung in Turbo in der Bahia Pisisi im Jahr 1839.

Am 28. August 1840 beschließt der Präsident Jose Ignacio de Marquez die Gründung von Turbo, wofür er 8.000 Fanegas Brachland zur Verfügung stellt. Im Jahr 1847 erhebt der Präsident Tomas Cipriano de Mosquera Turbo zum Pfarrdistrikt und die ersten Bewohner kamen aus Choco, Panama und Cartagena über das karibische Meer und den Atrato. Die Kommunikation zwischen Turbo und der Hauptstadt Medellin war nicht einfach und die Strecke wurde zu Fuß oder mit dem Maulesel zurückgelegt, wofür man 14 Tage bis einen Monat brauchte, was von den Wegverhältnissen abhing. Am Anfang wurde in Turbo bis 1909 Gummi und bis 1920 Tagua gehandelt, bis Kunststoff es verdrängt. Der Bau der Straße zum Meer, die 1926 begonnen und 1954 beendet wurde, markierte den Anfang einer direkten Verbindung zwischen Turbo und der Hauptstadt Medellin und einer Migration in diese Zone von Paisas, Mauleseltreibern, Holzsägern, politischen Flüchtlingen und Gesetzesbrechern, die sich parallel zur Straße ansiedelten und Weiler und Dörfer gründeten, wie Apartado, Currulao, el Dos, el Tres. Die Straße ermöglichte die das Aufkeimen der Agrarindustrie: Im Jahr 1959 kam das Bananenunternehmen Frutera de Sevilla nach Turbo, die ersten Bananenstauden wurden gepflanzt und im Jahr 1964 Bananen verschifft.

Im Jahr 1965 zählte man schon 17.000 Hektar Bananenplantagen in der Region und die Viehzucht breitete sich aus, womit die Parzellenwirtschaft einging. Instabile Preise von Mais und Maniok führten zum Rückgang deren Produktion, was in den 1970er Jahren den Marihuana- (die „Bonanza marimbera“) und in den 1980er Jahren den Coca-Anbau nach sich zog. In den 1990er Jahren verschärfte sich die Gewalt der Akteure im Konflikt zwischen Guerillas und Paramilitärs, die um die territoriale Kontrolle kämpften, wodurch die Bauern vertrieben wurden.

Turbo ist der wichtigste internationale Hafen ohne Hafenmauern im Departement Antioquia. Er versorgt die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union mit Bananen und ist der wichtigste Binnenhafen am Fluss Atrato, der ihn mit Quibdo, der Hauptstadt von Choco verbindet. Er ist ein Kabotagehafen, der einen regulären Handel mit Cartagena, den Küsten von Choco und Panama unterhält.

Die Gemeinde Chigorodo wurde auf Grund der Verordnung Nr. 52 vom 27. April 1915 erbaut. Ihr Name bedeutet „Bambusfluss“, da sie ursprünglich zwischen 1880 und 1910 von Tagua-Bauern bevölkert wurde. Später wurden Reis und Kakao angebaut und die Holzgewinnung setzte ein. Ihre derzeitige Wirtschaft hängt vom Bananenanbau und der Viehzucht ab. Sie ist einer der wichtigsten Viehversteigerungsorte der Region.

Die Gemeinde Apartado wurde per Verordnung Nr. 7 vom 7. November 1967 gegründet. Ihr Name bedeutet in der indigenen Sprache „Bananenfluss“. Ihr Territorium wurde von der Gemeinde Turbo abgetrennt und ihre Bevölkerung wuchs infolge des Baus der Straße zum Meer. Ihre Bewohner bestehen aus Schwarzen, Indigenen, Paisas und Personen aus dem Innern des Landes, die vor der politischen Gewalt geflohen sind, die nach der Ermordung des liberalen Führers Jorge Eliecer Gaitan im Jahr 1948 einsetzte. Apartado erreichte schnell die Bevölkerungsgröße von Turbo und verwandelte sich in ein bürokratisches und institutionelles Zentrum der Region. Die Gemeinde ist umgeben von riesigen Bananen- und Kochbananenplantagen, dem wichtigsten ökonomischen Produkt der Region.

Die Gemeinde Carepa folgt im Zuge der Eröffnung der Straße zum Meer dem gleichen Siedlungsmuster: 1950 kamen die ersten Paisa-Siedler aus Frontino, Dabeiba, Peque, Caracoli, Cañasgordas, Uramita, San Jose de Urama und Saiza. Der Weiler wuchs noch mehr, als Arbeiter kamen, die von den Bananenunternehmen wie der Frutera de Sevilla angestellt wurden. Zwischen 1970 und 1980 trat eine rege Bautätigkeit ein, sodass Wohnungen, Kirche, Schulen, Polizei, Aquädukt, Kanalisation und öffentliche Telefone entstanden. Dabei spielten der Vorstand der kommunalen Aktion, die Gemeinde Chigorodo, das Departement Antioquia, das kolumbianische Institut für Schulbau (ICCE), die Korporation Corpouraba und Thomas Thomson, der dem Vorstand der kommunalen Aktion 6 Hektar Land für den Bau des Stadtteils Pueblo Nuevo spendete, eine große Rolle. Carepa war zuerst ein Dorf von Chigorodo und wurde später durch Verordnung Nr. 07 vom 15. Dezember 1983 zur Gemeinde.

Soziodemografische Eigenschaften

Bevölkerung: Zum Zeitpunkt der Volkszählung von 1938 hatte die Region nur zwei Gemeinden, Chigorodo und Turbo, in denen 10.963 Einwohner lebten, die 1% der Bevölkerung von Antioquia ausmachten. Die Mehrheit lebte zerstreut in deren ruralen Zonen und isoliert vom Innern des Departements und dessen Hauptstadt. Der Haupttransportweg war das Meer. In der Volkszählung von 1951 zeigten sich keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf die Bevölkerung, die 15.689 Personen ausmachte, von denen 81,74% zerstreut in der ruralen Zone lebten. Die Volkszählung von 1964 zeigte indessen, dass die Bevölkerung sich verdreifacht hatte und auf 49.207 Einwohner gestiegen war, die rural-urbane Struktur jedoch gleich blieb: Eine bedeutende Mehrheit von 82,79% der Bevölkerung lebte in der ruralen Zone. Die Bevölkerungszunahme ging auf den Bau der Straße zurück, der die Zone mit dem Innern verband und nach ihrer Fertigstellung den Migrantenfluss ermöglichte. Die Volkszählung von 1973 ergab eine Bevölkerung von 83.383 Einwohnern. 72% lebten in der ruralen Zone, aber die urbane Bevölkerung begann zuzunehmen und erreichte 28,04% – hauptsächlich um Apartado herum, was schon Gemeinde war und sich mit 17.986 Einwohnern im Gemeindezentrum, die 80,56% der Gesamtbevölkerung darstellten, in das bevölkerteste Gemeindezentrum der Zone verwandelte, das Turbo überragte, das 12.704 Einwohner zählte. Bis zur Volkszählung von 1985 verdoppelt sich die Bevölkerung und erreicht 168.006 Einwohner. Die bevölkerungsreichste Gemeinde ist weiterhin Turbo, jedoch zählt auch Apartado 31.308 Einwohner in seinem Gemeindezentrum. Die urbane Bevölkerung der vier Gemeinden erreichte 47,30% wegen Chigorodo, wo 64,17% der Bevölkerung urban leben. Gemäß der Volkszählung von 1993 erreichte die Bevölkerung 211.731 Einwohner in diesem Jahr und nahm um 25% zu. Zu diesem Zeitpunkt leben schon 60,84% der Bevölkerung urban und 39,18% rural. Im Jahr der Volkszählung von 2005 erreicht die Bevölkerung 359.243 Einwohner. Sie nahm um das 1,69-Fache zu, wobei hauptsächlich nach Turbo und Apartado migriert wurde. Bei dieser Volkszählung ist Apartado schon bevölkerter als Turbo. 67,74% der Bevölkerung sind urban und 32,26% rural. Die ruralste Gemeinde ist Turbo, in der 61,11% der Bevölkerung auf dem Land leben.

Nach der Bevölkerungsprognose des Nationalen Statistischen Amtes (DANE) wird die Bananenzone im Jahr 2013 444.557 Einwohner zählen, von denen 37,76% in Apartado, 34% in Turbo, 16,29% in Chigorodo und 12% in Carepa leben werden.

Die **Verteilung der Bevölkerung nach Geschlecht** zeigte 1951 eine Besonderheit: Es gab mehr Männer (54%) als Frauen (46%). 1964 war sie noch gleich, aber 1993 hatte sich die Verteilung nach Geschlecht ausgeglichen und die Zone wies 49,82% Männer und 50,18% Frauen auf – eine Verteilung, die es weiterhin im Jahr 2005 gab.

Der **Personenstand** der Bevölkerung hatte im Jahr 1951 die folgende Struktur: 65,65% waren ledig, 7,37% verheiratet, 2% verwitwet, 24% lebten in freien Beziehungen und 1,08% getrennt. Die Verteilung des Personenstandes nach Geschlecht zeigte eine größere ledige männliche als weibliche Bevölkerung. Das Verhältnis der verheirateten Bevölkerung war gleich, denn es gab mehr verwitwete Frauen als Männer sowie eine gleiche Proportion bei Getrennt- und In-Freier-Beziehung-Lebenden. Die Volkszählung von 1964 zeigt mit 66,76% die gleiche Proportion Ledige, die Verheirateten verdoppelten sich im Vergleich mit der vorherigen Volkszählung und erreichten 15,28%. Es gab 1,41% Verwitwete, die Zahl der In-Freier-Beziehung-Lebenden verminderte sich auf 15,98%, was die Zunahme der Verheirateten erklärt, und die Getrennten bzw. Geschiedenen machten 0,57% aus. Die Volkszählung von 2005 zeigt, dass 45,56% der Bevölkerung in Antioquia ledig waren, 26,21% verheiratet, 16,55% in freier Beziehung lebten, 4,50% getrennt oder geschieden, 4,45% verwitwet waren und 2,73% keine Auskunft gaben.

Die **Verwandtschaftsbeziehungen** der Mitglieder der Haushalte zeigen, dass die Familien 1951 umfangreicher waren und aus dem Familienoberhaupt (16,04%), seinem Ehepartner (10,99%), seinen zahlreichen Kindern (49,03%), anderen Verwandten (13,65%) und Gästen (4,66%) bestanden. Im Jahr 1964 zählte die Familie durchschnittlich 6,27 Personen. 1973 wurden durchschnittlich 3,22 Kinder pro Frau geboren, wobei es in der urbanen Zone 2,84 Kinder und in der ruralen Zone 4,10 Kinder waren. Pro Frau überlebten durchschnittlich 2,63 Kinder. In Apartado betrug die Zahl der Kinder pro Frau 3,47; 3,32 in der urbanen Zone und 4,18 in der ruralen. Die überlebenden Kinder pro Frau betragen 2,59 und das Überleben war in den urbanen Zonen höher als in den ruralen, wo der Durchschnitt der überlebenden Kindern auf 1,18 in Bezug auf die lebend geborenen sank.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 2005 weisen darauf hin, dass 26,21% der Befragten Haushaltsoberhäupter waren, 15,92% Ehepartner, 41,50% Kinder bzw. Stiefkinder, 0,81% Schwiegersöhne bzw. -töchter, was zeigt, dass nur ein geringer Anteil der Familien groß war. 5,95% waren Enkel, das bedeutet, dass die Eltern zusammen mit ledigen Söhnen oder Töchtern mit Kindern lebten. 1,30% waren Eltern oder Schwiegereltern, 2,23% Geschwister oder Halbgeschwister, 3,11% andere Verwandte, 0,42% Hausangestellte und 2,55% andere nicht verwandte Personen.

Der **Geburtsort** ist ein Indikator für die Migrationsherkunft der Bevölkerung. Im Jahr 1951 waren 45% der Bevölkerung in der gleichen Gemeinde geboren, 8,24% in einer anderen Gemeinde im gleichen Departement, 46,47% in einem anderen Departement und 0,32% im Ausland. Das zeigt, dass die Migrationsbevölkerung nicht aus Antioquia stammte, denn mangels Straße oder Kommunikation mit dem Innern des Departements kam die Bevölkerung nicht über Land, sondern über den Meerweg aus anderen Departements der Atlantikküste.

Ethnisch war die Bevölkerung schwarz. 1964 waren 36,15% der Bevölkerung in der gleichen Gemeinde geboren, 28,08% waren in einer anderen Gemeinde des Departements Antioquia geboren – ein Hinweis darauf, dass die Migration dank der 1954 fertiggestellten Straße, die die Bananenzone mit der Hauptstadt Medellin verbindet, schon aus Einwohnern Antioquias bestand. 35,52% kamen in einem anderen Departements zur Welt, was darauf hindeutet, dass die Zone Bevölkerung aus dem ganzen Land aufnahm, besonders Personen, die vor der politischen Gewalt flohen. Die Bevölkerung, die im Ausland geboren war, war mit 0,25% weiterhin unbedeutend. 1993 wurden 38,80% der Bevölkerung in der gleichen Gemeinde geboren, 35,19% in einer anderen Gemeinde im gleichen Departement – was den Fortgang der Migration der Menschen aus Antioquia anzeigt – und 24,55% wurden in einem anderen Departement geboren, was auf die Anziehungskraft dieser Zone hindeutet. Ein geringer Rest von 0,10% kam im Ausland zur Welt. Die Volkszählung von 2005 zeigt, dass 88,23% der Bevölkerung von Antioquia im gleichen Departement geboren wurden, 9%

in einem anderen Departement unter denen die Nachbardepartements hervorrage: Caldas mit 1,38%, Cordoba mit 1,75% und Choco mit 1,02%. Auch in diesem Jahr blieb der Wert der Migration weiter niedrig: Die im Ausland geborene Bevölkerung machte 0,21% aus.

Die Volkszählung von 2005 zeugt von der **Migrationserfahrung** der Haushalte, wobei zu sehen ist, dass in Antioquia 2,79% der Haushalte im Ausland lebende Familienmitglieder haben. 95% der Haushalte mit im Ausland lebenden Personen leben in den Gemeindezentren, was darauf hinweist, dass die Migranten aus den urbanen Zonen stammen. 43,84% der Migranten befinden sich in den USA, 23,52% in Spanien, 6,35% in Venezuela, 3,60% in Costa Rica, 3,54% in Kanada, 2,90% in Ecuador und 2,17% in Panama. Das bedeutet, dass die Migration in Nachbarländer im gleichen Kontinent und nach Spanien stattfindet, mit dem eine kulturelle Verwandtschaft besteht.

In Bezug auf den **Alphabetismus** der Bevölkerung waren im Jahr 1951 54,25% der 7-jährigen und älter der Bevölkerung von Chigorodo Analphabeten, die Gemeinde Turbo hatte 69,23% Analphabeten. Nach **Bildungsniveau** hatten 93% Primarschulbildung, 4,84% hatten irgendein Sekundarschul- und 0,94% irgendein Hochschulbildungsniveau. 1,20% hatten irgendeine andere informelle Bildung.

Im Jahr 1964 hatte die Bananenzone den Analphabetismus auf 46,41% reduziert. Nach Bildungsniveau hatten 91,38% der Bevölkerung irgendein Primarschulbildungsniveau, 6,90% irgendein Sekundarschul- und 0,46% irgendein Hochschulbildungsniveau. 1,26% hatte irgendeine andere informelle Bildung. Die Bildungsstruktur war ähnlich wie im Jahr 1951. Nach Geschlechtern betrachtet, liegt das Bildungsniveau der Frauen leicht unter dem der Männer: 4,66% der Männer haben irgendein Sekundarschulbildungsniveau, während es bei den Frauen nur 2,24% sind, 0,45% der Männer haben irgendein Hochschulbildungsniveau im Vergleich zu den nur 0,02% der Frauen, die einen akademischen Titel aufweisen. Über eine informelle Bildung verfügen mehr Frauen als Männer mit jeweils 0,79% und 0,47%. Nach Zonen weist die Bevölkerung in den Gemeindezentren höhere Bildungsniveaus als die in den restlichen Zonen auf.

Die nicht formelle Bildung verteilt sich hauptsächlich auf Lehrerbildung (49,45%), Handel (38,98%), Industrie (3,16%), Krankenpflege (2,21%), Religion (2,18%), Kunst (1,81%), nicht spezifizierte Technik (1,45%), Landwirtschaft (0,47%), Erwachsenenbildung (0,18%) und Sondererziehung (0,12%). Nach Geschlechtern getrennt gibt es eine klare Bildungsverteilung: Männer haben mehrheitlich eine industrielle, landwirtschaftliche und religiöse Ausbildung, Frauen eine pädagogische, technische, heilpädagogische, kaufmännische und pflegerische Ausbildung genossen. In der künstlerischen Bildung und der Erwachsenenbildung sind die Anteile nach Geschlecht gleich.

1973 betrug der Analphabetismus in Apartado, Chigorodo und Turbo 39,30%. In dieser Volkszählung werden nur für Apartado Informationen zum Bildungsniveau angegeben. In dieser Gemeinde hatten 33,50% der Bevölkerung keinerlei Bildung, 6,99% hatten eine abgeschlossene Primarschulbildung, 44,06% eine unvollständige Primarschulbildung, 1,07% eine abgeschlossene Sekundarschulbildung, 7,62% eine unvollständige Sekundarschulbildung, 0,34% eine bis zu 4-jährige Hochschulbildung und 0,26% eine Hochschulbildung von 5 oder mehr Jahren. Weitere 0,17% hatten eine andere Ausbildung. Ebenso wie in der vorgenannten Volkszählung lassen sich Unterschiede in den Bildungsniveaus der Geschlechter identifizieren: Die Frauen verfügen über weniger Bildung. In Zahlen ausgedrückt: 3,88% der Männer haben die Primarschule abgeschlossen, 3,11% der Frauen; eine komplette Sekundarschulbildung haben 0,73% der Männer, 0,33% der Frauen; 0,48% der Männer haben irgendein Hochschulbildungsniveau, während es bei den Frauen 0,12% sind. Auf anderen Niveaus ist die Verteilung nach Geschlechtern gleich.

Im Jahr 1985 gibt es Daten zum Analphabetismus nur allgemein für Antioquia, der dort 16,1% der Bevölkerung umfasst, wobei es 7,71% in den Gemeindezentren und 8,35% im restlichen Departement sind. Im Geschlechtervergleich ist die Analphabetismusrate bei den Männern höher (17,49%) als bei den Frauen (15,11%), während die Schulbildung bei den Frauen höher (27,06%) als bei den Männern (26,71%) ist. Beim Bildungsniveau der 5-jährigen und älteren Bevölkerung ist zu sehen, dass 49,9% irgendein Primarschulbildungsniveau haben, 27,3% irgendein Sekundarschul- und 4,1% irgendein Hochschulbildungsniveau.

In der Volkszählung von 1993 gibt es nur Informationen über Antioquia: Der Analphabetismus sank auf 11,91%; die Verteilung zwischen Gemeindezentren und dem Rest hat sich angeglichen; es gibt einen leicht höheren Analphabetismus bei Männern (6,29%) als bei Frauen (5,61%). Der Schulbesuch ist leicht höher bei Frauen (14,60%) als bei Männern (13,41%), während keine signifikanten Unterschiede zwischen urbanen und ruralen Zonen registriert werden. Im Bezug auf die Schulbildung haben 48,35% der Bevölkerung irgendein Primarschul-, 31,42% irgendein Sekundarschul- und 6,47% irgendein Hochschulbildungsniveau.

In der Volkszählung des Jahres 2005 betrug der Analphabetismus der gesamten 5-jährigen und älteren Bevölkerung 12%, der zwischen den Geschlechtern gleich verteilt war. Der Analphabetismus der 15-jährigen und älteren Bevölkerung betrug 9%, von denen 5% Männer und 4% Frauen waren. Die Bevölkerung der 15- bis 24-Jährigen weist eine Analphabetenrate von 4% auf, davon sind 3% Männer und 2% Frauen. Bei der befragten Bevölkerung haben 10,08% der 3-jährigen und älteren Einwohner des Departements Antioquia keinerlei Bildungsniveau, 3,67% haben eine Vorschulbildung, 36,45% irgendein Primarschul-, 18,84% irgendein Sekundarschul-, 17,06% irgendein Fachschulbildungsniveau, 0,24% irgendeine Lehrerseminarausbildung und 11,02% eine Hochschulbildung.

Die erweiterte Volkszählung von 2005 fragte, ob die Bevölkerung lesen und schreiben konnte. 85,85% der Bevölkerung Antioquias beantwortete diese Frage zustimmend, 11,62% konnten weder lesen noch schreiben. In den 4 untersuchten Gemeinden betrug die durchschnittliche Anzahl der Personen, die weder lesen noch schreiben konnten 18,46%, die Anzahl der Personen, die lesen konnten, betrug 81,54%. Diese Frage wurde zusammen mit einer anderen gestellt: Wie viele Bücher haben Sie außer der Pflichtlektüre für Arbeit und Studium in den letzten 12 Monaten gelesen? Im Durchschnitt haben 70,75% der Personen in der Bananenzonen kein einziges Buch gelesen. Turbo ist mit 28,31% die Gemeinde mit dem höchsten Anteil an Personen, die ein oder mehr Bücher gelesen haben, Carepa ist mit 21,89% die Gemeinde mit dem niedrigsten Prozentsatz derjenigen, die ein oder mehr Bücher gelesen haben.

4.2.2.2 Wirtschaftsstruktur

Ökonomie: Die Volkszählung von 1951 zeigte eine ökonomisch aktive Bevölkerung von 34,11% auf, von der 32,33% Männer und 1,78% Frauen waren. Die ökonomisch inaktive Bevölkerung betrug 65,89%, wovon 21,28% Männer und 44,61% Frauen waren. Die Beschäftigungsposition der Aktiven hatte folgende Verteilung: 8,97% Angestellte, die mehrheitlich Männer waren (8,78%); 41,07% waren selbstständig Arbeitende, davon 38,92% Männer; 10,58% unbezahlt helfende Familienangehörige, davon 10,43% Männer; 7,94% Angestellte, davon 5,66% Männer; 21,41% Arbeiter, davon 21,04% Männer.

Die Verteilung der ökonomisch aktiven Bevölkerung nach Tätigkeit zeigt, dass 50,85% des Departements Antioquia von Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang abhängt und 1,71% von extraktiven Aktivitäten, 14,40% von der Herstellungsindustrie, 4,36% Bau, 4,87% Handel, 3,74% Transport und 14,95% von Dienstleistungen. Nach Geschlechtern getrennt, sind die Männer

mehrheitlich in Landwirtschaft, Industrie und Handel tätig und die Frauen im Dienstleistungsgewerbe.

Die ökonomisch inaktive Bevölkerung ist zu 35,61% mit der Hausarbeit beschäftigt, die nur die Frauen ausüben, 14,35% sind Studenten, 46,49% Minderjährige, 2,31% behinderte oder ältere Menschen.

1964 betrug die ökonomisch aktive Bevölkerung 32,09%, davon 29,40% Männer und 2,69% Frauen. Die inaktive Bevölkerung betrug 67,91%, davon 24,65% Männer und 43,27% Frauen. In der Bananenzone, die in dieser Zeit aus nur zwei Gemeinden bestand, Chigorodo und Turbo, waren 6,35% der ökonomisch aktiven Bevölkerung Arbeitgeber, 34,48% selbstständig Arbeitende, 7,02% helfende Familienangehörige, 12,78% Angestellte und 39,11% Arbeiter. Es tun sich die selbstständig Arbeitenden hervor, die bei dem niedrigen Bildungsniveau der Bevölkerung dieser Zone dem für diesen Bereich charakteristischen informellen Sektor angehören.

Die ökonomisch aktive Bevölkerung ist in diesem Jahr in den folgenden ökonomischen Aktivitäten tätig: 44,83% in Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang, 1,83% in extraktiven Aktivitäten, 15,30% in der Herstellungsindustrie, 4,88% im Bau, 7,93% im Handel, 3,79% im Transport und 16,86% im Dienstleistungsgewerbe.

Die ökonomisch inaktive Bevölkerung besteht zu 30,22% aus der Bevölkerung, die sich dem Haushalt widmet. Diese Aktivität wird nur von Frauen ausgeübt. 19,52% sind Studenten, 44,33% Minderjährige, 1,85% alte Menschen, 0,92% Behinderte und Asylanten und 0,39% sind Pensionäre oder Rentner.

In der Volkszählung von 1973 werden nur Informationen zur Gemeinde Apartado erhoben. Die ökonomisch aktive Bevölkerung macht 52,59% aus, 42% sind Männer und 10,59% Frauen, wobei eine klare Tendenz zur Zunahme des Frauenanteils an ökonomischen Aktivitäten zu erkennen ist. 46,82% der aktiven Bevölkerung ist beschäftigt, 5,77% ist nicht beschäftigt, die Arbeitslosigkeit betrifft die Männer und die Frauen gleich. Die ökonomisch inaktive Bevölkerung beträgt 47,18%, wobei 10,89% Männer und 36,29% Frauen sind. Differenziert man weiter so widmen sich 27,81% der Hausarbeit, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt wird (27,45%), obwohl auch schon einige Männer dieser Aktivität nachgehen (0,36%); 13,56% sind Studenten, die auf Männer und Frauen gleich verteilt sind; 1,39% sind Ruheständler, mehrheitlich Männer; 0,09% sind Rentner oder Pensionäre.

Die Volkszählung von 1985 gibt nur ökonomische Information über das Departement Antioquia wieder, deren Bevölkerung zu 48,3% ökonomisch aktiv ist, wobei 46% beschäftigt und 2,3% unbeschäftigt sind, 33,96% sind Männer und 14,38% Frauen. Die 49,3% der ökonomisch inaktiven Bevölkerung setzen sich wie folgt zusammen: 0,5% sind Rentner, 1,4% Ruheständler oder Pensionäre, 13,4% sind Studenten, 24,5% widmen sich den Hausarbeiten und 9,4% gehen keiner Aktivität nach. Die Arbeitslosenrate beträgt 4,8% und ist bei den Frauen höher (5,28%) als bei den Männern (4,6%).

In der Volkszählung von 1993, die nur Informationen zu Antioquia enthält, sind 46,55% der Bevölkerung aktiv und 50,72% inaktiv. Die aktive Bevölkerung teilt sich in 44,62% Beschäftigte und 2,38% Unbeschäftigte, 32,97% sind Männer und 13,58% Frauen. Die Nichtaktiven verteilen sich auf Arbeitsunfähige 1,23%, Ruheständler, Pensionäre und Rentner 1,51%, Studenten 18,02%, Hausarbeit 26,53%, andere Situation 3,43%. Nach Geschlechtern sind die Frauen mehrheitlich im Haushalt tätig. Unter den Studenten sind 9,59% Frauen und 8,43% Männer, unter den Rentenempfängern und Behinderten sind mehr Männer.

Die Beschäftigungspositionen der Beschäftigten sind wie folgt verteilt: 63,15% sind Arbeiter und Angestellte, 5,45% Geschäftsführer oder Arbeitgeber, 20,70% selbstständig Arbeitende, 3,21% Hausangestellte und 1,86% unbezahlte verwandte Mitarbeiter. Die Männer sind in allen Beschäftigungen in der Mehrheit, außer bei der Hausarbeit.

1993 gibt es eine Veränderung in der Struktur der ökonomischen Aktivität im Departement Antioquia. Die in der Landwirtschaft aktive Bevölkerung sinkt auf 19,23%, die in der Industrie arbeitende Bevölkerung kommt auf 12,14%. Im Handelssektor ist eine Dynamik zu erkennen: Diesem sind 15,79% der aktiven Bevölkerung zugehörig und der Sektor der Dienstleistungen beschäftigt 20,59%.

Die Volkszählung von 2005 zeigt, dass die ökonomisch aktive Bevölkerung des Departements Antioquia 39,72% ausmacht, 37,28% sind beschäftigt und 2,44% unbeschäftigt. Die ökonomische inaktive Bevölkerung beträgt 57,53%, davon widmen sich 19,43% der Hausarbeit, 23,35% dem Studium, 2,47% sind Rentner, Ruheständler oder Pensionäre, 1,10% sind Arbeitsunfähige und 11,18% befinden sich in einer anderen Situation.

Von der Gesamtheit der gezählten ökonomischen Einheiten im Departement Antioquia widmen sich 11,34% der Industrie, 46,74% dem Handel, 29,35% den Dienstleistungen und 6,97% anderen Aktivitäten. In der Bananenzone sind 7,35% der Produktionseinheiten in der Industrie aktiv, 50,08% im Handel, 32,70% im Dienstleistungsgewerbe und 9,88% in anderen Gebieten. In Bezug auf die Anzahl der Arbeiter haben 95,95% dieser Unternehmen zwischen 1 und 10 Arbeitern, 2,80% zwischen 11 und 50 Arbeitern, 0,98% zwischen 51 und 200 Arbeitern und 0,10% haben mehr als 200 Arbeiter, diese Betriebe befinden sich in Apartado und Turbo. Die Verteilung der Arbeiter nach Aktivitätsbereich zeigt, dass sich die Unternehmen mit mehr als 200 Arbeitern zu 50% den Dienstleistungen widmen und 25% dem Handel. Die Unternehmen mit 51-200 Arbeitern widmen sich zu 55,48% den Dienstleistungen, zu 31,30% der Industrie und zu 13,23% dem Handel. Die Betriebe mit 11-50 Arbeitern widmen sich zu 58,80% den Dienstleistungen, 28,45% dem Handel und 12,75% der Industrie und die Betriebe mit 10 oder weniger Arbeitern widmen sich zu 59,85% dem Handel, 32,53% den Dienstleistungen und 7,6% der Industrie.

Von den verstreut liegenden Wohnungen in der ruralen Zone üben 29,16% Landwirtschaft und Viehzucht aus, 5,2% nur landwirtschaftliche Aktivitäten, 15,84% nur Viehzucht und 29,84% keine Aktivitäten. 19,94% geben keine Auskunft.

Die Verteilung der ruralen Grundstücke hat nach ihrer Größe in der Bananenzone eine andere Struktur als in der Kaffeezone und auf nationaler Ebene. Sie spiegelt eine größere Ungleichheit in der Landbesitzverteilung wider als diejenige, die man auf Landesebene und in der Kaffeezone feststellen konnte, wobei die Konzentration in der Bananenzone noch größer als im Rest des Landes ist.

Der durchschnittliche Landbesitz pro Besitzer betrug im Jahr 2004 21,27ha, im Jahr 2009 waren es 27,49ha, was im Unterschied zur Kaffeezone auf eine Zunahme in dieser Periode hinweist. Carepa ist mit 33,29ha die Gemeinde mit den durchschnittlich größten Grundflächen pro Besitzer. Dagegen hat Turbo mit durchschnittlich 13,53ha pro Besitzer die kleinsten Grundflächen, was die Gemeinde von den anderen drei untersuchten Gemeinden unterscheidet, die Durchschnittsgrößen über 31ha pro Grundbesitzer aufweisen. Die Größe der familie landwirtschaftliche Einheit *Unidad Agrícola Familiar UAF*, befindet sich zwischen 6 und 9 Hektar, Mindestgröße, um sicherzustellen, die Produktivität der bauerlichen Betriebe.

In der Bananenzone haben 0,47% der Grundstücke weniger als einen Hektar Land, 2,07% haben 1 bis weniger als 3 Hektar, 1,87% haben 3 bis weniger als 5 Hektar, 4,79% haben 5 bis weniger als 10 Hektar, 5,08% haben 10 bis weniger als 15 Hektar, 4,35% haben 15 bis weniger als 20 Hektar, 20,16% haben 20 bis weniger als 50 Hektar, 18,24% haben 50 bis weniger als 100 Hektar, 16,37% haben 100 bis weniger als 200 Hektar, 13,40 haben 200 bis weniger als 500 Hektar, 8,07% haben 500 bis weniger als 1.000 Hektar und 5,12% haben 1.000 bis weniger als 2.000 Hektar.

In der Bananenzone haben 52,30% der Grundbesitzer weniger als 5 Hektar, 78,39% weniger als 20 Hektar. Die Grundbesitzer mit mehr als 100 Hektar und mehr Grundbesitz machen 42,96% aus, diejenigen mit 1.000ha und mehr sind 5,12% und befinden sich hauptsächlich in Chigorodo.

4.2.2.2.1 Die Banane, Hauptexportprodukt von Uraba/Antioquia

Die Banane gehört zur Ordnung der Zingiberales, zur Familie der Musaceae und zur Gattung der Musa. Ihre herausragendsten Arten sind Musa acuminata Colla, von der die kommerziellen Sorten abstammen, Musa balbisiana Colla und Musa acuminata diploide. Nach AUGURA (*Asociación de Bananeros de Colombia*) ist die Banane eine Frucht, die reich an Kohlenhydraten und Ballaststoffen ist, von denen sich die der „FOS“ (Frucht-Oligosaccharide) hervortun, es handelt sich dabei um unverdauliche Kohlenhydrate, die das Wachstum jener Bakterien unterstützen, die im Dickdarm zu finden sind; Bananen enthaltenen zahlreiche Mikronährstoffe, die wichtigsten sind Kalium, Magnesium und Folsäure, auch Tannine, die adstringierende Eigenschaften haben.

Die Frucht ist eine Staudenpflanze, die von einem Rhizom oder Wurzelstock wächst und ganzjährig geerntet wird. Von der Pflanzung bis zur Ernte vergehen 9-12 Monate, innerhalb derer die Blüte nach 6-7 Monaten erscheint. Die Frucht wird in tropischen Zonen bei durchschnittlichen Temperaturen von 27° und Niederschlägen zwischen 200cm² und 250cm² angebaut. Feuchter Boden und gute Entwässerung sind unerlässlich, sodass der Anbau hauptsächlich in der Zone 30° nördlich und südlich des Äquators stattfindet.

Geschichte: AUGURA berichtet, dass Jose Manuel Gonzalez Bermudez im Jahr 1885 begann, Bananen in Magdalena mit Samen der aus Panama mitgebrachten Sorte Großer Michel (Big Mike) anzupflanzen. 1889 wurde die erste Frucht nach New York exportiert. 1901 ließ sich die United Fruit Company in Magdalena nieder, die nicht nur Früchte exportierte, sondern auch das Monopol für den Eisenbahnbau hatte. Im Jahr 1900 wurde dank dem Konzern Albingia mit den ersten Anpflanzungen in Uraba begonnen. Es war das erste Bananen-Unternehmen mit deutschem Kapital und Technik, das sich mit Genehmigung des Nationalkongresses in Turbo niederließ. Das Unternehmen, das bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs in der Region blieb, pflanzte die Sorte Gross Michel an und transportierte die Frucht mit der Bahn von der Plantage bis zum Verschiffungsort Puerto Cesar. 1960 begann das Unternehmen Frutera de Sevilla, ein Ableger der United Fruit Company, die Bananenpflanzung in Uraba auf den Ländereien, die dem Konzern Albingia gehörten, mit dem klaren Ziel des kommerziellen Anbaus. Bis 1968 lagen Produktion, Technologie und Vermarktung in deren Händen.

Im Jahr 1963 wurde Augura mit dem Ziel geboren, die Interessen der Region, des Bananenbaus und der damit betrauten Produzenten zu verteidigen und zu fördern. Die erste Verschiffung ab Uraba fand am 21. März 1964 statt. Im gleichen Jahr wurde die Gewerkschaft der Bananenarbeiter *Sintrabanano* und 1972 die Gewerkschaft der Landarbeiter *Sintagro* von der holländischen Firma Coldesa gegründet. Die Gewerkschaft *Sinaltraifru* des Unternehmens *Frutera de Sevilla* nahm ein Jahr später die Arbeit auf.

1966 entstand die internationale Vermarktungsgesellschaft *Uniban* mit dem Ziel, den Verkauf der Frucht auf den internationalen Märkten dauerhaft zu ermöglichen. Ihr gelang im April 1969 der erste Verkaufskontakt mit den Vereinigten Staaten. Die 1968 aufgetretene Moko-Krankheit führte dazu, dass die bisher angepflanzte Sorte Gross Michel durch Cavendish ersetzt werden musste, die gegen Krankheiten widerstandsfähiger war und mehr Ertrag erbrachte. 1970 gründete die Uniban ihre Tochtergesellschaft Turbana Banana Corporation, die seitdem mit der Vermarktung ihrer Früchte in den USA betraut war. 1976 ließ sich eine weitere Vermarktungsgesellschaft in Uraba nieder – die Tecnicas Baltime de Colombia (TECBACO), eine Tochtergesellschaft der Estandar Fruit Company, auf die Veränderungen im Anbau, der Entwässerung und der Verwaltung zurückgehen. Diese verlässt 1983 die Zone wieder.

1980 macht sich eine Gruppe von Uniban unabhängig und gründet BANACOL. Ein Jahr später setzt der Bau der Anlegestelle und Schiffswerft Nueva Colonia ein. 1983 entsteht PROBAN, die von den Arbeitern der Fincas gebildet wird, die ohne Vertrag waren, nachdem das Unternehmen Frutera de Sevilla den Betrieb in Uraba einstellte. Sowohl UNIBAN als auch BANACOL und PROBAN sind Eigentum der Produzenten selbst, die die Früchte ihrer Fincas auch ins Ausland verkaufen. Von nun an liegen Produktion und Export der Früchte von Uraba in Händen der autonomen und unabhängigen Nationalen, womit die transnationale Herrschaft ein Ende hat.

Im Jahr 1981 breitet sich in der Zone die Krankheit "Black Sigatoka" aus, außerdem wird sie von Winden und Trockenheit heimgesucht. Streiks und Stilllegung sind in diesem Jahrzehnt ebenso wie Gewalt an der Tagesordnung. Trotz der prekären Situation festigen sich die Vermarktungsgesellschaften auf den internationalen Märkten und erweitern ihre Versorgungsgrundlage in neuen Produktionsregionen (Santa Marta, Costa Rica und Ecuador). 1988 entsteht Sintrainagro – die größte Gewerkschaft der Bananenarbeiter nach dem Zusammenschluss von Sintrabanano und Sintagro. Im gleichen Jahr vergrößern die Vermarktungsgesellschaften UNIBAN, BANACOL und PROBAN ihre sozialen Programme durch Gründung der Institutionen Fundauniban, Fundación El Corso und Fundaprobán.

Im Jahr 1991 gerät der Markt in eine Krise, bedingt durch den globalen Überschuss und Preisverfall, die globale Neuverteilung des Markts, die Zugangsregelung zur EU, die makroökonomische Politik des Landes und die Probleme der öffentlichen Ordnung. Bereits ein Jahr zuvor beginnt die Genossenschaft der Bananenproduzenten zusammen mit der Polizei das Programm "Operation Rückkehr", das mit der sogenannten zivilen und friedlichen Einnahme Urabas beschlossen wird, die die Rückkehr der Bananenunternehmen in der Region besiegelt. Bereits 1999 wurde ein Exportrekord erreicht, mit dem die Erholung der Branche beginnt, verbunden mit der Erhöhung der Investitionen in den Fincas, was sich schlussendlich in der Produktionserhöhung niederschlägt.

Produktion: Nach offizieller Information des Landwirtschaftsministeriums erreichte die Exportbanane 95 Millionen Kisten pro Jahr mit einem Wert von etwa US\$ 700 Millionen, womit sie 3% des Gesamtexports und 6% des nicht traditionellen Exports beträgt. Sie machte 0,4% des BIP Kolumbiens aus. Das Hauptland des Exports waren 2010 die USA, wohin 3,3 Millionen Kisten ausgeführt wurden (64,66% der Gesamtmenge). Dem folgte Belgien mit einem Anteil von 29,20%.

Das Departement Antioquia war nach Agronet 1987 mit einer Anbaufläche von 20.40 Hektar, was 81,9% der nationalen Bananenbaufläche ausmachte, der Hauptproduzent der Exportbanane. Dem folgte Magdalena mit 4.500 Hektar Anbaufläche bzw. 18,1% der nationalen Fläche. Auch angesichts des Volumens war Antioquia Hauptproduzent: Das Department produzierte 954.350t Exportbananen bei einer nationalen Gesamtausfuhr von 1.090.950t, was 87,5% der nationalen Gesamtproduktion sind, während Magdalena 136.600t (12,5%) produzierte. Antioquia erreichte in

diesem Jahr mit 46,8t/ha einen größeren Ertrag, während Magdalena einen Ertrag von 30,4t/ha hatte.

Auch 2011 nimmt Antioquia national weiterhin die Rolle des Hauptproduzenten ein. Von der gesamten nationalen Anbaufläche von 48.662 Hektar baute es 34.971 Hektar an, was 71,9% sind, weiterhin gefolgt von Magdalena mit 11.499 Hektar bzw. 23,6% und dem Departement La Guajira mit 2.192 Hektar bzw. 4,5%. Auch bei der Produktion liegt Antioquia mit 1.404.640t bzw. 77,9% weiterhin an erster Stelle während Magdalena 371.462t bzw. 20,6% produziert und La Guajira 26.304t bzw. 1,5%. Dies spiegelt sich weiterhin im Ertrag: Dieser ist mit 40,2t/ha weiterhin in Antioquia am höchsten, gefolgt von 32,3t/ha in Magdalena und 12t/ha in La Guajira.

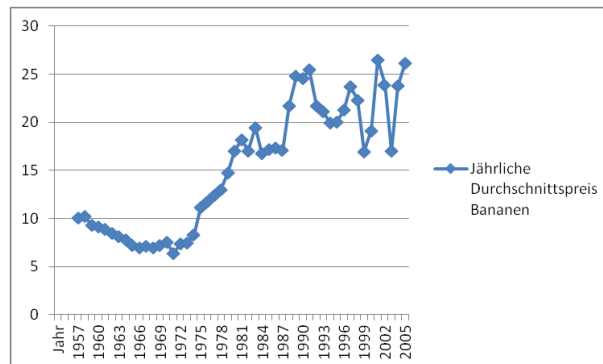
AUGURA informiert, dass im Jahr 2012 35.000ha angebaut wurden, was 24.000 direkte und 72.000 indirekte Arbeitsplätze bedeutete.

Anbaufläche: Nach Auskunft des Landwirtschaftsministeriums betrug die Anbaufläche für Exportbananen im Departement Antioquia im Jahr 1995 26.824 Hektar, die von Jahr zu Jahr vergrößert wurde und 2008 insgesamt 32.115 Hektar erreichte. Diese Fläche machte 72,61% der gesamten Bananenbaufläche des Landes aus, womit Antioquia aufgrund seiner Anbaufläche Hauptproduzent der Exportbanane ist. Wie zuvor gesehen, führt das Department aber auch wegen seines Produktionsvolumens von 75,25% und seinem Ertrag von 42.564kg/ha.

Technifizierungsniveau: Nach AUGURA verpflichten die Spezifizierungen der ausländischen Kunden die Produzenten, moderne technologische Praktiken zu entwickeln und anzuwenden, die die Erträge erhöhen und die Qualität der Frucht verbessern. Gleichzeitig müssen sie Verpackungstechnik, Transport, Qualitätskontrolle, Ernteindices und mechanische Schadenskontrolle verbessern.

Preise: Nach Information des Nationalen Planungsdepartements wiesen die Preise der Exportbanane in US-Cent pro Pfund in den Jahren von 1957 bis 2005 große Unterschiede auf, die vom Minimum von 6,37 US-Cent, was dem im Jahr 1971 gezahlten durchschnittlichen Jahresmindestpreis entspricht, bis zu 26,52 US-Cent reichen, die im Jahr 2001 gezahlt wurden. Die folgende Abbildung zeigt das kontinuierliche Wachstum der Preise, unterbrochen von Rückgängen in den Perioden 1959-1966, 1984, 1992-2000 und 2002-2003 und Erhöhungen in den Perioden 1972-1983, 1985-1991, 2001 und 2004-2005.

Abbildung Nr. 18 Jahresdurchschnittspreise der Exportbanane in US-Cent pro Pfund



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an DNP. Auf der Grundlage von "América Latina (puertos EE.UU), 248", FMI; "Commodity Price Data". Weltbank

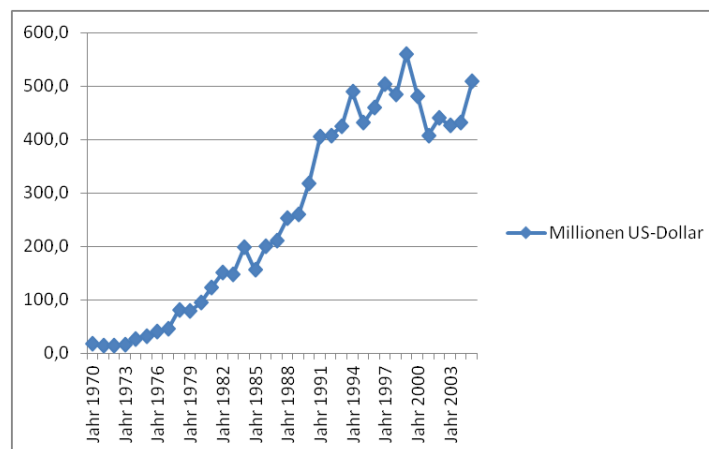
Der Welthandel der Bananen wird von fünf internationalen Firmen kontrolliert, die Dreiviertel des Marktes beherrschen: Dole (USA), Chiquita (USA), Del Monte (USA), Fyffes (Irland) und Noboa (Ecuador). Der restliche Markt wird von anderen Kompagnien kontrolliert, worunter Reybanpac (Ecuador), JFC (Russland), Grupo Acon (Costa Rica) sowie Banacol und UNIBAN (Kolumbien) sind (Bananalink 2013).¹

Nach Bananalink sind die großen Ketten nach dem Modell der vertikalen Organisation strukturiert, d. h., dass sie sowohl Plantagenbesitzer oder -pächter als auch Eigentümer der Transportunternehmen sind. Sie besitzen die Einrichtungen zur Reifung der Frucht sowie eigene Verteilungsnetze in den Verbraucherländern (v.a. den USA), was es ihnen ermöglicht, sich in Skalenökonomien zu verwandeln und Bananen zu sehr niedrigen Preisen auf ausländischen Märkten zu verkaufen. Sie tendieren dazu, die Gewinne an die Herkunftsländer zu verteilen, sodass lediglich 12% des Endverkaufspreises in den Produktionsländern bleiben, 7,5% gehen an die kleinen Landwirte und 3,1% an die Arbeiter auf den Plantagen.

Bananalink bestätigt, dass der Einzelhandel bzw. die Supermärkte derzeit als die mächtigsten Akteure in der Versorgungskette tropischer Früchte auftreten. Deren substantielle Vorteile bestehen darin, dass sie große Mengen fordern sowie unhaltbare niedrige Preise zahlen und damit Niedriglöhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Verletzungen der Arbeitsrechte, der Gesundheitsnormen und der Hygiene, unangemessene Sicherheit und unzureichenden Umweltschutz fördern.

Exportumsatz: Die Information zum Umsatz der Bananen gemessen in Millionen US-Dollar, die im Nationalen Planungsdepartement von 1970 bis 2005 zur Verfügung stehen, zeigt eine konstante und signifikante Zunahme auf, da der Exportumsatz von 18,1 Millionen US-Dollar im Jahr 1970 auf 508,1 Millionen US-Dollar im Jahr 2005 steigt. Der Anteil des Bananenexports am Gesamtexport von Agrargütern, worunter Blumen und andere nicht traditionelle Agrarexporte fallen, betrug 19,4% des Gesamtwerts im Jahr 1970, 52,8% im Jahr 1991 und 29,6% im Jahr 2005.

Abbildung Nr. 19 Umsatz Bananenexport 1970-2005
in Millionen US-Dollar



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Nationales Statistisches Amt DANE, DNP-Umacro

¹ Gemeinnützige Kooperative mit Sitz in Norwick, England, deren Ziel es ist, für einen gerechten Handel von Bananen und Ananas zu arbeiten.

AUGURA wiederum informiert, dass 72 Millionen Kisten Bananen ausführt werden, die 1.440 Tonnen entsprechen und Einnahmen im Wert von 576 Millionen Dollar produzieren, die 35% des Gesamtexports von Antioquia darstellen und 4% des Exports des Landes.

Die Vermarktungsunternehmen, die den Transport der Frucht von Uraba in die internationalen Märkte bewerkstelligen, sind Uniban, Banacol, Conserba, Banafrut und Tropical. Die Hauptmärkte sind: EU und USA, wohin 95% der Produktion gehen.

Verbandsorganisation: Die genossenschaftliche Organisation der Bananenbauern ist die *Asociación de Bananeros de Colombia AUGURA* (deutsch: Assoziation der Bananenbauern von Kolumbien Augura). Sie entstand 1963 als Assoziation der Landwirte und Viehzüchter von Uraba mit den ersten massiven Pflanzungen der Exportbanane als Antwort auf das Bedürfnis der Produzenten, auf eine Einrichtung zählen zu können, die ihnen die ausgeglichene Durchführung der Produktion und des Exports der Bananen organisiert, leitet und überwacht. Bezüglich ihrer Historie ist folgendes von Bedeutung: Zunächst übernimmt sie 1966 den Namen Assoziation der Bananenbauern und Landwirte von Uraba, womit sie sich auf die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion spezialisiert. 1986 wandelt sie sich dann in die *Asociación de Bananeros de Urabá* (Assoziation der Bananenbauern von Uraba). Schließlich wird sie 1994 zur *Asociación de Bananeros de Colombia* (Assoziation der Bananenbauern von Kolumbien), wodurch sie ihre Rolle als Interessenvertreter der Exporteure vor der Nationalregierung hervorhebt.

Trotz der Veränderungen des Namens und der Ziele behält der Verband den Namen AUGURA, der sich schon etabliert hatte und die Identität des Gremiums ausmacht. Die Assoziation besteht aus Bananenproduzenten von Antioquia und Magdalena sowie den internationalen Bananenhandelsgesellschaften, die in beiden Regionen tätig sind: Uniban, Banacol und die sozialen Vereine der Handelsgesellschaften.

4.2.2.3 Demokratie

Gemeinschaftsteilnahme: Die Ergebnisse der Volkszählung von 2005 zeigen, dass in Antioquia 8% der Bevölkerung an Gemeinschaftsorganisationen teilnehmen. In der Bananenzone liegt die Teilnahme unter dem Durchschnitt des Departements: In Apartado nehmen 4% der Bevölkerung teil, aber in absoluten Zahlen sind es 36,23% der Bevölkerung, die sich in der Bananenzone an Gemeinschaften beteiligen. In Turbo nehmen 5% der Bevölkerung teil, in Bezug auf die untersuchte Bananenzone sind es 33,3%. In Chigorodó nehmen 5% der Bevölkerung teil, im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung der Bananenzone beträgt der Anteil 18,31%. Schlusslicht ist Carepa mit einer Teilnahme von 5%, was 12,17% der Bevölkerung ausmacht, die an Gemeinschaftsorganisationen in der Bananenzone teilnimmt.

Politische Beteiligung: Von insgesamt 16 Wahlen, die es zwischen 1998 und 2011 gab – jener Periode, von der die Daten der Nationalen Personenstandsregistratur zur Verfügung stehen – weist das Departement die niedrigste Beteiligung bei den Senatswahlen (36,54%) auf. Die Wahlbeteiligungen bei Abgeordneten- (36,81%) und Präsidentschaftswahlen (47,26%) sind höher. Die mangelnde Beteiligung zeigt die Schwäche der Demokratie in Antioquia trotz der Bedeutung der Wahlen für das politische Leben des Landes auf, da das Präsidentschaftssystem dem Präsidenten eine große Machtfülle gibt und im Senat die nationalen Gesetze geregelt werden. Die Ergebnisse der Wahlbeteiligung weisen daher auf die große physische und emotionale Distanz der Wähler zu den politischen Instanzen der Hauptstadt.

Etwas anders stellt sich das Bild auf lokaler Ebene dar. Die lokalen Departementwahlen, zu denen die Wähler einen stärkeren Bezug haben, weisen eine höhere Teilnahme auf, auch wenn diese nicht

signifikant ist: Bei den Gouverneurswahlen betrug die Teilnahme 50,92%, bei der Asamblea 50%. Das Fernbleiben der Hälfte der Wähler ermöglicht, dass politische Entscheidungen von Anderen getroffen werden. Die vielen Nichtwähler nehmen ihre Gelegenheit nicht wahr, selbst am politischen Leben ihrer Departements teilzunehmen, sodass die Instanzen, die vermittelnd zwischen den Gemeinden und der Nationalregierung liegen, nicht von Ihnen mitbestimmt werden.

Bei den Wahlen zur Kammer des Jahres 1998 bekommt Ruben Dario Quintero Villada (Liberale Partei) die meisten Stimmen. Gegen ihn wird später wegen Parapolitik ermittelt. Ihm folgen Benjamin Higuera Rivera (Bewegung Progressive Kraft), Guillermo Gaviria Zapata (Liberale Partei), Manuel Ramiro Velasquez (Koalition), Luis Fernando Duque (Liberale Partei) und Juan Ignacio Castrillon (Konservative Partei).

Bei den Senatswahlen 1998 bekommt Fabio Valencia Cossio (Koalition) die meisten Stimmen, gefolgt von Jose Ignacio Mesa (Liberale Partei), Luis Fernando Correa (Konservative Partei), Gabriel Zapata (Konservative Partei) und Mario Uribe Escobar (Liberale Partei). Letzterer ist ein Cousin des Expräsidenten Alvaro Uribe Velez, gegen den wegen Parapolitik ermittelt wird. Bei den Senatswahlen von 2002, die eine niedrige Wahlbeteiligung von 36,93% aufweisen, lagen folgende Politiker auf den ersten fünf Plätzen: Luis Alfredo Ramos (Politische Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbiens), der in Antioquia zusammen mit Fabio Valencia als zweiter politischer Führer gilt, Mario Uribe (Erneuerungsbewegung Moralische Arbeitsaktion), Ruben Dario Quintero (Koalition), Guillermo Gaviria Zapata (Liberale Partei Kolumbiens) und Juan Gomez Martinez (Bewegung Progressive Kraft).

Bei den Wahlen 2002 der Abgeordnetenversammlung erreichen folgende Politiker die 5 besten Ergebnisse: Omar Florez Velez (Bewegung Radikaler Wandel), William Velez Mesa (Erneuerungsbewegung Moralische Arbeitsaktion), Luis Fernando Duque (Liberale Partei), Oscar Dario Perez und Oscar Arboleda (politische Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbien). Die ersten 5 Plätze bei der Abstimmung zur Sonderkammer belegen Amanda Tascon (Andere), Lorenzo Almendra (Bewegung Indigene Autoritäten Kolumbiens), Moises Alberto Villafaya (Andere), die bekannte Sportlerin Maria Isabel Urrutia (Vereinigte Volksbewegung MPU) und Armith Moreno (Andere).

Bei den Präsidentschaftswahlen von 2002 erhalten Alvaro Uribe Velez (Bewegung Zuerst Kolumbien) 66,02% der Stimmen, gefolgt von Horacio Serpa (Liberale Partei) mit 16,%, Noemi Sanin (Bewegung Ja Kolumbien) mit 9,8% und Luis Eduardo Garzon (Politische Sozialen Front Alternativer Weg) U.D.-ANAPO-P.S.D.-ASI-PSOC. mit 4,57%. Die anderen Kandidaten erreichen weniger als 1%.

Bei den Gouverneurswahlen des Jahres 2004 gewinnt Anibal Gaviria Correa (Liberale Partei Kolumbiens) mit 41,78%, der zum wichtigen politischen Führer wurde, nachdem sein Bruder Guillermo Gaviria Correa, derzeit Gouverneur von Antioquia, im Jahr 2002 entführt und ermordet wurde. Die zweitbeste Abstimmung bekommt Ruben Dario Quintero von der Partei Radikaler Wandel mit 41,44%.

Bei den Wahlen zur Departementsversammlung im Jahr 2004 werden die 26 zu vergebenden Sitze der Versammlung unter 8 Parteien und Bewegungen aufgeteilt. Nach Stimmenanteil sind dies: Liberale Partei, Bewegung Mannschaft Kolumbien, Partei des Radikalen Wandels, Konservative Partei, Bewegung Lebendiges Kolumbien, Bewegung Demokratisches Kolumbien, Bewegung Indigene Soziale Allianz und Progressive Nationale Bewegung.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 2006 erreicht der amtierende Präsident Alvaro Uribe Velez mit 71,10% die Stimmenmehrheit, womit zum Ausdruck kommt, dass die Bürger dessen Führung und Politik der Demokratischen Sicherheit unterstützen. Ihm folgen Carlos Gaviria Diaz (Alternativer Demokratischer Pol) mit 17,95% und Horacio Serpa (Liberale Partei) mit 7%. Andere Kandidaten erhalten weniger als 1% der Stimmen.

Bei den Senatswahlen von 2006 wählt Antioquia die folgenden Parteien: Liberale Partei Kolumbiens (18,98%), Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbien (16,75%), Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) (15,41%), Partei des Radikalen Wandels (13,43%), Konservative Partei Kolumbiens (9,46%), Alternativer Demokratischer Pol (6,94%), Partei Demokratisches Kolumbien (6,14%), Lasst-den-Schwarzen-Spielen (2,54%), Partei Bürgerkonvergenz (1,36%), Für-das-Land-von-dem-wir-träumen (1,06%), Bewegung MIRA (1,03%). Weitere 9 Bewegungen erhalten weniger als 1% der Stimmen.

Bei den Wahlen zum Indigenen Senat bekommt die Partei Bewegung Indigene Soziale Allianz 28,31% der Stimmen und die Bewegung Indigene Autoritäten von Kolumbien 6,51%. Es werden die Senatoren Jesus Enrique Piñacue und Ernesto Ramiro Estacio von den beiden erwähnten Parteien gewählt.

Bei den Kammerwahlen des Jahres 2006 stellt sich die Stimmenverteilung wie folgt dar: Liberale Partei Kolumbiens (23,27%, 5 Sitze), Bewegung Alas Mannschaft Kolumbien (17,09%, 3 Sitze), Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) (15,02%, 3 Sitze), Konservative Partei Kolumbiens (11,99%, 2 Sitze), Partei des Radikalen Wandels (10,64%, 2 Sitze), Partei Demokratisches Kolumbien (7,79%, 1 Sitz), Alternativer Demokratischer Pol (5,98%, 1 Sitz), Partei Option Zentrum (1,15%, 0 Sitze), Bewegung MIRA (1,11%, 0 Sitze). Vier weitere Bewegungen erreichen Abstimmungen unter 1%. Zur Geschlechterverteilung ist zu sagen, dass sich unter den 17 Abgeordneten der Kammer nur eine Frau befindet, die demnach für 5,8% der Abgeordneten steht. Für die Wahl der Kammer der schwarzen Bevölkerung, die aus zwei Sitzen besteht, treten 27 Parteien und Bewegungen an. Von 3.383.364 Wahlberechtigten haben 11.314 gewählt. Bezieht man die Anzahl der gültigen Stimmen ein, sind die 0,33 %. Bei der Wahl zur indigenen Kammer ist ein Sitz zu vergeben, für den sich 6 Parteien bewerben, darunter zwei nationale traditionell-indigene Parteien. Es gibt 17.226 gültige Stimmen, die die 0,50% der Wahlberechtigten ausmachen.

Bei der Gouverneurswahl in Antioquia wurde im Jahr 2007 Luis Alfredo Ramos von der Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbien mit 44,50% der Stimmen gewählt, gefolgt von Eugenio Prieto Soto von der Bewegung Ein Neues Antioquia mit 30,84% des Wählervotums. Einen Achtungserfolg verbuchte der Kandidat des Demokratischen Pols (3,08%), alle anderen Kandidaten blieben unter 1%. Das Wahlergebnis bestätigt die bedeutende politische Rolle von Luis Alfredo Ramos, Gründer der Bewegung, die ihn zum Gouverneur von Antioquia macht, was anderen Mitgliedern seiner Bewegung dazu verhilft, Sitze im Senat der Republik zu bekommen.

Bei den Wahlen zur Departmentsversammlung im Jahr 2007 bekommt die Liberale Partei die Mehrheit Stimmen (15,36%, 7 Sitze), gefolgt von der Flügel Mannschaft Kolumbien (13,46%, 6 Sitze) als Bewegung des amtierenden Gouverneurs. Die weitere Rangfolge gibt folgendes Bild wieder: Partei des Radikalen Wechsels (8,03%, 4 Sitze), Konservative Partei Kolumbiens (7,37%, 3 Sitze), Soziale Partei der Nationalen Union (Partei der U) (7,33%, 3 Sitze), Bewegung Indigene Soziale Allianz (2,36%, 1 Sitz), Partei Demokratisches Kolumbien (2,92%, 1 Sitz), Alternativer Demokratischer Pol (3,7%, 1 Sitz). Fünf Parteien bleiben ohne Vertretung in der Departmentsversammlung, darunter sind die beiden der ethnischen Minderheiten, d. h., die Bewegung der Afrokolumbianischen Sozialen Allianz (ASA) und die Bewegung Indigene Autoritäten Kolumbiens. Von den 26 zur Verfügung stehenden Sitzen werden nur 2 von Frauen

besetzt (7,69%), als Vertreterinnen der Bewegung Indigene Soziale Allianz und der Sozialen Partei der Union (Partei der U).

Bei den Präsidentschaftswahlen von 2010 erreicht Juan Manuel Santos von der Sozialen Partei der Union (Partei der U) in der ersten Wahlrunde 45,44% der Stimmen, gefolgt von Antanas Mockus (Grüne Partei) mit 20,88%, German Vargas Lleras (Partei des Radikalen Wechsels) mit 3,47%, Nohemi Sanin (Konservative Partei) mit 9,19%, Rafael Pardo (Liberale Partei) mit 4,37%, Gustavo Petro mit 3,77%. Drei weitere Kandidaten erhalten weniger als 1% der Stimmen. Die entscheidende zweite Wahlrunde wird von Juan Manuel Santos mit 71,38% gewonnen. Sein Konkurrent Antanas Mockus erhält die restlichen 24,22%.

Bei den Gouverneurswahlen in Antioquia im Jahr 2011 stellen sich vier Kandidaten zur Wahl – alle männlich – von denen Sergio Fajardo (Grüne Partei) gewinnt, gefolgt von Alvaro Vasquez (Konservative Partei Kolumbiens), der 29% der Stimmen erreicht. Carlos Mario Estrada (Soziale Partei der Union, Partei der U) erhält 13,05% und Rodrigo de Jesus Saldarriaga (Alternativer Demokratischer Pol) bekommt 2,12% der Stimmen. Sergio Fajardo stellt sich als Politiker des Wechsels in Antioquia zur Wahl, stellvertretend für eine neue Partei, die Grüne Partei, deren Mitbegründer er ist.

Bei den Wahlen zur Departmentsversammlung im Jahr 2011 werden von den 26 zu vergebenden Sitzen 2 von Frauen besetzt (7,6%), die beide der Konservativen Partei Kolumbiens angehören. Die Sitzverteilung stellt sich wie folgt dar: Soziale Partei der Union (Partei der U) 7 Sitze, Konservative Partei Kolumbiens 7 Sitze, Liberale Partei Kolumbiens 4 Sitze, Grüne Partei 3 Sitze, Partei des Radikalen Wandels 2 Sitze, Partei Unabhängige Soziale Allianz 1 Sitz und Alternativer Demokratischer Pol 1 Sitz.

Bilanzierend ist festzuhalten: Die Wahlergebnisse erlauben den Schluss, dass es die Verfassung von 1991 ermöglichte, das sich das Angebot politischer Parteien und Bewegungen erweiterte. Deutliches Zeichen hierfür ist die exponentielle Zunahme an Parteien, die sich in dem Wettbewerb von 64 Parteien und Bewegungen bei den Wahlen der Jahre 1998 und 2002 manifestiert. Ein weiterer Meilenstein in der politischen Entwicklung ist die 2003 eingeführte Wahlreform, die den Zugang zu den parlamentarischen Institution beschränkte, indem nur diejenigen Parteien und Bewegungen Zutritt zum Senat bekommen, die die Wahlhürde von 2% der Stimmen überwinden.

Der Blick auf das Parteien- und Bewegungsspektrum verrät, dass die traditionellen Parteien – die Liberale und die Konservative Partei – weiterhin Teil der politischen Arena sind und zyklisch bedeutende Positionen bei allen Wahlen erreichen. Ihre Dominanz bleibt trotz der angesprochenen Änderungen des Wahlrechts ungebrochen. Dennoch fallen neue Bewegungen in der politischen Landschaft auf. Bisher unbekannte Parteien, die sich in Antioquia positionieren, sind die Bewegung des politischen Führers Luis Alfredo Ramos, der bereits national einflussreich ist und die Soziale Partei der Union (Partei der U). Diese erhält trotz ihrer jungen Vergangenheit eine massive Wählerunterstützung – zweifellos aus dem Wählerwunsch heraus, die von Alvaro Uribe Velez verfolgte Politik fortzusetzen.

Die Partei des Radikalen Wandels profitiert von der politischen Figur ihres Gründers, dem Senator German Vargas Lleras, der als politischer Delphin betrachtet werden kann, da er der Enkel des Expräsidenten Carlos Lleras Restrepo ist. Obwohl ohne Mehrheit, ist die Anwesenheit der indigenen Parteien konstant und beruht auf der Disziplin der indigenen Gemeinschaften, die sie unterstützen. Im Unterschied zu den Bewegungen der schwarzen Gemeinschaften, die sehr zahlreich waren, überschreiten die Parteien der indigenen Gemeinschaften beim Wahlwettbewerb nicht mehr als 3 Gruppen. Der Alternative Demokratische Pol hat bedeutende Wählerunterstützung

für seine repräsentativsten Führer auf nationaler Ebene bekommen, aber im Allgemeinen sind seine Wahlergebnisse noch sehr reduziert, um als Motor des Wandels in Antioquia zu zählen. Den politischen Wandel in Antioquia gegenüber den Wahlbaronen wie Fabio Valencia Cossio repräsentierte anfangs Luis Alfredo Ramos und letztlich Sergio Fajardo – Politiker nationalen Formats, dessen Ergebnisse als Chef der Regierung von Antioquia, eine der wichtigsten des Landes, seine Bestrebungen zur Präsidentschaft der Republik mit der ebenfalls vor Kurzem gegründeten und noch nicht genügend gefestigten Grünen Partei verdeutlichen.

In Bezug auf die vier Gemeinden der Bananenzone erlaubt die Analyse der 14 Wahlen in der Zeit von 1998-2011, über die es Information auf Gemeindeebene gibt, zu zeigen, dass die Beteiligung bei den Senatswahlen am geringsten war (26,87%), gefolgt von den Wahlen der Abgeordnetenversammlung (27,03%) und des Präsidenten (40,13%). Dazu ist festzuhalten, dass sich in dem Ergebnis die Schwäche der Demokratie in der Zone spiegelt. In der hohen Stimmenthaltung kommt die Distanz der Wähler zu den – im doppelten Sinne – entscheidenden Institutionen zum Ausdruck, die letztlich ihr Leben betreffen. Die Beteiligung steigt bei den Gouverneurswahlen (55,60%) und den Departementswahlen der Abgeordneten der Asamblea (54,95%) gegenüber den Wahlen nationaler politischer Vertretungen. Dennoch bleibt festzuhalten: Die Stimmenthaltung ist weiterhin hoch.

Die Teilnahme an den Bürgermeister- und Stadtratswahlen ergibt für die Zone Mittelwerte von je 51,19% und 50,04%, allerdings ist eine langsame Zunahme innerhalb der Periode zu beobachten: Während der Durchschnitt bei den Bürgermeisterwahlen von 2004 bei 45,32% lag, beträgt er 2007 bereits 52,21% und 2011 schließlich 56,04%. Ähnliche Werte gibt es bei den Gemeinderatswahlen. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung ist festzuhalten, dass die Teilnahme der Frauen bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen niedrig war und zwischen 7,14% und 9,52% lag. Auch wurde keine einzige Frau zwischen 1998 und 2011 in den Gemeinden der Bananenzone zur Bürgermeisterin gewählt.

Die Analyse der Parteien und Bewegungen, die an den Wahlen beteiligt waren, zeigt, dass die traditionellen Parteien – die Liberale und die Konservative Partei – auf allen regionalen Ebenen präsent sind und Sitze für sich beanspruchen. Tatsächlich haben die Liberalen in der Periode 2004-2011 mit 20,65% der insgesamt 184 Sitze die meisten Plätze in den Gemeinderäten bekommen. An zweiter Stelle steht auf Gemeindeebene die Partei des Radikalen Wechsels mit 13,59% der Sitze, an dritter Stelle kommt die Bewegung der Bürgerkonvergenz mit 9,78%. Diese verschwindet aufgrund des Parapolitik-Skandals wieder und verwandelt sich in die Partei der Nationalen Integration (PIN), die bei den Wahlen von 2011 10 Sitze erreicht, womit diese Partei hinsichtlich ihrer Sitze (5,43%) die fünftstärkste Partei darstellt. An vierter Stelle stehen mit gleicher Sitzzahl, die 9,24% ausmachen, die Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbien und die Soziale Partei der Union (Partei der U). Danach folgen: Konservative Partei Kolumbiens (4,35%), Bewegung Indigene Soziale Allianz (3,8%), Politische Bewegung Afrovides (3,26%) (seit 2011 in Apartado, Carepa und Turbo präsent), Bewegung Lebendiges Kolumbien (2,17%), Bewegung der Indigenen Autoritäten Kolumbiens (2,17%), Bewegung Inklusion und Chancen (1,63%) und Neue Partei (1,63%).²

Die politische Bedeutung der traditionellen nationalen Parteien ist ersichtlich, die im Allgemeinen von traditionellen Politikern geleitet werden, die Beziehungen klientelistischer Art eingehen. Auch sind nationale Parteien und Bewegungen präsent, wie die Partei des Radikalen Wandels und die Soziale Partei der Union (Partei der U), die von charismatischen politischen Führern wie German

² Die anderen Parteien oder Bewegungen erreichen weniger als 1% der Sitze, die der Vollständigkeit halber Erwähnung finden: Bewegung Alternativer Weg, die Bewegung Afrokolumbianische Soziale Allianz ASA, die Bewegung C4, die Demokratische Kolumbianische Partei, die Politische Kommunale und Gemeinschaftliche Bewegung, die Nationale Afrokolumbianische Bewegung (AFRO), die Bewegung der Liberalen Öffnung, Lebendige Kraft und die Grüne Partei.

Vargas Lleras und dem Expräsidenten Uribe, Mitgründer der Sozialen Partei der Union (Partei der U), geleitet werden. Die Partei der Nationalen Integration (PIN) zeigt sich in der Zone weiterhin stark, obwohl sie von der Parapolitik gezeichnet ist und ein Teil ihrer Mitglieder inhaftiert sind.

Auf lokaler Ebene hebt sich die Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbien des Senators und Ex-Gouverneurs von Antioquia Luis Alfredo Ramos hervor, die Sitze und Bürgermeisterämter für sich gewinnen konnte. Eine solche politische Durchsetzungskraft kann wiederum die Grüne Partei nicht für sich in Anspruch nehmen. Zwar stellt sie mit dem charismatischen Politiker Sergio Fajardo den Gouverneur von Antioquia, dem es jedoch nicht gelang, Vertreter dieser politischen Bewegung in die Dynamik der Gemeinden einzubringen. In ethnischer Hinsicht verdient die neue Präsenz der indigenen und der schwarzen Minderheiten Beachtung, die in die Gemeinderäte einziehen und dort zahlreiche Erfolge verzeichnen. Exemplarisch zu erwähnen ist, dass es der Nationalen Afrikokolumbianischen Bewegung (AFRO) 2007 gelang, den Bürgermeister von Carepa zu wählen. 2011 machen zwei Bürgermeister durch die Stimmen lokalen Bewegungen das Rennen: In Apartado gewann die Bewegung Union und Führung für den Wohlstand und in Turbo die Bewegung Du bist Turbo.

Eine Besonderheit der Bananenzzone ist die Anwesenheit mehrerer Parteien in den Gemeinderäten. Ebenso charakteristisch ist, dass keine Partei während der untersuchten Periode die absolute Mehrheit erreichen konnte, was auf die Möglichkeit von parlamentarischen Debatten und Allianzen hindeutet. Die damit zusammenhängende Diversität der Parteien kann wiederum ein Indikator für die Dynamik der Demokratie in dieser Zone sein. Nicht weniger signifikant für diese Zone und insbesondere für Antioquia war der Skandal der Parapolitik, in den, wie bereits gesagt, Politiker der Liberalen Partei, der Sozialen Partei der Union (Partei der U), der Bewegung Flügel Mannschaft Kolumbien, der Bewegung Bürgerkonvergenz und der Partei der Nationalen Integration (PIN) verwickelt waren.

4.2.2.4 Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse, Index der Lebensqualität und Konsum

Unbefriedigte menschliche Grundbedürfnisse: Im Jahr 1993 betrug der Index der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse (NBI) („*Necesidades Básicas Insatisfechas*“) des Departements Antioquia im Durchschnitt 30,95%. Die vier untersuchten Gemeinden der Bananenzzone hatten einen durchschnittlichen Index unbefriedigter Grundbedürfnisse von 59,40%, der demnach über dem Departementsdurchschnitt lag. Den höchsten Index der unbefriedigten Grundbedürfnisse NBI hatte Turbo mit 70,12%, gefolgt von Chigorodo mit 58,18%, Carepa mit 57,91% und Apartado mit 51,38%.

Im Jahr 2005 sank der Index der NBI in Antioquia auf 22,96%, jedoch blieben die rural-urbanen Unterschiede groß: In den Gemeindezentren, die den urbanen Zonen entsprechen, betrug der Index 15,90%, während er im Rest der Gemeinden, bzw. den ruralen Zonen mit 47,48% mehr als doppelt so gemessen wurde. In den 4 untersuchten Gemeinden betrug der NBI 43,81%, in den Gemeindezentren 37,77% und in den restlichen Zonen 61,96%, sodass sie auch bei dieser Messung über dem Durchschnitt des Departements lagen. Erneut war Turbo die Gemeinde mit dem höchsten Wert. Der Index war hier 2,93-mal so hoch wie der Durchschnitt des Departements – im Gemeindezentrum 3,62-mal, in den ruralen Zonen 1,55-mal.

Im Jahr 2011 betrug der durchschnittliche NBI des Departements Antioquia 38,04%, in der urbanen Zone 27,67% und in den ruralen Zonen 46,77%. Zwischen 2005 und 2011 sieht man eine Verschlechterung der Lebensqualität, wobei der Index NBI statt abzunehmen um 15,08% zunimmt. Die Personen, die in Elend lebten, d. h. mit zwei oder drei unbefriedigten menschlichen

Grundbedürfnissen, machten in Antioquia 15,30% aus und waren deutlich mehr auf dem Land (20,38%) als in den urbanen Zonen (8,63%) zu finden.

Nach den Ursachen der Armut gefragt, ist ersichtlich, dass *erstens* die ökonomische Abhängigkeit sich am meisten auf sie auswirkt. Gemeint ist die große Anzahl an Personen, die von einem Beschäftigten abhängen – sei es von einem Haushaltsoberhaupt oder von einer anderen Person. Dieser Indikator hängt mit der Möglichkeit zusammen, eine bezahlte Arbeit zu bekommen. Dies spiegelt sich darin, dass in der ruralen Zone die Haushalte mit hoher ökonomischer Abhängigkeit 25,57% ausmachen, in den Gemeindezentren sind es 16%. Die *zweite* Ursache der Armut ist die kritische Überbelegung, was dazu führt, dass Wohnungen ungenügend Zimmer haben und ihre Mitglieder kein Privatleben genießen können. In den Gemeindezentren beträgt dieser Indikator 10,72%, in der ruralen Zone 17,76%. Die *dritte* Komponente, die sich auf die Armut stark auswirkt, ist das Baumaterial der Wohnungen. Sie macht in der urbanen Zone 5,39% aus, aber in der ruralen Zone beträgt sie 18,36%, das deutet darauf hin, dass die Wohnungen und vor allem deren Wände aus prekären Materialien sind und der Boden aus Erde gebaut wird. Die *vierte* Komponente sind die, mit der Wohnung zusammenhängenden, Versorgungsdienstleistungen. Sie zeigt, dass die Haushalte auf urbaner Ebene eine höhere Deckung mit Dienstleistungen aufweisen, gleichwohl auch hier 5,94% über keine angemessenen Anschlüsse verfügen. Dagegen sind es in der ruralen Zone 10,50% der Haushalte, deren Wasserversorgung und Kanalisierung ungenügend sind. Zuletzt bedarf es noch, die Ausbildung in den Blick zu nehmen. Demnach ist der Schulbesuch die Komponente, die den geringsten Einfluss auf die Armut hat. Er macht 3,21% auf urbaner Ebene aus und 7,66% auf ruraler, womit gezeigt werden kann, dass es für die Kinder relativ einfach ist, eine schulische Einrichtung zu besuchen.

Die Situation der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse (NBI) in den vier Gemeinden der Bananenzzone zeigt, dass sowohl die Anzahl der in Armut lebenden Personen (43,81%) als auch die der in Elend lebenden (20,75%) über dem Durchschnitt des Departement liegen. Den höchsten Anteil an Personen, die in Armut leben, weist mit 67,38% der Bevölkerung Turbo auf, wobei in dieser Gemeinde mit 37,68% auch die meisten in Elend lebenden Personen zu finden sind. Am anderen Ende befindet sich Apartado, als die Gemeinde, die mit 24,53% die wenigsten in Armut lebende Personen zählt und mit 9% auch die wenigsten in Elend lebende Menschen. Nach den Ursachen gefragt, ist festzustellen, dass die Komponente der Überbelegung (21,14%) am häufigsten vorkommt, gefolgt von ökonomischer Abhängigkeit (19,66%), Wohnung (18,55%), Versorgungsdienstleistungen (11,27%) und Fernbleiben vom Schulbesuch (5,40%).

In der Bananenzzone gibt es einen eindeutigen Unterschied zwischen urbaner und ruraler Zone. In den Gemeindezentren beträgt der Anteil der Personen, die in Armut leben 37,57% und in Elend 15,09%. Beide Mittelwerte befinden sich über denen des Departements. Nach Faktoren gefragt, ist das Vorkommen der kritischen Überbelegung mit 16,94% am höchsten, gefolgt von dem Faktor ökonomische Abhängigkeit mit 14,63%. Es ist auffällig, dass dieser Indikator der Einzige ist, der unter dem Departementsdurchschnitt liegt, wonach es in den Haushalten in der Bananenzzone mehr beschäftigte Personen gibt. Der Faktor Wohnung liegt bei 11,61%, der Faktor Dienstleistungen bei 11,01% und das Fernbleiben vom Schulbesuch bei 4,83%. Vergleicht man diese Daten mit denen der ruralen Zone, so beträgt der Durchschnitt der in Armut lebenden 61,96% und der in Elend lebenden 35,74%. Nach Ursachen gefragt, kommt die Komponente Wohnung mit 35,05% am häufigsten vor, gefolgt von ökonomischer Abhängigkeit mit 30,91%, Überbelegung 30,81%, Versorgungsdienstleistungen 18,94% und Fernbleiben vom Schulbesuch 5,90%.

Index der Lebensqualität: Nach den Ergebnissen des Index der Lebensbedingungen oder Lebensqualität (“*Índice de Condiciones de Vida*”) (ICV) von 1993 hatte Antioquia einen Index von

73,3 Punkten. Die 4 untersuchten Gemeinden der Bananenzone lag mit 57,7 Punkten unter dem Departementsdurchschnitt und zeigte signifikante Unterschiede zwischen den Gemeindezentren an, die 64,5 Punkte aufwiesen, und den ruralen Zonen (45 Punkte). Keine Gemeinde der Zone erreichte die Punktzahl des in der Verfassung verankerten Minimums (67 Punkte). Apartado näherte sich mit 66 Punkten dem am meisten. Unter den Gemeindezentren ist Apartado das Einzige, das mit 68,5 Punkten über dem verfassungsmäßigen Minimum lag. In der ruralen Zone befanden sich alle Werte unter diesem: Apartado zählte 52,5 Punkte, Carepa 49,4, Turbo 39,6 und Chigorodo 38,6.

Im Jahr 2005 verbessert die Bananenzone ihren Index der Lebensqualität (ICV) beträchtlich und lag mit einem Durchschnitt von 69,90 Punkten über dem Durchschnitt des Departements (67,30 Punkte). Während Antioquia auf Departementsebene 6 Punkte im Vergleich mit dem Index ICV von 1993 verlor, gewannen alle Gemeinden der Bananenzone Punkte: Apartado 13,78, Carepa 14,62, Chigorodo 10,86 und Turbo 9,64. Während im Jahr 1993 alle Gemeinden unter dem verfassungsmäßigen Minimum von 67 Punkten lagen, war es im Jahr 2005 nur noch Turbo, die sich mit 57,74 Punkten darunter befand. Apartado hatte 79,78 Punkte, Carepa 71,82 und Chigorodo 70,26.

Konsum: Die Volkszählung von 2005 schloss eine Reihe von Fragen ein, die es erlaubten, die Ausstattung der Haushalte, die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit den Einkommen und den Hunger zu messen. Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser Befragung für die 4 untersuchten Gemeinden der Bananenzone aufgeführt.

Hunger: Die Volkszählung beinhaltete die folgende Frage: Aßen Sie wegen Geldmangel an einem Tag oder mehreren Tagen in der letzten Woche keine der drei Hauptmahlzeiten (Frühstück, Mittagessen, Abendessen)?

Im Departement Antioquia antworteten 354.214 Personen, die 6% der gesamten Personen ausmachten, zustimmend, d. h., dass sie kein Geld hatten, um sich zu ernähren. In den 4 untersuchten Gemeinden waren es 25.662 Personen, die auf diese Frage zustimmend antworteten und die im Durchschnitt 7,25% der Bevölkerung dieser Gemeinden ausmachten. In absoluten Zahlen lebten die meisten Personen, die Hunger litten, mit 11.673 Personen in Apartado, gefolgt von Chigorodo mit 7.462 Personen, Turbo mit 5.339 Personen und Carepa mit 1.188 Personen.

Ausreichende Einkommen zur Deckung der Ausgaben der Haushalte: In der Volkszählung von 2005 wurde gefragt, ob man fand, dass die monatlichen Einkommen des Haushalts ausreichten, um die Grundaussgaben des Haushalts zu decken, ob sie mehr als genug oder ob sie ungenügend wären. Im Departement Antioquia fanden 32% der Haushalte, dass die monatlichen Einkommen zur Deckung der Grundaussgaben des Haushalts ausreichten, 2% meinten, dass die monatlichen Einkommen mehr als ausreichten und 60% antworteten, dass sie dazu nicht ausreichten.

Auf der Ebene der 4 untersuchten Gemeinden dachten im Durchschnitt lediglich 19,5%, dass die monatlichen Einkommen genüigten, um die Grundaussgaben des Haushalts zu decken. 2,25% fanden, dass die monatlichen Einkommen dazu mehr als ausreichten und 67,5% (54.417 Haushalte) meinten, dass sie dazu nicht ausreichten. Den höchsten Prozentsatz der Haushalte, die finden, dass die monatlichen Einkommen des Haushalts nicht dazu ausreichten, hat Carepa mit 23%, den niedrigsten Wert hat Turbo mit 13%, das ist auch die Gemeinde, die den höchsten Anteil Haushalte hat, die meinen, dass die monatlichen Einkommen nicht ausreichen, um die Grundaussgaben des Haushalts zu decken (82%).

Ausstattung der Haushalte: In der Volkszählung von 2005 wurde nach den im Haushalt zur Verfügung stehenden Haushaltsapparaten gefragt. Die Ergebnisse der 4 Gemeinden der

Bananenzone zeigen, dass außer dem Ventilator alle Haushaltsapparate niedrigere Anteile aufwiesen als die Durchschnitte des Departements. Der Farbfernseher ist der am weitesten verbreitete Haushaltsapparat und steht im Durchschnitt 60,5% der Haushalte zur Verfügung, gefolgt vom Kühlschrank, der in 54,5% der Haushalte zu finden ist, der Saftmixer in 42,5%, die Musikanlage in 24,75%, die Waschmaschine in 15,25%, die Klimaanlage in 1,75% der Haushalte. Der Ventilator jedoch befindet sich in 55% der Haushalte und ist nach dem Fernseher der zweithäufigste Haushaltsapparat.

Die Haushaltsapparate, die am wenigsten in der Bananenzone anzutreffen sind, sind der Computer (6%), der Elektro- oder Gasbackofen (5%) und der Mikrowellenherd (3,5%). Die Unterschiede einzelner Orte zu den Departementsdurchschnitten sind signifikant, z. B. beträgt in Antioquia die durchschnittliche Verfügbarkeit eines Computers in den Haushalten 19%, der Durchschnitt des Kühlschranks 74%, der Musikanlage 48%, des Elektrobackherds 23% und der Mikrowelle 17%.

Verfügbarkeit von Fahrzeugen: Nach den Ergebnissen der Umfrage von 2005 ist das Fahrrad das häufigste verwendete Fahrzeug im Departement Antioquia und im Durchschnitt haben 32,58% der Haushalte ein oder mehrere Fahrräder. Auch in der Bananenzone ist das Fahrrad das zugänglichste Fahrzeug, 41,95% der Haushalte verfügen über eins oder mehrere. Motorräder gibt es in 9,68% der Haushalte in Antioquia, in der Bananenzone sind es 10,08% der Haushalte, die ein Motorrad haben. Autos stehen in der Bananenzone seltener zur Verfügung; nur 3,13% der Haushalte haben mindestens ein Auto, während es in Antioquia 11,63% der Haushalte sind. Schiffe, Segelschiffe oder Boote sind sowohl in Antioquia (0,36%) als auch in der Bananenzone (0,31%) wenig repräsentativ, jedoch verdient der niedrige Prozentsatz besondere Beachtung, da in der Bananenzone Turbo einen direkten Zugang zum Meer hat und die anderen Gemeinden sich in Meeresnähe befinden.

4.2.2.5 Öffentliche Finanzen

Die 4 untersuchten Gemeinden der Bananenzone befinden sich in den folgenden Gemeindekategorien: Apartado sank von der dritten auf die vierte Kategorie, Carepa und Chigorodo werden Kategorie 6 zugeordnet und Turbo stieg im Jahr 2013 von Kategorie 4 auf Kategorie 3 auf. Die Analyse der öffentlichen Finanzen der 4 Gemeinden der Bananenzone zeigen, dass diese ein Gesamteinkommen von 230.819 Millionen Peso aufweisen, wovon 19,34% laufende Einkommen sind, die zu 15% aus Steuereinnahmen stammen, 4,83% aus Grundsteuern, 4,94% aus Industrie- und Handelssteuern, 2,07% aus dem Benzinzuschlag und 3,15% aus anderen Einkünften. 2,24% sind nicht Steuereinkommen und 2,10% sind Transferleistungen. Die Gemeinde mit den größten Einkommen ist mit 106.814 Millionen Peso Turbo, die damit 46,27% des Gesamteinkommens aufweist, gefolgt von Apartado mit 81.995 Millionen Peso (35,52%), Chigorodo mit 23.727 Millionen Peso (10,27%) und Carepa mit 18.283 Millionen Peso (7,9%).

Dem stehen die Ausgaben gegenüber, die insgesamt 223.107 Millionen Peso betragen. Das sind 12,38% der laufenden Ausgaben, die für den Betrieb bestimmt sind (11,27%) und das Zahlen der Zinsen der öffentlichen Schulden (1,11%). Die Kapitaleinkommen betragen 186.183 Millionen Peso. 90,90% sind Transferleistungen der Nation des Allgemeinen Anteilsystems, die spezifische Bestimmungen haben, wie Gesundheit, Bildung, grundlegende Wasserversorgung und Sanierung, Erholung und Sport, andere Sozialinvestitionen und Ausgaben freier Bestimmung. 4,31% kommen von der Mitfinanzierung geleiteter Projekte und 4,79% von anderen. Die 4 Gemeinden bekommen keine Ressourcen von Lizenzgebühren. Die Kapital- oder Investitionsausgaben machen 195.477 Millionen aus und der Gesamtüberschuss beträgt 7.712 Millionen.

In der untersuchten Bananenzzone beträgt das für den Betrieb bestimmte durchschnittliche laufende Einkommen 71,77%. Die Größe der Schulden beläuft sich auf 12,98%, 57,27% ist das durchschnittliche, für den Transfer bestimmte laufende Einkommen, 88,20% entspricht den durchschnittlichen eigenen Einkünften, 84,83% der Ausgaben entsprechen Investitionen, 37,13% beträgt die Sparkapazität und 70% ist der Indikator für die Finanzlage.

Nach der Evaluation der Finanzlage aller Gemeinden auf Departementsebene nimmt Turbo die 16. Position von 125 Gemeinden ein, Apartado Position 29., Chigorodo Position 36 und Carepa Position 118. Auf nationaler Ebene liegt Turbo hinsichtlich ihrer Finanzlage auf Position 103 von den 1.103 Gemeinden der Nation, Apartado auf Position 191, Chigorodo auf Position 269 und Carepa auf Position 1.057.

Öffentliche Ordnung: Die Bananenzzone von Uraba/Antioquia ist eine der konfliktreichsten des Landes. Die Nationalpolizei betrachtet die Zone von Uraba als Sonderzone. Die Daten der Nationalpolizei zeigen bei der Straßenpiraterie von 1976-2000, dass es große Unterschiede zwischen den Departements Antioquia und Caldas gibt: Ersteres weist einen Jahresdurchschnitt von 47,36 Delikten auf, Letzteres einen Jahresdurchschnitt von 18,52 Delikten.

Die Mordrate pro 100.000 Einwohner liegt bei durchschnittlich 49, wobei Chigorodo mit 58 die Gemeinde mit der höchsten Mordrate ist, gefolgt von Turbo mit 53, Apartado mit 52 und Carepa mit 31. Auf regionaler Ebene registrierte die Bananenzzone im Jahr 2009 eine Mordrate von 49 Morden pro 100.000. Uraba war eine Zone territorialer Auseinandersetzungen zwischen Guerrilla, Drogenhandel, Paramilitärs und Nationalpolizei. Der Soziologe Alfredo Molano veröffentlichte 2012 einen Artikel, in dem er seine Hypothesen über die Interessensbeziehungen der beteiligten Akteure darlegt:

„In Uraba, dem Teil von Antioquia wie dem von Choco, ging der Paramilitarismus immer mit der Ausweitung der landwirtschaftlichen Unternehmen Hand in Hand. Die Ländereien, die die Straße zum Meer in den fünfziger Jahren zwischen Chigorodo und Turbo zugänglich machten, waren für die Textilindustrie bestimmt, um sich in das Indien von Antioquia zu verwandeln oder, was das Gleiche ist, um mit Baumwolle bepflanzt zu werden. Doch die Bananenkrise in Fundacion und Magdalena brachte die Regierung dazu, nach Uraba zu schauen – eine fruchtbare Region, bevölkert von kleinen und schwachen indigenen Gemeinschaften, um eine Bananenzzone nach einem neuen Modell zu schaffen: die Fincas und nicht die Plantagen. Die kommerzielle Verwertung der Frucht würden weiterhin die multinationalen Unternehmen durchführen. Das Projekt gedieh, aber es dauerte nicht lange und Gewerkschaftsführer erschienen mit der Erfahrung der Konflikte des Früchteunternehmens von Magdalena. Bei den neuen Auseinandersetzungen griff man zu den Waffen. Zuerst waren es die der Nationalen Streitkräfte und die der Guerilla FARC, dann die der Paramilitärs. Die strategische Allianz aus Unternehmern, Streitkräften und Paramilitärs trat während der achtziger Jahre den Gewerkschaften-Guerillas der FARC und EPL entgegen.“ (Molano 2012: Diario El Espectador, 14. Januar 2012).

Tabelle Nr. 7 Kontrastanalyse Sozialestrukturen zwischen Bananenzone und Kaffeezone 1951-2005

| VARIABLEN | BANANENZONE – URABA/ANTIOQUIA - Gemeinden: Apartado, Carepa, Chigorodo und Turbo | | | | | | KAFFEEZONE – CALDAS – Gemeinden: Manizales, Aguadas, Aranzazu, Chinchina, Filadelfia, La Merced, Manzanares, Marquetalia, Marulanda, Neira, Pacora, Palestina, Pensilvania, Salamina und Villamaria | | | | | |
|--|---|-------|-------|-------|-------|-------|--|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1951 | 1964 | 1973 | 1985 | 1993 | 2005 | 1951 | 1964 | 1973 | 1985 | 1993 | 2005 |
| Bevölkerung im Tausend | 15,7 | 49,2 | 83,4 | 168 | 212 | 359,2 | 369,8 | 504,3 | 497,1 | 621,6 | 660,9 | 653,4 |
| Gemeindezentren | 24,80 | 19,83 | 42,11 | 47,30 | 60,84 | 67,74 | 39,27 | 55,74 | 60,67 | 67,01 | 69,98 | 77,18 |
| Rest | 75,20 | 80,17 | 57,89 | 52,70 | 39,18 | 32,26 | 60,72 | 44,26 | 39,33 | 32,67 | 30,02 | 22,82 |
| BEVÖLKERUNGSDICH- TE | 3,38 | 10,60 | 17,96 | 36,18 | 45,60 | 77,37 | 80,35 | 109,59 | 108,02 | 135,07 | 143,61 | 141,98 |
| Männer | 53,60 | 53,49 | – | – | 49,82 | 49,77 | 51,16 | 49,80 | 51,54 | – | 49,97 | 48,53 |
| Frauen | 46,40 | 46,51 | – | – | 50,18 | 50,23 | 48,84 | 50,20 | 48,46 | – | 50,03 | 51,47 |
| % ANALPHABETEN | 61,74 | 46,41 | 39,30 | 16,30 | 9,27 | 14,10 | 27,58 | 15,30 | 17,35 | 14,70 | 8,23 | 9,70 |
| % Primarschule | 93,01 | 91,38 | 51,05 | 49,90 | 48,35 | 39,80 | 90,46 | 84,77 | 57,36 | 53,60 | 53,17 | 51,00 |
| % Sekundarschule | 4,84 | 6,90 | 8,69 | 27,30 | 31,42 | 34,80 | 8,45 | 12,10 | 20,94 | 25,50 | 29,28 | 29,30 |
| % Hochschule | 0,94 | 0,46 | 0,60 | 4,10 | 6,47 | 4,20 | 0,38 | 0,94 | 2,56 | 3,20 | 5,33 | 4,60 |
| % Andere Ausbildung | 1,20 | 1,26 | 0,17 | – | – | – | 0,70 | 2,19 | 0,44 | – | – | – |
| Ø KINDER/FRAU | – | 6,27 | 3,22 | – | 0,60 | 0,56 | 6,40 | 6,34 | 3,35 | – | 1,64 | 0,51 |
| Ø KINDER/ZONE | – | – | – | – | – | 0,51 | – | – | – | – | – | 0,53 |
| % Frau ohne Kinder | – | – | – | – | – | 30,86 | – | – | – | – | – | 34,23 |
| % Ledige | 65,65 | 66,33 | – | – | – | 42,78 | 67,50 | 69,44 | – | – | – | 43,85 |
| % Verheiratete | 7,37 | 16,38 | – | – | – | 13,59 | 26,45 | 26,34 | – | – | – | 29,17 |
| % Freie Beziehung | 23,90 | 14,85 | – | – | – | 33,31 | 1,91 | 0,97 | – | – | – | 15,81 |
| % Verwitwete | 2,00 | 1,56 | – | – | – | 2,79 | 3,37 | 2,78 | – | – | – | 5,12 |
| % Getrennte/Geschiedene | 1,08 | 0,72 | – | – | – | 3,07 | 0,78 | 0,47 | – | – | – | 5,26 |
| % Einpersonhaushalte | 0,77 | 0,66 | 5,15 | 5,52 | 6,4 | 9,63 | 0,61 | 2,92 | 4,89 | 5,31 | 5,99 | 12,30 |
| % ök.akt.Bevölkerung | 34,11 | 32,09 | 52,59 | 48,3 | 46,55 | 39,94 | 32,46 | 27,22 | 43,26 | 47,1 | 46,08 | 37,07 |
| % ök.akt.Bev. Frauen | 1,78 | 2,69 | 10,59 | 14,38 | 13,58 | 12,11 | 3,74 | 4,03 | 11,5 | 14,92 | 11,06 | 12,33 |
| % BESCHÄFTIGTE BEVÖLKERUNG | – | – | 46,82 | 46,00 | 44,62 | 29,55 | – | – | 38,9 | 44,00 | 44,62 | 35,98 |
| % UNBESCHÄFTIGTE BEVÖLKERUNG | – | – | 5,77 | 2,30 | 1,93 | 2,11 | – | – | 4,36 | 3,10 | 1,46 | 1,08 |
| % BESCHÄFTIGTE BESCHÄFTIGUNGS- STRUKTUR | | | | | | | | | | | | |
| Arbeitgeber | 8,97 | 5,32 | – | – | 5,45 | – | 8,47 | 8,19 | – | – | 6,96 | – |
| Selbstständige | 41,07 | 20,27 | – | – | 20,7 | – | 21,15 | 16,72 | – | – | 18,63 | – |
| Familiäre Mitarbeiter | 10,58 | 5,90 | – | – | 1,86 | – | 7,36 | 5,69 | – | – | 1,35 | – |
| Angestellte | 7,94 | 25,47 | – | – | 63,15 | – | 15,59 | 26,79 | – | – | 63,39 | – |
| Arbeiter | 21,41 | 41,87 | – | – | – | – | 43,34 | 41,51 | – | – | – | – |
| Andere Position | 10,03 | 1,17 | – | – | 3,21 | – | 4,10 | 1,1 | – | – | 9,66 | – |
| % BESCHÄFTIGTE GEBIET ÖK. AKTIVITÄT | | | | | | | | | | | | |
| Land-, Forstwirtschaft, Jagd, Fischfang | 50,85 | 44,83 | 43,99 | – | 19,34 | – | 61,49 | 52,60 | 25,76 | – | 34,2 | – |
| Extraktive Industrie | 1,71 | 1,83 | 0,38 | – | 1,74 | – | 1,06 | 0,85 | 0,28 | – | 0,78 | – |
| Herstellungsindustrie | 14,4 | 15,30 | 6,08 | – | 12,14 | 7,35 | 9,34 | 10,29 | 13,57 | – | 6,9 | 13,18 |
| Bau | 4,36 | 4,88 | 4,32 | – | 4,81 | – | 1,93 | 3,20 | 4,2 | – | 4,85 | – |
| Elektrizität, Gas, Wasser u. Kanalisation | 0,42 | 0,18 | 0,45 | – | 0,27 | – | 0,40 | 0,23 | 1,23 | – | 0,34 | – |

| VARIABLEN | BANANENZONE – URABA/ANTIOQUIA - Gemeinden: Apartado, Carepa, Chigorodo und Turbo | | | | | | KAFFEEZONE – CALDAS – Gemeinden: Manizales, Aguadas, Aranzazu, Chinchina, Filadelfia, La Merced, Manzanares, Marquetalia, Marulanda, Neira, Pacora, Palestina, Pensilvania, Salamina und Villamaria | | | | | |
|--|---|-------|---------|-------|-------|-------|--|-------|-------|-------|---------|-------|
| | 1951 | 1964 | 1973 | 1985 | 1993 | 2005 | 1951 | 1964 | 1973 | 1985 | 1993 | 2005 |
| Handel | 4,87 | 7,93 | 18,82 | – | 15,79 | 50,08 | 5,27 | 9,94 | 15,65 | – | 13,53 | 47,85 |
| Transport, Kommunikation u. Lagerung | 3,74 | 3,79 | 4,88 | – | 3,2 | – | 3,37 | 3,79 | 4,09 | – | 2,71 | – |
| Dienstleistungen | 14,95 | 16,86 | 11,96 | – | 17,39 | 32,7 | 12,80 | 16,57 | 28,38 | – | 18,28 | 31,27 |
| Andere Aktivitäten, ohne Information | 4,7 | 4,40 | 6 | – | 25,32 | 9,88 | 4,34 | 2,52 | 6,85 | – | 18,4 | 7,7 |
| % ÖKON. INAKTIVE BEVÖLKERUNG | | | | | | | | | | | | |
| Haushalt | 35,61 | 30,22 | 58,95 | 49,69 | 52,3 | 32,16 | 35,47 | 30,58 | 46,18 | 48,85 | 54,17 | 41,28 |
| Studenten | 14,35 | 19,52 | 28,75 | 27,18 | 35,53 | 40,56 | 13,82 | 21,94 | 44,75 | 33,14 | 35,78 | 37,94 |
| Minderjährige | 46,49 | 44,33 | – | – | – | – | 48,04 | 42,68 | – | – | – | – |
| Alte, Behinderte, Asylbewohner | 2,82 | 2,77 | – | – | 2,42 | 1,65 | 1,84 | 2,44 | – | – | 2,68 | 3,85 |
| Pensionäre, Rentner | – | 0,39 | 3,13 | 3,85 | 2,98 | 0,32 | 0,25 | 0,45 | 3,27 | 4,02 | 2,56 | 2,25 |
| Andere Bedingungen | 0,73 | 2,77 | 9,17 | 19,06 | 6,76 | 25,31 | 0,58 | 1,91 | 5,79 | 13,98 | 4,8 | 14,63 |
| % BEVÖLKERUNG MIT NBI | | | | | 59,40 | 43,81 | | | | 28,90 | 21,93 | |
| % Bevolk. in Elend | | | | | | 20,75 | | | | | 3,36 | |
| % Bevolk. mit NBI Gemeindezentren | | | | | | 37,57 | | | | | 16,42 | |
| % Bevolk. mit NBI Rest | | | | | | 61,96 | | | | | 27,61 | |
| % Bevolk. in Elend Gemeindezentren | | | | | | 15,09 | | | | | 2,16 | |
| % Bevolk. in Elend Rest | | | | | | 35,74 | | | | | 4,49 | |
| INDEX | | | | | | | | | | | | |
| LEBENSQUALITÄT ICV TOTAL | | | | | 57,7 | 69,9 | | | | | 63,5 | 70,74 |
| ICV Gemeindezentren | | | | | 64,5 | | | | | | 76,1 | |
| CV Rest | | | | | 45,0 | | | | | | 52,2 | |
| % DURCHSCHNITTLLICHE WAHLBETEILIGUNG: 2002-2011 | | | | | | | | | | | | |
| Senat der Republik | | | 26,87 | | | | | | | | 44,46 | |
| Abgeordnetenversammlung | | | 27,03 | | | | | | | | 44,20 | |
| Präsidentschaft der Republik | | | 40,13 | | | | | | | | 50,25 | |
| Gouverneur Departement | | | 55,60 | | | | | | | | 60,87 | |
| Departementsversammlung | | | 54,95 | | | | | | | | 60,60 | |
| Gemeindegemeinderat | | | 51,19 | | | | | | | | 59,32 | |
| Gemeinderat | | | 50,04 | | | | | | | | 59,24 | |
| ÖFFENTLICHES FINANZWESEN: AUSFÜHRUNGEN DES BUDGETS 2010 | | | | | | | | | | | | |
| GESAMTEINNAHMEN (in Mio. Peso) | | | 230.819 | | | | | | | | 394.112 | |
| 1. Laufende Einnahmen (%) | | | 19,34 | | | | | | | | 34,19 | |
| 1.1. Steuereinnahmen (%) | | | 15,00 | | | | | | | | 28,61 | |
| 1.1.1. Grundsteuern (%) | | | 4,83 | | | | | | | | 13,62 | |
| 1.1.2. Industrie u. Handel (%) | | | 4,94 | | | | | | | | 7,54 | |
| 1.1.3. Benzinzuschlag (%) | | | 2,07 | | | | | | | | 3,73 | |
| 1.1.4. Andere (%) | | | 3,15 | | | | | | | | 3,74 | |
| 1.2. Nicht Steuereinnahmen (%) | | | 2,24 | | | | | | | | 2,66 | |

| VARIABLEN | BANANENZONE – URABA/ANTIOQUIA - Gemeinden: Apartado, Carepa, Chigorodo und Turbo | | | | | | KAFFEEZONE – CALDAS – Gemeinden: Manizales, Aguadas, Aranzazu, Chinchina, Filadelfia, La Merced, Manzanares, Marquetalia, Marulanda, Neira, Pacora, Palestina, Pensilvania, Salamina und Villamaria | | | | | |
|--|---|------|------|------|------|------|--|------|------|------|------|------|
| | 1951 | 1964 | 1973 | 1985 | 1993 | 2005 | 1951 | 1964 | 1973 | 1985 | 1993 | 2005 |
| 1.3. Transfere (%) | 2,10 | | | | | | 2,92 | | | | | |
| GESAMTAUSGABEN (in Mio. Peso) | 223.107 | | | | | | 401.159 | | | | | |
| 2. Laufende Ausgaben (%) | 12,38 | | | | | | 16,07 | | | | | |
| 2.1. Betrieb (%) | 11,27 | | | | | | 15,09 | | | | | |
| 2.2. Zinsen öffentl. Schuldn (%) | 1,11 | | | | | | 0,97 | | | | | |
| 3. Defizit oder laufendes Sparen (in Mio. Peso) | 17.005 | | | | | | 70.215 | | | | | |
| 4. Kapitaleinnahmen (in Mio. Peso) | 186.183 | | | | | | 259.347 | | | | | |
| 4.1. Lizenzeinnahmen (%) | 0 | | | | | | 0,48 | | | | | |
| 4.2. Transfere Nationaler SGP (%) | 90,90 | | | | | | 84,64 | | | | | |
| ÖFFENTLICHES FINANZWESEN: AUSFÜHRUNGEN DES BUDGETS 2010 | | | | | | | | | | | | |
| 4.3. Mitfinanzierung (%) | 4,31 | | | | | | 4,43 | | | | | |
| 4.4 Andere (%) | 4,79 | | | | | | 10,45 | | | | | |
| 5. Kapitalausgaben (Investition) | 195.477 | | | | | | 337.208 | | | | | |

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Nationalen Statistischen Amts (DANE), Volkszählungen 1951, 1964, 1973, 1985, 1993 y 2005; Gemeindeprofile Volkszählung 2005. Nationaler Gemeindebund.

4.2.3 Vergleichende Analyse der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Charakteristiken

Die Kaffeezone baut – wie bereits gesagt – auf einer längeren Siedlungszeit auf als die Bananenzone, die um 1808 mit der sogenannten antioqueusischen Kolonisierung beginnt und gegen 1903 abgeschlossen ist, d. h. dass sie eine gefestigtere Zone mit langsam „gewachsener“ Struktur als die Bananenzone ist, deren Kolonisierungsprozess sich erst in den 1950er Jahren beschleunigte, als die Straße zum Meer fertiggestellt war.

Der Kolonisierungsprozess der Kaffeezone wurde von Familien ohne Land durchgeführt, die im Süden Antioquias gelegenes Brachland des Staates zu bevölkern suchten. Diese Bevölkerung wies eine ethnische Homogenität auf, wie die Volkszählung von 2005 in der Frage zur ethnischen Zugehörigkeit nachwies. 97,21% der Bevölkerung betrachteten sich als weder indigen noch schwarz oder Mulatte oder afrikastämmig, sondern als Mischling oder Weiße. Dem entsprechen auf Verhaltensebene die homogenen kulturellen Gewohnheiten, die durch den starken Einfluss der katholischen Kirche geprägt sind, der sowohl im größeren Anteil der Verheirateten als auch der hohen Kinderzahl zum Ausdruck kommt. In der Bananenzone herrscht eine größere ethnische und demzufolge kulturelle Diversität: 1% der Bevölkerung sind indigen, 46% sind Mulatten, schwarz bzw. afrostämmig und 50% sind Mischlinge oder Weiße.

Die Kaffeezone ist dichter besiedelt als die Bananenzone, wodurch ein Netz von Ortschaften existiert, die um die Hauptstadt Manizales sowie in deren Nähe liegen und über große und

dynamische lokale Märkte verfügen. In der Bananenzone ist die Bevölkerungsdichte im Jahr 2005 so groß, wie sie in der Kaffeezone in den 1950er Jahren war, und die Entfernung zur Hauptstadt ist ausgesprochen weit, was die Zone zu einer Randzone innerhalb des Departements Antioquia macht.

In beiden Zonen gibt es das Urbanisierungsphänomen, aber in der Kaffeezone ist es früher (1964) und intensiver (77%) als in der Bananenzone, wo es 1990 einsetzt und derzeit 68% der Bevölkerung betrifft.

Das Hauptziel der Kolonisierung der Kaffeezone bestand im Zugang zu Landbesitz. Dieser Prozess wurde vom kolumbianischen Staat unterstützt, der Brachland auf zum Aufbau von Ortschaften und zum individuellen Gebrauch zuwies. Diese Verteilung des ruralen bzw. landwirtschaftlichen Landbesitzes wird in der Kaffeezone von einem Prozess begleitet, der eine egalitärere Gesellschaft herstellt: Der besitzlosen Bevölkerung wurde der Zugang zu Land ermöglicht, was sie zu besitzenden Bauern machte, die ihre Fincas als produktive Einheiten hauptsächlich zum Eigenbedarf und zum Verkauf von Überschüssen auf den Märkten in der Nähe zu nutzen, die sich mit der Einführung der Kaffeeproduktion schließlich zu Kaffeewirtschaftsbetriebe entwickelten

Für die antioqueusischen *Colonos* der Kaffeezone war die Legalität des Landbesitzes ein wichtiger Faktor, der sogar Abwanderung mit sich zog, um die Konzessionen zu vermeiden und die Region als eine Zone von Eigentümern zu stärken und so spätere Streitigkeiten um den Besitz zu verhindern. Die ungleiche Landverteilung und der Streit der verschiedenen bewaffneten und illegalen Akteure kennzeichnen die Bananenzone, die Region vom Gesichtspunkt der Legalität des Landbesitzes aus als eine ungestärkte Zone. Wie stellt sich demnach die öffentliche Ordnung dar? Die Rolle, die der Staat in dieser Zone spielte, ist anders als diejenige, die der Staat im Prozess der Kolonisierung von Antioquia einnahm. In Uraba verteidigte der Staat den Privatbesitz der Großgrundbesitzer sowie deren agrar-industrieller Produktionsprojekte.

Die Bevölkerungsverteilung nach Geschlechtern zeigt, dass die Bananenzone anfänglich männlicher war als die Kaffeezone, aber im Jahr 2005 zeigen beide Zonen ein demografisches Gleichgewicht zwischen den beiden Geschlechtern mit einer leichten Frauenmehrheit.

In Bezug auf den Analphabetismus weist die Bananenzone in der untersuchten Periode höhere Indikatoren als die Kaffeezone auf, aber es werden bedeutende Fortschritte der Reduzierung von 62% auf 14% sichtbar. Die Bildung weist in der Bananenzone größere Fortschritte bei der Sekundarschulbildung auf, die Hochschulbildung ist jedoch mit weniger als 5% in beiden Regionen niedrig. Man kann sagen, dass es im Bereich der Bildung noch viel zu tun gibt, da die Primarschul- und die Sekundarschulniveaus zu niedrig sind, um die auf wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung und Innovation basierende wirtschaftliche und soziale Entwicklung anzustoßen.

Unter den wichtigsten Veränderungen, die in beiden Zonen zu sehen sind, befindet sich die Reduzierung der Kinder pro Frau, wobei in beiden Fällen sichtbar wird, was man die Modernisierung des sexuellen und reproduktiven Verhaltens der Frau nennen könnte, das von der Rationalisierung und der Reduzierung der Kinderzahl und dem Gebrauch von Methoden der Geburtenkontrolle gekennzeichnet ist.

Als Indikator für die Individualisierung könnte die konstante Zunahme der Zahl der Einpersonenhaushalte angesehen werden, die in der Kaffeezone stärker ist, wo diese 2005 12,30% ausmachten, während es in der Bananenzone 9,63% waren.

Die ökonomische Struktur zeigt, dass die ökonomisch aktive Bevölkerung in den Jahren 1973 und 1985 in der Bananenzone höher war und später in den Jahren 1993 und 2005 zurückgegangen ist. In

der Kaffeezone weist die ökonomisch aktive Bevölkerung von 1964 bis 1985 ein konstantes Wachstum auf, gefolgt von einem Rückgang seit 1993. Dieser geht mit den Prozessen der Wirtschaftsöffnung und Wirtschaftsliberalisierung einher, die den Fall des internationalen Kaffeepreises beeinflussten und zur Krise des Kaffeesektors und wegen der ökonomischen Öffnung in den 1990er Jahren zur Krise des Industriesektors führten. Der Industriesektor der Kaffeezone, der zwischen 1951 und 1973 ein konstantes Wachstum aufwies und 13,57% verzeichnete, ging im Jahr 1993 auf 6,9% der beschäftigten Bevölkerung zurück und die Manufakturindustrie erreichte erst im Jahr 2005 mit 13,18% der beschäftigten Bevölkerung wieder das Niveau des Jahres 1973. Die Industrialisierung der Kaffeezone ist ein Kennzeichen der Differenz zur Bananenzone, in der die verarbeitende Industrie im Jahr 2005 7,35% ausmachte, während sie in der Kaffeezone 13,18% betrug.

Die Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt zeigt die gleiche Struktur in beiden Zonen. Sie kann als niedrig und von der ökonomischen Krise beeinträchtigt angesehen werden, was auf die Anfälligkeit der Frauenanstellung in Krisenzeiten hindeutet, wobei der Anteil der Frauen von 14,38% in der Bananenzone im Jahr 1985 auf 12,11% im Jahr 2005 sank. Ähnliche Zahlen werden in der Kaffeezone beobachtet.

Nach Beschäftigungsanteil betrachtet weist die Kaffeezone einen größeren Anteil an Angestellten auf, was auf Investitionen und Privatinitiativen hinweist; bei den anderen Kategorien ist die Struktur ähnlich.

Im Bereich der ökonomischen Aktivität ist in der Bananenzone eine konstante und signifikante Abnahme des Agrarsektors zugunsten des Handelssektors zu verzeichnen. In der Kaffeezone ist die Reduktion des Agrarsektors nicht so groß wie in der Bananenzone, womit deutlich wird, dass die Zone noch von der Primärproduktion abhängt, gleichwohl sie, wie schon bemerkt wurde, eine höhere Präsenz an verarbeitender Industrie als die Bananenzone aufweist. In der Kaffeezone weist die Entwicklung des Handels- und Dienstleistungssektors die gleiche Tendenz auf wie in der Bananenzone.

Bei der ökonomisch inaktiven Bevölkerung wird deutlich, dass die Frau in der Bananenzone ihre Teilnahme als Verantwortliche der Hausarbeit reduziert hat, während diese in der Kaffeezone zugenommen hat. In beiden Zonen gibt es eine konstante Zunahme der Studenten.

Die Kaffeezone weist bessere Lebensbedingungen als die Bananenzone auf, die sowohl mit dem Index der unbefriedigten menschlichen Grundbedürfnisse (NBI) als auch mit dem Index der Lebensqualität (ICV) gemessen wird. Die Bananenzone hat sehr ungünstige Indikatoren, besonders in der ruralen Zone, in der 61,96% der Bevölkerung unter Armut- und 35,74% unter Elendsbedingungen lebt.

Anders stellt sich der Vergleich beider Regionen bei der Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess dar. Hinsichtlich der politischen Beteiligung weist die Kaffeezone eine größere Beteiligung als die Bananenzone auf – und zwar bei allen Wahlen. Insbesondere ragt die höhere Teilnahme bei den nationalen Senats- und Präsidentschaftswahlen heraus. Einheitlich wird in beiden Zonen die politische Sphäre von den traditionellen nationalen Parteien und anderen nationalen Parteien beherrscht, die von charismatischen politischen Figuren geführt werden. Als Indikator der politischen Modernisierung können die aufkeimenden lokalen politischen Bewegungen betrachtet werden, die in der Bananenzone Repräsentanten der schwarzen Gemeinschaften und in der Kaffeezone Frauen in Bürgermeisterämter und Stadträte gebracht haben.

Die Analyse der Finanzstruktur der Gemeinden beider Zonen erlaubt den Schluss, dass die Kaffezone höhere Einkommen verzeichnet, die hauptsächlich aus einer höheren Steuerkapazität stammen, die mit der Kultur der Legalität im Fall der Grundsteuern und einer größeren industriellen Dynamik im Fall der Industrie- und Handelssteuern zusammenhängt. Wichtig ist dabei, dass das Zahlen von Steuern als ein generalisierter Wert aufgefasst werden kann, der die Regierbarkeit der Region erleichtert. Dies geht damit einher, dass eine geringere Abhängigkeit der Kaffeegemeinden von den nationalen Transferleistungen zu beobachten ist, ohne dass jedoch von einer gänzlichen Selbstversorgung die Rede sein könnte. Dabei bestätigt die Ausnahme die Regel: Die einzige Gemeinde, die einen niedrigen Anteil an Ressourcen aus Transferleistungen (27,68%) und hohe Anteile eigener Ressourcen (97,51%) verzeichnet, ist Manizales.

4.2.4 Modernisierungsprozesse, soziale Konflikte und Regelungsmechanismen

Sowohl die Kaffezone wie auch die Bananenzonen weisen Eigenschaften der Modernisierung auf: die Urbanisierung, die Zunahme der Bildungsniveaus beider Geschlechter, die schrittweise Einbindung der Frau in den Arbeitsmarkt (dank der Reduzierung der Kinderzahl und der Zunahme der Bildungsniveaus, obwohl in Zeiten der Krise Frauen eher Arbeit verlieren und zu ihrer Rolle als Hausfrauen zurückkehren) und die Industrialisierung, die in der Kaffezone stärker als in der Bananenzonen ist.

Die Individualisierung befindet in beiden Zonen noch im Anfangsstadium, wobei die Zunahme der Einpersonenhaushalte und die Veränderung der religiösen Einstellungen sichtbar sind. Dies geht mit einem Anstieg freier Beziehungen in der Kaffezone einher, die traditionell katholisch ist und in der die katholische Eheschließung weiterhin eine wirksame Institution darstellt.

Betrachtet man die signifikanten Randbedingungen, dann ist in der Bananenzonen *erstens* der Konflikt um den Zugang zu Land hervorzuheben. Es ist ein Streit um Ländereien, in den bewaffnete Akteure, die am illegalen Anbau interessiert sind und private Unternehmen, die sich um die Entwicklung agrar-industrieller Projekte in Form von Plantagen bemühen, verwickelt sind. Dieser kann nur aufgrund der mangelnden Präsenz des Staats bei der Ausübung der einzigen und absoluten Macht über Waffen und der Regulation der Konflikte gedeihen. In dieser Zone herrscht *zweitens* ein Investitionskonflikt, da die urbanen Zonen oder Gemeindezentren gegenüber den ruralen privilegiert werden.

In Bezug auf die Ökonomie der Bananenindustrie wird *drittens* ein Konflikt zwischen Bananenunternehmen und ihren Arbeitern identifiziert, der durch die ideologische Ausnutzung seitens der Gruppen der extremen Linken, die die Gewerkschaften der Arbeiter unterstützen, und die Gruppen der extremen Rechten, die die Interessen der Unternehmer verteidigen, genährt wird. In Uraba haben sich die Produktions- und Handelsunternehmen für die Gründung von Sozialvereinen und für Sozialinvestitionen entschieden, um den Konflikt abzuschwächen und die Legitimität der Unternehmen. Ihre Ergebnisse sind jedoch als beschränkt zu charakterisieren, angesichts der dargelegten strukturellen Armut- und extremen Elendssituation der Zone.

Auf internationaler Ebene ist *viertens* ein Konflikt um die Bananenpreise auszumachen. Der Mangel an angemessenen globalen Regelungsmechanismen des externen Preises, begünstigt die großen internationalen Unternehmen und die großflächigen Supermärkte der entwickelten Länder. Das schwächste Glied der Kette ist der lohneempfangende Arbeiter, der die schwerste Arbeit für das geringste Geld ausführt, wodurch ein halbfeudales System der Ausbeutung der Arbeitskraft reproduziert wird. Von dem Preiskonflikt bleibt auch die Kaffezone nicht ausgenommen. Die internationale Auseinandersetzung um Preise besteht auch hier, obgleich der Nationale Kaffeebauernbund eine starke Position und die Internationale Kaffeorganisation eine wichtige

Rolle als Beratungsorganisation für politische Maßnahmen einnehmen. Dies gelingt der Internationalen Kaffeorganisation vor allem, da in ihr mehrere Staaten vertreten sind und sie öffentlichen Maßnahmen und Handelsgesetze der Länder beeinflussen kann. Aber die Macht der multinationalen Nahrungsmittelunternehmen, ihre Platzierung an der Börse und ihre Fähigkeit zur Preisspekulation und zur Gewinnmaximierung durch die Kaffeeverarbeitung wurden bisher weder von den beteiligten Nationen noch von der Internationalen Handelsorganisation (ICO) gebührend reguliert.

In der Kaffezone wiederum wird ein Interessenkonflikt zwischen den Unternehmern des legalen und des illegalen Anbaus identifiziert, der dann ausbricht, wenn der Kaffeepreis unter die Rentabilitätsgrenze sinkt. Dann ist zu beobachten, dass vor allem die Produzenten der peripheren Kaffeazonen in die Illegalität abwandern. Die Organisation des Kaffeebauerngremiums, der Nationale Kaffeebauernbund, entwickelte ein System der Kaffeebohnenlagerung zur Nivellierung der internen Preise, was einen wichtigen Stabilisierungs- und Regulierungsfaktor der Konflikte in der Zone darstellt. Im Weiteren erreichten die Kaffeebauern politische Fortschritte, die in Gesetzen und staatlichen Unterstützungsprogrammen und -projekten zum Ausdruck kommen. Dieser Erfolg geht auf die kontinuierliche Existenz der nationalen Kaffeebauernkomitees zurück, die aus Vertretern der Regierung und des Kaffeebauernverbands zur Konzentration der Kaffeepolitik des Landes und dem Nationalen Kaffeefonds zusammengesetzt sind. Letzterer überführt die, dem Sektor zugesprochenen, steuerähnlichen Ressourcen in Sozialinvestitionen, was zum nachgewiesenen Unterschied der objektiven Wohlfahrt zwischen der Bananenzone und der Kaffezone führte.

Es kann geschlossen werden, dass das Agrarproduktionsmodell der Kaffezone erfolgreicher als das der Bananenzone ist, gemessen an der Verbesserung der Lebensqualität und der allgemeinen Sicherheit. Diese Modell weist zwei wichtige Eigenschaften auf, die im Licht der Modernisierung zu prüfen sind: Eine ist, dass der Kaffeehandel frei und autonom von mittleren und kleinen Bauern, Eigentümer ihrer Produktionsmittel, entwickelt wurde, die sich organisieren konnten, um ihre Interessen politisch als ökonomische Akteure zu verteidigen und um für die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder zu kämpfen. Die Gremiumsorganisation des kooperativen Modells war ein erfolgreicher Faktor in der kolumbianischen Geschichte der Kaffeebauern, womit die Ergebnisse von Inkeles in seiner Arbeit zur modernisierenden Rolle der Kooperativen in ruralen Gesellschaften bestätigt werden.

Angesichts dieses Erfolges gilt dennoch: Die bedeutenden ökonomischen und politischen Fortschritte der Kaffeebauern werden durch die allgemeine politische Struktur des Landes eingeschränkt, die noch von traditionellen Eliten und charismatischen Führern beherrscht wird. Diese führen Regie über die Politik, die Parteien und die ideologischen Diskurse, ohne sich klar mit der sozialen Basis identifizieren zu können, die sie vertreten und ebenso ohne ihre expliziten Interessen in der politischen Debatte den vertretenen Bevölkerungsschichten klar erkennen zu geben. All das begrenzt die Rationalisierung der öffentlichen Debatten und der regulierenden Verwaltung, mit denen die politische Schicht angesichts der verschieden sozialen Konflikte beschäftigt ist. Durch die Ideologisierung der politischen Debatte und die polarisierende Zuschreibung von „gut“ und „schlecht“ wird eine Diffamierung der Gegner betrieben. Unter den Tisch fällt dabei ein Diskurs über die objektive Situation der verschiedenen Konfliktbereiche, über Forderungen sowie über die Möglichkeit, zu einem Konsens oder Abkommen zu gelangen. Somit ist eine Hauptfunktion des politischen Systems nicht gegeben.

In dieser Weise werden die Proteste der Kaffeebauern und der Bananenarbeiter – um ein aktuelles Beispiel zu zitieren, das mit den untersuchten Zonen in Zusammenhang steht – als „Handlanger“ der Linken und des Terrorismus bezeichnet, die das Land und seine demokratischen Institutionen

destabilisieren wollen. Dadurch misslingt es, in Richtung einer politische Debatte über die, zur Diskussion stehenden, ökonomischen Modelle und die Rolle der Wirtschaftspolitik fortzuschreiten und es findet weder eine Rationalisierung des politischen Diskurses noch ein Versuch einer politischen Regulierung der Sozialkonflikte, die traditionell mit beiden Produktionssektoren zusammenhängen, statt.

Ein in beiden Zonen festgestelltes positives Element ist die zunehmende politische Beteiligung der Bevölkerung – hauptsächlich auf lokaler Ebene. Die lokalen politischen Bewegungen ermöglichen es, Erfahrungen in politischen Aktivitäten zu sammeln und Wahlerfolge zu verbuchen, die in der Bevölkerung das Gefühl des „Ja, es ist möglich.“ wecken, wobei ein größeres Bewusstsein der eigenen Fähigkeit und Autonomie entsteht – Charakteristiken moderner Subjekte.

Die Frage der Modernität wurde in den Mittelpunkt gerückt. Zieht man Bilanz, so ist festzuhalten, dass in keiner der beiden untersuchten Zonen eine volle Modernität verwirklicht wurde. Dabei steht der untersuchte Teil fürs Ganze, insofern man diese auch in Kolumbien bislang vermisst. Aber es gibt Prozesse, die es ermöglichen, erfolgreiche Handlungen moderner Subjekte zu identifizieren – d. h. Individuen mit dem Bewusstsein ihrer Fähigkeiten, die Unternehmen gründen, die arbeiten, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, die sich mit Anderen in Kooperativen oder anderen Organisationsarten zusammenschließen, um gemeinsame Ziele zu erreichen, die sich politisch organisieren, die ihre Interessen verteidigen und dafür kämpfen, indem sie sich bestehenden Institution und Autoritäten widersetzen. Das alles sind Modernisierungsprozesse, die wie überall auf der Welt nicht frei von Konflikten sind. Die große Herausforderung der kolumbianischen Gesellschaft ist es, diese eines Tages in einer politischen Arena friedlich zu lösen.

5 SCHLUSSFOLGERUNGEN

„Das Bild der Politik, das diesem Essay zugrunde liegt und das wir mit Hilfe von Max Weber Erläutert haben, ist nicht das einer Gesellschaft von Aktivisten und ständiger politischer Diskussion, sondern eines von wachen Bürgern, die bereit sind, die Institutionen der Freiheit zu verteidigen, wenn es not tut, und die empfindlich sind für Verletzungen ihrer Grundsätze, die im übrigen aber ihr eigenes – ‚bürgerliches‘ - Leben leben. Zugleich müssen jedoch einige ein gesteigertes Interesse daran nehmen, diese Institutionen zu schützen, in Bewegung zu halten und zu entwickeln. Wenn mehr Menschen das täten, wäre es nicht falsch. Denn die Politik der Freiheit ist nie ein Luxus.“
Ralph Dahrendorf¹

Armut, Elend und Ungleichheit, die heute die kolumbianische Gesellschaft charakterisieren, gehen auf die **Konflikte zwischen den sozialen Gruppen** zurück. Seit der Unabhängigkeit des Landes war es eine begrenzte Elite, die bei Gesetzgebung und Machtausübung eine „positive Rolle“ spielte und die sich aus spanischstämmigen weißen Familien bzw. „Kreolen“ zusammensetzte. Diese „Erben“ der Kolonie hatten die politische Macht auf zentraler und regionaler Ebene inne und führten die normativen Prozesse auf verfassungsgebender und rechtlicher Ebene, geleitet von ökonomischen Interessen. Ihnen gegenüber stand der Rest der kolumbianischen Gesellschaft, der sich mehrheitlich aus armen Weißen spanischer Herkunft, aus Mestizen, Mulatten, Zambos, indigener sowie schwarzer Bevölkerung zusammensetzt und seit der Unabhängigkeit eine „negative Rolle“ spielt. Die herrschende Elite wiederum hielt sich seit der Unabhängigkeit ununterbrochen an der Macht und bewahrte dadurch die ungerechte, elitäre und ausschließende soziale, ökonomische und politische Ordnung – ein System, das strukturell das Fortbestehen der Armut, des Elends und der sozialen Ungleichheit in Kolumbien erklärt.

Nach Erreichen der Unabhängigkeit, wurde in Kolumbien die Republik als Regierungssystem errichtet, die auf der Verfassung als Gesellschaftsvertrag aufbaute, den darin niedergeschriebenen Gesetzen und der Gleichheit aller Bürger gegenüber diesen. Dennoch war das Land von der permanenten Gegenwart **gewalttätiger innerer Konflikte** – anfänglich zwischen den konservativen und liberalen Eliten bis zur Bildung der Nationalen Front und seit der Mitte des XX. Jahrhunderts zwischen diesen und den Linken Gruppen – geprägt. Politische Führer wie Camilo Torres, Antonio Nariño und Francisco de Paula Santander zeichnen sich dafür verantwortlich, dass Werte und Mentalitäten bis heute Oberhand behielten, die den von der herrschenden politischen Elite seit der Unabhängigkeit verteidigten Status quo begünstigen. Deren Repertoire von Weltbildern, Deutungsmustern und Werten, die unter der politisch aktiven Bevölkerung weit verbreitet sind, die etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, können die Beständigkeit dieses Regierungsregimes und seines Funktionierens trotz der begleitenden Gewalt erklären.

Welche Rolle spielen die verschiedenen Schichten der kolumbianischen Gesellschaft bei der Modernisierung des Landes?

Signifikant ist vor allem das Verharren der *Führungsklasse* in traditionellen Wirtschaftsmodellen, wodurch Modernisierungsprozesse verhindert werden. Eine der **Organisationsbedingungen**, die es der Bevölkerung, die „die negative“ Beherrschungsrolle ausübte, erschwerte, vom Zustand latenter Quasi-Interessengruppen wegzukommen und sich politisch zu organisieren, besteht darin, dass die Gesellschaft nicht die strukturelle Veränderung der sozialen Führungsschicht von einer Schicht von Großgrundbesitzern, Agrarexporteurs und -importeuren zu einer Schicht von Industriellen,

¹ Dahrendorf 1992: 280)

Handwerkern und liberalen Berufen festigen konnte. Traditionellerweise verfügen diese Gruppen über ausreichende ideologische, ökonomischen und politische Voraussetzungen zur Herstellung von Veränderungen und Modernisierungsprozessen. Diese ökonomisch starke Gruppe könnte die Bedingungen zur Ausübung der Organisationsfreiheit – Medien, Gründer, Führer und eine Ideologie – zur Schaffung der politischen Veränderungen durch eine direkte politische Vertretung ihrer Interessen nutzen.

Die *Schwäche der kolumbianischen Arbeiterschicht* wiederum kann strukturell durch ihre zahlenmäßige Unterlegenheit gegenüber den Arbeitslosen, die die Löhne durch das Überangebot an Arbeitskräften nach unten drücken, und durch die ideologische Radikalisierung der Gewerkschaft erklärt werden, die ihrerseits die gleichen ideologischen Probleme der Elite reproduzieren. Man erkennt daran: Das Problem der Ideologisierung, Dogmatisierung und politischen Gewalt ist eine kulturelle Eigenschaft des Landes. Darin besteht der Unterschied zur Gewerkschaftsbewegung Europas, deren Mitglieder sich der Notwendigkeit der Erhaltung der Unternehmen bewusst sind, in denen sie arbeiten. Rationale Verhandlungen über ökonomische und/oder politische Forderungen beherrschen jenseits des Atlantiks die Tagesordnung. Dieser Prozess wird von Unternehmern begleitet, die sich auch der Bedeutung ihrer Arbeiter für die Subsistenz des Unternehmens bewusst sind und ebenso bereit sind, die Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Kurzum: Verhandlungsprozesse, Druck über Streiks und Abkommen sind in modernen und demokratischen Ländern alltäglich. Die Beziehungen werden nicht zwischen „Feinden“, sondern Personen verschiedener Interessen hergestellt.

In Kolumbien besteht die *Schwäche der bäuerlichen Schicht* in der Schwierigkeit, über materielle Mittel für ihre Organisierung zu verfügen, die wegen ihrer räumlichen Zerstreuung teurer sind als bei den Arbeitern, die im Allgemeinen in den Städten konzentriert sind und sich leicht versammeln können. Diese Schicht kennzeichnet sich durch ihre Schwierigkeiten, Gründer und Führer zu finden, die eine Ideologie formulieren, die ihre politischen Interessen stützt. Ursächlich hängt dies mit fehlenden Kenntnissen und Erfahrungen im politischen Bereich, Informationsmangel sowie prekären Lebensbedingungen zusammen. Die Zeit, die die Menschen zum Überleben brauchen, können sie nicht nutzen, um sich politisch zu orientieren.

Wie bereits festgestellt, sind die sozialen Konflikte des südamerikanischen Landes vor allem durch **Gewalt** geprägt: 1) In Bezug auf die **Bedingungen des Konflikts** in Kolumbien kann festgehalten werden, dass dieser wegen fehlender Bedingungen zum Aufstieg der Bevölkerung und fehlender effektiver Mechanismen zur Regulierung der sozialen Konflikte aufgrund der Mängeln der regulativen Institutionen (Demokratie, Staat, Marktwirtschaft, Rechtssystem, u. a.) besonders gewalttätig ist. 2) Hinsichtlich der **Bedingungen oder Variablen der strukturellen sozialen Veränderungen, die von den Interessenkonflikten** abgeleitet werden, kann geschlossen werden, dass die Intensität des Sozialkonflikts und seiner Gewalt in Kolumbien dank der Trägheit der politischen Organisation, ihrer Funktionsfähigkeit und ihrer Druck- und Unterdrückungsfähigkeit, sowie der niedrigen Fähigkeit zur Druckausübung der anderen Interessengruppen und einer in Armut und Elend lebenden Bevölkerung, die noch kein politisches Subjekt ist, bisher zurückgehalten wurde.

Angesichts der strukturell verankerten Gewalt ergeben sich folgende Anschlussfragen: Warum konnten die sozialen Konflikte um die Macht in Kolumbien noch nicht friedlich gelöst werden? Warum gab es keine Veränderungen in der Machtstruktur des politischen Regimes? Warum haben die Institutionen ihre Rolle der Regulierung der sozialen Konflikte nicht erfolgreich ausgeführt?

Festgehalten werden kann: Die Institutionen Demokratie, Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat, die Produkt der Modernität sind, haben die sozialen Ziele, für die sie gegründet wurden in dem

lateinamerikanischen Land nicht erfüllt. *Es gelang nicht, durch sie Garantien für Ordnung und Transparenz des Kampfes um die politische Macht, einen freien und gerechten Markt, der für die ökonomische Entwicklung geeignet ist, und eine plurale Struktur als repräsentative Vertretung aller Schichten zu verwirklichen.* Das Fehlen der Modernisierungsmechanismen der Individualisierung und Diversifizierung, der sozialen Integration, der Bildung von Werten und der sozialen Mobilität haben dies verhindert.

Das schlechte Funktionieren dieser Mechanismen in Kolumbien zieht die gute Leistung der Institutionen der Modernität in Mitleidenschaft und bestätigt die *erste Hypothese* dieser Arbeit. So wird die **Demokratie** auf eine Ausübung hauptsächlich der kreolischen Eliten beschränkt, die das Bewusstsein als politische Subjekte entwickelten und dank der Unabhängigkeitsrevolution die politische Ausübung übernehmen und lernen konnten, die ihnen bis dahin verwehrt wurde. Jedoch reproduzierten sie ihrerseits das gleiche ausschließende politische System und das gleiche Modell der ungleichen sozialen Beziehungen, in dem sie während der Kolonie sozialisiert wurden, obwohl im Befreiungskampf die sozialen Gruppen teilnahmen, die die niedrigste Stufe der kolonialen Gesellschaft bildeten. In diesen Gruppen besteht also eine historische Schuld nicht nur wegen der Enteignung und Ausbeutung, deren Objekt sie während der drei Jahrhunderte der kolonialen Beherrschung waren, sondern wegen der fehlenden sozialen Gerechtigkeit, nachdem die Unabhängigkeit nach schweren Kämpfen erreicht war, in denen viele ihrer Mitstreiter ihr Leben verloren hatten. Die Gleichheit zwischen den Individuen ist ein ungenügender Wert in Gesellschaften, deren Ausgangspunkt eine Ungleichheit von Privilegien ist, die die Einen auf Kosten der Anderen begünstigt haben. Die soziale Gerechtigkeit wird notwendig zum Ausgleichen dieser so unausgeglichene Ausgangssituation.

Die kolumbianische **politische Debatte** war während einem Jahrhundert von *der ideologischen Polarisierung* der zwei traditionellen Parteien, der Liberalen und der Konservativen, gekennzeichnet. Seit der Mitte des XX. Jahrhunderts ist sie geprägt von der Polarisierung der kolumbianischen Linken, die dazu aufgerufen ist, eine politische Alternative anzubieten, die der Arbeiter- und Bauernklasse den Zugang zur Macht ermöglicht, von der sie ausgeschlossen ist. Dieser Dogmatismus und die politische Polarisierung, die Unfähigkeit zur rationalen Debatte und Konstruktion von Abkommen und sozialem Konsens, d. h. zur kollektiven Konstruktion eines sozialen Vertrags, der die verschiedenen Interessen der, die kolumbianische Gesellschaft bildenden, sozialen Gruppen integriert und harmonisiert, war konstant und könnte als einer der Gründe der Gewalt betrachtet werden, die die politische Geschichte des Landes charakterisiert.

Die kolumbianische Gesellschaft ist noch geneigt, *traditionelle politische Führer* zu wählen, die den Eliten angehören, die den Status quo garantieren oder charismatische Führer. Noch wurden keine Führer gewählt, die von der dritten Quelle legitimiert sind, die Weber als Führer aus „Legalität“ definiert, d. h. aus dem Glauben an die Fähigkeit dieser Führer, um die in der Konstitution und im Gesetz errichtete Ordnung geltend zu machen, oder an die Fähigkeit, diese Normen in begründeten rationalen Normen neu zu definieren und kompetent und legal über die demokratische Ausübung zu entscheiden.

Die große Mehrheit der kolumbianischen Gesellschaft besteht weiterhin aus *Nichtwählern*, apathisch gegenüber der politischen Beteiligung, geneigt zu gehorchen und nicht sich zu organisieren, um manifeste Interessen zu verteidigen und dafür zu kämpfen, teilzunehmen, politische Parteien oder Bewegungen zu gründen. Durkheim definiert dieses Verhalten als ‚Anomie‘. Die Erklärung für dieses Verhalten kann vom Standpunkt der sozialen Struktur aus im Fehlen von Personen gesehen werden, die unabhängige, nicht untergeordnete Aktivitäten realisieren und im handwerklichen oder industriellen Sektor selbstständig tätig sind. In Kolumbien sind insbesondere im öffentlichen Sektor Personen von Verträgen abhängig, die von Politikern vergeben

werden, mit denen sie eine Beziehung der Loyalität und Abhängigkeit entwickelt haben, die ihnen eine autonome politische Ausübung verunmöglicht.

Auf *lokaler Ebene* sind erste positive Veränderungen der Machtverhältnisse zu beobachten. Einige erfolgreiche politische Erfahrungen finden sich in den lokalen Bewegungen, die es erreicht haben, sich auf Gemeindeebene zu entwickeln und erfolgreich Bürgermeister und Gemeinderäte zu wählen. Auf der Ebene der Departements gibt es strukturelle Machtveränderungen, wie bei den Wahlen von Gouverneuren und Mitgliedern der Departementsversammlung, die linken Gruppen oder demobilisierten Guerilleros angehören, auf nationaler Ebene gibt es jedoch noch keine Veränderung der Machtstruktur.

Aufgrund ihres zentralen Einflusses soll nun nochmals der Blick auf die **Eliten** Kolumbiens gerichtet werden. Seit der Bildung des kolumbianischen Staats herrschen Konfrontationen zwischen ihnen vor. Charakteristisch ist das Fehlen von Abkommen zwischen ihnen über die Form, wie die Geschicke der jungen Republik geleitet werden müssen. Wie aufgezeigt, waren zuerst zentralistische und föderalistische Ideen vorherrschend, später setzten sich die liberalen-modernisierenden und die konservativen Verteidiger des Status quo und der Werte, Institutionen und Privilegien, die von der spanischen Gesellschaft geerbt wurden, durch. Das unproduktive Zusammenspiel weltanschaulich motivierter Reformen und Gegenreformen hat bis heute die Entwicklung des Landes gebremst oder sogar zurückgedrängt.

Die Eliten sind Erben der Familien, die während der Kolonie Land und Kapital anhäufen konnten, dank der Privilegien, die sie als spanische Familien genossen. Nach der Unabhängigkeit erhielten sie ihre Privilegien und ihre Güter aufrecht, indem sie eine **Marktwirtschaft** stärken konnten, die für ihre Interessen günstig war, investierten und Agroexportunternehmen bildeten und ihr Kapital in den Handel von Konsumgütern investierten, um sie an die Schichten zu verkaufen, die sie kaufen konnten. Das zeigt, dass dem entscheidenden Sektor Dynamik fehlt: für die selbsterhaltende Entwicklung des Landes, für die Schaffung von gut bezahlten Qualitätsstellen, die die Entwicklung einer Mittelschicht ermöglichen, die wohlhabend und konsumfähig ist und ihre objektiven und subjektiven Bedürfnisse des Wohlbefindens befriedigen kann. Dieser Sektor ist notwendig für die Entwicklung von Wissen und seiner Anwendung für die produktive Transformation der Umgebung. Ziel ist es, dass der Reichtum des Landes vermehrt wird und öffentlicher Reichtum über die Zahlung von Steuern geschaffen wird. Mit dem Ausbau des unterrepräsentierten Industriesektors ist auch das Ziel verbunden, dass die Fähigkeiten der Personen entwickelt werden, mit ihren Händen zu verändern und wissenschaftliches, technisches Wissen zu bilden, zu erneuern, zu erfinden, Lösungen der Probleme zu finden, sich Kompetenzen anzueignen, die zum Denken über die Probleme notwendig sind und zum Suchen von Lösungen.

Die Geschichte zeigt, dass jede der **drei ethnischen Gruppen**, die die kolumbianische Nation bilden – die Indigenen, Spanier und Afrikaner – im Moment der Eroberung und der Kolonisierung des Landes Systeme der sozialen, ökonomischen und politischen Organisation hatte, die dem System der sozialen und politischen Organisation der Sieger untergeordnet wurden, d. h. der feudalen spanischen Gesellschaft. Die drei Systeme der sozialen und politischen Organisation charakterisierten sich durch die Existenz von Ständen und Hierarchien, Privilegien, die damit verbunden waren, erlebte Kriege und Kämpfe um die Macht und die Festigung des Häuptlingstums im Falle der Indigenen und der Reichen im Fall der Spanier und Afrikaner.

Die Legitimität dieser Strukturen der Macht und der sozialen Organisation befindet sich in der kulturellen Tradition, in der Form, die Welt zu sehen und zu interpretieren, was im Allgemeinen mit dem Glauben an eine göttliche Ordnung verbunden ist oder mit der Naturalisierung der sozialen Unterschiede. Es gibt soziale Gruppen, die besser sind und deshalb das Recht und die Pflicht haben,

die anderen Gruppe zu führen, zu „zivilisieren“, zu „christianisieren“, weil sie extraordinäre Qualitäten und Fähigkeiten haben, wie die Fähigkeit, mit den Göttern zu interagieren, oder weil ihre Geburt sie zu legitimen Erben von Rechten und Privilegien macht, die sie legal und außergewöhnlich bekommen, im Allgemeinen beim Besiegen ihrer Gegner in Schlachten wie zu Zeiten der Monarchie. Diese Monarchen wurden in den feudalen Gesellschaften als direkte Vertreter der Göttlichkeit gesehen oder als Vereinigung von religiöser und politischer Macht, d. h. dass bei der Legitimierung dieser tatsächlichen Macht das System des Glaubens und der Werte immer eine wichtige Rolle gespielt hat.

Welche Rolle spielen die Errungenschaften der Moderne in Kolumbien? Die historische Epoche, in der Personen mit einer anderen Konzeption der Welt und mit der Fähigkeit handeln, die bestehende soziale, ökonomische und politische Ordnung zu verändern, ist im Westen als **Moderne** bekannt. Im philosophischen Sinn bedeutet die Moderne die Entstehung des menschlichen Subjekts, was einen qualitativen Sprung in der Wahrnehmung seiner selbst als historisches und politisches Subjekt bedeutet, ein Subjekt mit einem individuellen Bewusstsein seines Werts und seiner Fähigkeit, aber gleichzeitig mit einem sozialen Bewusstsein und der Fähigkeit, kollektiv zu handeln, um die bestehende Realität zu verändern.

Die **Modernität** beinhaltet einen Bruch mit der Kirche als Institution, die das freie Denken, Wissenschaft und technologischen Fortschritt verhindert. Dennoch verschwinden die Religionen nicht in der Modernität, ebenso wenig wie die Kirchen. Im Gegenteil: Sie spielen eine wichtige Rolle. Aber die modernen Subjekte differenzieren, spezialisieren und begrenzen das Aktionsfeld und den Einfluss dieser Institution, indem sie sie von der politischen Macht trennen und allen Bürgern die Achtung ihrer Ausübung garantieren. Da die religiösen Streitigkeiten in einigen westlichen Ländern Bruderkriege zwischen Katholiken und Protestanten verursacht hatten, führte diese Erfahrung diese Gesellschaften dazu, tolerant gegenüber den Religionsüberzeugungen der Anderen zu sein und die politische Aktion der Personen kraft ihrer Religionsüberzeugungen und -praktiken zu beschränken. Dabei wird ein Konsens in einigen Prinzipien und Werten erreicht, die von den Gesellschaften als universal betrachtet und von allen akzeptiert und angewandt werden.

Um die Explosivität zu reduzieren, die alle ideologischen und religiösen Debatten begleiten, geben die modernen Subjekte der Vernunft eine besondere Bedeutung. Die Prozesse der **Rationalisierung** begleiten das Handeln moderner Subjekte. Zur Reduzierung des Einflusses der religiösen Institutionen auf das soziale Leben der modernen Subjekte entwickelten sie die **Säkularisierung oder Laisierung**, d. h. trennten die religiöse Macht von der politischen, indem sie die erste direkt auf das Privatleben begrenzten und ihren Einfluss auf der sozialen Ebene indirekt auf die Bildung moralischer Subjekte, die diese moralischen Werte und Prinzipien in ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Handlung anwenden, beschränkten. Die Übereinstimmung in minimalen Werten allgemeiner Anerkennung führte die modernen Subjekte dazu, das Konzept der Menschenrechte zu entwickeln, die nicht etwas Statisches sind, sondern sich weiterentwickeln, sich verändern, reicher werden und sich den Bedürfnissen und Realitäten der Gesellschaften anpassen und eine permanente Erweiterung erfahren haben. So wird von einer ersten, zweiten, dritten und vierten Generation gesprochen. Dieser Prozess ist als Universalisierung bekannt, d. h. der Generalisierung der Akzeptanz der Werte, die den Sozialvertrag stützen und die ihrerseits die Prüfungen der Güte und Gerechtigkeit bestanden haben, die sie universal machen.

Diese historischen Subjekte erfanden keine neue Institution, sondern „renovierten“ und „innovierten“, in Begriffen von Zapf, die bestehende Institutionalität und passten sie an die neuen sozialen, ökonomischen und politischen Realitäten und die neu entstandenen ideologischen Paradigmen an. Diese Institutionen sind: die Demokratie, die Marktwirtschaft und der Staat, die von den neuen Werten Gleichheit, Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit genährt und zum

sozialen Ziel aufgestellt werden, zu dessen Erreichen die errichteten Institutionen beitragen müssen. In der derzeitigen Phase der neoliberalen Globalisierung ist zu sehen, dass diese Institutionen sich strukturell so differenziert haben, dass sie autozentriert funktionieren, als ob sie selbst das Ziel wären, wobei sie ihre Fähigkeit verlieren, zum allgemeinen Wohlbefinden der Gesellschaft beizutragen. Sie tragen nicht dazu bei, Gleichheit, Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit unter der Bevölkerung zu vergrößern. Sie haben keinen Perfektionsgrad erreicht, der die menschlichen Ideale und Werte garantieren kann, die mit dem „Modernitätsprojekt“ gesucht werden. Aus diesem Grund behaupten Autoren wie Habermas, dass das Projekt unvollendet ist. Aber mit dem aktuellen Kenntnisstand und auf Grundlage der Erfahrung des „realen Sozialismus“ des XX. Jahrhunderts und des realen Kapitalismus des XXI. Jahrhunderts kann gesagt werden, dass diese Institutionen weiterhin gültig sind, auch wenn sie Veränderungen brauchen, um sie effizienter und angemessener zum Erreichen der menschlichen Ziele zu machen, zu denen sie beizutragen haben.

Im Fall von Kolumbien sind die ideologischen Grundlagen bzw. Prinzipien und Werte, Folge der Modernität, nicht ausreichend entwickelt und von der Bevölkerung verinnerlicht. Es wurde kein ausreichendes Bewusstseinsniveau erreicht, das erforderlich ist, um den qualitativen Sprung in den sozialen Beziehungen zu erreichen, in denen die Personen von Objekten zu historischen und politischen Subjekten werden. Die kolumbianische Geschichte zeigt, dass keine der drei sie bildenden ethnischen Gruppen Transformationen in der sozial-ökonomischen Struktur selbst erleben konnte, die ihrerseits Veränderungen in der kulturellen und politischen Struktur hervorbringen würden, und sich auf eine diesen Veränderungen ähnliche Ideologie stützten, wie es in anderen westlichen Gesellschaften geschah.

Der Modernisierungsprozess wird in Kolumbien anderen Gesellschaften *nachahmend* und ihre institutionellen Modelle kopierend gemacht. Am Anfang wurde die Unabhängigkeit von Spanien gesucht, wobei die Beispiele der Vereinigten Staaten, Frankreich und Haiti imitiert wurden, den drei ersten Ländern, die mit Revolutionen die Unabhängigkeit von den absolutistischen monarchischen Systemen erreichten (USA – Großbritannien), ein eigenes absolutistisches monarchisches System stürzten (Frankreich) oder sich von einer grausamen und sklavereifreundlichen kolonialen Macht befreiten (Haiti – Frankreich). Nach der Unabhängigkeit wird das institutionelle Modell, das aus Demokratie, Marktwirtschaft und republikanischem Staat besteht, kopiert und die Führer der Unabhängigkeit begannen eine heftige Debatte – keine über diese Grundinstitutionen, mit denen sie einverstanden waren, sondern über die Form, wie diese zu führen seien, d. h. den *Liberalismus* oder den *Konservatismus*.

Die beiden ideologischen Sichtweisen stellten von Anfang an die machthabenden Eliten gegeneinander und führten zu politischer Gewalt, die das Land während eineinhalb Jahrhunderten charakterisierte. Mitte des XX. Jahrhunderts entsteht eine andere ideologische Debatte, geführt durch die Linke, die den ideologischen Konflikt um die Art, wie die Gesellschaft organisiert werden soll, bis heute nährt.

Die politische Ausübung hat in Kolumbien weiterhin *zwei Charakteristiken*, die sie hinsichtlich der Ergebnisse begrenzen und ihre Modernisierung verhindern.

Die *erste* Charakteristik ist, dass die Politik von Eliten und Berufspolitikern ausgeübt wird. Seit dem Anfang des republikanischen Lebens war die große Masse der Bevölkerung vom Prozess der politischen Entscheidungen ausgeschlossen und die heutige Stimmenthaltung zeigt die Fortsetzung dieses Prozesses. Eine Demokratie ohne die wirkliche Beteiligung der Bevölkerung kann nicht mehr als eine begrenzte Ausübung der Demokratie sein und eine weite Machtausübung in Händen

einer reduzierten privilegierten Gruppe, die – wie die Menschengeschichte zeigt – bei fehlender sozialen Kontrolle zu Missbrauch und Korruption neigt.

Die *zweite* Charakteristik ist eine Auswirkung der ersten, dass nämlich die politischen Diskussionen auf einem ideologischen Niveau bleiben, was leicht zu Dogmatismus, Radikalismus und schlussendlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führt, wenn diese Weltanschauungen durchgesetzt werden sollen, die als die „guten“, die „angemessenen“ an sich betrachtet werden. Die Debatte bleibt auf einem theoretischen Niveau darüber, was sein müsste, während die rationale Debatte darüber, was ist, was auf der Grundlage des Umfelds und der Menschen und unter Mithilfe der Menschen möglich und ausführbar ist, geringe Fortschritte macht. Die fehlende Klarheit in der Vertretung ist ein defizitärer Faktor der kolumbianischen Demokratie: *Es gibt keine Klarheit über die sozialen Gruppen, die die traditionellen Parteien vertreten, oder die neuen Parteien, über ihre explizit in den öffentlichen Arenen vertretenen Interessen; es gibt keine ausreichende Debatte über die Mittel zu ihrem Erreichen und Durchsetzen durch rationales Überzeugen von ihrer Zweckmäßigkeit oder über die Argumente statt durch Gewalt, die Angemessenheit einer Politik vor der anderen.* Die Wähler mit Argumenten zu überzeugen und nicht mit Drohungen oder populistischen Versprechen ist das Ergebnis einer politischen Diskussion über das reale Land mit einer realen Gesellschaft.

Welche **Perspektiven** bieten sich in der Zukunft? Fortschritte auf dem Weg zu einer direkten Vertretung der Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen könnten dazu beitragen, der politischen Diskussion Klarheit und Transparenz zu geben, beispielsweise als Partei der Arbeiter, der Frauen, der jungen Menschen, etc. Auf jeden Fall *muss* die politische Diskussion ausreichend und transparent darüber informieren, wer die Politiker sind, aus welcher sozialen Gruppe sie kommen, welche ökonomische Aktivität sie unterstützen und warum, welche Gruppen ihre Mitglieder sind, wie sie die Vertretung der verschiedenen Bereiche intern organisieren, welche Bedürfnisse und Interessen dieser verschiedenen Sektoren sie vertreten, welche Politiken sie vorschlagen, usw.

Das Problem der Macht ist zentral in den modernen Gesellschaften, sowie ihre Ausübung und das Bewusstsein der Beherrschung, die von einigen Gruppen über andere entsteht. Als Kolumbianer müssen alle Bürger sich der spanischen feudalen Strukturen und Institutionen bewusst sein, die während der Kolonie errichtet wurden, um ihre Beständigkeit, die ungleiche Sicht der Welt der Menschen und die Ungleichheit in den sozialen Beziehungen, die diese Institutionen ermöglichten. Herrscht politischer Absolutismus vor? Aufgeklärter Despotismus einer Minderheitselite? Autoritarismus? Unterdrückung? Überlebt die Figur des „Adelantado“ oder „Caudillo“, der politische und militärische Macht besaß? Seit der Eroberung gab es traditionelle Führer, deren Autorität in der Legitimität lag, die das bestehende System ihnen auftrug, ausgehend von der Monarchie und deren charismatischen Führern. In modernen Gesellschaften jedoch gibt es Führer, die sich kraft der „Legalität“, ihres Handelns, ihrer Fähigkeit, ihrer Eignung und nicht kraft ihrer Position oder sozialen Herkunft legitimieren.

Eines der Hauptprobleme des Modernisierungsprozesses in Kolumbien war, dass man sich auf Ideen, Ideologien berief und politische, ökonomische und soziale Systeme einsetzte, die auf diesen Ideen und Ideologien basierten, ohne mit den bestehenden realen sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen übereinzustimmen. *Es gibt keine Übereinstimmung und Konvergenz zwischen den Ideen, die umgesetzt werden sollen, und der Realität:* So verkündeten die Bourbonen einen aufgeklärten Despotismus, während sie parallel einen despotischen monarchischen Absolutismus in ihren Kolonien umsetzten. Die radikalen Liberalen versuchten Anfang des XIX. Jahrhunderts einen extremen und radikalen Liberalismus in einer noch feudalen und halbfeudalen Gesellschaft zu forcieren. Die progressiven Liberalen Anfang des XX. Jahrhunderts versuchten ein

freiheitliches Modell in einer Gesellschaft zu entwickeln, die weiterhin hauptsächlich rural war. Die radikalen Bewegungen der Linken führen seit Mitte des XX. Jahrhunderts einen Kampf gegen den Kapitalismus und der Verteidigung des Proletariats in einem Land, in dem der Kapitalismus sich gerade einmal zu entwickeln beginnt. Sie führen diesen Kampf ohne ein starkes Bürgertum und mit einem Minderheitsproletariat, verglichen mit den großen Massen Unbeschäftigter, die sich an den urbanen Peripherien der großen Städte häufen, die zur Klasse der Proletarier gehören wollen, ohne es zu können, und mit den verarmten Bauern, die noch auf dem Land verbleiben.

Die **ideologische Polarisierung** und die Versuche **Gegner zu beseitigen**, anstatt sie in der politischen Arena in einer öffentlichen Debatte der Vorschläge zu überzeugen, ist weiterhin gültig, so wie es die Regierungen seit dem XIX. Jahrhundert machten. Diese Form, Politik zu machen, ist weiterhin in Kolumbien zu finden und da die Konstitution dieses Verhalten nicht erlaubt, wird auf einen schmutzigen Krieg und die Diffamierung, die Verfolgung und die Bedrohung zurückgegriffen. In Wirklichkeit ist die Ausübung der Politik in Kolumbien ein gefährliches Unterfangen und erweckt Angst, was dazu führt, dass die Bürger sich aus Überlebensinstinkt davon fernhalten. Das jedoch führt zu einem Teufelskreis, der die Politik noch mehr pervertiert und sie immer unwirksamer und ineffizient für die Lösung der schlimmen Probleme macht, unter denen die Gesellschaft leidet.

Zurzeit ist ersichtlich, dass die politische Aktivität und die Demokratie aktiver sind. Es gibt eine größere **Beteiligung** auf lokaler als auf nationaler Ebene. Diese Tradition politischer Beteiligung auf lokaler Ebene geht auf die „Cabildos“ der Städte, die Stadträte, zurück, besonders als sie offen stattfanden. Das waren Plätze der Debatten und der Konstruktion der Öffentlichkeit im Gegensatz zu den *Real Audiencias*, in denen die, von der Monarchie gewählten, Beamten die Entscheidungen trafen, wobei sie eine von der Macht kommende Macht ausübten. Zu fragen ist: *Woher kommt die Macht, die wir jemandem übergeben? Von der Tradition? Von seiner Ausstrahlung? Von seiner Fähigkeit?* Die Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung ist von den Prozessen der politischen Diskussion und Debatte ausgeschlossen, sie sind ihr fremd. Es ist notwendig, die Gesellschaft zu politisieren und das ihr fehlende kollektive Lernen der politischen Konstruktion zu fördern, Erfahrungen politischer Beteiligung auf lokaler Ebene zu ermöglichen, damit die Bürger sich mit den Prozessen vertraut machen, Profis werden und die Angst vor der Ausübung der Politik verlieren, um sie in den Dienst der Ideale der Gesellschaft zu stellen.

Wie anhand des Fallvergleichs dokumentiert werden konnte und wie die Geschichte der Menschen zeigt, gibt es in allen Gesellschaften gemeinsame Prozesse, wie die Urbanisierung, d. h. die Konzentration der Menschen an einem Ort, wo die Versorgung mit Dienstleistungen günstiger ist, Wissen, Organisations- und Verteilungsprozesse der Aktivitäten, Künste und Handwerke, entsprechend den Fähigkeiten der Menschen, Spezialisierung in Handwerken, ihre Hierarchisierung, usw. Diese Aufteilungen gab es sowohl in den indigenen Gemeinschaften wie in den schwarzen und den europäischen Gemeinschaften. Es ist ein sozialer Prozess der *conditio humana*. Aber mit der Kolonisierung ganz allgemein in Amerika und in Kolumbien im besonderen wurde die eigene Entwicklung dieser Prozesse gebremst und durch ein anderes Modell ersetzt, das der Gesellschaft entstammte, die siegte.

Kommen wir nun noch zur **Kritik der Modernisierungstheorie**. Diese wurde stark in Frage gestellt, denn Autoren wie Beck zweifeln daran, dass die Moderne als philosophisches Projekt und ihre Institutionen ihre Versprechen vom Wohlstand erfüllen können, wenn die Globalisierung, die Entwicklung der Wissenschaft und der Technik berücksichtigt werden, die Risiken von solchem Umfang produzierten, dass die Menschheit als Ganzes bedroht ist und der Begriff „Risikogesellschaft“ (Beck) verbreitet wird, um auf die Gefahren der Wissenschaft und der Technologie und der Gesellschaft, die sich als Wissensgesellschaft versteht, aufmerksam zu

machen, wenn die Grenzen des geschaffenen Wissens und die Gefahren der Auswirkungen dessen, was man nicht kennt, d. h. die Gefahren der Gesellschaft der Unkenntnis nicht erkannt werden. Beck weist auf die Notwendigkeit einer reflexiven Modernisierung hin, die vor allem eine „Politisierung“ einschließt, um die Nationalstaaten zu stärken, die von der Weltwirtschaft und der Macht der multinationalen Unternehmen, die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik auf globaler Ebene mit negativen lokalen Auswirkungen für die Bevölkerung führen, untergraben sind.

Ist jedoch die Globalisierung an sich ein Problem? Autoren wie Fischer betonen das Problem, das in der vorherrschenden Ideologie steckt, dem Neoliberalismus, der es ermöglichte, die Staaten auf ein Minimum und die lokale Demokratie auf eine Tätigkeit, bei der keine wichtigen Entscheidungen getroffen werden, die auf den internationalen Bühnen gefällt werden, von Leuten, die keinerlei Beziehung zu den Gesellschaften haben, die von den Entscheidungen betroffen sind, zu reduzieren. Autoren wie Dhawan schaffen Klarheit über die Tatsache, dass die post-kolonialen Länder die Schwächsten sind, um den Forderungen des Drucks der internationalen Unternehmen gegenüberzutreten. Diese setzen die Nationalstaaten unter Androhung von Handelssperren und internationaler Isolierung dem Druck aus, den freien Kapitallauf zu erlauben, um selbst von der Schwäche der Zivilgesellschaften dieser Staaten zu profitieren, um ihre Ziele zu erreichen. Dhawan sieht in der gestärkten internationalen Zivilgesellschaft einen Hauptakteur gegen diese Unternehmen.

Aus kritischer Sicht lateinamerikanischer Autoren wie Coronil ist die Globalisierung kein neues Phänomen, sondern die Ausweitung des Handels, des Kapitalismus und des europäischen Kolonialismus auf Weltebene in einer neuen neoliberalen Modalität. Die Hauptkritik der marxistischen und postmarxistischen Autoren an der Modernisierung in westeuropäischem Stil ist, dass diese für diese Länder dank der Kolonisierung und der Ausbeutung der Länder möglich war, die sie unterdrückt hatten. Für Ziai ist der Neoliberalismus die schlimmste Form des Imperialismus, d. h., dass die Länder nicht souverän sind, sondern von außen von ökonomischen, politischen und kommerziellen Interessen kontrolliert werden, die Abhängigkeit auch auf kultureller und medialer Ebene produzieren. Lehmkuhl seinerseits warnt vor den Gefahren der Modernisierung ohne Entwicklung, und sieht es als Fehler, Modernität mit dem Bruch mit traditionellen Formen der sozialen Organisation und mit dem Unterschied von Europa mit dem Rest der Welt zu verbinden. Was mit der Modernisierung verstärkt wird, ist die Verbreitung und Übertragung von Wissen, Ideen und Erfahrungen, d. h. das, was die Entwicklung der Menschheit auszeichnet, wobei hervorgehoben wird, dass die Entwicklung und die Innovation nur dank des kulturellen Kontakts und Austauschs möglich sind.

Die Hauptkritik der Lateinamerikaner am Projekt der Modernität und an den Modernisierungsprozessen ist, dass sie weder „das Versprechen der Befreiung“ und des Wohlstands noch der Ideale, die sie für einen Großteil der lateinamerikanischen Gesellschaft fordern, realisiert haben. Die wesentliche Forderung ist, dass Lateinamerika eine eigene Weltanschauung entwickelt, ohne fremde Modelle zu kopieren, die eigenen kulturellen Elemente rettet, die Subjektivität Lateinamerikas im Prozess der Restaurierung der kulturellen Identität anerkennt und das Problem des doppelten Bewusstseins, das damit verbunden ist, sich mit fremden Augen zu betrachten, überwinden kann. Jedoch sind die Forderungen von Autonomie, Souveränität, Bewusstsein, Identität schon Forderungen moderner Gesellschaften, die sich mobilisieren, um diese Freiheit der Selbstbestimmung zu erreichen.

Sind diese Unzulänglichkeiten dem Projekt der Modernität als solchem und ihren Institutionen zuzuschreiben oder sind sie dem Beharren von vormodernen Projekten, Institutionen und Ideologien zuzuschreiben? Wird nicht mehr Modernität statt weniger gebraucht? Mehr noch: *Sind die Ideale der Modernität weiterhin gültig?* Im Allgemeinen ist das Erreichen von Gleichheit, Freiheit,

Solidarität und sozialer Gerechtigkeit für alle ihre Mitglieder weiterhin das Ideal der Gesellschaft und insbesondere der kolumbianischen Gesellschaft, für das gekämpft werden muss. Aber ist das Modell der westlichen Gesellschaft für ein Land wie Kolumbien legitim?

Die Antwort darauf ist zustimmend, wenn auf ethnischer Ebene berücksichtigt wird, dass 3,36% der Bevölkerung indigen sind, 10,33% afrostämmig, ohne viel von ihren Traditionen erhalten, sondern diejenigen der westlichen Gesellschaft angenommen zu haben, was nach fünf Jahrhunderten Akkulturation logisch ist. Demzufolge wurden 96,64% der kolumbianischen Gesellschaft, mit Ausnahme der indigenen Gemeinschaften, nach dem von Spanien und später von den kreolischen Eliten vorgegebenen westlichen Modell sozialisiert. Das heißt, dass das westliche Entwicklungsmodell keines ist, das eine Bevölkerung mit einer anderen Kultur oder Tradition unterdrückt. Jedoch stellen die ethnische Diversität und der kulturelle Reichtum, Produkt ihrer Mischung und des Überlebens kultureller Elemente, eine Quelle des Reichtums und eine Forderung von Anerkennung, Wertschätzung und Inklusion in allen politischen Prozessen dar. Das Bestehen indigener Gruppen, die ihre Bräuche und Überzeugungen retten konnten, verpflichtet die kolumbianische Gesellschaft, diese bedeutende Quelle kultureller Diversität zu schützen und zu würdigen und als moderne Gesellschaft von ihr zu lernen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Thema Umwelt, bei dem diese Gemeinschaften viel zu lehren haben und die westlichen Gesellschaften viel zu lernen.

Andere strukturellen Elemente, die auf den Prozess der Modernisierung des Landes aufmerksam machen, sind: der hohe Urbanisierungsgrad (75,99% im Jahre 2005), die Zunahme der Alphabetisierungs- und Bildungsniveaus, die Reduktion der Kinderzahl pro Frau und somit pro Familie, die Einbindung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Zunahme von Einpersonenhaushalten, die Abnahme der Stellen im Agrarsektor, die Zunahme von Stellen im Handels- und im Dienstleistungssektor, die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, besonders in den urbanen Sektoren, die Zunahme der Kommunikations- und Transportmedien.

Die **Träger der Modernisierung** sind u. a. die *Frauen*, die ihre Bildungsniveaus erhöht und den Männern angeglichen und diese sogar übertroffen haben. Sie sind in die Wirtschaft eingebunden, wenn auch nicht unter den Bedingungen voller Gleichberechtigung mit den Männern, aber sie haben ökonomische Unabhängigkeit und ein soziales und politisches Bewusstsein erreichen können, das es ihnen erlaubt, ihre politische Beteiligung zu erhöhen. Auf lokaler Ebene haben sie an Bewegungen teilgenommen und in der Kaffeezone sind sie eine soziale Gruppe, die es geschafft hat, an die lokale exekutive Macht zu kommen. Neben den Frauen wird die Modernisierung getragen von den *Beamten*, die über öffentlichen Wettbewerb ausgewählt werden. Diese können mit der Autonomie der politischen Führer das Konzept der „öffentlichen Funktion“ entwickeln und als Vertreter des Staates vor der Gesellschaft auf loyale Weise ihre Pflichten des öffentlichen Dienstes erfüllen. In dieser Gruppe hebt sich die Lehrerschaft hervor, die dazu aufgerufen ist, die Prozesse der permanenten Verbesserung der Bildung zu führen und anzutreiben, um ein hohes Niveau der Aufklärung und der humanistischen Bildung zu erreichen, das auf der sozialen Ebene gebraucht wird. Im Weiteren sind es die Industriellen, die daran interessiert sind, dass das Land in Wissenschaft, Technologie, Innovation, Infrastruktur investiert, die Handwerker, die Experten, die liberale Berufe ausüben, die kleinen und mittleren Landwirtschaftsbesitzer, die Produktionsorganisationen und die selbstständig Arbeitenden.

Die Institutionen der Modernität haben zum Ziel, den Interessen breiter Schichten der Bevölkerung und nicht einer kleinen Gruppe zu dienen. In den modernen Gesellschaften stehen die Institutionen den Menschen zur Verfügung – nicht diese im Dienst der Institutionen. Wenn diese wichtiger als die Personen werden, entfernen sie sich von den Zielen, für die sie gebildet wurden, und verlieren ihre Legitimation. Das ist eine Gefahr, vor der die *Theoretiker der Post-Moderne* warnen, wenn sie

die Institutionen der Modernität kritisieren. Meiner Meinung nach ist das einer ihrer wesentlichsten Hauptbeiträge. Die Kritik der Institutionen zeigt, dass die Demokratie und der Staat, besonders der Wohlfahrtsstaat, eine größere Akzeptanz haben und es zurzeit einen größeren Konsens über die Notwendigkeit gibt, diese zu verbessern, zu vertiefen und letztendlich zu schützen. Die Marktwirtschaft dagegen und der mit ihrer Ausweitung verbundene Konsum sind Institutionen, die die meiste Kritik erhalten, hauptsächlich weil die Marktwirtschaft, die Ende des XX. und XXI. Jahrhunderts in den Dienst des realen Kapitalismus gestellt wurde, und das Problem der Umweltbegrenztheit des Wachstums sie zum Ziel heftiger Kritiken besonders der linken Parteien und der Umweltschützer machte.

In Kolumbien ist die **ökonomische Aktivität** entwickelt und in den Dienst einer nationalen Minderheit gestellt, die in einer Weltwirtschaftsstruktur integriert ist, die externe Wirtschaftsakteure reichlich begünstigt. Der Großteil der nationalen Bevölkerung ist von diesen formellen Kreisläufen der Marktwirtschaft ausgeschlossen, was ein großer menschlicher Verlust ist, da die Produktionskapazität von mehr als der Hälfte der Bevölkerung vergeudet wird, wenn die ökonomisch aktive Bevölkerung berücksichtigt wird. Rurale ökonomische Modelle, die auf den Anpflanzungen und den großen Haziendas, auf Monokulturen, auf der Produktion von Rohstoffen für die ausländische Industrie basieren, ermöglichen die Ausbeutung eines Territoriums und seiner Menschen durch andere, die weder mit ihnen leben, noch die Lebensbedingungen mit ihnen teilen, Personen, die die Bedingungen der Menschen weder sehen noch leben. Das Erleben, die geteilte Erfahrung ist für das Entstehen von Solidarität, Engagement und ökonomische und soziale Entwicklung wichtig. Es sind Menschen von „draußen“ und in allen Modernisierungsprozessen suchen diejenigen „drinnen“ sich von diesen Systemen der Ausbeutung zu befreien und für die Verbesserung ihrer eigenen Lebensbedingungen zu arbeiten.

An dieser Stelle lohnt es sich, nochmals auf die **Ergebnisse der Fallanalyse** einzugehen. Wie anhand der kontrastiven Analyse aufgezeigt wurde, werden die konstitutionellen Rechte in Kolumbien in der Realität nicht garantiert. Das ökonomische Modell der *Bananenproduktion* und die hohe Konfliktivität in dieser Zone ermöglichen den Schluss, dass die Individuen, die keine Möglichkeit der sozialen Mobilität haben und sich gezwungen sehen, die Arbeit eines Tagelöhners oder Landarbeiters auszuüben, für eine schwere physische Arbeit schlecht bezahlt werden. Ihnen fehlt die Möglichkeit einer Verbesserung ihrer objektiven Lebensbedingungen, sich von den Institutionen abzuwenden und sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Die Gefahr einer Gesellschaft wie der kolumbianischen ist es, soziale Beziehungen zu schaffen, in denen eine Gruppe der Bevölkerung nichts zu verlieren hat. Das produziert Distanz und fehlende Loyalität mit einer Gesellschaft, die ihrem Schicksal und Glück gegenüber indifferent ist.

Wie die Analyse der, mit den *Bananen in Uraba* und dem *Kaffee in der zentralen Andenzone* verbundenen, Produktionsmodelle zeigte, gibt es große Unterschiede, wenn die Menschen selbst arbeiten, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, und die Möglichkeit des Zugangs zum Besitz des Landes haben, auch wenn es klein ist, und die Möglichkeit, aktiv an der Bildung von ökonomischem Überschuss teilzuhaben, wenn sie die Chance haben, ihre Interessen zu organisieren und in der politischen Arena zu verteidigen und wenn sie eine soziale Mobilität haben, d. h. einen Horizont für Verbesserung und Veränderung. Das Gegenteil öffnet der Gewalt die Türen und verschließt diese wiederum vor der Verbesserung der Lebensbedingungen, der sozialen Mobilität, der Möglichkeit, dass die Menschen und vor allem die jungen Männer Chancen für ein würdiges, attraktives Leben für sich sehen, dass mit den Möglichkeiten des Drogenhandels, der Guerilla oder dem Parlamentarismus konkurrieren kann.

Die dargelegten Unterschiede der Ergebnisse zum objektiven Wohlbefinden der Bevölkerung stellen den besten Nachweis der Güte des Gleichheits- und Verteilungsmodells der Kaffeezone dar.

Die Ähnlichkeiten der beiden Produktionsmodelle bestehen in den strukturellen Problemen der Agrarwirtschaften beim Anbieten ihrer Produkte auf den internationalen Märkten, auf denen die Spekulation Preisvariationen und Nachteile in der Handelskette erbringt, deren negative Auswirkungen die schwächste Stufe in Mitleidenschaft zieht, die Produzenten. Diese Situation bestätigt *die zweite Hypothese* der Arbeit: Die neoliberale Politik hat die Regulations- und Verteilungsstruktur des Staats geschwächt; sie hat die Wirtschaftsakteure gestärkt und stellt die Eingliederung Kolumbiens ins internationale Wirtschaftssystem her, das ökonomisches Wachstum und Reichtum für eine Minderheit der Bevölkerung schafft anstatt für alle und die Bevölkerung noch mehr polarisiert. Die Unmöglichkeit, stabile und gerechte Preise für legale Agrarprodukte zu schaffen, ist einer der Gründe, weswegen die Produktion von Coca trotz der Risiken weiterhin eine Alternative für die Bauern darstellt.

Die großen Latifundien, die sich hauptsächlich an der Karibikküste, auf der Hochebene von Cundinamarca und Boyaca, in Antioquia, Valle und Cauca befinden, haben ihren Ursprung in der ungleichen Landverteilung während der Kolonialzeit – Privilegien spanischer Familien, die nach der Unabhängigkeit nicht verändert wurden. Die Sklaven-, indigenen und armen Mestizenfamilien hatten keinerlei Grundbesitz oder allenfalls kleine Grundstücke und Bauplätze, die das Überleben der Familien nicht garantierten oder es ihnen nur auf der Ebene der Reproduktion von Arbeitskraft erlaubten, aber sie ermöglichten keine soziale Mobilität.

Die wichtigste **Herausforderung der Modernisierung** in Kolumbien ist es, ein kritisches historisches Bewusstsein zu entwickeln, kollektiv zu konstruieren, mit der Integration und Teilnahme aller sozialen Gruppen, ein Entwicklungsmodell, das auf die objektiven und subjektiven Bedürfnisse des Wohlbefindens der gesamten Bevölkerung und nicht nur einer Minderheit antwortet. Es entspricht den realen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, die das natürliche Umfeld und das technologische Niveau anbieten, sowie den Möglichkeiten und Einschränkungen, die das internationale Umfeld anbieten. Die Potenziale und Restriktionen zu kennen, die das natürliche Umfeld anbietet, sowie eigene Technologien für ihren rationalen und nachhaltigen Gebrauch zu entwickeln, sind lohnende Aufgaben der Gesellschaft als Gesamtheit. Der Staat muss seine Rolle als Garant der Wohlfahrt aller seiner Mitglieder erfüllen, indem er die Umverteilungsprinzipien und -mechanismen effizient anwendet, die weit bekannt und in mehreren Gesellschaften einschließlich den lateinamerikanischen erprobt sind.

Um das zu erreichen, wäre es erstrebenswert, dass alle sozialen, ökonomischen und politischen Bereiche sich von erlernten und aufs äußerste verteidigten Vorurteilen und Anschauungen lösen. Dann könnte das reale Land erblickt werden und es könnte mit dem, was man hat, und nicht mit dem, was fehlt, gestalten und die Realität ohne die ideologische Brille der extremen Rechten oder der extremen Linken sehen und einen Wohlfahrtsstaat für alle aufbauen, wo das friedliche Zusammenleben möglich ist. Gemeint ist eines, das auf der Garantie der Sicherheit für alle basiert, die als Schutz, Obacht, Pflege aller Kolumbianer seitens der Familie, der Gemeinschaft, der Gesellschaft und des Staats verstanden wird. Dieser Prozess braucht moderne Personen im weiten Sinn des Wortes, d. h. autonome und kritische Personen.

Die Form dies zu erreichen, das „*Wie*“, kann nicht das Ergebnis einer einfachen Kopie fremder Modelle sein. Der Modernisierungsprozess in Kolumbien wird sich mit Praktiken der Indigenen und der schwarzen Zimaronen, der Handwerker, der Kleinindustriellen, der armen Weißen, Mestizen und Mulatten nähren müssen, die in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts die Andenhänge besiedelten und fähig waren, bäuerliche Gemeinschaften und urbane Gemeindezentren aufzubauen, die von der Kaffeeproduktion getragen wurden. Er wird sich darüber hinaus von all den positiven Erfahrungen nähren müssen, die es in Kolumbien und in Lateinamerika gibt, in Ländern, die unsere Geschichte und unsere Identität teilen.

Das erfordert, dass die Bevölkerung sich organisiert, um ihre Interessen in der politischen Arena zu äußern und zu verteidigen, wobei Klarheit in den Vorschlägen und in den Mitteln für ihr Erreichen, sowie in der öffentlichen Debatte möglich wird. Das gäbe den Wahlen Klarheit, die bisher von den ideologischen Orientierungen der traditionellen Parteien, der liberalen und der konservativen, markiert werden, die diese beiden im XIX. Jahrhundert und noch in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts wichtigen Positionen verteidigten, heute jedoch mit der Liberalisierung der Wirtschaft und der Globalisierung ihren gegensätzlichen Charakter verloren haben und als identisch angesehen werden. Die neuen Parteien identifizieren sich nicht klar mit den sozialen Gruppen, die sie unterstützen, antworten mehr auf die charismatische Kraft ihrer Gründungsführer, was sie weit entfernt vom Ideal der legalen und rationalen Legitimität situiert.

Politische Organisation und Teilhabe sind zwei Schwächen der kolumbianischen Gesellschaft, die mit einer geringen Erfahrung und der geringen Möglichkeit, sich diese anzueignen, zusammenhängen. Jedoch ist die Entwicklung sowohl der Fähigkeit zur kollektiven Konstruktion als auch der Kompetenz zu debattieren und Konsens herzustellen, auf dem Maßnahmen des Staats aufbauen, die für das Land auf lange Sicht richtungsweisend sind und nicht von den gerade diensthabenden Regierungen gewechselt werden können, notwendig.

Die moderne Modernisierungstheorie von Zapf trägt die Verteidigung des **Wohlbefindens** der Bevölkerung als zentrales Element in sich, als Hauptfaktor der Legitimation der Systeme, Regime und Regierungen, sowie der Institutionen, die von diesen gebildet wurden, und die Evaluierung ihres Erreichens auf der Grundlage der permanenten Bewertung des objektiven und subjektiven Niveaus des Wohlbefindens der Bevölkerung. Dass das kolumbianische Volk trotz der niedrigen objektiven Niveaus der Lebensqualität eines Großteils der Bevölkerung das glücklichste Volk der Welt oder eines der glücklichsten ist, darf keinen Politiker und keinen Bürger beruhigen. Im Gegenteil: Die ganze Gesellschaft muss sich noch mehr engagieren und für die Bürger arbeiten, sodass deren Freude und Dankbarkeit mit dem Leben sie des bestmöglichen Landes würdig macht.

Im Rahmen der **internationalen Beziehungen** ist das Land Produkt dieser Beziehungen und war nicht frei vom Einfluss der großen sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen, die die Menschheit als Ganzem erlebte. Sowohl die Entdeckung, als auch die Eroberung, die Kolonisierung, die Unabhängigkeit, die Staatsbildung, die politische Ausübung, die wirtschaftliche Entwicklung standen immer unter dem Einfluss großer Denkströmungen und in direkter Beziehung zu externen Akteuren. Dieser Prozess hat sich mit den Fortschritten in den Kommunikationen vertieft und heute die sogenannte Globalisierung erreicht.

In Kolumbien war im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern wegen der Gewalt, die seit der Unabhängigkeit im Land existiert, die Anwesenheit und Fortdauer von Ausländern, die die kolumbianische Gesellschaft mit ihren Ideen und Weltanschauungen genährt, diversifiziert und bereichert hätten, sehr begrenzt. Eine Charakteristik der kolumbianischen Gesellschaft ist die Zurückgezogenheit, der Provinzialismus, der geringe Kontakt mit dem Außen. Es gibt wenige Kolumbianer, die im Ausland geboren werden, geringe Auswanderung, geringer internationaler Tourismus, niedrige Einwanderung und geringe Lektüre von Büchern, die die Kenntnisse der Welt und infolgedessen den intellektuellen Horizont erweitern könnten.

Die Rolle des Landes im internationalen politischen Umfeld ist sekundär. Das Land ist peripher, technologisch und ökonomisch von Anderen abhängig, Exporteur von Rohstoffen und Verbraucher von Manufakturwaren, die in den Industrieländern produziert werden, unter politischer Vormundschaft zuerst von Spanien, dann von England und Frankreich, zurzeit von den Vereinigten Staaten. Die nach Zapf als Zunahme der allgemeinen Fähigkeiten der Gesellschaft zur Anpassung

und Selbststeuerungskapazität verstandene Modernisierung zeigt, dass die Kolumbianer noch weit davon entfernt sind, die Autonomie, die Selbstbestimmung und die Souveränität zu erreichen. Das sind Konzepte, die nicht realisiert werden konnten.

Im gegenwärtigen globalen Panorama, das von einem extremen Neoliberalismus und einer Schwächung der Staaten gekennzeichnet ist, sich der ökonomischen Macht und dem von den internationalen Konglomeraten ausgeübten politischen Druck zu stellen, ist die Einheit mit anderen lateinamerikanischen Ländern notwendig, um die eigene Kraft zu erhöhen und auszugleichen, was in jeder Macht- und Beherrschungsbeziehung existiert. Aber diese Fähigkeit der Organisation und der kollektiven Arbeit auf so hoher Ebene erfordert die Entwicklung von Kompetenzen und Fähigkeiten auf individueller und sozialer Ebene, die in der kolumbianischen Gesellschaft noch entwickelt und geübt werden müssen. Die lateinamerikanischen Gesellschaften sind heterogen in ihren politischen Entwicklungsniveaus. Einige zeigen signifikante Fortschritte zum Beispiel im Aufbau des Wohlfahrtsstaats. Dank des Teilens kultureller und traditioneller Eigenschaften ist die lateinamerikanische Einheit, die schon in der politischen Konstitution von 1991 formuliert ist, möglich und vor allem notwendig. Die verschiedenen Handels- und Wirtschaftskooperationsabkommen in der Region sind Fortschritte, die wertgeschätzt werden müssen.

Hinsichtlich der internationalen Beziehungen stellen sich verschiedene Fragen: Ist die **Modernisierung** ein **koloniales Projekt**, das von den Europäern und den westlichen reichen Ländern zum Beherrschen der armen Länder entworfen wurde? Sind die Modernisierungsinstitutionen Werkzeuge zur Kontrolle, Beherrschung und Unterwerfung der Bevölkerung unter die Interessen einer kleinen Gruppe internationaler Kapitalisten, die die Wirtschaft und die Welt beherrschen? Haben sich die Beherrschungsformen verändert, die früher direkt waren und heute indirekt sind? Besteht die Kolonie als ökonomisches Unternehmen, dessen Ziel der Erhalt von Reichtümern und Gewinnen auf der Grundlage der Ausbeutung seitens anderer Länder und Ausbeutung der kostenlosen oder billigen Arbeitskraft ist, weiterhin? Wer wendet sie an? Wer erleidet sie? Gibt es einen Neokolonialismus? Wie funktioniert derzeit der Imperialismus im Kontext der neoliberalen Globalisierung?

Es kann keine einfachen Antworten zu diesen komplexen Prozessen gegenseitiger Abhängigkeitsbeziehungen und Macht geben. Was jedoch vorangestellt werden kann, ist, dass die vereinfachende Vorstellung der Teilung der Welt in „Gute“ und „Schlechte“ weder die Sicht noch die Analyse der komplexen Machtbeziehungen ermöglicht, die z. B. zwischen gewissen nationalen Eliten bestehen, die mit internationalen Eliten in gewissen Sektoren in Verbindung stehen, um Gewinne zu machen. Dazu zählen beispielsweise die zwischen Handelseliten, die daran interessiert sind, in den Handel und die Eröffnung von Märkten zu investieren, die die Industrieeliten der entwickelteren westlichen Länder begünstigen und die, an der Entwicklung einer lokalen Industrie, die eines gewissen Grads an Schutz gegenüber dem Eingang ausländischer Waren bedarf, interessierten Industrieeliten in Mitleidenschaft ziehen.

Wenn die kolumbianische Situation Produkt der Aktion anderer Länder ist, liegt die Lösung nicht im Land, sondern außerhalb von ihm. Das verhindert einfach, dass es eine Ermächtigung und Analyse dessen gibt, was diese zwischen den Ländern so unvorteilhafte Beziehung hergestellt hat. Diese muss stets nicht abstrakt, sondern konkret auf der Grundlage der Identifizierung der sozialen Gruppen und Akteure, die miteinander interagieren, analysiert werden, Gruppen und Akteure, die an die politische Macht gekommen sind, an die Staatskontrolle, an die Schaffung einer Normativität, die sie begünstigt, die aber gleichzeitig Nachteile und Vorurteile für andere soziale Schichten und Gruppen produziert.

Der Krieg zwischen den merkantilistischen Potenzen, der „Kalte Krieg“, die Teilung in Blöcke, der derzeitige Krieg gegen den Terrorismus, der Krieg gegen die Drogen haben die kolumbianische Politik direkt beeinflusst und, wie Touraine sagen würde, haben das Land an einer autonomen und kritischen Ausübung dessen gehindert, was wirklich das Beste für das Land und seine Menschen wäre, wobei über die fremden Interessen, Konflikte und Ideologien hinaus an die kolumbianische Realität gedacht wird.

Das Projekt der Modernität ist ein noch gültiges und nicht beendetes Projekt, die Modernisierung ist ein Prozess und das politische Subjekt ihr Motor. In Kolumbien müssten die modernen Subjekte internationale Beziehungen mit anderen modernen Subjekten aufnehmen, die daran interessiert sind, die Macht der internationalen Konglomerate, die Tyrannei des Finanzsektors, die Missbräuche der Banken zu reduzieren. Es sind Subjekte gefordert, die daran interessiert sind, den Planeten von Missbräuchen der Technowissenschaft zu schützen, den Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat zu verteidigen, die Demokratie zu stärken, einen gerechten Markt herzustellen, die Monopole und Missbrauchspraktiken zu verklagen, die Minderheiten vor der Tyrannei der Mehrheiten zu verteidigen, eine gerechtere und menschlichere Welt zu schaffen.

Die kolumbianische Gesellschaft hat seit mehr als zweihundert Jahren die Folgen der verschiedenen gewalttätigen Konflikte erlitten, die den Prozess der Gründung des Staates und der Nation begleitet haben, ohne die Möglichkeit, diese beiden Prozesse zu konsolidieren. Der Wunsch, die sozialen Strukturen durch eine Revolution zu verändern, die seit mehr als 60 Jahren von der linken Seite gesucht wird, hat sich nicht verwirklicht: Die gewünschten Änderungen wurden nicht nur nicht erreicht, sondern es wurden erhebliche menschliche und materielle Verluste erzeugt. Das Projekt der Moderne und der Modernisierungsprozess bieten eine Möglichkeit, die dringend notwendigen Veränderungen der kolumbianischen Gesellschaft durch eine friedliche Revolution zu erreichen, d. h. , durch die Verteidigung und Stärkung der Institutionen: der Demokratie, einer freien und fairen Marktwirtschaft, des Staats und des objektiven und subjektiven Wohlergehens der Bevölkerung. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Kolumbien Bürger, eine Bürgergesellschaft, die im Wissen um die Notwendigkeit und die Möglichkeit des gewaltlosen politischen Handelns selbstbewusst agiert, sich engagiert und bereit ist, einen Konsens bei der Entwicklung von kollektiven Rechten und Regeln herzustellen, damit Menschenwürde, bürgerliche, soziale und politische Rechte für alle Kolumbianer garantiert werden.

Die vorstehende soziologische Untersuchung über die Modernisierung in Kolumbien definiert **zukünftige Vertiefungsthemen**, die mit der Ermächtigung der verschiedenen sozialen Akteure zusammenhängen, damit sie sowohl die Institutionen als auch die Modernisierungsmechanismen stärken können, wobei die strukturellen sozialen Analysen durch qualitative Analysen ergänzt wurden. Zur vertiefenden Untersuchung bieten sich die Stärkung der Demokratie auf der Grundlage der Unterstützung der lokalen politischen Erfahrungen der Bürger, die Arbeit mit ökonomischen Akteuren zur Stärkung der Ökonomie des lokalen Markts, die Entwicklung von assoziativen ökonomischen Initiativen, die Stärkung der lokalen und regionalen Märkte, der Antrieb der lokalen Industrie und Handwerkerschaft und die Stärkung des lokalen Zustands des Wohlbefindens an. Methodisch sollte dies durch gemischte quantitativ-qualitative Untersuchungen der Lebensbedingungen und der Befriedigung der objektiven und subjektiven Bedürfnisse des Wohlbefindens durchgeführt werden. Zur Analyse der Modernisierungsmechanismen scheint es zweckmäßig, qualitative Untersuchungen zwischen den Generationen durchzuführen, indem biografische Analysen zur Identifizierung der Individualisierungs- und Differenzierungsniveaus der kolumbianischen Gesellschaft und der kulturellen Schranken zur sozialen Mobilität und Integration eingesetzt werden. Ebenso sind Untersuchungen über die Werte und die Erfahrungen wie beispielsweise die der Kaffeebauern von Interesse.

6 FAZIT

„Modernisierung wird als die kumulative Erhöhung von ‚Kapazitäten‘ begriffen: Steigerung der Gesamtgesellschaftlichen Anpassungskapazität, der gesamtgesellschaftlichen Selbststeuerungsfähigkeit, der Eigenständigkeit und Autonomie.“
Wolfgang Zapf¹

Die Modernität erklärt sich als ein Zusammenspiel verschiedener sozialer Systeme, wie von Zapf (1970: 23) dargelegt. Rückblickend soll nun nochmals auf die Ergebnisse dieser Untersuchung eingegangen werden, wobei besonderer Wert auf die interdependente Beziehung der politischen, kulturellen, persönlichen, wirtschaftlichen (national/global), gesellschaftlichen und sozialen Strukturen gelegt wird.

Politischer Bereich: Die hohen Armut-, Elends- und Ungleichheitsniveaus, die heute die kolumbianische Gesellschaft charakterisieren, finden nach der, von Ralf Dahrendorf formulierten, Konflikttheorie ihre Erklärung in der Tatsache, dass die Elite, die das Land seit der Unabhängigkeit leitet immer noch dieselbe kreolische Führungsschicht ist, gebildet aus Nachkommen der spanischen Familien, Großgrundbesitzern, Agrarexporteurs und -importeuren. Diese konnte ihre politische Macht und ökonomischen Privilegien halten, die durch Werte und Ideologien der Feudalgesellschaft legitimiert sind. Die Akzeptanz des Schichtenunterschieds durch die Minderheit und der Abwertung der armen Schichten und der ethnischen Minderheiten sowie ihr Ausschluss aus der politischen Entscheidungsfindung und ihre mangelnde politische Teilnahme an Wahlen ermöglicht es, die Machtausübung in Kolumbien nach der von Max Weber erstellten Typologie als auf einer Legitimierung basierend zu charakterisieren. Sie basiert auf Tradition und Charisma der Führer („charismatische Herrschaft“), ohne Legitimität durch „Legalität“ erreicht zu haben.

Kolumbien verwirklichte eine politische Revolution, um unabhängig von Spanien zu werden, was aber nur die machthabende Elite veränderte, ohne die gültigen sozialen Strukturen zu wandeln. Das politische System wurde transformiert, ohne dass es jedoch zu einer sozialen oder ökonomischen Revolution kam. Dabei ahmte die kreolische Führungsschicht jene Institutionen nach, die in anderen Ländern durch bürgerliche Revolutionen entstanden und dort mit dem Aufblühen von Industrie und Handel möglich wurden. In Kolumbien jedoch traf die Unabhängigkeitsrevolution auf eine Gesellschaft, deren Struktur weiterhin diejenige einer reichen Minderheit war, die eine arme, versklavte oder unter dem Regime feudaler Knechtschaft lebenden Bevölkerungsmehrheit regierte. Feudale Werte und religiös gebundene Weltanschauungen charakterisieren bis heute den kulturellen Überbau Kolumbiens, der die Logik des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System prägt (*kultureller Bereich*).

Persönlicher Bereich: Die geringe Entwicklung, der Modernitätsinstitutionen, die Zapf mit Demokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum zusammenfasst, werden nicht durch immanente Fehler oder Mängel erklärt, sondern dadurch, dass die sozialen Beziehungen in Kolumbien durch Unterordnungs- und Abhängigkeitsverhältnisse strukturiert sind und dass gesetzliche Normen nur bedingt individuelle Rechte gewährleisten. Die Ungleichheit der Subjekte spiegelt sich darin, dass nicht alle Bürger die gleichen Rechte und Pflichten haben, womit eine Subjektivität gefördert wird, die dem Geist der Demokratie und des modernen Rechtsstaates widerspricht. Es fehlt an Anreizen zur Empathiesteigerung und Leistungsmotivation, die typisch für die Modernität sind. Außerdem sind Kolumbiens Institutionen der Modernität durch schlecht funktionierende Modernisierungsmechanismen blockiert: Individualisierung und Differenzierung der Gesellschaft, soziale Integration, Wertegeneralisierung und Aufwärtsmobilität haben einen

¹ (Zapf 1970: 22)

geringen Wirkungsgrad. Noch heute mangelt es an wohlfahrtsstaatlicher sozialer Absicherung und vor allem junge Menschen leben in Abhängigkeit von ihren Familien.

Wirtschaftlicher Bereich: Die strukturelle Erklärung der Mangelhaftigkeit dieser Mechanismen der Modernität liefert die Tatsache, dass die kolumbianische Gesellschaft keine ausreichenden Industrialisierungsniveaus erreichte und deswegen weder die Einkommen noch die Konsumniveaus verbessert wurden. Wie anhand des empirischen Fallvergleichs zu sehen ist, weist Kolumbien hohe Urbanisierungsniveaus auf, die schwerwiegende soziale Konflikte in den großen Städten hervorbringen und die ländlichen Zonen entvölkern, ohne mit dem, in Industriegesellschaften typischen, Arbeitsangebot rechnen zu können. Das Wachstum des Handels und der Dienstleistungen fand nicht als Auswirkung der eigentlichen industriellen Entwicklung des Landes statt, sondern als Auswirkung von politischen Maßnahmen, die eine merkantilistische Minderheitselite begünstigen, die sich dank der internationalen Handelsvorteile bereichert. Bilanzierend ist festzuhalten, dass das „Kolonialprofil“ des Landes erhalten blieb: Agrar- und Bergbaurohstoffe sowie Industrieprodukte niedriger Technologie werden exportiert, Industriegüter mittlerer und hoher Technologie importiert. Die Analyse der wirtschaftlichen Strukturen zeigt, dass das Bürgertum in Kolumbien schwach ist; nach Dahrendorf ist es die treibende Kraft der Industriellen Revolution in England und der politischen Revolution in Frankreich; deswegen lassen sich beiden Revolutionen als bürgerliche Revolutionen bezeichnen; Kolumbien hat bis jetzt keine bürgerliche soziostrukturelle Wandel oder Revolution erlebt.

Die niedrige industrielle Entwicklung des Landes wird in erster Linie mit der Unzulänglichkeit des Bildungssystems erklärt, das nicht den Erwerb wissenschaftlicher und technologischer Kenntnisse ermöglichte, wodurch die Bevölkerung nicht alle ihre kognitiven Fähigkeiten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse entwickelte und kein objektives und subjektives Wohlstandsniveau auf der Grundlage der optimalen Nutzung der materiellen Ressourcen ihrer Umgebung erreichte. An zweiter Stelle liegt dies am fehlenden Zugang der Bevölkerungsmehrheit zu Ressourcen, die notwendig sind, um ihr Überleben auf autonome Art und Weise zu garantieren.

Gesellschaftlicher Bereich: Die Veränderungen in der Sozialstruktur weisen darauf hin, dass die kolumbianische Bevölkerung, insbesondere die Frauen seit den 1970er Jahren einen beschleunigten kulturellen Veränderungs- und Modernisierungsprozess eingeleitet haben, der durch Veränderungen in der Geburtenstruktur und in der Bildung, sowie im Zugang zur Arbeit charakterisiert wird, was ihre ökonomische Unabhängigkeit ermöglicht und wiederum politische Unabhängigkeit bedeutet. Die Erhöhung des Bildungsniveaus der restlichen Bevölkerung ermöglicht die Zunahme liberaler Berufe, was zur Vermehrung der Personen beiträgt, die einer freien bzw. unabhängigen Aktivität nachgehen, was gleichzeitig zur Entwicklung eines Bewusstseins der Fähigkeit und der Autonomie beiträgt, eines Bewusstseins, das sich auch auf politischer Ebene widerspiegeln muss.

Der Vergleich zwischen der Bananen- und der Kaffeezone ermöglicht es, die Vorteile für die lokale Entwicklung zu sehen, die darin bestehen, dass die Bevölkerung Zugang zu den Produktionsmitteln (Land, Grundtechnologie) und zu externen Märkten hat. Ebenso ist zu erkennen, dass die Bevölkerung frei und autonom über landwirtschaftliche Produktionseinheiten verfügt, die sich in wirkliche Familienbetriebe verwandeln. Die Erfolge der Bauern der Kaffeezone zeigen, dass die Bevölkerung, weder ohne die besten Ländereien, noch die höchste Bildung oder beträchtliche ökonomische Ressourcen, das bedeutendste Agrarunternehmen des Landes entwickeln konnte. Die Vorteile des kooperativen Modells und des gemeinsamen Handelns des Privatsektors, des öffentlichen Sektors und der Unternehmer auf individueller und familiärer Ebene garantieren ihr Wohlergehen. Dagegen zeigt die Bananenzone mit einer Struktur abwesender Großgrundbesitzer und lohnempfangender landwirtschaftlicher Arbeiter die Schwächen dieses Modells zur Herstellung der lokalen Entwicklung und zur Erhöhung der Wohlstandsniveaus der Bevölkerung.

Internationale Umwelt: Die neoliberale Globalisierung, die das Land seit den 1990er Jahren erlebt, hat nicht nur *nicht* dazu beigetragen, dass das Land sich modernisiert, das heißt seine Autonomie- und Selbstverwaltungsniveaus erhöht. Sie hat dazu geführt, dass es seine ökonomische Abhängigkeit von Auslandsschulden und -technologien vermehrt und den Staat durch Privatisierungsprozesse der vorher öffentlichen Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Dienstleistungen schwächt. Die internationalen Konzerne stärkten sich und erreichten hohe Spekulationsgewinne besonders durch die Preise landwirtschaftlicher Rohstoffe, wie anhand von Kaffee und Exportbananen gezeigt werden konnte.

Soziale Konflikte: Aufgrund der Zunahme sozialer Ungleichheit sowie den hohen Armut- und Elendniveaus wird ein Klima extremer Gewalt genährt, das das Land charakterisiert. In Zahlen ausgedrückt: Ca. 50% der Bevölkerung können ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen und ca. 40% haben unzureichende Einkünfte, um den erwünschten Lebensstandard zu erreichen. Das hohe Niveau sozialer Gewalt, illegaler Aktivitäten (Drogenhandel) und außerparlamentarischem politischen Kampf zwischen Rechten und Linken erklärt sich durch einen schwachen Staat, der seinen Einwohnern keine positive Sicherheit garantieren kann und weder Machtmonopol noch territoriale Kontrolle gewährleistet. Es erklärt sich auch durch die schwache Demokratie sowie die Anomie fast der Hälfte der Bevölkerung und durch die schwache Wirtschaft, die weder Industrie entwickeln, noch in angemessener Weise die lokalen, regionalen und internationalen Märkte integrieren konnte. Dabei ist entscheidend, dass die kolumbianische Ökonomie die nationalen Märkte begünstigt, die in Beziehung zu den, von Ausländern geführten, Märkten stehen. Jedoch werden die sozialen Konflikte in Kolumbien nicht nur durch die extreme Armut der Bevölkerung erklärt, sondern hauptsächlich durch das Fehlen politischer Konsense zu grundlegenden Themen der Stärkung des Staats und der Nation. Die dogmatische Ideologie und der politische Absolutismus, sowie die ethnische Diskriminierung sind Charakteristiken der kolumbianischen Gesellschaft.

Kolumbien muss noch einen weiten Weg zurücklegen, um sich zu modernisieren, das heißt, um seinen Bürgern die ursprünglichen Versprechen des Modernitätsprojekts nicht nur normativ anzubieten, sondern diese objektiv zu garantieren: Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle Kolumbianerinnen und Kolumbianer. Eine auf nationaler und internationaler Ebene politisch aktive Zivilgesellschaft zu stärken, ist eine wichtige Aufgabe für die Zukunft des Landes. Eine andere ist die Stärkung der lateinamerikanischen Union, um gegenüber anderen Blöcken und internationalen Konzernen zu bestehen und ein besseres Gleichgewicht in den Verhandlungsprozessen der internationalen Politik herzustellen.

7 LITERATURVERZEICHNIS

- ALISH, MONIKA / DANGSCHAT, JENS, 1998: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Leske + Budrich. Opladen.
- BAUBÉROT, JEAN, 2010: Säkularismus und Laizität. Transit, 39, Herausgeber Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main. Sommer 2010: 45-57
- BAUMAN, ZYGMUNT, 2005: Modernidad Líquida. Beunos Aires: Grafainor S.A.
- BAUR, NINA, 2008. Markt. S 273-291 in: Baur, Nina, Korte, Hermann, Löw, Martina und Schroer, Markus (Hrsg.). Handbuch Soziologie. 7. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- BECK, ULRICH, 2008: Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen: soziologische Aufklärung im 21. Jahrhundert; Eröffnungsvortrag zum Soziologentag „Unsichere Zeiten“ am 6. Oktober 2008 in Jena. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____, 2007: Weltrisikogesellschaft: auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____ (Hrsg.), 2007b: Generation Global. Ein Crashkurs. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____, 2003: Risikogesellschaft: auf den Weg in eine andere Moderne. Sonderausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____ / BONß, WOLFGANG (Hrsg.), 2001: Die Modernisierung der Moderne. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____ (Hrsg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- BECK, ULRICH / BONß, WOLFGANG (Hrsg.), 2001: Die Modernisierung der Moderne. 1 Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- BECK ULRICH (Hrsg.), 1998: Politik der Globalisierung. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____, 1998: Was ist Globalisierung?: Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung. 4. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- BECK, ULRICH; GIDDENS, ANTHONY; LASH, SCOTT, 1996: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Deutsche Erstausgabe, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- _____ / SOPP, PETER (Hrsg.), 1997: Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?. Germany: Leske + Budrich, Opladen.
- _____ / BECK-GERNSHEIM, ELISABETH, 1994: Riskante Freiheiten. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____, 1988: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- BEJARANO, JESÚS ANTONIO, 1987: El despegue cafetero (1900-1928). Pp. 173-208 en: Ocampo, José Antonio (Hg.) Historia económica de Colombia. 1a Edición. Bogotá: Siglo XXI editores.
- BERMAN, MARSHALL, 2006: Todo lo sólido se desvanece en el aire. La experiencia de la Modernidad. 16ª edición en español. México D.F.: Siglo XXI editores.
- BHARGAVA, RAJEEV, 2010: Säkularer Staat und multireligiöse Gesellschaft. Transit, 39, Herausgeber Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main. Sommer 2010: 112-127
- BRUNKHORST, HAUKE / NIESEN, PETER (Hrsg.), 1999: Das Recht der Republik. 1. Aufl. Suhrkamp. Frankfurt am Main.
- CAPRA, FRITJOF, 2010: La trama de la vida. Una nueva perspectiva de los sistemas vivos. 2ª edición colección Compactos. Barcelona: Anagrama.
- CASANOVA, JOSÉ, 2010: Säkularismus – Ideologie oder Staatskunst?. Transit, 39, Herausgeber Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main. Sommer 2010: 29-44
- CASTLES, FRANCIS; LEIBFRIED, STEPHAN; LEWIS, JANE; OBINGER, HERBERT; PIERSON, CHRISTOPHER, 2010: The Oxford Handbook of the welfare State. New York: Oxford University Press.
- CLAESSENS, DIETER, 1998: Macht und Herrschaft. S 115-125 in: Korte, Hermann / Schäfers, Berndhard (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- COLMENARES, GERMAN, 1987: La formación de la economía colonial (1500-1740). Pp 13-48 en: Ocampo, José Antonio (Hg.) Historia económica de Colombia. 1a Edición. Bogotá: Siglo XXI editores.
- CONRAD, SEBASTIAN, 2012: Kolonialismus und Postkolonialismus: Schlüsselbegriffe der aktuellen Debatte. Aus Politik und Zeitgeschichte ApuZ, 62, Oktober 2012. Kolonialismus. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung - bpb -. Bonn. Jahrgang 44-45/2012: 3-9.

- COMISIÓN ECONÓMICA PARA AMÉRICA LATINA Y EL CARIBE (CEPAL), 2012: Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe (LC/G.2534-P), Santiago de Chile: Publicación de las Naciones Unidas.
- CORONIL, FERNANDO, 2000: Del Eurocentrismo al Globocentrismo: la naturaleza del poscolonialismo. Pp 119-153. En: Lander, Edgardo (Editor). La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO. Caracas: Ediciones FACES/UCV.
- CROISSANT, AUREL / THIERY, PETER, 2000: Von Defekten und anderen Demokratien. WeltTrends Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Nr. 29, Winter 2000/2001: 9-32.
- DAHRENDORF, RALF, 1996 : Die Quadratur des Kreises. Freiheit, Solidarität und Wohlstand. Transit Europäische Revue, Nr. 12, Winter 1996 : 5-28.
- _____, 1992: Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Neue Ausg., Stuttgart : Deutsche Verlags-Anstalt.
- _____, 1970: Zu einer Theorie des sozialen Konflikts. S 108- 123 in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.). Theorien des sozialen Wandels. 2. Auflage, Köln – Berlin : Verlag Kiepenheuer & Witsch.
- _____, 1966: Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage. Tübingen : J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- DEPARTAMENTO ADMINISTRATIVO NACIONAL DE ESTADÍSTICA DANE, 2012 : Encuesta Nacional Agropecuaria. Cuadros estadísticos.
- _____. 2012 b. Departamento Nacional de Planeación. Prosperidad para todos. Reducción de la pobreza en Colombia : La base para lograr un país más justo. 2010-2012.
- _____. 2012 c. Información Estadística. Estimaciones de población 1985-2005 y proyecciones de población 2005-2020 nacional y departamental, desagregada por área, sexo, y grupos quinquenales de edad. Cuadros estadísticos.
- _____. 2012 d. Evolución de la División Político Administrativa de Colombia. Junio 30 de 2012.
- _____. 2011. Jorge Bustamante Roldán. Discurso de Lanzamiento del Tercer Censo Nacional Agropecuario. Julio 27 de 2011.
- _____. 2010. Boletín Censo General 2005. Perfil Colombia. Septiembre 13 de 2010.
- _____. 2008. Información Estadística. Colombia. Personal docente por último nivel educativo aprobado por el docente, y sexo, según secciones del país y municipios. Información definitiva. 2008.

- _____. 2007. Dirección de Censos y Demografía. Colombia una Nación Multicultural. Su diversidad étnica. Mayo de 2007.
- _____. 2007b : Encuesta Nacional de Ingresos y Gastos 2006-2007. Cuadros estadísticos.
- _____. 2006: Información Estadística. Colombia. Valor agregado departamental de las industrias medias en conocimiento (% del PIB Departamental). 1981-2005.
- _____. 2006b: Información Estadística. Colombia indicadores de estructura para las industrias altas en conocimiento 1975-2005.
- _____. 2006c: Información Estadística. Colombia indicadores de estructura para las industrias medias en conocimiento 1975-2005.
- _____. 2006d: Información Estadística. Colombia indicadores de estructura para las industrias bajas en conocimiento 1975-2005.
- _____. 2006e: Información Estadística. Colombia. Valor agregado departamental de las Industrias Bajas en conocimiento. (% del PIB departamental). 1981-2005.
- _____. 2006f : Información Estadística. Colombia. Valor agregado departamental de las Industrias Medias en conocimiento. (% del PIB departamental). 1981-2005.
- _____. 2006g : Información Estadística. Colombia. Valor agregado departamental de las Industrias Altas en conocimiento. (% del PIB departamental). 1981-2005.
- _____. 2005. Censo General 2005. Nivel Nacional.
- _____. 2005 b. Censo General de Población. Cuadros estadísticos.
- _____. 1993. XVI Censo Nacional de Población y V de Vivienda. 1993. Resumen General. Santa Fe de Bogotá.
- _____. 1986. XV Censo Nacional de Población y IV de vivienda. Volúmen I Resumen Censo 1985.
- _____. 1986 b. XV Censo Nacional de Población y Vivienda y IV de Vivienda. Educación. Volúmen III. Censo de 1985. Julio de 1986.
- _____. 1986 c. XV Censo Nacional de Población y Vivienda y IV de Vivienda. Características económicas. Volúmen IV. Censo de 1985. Julio de 1986.
- _____. 1986 d. XV Censo Nacional de Población y Vivienda. Demografía. Volúmen V. Censo 1985. Julio de 1986.
- _____. 1986 e. XV Censo Nacional de Población y Vivienda. Demografía. Volúmen VI. Censo 1985. Julio de 1986.

- _____. 1973. XIV Censo Nacional de Población y III de Vivienda. Resumen Nacional. 24 de octubre de 1973.
- _____. 1967. XIII Censo Nacional de Población. Julio 15 de 1964. Resumen General. Imprenta Nacional. Bogotá D.E.
- _____. 1951. Censo de Población de Colombia 1951. Resumen.
- DHAWAN, NIKITA, 2012 : Postkoloniale Staaten, Zivilgesellschaft und Subalternität. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, Nr. 62, Jahrgang. 44-45/2012: 30-38.
- DUSSEL, ENRIQUE, 2000 : Europa, Modernidad y Eurocentrismo. Páginas 59-77 en: Lander, Edgardo (Editor), La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO, Caracas: Ediciones FACES/UCV.
- ECKERT, ANDREAS, 2012 : Rechtfertigung und Legitimation von Kolonialismus. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, Nr. 62, Jahrgang. 44-45/2012: 17-22.
- EICHLER, ARTURO, 1991 : *Oiko-cultura* como necesidad alternativa. Páginas 17-26 en: Lander, Edgardo (Editor), Modernidad y Universalismo. 1a. ed. Caracas: Editorial Nueva Sociedad.
- ELIAS, NORBERT, 2001: Symboltheorie. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____, 2001b: Die Gesellschaft der Individuen. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- _____, 1990: Engagement und Distanzierung. Arbeiten sur Wissenschaftssoziologie I. .2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp taschenbuch wissenschaft.
- ESCOBAR, ARTURO, 2000: El lugar de la naturaleza y la naturaleza del lugar: ¿Globalización o Postdesarrollo? Páginas 155-199 en: Lander, Edgardo (Editor), La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO. Caracas: Ediciones FACES/UCV.
- ESSER, HARTMUT, 2000: Integration and Ethnic Stratification. Translation by Aline Freye in: Towards emerging ethnic classes in Europe?. Vol 1. March 1999. Freudenberg Stiftung Informiert.
- _____, 2001: Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere, Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- _____ 1996. Soziologie. Allgemeine Grundlagen. 2., durchgesehene Auflage, Frankfurt/ New York: Campus Verlag.

- FALS BORDA, ORLANDO, 1982: Historia de la Cuestión Agraria en Colombia. 1a edición 1975, Bogotá: Carlos Valencia Editores.
- FEDESARROLLO, 2011: La Política Comercial del Sector Agrícola en Colombia. Centro de Investigación Económica y Social. 40 años. Cuadernos Fedesarrollo No. 38. Mayo de 2011.
- FERGE, ZSUZSA, 1996: Freiheit und soziale Sicherheit. Die Zukunft des Wohlfahrtsstaats. Transit Europäische Revue, Nr. 12, Winter 1996 : 62-80.
- FISCHER, JOSCHKA, 1996: Solidarität und Globalismus. Die europäische Linke und die Zukunft des Sozialstaats. Transit Europäische Revue, Nr. 12, Winter 1996 : 89-112.
- GIDDENS, ANTHONY, 2001: Die Frage der sozialen Ungleichheit. Herausgegeben von Ulrich Beck. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- GIEGEL, HANS-JOACHIM (Hrsg.), 1998: Konflikt in modernen Gesellschaften. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- GLATZER, WOLFGANG, 2012: Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee. Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit 4/2012: 123-129.
- _____, 2009: Gefühlte (Un)Gerechtigkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, Nr. 47, Jahrgang 47/2009: 15-20.
- _____, 2007: Der Sozialstaat und die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 32, 1-2/2007: 183-204.
- _____, 2003: Gesellschaftliche Integration und individuelle Partizipation. Junge Erwachsene mit ausländischer Herkunft in der deutschen Gesellschaft. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 28, 2-4/2003: 317-333.
- _____, 2001: German sociologists are looking for the „good society“. Social Indicators Research 55: 353-359.
- _____, 2000: Happiness: classic theory in the light of current research. Journal of Happiness Studies 1: 501-511.
- GLATZER, WOLFGANG; HABICH, ROLAND; MAYER, KARL ULRICH (Hrsg.), 2002: Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung, Opladen: Leske + Budrich.
- _____. 2002b. Armut und Reichtum- Eine sozialstrukturelle Herausforderung. S 145-161 in: Glatzer, Habich, Mayer (Hrsg.), Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung, Opladen: Leske + Budrich.
- HABERMAS, JÜRGEN, 1992: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977- 1992. 2. Erweiterte Auflage. Leipzig: Reclam Verlag.

- _____ / RATZINGER, JOSEPH, 2005: Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion. Freiburg: Verlag Herder.
- HABICH, ROLAND, 1996: Objektive und subjektive Indikatoren- Ein Vorschlag zur Messung des Wandels von Lebenslagen. S 46-65 in: Zapf, Wolfgang; Schupp, Jürgen und Habich, Roland (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- HINKELAMMERT, FRANZ, 2007: Hacia una crítica de la razón mítica. El Laberinto de la Modernidad. Materiales para la discusión. 1a. ed. San José, Costa Rica: Editorial Arlekin.
- _____, 1988: La deuda externa de América Latina. El automatismo de la deuda. 1a edición. San José, Costa Rica: Editorial Departamento Ecuménico de Investigaciones (DEI).
- HOWARD, DICK, 1996: Zwischen Staat und Gesellschaft. Die Zukunft der Sozialpolitik in Frankreich. Transit Europäische Revue, Nr. 12, Winter 1996 : 171-185.
- HRADIL, STEFAN, 1998: Schicht, Schichtung und Mobilität. S 145-161 in: Korte, Hermann / Schäfers, Berndhard (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- JARAMILLO URIBE, JAIME, 1987: La economía del Virreinato (1740-1810). Pp. 49-86 en: Ocampo, José Antonio (Hg.) Historia económica de Colombia. 1a Edición. Bogotá: Siglo XXI editores.
- JARAMILLO VÉLEZ, RUBÉN, 1998: Colombia: la Modernidad postergada.. Santa Fe de Bogotá, Colombia: Editorial Temis S.A.
- KANT, IMMANUEL, 1784: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?. S 1-18 in: Stollber-Rilinger, Barbara (Hrsg.), 2010: Was ist Aufklärung? Thesen, Definitionen, Dokumente. Stuttgart: Reclams universal Bibliothek No. 18824.
- KORTE, HERMANN / SCHÄFERS, BERNHARD (Hrsg.), 1998: Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- KÖNIG, HANS-JOACHIM, 2008: Kleine Geschichte Kolumbiens. München: Verlag C.H. Beck oHG.
- LANDER, EDGARDO (Editor), 2000: La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO. Caracas, Venezuela: Ediciones FACES/UCV.
- _____, 2000: Ciencias Sociales: saberes coloniales y eurocéntricos. Páginas 11 – 58 en: Lander, Edgardo (Editor), La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO. Caracas, Venezuela: Ediciones FACES/UCV.

- LANDER, EDGARDO (Editor), 1991: Modernidad y Universalismo. 1a. ed. Caracas, Venezuela: Editorial Nueva Sociedad.
- _____, 1991: El fin de la historia y el mundo periférico. Páginas 7-15 en: Lander, Edgardo (Editor), Modernidad y Universalismo. 1a. ed. Editorial Nueva Sociedad. Caracas, Venezuela.
- _____, 1991: Retos del pensamiento crítico latinoamericano en la década de los noventa. Páginas 145-177 en: Lander, Edgardo (Editor), Modernidad y Universalismo. 1a. ed. Caracas, Venezuela: Editorial Nueva Sociedad.
- LEGGEWIE, CLAUS, 1996: Ein Schwein mit Flügeln ist noch kein Adler oder: Warum gibt es keine soziale Demokratie in den Vereinigten Staaten?. Transit Europäische Revue, Nr. 12, Winter 1996 : 154-170.
- LEHMKUHL, URSULA, 2012 : Ambivalenzen der Modernisierung durch Kolonialismus. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, Nr. 62, Jahrgang. 44-45/2012: 44-50.
- LESSENICH, STEPHAN, 2008: Wohlfahrtsstaat. S 483-497 in: Baur, Nina; Korte, Hermann; Löw, Martina und Schroer, Markus (Hrsg.), 2008: Handbuch Soziologie. 7. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- LINZ, JUAN / STEPAN, ALFRED, 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press.
- LOCKWOOD, DAVID, 1970: Soziale Integration und Systemintegration. S 124-140 in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels. Köln – Berlin : Kiepenheuer & Witsch.
- LLASAG FERNÁNDEZ, RAÚL, 2009: El sumak kawsay y sus restricciones constitucionales. FORO Revista de Derecho, Nr. 12: 113- 125.
- MARTINEAU, SÉBASTIAN, 2012: Antikoloniale Bewegungen in Afrika. Drei Beispiele. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, NR. 62, Jahrgang. 44-45/2012: 38-44.
- MARTÍNEZ MONTIEL, LUZ MARÍA, 2008: Africanos en América. 1ª edición. La Habana: Editorial de Ciencias Sociales.
- MAX NEEF, MANFRED; ELIZALDE, ANTONIO, HOPENHAYN, MARTIN, 1996: Desarrollo a Escala Humana. Una opción para el futuro. Cepaur Fundación Dag Hammarskjöld. Medellín, Colombia: Proyecto 20 Editores.
- MELO, JORGE ORLANDO, 1987: Las vicisitudes del modelo liberal (1850-1899). Pp. 119-172 en: Ocampo, José Antonio (Hg.) Historia económica de Colombia. 1a Edición. Bogotá: Siglo XXI editores.

- MERKEL, WOLFGANG (Hrsg.), 2000: Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich.
- MIGNOLO, WALTER, 2000: La colonialidad a lo largo y a lo ancho: El hemisferio occidental en el horizonte colonial de la Modernidad. Páginas 79-117 en: Lander, Edgardo (Editor), La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO. Caracas, Venezuela: Ediciones FACES/UCV.
- MORENO, ALEJANDRO, 2000: Superar la Exclusión, conquistar la Equidad: Reformas, Políticas y Capacidades en el ámbito social. Páginas 227-246 en: Lander, Edgardo (Editor), La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO. Caracas, Venezuela: Ediciones FACES/UCV.
- MORIN, EDGAR, 1990: Introducción al pensamiento complejo. 6ª reimpresión. Enero 2003, Barcelona: Editorial Gedisa.
- _____, 2000: Los siete saberes necesarios para la educación del futuro. Bogotá, Colombia: Ministerio de Educación de Colombia – ICFES - UNESCO.
- NGHI HA, KIEN, 2012 : Die fragile Erinnerung des Entinnerten ? Essay. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, Nr. 62, Jahrgang. 44-45/2012: 50-54.
- OCAMPO GAVIRIA, JOSÉ ANTONIO, 1987 : Crisis mundial y cambio estructural (1929-1945). Pp. 209-242 en: Ocampo, José Antonio (Hg.) Historia económica de Colombia. 1a Edición. Bogotá: Siglo XXI editores.
- OCAMPO GAVIRIA, JOSÉ ANTONIO; BERNAL, JOAQUÍN; AVELLA, MAURICIO; ERRÁZURIZY, MARÍA, 1987: La consolidación del capitalismo moderno (1945-1986). Pp. 243-330 en: Ocampo, José Antonio (Hg.) Historia económica de Colombia. 1a Edición. Bogotá: Siglo XXI editores.
- OCAMPO LÓPEZ, JAVIER, 1989: Breve Historia de Colombia. El libro menor 155. Caracas, Venezuela : Academia Nacional de Historia.
- ORGANIZACIÓN MUNDIAL DEL COMERCIO – OMC -, 2012: Informe sobre el Comercio Mundial 2012. Comercio y Políticas Públicas: Análisis de las medidas no arancelarias en el siglo XXI. Lausanna, Suiza : Publicación de la Organización Mundial del Comercio.
- ORGANIZACIÓN DE LAS NACIONES UNIDAS PARA EL DESARROLLO INDUSTRIAL ONUDI, 2011: Informe sobre el desarrollo industrial 2011. Eficiencia energética industrial para la cración sostenible de riqueza. Aprovechando los beneficios ambientales, económicos y sociales. Copy Right © 2011. Número de identificación de la ONUDI. 442.
- PARTIDO CONSERVADOR COLOMBIANO, 2012: Estatutos. Resolución 4708 Consejo Nacional Electoral. Diciembre 11 de 2012.

- PARTIDO LIBERAL COLOMBIANO, 2012: Estatutos. Segunda Constituyente Liberal.
- PARTIDO POLO DEMOCRÁTICO ALTERNATIVO, 2012 : Estatutos. III Congreso Nacional. Noviembre 9 y 10 de 2012. Bogotá.
- _____, 2012: Ideario de Unidad. III Congreso Nacional, noviembre 9 y 10 de 2012. Bogotá.
- PARTIDO SOCIAL DE UNIDAD NACIONAL, PARTIDO DE LA U., 2009: Declaración Programática. Convención Nacional, marzo 28 de 2009. Bogotá.
- _____, 2012: Estatutos. Noviembre 25 de 2012.
- PARTIDO VERDE, 2009: Estatutos.
- PRIMERO COLOMBIA, 2010: Bitácora Cohesión Social. Agosto 2010.
- _____, 2010: Bitácora Económica. Agosto 2010.
- _____, 2010: Trabajo, hechos y corazón. Balance de Gobierno Colombia 2002-2010. Imprenta Nacional. Agosto 2010. Bogotá.
- QUIJANO, ANÍBAL, 2000: Colonialidad del poder, Eurocentrismo y América Latina. Páginas 281-348 en: Lander, Edgardo (Editor), La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. UNESCO. Caracas, Venezuela: Ediciones FACES/UCV.
- _____, 1991: Modernidad, Identidad y utopía en América Latina. Páginas 27-42. En : LANDER, Edgardo (Editor). 1991. Modernidad y Universalismo. 1a. ed. Caracas, Venezuela: Editorial Nueva Sociedad.
- _____, 1990: Modernidad, Identidad y Utopía en América Latina. Quito, Ecuador: Editorial El Conejo.
- QUIVY, RAYMOND / VAN CAMPENHOUDT, LUC, 1988: Manuel de Recherche en Sciences Sociales. Paris: Dunod Bordas.
- REPÚBLICA DE COLOMBIA, 2013: Ministerio de Agricultura y Desarrollo Rural. Unidad de Restitución de Tierras. Solicitudes de Ingreso al Registro de Tierras Despojadas y Abandonadas Forzosamente. Consolidado Nacional. Número de solicitudes según Actor Causante del Abandono o Despojo de la Tierra. Marzo 31 de 2013.
- _____, 2013: Ministerio de Educación Nacional. Estadísticas de Educación Superior. Subdirección de Desarrollo Sectorial. Fecha de actualización 18 de febrero de 2013.

- _____, 2012: Ministerio de la Protección Social. Decreto 2013 de 2012. Por el cual se suprime el Instituto de Seguros Sociales ISS, se ordena su liquidación y se dictan otras disposiciones.
- _____, 2012: Ministerio de la Protección Social. Decreto 2012 de 2012. Por el cual se suprimen unas dependencias de la estructura del Instituto de Seguros Sociales ISS.
- _____, 2012: Ministerio del Trabajo. Decreto 2011 de 2012. Por el cual se determina y reglamenta la entrada en operación de la Administradora Colombiana de Pensiones – COLPENSIONES – y se dictan otras disposiciones.
- _____, 2011: Ministerio de Educación Nacional. Icfes Saber 11. Examen de Estado de la Educación Media. Resultados del período 2005-2010. Bogotá D.C., septiembre de 2011.
- _____, 2010: Ministerio de Agricultura y Desarrollo Rural. Una política integral de tierras para Colombia. Juan Camilo Restrepo Salazar. Ministro de Agricultura y Desarrollo Rural. Bogotá, Agosto de 2010.
- _____, 2010: Ministerio de Educación Nacional. Saber 5o y 9o 2009. Resultados Nacionales. Resumen Ejecutivo. Bogotá, Julio de 2010.
- _____, 2010: Ministerio de la Protección Social- Instituto Colombiano de Bienestar Familiar- Profamilia-USAID. Encuesta Nacional de Demografía y Salud ENDS.
- _____, 1994: Ley 130 de 1994. Por la cual se dicta el Estatuto Básico de los partidos y movimientos políticos, se dictan normas sobre su financiación y la de las campañas electorales y se dictan otras disposiciones. Diario oficial No. 41280, del 23 de marzo de 1994.
- _____, 1991: Constitución Política.
- _____, 1974: Ley 20 de 1974 por la cual se aprueba el Concordato y Protocolo Final entre la República de Colombia y la Santa Sede suscrito en Bogotá el 12 de julio de 1973.
- _____, 1886: Constitución Política.
- RITZER, GEORGE, 2008: Sociological Theory. Seventh Edition. New York: McGraw-Hill International Edition.
- ROKKAN, STEIN, 1970: Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung : Modelle und Methoden. S 228-252 in: ZAPF, Wolfgang (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels. 2. Auflage, Köln – Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- ROSTOW, WALT, 1970: Die Phase des Take-off. S 286-311 in : ZAPF, Wolfgang (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels. Köln – Berlin: Kiepenheuer & Witsch.

- SEN, AMARYA, 2000: Desarrollo y Libertad. Bogotá: Planeta Colombiana Editorial S.A.
- SCHIEL, TIELMAN, 1991: La idea de la modernidad y la invención de la tradición : cómo la universalidad produce la particularidad y viceversa. Páginas 63-86 en: Lander, Edgardo (Editor), Modernidad y Universalismo. 1a. edición, Caracas, Venezuela: Editorial Nueva Sociedad.
- SCHMIDT, SIGMAR, 2001: « Demokratie mit Adjektiven » Die Entwicklungschancen defekter Demokratien. E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 7/8, Juli/August. S. 219-223.
- TAYLOR, CHARLES, 2010: Für einen neuen Säkularismus. Zur Einführung. Transit Europäische Revue, Nr. 39, Sommer 2010: 5-28.
- _____, 2005. La libertad de los modernos. 1ª ed. Traducción de Horacio Pons, Buenos Aires, Argentina: Amorrortu/editores.
- THIEME, FRANK, 1998: Kaste, Stand, Klasse. S 127-143 in: Korte, Hermann / Schäfers, Berndhard (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- TOURAINE, ALAIN, 2007: Penser autrement. France: Éditions Fayard.
- _____, 2000: Crítica de la Modernidad. Buenos Aires: Grafimor S.A.
- TOVAR PINZON, HERMES, 1987: La lenta ruptura con el pasado colonial. Pp. 87-118 en: Ocampo, José Antonio (Hg.) Historia económica de Colombia. 1a Edición. Bogotá: Siglo XXI editores.
- TRONTO, JOAN, 1996: *Politics of Care*: Fürsorge und Wohlfahrt. Transit Europäische Revue, Nr. 12, Winter 1996: 142-153.
- VALENCIA G., ALVARO (Editor), 2001: Exclusión social y construcción de lo público en Colombia. Colección Sociedad y Economía No. 2 CIDSE-CEREC. Bogotá.
- VERGARA, JORGE, 1991: Crítica latinoamericana al neoliberalismo: acción comunicativa y desarrollo del pensamiento crítico en América Latina. Páginas 101-123 en: Lander, Edgardo (Editor), Modernidad y Universalismo. 1a. ed. Caracas, Venezuela: Editorial Nueva Sociedad.
- WEBER, MAX, 1956: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Vierte, neu herausgegebene Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann. 1. Halbband, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- _____, 1976: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Fünfte revidierte Auflage. 2. Halbband, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

- ZAPF, WOLFGANG, 1998: Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften. S 179-190 in: Korte, Hermann / Schäfers, Berndhard (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- _____, 1998b: Entwicklung und Zukunft moderner Gesellschaften seit den 70er Jahren. S 191-205 in: Korte, Hermann / Schäfers, Berndhard (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- _____, 1998c: Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften. S 237-251 in: Korte, Hermann / Schäfers, Berndhard (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske + Budrich.
- _____; SCHUPP, JÜRGEN; HABICH, ROLAND (Hrsg.), 1996: Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- _____, 1994: Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. [Hrsg. Vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung]. Berlin: Ed. Sigma.
- _____ / DIERKES, MEINOFF (Hrsg.), 1994 b: Institutionenvergleich und Institutionendynamik. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: WZB-Jahrbuch. Berlin: Ed. Sigma.
- _____ / HABICH, ROLAND, 1994c: Sozialberichterstattung: Die Wohlfahrtentwicklung im vereinten Deutschland. Seiten 327-348 in: Zapf, Wolfgang / Dierkes, Meinoff (Hrsg.), Institutionenvergleich und Institutionendynamik. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: WZB-Jahrbuch. Berlin: Ed. Sigma.
- ZAPF, WOLFGANG, 1990: Modernisierung und Modernisierungstheorien. AG Sozialberichterstattung, Berlin.
- _____, 1989: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. S 99-124 in: Weidenfeld / Zimmermann (Hrsg.), Deutschland – Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Schriftenreihe Band 275. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- _____, 1987: Aufsätze zur Wohlfahrtsforschung und zur Modernisierungstheorie. Mannheim.
- _____; BREUER, SIGRID; HAMPEL, JÜRGEN; KRAUSE, PETER; MOHR, HANS-MICHAEL; WIEGEND, ERICH, 1987b: Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. München.
- ZAPF, WOLFGANG (Hrsg.), 1970: Theorien des sozialen Wandels. Köln – Berlin: Kiepenheuer & Witsch.

- ZIAI, ARAM, 2012: Neokoloniale Weltordnung? Brüche und Kontinuitäten seit der Dekolonisation. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ. 62. Jahrgang. 44-45/2012. Oktober 2012: 23-30.
- ZIMMERER, JÜRGEN, 2012: Expansion und Herrschaft: Geschichte des europäischen und deutschen Kolonialismus. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ. 62. Jahrgang. 44-45/2012. Oktober 2012: 10-16.

WWW- QUELLEN

- ASOCIACIÓN DE BANANEROS DE COLOMBIA, 2013, <http://www.augura.com.co> (Stand 12.05.2013).
- COMISIÓN ECONÓMICA PARA LA AMÉRICA LATINA Y EL CARIBE , 2013, <http://www.cepal.org/estadisticas/> (Stand 10.01.2013).
- DAHL, JÜRGEN ; HIMMELBEHER, MAX ; KRAGH, GERT ; LOHMANN, MICHAEL; SCHWABE, GERARD HELMUT, 1977 : Manifiesto de Bussau. Manifiesto sobre la situación politico ambiental, <http://mesaredonda2009.blogspot.de/2009/07/manifiesto-bussau-1977.html> (Stand 08.04.2013).
- DEPARTAMENTO ADMINISTRATIVO NACIONAL DE ESTADÍSTICA DANE, 2013, <http://dane.gov.co> (Stand 30.06.2013).
- DÓLAR WILKINSONPC, 2010: Historischer Dollarwert vom 31. März 2010, <http://dolar.wilkinsonpc.com.co/dolar-historico-2010.html>. (Stand 3. September 2013).
- ESTADÍSTICAS CEPAL- DANE, 2013, http://estadisticas.cepal.org/cepalstat/WEB_CEPALSTAT/perfilesNacionales. (Stand 4.02.2013).
- FEDERACIÓN NACIONAL DE CAFETEROS DE COLOMBIA, 2013, http://www.federaciondefcafeteros.org/particulares/es/quienes_somos/119_estadisticas_historicas/ (Stand 05.03.2013).
- GALLUP, 2013, <http://www.gallup.com/poll/159254/latin-americans-positive-world.aspx> (Stand 30.07.2013).
- NORIEGA, CARLOS AUGUSTO, 2005: Las Elecciones en Colombia: Siglo XX. Comentarios a los resultados electorales. Biblioteca virtual biblioteca Luis Angel Arango <http://www.banrepcultural.org/blaavirtual/revistas/credencial/febrero94/febrero2.htm> (Stand 04.04.2013).
- REGISTRADURÍA NACIONAL DEL ESTADO CIVIL, 75 años de la Cédula de Ciudadanía. Evolución histórica y legislativa de la Cédula de Ciudadanía o título del elector, <http://www.registraduria.gov.co> (Stand 04.04.2013).

- _____, Cronología del Voto en Colombia, [http :
www.registraduria.gov.co](http://www.registraduria.gov.co) (Stand 04.04.2013).
- _____, Mecanismos de Participación Ciudadana, [http:
www.registraduria.gov.co](http://www.registraduria.gov.co) (Stand 04.04.2013).
- WORLD TRADE ORGANISATION, 2013, <http://www.wto.org> (Stand 03.01.2013).

8 ANHANG (in beiliegender Daten-CD)

ANHANG 1: TABELLEN KAPITEL 3. DER MODERNISIERUNGSPROZESS IN KOLUMBIEN IN DEN LETZTEN 60 JAHREN (1951-2011)

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an *Departamento Administrativo Nacional de Estadística DANE und andere öffentliche Quellen.*

Tabelle Nr. 1. Analyse der Präsidenten von Kolumbien

Tabelle Nr. 2. Wahlergebnisse

Tabelle Nr. 3. Sozialstrukturen 1951

Tabelle Nr. 4. Sozialstrukturen 1964

Tabelle Nr. 5. Sozialstrukturen 1973

Tabelle Nr. 6. Sozialstrukturen 1985

Tabelle Nr. 7. Sozialstrukturen 1993

Tabelle Nr. 8. Sozialstrukturen 2005

Tabelle Nr. 9. Sozialstrukturen Überblick 1951-2005

Tabelle Nr. 10. Bevölkerung 1951-2005 Wachstumsraten

Tabelle Nr. 11. Nationalen Umfrage zu Einkommen und Ausgaben 2006-2007

Tabelle Nr. 12. Ethnische Landkarte, BIP, Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse

Tabelle Nr. 13. Lateinamerikanisches soziodemographisches Profil CEPAL

Tabelle Nr. 14. Lateinamerikanisches ökonomisches Profil CEPAL

Tabelle Nr. 15. Lateinamerikanisches Umweltprofil CEPAL

Tabelle Nr. 16. Lateinamerikanische Ränge Welthandelsorganisation WTO 2012

TABELLEN KAPITEL 4. ARMUT, UNGLEICHHEIT UND LEBENSQUALITÄT IN KOLUMBIEN. Analyse zweier unterschiedlicher Regionen: Die zentrale Kaffeeregion und die Bananenregion von Uraba

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an *Departamento Administrativo Nacional de Estadística DANE und andere öffentliche Quellen.*

Tabelle Nr. 17. Armut, Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse, Nationale Umfrage zur Lebensqualität nach Regionen, Kolumbien

Tabelle Nr. 18. Strukturen 1951-2005 Bananen- und Kaffezone

Tabelle Nr. 19. Volkszählung 2005 Strukturen Bananen- und Kaffeezone

Tabelle Nr. 20. Volkszählung 2005 Gemeinschaftsbeteiligung Bananen- und Kaffeezone

Tabelle Nr. 21. Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse, Index für Lebensqualität, Bananen- und Kaffeezone

Tabelle Nr. 22. Index unbefriedigter menschlicher Grundbedürfnisse 2012, Bananen- und Kaffeezone

Tabelle Nr. 23. Anbaufläche Kaffee pro Produzent

Tabelle Nr. 24. Internationale Preise Kaffeexport

Tabelle Nr. 25. Ruraler Grundbesitz Kaffeezone und national

Tabelle Nr. 26. Internationale Preise Bananenexport

Tabelle Nr. 27. Ruraler Grundbesitz Bananenzone und national

Tabelle Nr. 28. Steuerleistung Bananen- und Kaffeezone

Tabelle Nr. 29. Wahlergebnisse Bananen- und Kaffeezone

ANHANG 2: DOKUMENTE DER QUALITATIVEN ANALYSE

Politische Verfassung von 1886

Politische Verfassung von 1991

Konkordat des Heiligen Stuhls 1974

Satzungen der Konservativen Partei Kolumbiens

Satzungen der Liberalen Partei Kolumbiens

Satzungen der Sozialen Partei der Nationalen Union (Partei der U)

Satzungen der Partei Alternativer Demokratischer Pol

Satzungen der Grünen Partei

Bewegung Zuerst Kolumbien

Tabelle Nr. 30. Dokumentenanalyse

ANHANG 3: VERWENDETE ORIGINALZITATE AUS DEM SPANISCHISCHEN, ENGLISCHEN UND FRANZÖSISCHISCHEN

ANHANG 4: ÜRSPRUNGLICHEN ABBILDUNGEN UND TABELLEN

4.1 Abbildungen

4.2. Tabellen

8 ANHANG (in beiliegender Daten-CD)

LEBENS LAUF

GLORIA PATRICIA CASTRILLON ARIAS

***Soziologin
Sozialarbeiterin***

BERUFSPROFIL

Soziologin mit internationaler Berufsausbildung an der Universität von Paris X – Nanterre, Frankreich und an der Universität Johann Wolfgang Goethe in Frankfurt am Main, Deutschland.

Soziologiestudium an der Universität von Paris X – Nanterre, Frankreich.
Studium der Sozialarbeit an der Universität von Caldas, Kolumbien.

Spezialisierung in der Formulierung und Durchführung von Projekten zur wirtschaftlichen und sozialen regionalen Entwicklung, mit breiter Erfahrung in der Koordinierung von Sozialuntersuchungen, Untersuchungen zu Umweltauswirkungen, Formulierung und Durchführung von Forschungsprojekten, Durchführung von Gemeindeentwicklungs-Programmen auf dem Land mit Informations-, Kommunikations-, Ausbildungs-, Teilnahme- und Gemeindeorganisationskomponenten.

Mit Erfahrung in interdisziplinärer und interinstitutioneller Teamkoordination und -arbeit in interinstitutionellen Netzen.

Mit Lehrerfahrung im Thema Sozialakteure und –netze für die nachhaltige Entwicklung, Land- und Stadtsoziologie.

I. ANGABEN ZUR PERSON

Vornamen: Gloria Patricia

Nachnamen: Castrillón Arias

Personalausweis: 30.289.174 von Manizales, Kolumbien

Geburtsdatum und -ort: 04.10.1961, in Manizales, Kolumbien

Berufe: Soziologin
Sozialarbeiterin

Anschrift: Carrera 18 A No. 4 A 120 Casa 17
Villa Real III, La Francia, Manizales,
Kolumbien.

Telefonnummer: 0057-6-8891679

Handytelefon: 313 732 9676

Private E-Mail: castrillon@gmx.net

Institutionelle E-Mail: cea@autonoma.edu.co
pcastrillon@autonoma.edu.co

II. BERUFSAUSBILDUNG

2.1. POSTGRADUIERTENSTUDIEN

Doktorat:

- Doktorantin der Universität Johann Wolfgang Goethe in Frankfurt am Main. Von Oktober 1999 bis September 2003 in Deutschland. Seit Oktober 2003 in Kolumbien. Seit März 2012 in Deutschland.

Thema des Doktorats: Modernisierung und soziale Konflikte in Kolumbien. Untersuchung der Jahre 1951 bis 2011, zwischen Sozialstrukturwandel und Kontinuität des politischen Status quo.

Tutor: Professor em. Dr. Wolfgang Glatzer.

Master:

- Master in Politikwissenschaften.
Universität Paris X – Nanterre, Frankreich.
September 1991 – September 1992

- Master in Soziologie.
Universität Paris X – Nanterre, Frankreich.
Vertiefung: Wirtschaftliche und soziale lokale Entwicklung.
September 1991 – September 1992

Spezialisierungen:

- Diplom in Spezialisierten Höheren Studien (DESS) in öffentlichen Politiken der Lokalentwicklung.

Universität Paris X – Nanterre in Zusammenarbeit mit dem Französischen Dezentralisierungsinstitut.

September 1992 – September 1993

2.2. DIPLOMSTUDIUM:

- Diplom des Bestehens der Anerkennungsprüfung des Soziologietitels der Universität Johann Wolfgang Goethe.

Thema: Kulturelle Unterschiede und Zusammenleben.

Prüfer: Prof. Dr. Karl Otto Hondrich

Thema: Das Konzept der Souveränität und des Globalisierungsprozesses.

Prüferin: Prof. Dr. Ingeborg Maus

Vorbereitungszeit: Januar – November 2002

Bestehensdatum: Dezember 2002

- Soziologie.

Universität Paris X – Nanterre, Frankreich.

Vertiefung: Wirtschaftliche und soziale lokale Entwicklung.

September 1990 – September 1991

- Sozialarbeit.

Universität von Caldas, Manizales, Kolumbien.

Februar 1979 – September 1983.

III. SPRACHEN

Französisch: Beherrscht Lesen und Konversation. Fortgeschrittene Kompetenzen in Schreiben.

Deutsch: Beherrscht Lesen und Konversation. Fortgeschrittene Kompetenzen in Schreiben.

Englisch: Fortgeschrittene Kompetenzen in Lesen und Konversation.

Italienisch: Grundkenntnisse.

IV. BERUFSERFAHRUNG

4.1. Autonome Universität von Manizales

4.1.1. Verwaltungserfahrung

- Leiterin des Zentrums für Umwelt- und Entwicklungsstudien Mérida Restrepo de Fraume – CEA- seit Januar 2009.

- Leiterin der sozioökonomischen Studien des Zentrums CEA. März 1996 – September 1999 und seit Mai 2004.

4.1.2. Lehrerfahrung

- **Master in Regionalentwicklung und territoriale Planung:**
Verantwortliche Seminar Land- und Stadtsoziologie.
. Erste Gruppe, 15., 16. und 24. April 2009

. Zweite Gruppe: 16., 17. und 18. April 2010.
- Vertreterin der Dozenten der Autonomen Universität von Manizales im Ausschuss des Masterlehrplans. Seit 2010.

4.1.3. Projekterfahrung

- **Beratungen:**
 - Verantwortliche für die Soziale Dimension des Projekts “Stärkung des menschlichen und sozialen Kapitals durch die Ausbildung von Umweltmanagern im Einzugsgebiet des Meluaflusses als Strategie zur Verbesserung und zum Schutz der Wasserrekurse, Gemeinde Puerto Lopez, Departement Meta. ”Vetra Exploración y Producción Colombia S.A.” 2010-2011.
 - Allgemeine Leiterin der sozioökonomischen Studie des Projekts “Strassenasphaltierung La Linda”. Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. 2010.
 - Allgemeine Leiterin der sozioökonomischen Studie des Projekts “Avenida Paralela Norden: Rosales-Tunnel der 52. Strasse und Strassenkreuzungen Avenida Kevin Angel”. Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. 2010.
 - Allgemeine Leiterin der sozioökonomischen Studie des Projekts “Strassenentwicklung durch Aufwertung des Sektors Nord-Osten, Gemeinde San Sebastián de Mariquita”. 2010.
 - Allgemeine Leiterin der integralen Beratung des Höheren Gemeinderats der Schlucht des Porceflusses im Verhandlungsprozess des Umweltplans des hydroelektrischen Projekts Porce IV vor dem Stadtwerk EPM. 2010.
 - Verantwortliche der Sozialkomponenten der sozioökonomischen Diagnose und Beratung der Handelskammer von La Dorada. 2010.

- Verantwortliche der Sozialkomponenten der sozioökonomischen Studie Kommune San José und nähere Umgebung im Rahmen des Stadterneuerungsprojekts. Vertragsfirma: Infimanizales - Stadterneuerung. Juli 2008- Januar 2009.
- Verantwortliche der Sozialkomponenten im Rahmen der Umweltinspektion in der "Realisierbarkeitsstudie der Wassersanierung des Flussgebiets des Chinchinaflusses. Phase I". Vorübergehende Union von Autonomer Universität u.a. – Wasserwerk Aguas de Manizales S.A. E.S.P.. Oktober 2005 - Juni 2007.
- Verantwortliche der Sozialkomponenten der sozioökonomischen Studie zum Projekt Asphaltierung und Beleuchtung der Siedlung Alferez Real. Auftragsfirma: Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. Juni 2007- Juli 2007.
- Verantwortliche der Sozialkomponenten der Sozioökonomischen Untersuchung zum Projekt Paseo de los Estudiantes. Auftragsfirma: Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. August 2006- Januar 2007.
- Verantwortliche der Sozialkomponenten der sozioökonomischen Studie zum städtischen Erneuerungsprojekt Plaza Alfonso Lopez. Auftragsfirma: Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. Februar - Mai 2006.
- Verantwortliche der Sozialkomponenten der sozioökonomischen Studie zum Strassenentwicklungsprojekt Zone Osten: Kreuzung Kaserne - Vierte Spur - Strasse zum Perro. Auftragsfirma: Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. November 2005 - März 2006.
- Verantwortliche der Sozialkomponenten der sozioökonomischen Studie zum Strassenentwicklungsprojekt Zone Osten. Auftragsfirma: Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. November 2005 - März 2006.
- Allgemeine Leiterin der Sozialbegleitung der Waldhüterfamilien der Gemeinden Turbo und Necoclí, zweites Jahr. 15. November 2005 - 15. Dezember 2006. Vorübergehende Union Autonome Universität von Manizales – Gemeindevereine von Uraba und Cordoba UAM-ASOCOMÚN. Sozialaktionsplan gegen illegalen Anbau der Präsidents der Republik. Im Rahmen der Sozialbegleitung wurden 23 solidarische Produktionsorganisationen gegründet und 73 Gemeindeaktionsvorstände gestärkt.
- Allgemeine Leiterin der Sozialbegleitung der Waldhüterfamilien der Gemeinden Turbo und Necoclí. 1. Mai 2004 - 31. August 2005. Vorübergehende Union Autonome Universität von Manizales – Gemeindevereine von Uraba und Cordoba UAM-ASOCOMÚN. Sozialaktionsplan gegen illegalen Anbau der Präsidents der Republik.

- Aktualisierung der sozialen Aspekte des Umweltplans des hydroelektrischen Projekts Miel I, in Zusammenarbeit mit der Firma Medio Ambiente Ingeniería. März – August 1999.
- Sozialbegleitung bei der Analyse der Matrize der Umweltauswirkungen und des Umweltplans, Entwurf einer neuen Auswirkungsmatrize in Übereinstimmung mit der Kultur des Embera-Katío-Volks des oberen Sinuflusses, um die Kompensierung und Teilnahme an Vorteilen durch die Überschwemmung ihrer Territorien mit dem Stauwerk URRA I zu bestimmen. Autonome Universität von Manizales. CEA. Juli – August 1999.
- Leiterin der Werkstatt Nachhaltige Entwicklung. Autonome Universität von Manizales - Zentraler Forschungsausschuss. 13. Februar 1998.
- Sozioökonomische Studie Bauvorhaben 0338 – Verbindung Avenida Kevin Angel mit Avenida Alberto Mendoza Hoyos. Auftragsfirma: Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. November 1997 – Februar 1998.
- Leiterin der sozioökonomischen Studie des Umweltplans des Baus und der Operation des Naturgasanschlussnetzes. Auftragsfirma: Gas Natural del Centro S.A. Mai – Juli 1997.
- Leiterin des sozioökonomischen Bereichs der Umweltdiagnose und -evaluation der Batteriefabrik Varta S.A.. Auftragsfirma: Colbateco – Pilas Varta S.A. Januar – April 1997.
- Leiterin der Strategie der Gemeindebeteiligung des Umweltplans des Projekts Termodorada. Einschliesslich Design, Ausführung und Evaluierung der Informations- und Beratungsphase des Umweltplans für die Installierung der thermoelektrischen Anlage. Auftragsfirma: Termodorada S.A. E.S.P. Dezember 1996 - Januar 1997.
- Leiterin der sozioökonomischen Aspekte der Studie der Umweltauswirkungen der Müllhalde des Dorfes Arboleda. Auftragsfirma: Gemeinde Pensilvania, Caldas. Oktober – November 1996.
- Sozioökonomische Studie Bauvorhaben 0336 – Strassenerweiterung Kaserne bis Brücke La Libertad. Auftragsfirma: Aufwertungsinstitut von Manizales INVAMA. Dezember 1995 – März 1996.
- Leiterin des sozioökonomischen Bereichs der Studie der Umweltauswirkungen des Projekts Geothermische Exploration im Vulkangebiet El Ruiz. Auftragsfirma: Geotermia S.A.. November 1995 – März 1996.
- Leiterin der Strategie der Gemeindebeteiligung des Umweltplans des

hydroelektrischen Projekts Miel I. Einschliesslich Design, Ausführung und Evaluierung der Informations- und Beratungsphase des Umweltpans. Auftragsfirma: Hidromiel S.A. E.S.P. April 1994 - Oktober 1995.

- **Fortbildungen:**

- Fortbildung der Angestellten von CORPOCALDAS-Bürgermeisteramt Manizales. Thema: Soziale Dimension der Entwicklung, Gemeindeorganisation und -beteiligung. Intensität: acht (8) Stunden. 2010.
- Fortbildung der Angestellten der Gemeinde Manizales in Umweltmanagement in Entwicklungsprojekten. Autonome Universität von Manizales, Zentrum für Umweltstudien, Abteilung Fortbildung. 23. und 28. Oktober 1997, Intensität: sechs (6) Stunden.

- **Arbeit in Interinstitutionellen Netzen**

- Vertreterin der Autonomen Universität bei der Interinstitutionellen Allianz PAZCAL, in der die folgenden Institutionen integriert sind: Autonome Universität von Manizales, Universität Manizales, Universität von Caldas, Handelskammer Manizales, Handelskammer La Dorada, Handelskammerverband der zentralen Kaffeeregion ASOEJE, Friedensprogramm der zentralen Magdalenaflussregion PDPMC, CINDE, mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ, Deutschland, Regierung von Caldas, Nationales Planungsdepartement. Mitglied des operativen technischen Ausschusses und des Ausschusses des Managements des Wissens. Verantwortliche für die Leitung der partizipativen Werkstätten mit Nutzniessern. Begleitung, Supervision und Evaluation des Projekts. Das Projekt stärkt 153 soziale Organisationen im Osten des Departements von Caldas.
- Vertreterin der Autonomen Universität von Manizales im Interinstitutionellen Umwelterziehungsausschuss von Caldas CIDEAC. Seit Januar 2009.
- Mitglied des Netzes Bürgerkultur und Demokratie von Caldas RCCDC. Seit 2008.
- Mitglied des Pädagogikrats von Caldas der Abteilung Solidarische Ökonomie und ausführende Sekretärin des Nationalrats der Solidarischen Ökonomie CONES Kapitel Caldas. Seit 2009.
- Initiatorin der Gründung des Interinstitutionellen Netzes der Klimaveränderung und der Ernährungssicherheit RICCLISA, Knotenpunkt Caldas. 2011.
- Mitglied der Bürgerinitiative zur Verbesserung des Historischen Zentrums und der Carrera 23. 2011.

4.1.4. Forschungserfahrung

Forschungsgruppe Regionalentwicklung

- Leiterin der Forschungsgruppe zur nachhaltige Regionalentwicklung der Autonomen Universität von Manizales. Seit März 2011.
- Teilnehmerin der Gruppe. Seit 2007.

Abschlussarbeitsleitung

- Master in Regionalentwicklung und Territorialer Planung. Autonome Universität von Manizales.

1. Vorschlag einer lokalen Wirtschaftsentwicklung ausgehend von Strategien sozialverantwortlicher Unternehmen. Gemeinden im Norden des Caucaflusses.
Student: Eduard Hernán Nina Carabali.
Beginn: Mai 2010, in Ausführung.
2. Partizipative Analyse der Bedürfnisse und Befriedigungen und ihren Auswirkungen auf die lokale Entwicklungsplanung. Gemeinde Tambo, Cauca.
Student Edwin Farith Obando García.
Beginn: März 2010, in Bearbeitung.

- Diplomarbeitsbewertungskommission

1. Linien öffentlicher Politik der integralen Risikoverwaltung im Departement Caldas im Rahmen nachhaltiger Entwicklung.
Studenten: Luis Guillermo Pineda Muñoz, Luis Alberto Giraldo Fernández.
2. Referenzen zur Stärkung der integralen Risikoverwaltung in territorialen Planungsinstrumenten der Gemeinden der Zentralen Kaffeeregion Kolumbiens.
Studenten, Angélica María Gómez Rendón, Natalia Mejía Martínez y Santiago Rodríguez Ramírez.

- Interne Prüferin von Masterforschungsvorprojekten in Handelsverwaltung MBA

Der Tourismus als Wettbewerbsfaktor in der Entwicklung der Gemeinde La Dorada, Caldas.

Studenten: Lilian Johana Marroquín Navarro y Marby Yineth Triana Vargas.

Determinanten der Entscheidung neuer junger Kaffeeanbauer des Departements von Caldas, eine Kaffeefinca zu erwerben.

Studentin: Liliana López Cardona.

- **Diplomarbeitsbewertungskommission Allianz PACAL - Universität von Caldas.**

Programm Soziologie

Carlos Buriticá: “Die Motivationen für die kollektive Aktion im Kontext des bewaffneten Konflikts”

Valentina Henao: “Veränderungen und Fortsetzungen bei der Bürgerteilnahme bezogen auf die sozialen Organisationen der Gemeinde Pensilvania seit dem Erlass der politischen Konstitution von 1991 bis 2010.”

Programm Anthropologie

Célima Bobadilla: “Memoiren des bewaffneten Konflikts im Osten von Caldas.”.

4.2. Erfahrungen mit anderen Institutionen

4.2.1. Lehren

- **Nationale Universität von Kolumbien Sitz Manizales.**

Verantwortliche des Seminars Umweltmanagement im Rahmen der Spezialisierung in Umweltingenieurwesen mit Vertiefung in Gesundheit.

November – Dezember 2006.

- **Universität von Caldas**

Dozentin Departement für Soziologie.

Studienprogramm Sozialarbeit: Entwicklung und Umwelt.

Vorlesung: Sozialakteure und -netze für die nachhaltige Entwicklung.

4. Februar – 4. Juni 2004

Fakultät für Sozialarbeit Universität von Caldas.

Dozentin. Februar 1985 – Juni 1986.

4.2.2. Beratungen / Assistenzen / Begleitungen

- **Städtische Müllabfuhr EMAS S.A. E.S.P.**

Verantwortliche der sozialen Komponenten der Formulierung des integralen Verwaltungsplans für feste Residualstoffe PGIRS für die Gemeinde Manizales.

Datum des Beginns: 15. Oktober 2003

Datum der Beendigung: 15. Mai 2004

- **Umweltingenieurbüro Medio Ambiente Ingenieria S.A.**

Verantwortliche der sozialen Komponenten in der Studie zur Umweltauswirkung des Projekts der Flughafenerweiterung von Palestina, Departement Caldas.

Datum des Beginns: 5. April 2004

Datum der Beendigung: 31. Mai 2004

- **Handelskammer Manizales**

Beraterin der Handelskammer von Manizales bei der Ausarbeitung der institutionellen Entwicklungskarte. Oktober - Dezember 2004.

- **Umweltbüro Análisis Ambiental S.A.**

Beraterin der sozioökonomischen Studie des Umweltplans für das Projekt: Regenwasserkontrolle und Sanierung des Baches San Joaquín der Stadt Pereira. Firma Análisis Ambiental S.A. der Stadt Cali. April – Mai 1998.

- **Soziale Fundation – Zentrale Kaffeeregion Fundación Social – Eje Cafetero.**

Evaluation der Umweltauswirkung der Papierrecyclingfabrik in der Phase vor der Realisierung 1997.

4.2.3. Verwaltung

- Leiterin des Sozialdienstes.

Batteriefabrik Colbateco – Pilas Varta S.A. Villamaría, Caldas.

Januar 1987 – September 1989.

- Sozialarbeiterin.

Kolumbianisches Jugendamt ICBF. Girardot, Cundinamarca.

September 1986 – Dezemebe 1986.

- Direktorin

Kindertagesstätte La Toscana, dem kolumbianischen Jugendamt ICBF zugehörig.

April 1984 – August 1986.

4.2.4. Institutionspraktikum

- Städtisches Krankenhaus La Virginia, Risaralda.

Institutionspraktikum.

Aufgabe: Implementation des partizipativen Programms der Gemeinde zur Gesundheitsversorgung ersten Grades.

Februar – November 1982.

4.3. Internationale Erfahrung

- Leiterin der Sozialprojekte, die in Kolumbien von den deutschen Adoptionsberatungsstellen AdA und KOKI Verein finanziert werden. Von Mai 2004 bis Dezember 2008.

- Adoptionsberatungsstelle AdA, Eschborn, Deutschland.
Assistentin. Juni 2002 – Juli 2003.

- Nationalbüro für die Gründung und Entwicklung neuer Unternehmen A.N.C.E.. París, Frankreich.
Institutionspraktikum. Januar – August 1993.

4.3.1. Diplomatische Erfahrung

Generalkonsulat von Kolumbien in Frankfurt am Main. Deutschland.
Sozialassistentin. Januar - Dezember 2001.

V. VERÖFFENTLICHUNGEN

ARANGO OSPINA, Maria Eugenia Arango Ospina y CASRILLÓN ARIAS, Patricia. Módulo El Desarrollo Humano Sostenible, Capital Social y Participación. (*Modul: Die nachhaltige menschliche Entwicklung, soziales Kapital und Beteiligung.*) In: **RODRÍGUEZ RODRÍGUEZ, Jahir (Compilador).** 2011. Formación de gestores ambientales para la protección y recuperación de la cuenca del río Melúa, municipio de Puerto López, Meta. Módulo del diplomado. Colección Desarrollo, Región y Paz. (*Ausbildung von Umweltmanagern für den Schutz und die Verbesserung des Flussgebietes des Meluaflusses, Gemeinde Puerto Lopez, Meta. Diplommodul. Sammlung Entwicklung, Region und Frieden.*) Autonome Universität von Manizales. Verlag Blanecolor S.A.S.. Manizales. ISBN: 978-958-8208-91-6

Artikel für das Unterrichtsheft Nr. 02-02 des Masterstudiengangs Regionalentwicklung und Territoriumsplanung.

- La Comunicación Afectiva y Asertiva y su importancia en los procesos de participación social. Reflexiones transdisciplinares. (*Die affektive und bejahende Kommunikation und ihre Bedeutung für die Prozesse der sozialen Beteiligung. Transdisziplinäre Überlegungen.*) Seiten 247-264. Manizales, 2010.

Zusammenstellerin Lesebuch Projekt Frieden für Caldas PAZCAL.

- Diagnóstico y Planeación Participativa con las Organizaciones. Cartilla Didáctica y Caja de Herramientas. Alianza interinstitucional para el fortalecimiento de las organizaciones sociales de la sociedad civil del oriente de Caldas. PAZCAL. (*Diagnose und partizipative Planung mit den Organisationen. Didaktisches Lesebuch und Werkzeugkasten. Interinstitutionelle Allianz zur Stärkung der sozialen Organisationen der Zivilgesellschaft des Ostens von Caldas. PAZCAL.*) ISBN:978-958-98564-1-3. Manizales, 24. Januar 2010.

Artikel für Unterrichtsheft Nr. 2 des Masterstudiengangs Regionalentwicklung und Territoriumsplanung.

- La dimensión social del desarrollo. Una aproximación desde el paradigma de la complejidad y la teoría de los sistemas. (*Die soziale Dimension der Entwicklung. Eine Annäherung ausgehend vom Paradigma der Komplexität und der Systemtheorie.*) Seiten 129-144. Manizales, Januar 2009.

Artikel für die Zeitschrift Anfora der Autonomen Universität von Manizales.

- Centro de Estudios Ambientales C.E.A.. La investigación ambiental al servicio de la comunidad. (*Zentrum für Umweltstudien C.E.A.. Die Umweltforschung im Dienste der Gemeinschaft.*) Jg. 4. Nr. 7. Januar - Juni 1996.
- La conservación, protección y mejoramiento del medio ambiente, uno de los fines de la educación colombiana en los albores del siglo XXI. (*Umweltkonservation, -schutz und -besserung, Eins der Ziele der kolumbianischen Erziehung am Anfang des 21. Jahrhunderts.*) Jg. 4. Nr. 8. Juli – Dezember 1996.
- Desarrollo Sostenible. Utopía o Meta?. (*Nachhaltige Entwicklung. Utopie oder Ziel?*) Jg. 5. Nr. 9. Januar – Juni 1997.

Artikel für die Zeitschrift Quehacer Cultural der Stadt Manizales.

- Crónica ambiental: Madre Tierra, padre viento, hermanos río ... ciervo. (*Umweltchronik: Mutter Erde, Vater Wind, Geschwister Fluss ... Hirsch.*) Jg. 12. Nr. 125. April 1997. Seiten 8 und 9.

Artikel für Zeitschrift Ser Planeta. Manizales.

- El Comité Interuniversitario de Investigación de Manizales. (*Der Interuniversitäre Forschungsausschuss von Manizales.*) Nr. 1 Oktober – Dezember 1997.

Soziale Begleitung der Waldhüterfamilien in Turbo und Necoclí

- Herausgeberin der Zeitung “El Guardabosque”:

Ausgabe Nr. 1 März 2005.

Ausgabe Nr. 2 Juni 2005.

Ausgabe Nr. 3 Mai 2006.

Ausgabe Nr. 4 August 2006.

Ausgabe Nr. 5 November 2006.

VI. VORTRÄGE/REFERENTIN

- I. Internationales Treffen der Technologischen Universitäten und IV. Treffen Universität – Unternehmen - Staat. Thematische Runde: Unterrichtsmethoden und benutzte Rekurse nn den Technologischen Universitäten zur Entwicklung des Menschenkapitals im Land. Vortrag: “Stärkung des menschlichen und sozialen Kapitals durch die Bildung von Umweltmanagern im Einzugsgebiet des Meluaflusses als Strategie der Besserung und des Schutzes der Wasserrekurse, Gemeinde Puerto López, Departement Meta.” Cartagena de Indias. 22.-24. August 2011.
- VIII Forschungsseminar Stadt – Region ACIUR- IEU. Bogotá. Quantitative Studien. Vorstellung der Ergebnisse der sozioökonomischen Studie des Stadtteils San José und seiner nahen Umgebung. 28., 29. und 30. September 2009.
- Strategisches Planungsseminar und Formulierung von Projekten. Ausschuss für Bildungsqualität in der Stadt Manizales. Autonome Universität von Manizales. Mai 1997.
- Seminar über die lokale Schaffung ökonomischer Aktivitäten. Sozialverein Fundación Social. Juli 1997.
- Seminar: Die soziokulturelle Dimension in den Studien zur Umweltauswirkung. Thema des Vortrags: Aktualisierung und Ergänzung der sozialen Aspekte der Studie der Umweltauswirkung des hydroelektrischen Projekts Miel I. Universität von Antioquia. 4. und 5. September 1997.

GLORIA PATRICIA CASTRILLON ARIAS
Personalausweis Nr. 30.289.174 von Manizales